

Peter Hübner, Christa Hübner

Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.840>

Reprint von:

Peter Hübner, Christa Hübner, Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien.

Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 45), ISBN 978-3-412-20203-3

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Peter Hübner, Christa Hübner (1999), Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.840>

Ursprünglich erschienen als: Peter Hübner, Christa Hübner, Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 45), ISBN 978-3-412-20203-3

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 45

Sozialismus als soziale Frage

Peter Hübner
Christa Hübner

Sozialismus als soziale Frage

Sozialpolitik in der DDR und Polen
1968–1976

Mit einem Beitrag von Christoph Boyer
zur Tschechoslowakei



2008

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Peter Hübner arbeitet als Projektleiter am Zentrum
für Zeithistorische Forschung in Potsdam.
Christa Hübner ist Historikerin in Berlin.
Christoph Boyer lehrt als Professor für Europäische
Zeitgeschichte an der Universität Salzburg.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:
Denkmal für die Opfer des Dezember 1970 in Gdynia

© 2008 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig.

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-412-20203-3

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	11
1. Das Problem	11
2. Eine soziale Frage?.....	13
3. Forschungsstand und Forschungsfragen.....	15
4. Zu diesem Buch.....	23
KAPITEL 1	
Auf Kollisionskurs: PRL.....	27
1. „Wir können uns das einfach noch nicht leisten ...“	27
2. Der März 1968.....	40
3. Soziale Probleme und der V. Parteitag	50
4. Die „Jaszcuk-Reform“	58
5. „Sackleinensozialismus“	66
6. Krisensymptome.....	70
7. Polnische Probleme aus der Sicht der SED	79
KAPITEL 2	
Der Fall DDR: Die moderate Variante	85
1. Das ostdeutsche Vorspiel	85
2. Die Fronde formiert sich	90
3. Bündnispolitische Koordinaten	99
4. Getrübe Freundschaft	106
5. Das 14. Plenum des ZK der SED	115

6. Erste Schritte auf unerschlossenem Terrain.....	121
7. Kurswechsel zur „Hauptaufgabe“	126

KAPITEL 3

Der Fall Polen: Die militante Variante.....	133
1. Die Preisoperation	133
2. Die Streiks an der Ostseeküste	142
3. Gomułkas Sturz	151
4. Krisenmanagement	159
5. Werben um Vertrauen und Vertrauen auf Kredit	164
6. „Helft ihr?“ – Zur Geschichte einer berühmten Frage.....	169
7. Streik in Łódź	179
8. Westlich der Oder: Information zwischen Hoffen und Bangen.....	185

KAPITEL 4

Ein taktischer Strategiewechsel?.....	195
1. Sozialpolitische Optionen: Der VIII. Parteitag der SED	195
2. In Kiellinie: Der 8. FDGB-Kongress	200
3. Strategieentwicklung im Spiegel der ZK-Tagungen: Die optimistische Phase	204
4. Strategieentwicklung im Spiegel der ZK-Tagungen: Die desillusionierende Phase ...	210
5. Die Politik der „Hauptaufgabe“ als soziale Praxis	218
6. Arbeitsrechtliche Flankierung der Sozialpolitik.....	225
7. Soziale Konfliktlagen und Gewöhnungseffekte	233
8. Exkurs: Pass- und visumfreier Reiseverkehr.....	237
9. Arbeitsgesellschaft, Sozialpolitik und Betrieb	241
10. Überlastung der „sozialistischen Hauswirtschaft“?.....	248

KAPITEL 5

Wie ein Wunder an der Weichsel.....	253
1. Das 8. Plenum 1971	253
2. Das Gomułka-Memorandum.....	259
3. Eine schwierige Antwort.....	265

4. Wendemanöver: Eine „andere Sozialpolitik“	269
5. Konsum- und Beschäftigungspolitik im Aufwind.....	273
6. Der VI. Parteitag	282
7. Arbeit, Löhne und soziale Fragen	290
8. Das „zweite Polen“	301
9. Erfüllte Verpflichtungen?	309
10. „... wir müssen nach dem Größeren greifen“	316

KAPITEL 6

Sozial- und Konsumpolitik aus Leistung und auf Pump: die PRL 1974–1976	321
1. Eine neue Fleischkrise	321
2. Fünfjahresbilanz: „La belle époque des realen Sozialismus“?	325
3. Der Weg in die Schuldenfalle.....	334
4. Flucht nach vorn.....	338
5. Der „Preistanz“	344

KAPITEL 7

Die „guten“ Jahre der Ära Gierek und die DDR.....	353
1. Rückkehr zur „Normalität“	353
2. Differenzierte Perzeption.....	357
3. Das Treffen von Przelazy	364
4. Kontaktpflege mit Vertrauensvorschuss.....	367
5. Realsozialistische Nachbarschaft	373
6. Ambivalente Informationen im Vorfeld der 1976er Krise	379

KAPITEL 8

Politik, Wirtschaft und Soziales in der DDR um 1975: Konturen einer Doppelkrise	387
1. Rückkehr der Probleme	387
2. Krisenarithmetik: Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	393
3. Der IX. Parteitag der SED: Erwartungen und Enttäuschungen	397
4. Effektivitätsprobleme	400

5. Rationalisierung mit Hindernissen	403
6. Politische Balanceübungen	407
7. Arbeitsbedingungen versus Sozialpolitik?	411
8. Verschwimmende Zukunftsprojektionen	417

KAPITEL 9

Das Menetekel vom Juni 1976: Der Kreis schließt sich	425
1. Eine neue Preisoperation	425
2. Flächenbrand	432
3. Inszenierte Zustimmung	438
4. Zucker, Fleisch und „Wirtschaftsmanöver“	441
5. Die Solidarität formiert sich	446
6. Die 1976er Krise aus der DDR-Perspektive	450
Zusammenfassung	459

CHRISTOPH BOYER

„Sorge um den Menschen“. Tschechoslowakische Sozial- und Konsumpolitik im Übergang von der Reform zur „Normalisierung“	471
Einleitung	471
1. Extensives Wirtschaftswachstum und sozialökonomischer Problemstau: Sozial- und Konsumpolitik im „Aufbau des Sozialismus“ und im Vorfeld der Reform (1945–1966)	475
2. Die Sozial- und Konsumpolitik der Reformzeit (1967–1968)	484
3. Von der Reform zur „Normalisierung“ (1968–1975)	496
Schluss und Ausblick	512
Abkürzungsverzeichnis	515
Personenregister	517

Vorwort

Gegenstand dieser Studie sind sozialpolitische Entscheidungsprozesse, mit denen die politischen Führungsgremien in der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1968 und 1976 auf ein schwieriger werdendes wirtschaftliches Umfeld und auf gesellschaftliche Spannungen reagierten. Chronologisch orientiert sich die Darstellung an den Jahren 1968, 1970 und 1976 als historische Zäsuren. Es war vor allem Polen, das im März 1968, im Dezember 1970 und im Juni 1976 von schweren sozialen und politischen Konflikten erschüttert wurde, die auch auf die anderen Länder des sowjetischen Blocks ausstrahlten. Auch die Entwicklung in der DDR zeichnete sich durch eine auffällige chronologische Parallelität zu den polnischen Ereignissen aus. Dies lässt nach übergreifenden Ursachen fragen. Beschrieben wird der von Teilen der Macht- und Funktionseliten unternommene Versuch, die politisch riskant gewordenen wirtschaftlichen Reformbestrebungen Władysław Gomułkas in Polen und Walter Ulbrichts in der DDR zu stoppen und eine neue Balance zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensstandard zu finden. Die Vorgänge um den Dezember 1970 erlangten hierfür besondere Bedeutung. Welche Probleme damit verbunden waren und wie die neuen Parteiführungen unter Edward Gierek und Erich Honecker darauf reagierten, steht im Mittelpunkt der Betrachtung. Sie schließt mit dem erneuten, zwischen 1974 und 1976 vorgenommenen Kurswechsel, der in die langwierige finale Existenzkrise des „realexistierenden“ Sozialismus überging. Aus dem im Dezember 1970 eingeleiteten Lösungsversuch sozialer und wirtschaftlicher Probleme war unversehens eine soziale Frage eigener Art geworden.

Für die gründliche Lektüre des Manuskripts und überaus hilfreiche Hinweise habe ich Prof. Dr. Christoph Kleßmann und Prof. Dr. Gerhard A. Ritter zu danken. Auch Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann, Dr. Matthias Judt, Dr. Monika Mattes, Dr. Friederike Sattler, Dr. Annette Schuhmann und Prof. Dr. André Steiner danke ich für ihre Vorschläge zur Bearbeitung einzelner Kapitel. Małgorzata Mazurek, M.A., und Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast haben die Arbeit durch Literatur und Quellenhinweise unterstützt. Marc Banditt half bei den redaktionellen Arbeiten. Ein herzlicher Dank gilt ihnen und ganz besonders auch Waltraud Peters, die sich ebenso nachdrücklich wie umsichtig der Druckvorbereitung widmete. Zum Entstehen des Buches haben die exzellenten Arbeitsmöglichkeiten am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam und die Unterstützung durch dessen Leitung maßgeblich beigetragen. Die Drucklegung wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert, der ebenfalls und nicht zuletzt zu danken ist.

Potsdam, im April 2008

Peter Hübner

Einleitung

- 1. Das Problem*
- 2. Eine soziale Frage?*
- 3. Forschungsstand und Forschungsfragen*
- 4. Zu diesem Buch*

1. Das Problem

Als vom 9. bis zum 11. Dezember 1970 in Ostberlin das Zentralkomitee der SED tagte, kam es zu einer kleinen Überraschung: Mehrere Redner stellten in ungewohnt offener Weise die in den späten 1960er Jahren unter dem Ersten Sekretär der Partei, Walter Ulbricht, verfolgte industrielle Strukturpolitik in Frage und mahnten eine sozialpolitische Korrektur an. Kurz darauf, am 14. Dezember, brachen in wichtigen Küstenstädten Polens Proteste gegen die soeben verfüigten Preiserhöhungen aus. Demonstrationen wurden blutig niedergeschlagen. Nach kurzem Widerstand trat am 19. Dezember der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, Abk. PZPR), Władysław Gomułka, zurück. Einen Tag später übernahm Edward Gierek das Amt an der Spitze der Partei. Walter Ulbricht hielt sich noch knapp fünf Monate. Am 3. Mai 1971 sah auch er sich zur Aufgabe gezwungen. Sieger im Machtkampf blieb hier Erich Honecker. Unter seiner und Giereks Führung nahmen die beiden Parteien im Verlaufe des ersten Halbjahres 1971 eine politische Kurskorrektur vor. Die als übertrieben und politisch gefährlich kritisierte, auf Investition und strukturelle Modernisierung konzentrierte Wirtschaftspolitik ihrer Vorgänger sollte nunmehr zugunsten einer Entwicklung aufgegeben werden, in der, so hoffte man, wirtschaftliche Anstrengungen und sozialer Fortschritt zu einem ausgewogenen Verhältnis finden würden. Daran knüpften sich in der DDR und in der Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa, Abk. PRL) viele Erwartungen und Hoffnungen. Nicht unbegründet erschien die Annahme, die neue Politik, für die in Anlehnung an das sowjetische Vorbild die Bezeichnung „Hauptaufgabe“ galt, werde über eine Stabilisierung der Versorgung hinaus zur Anhebung des Lebensstandards und letzten Endes auch zu einer gewissen politischen und kulturellen Liberalisierung führen. Von einer Krise oder gar vom Niedergang des Sozialismus in den Farben Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold währnte man sich weit entfernt.

Gleichwohl entfaltete der anfängliche Erfolg dieser Politik in beachtenswerter Dialektik eine Eigendynamik, die bereits zwischen 1974 und 1976 wieder dort anlangte, wo 1970 der Ausgangspunkt lag – bei einem Zielkonflikt zwischen strukturpolitischen Erfordernissen der Wirtschaft und einem wachsenden Aufwand zur Anhebung bzw. Sicherung sozialer Stan-

dards. Im Zentrum dieser Entwicklung stand die seit Dezember 1970 anvisierte und danach auch praktizierte Sozialpolitik. Sie bildete zwar nicht die eigentliche Ursache einer sich in der Mitte des Jahrzehnts in den Ländern des sowjetischen Blocks verschärfenden Krise, doch kann man darin einen Kristallisationskern dieser Entwicklung sehen. Das galt auch für die DDR und die PRL. Allerdings war es gerade dort auf die Sozialpolitik zurückzuführen, wenn das Abgleiten in krisenhafte Problemlagen zunächst kaum bzw. verzögert wahrgenommen wurde. Inwieweit sich im Hinblick darauf die Perzeptionen der politischen Akteure und der Adressaten dieser Sozialpolitik unterschieden, wird näher zu betrachten sein.

In den Partei- und Regierungsapparaten jedenfalls artikulierten sich schon 1971 warnende Stimmen, die insbesondere vor den wirtschaftlichen Kosten und Risiken der „Hauptaufgabe“ warnten. Andererseits erschienen die frühen 1970er Jahre vielen Zeitgenossen in der DDR und der PRL im positiven Licht des Aufbruchs zu einer gewissen Liberalisierung und zu mehr Wohlstand. Manche ahnten zwar, dass diese Entwicklung ihren Preis haben würde, doch kaum jemand überblickte die ferneren Konsequenzen. Erst gegen Mitte der 1970er Jahre zeichneten sich deren Konturen genauer ab. Es ist vielleicht nicht ganz abwegig, hierfür das Bild vom Ritt über den Bodensee zu bemühen, nur wusste der Reiter in diesem Fall, dass es über den See ging. Auch hörte er das Eis mitunter knacken, hoffte aber trotzdem, das jenseitige Ufer zu erreichen. Schwieriger ist die Situation des Pferdes zu beschreiben. Trabte es frohgemut seiner vermeintlich sicheren und fest versprochenen Futterkrippe entgegen, ohne vom See unter seinen Hufen etwas zu ahnen? Oder zog es seine Bahn, weil es die Gefahr unter dem Eis witterte, und ihm gar nichts anderes übrig blieb, als mit dem Reiter auf dem Rücken möglichst bald festen Boden unter die Füße zu bekommen? Ab und an ein Zuckerstückchen hielt es bei Laune, das ist sicher.

Die Geschichte der frühen 1970er Jahre wurde später besonders unter dem Gesichtspunkt der Ölpreiskrise von 1973 betrachtet, die gegen 1974/75 in modifizierter Form auch auf die Länder des sowjetischen Blocks durchschlug. Ebenso gerieten die zunächst in Polen und dann auch in der DDR erkennbaren Anzeichen einer Verschuldungskrise in den Blick. Doch hätte es sich allein um diese Phänomene gehandelt, wäre eine adäquate Reaktion darauf mit Hilfe des „bewährten“ und in allen „realsozialistischen“ Ländern wiederholt praktizierten Pendelns zwischen Akkumulieren und Konsumieren relativ leichtgefallen. Auch wenn dieses Verfahren nie ohne Risiko blieb, hatte es bislang seinen Zweck mehr oder weniger erfüllt. Was jedoch nach dem Dezember 1970 geschah, wich nicht nur von dieser bisherigen Pendel-Taktik ab, sondern kam einem Strategiewechsel gleich. Dieses Geschehen und seine unmittelbaren Folgen stehen im Mittelpunkt dieser Studie.

Es geht dabei nicht nur um einen klassischen Zielkonflikt. Die beiden hier zu betrachtenden Fälle lassen sich auch nicht einfach als Krisenmanagement oder als wirtschaftsplanerisches Manöver erklären, obwohl auch dies eine Rolle spielte. Überhaupt reduzierten sich die in dieser Zeit entwickelten Vorstellungen eben nicht auf taktische Erwägungen, sondern mündeten in der grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Absicht, Wirtschaftswachstum und sozialen Fortschritt zu einer in sich ausbalancierten, langfristig plan- und berechenbaren Institution des Sozialismus zu machen. Allerdings wird bei näherer Betrachtung zu berücksichtigen sein, dass das „Copyright“ hierzu weder in Ostberlin noch in Warschau lag, sondern in Moskau. Die für die Ausgangskonstellation maßgebende Konfliktsituation reifte allmählich, schon vor 1970, heran und zwang zuerst die sowjetische Führung unter Leonid I.

Breschnew zu einer Kurskorrektur. Auch die „Normalisierungs“-Politik Gustáv Husáks in der ČSSR setzte früher ein. Aber selbst wenn das Problem dort nicht notwendigerweise jene Formen annahm, wie sie dann in der DDR und der PRL zu beobachten waren, blieb es aber doch dasselbe Problem.

2. Eine soziale Frage?

Die Verwendung des Begriffes der sozialen Frage mit Blick auf den „real existierenden“ Sozialismus stellt ganz bewusst den Bezug zur „klassischen“ sozialen Frage her. Als solche war im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Aufgabe wahrgenommen worden, die im Zuge der Industrialisierung entstandene Arbeiterklasse in die moderne bürgerliche Gesellschaft zu integrieren und ökonomische Notlagen sowie die Verelendung weiter Bevölkerungskreise zu beseitigen bzw. zu verhindern. Die an diese ursprüngliche Bedeutung anknüpfende Formulierung soll die Offenheit des Problems auch in den Staaten des sowjetischen Blocks verdeutlichen. Dem liegt die These zugrunde, dass der nach dem Zweiten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa praktizierte Sozialismus beim Versuch, eine sozial gerechte Gesellschaft hervorzubringen, eine soziale Frage sui generis aufwarf. Im Gegensatz zu den seit dem 19. Jahrhundert mit Hilfe von Fabrikgesetzen, Arbeiter- und Gesellenvereinen, Unterstützungskassen und vor allem mit der Sozialgesetzgebung gegebenen Antworten auf die mit der ersten industriellen Revolution verbundenen sozialen Notlagen der lohnabhängigen Bevölkerung, visierte die marxistische Arbeiterbewegung eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Alternative an. Der Weg dahin führte zuerst in der Sowjetunion, deren politische Führung sich nicht nur in dieser Hinsicht als Speerspitze des sozialen Fortschritts verstand, über mehrere Stufen. Nach „Kriegskommunismus“ und „Neuer ökonomischer Politik“ suchte die Diktatur Stalins die revolutionäre Lösung der sozialen Frage in der weitgehenden Verstaatlichung oder Kollektivierung aller Wirtschaftssektoren, in der Ausschaltung von Güter- und Arbeitsmärkten, in der oft mit Terror und Zwang verbundenen Massenmobilisierung von Arbeitskraft sowie in der zentralen staatlichen Planung von Produktion und Distribution.

Seit 1945 erfolgte, zumindest in den Grundzügen, die Übertragung dieses Modells auf weite Teile Mittel- und Osteuropas im Rahmen einer Systemtransformation. Als wichtige Instrumente fungierten hierbei Parteidiktaturen und zentralisierte Planwirtschaften. Die alten Eigentumsordnungen und Sozialbeziehungen sowie ihnen adäquate Wertesysteme wurden zerstört oder stark eingeschränkt. Man installierte zentral geplante und gelenkte Ressourcenverteilungs- und soziale Sicherungssysteme, die hinsichtlich der Beschäftigung, der Wohnsituation, der Versorgung mit Verbrauchsgütern und Dienstleistungen einen zwischen den einzelnen Ländern recht unterschiedlichen, allgemein aber bescheidenen Standard gewährleisteten. Auch wenn das im Fortgang der Entwicklung Mangelsituationen nicht ausschloss, galt der relative Erfolg als Lösung oder zumindest als ausbaufähiger Lösungsversuch der herkömmlichen sozialen Frage. Es waren vor allem die damit einhergehende starke soziale Nivellierung, die Ausschaltung von Marktpotentialen, die Lähmung privater Initiative sowie ein bis ins Detail strebender Dirigismus, die anfängliche Mobilisierungserfolge bald relativierten. Schon in den ausgehenden 1950er Jahren zeigten sich Symptome von

Wachstums-, Innovations- und Modernisierungsschwäche. Allerdings gelang bis in die sechziger Jahre hinein eine bemerkenswerte Anhebung des Lebensstandards für größere Teile der Bevölkerung. Das sich in westlichen Gesellschaften abzeichnende Ende des Nachkriegsbooms schürte Erwartungen, das sowjetische Modernisierungsmuster werde sich auf lange Sicht als das leistungsfähigere erweisen und auch die sozialen Probleme der Zukunft besser meistern können.

Hierbei spielte die Annahme eine Rolle, die seit 1945 zu verzeichnenden Aufbauleistungen würden sich linear fortschreiben lassen. In Wirklichkeit waren beim Versuch, ein neues Gesellschaftsmodell zu etablieren, von Anfang an nichtintendierte Ergebnisse und Wirkungen eingetreten. Die folgende Matrix deutet in groben Konturen einige relevante Zusammenhänge an:

Ziel	Maßnahme	Ergebnis	Nebenwirkung
Beseitigung von Ausbeutungsverhältnissen	Verstaatlichung bzw. Kollektivierung von Betrieben	Weitgehende Rechte der Beschäftigten, Deklassierung der alten Unternehmerschicht	Soziale Nivellierung, Schwächung von Eigeninitiative, Autoritätsverlust des Leitungspersonals
Recht auf Arbeit	Rechtliche Festschreibung, Beschäftigungspolitik	Tendenzielle Vollbeschäftigung, z.T. Unterbeschäftigung	Minimierung von Arbeitsplatzrisiken, Schwächung der Leistungsmotivation
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Vereinheitlichung des Tarifsystems, gleiche Tarife für Frauen und Männer	Entdifferenzierung der Lohn- und Gehaltsgruppen, aber Überrepräsentanz von Frauen im Niedriglohnbereich	Teilweiser Funktionsverlust des Lohnes als Leistungsanreiz, Benachteiligung von Leistungsträgern
Planmäßige Anhebung des Lebensstandards	Zentrale Planung von Konsumtionsfonds, Bewirtschaftung von Mangelwaren, Subventionspreise	Instabilität der Versorgung, gestörtes Preis-Leistungsverhältnis	Warenhortung, Schwarzmarkt, Korruption
Lösung der Wohnungsfrage	Besondere Förderung des staatlichen, betrieblichen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, unterschiedliche Beihilfen für Wohneigentum	Beträchtlicher Zuwachs an Wohnraum, dennoch fortbestehender Mangel, niedrige Mieten	Wohnraumversorgung nach sozialen und politischen Gesichtspunkten, Verfall der Altbausubstanz
Soziale Sicherung bei Krankheit und im Alter	Staatliche Einheitsversicherung, hohe Zuschüsse aus dem Staatshaushalt	Mindestsicherung gewährleistet; Vorrang der Dispensairebetreuung	Verbreitete Altersarmut; niedriges Rentenniveau, aber politische Privilegien, wachsende Staatszuschüsse
Bindung der Arbeiterschaft an das Parteiregime	Soziale Privilegierung der Arbeiterschaft, bevorzugter Zugang zu Bildung und beruflichen Aufstiegen	„Geheimer Gesellschaftsvertrag“, Arrangements, Elitenaustausch, danach Verfestigung neuer sozialer Schichtung	Soziale Nivellierung, „Verarbeiterlichung“ der Gesellschaft, verminderte soziale Mobilität

Maßnahme	Ergebnis	Nebenwirkung	Nebenwirkung
Erziehung des „neuen Menschen“	Ideologische Kampagnen, Arbeiter als soziales Leitbild	Soziale Zugeständnisse gegen politisches Wohlergehen, sozialistische Gesellschaft als Inszenierung	Konfliktvermeidung, harmonistische Rhetorik, Verdecken von Widersprüchen
Ankopplung des Lebensstandards an den Produktions- und Produktivitätszuwachs, Legitimationsgewinn der Parteiherrschaft	Betonung der Sozialpolitik, Kreditaufnahme für Industrieausrüstungen, Futtermittel und Konsumtion	Anfängliche Verbesserung der Lebensverhältnisse, einsetzende Eigendynamik der Sozialpolitik bei Nachlassen des Wirtschaftswachstums	Rascher Gewöhnungseffekt, Anspruchsinflation, schwindendes Mobilisierungspotential, wachsende Staatsverschuldung

Es war vor allem der letztgenannte Punkt, der die soziale Problematik und die Sozialpolitik der 1970er und 1980er Jahre bestimmte. Ohne dass die anderen Aspekte außer Kraft gesetzt worden wären, ging von ihm eine dominante und letztlich unheilvolle Dynamik aus. Während Abweichungen von den ursprünglichen Intentionen gewissermaßen zur Normalität des kommunistischen Gesellschafts konstruktivismus gehörten, bis in die siebziger Jahre aber immer wieder mit einigem Erfolg korrigiert oder kaschiert werden konnten, lief die Entwicklung unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution schnell aus dem Ruder.

Der seit 1970/71 unternommene Versuch, soziale Schieflagen und Engpässe durch eine offensive Sozialpolitik zu beseitigen und dazu noch gesellschaftspolitische Steuerungsimpulse zu geben, warf eine für alle Länder des sowjetischen Blocks spezifische soziale Frage auf. Diese kulminierte im Widerspruch zwischen dem wirtschaftlichen Leistungspotential und dem sozialen Erwartungsdruck sozialistischer Gesellschaften. In den Parteiführungen der PZPR und der SED registrierte man das damit verbundene Risiko recht genau: Der soziale Forderungsdruck nahm rascher zu als die Möglichkeiten, ihn zu befriedigen. Einmal erreichte soziale Verbesserungen ließen sich kaum mehr zurücknehmen. Das, was als soziale Errungenschaft politischen Mehrwert bringen sollte, wurde in relativ kurzer Zeit bei der Bevölkerung zur Gewohnheit und für die Politik zur Falle.

3. Forschungsstand und Forschungsfragen

In der zeithistorischen Forschung wurde die Geschichte des im Dezember 1970 in der DDR und Polen eingeleiteten sozial- und wirtschaftspolitischen Strategiewechsels bislang weitgehend unter politikgeschichtlichen Aspekten behandelt.¹ Aus einer systematisierend-politikwissenschaftlichen Perspektive betrachtet Dieter Segert die verschiedenen Anläufe ost- und

¹ Wichtige disziplingeschichtliche Gründe hierfür werden beleuchtet in: Martin Sabrow: Die DDR-Geschichtswissenschaft und ihre Zeithistorie, in: Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hg.): Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, S. 257–282; Rafał Stobiecki: Die Zeitgeschichte in der Republik Polen seit 1989/90, in: ebd., S. 328–346.

mitteleuropäischer Länder, Anschluss an Westeuropa zu finden.² Er schlägt einen Bogen von den historischen Voraussetzungen hin zu den aktuellen Strukturbedingungen des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa. Ohne dass darin das Jahr 1970 als Wendepunkt in der Geschichte des Staatssozialismus charakterisiert wird, liefern die Kapitel über die Diktatur als Machttyp und über das „unbekannte Osteuropa“ empirische Belege und theoretische Erklärungen für eine entsprechende Periodisierung. Auch die in dem Band „Aufstände im Ostblock“ enthaltenen Beiträge von Karl Schlögel, André Steiner, Peter Hübner, Jürgen Danyel, Hermann Wentker und Krzysztof Ruchniewicz problematisieren den Themenkreis Konflikt und Krise in vergleichender Absicht.³ Eine wichtige Rolle spielt noch immer der seit den neunziger Jahren intensiv diskutierte Diktaturenvergleich.⁴

Im Zusammenhang mit Forschungen zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 plädierte Hans Günter Hockerts mehrfach für einen Vergleich der DDR-Sozialpolitik mit der in anderen Ländern des sowjetischen Blocks praktizierten, aber auch mit der des Dritten Reiches und der Bundesrepublik.⁵ Einige von Christoph Boyer, Peter Skyba⁶ und Peter Heumos⁷ verfasste bzw. herausgegebene Beiträge sowie eine von Peter Hübner und Jürgen Danyel vorgelegte Studie,⁸ die alle auf Vergleiche der Sozialpolitik in der DDR, der ČSSR und der PRL zielen, folgten dieser Empfehlung. Auch der von Helena Flam anhand von Sekundärliteratur und auf der Basis von Interviews versuchte Vergleich der DDR und

-
- 2 Vgl. Dieter Segert: Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen, Frankfurt a.M./New York 2002, Grenzen, passim.
 - 3 Hendrik Bispinck u.a. (Hg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004.
 - 4 Detlef Schmiechen-Ackermann: Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002; Hans-Ulrich Wehler: Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 346–352.
 - 5 Hans Günter Hockerts: Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit – NS-Regime, die „alte“ Bundesrepublik und die DDR in vergleichender Betrachtung, in: Franz Ruland/Bernd Baron v. Maydell/Hans-Jürgen Papier (Hg.): Verfassung, Theorie und Praxis des Sozialstaates. Festschrift für Hans Zacher zum 70. Geburtstag, Heidelberg 1998, S. 267–279; ders.: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 519–544.
 - 6 Christoph Boyer/Peter Skyba (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999; hier bes.: Stefan Hornbostel: Spätsozialismus, Legitimierung und Stabilität, in: ebd., S. 13–25; Peter Heumos: Normalisierung und soziale Beschwichtigungsstrategien in der ČSSR. KPTsch-Politik, Gewerkschaften und Arbeiterbewußtsein, in: ebd., S. 119–128; Christoph Boyer (Hg.): Sozialistische Wirtschaftsreformen: Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, Frankfurt a.M. 2006; ders. (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt a.M. 2007; ders. (Hg.): Vom Keynesianismus und Staatssozialismus zum ...? [= zeitgeschichte /Themenheft/, 34 (2007) 3].
 - 7 Peter Heumos (Hg.): Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung [=Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder. A Journal of History and Civilization in East Central Europe, 42 (2001) H. 2]; hier bes.: ders.: Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung: Industriearbeiter in der Tschechoslowakei, der DDR und in Polen, in: ebd., S. 205–208; Christoph Boyer: Arbeiter im Staatssozialismus. Ein Leitfaden in theoretischer Absicht, in: ebd., S. 209–219.
 - 8 Peter Hübner/Jürgen Danyel: Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968–1971, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 50 (2002), S. 804–832.

Polens vor 1989 lenkt den Blick auf soziale Problemlagen, an denen besonders die Unterschiede auffallen.⁹ Ähnliches gilt für die von Bernd Baron v. Maydell u.a. herausgegebene Festschrift für Czesław Jackowiak zum Arbeits- und Sozialrecht.¹⁰

Überhaupt ist im Hinblick auf das hier zu behandelnde Thema komparativ angelegten Untersuchungen zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiter Beachtung zu schenken. Aus der neueren, noch nicht sonderlich umfangreichen Literatur sind vor allem die Sammelbände „Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus“ und „Arbeiter im Staatssozialismus“ zu nennen.¹¹ Bislang zählen Vergleiche des Arbeits- und Betriebsalltags der 1970er und 1980er Jahre noch zu den Raritäten. Etwas günstiger sieht es für die Zeit zwischen 1945 und 1970 aus. Überaus verdienstvoll ist in dieser Hinsicht eine von Małgorzata Mazurek vorgelegte Studie, in der am Beispiel zweier Werke der Elektroindustrie der Arbeitsalltag der sechziger Jahre in der DDR und Polen betrachtet wird.¹²

Eine übergreifende epochen- und sozialgeschichtliche Kontextualisierung erfolgte insbesondere in solchen stark beachteten Arbeiten, wie sie Samuel P. Huntington, Paul Kennedy, Eric J. Hobsbawm, Robert Castel und Manuel Castells vorlegten.¹³ Hier scheinen die Konturen eines um 1970 erfolgten Strukturbruchs deutlich auf. Dieser wie auch der Versuch einer historischen Lokalisierung der 1970er Jahre wurden in den vergangenen Jahren auch Gegenstand konzeptioneller Überlegungen.¹⁴ Bezugspunkte findet man auch in der jüngeren Literatur zur Geschichte der Erwerbsarbeit, wobei die Frage nach dem Wandel der Erwerbs-

9 Helena Flam: *Mosaic of Fear. Poland and East Germany before 1989*. East European Monographs, New York 1998.

10 Bernd Baron v. Maydell u.a. (Hg.): *Die Sozialordnung in Polen und Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa*, Warschau 1999.

11 Klaus Roth (Hg.): *Arbeit im Sozialismus – Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa* (=Freiburger sozialanthropologische Studien; 1), Münster 2004; Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.): *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln/Weimar/Wien 2005.

12 Małgorzata Mazurek: *Socjalistyczny zakład pracy. Porównanie fabrycznej codzienności w PRL i NRD u progu lat sześćdziesiątych* [Der sozialistische Betrieb. Ein Vergleich des Fabrikalltags in der PRL und der DDR an der Schwelle der sechziger Jahre], Warszawa 2005.

13 Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt a.M. 1991; ders.: *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1993; Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien 1996; Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München, 4. Aufl., 2000; Robert Castel: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000; Manuel Castells: *Das Informationszeitalter. Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft; Teil 2: Die Macht der Identität; Teil 3: Jahrtausendwende*, Opladen 2007.

14 Hans-Peter Schwarz: *Fragen an das 20. Jahrhundert*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (VfZ), 48 (2000), S. 1–36; ders.: *Die neueste Zeitgeschichte. Muß der Begriff Zeitgeschichte neu definiert werden?*, in: VfZ, 51 (2003), S. 5–28; Charles S. Maier: *Two Sorts of Crisis? The „long“ 1970s in the West and the East*, in: Hans Günter Hockerts (Hg.): *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 49–62; Konrad H. Jarausch: *Krise oder Aufbruch? Historische Annäherung an die 1970er Jahre*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 3 (2006), S. 334–341; André Steiner: *Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum ökonomischen Wandel in den 1970er Jahren*, in: ebd., S. 342–362; Anselm Doering-Manteuffel: *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: VfZ, 55 (2007), S. 559–581.

formen im Mittelpunkt stand und das Modell der industriellen Arbeit zunehmend relativiert wurde.¹⁵ Die Zäsur von 1970 deutet sich auch in Längsschnittdarstellungen zur Geschichte der Sozialpolitik und der europäischen Sozialstaatlichkeit an.¹⁶ Zum Verständnis der wesentlichen Entwicklungslinien ist Gerhard A. Ritters „Sozialstaat“ eine nach wie vor unverzichtbare Lektüre,¹⁷ ebenso seine resümierende Untersuchung zu den Kosten der deutschen Wiedervereinigung.¹⁸

Im Hinblick auf die DDR bildet die von Monika Kaiser vorgelegte Untersuchung zum Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker noch immer eine wesentliche Grundlage.¹⁹ Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte, zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Sozialpolitik enden in der Regel dort, wo die vorliegende Darstellung anfängt, sie beleuchten jedoch in teils sehr differenzierter Weise das historische Vorfeld.²⁰ Fundierte Einblicke in die ideengeschichtlichen Voraussetzungen der von der SED in der DDR praktizierten Sozialpolitik gewähren Walter Euchner, Helga Grebing, Franz Josef Stegmann, Peter Langhorst, Traugott Jähnichen und Norbert Friedrich in dem von Grebing herausgegebenen Handbuch zur Geschichte der sozialen Ideen.²¹ Die Bände 1, 2, 8, 9 und 10 der „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ trugen wesentlich zur Konkretisierung des Bildes von der DDR-Sozialpolitik in den 1970er Jahren bei.²² Im Hinblick auf die 1970er und 1980er Jahre

-
- 15 Michael S. Abländer: Von der vita activa zur industriellen Wertschöpfung. Eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte menschlicher Arbeit, Marburg 2005; Dirk Baecker: Archäologie der Arbeit, Berlin 2002; Manfred Bierwisch: Die Rolle der Arbeit in verschiedenen Epochen und Kulturen, Berlin 2003; Tim Darmstädter: Transformation der Arbeit, Frankfurt a.M. 2002; Eckart Hildebrandt u.a. (Hg.): Arbeitspolitik im Wandel. Entwicklung und Perspektiven der Arbeitspolitik, Berlin 2007; Jürgen Kocka/Claus Offe (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt a.M. 2000; Frieder O. Wolf: Arbeitsglück. Untersuchungen zur Politik der Arbeit, Münster 2003.
- 16 Josef Schmid: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Opladen, 2. Aufl. 2002; Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Hg.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv, Bd. 5: Hans Günter Hockerts (Band-Hg.): Bundesrepublik Deutschland 1965–1974. Eine Zeit des vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006.
- 17 Gerhard A. Ritter: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München, 2. Aufl. 1991.
- 18 Ders.: Der Preis der deutschen Einheit: die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.
- 19 Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.
- 20 André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999; Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971) (=Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 14), Bonn 2007.
- 21 Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik: ein Handbuch, Essen 2000.
- 22 Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Hg.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (für Bd. 8: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, für Bd. 9: Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Bundesarchiv. Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden 2001; Bd. 2: Udo Wengst (Band-Hg.): Die Zeit der Besatzungszonen 1945 – 1949: Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten, Baden-Baden 2001; Bd. 8: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Band-Hg.): Deutsche Demokratische Republik 1949–1961: Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2005; Bd. 9: Christoph Kleßmann (Band-Hg.): Deutsche Demokratische Republik 1961–1971: Politische Stabilisierung und Mobilisierung, Baden-Baden 2007; Bd.

ist auch die von Beatrix Bouvier vorgelegte Überblicksdarstellung zur Sozialpolitik in der Honecker-Ära erhellend.²³ Hier finden sich Querverweise auf die polnische Krise und die mit ihr für die DDR bzw. die SED verbundenen Risiken, ohne dass ein direkter Vergleich beabsichtigt gewesen wäre. Zahlreiche Bezüge zur polnischen Problematik enthält Christoph Kleßmanns neues Buch über die Arbeiter in der DDR.²⁴

Die zeithistorische Forschung zu Polen konzentrierte sich bislang auf die Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den späten 1950er Jahren, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf 1956, sowie auf die Solidarność-Periode der 1980er Jahre. Gleichwohl wurden auch der Geschichte des Machtwechsels von Władysław Gomułka zu Edward Gierek, den Dezember-Ereignissen von 1970, ihren Ursachen und Folgen weit mehr Aufmerksamkeit gewidmet, als dies für die zeitlich parallele Entwicklung in der DDR der Fall war.²⁵ Hinzu kommt eine von Jerzy Eisler besorgte Dokumentensammlung.²⁶ Dem Einsatz bewaffneter Kräfte und den durch sie verursachten Verlust an Menschenleben sind ältere Dokumentationen gewidmet.²⁷ Zeitnah erschien eine deutsche Übersetzung des Protokolls der Szczeciner Streikversammlung vom 24. Januar 1971.²⁸ Eine knappe zusammenfassende Darstellung der polnischen Entwicklung zwischen 1968 und 1976 findet sich in einer deutschsprachigen Überblicksdarstellung aus dem Jahr 1981.²⁹ Eine Reihe von Arbeiten lenkt den Blick besonders auf die ökonomische Situation der PRL in den Jahren vor und nach 1970. Die Gierek-Ära erfuhr darin eine sehr unterschiedliche, in jüngster Zeit zunehmend kritische Bewertung.³⁰ Neuere

10: Christoph Boyer/Klaus-Dietmar Henke/Peter Skyba (Band-Hg.): Deutsche Demokratische Republik 1971–1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden 2008 (i.E.).

23 Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

24 Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971), Bonn 2007.

25 Vgl. u.a. Bogumiła Danowska: Grudzień 1970 na Wybrzeżu Gdańskim: przyczyny, przebieg, reperkusje [Der Dezember 1970 an der Gdańsker Küste: Ursachen, Verlauf, Nachklang], Pelplin 2000; Jerzy Eisler: Grudzień 1970: geneza, przebieg, konsekwensje [Dezember 1970: Genese, Verlauf, Konsequenzen], Warszawa 2000; Henryk Mieczysław Kula: Dwa oblicze Grudnia '70: oficjalne – rzeczywiste [Die zwei Gesichter des Dezember '70: das offizielle – das tatsächliche], Gdańsk 2000; Jerzy Eisler/Stanisław Trepczyński: Grudzień '70 wewnątrz „Białego Domu“ [Der Dezember '70 im „Weißen Haus“], Warszawa 1991; Józef Tejchma: Odszedł Gomułka, przyszedł Gierek. Notatki z lat 1971–1973 [Gomułka ist gegangen, Gierek gekommen. Notizen aus den Jahren 1971–1973], Toruń 2006.

26 Jerzy Eisler: Grudzień 1970 w dokumentach MSW [Der Dezember 1970 in Dokumenten des Innenministeriums], Warszawa 2000.

27 Edward Jan Nalepa: Wojsko polskie w wydarzeniach grudniowych 1970 roku: materiały z sympozjum 17 grudnia 1970 [Das polnische Militär in den Dezemberereignissen des Jahres 1970: Materialien eines Symposiums zum 17. Dezember 1970], Warszawa 1991; Aleksander Strokowski: Lista ofiar: grudzień 1970 r. w Szczecinie [Die Liste der Opfer: der Dezember 1970 in Szczecin], Szczecin 1993.

28 Rote Fahnen über Polen. Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst? Der Kampf der polnischen Arbeiter gegen einen falschen Sozialismus, München 1972.

29 Gerd Koenen/Krisztina Koenen/Hermann Kuhn: Freiheit, Unabhängigkeit und Brot. Zur Geschichte und den Kampfzielen der Arbeiterbewegung in Polen, Frankfurt a.M. 1981, S. 163–217.

30 Andrzej Friszke: Polska Gierka [Das Polen Giereks], Warszawa 1995; Zdzisław Zblewski: Czasy komunistycznych „pragmatyków“. Rządy ekipy Gierka (1971–1980) [Die Zeit der kommunistischen „Pragmatiker“. Die Herrschaft der Gierek-Equipe (1971–1980)], in: Włodzimierz Bernacki u.a.: Komunizm w Polsce. Zdrada, zbrodnia, zakłamanie, zniewolenie [Kommunismus in Polen. Verrat, Verbrechen, Verlogenheit, Zwang], Kraków o. J., S. 288–313.

Überblicksdarstellungen folgen im Allgemeinen dieser Tendenz, bieten aber im Detail wenig Neues.³¹

Mehrere Studien beleuchten das historische Vorfeld der hier betrachteten Ereignisse, wobei eine von Maciej Tymiński über die Parteiherrschaft in den Betrieben hervorzuheben ist.³² Die Krise von 1968 hat Jerzy Eisler zum Gegenstand einer umfangreichen Untersuchung gemacht.³³ Andere thematisieren das Verhalten von Macht- und Funktionseleiten der PRL.³⁴ Andrzej Friszke, Dariusz Stola und Jerzy Eisler haben das Verhalten der PZPR-Führung in politischen Krisen untersucht, u.a. auch in der des Jahres 1970.³⁵ Ergänzt wurde dieses Buch durch einen Dokumentenband.³⁶ Ein von Przemysław Wójcik herausgegebener Sammelband ist den sozialen Strukturmerkmalen der Machteliten gewidmet.³⁷ Beachtung verdienen Untersuchungen der Protest- und Konfliktformen.³⁸

Eisler legte zudem eine Dokumentation zum Ausbruch der Krise von 1976 vor.³⁹ Paweł Sasanka behandelt das Thema ausführlich in seiner Dissertation.⁴⁰ Die spätere Perzeption der 1976er Vorgänge ist Gegenstand eines von ihm herausgegebenen Sammelbandes.⁴¹ Untersuchungen zur „Solidarność“-Periode wenden sich oft auch der Vorgeschichte zu und thematisieren teilweise den Dezember 1970.⁴² Am lokalen Beispiel Szczecins geht eine

31 Norman Davies: *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*, München 2000; Andrzej Paczkowski: *Poł wieku dziejów Polski [Ein halbes Jahrhundert der Geschichte Polens]*, Warszawa 2005.

32 Maciej Tymiński: *PZPR i przedsiębiorstwo. Nadzór partyjny nad zakładami przemysłowymi 1956–1970 [PZPR und Betrieb. Die Parteiaufsicht über die Industriebetriebe]*, Warszawa 2001.

33 Jerzy Eisler: *Polski rok 1968 [Das polnische Jahr 1968]*, Warszawa 2006.

34 Kazimierz Barcikowski: *U szczytów władzy [Auf den Gipfeln der Macht]*, Warszawa 1998; Andrzej Friszke (Hg.): *Władza a społeczeństwo w PRL. Studia historyczne [Macht und Gesellschaft in der PRL. Historische Studien]*, Warszawa 2003; Franciszek Szlachcic: *Górzki smak władzy [Der bittere Geschmack der Macht]*, Warszawa 1990.

35 Andrzej Friszke/Dariusz Stola/Jerzy Eisler: *Kierownictwo PZPR w czasie kryzysów 1956, 1968 i 1970 [Die Führung der PZPR in den Krisen 1956, 1968 und 1970]*, Warszawa 2000.

36 Antoni Dudek/Aleksander Kochański/Krzysztof Persak (Hg.): *Centrum władzy: protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR: wybór z lat 1949–1970 [Das Machtzentrum: Sitzungsprotokolle der PZPR-Führung: Auswahl aus den Jahren 1949–1970]*, Warszawa 2000.

37 Przemysław Wójcik (Hg.): *Elity władzy a struktura społeczna w Polsce w latach 1956–1981 [Die Machteliten und die Sozialstruktur in Polen in den Jahren 1956–1981]*, Warszawa 1994.

38 Krystyna Kersten: *Masowe protesty w PRL – proces ciągły czy odosobnione wydarzenia [Massenproteste in der PRL – ständiger Prozess oder Einzelereignisse]*, Warszawa 1999; Krzysztof Lesiakowski (Hg.): *Opozycja i opór społeczny w Łodzi 1956–1981 [Opposition und gesellschaftlicher Widerstand in Łódź 1956–1981]*, Warszawa 2003; Beata Chmiel/Elżbieta Kaczyńska (Hg.): *Postulaty 1970–71 i 1980: materiały środkowe do dziejów wystąpień pracowniczych w latach 1970–1971 i 1980 (Gdańsk i Szczecin) [Die Forderungen 1970–71 und 1980: Gesammelte Materialien zur Geschichte der Arbeiterunruhen in den Jahren 1970–71 und 1980 (Gdańsk i Szczecin)]*, (Archiwum Solidarność), Warszawa 1998.

39 Jerzy Eisler (Hg.): *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych [Der Juni 1976 in Archivmaterialien]*, Warszawa 2001; s.a. ders., *Grudzień w dokumentach MSW*.

40 Paweł Sasanka: *Czerwiec 1976. Geneza, Przebieg, Konsekwencje [Juni 1976. Genese, Verlauf, Konsequenzen]*, Warszawa 2006.

41 Ders./Robert Spałek (Hg.): *Czerwiec 1976: spory i refleksje po 25 latach [Der Juni 1976: Auseinandersetzungen und Reflexionen nach 25 Jahren]*, Warszawa 2003.

42 Hartmut Kühn: *Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990*, Berlin 1999; Waldemar Kuczyński: *Burza nad Wisłą. Dziennik 1980–1981 [Sturm über der Weichsel. Tagebuch 1980–1981]*, Warszawa 2002.

Dokumentation auf die Verbindung zwischen dem Dezember 1970 und dem August 1980 ein.⁴³ Erwähnenswert erscheint weiterhin ein historischer Längsschnitt, in dem Anna R. Dadlez den Spuren politischer und sozialer Probleme in der polnischen Belletristik nachgeht.⁴⁴

Ein weiteres, für das hier behandelte Thema überaus relevantes Feld erschließen Untersuchungen zu den sozialetischen Komponenten im Verhältnis zwischen katholischer Kirche und kommunistischem Staat, wie sie in den neunziger Jahren insbesondere von Leonid Luks und Jan Siedlarz vorgelegt worden sind. Zygmunt Zieliński hat hierzu einen weiteren wichtigen Beitrag geleistet, der Voraussetzungen des politischen Handelns der beteiligten Seiten erhellt.⁴⁵ Auch Andrzej Friszke Studie über die katholische Abgeordnetengruppe „Znak“ ist in diesem Zusammenhang zu nennen.⁴⁶ Den bis jetzt vielleicht besten Überblick bieten Antoni Dudek und Ryszard Gryz.⁴⁷ Direkten Bezug auf 1970 nimmt eine von Katarzyna Pawlicka vorgelegte Untersuchung zum Verhältnis von politischer Macht und katholischer Kirche.⁴⁸

Eine Sonderstellung im Korpus der für das Thema relevanten Literatur nehmen die „Politischen Tagebücher“ Mieczysław F. Rakowskis ein.⁴⁹ Als im Jahr 2005 deren zehnter und letzter Band erschien, schrieb ein exzellenter Kenner der Materie, Andrzej Friszke: „Die Tagebücher Mieczysław F. Rakowskis stellen das ungewöhnliche Zeugnis einer vergangenen Epoche dar. Der Autor verzeichnete die Wahrnehmungen, Eindrücke, Gespräche durch einige politische Epochen hindurch, von der sogenannten kleinen Stabilisierung Gomułkas, über die Dekade von Gierek, die stürmischen achtziger Jahre bis zu den ersten Monaten der Solidarność-Regierungen. Es ist schwer, ein vergleichbares Werk zu finden – ein Diarium der Politik von einem solchen Grade an Detailliertheit und Ehrlichkeit, das über so viele Jahre geführt wurde.“⁵⁰ Diese ebenso wichtige wie ergiebige Quelle wird in den einschlägigen Kapiteln dieses Buches vielfach zu Rate gezogen und zitiert.

Nicht mehr berücksichtigt werden konnte die 2008 von Małgorzata Mazurek am Historischen Institut der Universität Warschau eingereichte Dissertation „Więzi społeczne i doświadczenie niedoboru, Polska 1956–1981“ [Soziale Bindungen und die Erfahrung des

43 Grudzień 1970 r. genezą Sierpnia 1980 r. [Der Dezember 1970 als Ursprung des August 1980], Szczecin 2000.

44 Anna R. Dadlez: Political and social issues in Poland as reflected in the Polish novel 1946–1985, New York 1989.

45 Zygmunt Zieliński: Der Katholizismus in Polen vor und nach 1989, in: Leonid Luks (Hg.): Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Rußland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 227–235.

46 Andrzej Friszke: Koło posłów „Znak“ w Sejmie PRL 1957–1976 [Die Abgeordnetengruppe „Znak“ im Sejm der PRL 1957–1976], Warszawa 2002.

47 Antoni Dudek/Ryszard Gryz: Komuniści i Kościół w Polsce (1945–1989) [Kommunisten und Kirche in Polen (1945–1989)], Kraków 2003.

48 Katarzyna Pawlicka: Polityka władz wobec Kościoła katolickiego: grudzień 1970 – październik 1978 [Die Politik der Machthaber gegenüber der Katholischen Kirche: Dezember 1970 – Oktober 1978], Warszawa 2004.

49 Mieczysław F. Rakowski: Dzienniki polityczne 1958–1990 [Politische Tagebücher 1958–1990], 10 Bde., Warszawa 1998–2005.

50 Andrzej Friszke: Diariusz Rakowskiego [Das Diarium Rakowskis], in: Polityka, Nr. 37, 17.09.2005, Beilage „Niezbędnik Inteligenta“ [Unentbehrlich für den Intellektuellen], S. 15–19, hier 15.

Mangels]. Gleichwohl dürfte diese Arbeit nach ihrem Erscheinen einen wichtigen Beitrag zur geschichtswissenschaftlichen Diskussion leisten.

Generell besteht in der geschichtswissenschaftlichen Literatur Übereinstimmung, dass nationale Besonderheiten, wie sie sich seit 1990 im Transformationsprozess Mittel- und Osteuropas zeigen, aus teils weit zurückreichenden historischen Wurzeln hervorgehen.⁵¹ Das zeigt sich etwa in sozialen Erwartungshaltungen, die Bürger an den Staat richten, wie auch in der Art, soziale Konflikte auszutragen. Trotz ihrer strukturellen und phänomenologischen Ähnlichkeit wies der Umgang mit sozialen Problemen in den einzelnen Ländern des sowjetischen Blocks erhebliche Unterschiede auf, die einer Erklärung bedürfen. Hierbei sind traditionale und politisch neuinduzierte, kulturelle und wirtschaftliche, demographische und geographische, nationale und internationale Faktoren in den Blick zu nehmen. Aber auch die Zeit zwischen 1945 und 1989 macht sich als wichtiger Erfahrungshintergrund geltend. So hat Klaus Ziemer schon vor einiger Zeit auf soziale Erwartungshaltungen aufmerksam gemacht, die hier ihren Ausgangspunkt haben.⁵² Alle diese Aspekte laufen auf das seit längerem diskutierte Problem der „Entwicklungspfade“ oder auch der „Pfadabhängigkeit“ zu.⁵³ Steven Saxonberg hat hierfür auch im Hinblick auf den Gegenstand dieser Studie überzeugende Argumente formuliert.⁵⁴

Neueren Forschungstrends folgt die Frage nach den Funktionen lokaler Personennetze.⁵⁵ Im Hinblick auf das hier zu behandelnde Thema ist sie bisher weitgehend unbeantwortet geblieben. Erhebliche Defizite bestehen auch in der differenzierten Beschreibung sozialer Lagen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Gesellschaftsschichten. Kaum kommt es zu einem Langzeitvergleich der Lebenslagen, wenngleich soziale Erwartungen ein wichtiges Element der Konflikt- und Krisenszenarien bildeten. Unterbelichtet blieben bisher auch regionale Unterschiede, die sich häufig trotz massiver gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Eingriffe über längere Zeiträume immer wieder restrukturierten. Was die eigentliche Sozialpolitik angeht, so lassen es die meisten Darstellungen bei der Erklärung von Entscheidungen bewenden, während „nondecisions“ weit weniger Beachtung finden, obgleich sie mitunter viel wichtiger sein können. Ein Manko bildet auch die unzureichende Berücksichtigung demographischer Vorgänge. Beispielsweise ist bei einem Vergleich der sozialen Problematik in der DDR und in Polen eine gegenläufige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials zu beachten, die gravierende Konsequenzen für die Sozialpolitik hatte.

51 Alice Teichova (Hg.): *Central Europe in the Twentieth Century. An Economic History Perspective*, Aldershot et al. 1997; Péter Gunst: *Agrarian Development and Social Change in Eastern Europa, 14th-19th Centuries*, Aldershot 1996.

52 Klaus Ziemer: Ausgangsbedingungen für den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozeß in Südost- und Ostmitteleuropa. Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: *Südosteuropa*, 45 (1996) 2–3, S. 99–115; vgl. auch Kornelia van der Beck/Peter Weiß unter Mitarb. von Piotr Biedkowski (Hg.): *Sozialpolitik im Transformationsprozeß: Ordnungspolitische und sozialpolitische Reformen in Polen*, Berlin/New York 1995.

53 Rolf Ackermann: *Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelreform*, Tübingen 2001.

54 Steven Saxonberg: *The Fall. A Comparative Study of the End of Communism in Czechoslovakia, East Germany, Hungary and Poland*, London/New York 2000.

55 Patronage, personal networks and the party-state: everyday life in the cultural sphere in communist Russia and East Central Europe. [6 Beiträge], in: *Contemporary European History*, 11 (2002), S. 1–152.

Schließlich sollte ein Problem nicht unerwähnt bleiben, auf das schon vor Jahren Zdzisław Krasnodebski aufmerksam machte. In der Einleitung zu dem 1999 erschienenen Band „Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen“ beklagte er „die große Lücke, die in Deutschland in der Kenntnis des nächsten, ostmitteleuropäischen Nachbarn immer noch existiert“.⁵⁶ Gemeint war damit u.a. auch die mangelhafte Kenntnis der in Polen selbst geführten wissenschaftlichen Debatten. Deshalb sei es wichtig, „daß deutsche Wissenschaftler und Intellektuelle bevor sie zu voreilig eigene Modelle und Kategorien auf Prozesse in osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Ländern übertragen, sich mit den dortigen Diskursen bekannt machen. Die in diesen Ländern entwickelten Theorien, Konzepte, Ideen, Argumente können zwar aus deutscher Sicht manchmal als zu ‚wenig‘ ausgearbeitet, zu ‚wenig‘ wissenschaftlich und nicht ausreichend ‚spezialisiert‘ erscheinen. Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß diese scheinbar so mangelhaften einheimischen Theorien und Diagnosen in der Vergangenheit viel besser die Realität erkannt haben als anspruchsvollere und ‚hochspezialisierte‘ westliche Theorien. (Natürlich nur in den Fällen, wo sich – wie in Polen – ein nicht ideologischer und kontrollierter Diskurs überhaupt entwickeln konnte).“⁵⁷

Dieser Einwand ist in doppelter Hinsicht bedeutsam: Über das unmittelbare Anliegen hinaus, die Theorieansätze und empirischen Befunde polnischer Forscher zur Kenntnis zu nehmen, bevor die jeweils gerade modischen westeuropäischen oder nordamerikanischen Theorie- und Begriffsetiketten aufgeklebt werden, erscheint es wichtig, zunächst einmal die historischen Fakten zu eruieren und zu präsentieren. Das hat zum einen etwas zu tun mit der Gewinnung historischer Fakten aus historischen Quellen und deren Verwandlung in Belege.⁵⁸ Zum anderen ist ein ganz trivialer Informationsbedarf zu befriedigen. Dem versucht diese Studie in erster Linie nachzukommen. Sie ist deshalb in weiten Passagen relativ quellennah gehalten. Auch sollte sie nach Möglichkeit die polnische Geschichte in der frühen Gierek-Ära zumindest so detailliert beleuchten, dass ein Vergleich mit den parallelen Vorgängen in der DDR sinnvoll wird. Gleichwohl beansprucht sie nicht, die Geschichte der DDR und der PRL in der ersten Hälfte der 1970er Jahre nachzuzeichnen. Im Wesentlichen beschränkt sie sich auf die Frage nach Ursachen, Verlauf und Wirkungen sozialpolitischer Entscheidungsprozesse in den Jahren 1970 bis 1975/76. Damit changiert die Darstellung gewollt zwischen Sozial-, Wirtschafts- und Politikgeschichte.

4. Zu diesem Buch

Bei der Wahl des Themas spielte die auffällige Parallele des politischen Kurswechsels vom Dezember 1970 eine wichtige Rolle. Es war vor allem das zeitliche Zusammenfallen, das die Aufmerksamkeit weckte. Der Ereignisverlauf selbst wies hingegen gravierende Unter-

56 Zdzisław Krasnodebski: Einleitung, in: ders./Klaus Städtke/Stefan Garsztecki (Hg.): Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: das Beispiel Polen, Hamburg 1999, S. 7–16, hier 12.

57 Ebd., S. 12f.

58 Richard J. Evans: Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis, Frankfurt a.M./New York 1999, S. 78–103.

schiede auf, so dass die Ähnlichkeit der Inhalte erst auf den zweiten Blick sichtbar wurde. Immerhin lag ein komparativer Ansatz nahe. Allerdings war es Polen, das in dieser Zeit die spektakulären Signale setzte, nicht die DDR. Insofern gäbe es gute Gründe, die polnische Entwicklung als Projektionsfläche für das Geschehen in anderen Ländern des sowjetischen Blocks zu nutzen und den Vergleich entsprechend anzulegen. Diese Studie setzt jedoch einen anderen Akzent: Sie nimmt die DDR zum Ausgangspunkt für die zentrale Frage nach den Ursachen, Verläufen und Wirkungen des Ende 1970 vollzogenen strategischen Kurswechsels in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sie lenkt dann den Blick auf die PRL und fragt zudem danach, wie die SED-Führung unter Honecker die dortigen Vorgänge wahrnahm und inwieweit sie von diesen beeinflusst wurde. Zwei Gründe sprachen für ein solches Vorgehen: Der erste resultiert ganz pragmatisch aus den bisherigen Forschungen des Autors zur Geschichte der Sozialpolitik in der DDR. Der zweite Grund hängt unmittelbar mit dem Gegenstand der Studie zusammen: Ereignisgeschichtlich bietet die polnische Entwicklung unzweifelhaft die spannenderen Szenen, doch verzweigt sie sich dabei auf relativ viele Schauplätze. In der DDR hingegen tritt die Problemlage deutlicher zutage. Sie konzentriert sich auf die Frage, wie man die „Politik der Hauptaufgabe“ mit der dritten industriellen Revolution in Einklang zu bringen suchte. Es geht hier also um den Zusammenhang von Sozialpolitik und industrieller Revolution in der ersten Hälfte der 1970er Jahre am Beispiel der DDR und im Vergleich mit der PRL.

Die Gliederung der Darstellung ist mit Ausnahme des einführenden Kapitels über weite Strecken so angelegt, dass die 1970/71er Vorgänge, die kurze Zeit des scheinbaren Aufblühens 1972/73, die Rückkehr der Probleme 1974/75 und das Krisenszenarium des Jahres 1976 gewissermaßen als eine deutsch-polnische Parallelgeschichte erscheinen. Gleichwohl bleibt zu betonen, dass dem ein asymmetrischer Ansatz zugrunde liegt. Die Geschichte der DDR bildet in diesem Zusammenhang den Referenzhorizont. So sind die „polnischen“ Kapitel um Abschnitte ergänzt, in denen die Entwicklung in der PRL unter dem Aspekt betrachtet wird, wie man sie auf der DDR-Seite wahrnahm. Dieser Blickwinkel erlaubt detaillierte Einsichten in die ersten Jahre einer politischen Ära, die mit den Namen Erich Honecker und Edward Gierek verbunden ist, er lässt Beweggründe und Motive der Akteure deutlich werden und macht zwischen offiziellen Verlautbarungen und praktisch relevanten Einsichten eine beträchtliche Spannweite sichtbar. Er zeigt aber auch eine bemerkenswerte Eigendynamik scheinbar gleichartiger Problemlagen. Immer wieder wird man dabei auf das Phänomen historischer Pfadabhängigkeit verwiesen.

Die durchaus beabsichtigte Asymmetrie der Darstellung ermöglicht es einerseits, auf dem relativ weit gediehenen Forschungsstand zur Geschichte der Sozialpolitik in der DDR aufzubauen. Nicht zuletzt bilden in starkem Maße archivgestützte Forschungen die Grundlage. Angesichts der bereits vorliegenden oder in Kürze zu erwartenden Publikationen zur Geschichte der Sozialpolitik in der DDR konnten die entsprechenden Kapitel relativ kompakt ausgeführt werden. Bei der Darstellung der polnischen Entwicklung hingegen galt es dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die deutschsprachige Literatur hierzu wesentlich spärlichere Informationen bietet. Vieles ist schlicht unbekannt. Dem versuchen die einschlägigen Kapitel auf der Grundlage in polnischer Sprache vorliegender zeitgenössischer Dokumente und umfangreicher Quelleneditionen sowie der Sekundärliteratur gerecht zu werden. Sie folgen damit einem eher narrativen Duktus und gehen auch mehr ins Detail. Das geschieht

zum einen, weil die polnische Geschichte in diesen Jahren wesentlich ereignisreicher und dramatischer verlief als jene in der DDR, zum anderen dürfte dies dem Informationsbedarf deutscher Leser entgegenkommen. Abzuwägen war, ob Recherchen im Archiwum Akt Nowych [Archiv neuer Akten] in Warschau zu einem wesentlich anderen bzw. besseren Kenntnisstand geführt hätten. Im Detail ist das nicht zu bestreiten, und vertiefende Forschungen werden nicht umhinkommen, die Originalakten auszuwerten. Gleichwohl fiel die Entscheidung zugunsten einer ausschließlich auf das vorliegende gedruckte Material gestützten Untersuchung. Dieses Vorgehen erschien insofern gerechtfertigt, als die direkte Nutzung von Archivalien bei vertretbarem Aufwand kaum über den derzeitigen polnischen Forschungsstand hätte hinausführen können. Dies muss anderen Arbeiten vorbehalten bleiben.

Die Kapitel 1 (Teil 1–5), 3 (Teil 1–7), 5 (Teil 1–10), 6 (Teil 1–5) und 9 (Teil 1–5) verfasste Christa Hübner als Koautorin.

Ein Vergleich der Entwicklung in der DDR und in Polen legte auch einen Blick auf die CSSR nahe. Das ist vor allem deshalb von Interesse, weil einige zentrale Aspekte der Sozialpolitik und des Krisenmanagements in Ostberlin und Warschau große Ähnlichkeit mit jenem Vorgang aufwiesen, der in der Tschechoslowakei fast zeitgleich als Periode der sogenannten „Normalisierung“ (tschech. normalizace) begann. Dieser wichtige Aspekt wird durch einen selbständigen, von Christoph Boyer verfassten Beitrag erschlossen: „Sorge um den Menschen? Tschechoslowakische Sozial- und Konsumpolitik im Übergang von der Reform zur ‚Normalisierung‘ (1967–1975)“. In einer Langzeitperspektive wird die für das bessere Verständnis der in diesem Band behandelten Entscheidungsprozesse wichtige Vorgeschichte dieses Zeitraumes erschlossen. Wir haben uns entschieden, diese Tour d’Horizon nicht in die übrige Kapitelgliederung zu integrieren, sondern das Buch damit enden zu lassen.

Um den Umfang des Bandes in den Grenzen der Kostenkalkulation zu halten, wurden zwei Kapitel und das Literaturverzeichnis nicht aufgenommen. Es handelt sich um:

Die späten sechziger Jahre: Akteure, Interessen, Problemlagen

1. Politische Konstellationen zwischen 1968 und 1970
2. Wirtschaftliche, soziale und demographische Probleme
3. Lang- und mittelfristige Trends
4. Soziale und politische Bruchzonen um 1970
5. Gewaltpotentiale sozialen Protests

Umstrittene Prioritäten: DDR

1. Sozialpolitischer Paradigmenwechsel
2. Sozialpolitik zwischen Theorie und Praxis
3. Netzwerke und Subsidiarität
4. Versuche einer „Ökonomisierung“ der „sozialistischen Sozialpolitik“ 1967–1970
5. Das Ende der „ökonomisierten“ Sozialpolitik 1970

Der erste dieser beiden Texte bietet einen Überblick zur Ausgangssituation der im Buch geschilderten Ereignisse. Der zweite zeichnet die Sozialpolitik der späten Ära Ulbricht in der DDR nach. Ausführlicher ist dieses Thema im Band 9 der „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ behandelt worden.⁵⁹ Interessierte Leser finden diese Kapitel und die Bibliographie als frei zugänglichen Volltext auf der Internetseite des Verlages: www.boehlau.de

59 „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“, hg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv, Christoph Kleßmann (Band-Hg.): Deutsche Demokratische Republik 1961–1971: Politische Stabilisierung und Mobilisierung, Baden-Baden 2006, S. 77–145; 721–762.

Auf Kollisionskurs: PRL

1. *„Wir können uns das einfach noch nicht leisten ...“*
2. *Der März 1968*
3. *Soziale Probleme und der V. Parteitag*
4. *Die „Jaszczuk-Reform“*
5. *„Sackleinensozialismus“*
6. *Krisensymptome*
7. *Polnische Probleme aus der Sicht der SED*

1. „Wir können uns das einfach noch nicht leisten ...“

Am 11. November 1966 – also nachdem das erste Planjahr fast vorüber war – nahm der polnische Sejm den Fünfjahrplan 1966 bis 1970 an. Damit fanden jahrelange Vorarbeiten ihren Abschluss. Immerhin hatte die Plankommission beim Ministerrat (Komisja Planowania przy Radzie Ministrów) bereits 1963 mit den konzeptionellen Vorarbeiten begonnen. Doch geriet „der Versuch, die Fortsetzung der Investitionsanstrengung mit der Erhöhung des Lebensstandards zu vereinbaren“ zu einem „ernsten Dilemma“.¹

Inwieweit die unmittelbaren Akteure das so wahrnahmen und vor allem, wie sie die Risiken einschätzten, wird man differenziert beantworten müssen. Der IV. Parteitag der PZPR (15.–20. Juni 1964) jedenfalls akzeptierte die Grundrichtungen des Fünfjahrplanes² und stellte zu den „Allgemeinen Planrichtlinien“ für die Jahre 1966–1970 fest: „An der Spitze stehen hier solche Fragen wie der Ausbau des Exports und die Veränderung seiner inneren Struktur, die Modernisierung des Profils des Maschinenbaus und die Hebung seiner Qualität, die Verbesserung der Investitionstätigkeit in allen ihren Phasen zwecks Senkung der Kosten und die Verkürzung der Realisationszyklen, die Erhöhung der Anstrengungen zur Steigerung der Landwirtschaftsproduktion und der Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsmitteln.“³

Der Katalog dieser Hauptaufgaben enthielt aber keinerlei Hinweis auf weitergehende sozialpolitische Schritte, wenngleich ihm eine immanente soziale Zielrichtung nicht abzuspre-

1 Janusz Kaliński: *Przemiany strukturalne w gospodarce polskiej w latach 1944–1970* [Die strukturellen Umgestaltungen in der polnischen Wirtschaft in den Jahren 1944–1970], Warszawa 1993, S. 126.

2 Vgl. IV. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. 15. bis 20. Juni 1964. Rechenschaftsbericht. Beschluß, Berlin 1964.

3 Władisław (sic) Gomułka: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und Richtlinien der Entwicklung der Volksrepublik Polen in den Jahren 1966 bis 1970, in: ebd., S. 5–181, hier 34.

chen war. Für eine solche Zurückhaltung gab es allerdings einen handfesten Grund. Es sei nämlich die „wichtigste soziale Aufgabe“, hieß es weiter, „der riesigen Zahl junger Menschen in Stadt und Land Arbeit zu sichern.“⁴ Darin kam eine weitere Seite des Dilemmas zum Vorschein: Die Volksrepublik hatte seit den 1950er Jahren einen enormen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, der auch in den Sechzigern anhielt.⁵ Dabei handelte es sich einerseits um eine in der Nachkriegszeit in ganz Europa zu beobachtende demographische Ausgleichsbewegung. Andererseits ähnelte die Situation aber auch derjenigen in vielen Entwicklungsländern, wo das Bevölkerungswachstum die Produktions- und Produktivitätszuwächse nicht selten überkompensierte.

Angesichts dieser Lage verengten sich wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsräume der PZPR erheblich. Die Parteiführung registrierte, dass „wichtige innere und äußere Faktoren (zu) berücksichtigen (sein), die schon jetzt das Tempo und den Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung Polens beeinflussen, und deren Einfluß sich im nächsten Fünfjahrplan noch vertiefen wird. Hier treten die Veränderungen im demographischen Bild des Landes in den Vordergrund. [...] Das ändert in großem Umfang auch die bisherigen sozialen Bedingungen der Entwicklung der Volkswirtschaft und beeinflusst den Charakter aller unserer Maßnahmen im nächsten Fünfjahrplan. Wir müssen in diesem Plan die Aufgaben und Richtungen der wirtschaftlichen Tätigkeit so festlegen, daß der weitere unerläßliche Fortschritt in den Fertigungsmethoden auf der Basis der Vollbeschäftigung gesichert wird.“⁶

Das Beschäftigungsproblem überlagerte andere, aber durchaus wesentliche Aufgaben der Sozialpolitik. Erst im letzten Abschnitt der „Richtlinien“ war von den „Probleme(n) des Verbrauchs“ die Rede, allerdings auch nur sehr allgemein: „Alle unsere Maßnahmen sind letzten Endes darauf gerichtet, eine dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zu gewährleisten.“⁷ Das Hauptaugenmerk galt dabei der Konsumtion, dem Wohnungsbau und der Einkommensentwicklung. Für letztere war ein Anstieg um etwa zehn Prozent veranschlagt. Dies bedeute aber nicht, „daß das Durchschnittseinkommen der Familien der Werktätigen in gleichem Umfang wachsen wird. Es wird höher sein, weil sich die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt in der Familie erhöhen wird.“⁸

Der Parteitag beschloss neun grundlegende Aufgaben, darunter an sechster Stelle die Schaffung von etwa 1,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen. An siebenter Stelle folgte der Anstieg des Lebensniveaus der Bevölkerung, an achter die „breite Entwicklung“ der Dienstleistungen für die Bevölkerung. Einschränkend hieß es allerdings, das Lebensniveau könne nur „entsprechend den Möglichkeiten, die sich aus dem steigenden Nationaleinkommen ergeben“, wachsen.⁹ Der Lohnfonds solle um cirka 29% ansteigen; für die Reallöhne wurde dagegen, anders als im Referat, keine Zahl genannt. Dafür deutete der Aufgabenkatalog,

4 Ebd., S. 38.

5 Nach Andrzej Jeziarski/Barbara Petz: *Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944–1985* [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944–1985], Warszawa 1988, S. 279 betrug die Nettozunahme der Bevölkerung im produktiven Alter in den Jahren 1966–1970 1,672 Mio. Personen.

6 Gomulka, Rechenschaftsbericht, S. 36.

7 Ebd., S. 118.

8 Ebd., S. 118–121, Zitat 118.

9 Beschluß des IV. Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: ebd. S. 182–272, hier 191.

wenn auch sehr vorsichtig, Preiserhöhungen an: „Die Erhöhung der Reallöhne und des Realeinkommens der Bevölkerung sieht eine Stabilisierung der Lebenshaltungskosten vor. Die vom ökonomischen Gesichtspunkt notwendigen Preisveränderungen bei einigen Waren und Dienstleistungen müssen mit einer entsprechenden Gegenleistung verbunden sein.“¹⁰

Beim Wohnungsbau war der Bau von 2,8 bis 2,9 Millionen Zimmern vorgesehen, davon 2,1 Millionen außerhalb der Landwirtschaft. Um das zu erreichen, sollten der genossenschaftliche Wohnungsbau maximal ausgedehnt und Familien durch verschiedene Anreize wie den leichteren Kauf von Baumaterialien dazu gebracht werden, für ein Einfamilienhaus zu sparen. Als „Grundbedingung“ für den Wohnungsbau galt die Senkung der Kosten.¹¹ In seinem Referat hatte Władysław Gomułka dazu festgestellt: „Es gibt keinen Zweifel, daß wir die Zahl der gebauten Wohnungen wesentlich vergrößern müssen. Dies läßt sich jedoch nicht anders erreichen, als daß wir die Wohnungen billiger bauen als bisher.“¹²

Das war nicht ohne Logik, doch in der Praxis führte diese Orientierung zu absurden Folgen. Mieczysław F. Rakowski (*1926) beschrieb sie bereits 1981 so: „In der Mitte der sechziger Jahre füllten sich die Spalten in den Zeitungen auch mit Berichten über den sogenannten billigen Wohnungsbau. Er bestand darin, dass Wohnungen ohne elementare sanitäre Einrichtungen wie Bad und WC übergeben wurden. Allgemein baute man Wohnungen, deren Küchen keine Fenster besaßen, obwohl bekannt war, dass sich in vielen und besonders Arbeiterfamilien das Familienleben in der Küche konzentrierte. Einzig in Schlesien wurden die Direktiven der Zentralen Planung berücksichtigt und weiter Wohnungen gebaut, in denen die Küchen Fenster hatten.“¹³ Ein Jerzy Eisler zufolge „noch schockierenderer Gedanke“ war es, im Zuge des „sparsamen Bauens“ sogenannte „Sanitärknotenpunkte“ zu schaffen. Es handelte sich um gemeinsame Bäder und Toiletten für jeweils einige Familien. So wurden in Gdańsk an der Szuwara-Straße „experimentell“ dreistöckige Wohnhäuser errichtet, in denen Toiletten und Duschen pro Etage für jeweils drei bis vier Familien vorgesehen waren. Das alles rief natürlich Unzufriedenheit hervor, zumal trotz des „billigen Bauens“ 1970 die durchschnittliche Wartezeit auf eine Wohnung 8,5 Jahre, in Wrocław sogar bis zu 15 Jahre betrug.¹⁴

Die Richtungen und Prioritäten der wirtschaftlichen Entwicklung wurden im Umfeld des Parteitages durchaus unterschiedlich diskutiert. Beachtlich stark machten sich noch recht konservative Sichtweisen bemerkbar. So schrieb der Ökonom Mariusz Bartnicki im Januar 1964 in der politisch-theoretischen Zeitschrift der PZPR „Nowe Drogi“ (Neue Wege), „je mehr man in einem gegebenen Jahr für die Investitionen, besonders für die produktiven Investitionen vorsieht, um so größer wird das Produktionswachstum sein, und dann wird, nach der Inbetriebnahme der neu errichteten Betriebe, in einigen Jahren ein um so größeres

10 Ebd., S. 226.

11 Ebd., S. 218.

12 Gomułka, Rechenschaftsbericht, S. 120.

13 Mieczysław F. Rakowski: *Przesilenie grudniowe, przyczynek do dziejów najnowszych* [Dezemberwende. Ein Beitrag zur neuesten Geschichte], Warszawa 1981, S. 19.

14 Jerzy Eisler: *Grudzień 1970: geneza, przebieg, konsekwencje* [Dezember 1970: Genese, Verlauf, Konsequenzen], Warszawa 2000, S. 40.

Nationaleinkommen erreicht werden. Dann wird der Teil des Nationaleinkommens, der für den Konsum vorgesehen ist, sich entsprechend vergrößern.“¹⁵ Das entsprach völlig der von der PZPR in den 1950er Jahren vertretenen Wirtschafts- und Sozialphilosophie und blieb nicht unwidersprochen. In der Zeitschrift „Życie Gospodarcze“ (Wirtschaftsleben) etwa kamen andere zu Wort, die vorsichtig für Korrekturen plädierten. Zum Beispiel forderte Czesław Bobrowski (1904–1996) umfangreichere Investitionen in den Wohnungsbau und den Dienstleistungsbereich. Seiner Meinung nach stellte die gezielte Förderung dieser Gebiete eine Alternative zu den produktiven Investitionen dar und könnte die Existenzbedingungen der Bevölkerung verbessern. Noch weiter ging Michał Kalecki (1899–1970), indem er verlangte, die Konsumtion zu privilegieren und die Rohstoff- und kapitalträchtigen Investitionen einzuschränken.¹⁶

Beide Autoren, Bobrowski und Kalecki, waren seit 1956 in ökonomischen Diskussionen vielfach hervorgetreten. Kazimierz Kłoc zufolge gehörten sie zu den „Realisten“ in der Gruppe von Wirtschaftsreformern, die für die Verbindung von Zentralisierung und Dezentralisierung bzw. von Plan und Markt eintraten. Die „Realisten“ wollten im Gegensatz zu den „Modellierern“, die ihre Konzeptionen deduktiv erarbeiteten, ihre Vorstellungen zunächst in der Realität testen. Mit radikalen und pauschalen Lösungsvorschlägen hielten sie sich daher eher zurück, anders als die „Modellierer“ Włodzimierz Brus (1921–2007) und Oskar Lange (1904–1965).¹⁷ Das verhinderte freilich nicht, dass sie in die Schusslinie der parteioffiziellen Kritik gerieten. Bobrowski, Dekan der Ökonomischen Fakultät der Warschauer Universität, schied schon 1963 als stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsrates beim Ministerrat aus,¹⁸ Kalecki verließ 1964 die Plankommission¹⁹ und stellte nach dem März 1968 die Publikationstätigkeit in Polen ein.²⁰

15 Mariusz Bartnicki: Aktualne problemy inwestycyjne [Aktuelle Investitionsprobleme], in: *Nowe Drogi*, 18 (1964) 1, S. 46–57, hier 47.

16 Vgl. Kaliński, *Przemiany*, S. 128f.

17 Vgl. Kazimierz Kłoc: Rady robotnicze kontra socjalizm rynkowy [Arbeiterräte kontra Marktsozialismus], in: *Polska 1944/45–1989*, Bd. 3, Warszawa 1997, S. 119–136, hier 128f.

18 Tadeusz Mołdawa: *Ludzie władzy 1944–1991. Władze państwowe i polityczne Polski według stanu na dzień 28 II 1991* [Menschen der Macht: 1944–1991. Die staatlichen und politischen Organe Polens nach dem Stand vom 28.2.1991], Warszawa 1991, S. 338.

19 Kaliński, *Przemiany*, S. 129.

20 Dagmara Jajeśniak-Quast: Die ersten Versuche der Dezentralisierung der sozialistischen Planwirtschaft in Polen. Höhepunkte der Debatten über die Wirtschaftsreformen (1956–1968), in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate unter Mitarbeit von Maria Köhler-Baur (Hg.): *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 89–106, hier 96.

Auch im Sejm wurde Kritik laut. So bemerkte der Znak-Abgeordnete²¹ Konstanty Łubieński (1910–1977) auf der Sitzung im November 1966, als der Fünfjahrplan 1966 bis 1970 angenommen wurde, dass dieser zu wenig Mittel für die Leichtindustrie und die Produktion landwirtschaftlicher Konsumgüter sowie den Wohnungsbau vorsehe.²² Bei insgesamt hohen Zuwachsraten war diese Diskrepanz nicht zu übersehen. Schließlich sollte nach dem vom Sejm beschlossenen Plan die Industrieproduktion um 43,6% steigen, darunter die Produktion von Produktionsmitteln um 47,7% und von Konsumgütern um 36,5%. Der Zuwachs der landwirtschaftlichen Erzeugung würde laut Plan mit 13,9 bis 14,6% hingegen recht bescheiden ausfallen.²³ Zudem wollte man 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen, etwas weniger als es der Zunahme der Bevölkerung im produktiven Alter entsprach.²⁴

Die ambitionierten Ziele konnten freilich nicht ungeschehen machen, dass die neue Fünfjahrplanperiode bereits unter schlechten Voraussetzungen begann, denn der vorhergehende Plan 1960 bis 1965 war in wichtigen Teilen nicht erfüllt worden.

Tabelle 1

Planerfüllung 1961–1965 (1960 = 100)

Spezifikation	Plan	Ist
Produziertes Nationaleinkommen	140,6	135,2
Konsum aus den persönlichen Einkommen der Bevölkerung	130,6	128,0
Reallohn	123,0	108,0
Globale Industrieproduktion	150,4	150,9
darunter: Produktionsmittel	157,2	159,5
Konsumtionsmittel	144,3	137,1
Globale Landwirtschaftsproduktion	122,2	114,5
Beschäftigung (Zuwachs in Tsd.)	692	1276

Quelle: Andrzej Jezierski/Barbara Petz: *Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944–1985* [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944–1985], Warszawa 1988, Tab. XX.3, S. 266.

Besonders die Zunahme der Beschäftigtenzahlen war besorgniserregend. Einzig bei der Produktion von Produktionsmitteln wurden die Planziele realisiert. Ein besonders niedriges Wachstum wies die Reallohnentwicklung auf. Hier war nur etwas mehr als ein Drittel des-

21 Die Abgeordnetengruppe „Znak“ (Das Zeichen) entstand nach den Sejmwahlen (20. Januar 1957) am 18. Februar 1957 aus fünf katholischen Abgeordneten, die mit dem Milieu der Zeitschrift „Tygodnik Powszechny“ (Allgemeine Wochenzeitung) verbunden waren, und zwei weiteren Abgeordneten. Ihr schlossen sich noch drei weitere Abgeordnete an. Den Vorsitz übernahm Stanisław Stomma (1908–2005) aus Kraków; der Warschauer Abgeordnete Jerzy Zawieyski (1902–1969) wurde als einziger Parteilooser Mitglied des Staatsrates. Die Gruppe war die einzige ihrer Art im gesamten Ostblock. Vgl. Andrzej Friszke: *Koło posłów „Znak“ w Sejmie PRL 1957–1976* [Die Abgeordnetengruppe „Znak“ im Sejm der PRL 1957–1976], Warszawa 2002, S. 14f.

22 Kaliński, Przemiany, S. 132.

23 Ebd.

24 Jezierski/Petz, *Historia*, S. 279.

sen erreicht, was geplant war. Der neue Fünfjahrplan sah dann gleich – wie schon auf dem IV. Parteitag angekündigt – einen niedrigeren Zuwachs als bei den anderen Hauptkennziffern vor: lediglich zehn Prozent.²⁵

Diese Entwicklung brachte besonders die polnischen Gewerkschaften in Erklärungsnot. Ihre Rolle bedurfte zweifellos einer präzisierenden Neubestimmung als eine im Sinne der Parteipolitik ebenso konstruktive wie kritische Instanz. Unter diesem Gesichtspunkt veröffentlichte die Gewerkschaftszeitung „Głos Pracy“ (Stimme der Arbeit) im Juni 1967 im Hinblick auf den bevorstehenden Gewerkschaftskongress Thesen zum Entwurf eines Beschlusses. Darin hieß es: „Die Gewerkschaften sind Sachwalter einer Kritik, die bei der Aufdeckung und Überwindung der in unserem Leben und in unserer Arbeit noch auftretenden Schwächen und Mängel, der Erscheinungen von Verstößen gegen die sozialistischen Prinzipien und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der Gleichgültigkeit gegenüber den Fragen der Menschen hilft. Die richtige Entwicklung dieser Kritik setzt voraus, die kritischen Stimmen der Arbeiter, der Kollektive der Werktätigen und der öffentlichen Meinung eindringlich anzuhören und schnell zu reagieren.“²⁶ Allerdings würde auch die Arbeiterselbstverwaltung ihre Kontrollbefugnisse in Bezug auf die Betriebsleitungen und die Leitungen der Produktionsabteilungen oft ungenügend nutzen, insbesondere, wenn es um die Kontrolle der „rhythmischen“ Lösung der Planaufgaben ging. „Infolge der unrythmischen Arbeitsweise häuften sich die Verspätungen und entstanden Gefährdungen bei der Erfüllung der Planaufgaben für die einzelnen Quartale und Jahre. Dies war eine der wesentlichen Ursachen für die Spannungen in der Kooperation und für die Nichterfüllung der Aufgaben bei einer Reihe von Erzeugnissen, die für die Wirtschaft wichtig sind.“²⁷

Eine solche Ermunterung zur Kritik stand in Verbindung mit einem anderen Passus, der eher als Mahnung an die Regierenden zu verstehen war, die Dynamik des wirtschaftlichen und sozialen Anspruchsniveaus nicht zu unterschätzen: Überall, wo der Sozialismus gesiegt habe, bildeten der Mensch und sein Wohl, sein gewachsenes Bewusstsein und das Wissen der Menschen, ihre Fähigkeit, sich der Errungenschaften der Wissenschaft und Technik mit dem Ziel eines immer höheren Niveaus des materiellen und kulturellen Daseins zu bedienen, die wichtigste Seite in der Tätigkeit der Partei, des sozialistischen Staates und seiner Gewerkschaften, hieß es in den Thesen.²⁸ Wer wollte, konnte das als Plädoyer für mehr sozialpolitische Sensibilität der Regierenden lesen.

Denen waren allerdings in dieser Hinsicht Grenzen gezogen. Vor allem die Landwirtschaft erwies sich immer wieder als ein besonderes Sorgenkind der PZPR-Führung. Die landwirtschaftliche Produktion lag in der ersten Hälfte der sechziger Jahre immer unter den ohnehin schon geringen Planansätzen. Am 28./29. September 1967 beschäftigte sich das 9. ZK-Plenum – erstmals seit dem IV. Parteitag – speziell mit der „weiteren Entwicklung

25 Vgl. ebd., Tab. XX.5, S. 275, 281.

26 SAPMO-BArch, DY 34, 8461: Thesen zum Entwurf des Beschlusses des VI./XII. Kongresses der polnischen Gewerkschaften. Mai 1967, Übersetzung Nr. 503/67: Głos Pracy, Beilage vom 5.6.1967, S. 6.

27 Ebd., S. 11.

28 SAPMO-BArch, DY 34, 8378: Thesen zum Entwurf des Beschlusses des VI./XII. Kongresses der polnischen Gewerkschaften. Mai 1967, Übersetzung Nr. 503/67: Głos Pracy, Beilage vom 5.6.1967, S. 145.

der Landwirtschaft“. Als Hauptziel wurde bei dieser Gelegenheit, wieder einmal, die rasche Erhöhung der Getreide- und Futtermittelproduktion vorgegeben. Zu diesem Zweck sollten die Landwirtschaftsbetriebe vor allem auf innere Reserven zurückgreifen, forderte Gomułka in seiner Schlussrede.²⁹ Der entsprechende Beschluss beließ es allerdings bei der lakonischen Feststellung: „Die schnelle Vergrößerung der Getreideproduktion ist die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft in den nächsten Jahren.“³⁰ Beachtenswert erscheint eine gewisse Parallelität zwischen Gomułkas Appell zur Erschließung innerer Reserven und Ulbrichts kurz zuvor erhobener Forderung nach mehr Eigenverantwortung von Betrieben und Kommunen bei der Lösung sozialer Probleme.

In Anbetracht der heiklen Getreidefrage galt auch der PZPR das Modell einer hochgradig mechanisierten und konzentrierten Agrarwirtschaft als zukunftsträchtig. Um den polnischen Bauern einen Anreiz für die Aufgabe ihrer zumeist kleinen privaten Wirtschaften zu bieten, sollte ihnen ein Tausch Land gegen Rente angeboten werden. Die Angelegenheit kam ebenfalls auf dem ZK-Plenum zur Sprache. Nach den Vorstellungen der PZPR-Führung sollte erbenlosen Landwirten, die ihre Ländereien dem Staat übereigneten, im Tausch dafür eine Rente zuerkannt werden. Deren Höhe war abhängig von der Größe der bäuerlichen Wirtschaft und der Bodenqualität. Im Kern ging es darum, die in weiten Teilen Polens dominierende kleinbäuerliche Struktur aufzubrechen und großflächigen Getreideanbau zu ermöglichen. Gomułka warnte jedoch vor überzogenen Erwartungen: „Ich möchte die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die Frage der Rente für Landwirte nicht als Problem an und für sich auftaucht, als soziales Problem. Die Renten bleiben im engen Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, mit der Zusammenlegung, mit der Übernahme von Grund und Boden. Wir lösen auf diese Weise nicht die sozialen Probleme des ganzen Dorfes, denn das können wir uns einfach noch nicht leisten. Diese Probleme werden wir erst dann voll lösen können, wenn wir jeden Hektar der landwirtschaftlichen Nutzflächen gut bewirtschaften, wenn wir ein ausreichend hohes Nationaleinkommen haben werden.“³¹

29 Przemówienie końcowe I Sekretarza KC PZPR tow. Władysława Gomułki [Schlussrede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Gen. Władysław Gomułka], in: IX. Plenum KC PZPR 28–29 września 1967 r. Podstawowe materiały. W sprawie dalszego rozwoju rolnictwa w latach 1967–1970 [IX. Plenum des ZK der PZPR. 28.–29. September 1967. Grundlegende Materialien. Zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft in den Jahren 1967–1970], Warszawa 1967, S. 119–139, hier 119.

30 Uchwała IX Plenum KC PZPR w sprawie zadań w dziedzinie dalszego rozwoju gospodarki rolnej [Beschluss des IX. Plenums des ZK der PZPR zu den Aufgaben auf dem Gebiet der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft], in: ebd., S. 143–157, hier 144.

31 Przemówienie końcowe, IX. Plenum, S. 136. Ähnlich Gomułka auch auf der Beratung der Vorsitzenden der Präsidien der Kreis- und Wojewodschaftsnationalräte am 31. Januar 1968: „Wir wollen vor allem das Problem der Bewirtschaftung des Bodens lösen. Das ist das Wichtigste. Wenn wir es uns heute leisten könnten, das Rentenproblem für alle alten Menschen auf dem Dorf zu lösen, dann würden wir, das ist klar, dieses Problem lösen. Leisten werden wir uns das dann können, wenn wir mehr produzieren werden, wenn wir die Arbeitsproduktivität erhöht, die Produktionskosten gesenkt, jeden Hektar Boden besser genutzt haben werden.“ Władysław Gomułka: Przemówienia 1968 [Reden 1968], Warszawa 1969, S. 7–25, hier 21.

Hinter diesen Bestrebungen stand nicht zuletzt die Absicht, den Getreideimport bis 1970 durch eigene Produktion abzulösen. Das 9. ZK-Plenum sah darin die dringendste Aufgabe.³² Es folgte damit einem Beschluss, den das Politbüro bereits am 29. Januar 1964 gefasst hatte. Unter Ökonomen blieb diese Absicht nicht unumstritten. So hatte Kalecki 1964 in „Życie Gospodarcze“ argumentiert, dass durch Import die Zuchtproduktion und deren Export gesteigert werden können, wodurch letzterer mittelbar zur Hebung des Nationaleinkommens beitrage. Die Realisierung der PZPR-Politik führe jedoch zur Verkleinerung der Schweinebestände und damit zur Minderung der Erzeugung von Fleisch und tierischen Produkten.³³ Wenngleich Schweinefleisch in Polen den Hauptteil des Fleischkonsums ausmachte und sich bei den Verbrauchern „größter Popularität“³⁴ erfreute, wies das 9. Plenum die Forderungen nach einer Erhöhung der Schweinebestände zurück. Ohne eine Lösung der Futterfrage aus eigener Kraft sei das „unreal“.³⁵ Stattdessen sollte das Problem durch die Einschränkung des Fleischverbrauchs mittels Preiserhöhung gelöst werden.

Der Vorstoß kam nicht von ungefähr. Bereits am 4. März 1966 hatte sich der Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK, Franciszek Blinowski (1907–1997), auf einer Konferenz zur Entwicklung der Landwirtschaft in den Jahren 1966 bis 1970 zu Erwägungen in der Partei geäußert, den Fleischpreis um mehr als 15% zu erhöhen.³⁶ Am 24. Oktober 1967 behandelte das Politbüro der PZPR diese Frage.³⁷ Seine Mitglieder sprachen sich „einhmütig für die Notwendigkeit aus, eine Regulierung der Preise für Fleisch und Wurst im Zusammenhang mit dem ständig anwachsenden Fleischverbrauch und der Unmöglichkeit vorzunehmen, die Markterfordernisse voll zu decken“.³⁸ Das Gremium beschloss daher, die Preise für Fleisch und Fleischprodukte zum 27. November um ca. 16% anzuheben und im Gegenzug Preissenkungen für Schmalz, Zucker und Margarine auf Milchbasis durchzuführen. Auf die als teilweise Kompensation vorgesehene Senkung der Preise für Zitrusfrüchte und Schokolade sowie für Antibiotika und Vitamine wurde verzichtet. Zum 24. November berief das Politbüro eine Plenartagung des Zentralkomitees ein, auf der es um die Fleischpreiserhöhung gehen sollte. Die Parteiführung war sich durchaus bewusst, dass das Versorgungsproblem allein durch eine Preissteigerung nicht zu lösen war. Im Hinblick auf einen komplexeren Ansatz erschien es dem Politbüro geboten, das Problem der Marktversorgung

32 Ebd., S. 137.

33 Kaliński, Przemiany, S. 127f.

34 Jerzy Kochanowski: „Wir sind es schon gewöhnt“. Einführung in die gesellschaftlich-modernisierenden Hintergründe des „Fleischproblems“ in der Volksrepublik Polen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, hg. von Hermann Weber, Berlin 2007, S. 337–355, hier 347. Nach Angaben von Kochanowski betrug 1960/61 der Anteil von Schweinefleisch am gesamten Fleischkonsum 69% und verringerte sich bis 1974/75 lediglich auf 66,2%. Ebd.

35 Przemówienie końcowe, IX. Plenum, S. 138.

36 Kaliński, Przemiany, S. 128.

37 Vgl. Protokoll Nr. 45 der Sitzung des Politbüros am 24. Oktober 1967, in: Antoni Dudek/Aleksander Kocharński/Krzysztof Persak (Hg.): Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR. Wybór z lat 1949–1970 [Das Machtzentrum. Protokolle der Sitzungen der PZPR-Führung. Auswahl aus den Jahren 1949–1970], Warszawa 2000, Dok. 131, S. 391–393.

38 Ebd., S. 391.

durch eine Veränderung der Konsumstruktur zu entschärfen und „die wachsende Kaufkraft der Bevölkerung auf Industrieartikel [...] zu lenken.“³⁹

Die damit einhergehenden politischen Risiken hingen bereits zu dieser Zeit wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Akteure – und wurden auch so wahrgenommen. Wenige Tage vor dem Plenum hatte in Anwesenheit Gomułkas eine Beratung der 1. Sekretäre der Wojewodschaftskomitees stattgefunden, auf der Befürchtungen geäußert wurden, die Preiserhöhung könnte einen Ausbruch gesellschaftlicher Unzufriedenheit hervorrufen.⁴⁰ Wie Mieczysław F. Rakowski, damals Chefredakteur der Wochenzeitung „Polityka“ und Kandidat des Zentralkomitees, am 22. November in seinen „Politischen Tagebüchern“ notierte, „tadelte“ Gomułka „die ersten Sekretäre und verpflichtete sie, auf dem Plenum aufzutreten und die vorgeschlagene Preiserhöhung zu unterstützen. Er sagte, dass er solche schweren Entscheidungen nicht auf sich nimmt.“⁴¹

Dem Politbürobeschluss folgend, fand am 24. November 1967 die 10. Plenarsitzung des Zentralkomitees zum Thema „Aktuelle Probleme der Marktversorgung“⁴² statt. Das Referat des Politbüros trug der Vorsitzende der Plankommission, Stefan Jędrychowski (1910–1996), vor. Die Notwendigkeit der Tagung begründete er mit der Situation auf dem Binnenmarkt, besonders im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Fleisch, Wurst und anderen Fleischprodukten. Die Beratung müsse Antwort auf die Frage geben, worin die Ursachen für die seit Mitte des laufenden Jahres aufgetretenen Schwierigkeiten lagen. Auch solle sie Mittel aufzeigen, um das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot bei Fleisch wiederherzustellen.⁴³ Waren damit die akuten Versorgungsprobleme offen benannt, so barg die Suche nach den Gründen bereits neue Fallen. Der einflussreichste und in seinen praktischen Konsequenzen wohl auch problematischste Erklärungsversuch setzte bei der Einkommensentwicklung an: Die Menschen hätten mehr Geld zu Verfügung gehabt und daher mehr Fleisch konsumiert. Um etwa zehn Kilogramm sei der Verbrauch in den letzten sieben Jahren gestiegen und werde 1967 mehr als 52 kg gegenüber 17 kg in der Vorkriegszeit betragen. Unter den sozialistischen Ländern sei der Fleischkonsum nur in der DDR und in der Tschechoslowakei höher.

Was also lag näher, als der weiteren Zunahme des Verbrauchs einen Riegel vorzuschieben? In der derzeitigen Situation, in der es nötig sei, „das Wachstumstempo des

39 Ebd., S. 392.

40 Andrzej Głowacki: Kryzys polityczny 1970 roku [Die politische Krise des Jahres 1970], Warszawa 1990, S. 71.

41 Mieczysław F. Rakowski: Dzienniki polityczne 1967–1968 [Politische Tagebücher 1967–1968], Warszawa 1999, S. 93.

42 X Plenum KC PZPR. O aktualnych problemach zaopatrzenia rynku. 24 listopada 1967 r. Podstawowe materiały [X. Plenum des ZK der PZPR. Zu aktuellen Problemen der Marktversorgung. 24. November 1967. Grundlegende Materialien], Warszawa 1967. Zum Plenum vgl. auch Jerzy Eisler: Polski rok 1968 [Das polnische Jahr 1968], Warszawa 2006, S. 53f.

43 O aktualnych problemach zaopatrzenia rynku. Referat Biura Politycznego na X Plenum KC PZPR, wygłoszony przez tow. Stefana Jędrychowskiego [Zu aktuellen Problemen der Marktversorgung. Referat des Politbüros des ZK der PZPR, gehalten durch Gen. Stefan Jędrychowski], in: ebd., S. 7–42, hier 7.

Fleischverbrauchs an die realen Möglichkeiten unserer Wirtschaft anzupassen, ist die Erhöhung der Einzelhandelspreise für Fleisch und seine Produkte die *e i n z i g e* Methode, Nachfrage und Angebot anzugleichen. Die weitere Beibehaltung des gegenwärtigen Preisniveaus würde zur Desorganisation des Marktes und zu ständigen Störungen bei der Versorgung der Bevölkerung mit allen negativen Folgen führen – wirtschaftlichen und politischen.“⁴⁴ Da aber klar sei, dass die Preiserhöhung „für viele Beschäftigtenkategorien eine spürbare Belastung des häuslichen Budgets“ mit sich bringe, solle bei den einzelnen Fleischarten so „differenziert werden, dass die Preise von Sortimenten, die in größerem Maße von Familien, die weniger als der Durchschnitt verdienen, konsumiert werden, im geringeren Grade und die Sortimente, die durch die besser verdienenden Bevölkerungsgruppen konsumiert werden, in höherem Grade steigen.“ Außerdem sollten – wie durch das Politbüro am 24. Oktober beschlossen – zur „Verringerung der Belastungen für die Bevölkerung“ bei einigen Lebensmitteln die Preise gesenkt werden.⁴⁵

Im obersten Führungszirkel der PZPR war man sich völlig im Klaren, dass diese „notwendige Operation“ nur aktuell dazu dienen konnte, „den Markt in Ordnung zu bringen“. Davon unabhängig müsse man die Anstrengungen „in Richtung einer *V e r b e s s e r u n g* der Gesamtheit der Marktsituation“ verstärken.⁴⁶ Das Politbüro setzte daher als Aufgabe, in den Jahren 1968 und 1969 die Lebensmittellieferungen um elf Prozent zu steigern, die Bedürfnisse der Konsumenten u.a. durch die Modernisierung der Konsumgüterindustrie und ein umfangreicheres Angebot moderner Erzeugnisse insgesamt besser zu befriedigen und überhaupt den Handel leistungsfähiger zu machen.⁴⁷

Die entscheidende Voraussetzung hierfür, so stellte auch das 10. Plenum klar, waren die Ergebnisse in der Produktion: „Wir können nur soviel konsumieren, wie wir produzieren, wir können nur auf eine solche Qualität der Waren rechnen, wie wir sie selbst erreichen. Der Konsument, der meist gleichzeitig Produzent ist, und umso mehr, wenn er Leiter und Organisator der Produktion ist, sollte ständig seine Anforderungen, die er als Käufer von Waren stellt, mit den Ergebnissen vergleichen, die er selbst im Herstellungsprozess erreicht.“ Dann könne auch das „Hauptziel unserer Wirtschaft“ erreicht werden, „entsprechend der Entwicklung der Produktivkräfte und dem erreichten Niveau bei Technik, Organisation und Arbeitsproduktivität, die wachsenden und sich verändernden Bedürfnisse der Bevölkerung bestmöglich zu befriedigen.“⁴⁸

Eine solche Rhetorik war in allen Ländern des sowjetischen Blocks seit langem geläufig. Das spezifische Moment der polnischen Situation lag freilich in der Fixierung der Interessen auf die Fleischversorgung.⁴⁹ Ein anderes Spezifikum ergab sich aus der Sturheit, mit der Gomułka auf seiner Position beharrte. In seiner Schlussrede auf dem 10. Plenum gab er zu verstehen, dass weder daran gedacht sei, den Import von Fleisch zu erhöhen, noch den

44 Ebd., S. 24. Hervorhebung im Original.

45 Ebd., S. 26f.

46 Ebd., S. 28. Hervorhebung im Original.

47 Ebd., S. 29–38.

48 Ebd., S. 40.

49 Zur Fleischfrage als generelles Problem in der Geschichte der PRL vgl. Kochanowski, „Wir sind es schon gewöhnt“.

Fleischexport zu reduzieren: „Grundlos sind auch Feststellungen, dass die Situation auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch normal wäre, wenn der Fleischexport verringert würde. [...] An eine Erhöhung des Verbrauchs von landwirtschaftlichen Konsumgütern, besonders von Fleisch, durch Import ist unter unseren Bedingungen nicht zu denken. Wir haben noch nicht ein solches Niveau der Volkswirtschaft erreicht, um Industriewaren exportieren und für die erzielten Mittel Fleisch importieren oder den Import von Getreide und Futter für das Wachstum der Fleischproduktion sowie den Fleischverbrauch innerhalb des Landes erhöhen zu können. Wir können uns das einfach nicht leisten. Wir müssen uns ausschließlich auf unsere eigene landwirtschaftliche Produktion stützen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, nicht den Import von Getreide und Futter zu erhöhen, sondern diesen lästigen Import zu reduzieren.“⁵⁰ Damit folgte das 10. Plenum direkt der zwei Monate zuvor auf der 9. Tagung des ZK entwickelten Linie.

In der PZPR-Führung hielt man es für wichtig, „der Arbeiterklasse und der ganzen Gesellschaft dar(zu)stellen, dass die einzige dauerhafte Grundlage des Konsumwachstums nur die Entwicklung der Produktivkräfte sowie das Wachstum des tatsächlich erarbeiteten National Einkommens sein können.“⁵¹ Allerdings bleibt es fraglich, ob hier tatsächlich ein Erklärungsdefizit bestand. In Wirklichkeit war dem Problem mit der einfachen Logik dieses Arguments nicht beizukommen. Auch wenn die Abhängigkeit des Lebensstandards von der Produktionsentwicklung plausibel zu machen war, bestand der für jeden Konsumenten evidente Haken darin, dass die Preiserhöhung für Fleisch eben nicht durch Preissenkungen bei anderen Waren ausgeglichen wurde. Damit wich die PZPR-Führung vom Beschluss des IV. Parteitag ab, der Preisänderungen bei „einer entsprechenden Gegenleistung“ vorsah.

Dem Kommuniqué der ZK-Tagung zufolge fiel die Entscheidung über die Preisänderungen einstimmig. Dennoch waren auf dem Plenum Meinungsunterschiede deutlich geworden. So sah sich Gomułka veranlasst, unter Namensnennung gegen den 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees Warschau, Stanisław Kociołek (*1933), zu polemisieren und zugleich die Prinzipien der Preispolitik klarzustellen:⁵² „Eine Unveränderlichkeit der Preise würde eben nur dann in Betracht kommen, wenn auf dem Gebiet der Produktion alles unverändert bliebe, und das ist unmöglich. [...] Die ganze Sache liegt jedoch darin, dass der Preisanstieg, d.h. der Anstieg der Lebenshaltungskosten, immer niedriger als der Anstieg der Realeinkommen ist. Gerade so geschieht es bei uns. [...] Wir können die Waren nicht unter den Kosten ihrer Produktion verkaufen, denn das ist ökonomisch undenkbar. [...] Die Fleischpreise müssen wir also auch deshalb erhöhen, weil sie aufhörten, rentabel zu sein und defizitär wurden. [...] In begründeten Fällen gehen wir in unserer Preispolitik von den Kriterien ab, über die ich gesprochen habe. Das betrifft die Preise einiger Artikel wie z.B. Brot, die auch defizitär sind. Wir zahlen zum Brot zu, und wir führen diese Politik bewusst durch.“

50 Przemówienie końcowe tow. Władysława Gomułki [Schlussrede des Gen. Władysław Gomułka], in: X Plenum, S. 45–58, hier 50, 52.

51 O aktualnych problemach, S. 42.

52 Wohl eine Folge der Kontroverse mit Gomułka war, dass Kociołek kurz nach dem Plenum, im Dezember 1967, von Warschau auf den weniger bedeutenden Posten eines Wojewodschaftschefs der Partei in Gdańsk versetzt wurde.

Den Brotpreis verändern wir nicht, weil wir von dem Grundsatz ausgehen, dass Brot ein solcher Artikel des allgemeinen Konsums ist, den jeder Werktätige unabhängig von seinem Einkommensniveau in ausreichender Menge kaufen können soll.⁵³ Der Umkehrschluss legte es nahe, dass Gomułka das Fleisch nicht zu jenen Nahrungsmitteln zählte, die jeder in ausreichendem Maße essen müsste. Der ganze Vorgang verdeutlichte eine erhebliche Interessendivergenz zwischen der Bevölkerung und der PZPR-Führung, die trotz mancher Warnungen eine bemerkenswerte Phantasielosigkeit im Hinblick auf die Folgen ihrer Politik an den Tag legte.

In der Sowjetunion beobachtete man all das mit Besorgnis. So war es für Piotr Kostikow, im ZK der KPdSU für Polen verantwortlich, ein „Warnsignal“, als er im November 1967 aus Warschau erfuhr, das Mitglied des Politbüros Stefan Jędrychowski habe auf dem Plenum des ZK der PZPR gesagt, „dass man den Fleischpreis verändern muss, der seit mindestens acht Jahren nicht angerührt wurde“.⁵⁴ Für Verärgerung auf sowjetischer Seite sorgte auch Mieczysław Moczar, ZK-Mitglied und Innenminister (1913–1986).⁵⁵ Von diesem wurde kolportiert, er habe im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erhöhung der Fleischpreise gesagt, die Nation müsse höhere Preise aushalten, so wie es die Partisanen in den Wäldern getan hätten, als sie ohne Waffenlieferungen aus der UdSSR kämpften. Moczar war übrigens wegen dieser Bemerkung nicht zum Empfang in der sowjetischen Botschaft anlässlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution eingeladen worden.⁵⁶

Ähnlich verständnislos wie Moczar äußerte sich das Politbüromitglied Zenon Kliszko (1908–1989). Offenbar fehlte auch ihm das Einfühlungsvermögen dafür, was die Preiserhöhung für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutete. Wie Rakowski berichtet, habe er auf einer Politbürositzung die Meinung vertreten, man müsse nicht immer Fleisch essen. Wenn man beispielsweise früh aus einer Berghütte käme, äße man nicht Fleisch, sondern Grütze. „Es heißt, als er das sagte, hätte auch Wiesław⁵⁷ gelächelt, aber niemand hatte natürlich den

53 Przemówienie końcowe, X Plenum, S. 54f. Auch das Politbüromitglied und Parteichef der Wojewodschaft Katowice Edward Gierek griff, wie der USA-Botschafter John Gronouski am 28. Dezember 1967 seiner Regierung meldete, Gomułka auf dem Plenum scharf an. Vgl. Jakub Tyszkiewicz: Walka o władzę w Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej (lipiec 1967–listopad 1968) w świetle relacji polskich informatorów ambasady amerykańskiej w Polsce [Der Machtkampf in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Juli 1967–November 1968) im Lichte der polnischen Informatoren der amerikanischen Botschaft in Polen], in: Dzieje Najnowsze, XXXI (1999) 4, S. 105–120, hier 108.

54 Piotr Kostikow/Bohdan Roliński: Widziane z Kremla. Moskwa – Warszawa. Gra o Polskę [Aus dem Kreml gesehen. Moskau – Warschau. Das Spiel um Polen], Warszawa 1992, S. 76. Die acht Jahre beziehen sich offensichtlich auf das 3. ZK-Plenum vom 17. Oktober 1959, das sich – ähnlich wie das 1967 – mit Mitteln beschäftigt hatte, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, u.a. auf dem Fleischmarkt, zu überwinden.

55 Krzysztof Lesiakowski: Mieczysław Moczar „Mietek“. Biografia polityczna [Mieczysław Moczar „Mietek“. Eine politische Biographie], Warszawa 1998.

56 Laut Bericht des amerikanischen Botschafters vom 9. November 1967. Tyszkiewicz, Walka, S. 108.

57 Wiesław war das bekannteste Pseudonym Gomułkas in der Illegalität während der deutschen Okkupation. Es wurde nach 1945 häufig anstelle seines eigentlichen Namens verwandt und kommt in Dokumenten oft vor.

Mut zu sagen, dass dieses Argument schlichtweg unsinnig ist.“⁵⁸ Geradezu zynisch argumentierte Parteichef Gomułka gegenüber Arbeitern der Żerań-Autowerke in Warschau: „Ich verstehe nicht, warum ihr euch so empört! Das Fleisch ist teurer geworden, das ist wahr, aber Fleisch könnt ihr euch doch auch so nicht leisten“.⁵⁹ Diese Bemerkung fiel auf einer Protestkundgebung, die die Arbeiter wegen der Preiserhöhung organisiert hatten und auf der Gomułka anwesend war, weil er der dortigen Betriebsparteiorganisation angehörte.

Unvermeidlich nahm sich auch der politische Witz des Themas an. Rakowski überliefert z.B. folgenden: Ein Kunde verlangte im Laden ein Kilogramm Konservenschinken. „Wie viel kostet es?“, fragt er. „140 Złoty“, kommt die Antwort. „Und kann man ihn nicht auf Raten haben?“⁶⁰ Das war insofern lebensnah, als Ausgaben für Lebensmittel bei der polnischen Durchschnittsfamilie noch immer den Hauptanteil an den Lebenshaltungskosten ausmachten.

Infolge der Preiserhöhung spitzte sich die Stimmung im Land drastisch zu. Exemplarisch hierfür hieß es im Jahresbericht des Sicherheitsdienstes (Służba Bezpieczeństwa, Abk. SB) aus Gdańsk für 1967, die in der zweiten Jahreshälfte zunehmenden Schwierigkeiten auf dem Fleischmarkt hätten in vielen Industriebetrieben der Dreistadt⁶¹ und in einigen Kreisen zu Unzufriedenheit und zu „Erscheinungen von feindlichen Äußerungen und Kommentaren“ geführt. Nach den Entscheidungen des 10. ZK-Plenums habe sich diese Tendenz weiter verstärkt. Man stelle die grundsätzlichen Prinzipien der Parteipolitik in Frage und spreche von der Unfähigkeit der verantwortlichen Partei- und Wirtschaftsfunktionäre. Außerdem kursierten Gerüchte über angebliche kollektive gesellschaftliche Proteste im Gebiet von Warschau und in Schlesien. In einzelnen Fällen habe es „Überredungen“ zu Streiks gegeben.⁶² Ähnliches notierten SB-Mitarbeiter auch in Szczecin.⁶³

Eine Meldung vom 3. April 1968 über einen Betrieb in Szczecinek deutete eine veränderte Argumentationsrichtung in der Frage an, wer die Schuld an der misslichen Lage trug. Während bislang noch „Partei- und Wirtschaftsfunktionäre“ verantwortlich gemacht wurden, dominierte nun in einer Diskussion zu den Fleisch- und Wurstpreisen die Ansicht, „dass die letzte Preiserhöhung für diese Artikel das Werk von Zionisten und anderen Feinden der Arbeiterklasse war und zum Ziel hatte, Unzufriedenheit in der Gesellschaft hervorzurufen.“ Auch habe sich der „Einwohner von Szczecinek, Stefan S., jüdischer Nationalität, Eigentümer eines Cafés“ zu den Preiserhöhungen für Fleischwaren geäußert und festgestellt, „dass sie es gut gemacht haben, indem sie die Preise für Fleisch und Wurst angehoben haben, jetzt kann man zumindest was kaufen, denn es ist weniger Gesindel in den Läden.“⁶⁴

58 Rakowski, *Dzienniki 1967–1968*, S. 96.

59 Zit. nach: Jerzy Eisler: *Marzec 1968. geneza – przebieg – konsekwencje* [Der März 1968. Genese – Verlauf – Konsequenzen], Warszawa 1991, S. 139.

60 Rakowski, *Dzienniki 1967–1968*, S. 104. Notiert unter dem 26. Dezember 1967.

61 Das sind Gdańsk, Gdynia und Sopot.

62 Zit. nach: Kazimierz Kozłowski: *Od Października '56 do Grudnia '70. Ewolucja stosunków społeczno-politycznych na Wybrzeżu (1956–1970)* [Vom Oktober '56 zum Dezember '70. Die Evolution der gesellschafts-politischen Verhältnisse an der Küste (1956–1970)], Szczecin 2002, S. 413.

63 Ebd., S. 434. Zu den Reaktionen auf die Preiserhöhung vgl. Eisler, *Polski rok*, S. 54.

64 Zit. nach: Kozłowski, *Od Października*, S. 361.

Antisemitische Äußerungen betrafen nicht nur die Fleischpreise. So vertraten Beschäftigte des Staatsgutes Gawroniec die Auffassung, die hohen Verluste beim Rübenverkauf stünden damit im Zusammenhang, dass „einige Inspektoren jüdischer Herkunft sind. Gerade sie hatten diese Entscheidungen getroffen“.⁶⁵ Solche Auffassungen mochten lokales Kolorit tragen, doch folgten sie einem einheitlichen Interpretationsmuster. Offenbar zeigte die von der PZPR-Führung in den vorausgegangenen Monaten praktizierte „antizionistische“ Politik Wirkung.⁶⁶ Im März 1968 erreichte diese Entwicklung einen Höhepunkt.

2. Der März 1968⁶⁷

Begonnen hatte die Kampagne mit einem Auftritt Władysław Gomułkas auf dem VI. Gewerkschaftskongress am 19. Juni 1967,⁶⁸ wenige Tage nach dem „Sechstagekrieg“ Israels mit seinen arabischen Nachbarstaaten.⁶⁹ In der von Rundfunk und Fernsehen übertragenen Rede hatte der 1. Sekretär der PZPR im Hinblick auf die im Land verbliebenen Juden von

65 Zit. nach: ebd.

66 Vgl. Dariusz Stola: *Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967–1968* [Die antizionistische Kampagne in Polen 1967–1968], Warszawa 2000.

67 Zum März 1968 und den begleitenden Ereignissen existiert bereits eine umfangreiche polnische Literatur. Die derzeit umfassendste Darstellung bietet die 2006 erschienene Monographie von Jerzy Eisler (s. Fußnote 42), der bereits 1991 eine Publikation zum Thema vorgelegt hatte (s. Fußnote 59). Vgl. zu den speziell diesem Thema gewidmeten Darstellungen bzw. Dokumentationen: Marta Fik: *Marcowa kultura. Wokół „Dziadów“*. *Literaci i władza. Kampania marcowa* [Die Märzkultur. Um die „Dziady“. Literaten und Macht. Die Märzkampagne], Warszawa 1995; *Marzec 1968. Trzydzieści lat później* [März 1968. 30 Jahre später]. Bd. 1: Marcin Kula/Piotr Osęka/Marcin Zaremba (Hg.): *Referaty* [Referate], Bd. 2: Marcin Zaremba (Hg.): *Aneks źródłowy* [Quellenanhang], Warszawa 1998; Grzegorz Sotysiak/Józef Stępień (Hg.): *Marzec '68 między tragedią i podłością* [Der März '68 zwischen Tragödie und Schändlichkeit], Warszawa 1998; Piotr Osęka: *Syjonisci, inspiratorzy, wicherzyciele. Obraz wroga w propagandzie marca 1968* [Zionisten, Inspiratoren, Aufwiegler. Das Feindbild in der Märzpropaganda 1968], Warszawa 1999; Stola, *Kampania antysyjonistyczna*; Konrad Rokicki/Sławomir Stępień (Hg.): *Oblica Marca 1968* [Das Antlitz des März 1968], Warszawa 2004; Włodzimierz Suleja: *Dolnyśląski marzec '68: anatomia protestu* [Der März '68 in Niederschlesien: Anatomie eines Protestes], Warszawa 2006.

68 Vgl. Władysław Gomułka: *Przemówienie na VI kongresie Związków Zawodowych*, Warszawa, 19 czerwca 1967 r. [Rede auf dem VI. Gewerkschaftskongress, Warschau, 19. Juni 1967]; in: ders.: *Przemówienia 1967* [Reden 1967], Warszawa 1968, S. 177–225. Gomułka kündigte in seiner Rede auch ein Programm zur schrittweisen Verbesserung der materiellen Situation der Rentner an, das konkrete Maßnahmen umfasste und allgemein eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit vorsah (S. 208–210). In den nächsten Monaten spielten diese Fragen bei Gomułka keine Rolle. Auf das Rentenprogramm und die Arbeitszeitverkürzung kam dann der V. Parteitag im November 1968 zurück.

69 Die Nachricht vom Ausbruch des Konflikts hatte in einigen polnischen Wojewodschaften (Białystok, Gdańsk, Kraków, Lublin, Łódź, Rzeszów und Warschau) zum verstärkten Aufkauf von Grundnahrungsmitteln wie Zucker, Mehl, Reis, Grütze und Salz, aber auch Brot geführt, wie einer Information der Organisationsabteilung des ZK der PZPR vom 6. Juni 1967 zu entnehmen ist. Vgl. Nr. 1: ZK der PZPR. Organisationsabteilung. Information Nr. 19/A/4317, Warschau, 6. Juni 1967, in: Sotysiak/Stępień, *Marzec '68*, S. 10.

einer „fünften Kolonne“ gesprochen. Zwar fehlte dieser Passus in der veröffentlichten Fassung der Rede, was wohl auf die Intervention von Staatspräsident Edward Ochab (1906–1989) zurückging, der selbst jüdischer Herkunft war.⁷⁰ Ungeachtet dessen hatten Millionen Polen diese Formulierung vernommen, die „ein wahres Erdbeben unter den Mitgliedern der kommunistischen Elite hervorrief“.⁷¹

Die um Mieczysław Moczar gruppierten „Partisanen“ sahen jetzt die Chance zur Offensive. Den unmittelbaren Anlass bot der Jahrestag der Bürgermiliz (Milicja Obywatelska, Abk. MO) am 7. Oktober 1967. In seiner Rede verglich Moczar das Vorgehen der israelischen Armee mit dem der deutschen Nationalsozialisten.⁷² Die Bezeichnung „Partisanen“ bezog sich auf einen seit Anfang der sechziger Jahre bestehenden Kreis von Partei- und Staatsfunktionären, von denen nicht wenige während des Krieges im Land in kommunistischen Partisaneneinheiten gekämpft hatten. Nach Jacek Kuroń (1934–2004) war die Gruppe „zum ersten – national-polnisch, militärisch, kombattantisch und offiziell gegen den sogenannten nationalen Nihilismus gerichtet. [...] Sie war – zum zweiten – auf etwas plebejische Weise eine egalitäre Ideologie und attackierte verschiedene Privilegien – des Vermögens, der Position, der Geburt. Gerade auf dieser Ebene würde ich den durch ihre Herolde verkündeten Kult der körperlichen Arbeit, von Disziplin und Ordnung sowie einen gewissen sittlichen Puritanismus ansiedeln.“⁷³ Öffentlich bekundeten die „Partisanen“ Unterstützung für Gomułka, inoffiziell aber äußerten sie oft, dass der Parteichef viele Dinge nicht mehr wahrnehme und einem jüngeren, energischeren sowie entschlosseneren Nachfolger Platz machen sollte. Immer unverblümt suggerierte man, dass dies der um acht Jahre jüngere Moczar sein sollte. Die mit der Gruppe verbundenen Personen beriefen sich „ziemlich gern auf antisemitische Losungen“ und neigten dazu, „den Juden eine entscheidende Rolle an den Repressalien der stalinistischen Zeit zuzuschreiben.“⁷⁴

70 Eisler, Marzec, S. 135; ders., Polski rok, S. 42f. Generell zur Rede Gomułkas und den Reaktionen darauf ebd., S. 42–45.

71 Janusz Rolicki: Edward Gierek – Życie i narodziny legendy [Edward Gierek – Leben und Geburt einer Legende], Warszawa 2002, S. 150.

72 Vgl. Wojciech Roszkowski: Historia Polski 1914–1993 [Geschichte Polens 1914–1993], Warszawa 1994, S. 284; Eisler, Polski rok, S. 112.

73 Jacek Kuroń: Polityka i odpowiedzialność [Politik und Verantwortung], London 1984, S. 91. S.a. Jarosław Tomasiewicz: Ugrupowanie neoendeckie III Rzeczypospolitej [Die neonationaldemokratische Gruppierung in der III. Rzeczpospolita], Toruń 2003, S. 54f.

74 Eisler, Grudzień, S. 24f., hier 24. Eisler zufolge hatte die Gruppe keine formalisierte Kontur, weshalb die Diskussion anhalte, wer dazu zu zählen sei. Ausführlich auch ders., Polski rok, S. 22–28. Franciszek Szlachcic (1920–1990), der der Gruppe angehörte und zum Zeitpunkt der beschriebenen Ereignisse stellvertretender Innenminister war, schreibt in seinen Memoiren: „Ich weiß nicht, wer uns den Namen ‚Partisanen‘ gegeben hat. Vermutlich wandte sich unserer Tätigkeit Artur Olsen, der Warschauer Korrespondent der ‚New York Times‘, das erste Mal zu. In einem Artikel vom 10. Juni 1962 beschrieb er die Feierlichkeiten, die dem 20. Jahrestag der Schaffung der Polnischen Arbeiterpartei gewidmet waren. [...] In seinem Artikel gab uns Olsen den Namen ‚Partisanen‘, und das wurde angenommen und funktioniert bis heute. [...] Vielleicht gäbe es auch den Mythos der ‚Partisanen‘ nicht, wenn es nicht das Brandmal des Antisemitismus gegeben hätte. Gab es unter uns Anzeichen von Antisemitismus? Natürlich gab es sie – und das hat uns am meisten geschadet.“ Franciszek Szlachcic: Gorzki smak władzy. Wspomnienia [Der bittere Geschmack der Macht. Erinnerungen], Warszawa 1990, S. 95f., 98.

Nur wenige Tage nach Moczars Rede vom 7. Oktober notierte Rakowski in seinen „Tagebüchern“: „Der Kampf gegen den Zionismus nimmt an Kraft zu, und wer weiß, wovon wir noch Zeugen sein werden. Logisch verstanden, sollten sich die Kämpfer für die ideologische Reinheit mit denen befassen, die die Juden verteidigen, und dann mit den sogen. Liberalen. Mit einem Wort, am Ende dieses Prozesses können wir im Neostalinismus aufwachen. Dass das alles nichts an der wirtschaftlichen Situation, die weiter fatal ist, ändert, dass das kein gesellschaftliches Problem löst, das ist schon eine ganz andere Sache.“⁷⁵ Wie recht Rakowski mit seiner Vorhersage hatte, nach „den Juden“ kämen nun die „sogen. Liberalen“ an die Reihe, sollte sich schon wenig später erweisen.

Mit der „fünften Kolonne“ war ein Argument vorgegeben, das in den folgenden Monaten eine erhebliche Rolle spielen sollte.⁷⁶ Zusätzlicher Zündstoff kam hinzu, als im Januar 1968 wegen einer antirussisch interpretierbaren Textsequenz die weitere Aufführung einer von Kazimierz Dejmek (1924–2002) inszenierten Theaterfassung des von Adam Mickiewicz um 1832 verfassten Poems „Dziady“ (dt. „Ahnenfeier“, auch „Totenfeier“)⁷⁷ am Nationaltheater in Warschau untersagt worden war. Das Stück hatte am 25. November 1967 Premiere gehabt. Drei Tage später erschien im „Zentralorgan“ der PZPR „Trybuna Ludu“ (Tribüne des Volkes) eine kritische Rezension. Im Dezember 1967 und Januar 1968 verdichteten sich die Anzeichen für eine Absetzung der Inszenierung. Mitte Januar 1968 fiel dann die Entscheidung, am 30. Januar die letzte Vorstellung stattfinden zu lassen. Als offiziellen Grund für das Verbot führte man an, dass antirussische Textstellen während der Aufführung mit Beifall bedacht worden seien.⁷⁸

Wie kritisch diese Entscheidung auch von Menschen aufgenommen wurde, die der PZPR zuneigten oder ihr angehörten, und wie die Stimmung innerhalb weniger Tage umschlug, zeigt exemplarisch ein Brief, den die Warschauer Abiturientin Ala an Władysław Gomułka richtete.⁷⁹ Ala, deren Vater PZPR-Mitglied war, wollte mit ihrer Klasse eine Vorstellung der „Dziady“ besuchen, doch per Telefon wurde ihnen mitgeteilt, dass es keine weiteren Aufführungen geben würde. Auf die Frage, wer das zu verantworten habe, erhielten die Schüler zur Antwort, das sei nicht genau bekannt. Die nachfolgende Frage, ob es Gomułka gewesen sei, wurde verneint.

In einer Mischung aus Schweijkscher Raffinesse und Unbedarftheit wandte sich Ala am 29. Januar 1968 direkt an den „Geehrte(n) und geliebte(n) Genosse(n) Wiesław“: „Ich dachte mir, dass Sie, Genosse Wiesław, sicher von dieser Entscheidung des Ministeriums nichts wissen, denn Sie hätten das doch niemals zugelassen, und daher habe ich beschlossen, Ihnen zu schreiben. [...] Mickiewicz schrieb die ‚Dziady‘ vor 150 Jahren und sprach über das

75 Rakowski, *Dzienniki 1967–1968*, S. 83. Notiert unter dem 18. Oktober 1967.

76 Stola, *Kampania antysyjonistyczna*, S. 274.

77 Die Ahnenfeier. Ein Poem/Dziady. Übers., hg. u. mit einem Nachwort versehen von Walter Schamshula. Vorwort von Hans Rothe, Köln/Weimar/Wien 1991.

78 Speziell zum Problem der „Dziady“ Fik, *Marcowa kultura*; vgl. auch Eisler, *Polski rok*, S. 164–190, 135, 226–228.

79 Abgedr. in: Józef Stepien (Hg.): *Listy do Pierwszych Sekretarzy KC PZPR (1948–1970)* [Briefe an die Ersten Sekretäre des ZK der PZPR (1948–1970)], Dok. 93, Warszawa 1994, S. 254–256.

zaristische Russland, und nur Dummköpfe können das auf die Sowjetunion beziehen.⁸⁰ [...] Genosse Wiesław erklären Sie, bitte, diesen begrenzten Feiglingen, dass unsere Nation in Freiheit leben muss, dass sie nur in dem Gefühl, dass sie frei ist, sowohl die Armut, in der wir leben, als auch die Preiserhöhungen beseitigen kann, denn nur das Gefühl der Freiheit und unser nationales Humorgefühl erlauben es uns, zu leben und den Kommunismus aufzubauen.“⁸¹

Die vielleicht unfreiwillige Doppelbödigkeit dieser Argumentation zeigt sich nicht zuletzt im Hinweis auf die Preiserhöhung für Fleisch vom vergangenen November. Ala mochte politisch nicht sonderlich erfahren sein, immerhin stellte sie, ähnlich wie zuvor schon der Intellektuelle Rakowski in seinen „Tagebüchern“, einen Zusammenhang von Freiheit, Demokratie und Lebensniveau fest – oder wollte sie die wirtschaftlichen Zustände auf einen Mangel an Freiheit zurückführen?

Dafür spräche ein weiterer Passus des Briefes: „In unserer Familie wird gesagt, dass der Oktober⁸² weit weg ist [...], dass Sie, Genosse Wiesław, sich von den Massen abgewandt haben, dass die Demokratie schon lange gestorben ist, die Sie nach dem Oktober so geliebt haben. Genosse Wiesław! Befehlen Sie, diese dumme Entscheidung über die Absetzung der Działy zu revidieren [...] Wir wollen an Sie glauben, so wie unsere Eltern an Sie vor zehn und 20 Jahren geglaubt haben.“⁸³ Drei Tage blieb Alas Brief an Gomułka liegen, dann fügte sie in völlig verändertem, resigniertem Ton ein Postskriptum hinzu: „Viel passiert“ sei in den vergangenen Tagen. „Ich schreibe nicht mehr, denn es hilft nichts mehr. Ich schicke diesen Brief ab, aber meine wahre Adresse gebe ich nicht an. Für meine Ehrlichkeit und Anhänglichkeit könnten Sie noch befahlen, mich zu verhaften – aber wozu?“⁸⁴

Die Ereignisse, auf die Ala hier anspielt, hatten sich am 30. Januar 1968 in Warschaugetragen. Nach der letzten Vorstellung der „Działy“ waren etwa 300 Menschen zum Mickiewicz-Denkmal gezogen, um dort Blumen niederzulegen. Die Miliz erschien und zerstreute die Versammelten. 30 von ihnen wurden zeitweilig festgenommen und am folgenden Tag einige Geldstrafen ausgesprochen.

In den nächsten Wochen erhitzte sich die im studentischen und intellektuellen Milieu ohnehin angespannte Atmosphäre weiter. Für den 8. März 1968 riefen Studenten zu einer Kundgebung auf dem Gelände der Warschauer Universität auf. An dieser Kundgebung nahmen etwa 1.000 Personen teil. Der Protest dauerte lediglich zehn Minuten, „und vielleicht wäre alles ‚im Sande verlaufen‘, wenn nicht in dem Moment, als sich die Studenten zu zerstreuen begannen, auf das Universitätsgelände Autobusse mit dem ‚Arbeiteraktiv‘ vorgefahren wä-

80 Im nachfolgenden Satz heißt es dann „Jedes Kind in der Schule versteht, dass wir in das Bündnis mit der UdSSR gehen müssen, denn anders würden die Deutschen uns aufessen.“ Dieser antideutsche Akzent ist hier nicht näher zu erörtern. Auf ähnliche Argumente wird aber in der weiteren Darstellung noch einzugehen sein.

81 Stępień, Listy, S. 254f.

82 Gemeint ist der Oktober 1956, als Gomułka wieder an die Spitze der Partei zurückgekehrt war und sich zunächst großer Popularität erfreute.

83 Stępień, Listy, S. 256.

84 Ebd.

ren.“⁸⁵ Nach einer gewissen Zeit begannen das „Arbeiteraktiv“ und Spezialeinheiten der Miliz, die Versammelten anzugreifen. Nachfolgend verlagerten sich die Zusammenstöße auf die Straße, und am Abend kontrollierten Milizionäre und „Arbeiteraktiv“ die Umgebung der Universität. Es kam zu Verhaftungen.

Am nächsten Tag fand die erste Solidaritätskundgebung an einer anderen Warschauer Hochschule statt. Vom 11. März an erfasste eine Kundgebungswelle die Hochschulen im ganzen Land. Die Studentenproteste hielten bis zum 25. März an. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 2.549 Personen, darunter 586 Studenten, 373 Schüler, 321 Geistesschaffende, aber auch 890 Arbeiter vorübergehend festgenommen und 253 Personen, darunter 65 Studenten, verhaftet worden.⁸⁶ Das Aufbegehren der Studenten endete „im Wesentlichen mit einer gänzlichen Niederlage“, keine ihrer Forderungen wurde erfüllt und das „Jugendmilieu [...] auf lange pazifiziert“.⁸⁷

Bereits wenige Tage nach dem Beginn der Proteste hatte sich die PZPR wieder gefangen. In zahlreichen Fabriken und Städten organisierte sie Unterstützungskundgebungen für ihre Politik. Eine starke anti-intellektuelle Stoßrichtung trat hierbei zutage. Und weil sich unter den Initiatoren der Studentenproteste in Warschau auch einige Juden wie Adam Michnik (*1946), Henryk Szlajfer (*1947) und Seweryn Blumsztajn (*1946) befanden, verband die PZPR ihre Angriffe und Repressalien gegen die Studenten zudem mit der seit Sommer 1967 andauernden antisemitischen Kampagne.⁸⁸ Gomułka, dessen Frau Zofia selbst einer jüdischen Familie entstammte, war aber kein Antisemit.⁸⁹ Er bezeichnete jedoch den Zionismus als Gefahr für den Sozialismus in Polen und betonte dabei, dass sich die Vorwürfe nur gegen eine relativ kleine Gruppe richteten.

Die Serie der durch die PZPR organisierten Kundgebungen begann am 11. März in den Żerań-Werken, wo der 1. Wojewodschaftssekretär von Warschau, Józef Kępa (1928–1998), während der Arbeitszeit vor etwa 6.000 Teilnehmern sprach. Kępa war erst seit Dezember 1967 im Amt und zählte zur Gruppe um Moczar.⁹⁰ Am 14. März trat – als erstes Politbüro-Mitglied – Edward Gierek vor etwa 100.000 Parteimitgliedern aus der ganzen Wojewodschaft Katowice auf. Wenige Tage später, am 19. März 1968, fand dann ein Treffen des Warschauer Parteiaktivs statt. Hier sprach der Parteichef Gomułka.⁹¹ An die Adresse der

85 Andrzej Paczkowski: *Strajki, bunty, manifestacje jako „polska droga“ przez socjalizm* [Streiks, Aufruhr, Manifestationen als „polnischer Weg“ durch den Sozialismus], Poznań 2003, S. 84.

86 Vgl. Soltysiak/Stepień, *Marzec '68*, S. 323. Insgesamt betrug die Zahl der Festgenommenen 2.732, von denen 1.435 Personen vor Ablauf von 48 Stunden wegen Mangels an Beweisen entlassen wurden. Vgl. ebd., S. 332.

87 Paczkowski, *Strajki*, S. 86. Paczkowski nennt dafür als Beispiel den August 1968, „als es zu keinerlei kollektiven Auftritten gegen die Beteiligung der polnischen Streitkräfte an der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘ kam. Die tragische Geste von Ryszard Siwiec, der sich während der offiziellen Feierlichkeiten zum Erntedankfest in Warschau am 8. September 1968 selbst verbrannte, verging ohne Echo.“ Ebd., S. 87.

88 Nicholas Bethell: *Gomułka, His Poland and His Communism*, London 1969, S. 263.

89 Ebd., S. 264.

90 Vgl. Eisler, *Polski rok*, S. 27, 527f.

91 Władysław Gomułka: *Stanowisko partii – zgodne z wolą narodu. Przemówienie wygłoszone na spotkaniu z warszawskim aktywnym partyjnym 19 marca 1968 r.* [Der Standpunkt der Partei stimmt mit

Studenten gerichtet, forderte er: „Das ganze Volk erwartet von euch, der studentischen Jugend, dass ihr unverzüglich an die Erfüllung eurer Pflichten geht, dass jeder Student sich dem Strom der normalen Lehre und Arbeit anschließt.“⁹² Den polnischen Arbeitern sprach er hingegen „höchste Anerkennung“ dafür aus, an der Seite der Partei gestanden zu haben. „Diese Haltung der Fabrikbelegschaften war die Hauptkraft, die den Zerstörern der Ordnung den Weg versperrte, die den unverantwortlichen Auftritten Einhalt gebot.“⁹³

Auf der von Rundfunk und Fernsehen übertragenen Veranstaltung kam es zu einem seither oft beschriebenen Zwischenfall: Während Gomułka sprach, unterbrach ihn ein Teil der Versammelten mit dem Ruf: „Wiesław – Gierek, Wiesław – Gierek“. Gierek selbst schreibt in seinen Erinnerungen dazu: „Ich war sprachlos, als ich unter den Rufen im Saal hörte, dass im Wechsel mit dem Pseudonym Gomułkas mein Name skandiert wurde. Das langandauernde Skandieren: ‚Wiesław – Gierek‘ überraschte nicht nur mich. [...] Mit versteinierter Miene saß ich im Präsidium und dachte darüber nach, wie sich die Situation im Land und mein persönliches Schicksal weiter entwickeln werden. Ich wusste, dass mir Gomułka das nicht verzeiht“.⁹⁴ Im Zusammenhang mit diesem Vorfall ist der im Sommer 1968 an Gierek gerichtete Vorschlag Gomułkas zu verstehen, nach Warschau zu kommen, um Vizepremier zu werden. Gierek lehnte das ab, denn ihm war bewusst, dass er auf diese Weise von seiner „Hausmacht“ in Schlesien getrennt werden sollte.⁹⁵

Wenige Tage nach der Rede vor dem Warschauer Parteiaktiv, sprach Gomułka am 26. März erneut in Warschau, diesmal in der nichtöffentlichen Beratung der 1. Sekretäre der Wojewodschaftskomitees.⁹⁶ Als eine Ursache für die jüngsten Ereignisse kritisierte der Parteichef die mangelnde Verbundenheit sowohl der Studenten als auch der in Polen lebenden Juden mit der Arbeiterklasse: „Ich wusste doch, dass man z.B. diese Studenten aufhalten muss, energisch aufhalten, dass man sie mit der Arbeiterklasse verbinden muss, sie mit den Betrieben verbinden muss. [...] Das ist das Problem, dass die Juden, die geblieben sind, die es in Polen gibt, dass es unter ihnen eigentlich keine Arbeiterklasse gibt, das ist das

dem Willen der Nation überein. Rede, gehalten auf dem Treffen mit dem Warschauer Parteiaktiv am 19. März 1968], Warszawa 1968.

92 Ebd., S. 42.

93 Ebd., S. 44.

94 Edward Gierek: *Smak życia. Pamiętniki* [Der Geschmack des Lebens. Erinnerungen], Warszawa 1993, S. 80. Im ZK der KPdSU war man jedenfalls, wie Kostikow berichtet, sehr besorgt und fürchtete anfangs gar eine Parallele zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei: „Geradezu einen gewaltigen Eindruck machte in Moskau der Zwischenfall, der am 19. März im Kongresssaal stattfand. Er rief bei uns wohl sogar ein größeres Echo hervor als in Warschau und Polen. [...] Man begann zu befürchten, dass in Warschau Auseinandersetzungen ähnlich denen beginnen, die in Prag immer gefährlichere Ausmaße annahmen. Die Beunruhigungen unserer Führung verringerte Gomułka etwas in einem Telefongespräch und dann Anfang Mai im unmittelbaren Gespräch mit Breschnew.“ Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 87f.

95 Vgl. Gierek, *Smak*, S. 82; Rolicki, Edward Gierek, S. 151.

96 Es handelte sich um die Schlussrede der Beratung. Der den „Märzereignissen“ gewidmete Teil ist veröffentlicht von Andrzej Garlicki: *Władysław Gomułka o marcu 1968* [Władysław Gomułka über den März 1968], in: *Przegląd Historyczny*, LXXXIV (1993) 4, S. 502–518.

Problem. Die Arbeiterklasse gibt es nicht. Werktätige gibt es nicht, körperlich Arbeitende relativ sehr wenige.“⁹⁷

Der „goldenen Jugend“,⁹⁸ besonders den Studenten warf Gomułka Unbescheidenheit vor und führte u.a. das Beispiel eines Meisters an, der in seinem Urlaub an seinem Häuschen gebaut und so keinen Urlaub gehabt, sondern schwer gearbeitet hätte. Die Studenten hingegen würden „niemals ihre Hände durch körperliche Arbeit beflecken, und nur Mama und Papa und der Staat geben ihnen“. Das sei selbst in Amerika anders, denn der dortige Student „der fährt nicht nur nicht zu Ferientaufenthalten, sondern geht arbeiten, dass er etwas verdient, aber sogar dann, wenn er lernt, dann fährt er manchmal nachmittags Taxi. Nun, mit verschiedenen Mitteln verdient er sich den Lebensunterhalt. Aber bei uns, alles der Staat, alles der Staat. Und, Genossen, man wird daraus irgendwelche Schlüsse ziehen müssen.“⁹⁹ Eine der Lehren, die die PZPR daraus zog, war, dass die Zulassungskriterien für das Studium verschärft und mehr Arbeiter- und Bauernkinder an die Hochschulen geschickt werden sollten.¹⁰⁰

Bei aller Intellektuellenschelte machte Gomułka in seiner internen Rede aber auch deutlich, dass er vor allem um den Einfluss der Partei unter den Arbeitern fürchtete. Es sei bekannt, „wo der Gegner zuschlagen wird“. Er werde sich vor allem gegen die starke Position der PZPR in der Arbeiterklasse richten. Er tue das bereits, und zwar mit ökonomischen Forderungen. In die Arbeiterklasse gehe er „nicht mit den ‚Dziady‘ hin, dort geht er nicht mit der Kultur hin, mit dieser Verfolgung der Kultur, das ist alles Gefasel. Dort geht er nicht mit der Freiheit, der Demokratie hin, denn das ist für sie alles Gefasel, aber dort geht er vielleicht mit demagogischen Losungen nach Lohnerhöhungen hin, zur Lösung dieses und jenen, zur Teuerung, zu den niedrigen Verdiensten, sogar nach der Differenzierung der Verdienste geht der Feind dorthin. Er weiß, dass er hier [Unterstützung]¹⁰¹ finden kann.“ Es sei „eine sehr wichtige Sache, die Betriebe, die Arbeiterklasse zu überwachen“. Man solle den hinauswerfen, „der mit solchen Losungen kommt“, und zwar so, dass man ihm Beine mache, damit er wisse, „dass die Arbeiterklasse tabu ist, Hände weg von der Arbeiterklasse. Das ist der entscheidende Punkt.“¹⁰²

Diese Passage der Gomułka-Rede ließ eine merkwürdige Problemsicht erkennen. Hier deutete sich bereits an, was im Dezember 1970 zum Eklat führen sollte: Die Arbeiterklasse erschien als feste, aber von außen her bedrohte Position der Partei. Soziale Forderungen disqualifizierten sich selbst, weil sie einen Keil zwischen beide treiben konnten. Sie lagen demnach auch nicht im Interesse der Arbeiter, denn niemand konnte deren Interessen besser artikulieren als eben die Partei. Diese Wahrnehmung mochte sich durchaus auf die Existenz

97 Ebd., S. 504, 507.

98 Eine Anlehnung an die Bezeichnung „Jeunesse dorée“, d.h. junge, vergnügungssüchtige Nichtstuer meist großbürgerlicher Herkunft, die sich 1794 in Frankreich durch den antijakobinischen sogenannten Weißen Terror hervortaten, erscheint allerdings zweifelhaft.

99 Garlicki, Władysław Gomułka, S. 512.

100 Ebd., S. 515.

101 Einfügung durch Garlicki.

102 Garlicki, Władysław Gomułka, S. 517.

eines „Wiesław-Bonus“ stützen, nur hatte sich dieser in den sechziger Jahren zunehmend verflüchtigt. Die Abiturientin Ala sah die Dinge wohl realistischer.

Gleichwohl hatten die Spitzengremien der Gewerkschaften im Frühjahr 1968 wenig Mühe, den Schulterschluss mit der PZPR herzustellen: „Seit den ersten Tagen der Vorfälle, die von aufrührerischen, zionistischen und antisozialistischen Elementen, von politischen Abenteurern provoziert und vorbereitet wurden – gab das Gewerkschaftsaktiv unseres ganzen Landes, gemeinsam mit den Belegschaften der Betriebe, allen diesen Feinden des Sozialismus, den Feinden der Partei und der Volksmacht eine entschiedene Abfuhr“, hieß es in einer Stellungnahme des Präsidiums und des Exekutivkomitees des Zentralrats der Gewerkschaften (Centralna Rada Związków Zawodowych, Abk. CRZZ).¹⁰³

Die katholische Kirche legte gegenüber den Vorgängen im März 1968 ein reserviertes, aber nicht desinteressiertes Verhalten an den Tag.¹⁰⁴ Immerhin richteten die Znak-Abgeordneten im Sejm am 11. März eine Interpellation an den Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz (1911–1989), in der sie Auskunft darüber verlangten, was die Regierung zu tun beabsichtige, um die brutalen Aktionen gegenüber der akademischen Jugend zu beenden und die dafür Verantwortlichen festzustellen. Sie wollten außerdem wissen, was die Regierung tun werde, um der Jugend sachlich auf ihre brennenden Fragen zu antworten. Am 21. März 1968 wandte sich der Episkopat mit einem Brief an Cyrankiewicz,¹⁰⁵ in dem er wie die Znak-Gruppe die Jugendlichen verteidigte und an die Machthaber appellierte, auf Repressionen zu verzichten. Die Bischöfe „übergangen jedoch das Motiv der ‚antizionistischen‘ Propaganda mit Schweigen. Vielleicht war die Einschätzung, dass die ‚antizionistische‘ Kampagne Ausdruck des Kampfes um die Macht in der PZPR war, in dem man sich nicht engagieren soll, Grund dieses Schweigens“.¹⁰⁶

Trotz der von katholischer Seite geübten Zurückhaltung richtete Gomułka in seiner am 26. März vor den 1. Wojewodschaftssekretären gehaltenen Rede eine scharfe Attacke gegen die Znak-Gruppe.¹⁰⁷ Deren Interpellation wäre in Wahrheit an den Westen gewandt. Nun

103 SAPMO-BArch, DY 34, 8379, Ruch zawodowy z partią i jej I. sekretarzem towarzyszyłem Władysławem Gomułką. Posiedzenie prezydium i komitetu wykonawczego CRZZ [Die Gewerkschaftsbewegung ist mit der Partei und ihrem Ersten Sekretär, dem Genossen Władysław Gomułka. Sitzung des Präsidiums und des Exekutivkomitees des Zentralrats der Gewerkschaften]; Übersetzung Nr. 371/1968: Głos Pracy, Warszawa, 4.4.1968, S. 1f.

104 Die Gründe dafür sieht Antoni Dudek in folgenden Ursachen: „Diese Haltung ergab sich sowohl aus der Befürchtung, zur Eskalation des Konflikts beizutragen, als auch aus dem ambivalenten Verhältnis der Bischöfe zu jener Strömung der Märzereignisse, hinter der sich der Kampf um die Macht innerhalb der PZPR verbarg. Nicht ohne Bedeutung war auch die Tatsache, dass das Programm des Milieus, aus dem Initiatoren der Märzprotestes stammten, um eine Formulierung von Adam Michnik zu benutzen, ‚alle Züge des antikirchlichen Obskurantentums der Linken‘ besaß.“ Antoni Dudek: Państwo i Kościół w Polsce 1945–1970 [Staat und Kirche in Polen 1945–1970], Kraków 1995, S. 225.

105 Abgedr. in: Peter Raina (Hg.): Kościół w PRL. Kościół katolicki a państwo w świetle dokumentów. t 2: Lata 1960–1974 [Die Kirche in der PRL. Die katholische Kirche und der Staat im Lichte von Dokumenten. Bd. 2: Die Jahre 1960–1974], Poznań 1995, S. 500f.

106 Friszke, Kolo posłów, S. 85.

107 Vgl., Garlicki, Władysław Gomułka, S. 515. Die Haltung der Znak-Gruppe und der katholischen Kirche kann hier nicht ausführlich dargestellt werden. Vgl. dazu u.a. Friszke, Kolo posłów, S. 82–94; Antoni

zeige sich „noch einmal, was das alles für sogenannte fortschrittliche katholische Elemente sind, wie sie sofort das Haupt in einer Situation erheben, wenn sie meinen, dass für uns vielleicht schon die Glocke läutet.“¹⁰⁸ Ähnliche Argumente wurden laut, als sich der Sejm am 10. April mit der Interpellation befasste. Zenon Kliszko warf den Znak-Abgeordneten im Namen der PZPR vor, sie hätten faktisch auf Seiten „jener zionistischen und revisionistischen Elemente“ gestanden, die die „Provokationen gegen die Ruhe des Vaterlandes, gegen seine Lebensinteressen“ inspirierten und organisierten.¹⁰⁹

Nach dem März 1968 nahm die schon 1967 begonnene Welle von Parteausschlüssen und Entlassungen aus Funktionen und Stellungen größere Ausmaße an. Staatspräsident Edward Ochab und Außenminister Adam Rapacki (1909–1970), beide jüdischer Herkunft, traten aus Protest gegen die antisemitische Kampagne der Partei von ihren Ämtern zurück. Mehr als 15.000 polnische Juden verließen das Land.¹¹⁰ Dass die Kampagne gegen den „Zionismus“ nicht zuletzt dazu diente, die Unzufriedenheit der Menschen von der Partei abzulenken,¹¹¹ deutete Stefan Olszowski (*1931), Mitglied und Leiter des Pressebüros des ZK, an. Ende April 1968 beklagte er die „Zunahme demagogischer Forderungen in den Fabriken“ und meinte: „Das ist doch klar, mit dem Zionismus allein stopfen wir den Menschen nicht den Mund.“¹¹²

Es gelang jedoch nicht, die Preiserhöhung vom November 1967 gewissermaßen hinter dem Vorhang der März-Ereignisse völlig verschwinden zu lassen. Dies zeigte sich etwa, als

Dudek: *Polityka władz wobec Kościoła w latach 1956–1980* [Die Politik der Machthaber gegenüber der Kirche in den Jahren 1956–1980], in: Przemysław Wójcik (Hg.): *Elity władzy a struktura społeczna w Polsce w latach 1956–1981* [Die Machteliten und die Sozialstruktur in Polen in den Jahren 1956–1981], Warszawa 1994, S. 202–231, hier 222; ders.: *Państwo i Kościół w Polsce*, S. 224–227; Leonid Luks: *Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945–1989. Die Anatomie einer Befreiung*, Köln/Weimar/Wien 1993, S. 74–82; Mikołaj Kunicki: *Zwischen Anpassung, Widerstand und Dialog. Das Verhältnis von Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945–1989*, in: *Transit*, 31 (Sommer 2006), S. 52–68, hier 61.

108 Garlicki, Władysław Gomułka, S. 515.

109 Sprawozdanie stenograficzne z VIII sesji, 19 posiedzenia Sejmu, 10 kwietnia 1968 r. [Stenographischer Bericht von der VIII. Session der 19. Sitzung des Sejm, 10. April 1968], zit. nach: Friszke, *Koło posłów*, S. 88.

110 Eisler, *Polski rok*, S. 130f. Eisler verweist hier u.a. auf ein Dokument aus dem Archiv des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) von 1973, das die Zahl der jüdischen Emigranten von 1968 bis 1972 auf mehr als 15.000 beziffert. Es gibt auch Angaben, die von ca. 20.000 Personen sprechen. Kunicki (ders., *Anpassung*) nennt 13.000. Die Zahlenangaben schwanken, nicht zuletzt, weil unterschiedliche Endjahre für die Emigrationswelle verwandt werden. Auf jeden Fall verließ ein großer Teil der Juden das Land. Nach Eisler betrug die Zahl der Juden und Personen jüdischer Herkunft Mitte der 60er Jahre ca. 30.000. Es war also etwa die Hälfte dieses Personenkreises, die nach dem März 1968 aus Polen emigrierte, etwa 25% davon nach Israel. Eisler, *Polski rok*, S. 101, 130.

111 Luks meint dazu: „Auch in Polen ging es um einen Versuch, die in ihren Hoffnungen betrogene Gesellschaft von ihrem eigentlichen Ziel – der Demokratisierung – abzulenken und die Verantwortung für alle Fehler des Regimes auf einen imaginären Feind abzuladen.“ (*Katholizismus*, S. 74). Dies betrifft aber nicht nur die Frage der Demokratisierung, sondern auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes.

112 Im Gespräch mit Mieczysław F. Rakowski und von diesem unter dem 29. April 1968 vermerkt. Kommentar von Rakowski: „Zumindest ein ehrlicher Junge.“ *Dzienniki 1967–1968*, S. 236.

Studenten und das „Arbeiteraktiv“ am 8. März 1968 in Warschau aneinandergerieten. Nachdem das „Arbeiteraktiv“ die Versammelten aufgerufen hatte, keine Unruhen zu provozieren, entgegnete einer der Initiatoren, die Arbeiter würden den Studenten provokativ entgegengestellt, dabei müssten doch alle „dieselben Fleischpreise“ bezahlen.¹¹³ In dem Zusammenhang erscheint es bemerkenswert, wie verquer die Argumentationslinien liefen und wie schwer die Antizionismus-Kampagne zu kontrollieren war. Im September 1968, als sie eigentlich offiziell beendet war, wurde Gomułka auf einer Veranstaltung im FSO-Autowerk in Warschau angegriffen, weil das 12. ZK-Plenum den Kampf gegen den „Zionismus“ gestoppt hatte, denn es wären die „Zionisten“ gewesen, die die Fleischpreise erhöht hätten. Gomułka reagierte wütend: „Genossen, ich sage euch, dass es in Polen keinen Zionismus gibt. Schlagt euch das aus dem Kopf. Wenn es Zionisten gibt, dann bin ich auch einer, weil ich die Preiserhöhung für Fleisch vorgeschlagen habe.“¹¹⁴

Das hier erwähnte 12. ZK-Plenum hatte vom 8. bis 10. Juli 1968 getagt. Es diente der PZPR-Führung dazu, ihre Sicht auf die „Märzereignisse“ darzulegen. Als Hauptursachen benannte sie den Kampf der „revisionistischen und reaktionären Kräfte“ gegen die Partei und den Sozialismus sowie Mängel in der ideologischen Arbeit der Partei.¹¹⁵ Die Diskussion verlief „ziemlich stürmisch“.¹¹⁶ Zu den personellen Veränderungen in den Führungsgremien gehörte der mit „revisionistischen“ Auffassungen begründete Ausschluss des Philosophen Adam Schaff (1913–2006) aus dem ZK. Innenminister Mieczysław Moczar hingegen stieg zum Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK auf.¹¹⁷ An beiden Personen macht sich noch einmal die Politikrichtung der vergangenen Monate fest: Der jüdische Intellektuelle Schaff wurde aus dem ZK entfernt; Moczar, der in hohem Maße die antisemitische und antiintellektuelle Kampagne mitgetragen hatte, avancierte. Dennoch gilt das 12. Plenum als Zäsur, die diese Kampagne abschloss. Ob es den „Partisanen“ 1967/68 darum gegangen war, Parteichef Władysław Gomułka zu stürzen oder ihn nur zu schwächen, ist, so Jerzy Eisler zurückhaltend, „noch nicht bis zum Schluss klar und verständlich“.¹¹⁸ Zunächst jedenfalls gelang es Gomułka, seine Position wieder zu stärken. Er hatte eine Tonlage getroffen, die dem Regime eine stärkere nationale Legitimation zu verschaffen schien.¹¹⁹

113 Eisler, Marzec, S. 198f.

114 Zit. nach: Rakowski, Dzienniki 1967–1968, S. 361.

115 Vgl. Thesen des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zum V. Parteitag, beschlossen am 10. Juli 1968 vom XII. Plenum des ZK, Warszawa 1968, S. 30–34. Ausführlich zum XII. Plenum Eisler, Polski rok, S. 604–612.

116 Ebd., S. 607; ders., Marzec, S. 407.

117 Innenminister wurde an seiner Stelle Kazimierz Świątała (*1923), der die Funktion bis Januar 1971 ausübte.

118 Eisler, Grudzień, S. 28.

119 Vgl. Helmut Fehr: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, Opladen 1996, S. 72f.

3. Soziale Probleme und der V. Parteitag

Das 12. Plenum befasste sich u.a. auch mit den Thesen zum V. Parteitag der PZPR. In der Diskussion hierzu nahm die Auseinandersetzung mit dem „Revisionismus“ einen zentralen Platz ein. Auf ökonomische Aspekte dieses Themas ging der ZK-Sekretär für Wirtschaft, Boleslaw Jaszczuk (1913–1990) ein.¹²⁰ Heftig polemisierte er gegen die Auffassungen des bekannten Ökonomen Włodzimierz Brus, der im Januar 1968 aus der PZPR ausgetreten war und dies vor allem mit der Politik der Partei begründet hatte.¹²¹ Jaszczuk warf Brus u.a. vor, die von den Soziologen übernommene Stratifikations-These zu vertreten, nach der Einkommensunterschiede und verschiedene Positionen in staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen eine Differenzierung der sozialistischen Gesellschaft in Schichten bewirken würden. Solche Thesen führten dazu, so Jaszczuk, dass „die gesellschaftliche Unzufriedenheit geweckt und auf unsere Politik gelenkt werden soll, und zwar in dem so wesentlichen Bereich der Löhne und anderer Geldeinkünfte der Bevölkerung.“¹²²

Im Hinblick auf die Angleichung von Angebot und Nachfrage bei Konsumgütern setzte Jaszczuk einen weiteren Akzent, der sich durch eine bemerkenswerte Dialektik auszeichnete: Das „Studium der Erscheinungen, die auf dem Markt vor sich gehen“ sei ein „unerlässliches Element“ bei der Planung, denn der Markt sei „die relativ zuverlässigste Informationsquelle über die wirklichen Bedürfnisse der Verbraucher“. Allerdings, so stellte Jaszczuk gleich klar, dürfe nicht der Markt die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen, sondern der zentrale Plan müsse die strukturellen Veränderungen festlegen. Eine wichtige Form des Kampfes gegen die „Revisionisten“ sei daher, sich mit deren Forderung nach der Unterordnung des zentralen Planes unter die Marktmechanismen auseinanderzusetzen.

Jaszczuk forderte die Ökonomen auf, die Verbindung von zentraler Planung und Markt sowie die Preis- und Kostenproblematik genauer zu untersuchen. Forschungen hielt er auch zur Konsumentennachfrage für nötig, „um die Produktion besser den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen und eine schnelle Verbesserung der Verbrauchsstruktur zu errei-

120 Jaszczuk war seit 1963 für ökonomische Fragen zuständig und seit 1964 Kandidat des Politbüros. Auf dem XII. Plenum wurde er Mitglied des Politbüros.

121 „Ich meine, dass sich bei der Realisierung des Programms vom Oktober 1956 nicht nur kein Fortschritt vollzieht, sondern im Gegenteil – im Verlaufe der letzten Jahre zeichnete sich ein deutlicher und immer schnellerer Rückschritt ab. Meine Besorgnisse und Vorbehalte habe ich nicht nur einmal auf den Parteiversammlungen und -konferenzen ausgedrückt. Ich glaube also nicht, dass ich jetzt an den Standpunkt in vielen grundsätzlichen Fragen und besonders zur kleingeistigen Beibehaltung der autokratischen Methoden des Regierens, deren gefährliche Folgen deutlich in den wirtschaftlichen Ergebnissen und in der Konsequenz im Lebensstandard der Bevölkerung ihren Niederschlag finden, erinnern muss.“ (Brief von Włodzimierz Brus an das Hochschulkomitee der Warschauer Universität, Warschau, 23. Januar 1968, abgedr. in: Sołtysiak/Stępień, Marzec '68, S. 293f., hier 293) Ein weiterer Grund war für ihn, dass seine Ehefrau Halina Wolińska im September 1967 wegen ihrer Haltung zur „antizionistischen“ Kampagne der PZPR aus der Partei ausgeschlossen worden war. 1972 emigrierte Brus nach Großbritannien.

122 Dyskusja na XII Plenum KC PZPR. Tow. Boleslaw Jaszczuk [Diskussion auf dem XII. Plenum des ZK der PZPR. Gen. Boleslaw Jaszczuk], in: Nowe Drogi, 22 (1968) 8, S. 42–48, hier 44f.

chen.“¹²³ Damit knüpfte er an den Beschluss des Politbüros vom Oktober 1967 an, die Marktversorgung zu verbessern, die Konsumstruktur zu verändern und die zunehmende Kaufkraft der Bevölkerung auf den Erwerb von Industriewaren zu lenken.¹²⁴ Grund genug gab es dafür, denn für Industrieartikel gaben die polnischen Verbraucher noch immer einen relativ geringen Anteil ihres Einkommens aus.

Tabelle 2

Verteilung der Lebenshaltungskosten einer Durchschnittsfamilie in der Volksrepublik Polen 1965, in Prozent

Lebensmittel	50,2
Kleidung und Schuhe	17,7
Kultur, Bildung, Sport und Touristik	8,4
Wohnung	7,9
Heizung und Licht	4,9
Hygiene und Gesundheitsschutz	4,5
Alkohol und Tabak	4,1
Verkehr sowie Post- und Fernmeldewesen	2,3

Quelle: Andrzej Jezierski/Barbara Petz: *Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944–1985* [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944–1985], Warszawa 1988, S. 281.

Mit diesen Konsumindikatoren wies Polen in den 1960er Jahren weiterhin die Merkmale eines wenig entwickelten Landes auf. Bis zum Ende des Jahrzehnts änderte sich an dieser Ausgabenstruktur kaum etwas.¹²⁵ Hier machte sich die blockierende Wirkung von Versorgungsengpässen und relativ hohen Preisen bemerkbar. Der Durchschnittslohn betrug Ende der 1960er Jahre ca. 2.500 Złoty. Geht man von den zu dieser Zeit üblichen Preisen aus, so hätte eine Familie mit solchem Durchschnittseinkommen monatlich etwa 240 kg Zucker (1 kg = 10,5 Złoty) oder 166 bis 500 Kinokarten (5–15 Złoty) bzw. 1.250 Kuchenstücke in einem Café (2 Złoty) oder etwa 109 Flaschen des billigsten Weins (23 Złoty) kaufen können. Relativ preiswert war mit 50 Groszy die „Trybuna Ludu“, das „Zentralorgan“ der PZPR. Ein Paar Strumpfhosen kostete dagegen schon 100 Złoty, für einen Anzug musste man ungefähr 2.000 Złoty, für einen Schwarz-Weiß-Fernseher gar 7.000 Złoty ausgeben. Die Durchschnittsfamilie hatte also für einen Anzug mehr als drei Wochen, für einen Fernseher fast drei Monate zu arbeiten. Für viele waren solche Industriewaren beinahe uner-

123 Ebd., S. 43, 46f.

124 S. Fußnote 39. Ähnlich, wenn auch weniger präzise, dann das 10. Plenum im November.

125 Die diesbezüglichen Angaben sind unterschiedlich. Kaliński gibt für 1970 an, dass 49% für Lebensmittel und Getränke verwendet wurden. (Przemiany, S. 157). Deutlich niedriger sind die Zahlen bei Henryk Ślabek für die Jahre 1968 und 1971, der in körperlich und geistig Tätige unterscheidet. Danach machten 1968 bei den körperlich Arbeitenden die Ausgaben für Lebensmittel 45,3 und 1971 45,5% aus. Bei den Geistesarbeitern betragen die Zahlen 38,9 bzw. 39,4%. (Vgl. Henryk Ślabek: *Obraz robotników polskich w świetle ich świadectw własnych i statystyki 1945–1989* [Das Bild der polnischen Arbeiter im Lichte ihrer eigenen Zeugnisse und der Statistik 1945–1989], Warszawa/Kutno 2004, Tab. 37, S. 119) Vermutlich sind bei Ślabek die Getränke nicht mitgerechnet. Beide Verfasser stützen sich auf die offiziellen Angaben im Statistischen Jahrbuch.

schwinglich, denn das niedrigste garantierte Arbeitseinkommen betrug 850 Złoty, die Durchschnittsrente nur wenig über 1.000 Złoty.¹²⁶ Daher waren „Gebiete der Ärmlichkeit und sogar der Armut“ noch „ziemlich verbreitet“.¹²⁷ Nach einer Schätzung des sozialen Minimums, das auf den Preisen von 1969/1970 basierte, betrug damals die monatlichen Mindestkosten einer vierköpfigen Familie 4.210 Złoty. Um die Lebenshaltungskosten zu decken, mussten also mindestens zwei Familienmitglieder arbeiten.¹²⁸ Nicht zuletzt deshalb trat die PZPR für mehr Frauenbeschäftigung ein, also für eine Zunahme der Verdienner je Familie.¹²⁹

Aufgrund der niedrigen Einkommen und des unzulänglichen Angebots von Industriewaren war die Ausstattung der Haushalte mit technischen Konsumgütern zum Teil noch gering. So besaß 1970 lediglich die Hälfte der Familien ein Radio, 45% hatten einen Fernsehempfänger, nur 28% verfügten über einen Kühlschrank und fünf Prozent über einen Pkw.¹³⁰ Die Ursachen solcher Versorgungsmängel sah Jaszczuk jedoch nicht in der Wirtschaftspolitik von Partei und Staat, sondern in relativ leicht zu behebenden Informationsdefiziten. So erklärte er im Juli 1968 auf dem 12. ZK-Plenum: „Es muss nämlich festgestellt werden, dass eine beträchtliche Anzahl der Mängel in der Marktversorgung und andererseits die Aufbewahrung überflüssiger Vorräte nicht auf fehlende Produktionskapazität oder auf Importschwierigkeiten zurückzuführen sind, sondern auf die ungenügende Kenntnis des Bedarfs der Verbraucher und auf die Unfähigkeit der schnellen Anpassung der Produktion an die Marktbedürfnisse in Bezug auf Sortiment und Qualität, Liefertermin usw.“ Konsequenterweise forderte Jaszczuk daher „eingehendere Analysen zur Gestaltung der Nachfrage in längeren Zeitabschnitten, aber auch Analysen über die Möglichkeit, eine Nachfrage nach neuen Warengruppen zu schaffen, um so einen zufriedenstellenden Fortschritt in der Verbrauchsstruktur bei Industrieerzeugnissen und Dienstleistungen zu erhalten.“¹³¹

An der Frage der Konsumstruktur entzündete sich 1969/1970 in Polen eine intensive Debatte. An ihr beteiligten sich vor allem sozialpolitische Funktionäre, Wissenschaftler, darunter besonders Ökonomen, sowie Vertreter des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, wie u.a. Józef Pajestka (1924–1994), seit Dezember 1968 stellvertretender Vorsitzender der Plankommission, und der Chefredakteur von „Życie Gospodarcze“, Jan Głowczyk

126 Vgl. die Preise und Löhne bei Eisler, Grudzień, S. 41f. (Kaufkraft = eigene Berechnung auf der Basis von 2.500 Zł.). In seiner neuen Monographie gibt Eisler für 1968 in der „vergesellschafteten“ Wirtschaft einen Durchschnittslohn von 2.296 Złoty und als Durchschnittsrente und -pension 953 Złoty an. Eisler, Polski rok, S. 30.

127 Ders., Grudzień, S. 41.

128 Vgl. Jezierski/Petz, Historia, S. 282f. Beide geben dabei gegenüber Eisler ein etwas höheres Durchschnittseinkommen von etwa 2.600 Złoty an. Jezierski/Petz stützen sich auf: Andrzej Tymowski: Minimum socjalne jako problem moralny [Das soziale Minimum als moralisches Problem], Warszawa 1979.

129 1970 waren in der volkseigenen Wirtschaft außerhalb der Landwirtschaft über 3,87 Mio. Frauen tätig, das waren ca. 40% der Gesamtbeschäftigten. Vgl. Eisler, Grudzień, S. 42. Józef Balcerek gibt für 1970 eine Zahl von 3,822 Mio. Frauen (= 39,4%) an. Vgl. Józef Balcerek: Sytuacja gospodarcza Polski w okresie 1956–1993 [Die wirtschaftliche Situation Polens in der Zeit von 1956–1993, in: Wójcik, Elity władzy, S. 327–370, hier 338.

130 Kaliński, Przemiany, S. 157.

131 Dyskusja XII Plenum. Jaszczuk, S. 47.

(*1927).¹³² In dieser „eingehenden Diskussion“, resümierte Jan Kłuczyński, habe eine weitgehende Übereinstimmung über die Notwendigkeit eines „komplexen“ Herangehens bestanden. Allerdings habe man sich angesichts der Konsumtionsprobleme eher auf Fragen der Produktion sowie der Propaganda und der Reklame konzentriert.¹³³

Damit war freilich nicht viel gewonnen. Wie der vom 11. bis 16. November 1968 stattfindende V. Parteitag zeigte, bewegte sich die Parteiführung angesichts der Themen Marktversorgung und Konsum im gewohnten Gleis.¹³⁴ Wenngleich die PZPR bei dieser Gelegenheit erkennbar bestrebt war, „die vielen ungünstigen Erscheinungen“,¹³⁵ wie sie vielerorts in Polen anzutreffen waren, nicht auszublenden, nahm das von der Lage im Land gezeichnete Bild schließlich dann doch wieder den üblichen rosaroten Farbton an. Es entsprach, wie Wojciech Roszkowski es formulierte, dem „ständigen Propagandaschema von Lobpreisungen der ‚Errungenschaften des Sozialismus‘ vor dem Hintergrund ‚bestimmter Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten““.¹³⁶

Genauso fiel auch die Bilanz zur Entwicklung des Lebensniveaus seit dem IV. Parteitag aus. Der Parteitag konstatierte einen „Fortschritt auf dem Gebiet des Konsumwachstums und der Modernisierung der Konsumstruktur“ sowie eine systematische Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung. Die Einkommen seien „vor allem dank der höheren durchschnittlichen Beschäftigung in der Familie“ gestiegen. Auch die Renten¹³⁷ sowie die Ausga-

132 Vgl. Józef Pajestka: Problemy polityki strukturalnej konsumpcji na obecnym etapie rozwoju [Probleme der strukturellen Konsumtionspolitik in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe], in: *Nowe Drogi*, 23 (1969) 10, S. 12–29; Jan Głowczyk: Intensyfikacja i konsumpcja [Intensivierung und Konsumtion], in: *Życie Gospodarcze*, XXIV (1969) 51/52 (21.–28.12.), S.3, XXV (1970) 5 (1.2.), S.1, 9 (Głowczyk wurde 1981 Kandidat, 1986 Mitglied des Politbüros, 1982–1988 war er auch Sekretär des ZK der PZPR). Am 2. Februar 1970 veranstaltete die PZPR-Zeitschrift „*Nowe Drogi*“ in Zusammenarbeit mit „*Życie Gospodarcze*“ eine Diskussion zu „theoretischen und praktischen Schlüsselproblemen der Gestaltung der Konsumstruktur“. Grundlage der Diskussion bildeten, in Anwesenheit beider Autoren, die Artikel von Pajestka und Głowczyk. *Życie Gospodarcze*, XXIV (1970) 9 (1.3.), S. 1. Die Beiträge der Diskutanten vgl. ebd., S. 2–4 sowie Nr. 10 (8.3.), S. 5–8.

133 Kłuczyński widmete seinen Beitrag daher auch dem Thema „Wykształcenie a model konsumpcji“ [Bildung und Konsummodell], in: *Nowe Drogi*, 24 (1970) 10, S. 84–93, hier 84f.

134 Vgl. Sprawozdanie Komitetu Centralnego oraz zadania partii w dziedzinie umacniania socjalizmu i dalszego rozwoju Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Referat tow. Władysława Gomułki [Bericht des Zentralkomitees und die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Stärkung des Sozialismus und bei der weiteren Entwicklung der Volksrepublik Polen. Referat des Gen. Władysław Gomułka], in: V Zjazd Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej. Stenogram. Warszawa 11-16 XI 1968 r. [V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Stenogramm. 11.-16.11.1968], Warszawa 1969, S. 23–246, bes. 114–120.

135 Kaliński, *Przemiany*, S. 134.

136 Roszkowski, *Historia*, S. 294.

137 Am 23. Januar 1968 hatte der Sejm das Rentenreformgesetz beschlossen, nachdem von Gomułka auf dem VI. Gewerkschaftskongress im Juni 1967 ein Rentenreformprogramm angekündigt worden war. Am gleichen Tag nahm der Sejm das Gesetz über Geldleistungen im Falle eines Arbeitsunfalls an. Es waren die ersten Sozialgesetze seit März 1965. Damals hatte der Sejm Gesetze über die Sozialversicherung der Handwerker und über die Arbeitssicherheit und -hygiene verabschiedet. Vgl. 100 lat polskiego ruchu robotniczego. kronika wydarzeń [100 Jahre polnische Arbeiterbewegung. Chronik der Ereignisse], Warszawa 1978, S. 339, 346.

ben des Staates und der Betriebe für sozial-kulturelle Dienstleistungen hätten sich erhöht. Zudem habe man 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und etwa 1,9 Millionen Zimmer gebaut.¹³⁸

Auf der anderen Seite war aber auch von „wesentlichen Schwierigkeiten“ die Rede, womit nicht zuletzt die unzulängliche Steigerung der Konsumgüterproduktion gemeint war. Überhaupt seien die im Fünfjahrplan vorgeschriebenen Proportionen zwischen der Produktionszunahme bei Konsumgütern und Produktionsmitteln nicht eingehalten worden.¹³⁹ Das musste umso bedenklicher stimmen, als der Plan 1966 bis 1970 ohnehin schon ein deutliches Übergewicht der Produktionsmittelherstellung vorsah. Weil zudem die Geldeinnahmen der Bevölkerung schneller stiegen als geplant, „wurde die unzulängliche Entwicklung der Produktion von Marktartikeln zur Ursache von gewissen Anspannungen in der Marktsituation.“¹⁴⁰ Dieser Befund blieb jedoch unkommentiert. Auch die in politischer Hinsicht überaus heikle Fleischpreiserhöhung, die kaum ein Jahr zurücklag, spielte auf dem Parteitag keine Rolle.

Gleichwohl lässt sich daraus nicht folgern, die PZPR-Führung habe sozial- und konsumpolitisch unsensibel reagiert. Sonderlich einfallsreich war sie allerdings auch nicht. So beschloss der Parteitag hinsichtlich der wirtschaftlichen Hauptaufgaben für 1969/1970, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Konsumgüterproduktion zu steigern. Die entsprechenden Produktionskapazitäten sollten modernisiert und ausgebaut, aber auch besser genutzt werden.¹⁴¹ Wie es schien, maß die PZPR auf ihrem V. Parteitag einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung ein höheres Gewicht bei als der IV. Parteitag gut vier Jahre zuvor. Zu den „allgemeinen Richtungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1971–1975“ hieß es gleich an erster Stelle: „Der zukünftige Fünfjahrplan soll eine weitere allseitige ökonomische und kulturelle Entwicklung des Landes sowie ein Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung sichern.“ Damit wurden – anders als auf dem IV. Parteitag – Lebensstandard und Kultur zumindest verbal gleichrangig mit der Wirtschaft genannt. Doch schon der folgende Satz stellte das bisherige Erklärungsmuster wieder her: „Das wird durch eine schnelle, effektive Entwicklung der Produktion und die Modernisierung der Wirtschaft, durch die volle Nutzung des technischen und organisatorischen Fortschritts sowie die Einführung der Errungenschaften der Wissenschaft in die Produktion erreicht werden können.“¹⁴²

Nicht anders argumentierte Edward Gierek, der am ersten Beratungstag des Parteitages als Politbüromitglied und 1. Sekretär der Wojewodschaft Katowice – von den Grußworten der „Blockparteien“ ZSL und SD abgesehen – wohl nicht zufällig als einziger Diskussionsredner sprach: „Denn niemals dürfen wir vergessen, dass alle schwierigen Probleme, auf deren Lösung wir unsere Anstrengungen konzentrieren, die Vergrößerung der Möglichkeiten zur

138 Sprawozdanie, S. 42–44.

139 Ebd., S. 41, 45f.

140 Ebd., S. 41.

141 Uchwała V Zjazdu Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej [Beschluss des V. Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei], in: V Zjazd, S. 901–1000, hier 907.

142 Ebd., S. 909.

immer besseren Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft zum Ziel haben. Daher müssen wir auch, indem wir die verschiedenen Alternativen der wirtschaftlichen Entwicklung abwägen, ständig das letztendliche Ziel unserer Anstrengungen beachten, das darin besteht, die Volkswirtschaft in der effektivsten Weise auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse zu lenken. Daher legen wir auch so großes Gewicht auf die im Parteitagsreferat enthaltenen Direktiven, die die vollständigere Nutzung des Potentials aller Industriezweige für die Marktproduktion betreffen, um sowohl die Struktur des Konsums zugunsten des Wachstums des Anteils von Industrieartikeln bedeutend zu verbessern als auch die Dynamik des gesamten Konsums zu sichern.¹⁴³

Eine leichte Akzentverschiebung deutete sich darin an, wie im Bericht des V. Parteitages die Rolle der Gewerkschaften beschrieben wurde. Ihnen war darin, anders als auf dem vorangegangenen Kongress, ein gesonderter Abschnitt gewidmet. Ohne dass die gewerkschaftlichen Aufgaben bei der Steigerung von Produktion und Arbeitsproduktivität zurückgenommen worden wären, rückten jetzt soziale Aspekte stärker in den Vordergrund: die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Lohn und Prämien, Sozialversicherung und Sozialleistungen, die Mittelverteilung für den individuellen und kollektiven Konsum, die Entwicklung der sozial-kulturellen Einrichtungen sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz.¹⁴⁴ Noch 1964 hatte sich der entsprechende Parteitagsbeschluss auf die Forderung beschränkt, dass die Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen für die Verbindung von Produktion und Lebensbedingungen sorgen sollten. Vor allem aber hätten die Gewerkschaften daran mitzuwirken, die Betriebe leistungsfähiger zu machen und die Produktionspläne zu erfüllen.¹⁴⁵

Dem Beschluss des V. Parteitages zufolge sollten nunmehr die „sozialen Bedürfnisse der Beschäftigten und ihrer Familien“ besser befriedigt und die „noch auftretenden Disproportionen im Niveau dieser Leistungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen [...] durch eine gerechtere Verteilung der Mittel, über die Ministerien, Vereinigungen und Betriebe verfügen, eliminiert werden.“ Zugleich ginge es darum, „mit den Mitteln für soziale Ziele“ rationell zu wirtschaften und die Tätigkeit der Betriebe und Nationalräte¹⁴⁶ besser zu koordinieren.¹⁴⁷ In dem Teil des Beschlusses, der die „Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Wirtschaft“ zusammenfasste, fanden drei spezielle Abschnitte zu sozialen Problemen Aufnahme: Versorgung der Bevölkerung und Dienstleistungen, Wohnungsbau und Kommunalwirtschaft sowie Sozialleistungen.¹⁴⁸

Allerdings blieben diese Zielprojektionen recht allgemein. So war davon die Rede, Umfang, Qualität und Termintreue bei den Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verbessern und die kollektive Verpflegung in den Betrieben weiterzuentwickeln. Dies sei immerhin eine „dringende Frage“. Arbeiter und Angestellte sollten günstigere Möglichkeiten zur Er-

143 Diskussionsbeitrag von Edward Gierek, in: V Zjazd, S. 274–284, hier 282f.

144 Die Gewerkschaften als Glied der sozialistischen Demokratie, in: Sprawozdanie, S. 148–150.

145 Vgl. Beschluß des IV. Parteitages, S. 251f.

146 Das waren die Entscheidungsgremien auf kommunaler und Wojewodschaftsebene, die in entsprechenden – natürlich nicht in freien – Wahlen gewählt wurden.

147 Vgl. Sprawozdanie, S. 124.

148 Vgl. Uchwała, S. 951–960.

holung erhalten, die Zahl der Kindergärten und -krippenplätze hoffte man zu erhöhen und die verschiedenen Formen der Kinderbetreuung auszubauen. Außerdem müssten die Betriebe vermehrt Sorge für die aus dem aktiven Berufsleben ausscheidenden Beschäftigten tragen. Dem Industriegesundheitsschutz hätten sie „die notwendige Priorität“ einzuräumen. Hinsichtlich Qualität und Zustand der Arbeits- und Schutzbekleidung sowie von Schutzeinrichtungen an den Arbeitsplätzen teilte die PZPR die Kritik der Belegschaften und plädierte dafür, die entsprechenden Erzeugnisse in spezialisierten Betrieben produzieren zu lassen.¹⁴⁹

Während es hier um eher alltagsrelevante Probleme ging, erlangte die folgende Forderung eine durchaus gesellschaftspolitische Dimension: Es sei eine „grundlegende Aufgabe der Partei im Bereich der Sozialpolitik“, die Rechte der Arbeiter und Angestellten bei den Sozialleistungen anzugleichen „und also in dieser Hinsicht die gesetzliche Teilung der Beschäftigten in körperlich und geistig Tätige zu beseitigen – eine Teilung, die ein politischer und gesellschaftlicher Anachronismus geworden ist.“ Differenzierungen sollten sich künftig vor allem aus der Zahl der Arbeitsjahre ergeben. Begonnen wurde mit der Urlaubsregelung, deren Angleichung ab 1969 über einen Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen war.¹⁵⁰ Die übrigen Unterschiede, insbesondere bei den Leistungen für Kranke, sollten ab 1970 abgeschafft werden. Die Vereinheitlichung der rechtlichen Grundlagen war im Rahmen des neuen Arbeitsrechts vorzunehmen, für das der Sejm in der nächsten Wahlperiode die Voraussetzungen zu schaffen hatte.¹⁵¹

Die Sache hatte jedoch einen Pferdefuß. Parteichef Władysław Gomułka stellte nämlich gleich klar, dass diese Maßnahmen keine Zusatzkosten verursachen dürften. Die Angleichung könne „im Grundsatz nur auf der Basis der globalen Auszahlungssumme eintreten, welche beide Beschäftigtengruppen gegenwärtig dafür erhalten.“ Dazu, wie man sich das praktisch vorzustellen hatte, äußerte sich Gomułka nicht. Jedenfalls ließ er keinen Zweifel daran, dass die Ausarbeitung der Einzelheiten „mühsame Arbeit, viele Berechnungen und gründliche Analysen“ erfordere.¹⁵² Was so kompliziert klang, war im Prinzip aber ebenso einfach wie brisant: Wollte man am Grundsatz der Kostenneutralität festhalten, musste an den bisherigen Leistungen für die Angestellten gespart werden.

Auf die Verkürzung der Arbeitszeit ging Gomułka ausführlicher ein. Obwohl derzeit im Allgemeinen der 8-Stunden-Tag gelte und 46 Stunden in der Woche gearbeitet würden, sei inzwischen für etwa 1,3 Millionen Beschäftigte in einigen Industriezweigen eine kürzere Arbeitszeit von sechs bzw. sieben Stunden am Tag üblich. 1967 habe man die dritte Schicht für ca. 171.000 Arbeiter abgeschafft. Hierbei handele es sich hauptsächlich um in der Textilindustrie beschäftigte Frauen, für die eine 44-Stunden-Woche gelte.¹⁵³ In den nächsten zwei Jahren, so kündigte Gomułka an, werde die Arbeitszeit für solche Personen verkürzt, die unter gesundheitsschädlichen und -belastenden Bedingungen tätig seien. Zugleich sollte in

149 Sprawozdanie, S. 124–126.

150 Am 29. April 1969 beschloss der Sejm das Gesetz über den einheitlichen Erholungsurlaub für Arbeiter und Angestellte. Vgl. 100 lat, S. 350.

151 Uchwala, S. 957f., vgl. auch Sprawozdanie, S. 126–128.

152 Sprawozdanie, S. 127.

153 Ebd., S. 128f.

allen Bereichen mit ständig laufender Produktion das „4-Brigaden-Arbeitssystem“ angewandt werden. Dafür sprachen nach Ansicht des Parteichefs wirtschaftliche Gründe. So könnten Maschinen und Anlagen besser ausgenutzt, die ökonomisch-produktiven Kennziffern verbessert und die Überstundenarbeit beseitigt oder eingeschränkt werden. Dies läge sowohl im Interesse der Wirtschaft als auch der Beschäftigten. Das bisherige Prinzip, Arbeitszeitverkürzungen „bei Erfüllung der Produktionsplanaufgaben und Beibehaltung mindestens des bisherigen Verdienstniveaus der Beschäftigten“ durchzuführen, sollte weiterhin gelten.¹⁵⁴ Lohnkürzungen waren also nicht vorgesehen. Dafür mahnte Gomułka, die Verkürzung der Arbeitszeit dürfe das Wachstumstempo der Produktion nicht verringern und auch nicht den Zuwachs des Nationaleinkommens beschränken, sie solle im Gegenteil zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft beitragen.¹⁵⁵

Wer aufmerksam genug war, konnte bemerken, dass sowohl Gomułka als auch der Beschluss die Arbeitszeitverkürzung nach der Angleichung der Rechte für Arbeiter und Angestellte behandelten. In den „Thesen“ des 12. Plenums vom Juli war die Reihenfolge noch umgekehrt.¹⁵⁶ Man wird dies nicht überbewerten dürfen, doch bestand vielleicht ein Zusammenhang mit den Einkommen. Hierzu hatte es auf dem Parteitag kaum belastbare Aussagen gegeben. Ohne dass eine genauere Zahl zur Entwicklung der Realeinkommen im kommenden Fünfjahrplan genannt worden wäre, war im Beschluss nur pauschal von einer für 1971 bis 1975 vorgesehenen Zunahme der Geldeinkünfte die Rede.¹⁵⁷ Der von Gomułka vorgetragene Bericht verwies jedoch auf die Notwendigkeit, die Einkommen der Beschäftigten „in Abhängigkeit vom individuellen Arbeitsbeitrag sowie vom Niveau der Qualifikation und vom Grad der Verantwortlichkeit“ weiter konsequent zu differenzieren, aber auch „jeglicher ungerechtfertigten Spannweite bei den Einkommen und jeglicher ungerechtfertigten Verteilung der für die Beschäftigten vorgesehenen Fonds“ entgegenzuwirken.¹⁵⁸ Zwischen beiden Zielen bestand unverkennbar eine gewisse Spannung, die zumindest Interpretationsspielraum bot.

Wenn sich die PZPR-Führung bei Einkommensfragen einigermaßen bedeckt hielt, war das nicht neu. Schon als Gomułka im Juni 1967 auf dem VI. Gewerkschaftskongress die Erhöhung der Löhne als die „grundlegende Richtung unseres Handelns bei der Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen“ bezeichnete – „übereinstimmend mit dem im Sozialismus gültigen Prinzip der Verteilung der Güter nach der Qualität und Quantität der Arbeit“ – hatte er eingeschränkt, „dass der Anstieg der Verdienste nicht über die Möglichkeiten des Staates hinausgehen kann.“¹⁵⁹ Das galt nach wie vor.

Gleichwohl ging die PZPR, auch wenn vieles im Allgemeinen blieb, mit ihren sozialpolitischen Versprechen über das hinaus, was zuvor auf dem IV. Parteitag beschlossen worden

154 Ebd., S. 129.

155 Ebd., S. 129f. Auch der Beschluss ging dann auf die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Vgl. Uchwała, S. 958.

156 Vgl. Thesen des Zentralkomitees, S. 61f.

157 Uchwała, S. 952.

158 Sprawozdanie, S. 115.

159 Gomułka, Przemówienie na VI kongresie, S. 207f.

war. Ein Grund für die auf dem V. Parteitag erkennbare stärkere Gewichtung sozialer Probleme ist in den Vorgängen vom Frühjahr 1968 zu suchen. Sie hatten die Position der Partei und Gomułkas selbst erschüttert. Die Partei setzte bei der Überwindung dieser politischen Krise besonders auf die Unterstützung durch die Arbeiter, und sie bekam sie auch. Wie aber Gomułkas Rede vor den 1. Parteisekretären der Wojewodschaften am 26. März 1968 gezeigt hatte, blieb die PZPR-Spitze gleichwohl besorgt, dass Arbeiter soziale Forderungen erheben könnten. An dieser Flanke galt es aber schon deshalb für Ruhe zu sorgen, weil die Parteiführung eine Wirtschaftsreform vorbereitete, bei der auch erhebliche Veränderungen im Lohngefüge vorgesehen waren. Hierin lag wohl auch die Ursache, warum die Lohnfrage auf dem Parteitag so vorsichtig behandelt wurde.

4. Die „Jaszczuk-Reform“

Der PZPR-Parteitag hatte zwar die wirtschaftlichen Probleme, vor denen das Land stand, deutlicher benannt, auch zeichnete er die Grundrichtung eines Reformprozesses vor, doch blieb die Haltung der gesellschaftlichen Akteure eine Rechnung mit einigen Unbekannten. Auf die in dieser Hinsicht zu erwartenden Schwierigkeiten ging im Februar 1969 Wiktor Obolewicz, Sekretär des Zentralrates der Gewerkschaften (*1919), in einem Artikel für die Gewerkschaftszeitung „Głos Pracy“ ein. Ausgehend von der Tatsache, dass die Intensivierung des Wirtschaftswachstums noch zu langsam verlaufe, machte er auf bedenkliche Stagnationstendenzen aufmerksam. Die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums sei aber „heute nicht mehr allein eine programmatische Zielsetzung, eine Vision der Zukunft, sondern die Notwendigkeit der Gegenwart, des heutigen Tages.“ Deshalb gelte es Erscheinungen der Passivität und Routine zu durchbrechen, wie sie „noch auf vielen Gebieten“ die Ökonomik der PRL dominierten. Dies setze voraus, „sich dem Wirken und Handeln ohne Perspektive entgegenzustellen, welches auf Nahziele und Sofortziele eingestellt ist und manchmal auch partikularistischen Interessen untergeordnet ist.“¹⁶⁰ Um einen Wachstumsschub zu erreichen, müsse man von der „Einvariantenplanung“ abgehen, „hin zu verschiedenen Lösungsvarianten und Alternativplänen“. Dabei seien Investitionsschwerpunkte zu setzen.¹⁶¹

Diese Argumente glichen denen, die in der DDR zugunsten einer auf Wachstumskerne konzentrierten Strukturpolitik vorgetragen wurden. Nicht von ungefähr besuchte im Januar 1969 eine PZPR-Delegation, der auch Bolesław Jaszczuk und Edward Gierek angehörten, die DDR, um sich mit den Grundsätzen und Methoden der von Walter Ulbricht vorangetriebenen Strukturpolitik bekanntzumachen.¹⁶² Allerdings übersahen die PZPR-Funktionäre zwei Tendenzen: Erstens befand sich die Strukturpolitik der DDR zu dieser Zeit bereits in

160 SAPMO-BArch, DY 34, 8394, Wiktor Obolewicz – Sekretär des Zentralrates der Gewerkschaften: *Rzecz najwazniejsza: gospodarność* [Die wichtigste Frage: die Wirtschaftlichkeit], Übersetzung Nr. 274/1969: *Głos pracy*, 27.2.1969, S. 1–3, hier 1f.

161 Ebd., S. 3.

162 Kaliński, *Przemiany*, S. 135.

schwierigem Fahrwasser. Zweitens hatte sich auch bei der sowjetischen Führungsmacht der Wind in Richtung auf eine wieder stärker zentralisierte Planung und auf eine akzentuierte Sozialpolitik gedreht.

Das zeigte sich auch beim Besuch Gomułkas am 3./4. März 1969 in Moskau. Der PZPR-Chef informierte bei dieser Gelegenheit u.a. über die bevorstehende ZK-Tagung, die Investitionsfragen behandeln sollte. Gomułka teilte mit, dass die Investitionen, deren „richtige Ausnutzung [...] eine Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung“ sei, im kommenden Jahrfünft im Vergleich zum laufenden Plan um etwa 45% höher sein sollten. Auf die Frage des sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej N. Kossygin (1904–1980), wie man zu diesem Wert gelangt sei und ob es schon einen fertigen künftigen Fünfjahrplan gebe, erklärte Gomułka, dass der Plan noch nicht fertig sei, man aber „von irgendwelchen Anfangsprinzipien ausgehen“ müsse, „auch in der Frage der Höhe der Investitionen“. Kossygin wandte ein, dass dem aber das Nationaleinkommen zugrunde zu liegen habe. Der PZPR-Chef gab daraufhin an, das Nationaleinkommen solle um 36% zunehmen. Auch hier hakte Kossygin nach: „Um wie viel erhöhte sich das Lebensniveau?“. Gomułka gestand nun ein: „Im gegenwärtigen Jahrfünft wurde ein Wachstum von 27–28% zugrunde gelegt, aber faktisch wächst es langsamer. Sowohl im gegenwärtigen als auch im künftigen Jahrfünft sollen die Reallöhne um ca. zehn Prozent wachsen. Das ist das geringste Wachstum aller sozialistischen Länder.“¹⁶³

Das von Gomułka in Moskau angekündigte Wirtschaftsplenium des Zentralkomitees fand am 3. und 4. April 1969 statt und stand unter dem Thema „Methoden zur Ausarbeitung des Planes für die Jahre 1971–1975 und die Aufgaben auf dem Gebiet der Erhöhung der Effektivität der Investitionen in der Volkswirtschaft“.¹⁶⁴ Zur Vorbereitung des nächsten Fünfjahresplanes sollte zunächst für die Jahre 1969/1970 „eine Reihe von Veränderungen in der Wirtschaftspolitik“ in die Wege geleitet werden.¹⁶⁵ In seiner einführenden Rede hob Wirtschaftssekretär Jaszczuk den Investitionsprozess als „verbindendes Glied“ der mehrjährigen Pläne hervor und unterstrich: „Je besser er verlaufen wird, je schneller, billigerer

163 Polnisch-sowjetische Gespräche in Moskau, 3.–4. März 1969, in: *Tajne dokumenty Biura Politycznego. PRL – ZSRR 1956–1970* [Geheime Dokumente des Politbüros. PRL – UdSSR 1956–1970], eingel. von Andrzej Paczkowski, London 1998, Dok. 39, S. 541–588, hier 555–557.

164 Vgl. II Plenum KC PZPR. 3–4 kwietnia 1969 r. Podstawowe materiały [II. Plenum des ZK der PZPR. 3.–4. April 1969. Grundlegende Materialien], Warszawa 1969. Das Datum des Plenums wird in mehreren Darstellungen falsch mit Februar 1969 angegeben. Vgl. Jezierski/Petz, *Historia*, S. 270; Głowacki, Kryzys, S. 20; Maciej Tymiński, *PZPR i przedsiębiorstwo. Nadzór partyjny nad zakładami przemysłowymi 1956–1970* [PZPR und Betrieb. Die Parteiaufsicht über die Industriebetriebe 1956–1970], Warszawa 2001, S. 29.

165 *Metody opracowania planu na lata 1971–1975 oraz zadania w dziedzinie zwiększenia efektywności inwestycji w gospodarce narodowej. Referat Biura Politycznego na II Plenum KC PZPR* [Die Methoden zur Ausarbeitung des Planes für die Jahre 1971–1975 und die Aufgaben auf dem Gebiet der Erhöhung der Effektivität der Investitionen in der Volkswirtschaft, Referat des Politbüros auf dem II. Plenum des ZK], in: II Plenum, S. 11–68, hier 11.

und effektiver – um so größer wird das Wachstum des Nationaleinkommens und also auch das Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung sein.“¹⁶⁶

Diese an sich banale Feststellung signalisierte zumindest, wo der Schwerpunkt der künftigen Wirtschaftspolitik liegen sollte. Mit der 2. Tagung des Zentralkomitees vom April 1969 begann die PZPR-Führung, ihre auf dem Parteitag umrissene Wirtschaftspolitik zu konkretisieren. Hier hatte die sogenannte „Jaszczuk-Reform“ der Jahre 1969/1970 ihren Ausgangspunkt. Der Intention nach erinnerte sie sehr an die von Walter Ulbricht in der DDR favorisierte „Strukturpolitik“. Im Mittelpunkt stand die „selektive Entwicklung der einzelnen Branchen und Erzeugnisgruppen“, bei der die Investitionsmittel nunmehr auf die Zweige konzentriert werden sollten, die wie Elektromaschinen- und Chemieindustrie als Träger des technischen Fortschritts galten und vom Gesichtspunkt der Exportentwicklung sowie im Hinblick auf eine bessere Versorgung des Binnenmarktes als wichtig angesehen wurden.¹⁶⁷ Mit der „selektiven Entwicklung“ sollte zugleich der Übergang zum intensiven Wirtschaftswachstum vollzogen werden. Das Rezept hieß: „Konzentration und Spezialisierung der Produktion sowie die optimale Nutzung der produktiven Fähigkeiten, der Arbeitszeit von Maschinen und Menschen“.¹⁶⁸

Unter solchen Zielvorgaben setzte nunmehr eine geradezu hektische Betriebsamkeit ein. Bereits am 26. April 1969 beschloss die Regierung der PRL die „richtungweisenden Grundlagen“ für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes in den Jahren 1971 bis 1975. Im Juni desselben Jahres nahm sie die Grundsätze an, nach denen die Reihenfolge der Investitionen bestimmt werden sollte, und ein Beschluss des Ministerrates vom 23. Oktober leitete die Bildung „Großer Wirtschaftsorganisationen“ (*Wielkie Organizacje Gospodarcze*; Abk. WOG), also von Industrie-Kombinaten, ein.

Neben Bolesław Jaszczuk galt vor allem der neue stellvertretende Vorsitzende der Plankommission, Józef Pajestka, als Protagonist dieser Politik des „selektiven Wachstums“.¹⁶⁹ Dieser scheint jedoch von Anfang an wenig Vertrauen in deren Gelingen gesetzt zu haben.¹⁷⁰ Dafür gab es Gründe: Die Politik der selektiven Entwicklung, so urteilte der polnische Wirtschaftshistoriker Janusz Kaliński, berücksichtigte die Konsumbedürfnisse nur „in minimalem Grade. Sie offenbarte so die Schwäche und Inkonsequenz der Strukturpolitik in der Industrie. Sie war nicht imstande, mit der Tradition der forcierten Entwicklung des Rohstoff- und Förderkomplexes sowie mit der Unterschätzung der Produktion von Konsumgü-

166 Przemówienie wprowadzające członka Biura Politycznego, sekretarza KC PZPR tow. Bolesława Jaszczuka [Einführungsrede des Mitglieds des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR, Gen. Bolesław Jaszczuk], in: II Plenum, S. 71–88, hier 71.

167 Vgl. zur „selektiven Entwicklung“ und zur Jaszczuk-Reform u.a. Kaliński, *Przemiany*, S. 134–142; Jezierski/Petz, *Historia*, S. 271–274; Tymiński, *PZPR*, S. 29f.; Eisler, *Grudzień*, S. 38; Paczkowski, *Strajki*, S. 85f.

168 Kaliński, *Przemiany*, S. 137.

169 Ebd.

170 So notierte Mieczysław F. Rakowski am 17. April 1969 in den „Tagebüchern“ über ein Treffen bei sich zu Hause, an dem u.a. Pajestka teilgenommen hatte: „Die Diskussion war interessant, aber ziemlich pessimistisch. Pajestka glaubt nicht, dass es gelingt, die Beschlüsse des II. Plenums zu realisieren, d.h. konsequent den Kurs der selektiven Entwicklung der Industrie beizubehalten.“ *Dzienniki polityczne 1969–1971* [Politische Tagebücher 1969–1971], Warszawa 2001, S. 62.

tern zu brechen. Die Politik des selektiven Wachstums, die den Export präferierte, schränkte die Möglichkeit einer spürbaren Verbesserung in der Sphäre der Konsumtion von Industriegütern ein. Unter diesem Gesichtspunkt stand sie im Widerspruch zu den gesellschaftlichen Erwartungen.“¹⁷¹

Neben der Konzeption der „selektiven Entwicklung“, der Orientierung auf die Intensivierung in der Wirtschaft und der Kombinatbildung gehörte auch ein neues System zur Jaszczuk-Reform, mit dem man die Interessiertheit der Beschäftigten am Arbeitsertrag fördern wollte.¹⁷² Der Gedanke war im Prinzip nicht neu, denn mit der Frage, wie materielle, aber auch moralische Anreize produktions- und produktivitätssteigernd genutzt werden konnten, hatte sich die PZPR-Führung schon früher auseinandergesetzt. Nicht zuletzt Władysław Gomułka selbst maß diesem Problem große Bedeutung bei. Seine Rede auf dem VI. Gewerkschaftskongress 1967 enthielt beispielsweise einen eigenen Abschnitt dazu. Vor allem der Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Lohn wurde dabei ins Blickfeld gerückt. Gomułka wandte sich dagegen, „in gleichmacherischer Weise, ohne die nötige Differenzierung in Abhängigkeit vom Beitrag und den Ergebnissen der Arbeit“ Lohnestufungen vorzunehmen sowie Prämien und andere Formen der Belohnung zu vergeben. Man dürfe auch keine „unbegründete Privilegierung“ von Einzelpersonen und Gruppen zuzulassen, meinte er und schloss: „Die Tolerierung einer falschen, mit den Prinzipien nicht übereinstimmenden Verteilung dieser und anderer Fonds führt nicht nur dazu, dass der ökonomische Sinn der Anreize entstellt wird, sondern fügt auch moralische und gesellschaftliche Schäden zu.“¹⁷³

Die wirtschafts- und sozialpolitische Betriebsamkeit weckte zumindest in Expertenkreisen die Sorge vor unkalkulierten Konsequenzen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Sicherheit der Arbeitsplätze. So erschien im Oktober 1969 in „Głos Pracy“ ein Artikel des Arbeitsrechtlers Albin Mironczuk, der sich mehr oder minder deutlich gegen willkürliche Entlassungen durch Betriebe richtete. Auf die laufende Vorbereitung für ein Arbeitsgesetzbuch Bezug nehmend, schrieb er: „Eines der grundsätzlichen Rechte der Werktätigen, die durch die Verfassung unseres Landes garantiert sind, bildet das Recht auf Arbeit. Es geht bei diesem Recht nicht nur darum, die Möglichkeit zu haben, eine entsprechende Beschäftigung zu erhalten, sondern ebenfalls darum, die Stabilität dieser Beschäftigung zu gewährleisten.“¹⁷⁴

171 Kaliński, Przemiany, S. 141f.

172 Vgl. Tymiński, PZPR, S. 29. Eisler nennt drei Elemente der „intensiven und selektiven Entwicklung“: selektive Entwicklung, Produktion für den Export und motivierende Lösungen. Vgl. Eisler, Grudzień, S. 38.

173 Gomułka, Przemówienie na VI kongresie, S. 206f. Auf dem V. Parteitag spielte das Problem weder im von Gomułka gehaltenen Bericht noch im Beschluss eine größere Rolle. Der Beschluss verwies lediglich unter den Aufgaben der Gewerkschaften allgemein darauf, materielle und moralische Anreize gerecht anzuwenden sowie Auszeichnungen, Prämien und Betriebsfonds gerecht zu verteilen. Vgl. Uchwała, S. 968.

174 SAPMO-BArch, DY 34, 8373, Albin Mironczuk – Leiter der Arbeitsgruppe Gesetzbuch der Arbeit des Zentralrates der Gewerkschaften: Jak widze kodeks pracy PRL? Trwalosc zatrudnienia – dobro chronione [Wie sehe ich das Gesetzbuch der Arbeit der Volksrepublik Polen? Kontinuität der Beschäftigung – ein geschütztes Gut], Übersetzung Nr. 238/1969: Głos Pracy, 22.10.1969, S. 3.

Mit dem geplanten neuen System der materiellen Interessiertheit befasste sich am 26. Februar 1970 das Politbüro der PZPR. Man behandelte die Veränderung des Prämien-systems für Angestellte, neue Belohnungsgrundsätze für Exportergebnisse und die Selbstfi-nanzierung von Lohnerhöhungen. Das Gremium beauftragte die Ökonomische Abteilung des ZK, auf der Basis der bisherigen Vorschläge und der Diskussion innerhalb einer Woche ein komplexes Dokument zu erarbeiten. Um die Aufgaben und Kennziffern entsprechend dem neuen System endgültig festzulegen, hatten die Betriebe Sonderkommissionen aus Betriebsangehörigen und externen Fachleuten zu berufen. Die von ihnen auszuarbeitenden Entwürfe sollten den Wirtschaftssekretären der PZPR-Wojewodschaftskomitees, den Minis-terien, Vereinigungen, dem Komitee für Arbeit und Löhne sowie ausgewählten größeren Produktionsbetrieben zugeleitet und so eine „breite Diskussion“ entwickelt werden. In deren Ergebnis würde die Regierung die Beschlüsse zum neuen System bis Mitte 1970 zu fassen haben. Als Einföhrungstermin war der 1. Januar 1971 vorgesehen. Das Politbüro beschloss zudem, auf der 5. Plenarsitzung des Zentralkomitees das neue Anreizsystem zu behan-deln.¹⁷⁵

Dass die Spitzengremien der PZPR Veränderungen am Lohn- und Prämien-system vorbereiteten, war schon vor der erwähnten Politbürositzung kein Geheimnis mehr. So hatte Ministerpräsident Cyrankiewicz bei der Vorstellung des Wirtschaftsplanes für 1970 am 22. Dezember 1969 im Sejm erklärt, man werde Schritte unternehmen, um das Wachstumstempo bei den Einkünften außerhalb des Lohnfonds zu begrenzen.¹⁷⁶ Deutlicher wurde der Erste Sekretär des ZK der PZPR, der am 3. Februar 1970 wieder einmal in den Żerań-Werken in Warschau gesprochen und dort beklagt hatte, dass die materiellen Anreize ihrer Aufgabe nicht immer gerecht und in vielen Fällen nicht mehr die „Rolle eines Hebels“ spie-len würden, da sie sich in eine „konstante Größe verwandelt“ hätten. Man müsse daher ein Prämien-system entwickeln, das auf den ökonomischen Ergebnissen basiere. Auch der Lohn-fonds sei „aus neuer Sicht“ zu betrachten. Man müsse, so stellte Gomułka heraus, „ein solches Lohnsystem in der Industrie erwägen, in dessen Rahmen die Betriebe die Mittel für die Lohnerhöhung ihrer Belegschaften selbst erwirtschaften würden. Die Quelle dieser Lohner-höhen würde die Steigerung der ökonomischen Effektivität der Produktion sein.“¹⁷⁷

Knapp zwei Wochen nach der Sitzung des Politbüros zum neuen System der materiellen Anreize sprach Bolesław Jaszczuk am 10. März 1970 im Warschauer ZK-Gebäude auf einer Beratung der Wirtschaftssekretäre der Wojewodschaftskomitees. Er unterstrich, dass es bei den Löhnen darum ginge, die Arbeiter „direkt an der Einföhrung von intensiven Wirt-schaftsmethoden zu interessieren und diesen Methoden alle materiellen Anreizmittel unter-zuordnen.“ Die „fundamentale Zielsetzung der Reform“ sei, dass das Wachstumstempo der

175 Vgl. Protokoll Nr. 11 der Sitzung des Politbüros am 26. Februar 1970, in: Dudek/Kochański/Persak, Centrum władzy, Dok. 135, S. 405–407, hier 405f.

176 Vgl. Józef Cyrankiewicz: Der Volkswirtschaftsplan für 1970 – Auftakt für eine neue wirtschaftliche Entwicklungsetappe, in: Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiter-partei, Warschau, 1970, Nr. 1 (Januar), S. 8–26, hier 15.

177 Władysław Gomułka: Rede in der Personenkraftwagenfabrik Warschau (Auszüge), in: ebd., 1970, Nr. 2 (Februar), S. 3–8, hier 6f.

Verdienste von der „tatsächlichen Arbeitsleistung bestimmt“ wird.¹⁷⁸ Am folgenden Tag berieten in den Wojewodschaften sowie in den Ministerien für Chemieindustrie, für Schwerindustrie und für Maschinenbau die Wirtschaftsaktive dieses Thema.¹⁷⁹

Schon 24 Stunden nach den Wirtschaftssekretären tagten auch die Propagandasekretäre der Wojewodschaftskomitees und die Leiter der Wojewodschaftszentren für Parteipropaganda im Zentralkomitee. Am 4. April befassten sich Präsidium und Exekutivkomitees des Zentralrats der Gewerkschaften auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem neuen Anreizsystem.¹⁸⁰ Nachdem am 8. April die Ökonomische Kommission des ZK unter Leitung von Jaszczuk den bisherigen Verlauf der Diskussion eingeschätzt und Bedingungen zur Umsetzung des Systems erörtert hatte, kamen am 16. April unter Leitung von Gomułka die Politbüromitglieder, die Sekretäre und Abteilungsleiter des Zentralkomitees, die ersten Sekretäre der Wojewodschaftskomitees, die Regierungsmitglieder und das Präsidium der Plankommission zusammen.¹⁸¹ Unmittelbaren Anlass hierfür bot die Vorlage eines Entwurfs des neuen Fünfjahrplanes durch die Plankommission unter ihrem neuen Vorsitzenden Stanisław Majewski (1915–1985). Die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, der alle wichtigen Entscheidungsgremien Polens repräsentierte, war ungewöhnlich. Wie Gomułka eingangs feststellte, hatte es seiner Erinnerung nach eine solche Beratung bisher noch nicht gegeben.¹⁸² Es ist vielleicht nicht ganz abwegig, darin einen Versuch zu sehen, das Prinzip konsultativer Herrschaft zugunsten der Reform anzuwenden.

Unumwunden bewertete Gomułka die wirtschaftliche Situation als schwierig, doch sah er die Ursachen dafür nicht in der Wirtschaftspolitik der PZPR, sondern darin, dass die richtigen Beschlüsse des V. Parteitages und der nachfolgenden Plenartagungen des Zentralkomitees nicht umgesetzt worden wären. Ein erstes Warnsignal sei für ihn ein Artikel in „Życie Gospodarcze“ über die Warschauer Optischen Werke gewesen, in dem ungerechtfertigt hohe Verdienste und Prämien kritisiert wurden. Um hier gegenzusteuern, so hieß es in dem Beitrag weiter, sei nunmehr ein neues Prämien- und Lohnsystem ausgearbeitet worden.¹⁸³ Dagegen argumentierte Gomułka, er sei nicht der Ansicht, dass eine Lohnnivellierung erfolgen müsse, sondern er halte – bei entsprechender Leistung – auch sehr hohe Einkommen für zulässig: „Ich meine nicht, dass 250.000 jährlich für den Direktor eines wichtigen Produktionsbetriebes zu viel ist. Nein, Genossen. Ihr irrt euch. Ein guter Fachmann, ein guter Ingenieur, ein Mensch, der gut arbeitet und gut leitet, der dem Staat Nutzen bringt, der soll viel verdienen. Sogar wenn er 300.000 Zł. verdienen würde, würde ich keinen Finger rühren. Ich habe oft unterstrichen, dass man für entsprechende, für gute Arbeit bezahlen muss. Wir befinden uns in der ersten Etappe des Aufbaus des Sozialismus, wo der Grundsatz ‚Jedem nach seiner Arbeit‘ verpflichtet.“¹⁸⁴

178 Vgl. Bolesław Jaszczuk: Änderungen im System der Anreizmittel – ein unerläßlicher Faktor der Strategie der Entwicklung, in: ebd., 1970, Nr. 3 (März), S. 15–38, hier 19, 21.

179 Vgl. Chronik wichtiger Ereignisse in Polen 23.2.–20.3.1970, in: ebd., S. 59.

180 Vgl. Chronik wichtiger Ereignisse in Polen 23.3.–24.4.1970, in: ebd., 1970, Nr. 4 (April), S. 68, 70.

181 Vgl. ebd., S. 69.

182 Zur Beratung vgl. Eisler, Grudzień, S. 60–62, hier 60.

183 Vgl. ebd., S. 61.

184 Zit. nach: Rakowski, Dzienniki 1969–1971, S. 206. Notiert unter dem 29. April, da Rakowski den Text der Rede, wie er schreibt, damals erhalten hatte.

Gemäß dem Politbürobeschluss vom Februar lag dem 5. ZK-Plenum, das am 19. und 20. Mai 1970 stattfand, der Entwurf einer „grundsätzlichen Reform der ökonomischen Anreize in der vergesellschafteten Wirtschaft“ vor. Hierbei handele es sich, wie ZK-Wirtschaftssekretär Jaszczuk im Referat des Politbüros ausführte, um „ein ökonomisches und sozialpolitisches Problem von großer Bedeutung“. Die Reform bezwecke „die bessere Anpassung des Systems der ökonomischen Anreize an die Erfordernisse der intensiven Entwicklung der Volkswirtschaft im folgenden Jahrzehnt. Denn von der Intensivierung der Wirtschaftsmethoden hängt in entscheidendem Maße der weitere schnelle Anstieg des Nationaleinkommens und des Lebensstandards ab.“ Das gegenwärtige System sei nicht mehr geeignet, den materiellen Nutzen der Beschäftigten mit dem tatsächlichen technisch-ökonomischen Fortschritt im Betrieb zu verknüpfen und müsse daher geändert werden.¹⁸⁵

Die Hauptaufgabe der Reform sollte in der Erschließung der Produktionsreserven bestehen. Es ging also darum, rationeller mit Maschinen und Anlagen, Rohstoffen und Materialien umzugehen, die Arbeitszeit besser zu organisieren und zu nutzen, die Qualität der Produktion und die Materialversorgung zu verbessern. Für die einzelnen Betriebe sollten Kennziffern bei sogenannten „Segmentaufgaben“ festgelegt werden: Auslastung der Maschinen, technischer Fortschritt und Export.¹⁸⁶ Um dies zu erreichen, wollte man auch ein neues System der Lohn- und Prämienberechnung einführen. Als Basis für die Errechnung des Prämien- und Lohnzuwachses diente die 1970 ausgezahlte Summe zuzüglich der erzielten Exportprämien.

Bei den Angestellten könne man diese Basis vergrößern, wenn „ein begründeter Anstieg der Zahl der ingenieur-technischen Beschäftigten des Betriebes und der technischen Basis erfolgt“ oder wenn es in einem Betrieb 1970 keine Exportprämie gegeben hatte, dieser aber in den folgenden Jahren einen rentablen Export aufweise. Bei den Arbeitern sollte die Basis des Lohnfonds jährlich um den Beschäftigungsanstieg erhöht werden, allerdings nur, soweit dieser geplant sei. Dabei war vorgesehen, bei den Arbeitern die Basisprämien- und -lohnsumme von 1970 um den Betrag zu kürzen, mit dem der Lohnfonds ungerechtfertigt überschritten würde. Er sollte sich auch um die Zahlungen verringern, die durch Überstunden über den Plan hinaus erlangt worden waren. Hinzu kamen Kürzungen in Höhe solcher Prämien und Belohnungen, die etwa für Einsparungen an Brennstoff oder für sparsamen Materialverbrauch ausbezahlt wurden.

185 Podstawowe problemy i kierunki usprawnienia systemu bodźców materialnych w gospodarce społecznej. Referat członka Biura Politycznego, sekretarza KC PZPR tow. Bolesława Jaszczuka [Grundlegende Probleme und Richtungen zur Verbesserung des Systems materieller Anreize in der vergesellschafteten Wirtschaft. Referat des Mitglieds des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR, Gen. Bolesław Jaszczuk], in: V Plenum KC PZPR 19–20.V.1970 r. Podstawowe materiały. Kierunki usprawnienia systemu bodźców materialnych w gospodarce [V. Plenum des ZK der PZPR. 19.–20.5.1970. Grundlegende Materialien. Die Richtungen zur Verbesserung des Systems materieller Anreize in der Wirtschaft], Warszawa 1970, S. 11–37, hier 11f.

186 Nowy system bodźców powinien stać się sprawnym instrumentem intensyfikacji gospodarki. Przemówienie I sekretarza KC PZPR, tow. Władysława Gomułki na V Plenum KC PZPR [Das neue System materieller Anreize soll zum wirksamen Instrument der Intensivierung der Wirtschaft werden. Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Gen. Władysław Gomułka, auf dem V. Plenum des ZK der PZPR], in: ebd., S. 41–64, bes. 41–49.

Der Prämienfonds konnte zwar in den nächsten fünf Jahren wachsen, der Anstieg durfte aber insgesamt 80% nicht überschreiten.¹⁸⁷ Jenen Branchen und Betrieben, „in denen die Löhne und Prämien verhältnismäßig hoch“ waren, wurde gleich angekündigt, dass der Prämienzuwachs ein niedrigeres Niveau, in bestimmten Fällen sogar nur 30%, erreichen könnte. Die Lohn- und Prämienfonds sollten dabei so verteilt werden, „dass die Beschäftigten Erhöhungen erhalten, denen sie zustehen, und nicht die, die schon gegenwärtig eine sehr hohe Höchstgrenze der Verdienste haben. Das ergibt sich aus dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.“¹⁸⁸ Hier allerdings war ein Widerspruch zu der von Gomulka am 16. April geäußerten Position zur Frage hoher Einkommen nicht zu übersehen. Darin deutete sich ein Strukturdefekt der Reform an.

Die 5. ZK-Tagung sollte nach Gomulkas Willen als „weiteres Glied in der Kette von Maßnahmen zur Realisierung der Beschlüsse des V. Parteitages auf dem Gebiet der Effektivitätserhöhung in der Wirtschaft“ verstanden werden. Dabei habe das neue System der materiellen Anreize eine „äußerst wichtige Rolle zu spielen“. Die gegenwärtige erste Etappe, das Konzeptionsstadium, werde durch das 5. Plenum abgeschlossen und nunmehr die zweite Etappe, nämlich die der organisatorischen Vorbereitungen, eröffnet. Mit dem neuen Fünfjahrplan, d.h. ab 1. Januar 1971, sollte die dritte Etappe der praktischen Anwendung beginnen.¹⁸⁹

Der CRZZ vollzog diese Politik ohne Einschränkung mit. Am 1. Juli 1970 beriet er auf seinem XVII. Plenum die Aufgaben der Gewerkschaften und der Arbeiterselbstverwaltung bei der Realisierung des neuen Systems der Lohn- und Prämien erhöhungen und nahm einen gemeinsamen Beschluss des Ministerrates und des CRZZ zu dieser Frage an.¹⁹⁰ Zehn ausgewählte Betriebe sollten das neue Anreizsystem bereits am 1. Oktober 1970 als „Experiment“ einführen.¹⁹¹

Als ein Grundsatz der Reform galt, Arbeitern und Angestellten „das bisherige Niveau ihrer Verdienste“ zu sichern, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass ein Betrieb das schon erreichte finanzielle Ergebnis und das technisch-organisatorische Niveau aufrechterhielt.¹⁹² Bemerkenswerterweise wurde der Lohnzuwachs „nicht so sehr vom individuellen Arbeitsbeitrag als von den Resultaten abhängig gemacht, die der ganze Betrieb erreichte“.¹⁹³ Genau genommen, stand dies völlig im Widerspruch zu dem häufig durch die PZPR-Führung betonten Prinzip „Jedem nach seiner Arbeit“ und hätte bei konsequenter Anwen-

187 Uchwała V Plenum Komitetu Centralnego PZPR [Beschluss des V. Plenums des Zentralkomitees der PZPR], in: ebd., S. 67–83, hier 68–70, Zitat 69.

188 Nowy system bodźców, S. 55f.

189 Ebd., S. 41.

190 Vgl. Trybuna Ludu, 2.7.1970, S. 1, 3 sowie 7.7.1970, S. 1, 4. Veröffentlichung des Beschlusses in „Monitor Polski“ vom 4. Juli 1970. Vgl. auch Władysław Ratyński: Udział Związków Zawodowych w pracach nad nowym systemem bodźców [Die Beteiligung der Gewerkschaften an den Arbeiten zum neuen Anreizsystem], in: Nowe Drogi, 24 (1970) 9, S. 112–119.

191 Die „Trybuna Ludu“ berichtete, beginnend am 28. Oktober 1970, mehrfach über diese Betriebe.

192 Uchwała V Plenum, S. 68.

193 Kaliński, Przemiany, S. 142.

dung praktisch eine Blockierung der Löhne für einen gewissen Zeitraum bedeutet.¹⁹⁴ Das war wohl kein unverwünschter Effekt der Reform. Wie sehr ihn der unplanmäßig rasche Lohnanstieg der letzten drei Jahre auf den Nägeln brannte, hatte Gomułka bei den polnisch-sowjetischen Gesprächen am 3./4. März 1969 in Moskau zugegeben.¹⁹⁵

Ähnlich wie zur gleichen Zeit Ulbricht glaubte sich auch Gomułka auf eine nicht näher bestimmte soziale Leidensfähigkeit der Arbeiterschaft verlassen zu können. Daher meinte er auch, bei der Reform der Jahre 1969/70 „analog zum früher realisierten Programm der Industrialisierung die Konsumbedürfnisse als Resultate der wirtschaftlichen Aktivitäten [...] und nicht als ihr grundlegendes Ziel“ betrachten zu können. Angesichts einer solchen Position war es wenig verwunderlich, wenn Unzufriedenheit und gesellschaftliche Spannungen zunahmen.¹⁹⁶ Die Arbeiter begegneten der Reform „im Allgemeinen mit Misstrauen“ und sahen in ihr „ein Element ihrer wachsender Ausbeutung“.¹⁹⁷ Warnsignale waren nicht zu übersehen. So vermerkte ein Bericht des Sicherheitsdienstes aus Szczecin zur Einführung des neuen Systems der materiellen Anreize im Jahr 1970: „Denn die Mehrheit der Arbeiter und des ingenieur-technischen Kaders nahm wahr, dass im Ergebnis der Einführung dieses Systems eine Senkung und im besten Falle ein Einfrieren der Löhne für mindestens ein Jahr erfolgt. Vor diesem Hintergrund verstärkten sich feindliche Äußerungen, giftige Witze und Anekdoten, die unser ökonomisches System, seine Schöpfer und die Führer von Partei und Regierung lächerlich machten“.¹⁹⁸

5. „Sackleinensozialismus“

In seiner 1981 erschienenen Schrift „Dezemberwende“ nannte Mieczysław F. Rakowski, seit Februar diesen Jahres stellvertretender Ministerpräsident der PRL, die sozialpolitischen und ökonomischen Vorstellungen der PZPR-Führung unter Władysław Gomułka eine Art von „Sackleinensozialismus“.¹⁹⁹ Der Begriff korrespondierte mit dem häufiger verwendeten des „Bauernkittelsozialismus“. Jedoch dürfte Rakowskis Wortschöpfung treffender sein, denn Gomułkas Bezugspunkt war nicht die bäuerliche Lebensweise. Vielmehr maß er dem Ausbau der industriellen Basis, dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt entscheidende Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes bei. Auch hingen für ihn, wie er es auf dem VI. Gewerkschaftskongress 1967 ausdrückte, von der Stärkung des öko-

194 Tymiński und Eisler gehen von zwei Jahren aus. Vgl. Tymiński, PZPR, S. 29, Eisler, Grudzień, S. 60.

195 Polnisch-sowjetische Gespräche in Moskau. 3.–4. März 1969, S. 556.

196 Kaliński, Przemiany, S. 142.

197 Vgl. Eisler, Grudzień, S. 60. Ähnlich auch Rolicki: „In den Fabriken wurde sie allgemein für einen weiteren Versuch gehalten, die Ausbeutung der Arbeiterklasse ohne entsprechende finanzielle Rekompensationen zu steigern.“ Rolicki, Edward Gierek, S. 155.

198 Zit. nach: Kozłowski, Od Października, S. 455.

199 Rakowski, Przesilenie grudniowe, S. 20.

nomischen Potentials Polens dessen „Position in der internationalen Arena, seine Verteidigungskraft, seine Sicherheit“ als die „obersten Fragen der Existenz der Nation“ ab.²⁰⁰

Beide Begriffe – „Sackleinen-“ oder „Bauernkittelsozialismus“ – zielten gegen eine Propaganda, die die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung am Lebensstandard der Zwischenkriegszeit maß und die sich immer mehr verbreitenden, am Westen orientierten Vorstellungen von „einem anständigen Lebensstandard“²⁰¹ und höheren Einkommen „als kleinbürgerliche Wünsche und schädliche Tendenzen“ anprangerte.²⁰²

Praktische Konsequenzen deuteten sich exemplarisch in der gegen Ende der 1960er Jahre geführten Diskussion um „das Auto“ an. Im Grunde ging es um die Frage, ob man die Produktion von billigen, also auch für einen größeren Teil der Bevölkerung erschwinglichen Kleinwagen in Angriff nehmen sollte. Gomułka äußerte sich dazu am 8. Oktober 1968 auf der Wojewodschaftskonferenz Katowice der PZPR. Er polemisierte gegen Auffassungen einiger Delegierter, die gefordert und vorgeschlagen hatten, die Produktionskapazität für Kleinwagen auszubauen: „Ich will hier nicht ein solches oder anderes Bedürfnis der Gesellschaft in Frage stellen. Es ist klar, dass sich auch für Kleinautos in unserem Land Käufer finden würden.“ Den Grund, warum ein solches Auto nicht nötig sei, sah er vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Polen würde doch den Mittelklassewagen „Fiat“ herstellen, was „uns viel kostet und uns noch für längere Jahre ziemlich viel kosten wird.“ 60% der in ihm verbauten Elemente müssten importiert werden, eine weitere Aufgabe im Bereich der Motorisierung zu beginnen sei also nicht möglich. Und außerdem: „Wenn wir alles gut analysieren, was die Genossen hier zu den Wirtschaftsthemen gesagt haben, würden wir zu der Schlussfolgerung kommen, dass das ein Bedürfnis ist, das weit davon entfernt ist, prioritär zu sein.“²⁰³

Anfang 1969 nahm sich die Wochenzeitung „Polityka“ des Problems an und publizierte einen Artikel von Józef Pajestka. Dieser verwies auf die gesellschaftlich-kulturelle Rolle der Motorisierung, propagierte die Produktion kleiner, billiger Pkw und polemisierte dagegen, das Auto als Luxusgut zu behandeln. Damit fand er viel Zustimmung bei der Leserschaft.²⁰⁴ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch eine Episode, die sich während eines Besuches des DDR-Ministerpräsidenten Stoph in Polen ereignete und die Rakowski im „Tagebuch“ unter dem 3. Dezember 1970 notierte. Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz hatte sie ihm bei einem privaten Treffen anvertraut: Während eines Spaziergangs habe Stoph erzählt, dass ein DDR-Institut Untersuchungen zum Konsumniveau von Familien mit und ohne Auto durchgeführt hatte, wobei sich zeigte, dass zwischen ihnen deutliche Unterschiede in der Konsumstruktur auftraten. Gomułka hielt entgegen: „Es ist nicht wahr, dass das Auto auf die Konsumstruktur Einfluss hat. Ein Auto kaufen die, die alles im Überfluss haben“.²⁰⁵ Insofern konnte es nicht überraschen, wenn gegen Ende des Jahres 1970 ein Pub-

200 Gomułka, Przemówienie na VI kongresie, S. 177f.

201 Rakowski, Przesilenie grudniowe, S. 19.

202 Głowacki, Kryzys, S. 71.

203 Władysław Gomułka: Przemówienie na przedzjazdowej konferencji wojewódzkiej PZPR w Katowicach, wygłoszone 8.10.1968 r. [Rede auf der Wojewodschaftskonferenz der PZPR vor dem Parteitag in Katowice, gehalten am 8.10.1968], in: ders., Przemówienia 1968, S. 133–149, hier 135f.

204 Rakowski, Dzienniki 1969–1971, S. 11f., 29.

205 Ebd., S. 266.

lizist der „Polityka“ öffentlich zurechtgewiesen wurde, weil er die ökonomische und gesellschaftliche Zweckmäßigkeit der Produktion billiger Autos begründet und „Konsumtionsstimmungen“ verbreitet hatte.²⁰⁶

Eine der Ursachen für die geringschätzigste Einstellung Gomulka gegenüber den wachsenden Konsumansprüchen der Bevölkerung ist sicher in persönlicher Sparsamkeit und in seinem asketischen Lebensstil zu suchen.²⁰⁷ Denn er selbst lebte bescheiden, wohnte in einer kleinen Wohnung und weigerte sich, in die für ihn erbaute Villa zu ziehen. Seiner Kleidung wandte er wenig Aufmerksamkeit zu. Czesław Bobrowski berichtet in seinen Erinnerungen, wie der 1. PZPR-Sekretär es ablehnte, ihm eine neue Krawatte zu kaufen. Als endlich auf Bitten von Gomulka Frau Zofia einer der Angestellten eine Krawatte besorgt hatte, habe ihm Gomulka das Geld gegeben und gefragt, ob sie keine billigeren gehabt hätten.²⁰⁸ Weithin bekannt war auch, dass Gomulka Zigaretten ohne Filter halbiert in einer gläsernen Spitze rauchte. Notizen fertigte er im Allgemeinen mit dem Bleistift an.

Diese „äußerste Sparsamkeit (um nicht zu sagen der Geiz)“ Gomulka wurde nicht von allen Mitgliedern der Parteiführung geteilt. Am sichtbarsten war das bei Premier Cyrankiewicz. Dieser war bekannt dafür, eine Neigung zu Luxus und besonders zu Autos der Marke Mercedes zu haben, schöne Frauen zu mögen, ein Feinschmecker zu sein und guten Alkohol zu trinken.²⁰⁹ Wiesław Białkowski überliefert dazu folgende Episode: Cyrankiewicz speiste allein in einem Partei- und Regierungsrestaurant das „Spezialmenü, übereinstimmend den Vorlieben des Premiers: Kaviar, Lachs, französischer Cognac.“ Plötzlich erschien der Kommandant der Einrichtung und verkündete „mit gedämpfter Stimme“, dass vor einigen Minuten unerwartet Gomulka gekommen sei und gleich hier erscheinen werde. Daraufhin habe der Premier „mit Bedauern in der Stimme“ angeordnet: „Bitte den Tisch für den ersten Sekretär vorbereiten. Der Kaviar machte, wie nach einem Peitschenknall, Marmelade Platz, den Lachs ersetzte Käse, der Cognac verschwand und Milch tauchte auf.“²¹⁰ Solcher Luxus, wie ihn Cyrankiewicz pflegte, war nicht nur für Gomulka undenkbar. Er musste vor allem für den „normalen“ Bürger angesichts der Armut, in der viele lebten, schwer erträglich sein. Dies war umso mehr der Fall, als immer wieder die soziale Gerechtigkeit beschworen wurde und solche Unterschiede im Lebensniveau auch nicht mit dem Verweis auf das Prinzip „Jedem nach seiner Arbeit“ zu begründen waren.

Nicht ungewöhnlich für Angehörige seiner Generation, suchte Gomulka, wenn er über den seit 1944 erreichten Lebensstandard sprach, den Bezugspunkt im rückständigen Polen

206 Rakowski, *Przesilenie grudniowe*, S. 19. Auch wurden die Redakteure davor gewarnt, unkritisch die in westlichen Zeitschriften lancierte Mode zu propagieren. Man müsse, so wies eine Instruktion an, „die Kleidung propagieren, die sich aktuell im Verkauf befindet.“ Ebd.

207 Vgl. zum nachfolgenden Eisler, *Grudzień*, S. 33; ders., *Polski rok*, S. 17–20. Vgl. auch Paweł Machcewicz: *Władysław Gomulka*, Warszawa 1995, S. 56f.

208 Czesław Bobrowski: *Wspomnienia ze stulecia* [Erinnerungen an das Jahrhundert], Lublin 1985, S. 261.

209 Eisler, *Grudzień*, S. 33.

210 Wiesław Białkowski: *Łańskie imperium* [Das Imperium von Łańsk], Warszawa 1990, S. 51, zit. nach: Eisler, *Polski rok*, S. 19. Łańsk liegt an einem See südlich von Olsztyn.

der Zwischenkriegszeit.²¹¹ So verfuhr er beispielsweise, als er auf der 10. ZK-Tagung im November 1967 den Fleischverbrauch verglich: „52 kg Fleisch jährlich auf jeden Einwohner unseres Landes – das ist ein hoher Verbrauch im Vergleich mit unserer nicht weit zurückliegenden Vergangenheit. Vergessen wir nicht, dass im Vorkriegspolen auf einen Einwohner durchschnittlich nur 17 kg an Fleisch und seinen Produkten entfielen, was bedeutet, dass für die Mehrheit des Volkes Fleisch ein im Allgemeinen nicht zugänglicher Artikel war.“²¹² Es lag offenbar außerhalb seiner Vorstellung, dass für die Masse der Bevölkerung nicht die Zeit vor 1939, sondern die aktuelle Lage in anderen Ländern den Maßstab bildete. Für diejenigen, die an den Errungenschaften des Sozialismus zweifelten, wurden Plakate und Schaubilder aufgehängt, die darüber informierten, wie der Wohlstand der Polen nach dem Kriege gegenüber 1939 gewachsen war.²¹³

Selbst Politbüromitglieder machten sich im kleinen Kreis über Gomułkas Vergleiche mit der Zwischenkriegszeit lustig. So spottete etwa Edward Gierek über die – schon erwähnten – Häuser mit den Toiletten für eine ganze Etage, dass es dort „schon besser als hinter der Scheune“ sei.²¹⁴ Und Cyrankiewicz äußerte bei einem seiner Treffen mit Rakowski, als dieser meinte, der „durchschnittliche Brotesser“ möchte „ohne Schwierigkeiten Schinken kaufen können“: „Wozu Schinken? Ein Teller Sauerampfersuppe mit Ei ist eine sehr gute Ernährung“, womit er auf Gomułka anspielte.²¹⁵ In der Öffentlichkeit wagte es jedoch niemand, sich dem Parteichef entgegenzustellen.

Ähnlich sah es auf regionaler Ebene aus. Nachdem Gomułka die 1. Wojewodschaftssekretäre wegen ihrer kritischen Haltung zur Fleischpreiserhöhung 1967 der Panikstimmung bezichtigt hatte, konnte man unter ihnen „keine Couragierten mehr treffen“. Keiner traute sich, den niedrigen Lebensstandard oder die Erhöhung der Löhne Gomułka gegenüber auch nur zu erwähnen. Im Ergebnis erreichten „die auf vielen Partei-, Gewerkschafts- und anderen Versammlungen zur Sprache gebrachten materiell-existenziellen Fragen höchstens“ die Wojewodschaftskomitees und ZK-Abteilungen der PZPR, die Ministerien, die Hauptverwaltungen und den CRZZ. Aber auch dann blieb ein Echo aus, weil man annahm, dass angesichts der Haltung Gomułkas „in diesen Fragen nichts zu machen ist.“²¹⁶

Die Vergleiche mit der Vorkriegszeit stießen besonders bei Jugendlichen auf Unverständnis. Für sie war das eine ferne Vergangenheit; viele orientierten sich stattdessen an westlichen Konsummustern – und trafen damit natürlich auf Kritik seitens der PZPR. Ein drastisches Beispiel dafür bot Maria Paluch, eine Textilarbeiterin aus Bielsko-Biała und Funktionärin des Verbandes der Sozialistischen Jugend (Związek Młodzieży Socjalistycznej; Abk. ZMS), auf dem V. Parteitag im November 1968. In ihrem Diskussionsbeitrag beklagte sie, das

211 Vgl. dazu etwa seine Ansprache zum 25. Jahrestag Volkspolens am 21. Juli 1969 auf der Festsitzung im Sejm. Władysław Gomułka: Wir bauen das dauerhafte Gebäude der Volksrepublik Polen, in: Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1969, Nr. 7–8 (Juli–August), S. 7–37, hier 21–23.

212 Przemówienie końcowe, X Plenum, S. 47.

213 Vgl. Rolicki, Edward Gierek, S. 152.

214 Rakowski, Dzienniki 1969–1971, S. 143. Notiert unter dem 20. Dezember 1969.

215 Ebd., S. 178f. Notiert unter dem 11. Februar 1970.

216 Głowacki, Kryzys, S. 71f.

Lebensziel bestimmter Gruppen von Jugendlichen bestehe in Bequemlichkeit, einem leichten Leben, dem eigenen Auto und anderen Elementen des sogenannten mondänen Lebens. Das bestimme ihre Haltungsmuster. Manche Theateraufführungen und Filme führten einen hohen Lebensstandard vor und weckten den Wunsch nach Besitz, und zwar sofort, ohne Anstrengung. Man dürfe aber „doch nicht im Kapitalismus, wo die Wolfsgesetze der unmittelbaren Jagd nach Geld herrschen, die Vorbilder des Fortschritts suchen. [...] Es ist nötig, dass wir über diese Jugend reden wie auch darüber, dass weder das modernste Auto noch eine schön ausgestattete Wohnung, verschiedene materielle Güter in letzter Konsequenz das Hauptziel im Leben des aufgeklärten Menschen bilden.“²¹⁷

Solche Überlegungen waren durchaus nicht neu und an sich auch nicht an eine kommunistische Denktradition gebunden, aber sie machten sich vor dem Hintergrund einer fragwürdigen Realität verdächtig. Viele Polen meinten, dass man sich vor allem deshalb mit „solcher gewaltigen Begeisterung“ auf die Zwischenkriegszeit berief, weil damit „die eigene Unfähigkeit zur Lösung der Probleme“ verdeckt werden sollte.²¹⁸ Selbst auf sowjetischer Seite gab es Besorgnis darüber, dass die vor allem von Gomułka gezeigte Missachtung von Konsumwünschen zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung führen könnte. So beschreibt Kostikow in seinen Erinnerungen ein Gespräch, das er mit Gomułka am Rande der „Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“ im Juni 1969 in Moskau geführt hatte. Auf der Tagung wandte sich der PZPR-Chef gegen „die ideologische und intellektuelle Inhaltslosigkeit der sogenannten Konsumgesellschaft“ in den westlichen Ländern.²¹⁹ Die Meinung seiner Landsleute nahm er, zumindest in diesem Punkt, nicht sonderlich ernst. Als das Gespräch auf den Lebensstandard in den sozialistischen Ländern kam, erklärte er gegenüber Kostikow: „Nun was, bei uns gibt es auch Unzufriedene, aber die Polen jammern immer, sie lieben es zu quasseln, sich zu beklagen. Das ist nichts Gefährliches, das ist bei uns normal. Wichtiger ist, dass wir seit den Vorkriegs- und Kriegszeiten ein solches Lebensniveau erreicht haben, dass man jetzt den Gürtel enger schnallen kann.“ Darauf habe Kostikow entgegnet, er befürchte, dass die Wünsche besonders der jungen Menschen „eine Atmosphäre wachsender Forderungen schaffen werde und niemand den Gürtel enger schnallen wolle“. Gomułka beharrte jedoch auf seiner Auffassung, denn die „Polen halten das aus“.²²⁰

6. Krisensymptome

Gomułkas Position mochte zwar Züge von Altersstarrsinn aufweisen, in der Sache aber konnte er durchaus Argumente anführen. Er sah die wirtschaftlichen Probleme, vor denen Polen in den späten sechziger Jahren stand, vermutlich deutlicher als manche seiner Kriti-

217 V Zjazd, S. 351, 353.

218 Rakowski, Przesilenie grudniowe, S. 20.

219 Rede des Genossen Władysław Gomułka, in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969, Prag 1969, S. 116–132, hier 119.

220 Kostikow/Roliński, Widziane z Kremla, S. 121.

ker. Auf dem 4. ZK-Plenum (14./15. November 1969) konstatierte er, dass sich die Distanz Polens gegenüber dem Westen wieder vergrößere und Polen auch hinter den anderen sozialistischen Ländern zurückbleibe. Der Fünfjahrplan werde nicht erfüllt werden. Es gäbe kein Verständnis dafür, wenn man sich in einer Zeit schnellen Fortschritts in Wissenschaft und Technik Verspätungen erlaube.²²¹ Wie Rakowski notierte, offenbarte Gomułkas Rede „Pessimismus bei der Einschätzung der Zukunft“. Er habe „schon lange nicht gehört, dass er mit solcher Bitterkeit sprach. Er schrie nicht, selten einmal hob er die Stimme. In dem, was er sagte, war etwas von Resignation“.²²²

Sein Pessimismus dürfte auch durch ein Treffen mit Leonid I. Breschnew Anfang Oktober 1969 in Moskau neue Nahrung erhalten haben. Der KPdSU-Chef hatte die zuvor per Brief übermittelte Bitte der Polen nach weiterer Unterstützung mit den Worten abgelehnt: „Wir gaben die Direktive, dass alles getan wird, was möglich ist, um eure Bitten zu erfüllen. Wie es gewöhnlich zu sein pflegt, kann man im Zusammenhang mit der komplizierten äußeren und inneren Situation nicht immer alles lösen. Noch gestern haben wir diese Angelegenheiten besprochen. Und das, was wir geben konnten, haben wir faktisch schon gegeben.“²²³

Die Lage war tatsächlich fatal: Nach einer durch die Trockenheit im Sommer 1969 verursachten Missernte kam es zu akuten Versorgungsproblemen. Ernteauffälle waren besonders bei Hackfrüchten und Futterpflanzen sowie bei Obst und Gemüse eingetreten. Das war der eigentliche Grund für die polnische Anfrage in Moskau. Auf dem Erntefest in Warschau am 7. September 1969 hatte Gomułka den Kampf gegen die Auswirkungen der Dürre als „wichtigste Aufgabe aller Landwirte“ bezeichnet und Maßnahmen zu ihrer Unterstützung versprochen. So sollten die Aufkaufpreise für Schweine erhöht werden. Für Rinder galt das jedoch nicht, um deren Bestände stabil zu halten. Trotz dieser Schwierigkeiten gab sich Gomułka optimistisch und meinte, dass die Landwirtschaft „dank der unvergleichlich besseren Ausrüstung“ mit Produktionsmitteln als noch vor etwa 15 Jahren „den Verlusten die Stirn bieten und die Schäden eindämmen“ könne.²²⁴ Doch der Missernte von 1969 folgte

221 Vgl. Rakowski, *Dzienniki 1969–1971*, S. 132. Die Rede von Gomułka wurde, auch nicht in Auszügen, weder in „Trybuna Ludu“ noch in „Nowe Drogi“ veröffentlicht. Im Kommuniqué wurde lediglich mitgeteilt, der Parteichef habe auf die Leistungen der vergangenen 25 Jahre verwiesen, aber auch betont, man müsse „gleichzeitig – besonders vor dem Hintergrund des Fortschritts in den hochentwickelten Ländern – die Mängel und Unzulänglichkeiten wahrnehmen, die sich aus dem auf verschiedenen Ebenen oft traditionellen Herangehen an die Fragen von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ergeben.“ Gomułka habe hier besonders die ungünstige Entwicklung beim Anstieg der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zur technischen Ausrüstung genannt. Vgl. *Trybuna Ludu*, 16.11.1969, S. 1; IV Plenum KC PZPR. 14.–15. XI. 1969 r. *Podstawowe materiały* [IV. Plenum des ZK der PZPR. 14.–15.11.1969. Grundlegende Materialien], Warszawa 1969, S. 8.

222 Ebd., S. 131f.

223 Protokoll der polnisch-sowjetischen Gespräche 1.–3. Oktober 1969, in: *Tajne dokumente PRL – ZSRR*, Dok. 41, S. 593–609, hier 608f. Ein gutes halbes Jahr später, am 13. Mai 1970, verhandelten in Warschau Gomułka und der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin über die Wünsche Polens nach sowjetischen Lieferungen. Vgl. Streng geheime Notiz eines Gespräches von Gomułka und Kossygin in Warschau am 13.5.1970, in: ebd., Dok. 43, S. 627–642.

224 Władysław Gomułka: Die Entwicklung der Landwirtschaft – die gemeinsame Aufgabe der Landwirte und des Staates, in: *Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei*, Warschau, 1969, Nr. 9, S. 7–17, Zitat 8.

bereits 1970 eine weitere. Dieses Mal schlugen niedrigere Getreideerträge zu Buche. Auf dem Erntefest von 1970 räumte Gomułka ein, dass es seit 1969 zu einer Verringerung der Rinder- und Schweinebestände gekommen war.²²⁵ Genau das aber hatte man verhindern wollen.

Aufgrund der schlechten Ernteergebnisse von 1969 und 1970 wies die landwirtschaftliche Produktion der PRL in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre insgesamt einen geringeren Zuwachs auf als im vorausgegangenen Fünfjahrplanzeitraum – jahresdurchschnittlich 1,9% gegenüber drei Prozent.²²⁶ Dabei waren auch schon von 1960 bis 1965 in der Landwirtschaft die geplanten Ergebnisse nicht erreicht worden.²²⁷ Die Versorgungsprobleme resultierten aber nicht nur aus der landwirtschaftlichen Entwicklung. Zum Teil gingen sie auch auf den hohen Anteil der Akkumulation zurück. Dieser erreichte im Fünfjahrplan 1966 bis 1970 zwischen 27 und 29% und lag damit teilweise über dem bis dahin höchsten Niveau von 1953 mit 28%. Kapitalinvestitionen flossen noch stärker als in den vorhergehenden Jahren in die Produktionssphäre. An den Gesamtinvestitionen erhöhte sich deren Anteil auf 76,2% gegenüber 73,4% in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Das 1970 auftretende Handelsdefizit versuchte man, durch einen wachsenden Export von Erzeugnissen der Leichtindustrie zu begrenzen. Die negativen Folgen bei der Versorgung des Binnenmarktes blieben nicht aus.²²⁸

Auch wenn Gomułka diese Probleme durchaus registrierte, fehlte ihm aber doch das Verständnis für ihre komplexen Ursachen. Hinter den wachsenden Schwierigkeiten witterte er nicht zuletzt subjektives Versagen. So machte er auf der 4. ZK-Tagung 1969 mangelndes „Verständnis für die Zeit, in der wir leben“, dafür verantwortlich, dass es mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht schnell genug vorwärtsging.²²⁹ Ähnlich hatte ZK-Wirtschaftssekretär Jaszczuk auf dem 12. Plenum im Sommer 1968 mangelnde Kenntnisse und Unfähigkeit als Gründe für die Versorgungsschwierigkeiten ausgemacht.²³⁰ Die Lösung stellte man sich, wie Gomułka auf der Wirtschaftsberatung am 16. April 1969 ausführte, „sehr einfach“ vor. Nachdem er die Schuld an den wirtschaftlichen Problemen dem administrativen und Wirtschaftsapparat zugewiesen hatte, lag es nahe, wenn er personelle Konsequenzen verlangte: „Entweder die Leute setzen um, oder man muss die Leute umsetzen. Anders gesagt, dass es absolut keinen anderen Ausweg geben wird, als dass man breit und massenweise die Menschen von ihren Posten wird entfernen müssen“.²³¹

Gomułka verfolgte die ökonomische Entwicklung des Landes mit außerordentlicher Aufmerksamkeit und sprach darüber häufig, ausführlich und detailliert auf den Plenartagungen des Zentralkomitees. Niemand in der PZPR-Führung las wie er, so beschrieb es Politbüromitglied Roman Zambrowski (1909–1977), „mit solcher Passion“ das Bulletin des Statis-

225 Vgl. ders. Der weitere Fortschritt der Landwirtschaft – die Voraussetzung für die harmonische Entwicklung der Volkswirtschaft, in: ebd., 1970, Nr. 9, S. 1–7, hier 2f.

226 Vgl. Kaliński, Przemiany, S. 145.

227 S. Tabelle 1.

228 Vgl. Kaliński, Przemiany, S. 143–146.

229 Zit. nach: Rakowski, Dzienniki 1968–1971, S. 132.

230 S. Abschn. 3.

231 Zit. nach: Eisler, Grudzień, S. 61.

tischen Hauptamtes und die Berichte der Plankommission. „Täglich befanden sich auf seinem Schreibtisch Zahlen, die die Kohleförderung betrafen, Bulletins, die den Aufkauf von Lebendvieh, die Gestaltung der Marktpreise für Getreide, Fleisch, Sauen, Ferkel veranschaulichten.“ Allerdings kam er dabei bald „zu dem Schluss, dass er sich mit wirtschaftlichen Fragen besser auskennt als Jędrychowski und Cyrankiewicz“.²³²

So wie in mancher anderen Hinsicht war der Parteichef auch in ökonomischen Fragen Autodidakt. Der Ökonom Czesław Bobrowski befand, er habe oft nur Teile ein und derselben Sache begriffen, und verdeutlichte das an einem Beispiel: „Er lernte den Begriff Inflation. Gleichzeitig verstand er das Inflationsproblem nicht gut, d.h. er war sich nur über die Notwendigkeit im Klaren, die Geldbörse zusammenzupressen, aber nicht darüber, dass einige in seinem Verständnis antiinflationäre Handlungen tatsächlich inflationär wirkten“.²³³

Die Einkommen der Bevölkerung nahmen zwischen 1966 und 1970 kaum merklich zu. Durchschnittlich stiegen die Reallöhne um zwei, 1968 bis 1970 nur um 1,4%. Zudem kam dieser niedrige Zuwachs eher durch die Zunahme der Beschäftigung und wesentlich weniger durch höhere Verdienste zustande.²³⁴ Dabei zogen die Preise an. So stiegen die Lebensmittelpreise im Handel auf Märkten allein 1969 um sieben Prozent.²³⁵ Eine der unmittelbaren Ursachen dafür war der Rückgang der Viehbestände, der sich negativ auf die ohnehin immer angespannte Marktversorgung auswirkte. In seiner Rede auf der Zentralen Festveranstaltung zum Tag des Bergarbeiters in Zabrze am 3. Dezember 1970 kam Gomułka nicht umhin, spürbare „Schwierigkeiten auf dem Fleischmarkt“ zuzugeben, setzte jedoch gleich hinzu, „man muss sie jedoch in den richtigen Proportionen einschätzen.“ Im laufenden Jahr würde sich der Fleischverbrauch „im Prinzip“ auf dem Vorjahresniveau halten.²³⁶ Hinter dieser Einschränkung versteckte sich, dass der Fleischverbrauch 1970 gegenüber 1969 zurückging.²³⁷

Die Schwierigkeiten bei der Fleischversorgung 1969/1970 machten zudem deutlich, dass die erst mit dem Novemberplenium 1967 eingeleiteten Maßnahmen, durch Preiserhöhungen den Markt zu stabilisieren, faktisch nicht gegriffen hatten. Gomułka hatte das schon im Oktober 1968 öffentlich eingeräumt: „Wir haben – wie Ihnen bekannt ist – die Fleischpreise erhöht, was anfänglich eine gewisse Verringerung des Anstiegs bei seinem Verbrauch bewirkte, aber schon der Monat Juli [1968] zeigte einen weiteren Anstieg der Fleischnachfrage.“ Auch gehe, so Gomułka weiter, der Aufkauf von Fleisch aufgrund der verminderten Erzeugung von Schweinefleisch zurück und werde bis Jahresende bei einem Gesamtaufkommen von 900.000 Tonnen um etwa 60.000 Tonnen niedriger liegen.²³⁸ Das waren mehr als 6,6%. Die Versorgungsprobleme Ende der 1960er Jahre resultierten also keinesfalls

232 Roman Zambrowski: Dziennik [Tagebuch], in: Krytyka (London), 1980, Nr. 6, S. 65, zit. nach: Eisler, Grudzień, S. 31.

233 Dyskusja o Władysławie Gomułce [Diskussion über Władysław Gomułka], Warszawa 1984, S. 27f., zit. nach: Eisler, Grudzień, S. 32.

234 Kaliński, Przemiany, S. 143.

235 Jeziński/Petz, Historia, S. 268.

236 Trybuna Ludu, 4.12.1970, S. 3.

237 Roszkowski, Historia, S. 200.

238 Gomułka, Przemówienie na przedzjazdowej konferencji, S. 139.

allein aus dem durch die Missernten bewirkten neuerlichen Rückgang bei den Viehbeständen, sondern auch aus ungebrochener Nachfrage.

In den späten 1960er Jahren wurden das Angebot an attraktiven Waren knapper; die Schlangen vor den Geschäften hingegen länger. Der Einzelhandelsverkauf von Waren, besonders bei Lebensmitteln stagnierte oder ging zurück. Schätzungsweise musste der polnische Durchschnittsbürger im Jahr 1970 täglich 1,5 Stunden für Einkäufe aufwenden.²³⁹ Die verschlechterte Versorgungslage wiederum führte zu Hamsterkäufen.²⁴⁰ Zugleich verstärkten sich von Jahr zu Jahr die Anzeichen einer gesellschaftlichen Krise. Der Alkoholverbrauch wuchs. Im Verlauf der 1960er Jahre stieg die Zahl der Geschlechtskrankheiten von 35.000 (1960) auf 73.500 (1970). Jährlich gab es über 40.000 Tuberkuloseerkrankungen.²⁴¹ Die Fälle von Selbstmorden nahmen 1970 gegenüber 1965 von nahezu 2.800 auf über 4.300 erheblich zu.²⁴²

Wie ein Seismograph registrierte Mieczysław F. Rakowski in seinen „Politischen Tagebüchern“ ab Herbst 1969 die sich zuspitzende Lage und die wachsenden Spannungen in der Gesellschaft. Einige Sequenzen mögen den Gang der Dinge verdeutlichen:

Am 26. September 1969 schrieb er: „Die wirtschaftliche Situation hat sich plötzlich verschlechtert. Die Regierung erklärte, dass die Dürre ernste Verluste verursachte und dass es damit im Zusammenhang schon weniger Butter und Fleisch gibt. Die Menschen beginnen, nervös zu werden und auf alles zu schimpfen. Interessant ist, dass sofort Schwierigkeiten in allen Bereichen auftraten.“²⁴³

Wenige Tage später notierte Rakowski Bemerkungen, die Jan Szydłak (1925–1997), Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR, während eines Gesprächs mit ihm geäußert hatte: „Was ist unsere größte Schwäche? Das Fehlen von Perspektiven. Denn was ist das für eine Perspektive für Dreißigjährige, wenn wir zu ihnen über neun Quadratmeter Wohnfläche reden? Und Autos? Das ist das beste Mittel, Arbeitsproduktivität abzuverlangen und der beste Raub von Geld aus der privaten Tasche. [...] Er sagte mir, dass er auf einer Versammlung mit Arbeitern war und sich 50 Minuten lang abmühen musste, um auf ihre Kritik zu antworten.“²⁴⁴

Am 30. Oktober 1969 vermerkte Rakowski, dass seit einigen Tagen „in Warschau wieder gewaltiger Mangel auf dem Markt (ist). Es gibt buchstäblich kein Fleisch, und das, was die Menschen in den Schlangen reden, übersteigt jegliche Vorstellungen.“²⁴⁵

Im Mai 1970 hieß es dann, der Ministerpräsident habe eine Anordnung herausgegeben, den Kauf von Reis, Kaffee, Tee, Zitronen, Apfelsinen, Bananen, Konfekt, Waren für „Moda Polska“, Textilien und Wirkwaren deutlich zu begrenzen. Rakowski kommentierte: „Womit endet das? Wie lange werden die Menschen alle diese Einschränkungen ertragen? Letztlich

239 Vgl. Roszkowski, *Historia*, S. 200; Kaliński, *Przemiany*, S. 145f.

240 Vgl. Kaliński, *Przemiany*, S. 142. Er zitiert hier aus der Einschätzung des PZPR-Wojewodschafts-Komitees Gdańsk zur wirtschaftlichen Situation vom 6. November 1970.

241 Eisler, *Grudzień*, S. 42.

242 Roszkowski, *Historia*, S. 200. Vgl. auch Eisler, *Grudzień*, S. 42, allerdings ohne konkrete Jahresangabe.

243 Rakowski, *Dzienniki 1969–1971*, S. 118.

244 Ebd., S. 122. Notiert unter dem 6. Oktober 1969.

245 Ebd., S. 129.

sind wir 25 Jahre nach dem Krieg, anstatt einer Verbesserung ist es immer schlimmer. Die Preise steigen, und die Löhne stagnieren.“²⁴⁶

Nach der Sommerpause, am 1. September 1970, schätzte Rakowski die „Stimmung im Land“ als „ziemlich unklar“ ein. „Die Menschen (auch die Kader) sind frustriert. Die materiellen Bedingungen verschlechtern sich systematisch. Die Preise steigen, und es gibt keinerlei Aussicht auf Verbesserung. Die Schlangen vor den Läden werden immer länger, die Menschen sind ermüdet vom ewigen Jagen nach einem Stückchen Fleisch.“²⁴⁷ Eine Woche später traf er sich mit Tadeusz Pyka (*1930), dem PZPR-Wirtschaftssekretär der Wojewodschaft Katowice, der über die Stimmung in Schlesien äußerte: „Auf den Parteiversammlungen hört man solche Stimmen: Schon seit drei Tagen esse ich mit Margarine bestrichenes Brot; Gomułka soll hierherkommen und sich rechtfertigen.“²⁴⁸ Und am 19. September schließlich vertraute Rakowski ziemlich resigniert seinem „Tagebuch“ an: „Von allen Seiten sind Klagen über die ökonomische Situation des Landes zu hören. Dagegen schwatzen die Führer ohne Pause, dass die ökonomischen Anreize eine große Errungenschaft sind. In der Praxis erweist es sich jedoch, dass diese ganze Konzeption nicht im Stande ist, der Apathie zu begegnen, die in unserem Land existiert. Die Menschen glauben nicht mehr, dass sich irgendeine Anstrengung für sie als günstig erweisen kann. Ich habe den Eindruck, dass wir in eine Sackgasse gelangen. Denn man bemerkt überall, bei jedem Schritt Verfall und Abgrund.“²⁴⁹

Angesichts der Versorgungsprobleme verschlechterte sich nicht nur die Stimmung, sie bewirkten häufig auch ein aggressiveres Verhalten, etwa in den Schlangen vor den Läden. In einigen Städten, darunter in Warschau, wurden Milizionäre eingesetzt, um die „Ordnung in den Schlangen zu regulieren und die Spannung abzukühlen.“²⁵⁰ Der damalige stellvertretende Innenminister Franciszek Szlachcic zitiert aus einer Meldung über eine solche zugespitzte Situation vor einem Schuhgeschäft:²⁵¹ Dort hatte sich eine lange Schlange gebildet. Es gab 80 Paar Schuhe, aber etwa tausend Menschen, die danach anstanden. Drei Stunden lang versuchten Milizionäre, die „Ordnung leidlich aufrechtzuerhalten“. Abends besetzten einige Dutzend Frauen den Laden. Die Milizionäre mussten sich von ihnen mehrere Stunden lang scharfe Bemerkungen anhören. Doch dann, heißt es in der Meldung, hätte einer der Milizionäre die Frauen „auf ziemlich wirksame Weise mit einem solchen Monolog beruhigt: ‚Gab es Wahlen? Gab es. Habt ihr gewählt? Ihr habt gewählt. Dann grollt euch selbst, dass ihr eine solche Regierung und solche Minister gewählt habt – daran sind doch nicht wir schuld‘.“²⁵²

246 Ebd., S. 212. Notiert unter dem 8. Mai 1970.

247 Ebd., S. 237.

248 Ebd., S. 250. Notiert unter dem 8. September.

249 Ebd., S. 251f.

250 Szlachcic, *Gorzki smak*, S. 123.

251 Vgl. ebd., S. 123f. Szlachcic gibt weder Datum noch Ort an, der Kontext deutet aber auf Warschau 1970 hin.

252 Zit. nach ebd., S. 124.

In den Betrieben nahm seit den letzten Wochen des Jahres 1969 die Unzufriedenheit vor allem bei den Arbeitern zu, hervorgerufen nicht nur durch Versorgungsmängel und verdeckten Preisanstieg, sondern generell durch die Versäumnisse bei der Lösung sozialer Probleme, aber auch aufgrund der Nichterfüllung der Produktionspläne.²⁵³ Die Zahl der Streiks, euphemistisch „Arbeitsunterbrechungen“ genannt, hielt sich noch im Rahmen des Üblichen, allerdings mit eindeutiger Tendenz: 1965 waren es 26, 1966 dann 32, um 1967 auf 40 anzusteigen. 1968 wurden lediglich 14 Streiks erfasst, was wohl mit den verstärkten Repressivmaßnahmen im Gefolge der Studentenproteste vom März zusammenhing. Doch bereits 1969 fanden 62 Streiks statt, darunter einige in Großbetrieben, und 1970 registrierte das Innenministerium allein im ersten Quartal 32 „Arbeitsunterbrechungen“.²⁵⁴ So gab es beispielsweise Streiks in Łódź, den „Zamech“-Werken in Elbląg und im Hafen von Gdańsk.²⁵⁵ Als Gründe der Streiks wurden meist betriebliche Probleme angeführt, vor allem Normerhöhungen, arrogantes Auftreten der Aufsichtskräfte sowie gestörte Material- und Rohstofflieferungen.²⁵⁶

Es verbreite sich ein Gefühl, dass „das Land auf der Stelle tritt“, registrierte Rakowski.²⁵⁷ Missmut erfasste immer weitere Kreise der Bevölkerung. Größte Unzufriedenheit und Empörung, heißt es im Bericht des Sicherheitsdienstes von Szczecin für 1970, rufe die Ratlosigkeit der Machtorgane angesichts der für alle offensichtlichen ökonomischen Missstände hervor. Auch die statistische Akrobatik trage dazu bei. Die Passivität und der Unwille, sich in irgendeinem Versuch zu engagieren, verhindere es, „die wahrgenommenen Fehler zu beheben“.²⁵⁸

Für Jerzy Eisler sind nach 1956 die Jahre 1968 bis 1970 (außer der Zeit des Kriegszustandes von Dezember 1981 bis Juli 1983) in der Geschichte der PRL „die trübesten, die die geringste Hoffnung auf ein besseres Morgen gaben“. Vielen Menschen seien sie als eine Zeit im Gedächtnis geblieben, die vom ökonomischen und politischen Verfall, von der gewalttätigen antisemitischen und antiintellektuellen Kampagne, der Emigrationswelle und von den Prozessen nach dem März 1968 dominiert war.²⁵⁹

Zunehmend waren auch jene Menschen enttäuscht, die 1956 große Hoffnungen in Władysław Gomułka gesetzt hatten. Immer weiter verbreitete sich die Überzeugung, dass dessen Zeit zu Ende ging. Auch für die Parteiführungen der anderen sozialistischen Länder begann, wie Kostikow schreibt, der „Wert Gomułkas [...] in dem Maße zu sinken, wie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten Polens anwuchsen.“²⁶⁰ Unterdessen zeichneten die polnischen Massenmedien ein Bild von der Situation im Land und über die materielle Lage der Menschen, das nicht der allgemein wahrnehmbaren Realität entsprach.

253 Vgl. Kozłowski, *Od Października*, S. 455.

254 Szlachcic, *Gorzki smak*, S. 123. Auch Eisler bezieht sich auf die Angaben von Szlachcic. Vgl. Eisler, *Grudzień*, S. 42.

255 Vgl. Kaliński, *Przemiany*, S. 142.

256 Vgl. Eisler, *Grudzień*, S. 42.

257 Rakowski, *Przesilenie grudniowe*, S. 20.

258 Zit. nach: Kozłowski, *Od Października*, S. 454f.

259 Vgl. Eisler, *Grudzień*, S. 42.

260 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 121.

Obendrein belehrten sie die Bevölkerung, dass sie schlecht arbeite, dem Staat mehr nehme als gebe und über die Verhältnisse lebe.²⁶¹

Vielleicht von dieser eigenen Propaganda beeinflusst, nahm die PZPR-Führung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Signale zunehmender Unzufriedenheit nicht ernst.²⁶² Kostikow schreibt, er habe mehrfach gehört, wie Gomułka die sowjetische Führung beruhigte, „dass in Polen keine ernsteren Anzeichen dieser Unzufriedenheit existieren. [...] Und die Gefahr eines Ausbruchs? Oh nein, doch nicht in Polen. Er glaubte an seine Autorität und seine Kraft zur Beeinflussung der Massen. Fortwährend sah er sich an der Spitze der Massen auf den Kundgebungen des Jahres 1956.“²⁶³ Ähnlich notierte Rakowski am 3. September 1970 über ein Gespräch mit Stefan Olszowski. Dieser stimmte zwar zu, dass die Situation in Polen beunruhigend sei, meinte aber, man müsse „jedoch nicht irgendeine Explosion befürchten, weil zwar nicht im Überfluss gelebt wird, aber auch niemand hungert“, außerdem, so fügte er mit Verweis auf den erst zwei Jahre zurückliegenden Truppeneinmarsch von Staaten des Warschauer Vertrages in die Tschechoslowakei hinzu, „fürchtet das Volk eine sowjetische Intervention“.²⁶⁴

Dieser Gesichtspunkt war sicher nicht abwegig. Doch wird man hinter der völlig inadäquaten Wahrnehmung der Krisensymptome durch die PZPR-Führung einen gewichtigeren Grund vermuten dürfen. Die Parteispitze verharrte weiterhin im Glauben, wie im März 1968 das Vertrauen der Arbeiterklasse zu besitzen. Sie verstellte sich damit, wie Szlachcic betonte, den Blick für die Realität.²⁶⁵ Man registrierte zwar negative Einzelercheinungen, übersah aber, wie sie allmählich kumulierten. Langsam entstand eine explosive Situation, die sich nach den Preiserhöhungen im Dezember 1970 schlagartig entlud.²⁶⁶

Im historischen Rückblick könnte man versucht sein, der polnischen Entwicklung das Muster einer Wellenbewegung zu unterlegen, wie Norman Davies es getan hat: „In den fünfundzwanzig Jahren nach der Errichtung des nationalkommunistischen Regimes durch Gomułka erlebte die herrschende PZPR ein wechselhaftes Schicksal, dessen Auf und Ab in einer ersten Welle mit der Herrschaft Gomułkas selbst bis zum Dezember 1970, in einer zweiten mit der Edward Giereks vom Dezember 1970 bis zum September 1980 zusammenfiel.“²⁶⁷ Den Aufstiegsphasen solcher Wellenbewegung entsprachen auch soziale Konjunkturen: „Gomułka erreichte seine ‚kleine Stabilisierung‘ zwischen 1960 und 1967; Gierek startete seinen kühnen Modernisierungsplan in einer Phase wachsenden Wohlstands.“²⁶⁸ Bleibt man in diesem Bild, lassen sich der Dezember 1970 und die Krise von 1970/1971 unschwer am unteren Punkt eines Wellentales lokalisieren. Wie es schien, trieben die PZPR und ihr Staat gegen Ende der 1960er Jahre unaufhaltsam einem historischen Tief entgegen.

261 Vgl. Rakowski, *Przesilenie grudniowe*, S. 19.

262 Szlachcic schreibt dazu: „Ich bemerkte nicht, dass die Meldungen des MSW [Innenministeriums] eine größere Unruhe bei den obersten Machtorganen weckten.“ Szlachcic, *Gorzki smak*, S. 124.

263 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 121.

264 Rakowski, *Dzienniki 1969–1971*, S. 239.

265 Szlachcic, *Gorzki smak*, S. 124.

266 Eisler, *Grudzień*, S. 34.

267 Norman Davies: *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*, München 2000, S. 13f.

268 Ebd., S. 14.

Allerdings blieb die Wahrnehmung dieser Entwicklung durch die Zeitgenossen differenziert. Gomułka hatte sicher nicht unrecht mit seinem Hinweis auf Fortschritte in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Volksrepublik und beim Lebensstandard. Gleichwohl war die Beobachtung ebenso richtig, dass große Teile der polnischen Bevölkerung diese Verbesserungen als zu langsam vor sich gehend empfanden. „Überdies verspürten die verschiedenen Bevölkerungsgruppen die Verbesserungen in unterschiedlichem Maße“, bemerkten Zbigniew Landau und Jerzy Tomaszewski. Im Vergleich zur Zweiten Republik der Zwischenkriegszeit habe sich „am meisten der Lebensstandard der Bauern und nicht ganz so der der Arbeiter“ erhöht. „Demgegenüber erlitten die materiellen Lebensbedingungen (Einkommen, Wohnungssituation) einer Reihe von Gruppen der Intelligenz eine Verschlechterung im Vergleich mit dem Vorkriegsstand. Für die Bauern verbesserten sich ihre Einkünfte, der ländliche Bevölkerungsüberschuß konnte in die Städte abwandern und dort Erwerb finden, und da die Tore zur Bildung jetzt weit geöffnet waren, boten sich ihnen auch günstige Bedingungen für den sozialen Aufstieg. Die Lage des Industrieproletariats besserte sich sowohl bezüglich der Einkünfte wie auch grundlegend dadurch, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Arbeitsgesetzgebung ausgestaltet wurden. Alles in allem erfolgte also eine gewisse Nivellierung des Lebensstandards der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.“²⁶⁹

Henryk Ślabek geht in seinem Urteil noch weiter und beschreibt die Arbeiter als Hauptprofiteure der PZPR-Politik. Um 1970 gehörte nach seinen Angaben jeder siebte Arbeiter in Industrie, Bauwesen, Transport und Verkehr der PZPR an, darunter jeder sechste in der Industrie. Arbeiter stellten 934.500 bzw. 40,3% der 2,32 Mio. Parteimitglieder.²⁷⁰ Sie verfügten damit in der Parteihierarchie noch lange nicht über eine starke Vertretung, aber vor dem Hintergrund der Arbeiterschaft als soziale Gruppe und im Verständnis der PZPR als „herrschende Klasse“ verfügten sie über ein enormes politisches Druckpotential. Ślabek zufolge verlor nur die Intelligenz als einzige Gruppe in der PRL an Geld, Macht und Prestige. Das trifft sich im Grundsatz mit Wolfgang Englers These von der „arbeiterlichen“ DDR-Gesellschaft.

Die langfristig betriebene soziale Nivellierung betraf nicht nur den materiellen Lebensstandard, sondern sie erzeugte neue, nichtintendierte Spannungslinien. Insbesondere behinderte sie in vieler Hinsicht die kreativen Potentiale der Erwerbsbevölkerung. Fehlende Leistungsanreize und Mangelwirtschaft verbanden sich zu einem Amalgam, das bereits in der Vergangenheit jede ökonomische Mobilisierungsoffensive über kurz oder lang ins Leere laufen ließ. Hinzu kam ein Paradoxon: Soziale Nivellierung erzeugte weniger das Gefühl sozialer Gleichheit als vielmehr das von sozialer Ungerechtigkeit. Vor allem jene Beschäftigtengruppen, von denen es wesentlich abhing, wie Polen mit den Herausforderungen der dritten industriellen Revolution zurechtkam, sahen sich düpiert. Diese Situation war etwas anders als diejenige in der DDR. Dort blieb Walter Ulbrichts auf forcierten technischen Fortschritt zielende Strukturpolitik in Teilen des Industriemanagements sowie des Forschungs- und Entwicklungspersonals nicht ohne Resonanz, weil sie mit einer gewissen, wenn auch unzureichenden materiellen Stimulation verbunden war. Aber, wie sich in Polen

269 Zbigniew Landau/Jerzy Tomaszewski: Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert. Ins Deutsche übertragen und hg. von Berthold Puchert, Berlin 1986, S. 295.

270 Ślabek, *Obraz robotników*, S. 292–294.

und später auch in der DDR zeigte, bewirkte soziale Nivellierung zugunsten der Arbeiterschaft nicht automatisch eine Unterstützung des jeweiligen Parteiregimes durch die Arbeiter.

Die PZPR verstrickte sich in den späten 1960er Jahren immer mehr in Widersprüchlichkeiten ihrer eigenen Gesellschaftspolitik. Klaus Zernack bemerkte hierzu, dass die seit 1968 erkennbaren Anzeichen diktatorischer Verhärtung in der Politik der PZPR nicht als strikte Abkehr von den Grundlagen des Oktober 1956 zu deuten sind. In ihrer Substanz sei die Liberalisierung in Wissenschaft und Kunst tragfähiger gewesen als das Regime selbst. Aber: „Gegen Ende der sechziger Jahre war die Partei den sozialen und wirtschaftlichen Widersprüchen ihrer gelenkten Modernisierung nicht mehr gewachsen und geriet in einen tödlichen Konflikt mit der Arbeiterschaft.“²⁷¹ Diese wurde jedoch zu dieser Zeit „immer selbstbewußter“.²⁷² Im großen Zusammenhang gesehen, fungierte der Dezember 1970 nach dem Jahr 1956 als der zweite große Wendepunkt in der Geschichte der Volksrepublik. Mit guten Gründen argumentiert Zernack, in Bezug auf die Jahre von 1956 bis 1970 könne man trotz zeitweiliger Rückfälle in stalinistische Praktiken „von einer wichtigen Vorlaufphase des großen Emanzipationsprozesses der siebziger und achtziger Jahre“ sprechen.²⁷³

7. Polnische Probleme aus der Sicht der SED

In der DDR nahm man die polnischen Vorgänge während der späten 1960er Jahre recht unterschiedlich wahr. Großen Teilen der Bevölkerung blieben sie ziemlich gleichgültig, zumal politisch Interessierte zu dieser Zeit ihren Blick vor allem auf die ČSSR richteten. Doch im politischen Apparat der SED weckten die Schwierigkeiten der PRL wachsendes Interesse. Das lag nicht so sehr daran, dass man sich etwa Sorgen um deren Zukunft gemacht hätte. Vielmehr galten die Polen immer als schwierige Partner. Und das Verhältnis Gomułka – Ulbricht war bekanntermaßen frostig. Insofern lag es nahe, wenn ein möglicher Wechsel an der Spitze der PZPR nicht ungen gesehen wurde.

Im Bericht der SED-Delegation über den V. Parteitag der PZPR 1968 hieß es z.B.: „Von besonderer Bedeutung ist, daß für die notwendige, schnellere Entwicklung der Volkswirtschaft und die Erhöhung der Effektivität in der Diskussion vorwärtsdrängende Kräfte, vor allem aus den Wojewodschaften, aufgetreten sind. So forderte Genosse Gierek die verstärkte Anwendung der Alternativplanung, um optimale Varianten auswählen zu können.“²⁷⁴ Bemerkenswerterweise wurden die aus der polnischen Arbeiterschaft kommenden Forderungen als berechtigt angesehen: „Durch die weiterhin ungenügende Steigerung der Arbeitsproduktivität erhöht sich der Lebensstandard nicht im notwendigen Maße, obwohl durch bereits vorgesehene Maßnahmen (Konsumgüterproduktion, Wohnungsbau, Arbeits- und

271 Klaus Zernack: Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994, S. 494.

272 Ebd., S. 497.

273 Ebd.

274 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/1160: Bericht der Delegation des ZK der SED über den V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (11.–16.1968), 20.11.1968. [kursiv: handschr. Einfügung], S. 8f.

Gesundheitsschutz) Verbesserungen auf bestimmten Gebieten erreicht werden. Zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter wird als erster Schritt eine Vereinheitlichung des Urlaubs der Arbeiter und Angestellten ab 1969/70 vorgenommen. Die Diskussionen und Forderungen in Vorbereitung des Parteitages, die Gleichsetzung von Arbeitern und Angestellten auch auf anderen Gebieten wie Sozialleistungen u.a. durchzuführen, wurde vom Parteitag prinzipiell anerkannt und als Hauptprinzip die Vereinheitlichung der Rechte der Werktätigen festgelegt. Der Beginn der Realisierung der berechtigten Forderungen wird jedoch auf den Zeitraum nach 1970 verschoben. In der Diskussion wurde auf die politisch-moralische Bedeutung der Verwirklichung der berechtigten Forderungen verwiesen.²⁷⁵

In den Jahren 1969 und 1970 besuchten mehrere Studiengruppen der SED und des FDGB das Nachbarland. Die Ergebnisse waren maßgeblich von den Fragen bestimmt, die man sich bereits vor der Reise zurechtgelegt hatte. So interessierte sich eine Delegation des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst für das Unfallgeschehen und berichtete über eine leicht steigende Tendenz.²⁷⁶ Im Mai konstatierte eine Delegation der Abteilung Agitation und Propaganda des FDGB-Bundesvorstandes das Fehlen zentraler Gewerkschaftsschulen in Polen als Schwäche in der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit.²⁷⁷ Eine Studiendelegation des Gewerkschaftskomitees der VVB Kraftwerke besuchte im Juni 1969 den Zentralvorstand der Gewerkschaft der Energiearbeiter der PRL. Während sich die Gäste von der betrieblichen Sozialpolitik, insbesondere der Arbeiterversorgung beeindruckt zeigten, bemängelten sie, fast nur mit dem Arbeiterrat, kaum aber mit der Gewerkschaft zu tun gehabt zu haben. Die von polnischer Seite vorgetragene Erklärung, der Arbeiterrat sei für die Produktion, die Gewerkschaft für die Sozialpolitik und die Partei für die Politik zuständig, nahm man eher irritiert auf. Ins Bild passte, dass es keine Betriebskollektivverträge gab.²⁷⁸

Vielfach zeigten solche Berichte ein gewisses Befremden wegen der ideologischen Fahrlässigkeit, der man überall in Polen zu begegnen meinte. Als aufmerksame Beobachter mit analytischem Blick erwiesen sich die Mitarbeiter der DDR-Botschaft in Warschau. Nach dem 4. ZK-Plenum der PZPR informierten sie am 17.11.1969 das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ostberlin: „Diese Festlegungen bedeuten noch kein Gesamtsystem, sondern nur Teilmaßnahmen für die Lösung der dringenden Aufgaben in den angegebenen Problemkreisen. Besonders die ideologischen Fragen der Durchsetzung der Aufgabenstellung ist (sic) noch ungenügend herausgearbeitet: insbesondere die der führenden Rolle der Partei und der Arbeiterklasse bei der Durchsetzung der Aufgaben in Einheit der wissen-

275 Ebd., S. 10.

276 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/11: Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst, ZV, 9.5.1969: Bericht über das Konsultationstreffen zu Fragen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes durch eine Delegation des ZV der Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst mit der Gewerkschaft Forst und Holzwirtschaft in der VR Polen vom 22.–25. April 1969, S. 3.

277 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/11: Abt. Agitation und Propaganda, 12.5.1969: Bericht über die Studienreise der Abt. Agitation und Propaganda in die Volksrepublik Polen vom 25.–30.4.1969.

278 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/11: Gewerkschaftskomitee VVB Kraftwerke, 8.7.1969: Bericht der Studiendelegation zum Zentralvorstand der Gewerkschaft der Energiearbeiter der VR Polen vom 23.–28.6.1969.

schaftlich-technischen Revolution und der sozialistischen Revolution.“²⁷⁹ Ähnlich sah auch die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen die Entwicklung. Im Bericht über den Delegations- und Erfahrungsaustausch mit der PZPR im Jahre 1969 resümierte sie Erscheinungsformen des Revisionismus und Unsicherheiten in der politischen Konzeption der PZPR.²⁸⁰

Nach der Rückkehr einer unter Leitung des FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke im März 1970 in Polen weilenden Präsidiumsdelegation hielt der Sekretär des Bundesvorstandes Wolfgang Beyreuther fest, es habe zwar Übereinstimmung „in allen Grundfragen“ gegeben, doch sei man hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften im Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie des in Polen sehr auf Punkte- und das Tonnensystem konzentrierten Wettbewerbs unterschiedlicher Auffassung gewesen. Auch habe man einen angesichts des unzureichenden Anreizsystems übermäßigen Aufwand von Prämienmitteln festgestellt. Schwach entwickelt sei die politisch-ideologische Arbeit. Die polnischen Gewerkschaften würden sich zu stark auf Sozialpolitik beschränken.²⁸¹

Eine solche Kritik war nicht neu, und sie spiegelte in gewisser Weise auch eigene Probleme des FDGB. Sie sollte auch nicht so gedeutet werden, als ob man zum CRZZ auf Distanz gehen wollte. Wie etwa der Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Arbeitsrechts zeigte, kooperierte man recht gut miteinander und hoffte, in Polen erprobte Regelungen in das neue, noch auszuarbeitende, Arbeitsgesetzbuch der DDR übernehmen zu können.²⁸² Andererseits ließ die Wertschätzung mitunter auch zu wünschen übrig. Als etwa eine Studiendelegation des Zentralrates der Gewerkschaften von Ende April bis Anfang Mai 1970 in der DDR weilte, gab es im Gästehaus kaum eine Essenauswahl, abends wurde Aufgewärmtes vom Mittag gereicht, auf Kaffee zum Frühstück mussten die Gäste bis zu 30 Minuten warten, am vorletzten Tag gab es kein Mineralwasser mehr auf den Zimmern, auch Gläser waren weggeräumt. Zu allem Überfluss fehlten dann auch noch die für die Rückfahrt gebuchten Bettplätze 1. Klasse im Schlafwagen, so dass als Ersatz kurzfristig noch Bettplätze 2. Klasse besorgt werden mussten.²⁸³

Solche Pannen waren sicher nicht gezielt arrangiert, doch offenbarten sie eine nicht ganz zufällige Nachlässigkeit im Umgang. Man dürfte nicht ganz falsch liegen, dahinter ein bestimmtes Maß an Überheblichkeit zu vermuten. Sie zeigte sich noch stärker im Urteil über die wirtschaftlichen Reformversuche in der PRL. Hierbei wurde generell der Maßstab des in der DDR praktizierten „Ökonomischen Systems der Sozialismus“ angelegt, wie etwa eine Information der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED über die 5. Tagung

279 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/2771: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. 18.11.1969: Zum Verlauf und zu den Ergebnissen des 4. Plenums der PVAP, S. 3 (Quelle: FS der Botschaft in Warschau vom 17.11.1969).

280 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/326: ZK der SED, Abt. Internationale Verbindungen, 10.12.1969: Bericht über den Delegations- und Erfahrungsaustausch mit der PVAP im Jahre 1969, S. 4.

281 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.11/11: Wolfgang Beyreuther: Vorlage für das Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB: Bericht über die Ergebnisse des Besuchs der Delegation des Bundesvorstandes des FDGB unter Leitung des Kollegen Herbert Warnke in die VR Polen vom 3.–9.3.1970, S. 2 und 4.

282 SAPMO-BArch, DY 34, 8058: BuVo FDGB, [Rechtsabt. ?]: Notiz, betr.: Aussprache mit polnischer Delegation, 29.4.1970, S. 1.

283 SAPMO-BArch, DY 34, 8058: BuVo FDGB, Rechtsabt., 13.5.1970: Bericht über den Aufenthalt der Studien- und Mai-Delegation des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften vom 27.4.–5.5.1970.

des ZK der PZPR vom Mai 1970 erkennen ließ. Zunächst bot sie eine knappe und recht neutrale Zusammenfassung dessen, was die polnische Parteiführung beabsichtigte, dann wurden Defizite benannt, die man für problematisch hielt:

„Die PVAP setzte mit dem 5. Plenum den auf dem 2. und 4. Plenum beschrittenen Weg fort, die Lösung bestimmter Teilaufgaben eines zukünftigen, in sich abgestimmten Systems in Angriff zu nehmen. Genosse Gomułka charakterisierte das neue System des materiellen Anreizes als ‚Notwendigkeit, die sich aus unserer Wirtschaft ergibt, eines der grundlegenden Instrumente, die ihre intensive Entwicklung gewährleisten‘. Die VRP befinde sich gegenwärtig in der ‚Etappe der Herausbildung eines neuen Herangehens an die Wirtschaft, der Etappe der allgemeinen Anwendung ökonomischer Kriterien‘. Als Hauptziele des neuen Systems bezeichnete er die ‚Erschließung der Produktionsreserven der Betriebe‘. Es gehe um eine ‚bessere Nutzung der Grundfonds, vor allem der Maschinen und Anlagen in jedem Betrieb, um eine bessere Nutzung der Rohstoffe und Materialien in der Produktion, eine bessere Organisation und Nutzung der Arbeitszeit, eine höhere Qualität der Produktion, um bessere Materialversorgung‘.²⁸⁴ Allerdings sei weder im Referat von Jaszczuk, dem für Wirtschaft zuständigen Sekretär des ZK der PZPR, noch in der Rede von Gomułka „eine umfassende Einschätzung der Situation in der polnischen Volkswirtschaft gegeben“ worden. In beiden Fällen wie auch in den einzelnen Diskussionsbeiträgen habe man von „eine(r) gewisse(n) Verbesserung“ der Gesamtsituation gesprochen. Das betreffe vor allem den Anteil der Steigerung der Arbeitsproduktivität an der Steigerung der Industrieproduktion (in den ersten vier Monaten 1970 80%, gegenüber 52% im gleichen Zeitraum des Vorjahres). Scharf kritisiert würden jedoch die nur unwesentliche Verbesserung der Arbeitsdisziplin und die nach wie vor hohe Zahl von Überstunden. Weiter vermerkte die Information: „Aus der Rede des Genossen Gomułka wie auch aus anderen Äußerungen von Plenumsteilnehmern ist zu entnehmen, daß gegenüber Wirtschaftsfunktionären, die den Anforderungen der intensiven Wirtschaftsführung nicht genügen werden, rigorose Maßnahmen vorgesehen sind. [...] Die Gesamtanlage des künftigen ökonomischen Systems und besonders sein hauptsächlicher Bestandteil, die strukturpolitische Konzeption, sind noch nicht ausgearbeitet. Deshalb erfolgt auch noch keine Ausrichtung des Systems des materiellen Anreizes auf die strukturpolitischen Hauptaufgaben. Deshalb muß die Wirkung dieses Systems wie auch der anderen, früher getroffenen Teilmaßnahmen, begrenzt sein.“ Die Einführung eines neuen Systems materieller Anreize habe neben der ökonomischen eine innenpolitische Zielsetzung, denn den Werktätigen werde „eine durch sie direkt beeinflussbare Steigerung ihrer Einkünfte geboten“.²⁸⁵

Im weiteren Verlauf des Jahres 1970 änderte sich an dieser nicht ganz unkritischen, aber die Ziele der Reform im Großen und Ganzen gutheißenenden Einschätzung kaum etwas. Als im November eine Delegation des Zentralrates der Gewerkschaften unter Leitung von Ignacy Loga-Sowiński auf Einladung des FDGB-Bundesvorstandes zu einem Freundschafts- und Arbeitsbesuch in der DDR eintraf, waren beide Seiten bemüht, die durchaus nicht unähnli-

284 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3002: Abt. Internationale Verbindungen: Information Nr. 58/70 für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros v. 10.6.1970 über das 5. Plenum des ZK der PVAP v. 19./20.5.1970, S. 1f.

285 Ebd., S. 5.

chen wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme der DDR und der PRL im Lichte eines „Business as usual“ darzustellen. Exemplarisch hierfür war Loga-Sowińskis Erklärung: „Im Namen der Gewährleistung einer weiteren und schnellen Verbesserung des materiellen und kulturellen Daseins für die Werktätigen unseres Landes unternehmen wir gegenwärtig neue Anstrengungen, um intensive Methoden des wirtschaftlichen Wachstums und zur Hebung der ökonomischen Effektivität einzuführen, zur Erreichung einer höheren Arbeitsproduktivität, zur Optimierung der Investitionsaufwendungen sowie zur weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Arbeitsteilung, der Kooperation und ökonomischen Integration des RGW-Mitgliedsländer.“²⁸⁶ Wie sich bald zeigen sollte, ging diese lehrbuchartige Projektion ein ganzes Stück an der Realität vorbei.

286 SAPMO-BArch, DY 34, 6586: Kommuniqué über den Aufenthalt einer Delegation des Zentralrates der Gewerkschaften der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, 18.11.1970, S. 4.

Der Fall DDR: Die moderate Variante

1. *Das ostdeutsche Vorspiel*
2. *Die Fronde formiert sich*
3. *Bündnispolitische Koordinaten*
4. *Getrübe Freundschaft*
5. *Das 14. Plenum des ZK der SED*
6. *Erste Schritte auf unerschlossenem Terrain*
7. *Kurswechsel zur „Hauptaufgabe“*

1. Das ostdeutsche Vorspiel

Das Jahr 1970 begann mit einem überaus kalten und langen Winter. Von Januar bis März lagen die Durchschnittstemperaturen in weiten Teilen der DDR um drei bis fünf Grad unter den langjährigen Mittelwerten.¹ Die Wirtschaft erfuhr einen herben Rückschlag. Offiziell wurden die Planrückstände und Schäden auf rund drei Milliarden Mark beziffert.² Noch im Herbst 1970 machten sich Produktionsengpässe vor allem bei technischen Konsumgütern sowie bei Obst und Gemüse bemerkbar.³ Versorgungsschwierigkeiten dieser Art waren zwar nicht neu, und sie hatten schon häufiger für politische und soziale Spannungen gesorgt, doch zu diesem Zeitpunkt kollidierten sie in gefährlicher Weise mit den Erfordernissen der „Strukturpolitik“. Aus den Bezirken der DDR mehrten sich die kaum noch verklausulierten Beschwerden über nicht abgestimmte Ad-hoc-Eingriffe zentraler Stellen in die jeweiligen Wirtschaftsabläufe. So berichtete der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Suhl im April 1970: „Bei den strukturbestimmenden Investitionsvorhaben und einigen Vorhaben der sozialistischen komplexen Automatisierung werden immer wieder Eingriffe in den Volkswirtschaftsplan vorgenommen, die aus Festlegungen zentraler staatlicher Organe resultieren und uns Schwierigkeiten bereiten.“ Anhand von Beispielen wies er auf „eine Reihe negativer gesamtwirtschaftlicher Auswirkungen“ hin.⁴ Ähnlich klagten auch seine Amtskollegen aus anderen Bezirken.⁵ Häufig erwähnten sie die Überbeanspruchung und den unkoordinierten Einsatz von Produktionskapazitäten sowie Versorgungsengpässe bei Nahrungsmitteln,

1 Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB DDR) 1971, Berlin 1971, S. 505–507.

2 Bewährungsprobe (Leitartikel), in: Neues Deutschland, 18.06.1970, S. 1.

3 SAPMO-BArch, DY 34, 6785, Informationen des Ministeriums für Handel und Versorgung an Genossen Walter Ulbricht über Probleme der Versorgung der Bevölkerung vom 20.10.1966 (streng vertraulich).

4 Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler: Von Ulbricht zu Honecker. 1970 ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990, S. 60f.

5 Vgl. ebd., S. 61–71.

technischen Konsumgütern und Wohnungen, nicht ohne auf die verschlechterte Stimmung in der Bevölkerung hinzuweisen.

Die Situation zeichnete sich durch eine eigenartige Ambivalenz aus: Während die genannten Probleme die Leistungsbereitschaft der in den Betrieben der DDR Beschäftigten offenbar kaum beeinträchtigten, mitunter sogar anspornten, befand sich die Stimmung auf Tal-fahrt. In einem Bericht an Walter Ulbricht hielt der 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg, Alois Pismanik, im April 1970 dazu fest: „Ich habe Dir schon einige Male von der großen Bereitschaft und Aktivität unserer Werktätigen berichtet, wie sie verschiedentlich gerade in komplizierten Situationen und bei schwierigen Aufgaben insbesondere zur Überwindung der durch die lang anhaltenden anormalen Witterungsbedingungen entstandenen negativen Auswirkungen und zur Erfüllung der hohen Aufgaben zum Ausdruck gekommen sind. Mit der Hervorhebung dieses so positiven Moments möchte ich auch heute wieder beginnen, weil es sich auch in den letzten Wochen wiederum so schön und vielfältig gezeigt hat und immer wieder zeigt. Das als erstes immer wieder herauszustellen ist unbedingt richtig und auch notwendig. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß bei einem nicht kleinen Teil unserer Menschen eine Stimmung der Unzufriedenheit sich entwickelt hat und anwächst auf Grund objektiver und subjektiver Schwierigkeiten und Mängel auf verschiedenen Gebieten, besonders in der Produktion, Versorgung, auf dem Wohnungsgebiet und anderen.“⁶

Das mochte etwas schlicht argumentiert sein, erfasste aber die Tendenz recht treffend. Die fragile Balance zwischen loyaler Leistungsbereitschaft und Missstimmung drohte zu kippen. Die Frage war nicht nur, wie die Führung der SED mit dieser angespannten Situation umgehen, sondern ob sie an ihrem bisherigen Kurs festhalten würde. Im Frühsommer 1970 jedenfalls galt offenbar und nicht ganz unähnlich der politischen Rezeptur Gomułkas die Devise „Augen zu und durch“. Symptomatisch hierfür wurde die 13. Plenartagung des SED-Zentralkomitees am 9. und 10. Juni 1970. Die drängenden Probleme kamen hier nur stark retuschiert zur Sprache. Der von Albert Norden vorgetragene Bericht des Politbüros ging über die Forderung nicht hinaus, die Planrückstände möglichst schnell aufzuholen.⁷ Günter Mittag, der zur „Durchführung des Volkswirtschaftsplanes“ 1970 referierte, informierte die Teilnehmer, dass die Parteiführung bei der Beratung der Planaufgaben vor der Alternative gestanden habe: „Entweder mit hohem Arbeitselan und sozialistischer Bewußtheit der Werktätigen die Anstrengungen zu übernehmen und die Belastungen, die uns die Natur zusätzlich aufzwingt, zu überwinden, damit der Aufschwung der Volkswirtschaft zielstrebig und planmäßig fortgesetzt werden kann, oder mit nur kleinen Schritten vorwärtszugehen, was bedeutet, im volkswirtschaftlichen Entwicklungstempo insgesamt zurückzubleiben und zugleich für einige Jahre auf eine weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu verzichten.“⁸ In dem Zusammenhang kritisierte Mittag all jene, die meinten, „der Plan sei zu hoch und müsse ‚entspannt‘ werden“.⁹ Hart ging er mit dem Leitungspersonal der Industrie ins Gericht, dem er, ungeachtet der objektiven Umstände, in vielen Fällen

6 Ebd., S. 61.

7 Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9./10. Juni 1970. Berichterstatter: Genosse Albert Norden, Berlin 1970.

8 Günter Mittag: Die Durchführung des Volkswirtschaftsplans im Jahr 1970. Aus dem Referat auf der 13. Tagung des ZK der SED, 9./10. Juni 1970, Berlin 1970, S. 5.

9 Ebd.

subjektives Versagen vorhielt. Allerdings gab Mittag im unveröffentlichten Teil seines Referats zu erkennen, dass es nicht nur um die Realisierung von Plänen ging. Vielmehr sei es nötig, Fehlsteuerungen bei der Verwendung des Nationaleinkommens zu beheben. Betroffen seien besonders Einkommensentwicklung, Subventionen und Verbraucherpreise. In diesem Kontext fiel ein Passus auf, der zumindest andeutungsweise das Ziel einer Neugewichtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik erkennen ließ: „Die notwendigen Änderungen zur vollen Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze in allen Phasen des Reproduktionsprozesses sind insbesondere darauf gerichtet, einen effektiveren Einsatz und eine leistungsgerechtere Verwendung des Nationaleinkommens zu sichern, wobei besonders die Leistungen der Arbeiter und ihre Stellung in der Produktion und Gesellschaft eine bessere Berücksichtigung finden. Es geht hierbei eindeutig um die bessere Verbindung der Ausnutzung ökonomischer Gesetze mit den Interessen der Arbeiterklasse.“¹⁰

Diese etwas kryptische Formulierung zielte auf eine Angleichung von Einkommen, Steuern und Beitragssätzen für Selbständige, Genossenschaftsmitglieder und Freiberufler an das für Arbeiter gültige Niveau. Preisdifferenzierungen und Subventionsabbau sollten das Leistungsprinzip besser zur Geltung bringen, was unter dem Strich auf eine Erhöhung der Verbraucherpreise hinauslief. Zu niedrige Industriepreise würden, so Mittag, zur Verschwendung anregen, die Eigenerwirtschaftung der Mittel sowie das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion negativ beeinflussen. All dies mache Veränderungen erforderlich.¹¹

Margarete Wittkowski, Präsidentin der 1968 aus der Deutschen Notenbank der DDR hervorgegangenen Staatsbank, gab zu bedenken, dass die Strukturpolitik und vor allem die Automatisierungsvorhaben im großen Umfang über Kredit finanziert seien. Über die Hälfte dieser Vorleistungen basiere aber auf den Spareinlagen der Bevölkerung. Kredit sei nicht unerschöpflich, und er könne auch nicht den Zuwachs des Nationaleinkommens ersetzen.¹² Man habe „heute über 20 Milliarden Mark unvollendete Investitionen, bei einem Gesamtvolumen von 30 Milliarden Mark im Jahre 1969“.¹³ Ausgangspunkt für die Lösung der Probleme sei der Volkswirtschaftsplan.¹⁴ Damit war ein Stichwort gegeben, das auch der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, aufnahm. Er kritisierte, manche hätten aus den zahlreichen Planänderungen in den letzten zwei bis drei Jahren die Schlussfolgerung gezogen, außerhalb und neben dem Plan gehe es schneller.¹⁵ Die SPK müsse zur Einheit von Strukturpolitik und proportionaler Entwicklung beitragen.¹⁶

Mit weitergehenden Schlussfolgerungen hielten sich die Kritiker aber zurück. Überhaupt gehörte es zu den Merkmalen der 13. Tagung des ZK der SED, dass zwar Praktiken und Konsequenzen der Strukturpolitik ansatzweise in Frage gestellt wurden, doch über konzeptionell ausgereifte Gegenvorschläge verfügte offenbar niemand. Genau hier hakte wenige

10 Naumann/Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker, S. 72.

11 Ebd., S. 77f.

12 Ebd., S. 79.

13 Ebd., S. 81.

14 Ebd., S. 84.

15 Ebd. S. 90.

16 Ebd., S. 91.

Tage später die Redaktion des Zentralorgans „Neues Deutschland“ mit einem Leitartikel ein. Er war in zweierlei Hinsicht beachtenswert: Zum einen fand sich darin die Bemerkung der Skeptiker wiederholt, die meinten, der Plan 1970 müsse „entspannt“ werden. Es bedurfte keiner großen Interpretationskunst, um daraus auf eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit auf der Führungsebene zu schließen. Zum anderen suggerierte er mit der Behauptung „daß die hohen Ziele des Jahres 1970 auch künftig keine kleinen Schritte vertragen“, das Fehlen einer praktikablen Alternative. Der Zusatz, man erfülle so „eine hohe internationalistische Pflicht“¹⁷ sollte gewiss die Argumentation der Ulbricht-Fraktion nach innen wie auch gegenüber der zunehmend misstrauischer werdenden sowjetischen Führung unter Breschnew stärken. Das erschien umso dringender, als Ulbrichts ergebnislose, aber immerhin brisanten deutschlandpolitischen Alleingänge in Moskau wachsende Ablehnung provozierten. Ähnlich reserviert begann man dort die ins Schlingern geratene Wirtschaftsreform Ulbrichts zu betrachten. Im Sommer 1970 blockte die sowjetische Seite zusätzliche Rohstofflieferungen an die DDR unter Hinweis auf eigene Probleme ab, und Breschnew ließ es sich nicht nehmen, das Konzept vom „Überholen ohne einzuholen“ schlichtweg für falsch zu erklären.¹⁸

Die DDR befand sich hierbei in einer schwachen Position, gehörte sie doch zu den Hauptschuldnerländern im Handel zwischen den RGW-Partnern:

Tabelle 3

Salden der RGW-Mitgliedsländer gegenüber der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit per 1. Juni 1970

Land	Millionen Valuta-Mark
Bulgarien	- 710,8
Ungarn	+ 504,8
DDR	- 818,2
Mongolei	- 188,7
Polen	+ 575,2
Rumänien	+ 328,2
UdSSR	+ 1.222,1
ČSSR	- 1.230,5

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/778, Bl. 113, Siegfried Böhm an Günter Mittag, v. 4.6.1970.

Auch wenn sich der Minusbetrag der DDR innerhalb von drei Tagen auf – 681,8 Millionen Valuta-Mark reduzierte, weil „zum Ende des vergangenen Monats ein außerordentlich hoher Exportausstoß nach RGW-Ländern durch die Industriebetriebe“ erfolgte, blieb die Situation prekär.¹⁹

17 Bewährungsprobe (wie Anm. 2).

18 André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S. 524–526. Als Geschichte eines fatalen Missverständnisses beschreibt Monika Kaiser diesen Vorgang. Vgl. Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 389.

19 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/778, Bl. 113, Siegfried Böhm an Günter Mittag, v. 4.6.1970.

Der Risiken seiner Politik war sich Walter Ulbricht sehr wohl bewusst, auch von den Ränkespielen im Hintergrund dürfte er zumindest eine ungefähre Vorstellung gehabt haben. Vom 25. Juni 1970 ist die teils sinngemäße, teils wörtliche Niederschrift eines Gesprächs überliefert, das Ulbricht in Anwesenheit von Günter Mittag, Gerhard Schürer und Wolfgang Berger mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Piotr A. Abrassimow (*1912), und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Nikolai A. Tichonow (1905–1997), in Berlin geführt hat. Ulbricht nutzte offenbar die Gelegenheit, seine Position und vor allem die Motive und Hintergründe seiner Strukturpolitik offensiv darzulegen.²⁰

Die sich hier abzeichnenden Spannungslinien bündelten sich für die SED-Führung im zweiten Halbjahr 1970 zu einer heiklen Entscheidungssituation. Damit einhergehende machtpolitische Intrigen sind durch die Forschung bereits eingehend beleuchtet worden.²¹ Die entscheidenden wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Vorgänge in der Endphase der Wirtschaftsreform hat vor allem André Steiner untersucht.²² Es genügt deshalb, diese Entwicklungslinien hier in groben Konturen nachzuzeichnen und den Schwerpunkt der Betrachtung auf die Vorbereitung des sozialpolitischen Kurswechsels zu legen.

Bemerkenswert erscheint, dass der Bundesvorstand des FDGB, der bislang ohne besonderen Einfluss im Windschatten der Wirtschaftsreform segelte, im Verlauf des Jahres 1970 in mehrere Richtungen aktiv wurde, die alle etwas mit Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu tun hatten: Im April beschloss er eine Konzeption über die engere Zusammenarbeit mit der Internationalen Vereinigung der sozialen Sicherheit (IVSS) in Genf.²³ Im Mai folgten zwei Richtlinien, mit denen die Zusammenarbeit von Betrieben und kommunalen Verwaltungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik angeregt und dabei neue Wege erprobt werden sollten.²⁴ Dass die Zusammenarbeit mit der IVSS, einer Unterorganisation der UNO, vor allem im Kontext der fortdauernden Bemühungen der DDR um internationale Anerkennung zu sehen ist, liegt auf der Hand. Gleichwohl erscheint es nicht abwegig, im Engagement für soziale Sicherung auch eine deutlichere Positionierung des FDGB in den zunehmenden Auseinandersetzungen um das ÖSS zu vermuten. Die beiden Richtlinien vom Mai deuteten dies zumindest an. Mit ihnen reagierte der FDGB auch auf die politisch durchaus geförderte und

20 BA, DE 1 /V A/56128, Bl. 2-11, Staatliche Plankommission: Niederschrift über die Beratung des Genossen Walter Ulbricht mit Genossen Tichonow vom 25. Juni 1970.

21 Vgl. bes. Kaiser, *Machtwechsel*, S. 397–423.

22 André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 159–164.

23 SAPMO-BArch, DY-34, 25687, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 06.04.1970, Beschluß Nr. S 165/70: Konzeption über die engere Zusammenarbeit mit der Internationalen Vereinigung der sozialen Sicherheit (IVSS) in Genf und Teilnahme an der internationalen Tagung der IVSS über die soziale Sicherheit in der Landwirtschaft in Europa vom 24.–29. April 1970 in Budapest.

24 SAPMO-BArch, DY 34, 25687, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FGDB am 11.5.1970, Beschluß Nr. S 285/70: a) Richtlinie für die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Räten der Städte und Gemeinden und den Betrieben und Kombinatzen zur Durchführung gemeinsamer Maßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens und sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium; b) Richtlinie für den Einsatz von zusätzlich zum Plan erwirtschaftetem Nettogewinn für gemeinsame Maßnahmen zur Entwicklung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium – Erprobung in ausgewählten Betrieben, Städten und Kombinatzen (einschl. Erprobungsprogramm).

schon näher betrachtete Ausbreitung von betrieblich-kommunalen Netzwerken. Die Funktionsweise solcher Netzwerke sollte in einem entsprechenden Erprobungsprogramm getestet werden. In ausgewählten Betrieben, Kombinat und Städten wollte man diese Form der Kooperation auf ihre Praxistauglichkeit prüfen. Dass der Versuch bereits bis zum 30. Juni 1970 abgeschlossen sein sollte, lässt auf einen gewissen Zeitdruck schließen, unter dem der Bundesvorstand agierte. Den beteiligten Bezirksvorständen des FDGB war aufgegeben, die Ergebnisse des Experiments einzuschätzen, ihren Standpunkt zu den erprobten Regelungen darzulegen und Vorschläge zur Präzisierung bzw. Veränderung zu unterbreiten.²⁵

2. Die Fronde formiert sich

Während die Welt zumindest in dieser Hinsicht noch halbwegs in Ordnung schien, brauten sich in der SED-Zentrale bedrohliche Wolken zusammen. Am 7. Juli 1970 nahm das Politbüro einen von Ulbricht für das 14. ZK-Plenum vorbereiteten Beschlussskizzenentwurf nur als „Grundlage“ an.²⁶ Walter Ulbricht hatte darin, gestützt auf Vorarbeiten des „Strategischen Arbeitskreises“, ein gesellschaftspolitisches Konzept entwickelt, in dem die Wirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution als Kern eines „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ fungierte.²⁷ Es handelte sich um ein Modernisierungsmodell, das auf der Annahme beruhte, der Gesamtprozess gesellschaftlicher Entwicklung ließe sich im Sozialismus nach den Prinzipien eines kybernetischen Systems steuern. Nach Ulbrichts Überzeugung, die sich aus seinen zahlreichen Stellungnahmen zum Neuen ökonomischen System bzw. zum Ökonomischen System des Sozialismus rekonstruieren lässt, hatte das Soziale darin durchaus seinen Platz. Allerdings setzte er, ähnlich wie Gomułka in Polen, eine Priorität zugunsten industrieller und landwirtschaftlicher Modernisierungsinvestitionen, um auf einer stabilisierten ökonomischen Grundlage den abzu sehenden sozialpolitischen Nachholbedarf später zu befriedigen. Hinzu kam, dass man in Kauf nahm, die Arbeitswelt quasi in eine Zweiklassengesellschaft aufzuspalten: in die Betriebe mit den im Rahmen der Strukturpolitik favorisierten Automatisierungsvorhaben und in solche Betriebe, die deutlich weniger mit finanziellen Mitteln und materiellen Ressourcen ausgestattet blieben. In einem zum 20. Jahrestag der DDR 1969 veröffentlichten Artikel hatte Ulbricht an die Geduld der Benachteiligten appelliert. Zunächst müsse die Systemautomatisierung in den strukturbestimmenden Kombinat durchgeföhrt werden. Das bedeute, „daß leider nicht alle Mitglieder unserer Gesellschaft gleichzeitig dieser künftigen Errungenschaften teilhaftig werden können. Es wird unvermeidlich ein allmählicher Prozeß sein, es wird einige Zeit in Anspruch nehmen, solche modernen Einrichtungen des Sozialismus überall zu schaffen“.²⁸

25 Ebd.

26 SAPMO-BArch, DY-30/ J IV 2/2A/1453, Protokoll der Politbüro-Sitzung am 7.7.1970. Beschluß zu TOP 2.

27 Ausführlich hierzu: Kaiser, Machtwechsel, S. 376f.

28 Walter Ulbricht: Bilanz und Ausblick am 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, in: Zwanzig Jahre Deutsche Demokratische Republik, Berlin 1969, S. 41. Zit. nach: Erhard Schulze/Heinz

Diesen Gedanken nahm Günter Mittag im Juli 1970 noch einmal auf, als er seinen Abteilungsleitern die Leviten las. Gelegenheit dazu bot die Auswertung des Besuchs einer Politbüro-Delegation unter Leitung von Walter Ulbricht auf der von der DDR im selben Monat veranstalteten Ostseewoche.²⁹ Die Beratung gab insofern einen Hinweis auf die zunehmenden Steuerungsdefizite des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“, als Mittag angesichts drohender Schwierigkeiten immer mehr Entscheidungen an sich zog. So verlangte er, „daß sich jeder Abteilungsleiter persönlich dafür verantwortlich fühlt, daß bei Automatisierungsvorhaben kein Einbruch zugelassen wird“. Auftretende Probleme seien „in persönlicher Aussprache“ mit ihm, Mittag, zu klären. Im Schiffbau werde ein „Anwendungsbeispiel sozialistischer Betriebswirtschaft“ geschaffen. Innerhalb von drei Wochen sollten ihm die Abteilungsleiter „neue Übersichten“ zu Großforschungszentren, Prognosen auf den einzelnen Gebieten, zum Stand der Automatisierungsvorhaben und der Operationsforschung liefern und „neueste ökonomische, wissenschaftliche, technische Erfahrungen aus der Sowjetunion (auf 1 Schreibmaschinenseite)“ auflisten.³⁰ Letzteres mochte man als obligate Referenz verstehen. Im Großen und Ganzen jedoch schien Mittag mit einiger Konsequenz Kurs halten zu wollen. Sozialpolitische Erwägungen spielten dabei eine eher periphere Rolle. Immerhin sprach man darüber: „Es wurde die Verantwortung der Betriebe für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen herausgearbeitet. So z.B. durch Ausbau und Verteilung von Wohnungen“, hieß es in der Protokollnotiz.³¹ Es wäre verfehlt, darin eine Unterschätzung sozialer Probleme zu sehen. Das erkennbare Bestreben, die Aufwendungen für staatliche Sozialpolitik möglichst zu beschränken und sie auf die Betriebe zu verlagern, entsprach vielmehr dem bemerkenswerten Appell an Eigenverantwortung und Solidarverhalten, mit dem Walter Ulbricht 1967 auf dem VII. Parteitag der SED aufgewartet hatte.³² Günter Mittag nahm über 20 Jahre später, kurz vor seinem Tod, noch einmal dazu Stellung und verteidigte das Ende der 1960er Jahre bereits praktizierte Prinzip der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ sowie die Orientierung der Wirtschaft an Gewinn und Rentabilität als zentrale Elemente der Wirtschaftsreform.³³ So begründet damalige und künftige Zweifel an der dauerhaften Funktionsfähigkeit des NÖS auch gewesen sein mögen, so evident war die Logik des Arguments, dass eine aktive Sozialpolitik wirtschaftlicher Voraussetzungen bedurfte.

Hier jedoch biss sich die Katze in den Schwanz. Denn genau in dem Punkt hielten sich viele Betriebsleitungen zurück, wie es in einer fünf Monate nach der Abteilungsleiterberatung bei Mittag im November 1970 angefertigten Analyse des Volkskammerausschusses für

Siewert: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, in: Einheit 25 (1970), S. 1278–1287, hier 1286.

29 Walter Ulbricht hatte am 16. Juli 1970 an der „Arbeiterkonferenz der Ostseeländer“ in Rostock teilgenommen und bei dieser Gelegenheit im Hinblick auf die Fortsetzung des deutsch-deutschen Dialogs positiv auf die am 15. Juli veröffentlichte Rede des Bundesaußenministers Walter Scheel reagiert. Wie der am 21.1.1971 an Leonid I. Breschnew gerichtete Brief des SED-Politbüros zeigte, wurde ihm diese Eigenmächtigkeit mindestens ebenso angekreidet wie seine wirtschaftlichen Reformbestrebungen.

30 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.11/28, Schlußfolgerungen aus der Beratung mit den Abteilungsleitern beim Genossen Dr. Mittag am 16.7.1970. Protokollnotiz vom 21.7.1970.

31 Ebd.

32 S. Download-Kapitel 2.

33 Günter Mittag: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin/Weimar 1991, S. 140f.

Arbeit und Sozialpolitik hieß. „Schwierigkeiten in der betrieblichen Planerfüllung, unzureichende perspektivische Vorstellungen über notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben, wirken sich ungünstig aus. Der Rückstand in der Planerfüllung bei ‚Eigenleistungen‘ zeigt dies ebenfalls deutlich.“ Als warnendes Beispiel wurde der Bezirk Dresden aufgeführt, wo 77% der Plätze in Kindereinrichtungen als „Eigenleistungen“ ohne Investitionskennziffern und materielle Deckung in den Plan aufgenommen worden waren.³⁴

Solche Luftbuchungen kamen dem zunehmend reformmüden Parteiapparat durchaus gelegen, lieferten doch derartige Meldungen immer neue Munition für die anstehenden Auseinandersetzungen um den Fortgang der Ulbrichtschen Strukturpolitik. Seit dem Sommer 1970 verstärkte sich der aus dem Apparat kommende Gegenwind deutlich. So betonte die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des Zentralkomitees in einem Vorbereitungspapier für die 14. ZK-Tagung die negativen Folgen der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Disproportionen.³⁵ Zielstrebig wurde auf diese Weise eine Argumentationslinie aufgebaut, die auf eine Revision zentraler Elemente des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“ hinauslief. Allerdings wäre der Erfolg dieser bewusst inszenierten Gegenbewegung wohl nicht so klar ausgefallen, wie es dann im ersten Halbjahr 1971 der Fall sein sollte, wenn es nicht in den Reihen der Reformsympathisanten oder auch der Unentschiedenen einen deutlichen Verlust an Vertrauen oder auch Zukunftsgewissheit gegeben hätte. Dies mochte auch mit dem Fehlen einer charismatischen Galionsfigur zu tun haben, worunter die Wirtschaftsreform in der DDR von Anbeginn litt. Symptomatisch für diese Situation klagte Erik Neutsch, einer der Stars in der zeitgenössischen Literaturszene: „Die Renaissance hatte ihren Erasmus von Rotterdam, die Aufklärung ihren Lessing, die Klassik ihren Herder, Heine seinen Marx und Engels. Doch wen haben wir? Kurzum: Wir haben unsere Parteibeschlüsse.“³⁶ Dass er das ausgerechnet im Zentralorgan der SED verlautbaren konnte, lässt Raum für Vermutungen.

Allerdings wurde dem NÖS/ÖSS auch zu dieser Zeit gerade aus westlicher Perspektive noch immer ein nennenswertes Reformpotential zugetraut. Gerade im Zusammenhang mit der dritten industriellen Revolution, so schien es den Fachleuten vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), würden sich die systemeigenen Hemmnisse wenigstens zum Teil überwinden lassen: „Für den hohen Nachholbedarf bei der Arbeitsproduktivität lassen sich schwerlich andere Gründe finden als systemspezifische Schwächen der DDR-Wirtschaft. Engpässe, Informationslücken, Fehlplanungen aufgrund mangelhafter Flexibilität, mangelnde Initiative in den mittleren Ebenen der Wirtschaftsführung und andere Reibungsverluste haben die DDR im Wettbewerb um volkswirtschaftliche Effizienz ins Hintertreffen gebracht. Bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung muß jedoch bedacht werden, daß diese Untersuchung sich auf Jahre erstreckt, in denen die Wirtschaft der DDR

34 SAPMO-BArch, DY-34, 6776, Bundesvorstand des FDGB, Büro Fritz Rösel, Volkskammerausschuß für Arbeit und Sozialpolitik: Information über durchgeführte Nachkontrollen in den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt zur Planerfüllung beim Bau von Kindereinrichtungen. 25.11.1970, S. 5f.

35 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.11/4, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik, 5.8.1970: Zuarbeit zum wirtschaftspolitischen Teil des Berichts des Politbüros an die 14. Tagung des ZK.

36 Erik Neutsch: Geschichte und Geschichten zum neuen Menschenbild, in: Neues Deutschland, 18.10.1970, S. 6.

noch stärker von den Schwächen des alten ökonomischen Systems betroffen war. Der Spielraum für Produktivitätsfortschritte durch vermehrte und konzentrierte Realisierung des technischen Fortschritts dürfte heute in der DDR vergleichsweise recht groß sein.³⁷

Walter Ulbricht gehörte offenbar zu jenen, die dem zugestimmt hätten. Gleichwohl erfasste er die Risiken seiner mit dem Begriff der Strukturpolitik verbundenen Strategie durchaus und setzte im besonders kritischen zweiten Halbjahr 1970 auf Zeitgewinn. Das geht aus Bemerkungen hervor, mit denen er Leonid I. Breschnew nach der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags am 20. August 1970 in Moskau zu beruhigen suchte. Unerwartet „tiefere, gefährlichere Wirkungen“ der wissenschaftlich-technischen Revolution und einige prekäre „Dinge in der Versorgung“ hoffte er „in den nächsten Monaten [...] gut in den Griff zu bekommen“.³⁸ Genau hier setzten jedoch die Frondeure um Erich Honecker an. Ihnen diente die „Versorgung“ als Hebel für eine vorerst wenig auffällige Kurskorrektur. In Abwesenheit Ulbrichts, der in der UdSSR zur Kur weilte, verabschiedete das Politbüro am 8. September 1970 einen „Beschluss zur Analyse der Plandurchführung im 1. Halbjahr 1970“. Man habe zu prüfen, hieß es in dem Papier, was zu tun sei, „um die vom VII. Parteitag beschlossene Strukturpolitik, die planmäßige, proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft sowie die planmäßige Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten“.³⁹ In scheinbarer Harmlosigkeit barg diese Formulierung politischen Sprengstoff. Die Betonung der „Planmäßigkeit“ erfuhr ihre Ergänzung durch die Bildung einer Arbeitsgruppe beim Präsidium des Ministerrates. Wie SPK-Chef Gerhard Schürer im Dezember 1970 auf dem 14. Plenum des ZK der SED mitteilte, bestand ihre Aufgabe darin, „komplizierte Probleme der Volkswirtschaft operativ zu steuern“.⁴⁰ Damit war das improvisierende politische Eingreifen in den Wirtschaftsprozess umschrieben. Diese keineswegs neue Praxis lief den Reformintentionen Ulbrichts aber eindeutig zuwider. Nicht ohne Grund erhob er acht Tage nach der Politbürositzung Einwände gegen die Beschlusslage.⁴¹ Es gelang ihm aber schon nicht mehr, einen am 28. September 1970 gefassten Ministerratsbeschluss zu verhindern, der erneut die Einheit von Strukturpolitik, planmäßig-proportionaler Entwicklung und kontinuierlicher Versorgung der Bevölkerung verlangte und in diesem Sinne zunächst einmal „Korrekturen“ am Plan für 1970 vornahm. Die Vorgaben für den Bruttogewinn wurden reduziert, und die Betriebe konnten unverschuldete Mehrkosten aus dem Nettogewinn ausgliedern, wodurch weiterhin Prämienszahlungen an ihre Beschäftigten möglich blieben.⁴²

37 Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und in der Bundesrepublik – ein Vergleich, in: Deutschland Archiv 3 (1970), S. 877–882, hier 881. (Nachdruck aus: DIW-Wochenbericht Nr. 20/1970. Bearbeiter: Herbert Wilkens).

38 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 41656, Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21.8.1970, Moskau, zit. nach: Kaiser, Machtwechsel, S. 399.

39 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2/1300, Bl. 7, Beschluß des Politbüros vom 8.9.1970. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 40/70 vom 8.9.1970,

40 SAPMO-BArch, DY 30 /IV 2/1/265, Stenographisches Protokoll der 14. Tagung des ZK der SED v. 9.–11.12.1970. Diskussionsbeitrag Gerhard Schürer, S. 541.

41 Kaiser, Machtwechsel, S. 413.

42 Steiner, DDR-Wirtschaftsreform, S. 518.

Wenig später, am 5. Oktober 1970, unternahm Walter Ulbricht auf einer Sitzung des Politbüros des ZK der SED noch einmal einen Kompromissversuch, um den Kern seiner Wirtschaftsreform zu sichern. In einer Vorlage plädierte er für eine Dynamisierung und Dezentralisierung des Planungsprozesses, um mit Hilfe einer „Vorbilanzierung“ die „dynamische proportionale Entwicklung in den Hauptproportionen“ zu sichern.⁴³ Die etwas gewundene Formulierung sollte offenbar in Annäherung an die orthodoxe Lehre von der „planmäßig-proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ Spielraum für die Fortsetzung der Reform offenhalten. Aber genau in dieser Frage versteifte sich der Widerstand einer Mehrheit von Politbüromitgliedern. Sie wollten in Anlehnung an die Sowjetunion eine Rückkehr zur zentralisierten Wirtschaftsplanung, und sie wollten ein Ende der Reform. Mit der Möglichkeit, ein in diesem Sinne überarbeitetes Papier neu vorzulegen, erfuhr Ulbrichts Vorlage ein Begräbnis zweiter Klasse.⁴⁴ In ihrer Untersuchung zum Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker macht Monika Kaiser deutlich, dass hinter dieser reformkritischen Position letztlich die Sorge vor den politischen Risiken stand.⁴⁵

Das war freilich nicht mit einem Alternativkonzept gleichzusetzen. Offenbar fiel es Ulbrichts Kontrahenten zunächst nicht leicht, einen politischen Ausweg aus der Wirtschaftsreform mit weiterreichenden Vorstellungen zu verbinden. Hier spielte wohl auch Unsicherheit eine Rolle. Noch bewegte man sich auf Reformterrain. Dafür sprach auch, dass auf der Politbürositzung vom 5. Oktober 1970 auf Ulbrichts Vorschlag hin eine unter Leitung von Günter Mittag tätige Kommission zur „Ausarbeitung der Konzeption der komplexen Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus ab 1971 unter besonderer Berücksichtigung der neuen ökonomischen Probleme, die im Zusammenhang mit der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution auftreten“ benannt wurde.⁴⁶ Sogar Ulbrichts Einladung einer Expertenrunde, in der am 27. Oktober 1970 über die Entwicklungsrichtung wichtiger Technologien beraten werden sollte, blieb unwidersprochen.⁴⁷ Die „operative Steuerung“ war lediglich ein Notbehelf, der allerdings eine Kehrtwende zur zentralisierten Wirtschaftsplanung nahelegte.

Indes ging der Bundesvorstand des FDGB nach wie vor davon aus, die Sozialpolitik fester in das ökonomische System einbinden zu müssen. Dementsprechend plädierte sein stellvertretender Vorsitzender Rolf Berger im September 1970 noch ohne jeden kritischen Akzent dafür, einen Schwerpunkt der künftigen Gewerkschaftsarbeit in den strukturbestimmenden Betrieben zu suchen und generell durch die Mitarbeit des FDGB „an der Gestaltung aller Elemente und Teilsysteme zum entwickelten gesellschaftlichen Gesamtsystem des Sozialismus beizutragen“.⁴⁸ Ähnlich hieß es auch in einem Arbeitspapier zur Prognose der künftigen Aufgaben des FDGB: „Das Grundproblem der Sozialpolitik besteht darin, daß sie als Bestandteil des ökonomischen Systems des Sozialismus die erweiterte Reproduktion des

43 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2 A/1470, Vorlage Ulbricht vom 2.10.1970: „Hinweise für die Vervollkommnung des ökonomischen Systems des Sozialismus, um den Durchbruch zu Spitzenleistungen bei gleichzeitiger planmäßig proportionaler Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern“.

44 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2 A/1470, Beschluß des Politbüros vom 5.10.1970.

45 Vgl. Kaiser, *Machtwechsel*, S. 423.

46 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2 A/1470, Beschluß des Politbüros vom 5.10.1970.

47 Kaiser, *Machtwechsel*, S. 428.

48 SAPMO-BArch, DY 34, 24885, Rolf Berger: Sekretariatsvorlage „Maßnahmeplan zur Lösung prognostischer Aufgaben der Gewerkschaften in Vorbereitung des 8. FDGB-Kongresses“, 23.9.1970, S. 5.

Menschen und sozialistische Lebensbedingungen für alle Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft sichern hilft. Die spezielle Aufgabe der Gewerkschaften ist, alle sozialpolitischen Probleme, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution im entwickelten gesellschaftlichen System auftreten, im Interesse der Arbeiterklasse lösen zu helfen.⁴⁹ Man sah sich also angesichts des sich immer deutlicher abzeichnenden Wandels der Arbeitswelt in gewisser Weise als soziales Korrektiv, ohne jedoch Ulbrichts Wirtschaftsreform und Strukturpolitik auch nur andeutungsweise in Frage zu stellen. Hierzu war eine Reihe von Aufgabenschwerpunkten und Themenfeldern aufgelistet worden, von denen anzunehmen war, dass sie in der nächsten Zeit vermehrte Aufmerksamkeit beanspruchen würden:

- Inhalt und Tendenzen sozialpolitischer Interessenvertretung,
- Veränderungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen durch Strukturwandel,
- Arbeitsgestaltung,
- Schutz des Menschen bei chemischen Prozessen, Hochfrequenztechnik, Atomenergie,
- Arbeits- und Gesundheitsschutz, besonders Unfallverhütung,
- neue Anforderungen an Arbeiterversorgung, Arbeits- und Wohnverhältnisse,
- neue Qualität der Kontroll- und Erziehungsaufgaben beim Gesundheits- und Arbeitsschutz,
- Durchsetzung der NÖS-Prinzipien in der Sozialversicherung,
- sozialpolitische Förderung von Familien, Frauen und älteren Bürgern,
- Aufgaben des Erholungswesens angesichts wachsender Freizeitbedürfnisse,
- Verantwortung der Gewerkschaften für höhere Wirtschaftlichkeit sozialer Einrichtungen.

Diese Prognose, die durchaus auch nach dem Dezember 1970 relevant bleibende Punkte enthielt, stand in einem auffälligen Kontrast zur eher apathischen Verfassung des FDGB. Auf der Suche nach einer Erklärung fallen zwei Faktoren ins Auge, die beide eine Rolle gespielt haben könnten. Da liegt es erstens nahe, dass sich die FDGB-Spitze tunlichst aus dem Machtkampf zwischen Honecker und Ulbricht heraushalten wollte. Und zweitens hatte man in den Jahren der Wirtschaftsreform die Erfahrung machen müssen, wie der Gewerkschaftsbund allmählich an den Rand des Geschehens gedrängt worden war.⁵⁰

Nicht zu unterschätzen bleibt natürlich auch die im Herbst 1970 noch immer bestehende relative Offenheit der Situation. Man wird diesen Zeitraum als eine Übergangsphase zu deuten haben, in der die Entscheidung zum Abbruch der Wirtschaftsreform noch nicht gefallen war. Das Aufschieben des eigentlich im September fälligen ZK-Plenums bis in den Dezember war ein Indiz dafür. Der Entwurf des Volkswirtschaftsplanes für 1971 konnte, worauf Monika Kaiser aufmerksam machte, nicht fertiggestellt werden, weil die sowjetische

49 SAPMO-BArch, DY 34, 24885, Bundesvorstand des FDGB. Arbeitsgruppe Prognose: Entwurf: Inhaltliche Konzeption und Maßnahmen zur Ausarbeitung der Gewerkschaftsprognose bis 1980, Sept. 1970, S. 7.

50 Peter Hübner: Im Parteauftrag: Herbert Warnke an der Spitze des FDGB, in: Karl Lauschke (Hg.): Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit: Prägung – Funktion – Leitbilder [=Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, H. 35 (2006)], Bochum 2006, S. 101-120, hier bes. 118f.

Führung Lieferzusagen an die DDR immer wieder hinausschob.⁵¹ Dies gab einen Hinweis auf die veränderte sowjetische Interessenlage. Im Verlaufe der 8. Fünfjahrplanperiode 1966–1970 hatte sich nämlich der Rückstau sozialer Bedürfnisse in der UdSSR zu einem ernststen innenpolitischen Problem ausgeweitet, verschärft noch durch die anhaltenden Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Die KPdSU-Spitze unter Breschnew zog daraus auch die Schlussfolgerung, dem Bedarf der eigenen Bevölkerung Vorrang vor den Lieferanforderungen der „Bruderländer“ einzuräumen. Hierzu wurden die Weichen in den Monaten vor dem XXIV. KPdSU-Parteitag bei der Vorbereitung des Fünfjahrplanes 1971–1975 gestellt. Dessen „Hauptaufgabe“ sei es, so hieß es dann in der Parteitagsdirektive, „einen bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ zu erreichen.⁵²

Diese angesichts der bisherigen Entwicklung durchaus nachvollziehbare Akzentverschiebung hatte sich bereits im Verlaufe des Jahres 1970 immer deutlicher herausgeschält. Sie stellte die DDR-Wirtschaft zwar vor einige Probleme, doch entstand daraus noch kein Zwang zum Abbruch der Wirtschaftsreform. Überhaupt blieb die sowjetische Haltung in dieser Hinsicht ambivalent. In einem Schreiben an Ulbricht vom 16. Oktober 1970 bezeichnete Breschnew die Konzentration von Ressourcen auf „die strukturbestimmenden Zweige der Industrie“ als einen Weg, der sowjetischen Erfahrungen entspreche, wenngleich er auch „mit bestimmten Schwierigkeiten verbunden“ sei. Aber man müsse auch die Gesamtproportionen der Volkswirtschaft beachten.⁵³ Nur einen Tag darauf sprach sich der Chef der sowjetischen Plankommission Nikolai K. Baibakow (*1911) gegenüber seinem DDR-Kollegen Schürer deutlich für eine Stärkung der zentralen Planung und Bilanzierung aus.⁵⁴ Als das Politbüro am 3. November eine Antwort auf Breschnews Brief beriet, legte es zugleich fest, bis zum 1. Dezember eine Übersicht zu Problemen und strittigen Fragen des Volkswirtschaftsplanes 1971 vorzulegen und zum 9. Dezember die nächste ZK-Tagung einzuberufen.⁵⁵

Die Tendenz zu einer Abkehr von der Wirtschaftsreform trat immer deutlicher hervor. Dennoch entschied sich der Machtkampf an der Spitze der SED zu dieser Zeit nicht in diesem Punkt und auch nicht allgemein auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, sondern in der Deutschlandpolitik. Nachdem sich Erich Honecker am 28. Juli 1970 in Moskau über Ulbrichts Eigenmächtigkeiten im Verhältnis mit der Bundesrepublik beschwert und Breschnew Ulbricht bei dessen Moskau-Besuch am 21. August 1970 Vorhaltungen gemacht hatte, trug dieser sich offenbar mit Rückzugsgedanken. Der Erinnerung seiner Ehefrau Lotte Ul-

51 Kaiser, Machtwechsel, S. 429.

52 Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971–1975, in: XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Schlussworte, Direktiven, Resolutionen, Moskau, Berlin 1971, S. 46.

53 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/202/347, Brief Leonid I. Breschnews an Walter Ulbricht vom 16.10.1970.

54 BA, DE1, 56108, Gerhard Schürer: Bericht über die Beratungen mit Gen. Baibakow und Tichonow am 17.10.1970, zit. nach: Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform, S. 532.

55 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2A/1476, Protokoll der Politbürositzung am 3.11.1970, zit. nach: Kaiser, Machtwechsel, S. 429.

bricht zufolge ereignete sich eine Schlüsselszene im Herbst 1970⁵⁶ bei einem Besuch Breschnews in Berlin: „Vor seiner Rückreise traf er sich mit dem Politbüro in unserem Haus. Vor der Abfahrt standen wir auf der Straße beisammen. Da bat Walter Ulbricht Breshnew zur Seite und forderte mich [vermutlich, weil Lotte Ulbricht russisch sprach. P.H.] auf, diesem seinen Wunsch vorzutragen: er wolle als Generalsekretär zurücktreten. Breshnew bat meinen Mann, damit zu warten. Angesichts der Unruhen in Polen sei der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungünstig. Walter versprach zu warten.“⁵⁷ Inwieweit diese Episode zutrifft, sei dahingestellt. Bedeutsamer erscheint, dass die sowjetische Parteiführung zu dieser Zeit einer nach innen gerichteten Konsolidierungspolitik Vorrang gab. Dazu gehörten auch intensivere Bemühungen um die Integration des osteuropäischen Blocksystems. Ulbrichts deutschlandpolitische Ambitionen mussten hierbei nur stören. Hinzu kam aber noch etwas anderes: Breschnews Einsicht, die soziale Leidensfähigkeit der Bevölkerung in der Sowjetunion nicht überstrapazieren zu dürfen und die in vielen Bereichen noch immer beeindruckenden Produktionszuwächse auch in einen höheren Lebensstandard ummünzen zu müssen, gab den Kontrahenten Ulbrichts in der SED ein wichtiges Argument in die Hand. Ulbricht hatte diesen Zusammenhang nie ignoriert, wohl aber unterschätzt.

Entsprechende Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit jedenfalls sorgten im politischen Apparat der SED für eine gewisse Alarmstimmung. Allerdings ist hierbei schwer zu unterscheiden, inwieweit man es mit mehr oder minder sachlicher Information zu tun hatte oder ob hier bewusst ein Bedrohungsszenarium aufgebauscht wurde. Anfang Dezember 1970 jedenfalls berichteten die MfS-Leute aus den Bezirken der DDR über teilweise „aggressive“ Diskussionen angesichts der Versorgungsmängel. In dem Zusammenhang seien auch Hinweise auf den 17. Juni 1953 erfolgt. Im Wesentlichen seien die ökonomische Entwicklung und das lückenhafte Warenangebot Gegenstand der Kritik gewesen. Vergleiche mit der erfolgreicheren Entwicklung in der Bundesrepublik hätten ebenfalls eine Rolle gespielt.⁵⁸ Das alles war weder sensationell und schon gar nicht neu, doch wurde der Eindruck erweckt, hier reichere sich ein politisches Gefahrenpotential an.

Auch der FDGB- Bundesvorstand zeigte sich besorgt. Aufgrund eines Beschlusses seines Sekretariats vom 27.10.1969 war eine „Ordnung für die Erfassung von Arbeitskonflikten und besonderen Vorkommnissen“ erlassen worden. Diese war nicht so sehr auf Überwachung angelegt, vielmehr maß man ihr eine eher prophylaktische und korrigierende Funktion zu. Die Gewerkschaftsleitungen, so hieß es darin, müssten „auf die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit achten und gegen jede Verletzung der sozialistischen Demokratie

56 Breschnew hielt sich im Zusammenhang mit einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 2. Dezember 1970 in Ostberlin auf. Vgl. Communiqué über eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in: Neues Deutschland, 3.12.1970, S. 1.

57 Walter Ulbricht wollte 1970 zurücktreten. Lotte Ulbricht in einem Brief an ND, in: Neues Deutschland, 21.11.1996, S. 1; Kaiser, Machtwechsel, S. 436f; Frank Schuhmann (Hg.): Lotte und Walter. Die Ulbrichts in Selbstzeugnissen, Briefen und Dokumenten, Berlin 2003, S. 143.

58 BStU, Z 1871, Bl. 1–15, Information über einige Probleme der Versorgung der Bevölkerung (Stand 1.12.1970), zit. nach: Christoph Kleßmann: Politische Rahmenbedingungen, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Hg.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesarchiv. Bd. 9: ders. (Band-Hg.): Deutsche Demokratische Republik 1961–1971: Politische Stabilisierung und Mobilisierung, Baden-Baden 2007, S. 1–76, hier 60.

konsequent auftreten. Sie müssen deshalb schnell und wahrheitsgetreu über aufgetretene Konflikte und besondere Vorkommnisse in ihrem Organisationsbereich informiert sein.⁵⁹ Die „Ordnung“ sollte nun eine systematischere Erfassung ermöglichen und die Vergleichbarkeit mit vorangegangenen Analysen ermöglichen.

Das geschah dann auch. Der Befund bestätigte die Befürchtungen: Für den Zeitraum vom Januar bis September 1970 konstatierte man ebenso viele Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse wie im gesamten Jahr 1969. Insgesamt 117 Meldungen bezogen sich auf:

- „19 Arbeitsniederlegungen und 4 auf Androhung zur Arbeitsniederlegung
- 62 Brände, Havarien und sonstige Produktionsausfälle
- 7 Sabotageakte
- 26 feindliche Provokationen
- 3 Unterschriftensammlungen mit Lohn- und Urlaubsforderungen.“⁶⁰

Es ist hier nicht erforderlich, die in dieser Quelle aufgeführten Gründe zu referieren. Die Analyse folgte einem schon verfestigten Muster und machte vor allem Mängel in der Leitungstätigkeit für solche „Vorkommnisse“ verantwortlich. Interessanter ist das Faktum der Zunahme von Bränden, Havarien und sonstigen Produktionsausfällen von 19 im Jahr 1969 auf 62 in den ersten drei Quartalen des Jahres 1970. Im Einzelfall mochten zwar auch hier Querbezüge zur schlechten Stimmung der Beschäftigten, zu Leitungsfehlern, administrativer Schwerfälligkeit u.ä. herzustellen sein, doch im Großen und Ganzen gaben diese Zahlen einen Hinweis darauf, dass die Wirtschaft der DDR, insbesondere die Industrie, zumindest teilweise „auf Verschleiß gefahren“ wurde. Entsprechend wuchs die Störanfälligkeit. Ein Indiz dafür war auch ein leichter Anstieg der Arbeitsunfälle von 1969 zu 1970, wobei Bergbau, Chemie, Metallurgie, Schwermaschinenbau, Landwirtschaft und Verkehr mit überdurchschnittlichen Zuwächsen auffielen.⁶¹

Erste Korrekturmaßnahmen deuteten sich an, als der Ministerrat am 12. November eine „Direktive zur Verbesserung der Arbeiterversorgung im Jahre 1971“ beschloss.⁶² Sie zielte nicht nur auf eine verbesserte Arbeiterversorgung in den Betrieben, sondern auch auf die Stabilisierung des Angebots von Waren des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen. Diese Maßnahme ist sehr wahrscheinlich vor dem Hintergrund des in den Monaten September und Oktober 1970 erfolgten Umtauschs der Parteimitgliedsbücher der SED zu sehen. Im Rahmen der Kampagne erfolgten in den Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen persönliche Gespräche mit allen Parteimitgliedern. Das Ergebnis war ziemlich eindeutig: Massive Zweifel an den Zielen der Strukturpolitik und an der Realisierbarkeit des Planes 1970 wurden geäußert. Es gab Forderungen nach mehr Kontinuität und Berechenbarkeit im betrieblichen Arbeitsprozess. Eine wichtige Rolle spielten der Ärger über zahlreiche Ver-

59 SAPMO-BArch, DY 34, 4966, FDGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation: Ordnung für die Erfassung von Arbeitskonflikten und besonderen Vorkommnissen, 27.10.1969.

60 SAPMO-BArch, DY 34, 5414, FDGB-Bundesvorstand, Abt. Organisation: Analyse über Arbeitskonflikte und besondere Vorkommnisse, die in den Monaten Januar bis September 1970 stattfanden, 22.10.1970.

61 StJB DDR 1971, Berlin 1971, S. 74.

62 Mitteilungen des Ministerrates der DDR Nr. 32 vom 25.11.1970 (vertrauliche Dienstsache 46/70). Nach Kleßmann, Politische Rahmenbedingungen, S. 59f.

sorgungsengepässe, schleichende Preiserhöhungen und die Sorge vor sozialen Abstrichen. Dies beschrieb immerhin die Stimmungslage zahlreicher SED-Mitglieder. In der übrigen Bevölkerung dürfte die Sicht der Dinge noch etwas düsterer gewesen sein. Es lag also nahe, wenn der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen nunmehr größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, wobei vor allem der Wohnungsbau im Vordergrund stand.⁶³

Aber es kam noch ein bislang wenig beachteter Umstand hinzu: Immer mehr wussten immer weniger über den realen Stand der Dinge. So gab der stellvertretende Leiter der Staatlichen Plankommission, Richard Müller, bei der Beratung des Gesetzentwurfes über den Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplan 1971 am 8. Dezember 1970 im Volkskammerausschuss für Arbeit und Sozialpolitik zu bedenken: „Ein entscheidendes Problem für die Durchführung des Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplanes 1971 ist, daß ein verhältnismäßig kleiner Kreis der Bevölkerung mit den neuen Fragen der Grundproportionen vertraut ist. Die Betriebe stellen mitunter noch Forderungen nach Investitionen, die dem Planentwurf nicht entsprechen. Auf der Basis der zentralen Richtung müssen manche bereits abgeschlossenen Verträge geändert werden. Bei vielen Leitern ist ein Umdenken notwendig. Sie sprechen noch über Ziele, für die eine reale Basis in den Fonds ihrer Betriebe nicht gegeben ist. Auch Räte der Bezirke hatten Illusionen über die Möglichkeiten der Produktivitäts- und Leistungssteigerung im nächsten Jahr.“⁶⁴

Angesichts dieser drastischen Situationsschilderung dürften die Mitglieder des Ausschusses der am folgenden Tag beginnenden Tagung des SED-Zentralkomitees mit erhöhtem Interesse entgegengesehen haben. Denn offenkundig trat im Herbst 1970 eine Problemlage zutage, die für die SED immer brisanter wurde. Es gab zweifellos Korrekturbedarf, dieser aber bot alle Voraussetzungen für einen geschickt arrangierten Politik- und Machtwechsel.

3. Bündnispolitische Koordinaten

In den Führungsgremien der SED konnte nach der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Juni 1969 in Moskau und den Aktivitäten um das Lenin-Jubiläum im April 1970 kein Zweifel daran bestehen, dass die KPdSU-Spitze nicht nur auf ihrem Führungsanspruch bestand, sondern dass sie das betont selbstbewusste Auftreten Walter Ulbrichts in der Deutschlandpolitik, in der internationalen Sozialismus-Diskussion und im Zusammenhang mit der DDR-Wirtschaftsreform mit wachsendem Argwohn verfolgte. In dieser Konstellation witterten Ulbrichts Opponenten im Politbüro der SED nicht ohne Grund Morgenluft. Die NÖS/ÖSS-Mannschaft hingegen registrierte sehr wohl, dass das Schicksal der Reform auf dem Spiel stand.

Vor diesem Hintergrund erlangte die polnische Entwicklung besondere Bedeutung. Während sich in der ČSSR die Decke der „Normalisierung“ über das politische Leben breitete, bahnte sich in der PRL eine Kontroverse an, die der in der DDR sehr ähnlich schien. Insofern hätte es nahegelegen, die Möglichkeiten wirtschaftlicher Kooperation zur gegenseitigen

63 Naumann/Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker, S. 32f.

64 SAPMO-BArch, DY 34, 6767, Volkskammer der DDR: Stenographisches Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik am 8.12.1970, S. 32.

Stützung der Reform-, Konsolidierungs- und Modernisierungsbemühungen großzügig auszuloten. Doch über zaghafte Ansätze gelangte das nicht hinaus – und konnte es wohl auch nicht. Es war Władysław Gomułka, der das Problem bereits im April 1969 bei einem Besuch in Ostberlin auf den Punkt brachte. Auf dem Gebiet der klassischen Industrieproduktion könne man den Abstand zu den westlichen Ländern relativ leicht verkürzen und beseitigen. „Aber dieser Abstand wird heute mit anderem Maßstab gemessen. Er ist an der Entwicklung oder am Entwicklungsstand der Zweige der Wirtschaft zu messen, die Träger des technischen Fortschritts sind, der Elektronik, der Automatisierungstechnik, der modernen Chemie. Wenn es also um die Disproportionen eben auf diesen Gebieten geht, das heißt also auf dem entscheidenden Gebiet, dann ist der Abstand nicht geringer geworden, sondern er hat sich noch vergrößert. Wenn unsere Spezialisten, die mit diesen Fragen vertraut sind, das untersuchen und dazu Stellung nehmen, dann können sie sehr, sehr viele Beispiele dafür bringen. Es handelt sich dabei um eine Tatsache, die nicht nur den Spezialisten wohlbekannt ist, sondern die auch in zunehmendem Maße den breiten Massen bekannt ist. Und darum, daß es in den breiten Massen bekannt ist, bemüht sich ja auch der Gegner.“

Ich komme wieder auf meine bereits mehrfach geäußerte These zurück, die ich bereits in Karlovy Vary oder in Moskau oder an einem anderen Ort, wo wir uns trafen, dargelegt habe, daß eine der Hauptquellen für die Ereignisse in der Tschechoslowakei eben jener ökonomische Rückstand ist, der – aus verschiedenen Gründen selbstverständlich – entstanden ist. Die Gründe müssen wir bei uns suchen, in unserer eigenen Politik, in der Politik unserer Parteien und Regierungen.“ Theoretisch schaffe der Sozialismus „die breitesten Möglichkeiten für die Zusammenarbeit“, praktisch aber stehe man dabei in den sozialistischen Ländern hinter dem zurück, was „zur Zeit im Westen zwischen den kapitalistischen Monopolen“ praktiziert werde.⁶⁵

Diese hier etwas ausführlicher zitierte Sequenz verdeutlicht drei Momente, die das Handeln der polnischen Parteiführung unter Gomułka bis Ende 1970 maßgeblich beeinflussen sollten: a) die Tatsache eines gegenüber dem Westen wachsenden technischen und wissenschaftlichen Rückstands; b) die zunehmende Informiertheit der „Massen“ über diese Entwicklung; c) die Unfähigkeit des sowjetischen Blocks, zu einer Kooperation mit stärkeren Synergieeffekten zu finden. Alle drei Aspekte hatten etwas Bedrohliches, und so war es von Gomułka zweifellos auch gemeint. Aber es gab auch eine Kehrseite, die sowohl im polnischen Fall wie auch in der DDR im Verlauf des Jahres 1970 eine Rolle spielte: 1) Den technologischen Rückstand zumindest partiell aufzuholen, bedeutete die Notwendigkeit einer straffen Ressourcenbündelung unter Inkaufnahme zeitweilig größer werdender Rückstände auf anderen Gebieten, auch im sozialen Bereich und beim Konsum. 2.) Die Informiertheit der „Massen“ musste nicht zwangsläufig zum Protest führen, sondern bot vielleicht auch eine Chance zu einer Art nationalem Notopfer im Sinne von Modernisierungsinvestitionen statt Butter. 3.) Die seit seiner Gründung zu wiederholten Malen erwiesene Schwerfälligkeit und Ineffizienz des RGW bot hinreichend Argumente für nationale Alleingänge. Es fällt nicht schwer, solche Motive im politischen Handeln Gomułkas und Ulbrichts zu lokalisieren.

65 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021.107, Bl. 106, Stenographische Niederschrift der Verhandlungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen am 10. und 11. April 1969 in Berlin, S. 26.

ren. Allerdings bedeutete diese Parallelität noch lange nicht, dass sich die DDR und die PRL zu einer strategischen Modernisierungsbündnis hätten zusammenfinden können. Das lag nicht nur an unterschiedlichen Voraussetzungen und teilweise auch wenig kompatiblen Interessen. Vielmehr schwang in den gegenseitigen Beziehungen immer auch Misstrauen mit. 1970 fokussierte es sich besonders auf die deutsche Frage und den Umgang mit der Bundesrepublik Deutschland.

Im Grunde nahm Gomułka Argumente vorweg, die 14 Tage später auf der XXIII. (außerordentlichen) Tagung des RGW vom 23. bis 26. April 1969 in Moskau eine Rolle spielten. Schon in einem von der Regierung der ČSSR und dem Präsidium des ZK des KSČ (Kommunistická Strana Československa, dt. Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) ausgearbeiteten Vorbereitungspapier war vom Produktivitätsrückstand, von Qualitätsmängeln, der unzureichenden ökonomischen Zusammenarbeit im RGW, von der unbefriedigenden Entwicklung der Landwirtschaft und des Lebensstandards die Rede. Reformbedarf sei unstrittig. „Diese Reformen, die eine sehr breite gesellschaftliche Reichweite haben, verlaufen in allen RGW-Mitgliedstaaten in sehr verschiedenen Formen, mit unterschiedlicher Intensität und zeitlicher Differenzierung, auch wenn einige Grundtendenzen allgemein ähnlich sind.“⁶⁶ Die Beschleunigung des ökonomischen Wachstums und besonders des Lebensstandards erforderten, „auf dem Gebiet des Investbaus die errichteten Kapazitäten und Technologien konsequenter zu optimieren, ein hohes technisches Niveau an den Tag zu legen, was unter den Bedingungen der breiten Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung möglich ist“.⁶⁷ Dass sich hinter diesem plausiblen Appell ein massives Problem verbarg, machte Leonid I. Breschnew in der Eröffnungsrede auf dieser Tagung deutlich: Zum einen müsse man angesichts der zunehmenden „Aggressivität des Imperialismus“ für „zuverlässige Abschreckungsmittel“ sorgen. Zum anderen täten die „imperialistischen Mächte“ nicht wenig, „um die technische und wirtschaftliche Überlegenheit über den Sozialismus sicherzustellen“. Es sei wichtig, dem „wirksame Maßnahmen zur Vereinigung unserer Kräfte in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens gegenüberzustellen“.⁶⁸ Der Ministerpräsident der UdSSR, Alexej Kossygin hob in seiner Rede hervor, eine „bedeutende und komplizierte Frage“ sei es, die Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung in den sozialistischen Ländern zu bilanzieren. Bei den Bemühungen um eine Hebung des Lebensstandards mache sich immer wieder der Mangel an Massenbedarfsgütern bemerkbar und an den entsprechenden Produktionskapazitäten. Man sei in den vergangenen Jahren genötigt gewesen, solche Waren vermehrt aus dem kapitalistischen Ausland zu importieren. Als Gegenmittel schlug Kossygin vor: „Wir müssen im Laufe eines Jahres ein gemeinsames Programm der Produktion von Ausrüstungen für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie ein Programm der Spezialisierung und Kooperation der Bedarfsgüterindustrie ausarbeiten und nötigenfalls Lizenzen kaufen, um sie für die gesamte sozialistische Gemeinschaft auszunutzen, damit die

66 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/782, Bl. 248–260, hier 259, Vorbereitung der außerordentlichen RGW-Tagung unter Teilnahme der Ersten Sekretäre der ZK's der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Ministerpräsidenten der Mitgliedsstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, un-dat., vermutl. Februar 1969.

67 Ebd.

68 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/784, Eröffnungsrede des Genossen Breschnew auf der RGW-Tagung am 23. April 1969 in Moskau, S. 1.

Bedarfsgüterproduktion in den RGW-Ländern quantitativ und qualitativ auf einem Niveau gewährleistet wird, damit der Bedarf der Bevölkerung in größerem Umfang ohne einen umfassenden Import aus westlichen Ländern gedeckt werden kann. Es gilt auch, die Möglichkeiten zur Erweiterung des Sortimentsaustausches von Massenbedarfsgütern besser zu nutzen und sich dem veränderten Bedarf der Bevölkerung und den saisonbedingten Erfordernissen flexibler anzupassen.⁶⁹

Generell nahm die sowjetische Führung auf dieser RGW-Tagung eine Position ein, die sowohl für Problembewusstsein als auch für Pragmatismus sprach. Dennoch stand ihr politisches Kalkül unter gleich mehreren Fragezeichen. Würde der anvisierte Zeitrahmen ausreichend sein? Ließ sich der Bedarf der Bevölkerung tatsächlich so sicher kalkulieren? Standen der engeren Kooperation der RGW-Länder nicht zahlreiche negative Erfahrungen entgegen? Vor allem aber, würden die materiellen und intellektuellen Ressourcen ausreichen, um die als essentiell beschriebenen militär-, wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben parallel lösen zu können? Sowohl Władysław Gomułka als auch Walter Ulbricht präsentierten sich in dieser Hinsicht als Befürworter eines strafferen Kurses.

Ulbricht führte vor allem den Zeitfaktor ins Feld: Das ZK der SED und die Regierung der DDR seien bei der Rückrechnung prognostischer Einschätzungen zu der Auffassung gelangt, „daß bereits heute höhere Maßstäbe für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Entwicklung führender Zweige der Industrie gesetzt werden müssen, als wir bis vor kurzem noch angenommen und zum Teil in unseren Perspektivplanvorstellungen fixiert hatten. Von größter Bedeutung ist: Wie organisieren wir maximalen Zeitgewinn? Das ist die Kernfrage.“⁷⁰ Im Hinblick auf die wirtschaftliche Integration des sowjetischen Blocks gab sich Ulbricht zurückhaltend, beträchtlich seien die Entwicklungsunterschiede. Die Hauptaufgabe des RGW müsse es sein, „die Produktivkräfte in unseren Ländern so zu entwickeln, daß es gelingt, eine höhere Arbeitsproduktivität zu erreichen, die die Arbeitsproduktivität der kapitalistischen Länder übertrifft.“⁷¹ Im zweiten Teil seines Referates machte Ulbricht dann Vorschläge für eine engere Kooperation der RGW-Mitgliedsländer „in der Produktionssphäre“, doch nur an einer Stelle stellte er einen direkten konsum- und sozialpolitischen Bezug her: Es sollten „solche Bedingungen in der Arbeitsproduktivität, in der Wissenschaft und Technik, in führenden Produktionszweigen und damit letztlich für den Lebensstandard der Bevölkerung geschaffen werden, die die Überlegenheit des sozialistischen Systems umfassend zum Ausdruck bringen.“⁷²

Auch Gomułka sah einen aus den „Erfordernissen der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution“ resultierenden Handlungsbedarf im Hinblick auf die „Notwendigkeit einer dynamischeren und effektiveren Entwicklung vieler Bereiche der Wirtschaft“.⁷³ Kritik übte er an der ungenügenden Realisierung von Spezialisierungsabkommen und, dar-

69 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/784, Bl. 33, Rede Alexej Kossygin auf der RGW-Tagung vom 23.–26. April 1969 in Moskau, S. 25.

70 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/784, Bl. 55, Die neuen Aufgaben des RGW. Rede des Leiters der Delegation der DDR, Walter Ulbricht, auf der außerordentlichen Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, S. 3.

71 Ebd., Bl. 56 bzw. S. 4.

72 Ebd., Bl. 57 bzw., S. 5.

73 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/784, Bl. 73, Rede des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, W. Gomułka, auf der XXIII. Außerordentlichen Tagung des RGW (Rohübersetzung), S. 2.

aus resultierend, fortgesetzter Parallelarbeit.⁷⁴ Hier wiederholte Gomułka die bereits bei seinem Besuch in der DDR geäußerte Sorge, daß die RGW-Länder, „auch die am höchsten entwickelten“, im technologischen Wettbewerb mit dem Westen an Boden eingebüßt hätten.⁷⁵ „Unsere Länder besitzen keine modernen Technologien in vielen Produktionsbereichen, sie verfügen über keine neuen Werkstoffe in solchen entscheidenden Bereichen wie der Produktion von Halbleitern und Rechenmaschinen; es werden bei uns keine technologischen Linien für eine Reihe von Produktionsprozessen in der Chemie und im Maschinenbau hergestellt. Die wissenschaftlich-technischen Forschungen, die in den sozialistischen Ländern gegenwärtig betrieben werden, sind gekennzeichnet durch eine weitgehende Zersplitterung der Kräfte und Mittel.“⁷⁶ Man müsse also Wege zu einer besser koordinierten Zusammenarbeit finden, darunter durch einer wirksamere Plankoordinierung und die Anwendung „neuer ökonomischer Ware-Geld-Instrumente“.⁷⁷ Ausführlich wandte er sich dann seinem schon wiederholt vorgetragenen Vorschlag zu, „ein richtiges Währungs- und Finanzsystem ein(zu)föhren, das sich auf einen realen Wechselkurs und auf ein internationales sozialistisches Geld stützt“.⁷⁸ Der transferable Rubel erfülle diese Funktionen nicht, weil man im RGW Preise benutze, die „wesentlich vom Stand der Weltmarktpreise abweichen“.⁷⁹ Auch wenn dieses ganze lange Referat auf die Integrationsprobleme des RGW fokussiert war, erstaunt es doch, wenn nur ein Satz einen Hinweis auf den Konsum der Bevölkerung enthielt: Es sei wichtig, gemeinsame Prognosen als Entscheidungsgrundlage für die Bestimmung von Entwicklungsrichtungen der Industrieproduktion, für die Richtungen des technischen Fortschritts und „für die Dynamik und Struktur des künftigen Bedarfs an Produktionsmitteln und Konsumgütern“ zu erarbeiten.⁸⁰

Wenngleich diese RGW-Tagung thematisch der wirtschaftlichen Integration der zum sowjetischen Block gehörenden Länder gewidmet war und soziale Aspekte nicht zwingend einen zentralen Platz beanspruchen konnten, fiel aber doch auf, dass sich die Haltung der KPdSU-Führung in diesem Punkt von der Gomułkas und Ulbrichts unterschied. Der sowjetischen Seite war erkennbar an möglichst rasch wirksamen sozial- und konsumpolitischen Maßnahmen gelegen, während die Vertreter der DDR und der PRL primär auf einen massiven wirtschaftlichen Modernisierungsschub setzten, um dann später auf der Grundlage deutlich erhöhter Produktivität und neuer Technologien Verbesserungen in der Lebenslage zu erreichen. Für beides gab es plausible Argumente, allerdings auf der Basis unterschiedlicher Interessenlagen. Während die beiden Spitzenpolitiker Polens und der DDR meinten, in sozialer Hinsicht trotz aller noch unerfüllten Wünsche genug erreicht zu haben, um nunmehr für einige Zeit wieder den Industrieinvestitionen Vorrang geben zu könnten, stand die sowjetische Führung vor dem Problem, dass der Lebensstandard in der UdSSR merklich zurückgeblieben war. Kein Zweifel, für die sowjetische Bevölkerung gab es keinen überzeugenden

74 Ebd., Bl. 75, bzw. S. 4.

75 Ebd., Bl. 76 bzw. S. 5.

76 Ebd., Bl. 77 bzw. S. 6.

77 Ebd., Bl. 82 bzw. S. 11.

78 Ebd., Bl. 83 bzw. S. 12.

79 Ebd., Bl. 84f. bzw. S. 13f.

80 Ebd., Bl. 91 bzw. S. 20.

Grund, dies auf Dauer hinnehmen zu müssen. In dieser Hinsicht stand die KPdSU unter einem starken innenpolitischen Forderungsdruck.

Die Ähnlichkeit der von Gomułka und Ulbricht vorgetragenen Positionen konnte jedoch nicht über gravierende Meinungsverschiedenheiten hinwegtäuschen. Eine wichtige Rolle spielte dabei das polnische Insistieren auf einer konvertierbaren RGW-Währung. Bereits im März 1969 hatte sich der sowjetische Finanzminister Garbusow gegenüber seinem DDR-Kollegen dazu geäußert: „Über die Schaffung der Konvertibilität müssen wir in Zukunft nachdenken, aber wir sind mit Ihnen vollständig einverstanden, daß man zur Konvertibilität nur gelangen kann auf dem Weg über die Weltspitze bei den Erzeugnissen, über die Senkung der Kosten, die Erhöhung der Qualität der Produktion usw.“ Die Sowjetunion gehe, wie auch die DDR, vom Plan aus, sie setze auf den demokratischen Zentralismus bei der Koordinierung des Planes von oben nach unten. „Die polnischen Genossen, die ungarischen Genossen usw. jedoch überbetonen die ökonomischen Hebel, insbesondere die Valutafragen.“ So offen habe man das in einem Papier zur Frage der Konvertibilität freilich nicht formulieren können.⁸¹

Der ausdrückliche Bezug auf die angeblich gemeinsame Position der UdSSR und der DDR in Fragen des demokratischen Zentralismus und der Planwirtschaft konnte als Wink mit dem Zaunpfahl verstanden werden. Ulbrichts Ambitionen waren in Moskau nur zu gut bekannt. Dennoch hielt man dort das polnische Vorgehen zumindest für ärgerlicher. Im polnischen Partei- und Regierungsapparat zeichneten sich in dieser Angelegenheit erhebliche Differenzen ab. Nachdem sie das sowjetische Papier erhalten hatten, berichtete Garbusow weiter, hätten polnische Finanzfachleute „illegal“ nach dessen Autoren gefragt und erkennen lassen, dass sie „inzwischen einiges begriffen“ hätten. Offen hätten sie eingestanden, über das Ziel hinausgeschossen zu sein, und „daß sie einfach Nationaleinkommen umverteilen wollten“.⁸²

Auf dem Moskauer Treffen hatte sich die polnische Seite gegenüber den meisten anderen RGW-Mitgliedern in eine recht unkomfortable Position manövriert. Besonders zwischen Gomułka und Ulbricht knisterte die Spannung. Mieczysław F. Rakowski notierte dazu am 3. Mai 1969 in seinem „Politischen Tagebuch“: „Im ZK fand eine Beratung der Sekretäre der KW [Wojewodschaftskomitees] und der Leiter der ZK-Abteilungen statt, die einberufen wurde, um den Verlauf der RGW-Sitzung in Moskau zu erörtern. Es heißt, dass G. [Gomułka] ungewöhnlich ehrlich war. Aus dem, was er sagte, ergibt sich, dass unsere Situation in Moskau nicht allzu fröhlich war und dass er frühzeitig bemerkte, dass wir vollkommen isoliert sind und jeder unserer Vorschläge auf Widerspruch traf. [...]

Es gab auch einen scharfen Wortwechsel zwischen Gomułka und Ulbricht. Als unser Chef die Schaffung einer gemeinsamen Währung vorschlug, äußerte Walter die Meinung, dass das ein Anzeichen für Misstrauen gegenüber dem Rubel ist. Gomułka antwortete ihm, dass ‚die sowjetischen Genossen selbst sagen können, was sie denken‘. Ulbricht darauf, dass das

81 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/782, Bl. 157, Niederschrift über ein Gespräch zwischen dem Finanzminister der UdSSR, Genossen Garbusow, und dem Minister für Finanzen der DDR, Genossen Böhm, am 11. März 1969, S. 2.

82 Ebd., Bl. 48 bzw. S. 3.

ein Mangel an Vertrauen zur deutschen Mark ist. Und es begann angeblich ein ordinärer Krach.“⁸³

Obwohl dieser Vorgang keine erkennbaren praktischen Konsequenzen nach sich zog, gewährt er aber doch einen wohl zutreffenden Einblick in die angespannte Situation des sowjetischen Blocks am Ende der 1960er Jahre. Vor allem die Schwierigkeiten mit den wirtschaftlichen Reformprozessen und nicht weniger die sich verdichtenden sozialen Probleme dürften in den Parteiführungen die ohnehin vorhandene Tendenz verstärkt haben, mehr auf den Vorteil des eigenen Landes, als auf den des Bündnisses zu sehen. Im Falle von Gomulka und Ulbricht kamen wohl verschärfend einige persönliche Eigenheiten hinzu, die beide in ihren Ressentiments zu bestätigen schienen.

Die vom 12. bis 15. Mai 1970 in Moskau durchgeführte XXIV. Ratstagung, an der die Ministerpräsidenten aller RGW-Länder teilnahmen, war erneut dem Thema der Integration gewidmet. Auffallend daran war, dass Polen und Ungarn, die immer wieder auf die Einführung einer konvertierbaren Währung und freier Preise im RGW, eines gemeinsamen Zollsystems u.ä. gedrängt hatten, diesen Standpunkt nicht mehr vertraten. Damit hatte sich die auch von der DDR unterstützte sowjetische Position durchgesetzt, die der Konvertierbarkeit der RGW-Währungen keine reale Chance einräumten. Im Hinblick darauf war der sowjetische Ministerpräsident Kossygin seinem ungarischen Amtskollegen Jenő Fock gegenüber recht drastisch geworden: „Wir halten das aus, aber Sie halten das nicht aus.“⁸⁴

Schwerwiegender wog jedoch das Technologieproblem. Dieser Einsicht konnten sich die RGW-Mitglieder kaum mehr verschließen. Kossygin hatte dazu unmissverständlich gesagt: „Auf technologischem Gebiet ist bei uns vieles veraltet. Bei der Zusammenarbeit gehen wir von den Ausrüstungen aus und danach machen wir die Technologie, anstatt umgekehrt heranzugehen. Als vor wenigen Wochen Ford bei uns war, sagte er, daß er uns für die LKW-Produktion Ausrüstungen liefern könne. Aber die Technologie zur Herstellung von Kurbelwellen oder Federn bekommen wir nicht. Deshalb müssen wir den Fragen der Entwicklung progressiver Technologien im Rahmen der Integration erstrangige Bedeutung beimessen.“⁸⁵ In dieser Frage fiel ein Konsens offenbar leichter. Die Wahrnehmung war wohl allgemein, dass man angesichts der dritten industriellen Revolution und, wie man am Beispiel der Kurbelwellen und Federn sehen konnte, teilweise auch noch der zweiten, zu einer erfolgreichen Kooperation verdammt war.

Darüber, wie das praktisch aussehen sollte, differierten die Auffassungen allerdings erheblich. So warb der mongolische Vertreter, Jumshagin Zedenbal, interessierte Partnerländer sollten sich materiell und finanziell, allerdings auch mit Arbeitskräften am Bau von Betrieben in der Mongolei beteiligen. Überdies bat er darum, die Preise für Landwirtschaftsexporte aus der MVR anzuheben, gleichzeitig aber die Preise für Lieferungen an die Volksrepublik zu senken. Die DDR machte sich, wie schon zuvor, voll und ganz die sowjetische Position zueigen. Nicht ganz selbstverständlich war der Auftritt des polnischen Ministerprä-

83 Mieczysław F. Rakowski: *Dzienniki polityczne 1969–1971* [Politische Tagebücher 1969–1971], Warszawa 2001, S. 73f.

84 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/2.021/778, Bl. 32–38: Information über die XXIV. Ratstagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, S. 3.

85 Ebd.

sidenten Józef Cyrankiewicz, der demonstrativ den Rückzug auf eine Linie antrat, die der sowjetischen sehr nahe kam. Die Polen seien schließlich „Integrationsenthusiasten“ und „immer bereit, auch konkrete Fragen der materiellen Produktion gemeinsam zu lösen“.⁸⁶ Als Beispiel führte er an, „daß die Länder einander modernste Technologien übergeben“ und, soweit es künftig erforderlich sei, Lizenzen aus westlichen Ländern künftig gemeinsam kaufen sollten.⁸⁷ Hier wie auch bei den anderen Ministerpräsidenten verband sich das Bekenntnis zum einheitlichen Handeln erkennbar mit nationalen Interessen. Einig war man sich gleichwohl darin, dass der technologische Rückstand gegenüber den entwickelten Industriestaaten des Westens für den gesamten Ostblock und für jedes seiner Mitglieder beträchtliche Risiken barg. Insofern erschienen die wirtschaftlichen Zielsetzungen schon plausibel, auch wenn man über die Methoden geteilter Meinung sein konnte.

Das Ergebnis dieser Ratstagung wirkt allerdings hinsichtlich der sozialen Problematik ambivalent, denn das Thema spielte während der Gespräche allenfalls unter dem Aspekt des gegenseitigen Warenaustauschs eine ganz periphere Rolle. Es war zwar bekannt, dass die KPdSU-Führung zu dieser Zeit ein wesentliches Ziel des Wirtschaftswachstums in einer möglichst raschen Anhebung des Lebensstandards der eigenen Bevölkerung erblickte. Aber auch Gomułka und Ulbricht konnten sich bestätigt fühlen. Ihren Modernisierungsversuchen hatte niemand widersprochen, wenngleich sowohl in der DDR als auch in der PRL inoffiziell eine Art sozialpolitisches Moratorium galt.

4. Getrübte Freundschaft

Es gehörte sicher zur politischen Normalität, wenn die Mitgliedsstaaten des RGW auf den eigenen wirtschaftlichen Vorteil bedacht waren. Allerdings schien die polnische Politik zu dieser Zeit in besonderem Maße darauf angelegt zu sein. Man kann darin einen Versuch sehen, auf die angespannte Situation im Lande zu reagieren und ökonomische Spielräume auch zugunsten der sozialen Standards zu erschließen. Dass dies recht rabiate Formen annehmen konnte, zeigte sich bei den 1969 über mehrere Monate andauernden Verhandlungen zum Abschluss eines Regierungsabkommens DDR-PRL über eine zweite, durch Polen führende Erdölleitung. Polen verlangte zunächst weit über dem international Üblichen liegende Transitgebühren und fand sich erst zu niedrigeren Forderungen bereit, als die DDR vorschlug, auf die Kreditrückzahlung zu verzichten. Darauf versuchte die PRL, der DDR ihren bereits vereinbarten Kapazitätsanteil von 12,5 Millionen Tonnen pro Jahr streitig zu machen und die Transitmodalitäten jährlich neu zu verhandeln. Der DDR-Unterhändler hielt dazu fest: „Dieses Ansinnen erhält eine besondere Wertung durch die Tatsache, daß die DDR die gesamte Finanzierung vornimmt, Rohre aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet impor-

86 Ebd., S. 6f.

87 Ebd., Kurzfassung der Rede des Genossen Cyrankiewicz, S. 2.

tiert und zur Verfügung stellt sowie andere Waren und Konsumgüter liefert. Der finanzielle Aufwand der Volksrepublik Polen ist gleich Null.“⁸⁸

Offenkundig versuchte die PZPR-Führung, durch entsprechende Verhandlungsergebnisse nicht zuletzt den polnischen Binnenmarkt besser mit Konsumgütern zu versorgen. Es war insofern kein Zufall, wenn die DDR-Seite in Verhandlungen mit der polnischen Plankommission weitere Exporte der chemischen und Leichtindustrie von der Fortsetzung bzw. der Aufnahme polnischer Lieferungen von Brennstoffen und chemischen Grundstoffen abhängig machte.⁸⁹ Die Vertreter der polnischen Plankommission vermieden allerdings jede eindeutige Festlegung, wie sie überhaupt dilatorisch verfahren. Ein Angebot Ulbrichts an Gomułka etwa, seitens der DDR Investitionen „für die gemeinsame Lösung wichtiger Rohstoffprobleme (Zink, Kupfer, Gießereiformkoks)“ bereitzustellen, wurde mit im internationalen Wirtschaftsleben unüblichen Lieferfristen konterkariert: Erste Zinklieferungen sollten demnach erst nach neun Jahren einsetzen und im elften Jahr die volle Höhe erreichen; Kupfer könnte in Teillieferungen im fünften Jahr und im achten Jahr im gewünschten Umfang zur Verfügung stehen; bei Gießereiformkoks sollten erste Lieferungen im vierten Jahr erfolgen.⁹⁰ Für die DDR war das unannehmbar. Kontrovers ging es auch angesichts der Inanspruchnahme polnischer Bauleistungen durch die DDR zu. Der ursprünglich für 1971–1975 vereinbarte Umfang von 175 Millionen Rubel wurde nicht mehr bestätigt. Die PRL betrachtete den Export von Bauleistungen nicht ohne Grund als wichtige Devisenquelle. In diesem Lichte erschienen Bauleistungen für die DDR als polnische Hilfe.⁹¹ Ein wichtiges Indiz, wie sehr die PRL an Konsumgüterlieferungen interessiert war, zeigte sich bei den Verhandlungen über die Bezahlung von polnischen Dienstleistungen, vor allem der Transitgebühren, für die immerhin im Zeitraum 1971–1975 ca. 500 Millionen Rubel veranschlagt waren. Während die DDR bisher 90% dieser Gebühren mit Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie bezahlte, strebte die PRL eine Reduzierung dieses Anteils auf 40% an. Der größere Teil der Dienstleistungen sollte fortan mit Produkten der Chemie- und der Leichtindustrie beglichen werden. Da sich die DDR hierzu nicht imstande sah, gelangte man auch hierbei zu keinem Ergebnis.⁹²

In seinen „Politischen Tagebüchern“ zeichnete Rakowski ein entsprechend düsteres Bild. Einige Stellen daraus dürften das hinreichend illustrieren:

15. April 1969 Auf einem eintägigen Besuch in Berlin hätten Gomułka und die polnische Delegation nichts erreicht. Die DDR-Leute seien gegen die Integration. Sie verbänden sich ökonomisch immer mehr mit der BRD und dadurch

88 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/838, Bl. 249–251, Kurt Fichtner an Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED: Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen zum Abschluß des Regierungsabkommens über die 2. Erdölleitung vom 29.9.1969.

89 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/838, Bl. 14–19, Information über die Beratungen des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Genossen Schürer, mit dem Vorsitzenden der Plankommission beim Ministerrat der VR Polen, Genossen Kulesza, vom 6.–7.6.1969 in Warschau, S. 4.

90 Ebd., Bl. 18 bzw. S. 5.

91 Ebd.

92 Ebd., Bl. 19 bzw. S. 6.

faktisch mit dem Gemeinsamen Markt. Im Gespräch mit den Polen wollten sie nicht offenbaren, in welche Richtungen ihr Interesse bei der Entwicklung der Industrie geht. „Das nennt sich Freundschaft!“⁹³

20. April 1969 „Es zeigt sich, dass Gomułka schon keine Illusionen mehr hat, was die Integrationspläne betrifft. Er hält sie für unreal. Niemand will sie.“ Im Hinblick auf die Gespräche mit Ulbricht habe er sarkastisch bemerkt, was sei das für ein Sozialismus, wenn ein Land sogar bei den kleinsten Einzelheiten Geheimnisse vor dem anderen habe. Aber die Russen seien auch nicht an einer wirklichen Integration interessiert. Die einzige Sache, um die es ihnen ginge, sei es, ihre Rohstoffe so günstig wie möglich zu verkaufen.⁹⁴
24. Juli 1969 Bei den Feierlichkeiten zum polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli, immerhin der 25., sei Ulbricht der Einladung nicht gefolgt. Er habe sich mit Krankheit entschuldigt, obwohl er zur selben Zeit eine Sitzung des Politbüros leitete.⁹⁵ „Die Nichtanwesenheit von Walter ergibt sich aus dem aktuellen Stand der Beziehungen zwischen der DDR und der PRL, die nicht die besten sind. Gomułka wirft Ulbricht vor, dass er nicht mit uns zusammenarbeiten will und jegliche Verständigung mit der BRD blockiert, aber selbst in immer größerem Maßstab mit ihnen Handel treibt.“⁹⁶
8. Oktober 1969 „Gomułka und Cyrankiewicz kehrten aus Berlin mit ziemlich sauren Mienen zurück: Ulbricht hat mit uns nicht ein Wort gewechselt. Am Tisch, auf dem Bankett gab man ihnen irgendeinen Vizepremier zur Gesellschaft, der unablässig über die Erfolge der DDR quasselte.“⁹⁷
1. August 1970 „Man hört von Direktoren, die nicht nur die Rolle der Selbstverwaltung bagatellisieren, sondern direkt sagen: Möge sich niemand in unsere Leitung der Fabrik einmischen, und wir zeigen, was wir können. Ich befürchte, dass, wenn das System auf die ökonomische Rechnungsführung gestützt wird, das unterwegs bewirken kann, dass viele soziale Errungenschaften weggenommen werden. Im Effekt kann eine Situation entstehen, mit der wir in der DDR zu tun haben: die Technokraten (auch aus dem Parteiapparat) regieren, und die Ideologie ist ausschließlich eine Sammlung von Losungen, die man verkündet, denn das ist aus verschiedenen Gründen notwendig. So etwas beobachten wir auch bei uns. Wir sollten solchen Tendenzen diskret, aber eindeutig entgegenwirken und nicht zulassen, dass sie sich festigen. Mit einem Wort, es geht darum, bei ver-

93 Rakowski, Dzienniki 1961–1971, S. 61.

94 Ebd., S. 63.

95 Dafür, dass es sich um eine „politische Krankheit“ handelte, spräche auch ein längerer Meinungs-
austausch Ulbrichts mit einer Delegation der Sozialistischen Partei Japans, die vom 19. bis zum 24. Juli in
der DDR weilte. Vgl. Freimütiger Meinungs-
austausch SED und SPJ, in: Neues Deutschland, 25.7.1970,
S. 6.

96 Rakowski, Dzienniki 1969–1971, S. 103.

97 Ebd., S. 123.

schiedenen Gelegenheiten aufzuzeigen, dass der ökonomische Fortschritt ohne sozialen Fortschritt nicht möglich ist und die Demokratie hemmt.“⁹⁸

8. September 1970 „Nachmittags Treffen mit Pyka [Tadeusz], dem Wirtschaftssekretär des KW in Katowice. Er ist Doktor der Wirtschaftswissenschaften. Das Gespräch dauerte zweieinhalb Stunden. Es war sehr interessant. [...] Er informierte, dass die Situation in der SED-Führung angespannt ist, dort gibt es eine starke Opposition gegen Ulbricht.“⁹⁹

Diese Vorgänge ließen zum einen darauf schließen, dass sich beide Seiten im Krisenfall kaum sicher aufeinander verlassen konnten. Ungeachtet der auch weiterhin gepflegten proletarisch-internationalistischen Freundschaftsrhetorik ging es in den Verhandlungen hart zur Sache, prallten Interessen aufeinander und schwang immer auch ein gewisses Maß an Misstrauen mit. Fraglos machten sich hierbei historische Ressentiments geltend. Mindestens genauso gewichtig war jedoch ein anderer Faktor: Aus der Sicht der SED-Führung, für die zumindest nach außen hin Ulbrichts mit einem erheblichen Theorieaufwand versehener Anspruch, ein modernes „System des Sozialismus“ zu gestalten, noch immer maßgebend war, litt die polnische Politik unter ideologischer Inkonsistenz.

Symptomatisch hierfür hielt der Reisebericht einer Studiendelegation der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED über einen Besuch in Polen fest, man habe „wertvolle Erfahrungen [...] aus dem Kampf der PVAP gegen die verschiedenen Formen des Revisionismus in den gesellschaftlichen Bereichen der Volksrepublik Polen sammeln“ können.¹⁰⁰ Damit wurde einerseits honoriert, dass die PZPR den „Kampf gegen den Revisionismus“ nach 1968 ganz offiziell zu ihren wichtigsten Aufgaben zählte. Andererseits hatte es dieser auf den ersten Blick freundliche Passus in sich, denn er unterstellte nichts anderes, als dass in der Gesellschaft der PRL „Revisionismus“ Platz gegriffen habe. Dies aber gehörte im Sündenkatolog marxistisch-leninistischer Ideologie schon zu den schweren Fällen. Dem folgte ein Absatz, der in der endgültigen Fassung des Berichts weggelassen wurde, der aber die Wahrnehmung durch die SED-Vertreter treffend wiedergab: „Andererseits konnte von allen Studiengruppen des ZK der SED übereinstimmend festgestellt werden, daß sich trotz der Bemühungen der PVAP um die kontinuierliche gesellschaftliche Entwicklung das Fehlen einer Gesamtkonzeption zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus bemerkbar machte. Das führt auch zu bestimmten Disproportionen in der Volkswirtschaft (z.B. Industrie und Landwirtschaft) und ist die Ursache dafür, daß nicht alle getroffenen Maßnahmen politisch-ideologisch exakt begründet fest in das System der Parteilinie der PVAP einfließen.“¹⁰¹

Schon geraume Zeit vor dem Sturz Gomułkas betrachtete man also in der SED-Zentrale, aber auch im FDGB-Bundesvorstand und im Außenministerium der DDR die polnische Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Die vor allem auf der Parteiebene relativ regen Kontakte schienen die Befürchtungen zu bestätigen. So berichtete ein Mitarbeiter der Abteilung

98 Ebd., S. 226.

99 Ebd., S. 248, 250.

100 SAPMO-BArch DY 30 /IV A 2/20/326, ZK der SED, Abt. Internationale Verbindungen: Bericht über den Delegations- und Erfahrungsaustausch mit der PVAP im Jahre 1969 vom 10.12.1969, S. 4.

101 Ebd.

Internationale Verbindungen des ZK der SED über ein am 9. Januar 1970 in Warschau stattgefundenes Gespräch mit einem „offensichtlich nicht genügend vorbereitet(en)“ Zenon Kliszko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR. Dabei wurden positive Beispiele einer direkten Zusammenarbeit von DDR-Bezirken und polnischen Wojewodschaften angeführt. So hätten letztere ihren DDR-Partnerbezirken 1969 Kartoffeln geliefert, als es dort zu Versorgungsengpässen gekommen war. Gleichwohl, so Kliszko, ließe die Zusammenarbeit im RGW sehr zu wünschen übrig, aber „man könne ja schließlich keinen ‚zur Liebe zwingen‘“. Derzeit träfe es zu, „daß sich die Freunde gegenseitig mehr weh tun als uns der Feind.“ Die sozialistischen Länder stünden im Westen Schlange „auf der Suche nach Dollar“. Was die Energieknappheit der DDR angehe, bleibe festzuhalten, dass sie wie auch die ČSSR und Ungarn „vor 4 Jahren von der polnischen Kohle weggelaufen sei. Heute wollten nun alle wieder Kohle von uns haben.“ Kohle gebe es genug, sie liege gegenwärtig sogar auf Halde, doch fehle es für den Transport an Waggons.¹⁰²

In dieser von Misstrauen und Verdächtigungen getrübbten Atmosphäre mochte es fast schon hilfreich sein, wenn man auf den „Feind“ verweisen konnte. Kliszko hatte von „verstärkter“ Feindseligkeit gesprochen.¹⁰³ Auch der Botschafter der DDR in Warschau, Rudolf Roßmeisl, berichtete darüber. Der Sekretär des ZK der PZPR, Jan Szydlak, habe ihn in einem Gespräch informiert, „daß die VRP gegenwärtig einem außerordentlich starken Druck der feindlichen Propaganda, besonders des Senders ‚Freies Europa‘ ausgesetzt ist“. Dieser sende derzeit ein volles und gut empfangbares Tagesprogramm nur für Polen. „Man hat festgestellt, daß im Jahre 1968 polnische Bürger 40.000 Briefe an den Sender ‚Freies Europa‘ geschrieben haben. Eine Analyse des Inhalts dieser Briefe hat ergeben, daß 6–7% von ihnen als positiv bezeichnet werden können, ca. 20% waren neutral abgefaßt. Die restlichen zwei Drittel hatten eindeutig einen antisozialistischen Inhalt.“ Für 1969 müsse man mit einer Zunahme solcher Briefe rechnen.¹⁰⁴ Weiter habe Szydlak die feindliche Propaganda für den in den letzten Monaten zu beobachtenden Rückgang der Arbeitsproduktivität und der Arbeitsmoral mitverantwortlich gemacht. Eine weitere Ursache seien der seit Jahren stagnierende Lebensstandard und die Tatsache, „daß auf diesem Gebiet keine wesentliche Verbesserung in naher Zukunft zu erwarten“ sei.¹⁰⁵ Von einer sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande könne keine Rede sein, habe Szydlak eingeräumt. Es sei „schon ein großer Schritt nach vorn“, wenn man im ZK begonnen habe, über die Lage auf dem Lande zu diskutieren. Roßmeisl resümierte: „Insgesamt lag den Ausführungen des Genossen Szydlak während des Gesprächs ein pessimistischer Zug zugrunde. Das betraf sowohl die Entwicklung in der VRP als auch die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder. Er sagte ganz offen, daß er nicht sehr optimistisch ist.“¹⁰⁶

102 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/107, Bl. 365–367, Abteilung Internationale Verbindungen: Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Zenon Kliszko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, am 9.1.1970 in Warschau (Abschrift).

103 Ebd., Bl. 366.

104 SAPMO-BArch, DY 30, 3654, Bl. 245–247, hier 245, Botschafter Roßmeisl an Hermann Axen vom 23.2.1970.

105 Ebd., Bl. 246.

106 Ebd., Bl. 247.

Alles dies waren Symptome einer sich auch in der kommunistischen Machtelite Polens ausbreitenden Malaise. Die Vertreter der DDR in Polen vermochten die verzwickte wirtschaftliche und politische Problemlage vor Ort durchaus differenziert und abwägend darzustellen, in der Bewertung diese Vorgänge blieben sie indes konsequent dem leninistischen Modell der Parteiherrschaft verpflichtet. Aus dieser Perspektive waren es auch nicht so sehr die evidenten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Sorge bereiteten. Sie weckten angesichts der eigenen Probleme in der DDR eher Verständnis. Vielmehr erregte eine gewisse, in Polen vielerorts anzutreffende ideologische Nonchalance Misstrauen. Exemplarisch für eine solche Sicht der Dinge informierte ein Bericht über die Reise einer FDGB-Delegation im März 1970 nach Warschau zwar über die „volle Übereinstimmung zwischen FDGB und CRZZ in allen Grundfragen“, um dann aber detailliert „unterschiedliche Auffassungen“ zu benennen. Sie zeigten sich im Hinblick auf die „Rolle der Gewerkschaften im Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität“, auf die Quantitätsorientierung im betrieblichen Wettbewerb, auf die großzügige Vergabe von Prämienmitteln, auf die Art der Interessenvertretung und, last but not least, auf die „schwach entwickelte politisch-ideologische Arbeit“. Pikant wirkte der Vorwurf, die polnischen Gewerkschaften seien „zu stark auf Sozialpolitik beschränkt“.¹⁰⁷

Ähnlich skeptisch, dabei aber durchaus sachlich informierend, berichtete die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED über das 5. Plenum des ZK der PZPR am 19. und 20. Mai 1970. Noch gehe es um „die Lösung bestimmter Teilaufgaben eines zukünftigen, in sich abgestimmten Systems“.¹⁰⁸ Zwar registrierte man positiv, dass sich die PRL in ihrer Wirtschaftspolitik um die „Anwendung ökonomischer Kriterien“ bemühte.¹⁰⁹ Doch fehle es gegenwärtig an einer „Gesamtanlage des künftigen ökonomischen Systems“ und auch an einer „strukturpolitischen Konzeption“.¹¹⁰

Unverkennbar war dies aus der NÖS/ÖSS-Perspektive der DDR-Wirtschaft argumentiert. Allerdings erwartete wohl kaum jemand, Gomułka würde nun schnurstracks mit Ulbrichts „Ökonomischem System des Sozialismus“ auf Kiellinie gehen. Aber auf eine Annäherung der beidseitigen Interessen hoffte man angesichts der ähnlichen wirtschaftlichen Probleme beider Länder durchaus. Bei der im Großen und Ganzen recht nüchternen Sicht auf die polnische Situation erscheint es jedoch bemerkenswert, dass in den entsprechenden Informationen und Berichten aus dem Jahr 1970 kaum ein Hinweis auftauchte, der auf drohende innere Konflikte schließen ließ. Allenthalben war zwar von den in Polen zu bewältigenden Problemen beim Strukturwandel der Wirtschaft und bei der Entwicklung effektiverer Leistungsreizsysteme die Rede. Auch registrierte man sichtlich skeptisch die in polnischen Betrieben verbreitete Auffassung, die Arbeiterräte seien für die Produktion, die Gewerkschaft für

107 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.11/ 11, Wolfgang Beyreuther: Bericht über die Ergebnisse des Besuchs der Delegation des Bundesvorstandes des FDGB unter Leitung des Kollegen Herbert Warnke in die VR Polen vom 3.–9.3.1970 (Vorlage für das Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB).

108 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2 J/3002, Abt. Internationale Verbindungen: Information Nr. 58/70 für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros v. 10.6.1970. Betr. 5. Plenum des ZK der PVAP v. 19./20.5.1970, S. 1.

109 Ebd., S. 2.

110 Ebd., S. 5.

Sozialpolitik und die Partei für Politik zuständig.¹¹¹ Trotzdem äußerte sich nirgendwo auch nur ansatzweise die Besorgnis, die Ära Gomułka könnte abrupt zu Ende gehen.

Zwei Gründe mochten hierbei eine Rolle gespielt haben: Erstens stand die PRL offenkundig durch die Wandlungen in der Weltwirtschaft und durch die dritte industrielle Revolution vor ähnlichen Herausforderungen wie die DDR. Daraus würde sich, so die Annahme, eine stärkere Konvergenz der Entwicklungspfade ergeben. Die gemeinsame Perspektive sah man in einer Weiterentwicklung nach dem Muster des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“. Dieses stand in den Augen der meisten Akteure auch im Herbst 1970 nicht zur Disposition. Darüber hinaus gab es von der polnischen Seite trotz mancher kritischer Stimmen zur Situation keine eindeutigen Hinweise auf eine bevorstehende Krise. Eher konnte man in der DDR den Eindruck gewinnen, dass alles in die gewünschte Richtung lief und Gomułka das Heft fest in der Hand hielt. Auch von polnischer Seite schien dafür Bestätigung zu kommen. Symptomatisch hierfür dürfte die Ansprache von Ignacy Loga-Sowiński, des Vorsitzenden des CRZZ, gewesen sein, die er im November 1970 bei einem Besuch in der DDR hielt. Darin führte er aus: „Im Namen der Gewährleistung einer weiteren und schnellen Verbesserung des materiellen und kulturellen Daseins für die Werktätigen unseres Landes unternehmen wir gegenwärtig neue Anstrengungen, um intensive Methoden des wirtschaftlichen Wachstums und zur Hebung der ökonomischen Effektivität einzuführen, zur Erreichung einer höheren Arbeitsproduktivität, zur Optimierung der Investitionsaufwendungen sowie zur weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Arbeitsteilung, der Kooperation und ökonomischen Integration der RGW-Mitgliedsländer.“¹¹² Damit waren alle wichtigen Stichworte gegeben, wie sie auch die SED und andere „Bruderparteien“ zu dieser Zeit verwendeten. Es griffe wohl zu kurz, darin nur die übliche Rhetorik zu vermuten. In Wirklichkeit hatte sich der Druck auf die RGW-Mitglieder erhöht, gemeinsame Schritte zur Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme zu gehen.

Im September 1970 stellten Mitarbeiter der DDR-Botschaft in Warschau ein Dossier zur bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen zusammen.¹¹³ Der Tenor war skeptisch, die Befunde durchaus treffend: „Die VRP sieht sich seit geraumer Zeit ernststen ökonomischen Problemen und Schwierigkeiten ausgesetzt, die besonders auch im Stagnieren des Lebensstandards über Jahre, in ernststen Versorgungsschwierigkeiten, z.B. in Fleisch und Fleischwaren, sowie in Preiserhöhungen sichtbar werden. Diese Lage führt, insbesondere unter der Arbeiterklasse und der Intelligenz, zu steigender Beunruhigung und Unzufriedenheit.“ In geläufiger NÖS-Terminologie beschrieben die Autoren die Ursache dieser Schwierigkeiten als „Reihe ernsthafter Versäumnisse bei der Schaffung des gesellschaftlichen Sys-

111 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.11/ 11, Gewerkschaftskomitee VVB Kraftwerke, 8.7.1969: Bericht der Studiendelegation zum Zentralvorstand der Gewerkschaft der Energiearbeiter der VR Polen vom 23.–28.6.1969, S. 4.

112 SAPMO-BArch, DY 34, 6586, Communiqué über den Aufenthalt einer Delegation des Zentralrates der Gewerkschaften der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, 18.11.1970, S. 4f. (Eine Delegation des Zentralrates des CRZZ unter Leitung von Loga-Sowiński weilte auf Einladung des Bundesvorstandes des FDGB vom 11.11. bis 18.11.1970 zu einem Freundschafts- und Arbeitsbesuch in der DDR.)

113 SAPMO-BArch, NY 4182, 1.255, Bl. 78–98, hier 78: Botschaft der DDR in der VRP: Zu Problemen der bilateralen ökonomischen Zusammenarbeit der DDR mit der VRP, 03.09.1970.

tems des Sozialismus, besonders des ökonomischen Systems“. Auch sei „bis jetzt noch keine wissenschaftlich erarbeitete Gesamtkonzeption für die Verwirklichung des vom V. Parteitag der PVAP im November 1968 beschlossenen ‚einheitlichen, in sich abgestimmten ökonomischen Systems‘ vorhanden“. ¹¹⁴ Immer mehr Werktätige klagten über das Fehlen einer klaren Perspektive. Die ideologische Arbeit sei ungenügend, auch würden Diskussionen „mit teilweise nationalistischen und nihilistischen Tendenzen“ zugelassen. Eine Hauptursache für die Schwierigkeiten liege darin, „daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der VRP noch nicht vollständig gesiegt haben“. ¹¹⁵ Die Arbeitsproduktivität der staatlichen Industrie liege ca. 25–30% unter dem Niveau der DDR. Auch habe die Volksrepublik Schwierigkeiten, Maschinen und Ausrüstungen ins westliche Ausland zu exportieren, was wiederum die Bedienung von Krediten erschwere. Die DDR werde als „reich“ betrachtet, was sich auch in Form ökonomischer Forderungen an die DDR manifestiere. ¹¹⁶ Der DDR werde zum Vorwurf gemacht, sie orientiere sich zu ausschließlich auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit der Bundesrepublik Deutschland. Ebenso werfe man ihr vor, ihre Strukturpolitik ohne Rücksicht auf die Interessen anderer sozialistischer Länder zu betreiben, etwa indem traditionelle Waren wie mechanische Schreibmaschinen oder Zeiss-Brillengläser nicht mehr hergestellt würden. ¹¹⁷ Schließlich zitierten die Autoren des Dossiers aus der von der Tageszeitung „Życie Warszawy“ (Warschauer Leben) veröffentlichten Diskussionsreihe „Die neuen Probleme der Polen“. In einem Artikel vom 19./20. Juli 1970 war von Tendenzen des „Neides auf die Erfolge der Deutschen als Verlierer des Krieges“ die Rede. „Die Männer am Ruder des polnischen Staatsschiffes hatten in den letzten fünfzig Jahren berechtigten Grund, neidisch zu sein, wenn sie sahen, wie die disziplinierten Deutschen nach zwei verlorenen Kriegen hintereinander ihre Wirtschaft wieder aufbauten und entwickelten.“ ¹¹⁸

Diese polnische Binnensicht mochte in der DDR eine durchaus auch mit nationalem Selbstbewusstsein akzentuierte Entsprechung gefunden haben. Denn zum gegebenen Zeitpunkt hatte in der DDR, weit über die Macht- und Funktionseliten hinausreichend, eine Gemütslage Platz gegriffen, die Wolfgang Venohr 20 Jahre später mit dem Begriff der „roten Preußen“ umschrieb. ¹¹⁹ Was jedoch die Darstellung der Situation in Polen anging, traf sie den Kern des Problems. Das änderte freilich nichts daran, dass die politischen Entscheidungsträger in Ostberlin eigentlich nur hilflos zuschauen konnten, wie die Entwicklung auf einen kritischen Punkt zutrieb. Ein Bericht vom November 1970 gewährt ungefähre Einblicke in den Kenntnisstand: Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission der PRL hatten die DDR-Botschaft informiert, „daß das Jahr 1971 noch keine Lösung der gegenwärtigen schwierigen ökonomischen Probleme bringen wird“. ¹²⁰ Den angestrebten hohen Wachs-

114 Ebd.

115 Ebd., Bl. 79.

116 Ebd., Bl. 80.

117 Ebd., Bl. 81.

118 Ebd., Bl. 82.

119 Wolfgang Venohr: Die roten Preußen: vom wundersamen Aufstieg der DDR in Deutschland, Erlangen/Bonn/Wien 1989.

120 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/835, Bl. 168–172, hier 169: ZK der SED, Abt. Planung und Finanzen: Information über die Hauptrichtungen des Volkswirtschaftsplanes der VR Polen im Jahre 1971 und der gegenwärtigen Lage in der Volkswirtschaft der VRP, S. 2.

tumsraten der Industrieproduktion von 8% und der Arbeitsproduktivität von 7% standen Verzögerungen im Investitionsablauf, die Verteuerung des Bauwesens sowie die Behinderung des Exports wegen ungenügender Qualität von Maschinen und Anlagen wie auch mangelhaftem Service entgegen. Andererseits wurden auch die Bemühungen um Produktivitätssteigerung, Einsparung von Arbeitskräften, Erweiterung des Dienstleistungssektors, Verbesserung der Zahlungsbilanz registriert.¹²¹ Mit besonders kritischer Aufmerksamkeit beobachtete man „erhebliche Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung“.¹²² Hierzu wurde auf die inzwischen schon bekannten Defizite verwiesen, aber auch mit einer Erhöhung der Einzelhandelspreise für Schweinefleisch gerechnet.¹²³

Der Befund, dass die „angespannte Wirtschaftslage [...] eine gewisse Unruhe in der Bevölkerung hervor(ruft)“, war keinesfalls übertrieben. Allerdings artikuliert man auch den Verdacht, der in Polen häufig gehörte Sender „Freies Europa“ heize diese Unruhe an, indem er über Streiks in Polen berichtete, von denen angeblich nicht einmal das ZK der PZPR Kenntnis hatte.¹²⁴ Andererseits bestand kein Zweifel an der Brisanz der Situation: „Nach Informationen der Botschaft sollen Arbeiter in den Industriezentren der VRP, vor allem in Śląsk, sehr nachhaltige Forderungen auf Verbesserung der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten gestellt haben. Auch soll es im Zusammenhang mit dem Versuch, den Bergarbeitern, die Wohnungen mit Fernheizung haben, die traditionelle Deputatkohle (8 t pro Beschäftigten) zu streichen, zu lebhaften Diskussionen in den Betrieben gekommen sein. Das Problem wurde durch einen Kompromiß gelöst, in dem der Gegenwert für 7 t Steinkohle den Bergarbeitern ausgezahlt wird und sie nur noch 1 t Steinkohle in natura erhalten.“¹²⁵ Die polnische Presse gehe in letzter Zeit verstärkt auf solche Schwierigkeiten ein und versuche ihre Ursachen aufzuzeigen.

Der wirtschaftliche Konsolidierungsbedarf war sowohl in Polen als auch in der DDR evident. Insofern lag es nahe, nach Möglichkeiten einer engeren Kooperation Ausschau zu halten, auch um Synergieeffekte freizusetzen. Noch in den Tagen vom 3. bis 6. Dezember 1970 trafen sich Regierungsdelegationen beider Seiten in Warschau, um dieses Thema unter Hinzuziehung von Mitgliedern des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses sowie weiterer Minister und Staatssekretäre zu erörtern. Im Grundsatz einigte man sich auf „das komplexe Zusammenwirken in Forschung, Entwicklung, Projektierung, Konstruktion, Produktion und Absatz für strukturbestimmende Erzeugnisssysteme und Erzeugnisse sowie die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen zur Erweiterung bestehender bzw. Schaffung neuer Produktionskapazitäten“ auf den Gebieten Elektrotechnik/Elektronik, Maschinenbau, Metallurgie, chemische Industrie, Leichtindustrie, Bauwesen und Baustoffindustrie sowie über den Ein-

121 Ebd., Bl. 170 bzw. S. 3.

122 Ebd.

123 Ebd., Bl. 171 bzw. S. 4.

124 Ebd., Bl. 171f. bzw. S. 5; s.a. Radio Free Europe (Hg.): *Listening to Western radio in Poland before and after the „December events“: May 1970–March 1971*, München 1971; George R. Urban: *Radio Wolna Europa i walka o demokrację: moja wojna w czasach zimnej wojny* [Radio Freies Europa und der Kampf um Demokratie: mein Krieg in Zeiten des kalten Krieges], Warszawa 2000.

125 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021/835, Bl. 168–172, hier 172, ZK der SED, Abt. Planung und Finanzen: *Information über die Hauptrichtungen des Volkswirtschaftsplanes der VR Polen im Jahre 1971 und der gegenwärtigen Lage in der Volkswirtschaft der VRP*, S. 5.

satz polnischer Arbeitskräfte in der DDR.¹²⁶ Fürs erste blieb es bei der guten Absicht. Zum einen konnte man aus einer eher grundsätzlichen Orientierung auf engere Zusammenarbeit kaum kurzfristige Effekte erwarten; zum anderen schlugen die in Polen unmittelbar darauf aufflammenden Streiks und Unruhen zu Buche. Schon Ende Dezember 1970 signalisierte die polnische Seite, die Vereinbarungen vom 6. Dezember behielten zwar ihre volle Gültigkeit, jedoch sei „durch die Ereignisse im Dezember [...] eine gewisse Verzögerung in der Realisierung eingetreten“.¹²⁷

5. Das 14. Plenum des ZK der SED

Vom 9. bis 11. Dezember 1970 tagte in Ostberlin das 14. ZK-Plenum der SED. Es leitete den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker ein, der im Mai 1971 mit dem 16. Plenum und Ulbrichts förmlichem Rücktritt seinen Abschluss fand. Nach seinem eigenen Sturz Ende Oktober 1989 resümierte Erich Honecker die Situation im Herbst 1970 folgendermaßen: Weil „sich im Jahr 1970 bereits schon starke Disproportionen in der Volkswirtschaft und Engpässe in der Versorgungswirtschaft offenbarten“, hätten „wir [das Politbüro, P.H.] bestimmte Fragen viel intensiver in unsere Hände nehmen“ müssen. „Ich habe damals zuvor im Staatsrat im Arbeitszimmer von Walter Ulbricht die Lage der Partei erläutert. Er hat sich das angehört und gesagt: ‚Stelle diese ganzen Fragen im Politbüro‘. Das habe ich auch getan. Das Politbüro legte fest, daß auf der nächsten Tagung des Zentralkomitees diese Probleme behandelt werden sollten. Das war, wie ich mich noch heute entsinnen kann, die 14. Tagung des Zentralkomitees. Paul Verner wurde beauftragt, den Bericht des ZK vorzulesen. Dieser Bericht führte zu einer großen Diskussion, fand aber die allgemeine Zustimmung.“¹²⁸

Offiziell standen der von Paul Verner vorgetragene Bericht des Politbüros und der von Willi Stoph begründete Entwurf des Volkswirtschaftsplans 1971 im Mittelpunkt der 14. Tagung. Erich Honecker referierte über den im September und Oktober 1970 erfolgten Umtausch der Parteimitgliedsbücher. Insofern entsprach die Tagesordnung völlig der bisher geübten Praxis. Allerdings nutzte Honecker die Gelegenheit, eine kaum verhüllte Kritik an Ulbrichts Führungsstil anzubringen: Die Kraft der Partei hänge davon ab, dass „jeder einzelne Genosse [...] eingereiht in das Parteikollektiv“ seinen Beitrag leiste. „Wer wollte bestreiten, daß angesichts der Vielfalt der gesellschaftlichen Prozesse, die Fülle der Aufgaben und Probleme nur das Kollektiv in der Lage ist, auf der Grundlage der von der Partei ausgearbeiteten und beschlossenen Linie die Gesamtheit der Faktoren zu erfassen, die zu

126 SAPMO-BArch, NY 4182 / 1.255, Bl. 187–189, Protokoll über eine Beratung zwischen Delegationen der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unter Leitung der Vorsitzenden des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/VRP, 6.12.1970.

127 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/2.021, 835, Bl. 179–181, hier 180, Botschaft der DDR: Information über ein Gespräch mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission der VRP, Gen. Walewski, am 29.12.1970, S. 2.

128 Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar 1990, S. 271f.

richtigen Entscheidungen und richtigem Handeln führen.“¹²⁹ Auch drei andere Referate enthielten inmitten routinemäßiger Erfolgsbilanzen eine Reihe von eher weniger als mehr verklausulierten Punkten der Kritik an der bisherigen Politik. Genannt wurden das Zurückbleiben der Zulieferindustrie gegenüber den Finalproduzenten infolge unzureichender Mechanisierung und Automatisierung, Versorgungsengpässe bei Rohstoffen und Halbfabrikaten, der infolgedessen zunehmend gestörte Produktionsrhythmus vieler Betriebe, die negativen Auswirkungen der auf einige Schlüsselindustrien gerichteten Strukturpolitik auf den Rest der Wirtschaft. Schon spezieller gegen Ulbricht richteten sich kritische Anmerkungen zur kybernetischen Systemtheorie, der man unterstellte, den dialektischen und historischen Materialismus, die politische Ökonomie des Sozialismus und den wissenschaftlichen Kommunismus ersetzen zu wollen.¹³⁰ Hinzu kam Kritik an den außerplanmäßigen Automatisierungsvorhaben oder auch am forcierten Aufbau der Zentren in den Bezirksstädten. Hier handelte es sich immerhin um Lieblingsprojekte des Ersten Sekretärs. Auch ließ Erich Honecker es sich nicht nehmen, die Unverzichtbarkeit kollektiver Führung zu betonen.¹³¹ Jeder verstand das als Absage an Ulbrichts seit längerem beklagte Alleingänge.

Es ist hier nicht erforderlich, auf Einzelheiten dieser ZK-Tagung einzugehen. Ihre politischen und wirtschaftlichen Hintergründe wurden 1997 und 1999 in den hier schon mehrfach zitierten und immer noch maßstabsetzenden Arbeiten von Monika Kaiser und André Steiner beleuchtet. Hingegen ist es nötig, nach jenen Impulsen zu fragen, die von dieser Tagung für die künftige Sozialpolitik ausgingen.

Alle wesentlichen Vorentscheidungen zur 14. Tagung des ZK der SED fielen im engen politischen Zirkel des Politbüros. Es bleibt bemerkenswert, dass hierbei die sozialpolitische Expertise keine erkennbare Rolle spielte. Ähnlich war es auch bei der Vorbereitung des NÖS zugegangen. Allerdings flossen manche in den späten 1960er Jahren entwickelte Thesen und Konzepte zur „sozialistischen Sozialpolitik“ in die vorgetragenen Argumente ein. Zunächst ging es jedoch nicht so sehr um soziale Probleme als vielmehr um eine Alternative zu Ulbrichts waghalsiger Strukturpolitik, die unzweifelhaft eine Reihe von teils grotesken Versorgungsengpässen verursacht hatte. Eine deutliche Tendenz kristallisierte sich in den Plädoyers für eine Rückbesinnung auf die Methoden der zentralen Planung heraus. Angesichts der offensichtlichen Steuerungsdefizite der Reformökonomie klang die Forderung nach einer planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft plausibel.

Es war Günter Mittag, zuvor maßgebend an der Ausarbeitung und Praxis des NÖS/ÖSS beteiligt, der jetzt für eine „Verstärkung des demokratischen Zentralismus“ plädierte. Dieser sei als Grundprinzip des ökonomischen Systems des Sozialismus zu festigen und allen Tendenzen des Selbstlaufs der Kampf anzusagen.¹³² Der so begründete wirtschaftspolitische

129 14. Tagung des Zentralkomitees der SED. 9. bis 11. Dezember 1970. Bericht über den Umtausch der Parteidokumente. Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin 1970, S. 29f.

130 Die Auseinandersetzungen um die Kybernetik waren im Herbst 1970 noch in vollem Gange. Allerdings sahen sich ihre Befürworter in die Defensive gedrängt und suchten Entlastung durch Angriffe gegen die Konvergenztheorie. Vgl. Georg Klaus: Kybernetik und ideologischer Klassenkampf, in: *Einheit* 25 (1970), S. 1180–1189.

131 14. Tagung des Zentralkomitees der SED. 9.–11. Dezember 1970. Bericht über den Umtausch der Parteidokumente. Berichterstatter: Erich Honecker, Berlin 1970, S. 29f.

132 14. Tagung des ZK der SED. 9.–11.12.1970. Diskussionsreden, Berlin 1970, S. 22.

Kurswechsel musste gravierende Folgen auch für die Sozialpolitik haben. Tendierten nämlich NÖS und ÖSS dahin, Inhalt und Umfang von Sozialleistungen in eine engere Abhängigkeit vom Wirtschaftsergebnis zu bringen, so zeichnete sich nun die Rückkehr zu einem vorwiegend politisch induzierten Versorgungs- und Betreuungssystem ab. Flankenschutz gewährte der Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, als er das faktische Scheitern der DDR-Wirtschaftsreform konstatierte: „Man muß aber sagen, daß sich der Weg, der Dynamik der Volkswirtschaft einen Vorrang vor der planmäßigen, proportionalen Entwicklung zu geben, mit dem Ziel, die Bilanz später ‚auf höherer Ebene‘ herstellen zu können, nicht als gangbar erwiesen hat. Im Gegenteil, die dadurch entstandenen Widersprüche haben das Entwicklungstempo beeinträchtigt.“¹³³ Der Ruf nach Planmäßigkeit und Proportionalität sollte sicher nicht als Forderung nach einer Rückkehr zu den Planungspraktiken und Verteilungsmechanismen der fünfziger Jahre verstanden werden. Wohl aber zielte er auf eine erneute Stärkung der politischen Steuerung des Wirtschaftsprozesses.

Neben diese eindeutig auf eine Rezentralisierung von Planung und Leitung der Wirtschaft gerichtete Tendenz trat eine zweite, die auf eine sozialpolitische Kurskorrektur hinauslief. So unterstrich Ministerpräsident Willi Stoph bei der Vorstellung des Planentwurfs für 1971, dass „besonders die Leistungen der Arbeiterklasse und ihre Stellung in der Produktion und in der Gesellschaft eine bessere Berücksichtigung finden sollen“.¹³⁴ Hier kündigte sich eine auf das industrielle Facharbeitermilieu ausgerichtete Ver- und Zuteilungspolitik an. Noch deutlicher wurde die Direktorin der Parteihochschule, Hanna Wolf, die sich selbst „eine etwas konservative Vorstellung vom Sozialismus“ attestierte, als sie die Schattenseiten der Strukturpolitik benannte und für die aktuellen Versorgungsengpässe verantwortlich machte.¹³⁵ In dem Zusammenhang lobte sie ausdrücklich, „daß jetzt auch offen gesagt wurde, daß der Plan 1971 noch nicht auf allen Gebieten bilanziert“ sei. „Ich meine, daß die Arbeiterklasse und unsere Bevölkerung es begrüßen und verstehen werden, daß die Partei die Fehler und Mängel, die es gibt, erkennt und beseitigt.“ Die Schwierigkeiten seien „doch nicht so schwerwiegend, daß wir es der Arbeiterklasse nicht sagen könnten“. Das warf natürlich die Frage auf, ab wann man es der Arbeiterklasse nicht mehr sagen konnte. Vor allem, so Wolf weiter, müsse man „die Wege der Überwindung der Schwierigkeiten“ zeigen und die Arbeiterklasse von der Richtigkeit dieser Wege überzeugen. Allerdings dürfe „in keinem Fall“, eine „Fehlerdiskussion“ zugelassen werden. Auch müsse man die erbrachten sozialpolitischen Leistungen deutlicher herausstellen. Immerhin solle trotz ernster Versorgungsmängel nicht vergessen werden, „daß wir eine gute Versorgung haben, auch im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern“. Angesichts dessen sei „in dieser Frage (und nicht nur in diesen Fragen) nicht nur und nicht ständig der Vergleich mit dem Westen“ anzustellen. Wolfs Rede wies gerade in dieser Passage eine deutliche Parallele zu Gomułkas Argumentation auf. Insgesamt aber verstärkte sie mit der Betonung des sozialen Arguments den Druck auf Ulbricht. Auch Werner Krolkowski, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, mahnte, die sozialen Interessen der Arbeiterschaft im Blick zu behalten. Er kritisierte die extensive,

133 Ebd., S. 64f.

134 Willi Stoph: Zum Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1971. Aus der Rede auf der 14. Tagung des ZK der SED. 9.–11. Dezember 1970, Berlin 1970, S. 30.

135 SAPMO-BArch, DY-30, IV 2/1/414, Bl. 90–110, hier bes. 98, 14. Tagung des ZK der SED, 9.–11.12.1970: Diskussionsbeitrag Hanna Wolf.

immer mehr Arbeitskräfte erfordernde Wirtschaftspolitik, warnte aber besonders vor einer vom Volkswirtschaftsrat vorgeschlagenen Anhebung der Beiträge für die Sozialversicherungskasse, weil sie vor allem Arbeiter betreffen würde. Solche sozialen Belastungen müssten unvermeidlich politische Irritationen hervorrufen. Die Konsequenz brachte Krolikowski auf die knappe Formel: „Wir brauchen politische Stabilität in der Arbeiterklasse.“¹³⁶ In diesem Satz ließ sich unschwer ein Leitmotiv für die anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen erkennen.

In den zitierten wie auch in weiteren Diskussionsbeiträgen dieses ZK-Plenums nahm die Forderung nach einer Rückkehr zu einer planmäßigen und proportionalen Entwicklung der DDR-Wirtschaft einen prominenten Platz ein. Wohl am ausführlichsten ging Alfred Neumann, Politbüro-Mitglied und 1. Stellvertreter des Ministerrates, auf dieses Problem ein.¹³⁷ Er verwies auf die beunruhigenden „Planabweichungen des Jahres 1970“ und machte Lücken im „Leitungsmechanismus der Staats- und Wirtschaftsorgane“ dafür verantwortlich. Der Beschluss des Politbüros und des Ministerrates zu den Wirtschaftsergebnissen des ersten Halbjahres 1970 habe „eine umfangreiche Tätigkeit zur gründlichen Überarbeitung“ des Planes ausgelöst.¹³⁸ Seine ökonomische und soziale Bedeutung liege „in der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und in dem Bestreben, die planmäßige Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. (Dabei darf man nicht außer acht lassen, daß der Verbrauch nicht immer dem real verfügbaren Aufkommen entsprach.)“ Die Forderung nach Wiederherstellung der Proportionalität war zugleich eine Absage an die „Einseitigkeit in Richtung einer zweigleisige erhöhte Dynamik bzw. betriebsweisen Effektivität“. Es entbehrte nicht einer gewissen Pikanterie, wenn Neumann als Beispiele dafür, wie man „die notwendige dynamische Proportionalität im gesamtwirtschaftlichen Ausmaß fest in den Griff“ bekommen könne, ausgerechnet die mobilen Rechenzentren der US-Armee und das Heeresmaterialamt der Bundeswehr anführte.

Einen Kontrapunkt setzte allerdings Walter Ulbricht mit seinem Schlusswort, in dem er auf „objektive und subjektive“ Ursachen der ökonomischen Schwierigkeiten einging, vor denen die DDR stand. Mit der Bemerkung, man habe es mit neuen ungelösten Problemen zu tun, über die weiter nachzudenken sei, signalisierte er Diskussionsbereitschaft.¹³⁹ Daran waren seine Gegenspieler in der Parteiführung aber kaum interessiert. Das Schlusswort wurde nicht veröffentlicht. Lediglich im Kommuniqué zur 14. Tagung fand es Erwähnung.¹⁴⁰ Im Januar 1971 erklärten die Frondeure im Politbüro des ZK der SED den „teuren Genossen“ in Moskau, Ulbrichts Schlusswort habe „in seiner Grundtendenz nicht mit dem, was auf dieser

136 SAPMO-BArch, DY-30 /IV 2/1/414, Bl. 32–46, hier bes. Bl. 46, 14. Tagung des ZK der SED, 9.–11.12.1970: Diskussionsbeitrag Werner Krolikowski.

137 SAPMO-BArch, DY-30 /IV 2/1/414, Bl. 143–160., 14. Tagung des ZK der SED, 9.–11.12.1970: Diskussionsbeitrag Alfred Neumann.

138 Gemeint war der Beschluss des Politbüros des ZK der SED zur Analyse über die Plandurchführung im 1. Halbjahr 1970 vom 8. September 1970.

139 SAPMO-BArch, DY-30 /IV 2/1/414, Bl. 185–210, 14. Tagung des ZK der SED, 9.–11.12.1970: Schlusswort Walter Ulbricht.

140 Kommuniqué der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: Neues Deutschland, 12.12.1970, S. 1. Darin hieß es: „Das Schlußwort hielt Genosse Walter Ulbricht.“

Tagung gesagt wurde, und unserer gemeinsamen Linie“ übereingestimmt. Man sei deshalb gezwungen gewesen, „die Veröffentlichung dieses Schlußworts abzulehnen“.¹⁴¹

Schon bei Zeitgenossen hinterließ die 14. Tagung des ZK der SED einen zwiespältigen Eindruck. Einige Diskussionsbeiträge gingen in ihrer Kritik an der wirtschaftlichen und sozialen Situation weiter, als dies sonst im Rahmen des Zentralkomitees üblich war. Wenn von insgesamt 20 Beiträgen schließlich 18 in Auszügen veröffentlicht wurden, lässt das auf Eingriffe schließen, bei denen die Grenze zwischen redaktioneller Glättung und inhaltlicher Zensur nicht ganz klar ist. Im Vergleich von Protokoll und Publikation verdichtet sich dieser Eindruck. Allerdings wird es kaum auf einen Zensureingriff zurückzuführen sein, wenn die Reden von Hanna Wolf und Alfred Neumann nicht publiziert wurden.¹⁴² Vielmehr waren sie offensichtlich von vornherein für den internen Gebrauch bestimmt. Man darf dies um so eher annehmen, als die Meinungen der ZK-Mitglieder noch nicht so weit ausdifferenziert waren, wie das im Politbüro der Fall war. Hanna Wolf hatte solchen Diskussionsbedarf auch ziemlich unverblümt angemahnt: Es müsse möglich sein, „ein Plenum des Zentralkomitees einzuberufen, ohne unbedingt große Dokumente zu beschließen und alles in der Presse zu veröffentlichen, sondern einfach um die Meinungen auszutauschen“.¹⁴³ Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass diese beiden und auch andere Beiträge darauf abgestimmt waren, die Mitglieder des Zentralkomitees von der Notwendigkeit eines Politikwechsels und auch eines Revirements an der Spitze der Partei zu überzeugen. Obwohl sich das Ganze intern abspielte, war das 14. Plenum keine Geheimveranstaltung. Mit etwas Übung konnten auch Außenstehende den in der Zeitung „Neues Deutschland“ und in Broschüren des Dietz-Verlages allerdings mit Auslassungen veröffentlichten Redetexten die wichtigsten Argumente entnehmen. Insbesondere das gehäuft auftretende Stichwort „Proportionalität“ signalisierte den von Teilen der SED-Führung erhobenen Anspruch auf eine Revision der Wirtschaftsreform. Von einem förmlichen Abbruch war hingegen nicht die Rede.

Überhaupt lassen die ersten Verlautbarungen nach dieser ZK-Tagung erkennen, dass auf der Führungsebene des Parteiapparates offenbar stillschweigende Übereinstimmung bestand, den noch nicht endgültig ausgefochtenen Konflikt auf moderate Weise zu lösen. So erschien im Januar-Heft 1971 der theoretischen Zeitschrift der SED „Einheit“ ein von Horst Dohlus, Leiter der Abteilung Parteiorgane beim ZK der SED, gezeichneter Artikel, der eher Kontinuität suggerierte, als dass er die politischen Akzentverschiebungen herausstellte. Der Beschluss des Politbüros vom 8. September 1970, der des Ministerrats vom 17. September und die 14. Tagung erschienen darin als ein zusammenhängender Prozess, der die künftige Entwicklungsrichtung vorzeichnete. Dazu hieß es: „Für die Partei und alle Werktätigen ist es ein zutiefst politisches Anliegen, die Aufgaben der Strukturpolitik konsequent durchzuführen, in allen Bereichen der Volkswirtschaft die Arbeitsproduktivität und den volkswirtschaftlichen Nutzen wesentlich zu erhöhen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der

141 SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/2A/3196, Brief von Mitgliedern des Politbüros des ZK der SED an das Politbüro des ZK der KPdSU und Generalsekretär Leonid I. Brezhnev vom 21.1.1971.

142 Vgl. Naumann/Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker, S. 38.

143 SAPMO-BArch, DY-30, IV 2/1/414, Bl. 90–110, hier 91.14. Tagung des ZK der SED, 9.–11.12.1970: Diskussionsbeitrag Hanna Wolf.

Bürger planmäßig weiter zu verbessern.“¹⁴⁴ Es bedurfte gewisser exegetischer Fähigkeiten, um den Neuigkeitswert zu erfassen. Dieser lag im zweiten Teil des Satzes. Im Versprechen einer planmäßigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen kündigte sich die Abkehr von Ulbrichts informellem Sozial-Moratorium an.

Genauer betrachtet, erwies sich die 14. ZK-Tagung der SED nicht nur als Versuch, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der DDR wieder in ein recht konventionell verstandenes Gleichgewicht zu bringen. Oft wird übersehen, dass hinter der Forderung nach Wiederherstellung der „Planmäßigkeit“ auch eine Absage an die mit dem NÖS/ÖSS verbundenen Vorstellungen von kybernetischer Steuerung der Volkswirtschaft stand. Die hierzu in der DDR nicht erst seit 1970 geführte Diskussion hatte nämlich durch die Frage nach den Konsequenzen für die „sozialistische Demokratie“ einen bemerkenswerten Drall bekommen. So hieß es in einem von der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“ Anfang 1970 veröffentlichten Beitrag: „Die Tatsache, daß die volkseigenen Betriebe und Kombinate auf der Grundlage der staatlichen Plankennziffern und ihrer eigenverantwortlichen Planung eine selbständige Wirtschaftstätigkeit entwickeln – sich im kybernetischen Sinn also selbst regeln, stabilisieren und ihr Verhalten optimieren –, ist nicht zuletzt wesentlich für die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie.“¹⁴⁵ Dem Thema wandte sich auch die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu. Auf einer am 10. April 1970 durchgeführten Arbeitstagung der dort angesiedelten Lehrstühle Politische Ökonomie des Sozialismus und Soziologie wurde u.a. die Forderung erhoben, bei der Modellierung betrieblicher Informationsabläufe den Beschäftigten die gleiche Aufmerksamkeit zu widmen wie dem Leitungspersonal.¹⁴⁶ Zwar gab es auch Kritik an der „Selbstverwaltung der Betriebe“, weil sie undemokratisch sei und die „Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“ untergrabe,¹⁴⁷ doch wurde später noch nachgelegt: „Klassenwachsamkeit“ dürfe nicht als Ausrede für unzureichende Information der Belegschaft dienen. „Vielmehr gilt es, nach Methoden zu suchen, die einerseits eine höchstmögliche Informiertheit der Belegschaft sichern, aber andererseits dem Klassenfeind keine Vorteile bieten.“¹⁴⁸

Dieselben Autoren veröffentlichten im Dezember 1970 Ergebnisse einer Umfrage unter 111 Leitern aus Direktoraten von 19 Betrieben verschiedener Industriezweige.¹⁴⁹ Dabei ging es um die Themen, „über die nach Ansicht der Direktoren die Produktionsarbeiter informiert sein müssen, um ihre Eigentümerfunktion wahrnehmen zu können“.¹⁵⁰ Danach wurden

144 Horst Dohls: Die Erhöhung der Kampfkraft unserer marxistisch-leninistischen Partei, in: Einheit 26 (1971), S. 3–13, hier 9.

145 Heinz-Werner Hübner: Einige Methoden der organischen Verbindung der zentralen staatlichen Planung der Volkswirtschaft mit der eigenverantwortlichen Planung der sozialistischen Warenproduzenten, in: Wirtschaftswissenschaft 18 (1970), S. 205–220, hier 219.

146 Otfried Arnold/Heinz Pawlak/Kuntz Parthey: Die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie durch die Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung im sozialistischen Industriebetrieb (Tagungsbericht), in: Wirtschaftswissenschaft 18 (1970), S. 1230–1237, hier 1232.

147 Ebd., S. 1234.

148 Otfried Arnold/Karl-Heinz Wieland: Die komplexe sozialistische Automatisierung und die neuen Anforderungen an die Informierung der Werktätigen, in: Wirtschaftswissenschaft 18 (1970), S. 1460–1473, hier 1472.

149 Dies.: Informationsbedarf und Informationsbedürfnis sozialistischer Produzenten und Eigentümer, in: Wirtschaftswissenschaft 18 (1970), S. 1827–1838.

150 Ebd., S. 1830.

jeweils Direktoren und Produktionsarbeiter gefragt: „Über welche Gebiete möchten Sie mehr und besser als bisher informiert werden?“¹⁵¹ Die Antworten hierauf waren vorgegeben, und zwar nach folgenden Punkten:

- Perspektiven des Betriebes, der Abteilung, des Arbeitsplatzes,
- Planaufgaben, -kennziffern, Normative usw.,
- Kostenentwicklung,
- Weltstandsvergleich,
- Erfüllung des Gewinnplans,
- Rationalisierungsvorhaben u.ä.,
- Prognosen,
- Erfüllung der wichtigsten Plankennziffern,
- Struktur der Produktion und des Sortiments usw.,
- Auslastung der Grundfonds.

Hier soll die Häufigkeitsverteilung der Antworten nicht weiter erörtert werden. Wollte man das Ergebnis etwas vereinfachend zusammenfassen, so interessierten sich Meister, Techniker und Ingenieure besonders für die Gewinnplanerfüllung, bei Facharbeitern standen Informationen über die Perspektive des Arbeitsplatzes und die Gewinnverwendung im Vordergrund, bei den an- und ungelernten Arbeitern fanden sich Kosten und Lohn/Prämie auf oberen Rängen. Mit steigendem Qualifikationsniveau konzentrierten sich die Informationswünsche auf die Gebiete Kosten, Weltstandsvergleich und Perspektive der eigenen Entwicklung.¹⁵² Wichtiger erscheint etwas anderes: Der ganze Katalog tangierte die soziale Problematik nicht oder kaum. Das war nun eher ein Problem der Fragesteller als der Antwortenden, doch wirft der Umstand ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Situation, in der die 14. ZK-Tagung stattfand. Tatsächlich bot die sozialpolitische Zurückhaltung, die man schon seit Beginn der Wirtschaftsreform 1963 bemerken konnte und die in den späten 1960er Jahren noch spürbarer wurde – ohne dass man von sozialpolitischer Ignoranz hätte sprechen können – einen wichtigen Ansatzpunkt für Ulbrichts Kritiker.

6. Erste Schritte auf unerschlossenem Terrain

Die 14. Tagung des ZK der SED konnte von Außenstehenden nicht ohne weiteres als das wahrgenommen werden, was sie nach dem Willen der Politbüromitglieder, von Walter Ulbricht abgesehen, eigentlich sein sollte: ein Signal zum wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel. Das lag weniger an der unvollständigen Veröffentlichung der Redetexte als vielmehr an einer gewissen Unentschiedenheit dessen, was bekannt wurde. Dabei ist auch in Rechnung zu stellen, dass ein großer Teil der Bevölkerung davon, wenn überhaupt, nur in der Kurzform von Radio- oder Fernsehnachrichten Kenntnis nahm. Gelesen wurden die

151 Ebd., S. 1833.

152 Ebd., S. 1836f.

Plenarbeiträge allenfalls von einer Minderheit der SED-Mitgliedschaft. Jedoch tat sich auch die noch junge DDR-Forschung in der Bundesrepublik nicht leicht, die Konsequenzen dieser ZK-Tagung zu erhellen. Zu diffus war, was man aus den offiziellen Verlautbarungen entnehmen konnte. Allerdings sahen sich jene bestätigt, die schon frühzeitig auf die problematischen Seiten der Strukturpolitik aufmerksam gemacht hatten.¹⁵³

Immerhin kristallisierte sich sehr schnell heraus, dass die SED nun entschlossen schien, die Strukturpolitik Ulbrichts zu lockern, aber nicht aufzugeben, und der Konsumpolitik mehr Augenmerk zu schenken. Seit September 1970 liefen die Vorbereitungen hierzu, die Planungen für den Zeitraum 1971 bis 1975 wurden korrigiert. Soweit man sehen kann, gab es im Partei- und Staatsapparat der SED keine ernsthaften Widerstände gegen diesen neuen Kurs. In der verhältnismäßig komplikationsarmen Weise, mit der dieser Schwenk erfolgte, spiegelte sich wohl auch die Erleichterung, mit der die Funktionselementen der DDR auf diese Entwicklung reagierten. Mehrheitlich hatten sie die Wirtschaftsreform sowieso eher als Stress denn als Gewinn wahrgenommen.¹⁵⁴ Und gerade das „schwierige Jahr 1970“, auf das Walter Ulbricht in seiner Neujahrsansprache für 1971 einging, hatte ihre Motivation nicht gerade gefördert.¹⁵⁵ Jetzt zeigte sich für sie zumindest ein Silberstreif am Horizont.

Unmittelbar nach der 14. ZK-Tagung verabschiedete die Volkskammer am 14. Dezember 1970 den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushaltsplan für das kommende Jahr. Letzterer sah vor, die Mittel zur Verbesserung der Arbeits- und Wohnbedingungen, für Bildung und Kultur moderat anzuheben sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen zu verbessern. Doch sollten aus dem Staatshaushalt auch knapp 2,5 Milliarden Mark zur Finanzierung der „strukturbestimmenden Investitionen“ bereitgestellt werden.¹⁵⁶ In der Volkskammerdebatte begründete ZK-Sekretär Werner Jarowinsky zwar die Notwendigkeit sozialistischer Rationalisierung und der Strukturpolitik, forderte aber auch eine planmäßigere Versorgung der Bevölkerung. Diese sei die wichtigste Aufgabe „bei der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“.¹⁵⁷ Das zielte zunächst auf eine Stabilisierung der Versorgungslage. Doch nicht nur hierin hatte man eine Gefahrenstelle wahrgenommen, auch bei den Löhnen staute sich Konfliktpotential. Bereits am 15. Dezember 1970 beschloss der Ministerrat, die Mindestlöhne von 300 auf 350 Mark anzuheben und Löhne in den Bereichen zu erhöhen, die bisher eher im Schatten der Strukturpolitik gestanden hatten.¹⁵⁸

153 Vgl. Joachim Nawrocki: Über Autorität und Vernunft der Wirtschaftsplaner, in: Deutschland Archiv 4 (1971), S. 3–5.

154 In dieser Hinsicht erscheinen spätere Darlegungen Günter Mittags plausibel. Vgl. Mittag, Um jeden Preis, S. 137–147.

155 Wir gehen weiter unseren guten Weg des Friedens und des Sozialismus. Neujahrsbotschaft des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, in: Neues Deutschland vom 1.1.1971, S. 1.

156 Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1971 vom 14.12.1970. GBl. der DDR I 1970, S. 367–370, hier 368.

157 Werner Jarowinski: Mit Bewußtsein und Initiative für die weitere allseitige Stärkung der DDR, in: Neues Deutschland, 16.12.1970, S. 4.

158 Beschluß des Ministerrates über Regelungen zur besseren Ausnutzung der Gesetze des Sozialismus in bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sowie über weitere Maßnahmen zur Verwirklichung der Grundsätze zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Jahre 1971 vom 15.12.1970, in: Neues Deutschland, 17.12.1970, S. 4. GBl. der DDR II 1971, S. 81.

Auch der FDGB, dessen Vorsitzender Herbert Warnke stets, wenn auch nicht ohne Frustrationen, loyal zu Ulbricht gestanden hatte, forderte mehr soziale Sensibilität ein. So schrieb Warnkes Stellvertreter, Rolf Berger, in einem Zeitschriftenbeitrag: „Es ist nicht möglich, die sozialistische Rationalisierung mit Erfolg durchzuführen, wenn man nicht zugleich solche Fragen wie die der planmäßigen Qualifizierung, der materiellen Interessiertheit, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen klärt und sich um die persönlichen und familiären Anliegen der Werktätigen kümmert.“¹⁵⁹

Wie es scheint, war Ulbricht bereit, sowjetischen Forderungen nachzugeben, gegenüber der nun immer offener auftretenden Honecker-Fronde beharrte er jedoch auf seinem Standpunkt. Was nun folgte, zeugte nicht gerade von Heldenmut: Anstatt die anstehenden Fragen in einer offenen Auseinandersetzung zu klären, wandte sich die Mehrheit der Politbüromitglieder – in der Reihenfolge der Unterschriften: Hermann Axen, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Erich Honecker, Günter Mittag, Horst Sindermann, Willi Stoph, Paul Verner, Erich Mückenberger, Herbert Warnke, Werner Jarowinsky, Werner Lamberz und Günter Kleiber – am 21. Januar 1971 in einem siebenseitigen Brief an das Politbüro des ZK der KPdSU.¹⁶⁰ Darin beklagten sie Ulbrichts Eigenmächtigkeiten vor allem im Hinblick auf die Deutschlandpolitik. Doch auch seine abweichende Position in wirtschaftlichen Fragen wurde moniert. Zwar habe Ulbricht die Beschlüsse der 14. Tagung und der vorausgegangenen Politbürositzungen verbal anerkannt, dennoch aber in einem im Januar 1971 vorgelegten Papier versucht, „eine andere Einschätzung der Lage zu geben und erneut die Partei auf irrealer Ziele zu orientieren“. Dieses „Material“ hätte den bevorstehenden VIII. Parteitag auf Beschlüsse festlegen sollen, „die nicht auf die Fragen des Lebens Antwort geben [...], sondern durch lebensfremde, pseudowissenschaftliche, teilweise ‚technokratische‘ Theorien einer sogenannten Vorausschau bis 1990 und darüber hinaus“ beeinflusst wären. Vom Gefühl seiner Unfehlbarkeit geleitet, seien von Ulbricht „für kommende Jahrzehnte, ja bis zum Jahr 2000 politische und andere Prognosen vorgelegt“ worden, „die sich keine andere Partei der sozialistischen Staatengemeinschaft stellt“. So habe er verlangt, „in den nächsten Jahren eine jährliche Zuwachsrates der Industrieproduktion und der Arbeitsproduktivität von 10% unter allen Umständen zu erreichen, weil das angeblich objektiv notwendig sei“. Auch vertrete er den Standpunkt, „daß es darauf ankomme, ‚bisher Nichtgedachtes‘ einzuschätzen und zu bilanzieren.“ Angesichts seines hohen Alters und des damit verbundenen labilen Gesundheitszustandes, nicht zuletzt aber auch wegen seines „ohnehin schwierigen Charakters“ und seiner „übertriebenen Selbstbewertung“ halte man seine Ablösung für erforderlich. „Deshalb wäre es sehr wichtig und für uns eine unschätzbare Hilfe, wenn Genosse Leonid Iljitsch Breshnew in den nächsten Tagen mit Genossen Walter Ulbricht ein Gespräch führt, in dessen Ergebnis Genosse Walter Ulbricht von sich aus das Zentralkomitee der Sozialisti-

159 Rolf Berger: Gewerkschaften im Kampf um hohe Produktivität und Effektivität, in: *Einheit* 26 (1971), S. 161–167, hier 164.

160 SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/2A/3196, Brief von Mitgliedern des Politbüros des ZK der SED an das Politbüro des ZK der KPdSU und Generalsekretär Leonid I. Breshnew vom 21.1.1971 Nicht unterzeichnet hatten Friedrich Ebert, Alfred Neumann und Albert Norden sowie die Kandidaten des Politbüros Georg Ewald und Werner Halbritter. Auch Hermann Matern unterzeichnete nicht, war aber wahrscheinlich wegen Krankheit verhindert. Er starb am 24.1.1971.

schen Einheitspartei Deutschlands ersucht, ihn auf Grund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes von der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu entbinden.“ Es sollte jedoch noch bis zum 23. April 1971 dauern, bis Ulbricht im Politbüro seine „Bitte“ um Entlastung vortrug; am 3. Mai wurde ihr dann auf der 16. ZK-Tagung offiziell entsprochen.¹⁶¹

Der Brief enthielt keine direkten Aussagen zu den anstehenden sozialen Aufgaben. Doch ließen Formulierungen wie „angespannte innere Probleme“, „Stabilisierung der Lage“, „Fragen des Lebens“ deutlich erkennen, dass die Unterzeichner hierin ein Risiko sahen. Auch der Satz, man berücksichtige in der Auseinandersetzung mit Ulbricht „bestimmte Lehren aus den Ereignissen in Volkspolen und in der ČSSR“, passt in dieses Bild. Hierbei mag das in der DDR immer irgendwie präsente 17.-Juni-Syndrom eine Rolle gespielt haben, das selbst in den späten Ulbricht-Jahren nichts an Wirksamkeit eingebüßt hatte. Auch bei der durchaus riskanten Strukturpolitik lag die Hemmschwelle immer noch relativ hoch, der Bevölkerung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht mehr zuzumuten, als man politisch für vertretbar hielt. Wenn die Unterzeichner des Briefes ihre Absicht andeuteten, der sozialen Frage mehr Aufmerksamkeit zu widmen, stand offenbar anderes dahinter als eine bloße Krisenreaktion. Denn der Brief signalisierte nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass man sich Breschnews entsprechenden Vorstellungen anschloss.

Praktisch war man indes schon weiter. Es mehrten sich zu dieser Zeit die Indizien, dass die Auseinandersetzung über das Diskussionsstadium hinausgelangt war und nun reale politische Schritte folgten. So erscheint es nicht abwegig, eine Reihe von Versorgungsproblemen auf gezielte Obstruktion zurückzuführen. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, erinnerte sich später an seine Versuche, die Aufnahme der von Ulbricht geforderten zehn- bis zwölfprozentigen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität in die Planung zu verhindern. Honecker habe ihm nicht nur gesagt: „Mach es doch einfach nicht, wenn es nicht geht“, sondern er habe ihn im Politbüro auch dahingehend unterstützt.¹⁶²

Was 1970 begann, so hat Honecker später betont, sei nicht seine Politik gewesen, sondern die des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR. „Wir waren zu Beginn der siebziger Jahre zu der Auffassung gelangt, daß es erforderlich sei, den Kurs der DDR zu korrigieren, und zwar in Richtung zunächst einer Konsolidierung der DDR, und dann zu einem neuen Aufschwung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu kommen. Die wichtigste Frage bestand aufgrund einer gründlichen Analyse darin, daß wir unsere Politik enger mit dem Fühlen und Denken der Massen verbanden.“¹⁶³ Der Zeitpunkt dieser Äußerung, das Frühjahr 1990, legt es nahe, hierin so etwas wie die nachträgliche Verteilung von Verantwortung zu sehen. Ganz abwegig ist sie indes nicht. Ulbricht stand um die Jahreswende 1970/71 ziemlich allein einer von Honecker geduldig und bedachtsam organisierten Fronde gegenüber.

Bereits Ende Januar 1971 trat das ZK der SED zu seiner 15. Tagung zusammen, auf der die neue Position bekräftigt wurde. Auch Ulbricht sah sich genötigt, „die Lehren der 14.

161 Schuhmann, Lotte und Walter, 151.

162 Gerhard Schürer: *Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie*, Frankfurt/Oder 1996, S. 131.

163 Andert/ Herzberg, Sturz, S. 274.

Tagung“ zu beherzigen, suchte aber mit der Forderung, „ständig die Einheit von Strukturpolitik und planmäßiger proportionaler Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft zu sichern“ nach einem Kompromiss.¹⁶⁴ Doch hatte die Idee einer „ökonomisierten“ Sozialpolitik in der DDR keine Chance mehr. In der SED-Führung setzte sich nun endgültig die Überzeugung durch, man müsse die wirtschaftliche und politische Situation zunächst einmal mit Hilfe sozialer Zugeständnisse stabilisieren. Allerdings verfügten Ulbrichts Kritiker damit noch lange nicht über ein eigenes wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept.¹⁶⁵ Es ging zunächst um Ad-hoc-Maßnahmen, die vor allem für „politische Stabilität in der Arbeiterklasse“ sorgen sollten, wie es auf dem 14. ZK-Plenum gefordert worden war. Dies schien umso dringender, als man die Eskalation der polnischen Krise unmittelbar vor Augen hatte.

Wenngleich es in Fachkreisen während der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine fortgesetzte Debatte gegeben hatte, was man sich unter einer sozialistischen Sozialpolitik vorzustellen habe, waren diese Überlegungen aber noch nicht zu einem praktikablen politischen Konzept gediehen. Vielmehr verflocht sich die Diskussion mit der Frage nach den Bedingungen und Kriterien sozialistischer Lebensweise. Exemplarisch für diese Tendenz veröffentlichte Günter Manz, Professor an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlschorst und Direktor des Instituts für Konsumtion und Lebensstandard, zu Beginn des Jahres 1971 einen Aufsatz, in dem er die Faktoren der sozialistischen Lebensweise zu bestimmen suchte:¹⁶⁶

1. sozialistische, politische Machtverhältnisse im sozialistischen Staat,
2. Produktionsverhältnisse und sozialistischer Charakter der gesellschaftlichen Arbeit,
3. die Ideologie des Marxismus-Leninismus,
4. sozialistische Rechtsverhältnisse,
5. sozialistische Moral und Ethik,
6. Arbeitsproduktivität, Nationaleinkommen, Volksvermögen im ökonomischen System (sie bilden die Grundlage für den Lebensstandard),
7. sozialistischer Lebensstandard (sozialistische Arbeits- und Lebensbedingungen),
8. gesellschaftliche und natürliche Umweltbedingungen (Lebensumwelt).

Die Lebenssphäre des Menschen unterteilte Manz in „Arbeitsphäre“ und „übrige Lebenssphäre“, worunter er das unmittelbare Wohnumfeld und die Welt außerhalb des Wohngebietes verstand.¹⁶⁷ Diese Unterscheidung sollte im Konzept der „territorialen Rationalisierung“ Niederschlag finden, half aber zunächst nicht viel weiter. Ähnlich stand es um einen betont integrativen Ansatz für eine „sozialistische Sozialpolitik“. Überhaupt trage Sozialpolitik im Sozialismus einen grundlegend anderen Charakter als im Kapitalismus, sie sei „eine völlig neue, eine wirkliche Gesellschaftspolitik. [...] Die sozialistische Sozialpolitik ist auf die

164 15. Tagung des ZK der SED. 28.1.1971. Hermann Axen: Aus dem Bericht des Politbüros; Walter Ulbricht: Die politische Vorbereitung des VIII. Parteitages; Erich Honecker: Die Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen. Berlin 1971, S. 58.

165 Kaiser, Machtwechsel, S. 432f.

166 Günter Manz: Zur Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen, in: Wirtschaftswissenschaft 19 (1971), S. 178–190, hier 183.

167 Ebd.

harmonische Entwicklung der Persönlichkeit in der sozialistischen Menschengemeinschaft gerichtet. Das umfaßt zentrale Maßnahmen ebenso wie die Verwirklichung sozialpolitischer Aufgaben in Territorien und in den Betrieben. Die Sozialpolitik ist ein einheitliches System von Zielsetzungen, Maßnahmen, Aufgaben, materieller und moralischer Stimuli usw. und läßt sich nicht in einzelne ‚Sozialpolitiken‘ unterteilen.“¹⁶⁸

Hier schien noch einmal die Begriffswelt der späten Ulbricht-Ära auf. Das war zu dieser Zeit keine Ausnahmeerscheinung, denn die Diskussionen der letzten Jahre hinterließen nach dem Dezember 1970 eine publizistische Bremsspur. Es dauerte einige Zeit, ehe sich die Fachwelt oder was sich dafür hielt auf den politischen Kurswechsel des 14. ZK-Plenums eingestellt hatte. Man wird diesen Umstand schon deshalb im Blick behalten müssen, weil er zeigt, wie es um die theoretischen und konzeptionellen Entscheidungsgrundlagen der neuen Politik stand. Jenseits aller Vorstellungen vom sich zumindest teilweise selbstregulierenden Wirken aufeinander abgestimmter ökonomischer Hebel, wie es das Ziel der Wirtschaftsreform gewesen war, ging die SED-Führung in der zweiten Jahreshälfte zur politischen Handsteuerung über. Dabei blieb es auch im Frühjahr 1971. Gleichzeitig mehrten sich, möglichst mit „Klassiker“-Zitaten unterlegt, systematisierte Argumente gegen den NÖS/ÖSS-Kurs. So hieß es in einem Beitrag der Zeitschrift „Sozialistische Arbeitswissenschaft“: „Praktiken, die den Sozialismus mit staatsmonopolistischen Methoden der Wirtschaftsführung vereinigen wollen, laufen auf die Untergrabung der sozialistischen Errungenschaften hinaus. Eine Vereinigung von Sozialismus und bürgerlicher Demokratie oder der Ersatz der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch betriebliche Autonomie sind tödliche Spekulationen. Bei der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus läßt unsere Partei keinerlei Vernachlässigung der Systemgrundlagen zu.“¹⁶⁹ Auch in solchen Fällen wies die Diktion zumeist Übergangsmerkmale auf: Meist war noch vom ökonomischen System die Rede, während der zentralen Planung erneut das Wort geredet und die eigenständige Qualität der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus betont wurde.¹⁷⁰

7. Kurswechsel zur „Hauptaufgabe“

Im Februar 1971 erteilte das in Abwesenheit Ulbrichts unter Leitung von Honecker tagende Politbüro dem Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, den Auftrag, „bei der Ausarbeitung der Grundaufgaben des Fünfjahrplans 1971–1975 davon auszugehen, daß das Hauptgewicht gelegt wird auf die Hebung des Volkswohlstandes, die Erzielung eines bedeutenden Aufschwungs des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der Produktion, einer hohen Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und einer wachsenden Arbeitsproduktivität“.

168 Ebd., S. 185.

169 Fritz Richter/Heinrich Swoboda: Was sagt uns Engels heute?, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft 15 (1971) H. 1, S. 1–9, hier 8.

170 Ebd., S. 9.

tät“.¹⁷¹ Allerdings zeigte die im März 1971 von der SPK vorgelegte und am 23. März vom Politbüro beschlossene Konzeption des Planes, dass nicht nur der Spielraum hierfür recht begrenzt war, sondern dass man immer noch mit ziemlich vagen Annahmen operierte.

Wohl auch deshalb sicherte sich Schürer vor dem Politbüro durch den Hinweis ab, als Grundlage der Konzeption hätten „der Beschluß des Politbüros vom 8.9.1970, das 14. Plenum des ZK der SED sowie die im Beschluß des Politbüros vom 16.2.1971 formulierte Hauptaufgabe“ gedient.¹⁷² Dann aber machte er den Mitgliedern des Gremiums gewissermaßen den Mund wässrig: „Ich möchte besonders hervorheben, daß die im vorliegenden Material vorgeschlagenen Ziele und Kennziffern als Mindestaufgaben festgelegt werden sollen und daß die gegenwärtig noch offenen Probleme, auf die wir im Material aufmerksam machen, nicht zu Lasten der Arbeits- und Lebensbedingungen gelöst werden dürfen. (Zwischenruf: sehr richtig, unbedingt sichern). Im Gegenteil sollte versucht werden, im Prozeß der Arbeit durch Erhöhung der Effektivität und günstigere Lösungen die vorgeschlagene Linie noch anzureichern und zu verbessern.“¹⁷³ Der Wohnungsbau solle „als Kernstück der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes zur Erhöhung des Volkswohlstandes“ im Zeitraum von 1971 bis 1975 eine halbe Million Wohnungen bereitstellen. Das erfordere, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, darunter auch die „Erweiterung des Eigenheimbaues bei Einsatz von Mitteln und Leistungen durch die Bevölkerung.“¹⁷⁴

Dass man entgegen allen guten Vorsätzen wieder dabei war, „auf Kante zu nähen“, dürfte den Anwesenden klar gewesen sein, nicht zuletzt Erich Honecker. Dieser erklärte sich zwar mit der von Schürer entwickelten Grundlinie einverstanden, fügte aber hinzu, es gebe „eine ganze Reihe Probleme [...], die noch geklärt werden müssen“.¹⁷⁵ Die Materialbasis der DDR sei nun einmal „sehr schmal“, aber „gegen die Arbeiter regieren“ könne man auch nicht.¹⁷⁶ Zunächst jedoch ging es ihm darum, die Kritik an der bisherigen Politik nicht aus dem Ruder laufen zu lassen:

„Trotz aller Vorbelastungen sollten wir wirklich darauf achten, daß wir einen bilanzierten Fünfjahresplan bekommen. Das wird nicht in einer Perfektion gelingen, aber die Grundlinien müssen stimmen, sonst würde es uns nicht gelingen, im Zusammenhang mit dem Parteitag das Vertrauen der Werktätigen zur sozialistischen Planwirtschaft weiter zu erhöhen.

Wir müssen eine Reihe von Erscheinungen verhindern, bei denen die Gefahr besteht, daß sie aus anderen Ländern zu uns übergreifen. Im Sekretariat des ZK haben wir uns darüber unterhalten, inwieweit wir bestimmte kritische Fragen zugespitzt aufrollen können. Dabei sind wir zur Entscheidung gekommen, und das möchte ich auch dem Politbüro vorschlagen,

171 SAPMO-BArch, DY-30 / J IV 2/2021/461, Protokoll der Politbürositzung vom 16.2.1971, zit. nach: Steiner, DDR-Wirtschaftsreform, S. 542.

172 BA DE 1/V A/56131, Bl. 23–31, hier 23, Staatliche Plankommission: Niederschrift über die mündliche Begründung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Genossen G. Schürer, zur Grundlinie für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1971–1975 im Politbüro des ZK der SED am 23.3.1971.

173 Ebd., Bl. 24.

174 Ebd., Bl. 30.

175 BA DE 1/V A/56131, Bl. 32–44, hier 35, Staatliche Plankommission. Staatssekretär Klopfer, 24.3.1971: Persönliche Niederschrift über die Beratung der Grundlinie für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1971–1975 im Politbüro.

176 Ebd., Bl. 36.

daß wir eine bestimmte Grenze nicht überschreiten wollen. Es wäre notwendig, eine bestimmte Kritik an der Arbeit von einzelnen Kreisleitungen oder Räten der Kreise zu üben. Es wäre notwendig, bestimmte Veränderungen vorzunehmen. Wir sind der Auffassung, daß (sic) wäre im Augenblick eine zu starke Belastung für die ganze Entwicklung.

In Vorbereitung des Parteitages brauchen wir eine Atmosphäre, wo die Dinge real eingeschätzt, nüchtern berechnet, der Wettbewerb zielstrebig durchgeführt und die Qualität der Arbeit, insbesondere die Planung und Leitung, erhöht wird. Aber wir sollten uns nicht auf die anderen Veränderungen konzentrieren.“¹⁷⁷

Solche Vorsicht schien tatsächlich am Platze, denn vielfach wurde das 14. ZK-Plenum als Ermunterung zu offener Kritik an der bisherigen Politik der SED verstanden:

„Wir haben seit Januar dieses Jahres ein Ansteigen der sogenannten Kollektivbeschwerden (Mißachtung von Vorschlägen der Werktätigen, Prämierungen usw.). In den Wahlversammlungen zeigt sich eine Einheit und Geschlossenheit, aber sobald bestimmte Fragen über Mängel gestellt werden, unterschreibt selbst ein Teil der Parteileitungen mit. Im Zusammenhang mit der gesamten politischen Arbeit sind wir der Auffassung, daß die Schlußfolgerung richtig ist, bestimmte kritische Momente in der Parteitagsdiskussion zu behandeln, aber gleichzeitig mit den positiven Fragen zu verbinden. Dazu haben wir auch allen Grund. Hier macht sich auch in einem bestimmten Maße die polnische Schule bemerkbar. Das sind Signale, die wir beachten müssen.“¹⁷⁸

Honecker stand zu dieser Zeit offenkundig unter dem Eindruck der polnischen Krise.¹⁷⁹ Auch wenn man nicht sagen kann, sie habe seine Politik im Grundsatz beeinflusst, so machte sie sich in taktischen Erwägungen geltend. Einerseits war Honecker durchaus geneigt, die kritische Stimmung im Interesse des Machtwechsels an der SED-Spitze zu kanalisieren. Andererseits ging es ihm darum, die Partei vor dieser Kritik zu schützen. So entstand eine Rezeptur aus Kritik, Beschwichtigung und Zukunftsversprechungen, die ihre Wirkung zunächst nicht verfehlte.

Charakteristisch für diesen Politikansatz wurde eine Parallelstrategie, die Wirtschaftswachstum und soziale Verbesserungen eng aneinanderkoppelte. Wie um diesen Anspruch zu unterstreichen, erschien im März-Heft der Zeitschrift „Einheit“ in nur wenig gekürzter Fassung die deutsche Übersetzung des Leitartikels aus der jüngsten Ausgabe der sowjetischen Parteizeitschrift „Kommunist“. Im Wesentlichen wurde darin eine knappe Bilanz der Fünfjahrplanperiode 1966–1970 gezogen und ein Ausblick auf die bevorstehenden Aufgaben des neuen Fünfjahrplans geboten. Man erfuhr von beachtlichen Fortschritten auf dem Gebiet des Lebensstandards, aber auch, dass die wachsenden „Bedürfnisse der Sowjetmenschen [...] immer neue, wachsende Forderungen an Industrie und Landwirtschaft“ stellen.¹⁸⁰ Weiter hieß es, die Hauptaufgabe des neuen Fünfjahrplanes bestehe darin, „einen bedeutenden

177 Ebd.

178 Ebd., Bl. 37.

179 Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S. 78f.

180 Auf Leninschen Kurs zu neuen Errungenschaften des kommunistischen Aufbaus, in: Einheit, 26 (1971) S. 258–268, hier 260.

Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung auf der Grundlage einer raschen Entwicklung der sozialistischen Produktion und der Steigerung ihrer Effektivität, des wissenschaftlich technischen Fortschritts und der Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität zu sichern. Die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen, die Schaffung aller notwendigen Bedingungen für ihre schöpferische Arbeit, für ihre Erholung, für die allseitige Entwicklung und Anwendung ihrer Fähigkeiten sind vor allem Sinn und Zweck der Politik unserer Partei.“ Die KPdSU berücksichtige, „daß die Maßstäbe der Lösung sozialer Probleme mit der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft wachsen und immer größere Aufmerksamkeit erfordern“. Man werde „ein umfassendes Programm sozialer Maßnahmen der Hebung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung“ verwirklichen. Dazu zählte auch die Anhebung der Realeinkommen um ca. 30%. Die Durchschnittslöhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten sollten um 20 bis 22%, die der Kolchosbauern um 30 bis 35% steigen. Gleichzeitig war eine Zunahme der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds um 40% vorgesehen. Die Einzelhandelspreise wollte man stabil halten und für die „Sättigung des Marktes mit hochwertigen Waren im erforderlichen Sortiment“ sorgen.¹⁸¹

Die Funktion dieser Veröffentlichung lag auf der Hand. Denn wenn die KPdSU einen solchen Kurs einschlug, konnte die SED nicht so tun, als sei nichts geschehen. Aber das war nur ein Teil der mit diesem Artikel verbundenen Botschaft. Vor allem an die Funktionäre der Partei gerichtet, lautete der andere Teil: Wer die „Hebung des Lebensstandards“ als vorrangigen „Sinn und Zweck“ kommunistischer Politik begreife, müsse die SED ebenfalls in diese Richtung steuern. Angesichts der aktuellen Fehlentwicklungen in der Wirtschaft der DDR, der zunehmenden Versorgungsprobleme und der daraus resultierenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung war das Argument nicht ohne Reiz.

Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass sich Erich Honecker hierdurch bestätigt sah. Allerdings erscheint es fraglich, ob er die Konsequenzen einer solchen Politik zu diesem Zeitpunkt oder auch später je vollständig überblickte. Denn angesichts der Herausforderung durch die dritte industrielle Revolution und die Entwicklung der internationalen Märkte wurde der durch Sozialpolitik bediente Legitimationsbedarf der SED gegenüber der Arbeiterschaft zu einer schwerwiegenden Hypothek. Nicht die Sozialpolitik an sich war das Problem, sondern ihre funktionale Aufladung.

Eine genauere Betrachtung der zeitgenössischen, besonders in der Parteipresse der SED geführten Diskussion zeigt eine allmähliche Ausweitung des Kernthemas der „Proportionalität des Reproduktionsprozesses“ um die Frage der „sozialen Sicherheit“. So argumentierte der Stellvertretende Leiter des Lehrstuhls Politische Ökonomie des Sozialismus am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, vor dem 14. Plenum habe man die Bilanzierungsprobleme unterschätzt und Lenins Worte aus dem Jahr 1921 ungenügend beachtet, wonach es ein Fehler sei, „bei der Planung mit dem günstigsten Fall zu rechnen, weil dies bürokratische Illusionen fördert und die Autorität der Planung auf Spiel setzt“. Auf seiner 14. Tagung habe das ZK diesen Fehler korrigiert und sich „mit Nachdruck für die notwendige Berücksichtigung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung

181 Ebd., S. 261.

der Volkswirtschaft in der Planung und Wirtschaftsbilanzierung ausgesprochen“.¹⁸² Zentrale staatliche Planung und Leitung würden „die soziale Sicherheit der Werktätigen als elementaren Vorzug des Sozialismus“ gewährleisten.¹⁸³

Unschwer wird hier ein Erklärungsmuster im Stil einer Gleichung sichtbar, das in den folgenden Jahren erhebliche Bedeutung für die Legitimation der mit dem Namen Erich Honecker verbundenen Politik erlangen sollte. Zentrale Planung, soziale Sicherheit und die sozialistische Gesellschaftsordnung fungierten hier als Elemente einer Kausalkette. In dieser Weise nahmen die Hinweise auf eine Neujustierung der SED-Politik bereits vor Honeckers offizieller Machtübernahme konkretere Form an. Ganz offensichtlich folgte man hierbei dem sowjetischen Vorbild. So betonte ein am 15. April 1971 gefasster Beschluss des Politbüros zu den Ergebnissen des XXIV. Parteitags der KPdSU deren sozialpolitische Ziele. Die SED nahm bei dieser Gelegenheit auch den Begriff der „Hauptaufgabe“ auf, der in der Folge eine wichtige Rolle bei der Vermittlung der eigenen Politik spielen sollte. Die Hauptaufgabe bestehe, so fasste der Beschluss die sowjetische Position zusammen, in einem „bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus“. Überhaupt stünde das „Wohl des Menschen“ im „Mittelpunkt des Sozialismus“.¹⁸⁴

Damit war im Grunde vorweggenommen, wie sich die SED-Führung auf dem bevorstehenden VIII. Parteitag in der Frage der Sozialpolitik positionieren würde. Insofern kam auch Honeckers Auftritt auf der 16. ZK-Tagung im Mai 1971 nicht überraschend. Zwar stand diese Plenarsitzung völlig unter dem Eindruck von Ulbrichts Rücktritt und der Wahl Honeckers zu dessen Nachfolger an der Parteispitze.¹⁸⁵ Aber Honecker nutzte sogleich die Gelegenheit, um in einem Bericht über den XXIV. Parteitag der KPdSU auf die „wachsende Rolle der Arbeiterklasse und die sozialpolitische Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft“ einzugehen. Auch wenn sich hierbei ein etwas unkonventionelles Verständnis von Sozialpolitik offenbarte, Honecker bezog sich nämlich vor allem auf die Sozialstruktur, wurde aber doch deutlich, worum es ihm ging. Er zeichnete das Bild einer sozial vereinheitlichten Gesellschaft, in der sich alle „auf das Beispiel der bewußtesten und aktivsten Arbeiter orientieren.“¹⁸⁶ Hierin sah er die Sozialstruktur der UdSSR auch als Vorbild für die DDR. Gleichwohl blieben die Aussagen zur sozialen Entwicklung und zum Lebensstandard in der UdSSR nur ganz allgemein. Sie ließen allerdings eine starke Fixierung auf eine ideologisch verklärte Arbeiterklasse erkennen, die Honecker als Hauptadressat und als Maßstab künftiger Sozialpolitik galt.¹⁸⁷ Er stand damit, wie auch Ulbricht, in der Tradition eines sozialen Denkens, das seine wesentlichen Impulse aus der kommunistischen Bewegung der

182 Karl-Heinz Stiemerling: Planmäßige und proportionale Entwicklung, Effektivität und Stabilität, in: *Einheit* 26 (1971), S. 269–280, hier 277.

183 Ebd., S. 279.

184 Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED zu den Ergebnissen des XXIV. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: *Neues Deutschland*, 16.4.1971, S. 1.

185 16. Tagung des ZK der SED. 3.5.1971. Dem Wohl des Volkes gilt all unser Streben: Erklärung des Genossen Walter Ulbricht; Beschluß der 16. Tagung des ZK der SED; Brief des ZK an Walter Ulbricht; Erklärung des Genossen Erich Honecker. Berlin 1971, S. 3f.

186 16. Tagung des ZK der SED. 3.5.1971. Bericht der Delegation des ZK der SED über den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker. Berlin 1971, S. 47.

187 Vgl. auch Andert/Herzberg, *Sturz*, S. 274–276.

Zwischenkriegszeit bezog. Hier gab es keinen Bruch. Man wird deshalb auch die vom Politbüro des ZK der SED im Februar 1971 getroffene Anweisung zur Vorbereitung des VIII. Parteitages nicht nur als Propaganda zu betrachten haben. Darin hieß es: „Die Aussprache muß getragen sein vom Gedanken der Kontinuität und der Richtigkeit der Politik von Partei und Regierung.“¹⁸⁸ Das konnte Ulbricht ebenso wie Honecker unterschreiben. Ihr Dissens betraf nicht das gesellschaftspolitische Ziel, sondern Weg und Methode, es zu erreichen.

In Polen war man über den Wechsel an der SED-Spitze durchaus nicht betrübt. Am 10. Mai 1971 notierte Mieczysław F. Rakowski in seinem Tagebuch: „In Oslo erreichte uns die Nachricht, dass der geschätzte Genosse Ulbricht auf dem Plenum des ZK der SED, das am 3. Mai stattfand, um seine Entlassung von der Funktion des I. Sekretär des ZK bat. Ohne Ende könne man über Ulbricht und seine dogmatische, sektiererische Vision des Sozialismus im Vaterland von Marx reden. Er hat den Deutschen den Sozialismus auf Jahrhunderte vereckelt. Gomułka mochte ihn ehrlich nicht und argwöhnte, dass er gegenüber Moskau und uns prinzipiell ist, aber hinter unserem Rücken sich wirtschaftlich mit der BRD verbindet.“¹⁸⁹

Der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker ist in der zeitgeschichtlichen Literatur primär unter den Aspekten machtpolitischer Rivalität betrachtet worden. Dabei kam durchaus zur Geltung, dass Ulbrichts Sturz ganz wesentlich mit sozialpolitischen Argumenten eingeleitet wurde und dass auch die Ära Honecker mit einem fulminanten sozialpolitischen Auftakt begann. Ohne Zweifel sind dabei soziale Faktoren im Kampf um die Macht auch gegen wirtschaftspolitische Erwägungen instrumentalisiert worden. Allerdings ist zu fragen, ob die Frondeure tatsächlich autonom genug waren, um sich sozialer Argumente nach Bedarf bedienen zu können? Handelten sie nicht wesentlich stärker unter dem Druck sozialer Probleme und daraus resultierender politischer Herausforderungen? Während Ulbricht in seinen späten Jahren darauf setzte, erst in die „strukturbestimmenden“ Betriebe und Wirtschaftszweige zu investieren, um danach bei der Konsumtion zulegen zu können, galt jetzt die Devise, das eine zu tun, und das andere nicht zu lassen. Es handelte sich also nicht um eine einfache Umpolung der Prioritäten. Auch sollte sich der neue Kurs nur sehr bedingt als Befreiungsschlag aus dem Dickicht der Wirtschaftsreform erweisen. Bald schon machten sich die Herausforderungen der dritten industriellen Revolution in Form harter ökonomischer Sachzwänge wieder geltend.

Entsprechende Argumente konnte man inzwischen auch wieder aus Moskau hören, wo auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU Direktiven zum neuen Fünfjahrplan verabschiedet worden waren, die sich als Versuch interpretieren ließen, das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik präziser zu fassen. Darin hieß es u.a.: „Zugleich gestattet die Erfahrung, jene Aspekte der Wirtschaftsreform zu erkennen, die einer weiteren Präzisierung und Entwicklung bedürfen. Offenkundig müssen die Methoden der Planung und Stimulierung, die Kriterien der Einschätzung der Tätigkeit der Betriebe und Vereinigungen weiter vervollkommenet

188 SAPMO-BArch, DY-30, J IV2/2/1325, Protokoll Nr. 7/71 der Sitzung des Politbüros des ZK am 16. Februar 1971, Anlage Nr. 3: Erste Vorschläge für die öffentliche Diskussion zum VIII. Parteitag der SED in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

189 Rakowski, *Dzienniki*, 1969–1971, S. 405.

werden, um den Einfluß der Reform auf die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu verstärken und die Interessiertheit der Betriebe, Vereinigungen und Ministerien an höheren Planaufgaben zu steigern. Das ist jetzt das allerwichtigste.“¹⁹⁰

Dem war kaum ernsthaft zu widersprechen. Auch die SED schüttete in dieser Hinsicht nicht das Kind mit dem Bade aus. Während der Vorbereitung auf ihren VIII. Parteitag und auch danach ließ sie keinen Zweifel daran, dass sozialer Fortschritt grundsätzlich von der Fähigkeit abhing, die Herausforderung der dritten industriellen Revolution zu bewältigen. Es gab in dieser Hinsicht nach wie vor viel und sicher auch etwas naiven Optimismus. Allerdings war inzwischen ein in der Öffentlichkeit unbekannt gebliebenes oder zumindest wenig beachtetes, dafür aber symbolträchtiges Ereignis eingetreten: Angesichts der im sowjetischen Block in den 1960er Jahren um sich greifenden Zersplitterung der Computerentwicklung hatte sich der RGW für die Schaffung eines Einheitlichen Systems elektronischer Rechner (ESER) entschieden. Bei der Softwareentwicklung suchte man zunächst nach einer Kooperation mit den westeuropäischen Firmen Siemens und ICL. Anfang 1970 hatte das zuständige sowjetische Ministerium jedoch beschlossen, den Systemstandard 360 des amerikanischen Computerherstellers IBM zu übernehmen. Das wurde auch für die DDR, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Tschechoslowakei bindend. In einer Rede, die er Ende 1970 vor der Akademie der Wissenschaften in Leningrad hielt, soll der bekannte niederländische Computerspezialist Edsger Dijkstra den Entscheid für das IBM-System als größten Sieg der Amerikaner im Kalten Krieg gewertet haben.¹⁹¹ Gegenüber dieser Entwicklung nahm sich das zur selben Zeit diskutierte Problem der Auslandsverschuldung vergleichsweise harmlos aus.

190 Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971–1975, in: Neues Deutschland, 7.4.1971, S. 7.

191 Stefan Betschon: Mutmaßungen über die Gründe eines Zuspätkommens. Warum verpaßte die Sowjetunion bei der Computertechnik den Anschluß an den Westen?, in: NZZ Online, 1.7.2006 (www.nzz.ch/2006/07/01/zf/artivleE7VE2.print.html).

Der Fall Polen: Die militante Variante

1. *Die Preisoperation*
2. *Die Streiks an der Ostseeküste*
3. *Gomułkas Sturz*
4. *Krisenmanagement*
5. *Werben um Vertrauen und Vertrauen auf Kredit*
6. *„Helft ihr?“ – Zur Geschichte einer berühmten Frage*
7. *Streik in Łódź*
8. *Westlich der Oder: Information zwischen Hoffen und Bangen*

1. Die Preisoperation

Nach längerer Vorbereitung fasste der polnische Ministerrat am 12. Dezember 1970 einen formellen Beschluss zu den Preiserhöhungen.¹ Am 13. Dezember 1970, einem Sonntag, veröffentlichte die Zeitung „Trybuna Ludu“, das Zentralorgan der PZPR, diesen Beschluss über die Veränderung der Preise bei mehr als 40 Produkten, vor allem Lebensmitteln. Die Preise erhöhten sich u.a. bei Fleisch, Mehl, Grütze, Makkaroni, Milch (für die Winterzeit), Fisch, Obstprodukten, Hartbonbons, Kohle und Koks sowie verschiedenen Textilien. Im Gegenzug sollten die Preise für einige industrielle Konsumgüter wie Kunstfasergewebe und -schuhe, Wirkwaren, Fernseher, Tonbandgeräte, Radios, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Nähmaschinen, Arzneimittel, Waschmittel, Farben und Lacken sowie für Rasierklingen gesenkt werden. Außerdem wurden „Rekompensationen“ wie eine Erhöhung der Zulagen zu den Familienbeihilfen angekündigt. Doch während die Preise um 13 bis 30% stiegen, kompensierten die Ausgleichsmaßnahmen allenfalls fünf bis zehn Prozent. Unter dem Strich lief das auf eine drastische Erhöhung der Lebenshaltungskosten hinaus, wovon vor allem materiell schlechter gestellte Familien betroffen waren, bei denen Lebensmittel einen besonders hohen Anteil am Haushaltsbudget ausmachten.

Die Idee einer solchen mit einigen Ausgleichen verbundenen Preisoperation entbehrte nicht der Rationalität. Theoretisch hätte sie sogar eine aktive Konsumpolitik fördern können. Eine Position auf der neuen Preisliste sollte sich allerdings als sensibel erweisen: die neuerliche Erhöhung der Fleischpreise. Es gehört zu den eigenartigen Phänomenen auch der folgenden polnischen Krisen, dass sich die Unzufriedenheit in ganz besonderem Maße entwe-

¹ Andrzej Paczkowski: *Pól wieku dziejów Polski (1939–1989)* [Ein halbes Jahrhundert der Geschichte Polens (1939–1989)], Warszawa 3. Aufl. 1998, S. 384.

der am unzureichenden Fleischangebot oder an dessen hohen Preisen entzündete.² Wie Jerzy Eisler resümiert, spielten im Falle des Dezember 1970, des Juni 1976 und – zumindest in gewissem Grade – des August 1980 die Preiserhöhungen vieler Artikel des Grundbedarfs und besonders von Lebensmitteln die Rolle eines Sprengsatzes für die gesellschaftliche Unzufriedenheit.³ Es war wohl kein Zufall, wenn in der PRL Fleisch nicht selten ein strategischer Artikel genannt wurde.

Der Beschluss des Ministerrates vom 12. Dezember bildete nur noch den formalen Endpunkt eines längeren und mit der Jaszczuk-Reform verbundenen Prozesses. Die eigentliche Entscheidung war längst schon im Politbüro des ZK der PZPR gefallen. Der Zeitpunkt der Preismaßnahme erscheint nachvollziehbar, denn am 1. Januar 1971 sollte der neue Fünfjahrplan beginnen, dessen Realisierung eine Angleichung von Nachfrage und Angebot bei Konsumgütern erforderte. Doch dafür „reichten einzelne Preismaßnahmen, wie sie viele Jahre lang angewandt wurden, nicht aus. Gomułka und seine Mannschaft erkannten also, dass man einen einmaligen, großen Preissprung vornehmen muss, und das vor dem Jahresende 1970.“⁴ Aus einer rein ökonomischen Sicht gab es hierfür also gute Gründe. Wann die Vorbereitungen zur Preiserhöhung begannen, lässt sich schwer sagen, zu unterschiedlich sind spätere Auskünfte der Akteure.⁵ Allerdings spricht viel dafür, dass diese Arbeiten, wie Piotr Kostikow, der im ZK der KPdSU für Polen Verantwortliche, in seinen Erinnerungen schreibt, systematisch und im Stillen seit 1969 erfolgten. Darüber sei man sich auch im ZK der KPdSU im Klaren gewesen, ohne jedoch Einzelheiten und Termine zu kennen.⁶

Das Politbüro des ZK der PZPR diskutierte das Thema am 30. Oktober 1970 während einer nicht protokollierten Sitzung. Vier Tage zuvor hatten die Teilnehmer ein geheimes Material mit dem Titel „Erste Grundsätze zur Erhöhung der Einzelhandelspreise für Fleischwaren und tierische Fette“ erhalten, das in Tabellenform auflistete, was teurer und was billiger werden sollte. Die Preissenkungen wurden darin stärker hervorgehoben als die Erhöhungen. Jerzy Eisler schreibt: „Diese Materialien sollten – wie es scheint – beweisen, dass die Preiserhöhung ganz und gar nicht so hoch wird, wie man das erwarten könnte. Möglich ist auch, dass sie das Ziel hatten, die Mitglieder des Gremiums zu beruhigen, die diese zweifellos gesellschaftlich unpopuläre und vom politischen Gesichtspunkt schwierige Entscheidung“ zu treffen hatten.⁷ Auf der Beratung sprach zunächst Parteichef Władysław Gomułka aus-

2 Zum Fleischproblem in Polen jüngst Jerzy Kochanowski: „Wir sind es schon gewöhnt“. Einführung in die gesellschaftlich-modernisierenden Hintergründe des „Fleischproblems“ in der Volksrepublik Polen, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2007, hg. von Hermann Weber, Berlin 2007, S. 337–355; vgl. auch ders.: Das „Problem Nummer 1“ und seine Protagonisten. Fleisch und Fleischspekulanten in Polen 1945 bis 1989, in: Rainer Gries/Silke Satjukow (Hg.): *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004, S. 455–464.

3 Jerzy Eisler: *Polski rok 1968* [Das polnische Jahr 1968], Warszawa 2006, S. 28.

4 Andrzej Paczkowski: *Strajki, bunty, manifestacje jako „polska droga“ przez socjalizm* [Streiks, Aufruhr, Manifestationen als „polnischer Weg“ durch den Sozialismus], Poznań 2003, S. 88.

5 Vgl. dazu Jerzy Eisler: *Grudzień 1970: geneza, przebieg, konsekwensje* [Dezember 1970: Genese, Verlauf, Konsequenzen], Warszawa 2000, S. 71–73.

6 Vgl. Piotr Kostikow/Bohdan Roliński: *Widziane z Kremla. Moskwa – Warszawa. Gra o Polskę* [Aus dem Kreml gesehen. Moskau – Warschau. Das Spiel um Polen], Warszawa 1992, S. 127.

7 Eisler, *Grudzień*, S. 72.

führlieh über die wirtschaftliche Situation in Polen.⁸ In der anschließenden Diskussion äußerten sich neun Personen, darunter Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz und ZK-Wirtschaftssekretär Bolesław Jaszczuk. Sie alle zeigten sich von der Notwendigkeit der Preisveränderungen überzeugt, es gab keinen Widerspruch.

Am 16. November 1970 tagte das Sekretariat des ZK und berief für den 14. Dezember 1970 das 6. PZPR-Plenum ein. Der geheime Teil des dort zu haltenden Referats über die „Veränderung der Einzelhandelspreise für einige Marktartikel“ sollte, anders als die übrigen Referatbestandteile, den ZK-Mitgliedern „erst am Vortag der vorgesehenen Preisveränderungen zugesandt“ werden. Zwei bis drei Tage vor den Preismaßnahmen war im Zentralkomitee eine Beratung vorgesehen, an der auch die ersten Sekretäre der Wojewodschaftskomitees teilnehmen sollten. Zugleich beschloss das ZK-Sekretariat, im Zusammenhang mit der Preisoperation „an alle Parteigrundorganisationen einen Brief des Politbüros des ZK zu senden, in dem der gefasste Beschluss erklärt und begründet wird.“ Auf Versammlungen am 12. und 13. Dezember sollte dieser Brief verlesen und auf Fragen geantwortet werden.⁹

Die entscheidende Beratung des Politbüros vor den Preiserhöhungen fand am 11. Dezember statt.¹⁰ Hierzu lag ein Material vor, das jedoch keine Einzelheiten enthielt. Auf diese ging Wirtschaftssekretär Jaszczuk erst auf der Sitzung ein.¹¹ Den Erinnerungen des Protokollanten der Politbürositzungen, Stanisław Trepczyński (*1924), zufolge gab es während der Beratung längere Diskussionen zu einzelnen Teilen des Arbeitsmaterials, es kam zu zahlreichen Polemiken und Auseinandersetzungen. Parteichef Gomułka sei u.a. mit dem Ministerpräsidenten Cyrankiewicz scharf aneinandergeraten.¹² Letztlich bestätigte das Politbüro aber das Referat und die Rede Jaszczuks für das Plenum sowie den Brief an die Parteigrundorganisationen. Am selben Tag tagten auch das Präsidium und das Exekutivkomitee des CRZZ in gemeinsamer Sitzung in Warschau und erkannten die Notwendigkeit von Preiserhöhungen an.¹³

Die Parteiführung war sich bewusst, wie unpopulär die vorgesehene Preismaßnahme war. Für sie lag es auf der Hand, auch sicherheitspolitische Vorkehrungen zu treffen. Am 8. Dezember erließ Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski (*1923) Grundsätze, nach denen Verteidigungs- und Innenministerium bei der Bekämpfung „feindlicher Tätigkeit“ zusammenwirken sollten.¹⁴ Auf der Stabssitzung des Innenministeriums am 9. Dezember informierte der stellvertretende Innenminister Tadeusz Pietrzak (*1926) über die bevorstehende Preismaßnahme und teilte mit, dass Innenminister Kazimierz Świtała (*1923) einen Stab

8 Zu dieser Beratung ebd., S. 72f. Eisler stützt sich dabei auf die Notizen, die Stefan Jędrychowski von der Beratung anfertigte.

9 Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Sekretariats des ZK der PZPR vom 16. November 1970, in: Paweł Domański (Hg.): *Tajne dokumenty Biura politycznego. Grudzień 1970* [Geheime Dokumente des Politbüros. Dezember 1970], London 1991, Nr. 2, S. 7f.

10 Vgl. Protokoll Nr. 18 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 11. Dezember 1970, in: ebd., Nr. 3, S. 8–10.

11 Vgl. Eisler, Grudzień, S. 78.

12 Vgl. ders./Stanisław Trepczyński: *Grudzień 70 wewnątrz „Białego Domu“* [Der Dezember 70 im „Weißen Haus“], Warszawa 1991, S. 92.

13 Eisler, Grudzień, S. 81.

14 Vgl. ebd., S. 77.

berufen hatte, dessen Zweck es sei, „Ordnung und Sicherheit im Land im Zeitraum vor und nach der Preisregulierung zu gewährleisten“ und die Handlungen der Einheiten zu koordinieren. Die Aktion des Innenministeriums erhielt die Bezeichnung „Herbst 70“.¹⁵

Ebenfalls am 9. Dezember wurde für alle Organisationseinheiten des Ministeriums Dienst angeordnet, der erst um 22.00 Uhr enden sollte. An arbeitsfreien Tagen war die Hälfte der Einheiten von 8.00 bis 22.00 Uhr in voller Bereitschaft zu halten. Analoge Stäbe wie der auf zentraler Ebene und nachfolgend in den Wojewodschaften wurden am 9. Dezember gebildet und am 11. Dezember in allen Einheiten des Innenministeriums die volle Einsatzbereitschaft verkündet.¹⁶

Wie diese Sicherheitsmaßnahmen zeigten, waren die PZPR-Führung und die Regierung auf einen Protest gefasst, was aber dann folgte, überraschte wohl auch sie. Wenn Jaszczuk zuvor gegenüber der skeptischen KPdSU-Führung versicherte, „dass die Preiserhöhung durch die Gesellschaft ruhig und mit Verständnis aufgenommen wird“, scheint das nicht nur auf die Beruhigung der sowjetischen Seite gezielt zu haben.¹⁷

Ganz geheim blieben die Vorbereitungen indes nicht. Informationen über unmittelbar bevorstehende Preisänderungen kursierten schon einige Tage vorher. Der gewöhnlich gut unterrichtete Mieczysław F. Rakowski notierte sie in seinem „Politischen Tagebuch“ erstmals nach einem Gespräch mit ZK-Sekretär Artur Starewicz (*1917) am 9. Dezember.¹⁸ Auf der Stabsitzung des Innenministeriums am 11. Dezember wurde darüber informiert, dass „es eine zahlreichere Gruppe von Personen gibt, die über die Preisregulierung orientiert ist“. So hätten sich zwei Frauen in der Straßenbahn darüber unterhalten, und auch ein Mitarbeiter einer der westlichen Botschaften wisse davon.¹⁹ Anzeichen für verstärkte Kaufaktivitäten, auf die Tadeusz Pietrzak hinwies, bestätigten die Teilnehmer jedoch nicht.²⁰ Doch schon bei der Besprechung am folgenden Tag machten verschiedene Teilnehmer, darunter auch wieder Pietrzak, auf eine „große Bewegung in den Läden“ aufmerksam.²¹ Es war der 12. Dezember, der Tag, an dem in den Betrieben und Institutionen der Brief des PZPR-Politbüros an die Parteigrundorganisationen verlesen wurde.

In diesem Brief fanden sich die vorgesehenen Preiserhöhungen und -senkungen sowie die Rekompensationsmaßnahmen detailliert aufgeführt.²² Er verschwieg nicht, dass damit für

15 Vgl. Notiz über die Sitzung des Stabes am 9. Dezember 1970 um 16 Uhr, in: Jerzy Eisler (Hg.): *Grudzień 1970 w dokumentach MSW* [Der Dezember 1970 in Dokumenten des Innenministeriums], Warszawa 2000, Nr. 1, S. 23–26, hier 23f. Die Notiz trägt den Vermerk „Geheim von spez. Bedeutung“ und wurde nur in zwei Exemplaren ausgefertigt. Vgl. auch ebd., S. 27–38 die Notizen über die Stabsberatungen vom 10. bis 13. Dezember 1970.

16 Vgl. Eisler, *Grudzień*, S. 77 f. Zu den Vorbereitungen im Sicherheitsbereich s. Paczkowski, *Pół wieku*, S. 386.

17 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 127.

18 Vgl. Mieczysław F. Rakowski: *Dzienniki polityczne 1969–1971* [Politische Tagebücher 1969–1971], Warszawa 2001, S. 270. Starewicz war danach „ernsthaft bekümmert“ über die vorgesehene Maßnahme.

19 Notiz über die Sitzung des Stabes am 11. Dezember 1970, um 14.00 Uhr. Geheim von spez. Bedeutung, in: *Grudzień 1970 w dokumentach MSW*, Nr. 3, S. 29–31, hier 30.

20 Ebd., S. 29f.

21 Vgl. Notiz über die Sitzung des Stabes am 12. Dezember 1970, um 14.00 Uhr. Geheim von spez. Bedeutung, in: *Grudzień 1970 w dokumentach MSW*, Nr. 4, S. 32–34, hier 33.

22 Abgedr. in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 4, S. 10–17.

Durchschnittsfamilien ein Reallohnrückgang verbunden war, gab diesen aber lediglich mit 1,5% an. Auch bestünden, so das Politbüro, „alle Bedingungen dafür, dass dieser Rückgang schnell aufgeholt wird.“²³ Schließlich entwickle sich die Wirtschaft, trotz verschiedener Schwierigkeiten, stabil und sei gesund. Das Lebensniveau wachse systematisch und werde das auch weiterhin tun. Die Preisänderungen ordnete die PZPR-Führung ein in die „Linie unserer Bestrebungen, in alle Zweige der Ökonomie die Grundsätze rationellen Wirtschaftens einzuführen“. Ziel sei es, „nicht nur zeitweilig auf dem Markt auftretende Störungen und Mängel zu beseitigen, sondern, was wichtiger ist, für die Zukunft der Konsumstruktur eine solche Richtung zu geben, die den Bedürfnissen der Bevölkerung eines immer mehr industrialisierten Landes entspricht.“²⁴

Die Parteiorganisationen, so wurde der Brief an sie auch begründet, hatten dafür zu sorgen, dass die Preismaßnahmen von der Bevölkerung „mit Verständnis“ aufgenommen werden. Die gegenwärtig „wichtigste Aufgabe“ aller Parteimitglieder und -organisationen sei es daher, „allen Werktätigen die Ursachen und richtigen Ziele zu erklären, durch welche sich Partei und Regierung leiten ließen, diese schwerwiegenden Entscheidungen zu treffen.“²⁵ Weil die PZPR-Führung aber damit rechnete, dass auch viele Parteimitglieder die Preiserhöhung ablehnten, nahmen an den Informationsversammlungen in den größten Industriebetrieben des Landes Vertreter der zentralen Parteigremien teil.²⁶

Wie Jerzy Eisler auf der Grundlage von zahlreichen Berichten über die Versammlungen am 12. Dezember urteilt, verliefen sie überall in ähnlicher Weise. Die Parteimitglieder äußerten „Enttäuschung“, „getäuschte Hoffnung“, aber auch „Wut“ und „Empörung“, andere nahmen sie mit „Apathie“ auf.²⁷ So berichtete das Wojewodschaftskomitee Kraków: „[...] die Mehrheit der Versammlungen verlief in einer Stimmung schweigender Missbilligung und sogar Bedrücktheit.“ Auf den Versammlungen in Stadt und Land dominierten kritische Meinungen, verbunden „mit einer großen Dosis Erbitterung“. Wenn es nicht zu scharfen oder gewaltsamen Auftritten gekommen sei, habe man das vor allem der Disziplin der Parteimitglieder zu danken und einem gewissen Schock über diese Entscheidungen, der in einigen Fällen in Apathie umgeschlagen sei.²⁸ Ein Bericht, der im Februar 1971 in der Zeitschrift „Życie Literackie“ (Literarisches Leben) erschien, gab die emotional sehr angespannte Situation wieder: „Putzfrauen weinten, sprachen über die Kinder, über leere Töpfe“. Hilfs- und ratlose Parteifunktionäre sollten die Preiserhöhung begründen: „[...] einer der Sekretäre verlas das, was zu verlesen war, und bekannte, dass er geknickt ist. Er verlor einfach den Glauben. Er wusste nicht, was weiter zu den Menschen zu sagen ist, wie es zu sagen, wie zu leben ist.“²⁹ Teils wurden auch sarkastische Argumente in der Diskussion vorgebracht, etwa in Gdańsk: „[...] was werden wir in den Kühlschrank legen, wohl Frösche und Ratten“.³⁰

23 Ebd., S. 17.

24 Ebd.

25 Ebd.

26 Eisler, Grudzień, S. 81.

27 Vgl. ebd., S. 87f.

28 Zit. nach: ebd., S. 83.

29 Barbara Seidler: Gdańsk – Gdynia: Grudzień – Luty [Gdańsk – Gdynia: Dezember – Februar], aus: „Życie Literackie“, Nr. 995, 21.2.1971, abgedr. in: Rewolta Szczecińska i jej znaczenie. Dokumenty

Manche PZPR-Mitglieder reagierten auf die Bekanntgabe der Preiserhöhung mit der Rückgabe von Parteibüchern.³¹ Rückblickend begründete ein Beschäftigter der Eisenbahnreparaturwerke in Gdańsk diesen Schritt so: „Nach allem, was geschehen war, stellte ich autoritativ fest, dass mein Platz nicht in der Partei sein kann. Ich verhielt mich folgendermaßen: Ich nahm den Parteiausweis, entfernte das Bild und – ich erinnere mich genau – schrieb ein Gesuch zur Streichung aus der Liste der PZPR-Mitglieder, weil für die Fehler, die durch das Zentralkomitee und den 1. Sekretär gemacht wurden, alle Mitglieder in gleichem Maße verantwortlich sein sollen und man abdanken muss.“³²

Ablehnende Reaktionen zeigten sich generell in der Bevölkerung, nachdem sich der Anlass für die Parteiversammlungen offenbar schnell herumgesprochen hatte. Eine erste offizielle Information durch Rundfunk und Fernsehen erfolgte nämlich erst am späten Abend des 12. Dezember – nach Ladenschluss.³³ Für Verbitterung sorgte nicht zuletzt der Zeitpunkt der Preisänderungen, unmittelbar vor den Einkäufen für die Weihnachtsfeiertage.

Es stellt sich die Frage, was Gomułka bewegt hat, in der innenpolitisch ohnehin gespannten Situation des Jahres 1970 eine wirtschaftliche Stabilisierung mit sozialen Einschnitten zu versuchen. Ohne Zweifel glaubte er an die Möglichkeit eines nationalen Arrangements. Dabei dürfte er in seiner Haltung auch durch den spektakulären Erfolg bestärkt worden sein, den er Anfang Dezember 1970 mit dem Besuch des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt in Warschau und der Unterzeichnung des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland vorweisen konnte. Gomułka hatte durchaus auch die ökonomische Situation Polens im Blick, als er gegenüber Brandt einen langfristigen zinslosen oder niedrig verzinsten Kredit zur Sprache brachte.³⁴ Während der polnische Parteichef gegenüber Warnungen vor Preiserhöhungen in der Weihnachtszeit unzugänglich blieb, versetzte ihn, wie Zeugen dieser Vorgänge berichten, der außenpolitische Erfolg in eine geradezu euphorische Stimmung.³⁵ Hierin dürfte eine Erklärung für die Unterschätzung innenpolitischer Risiken gelegen haben.³⁶ Jerzy Eisler, der bekennt, selbst über lange Zeit der Auffassung gewesen zu sein, der Vertragsabschluss habe der Bevölkerung die Preisoperation „versüßen“ sollen, weist in seiner Monographie über den „Dezember 1970“ jedoch darauf hin, dass die Entscheidung schon weit früher getroffen worden war.

[Die Szczeciner Revolte und ihre Bedeutung. Dokumente], Paris 1971, Anhang Nr. 19, S. 255–265, hier 255.

30 Zit. nach: Eisler, Grudzień, S. 88.

31 Vgl. ebd.; s. auch Notiz über die Sitzung des Stabes am 13. Dezember 1970, um 12 Uhr. Geheim von spez. Bedeutung, in: Grudzień 1970 w dokumentach MSW, Nr. 5, S. 35.

32 Roman Detlo: November 1981, in: Grudzień 1970 [Dezember 1970], Paris 1986, S. 170–179, hier 178.

33 Eisler (Grudzień, S. 89) verweist darauf, dass diese Verkündung nicht, wie verschiedentlich ausgesagt, durch Parteichef Gomułka persönlich erfolgte.

34 Willy Brandt: Erinnerungen, Berlin/Frankfurt a.M./Zürich 1990, S. 218.

35 Vgl. Mieczysław F. Rakowski: Przesilenie grudniowe. Przyczynek do dziejów najnowszych [Dezemberwende. Ein Beitrag zur neuesten Geschichte], Warszawa 1981, S. 16.

36 So z.B. Zygmunt Korybutowicz 1983: „Es wurde angenommen, dass ein so unpopulärer Schritt wie eine Preiserhöhung durch den unzweifelhaften politischen Erfolg ausgeglichen wird, welcher die Unterzeichnung des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland war.“ Zygmunt Korybutowicz: Grudzień 1970 [Dezember 1970], Paris 1983, S. 42.

Aber auch den deutsch-polnischen Vertrag hatte man bereits am 18. November paraphiert. Es bleibe daher, so Eisler, „die Frage ohne Antwort, ob die Führer der PZPR – darunter Gomułka – in irgendeinem Moment der Verhandlungen mit den Deutschen in Betracht zogen, den Vertrag mit der BRD als spezifischen ‚psychischen Amortisator‘ für die geplante Preiserhöhung“ zu nutzen.³⁷

Manche Indizien stützen indes die These von der „deutschen Karte“. So erwähnt Piotr Kostikow in seinen Erinnerungen, dass die sowjetische Seite bei Nachfragen über den Zeitpunkt der Preisänderungen immer neue Termine erhielt: „In den Gesprächen mit den polnischen Genossen konnte man erfahren, dass die Veränderungen schon im Frühjahr 1970 erfolgen. Dann, dass vielleicht vor den Ferien, nachfolgend, dass im Herbst. Als Jaszczuk nach den Ferien wieder in Moskau war, sagte er, dass die Entscheidung im späten Herbst fällt.“ Im Dezember sei er, Kostikow, daher sicher gewesen, dass „die Polen in diesem Jahr nicht fertig werden“ und die Preiserhöhung auf das Frühjahr 1971 verschoben würde.³⁸ Nach dieser Variante war der konkrete Termin der Preismaßnahme dann doch eine Überraschung. Dies spräche dafür, dass Gomułka annahm, der Vertrag mit der Bundesrepublik würde bei der Bevölkerung einen ähnlich hohen Stellenwert einnehmen wie für ihn, so dass die Menschen eher geneigt sein würden, die Preiserhöhungen hinzunehmen.

Einen Tag nach dem Inkrafttreten der neuen Preise, am Montag, dem 14. Dezember 1970, beriet in Warschau das 6. Plenum des ZK u.a. zur „ökonomischen Situation des Landes und den Schlüsselaufgaben der Wirtschaftspolitik 1971“.³⁹ Sowohl im Referat des Politbüros, wie in den von Parteichef Gomułka und Wirtschaftssekretär Jaszczuk gehaltenen Reden und in den meisten Diskussionsbeiträgen ging es auch um die Preispolitik.⁴⁰ Im Referat des Politbüros hieß es, dass „seit längerer Zeit die Notwendigkeit heran(reifte), eine wesentliche Veränderung der Einzelhandelspreise vorzunehmen“. Man habe einen Zustand nicht länger aufrechterhalten können, bei dem der Staat für viele Lebensmittel „Milliardenbeträge zu-zahlt“. Das gegenwärtige System der Einzelhandelspreise werde „durch eine Reihe von negativen Erscheinungen charakterisiert“. Unter diesen wurden u.a. die Trennung der Preise von der Höhe der gesellschaftlichen Arbeitsaufwendungen, die zu deren Herstellung nötig sind, und die falschen Preisrelationen zwischen Lebensmitteln und Industriewaren genannt. Im Ergebnis habe sich „die Nachfrage der Konsumenten auf Artikel mit relativ niedrigen Preisen“ gerichtet. Dieser niedrige Preis sei jedoch oft nur dadurch aufrechtzuerhalten ge-

37 Ausführlich Eisler zur Frage des Vertrages in: Grudzień, S. 50–59, hier 59.

38 Kostikow/Roliński, Widziane z Kremla, S. 127.

39 Wesentliche Passagen der dort gehaltenen Reden veröffentlichte die „Trybuna Ludu“ vom 15. bis 17.12.1970.

40 Unklar ist, warum Eisler, der sich nach seinen Angaben auf das Stenogramm der Tagung stützt, ohne Widerspruch aus den Erinnerungen des damaligen ZK-Sekretärs Józef Tejchma (Pożegnanie z władzą [Abschied von der Macht], Warszawa 1996, S. 85f.) zitiert, niemand habe auch nur an die Preiserhöhung erinnert, die Versammelten wären „nach dem Prinzip“ aufgetreten „worüber man nicht spricht, das existiert nicht“. (Vgl. Eisler, Grudzień, S. 99). Franciszek Szlachcic, ZK-Mitglied und stellvertretender Innenminister, verweist hingegen in seinen Erinnerungen darauf, dass nach dem Referat 14 Redner gesprochen und alle die Preiserhöhung gebilligt hätten und dass abschließend Gomułka die Preiserhöhung begründet habe. Vgl. Franciszek Szlachcic: Gorzki smak władzy. Wspomnienia [Der bittere Geschmack der Macht. Erinnerungen], Warszawa 1990, S. 127.

wesen, indem der Staat das zwischen Produktions- und Verkaufspreis entstandene Defizit gedeckt habe, woraus allein die Käufer solcher Waren Nutzen gezogen hätten. Die negativen Auswirkungen der Preisveränderungen vor allem für Familien mit geringem Einkommen wurden zwar erwähnt, jedoch – wie im Brief an die Parteigrundorganisationen – bagatellisiert.⁴¹

Da sich die Parteiführung bewusst war, wie sensibel die Reaktionen vor allem auf die erneute Erhöhung der Fleischpreise ausfallen würden, ging Gomułka ausführlich auf dieses Thema ein.⁴² Er verwies auf die bei den bisherigen niedrigeren Preisen zu hohe Nachfrage nach Fleisch und Fleischwaren, ohne – zumindest in der veröffentlichten und damit der Bevölkerung zugänglichen Fassung der Rede – die erst drei Jahre zurückliegende Preiserhöhung zu erwähnen. Auch machte er wenig Hoffnung auf eine rasche grundlegende Besserung, da dieses Problem nur mittels einer höheren Tierproduktion zu lösen sei. Die neuen, höheren Preise für Fleisch und Fleischprodukte würden zwar in der Tat die Nachfrage nach diesen Waren begrenzen, doch ließen sie keine Situation entstehen, in der die Belieferung des Marktes die Möglichkeiten des Fleischkaufs durch die Bevölkerung übersteigen werde. „Gut wird es sein, wenn gegenwärtig bei den höheren Preisen Nachfrage und Angebot ausgeglichen werden.“ Ansonsten vertröstete er auf die Zukunft: „Sicher wird die Zeit kommen, wenn unser sozialistischer Staat die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und allen hoch eiweißhaltigen Konsumartikeln in einem solchen Grade wird befriedigen können, wie er heute die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Brot und anderen Lebensmitteln befriedigen kann.“

An Beschwichtigungsversuchen mangelte es nicht. Vertreter aus verschiedenen Wojewodschaften behaupteten in der Diskussion, die Preisveränderungen seien „mit Ernst und Verständnis“ aufgenommen worden. Mitunter klang aber auch in den veröffentlichten Fassungen ihrer Beiträge an, dass es Probleme gab. So erwähnte der Sekretär des Wojewodschaftskomitees Kraków, Józef Łoś, „in vielen Schichten“ sei die „Kenntnis sogar der elementaren ökonomischen Gesetze“ gering, was das Verständnis für die Maßnahmen „erschwert“ habe.⁴³ Der Vorsitzende des Wojewodschaftsnationalrates von Kielce, Aleksander Zarajczyk, verwies auf „ungeduldige Stimmen“, die Zweifel an den Folgen für den Lebensstandard äußerten. Skeptisch würden besonders die Konsequenzen für schlechter situierte Familien beurteilt, auch hielte man einige einzelne Preisentscheidungen, z.B. für Kohle, Fisch und Obstprodukte für entbehrlich.⁴⁴

Völlig unerwähnt blieb, dass die ablehnende Haltung der Bevölkerung in Gdańsk bereits zu Arbeitsniederlegungen geführt hatte. Dabei war Władysław Gomułka bereits kurz nach Beginn des Plenums davon in Kenntnis gesetzt worden.⁴⁵ Und obwohl bis zum Ende der

41 Referat des Politbüros auf dem VI. Plenum des ZK der PZPR: Sytuacja ekonomiczna kraju i węzłowe zadania polityki gospodarczej w 1971 r. [Die ökonomische Situation des Landes und die Schlüsselaufgaben der Wirtschaftspolitik 1971], in: Trybuna Ludu, 17.12.1970, S. 3–6, hier 4.

42 Zur Rede von Władysław Gomułka vgl. Trybuna Ludu, 15.12.1970, S. 1.

43 Trybuna Ludu, 15.12.1970, S.5.

44 Ebd., 16.12.1970, S. 3.

45 An die Aufnahme der Nachricht durch Gomułka erinnerte Trepczyński: „Seine Reaktion war ein Abschließen in sich selbst [...] er hörte schon nicht mehr, was auf diesem Plenum gesprochen wurde, die ganze Zeit hindurch gab er uns Material, das die Preiserhöhung begründen sollte“ Eisler/Trepczyński, Grudzień 70, S. 76f.

Beratungen keine offizielle Mitteilung erfolgte, wussten „kurz nach 12.00 alle aus verschiedenen informellen Quellen“, dass „was vor sich geht“.⁴⁶ Die ganze Tagung hindurch und in den Pausen habe es in den Korridoren gebrodelt, und die Teilnehmer hätten sich „wenig für die offiziellen Reden“ interessiert.⁴⁷ Einer von ihnen, Józef Tejchma (*1927), damals Sekretär des Zentralkomitees, berichtete von einer „surrealistischen Atmosphäre“, in der das Plenum stattgefunden habe.⁴⁸

Schon vor den am Montagmorgen beginnenden Arbeitsniederlegungen hatte sich die Ablehnung der Preiserhöhungen in Protestinschriften geäußert.⁴⁹ So entdeckten Funktionäre der Bürgermiliz (MO) am Sonntag um 10.25 Uhr an einem Pavillon in Elbląg die mit roter Farbe geschriebene, zehn Meter lange Schrift „Weg mit der bolschewistischen Okkupation“. Nachmittags und abends wurden in der Stadt weitere Losungen wie „Wo ist das Schmalz, weg mit dem Sozialismus“ aufgefunden. In Gdańsk tauchten am Sonntag die Inschriften „Weg mit Gomułka“ und „Weg mit der PZPR“ sowie später zwei Plakate auf, die mit weißer Ölfarbe auf schwarzem Papier geschrieben und an einem Baum befestigt worden waren. Auf ihnen stand „Arbeiter, warum gibt es die Erhöhung“ bzw. „Arbeitendes Volk, sie nehmen uns das Brot. Freies Polen“. Die Losung „Tod der roten Bourgeoisie“ erschien in verschiedenen Städten und wurde aus Katowice zusammen mit Karikaturen von Führern der PRL und der Sowjetunion an verschiedene staatliche Institutionen gesandt. Von ihnen wurden je zwei Exemplare in der Dreistadt (Gdańsk-Gdynia-Sopot), in Kielce und in den Warschauer Ursus-Werken sowie je eines in Łódź, Płock, Warka (nördlich von Radom), Warschau und Wrocław sichergestellt.

46 Ebd., S. 77. s.a. Eisler, Grudzień, S. 99.

47 Szlachcic, Gorzki smak, S. 127.

48 Tejchma, Pożegnanie, S. 85. Zit. nach: Eisler, Grudzień, S. 99.

49 Zum Nachfolgenden vgl. Eisler, Grudzień, S. 91–93.

2. Die Streiks an der Ostseeküste

Die Streiks⁵⁰ an der Küste hatten in Gdańsk am Montag, dem 14. Dezember, früh am Morgen begonnen. In den Abteilungen S-3 und S-4 der „Lenin-Werft“ unterbrachen etwa 60 Beschäftigte kurz nach 6.00 Uhr die Arbeit bzw. nahmen sie gar nicht erst auf. An die Entscheidung, in den Streik zu treten, erinnerte sich ein damals 33-jähriger Arbeiter später: „[...] wir von den Abteilungen S-4, S-3 trafen uns in einem Kreis von fünfzehn oder sechzehn Personen. Auf welche Weise ein Streik zu machen und der Gesellschaft zu zeigen ist, dass wir es satt haben, dass der Arbeiter, wenn er an der Macht ist, seine Meinung auch zu diesen höheren Sphären haben sollte. Wir vereinbarten: Wir versuchen es und nehmen am Montag die Arbeit nicht auf. Wir sprachen über die Konsequenzen, welche uns erwarten konnten. [...] Aber letztendlich entschieden wir, dass wir es versuchen.“⁵¹ Der Gewerkschaftsvorsitzende der Abteilung S-4 schrieb über den Beginn des Arbeitsniederlegung: Die „Mitarbeiter der Abteilung S-4 [...] standen in kleinen Gruppen an ihren Arbeitsplätzen. Das sah unschuldig aus, so, als ob die Mitarbeiter über dieses wichtige Ereignis diskutierten. Aber die Diskussion zog sich bis 6.30 Uhr und weiter hin, was mich in der Überzeugung bestärkte, dass das schon ein Streik ist. Die Nachricht, dass die Belegschaft der Abteilung S-4 steht, verbreitete sich blitzschnell in der ganzen Werft.“⁵²

Die Arbeiter forderten die Rücknahme der Preiserhöhung und veränderte Arbeitsnormen. Der Protest weitete sich rasch aus, und um 8.00 Uhr hatten bereits 200 Arbeiter der beiden Abteilungen die Arbeit niedergelegt, Beschäftigte anderer Abteilungen folgten. Etwa um 9.00 Uhr versammelte sich eine mehrere hundert Personen umfassende und weiter anschwellende Gruppe vor dem Direktionsgebäude. Nachdem um 10.30 auf Antrag der MO und in Absprache mit der Werftleitung die Telefonverbindung der Werft mit der Stadt unterbrochen worden war, beschlossen die Werftarbeiter, vor das Wojewodschaftskomitee der PZPR zu ziehen.

50 Über die Proteste an der Küste und deren blutige Niederschlagung existiert bereits eine reichhaltige Literatur. Die ausführlichste Beschreibung bietet: Eisler, Grudzień, der in den Kapiteln III-IX (S. 95–338) für den Zeitraum vom 14. bis 20. Dezember 1970 jeweils einen Tag detailliert behandelt. Siehe auch das Ende Januar 1971 für das Politbüro des ZK der PZPR ausgearbeitete und den Zeitraum vom 13. bis 23.12.1970 erfassende „Kalendarium der Ereignisse an der Küste“, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 10, S. 39–85. An dieser Stelle kann nur – außer den bereits zitierten – auf einige weitere Dokumentationen und Darstellungen verwiesen werden. Vgl. u.a. Beata Chmiel/Elżbieta Kaczyńska (Hg.): *Postulaty 1970–71 i 1980: materiały środkowe do dziejów wystąpień pracowniczych w latach 1970-1971 i 1980* (Gdańsk i Szczecin), Archiwum Solidarność [Die Forderungen 1970–71 und 1980: Zentrale Materialien zur Geschichte des Auftretens der Arbeiter in den Jahren 1970–71 und 1980 (Gdańsk und Szczecin), Solidarność-Archiv], Warszawa 1998; Bogumiła Danowska: *Grudzień 1970 na Wybrzeżu Gdańskim: przyczyny, przebieg, reperkusje* [Der Dezember 1970 an der Gdańsker Küste: Ursachen, Verlauf, Nachklang], Pelplin 2000; Andrzej Głowacki: *Kryzys polityczny 1970 roku* [Die politische Krise 1970], Warszawa 1990; *Grudzień 1970 genezą Sierpnia 1980* [Der Dezember 1970 als Genese des August 1980], Szczecin 2000; Henryk Mieczysław Kula: *Dwa oblicze Grudnia '70: oficjalne – rzeczywiste* [Die zwei Gesichter des Dezember '70: das offizielle – das tatsächliche], Gdańsk 2000.

51 Marian Zieliński, Mitarbeiter der Lenin-Werft im Juni 1981, in: *Grudzień 1970* (Paris), S. 153–157, hier 153.

52 Bronisław Duda, Mitarbeiter der Lenin-Werft im Mai 1981, in: ebd., S. 127–129, hier 127.

Einige Minuten nach 11.00 Uhr verließ eine etwa tausendköpfige Menschenmenge die Werft. Auf ihrem Marsch schlossen sich weitere Personen an. Unterwegs sangen sie im Wechsel die Nationalhymne und andere patriotische Lieder sowie die „Internationale“ und den „Marsch der Volksgardisten“. Vor dem Gebäude des Wojewodschaftskomitees forderten die Versammelten, dass dessen 1. Sekretär herauskomme. Dieser allerdings befand sich wegen des ZK-Plenums in Warschau, so dass an seiner Stelle der Wojewodschaftssekretär Zenon Jundziłł erschien. Sein Appell an die Menge wurde schlecht aufgenommen, zumal er die Versammelten mit „Genossen“ ansprach. Außerdem verbreitete sich das Gerücht, eine angeblich im Gebäude befindliche Arbeiterdelegation sei verhaftet worden. Noch vor dem Parteigebäude wurde ein allgemeiner Streik verkündet und für 16.00 Uhr eine weitere Kundgebung einberufen.⁵³

Unterdessen bereiteten PZPR-Führung und Sicherheitskräfte Gegenmaßnahmen vor. Um etwa 13.00 Uhr flogen Vizepremier Stanisław Kociołek, der bis Juli Wojewodschaftsparteichef gewesen war, sein Nachfolger Alojzy Karkoszka (1929–2001), der Minister für Schwerindustrie Franciszek Kaim (1919–1996) und weitere führende Funktionäre von Warschau aus in die Küstenstadt, ohne jedoch zusätzliche Instruktionen oder Sonderbefugnisse zu besitzen. Ungefähr eine Stunde darauf wurde Kociołek informiert, dass in die Aktion Miliz einbezogen werden sollte. Um 15.50 marschierten MO-Kräfte auf, um den Weg des inzwischen auf einige tausend Teilnehmer angewachsenen Demonstrationzuges zu blockieren, der sich zur Kundgebung vor dem Wojewodschaftskomitee der PZPR hinbewegte. Es kam zu ersten Zusammenstößen. Um 16.15 verhängte der Stab des Innenministeriums eine Telefon- und Telexblockade für das Ausland, wenig später übernahm er auch die Kontrolle über die Flugverbindungen.

Die Menge vor dem Wojewodschaftsgebäude wuchs unterdessen auf mehr als 10.000 Personen an. Die Sicherheitskräfte bemühten sich, die Demonstranten mit Wasserwerfern, Knallkörpern und Tränengas auseinanderzutreiben, nach einigen Berichten fielen auch erste Schüsse. Auf beiden Seiten eskalierte die Situation. Eine Gruppe von Jugendlichen versuchte mindestens zweimal, das Parteigebäude in Brand zu stecken, schließlich gelang es ihnen, die im Keller befindliche Druckerei anzuzünden. Allmählich wurde die Menge durch Milizionäre abgedrängt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen waren von „verhältnismäßig zahlreichen Fällen“ von Brandstiftungen, Diebstählen und Plünderungen begleitet.⁵⁴ Es gab mehrere Versuche, Barrikaden zu errichten; an einer Kreuzung wurde ein großer Stapel angezündet, der u.a. aus Parteipropagandamaterial bestand. Zwar gab es in Gdańsk am 14. Dezember keine Todesopfer, doch mindestens einige Dutzend, vielleicht sogar einige hundert Verletzte. Zahlreiche Festnahmen erfolgten.

Am Morgen des 15. Dezember begannen sich die Proteste auszuweiten. Weitere Betriebe in Gdańsk wie der Hafen, die Reparaturwerft und die Eisenbahnreparaturwerke wurden bestreikt. Auch in den Küstenstädten Gdynia und Elbląg kam es zu Streiks, ab dem Nachmittag auch in Słupsk. Streikkomitees wurden gewählt, Kundgebungen und Massenver-

53 Auf die Geschehnisse bis zum Nachmittag, als verschiedene Gruppen sich zu anderen Orten begaben, um die dort Beschäftigten – wenig erfolgreich – zum Mitmachen aufzufordern, kann hier nicht weiter eingegangen werden.

54 Eisler, Grudzień, S. 118.

sammlungen dauerten an. In Gdańsk stand um 8.00 Uhr das Gebäude des Wojewodschaftskomitees, vor dem sich am Vortage die Demonstranten versammelt hatten, in Flammen. Militär wurde eingesetzt, Schüsse fielen, das erste Todesopfer war zu beklagen. Die folgenschwere Entscheidung zum Schusswaffeneinsatz hatte Władysław Gomułka nach einer Beratung des unter seiner Leitung im Warschauer ZK-Gebäude tagenden obersten Krisenstabes getroffen. Noch am selben Tag ab 12.00 Uhr trat sie in Kraft.

Die Streiks und Unruhen an der Küste setzten sich auch an den folgenden Tagen fort. Zu einem besonders schweren Zwischenfall kam es am Morgen des 17. Dezember, als das Militär in Gdynia vor der blockierten Werft auf Arbeiter der Frühschicht schoss. An diesem Tag traten auch die Werftbelegschaften in Szczecin in den Streik. Ähnlich wie in Gdańsk fanden Straßenmanifestationen statt, die zwei Tage andauerten und blutig niedergeschlagen wurden. Trotzdem flammten in Szczecin erneut Streiks auf, von denen am 19. Dezember 74 Betriebe erfasst waren und die bis zum 22. Dezember andauerten.

Wie der Historiker Andrzej Paczkowski betonte, wiesen die Unruhen in den Küstenstädten einen stets „ähnlichen Charakter“ auf: die Arbeiter gingen auf die Straße und griffen öffentliche Gebäude an, worauf überall die Armee zum Einsatz kam.⁵⁵ In die Aktion waren etwa 27.000 Soldaten, 1.300 Panzer und Panzerfahrzeuge sowie rund 100 Flugzeuge und Hubschrauber einbezogen. Nach offiziellen Angaben wurden bis zum Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen am 18. Dezember 41 Menschen, darunter 17 in Gdynia und 15 in Szczecin, getötet, außerdem gab es weit über tausend Verletzte.⁵⁶ Die Miliz nahm mehr als 3.000 Personen fest. „Die Revolte von 1970 brachte in die polnische Insurrektionstradition eine der wichtigsten Ikonen ein: das Bild von sechs Männern, die an der Spitze der Menge in der Mitte der Straße gingen und eine Tür trugen, auf der der Körper eines getöteten Manifestanten lag.“⁵⁷

Die Wut der Menschen über das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte schlug sich auch in Liedern nieder. In einem hieß es:

„Als das Volk für seine Arbeit Brot forderte,
riefen die Herren hier die Panzer.
Als das Volk ausrief, dass man von etwas leben muss,
da schossen sie auf die Menschen.“

55 Paczkowski, Strajki, S. 90.

56 Der damalige Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski spricht in seinen Erinnerungen von 36 Toten und 1.200 Verletzten (Wojciech Jaruzelski: Mein Leben für Polen. Erinnerungen, München/Zürich 1992, S. 188). In dem 2002 gegen ihn neueröffneten Prozess ging die Anklage von 44 Opfern aus. Anlässlich des 37. Jahrestages dieser Vorgänge war ebenfalls von 44 Toten und 1.160 bzw. 1.165 Verletzten die Rede. Vgl. Maciej Sandecki: O ofiarach Grudnia zapomnieli [Die Opfer des Dezember haben sie vergessen], in: Gazeta Wyborcza. Online, 14.12.2007; Mar (PAP): 37 rocznica krwawych pacyfikacji robotniczych protestów na Wybrzeżu [37. Jahrestag der blutigen Pazifikation der Arbeiterproteste an der Küste], in: ebd., 13.12.2007. Mar verweist zudem auf ca. 3.000 Personen, die von den Einsatzkräften geschlagen wurden. Ebd.

57 Paczkowski, Strajki, S. 90.

Es soll bezeichnenderweise zur Melodie „Euch zur Ehre, Ihr Herren Magnaten“ gesungen worden sein.⁵⁸

Bereits am 15. Dezember 1970 stellte Politbüromitglied Zenon Kliszko, der ebenfalls nach Gdańsk entsandt worden war, die Frage, „warum es zu den Ereignissen in Gdańsk und nicht in anderen Wojewodschaften kam“. Er räumte ein, „dass wir es selbst nicht verstehen“, machte jedoch auch darauf aufmerksam; „dass junge Arbeiter bei den Zwischenfällen am engagiertesten und aktivsten waren, aber über die Stimmungen in dieser Gruppe von Menschen wussten wir früher nichts.“⁵⁹

Tatsächlich machten junge Arbeiter bis 25 Jahre einen beträchtlichen Anteil an den Beschäftigten der betroffenen Betriebe aus. So waren 1970 in den Werften von Gdańsk und Gdynia 30% der Belegschaften in diesem Alter.⁶⁰ Ursache dafür war in erster Linie die rasche Zunahme der Arbeitskräfte in der Werftindustrie: Ihre Zahl erhöhte sich von 16.328 im Jahre 1955 auf 37.119 zehn Jahre später und 44.532 im Jahre 1970. Zwar stieg in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der Anteil derer, die eine längere Beschäftigungsdauer aufwiesen, doch erreichten 1969 in der „Lenin-Werft“ von Gdańsk und in der Werft „Pariser Kommune“ von Gdynia etwa 30 bzw. 40% eine betriebliche Beschäftigungszeit von maximal fünf Jahren. Die Fluktuation war beträchtlich.⁶¹

Arbeitskräfte zogen vor allem aus anderen Regionen des Landes zu, darunter viele vom Lande. Nach ihrer Herkunft setzte sich die Bevölkerung also sehr heterogen zusammen. „Daher dominierte keine Gemeinschaft, die für den Rest der Einwohner ein gesellschaftlich-kulturelles Muster hätte werden können. Die Bevölkerung hier repräsentierte ein eigenartliches Konglomerat von Traditionen, Gewohnheiten, Wertesystemen und daraus resultierenden Haltungen.“⁶²

Die Infrastruktur hielt mit dem Beschäftigungswachstum nicht Schritt. Während z.B. in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre im Landesdurchschnitt in den Städten auf 116,6 Haushalte 100 Wohnungen kamen, waren es in den Wojewodschaften Gdańsk und Szczecin 124,1 bzw. 127,9 Haushalte. 2.700 der 9.000 in der Werft „Pariser Kommune“ Beschäftigten hatten keine eigene Wohnung. Sie wohnten in Arbeiterhotels (1.200) und in Privatquartieren (1.500). In den Arbeiterhotels lebten die jungen Werftarbeiter oft unter sehr primitiven Bedingungen. So verfügte das „Haus des Jungen Werftarbeiters“ der „Lenin-Werft“ für 1.200 Bewohner über keinen einzigen Fernseher; in der Bibliothek standen etwa 300 veraltete Bücher. Auf 1.000 zwischen 1966 und 1970 in der Wojewodschaft Szczecin geschlossene Ehen kamen nur 710 Wohnungen. Die Wartezeit auf eine Wohnung betrug acht bis zehn

58 Abgedruckt in: Poznań 1956 – Grudzień 1970. Dokumenty [Poznań 1956 – Dezember 1970. Dokumenty], Paris 1971, S. 221.

59 Protokoll Nr. 25/70 der Sitzung der Exekutive des Wojewodschaftskomitees Gdańsk der PZPR am 15. Dezember 1970, in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 5, S. 18–21, hier 19.

60 Głowacki, Kryzys, S. 26.

61 Vgl. Kazimierz Kozłowski: Od Października '56 do Grudnia '70. Ewolucja stosunków społeczno-politycznych na Wybrzeżu (1956–1970) [Vom Oktober '56 zum Dezember '70. Die Entwicklung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse an der Küste (1956–1970)], Szczecin 2002, S. 378f.

62 Głowacki, Kryzys, S. 31.

Jahre. Auch die Zahl der Kindergärten und -krippenplätze war 1970 niedriger als im Land insgesamt.⁶³

Immer wieder war es in der Werftindustrie zu Konflikten über die Verdiensthöhe sowie die Verteilung von Prämien und Auszeichnungen gekommen. 1970 verzeichnete ein Drittel der Belegschaften in den Werften von Gdańsk und Gdynia einen Lohnrückgang, der durch die Einschränkung von Überstunden verursacht war. Zugleich stiegen die Gehälter bei den Führungskräften erheblich. Auf die zunehmende Lohnspanne reagierten die Arbeiter sichtlich unzufrieden. Hier machte sich der Einfluss der durch die Propaganda der PZPR lancierten Ideologie bemerkbar. Arbeiter akzeptierten das Prinzip des Egalitarismus ziemlich leicht, reagierten dafür aber auf dessen Nichtrespektierung umso ablehnender.⁶⁴

Im vierten Quartal des Jahres 1970 traten in vielen Betrieben von Gdańsk und Gdynia ernste Zulieferschwierigkeiten bei Rohstoffen und Anlagen auf. Auch die bereits seit 1969 zu beobachtende Reduzierung von Belegschaften weitete sich zum Problem. Aus 32 Betrieben der Wojewodschaft Gdańsk wurden in diesem Jahr insgesamt 1.767 Personen entlassen, darunter 1.485 Arbeiter. Das stand im Widerspruch zur Ankündigung, dass die Entlassungen vor allem das Verwaltungspersonal treffen sollten.⁶⁵ Am 4. Januar 1971, also wenige Tage nach den Protestaktionen, verwies die Organisationsabteilung des ZK der PZPR anhand von 1970 eingegangenen Berichten auf die damit verbundenen sozialen Probleme: „In Elbląg riefen die Schwierigkeiten ernste soziale Spannungen hervor, die mit dem Unvermögen verbunden waren, Beschäftigung für die dort ständig wachsenden Arbeitskräfteüberschüsse zu finden. [...] Die lokalen Behörden unternahmen große Anstrengungen, das Problem zu lösen, jedoch führten sie nur ihre teilweise Milderung herbei und konnten es im Hinblick auf das Fehlen materieller Mittel und entsprechender Bedingungen nicht lösen.“⁶⁶

Zur Lage an der Küste im Jahr 1970 resümierte die Organisationsabteilung, dass sich die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft vor allem in drei Formen äußere: (1.) in „der Kritik an einer Reihe negativer Erscheinungen in unserem Leben“, (2.) durch Störungen in der Wirtschaft und (3.) durch „Arbeitsunterbrechungen“ in einigen Betrieben. „Diese Erscheinungen zeigten sich in verschiedenen Formen und verstärkten sich in dem Maße, in dem wirtschaftliche Entscheidungen getroffen wurden, die eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen vorsahen.“⁶⁷ Auf diese Weise war 1970 an der polnischen Ostseeküste ein Gemenge aus teils landesweit, teils regional wirksamen Krisenfaktoren von beträchtlicher politischer Sprengkraft entstanden. Im Dezember 1970 brachte die Entscheidung über die Preise dieses Gemisch zur Explosion.

63 Vgl. ebd., S. 24–26.

64 Vgl. ebd., S. 27f.

65 Vgl. Kozłowski, *Od Października*, S. 447–449. Kozłowski stützt sich vor allem auf den Bericht des Sicherheitsdienstes für 1970 vom 8.2.1971.

66 Notiz der Organisationsabteilung des ZK der PZPR vom 4.1.1971 über einige Zwischenfälle und negative wirtschaftliche und gesellschaftliche Erscheinungen, die 1970 an der Küste auftraten, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 1, S. 3–7, hier 6.

67 Ebd., S. 3. Nachfolgend listet die Notiz im Einzelnen eine Reihe der Ursachen auf, die zum Anwachsen der Konfliktsituation an der Küste geführt hatten.

Die von den Arbeitern an der Küste erhobenen Forderungen erstreckten sich auf unterschiedliche Bereiche.⁶⁸ Głowacki unterscheidet zutreffend materiell-existentielle und politische Postulate. Am bekanntesten wurden die gemeinsamen 21 Forderungen der Streikkomitees der Warski- und der Reparaturwerft in Szczecin vom 17. Dezember.⁶⁹ Auf sie bezogen sich häufig auch die Beschäftigten anderer Betriebe der Stadt, die ihre Solidarität mit den Werftarbeitern bekundeten und deren Forderungen generell unterstützten.

Im Mittelpunkt stand konsequenterweise die Forderung, die Preise auf das Niveau vor dem 12. Dezember, teilweise auch auf das des Jahres 1967 zu senken, wobei in der Regel nur allgemein die Forderung nach Rücknahme der Preiserhöhungen vorgebracht wurde.

Konkreter waren hingegen die Fragen, die das Direktionskollegium des Szczeciner Werkes für Transportgerätebau am 18. Dezember an das Wojewodschafts- und das Stadtbezirkskomitee der PZPR sowie die zuständige Gewerkschaft richtete. Zu folgenden in sozialer Hinsicht wichtigen Fragen verlangte das Kollegium eine „sofortige Erklärung“:

- „1. Was war die faktische Ursache der Preiserhöhung beinahe aller Artikel des Grundbedarfs. Die bisherigen Begründungen sind nicht überzeugend. Aus den der Nation vorgestellten Informationen ergibt sich, dass die Realisierung des Volkswirtschaftsplanes erfolgreich ist, es fehlt also an Begründungen für das entstandene Defizit an Lebensmitteln.
2. Im Kommentar der ‚Trybuna Ludu‘ vom 17. d. M. wurde unter anderem der Anstieg der Arbeiterlöhne hervorgehoben, aber es fehlte eine Information zum Thema des Preiswachstums während der letzten Jahre des Jahrfünfts für viele Artikel, darunter: Fleisch, Elektroenergie, Gas, Heizmaterial und andere.
3. Was ist die Begründung für die Preiserhöhung vor einer Zeit verstärkten Kaufs von Lebensmitteln.
4. In den kapitalistischen Staaten wird jede Preisveränderung mindestens einen Monat vorher öffentlich bekanntgegeben – warum werden in einem Land, das durch die Arbeiterklasse geleitet wird, diese Informationen im letzten Moment und das in einer Atmosphäre übergeben, die der Aufnahme einer ehrlichen Diskussion über die die Nation bewegenden Probleme nicht förderlich ist.“⁷⁰

Gleichzeitig und zusätzlich zur Forderung nach Preissenkungen verlangten die Belegschaften häufig erhebliche Lohnerhöhungen, meist zwischen 20 und 30%. Nicht selten kamen egalisierende Postulate hinzu. Gesondert wurde das Verlangen nach einer Angleichung der Einkommen, der Versorgung oder auch der Kantinenpreise der Beschäftigten des Innen- und Verteidigungsministeriums sowie des PZPR- und Staatsapparates an das allgemeine Niveau vorgebracht.

Zu den spezielleren Forderungen gehörten solche aus der Werft „Pariser Kommune“, der Reparaturwerft, der Hafenverwaltung und dem Betrieb „Dalmor“ in Gdynia, wonach die

68 Vgl. u.a. die Dokumentationen Grudzień (Paris) und Postulaty 1970–71 sowie zur Analyse besonders Głowacki, Kryzys, S. 159–168.

69 Vgl. Grudzień (Paris), S. 437f. In etwas abweichender Fassung auch in: Rewolta Szczecińska, Anhang Nr. 4, S. 196f.

70 Postulaty 1970–71, S. 34.

Einkommen der körperlich Tätigen um ca. 100 Złoty niedriger als die der Beschäftigten mit mittlerer beruflicher Ausbildung sein sollten. Bei Beschäftigten mit Hochschulbildung sollte der Unterschied etwa 200 Złoty betragen. Auch dürfe der Betriebsdirektor höchstens 1.000 Złoty mehr als die Beschäftigten mit Hochschulbildung verdienen.⁷¹

Zu den wiederholt auftretenden Forderungen zählten die nach der Fünftagearbeitswoche, der Angleichung des Krankengeldes der Arbeiter an das der Angestellten, d.h. auf 100%, nach gleichen Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte⁷² sowie nach der Senkung des Rentenalters für Frauen auf 55 und für Männer auf 60 Jahre. Gefordert wurden auch die Anhebung der niedrigsten Löhne und Renten sowie der Familienbeihilfen, ein einjähriger bezahlter und dreijähriger unbezahlter Mutterschaftsurlaub bei Fortdauer des Arbeitsverhältnisses und eine Senkung bzw. Abschaffung der Steuern auf Auszeichnungen.

Angesichts der prekären Wohnungssituation verlangten viele die „maximale Erhöhung des Wohnungsbaus“ und eine gerechte Verteilung der Wohnungen. So formulierten die Beschäftigten eines Direktionsbüros der Warski-Werft: „Im Zusammenhang mit der schwierigen Wohnungssituation fordern wir eine Zuteilung von Wohnungen an die Bürger zu einem Termin längstens bis fünf Jahre, ohne Berücksichtigung des ausgeübten Berufes und der Position.“⁷³ Dieselben brachten sogar die Forderung nach Rationierung vor, um die gerechte Verteilung der Artikel des Grundbedarfs zu sichern.⁷⁴

Zu den allgemeinen kamen nicht selten gruppenspezifische Postulate. So wollte in Szczecin die Malerabteilung der Warski-Werft einen Zuschlag für gesundheitsschädigende Arbeiten haben, und den Beschäftigten der Städtischen Verkehrsbetriebe ging es um eine höhere Zulage für Nachtstundenarbeit.⁷⁵ Die Mitarbeiter des Transport- und Fernmeldewesens von Szczecin forderten angesichts ihrer ökonomischen Lage „die Angleichung der Durchschnittslöhne an diejenigen ähnlicher Branchen und Berufe“, weil sie „die am wenigsten verdienende Gruppe in Polen mit einem Durchschnittsverdienst von 1780 Zł monatlich“ seien. Die letzte Preiserhöhung habe „einfach eine tragische Situation“ in den Familienbudgets entstehen lassen.⁷⁶

Obwohl die streikenden Werftarbeiter betonten, „der Charakter unserer Äußerung ist ausschließlich auf eine ökonomische Grundlage gestützt“ und hebe sich „von allen politischen und antistaatlichen Äußerungen“ ab,⁷⁷ enthielt ihr Forderungskatalog – wie auch der vieler anderer Betriebe – eine Reihe politischer Postulate. Unter ihnen nahmen die direkt mit den Streiks und den gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht verbundenen Forderungen verständlicherweise einen wichtigen Platz ein. Insbesondere zielten sie auf die Freilassung der Festgenommenen, den Verzicht auf jegliche rechtliche oder dienstliche Konsequenzen gegenüber den Streikenden, die öffentliche Zurücknahme des Beschlusses über den Schusswaffengebrauch, die „Bestrafung der Schuldigen für das Massaker an den

71 Grudzień (Paris), S. 219f.

72 Die Kündigungsfrist für „körperlich Tätige“ betrug damals zwei Wochen, für „geistig Tätige“ drei Monate.

73 Postulaty 1970–71, S. 27.

74 Ebd.

75 Ebd., S. 26, 36.

76 Ebd., S. 73.

77 Grudzień (Paris), S. 437.

Arbeitern, die für die gerechte Arbeitersache kämpfen“, und das „Verbot, auf unbewaffnete arbeitende Massen zu schießen“.⁷⁸

Häufiger war die Forderung nach einer Rücknahme der „Bezeichnung von Arbeitern als Rowdys in der Presse, im Fernsehen und im Radio [...] und die Bestrafung jener, die sie so nannten.“⁷⁹ Zugleich distanzieren sich Betriebsbelegschaften – wie die Beschäftigten des Werks für Elektrotechnisches Gerät „SELFA“ in Szczecin – ausdrücklich „von jeglicher Art von Vandalismus und Rowdytum“.⁸⁰ Andere Forderungen bezogen sich genereller auf die politischen Verhältnisse. Dazu zählten die Bestrafung bzw. der Rücktritt der an der ökonomischen Krise des Landes Schuldigen, eine Verkleinerung des Partei- und Staatsapparates und zuverlässige Informationen über die wirtschaftliche und politische Situation durch die Massenmedien.

Erhebliche Teile der Arbeiterschaft maßen der auch bei den Szczeciner Werftarbeitern an der Spitze stehenden Forderung nach dem Rücktritt des Zentralrats der Gewerkschaften zentrale Bedeutung bei. Weil der CRZZ „niemals für die Verteidigung der arbeitenden Massen eintrat“, sollten unabhängige Gewerkschaften als tatsächliche Interessenvertreter der Arbeiterklasse geschaffen werden.⁸¹ Teilweise ging es auch um eine erweiterte Rolle der Gewerkschaften, um die Institutionalisierung allgemeiner Arbeiterversammlungen, denen rechtlicher Schutz zu garantieren sei. Sehr oft wurde das Streikrecht verlangt.⁸²

Offene Kritik am bestehenden politischen System trat jedoch nur „sporadisch“ auf.⁸³ Im Gegenteil betonten etwa die Beschäftigten des schon erwähnten Direktionsbüros der Warski-Werft: „Unsere Forderungen halten wir absolut nicht für konterrevolutionär und für mit der sozialistischen Ordnung vereinbar.“⁸⁴ Und der Brief, den das Solidaritätskomitee der Bekleidungs- und Textilarbeitergenossenschaft an das Streikkomitee dieser Werft richtete, schloss sogar emphatisch und in großen Lettern: „Mögen der Sieg und die Kraft der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus erblühen.“⁸⁵

Die politische Opposition verhielt sich abwartend zu den Ereignissen an der Küste. Wie Andrzej Friszke zeigt, schwiegen die oppositionellen Milieus Warschaus und Krakóws zunächst zu den Vorgängen und bekundeten auch keine Solidarität mit den streikenden Arbeitern. Offenbar wirkten die Märzereignisse von 1968 weiter nach. Die gegenüber Partei und Staatsmacht kritisch Eingestellten verharren „in Schmerz und Angst“ und wollten keine neuen Repressivmaßnahmen riskieren. Auch stellten sie sich besorgt die Frage, ob die Arbeiterproteste das Land nicht völlig destabilisieren würden und es in der Folge zu einer sowjetischen Intervention kommen könnte.⁸⁶ Der Sicherheitsdienst der Wojewodschaft Szczecin notierte in seinem Bericht für 1970: „Die Intelligenz und die akademische Jugend

78 Ebd.

79 Ebd., S. 438.

80 Ebd., S. 439.

81 Ebd., S. 437.

82 Vgl. Głowacki, Kryzys, S. 163.

83 Ebd., S. 165.

84 Postulaty 1970–71, S. 27.

85 Ebd., S. 75.

86 Vgl. Andrzej Friszke: *Opozycja polityczna w PRL 1945–1980* [Politische Opposition in der PRL 1945–1980], London 1994, S. 283.

nahmen während der Dezemberereignisse eine passive und manchmal abwartende Haltung ein.“ Zwar billigten sie einen großen Teil der Forderungen der streikenden Arbeiter, „aber im Allgemeinen wurden die Aktionsmethoden, besonders das Herausgehen auf die Straßen der Stadt, die Demolierung von Geschäften usw. verurteilt.“⁸⁷ Der März 1968 beeinflusste die Haltung zu den Arbeiterprotesten aber auch auf andere Weise, gewissermaßen als Revanche: „Die Intelligenz konnte die Kundgebungen des März 1968 nicht vergessen, auf denen die Arbeiter unter gegen die Intelligenz gerichteten und antisemitischen Transparenten gestanden und aggressive Reden gehört hatten.“⁸⁸

Diese merkwürdige Situation war wohl auch darauf zurückzuführen, dass der politische Teil der Streikforderungen erst später bekannt wurde. Zudem suchten die Arbeiter ihrerseits nicht die Verbindung zu den oppositionellen Intellektuellen, „in denen sie – trotz allem – einen Teil des Establishments beziehungsweise Menschen sahen, die gegenüber der Partei kompromittiert waren, und Kontakte mit ihnen gefährlich sein können.“⁸⁹ Gleichwohl kam Unterstützung für die Arbeiter an der Küste aus kirchennahen Kreisen. So fuhren die Znak-Abgeordneten Tadeusz Mazowiecki (*1927) und Tadeusz Myślik nach Gdańsk, um unabhängige Berichte über die tatsächliche Zahl der bei den Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften getöteten Menschen zusammenzutragen. In einer Kirche trafen sie sich dazu mit mehreren Dutzend hauptsächlich aus dem katholischen Milieu stammenden Personen. Nach ihrer Rückkehr nach Warschau begaben sie sich zu ZK-Sekretär Józef Tejchma. Ihm legten sie nahe, eine außerordentliche Sejmkommission zur Untersuchung der Ereignisse an der Küste einzuberufen. Dazu kam es jedoch nicht.⁹⁰

Auch die katholische Geistlichkeit nahm insgesamt eine zurückhaltende Position ein, sicher auch, um nicht zur Eskalation des Konflikts beizutragen.⁹¹ Am 25. Dezember äußerte sich der Primas, Stefan Kardinal Wyszyński (1901–1981), in Warschau von der Kanzel herab zu den Ereignissen an der Küste, hielt sich aber mit einer Verurteilung der Schuldigen zurück.⁹² Er bekundete die „brüderliche Anteilnahme“ und sprach den schmerzlich betroffenen Familien, den „elternlosen Kindern und verwitweten Müttern“, und denen, die ihre „Kameraden der Arbeit, der Quälerei und der schöpferischen Anstrengung für das gemeinsame Wohl

87 Zit. nach: Kozłowski, *Od Października*, S. 456.

88 Friszke, *Opozycja*, S. 283.

89 Ebd.

90 Mazowiecki und Myślik „traten nicht mit einem formalen Antrag auf, denn sie waren sich im Klaren, dass bei den existierenden Spielregeln ein solcher Antrag als gegen die Partei gerichtete Manifestation behandelt würde. Das wollten sie vermeiden und strebten nicht nach einer Demonstration, sondern danach, die Sache positiv zu erledigen. Dennoch forderte Stanisław Stomma in der Sejmrede im Februar 1971, „dass der Sejm ausschließlich zur Erklärung der Dezemberereignisse einberufen wird.“ (Ebd., S. 284, s.a. Andrzej Friszke: *Kolo posłów „Znak“ w Sejmie PRL 1957–1976* [Die Abgeordnetengruppe „Znak“ im Sejm der PRL 1957–1976], Warszawa 2002, S. 112f.). In seiner Sejmrede vom 13. Februar 1971 hatte Stomma erklärt, dass die „tragischen Ereignisse“ vom Dezember nicht vollständig aufgeklärt seien und für die Znak-Abgeordneten gefordert „dass der Sejm in ihre letztendliche Erklärung einbezogen wird, was zur weiteren Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas nach diesen Tagen beitragen würde.“ Ebd., Nr. 81, S. 530–536, hier 530.

91 Vgl. Antoni Dudek: *Państwo i Kościół w Polsce 1945–1970* [Staat und Kirche in Polen 1945–1970], Kraków 1995, S. 230.

92 Friszke, *Kolo posłów*, S. 110.

unseres Vaterlandes verloren“ hatten, den Segen aus: „Euer Schmerz ist unser gemeinsamer Schmerz!“⁹³

Auch in Gdańsk notierte der Sicherheitsdienst eine weitgehende Zurückhaltung des Klerus, vermerkte nach einigen Tagen aber auch eine deutlich vermehrte Aktivität. In den meisten Kirchen der Dreistadt hätten Trauergottesdienste stattgefunden. Auf der Kanzel seien Worte gefallen, die „negative Äußerungen enthielten“.⁹⁴ Im Hinblick auf die Wojewodschaft Szczecin schätzte der Sicherheitsdienst ein, dass die Geistlichkeit „großes Verständnis für die ökonomischen Arbeiterforderungen“ gezeigt habe. Ähnlich wie schon für die Intelligenz, hieß es hinsichtlich der Geistlichkeit, diese verurteile mehrheitlich „die Straßenzexesse, Raub und Brandstiftungen. Viele Priester riefen von der Kanzel auf, Ruhe zu bewahren“.⁹⁵

Arbeitsniederlegungen und Protestversammlungen gab es nach dem 12. Dezember 1970 nicht nur an der polnischen Ostseeküste, sondern auch in anderen Teilen des Landes. Sie mündeten jedoch nicht in reguläre Streiks. Versuche in Kraków, Wałbrzych und Białystok, die streikenden Arbeiter an der Küste mit Straßenmanifestationen zu unterstützen, unterband die Miliz rasch.⁹⁶

3. Gomulkas Sturz

Obwohl die Arbeiterstreiks und die Straßenzusammenstöße mit den Sicherheitskräften an der Küste bereits seit dem 14. Dezember andauerten, erfolgte mehrere Tage lang keine offizielle Information der Bevölkerung. Erst am 17. Dezember veröffentlichte „Trybuna Ludu“ auf der ersten Seite eine Meldung der Polnischen Presseagentur PAP zur Situation in Gdańsk, in der die Schuld an den Ereignissen den Arbeitern zugewiesen und betont wurde, dass die Werftbeschäftigten deutlich über dem Durchschnitt verdienten. Zwar gestand man zu, dass es in der Werft, „schwierige Probleme“ gäbe. Deren Aufzählung folgte aber vollständig der bisherigen wirtschaftspolitischen Argumentation und hob die Abhängigkeit einer höheren ökonomischen Effizienz von der Vervollkommnung der Arbeitsorganisation, der Modernisierung des Betriebes und einer wesentlichen Senkung der Produktionskosten hervor. Aber anstatt diese Probleme „ruhig und sachlich auf Versammlungen im Betrieb selbst zu überlegen“ sei ein Teil der Belegschaft „unverantwortlichen Appellen“ gefolgt, habe die Arbeit unterbrochen und sei auf die Straße gegangen. Dabei hätten die „Inspiratoren“ die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes notwendige Preisveränderung genutzt, um die Atmosphäre anzuheizen. Die Werftbelegschaft solle schnellstmöglich zur Arbeit zurückkehren. „Es muss das Gefühl der Verantwortung und Sorge für das gemeinsame Wohl siegen. Man muss jeglicher Anarchie ein Ende machen, zu normalen Bedingungen des Lebens und der Arbeit zurückkehren.“ Die Ereignisse an der Küste wurden als „ernste Lektion für die

93 Abgedr. in: Poznań 1956 – Grudzień 1970, S. 133–136, hier 134.

94 Kozłowski, *Od Października*, S. 452.

95 Zit. nach: ebd., S. 458.

96 Vgl. Paczkowski, *Strajki*, S. 91.

ganze Partei, für die Arbeiterklasse und allgemein die Werktätigen“ bezeichnet. Zum Inhalt dieser Lektion fand sich in dem Artikel allerdings nichts. Ob der abschließende Verweis auf die vom 6. ZK-Plenum vom 14. Dezember formulierten „bedeutsamen Aufgaben“ heißen sollte, die PZPR habe ihre Lektion schon vor dem Konflikt gelernt, blieb freilich offen.

Ebenfalls am 17. Dezember hielt Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz eine Rundfunk- und Fernsehansprache. Die aktuelle Lage, so führte er aus, sei „für den Staat und die Existenz der Nation“ von grundlegender Bedeutung. „Feindliche Kräfte“ hätten versucht, „neue Herde der Anarchie zu schaffen, den normalen Rhythmus der Arbeit zu stören, das Leben des Landes zu desorganisieren“. Zur gerade erfolgten Preisoperation äußerte er sich sehr vorsichtig. Der Staat würde durch diese Maßnahme seine Einnahmen nicht erhöhen. Cyrankiewicz versprach: „Wir werden über alle diese Fragen weiter reden und diskutieren, aber in einer Atmosphäre der Ruhe und des normalen Lebens.“⁹⁷

Der Text dieser Rede war wenige Stunden zuvor im Politbüro beraten und bestätigt worden.⁹⁸ In der Diskussion plädierte Mieczysław Moczar für „wärmere Sätze an die Adresse der Arbeiterklasse“; Józef Tejchma wollte die Formulierung streichen, dass der Staat von der Preiserhöhung nicht profitieren würde. Darin aber widersprach ihm Gomułka, denn „das ist die Wahrheit“.⁹⁹ So blieb der Satz erhalten. Außer der Rede Cyrankiewiczs nahm das Politbüro auch einen Beschlussentwurf des Ministerrates über die Gewährleistung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung an und gab zudem Anweisung, für Sonnabend, den 19. Dezember, einen Artikel vorzubereiten, in dem die Notwendigkeit erläutert werden sollte, ein Gesetz über den Ausnahmezustand anzunehmen.¹⁰⁰

Gomułka sprach auf der Politbürositzung ausführlich über einen neuen Brief, der an die Parteigrundorganisationen gerichtet werden sollte und der die Ereignisse an der Küste mit dem wenige Tage zuvor mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Vertrag in Verbindung brachte: „Man muss sagen, dass es die Partei war, die Polen die Westgebiete zurückgebracht hat, und jetzt zündet man in diesen Gebieten die Parteigebäude an. [...] Im Brief an die Parteigrundorganisationen muss man sagen, was der Feind erreichen konnte. Wenn diese Ereignisse vor dem 7. Dezember stattgefunden hätten, wäre es nicht zur Unterzeichnung des Vertrages mit der BRD gekommen. Es tauchten sogar Forderungen auf, dass man die Werft den Deutschen geben muss, dann werden wir besser verdienen.“¹⁰¹ Dann wandte sich Gomułka den „naiven Jugendlichen“ zu, die Gebäude anstecken und zerstören würden. Man müsse ihnen erklären, dass sie dafür „vielleicht mit dem Verlust des Landes bezahlen, wenn sie erwachsen sind.“¹⁰² Offenbar unbeeindruckt von dem bereits geflossenen Blut erklärte der Parteichef: „Wenn die Unruhen in anderen Städten beginnen, wird man die Waffen benutzen müssen.“ Und er warnte vor einem sowjetischen Eingreifen, denn dann „werden wir nichts mehr wert sein. Dann wird sowohl die Partei als auch die Regierung

97 Apelujemy o obywatelską odpowiedzialność i rozważę [Wir appellieren an die staatsbürgerliche Verantwortung und Besonnenheit], in: Trybuna Ludu, 18.12.1970, S. 1.

98 Von dieser Sitzung liegt kein Protokoll, sondern nur eine Notiz von Stanisław Trepczyński vor, abgedr. in: Eisler/Trepczyński, Grudzień 70, Nr. 3, S. 100–102.

99 Ebd., S. 100.

100 Ebd., S. 100, 102.

101 Ebd., S. 100f.

102 Ebd., S. 100f., hier 101.

keinerlei Autorität haben. Unsere Situation wird noch schlechter sein als die in der Tschechoslowakei.“¹⁰³

Es war faktisch die letzte Beratung des Politbüros, an der Władysław Gomułka teilnahm. Am 18. Dezember traf er noch die Entscheidung, die Gehälter für Bürgermiliz und Armee anzuheben.¹⁰⁴ Bereits auf der Politbüro-Sitzung am folgenden Tag war er nur noch wenige Minuten anwesend. Denn inzwischen hatte die, wie Andrzej Paczkowski sie bezeichnet, „Kabinetts“-Phase der Krise“ begonnen. Er datiert sie auf „nicht später“ als den 17. Dezember und sieht den wahrscheinlichen Impuls dafür in der Rückkehr von Vizepremier Piotr Jaroszewicz (1909–1992), der sich zwei Tage lang zu RGW-Beratungen in Moskau aufgehalten hatte.¹⁰⁵

In der sowjetischen Führung verfolgte man die Ereignisse im Nachbarland verständlicherweise mit Besorgnis. Nach einer rückblickenden Aussage von Piotr Kostikow erreichten die ersten Nachrichten Moskau am frühen Nachmittag des 14. Dezember.¹⁰⁶ Sie wären „abgehakt, chaotisch, nervös“ gewesen. Am Abend hätte dann aber Klarheit geherrscht, dass die Situation gefährlich sei. Die KPdSU-Spitze interessierten an den polnischen Ereignissen vor allem „zwei grundlegende Fragen: ob die Gdańsker Demonstration sich auf das Land ausbreitet und ob die Straßenunruhen politischen, vor allem antisowjetischen Charakter annehmen.“¹⁰⁷ Kostikow vermutet, dass das Politbüro der KPdSU erst nach Eingang der Nachrichten über Todesopfer mehrfach zusammenkam und ständig über die Situation in Polen informiert wurde. Am 16. Dezember, so Kostikow, gelangte der sowjetische Führungszirkel nach einer Diskussion zu der Auffassung, es bestehe „keine unmittelbare Gefahr“ des Ausbrechens Polens aus dem Bündnis. Die Gefahr sah man eher im gesellschaftlichen Aufbegehren und im Widerstand gegen die Politik der gegenwärtigen PZPR-Führung. In Moskau zog man den Schluss, dass „man eine solche Protestwelle der Werktätigen, sogar bei Verwicklung rowdyhafter und antisozialistischer Elemente in die Zusammenstöße, nicht mit Hilfe von Armee und Miliz bezwingen darf, sondern dass man Aktivitäten von politischem Charakter unternehmen muss.“¹⁰⁸ Offenbar um diese Position zu vermitteln, sollte sich der Generalsekretär der KPdSU, Leonid I. Breschnew, mit Gomułka telefonisch in Verbindung setzen.

Zu dem Telefonat kam es am 17. Dezember, nachdem das Massaker in Gdynia bekannt geworden war. Breschnew schlug Gomułka die Rücknahme der Preiserhöhung vor und bat ihn im Namen der KPdSU-Führung, politische Lösungen zu finden. Kostikow zufolge änderte Gomułka aber seine Meinung „nicht um ein Jota“. Damit sei das Schicksal des PZPR-Chefs besiegelt gewesen. Alle Versammelten hätten „wortlos“ darin übereingestimmt, dass „Gomułka endgültig die Möglichkeit verlor, die Partei zu leiten“.¹⁰⁹

103 Ebd., S. 101.

104 Vgl. Paczkowski, *Pół wieku*, S. 390.

105 Ebd.

106 Zum Nachfolgenden vgl. Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 127–143.

107 Ebd., S. 129.

108 Ebd., S. 135.

109 Ebd., S. 142.

Schon am Tag zuvor war der sowjetische Ministerpräsident Alexej N. Kossygin vor dem Rückflug des polnischen Vizepremiers Jaroszewicz nach Warschau mit diesem zu einem Vier-Augen-Gespräch zusammengetroffen.¹¹⁰ Wie Jaroszewicz später schrieb, habe ihn am späten Abend des 16. Dezember unerwartet der Vertreter der Sowjetunion im RGW angerufen und ihm mitgeteilt, dass Kossygin ihn sehen wolle. „Kossygin sagte eingangs, dass die KPdSU-Führung und die sowjetische Regierung ernsthaft durch die Entwicklung der Situation an der polnischen Küste und besonders in Gdańsk besorgt sind. Noch mehr beunruhige sie die Situation in der PZPR-Führung. [...] Jede Erschütterung in Polen, sagte Kossygin weiter, bedroht die Ruhe sowohl in der UdSSR als auch in den anderen sozialistischen Ländern, und besonders in der DDR. Erinnern Sie sich, dass wir in der UdSSR ärmer als in Polen leben. Es gibt bei uns, wie Sie wissen, in vielen Regionen einen spürbaren Mangel an Fleisch, Zucker, Mehl und vielen anderen Waren. Das gebiert Unzufriedenheit bei der Arbeiterklasse“.¹¹¹ Kossygin habe zum Abschluss erklärt, dass Polen nicht mit einem sowjetischen Eingreifen rechnen könne. „Bis heute haben wir“, so der sowjetische Ministerpräsident, „nicht die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Beziehungen mit dem Westen nach der Intervention in der Tschechoslowakei überstanden. Wir haben die eigene Autorität und die aller kommunistischen Parteien in Europa untergraben. Leider, sagte Kossygin, haben wir solche Folgen vor der Intervention in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Wir können nicht alle zwei Jahre auf der weltweiten Bühne ein solches Schauspiel veranstalten.“¹¹²

In Warschau herrschte am 18. Dezember innerhalb der Parteiführung hektische Aktivität. Verschiedene Treffen fanden statt. In der Nacht zum 19. flog der stellvertretende Innenminister und ZK-Mitglied Franciszek Szlachcic zusammen mit den Abteilungsleitern des ZK Stanisław Kania (*1927) und Edward Babiuch (*1927) nach Katowice zum 1. Sekretär des Wojewodchaftskomitees Edward Gierek,¹¹³ um ihm mitzuteilen, dass er der neue 1. Sekretär des ZK der PZPR werden solle. Gierek selbst schreibt dazu, er habe mit „gemischten Gefühlen“ die Information über die Situation im Land gehört und eine „gewisse Befriedigung“ gefühlt, „dass so mit meiner Person die Hoffnung verbunden wird, den Konflikt zu bannen. Zugleich war ich mir der gewaltigen Verantwortung bewusst, die mit dieser Funktion verbunden ist.“¹¹⁴

110 Vgl. ebd., S. 136–138. Zum Treffen s.a. Piotr Jaroszewicz/Bohdan Roliński: *Przerywam milczenie. 1939–1989* [Ich breche das Schweigen. 1939–1989], Warszawa 1991, S. 156–159. Beide Versionen weichen in der Frage des künftigen PZPR-Chefs ab. Während Jaroszewicz zwar ausführlich darstellt, dass die sowjetische Seite unter allen Umständen Mieczysław Moczar als Nachfolger verhindern wollte, verweist Kostikov darauf, dass es auch um Edward Gierek ging. Kostikov/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 137.

111 Jaroszewicz/Roliński, *Przerywam*, S. 157f.

112 Ebd., S. 159.

113 Paczowski, *Pół wieku*, S. 390.

114 Edward Gierek: *Smak życia. Pamiętniki* [Der Geschmack des Lebens. Erinnerungen], Warszawa 1993, S. 85. Gierek war später bemüht, seinen Anteil an der Situation nach der Preiserhöhung herunterzuspielen, indem er wahrheitswidrig behauptete, er sei bei der entscheidenden Politbüro-Sitzung am 11.12.1970 nicht anwesend gewesen. Vgl. Janusz Rolicki/Edward Gierek: *Przerwana dekada* [Die abgebrochene Dekade], Warszawa 1990, S. 64f.

Vom 18. Dezember datiert auch der Brief, den das Politbüro des ZK der KPdSU an das PZPR-Politbüro richtete. In dem Schreiben brachte die sowjetische Parteiführung ihre Besorgnis über die Lage im Nachbarland zum Ausdruck und drängte die polnische Partei, „konkrete Schritte und Vorhaben politischer und ökonomischer Natur“ und das „möglichst schnell“ zu unternehmen, um die Lage unter Kontrolle zu bringen.¹¹⁵ Das war letztlich eine kaum verhüllte Aufforderung, Gomułka abzulösen.

Das Politbüro erörterte auf seiner Sitzung am 19. Dezember ausführlich die schwierige Lage im Land und in der Partei. Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz informierte über den Brief der sowjetischen Führung vom Vortag.¹¹⁶ Im Mittelpunkt der Beratung standen die Preiserhöhung vom 12. Dezember und ihre Folgen sowie die Frage, wie man weiter verfahren solle.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaften, Ignacy Loga-Sowiński, präsentierte eingangs einen Vorschlag zur Erhöhung der Familienbeihilfen, der noch auf Anweisung Władysław Gomułkas ausgearbeitet worden war. Er sah vor, bei Beschäftigten, deren Einkommen je Familienmitglied unter 1.000 Złoty lag, die Unterstützungsleistungen, die bisher zwischen 70 (für das erste Kind) und 155 Złoty (für das vierte Kind) betragen, auf 100 (für das erste Kind) bis 200 Złoty (ab dem vierten Kind) anzuheben. Die Kosten dieser Maßnahme wurden mit ca. 1,2 Mrd. Złoty beziffert.¹¹⁷ Edward Gierek erklärte dazu, dass dieser Betrag keine Lösung sei, und Ministerpräsident Cyrankiewicz unterstrich, dass die Maßnahme nur die am wenigsten verdienenden Beschäftigten betreffe.¹¹⁸ Der Wirtschaftssekretär des ZK, Bolesław Jaszczuk, verwies auf eine andere Variante, wonach eine Erhöhung der Löhne für diejenigen vorgesehen wäre, die weniger als 2.000 Złoty verdienen.¹¹⁹

Cyrankiewicz unterbreitete darauf einen weiteren Vorschlag Gomułkas, der die Preiserhöhung für Fleisch und Wurst (mit Ausnahme der „Luxussorten“) um drei Monate aufschieben wollte. Man könne einen solchen Schritt damit erklären, dass er den Forderungen der Wojewodschaftskomitees entspreche und diese drei Monate genutzt werden sollten, der Arbeiterklasse die Preiserhöhung zu erläutern und zu begründen. Cyrankiewicz erklärte – womit er sich faktisch von dieser Idee distanzierte – er habe Gomułka dargelegt, dass „eine solche Aufschiebung der Preiserhöhung für Fleisch um drei Monate nur Aufregung hervorruft und die Diskussion zu nichts führt außer zu weiterer Erregung.“¹²⁰ Gomułka habe jedoch darauf bestanden, diese Frage zumindest anzusprechen.

In der nachfolgenden Debatte kamen verschiedene Sitzungsteilnehmer auf das Problem der Preiserhöhung und die Reaktion der Parteimitglieder zurück. Mehrere Redner gestanden ein, die Situation falsch eingeschätzt zu haben. So resümierte Stanisław Kociotek, der am 12. Dezember an der Versammlung der Parteiorganisation in der Gdańsker Werft teilge-

115 Abgedr. in: Tajne dokumenty Biuro Politycznego. PRL – ZSRR 1956–1970 [Geheime Dokumente des Politbüros. PRL – UdSSR 1956–1970], eingel. von Andrzej Paczkowski, London 1998, Dok. 46, S. 661f. (Übersetzung a.d. Russ.).

116 Protokoll Nr. 16 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 19. Dezember 1970, 14.20 Uhr, in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 11, S. 86–107.

117 Ebd., S. 86.

118 Ebd.

119 Ebd., S. 87.

120 Ebd., S. 86f.

nommen hatte: „Die Stimmung dieser Versammlung zeugte deutlich davon, dass zwischen den im Brief des Politbüros enthaltenen Ansichten und Einschätzungen und den Ansichten und Erwartungen der Parteiorganisationen ein Abgrund besteht. Es trat eine Diskrepanz in der Einschätzung der Situation zwischen dem Politbüro und der Partei auf.“ Kociołek sprach sich zudem dagegen aus, „im gegenwärtigen Moment mit irgendwelchen ökonomischen Lösungen herauszukommen“. Das könne nur die Situation verschärfen.¹²¹

Dem widersprach Gewerkschaftschef Loga-Sowiński, der die Verschiebung der Preiserhöhung, wie sie Gomułka vorgeschlagen hatte, und „weitgehende Lohnschlussfolgerungen“ für möglich hielt. Zwar würden „einige Genossen“ meinen, „dass ökonomische Zugeständnisse nichts bringen, aber sie wollen andere Zugeständnisse machen. Jede neue Führung wird in einer schwierigeren Situation sein, denn mehr Fleisch gibt es nicht.“¹²² Demgegenüber herrschte im Spitzengremium der Partei jedoch die Meinung vor, die Preiserhöhung nicht aufzuschieben, auch die Erhöhung der Familienbeihilfen fand kaum direkte Unterstützung.

Außenminister Stefan Jędrychowski, bis Ende 1968 Vorsitzender der Plankommission, machte einen anderen Vorschlag. Er zog aus Kocioleks Darlegungen die Schlussfolgerung, man dürfe nicht irgendwelche sozialen Versprechen machen. Vielmehr seien, „um das Band mit der Arbeiterklasse zu knüpfen“, konkrete Zusagen nötig. Zwar sei es riskant, bis zehn Milliarden Złoty zu gehen, aber fünf bis sieben Milliarden seien möglich. Mit fünf bis sechs Milliarden könne man bei den Niedrigverdienern die Preiserhöhung für Fleisch kompensieren.¹²³ Auch Gierek sprach sich für eine Erhöhung der Löhne und Renten in Höhe von fünf bis sechs Milliarden Złoty und gegen die Rücknahme der Preiserhöhung aus.¹²⁴

Ausführlich debattierte das Politbüro auch die Nachfolge Władysław Gomułkas und beschloss, dem Zentralkomitee Edward Gierek zur Wahl vorzuschlagen. Das 7. Plenum des ZK wurde – als geschlossene Sitzung – für den nächsten Tag, Sonntag den 20. Dezember, um 18.00 Uhr einberufen. Um 20.00 Uhr sollte Gierek mit einer Ansprache im Fernsehen und Radio auftreten. Zuvor, um 13.00 Uhr, wollte das Politbüro erneut zusammentreten, um Lohnfragen zu besprechen. Piotr Jaroszewicz und Ignacy Loga-Sowiński wurden beauftragt, hierzu einen Vorschlag in Höhe von etwa sechs Milliarden Złoty auszuarbeiten. Damit folgte das Politbüro der von Gierek unterstützten Auffassung Jędrychowskis. Die Politbüromitglieder sollten zudem für das anschließende ZK-Plenum eine Information über die Situation im Land bestätigen.¹²⁵

Wie vorgesehen, nahm die Mittagssitzung des Politbüros am 20. Dezember Vorschläge zu erhöhten Löhnen, Beihilfen und Renten in einer Gesamthöhe von ca. 6,5 Milliarden Złoty an. Außerdem informierte Cyrankiewicz über einen Besuch, den er am selben Tag Gomułka abgestattet und bei dem dieser mündlich seinen Rücktritt erklärte hatte. Der noch amtierende 1. PZPR-Sekretär wurde – was zumindest die Diskussion nicht wahrheitsgemäß wiedergab – darüber informiert, „dass das Büro sich einmütig gegen den Vorschlag einer Rücknahme der Fleischpreiserhöhung für drei Monate“ ausgesprochen habe. Daraufhin habe Gomułka ledig-

121 Ebd., S. 88f.

122 Ebd., S. 94.

123 Ebd., S. 101.

124 Ebd., S. 102.

125 Ebd., S. 106f.

lich „die Befürchtung ausgedrückt, ob die vorgeschlagenen Lohnerhöhungen ohne Rücknahme der Preiserhöhung für Fleisch ausreichend sein werden.“¹²⁶

Auf der nun folgenden 7. Tagung des Zentralkomitees¹²⁷ informierte Stanisław Kociołek für das Politbüro „über den Verlauf der Ereignisse in der vergangenen Woche“, vor allem in Gdańsk.¹²⁸ Deren unmittelbare Ursache sei die Unzufriedenheit mit der Entscheidung über die Preiserhöhungen gewesen. Diese Unzufriedenheit habe sich „in deutlicher und allgemeiner Weise auf den Versammlungen aller Parteigrundorganisationen der Gdańsker Lenin-Werft“ geäußert.¹²⁹ Erheblichen Raum nahm in den Ausführungen Kocioleks eine erste Ursachenanalyse ein, worin die ökonomischen und sozialen Aspekte der kritischen Situation unterstrichen wurden. Quelle der Arbeiterproteste seien vor allem die Entscheidungen gewesen, „die die Sphäre der wirtschaftlichen und sozialen Fragen betrafen, Entscheidungen, die nicht mit gebührender Berücksichtigung der Meinung der Arbeiterklasse getroffen wurden, die manchmal deren Standpunkt ignorierten, Entscheidungen, die oft Vorbehalte und Unzufriedenheit weckten.“ Die Einführung erhöhter Preise für Grundnahrungsmittel habe vor allem die Geringverdiener getroffen, deren ökonomische Lage ohnehin schon sehr schwer sei. Es handelte sich unter den gegebenen Bedingungen um den sprichwörtlichen Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und die Arbeiterproteste auslöste. „Wie wir wissen, begannen die Demonstrationen an der Küste mit ökonomischen Losungen. Die Erbitterung wurde durch das Gefühl vertieft, dass eine Perspektive zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation fehlt.“¹³⁰ In der Partei sei eine „tiefe Krise, eine Krise des Unglaubens“ an die Fähigkeit der Parteiführung entstanden, Polen aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation herauszuführen.¹³¹

Ministerpräsident Cyrankiewicz stellte auf dem Plenum die zuvor vom Politbüro beschlossene ökonomische „Operation“ vor, bei der jetzt berücksichtigt werde, was „vorher in den Entscheidungen, für die wir als Büro die Verantwortung tragen, eigentlich vergessen wurde“, nämlich, dass die Höhe der Zulagen, die im Zusammenhang mit den Preisveränderungen vom 12. Dezember eingeführt werden sollten, „absolut nicht den Verlusten entsprach, welche sich besonders in den Budgets der am wenigsten verdienenden Menschen ergaben.“ Es erscheine notwendig, „schon morgen, und eigentlich heute“ auf die Forderungen der Arbeiterklasse zu antworten, wenn auch nicht auf die „unrealen Postulate“, die keine Wirtschaft erfüllen könne. Bei der vorgesehenen ökonomischen Maßnahme ginge es darum, die Situation zumindest der am wenigsten verdienenden Menschen zu verbessern, die wegen des hohen Anteils, den die Ausgaben für Lebensmittel am Familienbudget ausmachten „den

126 Protokoll Nr. 20 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR am 20. Dezember 1970 (13.00 Uhr) in: Antoni Dudek/Aleksander Kocharński/Krzysztof Persak (Hg.): Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR. Wybór z lat 1949–1970 [Das Machtzentrum. Protokolle der Sitzungen der PZPR-Führung. Auswahl aus den Jahren 1949–1970] Warszawa 2000, Dok. 136, S. 408–410, hier 408f.

127 Vgl. Stenogramm des VII. Plenums des ZK der PZPR. 20. Dezember 1970 (Auszüge), in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 12, S. 107–125.

128 Vgl. die Rede von Kociołek in: ebd., S. 107–116.

129 Ebd., S. 107f.

130 Ebd., S. 113f.

131 Ebd., S. 114.

ernstesten Schaden“ erlitten hätten.¹³² Cyrankiewicz schlug vor, dass Vertreter des Zentralrats der Gewerkschaften, des Zentralkomitees und der Regierung einen entsprechenden Beschluss ausarbeiten.¹³³

Es war auch Cyrankiewicz, der den „einmütigen“ Vorschlag des Politbüros unterbreitete, Edward Gierek zum 1. Sekretär des Zentralkomitees der PZPR zu wählen, was die Mitglieder des Zentralkomitees nach kurzer Debatte ebenso einstimmig taten. Mehrere Personen wurden aus dem Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees abberufen, darunter der bisherige Wirtschaftssekretär Bolesław Jaszczuk.

Dieser war nicht sehr überraschend, dafür aber verdächtig schnell zum Zielpunkt der Kritik geworden. Im Gespräch mit einem Vertreter der DDR-Botschaft in Warschau äußerte der stellvertretende Vorsitzende der Plankommission, Janusz Walewski (1921–1980) wenige Tage danach, seiner Meinung nach habe es so kommen müssen. Die Arbeitsatmosphäre im zentralen Partei- und Staatsapparat sei „unerträglich“ gewesen. Grundlegende Entscheidungen seien „von wenigen“ getroffen worden. Gegenteilige Meinungen waren weder erwünscht, noch wurden sie berücksichtigt. Auch hätte sich Gomułka gegen Jaszczuk und Cyrankiewicz nicht durchsetzen können. So seien z.B. die Beschlüsse zu den Preisveränderungen, zur Regelung des Außenhandels und zur Finanzreform im Wirtschaftsaktiv der Parteiführung beschlossen worden, in dem Jaszczuk nur seine Meinung gelten ließ. Der Vorsitzende des Ministerrates habe sie dann bestätigt. Die Plankommission habe dabei eine „starke“ Rolle gespielt, weil Jaszczuk versuchte, sie als Organ der Parteiführung, also als sein Organ zu instrumentalisieren. Die Plankommission habe zu den Beschlüssen des Wirtschaftsaktivs des ZK auch wider besseres Wissen Ja sagen müssen; kurzum: Es habe einen „Mißbrauch der Macht“ gegeben.¹³⁴

Gewiss wird man solche Meinungsäußerungen Beteiligter mit Vorsicht aufzunehmen und in Rechnung zu stellen haben, dass es hier wohl auch darum ging, die Plankommission aus der Schusslinie zu bringen und vielleicht auch schon Gomułka in Schutz zu nehmen. Trotzdem scheint diese Situationsschilderung der Realität nahegekommen zu sein. Die Tendenz zur Entscheidung im kleinsten Zirkel, zu Machtkämpfen in der Parteiführung und zur Instrumentalisierung von Gremien war ganz sicher keine polnische Spezialität. Man traf sie in der DDR ebenso wie in anderen Ländern des sowjetischen Blocks.

Nach seiner Wahl übernahm Edward Gierek die Versammlungsleitung und hielt seine erste Rede als neuer Parteichef.¹³⁵ Darin betonte er, es gehe darum, aus eigener Kraft, möglichst schnell und vor allem mit politischen und ökonomischen Mitteln im Land Ruhe, Ordnung und gesellschaftliche Disziplin wiederherzustellen sowie in den Betrieben die normale Arbeit wieder aufzunehmen.¹³⁶ Gierek kündigte aber auch schon an, dass sich die Parteiführung in naher Zukunft mit generellen Problemen werde beschäftigen müssen. „Ich denke

132 Die als „nicht autorisiert“ gekennzeichnete Rede von Cyrankiewicz vgl. ebd., S. 116–119, hier 116.

133 Vgl. ebd., S. 117. Die konkreten von Cyrankiewicz unterbreiteten Vorschläge werden im Zusammenhang mit dem von ihm angekündigten Beschluss im folgenden Abschnitt des Kapitels behandelt.

134 SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/2.021, 835, Bl. 179–181, hier 179: Botschaft der DDR: Information über ein Gespräch mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission der VRP, Gen. Walewski, am 29.12.1970, S. 1.

135 Vgl. Tajne dokumenty Grudzień 1970, S. 121–125.

136 Ebd., S. 123f.

hier an eine Konzeption unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, den neuen 5-Jahrplan, der die weitere Entwicklung des Landes gestützt auf eine gründliche Analyse unserer Ressourcen und Möglichkeiten umreißen und dabei ein stufenweises Wachstum des Lebensstandards der arbeitenden Massen sichern muss. Die Planziffern können uns nicht, das ist eine klare Sache, die lebenden Menschen ersetzen [...] Ich bin mir im Klaren, dass es leichter ist, diese Aufgabe zu formulieren, als sie zu verwirklichen. Dennoch müssen wir diese Aufgabe angehen.“¹³⁷

Hier deutete sich bereits an, dass die neue PZPR-Führung unter Edward Gierek einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik anstrebte, indem sie soziale und wirtschaftliche Belange enger miteinander verzahnte. Mit der Wahl Giereks zum neuen 1. Sekretär der PZPR ging die fast eineinhalb Jahrzehnte währende Ära Gomułka zu Ende. Sie schloss unrühmlich für den Mann, der im Herbst 1956 von vielen Hoffnungen begleitet sein Amt angetreten hatte. Nun endeten auch die zuletzt noch in Szczecin andauernden Streiks, weil die dortigen Arbeiter sich isoliert fühlten und Gierek viel versprach.¹³⁸

4. Krisenmanagement

Noch am Tage seiner Wahl zum 1. Sekretär des ZK der PZPR wandte sich Edward Gierek mit einer Rundfunk- und Fernsehrede an die polnische Bevölkerung.¹³⁹ Zwei Aspekte dominierten darin: Erstens suchte er Rückhalt in der Arbeiterschaft, indem er Verständnis für ihre Unzufriedenheit und auch für die Protestaktionen äußerte. Die Ereignisse der letzten Woche hätten die ganze Gesellschaft tief erschüttert, Menschen seien umgekommen. „Warum kam es zu diesem Unglück? Wie wuchsen so scharfe gesellschaftliche Konflikte heran und warum schwollen sie an? [...] Es ist unsere, der Führung von Partei und Regierung, Pflicht, der Partei und der Nation eine volle Antwort auf diese Fragen zu erteilen. Das wird eine schwere und selbstkritische Antwort, aber sie wird klar und wahrhaftig sein. Denn es gibt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation in unserem Land Ursachen, die aus tatsächlichen Schwierigkeiten resultieren.“¹⁴⁰

Gierek warb für einen permanenten Dialog zwischen Arbeitern und Partei, der im Zeichen einer gemeinsamen nationalen Verantwortung stehen müsse: „Die letzten Ereignisse erinnerten uns in schmerzhafter Weise an diese grundlegende Wahrheit, dass die Partei immer die enge Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und der ganzen Nation erhalten muss, dass es ihr nicht erlaubt ist, die gemeinsame Sprache mit den Werktätigen zu verlieren.“¹⁴¹ Aber auch wenn Gierek Verständnis für die Proteste äußerte und den meisten beteiligten Arbeitern „redliche“ Motive zugestand, ließ er keinen Zweifel an seiner kritischen Haltung zu dieser Form des Widerstands. Die Arbeiter hätten sich durch Emotionen hinreißen lassen,

137 Ebd., S. 124.

138 Paczkowski, Strajki, S. 89.

139 Przemówienie radiowo-telewizyjne tow. Edwarda Gierka [Rundfunk- und Fernsehrede von Gen. Edward Gierek]. 20. Dezember 1970, in: *Nowe Drogi*, 24 (1971) 1, S. 7–10.

140 Ebd., S. 7.

141 Ebd.

ihr Vorgehen sei „voll großer Gefahr für das Land“ gewesen und „von den Feinden des Sozialismus, von asozialen und verbrecherischen Elementen“ ausgenutzt worden. Das hätte auf „entschiedenen Widerstand“ treffen müssen. „Denn es ging um die wichtigste Frage, um die Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung in unserem Land.“¹⁴² Damit rechtfertigte er faktisch das teils brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die demonstrierenden Arbeiter.

Zweitens versprach Gierek, künftig die sozialen Konsequenzen wirtschaftspolitischer Entscheidungen stärker zu beachten. Er teilte mit, dass „im Verlaufe der nächsten Tage“ die Möglichkeit geprüft werde, die „materielle Lage der am niedrigsten verdienenden und kinderreichen Familien, die im Ergebnis der jüngst vorgenommenen Preisveränderung in ihren Budgets die Einbuße am meisten spürten“, zu verbessern. Unter den Bereichen, die „die Werktätigen schmerzen und Entscheidungen erfordern werden“ nannte Gierek zudem die Situation der arbeitenden Frauen und der Jugend sowie die Wohnungsfrage. Der Plan für das kommende Jahr wie auch der bevorstehende Fünfjahrplan müssten überprüft werden. Keinen Zweifel ließ Gierek daran, dass diese wie auch andere Probleme nur entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten gelöst werden könnten und – hier schließt sich der Kreis zu den jüngsten Protestaktionen der Arbeiter – diese wiederum „von der guten Arbeit aller, ohne Ausnahme“ abhingen.¹⁴³

Das am 22. Dezember erstmals nach Giereks Wahl tagende Politbüro traf dann mit „Rücksicht auf den Ausnahmecharakter der Streiks“ die für die daran beteiligten Arbeiter wesentliche Entscheidung, den vollen Lohn für die Streiktage zu zahlen. An die Belegschaften sollte aber appelliert werden, „die Verluste, die die Volkswirtschaft erlitten hat, abzuarbeiten.“¹⁴⁴

Das Politbüro befasste sich auf dieser Sitzung auch mit ersten sozialpolitischen Vorhaben.¹⁴⁵ So sollten Vorschläge erarbeitet werden, um die Lebensmittelpreise, mit Ausnahme saisonabhängiger Produkte, für mindestens zwei Jahre einzufrieren und die Preise von Industrieartikeln in dem Maße zu senken, wie die Produktion stieg und die Kosten sich verringerten. Auch sollten die unbegründeten Preiserhöhungen für Nahrungsgüter, wie Mehl, Grütze, Obst- und Gemüseprodukte, schrittweise zurückgenommen werden.¹⁴⁶ Im Mittelpunkt stand jedoch die vorgesehene Erhöhung bei Löhnen, Familienbeihilfen und Renten.¹⁴⁷ Sie war als jene Sofortmaßnahme für Geringverdiener gedacht, die Gierek in seiner Rede zwei Tage zuvor öffentlich angekündigt hatte und diente nicht zuletzt dem Zweck, die noch immer angespannte Lage im Land weiter zu beruhigen.

142 Ebd., S. 9f.

143 Ebd., S. 8.

144 Protokoll Nr. 22 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR am 22. Dezember 1970, in: Dudek/Kochański/Persak, Centrum władzy, Dok. 138, S. 131–135, hier 131.

145 Schon am Tag zuvor hatte das Sekretariat des ZK über die Schaffung einer Sozialkommission im Zentralkomitee debattiert, für die sich mehrere Teilnehmer aussprachen. Eine Entscheidung darüber erfolgte jedoch offenbar nicht. Vgl. die entsprechende Notiz von Stanisław Trepczyński, in: Eisler/Trepczyński, Grudzień, Nr. 7, S. 129f.

146 Vgl. Protokoll vom 22.12.1970, S. 132.

147 Vgl. ebd.

Der Vorschlag, solche Rekompensationen für die jüngsten Preiserhöhungen vorzunehmen, hatte bereits am 20. Dezember 1970 auf der Politbürositzung und dem 7. Plenum des Zentralkomitees auf der Tagesordnung gestanden und war vom noch amtierenden Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz auf dem Plenum vorgestellt worden. Konkret waren differenzierte Erhöhungen bei niedrigen Löhnen und Renten sowie bei Familienbeihilfen geplant.¹⁴⁸ Die Anhebungen bei letzteren entsprachen denen, die schon auf der Sitzung des Politbüros am 19. Dezember noch auf einen Vorschlag von Władysław Gomułka zurückgingen und kontrovers diskutiert worden waren.¹⁴⁹ Cyrankiewicz betonte auf dem Plenum, dass die für die Erhöhungen vorgesehene Summe von 6,5 Mrd. Złoty, „das Maximum“ dessen sei, „was man in diesem Augenblick geben kann und soll“. Das sei nicht „als Zugeständnis unter dem Druck der Stimmungen“ zu verstehen, sondern eher als Ausgleich für die Verluste, die bestimmte Beschäftigtengruppen getroffen hatten, „obwohl natürlich jeder verlor.“¹⁵⁰ Trotz der Behauptung, man sei bereits am Limit angelangt, erhöhte das Politbüro auf der Sitzung am 22. Dezember die Rekompensationssumme um weitere 500 Mill. Złoty auf sieben Milliarden, da die Beihilfen für nichtarbeitende Ehefrauen stärker als ursprünglich gedacht angehoben werden sollten.¹⁵¹

Am folgenden Tag trat dann der Sejm der PRL zusammen.¹⁵² Auf die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen gingen vor allem Gierek¹⁵³ und der Gewerkschaftsvorsitzende Loga-Sowiński¹⁵⁴ ein. Gierek kündigte sowohl die Anhebungen bei Renten, Löhnen und Beihilfen in Höhe von sieben Mrd. Złoty an als auch das vom Politbüro beschlossene Einfrieren der Lebensmittelpreise für mindestens zwei Jahre und Preissenkungen bei Industriewaren, falls dem entsprechende wirtschaftliche Ergebnisse gegenüberstünden.¹⁵⁵

Die sieben Mrd. Złoty für Renten, Löhne und Beihilfen sollten „nicht in willkürlicher Weise“ ausgegeben, sondern nach Konsultationen mit Betriebsbelegschaften konkret zugewiesen werden. Die „praktischen Entscheidungen über die Verteilung dieser Summe zwischen den Gruppen von Werktätigen“ sollten durch die Gewerkschaften und staatlichen Organe erfolgen, diese müssten aber „zuvor in dieser Frage die Meinung der Arbeiterklasse einholen.“¹⁵⁶ Ein solches Vorgehen hatte das Politbüro in seiner Sitzung am 22. Dezember beschlossen und dafür Loga-Sowiński sowie Edward Babiuch, seit dem 7. Plenum Politbüromitglied und Sekretär des Zentralkomitees,¹⁵⁷ verantwortlich gemacht.¹⁵⁸

148 Vgl. Stenogramm des VII. Plenums, S. 118.

149 Siehe auch Abschnitt 3. dieses Kapitels. Józef Tejcma, Politbüromitglied und ZK-Sekretär, hatte auf der Sitzung erklärt, da das „Büro keine einheitliche Ansicht“ habe, könne es nur Kompromisse geben, mit unangenehmen Folgen. Vgl. *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, S. 106.

150 Vgl. Stenogramm des VII. Plenums, S. 117.

151 Vgl. Protokoll vom 22.12.1970, S. 132.

152 Der Sejm wählte auf dieser Sitzung anstelle von Józef Cyrankiewicz, der Vorsitzender des Staatsrates wurde, Piotr Jaroszewicz zum neuen Ministerpräsidenten.

153 Vgl. *Nowe Drogi*, 24 (1971) 1, S. 11–15.

154 Vgl. *Trybuna Ludu*, 24.–27.12.1970, S. 8.

155 Vgl. *Nowe Drogi*, 24 (1971) 1, S. 14.

156 Ebd., S. 13.

157 Edward Babiuch hatte bis zu seiner Wahl in das Politbüro fünf Jahre die Organisationsabteilung des ZK geleitet.

158 Vgl. Protokoll vom 22.12.1970, S. 132.

Gierek teilte in seiner Sejmrede am 23. Dezember mit, dass noch am selben und am folgenden Tag „in etwa 100 für die einzelnen Zweige der Volkswirtschaft repräsentativen Betrieben Treffen der Vertreter von Partei, Gewerkschaften und Wirtschaftsverwaltung mit dem Arbeiteraktiv“ stattfinden werden, in deren Ergebnis dann die Entscheidungen getroffen würden.¹⁵⁹ Allein schon der überaus knappe Zeitplan und die Tatsache, dass einer der beiden Konsultationstage auf den 24. Dezember, also auf den Heiligen Abend vor den Weihnachtsfeiertagen fiel, ließen den propagandistischen Zweck dieser „Konsultationen“ erkennen. Eine konkrete inhaltliche Vorbereitung war schlicht unmöglich. Die Aktion sollte ein Zeichen setzen, dass die neue PZPR-Führung es ernst damit meinte, die „gemeinsame Sprache mit den Werktätigen“ nicht zu verlieren, wie es Gierek in seiner Rede am 20. Dezember versprochen hatte.

Unmittelbar nach den Feiertagen berichtete „Trybuna Ludu“ denn auch ausführlich über die durchgeführten „Konsultationen“, die in den 106 größten Betrieben Polens stattgefunden hätten.¹⁶⁰ Unter ihnen befanden sich so bekannte Werke wie die Żerańer Autowerke und die Ursus-Werke in Warschau, die Waggonfabrik Pafawag in Wrocław, der größte Industriebetrieb in Poznań, die Cegielski-Werke, die Lenin-Hütte in Kraków und die Hütte „Warszawa“ sowie die Reparaturwerft in Gdańsk. Wie die Zeitung hervorhob, sei der überwiegenden Mehrheit der Vorschläge die Forderung gemeinsam gewesen, für die Verbesserung der Lage der am schlechtesten situierten Menschen das Einkommen je Familienmitglied als „gerechteste Form der Verteilung“ zum Kriterium zu machen. Es sei jedoch auch gefragt worden, ob mit diesen sieben Mrd. Złoty nicht das Marktgleichgewicht verletzt werde und sich so die Versorgung der Bevölkerung verschlechtern würde.¹⁶¹

Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund wies „Trybuna Ludu“ am 29. Dezember noch einmal darauf hin, dass die vorgesehenen Sozialmaßnahmen die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren darstellten. Die Ergebnisse würden bald spürbar sein, doch müssten die Löhne „voll durch die auf dem Markt befindlichen Waren gedeckt sein“. Unter den konkreten Bedingungen Polens seien besonders die Lebensmittel für die Marktsituation entscheidend. Gerade im Interesse der Einkommensdeckung durch die Warenmasse, also eines unerlässlichen Marktgleichgewichts, sei es „unmöglich, einen höheren Betrag für die Anhebung vorzusehen. Die sieben Milliarden Zł sind die obere Grenze, welche sich unsere Wirtschaft – und das bei einer nicht geringen Anstrengung – erlauben kann.“ Bei einem Überschreiten dieser Summe drohten Inflation mit allen ihren negativen Folgen und somit eine Verschlechterung der materiellen Lage der Bevölkerung und nicht, wie angestrebt, eine Verbesserung.¹⁶²

159 Nowe Drogi, 24 (1971) 1, S. 13f.

160 Szeroka konsultacja z klasą robotniczą. Dyskusje w 106 największych zakładach przemysłowych [Breite Konsultation mit der Arbeiterklasse. Diskussionen in den 106 größten Industriebetrieben], in: Trybuna Ludu, 28.12.1970, S. 1, 8. Vgl. auch den redaktionellen Kommentar: Wiąż wzajemnego zaufania [Das Band gegenseitigen Vertrauens], in: ebd., 28.12.1970, S. 2, sowie den Bericht über mehrere Betriebe unter dem Titel: Robotnicze propozycje. Troska, rozważa i odpowiedzialność [Die Arbeiter-vorschläge. Sorge, Besonnenheit und Verantwortung], in: ebd., 29.12.1970, S. 1, 4.

161 Szeroka konsultacja.

162 M. K.: Z myślą o człowieku [Mit dem Gedanken an den Menschen], in: Trybuna Ludu, 29.12.1970, S. 4.

Am 30. Dezember fassten der Ministerrat und der Zentralrat der Gewerkschaften den Beschluss „zur Erhöhung der niedrigsten Löhne, zur Einführung von Lohnzulagen für einige Beschäftigtengruppen, zur Erhöhung der Familienbeihilfen sowie einiger Pensionen und Renten“.¹⁶³ Obwohl an den Vortagen mehrfach betont worden war, die vorgesehene Summe sei das maximal Mögliche, wurde der beschlossene Betrag nun ein zweites Mal aufgestockt und betrug jetzt 7,4 Mrd. Złoty jährlich. Damit überstieg er die ursprünglich vorgesehenen 6,5 Mrd. Złoty um fast eine Milliarde bzw. um beinahe 14%. Als Grund hierfür wurden die Konsultationen in den Betrieben angegeben. Man habe Forderungen berücksichtigt, „die im Verlaufe dieser Diskussionen vorgebracht wurden und vor allem darauf abzielten, größere Mittel auf die Verbesserung der Lage der am schwächsten situierten kinderreichen Familien zu verlagern“.¹⁶⁴ Ganz offensichtlich gaben damit sowohl die Parteiführung als auch die Regierung dem aus den Betrieben kommenden Druck nach, obwohl ihnen die wirtschaftlichen Risiken klar sein mussten.

Im Einzelnen sah der Beschluss vom 30. Dezember 1970 vor, den Mindestlohn für Vollzeitbeschäftigte von monatlich 850 auf 1.000 Złoty, also um mehr als 17%, und den Lohn für Vollzeitbeschäftigte, die über 910 bis 1.000 Złoty verdienten, um 90 Złoty anzuheben. Bei Beschäftigten, deren monatliches Durchschnittseinkommen im vergangenen Kalenderjahr über 1.000 bis 2.000 Złoty betrug, sollten die Einkommen differenziert zwischen 80 und 30 Złoty angehoben werden, wobei für Beschäftigte mit einem Einkommen von bis zu 1.500 Złoty die Zulage frei von Lohnsteuer und Rentenbeiträgen war. Die Familienbeihilfen sowie die Familienzulagen zu Renten und Pensionen wurden erhöht, wenn nach Steuern das Pro-Kopf-Einkommen nicht mehr als 1.000 Złoty ausmachte. Die Erhöhungen betrug gestaffelt nach der Kinderzahl zwischen 110 und 210 Złoty, Ehepartner erhielten 70 Złoty. Damit lagen die Kinderbeihilfen über denen, die das Politbüro vorgesehen hatte. Die niedrigsten Renten wurden um 60 Złoty monatlich erhöht. Unterhielten Rentner allein einen Ehepartner und betrug ihre Rente nicht mehr 1.500 Złoty, bekamen auch sie diesen Betrag. Ebenso wurden bei Familien mit Renten bis 840 Złoty diese um 60 Złoty angehoben, die Familienrenten zwischen 840 und 900 Złoty stiegen auf 900, mindestens aber um 30 Złoty. Die Bemessungsgrenze für Rentenbeiträge betrug nun 1.100 Złoty. Der Beschluss galt rückwirkend ab 1. Dezember 1970. Von ihm sollten laut PAP-Meldung bei den Löhnen und Renten ca. 5,2 Mill. Personen, bei den Familienbeihilfen etwa 4,7 Mill. Kinder betroffen sein.¹⁶⁵

Wenige Tage später, am 8. Januar 1971, trat das vom PZPR-Politbüro am 22. Dezember beschlossene Einfrieren der Preise für Grundnahrungsmittel mit Ausnahme von Saisonarti-

163 Abgedr. in: Trybuna Ludu, 1.1.1971, S. 4 sowie in „Monitor Polski“, 1970, Nr. 44. Am 4. Januar erfolgte eine entsprechende Durchführungsverordnung des Vorsitzenden des Komitees für Arbeit und Löhne (veröffentlicht in „Monitor Polski“, 1971, Nr. 1). Die Monatszeitschrift „Arbeit und Sozialversicherung“ enthält zwischen Februar und April 1971 verschiedene Beiträge, die sich Einzelaspekten des Beschlusses vom 30.12.1970 widmen. Vgl. Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIII (1971) 2–4.

164 Marek Piątkowski: Pomoc państwa dla pracowników i rencistów o niskich dochodach [Die Hilfe des Staates für Beschäftigte und Rentner mit niedrigen Einkommen], in: Praca i Zabezpieczenie Społeczne XIII, (1971) 2, S. 1–5, hier 2.

165 Trybuna Ludu, 1.1.1971, S. 1.

keln für die Jahre 1971 und 1972 in Kraft.¹⁶⁶ Das geschah auf dem Preisniveau nach dem 12. Dezember 1970, d.h. eine Rücknahme der Erhöhungen, die die Arbeiterproteste an der Küste ausgelöst hatten, war damit nicht verbunden.

5. Werben um Vertrauen und Vertrauen auf Kredit

Sofort nach der Wahl Giereks unternahm die neue PZPR-Führung auch eine Reihe von außenpolitischen Aktivitäten, um die über die Entwicklung in Polen besorgten Verbündeten zu beruhigen. Schon am 20. Dezember 1970 beschloss das Politbüro auf einer Abendsitzung, „die Führungen der kommunistischen Bruderparteien über die mit dem VII. Plenum des ZK verbundenen Probleme zu informieren“.¹⁶⁷ Bereits im Januar 1971 reisten Parteichef Gierek und Ministerpräsident Jaroszewicz in die Sowjetunion, die DDR und die ČSSR.¹⁶⁸

In Moskau führten beide am 5. Januar ein mehrstündiges Gespräch mit dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid I. Breschnew. Gierek gab sich dabei zwar optimistisch, dass die Entwicklung von Partei und Land in eine „gute Richtung“ ging, doch machte er zugleich deutlich, dass die Situation noch immer angespannt und explosiv war: „In diesem Augenblick herrscht im Land Ruhe, aber man kann sagen, dass das eine Ruhe auf dem Pulverfass ist. Die neue Führung wurde mit Vertrauen beschenkt, aber nur auf Kredit.“¹⁶⁹ Der jüngste Konflikt sei in den vergangenen drei bis vier Jahren herangereift, die Preiserhöhung wäre nur der letzte Auslöser gewesen, der ihn zum Ausbruch gebracht habe.¹⁷⁰

Breschnew äußerte Verständnis für die Situation der Polen, ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass, angesichts der eigenen ökonomischen Probleme, die Möglichkeiten der sowjetischen Seite begrenzt waren, das Nachbarland wirtschaftlich zu unterstützen: „Wir sind uns im Klaren, dass man Polen helfen muss, aus der schwierigen Lage herauszukommen, in der es sich befindet. Wir haben bei uns auch schwierige Probleme. Im Allgemeinen ist die Sache des Aufbaus des Sozialismus sehr schwierig, umso mehr als wir alle uns schnell entwickeln wollen, aber nicht immer die eigenen Möglichkeiten in Betracht ziehen. [...] Wir wissen, dass wir im Vergleich mit dem Westen zurückbleiben, wenn es z.B. um den Verbrauch an Fleisch oder auf anderen Gebieten geht. Der Prozess der Überwindung dieser Disproportionen wird noch lange dauern, aber man muss auf die eigene Gesellschaft Rücksicht nehmen. [...] Unser Fehler war, danach zu streben, den anderen zu übertreffen und nicht mit den eigenen Möglichkeiten zu rechnen.“¹⁷¹

166 Zum entsprechenden Beschluss des Ministerrates vgl. *Stabilizacja cen detalicznych artykułów żywnościowych* [Die Stabilisierung der Einzelhandelspreise für Lebensmittel], in: *Trybuna Ludu*. 9.1.1971, S. 1.

167 Protokoll Nr. 21 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR am 20. Dezember 1970 (21.00 Uhr), in: Dudek/Kochański/Persak, *Centrum władzy*, Dok. 137, S. 411f., hier 412.

168 Der Besuch in Prag fand am 16.1.1971 statt. Vgl. 100 lat polskiego ruchu robotniczego. kronika wydarzeń [100 Jahre polnische Arbeiterbewegung. Chronik der Ereignisse], Warszawa 1978, S. 357.

169 Protokoll des Gesprächs Edward Giereks mit Leonid Breshnew in Moskau, 5. Januar 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 13, S. 126–136, hier 126f.

170 Ebd., S. 128.

171 Ebd., S. 129f.

Dieses offene Eingeständnis hinderte die Polen freilich nicht daran, möglichst viel herauszuholen. Bei ihrem Besuch in Moskau sei es ihnen gelungen, die Situation geschickt für sich auszunutzen, urteilt Piotr Kostikow rückblickend. „Sie begannen, viele schwierige Sachen anzupacken, die wohl nicht durchzudrücken gewesen wären, hätte es nicht die Gefahr der gesellschaftlichen Unzufriedenheit gegeben.“¹⁷² Bei einem Auftritt im Klub der Wirtschaftsjournalisten am 9. Januar 1971 gab Ministerpräsident Jaroszewicz zu verstehen, dass die sowjetische Seite sich gegenüber den polnischen Bitten positiv verhalte werde. So könne Polen während des Fünfjahrplanzeitraumes 38,5 Millionen Tonnen Erdöl bekommen, wolle aber noch Lieferungen von weiteren fünf Millionen Tonnen erreichen.¹⁷³ Laut Kostikow gab es bei den Gesprächen in Moskau konkrete Lieferzusagen für Getreide, Konserven und Rohstoffe sowie große Bestellungen der sowjetischen Seite bei polnischen Werften.¹⁷⁴

Auch beim Besuch in der DDR, der am 11. Januar stattfand, ging es nicht zuletzt um die wirtschaftliche Unterstützung Polens.¹⁷⁵ Willi Stoph verwies dabei auf die auf dem 14. Plenum des ZK angesprochenen großen Probleme der DDR mit der Bilanzierung des Plans. In der Sozialpolitik ginge man sehr vorsichtig vor.¹⁷⁶ Die DDR-Seite sei mit der Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit einverstanden, doch müssten effektivere Formen dieser Zusammenarbeit gefunden werden. Bei den Handelsbeziehungen sollte die polnische Seite die Warenlisten prüfen und überlegen, was in der DDR noch gekauft werden könnte.¹⁷⁷ Eine Rolle spielte bei dem Gespräch in Berlin die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte. Stoph meinte dazu, man könne das Problem zum beiderseitigen Nutzen lösen.¹⁷⁸ Die laufenden Verhandlungen über die Einstellung polnischer Arbeitskräfte in der DDR sollten schnell abgeschlossen werden.¹⁷⁹ Gierek schlug vor, die DDR möge zwei bis drei komplette Kombinate nach Polen liefern, die Fertigteile für den Plattenwohnbau herstellen. Ulbricht versprach, diesen Vorschlag zu prüfen.¹⁸⁰

Am 12. Januar behandelte das PZPR-Politbüro den Bericht von Gierek und Jaroszewicz über die Gespräche mit Ulbricht und Stoph. Es beschloss, die unterschriebenen Vereinbarungen zur Entsendung polnischer Arbeitskräfte in die DDR zu realisieren. So konnte der polnische Arbeitsmarkt entlastet werden, während sich der Arbeitskräftemangel der DDR etwas entschärfen ließ. Für die Zukunft sah die polnische Seite aber den Weg darin „sich

172 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 151.

173 Rakowski, *Dzienniki 1969–1971*, S. 306. Notiert unter dem 10. Januar 1971.

174 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 151.

175 Vgl. ausführlich Mieczysław Tomala: *Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990*, Marburg 2000, S. 492–495.

176 Ebd., S. 494.

177 Am 25. Januar erfolgte in Warschau die Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen der DDR und Polen für 1971 bis 1975. Er sah eine Steigerung des Warenaustauschs um mehr als 70% vor. Für 1971 war ein Anstieg um über 10% geplant. Vgl. *Trybuna Ludu*, 26.1.1971, S. 1f.; *Neues Deutschland*, 26.1.1971, S. 1f.

178 Tomala, *Deutschland*, S. 495.

179 Am 25. Mai 1971 wurde ein Regierungsabkommen über die zeitweilige Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben der DDR unterzeichnet. Vgl. Rita Röhr: *Polnische Arbeitskräfte in der DDR 1960–1970*, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.): *Arbeiter in der SBZ – DDR*, Essen 1999, S. 185–204, hier 204.

180 Tomala, *Deutschland*, S. 495.

eher auf eine arbeitskraftintensive Produktion für die DDR, gestützt auf Rohstoffe und Halbfabrikate aus der DDR, einzurichten“.¹⁸¹ Was Giereks Frage nach der Lieferung von Fabriken für Wohnungsbau-Fertigteile anging, folgte man einer Anregung Ulbrichts,¹⁸² wonach sich polnische Bauspezialisten in der DDR mit modernen Methoden des Bauwesens bekanntmachen sollten.¹⁸³

In der polnischen Bevölkerung fanden die personellen Veränderungen in der PZPR-Führung und die durch Gierek sofort nach seiner Wahl angekündigten konsum- und sozialpolitischen Korrekturen im Großen und Ganzen Zustimmung. Das Innenministerium registrierte am 22. Dezember eine „allgemeine Billigung der in der Zusammensetzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK vorgenommenen Veränderungen.“ Die Kommentare seien von Besonnenheit gekennzeichnet und spiegelten die Überzeugung, „dass die Veränderungen in der Parteiführung die Garantie für eine Stabilisierung im Lande geben und die Möglichkeit schaffen, die Arbeiterforderungen zu verwirklichen.“ In den Diskussionen spiele die Ankündigung eine große Rolle, die Situation der am niedrigsten verdienenden und kinderreichen Familien prüfen zu wollen. Weiterhin gebe es Forderungen, den Kreis der Begünstigten möglichst weit zu fassen.“¹⁸⁴

Auch in den oppositionellen Milieus erlangte die neue Führung unter Gierek „einen gewissen Vertrauenskredit“.¹⁸⁵ Die Gruppe um die Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ war bereit, die neue Parteiführung zu unterstützen und bekundete „vorsichtigen Optimismus“.¹⁸⁶ Der Klub der Katholischen Intelligenz (KIK) in Warschau nahm eine ähnliche Haltung ein. Nachdem man dort auf der Plenarsitzung am 22. Januar 1971 die Lage im Land diskutiert hatte, sandte der KIK-Vorsitzende Konstanty Łubieński im Namen des Vorstandes am 26. Januar einen Brief an Edward Gierek.¹⁸⁷ Mit „Anerkennung“, hieß es darin, seien dessen Äußerungen am 20. Dezember und die ökonomischen Entscheidungen von Partei und Regierung aufgenommen worden, die Folgen der letzten Preiserhöhung zu lindern. Zugleich vertrat der Vorstand die Auffassung, dass wesentliche Ursachen für die jüngste Krise in der „Verzerrung der gesellschafts-politischen Strukturen im Land, in der Art und Weise, wie die Macht ausgeübt wird, aber auch in den Fehlern der Wirtschaftspolitik des Staates“ liegen, wodurch, trotz der bekannten Errungenschaften, die „Entwicklungsmöglichkeiten, die objektiv in der sozialistischen Ordnung stecken, eingebüßt wurden“.¹⁸⁸ Eine große Anstrengung sei nötig, die Ursachen hierfür zu beseitigen und Bedingungen, vor al-

181 Vgl. Protokoll Nr. 26 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 12. Januar 1971 in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 14, S. 136–138.

182 Tomala, Deutschland, S. 495.

183 Protokoll vom 12.1.1971, S. 137.

184 Information die Ereignisse auf dem Gebiet des Landes bet[reffend]. Geheim, in: Grudzień 1970 w dokumentach MSW, Nr. 19, S. 92–97, hier 95.

185 Friszke, Opozycja, S. 283.

186 Leonid Luks: Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945–1989. Die Anatomie einer Befreiung. Köln/Weimar/Wien 1993, S. 83, s.a. ders. Die Tygodnik-Powszechny-Gruppe in den Jahren 1945–1989. Symbol des katholischen Widerstandes im kommunistischen Polen, in: Forum für Osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 6 (2002) 2, S. 215–258, hier 246.

187 Abgedr. in: Friszke, Koło posłów, Nr. 89, S. 527–530.

188 Ebd., S. 528f.

lem aber ein solches Klima zu schaffen, damit die gesellschaftlichen Konflikte und Spannungen „auf menschliche und schöpferische Weise“ gelöst werden könnten. Verantwortung und Aktivität der ganzen Gesellschaft wären erforderlich, um die Machtausübenden bei der mühevollen Erneuerung zu unterstützen.

Der Brief listete eine Reihe von Einzelpostulaten auf, die teilweise so oder ähnlich auch die streikenden Arbeitern an der Küste – mit denen sich der Warschauer KIK solidarisch erklärte – vorgebracht hatten. Dazu zählten die Forderungen nach einer „authentischen Repräsentation“ der Arbeiter und Angestellten, die wirksam deren Bedürfnisse und Interessen vertreten könnte, und nach einer solchen Wirtschaftsstrategie, die die Entwicklungserfordernisse mit den aktuellen Bedürfnissen der Gesellschaft in Einklang bringe.¹⁸⁹

Auch die katholische Kirche bemühte sich um Verständigung mit der neuen Führung. Der Sekretär des Episkopats, Bischof Bronisław Dąbrowski (1917–1997), schätzte die erste Rundfunk- und Fernsehrede von Gierek vom 20. Dezember als sachlich ein. Primas Kardinal Wyszyński erklärte sich zu Gesprächen mit dem neuen Premier oder mit Gierek bereit. In seiner Rede am 24. Dezember sprach Wyszyński vor der Geistlichkeit über die erwarteten Gespräche und versicherte, die Kirche werde der neuen Staatsführung die Situation nicht erschweren.¹⁹⁰ Als Geste des guten Willens wurde die für den 27. Dezember vorgesehene Verlesung des am 4. September von der 112. Plenarkonferenz des Episkopats beschlossenen Briefes „Zur Verteidigung der bedrohten Existenz der Nation“, d.h. zur Abtreibungsfrage, verschoben. Das erfolgte erst am 28. Januar 1971.¹⁹¹

Klar artikulierte die Kirchenführung sozialpolitische Aspekte. So beschloss der Haustrat des Episkopats am 29. Dezember einen Brief an die Gläubigen,¹⁹² in dem grundlegende Bürgerrechte angemahnt wurden.¹⁹³ Hierzu zählten vor allem „das Recht auf soziale Gerechtigkeit, das sich in der Befriedigung berechtigter Forderungen ausdrückt“ sowie „das Recht auf materielle Bedingungen, die den Familien und jedem Bürger eine würdige Existenz sichern“.¹⁹⁴ Sehr deutlich wurde Primas Wyszyński während seiner Neujahrspredigt in Gniezno.¹⁹⁵ „An die Spitze der Forderungen“, führte er aus, „die seit hundert Jahren von den arbeitenden Menschen gestellt werden, rückte die eine: ‚Der Arbeiter ist seines Lohnes wert‘. So sagte Christus. Das ist im ganzen Evangelium sichtbar [...] Wie vor Jahrhunderten so ist auch heute der *Schutz des arbeitenden Menschen vor der Ausbeutung* weiter aktuell!“¹⁹⁶ Wyszyński wandte sich angesichts der Mangelsituation in Polen gegen den Export

189 Ebd., S. 529.

190 Ebd., S. 109f.

191 Dudek, Państwo i Kościół, S. 131f. Nur der Bischof von Przemyśl, Ignacy Tokaczuk (*1918), hatte sich nicht daran gehalten. Paczowski, Pół wieku, S. 398.

192 Abgedr. u.a. in: Peter Raina (Hg.): Kościół w PRL. Kościół katolicki a państwo w świetle dokumentów. Lata 1960–1974 [Die Kirche in der PRL. Die katholische Kirche und der Staat im Lichte von Dokumenten. Die Jahre 1960–1974], Poznań 1995, S. 561f.

193 Friszke, Koło posłów, S. 109.

194 Raina, Kościół, S. 562.

195 Abgedr. u.a. in: Poznań 1956 – Grudzień 1970, S. 137–144.

196 Ebd., S. 140. Der von Wyszyński zitierte Satz stammt aus Lukas 10,7, hier wiedergegeben nach der Luther-Bibel. In „Die Bibel in heutigem Deutsch“ lautet die Passage: „[...] denn wer arbeitet, hat Anrecht auf seinen Lohn.“ Hervorhebung bei Wyszyński in der Veröffentlichung von 1971.

von Grundnahrungsmitteln und unterstrich den Vorrang „für die Befriedigung der Bedürfnisse der eigenen Bürger“, denn zunächst müsse „das angemessene Verlangen der Menschen befriedigt sein, die im Vaterland arbeiten.“¹⁹⁷ Seine Worte waren zugleich eine scharfe Kritik der sozialen Verhältnisse im Land: „Es existiert der seit langem im Christentum praktizierte Grundsatz, von dem, was übrigbleibt, Almosen zu geben. Aber man kann nicht nach allen Seiten Almosen verteilen, wenn zu Hause die Kinder Not leiden; wenn die schwer arbeitenden Menschen hungrig zur Arbeit gehen; wenn ihre Frauen, anstatt die Familie zu betreuen, Stunden verlieren müssen und in den ‚Schlangen‘ stehen, um ein bisschen Brot, Fleisch oder ein wenig Fett zu erlangen.“¹⁹⁸

Wyszyński sprach sich nachdrücklich für den Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe aus, die im Lande „der Veränderung und Korrektur bedarf“. Der Mensch sei keine Maschine und könne nicht unablässig unter Anspannung arbeiten. „Daher hat der Mensch, der sechs Tage arbeitet, das Recht auf volle Freiheit des Feiertages. Sogar wenn ihn das religiöse Leben nicht interessiert, gibt es die Pflicht, seinem Leib und der Seele irgendeine Entspannung und Veränderung zu gewähren. Das schützen doch alle Arbeitskodizes.“¹⁹⁹ Der Primas wandte sich daher auch gegen „das Antreiben der Menschen – wie einstmals im kapitalistischen System, wo Akkord und Rekord mit Gewinn und Verdienst reizten.“ Auch heute sei „diese Sache leider noch nicht in Ordnung gebracht. Man müsste die Menschen, von denen das abhängt, daran erinnern, dass der Mensch nicht ständig durch Normen, durch Überstunden oder ‚freiwillige‘ Verpflichtungen angetrieben werden kann. Das sind gereizte und unruhige Menschen. Sie kommen zur Arbeit, aber in welchem psychischen Zustand? Ob ein solcher Mensch später an die Familie, an ein Buch, die Zeitung, Kultur, an Fragen höheren Ranges und sogar an das Gebet denken kann, wenn er bis zu den letzten Möglichkeiten durch die Anstrengung physischer Arbeit ausgesaugt ist? Das sind moralische Rechte, auf die der Mensch nicht verzichten kann, und die Kirche hat unablässig an sie zu erinnern. [...] Wir wollen hier über niemanden ein Urteil abgeben, niemanden anklagen. *Wir sprechen die Hoffnung aus*, dass vielleicht der Versuch unternommen wird, zu verstehen zu geben, dass der wirtschaftliche Fortschritt vom Schutz und von der Entwicklung der moralischen Werte abhängt!“²⁰⁰

An die notwendige Erholung zu erinnern, sah sich Wyszyński wohl nicht zuletzt durch aktuelle Erscheinungen veranlasst. Zweimal verwies er sogar direkt auf seine Zeitungslektüre der letzten Tage.²⁰¹ In der Tat informierten die Zeitungen seit Tagen über die Anstrengungen, den Wirtschaftsplan, wenn möglich vorfristig, zu erfüllen und zusätzliche Produktionsverpflichtungen zu übernehmen. Schlagzeilen in der „Trybuna Ludu“ wie „Beschleunigter Arbeitsrhythmus“, „Angestrengte Arbeit in den Fabriken und Bergwerken“, „Produktionsfinish und Start zu neuen Aufgaben“ oder „Verstärkte Anstrengung der Belegschaften. In den Bergwerken, Hütten, Fabriken, in der Flotte, auf den Baustellen“ zeugen beredt da-

197 Neujahrspredigt Wyszyński, S. 140.

198 Ebd., S. 140f.

199 Ebd., S. 141.

200 Ebd., S. 142f. Hervorhebungen bei Wyszyński in der Veröffentlichung von 1971.

201 Ebd., S. 141, 142.

von.²⁰² Auch bei der Bezahlung der Streiktage hatte die PZPR-Führung appelliert, die Verluste aufzuholen. Das aber war ohne Sonn- und Feiertagsarbeit kaum denkbar.

Am Silvestertag des Jahres 1970 traf Edward Gierek mit Warschauer Hüttenarbeitern zusammen.²⁰³ Es war ein Treffen jener Art, wie sie in den folgenden Wochen noch mit verschiedenen anderen Gruppen von Industriebeschäftigten folgen sollten. Diese propagandistisch extensiv ausgeschlachteten Zusammenkünfte, die mit weiteren Verpflichtungen zur Erhöhung der Produktion, auch durch Sonntagsarbeit, verbunden waren, sollten als nachahmenswerte Beispiele dienen.²⁰⁴

Zwar gab es noch kleinere Streiks und Protestaktionen.²⁰⁵ Doch im Großen und Ganzen schien es, als sei es der neuen PZPR-Führung in den ersten Wochen nach Giereks Wahl gelungen, die Lage im Land zu stabilisieren und die Unterstützung nicht weniger Arbeiter zu gewinnen. Zeigten die Sofortmaßnahmen einer sozialen Beschwichtigungspolitik also schon kurz nach dem Machtwechsel Wirkung? Skepsis war angebracht, denn noch im Januar 1971 sollte sich wieder an der Küste, vor allem in Szczecin, zeigen, wie instabil die Situation und wie fragil die in den Massenmedien propagierte Zustimmung zur neuen politischen Führung waren.

6. „Helft ihr?“ – Zur Geschichte einer berühmten Frage

Am 20. Januar 1971 erschien in der Lokalzeitung „Głos Szczeciński“ (Szczeciner Stimme) ein Artikel unter der Überschrift „Die Tat der Belegschaft der Röhrenfabrik“.²⁰⁶ Er informierte darüber, dass am Vortage um 10.00 Uhr in der Abteilung Röhrenfabrik (W-4) der Warski-Werft ein Meeting stattgefunden hatte.²⁰⁷ Demnach hätten die Teilnehmer zur Unterstützung der neuen Parteiführung eine Reihe von Verpflichtungen übernommen, die der Beitrag im Einzelnen auflistete. Eine davon besagte, dass die ganze Belegschaft mit über 500 Beschäftigten am Sonntag, dem 24. Januar, arbeiten wolle. „Gerade dank der Opferbereitschaft, der Arbeit der Arbeiter der Röhrenfabrik, dank der wertvollen angenommenen Produktionsverpflichtungen“, hieß es in der Zeitung, „wird es in der Werft möglich sein, viele Rückstände abzarbeiten“.

Es schien sich also um eine der üblichen Inszenierungen zu handeln, wie sie seit Wochen in Polen organisiert wurden. Doch die im Artikel des „Głos Szczeciński“ enthaltenen Informationen entsprachen so nicht den Tatsachen. Zwar hatte es eine Versammlung in der Röh-

202 Vgl. Trybuna Ludu, 24.–27., 28., 29., 30.12.1970.

203 Vgl. ebd., 1.1.1971, S. 1f.

204 Vgl. ebd., 15.1.1971, S.1 (Empfang einer Delegation von Hüttenarbeitern durch Gierek und Jaroszewicz), 16.1.1971, S. 1 (Besuch von Gierek im petrochemischen Werk in Płock), 23.1.1971 (Treffen Giereks mit Bauern und Bauleuten).

205 Vgl. zum Beispiel die Information des Innenministeriums zur Lage im Land vom 11. Januar 1971, in: Grudzień 1970 w dokumentach MSW, Nr. 22, S. 105–109.

206 Abgedr. in: Rewolta Szczecińska, Anhang Nr. 9, S. 217f.

207 Zu diesem Meeting und den nachfolgenden Ereignissen in Szczecin vgl. u.a. Głowacki, Kryzys, S. 215–240, Eisler, Grudzień, S. 349–351; Paczkowski, Pół wieku, S. 395–398.

renfabrik gegeben, doch lediglich Obermeister und Meister waren Verpflichtungen eingegangen, die sie zuvor mit dem Abteilungsleiter Józef Przybyło vereinbart hatten. Weder fragte man die Anwesenden noch die Belegschaft insgesamt, ob sie damit einverstanden waren, noch gab es auf der Veranstaltung dazu eine Abstimmung.²⁰⁸

Am selben Tag, an dem die Versammlung in der Röhrenwerft stattfand, empfingen Edward Gierek und Piotr Jaroszewicz in Warschau eine Szczeciner Delegation von Hafen- und Werftarbeitern der Reparaturwerft „Gryfia“ und der Hafenverwaltung.²⁰⁹ Als deren Mitglieder in die Stadt an der Oder zurückgekehrt waren, verbreitete sich dort das Gerücht, sie hätten während des Zusammentreffens mit dem PZPR-Chef und dem Ministerpräsidenten nicht solche Themen wie Lohnerhöhung, die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen sowie allgemein Forderungen aus der Streikperiode ansprechen dürfen, sondern mussten mit Verpflichtungen auftreten, die dann in den Massenmedien verbreitet wurden.²¹⁰

Diese beiden Ereignisse fanden zu einem Zeitpunkt statt, als sich die noch immer angespannte Lage an der Küste bereits wieder zugespitzt hatte. Schon am 11. Januar registrierte das Innenministerium, Atmosphäre und Stimmung unter den Arbeitern der Dreistadt seien „voller Spannung“. Bei den Treffen der Belegschaften mit den Partei- und Verwaltungsleitungen der Betriebe wären u.a. Lohnerhöhungen, die Abschaffung der Steuer auf Auszeichnungen, eine gerechte Prämienverteilung, eine bessere Arbeitsorganisation und kompetente Personen auf den richtigen Posten, eine größere Selbständigkeit und Aktivität der Gewerkschaften sowie die Feststellung derjenigen gefordert worden, die die Schuld an der schwierigen wirtschaftlichen Situation trugen.²¹¹ In der zweiten Januarhälfte begann die Streikwelle erneut anzuschwellen, und am 18. und 20. des Monats stand der Verkehr in der Dreistadt für einige Stunden still.²¹²

Zur Situation in Szczecin stellte das Innenministerium am 11. Januar fest, das ingenieurtechnische Personal der Stadt bemängele, dass es keine offene Diskussion mit allen Parteimitgliedern gäbe, sondern nur Zusammenkünfte in der engeren Leitung der einzelnen Parteiorganisationen. In der Warski-Werft werde diskutiert, dass die Forderungen der Werftarbeiter ignoriert worden seien. Die Arbeit in den einzelnen Abteilungen würde „lasch“ ausgeführt, es kursierten „unablässige Gerüchte über verschiedene Termine eines neuen Streiks“ sowie über die Bildung eines Streikkomitees.²¹³

Selbst unter den PZPR-Mitgliedern der Warski-Werft war die Stimmung gereizt. Auf der ebenfalls am 11. Januar stattfindenden Versammlung des „gesellschafts-politischen Aktivs“ brachten die Teilnehmer im Beisein des zum Vizepremier aufgestiegenen Franciszek Kaim eine Reihe sozialer Forderungen vor. Mehrere Redner bekundeten Unmut, dass noch immer

208 Głowacki, Kryzys, S. 215f.

209 Die „Trybuna Ludu“ berichtete darüber am 20.1.1971 auf S. 1 unter der Überschrift „Podjęte zobowiązania poparciem dla polityki nowego kierownictwa [Die unternommenen Verpflichtungen sind eine Unterstützung für die Politik der neuen Führung] in der üblichen Diktion.

210 Głowacki, Kryzys, S. 216.

211 Information vom 11. Januar 1971, betreffend die aktuelle Situation im Land. Geheim, in: Grudzień 1970 w dokumentach MSW, Nr. 22, S. 105–109.

212 Paczowski, Pół wieku, S. 396.

213 Information vom 11. Januar, S. 106f.

Ignacy Loga-Sowiński den CRZZ leitete,²¹⁴ auch wurden Veränderungen an der Spitze der Wojewodschaftsparteiorganisation verlangt. Man kritisierte, die Presse habe die Ereignisse vom Dezember nicht wahrheitsgetreu dargestellt.²¹⁵ Auf der offenen Parteiversammlung der Elektrischen Abteilung der Werft am 15. Januar wurden erneut unabhängige Gewerkschaften gefordert.²¹⁶ Auch die Zentrale Konstruktions- und Forschungsabteilung der Werft führte an diesem Tag in sehr kritischer Atmosphäre eine offene PZPR-Versammlung durch. Dort stellte das langjährige Parteimitglied Florian Domiszewski fest, „dass sich im weiteren Verlauf nichts ändert, wenn nicht die Struktur der Gewerkschaften verändert wird. 25 Jahre lang sagen wir, dass in Polen eine ideale Ordnung ist – d.h., dass die einen von oben den Willen aufzwingen und die anderen hören, denn sie fürchten um ihren Verdienst. Der Arbeiter hat keine Waffe, er kann nur mit Streik oder Protest auftreten [...] Aber wenn die Arbeiterklasse mit einem Protest hervortritt, dann wird gesagt, dass das Rowdys sind.“²¹⁷

Angesichts der Kritik, die an der Küste auch die Parteiversammlungen beherrschte, befasste sich das PZPR-Politbüro auf seiner Sitzung vom 20. Januar 1971 mit der Situation in den Wojewodschaftsparteiorganisationen von Gdańsk und Szczecin. Es billigte einen von den Wojewodschaftskomitees vorgestellten Plan, der darauf abzielte, zum normalen Arbeitsablauf in den Betrieben zurückzukehren, auch die politische Situation zu normalisieren sowie das Parteiaktiv wiederaufzubauen und zu mobilisieren. Die „aufwieglerischen Elemente“ sollten politisch isoliert, die „richtigen und realen Postulate der Belegschaften“ realisiert werden, so etwa auf den Gebieten der Arbeitsorganisation, sozialer Belange, der Arbeitssicherheit und -hygiene. Energisch sei gegen „demagogische“ Äußerungen zu polemisieren und der fehlende Realitätsgehalt einiger Postulate zu erklären. Künftig wollte man jedoch auf offene Parteiversammlungen verzichten und stattdessen Gespräche und Diskussionen in den Parteigruppen und kleineren Mitarbeiterkollektiven organisieren.²¹⁸

Die manipulierten Verpflichtungen der Röhrenfabrik und die Nachrichten über das misslungene Warschauer Treffen der Szczeciner Delegation vom 19. Januar verschärfte die Situation zusätzlich und führten am 21. Januar zum Ausbruch des Streiks. Auslöser war ein Aufruf von Bogdan Gołaszewski aus der Röhrenfabrik, der die Belegschaft der Warski-Werft aufforderte, die Arbeit als Zeichen des Protestes gegen die Verkündung der Verpflichtungen in der Presse niederzulegen. Gegen 12.00 Uhr wurde auf einer Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude beschlossen, in den Streik zu treten und Forderungen zu formulieren. Vom Betriebsdirektor Tadeusz Cenkiem verlangte man, dass in der Presse eine Korrektur der falschen Meldung erscheinen solle. Obwohl dieser das versprach, beruhigte sich die Situation nicht. Die Streikenden wählten ein aus 38 Personen bestehendes Komitee, an dessen

214 Ignacy Loga-Sowiński, der seit November 1956 an der Spitze des Zentralrats der Gewerkschaften stand, wurde aber kurz danach, am 15. Januar 1971 auf dem Plenum des CRZZ durch Władysław Kruczek (1910–2003), seit Dezember 1956 1. Wojewodschaftssekretär der PZPR in Rzeszów und seit dem V. Parteitag Politbüromitglied, abgelöst. Kruczek übte die CRZZ-Funktion bis Februar 1980 aus und gehörte dem Politbüro bis Dezember 1980 an.

215 Abgedr. in: *Postulaty 1970–71 i 1980*, S. 77–84.

216 Vgl. ebd., S. 85f., hier 85.

217 Abgedr. in: ebd., S. 87–102, hier 91.

218 Protokoll Nr. 30 der Sitzung des Sekretariats des ZK der PZPR vom 20. Januar 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 15, S. 138–140, hier 138f.

Spitze Edmund Bałuka stand. Er wie auch seine beiden Stellvertreter Adam Ulfik und Zdzisław Andrzejczak waren parteilos. Am Streik beteiligten sich etwa 30% der Belegschaft, das waren weniger als im Dezember 1970. Bei ihnen handelte es sich überwiegend um junge Beschäftigte mit kurzer Betriebszugehörigkeit. Um zu verhindern, dass Betriebsangehörige die Werft verlassen, umstellten junge Arbeiter den Ausgang der Werft.²¹⁹

Am 23. Januar nahmen die Streikenden sechs Forderungen an, die vor allem innerbetriebliche Akzente setzten, aber „in bedeutend höherem Grade politischen Charakter“²²⁰ trugen als die Postulate vom Dezember. Die Forderungen, die durch Flugblätter in der Stadt verbreitet wurden, beinhalteten u.a., die falsche Information über die Verpflichtungen der Röhrenfabrik zu korrigieren und die Schuldigen dafür zu bestrafen sowie Neuwahlen zu den Abteilungs- und Betriebsorganen von Partei, Gewerkschaften, Jugendorganisation und Betriebsräten am 23. bzw. 24. Januar 1971 durchzuführen. Diese sollten dann die Forderungen vom Dezember 1970 durchsetzen.²²¹

Am 23. Januar breitete sich der Ausstand weiter aus, so dass sich an diesem Tag 23 Betriebe Szczecins im Streik befanden. Paczkowski spricht sogar von einem Generalstreik, der die Stadt paralyisiert hätte.²²² Ursache dafür war vor allem, dass sich die städtischen Verkehrsbetriebe dem Streik anschlossen. Die Forderungen in den anderen Betrieben trugen vor allem ökonomischen und sozialen Charakter und waren wegen mangelnder Koordination manchmal widersprüchlich. So verlangten die Mitarbeiter der Zucker- und Schokoladenfabrik „Gryf“ die Steuern auf Auszeichnungen abzuschaffen, während man sie im Kraftwerk auf alle Beschäftigten ausdehnen wollte.²²³

Die Wojewodschaftsorgane von Partei und Staat reagierten ähnlich aggressiv wie im Dezember 1970. Der Streik in der Warski-Werft sei durch Aufwiegler hervorgerufen worden und trage antisozialistischen Charakter, hieß es. Eine Minderheit von Werftarbeitern terrorisiere die Mehrheit und zwingt sie gegen ihren Willen, in der Werft zu verbleiben. Erneut entschied man sich, den Streik gewaltsam zu beenden. Die Werft wurde am 22. Januar von einem Milizkordon umgeben und die Lebensmittelversorgung unterbrochen. Die Streikenden sollten isoliert werden. Um das zu befördern, verbreiteten die Wojewodschaftsorgane ein Flugblatt, in dem sie den Organisatoren demagogische und unrealen Forderungen vorwarfen und sich auf den Patriotismus der Streikenden sowie die Gefahr des „westdeutschen Revisionismus“ beriefen. Normale Arbeit für das Wohl des Landes sei die einzige Methode, das Programm der neuen Führung um Gierek umzusetzen. Anders als im Dezember nahm auch die Werftverwaltung eine ablehnende Haltung gegenüber den Streikenden ein. Mit Unterstützung der Verwaltung begannen die Wojewodschaftsorgane eine Propagandaoffensive gegen das Streikkomitee, warfen Flugblätter über der Werft ab und sprachen durch die Lautsprecher der Sicherheitskräfte.

Infolge der unterbrochenen Versorgung machte sich schon in den Nachtstunden des 22. Januar ein Mangel an Lebensmitteln bemerkbar. Deshalb wandte sich das Streikkomitee am nächsten Tag in einem Flugblatt mit der Bitte um Unterstützung an die Familien der Werft-

219 Vgl. v.a. Głowacki, Kryzys, S. 216f.

220 Eisler, Grudzień, S. 350.

221 Abgedr. in: Postulaty 1970-71, S. 108f., s.a. Głowacki, Kryzys, S. 218f.

222 Paczkowski, Strajki, S. 91.

223 Głowacki, Kryzys, S. 218f.

arbeiter. Am 24. Januar früh gelang es, den Milizkordon zu durchbrechen und Lebensmittel in die Werft zu bringen.²²⁴

Bereits am Abend des 23. Januar hatte das Streikkomitee beschlossen, einen offenen Brief an PZPR-Chef Edward Gierek zu senden, in dem es versicherte, dass die Belegschaft immer für den Sozialismus gewesen sei und weiterhin ist. Man wolle Gierek und Jaroszewicz unterstützen.²²⁵ Aber die Erneuerung des Landes träfe auf unterer Ebene auf viele Widerstände. Diejenigen, die gegen die Erneuerung wären, hätten den Streik provoziert und müssten bestraft werden.²²⁶ Der Brief wurde telefonisch nach Warschau übermittelt, am 24. Januar um 8.00 Uhr erhielt das Streikkomitee der Warski-Werft die Eingangsbestätigung.²²⁷

Unterschiedlich sind die Aussagen darüber, ob der Brief die Forderung beinhaltete, Gierek und Jaroszewicz sollten in die Werft kommen. Jerzy Eisler, der jedoch nicht angibt, in welchem Dokument dieses Verlangen enthalten war, schreibt, dass die Streikenden der Warski-Werft diese Forderung erhoben hätten, wenn auch nicht von Anfang an.²²⁸ Nach Głowacki dagegen, der auf sich Mieczysław F. Rakowski stützt,²²⁹ gab es im Brief diese Forderung nicht, sie sei „später für Propagandaziele verbreitet“ worden.²³⁰

Die grundsätzliche Entscheidung, ein Treffen von Gierek und Jaroszewicz mit Delegierten der Werftabteilungen und im Weiteren dann auch mit Vertretern anderer Betriebe durchzuführen, fiel am 23. Januar. Diesen Beschluss fasste das Sekretariat des ZK in Anwesenheit des 1. PZPR-Sekretärs und des Ministerpräsidenten auf Antrag von Gierek, nachdem das Gremium einen Bericht von ZK-Sekretär Jan Szydłak (1925–1997) über die Lage in Szczecin gehört hatte. An dem Treffen sollten auch die Direktoren, Abteilungsleiter, Sekretäre der Abteilungs- und Betriebsparteiorganisationen sowie die Vorsitzenden der Betriebs- und der Arbeiterräte teilnehmen. Ein ähnliches Treffen wollte man dann auch in Gdańsk durchführen. Für die Treffen war ein Gesprächsmaterial vorzubereiten, das sich auf die Forderungen

224 Vgl. ebd., S. 222–225, 227.

225 Diese Unterstützungserklärung enthielten auch schon die sechs Streikforderungen der Werft vom 22.1. Vgl. *Postulaty 1970–71*, S. 108.

226 Vgl. Głowacki, Kryzys, S. 225.

227 Ebd.

228 Vgl. Eisler, *Grudzień*, S. 350. Möglicherweise sind bei ihm erst die Forderungen, die bei den Treffen selbst verlesen wurden, gemeint, denn dort ist dies enthalten. Bei Janusz Rolicki: *Edward Gierek. Życie i narodziny legendy* [Leben und Geburt einer Legende], Warszawa 2002, S. 180, ist explizit von dieser Forderung im Brief die Rede.

229 Rakowski: *Przesilenie grudniowe*, S. 98f., zitiert ausführlich aus dem Brief, allerdings ohne Quellenangabe.

230 Głowacki, Kryzys, S. 225. Głowacki gibt an, dass am 23.1. um 23.00 durch Lautsprecher ein Kommuniqué des 1. Sekretärs des PZPR-Wojewodschaftskomitees, Eugeniusz Olubek, und des Vorsitzenden des Präsidiums des Wojewodschaftsnationalrates, M. Łempicki, verbreitet worden wäre, dass Gierek und Jaroszewicz „auf Einladung der Belegschaften der Szczeciner Produktionsbetriebe“ beschlossen hätten, sich mit Belegschaftsvertretern in den nächsten Tagen zu treffen, zu diesem Zweck sollte eine Delegation gewählt werden. Bedingung für das Treffen sei eine Beendigung des Streiks, was das Streikkomitee ohne Erfüllung der Forderungen ablehnte. (Vgl. ebd., S. 225f.). Vielleicht liegt in diesem Kommuniqué der Ausgangspunkt für die Annahme, der Brief hätte die Forderung enthalten, dass Gierek und Jaroszewicz kommen sollten, sollte der Brief tatsächlich nicht dieses Verlangen beinhaltet haben.

der Betriebsbelegschaften an der Küste stützen sollte. Die 1. Wojewodschaftssekretäre waren über den Beschluss zu informieren.²³¹

Alles dies, die Art der Vorbereitung ebenso wie die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, ließ erkennen, dass es sich um eine Veranstaltung von der Art handeln sollte, wie sie seit Wochen schon mehrfach stattgefunden hatten. Das Protokoll enthält keinen Hinweis auf den Zeitpunkt der geplanten Zusammenkunft, auch nicht, ob der Brief der Werftarbeiter bereits bekannt war. Nichts deutet jedoch darauf hin, dass es zu dem Treffen schon am nächsten Tag kommen würde – und das unter ganz anderen Umständen, als es sich die PZPR-Führung vorgestellt hatte.

Jedenfalls fiel, möglicherweise auch als Reaktion auf den Brief der Werftarbeiter, spätestens in den Vormittagstunden des 24. Januar in Warschau die Entscheidung, dass Gierek und Jaroszewicz sofort nach Szczecin reisen sollten. Innenminister Szlachcic teilt dazu in seinen Erinnerungen mit, er sei wenige Minuten nach 9.00 Uhr in Giereks Wohnung gewesen. Der 1. PZPR-Sekretär hätte in Szczecin angerufen und mit dem 1. Wojewodschaftssekretär telefoniert. Dieser habe Gierek beruhigt und versichert, dass die Werktätigen die neue Führung von Partei und Regierung unterstützen würden und lediglich eine kleine Gruppe von Aufwieglern unzufrieden sei. Einen Moment später habe Leonid Breschnew angerufen. „Weil er etwas taub war“, so Szlachcic, „sprach er laut, also hörte ich fast alles. Aus seinen Worten ging hervor, dass er über die Situation in Szczecin gut orientiert ist. Er beruhigte und warnte vor Gewaltanwendung. Nach diesem Gespräch fühlte sich Gierek sicherer. Wir sprachen noch einen Moment und legten fest, dass es das Beste sein wird, wenn wir uns nach Szczecin begeben.“ Anschließend sei Premier Jaroszewicz angerufen worden, der mit der Reise „ohne Schwankungen einverstanden“ gewesen sei.²³²

Auch der Innenminister gehörte der Delegation an, die am selben Tag nach Szczecin abflog. Laut Szlachcic wurde erst im Flugzeug „die Idee zu einem Treffen mit den Streikenden in der Werft geboren“.²³³ Während sich Gierek, Jaroszewicz und Verteidigungsminister Jaruzelski in das PZPR-Wojewodschaftskomitee begaben, fuhr Szlachcic direkt in die Werft, um mit dem Streikkomitee das Treffen auszuhandeln. Als er diesem seinen Auftrag mitgeteilt habe, schreibt er in seinen Erinnerungen, „stand hinter einem Tisch ein Mann mittleren Wuchses und auch solchen Alters auf und schlug vor, dass ich einen Moment hinausgehe, damit sie sich beraten. Ich fragte, wer er ist. Er stellte sich als Edmund Bałuka, Vorsitzender des Streikkomitees, vor. Ich antwortete ihm: ‚Es gibt nichts zu beraten, ich gehe nicht raus, wir werden sofort Form und Bedingungen des Treffens festlegen‘. Bałuka beharrte darauf, aber einige Mitglieder des Komitees stimmten meinem Vorschlag zu. Zum Zeichen, dass ich nicht die Absicht habe rauszugehen, setzte ich mich an den Tisch.“²³⁴ Schließlich wurde vereinbart, dass ein Treffen mit einer Delegation von Werftarbeitern aus

231 Protokoll Nr. 31 der Sitzung des Sekretariats des ZK der PZPR vom 23. Januar 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 16, S. 140f.

232 Vgl. Szlachcic, *Gorzki smak*, S. 158. Szlachcic irrt sich wohl allerdings im Datum, denn er gibt den 23.1. an, es muss sich aber um den 24. gehandelt haben. Szlachcic verweist auch auf Meinungsverschiedenheiten im Zentralkomitee darüber, wie der Konflikt in Szczecin zu lösen sei. Vgl. ebd., S. 159.

233 Ebd., S. 160.

234 Ebd., S. 161. Ähnlich erinnert sich Edmund Bałuka an das Ergebnis der Verhandlung, ohne allerdings aus seiner negativen Einschätzung von Szlachcic einen Hehl zu machen. Vgl. *Grudzień (Paris)*, S. 502f.

allen Abteilungen stattfinden solle. Für dessen Vorbereitung wurden etwa zwei Stunden angesetzt und Gierek und seine Begleitung darüber informiert.

Die Ankunft des PZPR-Chefs in Szczecin brachte das Streikkomitee in Zugzwang. Die bereits mehrfach geänderten Streikforderungen wurden erneut überarbeitet.²³⁵ Gierek, der sich unterdessen im Wojewodschaftskomitee der Partei aufhielt, wartete jedoch nicht ab, sondern kam schon früher als vereinbart in die Werft. Zu seinem dortigen Eintreffen äußerte er sich rückblickend: „Wir führen in einigen Autos zum Tor der Warski-Werft. Das war geschlossen, nur im Wind flatterten Fahnen. Ich ging zur Wache. Dort standen einige mit Ketten, Knüppeln und Brechstangen bewaffnete Werftarbeiter. Als sie uns sahen, kamen sie zu uns, sehr deutlich feindselig eingestellt. Einer fragte: ‚Was wollt ihr? Wer seid ihr?‘ Als ich antwortete: ‚Edward Gierek, erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei‘, brachte sie das deutlich in Verlegenheit. Einige liefen sofort zur Wache hin, um mit den Streikchefs zu telefonieren und zu fragen, was sie mit solchen Gästen machen sollen. Nach zehn Minuten öffneten sie die Tore [...] Im Direktionsgebäude, wo das Streikkomitee amtierte, waren nicht allzu viele Personen. Mit den ersten Worten setzte ich die Diensthabenden in Kenntnis, dass sich der Premier und ich mit dem ganzen Streikkomitee und den Streikenden treffen wollen. Wir wurden in den großen Konferenzsaal gebracht und gebeten, dass wir geduldig warten, bis die Menschen kommen. Das dauerte reichlich lange, nicht weniger als eineinhalb Stunden.“²³⁶

Das Treffen der Werftdelegierten mit Gierek, Jaroszewicz und den anderen Partei- und Regierungsvertretern begann gegen 18.00 Uhr im Hauptkulturraum, der Betriebsfunk übertrug es in der ganzen Werft. Im Präsidium, dem Werftdirektor Cenkiem vorsah, war seitens der Streikenden nur der Komiteevorsitzende Edmund Bałuka vertreten.²³⁷ Zu Beginn trug Bałuka die nunmehr zwölf Forderungen des Streikkomitees vor. An ihrer Spitze stand jetzt, die Lebensmittelpreise auf das Niveau vor der Erhöhung vom Dezember 1970 zu senken. Auch gehörte zu den Forderungen nunmehr, dass Gierek und Jaroszewicz mit dem Ziel kommen sollten, „einen unmittelbaren ständigen Dialog mit den Vertretern der Arbeiter, das ist mit den Streikkomitees, anzuknüpfen“. Angesichts des erneuten Einsatzes von Sicherheitskräften verlangte das Streikkomitee, „die Schikanierung, Einschüchterung und Verhaftungen von Mitarbeitern, die am Streik teilnahmen, sofort einzustellen“. Den Forderungskatalog schloss der Satz ab: „Streik ist kein Verbrechen, denn er ist nirgendwo verboten.“²³⁸

Nach Bałuka nahm Parteichef Edward Gierek zu einer längeren Rede das Wort.²³⁹ Er ging zunächst auf die Ursachen für die schwierige Lage im Land ein und belastete den früheren Parteichef Władysław Gomułka. Gierek verwies auf die gerade erfolgten Erhöhungen

235 Głowacki, Kryzys, S. 219f.

236 Rolicki/Gierek, Przerwana dekada, S. 76. Zur Ankunft von Gierek aus seiner Sicht vgl. auch Bałuka, S. 504f. Szlachcic schreibt, er habe Edward Gierek gefragt, warum er nicht gewartet habe. Darauf habe dieser „erregt“ erklärt: „Ich werde nicht warten, niemand wird mir befehlen und bestimmen, wann und mit wem ich mich treffe.“ Gorzki smak, S. 161. Vgl. auch Głowacki, Kryzys, S. 228f.

237 Das Treffen wurde auch auf Tonbändern aufgenommen, einige davon gelangten in den Westen und wurden 1971 publiziert. Abgedr. in: Rewolta Szczecińska, S. 25–147. Ausführlich dazu s.a. Głowacki, Kryzys, S. 229–235.

238 Rewolta Szczecińska, S. 26f.

239 Vgl. ebd., S. 27–49.

bei Löhnen, Renten und Familienbeihilfen, deren tatsächliches Ausmaß er mit 8,4 Mrd. Złoty und damit erheblich größer angab, als im Beschluss vom 30. Dezember vorgesehen war. Darüber hinaus gäbe es keinerlei Reserven für ein schnelleres Wachstum des Lebensstandards. Um Vertrauen zu gewinnen, berief sich Gierek auf seine Herkunft: „Ich bin dasselbe wie ihr, ein Arbeiter. Ich habe achtzehn Jahre auf der Grube gearbeitet, untertage, und – wisst ihr – man muss mich nicht das Verständnis für die Probleme der Arbeiterklasse lehren.“²⁴⁰

Ausführlich äußerte sich der 1. PZPR-Sekretär zu den Forderungen der Streikenden, besonders jener nach Rücknahme der Preiserhöhung und lehnte dies – auch im Hinblick auf das durch die neue Führung schon Geleistete – ab: „Denn wenn wir, Genossen, zum Beispiel die Löhne erhöhen werden und wir nicht eine ausreichende Menge an Warenmasse auf dem Markt haben werden, dann wird es so sein, dass es Geld gibt, nur man wird für dieses Geld nichts kaufen können. Und es wird Inflation sein, es wird ein Zusammenbruch sein. [...] Und daher sage ich: Es gibt keine Möglichkeit, zu den Preisen für Lebensmittel vom 12. Dezember des Jahres 1970 zurückzukehren. Das ist die Antwort auf die erste Frage. [...] (*Zornige Bewegung im Saal*) Wartet! Wartet! [...] Ihr könnt mit mir nicht einverstanden sein, aber ich lege euch das Herz auf den Teller und sage euch, dass es keine Rückkehr gibt, es gibt keine Rückkehr! Und Arbeit – bitte sehr! Je mehr ihr, Genossen, geben werdet, umso mehr wird zur Verteilung da sein.“²⁴¹

Bei den übrigen Forderungen erklärte sich Gierek mit der sofortigen Wahl neuer Organe bei den Partei-, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen sowie der Arbeiterräte wie auch mit der Schaffung einer Arbeiterkommission einverstanden, die bis zu diesen Neuwahlen arbeiten sollte. Er akzeptierte auch das Verlangen, die Streikzeit zu bezahlen, allerdings unter der Bedingung, dass der Plan erfüllt wird. Gierek sicherte zudem zu, dass die Organisatoren und Teilnehmer am Streik keine Konsequenzen tragen sollten. Nach längerer kontroverser Diskussion stimmte er auch zu, dass die falsche Information über die Verpflichtung der Röhrenfabrik korrigiert wird, lehnte es aber ab, jemanden dafür zu bestrafen.²⁴²

Außer Gierek ergriffen Ministerpräsident Jaroszewicz, Innenminister Szlachcic und Verteidigungsminister Jaruzelski das Wort.²⁴³ Jaroszewicz ging mit vielen Einzelheiten, speziell zur Versorgung, auf die schwierige wirtschaftliche Situation des Landes ein. Auch er sprach sich nachdrücklich gegen die Rücknahme der Preiserhöhung vom Dezember zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus. „Wir können anfangen, Geld zu drucken, aber wenn wir das machen würden, desorganisieren wir den Markt und öffnen der Spekulation den Weg. [...] Und wenn das Land normal arbeiten wird, und wenn es im Jahre 1971 eine gute Ernte geben wird – wissen wir, was man senken muss. Aber wir senken dann, wenn wir dafür die Mittel haben werden.“²⁴⁴ Jaroszewicz appellierte an die staatsbürgerliche Verantwortung der Werftarbeiter. Sie sollten bei den Forderungen „auf das ganze Land, auf die ganze Arbeiterklasse, auf alle Werktätigen“ blicken, daran denken „dass andere auch Postulate haben, und richtige, begründete Postulate“. Alle müssten gemeinsam an Lösungen arbeiten, um die Handlungs-

240 Ebd., S. 32.

241 Ebd., S. 39f.

242 Ebd., S. 40–48, s.a. Głowacki, Kryzys, S. 233f.

243 Vgl. ebd., S. 49–60 (Jaroszewicz), S. 130–134 (Szlachcic) und S. 134–140 (Jaruzelski).

244 Ebd., S. 51.

spielräume zu vergrößern. Die neue Führung habe keine Angst davor, „ein Programm zur Lösung der sozialen und existentiellen Probleme aufzustellen. Dieses Programm stellen wir auf, aber nicht auf Schwindel und nicht als Sophisten! Umso mehr müssen wir Realisten bei der Verwirklichung dieses Programms sein, denn wenn wir aufhören würden, Realisten zu sein, und wenn wir euch viel versprechen würden, wenn wir euch zur Aufblähung der Bedürfnisse mobilisieren würden, würden wir euer Vertrauen verlieren.“²⁴⁵

In der Diskussion äußerten sich die Werftarbeiter mit „viel Groll“.²⁴⁶ Sie forderten Preissenkungen oder Lohnerhöhungen, sprachen über ihre Verdienste und Normen, wiesen detailliert auf Missstände hin. Teils mit drastischen Worten beschrieben sie ihre soziale Not wie der Delegierte der Abteilung K-4, in der die Schiffsrümpfe gefertigt wurden: „Als Hilfsarbeiter verdiente ich proportional das gleiche Geld wie heute, nach zehn Jahren. Aber obendrein sind alle Bleche jetzt gestrichen, und das ist gesundheitsschädliche Arbeit. Heute ist jeder zweite Rumpfarbeiter blind, taub, hat Rheumatismus, Staublunge, und das für dieses kümmerliche Geld. Ein Hilfsarbeiter verdient heute 1.800–2.000 Złoty. Rechnen wir die Ausgaben ab. In einer fünfköpfigen Familie: zum Frühstück für jeden ein Brötchen mit Wasser, das sind zwei Złoty, zum Abendessen das gleiche – vier Złoty. Das billigste Mittagessen zwölf Złoty pro Person – 60 Złoty, automatisch 64 Złoty täglich.“ Das bedeute Ausgaben von etwa 1.800 bis 1.900 Złoty monatlich „allein für ein solches Leben“. Angesichts der Schwere der Arbeit müsse man sich aber richtig ernähren können, sonst sei „nach 15 Jahren dann wirklich der Sarg vorbereitet.“²⁴⁷ Mehrere Delegierte brachten jedoch auch ihre Unterstützung für Gierek zum Ausdruck, man müsse ihm eine Chance geben, und sie sprachen sich für einen Abbruch des Streiks aus.²⁴⁸

Letztlich beschlossen die Streikenden nach Beratungen in den Betriebsabteilungen, den Ausstand vorläufig zu beenden. Dem folgte auch der Vertreter der Röhrenfabrik, machte aber deutlich, dass die Abteilung dies nur unter dem Druck der Umstände tat: „Genosse Gierek, Genosse Jaroszewicz! Ihr Auftreten überzeugte die Belegschaft unserer Abteilung nicht! Wir unterbrechen den Streik nicht aus Überzeugung, sondern deshalb, weil ihn alle unterbrechen!“²⁴⁹ Damit konnte Gierek in Szczecin einen Erfolg verbuchen. Zum Abschluss ehrten die Anwesenden auf Antrag eines Werftarbeiters die im Dezember Getöteten mit einer Schweigeminute. Das Treffen, erstmalig in seiner Art in der Geschichte Polens, endete nach mehr als neun Stunden zwischen drei und vier Uhr am Morgen des 25. Januar.²⁵⁰

Nach der Versammlung in der Werft traf sich die Delegation aus Warschau noch mit den Verantwortlichen von Stadt und Wojewodschaft.²⁵¹ Gierek informierte über die Veranstaltung mit den Werftarbeitern. Für Kazimierz Barcikowski (1927–2007), seit Dezember 1970 ZK-Sekretär, war es die „beste Rede“, die er je von Gierek gehört habe.²⁵² Der damalige Innenminister Szlachcic gibt die Atmosphäre der Zusammenkunft wieder: „Niemand aus

245 Ebd., S. 54.

246 Głowacki, Kryzys, S. 231.

247 Rewolta Szczecińska, S. 74.

248 So etwa der Delegierte der Abteilung K-3. Vgl. ebd., S. 72.

249 Ebd., S. 125.

250 Głowacki, Kryzys, S. 232f., 243f.

251 Knapp beschrieben bei Szlachcic, Gorzki smak, S. 164, sowie Kazimierz Barcikowski: U szczytów władzy [Auf den Gipfeln der Macht], Warszawa 1998, S. 15.

252 Barcikowski, U szczytów, S. 15.

dem Saal fragte, und niemand ergriff das Wort. Wir schwiegen einen Moment. Der Sekretär des KW [Komitet Wojewódzki, Wojewodschaftskomitee] dankte den Versammelten, und das Treffen endete. Vielleicht irre ich mich, aber ich gewann nicht den Eindruck, dass sie über den Verlauf der Sache entzückt waren. Ich bemühte mich, sie zu verstehen. Noch bis gestern waren die Streikenden Unruhestifter, beinahe Feinde, und heute kommen die obersten Machtinhaber zu ihnen, verhandeln, rechtfertigen sich und bitten. Das gab es noch nicht. Wir waren Gefangene unserer langjährigen Propaganda. Jahrelang hatten wir verkündet, dass jeglicher Widerstand gegen die Macht eine feindliche Tätigkeit ist. Mit Feinden verhandelt man nicht, der Feind muss sich ergeben oder umkommen, in diesem Kampf gibt es keine Kompromisse, und Zugeständnisse sind ein Ausdruck von Schwäche und Opportunismus.²⁵³ Angesichts einer solchen Wahrnehmung kam, das was in Szczecin geschehen war, einer Zäsur im politischen Wertehaushalt der PRL gleich.

Von Szczecin aus fuhren Parteichef Gierek und seine Begleitung sofort nach Gdańsk, wo ebenfalls ein Treffen mit Arbeitern stattfand, diesmal jedoch schon nicht mehr im Betrieb, sondern im Saal des Nationalrates und unter Leitung des 1. PZPR-Sekretärs der Wojewodschaft Alojzy Karkoszka.²⁵⁴ Dennoch verlief die Veranstaltung, wie Szlachcic als Teilnehmer einschätzt, „stürmisch, die Kritik (war) noch schärfer, sogar brutal.“²⁵⁵ Ähnlich bewertet Eisler, dass es für Gierek und Jaroszewicz in Gdańsk wohl noch schwieriger gewesen sei, die Akzeptanz der Arbeiter zu erreichen.²⁵⁶

Zum Schluss seiner Rede stellte Gierek die seither viel zitierte Frage: „Nun, helft ihr?“²⁵⁷ Die Reaktion darauf wird unterschiedlich beschrieben. Nach Paczkowski hörte Gierek darauf „die zustimmende, wenn auch wenig enthusiastische Antwort: ‚Wir helfen!‘“²⁵⁸ Eisler hingegen nennt dies „eine der größten Mystifikationen in der ganzen Geschichte der PRL“. Sogar viele Teilnehmer des Treffens würden zwar meinen, dass ihm so im Chor geantwortet wurde. Aber: „Davon, dass in Wirklichkeit nichts dergleichen stattfand, kann man sich überzeugen, indem man den Archivfilm der Werft ansieht und die Tonbandaufzeichnung anhört. Es widerhallte nur gemäßigter Beifall.“²⁵⁹ Wie weit dieser Beifall als bewusste Antwort zu bewerten ist, schreibt Eisler allerdings nicht. Klar ist jedoch, dass die Zustimmung zu Giereks rhetorischer Frage keineswegs so enthusiastisch ausfiel, wie später in der Propaganda behauptet und auch in Darstellungen beschrieben. Dennoch wurde das Treffen in Gdańsk zum „größten Erfolg“ Giereks und jenes „Fragment eines Dialogs [...] zum ersten Schlagwort der beginnenden Dekade.“²⁶⁰

Das Auftreten Giereks in Szczecin und Gdańsk am 24. und 25. Januar 1971 wurde propagandistisch nach Kräften ausgeschlachtet. Tagelang berichteten und kommentierten die

253 Szlachcic, *Gorzki smak*, S. 164.

254 Vgl. zu dieser Zusammenkunft die kurze Wiedergabe in: *Grudzień* (Paris), S. 104–108.

255 Szlachcic, *Gorzki smak*, S. 166.

256 Eisler, *Grudzień*, S. 350.

257 *Grudzień* (Paris), S. 108.

258 Paczkowski, *Pół wieku*, S. 397.

259 Eisler, *Grudzień*, S. 350f.

260 Paczkowski, *Pół wieku*, S. 397. Głowacki schreibt ähnlich dazu: „Diese Losung machte kolossale Furore und brach auf diese Weise die Stimmungen an der Küste.“ Kryzys, S. 236.

„Trybuna Ludu“ und die Lokalpresse das Ereignis.²⁶¹ Als „positiv“ schätzte auch das PZPR-Politbüro auf seiner Sitzung am 26. Januar 1971 dessen Verlauf und Ergebnisse ein.²⁶²

Am 29. Januar veröffentlichte „Głos Szczeciński“ dann auch die berichtigende Erklärung zu den Verpflichtungen der Röhrenfabrik.²⁶³ Wie auf dem Treffen mit Gierek vereinbart, fanden zudem in der Warski-Werft Neuwahlen zu den Betriebsorganisationen statt. Wie sie es erhofft hatten, gelangten viele Streikaktivisten in die neuen Gremien. Der Vorsitzende des Streikkomitees, Edmund Bałuka, wurde zum hauptamtlichen Sekretär des Betriebsrates gewählt.²⁶⁴ Die Wahlen begannen mit denen der PZPR am 30./31. Januar und endeten mit denen zum Betriebsrat am 14. Februar. Auch die Arbeiterkommission arbeitete noch bis zu diesem Tag.²⁶⁵ Doch die Streikwelle in Polen war damit noch nicht vorbei. In der Textilarbeiterstadt Łódź hatte sich ein neuer großer Streikherd herausgebildet.

7. Streik in Łódź

Am 11. Februar meldete das Innenministerium, die erste Schicht der Abteilung Abfallspinnerei in den Baumwollwerken „Julian Marchlewski“ habe nicht mit der Arbeit begonnen. Etwa um 14.00 Uhr unterbrachen dann rund 200 Beschäftigte der zweiten und 100 der ersten Schicht die Arbeit und forderten Lohnerhöhungen von 20 bis 25%. Auch die dritte

261 Siehe dazu u.a.: Communiqué der Polnischen Presseagentur über die Treffen in Szczecin und Gdańsk, sowie Kommentar des Chefredakteurs der Zeitung, Józef Barecki (1926–1999), in: Trybuna Ludu, 26.1.1971 bzw. 28.1.1971 (beide abgedr. in: Rewolta Szczecińska, Anhang Nr. 13 und 14, S. 228–232) sowie weitere Pressebeiträge in der „Trybuna Ludu“ vom 27., 29. und 30.1.; den Bericht über das Treffen in der Warski-Werft in „Głos Szczeciński“, 26.1.1971 (abgedr. in: Rewolta Szczecińska, Anhang Nr. 12, S. 224–227) und den redaktionellen Kommentar in derselben Zeitung vom 28.1.1971 (abgedr. in: ebd., Anhang Nr. 15, S. 234–236). Auch die Wochenzeitung „Polityka“ widmete sich den Treffen. vgl. den Artikel „Szczecin“ von Dariusz Fikus und Jerzy Urban in der Ausgabe vom 6.2.1971 (abgedr. in: ebd., Anhang Nr. 19, S. 265–271).

262 Vgl. Protokoll Nr. 28 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 26. Januar 1971, in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 17, S. 141–143, hier S. 142.

263 Abgedr. in: Rewolta Szczecińska, Anhang Nr. 16, S. 237.

264 Die Biographie Edmund Bałukas bündelt die Zeitereignisse in bemerkenswerter Dichte: 1933 in einer armen Bauernfamilie bei Krosno geboren, war er seit 1962 in der Szczeciner Werft tätig, zuerst als Kranführer, dann als Schlosser. Nach den Ereignissen von 1970/1971 wurde er Sekretär des Betriebsrates und übernahm auch die Funktion des Vorsitzenden des Bezirksvorstandes Szczecin der Metallarbeitergewerkschaft. Auf dem VIII. Gewerkschaftskongress im November 1972 stimmte er allein gegen das neue Statut. Daraufhin aus der Werft entlassen, verließ er Polen im März 1973. 1981 kehrte er zurück, wurde während des Kriegsrechts interniert und gerichtlich verurteilt. Obwohl er im August 1984 amnestiert wurde, lehnte die Werftleitung seine Wiedereinstellung ab. 1985 ging er deshalb erneut außer Landes und kehrte 1989 zurück. Eryk Kresucki: Unikajac szablonu. Wokół biografii Edmunda Bałuki [Eine Schablone vermeidend. Um die Biographie Edmund Bałukas], in: Gazeta Wyborcza. Online, Ausgabe Szczecin, 19.1.2007.

265 Vgl. Głowacki, Kryzys, S. 236, 238.

Schicht schloss sich der Arbeitsniederlegung an. Parteivertreter versuchten vergeblich, die Beschäftigten zu bewegen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.²⁶⁶

Wie es zum Streikausbruch kam, schilderte eine Arbeiterin später: „Alle gingen wir an diesem Tag unter die Uhr in der Mitte des Abteilungssaales der Abfallspinnerei, wo sich die Mitarbeiter gewöhnlich trafen. Wir wollten erfahren, wie die Verdienste sind. Ich las das Verzeichnis für den 15. Februar 1971 vor. Wir stellten fest, dass unsere Verdienste schon am 15. Dezember 1970, am 15. Januar 1971 und auch am 15. Februar 1971 gesenkt wurden. Um wie viel wussten wir noch nicht genau. Wir schätzten einfach um 200 bis 500 Zł. Sofort tauchten Stimmen auf, die Arbeit zu unterbrechen. Halten wir unsere Maschinen an, bis wir eine solche Bezahlung erhalten, wie sie uns für die Arbeit gebührt.“²⁶⁷

Ursache des Streiks war also die Befürchtung, einen erneuten Verdienstrückgang hinnehmen zu müssen. Nach der Preiserhöhung für Lebensmittel vom Dezember bedeuteten geringere Einkommen für viele Textilarbeiterinnen, dass sich ihre Situation weiter verschlimmern würde, verdienten sie doch ohnehin schon schlecht.²⁶⁸ Zu den „bejammernswerten“ Lebensbedingungen der Textilarbeiter, unter denen es besonders viele Frauen gab, notierte Mieczysław F. Rakowski am 13. Februar anlässlich des Streiks in seinem „Politischen Tagebuch“: „Ich erinnere mich an meinen Aufenthalt in Łódź [...] am Ende des vorigen Jahres. Damals erzählten mir die Genossen vom KD [Komitet Dzielnicowy, Stadtbezirkskomitee] von der fatalen Situation der Arbeiter von Łódź, unter anderem davon, dass es Arbeiterinnen gibt, die durch Prostitution zuverdienen. Gott!“²⁶⁹

Unter dem Eindruck einer durch das Fernsehen verbreiteten Information über eine angebliche Lohnerhöhung für die Werftarbeiter verlangten die Textilarbeiter nun für sich eine Anhebung ihres Lohnes um 20%, aber auch eine transparente Art und Weise der Verdienstfestsetzung, eine gerechte Berechnung des Urlaubsgeldes und eine ehrliche Verteilung der Exportprämie. Wenig später kamen Forderungen auf wie die, zu den alten Preisen zurückzukehren, die Verantwortlichen für die Dezemberereignisse zu bestrafen und die Einkommen der Minister zu senken.²⁷⁰

Der Streik in Łódź weitete sich über die Marchlewski-Werke hinaus rasch auf die Mehrheit der Baumwollbetriebe aus. Es wird geschätzt, dass am 12. Februar 10.000 bis 12.000 Menschen die Arbeit niedergelegt hatten. 80% von ihnen waren Frauen. Nur noch drei Baumwollfabriken arbeiteten, und auch in diesen gab es Stimmen, sich den anderen anzuschließen.²⁷¹ Organisierte Streikstrukturen entstanden in Łódź allerdings nicht, es gab keine formellen Streikkomitees, sondern spontan traten Streikführer hervor. Allein im Baumwoll-

266 Vgl. die Information über die aktuelle Situation in Polen vom 11. Februar 1971. Geheim, in: Grudzień 1970 w dokumentach MSW, Nr. 36, S. 148–150, hier 148. Am Vormittag desselben Tages streikten auch Mitarbeiter der Schuhwerke und der Gummifabrik „Stomil“ der Stadt. Vgl. Krzysztof Lesiakowski: Strajki robotnicze w Łodzi w latach 1957–1980 [Die Arbeiterstreiks in Łódź in den Jahren 1957–1980], in: ders. (Hg.): Opozycja i opór społeczny w Łodzi 1956–1981 [Opposition und gesellschaftlicher Widerstand in Łódź 1956–1981], Warszawa 2003, S. 30–41, hier 33.

267 Die Spulerin Cz. A., in: Grudzień (Paris), S. 549.

268 Vgl. Głowacki, Kryzys, S. 243.

269 Rakowski, Dzienniki 1969–1971, S. 361.

270 Vgl. Lesiakowski, Strajki, S. 33.

271 Ebd.; Głowacki, Kryzys, S. 244.

betrieb „Verteidiger des Friedens“ bestand eine elfköpfige Organisatorengruppe, die einige Aufgaben eines Streikkomitees ausfüllte.²⁷²

Noch am 12. Februar traf der Minister für Leichtindustrie, Tadeusz Kunicki (1927–1977), in Łódź ein. Ihm gegenüber verringerten die Arbeiter ihre Forderungen nach Lohnerhöhung auf zehn Prozent, verlangten dafür aber die Senkung der Preise für Fleisch und Fleischwaren sowie eine bessere Qualität und andere Verbrauchsnormen bei Arbeitskleidung. Da der Minister sich mit den Forderungen nicht einverstanden erklärte, setzten die Arbeiter den Ausstand fort. In Nacht vom 12. zum 13. Februar trafen die Textilarbeiter der Marchlewski-Werke mit dem seit einem knappen Monat amtierenden neuen CRZZ-Vorsitzenden Władysław Kruczek zusammen, doch auch diesem gelang es nicht, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Stattdessen schloss sich die ganze Belegschaft dem Streik an, und am Morgen des 13. Februar hatten über 3.000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt.²⁷³ Am selben Tag unterbrach die Belegschaft die Gespräche mit der Verwaltung des Betriebes und verlangte kategorisch, dass Gierek komme oder eine Lohnerhöhung um 250 Złoty. Da bisher ihre Forderungen nicht erfüllt worden waren, begannen Arbeiter mit Betriebsbesetzungen. Am folgenden Sonntag, dem 14. Februar, hielten aber nur die Beschäftigten der Marchlewski-Werke und die vom Werk „Verteidiger des Friedens“ die Besetzung aufrecht. Die Arbeiter der anderen Betriebe gingen nach Hause, kündigten aber an, den Streik am Montag wiederaufnehmen zu wollen.²⁷⁴

Angesichts der zugespitzten Lage, worüber die Medien aber bis dahin nicht berichtet hatten, befasste sich das PZPR-Politbüro am 13. Februar mit „Schlussfolgerungen, die sich aus der Situation in der Stadt Łódź im Zusammenhang mit Stillständen in Betrieben der Baumwollindustrie ergeben“. Wie ernst man die dortige Lage nahm, geht schon daraus hervor, dass Parteichef Gierek und Premier Jaroszewicz persönlich das Gremium informierten. Das Politbüro beschloss, ausschließlich „mit Hilfe der politischen Arbeit und der ökonomischen Mittel zu wirken“. Die Regierung wurde bevollmächtigt, für die Beschäftigten in der Baumwollindustrie den Lohnfonds um jährlich 200 bis 220 Mill. Złoty zu erhöhen, um den Lohnrückgang auszugleichen. Außerdem sollte eine Reserve von etwa 500 Mill. Złoty „für Lohnkorrekturen in begründeten Fällen“ geschaffen werden, darunter 200 bis 300 Mill. Złoty für die Leichtindustrie. In Łódź selbst wollte man am folgenden Tag ein Treffen mit dem Aktiv organisieren, zu dem das Politbüro u.a. Ministerpräsident Jaroszewicz entsandte.²⁷⁵

Diese Zusammenkunft des „Partei-, Gewerkschafts- und Jugendaktivs“ fand am 14. Februar von 13.00 bis 16.00 Uhr im „Teatr Wielki“ (Großes Theater) unter Beteiligung von 1.200 Arbeitern aus den 80 größten Betrieben statt.²⁷⁶ Doch ein „wahres Bild der Situation“²⁷⁷

272 Ebd., S. 246.

273 Vgl. ebd., S. 243f. Rakowski kommentierte die Zusammenkunft mit Kruczek mit drastischen Worten: „Während des Treffens von Kruczek mit den Textilarbeiterinnen hob eine von ihnen den Rock und zeigte ihm den nackten Hintern. So viel hatte der Chef der Gewerkschaften zu sagen.“ *Dzienniki 1969–1971*, S. 361.

274 Głowacki, Kryzys, S. 244.

275 Protokoll Nr. 34 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR und des Präsidiums der Regierung vom 13. Februar 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 22, S. 202f.

276 Vgl. Lesiakowski, Strajki, S. 33; Głowacki, Kryzys, S. 246.

erlangte die Delegation erst, als sie am Abend die Marchlewski-Werke und den Betrieb „Verteidiger des Friedens“ besuchte. Das Treffen mit den Arbeitern der Marchlewski-Werke begann um etwa 19.00 Uhr.²⁷⁸ Die Gespräche waren „sehr schwierig“.²⁷⁹ Viele Betriebsangehörige in Arbeitskleidung, vor allem Frauen, versammelten sich im Klubraum und in der angrenzenden Garderobe. Im Bericht des PZPR-Stadtkomitees über die Veranstaltung heißt es: „Es ist eng und drückend. Als die Gäste [...] auftauchen, singt der Saal: ‚Noch ist Polen nicht verloren‘.“²⁸⁰ Jaroszewicz hielt eine längere Rede und fragte schließlich offenbar angelehnt an das bereits in Gdańsk erprobte Modell: „Die Hauptsache ist eure Antwort: unterstützt ihr die neue Führung? Die Mehrheit im Saal schrie: Wir unterstützen!“ Doch auf die Frage nach der sofortigen Rückkehr zur Arbeit antworteten die Versammelten mit „Nein“ und forderten eine Erhöhung des Lohnes.

Bei dem Treffen legten die Arbeiter ihre schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen dar, sprachen darüber, dass in der Produktionshalle der Lärm mehr als 110 Dezibel erreiche, es eng und feucht sei und an den Wänden Wasser herunterlaufe. Sie beklagten die schlechte Arbeitsorganisation, das Fehlen von Ersatzteilen und Rohstoffen in entsprechender Qualität, sowie Lohnsdisproportionen zwischen Arbeitern und Angestellten. Die Diskussion verlief teils sehr emotional, wie die Schilderung einer Arbeiterin deutlich macht: „[...] ich möchte ruhig nach Hause zurückkehren, zu den Kindern. Es sind jedoch viele Sachen zu erledigen. Müssen bei uns so viele Leiter und Direktoren sein? Wenn man die Maschine reparieren muss, dann gibt es niemanden, die Motoren stehen in Flammen. Ich nehme 100 Zł für den Fleischer, kaufe ein halbes Kilo Fleisch, Blutwurst, und Geld ist nicht da (sie beginnt zu weinen, eine Reihe von Arbeiterinnen im Saal weint). Wenn ich schon keine Kraft mehr habe, gehe ich zu unserem Arzt, aber dort hat schon vorher der Leiter angerufen, dass er mir keine Befreiung gibt, denn er hat niemanden, der die Maschinen bedient. [...] Als eine Bekanntmachung aushängt, seine Kinder für das Ferienlager einzuschreiben, gehen wir sofort zum [Betriebs-]Rat. Es erweist sich, dass es schon keine Plätze mehr gibt, sie haben sie unter sich verteilt.“

Bei der abendlichen Zusammenkunft in den Marchlewski-Werken gelang es Jaroszewicz nicht, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Das Treffen endete ohne Vereinbarung und „in fataler Atmosphäre“.²⁸¹ Auch bei seinem Besuch in der Baumwollfabrik „Verteidiger des Friedens“ erreichte Jaroszewicz nichts. Józef Tejchma, Politbüromitglied und ZK-Sekretär, der an der Veranstaltung in den Marchlewski-Werken teilnahm, charakterisierte diese in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 15. Februar 1971 als „Hölle“. Es sei eine „Explosion der Unzufriedenheit, der Bitterkeit, der seit Jahren angestauten Fragen und Bedürfnisse“ gewesen. Als Jaroszewicz erklärt habe, die Situation in Polen würde von den Nachbarn mit Beunruhigung beobachtet, und Polen läge an einer bestimmten Stelle auf der Landkarte Europas, hätte jemand gerufen: „Die Karte ist zu ändern“. Die Veranstaltung sei

277 Lesiakowski, Strajki, S. 33.

278 Vgl. dazu v.a. Lesiakowski, Strajki, S. 34, der sich u.a. auf einen Bericht des PZPR-Stadtkomitees Łódź stützt.

279 Eisler, Grudzień, S. 360.

280 Zit. nach: Lesiakowski, Strajki, S. 34. Auch die folgende Wiedergabe und das Zitat entstammen diesem Bericht.

281 Lesiakowski, Strajki, S. 34.

ein „Gespräch ohne gegenseitige Kommunikation“ gewesen, urteilte Tejchma. Der studierte Historiker, der seit vielen Jahren erst als Jugend-, dann als Parteifunktionär tätig war, stellte in diesem Zusammenhang eine pessimistische Überlegung an: „Die Arbeiterklasse! Eine ein bisschen gebildete, aber gestaltlose Masse. [...] Ein Problem überfällt mich: Ganze Jahrzehnte wurde gesagt, dass die Arbeiterklasse führend ist, aber zugleich hat man ihr keine Stimme gegeben. Gegenwärtig explodiert die Klasse, doch ob als führende Klasse?“²⁸²

Angesichts der gescheiterten Gespräche mit der Regierungsdelegation setzten die Streikenden ihren Protest fort. Am folgenden Montag, dem 15. Februar, erreichte der Streik seinen Höhepunkt. Auch die letzten drei Baumwollfabriken sowie 17 Betriebe anderer Branchen, hauptsächlich der Woll-, Wirk- und Metallindustrie, legten nach und nach die Arbeit nieder.²⁸³ Streikten um 5.00 Uhr etwa 1.200 Arbeiter in zwei Betrieben, so waren es zwei Stunden später bereits mehr als 10.000 in elf, und um 19.00 Uhr waren 32 Fabriken mit über 20.000 Beschäftigten von dem Streik erfasst. Schätzungsweise beteiligten sich am 15. Februar insgesamt etwa 55.000 Arbeiter und damit etwa 60% der in den 32 Betrieben Beschäftigten am Streik.²⁸⁴

Die Situation eskalierte, als an diesem Tag unter den Arbeitern die Befürchtung laut wurde, der Streik werde durch die Staatsmacht niedergeschlagen. Gegen 19.00 Uhr versammelten sich vor dem Haupttor der Marchlewski-Werke 500 bis 1.000 Personen, hauptsächlich junge Leute.²⁸⁵ Teilweise unter Alkoholeinfluss stehend, begannen sie Autos und Straßenbahnen aufzuhalten und blockierten mit Abfallbehältern und Bänken aus dem nahen Park die Nachbarstraßen. Die Miliz zerstreute einen Teil der Menge, doch marschierten etwa 700 Protestierende in Richtung Stadtkomitee der PZPR. Die Miliz setzte jetzt zwei mit Tränengas und Wasserwerfern ausgerüstete Kompanien ein, um 23.00 kam es zum Zusammenstoß. Drei Milizionäre und eine unbekannte Zahl von Demonstranten wurden verletzt, 30 Personen festgenommen. Erst in der Nacht, etwa um 0.30 Uhr, kehrte Ruhe ein.²⁸⁶

Die Demonstranten erhielten jedoch keine Unterstützung von den Arbeitern, die ihren Betrieb besetzt hatten. Im Gegenteil, um 22.00 Uhr war in den Marchlewski-Werken die Beendigung des Streiks für Mitternacht angekündigt worden.²⁸⁷ In der Zwischenzeit hatte nämlich Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz im Fernsehen mitgeteilt, dass die Preiserhöhung vom Dezember 1970 zurückgenommen worden war. Auch durch ein PAP-Kommuniqué wurde diese Meldung verbreitet.²⁸⁸ Zu diesem Schritt hatte sich die PZPR-Führung gezwungen gesehen, nachdem ihre Bemühungen um die Beendigung des Streiks in Łódź erfolglos

282 Józef Tejchma: Odszedł Gomułka, przyszedł Gierek. Notatki z lat 1971–1973 [Gomułka ist gegangen, Gierek gekommen. Notizen aus den Jahren 1971–1973], Toruń 2006, S. 33f.

283 Vgl. ebd.

284 Vgl. Głowacki, Kryzys, S. 247; Eisler, Grudzień, S. 360; Lesiakowski, Strajki, S. 34.

285 Die Angaben schwanken in den verschiedenen Darstellungen.

286 Vgl. v.a. Eisler, Grudzień, S. 360f.; Głowacki, Kryzys, S. 247f.; Lesiakowski, Strajki, S. 34f.

287 Eisler, Grudzień, S. 361.

288 Vgl. Przemówienie telewizyjne premiera tow. P. Jaroszewicza [Fernsehrede des Premiers Gen. P. Jaroszewicz], sowie das Kommuniqué der PAP: Anulowanie grudniowej podwyżki cen mięsa i artykułów żywnościowych [Annullierung der Dezemberpreiserhöhung für Fleisch und Lebensmittel], beide in: Trybuna Ludu, 16.2.1971, S. 1. Das PAP-Kommuniqué ist auch abgedr. in: Rewolta Szczecińska, Anhang Nr. 20, S. 276.

geblieben waren. Piotr Jaroszewicz äußerte sich rückblickend dazu: „Vieles habe ich damals in dieser Nachtschicht erlebt und verstanden. Ich verstand auch, dass man entweder den Textilarbeitern die Löhne anheben muss, aber eine solche Variante hätte eine Lawine von Lohnforderungen nach sich gezogen, oder dass man rasch auf die im Dezember vorgenommene Preiserhöhung verzichten muss. Wir hatten keine Reserven für eine solche Entscheidung, ich glaubte jedoch, dass wir uns, wenn wir uns Lohnstreitigkeiten vom Halse schaffen, vorwärtsbewegen. Ich kehrte nach Warschau in der tiefen Überzeugung zurück, dass eine Veränderung der Wirtschaftsstrategie notwendig ist. Auf der Sitzung des Politbüros stellte ich den Antrag zur Rücknahme der Preiserhöhung. Ich erlangte Verständnis, Zustimmung und Unterstützung.“²⁸⁹

Die entsprechende Entscheidung trafen das PZPR-Politbüro und das Regierungspräsidium auf einer gemeinsamen Sitzung am 15. Februar.²⁹⁰ Da das Gremium sich gegen eine weitere Erhöhung des Lohnfonds aussprach, blieb ihm zur Beruhigung der Lage nur, die Preise wieder zu senken. Die seit Dezember geltenden niedrigeren Preise für einige Industriewaren wollte man allerdings beibehalten. Die Preiskorrektur würde am 1. März 1971 wirksam werden. Zugleich beschlossen Politbüro und Regierungspräsidium, auch solche Kompensationen aufrechtzuerhalten, die zum Ausgleich für die Preiserhöhung für Geringverdiener und Rentner eingeführt worden waren. Auf der Beratung kam es auch zu einigen Personalentscheidungen. Unter anderem verlor der 1. Sekretär des Stadtkomitees Łódź, Józef Pychalski (1906–1980), seinen Posten.

Um die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und besonders mit Fleisch und Fleischprodukten zu sichern, beschlossen die Beratungsteilnehmer, die Führung der KPdSU und die Regierung der UdSSR um einen Kredit in Höhe bis zu 100 Millionen Dollar zu ersuchen. Damit sollte der Import dieser Erzeugnisse finanziert werden. In einem Telefongespräch erlangte Jaroszewicz die Zusage des sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej N. Kossygin, Polen einen 100-Millionen-Dollar-Kredit zu gewähren.²⁹¹

Dieser Kredit erfüllte aber noch eine andere Funktion. Er sollte der PZPR-Führung nämlich aus der Erklärungsnot helfen, in die sie mit der Entscheidung geraten war, die Preiserhöhung vom 12. Dezember 1970 zu annullieren. Immer wieder hatte sie seit den ersten Protesten bekundet, diese noch unter Gomułka getroffene Maßnahme auf keinen Fall zurücknehmen zu können. Noch in Szczecin und Gdańsk am 24./25. Januar war Gierek gegenüber dieser Forderung hart geblieben. Wenn man nun einen Schwenk um 180 Grad vollzog, musste dies nicht mit dem Druck der Streiks begründet werden. Dies wäre dem öffentlichen Eingeständnis einer Niederlage gleichgekommen. Jetzt ließ sich der Rückzieher mit der Unterstützung durch die UdSSR begründen. So hieß es in einem redaktionellen Artikel der „Trybuna Ludu“ mit Verweis auf diese Hilfe: „Und hier finden wir die Antwort auf die

289 Jaroszewicz/Roliński, *Przerywam*, S. 171.

290 Vgl. Protokoll Nr. 35 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR und des Präsidiums der Regierung vom 15. Februar 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 23, S. 204f. Noch am 15.2. fasste der polnische Ministerrat dann den formalen Beschluss über die Rücknahme. Vgl. die entsprechende PAP-Meldung, in: *Trybuna Ludu*, 16.2.1971, S. 1. Bestandteil des Ministerratsbeschlusses war als Folge der Rücknahme auch, dass die Preise für Gemeinschaftsverpflegung gesenkt wurden.

291 Vgl. *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, S. 204, Fußnote 19.

Frage, die sich sicher viele von uns stellten: Konnte man einen ähnlichen Entschluss nicht früher fassen? Man konnte nicht, und man fasste ihn nicht, was Ausdruck des wirtschaftlichen und politischen Realismus unserer Führung ist. Zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung kann die Regierung so viel und nur so viel vorsehen – und sieht sie vor –, so viel sie in einem gegebenen Moment vorsehen kann. Als sie weniger vorsehen konnte, überschritt sie die bestehende Höchstgrenze nicht. Als sich die Möglichkeiten weiterer Schritte ergaben, unternahm sie diese konsequent sofort.²⁹²

Diese Begründung erwies sich bei näherer Betrachtung jedoch als wenig überzeugend. Im selben Artikel wurde nämlich eine andere Rechnung aufgemacht: Die Annullierung der Preiserhöhung vom Dezember bedeute eine Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung um etwa elf Milliarden Złoty. Zusammen mit den Mitteln, die auf Grund der bisherigen sozialpolitischen Beschlüsse der neuen Führung verausgabt werden mussten und die in der Zeitung mit 13 Milliarden angegeben wurden, waren also etwa 24 Milliarden Złoty erforderlich.²⁹³ Angesichts dessen waren die 100 Millionen Dollar Kredithilfe aus Moskau kaum mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.

Gleichwohl erreichte die politische Führung der PRL mit ihrer Maßnahme vom 15. Februar 1971 viel. Die konflikträchtige Spannung ließ nach, auch wenn „in vielen Fabriken und vielen Regionen des Landes noch ein paar Wochen lang stürmische Belegschaftsversammlungen und kurze Streiks stattfanden.“ Der etwa zwei Monate andauernde „Streikzyklus“ ging zu Ende.²⁹⁴

Für die von Gierek schon in seiner ersten Rede als Parteichef am 20. Dezember 1970 angekündigte Neukonzipierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik bedeuteten die bis Mitte Februar gemachten sozialen Versprechungen und Zugeständnisse jedoch eine schwere Hypothek und belasteten die ohnehin sehr angespannte wirtschaftliche Situation zusätzlich. Doch ohne die Beendigung der Streiks und Proteste, ohne ein gewisses Maß an Unterstützung seitens der Arbeiterschaft und der Bevölkerung insgesamt war an eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zu denken. Gierek hatte also „keinen anderen Ausweg“,²⁹⁵ als die Preiserhöhung vom 12. Dezember 1970 zu widerrufen.

8. Westlich der Oder: Information zwischen Hoffen und Bangen

Als die Informationen über die Preisentscheidungen der Warschauer Führung in der DDR eingingen, blieb wenig Zeit, über das Für und Wider zu reflektieren. Keine 24 Stunden nach dem Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Gdańsk trafen die ersten Nachrichten darüber in der SED-Zentrale und im Außenministerium der DDR ein. Zunächst hatte der in Warschau arbeitende ADN-Korrespondent per Fernschreiben eine Zusammenfassung

292 W trosce o dobrą społeczność [In der Sorge um das Wohl der Gesellschaft], in: Trybuna Ludu, 17.2.1971, S. 1.

293 Vgl. ebd..

294 Paczkowski, *Strajki*, S. 91f.

295 Ebd., S. 91.

jener Rede übermittelt, in der Gomułka auf dem 6. Plenum des ZK der PZPR am 14. Dezember zu den Preisveränderungen Stellung genommen hatte.²⁹⁶ Dies mochte in dieser und jener Hinsicht die Argumentation der polnischen Parteiführung verständlicher machen. Besorgnis weckte dann schon ein Blitz-Telegramm, in dem die DDR-Botschaft in Warschau unter Berufung auf den Generalkonsul in Gdańsk ZK-Sekretär Hermann Axen, Außenminister Oskar Fischer (*1923) und seinen Staatssekretär Peter Florin (*1921) sowie den ZK-Abteilungsleiter Paul Markowski (1929–1978) und den Leiter Abteilung Benachbarte Länder im MfAA Franz Everhartz (*1923) über den Ausbruch von Unruhen in der polnischen Küstenstadt informierte.²⁹⁷ An denselben Adressatenkreis war dann auch das nächste Telegramm gerichtet, das über den Fortgang der Proteste berichtete: „heute erneut ausschreitungen in gdansk. einatz der armee. protestaktionen von arbeitern werden durch kriminelle elemente ausgenutzt. konterrevolutionaere losungen ‚nieder mit der roten clique‘. bis jetzt auf gdansk beschränkt.“²⁹⁸ Diese Nachricht bot die Grundlage für ein Fernschreiben Walter Ulbrichts, das wenig später vom Büro des Politbüros an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen gesandt wurde:

„Werte Genossen!

Uns wurde von den polnischen Freunden mitgeteilt, daß in Polen seit dem 12. 12. 1970 eine Erhöhung der Preise von Lebensmitteln durchgeführt wird. Dies hat zu Unzufriedenheit geführt, die von reaktionären Kräften ausgenutzt wurde und vor allem in Danzig zu antisozialistischen Aktionen führte.

W. Ulbricht“.²⁹⁹

So knapp diese Nachricht war und so wenig man in Ostberlin über die Vorgänge in Gdańsk wusste, enthielt sie doch bereits alle Merkmale der auch später beibehaltenen Erklärung. Die Preiserhöhungen wurden als auslösendes Moment der Unzufriedenheit beschrieben. Die Unzufriedenheit selbst erfuhr keine Wertung, unterschwellig ging man aber wohl von einer gewissen Berechtigung aus. Dann schloss sich die Erklärung an, dass „reaktionäre“ Trittbrettfahrer die Situation ausgenutzt und für „antisozialistische Aktionen“ missbraucht hätten. Das folgte einem Erklärungsschema, wie es bereits wiederholt angewandt worden war, nicht zuletzt im Hinblick auf den 17. Juni 1953 in der DDR. Als möglicherweise absichtliche Petitesse fiel vielleicht sogar den in intellektueller Hinsicht eher robust veranlagten Bezirkssekretären die Verwendung der alten deutschen Ortsbezeichnung Danzig auf.

Schon am folgenden Tag signalisierte Ulbricht demselben Personenkreis eine etwas vorilige Entwarnung. Nach vorliegenden Informationen seien „die antisozialistischen Aktionen in der Volksrepublik Polen, vor allem in Gdańsk, Gdynia und Zopot, unter Kontrolle gebracht“. Man erwarte eine öffentliche Erklärung von polnischer Seite. Im Übrigen argu-

296 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, Fernschreiben des ADN-Korrespondenten in Warschau: Gomułka zu Preisveränderungen, 15.12.1970.

297 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, Blitz-Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an: Axen, Fischer, Florin, Markowski, Everhartz, Warschau, 15.12.1970 (gez. Schmidt).

298 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, Blitz-Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an: Axen, Fischer, Florin, Markowski, Everhartz, Warschau, 15.12.1970 (gez. Schmidt).

299 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, Büro des Politbüros an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED außer Berlin. Fernschreiben v. 15.12.1970.

mentiere man weiterhin anhand der gestrigen Mitteilung.³⁰⁰ Offenbar nicht ganz so optimistisch war Erich Honecker, der nahezu zeitgleich eine als streng geheim deklarierte Information unter den Mitgliedern des Politbüros verteilen ließ: „Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen hat eine bestimmte gezielte Gerüchteverbreitung eingesetzt. Nach vorliegenden Hinweisen sollen insbesondere Vertreter des kapitalistischen Auslandes in der Volksrepublik Polen in Kreisen der Intelligenz und der Jugend arbeiten, um die Unzufriedenheit weiter zu schüren und weitergehende Provokationen auszulösen. Von derartigen Kräften soll auch in der Volksrepublik Ungarn und in der ČSSR eine gezielte Gerüchteverbreitung eingesetzt haben.“³⁰¹

Völlig abwegig war diese Information nicht, zumal solche Aktivitäten in der Zeit des Kalten Krieges von beiden Seiten praktiziert wurden. Allerdings ist schwer zu beurteilen, wie wirksam solche Einflüsse im Dezember 1970 tatsächlich waren. Im Falle des amerikanischen Senders „Radio Free Europe“ dürfte dessen polnischsprachiges Programm jedoch eine beträchtliche Breitenwirkung erzielt haben. Ungeachtet dessen war der Fingerzeig auf die dunklen Machenschaften des kapitalistischen Gegners für die SED-Führung nicht unproblematisch. Er gaukelte nämlich eine Erklärung vor, wo man viel intensiver nach den eigentlichen, den inneren Gründen der Krise hätte fragen müssen. Dessen schien sich die SED-Führung bewusst gewesen zu sein.

Noch am 16. Dezember lag den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros ein Papier vor, in dem sich Walter Halbritter (1927–2003), Minister und Leiter des Amtes für Preise sowie Kandidat des Politbüros, in einer ersten Analyse versuchte. Ausgehend davon, dass „Genosse Gomułka“ die Fleischversorgung als zentrales Problem und als Ausgangspunkt für die Preisveränderungen benannt habe, führte Halbritter drei „Hauptursachen“ an, die im zurückliegenden Jahrzehnt zu „einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Preispolitik in der VRP“ geführt hätten:

„1. Die ungünstige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Lohn- und Arbeitsproduktivität, das sich in einer immer wiederkehrenden Diskrepanz zwischen Warenfonds und Kauffonds äußert.

Von 1961 bis 1968 haben sich in der VRP entwickelt

Bruttoproduktion der Industrie = 171%

Lohnfonds = 168%.

Das bedeutet, daß der Produktionszuwachs durch die Lohnentwicklung weitgehend aufgezehrt wird.

2. Den aus der vorwiegend einzelbäuerlichen Wirtschaft resultierenden Widerspruch zwischen der Industrie und der Landwirtschaft.

300 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, W. Ulbricht an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED v. 16.12.1970.

301 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, Information über die Vorgänge in der Volksrepublik Polen, 16.12.1970, [Streng geheim, an Mitglieder des Politbüros des ZK der SED, mit handschr. Vermerk: EH].

3. Bestimmte liberalistische Vorstellungen bei der Gestaltung des Wirtschaftssystems. Es wird immer von neuem versucht, in der Produktionssphäre bestehende Probleme durch Maßnahmen in der Zirkulationssphäre zu lösen.³⁰²

Nach und nach zeichnete sich ein klareres Bild von den Vorgängen in Polen ab. Am frühen Nachmittag des 17. Dezember berichtete der Botschafter der DDR in der PRL, Rudolf Roßmeisl, über erhebliche Spannungen innerhalb der PZPR-Führung und über einen vergeblichen Versuch Leonid I. Breschnews, das Verhängnis abzuwenden. In seinem Telegramm hieß es:

„negative stimmung richtet sich vorwiegend gegen gomulka. zk-tagung dauerte nur einen tag, obwohl zwei tage vorgesehen. es gab im grunde keine diskussion, nur zwei genossen haben gesprochen.³⁰³ viele fuehrende genossen sind innerlich mit masznahmen nicht einverstanden, haben es aber auf dem plenum nicht gesagt. auch gen. gierek hat nicht gesprochen.

gen. breschnew habe gen. gomulka im persoenlichen gespraech sehr nahe gelegt, preiserhoehungen nicht durchzufuehren, weil sie vor allem die arbeiterklasse treffen und ihren widerstand herausfordern werden.

gomulka habe dem hinweis breschnews und anderer sowjetischer genossen keine beachtung geschenkt und sei nach wie vor fest davon ueberzeugt, dasz die ergriffenen masznahmen richtig und notwendig sind.“³⁰⁴

Diese und weitere Informationen sprachen Gomulka die Hauptverantwortung an dem Geschehen zu. Auch gab es verschiedene Hinweise dafür, dass mit einem baldigen Wechsel an der Spitze der PZPR zu rechnen war. Alles dies mochte den Protagonisten der 14. Tagung des ZK der SED noch im Nachhinein Genugtuung verschafft haben. Gerade noch rechtzeitig, so schien es, hatten sie für die DDR nach Ulbricht die Weichen gestellt. Täglich gingen nun die „streng geheimen“ Informationen sowohl der DDR-Botschaft in Warschau als auch der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED beim Politbüro ein. Schon am 17. Dezember hielt man es dort für erwiesen, dass die Ruhe in der PRL im Wesentlichen wiederhergestellt sei und die Arbeiter sich von gewalttätigen Auseinandersetzungen distanzieren würden. Allerdings wären Unzufriedenheit und Unruhe wegen der „Preisregulierungen“ noch weit verbreitet und könnten „jederzeit neue Vorkommnisse und Ausschreitungen“ möglich machen.³⁰⁵ So recht traute man dem Frieden also doch nicht. Etwas distanziert hieß es, dass „die polnischen Freunde“ der Auffassung seien, „die Lage allein beherrschen zu können“. Aber bei „der insgesamt vorhandenen Situation“ bleibe „die akute Gefahr einer Ausweitung der Vorkommnisse bestehen“.³⁰⁶

302 SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2J/3231, Walter Halbritter an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, 16.12.1970: Information über die in der Volksrepublik Polen durchgeführten Veränderungen der Konsumgüterpreise, S. 2f.

303 Worauf diese Fehlinformation beruhte, bleibt unklar.

304 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, Blitz-Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an: Axen, Fischer, Florin, Markowski, Everhartz, Warschau, 17.12.1970 (gez. Rossmeisl, 14.40 Uhr).

305 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, Information über die weitere Entwicklung der Lage in der VR Polen, 17.12.1970. [Streng geheim, an Mitglieder des Politbüros des ZK der SED].

306 Ebd.

Informationen, wonach die in der polnischen Bevölkerung andauernden Diskussionen über die Lage zunehmend mit Forderungen nach dem Rücktritt von Władysław Gomułka, Bolesław Jaszczuk und Zenon Kliszko verbunden wurden, legten es der SED-Führung nahe, sich auf einen Wechsel an der Spitze der PZPR einzurichten.³⁰⁷ Allerdings hielt man auch jetzt an der Einschätzung fest, dass bei diesen Vorgängen „Feindhandlungen“ weiterhin eine Rolle spielten.³⁰⁸ Schon am Vormittag des 20. Dezember verdichteten sich angesichts der für 13.00 Uhr angesetzten Politbürositzung und des für 18.00 Uhr einberufenen ZK-Plenums die Gerüchte um Gomułkas Rücktritt fast zur Gewissheit. Das galt auch für die schon länger kursierende Vermutung, Gierek werde die Nachfolge antreten.³⁰⁹

Es dauerte allerdings noch einige Stunden, bis man Klarheit hatte. Kurz nach Mitternacht sandte Botschafter Roßmeisl ein Blitztelegramm nach Berlin. Mit deutlichen Wertungen versehen, informierte es über die jüngsten Vorgänge:

„schnelle und verantwortungsbewusste entscheidung des zk hat land vor weiteren erschuetterungen und politischem chaos bewahrt. wie jetzt bekannt wurde, gab es samstag und sonntag versuche, in warschauer betrieben streikkomitees zu bilden. wahl gierek ist fuer kreis um gomułka groszer schock. hatten diese loesung nicht erwartet. dieser kreis sah abwendung katastrophe nur durch militaerische mittel. mit allgemeiner zustimmung ueber wahl gierek wird vielfach besonders abberufung kliszko begrueszt, weil er keinen kontakt zur arbeiterklasse hatte und entscheidend zur verletzung der kollektivitaet der fuehrung beigetragen hat. kliszko ist am heftigsten in pb-sitzungen gegen berufung gen. gierek aufgetreten. seit gestern abend, in nacht und heute werden wojewodschaftsparteiaktivkonferenzen durchgefuehrt.

rede giereks war von groszer wirkung auf bevoelkerung, allgemeines aufatmen,

1. weil er selbstkritisch lage und arbeit der partei einschaeztzte,
2. weil er sich an die gesamte bevoelkerung wandte, auch die christen fuehlten sich angesprochen,
3. weil er sich fuer verwirklichung der sozial. demokratie ausgesprochen hat, von der seit langem keine rede mehr war. es wird bemerkt, dasz gierek ein guter wirt in katowice war, in oekonomischen fragen bescheid weiss, sowie was er will und eine straffe parteiarbeit verwirklicht.“³¹⁰

Eine Stunde darauf gab das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in einer Tagesinformation die Stellungnahme wieder, mit der der polnische Außenminister Stefan Jędrzychowski die Botschafter der Warschauer Vertragsstaaten über die jüngsten Vorgänge

307 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, 6. Information über die weitere Entwicklung der Lage in der VR Polen, 19.12.1970. [Streng geheim, an Mitglieder des Politbüros des ZK der SED].

308 Ebd.

309 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3231, 7. Information über die weitere Entwicklung der Lage in der VR Polen, 20.12.1970. [Streng geheim, an Mitglieder des Politbüros des ZK der SED].

310 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3240, Blitz-Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an: Axen, Fischer, Florin, Markowski, Everhartz, Warschau, 21.12.1970 (gez. Rossmeisl, 00.35 Uhr).

unterrichtet hatte: Die Partei sehe sich in einer Vertrauenskrise, weil die Beschlüsse über die Preiserhöhungen und andere ökonomische Maßnahmen übereilt gefasst worden seien. Noch vor der Abstimmung im ZK habe Gomułka zwar vorgeschlagen, die Preiserhöhungen zurückzunehmen, doch dies habe das ZK-Plenum abgelehnt, weil es „Weiterungen auch in anderen Fragen“ befürchtete. Stattdessen sollten bestimmte soziale Folgen der Preiserhöhungen gelindert werden, von denen sonst vor allem Mindestlohnempfänger und kinderreiche Familien betroffen wären. Das ZK-Plenum habe das Politbüro und die Regierung bevollmächtigt, dafür 6,5 Milliarden Złoty sofort bereitzustellen.“³¹¹

Nähere Informationen lieferte das folgende Telegramm Roßmeisls vom Mittag des 21. Dezember. Der Botschafter skizzierte darin nicht nur den Hergang, sondern beschrieb auch die Positionen, die wichtige Akteure dabei einnahmen. Mehr noch, er umriss damit eine Situation, die derjenigen in der SED-Führung nicht unähnlich war:

„gestriger zk-sitzung pvap gingen unmittelbar zwei sitzungen politbuero voraus, wo kadermaessige veraenderungen eingeleitet wurde. sitzung leitete gen. cyrankiewicz. gomułka bereits im krankenhaus. ereignisse haben ihn so schwer getroffen, dass er ernst erkrankt ist. augenlicht so stark getroffen, dass er fast nichts mehr sieht. kliczko und jaszczuk befanden sich auf grund innerer lage im zustand hilfs- und ratlosigkeit. loga-sowinski, der zur gruppe gehoert, die aus pb ausgeschlossen wurde, bezog in pb-sitzungen keine gute stellung, die er auf zk-plenum jedoch aenderte. das rettete ihm seine funktion.“³¹² kadermaessige entscheidungen besonders durch auftreten von szydlak und olszowski beeinflusst. sitzungen pb und zk zeigte, dasz eine reihe genossen in fuehrung seit langem konzeption fuer veraenderungen hatten, um einheit der fuehrung ihrer kollektivitaet, die gestoert war, wiederherzustellen. gen. mozar habe sich im verlaufe pb-sitzungen, auf der 1. sitzung schwieg er noch, richtig eingestellt. sitzung zk wurde auf beschlusz pb schon von gierek geleitet. gen. aristow, mit dem ich mich heute konsultierte, bezeichnete wahl gierek als beste alternative, nicht nur fuer jetzige ernste situation, sondern auch fuer die zukunft. nach meiner meinung gewaehrleistet jetzige zusammensetzung fuehrungsorgane einheit der fuehrung und ihre kollektive beratung bei entscheidenden grundfragen. veraenderungen in fuehrung werden zu veraenderungen im partei- und staatsapparat fuehren, und durchfuehrung kuenftiger beschluesse sichern.“³¹³

Roßmeisls Mitteilungen war ein gewisser didaktischer Zug eigen. Sie mochten vielleicht auch im Hinblick auf das 14. Plenum des ZK der SED und die dort deutlich gewordenen Frontstellungen formuliert worden sein. Ganz unbegründet schien das nicht, denn im Umgang mit den Nachrichten aus Polen kam in der Parteiführung der SED unverkennbar wieder jenes einfache Freund-Feind-Denken zum Vorschein, das sich auch in anderen Situationen Geltung verschaffte. Das erste Interesse der SED-Führung galt der Frage, ob die „polnischen

311 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3240, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Außenpolitische Tagesinformation 21.12.1970, 1.30 Uhr (Sonderausgabe): Zum 7. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Quelle: Information des Genossen Jędrychowski an die Botschafter der Warschauer Vertragsstaaten).

312 Das aber nur vorläufig. Auf dem 8. Plenum im Februar 1971 wurde er aus dem Politbüro ausgeschlossen. Vgl. Anm. 214.

313 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3240, Blitz-Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an: Axen, Fischer, Florin, Markowski, Everhartz, Warschau, 21.12.1970 (gez. Rossmeisl, 13.00 Uhr).

Genossen“ die Probleme „allein“ bewältigen könnten und alles „unter Kontrolle“ behielten. Darin schwang mit, ob „brüderliche Hilfe“ nötig sei. Auf der anderen Seite verdeutlichten die Vorgänge in der PRL, dass man gut beraten wäre, die auch in der DDR anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen auf keinen Fall zu Lasten der Arbeiterschaft durchzusetzen. In dieser Hinsicht konnte man auf die Unterstützung von Breschnew zählen, der sich in jüngster Zeit wiederholt für eine vorsichtigere Gangart ausgesprochen hatte.

Der Dezember 1970 blieb auch in der Außenperspektive eine Angelegenheit der Parteien und ihrer Führungen. Das entsprach nicht nur der Logik ihres eigenen Führungsanspruchs. Es kam auch ein taktisches Moment hinzu, denn offenbar blieb die SED bemüht, dem neuen Mann an der Spitze der PZPR, Edward Gierek, das Leben durch unerbetene Einmischung nicht noch schwerer zu machen. Von Anfang an hielt sich auch der FDGB bemerkenswert zurück. Dass sich das Sekretariat des Bundesvorstandes in seiner Sitzung am 21. Dezember 1970 über das 14. Plenum des SED-Zentralkomitees informieren ließ und die 11. Sitzung des Bundesvorstandes vom 16. und 17. Dezember auswertete, aber kein Wort über die Unruhen in Polen verlor, ließ sich zwar mit einiger Plausibilität aus der üblichen Trägheit von Bürokratien erklären.³¹⁴ Doch kann man in diesem Fall auch Methode dahinter vermuten. Wie sich Anfang Januar zeigen sollte, hielt der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Herbert Warnke, zumindest vorläufig auch gegen Stimmen aus den eigenen Reihen an einem Kurs strikter Nichteinmischung fest. Am 4. Januar 1971 hatte sich das Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des Bundesvorstandes, Helmut Thiele (*1933), mit dem Vorschlag an Warnke gewandt, ein Treffen mit der Führungsebene der polnischen Gewerkschaften zu organisieren. Dahinter stand die Idee, man könnte so den parteitreuen Kräften im CRZZ den Rücken stärken. Warnke reagierte zwei Tage darauf mit einer deutlichen Ablehnung:

„Werter Kollege Thiele! Deine Mitteilung vom 4.1.1971 habe ich erhalten. In der darin angeschnittenen Angelegenheit vertrete ich jedoch eine andere Auffassung, und zwar folgende:

In der jetzigen Situation ist es nicht angebracht, dem Zentralrat der polnischen Gewerkschaften irgendwelche Vorschläge auf gemeinsame Zusammenkünfte zu machen, falls er es nicht selbst vorschlägt. Der Zentralrat der polnischen Gewerkschaften befindet sich in keiner leichten Situation und muß seine ganze Kraft jetzt auf die Arbeit im eigenen Lande konzentrieren. Deshalb habe ich bereits eine andere Einladung zu einem gemeinsamen Zusammentreffen von Vertretern der Gewerkschaften der RGW-Länder gestoppt, zumal auch diese in Berlin stattfinden sollte.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, festzustellen, daß auch eine für Anfang Januar geplante Zusammenkunft der Vorsitzenden dieser Gewerkschaften vertagt wurde, und zwar nicht auf unseren Wunsch, sondern auf Vorschlag mehrerer Vorsitzenden der Gewerkschaften anderer RGW-Länder.“³¹⁵

314 SAPMO-BArch, DY 34, 25687, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 21.12.1970: Beschluß Nr. S 682/70, Information über das 14. ZK-Plenum und Auswertung der 11. Bundesvorstandssitzung des FDGB.

315 SAPMO-BArch, DY 34, 9207, H. Warnke an H. Thiele, Kopie an Beyreuther, 6.1.1971.

Als die Entscheidungen in Warschau gefallen waren und die „Ekipa Gierka“, die neue Mannschaft um Edward Gierka, einen politisch und wirtschaftlich riskanten, aber zunächst erfolgreichen Konsolidierungskurs einschlug, begann jedoch sowohl auf der Partei- als auch auf der Gewerkschaftsebene eine Phase relativ enger Zusammenarbeit. Inwieweit es dabei zu einer Abstimmung und Wechselwirkung auf dem Feld der Sozialpolitik kam, ist Gegenstand der folgenden Kapitel.

Ein vergleichender Blick auf die polnische Entwicklung mochte die um Erich Honecker gruppierten Protagonisten eines politischen Kurswechsels in der Annahme bestärkt haben, das Richtige zu tun. Die polnischen Vorgänge gaben einen erneuten Hinweis darauf, wie schnell sozialer Protest in eine massive Konfrontation mit der Partei umschlagen konnte. Tatsächlich handelte es sich hier um ein für die Macht- und Funktionselemente der DDR äußerst schwer zu kalkulierendes Problem. Vor allem die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der instabilen Versorgungssituation barg ein eskalationsfähiges Konfliktpotential. Es galt also dringend zu vermeiden, dass in dieser Hinsicht ein kritischer Punkt überschritten wurde. Wenn das nicht gelang, drohten polnische Verhältnisse oder, wie nicht wenige im Parteiapparat seit mehr als anderthalb Jahrzehnten befürchteten, ein neuer 17. Juni.

Die meisten der in der DDR eingehenden Informationen nahmen ihren Ausgang auf der ZK-Ebene der PZPR und liefen dann direkt über die Kanäle der Parteiapparate oder über die DDR-Botschaft in Warschau. Letztere zeigte sich bereits im Dezember bemerkenswert gut im Bilde und versorgte die SED-Führung sowie das Außenministerium der DDR auch weiterhin mit aktuellen Berichten und Analysen. Am 26. Januar 1971 gab das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR eine Information in Umlauf, die eine vorläufige Bewertung der Dezemberkrise durch die polnische Parteiführung enthielt:

„Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, Gen. Tejchma, informierte Genossen Rossmeisl am Nachmittag des 25.1.1971 über die Lage in der VRP wie folgt: Im Dezember 1970 war nach dem 7. Plenum des ZK eine Entspannung der Situation und eine Normalisierung im politischen und wirtschaftlichen Sinne eingetreten. In der letzten Woche kam es in Gdańsk zu einer zweiten Welle von Unruhen. Inhalt der Unruhen waren Forderungen nach weitergehenden Klärungen der Dezemberereignisse. [...] Das ZK der PVAP schätzte ein, dass es zu diesen Unruhen kommen konnte, weil die Masse der Arbeiter noch zu wenig informiert ist über die Hintergründe der Dezemberereignisse, was von Demagogen ausgenutzt werde. Die Arbeit der Demagogen und Reaktionäre wird dadurch erleichtert, weil die Parteiorganisation in der Werft schlecht ist und nicht arbeitet; dadurch konnten sich die feindlichen Elemente aktivieren, die zwar keine antisozialistischen Losungen aufstellen, denen es aber darum geht, neue Zusammenstöße zu provozieren, um sagen zu können, es ginge nicht ohne Einsatz der Miliz gegen die Arbeiter. [...] Die Zusammenkünfte der führenden Genossen in Szczecin und Gdańsk [...] dienen folgenden Zielen:

1. Information der Arbeiter über die Einschätzung der Situation und die Pläne des ZK
2. Stärkung der Parteiorganisation und ihre Aktivierung

3. Isolierung der extremen Demagogen und Reaktionäre, um zu vermeiden, dass die Miliz eingesetzt werden muss. Gewinnung der Unterstützung der Arbeiterklasse für die Politik der neuen Parteiführung.

[...]

Ausser den erwähnten Unruheherden herrscht im Lande Ruhe. Es muss aber damit gerechnet werden, dass es auch weiterhin lokale Streikbewegungen aus sozialen Gründen geben wird, so dass für längere Zeit grosse Wachsamkeit erforderlich ist. Das ZK der PVAP schätzt insgesamt ein, dass nach und nach die Lage stabilisiert wird.³¹⁶

Das entsprach im Wesentlichen jener Einschätzung, zu der auch die Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED gelangt war. Bemerkenswert war allerdings, dass man weiterhin von einer beträchtlichen Wahrscheinlichkeit sozialer Konflikte ausging. Trotz des optimistischen Grundtons der Information blieb ein Rest von Skepsis – nicht nur in der SED-Führung. Die Streiks in Łódź gaben dem neue Nahrung. Allerdings verschob sich die Besorgnis nach der Rücknahme der Preiserhöhungen nunmehr in Richtung auf die wirtschaftlichen Konsequenzen.³¹⁷

Die dramatischen Vorgänge in Polen veranlassten nicht nur den ZK-Apparat der SED, die Spitzenfunktionäre täglich zu informieren. Auch im Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes hielt man es für angezeigt, sich regelmäßig über die Entwicklung im Nachbarland unterrichten zu lassen.³¹⁸ Das lag schon deshalb nahe, weil die Forderungen der streikenden polnischen Arbeiter erneut die Frage nach der Rolle parteigesteuerter Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern aufwarfen. Vielfach griff man dabei auf die gleichen Quellen zurück wie die Parteigremien, doch konnte man auch aus Reiseberichten eigener Leute ein einigermaßen zutreffendes Bild gewinnen. Gleichwohl fällt auf, dass die Politik der PZPR in der Gomułka-Ära nunmehr in ein noch kritischeres Licht geriet, während das Verhalten der Arbeiterschaft deutlich günstiger, wenn man so will: theoriekonform, beurteilt wurde. So berichtete eine Delegation des Zentralvorstandes der IG Chemie, die vom 20. bis 23. Januar 1971 in Katowice weilte, über Arbeitsniederlegungen in Chemiebetrieben des Küstengebietes, über die Bildung „sogenannter“ Arbeiterkomitees, über Forderungsprogramme, aber auch darüber, dass in anderen Chemiebetrieben Polens nicht gestreikt wurde und sich viele Belegschaften der Chemieindustrie dem Aufruf von Bergarbeitern zu der Aktion „Wir arbeiten im Jahr 1971 fünf Sonntage, um unseren Staat weiter zu stärken“ angeschlossen hätten. Zustimmend wurde die Position der polnischen IG Chemie zitiert, die den Konflikt im Wesentlichen auf drei Probleme zurückführte: (1.) Das Arbeitsrecht diskriminiere die Arbeiter gegenüber den Angestellten; (2.) das ökonomische System sei zu kompliziert, es werde von

316 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3310, MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation: Information Nr. 104/I, 26.01.1971: Zur Lage in der VR Polen, (Quelle: AV Warschau).

317 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/3388, MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation: Information Nr. 107/III, 16.03.1971: Zur Lage in der VRP nach dem 8. Plenum der PVAP (Quelle: AV Warschau), S. 1.

318 SAPMO-BArch, DY 34, 25688, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FGDB am 18.1.1971. (Tagesordnung Punkt 1, nicht im Beschlußprotokoll): Wichtige Probleme der politischen Lage und sich daraus ergebende Aufgaben für die Führungstätigkeit der Gewerkschaften. Berichterstatte: Koll. Rolf Berger.

den Leitern nicht beherrscht und führe zu Durcheinander; (3.) der Plan 1970 sei nicht bilanziert gewesen und habe in hohem Maße Wunschvorstellungen enthalten.³¹⁹

Die verschiedenen Berichte über die Entwicklung in Polen mochten im Einzelfall unterschiedlich akzentuiert sein. Generell aber zeichneten sie ein Bild, das auf der Führungsebene der SED einem vorsichtigen Optimismus Nahrung gab. Vor allem gewann man dort den Eindruck, dass mit Gierk die richtige Person zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle positioniert war und dass dieser die Arbeiterschaft hinter sich bringen könne.

319 SAPMO-BArch, DY 34, 8457, Zentralvorstand IG Chemie, 26.1.1971: Aktennotiz über eine Reise zum Zentralvorstand der IG Chemie der VR Polen nach Katowice vom 20.–23.1.1971.

Ein taktischer Strategiewechsel?

1. *Sozialpolitische Optionen: Der VIII. Parteitag der SED*
2. *In Kiellinie: Der 8. FDGB-Kongress*
3. *Strategieentwicklung im Spiegel der ZK-Tagungen: Die optimistische Phase*
4. *Strategieentwicklung im Spiegel der ZK-Tagungen: Die desillusionierende Phase*
5. *Die Politik der „Hauptaufgabe“ als soziale Praxis*
6. *Arbeitsrechtliche Flankierung der Sozialpolitik*
7. *Soziale Konfliktlagen und Gewöhnungseffekte*
8. *Exkurs: Pass- und visumfreier Reiseverkehr*
9. *Arbeitsgesellschaft, Sozialpolitik und Betrieb*
10. *Überlastung der „sozialistischen Hauswirtschaft“?*

1. Sozialpolitische Optionen: Der VIII. Parteitag der SED

Seit dem Herbst 1970 hatten die mehr oder weniger klar formulierten Andeutungen und Ankündigungen zur Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik Erwartungen geweckt, denen mit ersten Maßnahmen nur im Ansatz entsprochen worden war. Dem vom 15. bis 19. Juni 1971 in Ostberlin stattfindenden VIII. Parteitag der SED fiel deshalb die Aufgabe zu, den politischen Kurswechsel nunmehr endgültig zu bestätigen und in entsprechenden Beschlüssen zu verankern. Die Inszenierung des Kongresses vermied allerdings eine allzu spektakuläre Geste. Man betonte die kontinuierlichen Elemente in der Politik der SED, ohne freilich den Anspruch eines Kurswechsels zu verbergen.

Auch Walter Ulbricht war in seiner Eröffnungsansprache darauf bedacht, die Kontinuität zu unterstreichen. Selbst sein Versuch, die in den letzten Jahren seiner Amtszeit trotz aller Probleme erzielten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte herauszustellen, fügte sich hier ein. Der Hinweis auf „die allseitige Volksinitiative zur Durchführung der Beschlüsse des VII. Parteitages, zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“, auf den „selbstlose(n) Dienst“ der Parteimitglieder „an der Arbeiterklasse“ und darauf, dass „die Werktätigen ihr eigenes Wollen, ihre eigenen Ziele“ in den von der SED gestellten Aufgaben wiedererkennen, war jedoch hintersinnig. Denn wie auch der folgende Satz war er auf die Zeit zwischen 1967 und 1971 gemünzt: „Darum machen Millionen mit, wenn die Partei ruft.“¹ Darin klang an, dass Ulbricht nach wie vor davon überzeugt war, für

1 Eröffnungsansprache des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands von Genossen Walter Ulbricht, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 1. bis 3. Beratungstag, Berlin 1971, S. 8–18, hier 11f.

das ÖSS ausreichend Rückhalt in der Bevölkerung besessen zu haben. Wer wollte, konnte dies auch als einen an die Adresse seiner Gegner im Politbüro gerichteten indirekten Vorwurf verstehen.

Erich Honecker, der den Bericht des ZK an den Parteitag vortrug, begann hingegen unberührt von solchen Erwägungen gleichsam mit einem Fanfarenstoß: „Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt: alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus. Dafür arbeiten und kämpfen wir.“² Etwas zurückhaltender formulierte er an anderer Stelle, man wolle „vor allem [...] alle Voraussetzungen schaffen, um das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes Schritt für Schritt zu erhöhen“.³ Im Wirtschaftsteil des Referats verwies er auf imposante Ergebnisse. Aber auch von neuen Entwicklungsproblemen und Disproportionen war die Rede, ebenso davon, dass die 14. ZK-Tagung die Sicherung der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft auf die Tagesordnung gesetzt und „die realistische Einschätzung unserer Kräfte und Möglichkeiten“ verlangt habe. Das ÖSS entwickle sich gut, „nur allzu viele ‚außerplanmäßige Wunder‘ kann es nicht verkraften. Es braucht den bilanzierten Plan als sicheres Fundament.“⁴ Mit anderen Worten, die Wirtschaftsreform wurde nicht offiziell abgebrochen, aber auch nicht fortgesetzt.

Im Weiteren wandte sich Honecker dann den Zielen des Fünfjahresplanes 1971–1975 zu. Dessen „Hauptaufgabe“ bestehe „in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“.⁵ Das bot an sich wenig Neues. Wichtiger war die Erläuterung: „Diese Formulierung bezeichnet das Ziel unserer Wirtschaftstätigkeit in seinem unauflöselichen Zusammenhang mit den Voraussetzungen, die dafür geschaffen werden müssen.“ Man könne nicht mehr verbrauchen, als produziert wurde. Mit der Hauptaufgabe sei „ein ganzes wirtschaftspolitisches Programm umrissen“. Der Gesellschaft der DDR diene Wirtschaft als Mittel zum Zweck einer „immer besseren Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes“. Natürlich habe sich die SED auch in der Vergangenheit davon leiten lassen. Jetzt aber müsse „dieser gesetzmäßige Zusammenhang zwischen Produktion und Bedürfnissen der Menschen immer unmittelbarer wirksam werden“. Dem trage man mit der „Hauptaufgabe“ Rechnung.⁶ Unverkennbar handelte es sich hier um eine interdependente wirtschafts- und sozialpolitische Parallelstrategie, an deren Ursprung die SED Mitte der siebziger Jahre mit der Formel von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wieder erinnern sollte.

Unter den dringendsten sozialpolitischen Aufgaben hob Honecker die Anhebung der Mindestlöhne und den Wohnungsbau hervor.⁷ Die „Lückenhaftigkeit und Unbeständigkeit“ der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen solle überwunden und die Konsumgüter-

2 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: ebd., S. 34–121, hier 34.

3 Ebd., S. 38.

4 Ebd., S. 61.

5 Ebd., S. 61f.

6 Ebd., S. 62.

7 Ebd., S. 63.

produktion gesteigert werden. Besonders ginge es um eine „stabile und kontinuierliche Versorgung“, für die „alle bei uns Verantwortung tragen und ihren Beitrag leisten müssen“.⁸ Die folgenden Abschnitte des Berichts zur Effektivitätssteigerung der Wirtschaft, zur Forschung und Entwicklung und zur Vervollkommnung der Leitung und Planung bündelten sich schließlich in der Forderung nach „Stabilität der sehr beträchtlichen Wachstumsraten, Stabilität im Rhythmus der Produktion, Stabilität der Versorgung und Stabilität der Verbraucherpreise“.⁹

Es war nicht ohne Pikanterie, wenn Ulbrichts Nachfolger den Gewerkschaftsleitungen angesichts der „Hauptaufgabe“ ans Herz legte, „sorgfältig darauf zu achten, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen nirgendwo an den Rand der Leitungstätigkeit gerät.“ In diesem Sinne solle man sich auch der Betriebskollektivverträge annehmen. Den Gewerkschaften wurde zudem in Sachen Interessenvertretung „eine bestimmte Portion Hartnäckigkeit“ anempfohlen.¹⁰ Das ließ sich mit einiger Berechtigung als Kritik am FDGB verstehen, der während der Wirtschaftsreform an den Rand des Geschehens geraten war.

Im Hinblick auf die Behandlung der sozialen Problematik, so sollte man meinen, dürften die Gastbeiträge aus den europäischen sozialistischen Ländern besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Das Ergebnis fiel allerdings ernüchternd aus. Immerhin suchten sich die einzelnen Parteien mutatis mutandis am sowjetischen Beispiel zu orientieren. Darauf machte Leonid I. Breschnew aufmerksam. Zwar legte er den Akzent auf das Ost-West-Verhältnis, hielt aber auch den Hinweis für angezeigt, dass die Kommunisten Ungarns, der Sowjetunion, Bulgariens, der Tschechoslowakei und der Mongolischen Volksrepublik in den vergangenen Monaten ihre Parteitage abgehalten und dabei der Hebung des Volkswohls besondere Beachtung geschenkt hätten.¹¹ Das klang zwar banal, gab aber auch einen Fingerzeig auf eine übergreifende soziale Problemlage im gesamten sowjetischen Block. Edward Gierek, der dazu gewiss etwas zu sagen gehabt hätte, beließ es bei der Feststellung, dass alle sozialistischen Staaten um eine Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und um die „Gewährleistung eines höheren Niveaus des materiellen und kulturellen Lebens der Werktätigen“ bemüht seien. Die PZPR arbeite vor ihrem VI. Parteitag an einem Programm, das neben höherem Wirtschaftswachstum auch „die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen sichern“ solle.¹² Ähnlich knapp informierte Gustav Husák über Beschlüsse des XIV. Parteitages der KSČ. „Die Hebung des Lebensniveaus des werktätigen Volkes und die bessere Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse durch eine effektive Entwicklung der Wirtschaft“ stehe im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei.¹³ János Kádár konstatierte für Ungarn lediglich, dass sich in den vergangenen Jahren der Lebensstandard der Werktätigen erhöht habe.¹⁴ In Bulgarien, so berichtete Todor Schiwkow, habe seine Partei eine Direktive für die sozialökonomische Entwicklung in den

8 Ebd., S. 65.

9 Ebd., S. 78.

10 Ebd., S. 80.

11 Ebd., Rede Leonid I. Breschnew, S. 177.

12 Ebd., Rede Edward Gierek, S. 203.

13 Ebd., Rede Gustav Husák, S. 208f.

14 Ebd., Rede János Kádár, S. 219.

nächsten fünf Jahren beschlossen.¹⁵ Paul Niculescu-Mizil, der für die Rumänische KP sprach, erwähnte eine trotz Schwierigkeiten und Mängeln erreichte Anhebung des Lebensstandards und verwies auf das vom X. Parteitag der RKP angenommene Programm zum Aufbau der allseitig entwickelten sozialistischen Gesellschaft, das auch „eine weitgehende Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Bevölkerung“ zum Ziele habe.¹⁶

Solche Begrüßungsansprachen waren zwar nicht auf die Goldwaage zu legen, doch zeigten sie die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu einer stärkeren Betonung der Sozialpolitik entschlossen. Zu einer vertiefenden Diskussion hierzu kam es auf diesem bis ins Detail choreographierten Parteitag freilich nicht. Von den Delegierten aus den Parteiorganisationen der Bezirke, Kreise und Betriebe sowie aus den Massenorganisationen der DDR zumeist vorgelesene Beiträge zeichneten sich in der Regel durch eine formelhafte Diktion aus. Wollte man einen roten Faden ausfindig machen, so bestünde er aus zustimmenden Sätzen zur „Hauptaufgabe“, Kritik am wirtschaftspolitischen Subjektivismus der späten Ulbricht-Ära und Beispielen für eine mehr oder minder gelungene Rationalisierung der Produktion. Wenngleich es nahegelegen hätte, dass der Bundesvorstand des FDGB zur Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung nahm, ermüdete dessen stellvertretende Vorsitzende, Johanna Töpfer (1929–1990), die Delegierten mit Plattitüden zum sozialistischen Wettbewerb in den Betrieben. Dieser sei das Hauptfeld gewerkschaftlicher Interessenvertretung.¹⁷ Immerhin versprach sie, den Betriebsleitungen bei der Realisierung betrieblicher Sozialmaßnahmen genauer auf die Finger zu schauen und Honeckers Forderung nach größerer Hartnäckigkeit zu beherzigen.¹⁸

Vor allem die Diskussionsbeiträge der Partei- und Staatsfunktionäre ließen eine gewisse Erleichterung darüber erkennen, dass man nun das ÖSS mit seinen Unwägbarkeiten hinter sich lassen und wieder eine straffere politische Wirtschaftsführung praktizieren konnte. Gleichzeitig war man sich im Klaren, die laufenden Rationalisierungsmaßnahmen nicht abbrechen zu dürfen. Aus diesem Zwiespalt resultierten teils recht krude Vorstellungen davon, wie der gestärkte Führungsanspruch der SED in die Tat umzusetzen sei. So erhoffte etwa Werner Walde (*1926), 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Cottbus, von der Statistik bessere Entscheidungsgrundlagen: „Um die Ergebnisse der sozialistischen Rationalisierung im Bezirk regelmäßig abrechnen und dadurch besser führen zu können, brauchten wir zusätzliche Informationen, die den Rahmen der staatlichen Nomenklatur überschritten. Jedoch bitten wir um mildernde Umstände. Die staatliche Statistik und Abrechnung, über die wir verfügen, macht ungenügende Aussagen zur Rationalisierung. Sie stimuliert auch unzureichend in Richtung hoher Rationalisierungseffekte. Es wäre gut, wenn die Zentralverwaltung für Statistik sich mit einigen Wissenschaftlern verbündet, um eine Lösung zu erarbeiten, die den Erfordernissen der Ökonomie und der Leitung Rechnung trägt und zugleich den notwendigen Aufwand in Grenzen hält, die verantwortet werden können.“¹⁹ Unverkennbar

15 Ebd., Rede Todor Shiwkow, S. 225.

16 Ebd., Rede Paul Niculescu-Mizil, S. 235.

17 Ebd., Rede Johanna Töpfer, S. 336.

18 Ebd., S. 339.

19 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 4. bis 5. Beratungstag, Berlin 1971, S. 64.

griffen hier neugeweckte Erwartungen an die zentrale politische Führung und das gerade erst mehr schlecht als recht eingeübte Systemdenken der NÖS/ÖSS-Zeit auf merkwürdige Weise ineinander.

Der von Willi Stoph vorgetragene Bericht zur Fünfjahrplan-Direktive des Parteitages begann mit Ankündigungen zur Lohnpolitik. Dabei ging es vor allem um die Anhebung der Mindestlöhne von 300 auf 350 Mark sowie um eine Angleichung der Löhne im unteren Einkommensbereich und um eine Erhöhung der Mindestrenten. Als vordringlich bezeichnete er eine „Verbesserung der Entlohnung der Meister“ und sagte damit die Korrektur einer jahrelangen Fehlentwicklung zu. Auch die „gesellschaftlichen Fonds“, also staatliche Zuwendungen für soziale und kulturelle Zwecke, sollten jährlich um 400 bis 500 Mark pro Kopf der Bevölkerung steigen und 1975 etwa 8.500 Mark betragen. Vermehrte Aufmerksamkeit wollte man der Betreuung älterer Menschen und der Rentenentwicklung widmen. Als weitere Aufgabenfelder hob Stoph die „stabile und kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit Waren des Grundbedarfs“, sortimentsgerecht und auch in den unteren Preisgruppen, eine Erweiterung des Angebots von Dienstleistungen und Reparaturen wie auch eine Verbesserung der Wohnbedingungen hervor. Die Verbraucherpreise sollten stabil gehalten werden. Einen anderen Schwerpunkt bildete die Familien- und Bevölkerungspolitik. Hier sei „verstärkt eine vom Staat koordinierte Arbeit“ zu leisten.²⁰ Die Parteiführung der SED hatte sich mit solchen Zielvorgaben weit exponiert und war sich offenbar auch der Risiken bewusst. In seinen Schlussbemerkungen zur Diskussion der Plandirektive meinte Stoph, zur Lösung der Hauptaufgabe „müssen wir sämtliche Reserven und alle Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft in vollem Maße nutzen“. Keine Idee sei dafür zu gering und keine Tat zu klein.²¹

Die Resonanz auf diesen Parteitag fiel in der DDR relativ positiv aus. Vor allem die sozialpolitischen Aussagen weckten Hoffnungen auf eine Stabilisierung und Verbesserung der Versorgungssituation. Außenstehende Beobachter spekulierten hingegen besonders über die künftige Wirtschaftspolitik der DDR und die Personalentscheidungen. Der Abgang Ulbrichts, der im achtundsiebzigsten Lebensjahr stand, bereitete dabei kaum Überraschung. Mehr schon beschäftigte die „Abkehr vom bisherigen Modell des Ökonomischen Systems des Sozialismus“ die Experten.²² Das Ziel einer verbesserten Versorgung mit Dienstleistungen und Konsumgütern wurde dabei durchaus registriert, doch ging man zunächst von einer „weniger schwergewichtigen“ Fortführung der Strukturpolitik aus.²³ Ohne dass die soziale Problematik ausgeblendet worden wäre, nahm sie im Rahmen solcher Betrachtungen einen eher randständigen Platz ein.

20 Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, in: ebd., S. 8–58, hier 45–47.

21 Ebd., S. 166.

22 So z.B. bei Heinz-Werner Hübner: Erfahrungen und Schlußfolgerungen für die Planung 1972, in: Die Wirtschaft, Nr. 22, 2.6.1971, S. 7f; Kurt Erdmann: Abkehr vom bisherigen Modell des Ökonomischen Systems des Sozialismus, in: Deutschland Archiv 4 (1971), S. 816–832.

23 Ebd., S. 821.

2. In Kiellinie: Der 8. FDGB-Kongress

Vom 26. bis zum 30. Juni 1972, also etwa ein Jahr nach dem VIII. Parteitag der SED, fand der 8. FDGB-Kongress statt. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Herbert Warnke, verwies gleich zu Beginn seines Berichts auf die seither erzielten Fortschritte bei der Realisierung der „Hauptaufgabe“: 1,7 Mio. Werktätige seien in den Genuss lohnpolitischer Maßnahmen gekommen, wobei sich ihr Einkommen einschließlich der Jahresendprämien um 1,3 Mrd. Mark erhöht habe. Das Durchschnittseinkommen von Arbeitern und Angestellten sei schneller gewachsen „als das der anderen Klassen und Schichten“. Arbeiter könnten ihren Urlaub nunmehr in Interhotels verleben. Auch die Versorgung mit Kuren habe sich verbessert. Zudem seien die Renten und Sozialfürsorgeleistungen für 3,4 Mio. Bürger spürbar erhöht worden. Man habe Maßnahmen „zur Förderung berufstätiger Mütter, junger Ehen und der Geburtenentwicklung“ ergriffen. Die Wohnverhältnisse von Arbeitern und Angestellten würden „wesentlich verbessert und die Mieten für Neubauwohnungen in ein besseres Verhältnis zum Einkommen gebracht“. Alles dies habe ein „wohl nie in der Geschichte des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR“ registriertes Engagement „der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen“ bewirkt.²⁴

Die weiteren Ausführungen Warnkes zur Sozialpolitik folgten in etwa dem bisherigen Schema: Tarife, Sozialversicherung, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Arbeiterversorgung und Feriendienst, Preise, Wohnverhältnisse, Kinderbetreuung und Arbeitsrecht bildeten hier die Schwerpunkte.²⁵ Manche Aufgabenfelder erfuhren eine besondere Betonung: Der Arbeitslohn müsse die Hauptquelle des Realeinkommens bleiben. Die Tarifpolitik solle „wieder das Kernstück der Lohnpolitik darstellen“.²⁶ Die Jahresendprämie sei stärker am Leistungsprinzip zu orientieren. Bei der Sozialversicherung habe man mit höheren Zuwendungen aus dem staatlichen Konsumtionsfonds zu rechnen. Einen größeren Stellenwert beim Gesundheitsschutz müsse die Prophylaxe einnehmen. Auch der Arbeitsschutz sei zu verbessern, insbesondere bei Rationalisierungsmaßnahmen sollten die Arbeitsbedingungen nicht aus dem Blick geraten. Engpässe bei der Versorgung mit Arbeitsschutzkleidung seien noch nicht überwunden. Bei der Arbeiterversorgung müsse stärker auf die Qualität des Mittagessens und auf die Bedürfnisse der Schichtarbeiter geachtet werden. Der Feriendienst des FDGB könne bei allen Fortschritten den Bedarf an individuellen Reisen noch nicht voll decken. Die Anstrengungen zur Verbesserung des Konsumgüterangebots würden fortgesetzt, auch gelte es auf die Stabilität der Verbraucherpreise zu achten. Wohnungen seien künftig vermehrt durch die Betriebe und vorrangig an Arbeiterfamilien und junge Ehepaare zu vergeben. Die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) seien zu stärken. Im Interesse der Gleichberechtigung und Berufstätigkeit der Frauen müssten die Kapazitäten zur Unterbringung und Betreuung der Kinder erweitert werden. So sollten bis 1975 57.000 neue Kinderkrippen- und 112.000 Kindergartenplätze geschaffen werden. Zur Erleichterung des Arbeiteralltags sei eine enge „Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Staatsorganen, den

24 Protokoll des 8. FDGB-Kongresses vom 26. bis 30. Juni 1972 in Berlin – Hauptstadt der DDR. Hg. vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Berlin 1972, S. 15.

25 Ebd., S. 16–21.

26 Ebd., S. 17.

Betrieben und den gewerkschaftlichen Vorständen in den Territorien notwendig.“²⁷ Schließlich wurde die Erarbeitung eines neuen Arbeitsgesetzbuches in Aussicht gestellt.

Einen höheren Neuigkeitswert konnte das alles nicht beanspruchen. Aber mit einiger Berechtigung ließ sich hier ein Aufgabenkanon erkennen, den der FDGB für besonders wichtig hielt. Warnke knüpfte an die positive Zwischenbilanz allerdings auch ein Argument, das an den Versuch einer „Ökonomisierung“ der Sozialpolitik in den sechziger Jahren erinnerte: „Die vom VIII. Parteitag beschlossene Wirtschaftspolitik hat sich als eine von den Werktätigen verstandene und von ihnen bewußt unterstützte Politik, als eine echte Arbeiterpolitik erwiesen. Dabei bestätigt sich eindrucksvoll die einfache Wahrheit: Es kann nur verbraucht werden, was vorher erzeugt wurde. Deshalb gebührt der Wirtschaft die größte Aufmerksamkeit der Gewerkschaften.“²⁸ Das sah auch Erich Honecker so, der besonders den Versorgungsaspekt betonte: Die ökonomische Entwicklung sei „wieder planmäßiger, kontinuierlicher und ausgewogener geworden“.²⁹ Im Hinblick auf die Versorgung mit Konsumgütern wiederholte er aber einen Vorschlag, der unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Rationalität zumindest problematisch war: Jeder Betrieb müsse zur Konsumgüterproduktion beitragen. „Und für viele große Betriebe wird sich eine besondere Abteilung für die Herstellung von Konsumgütern als nützlich erweisen. Mehr und bessere Waren, die den Menschen nutzen und die ihnen gefallen, betrachten wir als wichtige Staatsangelegenheit.“³⁰ Hier handelte es sich, näher besehen, um einen Versuch, die eher aus der Not geborene Improvisation zu institutionalisieren und die Betriebe in dieser Angelegenheit fester an die staatliche Kandare zu nehmen.

Die Betriebe wollte man damit zu einer „planmäßigen“ Zusatzproduktion von Konsumgütern veranlassen. Hinter dieser harmlos klingenden Formulierung verbarg sich ein früher Hinweis darauf, dass sozial- und konsumpolitische Aufgaben künftig in einem für die Betriebe schwer zu kalkulierenden Maße oktroyiert werden könnten. Honecker hatte zu Beginn des Jahres in einem Zeitschriftenartikel zwar vehement gewarnt, dass Wunschdenken und „Subjektivismus in wirtschaftlichen Fragen [...] stets eine teure Angelegenheit“ seien.³¹ Doch genau in diese Richtung sollte die „Hauptaufgabe“ schon bald eine beachtliche, wenn auch nichtintendierte Dynamik entwickeln.

Es ist an dieser Stelle nicht nötig, auf die einzelnen Diskussionsbeiträge des FDGB-Kongresses einzugehen. Beispiele aus den unterschiedlichen Bereichen von Wirtschaft, Verwaltung, Kultur illustrierten die im Referat des Bundesvorstandes abgehandelten Themen. Unter den Gastbeiträgen waren es besonders die der polnischen und ungarischen Vertreter, die das Themenfeld der Sozial- und Konsumpolitik zumindest kurz streiften. So informierte Władysław Kruczek, Vorsitzender des CRZZ über die Vorbereitung des eigenen Gewerkschaftstages und über das vom VI. Parteitag der PZPR und vom Sejm angenommene Fünfjahresprogramm, das „ein viel größeres Gewicht als vorher auf den Fortschritt bei der Erhöhung des materiellen Lebensstandards, den Anstieg des Realeinkommens der Bevölkerung,

27 Ebd., S. 21.

28 Ebd., S. 22.

29 Ebd., S. 72.

30 Ebd., S. 73.

31 Erich Honecker: Fragen von Wirtschaft und Politik in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, in: Einheit 27 (1972), S. 12–20, hier 15.

den Wohnungsbau und eine raschere Modernisierung der sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen“ lege.³² Sándor Gáspár, Generalsekretär des Zentralrats der ungarischen Gewerkschaften (SZOT) setzte sich kritisch mit dem Begriff der Konsumgesellschaft auseinander und plädierte für eine Verbindung materieller und kultureller Bedürfnisse.³³ Der Vorsitzende der tschechoslowakischen revolutionären Gewerkschaftsbewegung (ČS ROH), Karel Hoffmann, beließ es bei der Feststellung, die Probleme, mit denen sich der FDGB-Kongreß befaße, „sind ähnlich den Problemen, mit denen sich auch unser kürzlich durchgeführter 8. Gewerkschaftskongreß befaßt hat“.³⁴ Zuvor hatte es der Vorsitzende des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Alexander N. Schelepin, fertiggebracht, die soziale Problematik nur indirekt und nichtssagend zu erwähnen: Die sowjetischen Gewerkschaften verwirklichten die Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU und ihres 15. Kongresses, sie „vervollkommen und vertiefen unablässig ihre Tätigkeit in allen Hauptrichtungen“.³⁵

Im Vergleich boten die beiden naturgemäß auf starke Außenwirkung zielenden Veranstaltungen ein recht unterschiedliches Bild. Der VIII. SED-Parteitag vermittelte trotz seiner konservativen Choreographie und trotz der immer wieder betonten Kontinuität in der Politik der Partei durchaus den Eindruck eines Neuanfangs. Honecker, offener und unkomplizierter als Ulbricht wirkend, schien der Repräsentant eines auf Pragmatismus und Verjüngung setzenden politischen Kurses zu sein. Vor allem erweckte er den Anschein, als könne er Erwartungen an „soziale Gerechtigkeit“ und Nähe zur Arbeiterschaft eher erfüllen, als dies bei seinem Vorgänger je der Fall gewesen war. Es gab in dieser Hinsicht einige Parallelen zu Edward Gierek, dessen Charisma möglicherweise auch etwas auf Honecker ausstrahlte. Unter diesen Voraussetzungen war es nicht verwunderlich, wenn der 8. FDGB-Kongress völlig und übrigens auch ganz gewollt in den Schatten des Parteitages geriet. Der FDGB tat sich wie früher schon schwer, ein eigenes Profil zu zeigen. Um die von Honecker angeordnete aktivere Rolle auszufüllen, musste der Apparat des FDGB quasi zur Jagd getragen werden. Gleichwohl erfuhr die Position des FDGB im Zusammenhang mit der angestrebten Neujustierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Stärkung. Insbesondere die betriebliche Sozialpolitik trug zu diesem Effekt bei. Auf sie wird noch näher einzugehen sein.

Der VIII. Parteitag wurde in der Folge durch die SED-Propaganda als Ausgangspunkt einer zielstrebigem und weitsichtig gesteuerten Entwicklung dargestellt. Was aber unter der Rubrik Eigenwerbung noch durchgehen mochte, sollte in der Realität bald zum Problem werden, nicht zuletzt, weil der Hauptakteur zunehmend dazu neigte, die Propaganda für Wirklichkeit zu halten – zumindest nach außen hin. Der damalige Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, deutet in seinen Memoiren eine Entwicklung an, bei der Honecker angeblich erst nach einiger Zeit unter den verhängnisvollen Einfluss Mittags geraten sei: Er selbst, Schürer, habe nach dem Parteitag bei der Beschlussfassung über das sozialpolitische Programm einen Zusammenstoß mit Honecker gehabt. Dessen ungeachtet habe ihn dieser Mitte 1973 zu einer persönlichen Aussprache gebeten, um zu erklären: „Gerhard, ich möchte, daß du in unseren ‚Verein‘ als Kandidat des Politbüros kommst, denn ich ver-

32 Protokoll des 8. FDGB-Kongresses, S. 113.

33 Ebd., S. 116.

34 Ebd., S. 114.

35 Ebd., S. 92.

stehe nicht viel von Ökonomie.“³⁶ Seit 1976 hätten sich die Dinge zum Schlechteren gewendet, als Honecker Günter Mittag erneut als Sekretär für Wirtschaftspolitik in das Zentralkomitee zurückholte, weil er mit dessen interimistischen Nachfolger bzw. Vorgänger Werner Krolikowski nicht zurechtkam. Erst die „Altmännerfreundschaft“ mit Mittag habe „aus dem bis dahin bescheidenen Honecker, den die hohe Funktion überforderte, einen uneinsichtigen, überheblichen, für Rummel und Schmus zugänglichen Politiker“ gemacht.³⁷ Inwieweit eine solche „negative Pädagogik“ tatsächlich eine Rolle spielte, mag dahingestellt bleiben. Wenn Honecker sich in rechthaberischer Manier präsentierte, ließ das wohl auch die Ahnung spüren, wie sehr sein politisches Schicksal von einer erfolgreichen Lösung der „Hauptaufgabe“ abhing. Auch war ihm wohl zumindest in den Grundzügen klar, auf welche Risiken er sich einließ. Darin glich seine Situation derjenigen Giereks, und das dürfte einiges erklären. Beide waren damit auf eine Rolle festgelegt, in der Sozialpolitik nicht nur eine zentrale Funktion hatte, sondern in der die Eigendynamik des Politikfeldes zum Hauptproblem werden sollte.

Einen Gesichtspunkt wird man bei der Beurteilung des politischen Entscheidungsprozesses nicht unterschätzen dürfen: Ende 1970 sprachen manche Gründe durchaus dafür, dass die im Zuge der jüngsten Entwicklung aufgestauten sozialen Probleme durch eine relativ einfache Korrekturbewegung zu lösen seien. In der politischen Führung ging man, so lassen es die entsprechenden Äußerungen erkennen, von einer Ressourcenumverteilung zugunsten des Lebensstandards und der sozialen Sicherung aus. Dass es sich dabei nicht um eine kurzfristige Option handelte, machen die Vorstellungen zur Entwicklung der nächsten Jahre sichtbar. Die Staatliche Plankommission interpretierte die Vorgaben des SED-Parteitagess zumindest in dieser Weise. Wie aus einem Strategiepapier zur Vorbereitung des Fünfjahresplanes 1971–1975 hervorgeht, sah sie die staatliche Aufgabe darin, „durch Steigerung der Konsumgüterproduktion in Industrie und Landwirtschaft in hoher Qualität und sortimentsgerecht eine stabile Versorgung der Bevölkerung vor allem mit Waren des Grundbedarfs zu gewährleisten, Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität der Einzelhandelsverkaufspreise durchzuführen und dem begründeten Bedarf der Bevölkerung entsprechend Sortimente mittlerer und niedriger Preisklasse anzubieten.“³⁸ Hier ging es also um eine zumindest mittelfristige Akzentverschiebung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Übergang dahin entsprach der bisher schon mehrfach praktizierten Pendelpolitik zwischen Investition und Konsumtion. Schon unmittelbar nach Verkündung der sozialpolitischen Maßnahmen sei es erforderlich gewesen, so die SPK, „volkswirtschaftliche Mittel in Form von Investitionen, Valuten, Arbeitskräften, Rohstoffen und Ausrüstungen zugunsten solcher Bereiche einzusetzen, die einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Hauptaufgabe leisten.“³⁹ Deren Lösung allerdings, und das war neu, sollte solche wirtschaftlich und politisch immer gefährlichen Pendelbewegungen künftig überflüssig machen.

36 Gerhard Schürer: *Gewagt und verloren. Ein deutsche Biographie*, Frankfurt/Oder 1996, S. 131.

37 Ebd.

38 BA, DE 1 /V A/56068, Ministerrat der DDR, Staatliche Plankommission, 23.7.1971: Zur Grundlinie und zu Hauptproblemen des Entwurfs der Staatlichen Aufgaben zur Ausarbeitung des Entwurfs des Fünfjahresplanes 1971–1975, S. 6.

39 Ebd., S. 7.

Eine derart, wenn man so will, konventionelle Sicht der Dinge mochte 1971 noch ihre praktische Berechtigung haben. Wie sollte diese strategisch gemeinte Wende anders zu vollziehen sein als mit den verfügbaren Instrumenten und Methoden? Dass diese von vornherein in Spannung zu denen der Wirtschaftsreform der späten 1960er Jahre standen, gehörte gewissermaßen zur Geschäftsordnung des Kurswechsels. Das Hauptproblem blieb allerdings erhalten. Es bestand ein erhebliches Rückfallrisiko in den Zielkonflikt zwischen Sozialpolitik und dritter industrieller Revolution.

3. Strategieentwicklung im Spiegel der ZK-Tagungen: Die optimistische Phase

Der neue Kurs der SED fand im politischen Sprachgebrauch der DDR bald schon seine Bezeichnung als „Politik der Hauptaufgabe“. Diese in semantischer Hinsicht wenig überzeugende Konstruktion wurde allgemein als Synonym für einen Ausbau des sozialistischen Sozialstaates verstanden. Das Konzept, wirtschaftliches Wachstum möglichst direkt in Wohlstand und soziale Sicherheit umzumünzen, erschien vielen plausibel. Wenn die Massenmedien der DDR die positive Resonanz herausstellten, die solche Ankündigungen fanden, war das vielleicht etwas schöngefärbt, aber nicht grundsätzlich falsch. Dahinter stand eine verbreitete Erwartungshaltung, die nach Jahren der Not und Unterversorgung nur allzu verständlich war. Zudem hatte die SED drei Aspekte in Rechnung zu stellen: Erstens konnte sie sich innenpolitisch eine weitergehende Entkopplung der sozialen Entwicklung von der immer noch beachtlich wachsenden Wirtschaft nicht länger leisten. Zweitens folgte die „Politik der Hauptaufgabe“ einer Strategie, die im sowjetischen Block zu dieser Zeit als Ultima Ratio galt. Drittens sah sich die DDR mit dem forcierten Ausbau des Sozialstaates in der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert und durfte schon deshalb kein Zurückfallen bei den sozialen Standards zulassen.

Vor diesem Hintergrund verliefen die Prozesse der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf der politischen Führungsebene der DDR seit 1971 ohne spektakuläre Ausschläge. Das war nicht zwangsläufig so, wie die immer wieder anklingenden Vorbehalte der SPK erkennen ließen. Aber die mit dem Machtantritt Honeckers einhergehende Verbindung von Neuansatz und Kontinuität erwies sich in taktischer Hinsicht durchaus als vorteilhaft. Auch dass der „Hauptaufgabe“ von Anfang an eine strategische Qualität beigegeben wurde, erweckte den Eindruck von Zielsicherheit und Berechenbarkeit. Gleichwohl gab es innerhalb der als Einheit wahrgenommenen und propagierten Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Drift, die von der anfänglich starken Betonung des Sozialen bereits nach zwei bis drei Jahren wieder zu einer massiven Akzentuierung der wirtschaftlichen Aspekte führte. Es wäre wohl übertrieben, darin eine Rückkehr zu den Positionen der späten 1960er Jahre anzunehmen, doch unverkennbar machten sich dieselben Problemlagen wieder geltend, die um 1970 zum Dissens beigetragen hatten.

Diese Entwicklung spiegelte sich in der Politik ebenso wie im wirtschaftlichen und sozialen Alltagsbetrieb. Man könnte sie mit einiger Berechtigung als erneuten Anlauf zur „Ökonomisierung“ der Sozialpolitik bezeichnen. Wie sie auf der zentralen Führungsebene der

SED wahrgenommen wurde und in politischen Entscheidungen zum Tragen kam, ist relativ deutlich anhand der Tagungen des Zentralkomitees der Partei zu erkennen. Die bei diesen Gelegenheiten vorgetragenen Berichte des Politbüros gewähren zwar keinen direkten Einblick in die internen Diskussionen dieses Zirkels, doch ist das auch nicht nötig. Denn, soweit es die derzeitige Literatur- und Quellenlage erkennen lässt, fand Honeckers Kurs in diesem Gremium und im hier betrachteten Zeitraum uneingeschränkte Unterstützung. Wichtiger erscheint es, die veröffentlichten Teile dieser Tagungsprotokolle als offizielle Verlautbarungen zu lesen. Sie teilten das mit, was die Parteiführung für mitteilenswert hielt, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dies legt es nahe, zunächst einmal die Reihe der ZK-Tagungen von 1971 bis 1975 daraufhin zu betrachten, wie sich die Spitzengremien der SED sozialpolitisch positionierten.

Die Mitte September 1971 auf dem 2. ZK-Plenum bekanntgegebenen Maßnahmen des Politbüros und des Ministerrates sahen vor, „zusätzlich zum bestätigten Versorgungsplan 1971 weitere Konsumgüter, die von der Bevölkerung besonders dringend benötigt werden, bereitzustellen“.⁴⁰ Verstärkt wurden auch Investitionen für die Produktion von Konsumgütern getätigt. Hier zeigen sich bereits deutliche Konsequenzen der Rezentralisierung in der Wirtschaftslenkung. Peter Mitzscherling⁴¹ kommentierte in der bereits erwähnten Studie: „Generell ist eine Verstärkung zentraler Planung, Lenkung und Kontrolle, eine Tendenz zur Zentralisierung festzustellen. Die Bilanzierungsverordnung [Anm. Mitzscherlings: Verordnung über Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung – Bilanzierungsverordnung, GBl. der DDR, Teil II 1971, S. 377ff.] sieht die Erhöhung der Verantwortung der Staatlichen Plankommission, der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane vor. Bereits für den Plan 1971 wurden 750 Positionen zentral geplant und bilanziert und erschwerten so die Bilanzierung der Betriebspläne – für 1972 sollen es rund 800 Positionen sein, [Anm. Mitzscherlings: Die Wirtschaft, 14.7.1971, S. 11] um das ‚Bilanzsystem als Hauptinstrument der Planung‘ [Anm. Mitzscherlings: Direktive des VIII. Parteitags der SED zum Fünfjahrplan.] wirksamer zu machen und zu vervollkommen. Statt einer ‚Vervollkommnung der Planung und Leitung‘ des Ökonomischen Systems, wie sie der Direktiventwurf zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975 vorgesehen hatte, steht in der Direktive nun Leitung vor Planung.“⁴²

Daraus ergaben sich neue Probleme. Während die Planung der Konsumgüterproduktion bisher nur nach einigen grundsätzlichen Vorgaben zum Sortiment und Wert der Erzeugnisse erfolgt war, arbeiteten die Staatliche Plankommission und die Industrieministerien seit 1971 einen „Zentralen Versorgungsplan“ aus, der „versorgungswichtige“ Warengruppen enthielt, gliedert nach Menge, Wert und teilweise auch nach Preisgruppen. Planungen für weitere „versorgungswichtige“ Produkte erfolgten seitens der VVB sowie der Zentralen Warenkontore bzw. Großhandelskontore, sie mussten jedoch zentral bestätigt werden. Diese Ausweitung der zentralen Planung bis in die Sortiments- und Preisstrukturen „versorgungswichti-

40 2. Tagung des ZK der SED, 16./17.9.1971. Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED. Berichterstatte: Genosse Hermann Axen. Entschließung des ZK der SED zum Vierseitigen Abkommen über Westberlin, Berlin 1971, S. 16.

41 Peter Mitzscherling, Jg. 1928, ab 1968 Leiter der Abteilung „DDR und östliche Industrieländer“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

42 Peter Mitzscherling: Die Wirtschaft der DDR. Bestandsaufnahme und Aussichten, in: Deutschland Archiv 4 (1971), S. 1264–1291, hier 1279.

ger“ Güter hinein wurde damit begründet, dass viele Betriebe dazu neigten, den Plan zwar wertmäßig, aber nicht bedarfsgerecht zu erfüllen.⁴³

Immerhin schien die Rezentralisierung unumstritten zu sein. Mitte der siebziger Jahre registrierte es selbst der als ehemals führendes Mitglied der NÖS-Mannschaft zeitweise unter Druck geratene Günter Mittag als bedeutenden Gewinn, „daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus noch stärker die gesamte Leitungstätigkeit durchdringt“. Das zeige sich beispielsweise „in der wissenschaftlichen Fundiertheit unserer Pläne, in ihrer besseren Bilanzierung, in der zunehmenden Rolle qualitativer Kennziffern bei ihrer Begründung und Aufgabenstellung“. ⁴⁴ Daran allerdings dürften zu diesem Zeitpunkt zumindest beim wirtschaftlichen Leitungspersonal und in der Planungsbürokratie bereits ernste Zweifel bestanden haben. Nach dem Ende der DDR resümierte Günter Mittag dann auch, dass dem Neuen ökonomischen System „1971 praktisch der Todesstoß versetzt“ worden sei:

„Die schlimmsten Auswirkungen hatte die Mengenplanung nach Stück in der Leichtindustrie. Angeblich im Interesse der Versorgung der Bevölkerung wurden Hosen, Blusen, Röcke, Anzüge usw. in Stück geplant und den Betrieben diese Menge vorgegeben. Sie versuchten, die Menge auf die für sie leichteste Weise zu erreichen, vor allem auf Kosten der Qualität und durch Weglassen modischer Details. Das bedeutete zunehmend Ladenhüter und damit Material- und Arbeitszeitverschwendung.

Hinzu kam, daß die Arbeitsproduktivität der Betriebe auf dieser Grundlage errechnet und verbindlich vorgegeben wurde. Von Jahr zu Jahr wurden die Herstellungszeiten für bestimmte Erzeugnisse gesenkt. Da die Nähmaschinen aber nicht mehr schneller laufen konnten, wurde eben manches weggelassen, die Mode der Technologie und nicht die Technologie der Mode angepaßt.

Verschärft wurde die Situation durch die sogenannte ‚Preisgruppenplanung‘, wonach ein bestimmter festgelegter Anteil der Produktion auf eine untere, mittlere und obere Preisgruppe entfallen mußte, unabhängig davon, wie die realen Bedürfnisse waren.“⁴⁵

Die im Grundsatz richtige Entscheidung, für ein reichhaltigeres Angebot an Konsumgütern zu sorgen, erwies sich aus der Sicht der Betriebe auch unter anderem Aspekt als nicht sonderlich attraktiv. Denn seit der Industriepreisreform der sechziger Jahre waren die Industriepreise flexibilisiert, die Preise für Konsumgüter jedoch stabil gehalten worden. Eine Mehrproduktion von Konsumgütern bot aber mit der Einführung neuer Erzeugnisse Gelegenheit, neue Preise zu fordern. Die so zustande gekommene Anhebung von Verbraucherpreisen wurde noch im Jahr 1971 durch das Verbot von Preiserhöhungen blockiert. Am 19. November 1971 veröffentlichte zuerst die Zeitung „Neues Deutschland“ einen entsprechenden Beschluss.⁴⁶

43 Angela Scherzinger-Rüger: Gegenwärtige Probleme der Jahresplanung in der DDR, in: Deutschland Archiv 5 (1972), S. 920–932, hier 929f.

44 Günter Mittag: Unsere Wirtschaft im Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Einheit 31 (1976), S. 17–28, hier 27.

45 Ders.: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin /Weimar 1991, S. 142f.

46 Maßnahmen zur Stabilität der Verbraucherpreise, in: Neues Deutschland, 19.11.1971, S. 1; Beschluß über die Bestätigung der Verbraucherpreise für Konsumgüter nach staatlichen Nomenklaturen und zur Erhöhung der Verantwortung des Amtes für Preise vom 17.11.1971, in: GBl. der DDR II 1971, S. 674–678; s.a. Beschluß zur Änderung des Beschlusses über die Bestätigung der Verbraucherpreise für Kon-

Auf der 4. Tagung des ZK der SED am 16. und 17. Dezember 1971 fasste Erich Honecker die wesentlichen Merkmale dieser Entscheidung zusammen:

- „1. Im Zeitraum des Fünfjahrplanes 1971/1975 dürfen keine Verbraucherpreise für Konsumgüter erhöht werden.
2. Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren in den unteren und mittleren Preisgruppen ist in den entsprechenden Mengen, Sortimenten und Qualitäten zu gewährleisten. Das soll vor allem durch zweckmäßigen Einsatz von herkömmlichen Rohstoffen und entsprechenden Fasermischungen erreicht werden.
3. In den Sortimenten, bei denen in den kommenden Jahren durch den wachsenden Einsatz synthetischer Fasern die Anteile in den hohen Preisgruppen besonders steigen, sind die Verbraucherpreise durch Verminderung der Kosten, der Verbrauchsabgabe an den Staatshaushalt und der Handelsspanne zu korrigieren.“⁴⁷

Wie Walter Halbritter (*1927), Minister und Leiter des Amtes für Preise, auf dieser Plenartagung ausführte, wurden die Preise von nun an auf doppelte Weise kontrolliert und bestätigt. Bei neuen oder weiterentwickelten Erzeugnissen waren sie durch den Ministerrat, das Amt für Preise oder durch die Ministerien nach einer festgelegten Nomenklatur zu genehmigen. Die Preise aller anderen Produkte mussten nach einer Revision der Preisbildung in Betrieben, VVB und Kombinatn durch das Amt für Preise bestätigt werden. Die Regelung betraf sowohl Industrie- als auch Verbraucherpreise. Diese „Linie der Preispolitik“ galt als „wesentlicher Bestandteil der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes“.⁴⁸ Noch deutlicher war Honecker geworden: Die „Bedürfnisse der Menschen“ seien „nicht Punkt zwei, drei oder vier, sondern Punkt eins der Planung“.⁴⁹

So hätte man das in einer etwas weiteren Auslegung auch schon unter Ulbricht formulieren können. Im gegebenen Fall erklärte sich die starke Betonung der Versorgungspolitik aus dem Bestreben, rasch zu sichtbaren Erfolgen bei der Stabilisierung und Erweiterung des Warenangebots zu gelangen. Die Situation blieb noch immer prekär. Allerdings entwickelte sich die dadurch verursachte Unzufriedenheit in der Bevölkerung auf einem gerade in den sechziger Jahren angehobenen Niveau des Lebensstandards. Es waren nicht mehr die akuten Mangelsituationen zu bewältigen, sondern es galt, einen inzwischen schon anspruchsvollen Bedarf zu befriedigen. Das machte die Angelegenheit nicht einfacher. Zudem war es mit einem besseren Angebot an Nahrungs- und Genussmitteln sowie Konsumgütern nicht getan, man musste sie sich auch leisten können. Einkommensschwache Gruppen wie Rentner und Niedriglohnempfänger partizipierten daran nur wenig.

In dem Zusammenhang spielten die gleichzeitig beschlossenen lohnpolitischen Schritte eine Rolle. Sie ähnelten eher einer Notmaßnahme. Die Mindestbruttolöhne wurden von 300 auf 350 Mark angehoben und die monatlichen Bruttolöhne unter 435 Mark differenziert

sumgüter nach staatlichen Nomenklaturen und zur Erhöhung der Verantwortung des Amtes für Preise vom 22.12.1971, in: GBl. der DDR II 1971, S. 725.

47 4. Tagung des ZK der SED, 16./17.12.1971. Honecker, Erich: Zu aktuellen Fragen bei der Verwirklichung der Beschlüsse unseres VIII. Parteitages, Berlin 1971, S. 23.

48 4. Tagung des ZK der SED, 16./17.12.1971. Aus den Diskussionsreden auf der 4. Tagung des ZK der SED, Berlin 1972, S. 78f.

49 4. Tagung des ZK der SED, 16./17.12.1971. Honecker, Zu aktuellen Fragen, S. 24.

erhöht. Die Mindestrenten der Sozialversicherung stiegen bei mehr als 15 Arbeitsjahren auf 170 und bei unter 15 Arbeitsjahren auf 160 Mark. Auch die Renten für Kriegsbeschädigte, Unfallopfer sowie Witwen bzw. Witwer von Unfallopfern erhöhten sich auf 160 Mark.⁵⁰ Viele der damit bedachten Einkommensbezieher lebten an oder unterhalb der Armutsgrenze.⁵¹ Das Problem schwelte schon lange. Nach dem VII. Parteitag der SED waren im März 1968 einige dringend gebotene Verbesserungen im Rentenrecht sowie im Bereich der Sozialfürsorge vorgenommen worden.⁵² Gleichwohl hielt der Handlungsdruck zur Armutskämpfung an, wie Inhalt und Zahl der Eingaben an den Staatsrat und die Volkskammer zeigten.⁵³ Erst nach dem Kurswechsel vom Herbst 1970 nahm sich die Führungsspitze der SED dieses Problems wieder intensiver an. Dies geschah nicht nur, um akute soziale Notlagen zu lindern. Vielmehr waren Renten und Fürsorgeleistungen in ein preis- und lohnpolitisches Gesamtkonzept einzuordnen, hinter dem erklärtermaßen eine gesellschaftspolitische Absicht stand: „Wenn wir heute den Weg beschreiten, im Ergebnis höherer Produktivität gesellschaftlicher Arbeit das Realeinkommen der Werktätigen vor allem durch differenzierte Einkommensentwicklung bei stabilen Preisen zu erhöhen, so deshalb, weil ein solcher Weg es uns gestattet, die Lebenshaltung der verschiedenen Bevölkerungsschichten klassenmäßig und sozialpolitisch derart gezielt zu beeinflussen, wie es durch Preissenkungen unmöglich ist.“⁵⁴ Dem entsprach die wiederholt vorgetragene Auffassung, Löhne bzw. Gehälter seien in der DDR als Haupteinkommensquelle zu betrachten.

Angesichts der Erwerbssituation war das einleuchtend. Auch die Absicht, Lohn und Gehalt als zentrale Elemente der Leistungsanreizsysteme weiterzuentwickeln, erschien plausibel. Was jedoch eine „klassenmäßige“ und „sozialpolitische“ Beeinflussung der Lebenshaltung unterschiedlicher Bevölkerungsschichten bedeuten sollte, verdient genauere Betrachtung. Denn hiermit war in erster Linie eine soziale Privilegierung von Arbeiterhaushalten gemeint. Dahinter wiederum stand ein gesellschaftspolitisches Konzept, das die Politik nach dem Dezember 1970 maßgeblich beeinflusste. Hierauf wird an anderer Stelle näher einzugehen sein. Nur auf den ersten Blick schien sich die praktische Politik in einem kleinteiligen Problemgeflecht zu bewegen. In Wirklichkeit blieb der gesamtgesellschaftliche Konstruktionsanspruch der SED auch darin stets präsent.

Das sozialpolitische Entscheidungsspektrum reichte zu diesem Zeitpunkt vom Versuch, selbst marginale Details zentral zu kontrollieren und zu regeln, bis hin zu gesellschaftspoliti-

50 VO über die Erhöhung des monatlichen Mindestbruttolohnes von 300 auf 350 Mark und die differenzierte Erhöhung der monatlichen Bruttolöhne unter 435 Mark vom 3.2.1971, in: GBl. der DDR II 1971, S. 81; VO über die Erhöhung der Mindestrenten der Sozialversicherung vom 10.2.1971, in: GBl. der DDR II 1971, S. 133.

51 Vgl. Günter Manz: Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau, Augsburg 1992.

52 Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Weiterentwicklung des Rentenrechts und zur Verbesserung der materiellen Lage der Rentner sowie zur Verbesserung der Leistungen der Sozialfürsorge vom 15.3.1968, in: GBl. der DDR I 1968, S. 187.

53 SAPMO-BArch, DY-34, 21792, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik des Staatsrates: Informationsbericht über den wesentlichen Inhalt der an den Vorsitzenden und die Mitglieder des Staatsrates sowie an die Volkskammer gerichteten Eingaben im Monat März 1969.

54 Kurt Ambrée/Fred Matho: Stabile Verbraucherpreise für Konsumgüter, in: Einheit 27 (1972), S. 498–505, hier 500.

schen Optionen. Als in dieser Hinsicht exemplarisch ließe sich das 5. Plenum des SED-Zentralkomitees anführen, das am 27. und 28. April 1972 tagte. Im Bericht des Politbüros war davon die Rede, dass in den ersten drei Monaten des Jahres 1972 für 609 Mio. Mark mehr Nahrungs- und Genussmittel sowie für 568 Mark mehr Industriewaren an die Bevölkerung verkauft worden seien als im Vorjahr, d. h. man habe eine Steigerung von 7,9% erzielt. Insbesondere gebe es eine bessere Versorgung mit Waren des Grundbedarfs. Erhebliche Steigerungen seien bei Arbeitsbekleidung, Untertrikotagen, Damenstrumpfhosen, Haushaltswäsche, Wohnraumtextilien, Werkzeugen und Vollwaschmitteln zu verzeichnen. Allerdings Sorge eine enorme Nachfrage für Engpässe bei verschiedenen Textilerzeugnissen, Schuhen und Möbeln. Auch habe man es teilweise mit zunehmenden Qualitätsmängeln zu tun.⁵⁵

Auf derselben Tagung stellte Honecker „im Namen des Politbüros“ einen „Gemeinsamen Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes“ mit dem Bemerken vor, dies sei „ein großer, aus vielen einzelnen Teilen harmonisch zusammengefügter Plan sozialen Fortschritts“. Jede einzelne Regelung sei „sorgfältig durchdacht und aus einer gründlichen Analyse der Lebensbedingungen der Werktätigen erwachsen“.⁵⁶ Selten wurde der Kontrast zur Ulbricht'schen Wirtschaftsreform so deutlich, wie in diesem Fall. Während die Reform zumindest der Intention nach auf ein marktähnliches, sich selbst herstellendes Nachfrage-Angebots-Gleichgewicht zielte, erfüllte der „Gemeinsame Beschluß“ eher die Funktion eines Füllhorns. Dessen Inhalt sollte nunmehr „nach gründlicher Analyse“ auf zentrale Weisung hin zusammengestellt und verteilt werden. So hatte man sich wohl die Sozialpolitik der Zukunft vorzustellen.

Wenn sich im Alltag der DDR zwischen diesem Anspruch und der Wirklichkeit eine Differenz auftat, ließ sich diese zumindest noch im Jahr 1972 als Nachklang der im ÖSS aufgetretenen Disproportionen betrachten. Die SED hatte deshalb auch keine Probleme damit, wenn ihr oberstes Gremium regelmäßig neben unbestreitbaren Erfolgen auch Schwachstellen bilanzierte. So registrierte das ZK der SED auf seiner 6. Tagung im Juli 1972 neben einem Anstieg des Industriewarenumsatzes im ersten Halbjahr 1972 um 8,4% und der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung um 4,5% ein Verfehlen der Planziele bei Untertrikotagen, Porzellan und elektrischen Haushaltgeräten, auch die mangelhafte Erzeugnisqualität besonders bei Schuhen und Möbeln kam zur Sprache.⁵⁷

Der hierdurch erweckte Eindruck kritischer Transparenz relativierte sich allerdings dadurch, dass jeder Bewohner der DDR beim Einkauf selbst feststellen konnte, welche Versorgungsengpässe gerade bestanden. Nach wie vor suchte man in strukturellen Spätfolgen

55 5. Tagung des ZK der SED. 27./28. April 1972. Aus dem Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des ZK der SED. Berichtersteller: Genosse Gerhard Grüneberg, Berlin 1972, S. 17.

56 5. Tagung des ZK der SED. 27./28. April 1972. Erich Honecker: Neue Maßnahmen zur Verwirklichung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages. Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes, Berlin 1972, S. 12.

57 6. Tagung des ZK der SED. 6./7.7.1972, Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK. Berichtersteller Genosse Werner Jarowinsky, Berlin 1972, S. 13f.

des ÖSS eine Erklärung, doch mehrten sich auch Versuche, neue Sündenböcke zu finden. Ein Beispiel hierfür bot die 7. ZK-Tagung am 12. Oktober 1972. Werner Lamberz (1929–1978), Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, informierte die Teilnehmer, dass die Vertragsrückstände der Industriebetriebe im dritten Quartal mit 1,4 Mrd. Mark zu Buche schlugen, während der Investitionsplan nur mit 86% erfüllt worden war.⁵⁸ Lamberz machte hierfür Baubetriebe und Investitionsgüterhersteller verantwortlich und schloss mit einer in der Geschichte politischer Macht häufig anzutreffenden Argumentationsfigur: Es sei „eine Tatsache, daß die Menschen noch zu oft in den Geschäften nach Ober- und Untertrikotagen für Herren und Knaben, nach Kostümen und Hosenanzügen für Damen, nach Mädchenkleidern, überhaupt nach Kinderbekleidung und Kinderschuhen, nach Schuhen generell, nach Strumpfwaren, Wohnraummöbeln, Koffern, Täschnerwaren, Vollwaschmitteln, nach Haushaltsporzellan, Tassen, Tellern, bestimmten Ersatzteilen und nach anderen Dingen vergeblich fragen müssen. Wir nehmen das sehr ernst; doch muß man fragen, ob alle, die in dieser Sache Verantwortung tragen, dies auch immer so ernst nehmen!“⁵⁹ Mit anderen Worten, die Versäumnisse sollte man nicht auf der politischen Führungsebene, sondern bei nachgeordneten Entscheidungsträgern suchen.

Unwidersprochen blieb dies allerdings nicht. Auf ebendieser Tagung meinte Johann Wittek (*1923), ZK-Mitglied und Minister für Leichtindustrie, eine „prinzipielle Lösung“ des Versorgungsproblems liege „letztlich nur in der zielstrebigem Erhöhung der Produktion durch die Modernisierung der Produktionsanlagen“. Zudem verwies er auf die Fragwürdigkeit der Bewertungskriterien für den wirtschaftlichen Erfolg: „Würden sich die Betriebe außerdem von gegenwärtig noch geltenden Maßstäben leiten lassen, nach welchen sie jetzt noch beurteilt werden, dann würden sie sich gegen die Produktion bedarfsgerechter Erzeugnisse entscheiden.“⁶⁰ Diese Kritik gab einen Hinweis darauf, wie unklar die wirtschaftlichen Prämissen für die „Politik der Hauptaufgabe“ von Anfang an waren.

4. Strategieentwicklung im Spiegel der ZK-Tagungen: Die desillusionierende Phase

Relativ schnell verschliss das maßgebende Erklärungsmuster, alles werde mit einer Rückkehr zur zentralen und proportionalen Planung ein gutes Ende finden. Schon im Verlauf des Jahres 1972 machte sich eine Tendenz bemerkbar, nach tieferliegenden Problemen bei der Lösung der „Hauptaufgabe“ zu fragen. Zunächst lag es nahe, Wege zur Behebung der noch immer bestehenden Versorgungsengpässe zu suchen. Vorschläge wie der, durch die Einführung eines Leistungsfonds Anreize für Mehrarbeit schaffen, ließen nicht lange auf sich war-

58 7. Tagung des ZK der SED. 12. Oktober 1972. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter: Genosse Werner Lamberz, Berlin 1972, S. 11f.

59 Ebd., S. 15.

60 7. Tagung des ZK der SED. 12. Oktober 1972. Aus den Diskussionsreden auf der 7. Tagung des ZK der SED, Berlin 1972, S. 28.

ten.⁶¹ Dem wurde mit gutem Grund, aber in einen *Circulus vitiosus* mündend, entgegengehalten: „Lohn, Gehalt und Prämie allein genügen nicht als materieller Anreiz, sie müssen auch in entsprechende Waren und Dienstleistungen umgesetzt werden können.“⁶² Der private Konsum sei ein wirtschaftlicher Wachstumsfaktor, denn wachsende Bedürfnisse trieben die Produktion voran. Die Konsumtion trage entscheidend zur Reproduktion der Arbeitskraft und zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit bei, und von der Gestaltung der Konsumtion hänge weitgehend die Wirksamkeit der materiellen Interessiertheit ab.⁶³ Ein kenntnisreicher Beobachter der DDR kommentierte diese Argumentation sarkastisch: „Unverhohlen predigen diese SED-Wissenschaftler die Konsumideologie. Vielleicht ist ihnen aufgegangen: Die Pläne kommen und gehen, aber die Probleme bleiben.“⁶⁴

Das traf offenbar einen Nerv. Dafür sprach, dass die wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung in der DDR reflexartig auf dieses Thema ansprang und die Existenz einer sozialistischen „Konsumtengesellschaft“ oder auch die zyklische Abfolge von Investition und Konsumverzicht bzw. von Konsum und Investitionsverzicht in Abrede stellte. Das Gegenargument lautete, man könne das „Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ nicht überlisten.⁶⁵ Tatsächlich zielten bereits seit 1972 politische Vorgaben darauf ab, „die Methodik der Planausarbeitung so gründlich durchzuarbeiten, daß sie bis 1975 weitgehend stabil bleibt und ab 1976 für einen ganzen Fünfjahreszeitraum als eine verbindliche ‚Ordnung der Planung‘ langfristig festgelegt werden kann.“⁶⁶ Dies sollte in Anlehnung an die in der UdSSR seit Jahren angewandten Typenmethodiken der Planung geschehen und letztlich eine bis 1990 reichende Langfristplanung ermöglichen.⁶⁷

Betrachtet man die weitere Entwicklung aus der Perspektive der SED-Führung, so lagen zwei Dinge nahe: Erstens musste man für eine mittel-, wenn nicht langfristige Verstetigung der sozial- und konsumpolitischen Anstrengungen sorgen. Zweitens galt es der Gefahr einer erhöhten Auslandsverschuldung für konsumtive Zwecke vorzubeugen. Daran wurde im Prinzip schon seit 1972 gearbeitet. Wie Günter Mittag im Dezember auf dem 8. Plenum informierte, lag zu diesem Zeitpunkt bereits eine Konzeption zur langfristigen Entwicklung der Konsumgüterproduktion vor, die der Regierung als Grundlage für die weitere Planungstätigkeit übergeben worden war. Bemerkenswert daran war die Feststellung, „daß stabile Lösungen für die Versorgung mit Konsumgütern nicht in erster Linie mit Importen erreicht werden, sondern durch eigene Leistungssteigerungen.“ Auch ginge es nicht nur um eine große Menge von Waren, sondern auch um eine höhere Qualität. Die Industrie sah sich aufgefordert, für die Konsumgüterproduktion „auf dem Wege der sozialistischen Rationali-

61 Siegfried Böhm: Förderung der Initiative der Betriebskollektive durch den Leistungsfonds und andere ökonomische Regelungen, in: *Die Wirtschaft*, Nr. 26, 28.6.1972, S. 3–5.

62 Georg Ebert/Fred Matho/Harry Milke: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Hauptaufgabe, in: *Einheit* 27 (1972), S. 698–706, hier 703.

63 Ebd., S. 702f.

64 Fred Oldenburg: Das 6. ZK-Plenum, in: *Deutschland Archiv* 5 (1972), S. 787–792, hier 792.

65 Gerd Friedrich/Gerhard Schulz: Effektivität, wissenschaftlich-technische Revolution und sozialistische Wirtschaftsführung, in *Einheit* 28 (1973), S. 187–197, hier 188.

66 Wolfgang Krause: Vervollkommnung der Planung – Erfordernis zielstrebigter Lösung der Hauptaufgabe, in: *Einheit* 28 (1973), S. 284–292, hier 291.

67 Ebd., S. 292; Harry Bretschneider: Langfristige Planung bis 1990, in: *Einheit* 28 (1973), S. 448–454.

sierung Produktionskapazitäten intensiv zu erweitern, u.a. durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und höhere Schichtauslastung der Maschinen und Anlagen“.⁶⁸

Darin deutete sich an, dass die 1970 eingeleitete Sozialpolitik, also vor allem die Anhebung von Niedriglöhnen und Renten, Lohn- und Prämienerrhöhungen für Beschäftigte wichtiger Berufsgruppen, Urlaubsverlängerungen für berufstätige Mütter, die Steigerung der Konsumgüterproduktion, die Beschleunigung des Wohnungsbaus und nicht zuletzt die Stützung der Verbraucherpreise, am Limit lag. Deshalb hielt es Erich Honecker im Schlusswort zu dieser ZK-Tagung auch für angezeigt zu mahnen: Nicht alle Wünsche könne man erfüllen. „Auch wir müssen uns nach der Decke strecken.“ Nur das zuvor Erarbeitete ließe sich auch verbrauchen. Deshalb müsse das weitere wirtschaftliche Vorgehen auf „die Intensivierung des Reproduktionsprozesses und die Entwicklung der Konsumgüterproduktion“ ausgerichtet sein.⁶⁹

Dies konkretisierend, unterstrich Honecker zwei Aspekte: Bei künftigen Industrieinvestitionen und im Zuge der notwendig forcierten Rationalisierung müssten angesichts des rückläufigen Arbeitskräftepotentials der DDR Arbeitsplätze eingespart werden.⁷⁰ Die Konsumgüterproduktion dürfe nicht nur aus dem Blickwinkel bestimmter Angebotslücken betrachtet werden. Vielmehr müsse „die Erzeugung von Konsumgütern in der Struktur unserer Volkswirtschaft schon von der Sache her ein größeres Gewicht erhalten“.⁷¹ Dem hätten auch kritische Zeitgenossen kaum widersprechen können, wenn nicht Honecker selbst zuvor für die Verstaatlichung der für die Konsumgüterproduktion überaus wichtigen privaten bzw. „halbstaatlichen“ Wirtschaft gesorgt hätte. Bereits auf der folgenden ZK-Tagung im Mai 1973 musste er „deutlich größer“ gewordene Leistungsunterschiede und „bestimmte Reibungen“ in Kombinat und Betrieben einräumen.⁷² Um diese Probleme zu lösen, brauche man „etwas Zeit“. Aber wenn man die Hauptaufgabe als eine strategische Zielsetzung auffasse, dann gehe es „nicht nur (um) Monate und Jahre, sondern letzten Endes (um) Jahrfünfte und Jahrzehnte eines zugleich dynamischen und beständigen wirtschaftlichen Wachstums“.⁷³

Wenn man die folgenden Tagungen des ZK der SED betrachtet, ist allerdings von einer entwickelten, also auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch reflektierten sozialpolitischen Strategie wenig zu erkennen. Man bewegte sich zwischen Erfolgsmeldungen und kritischen Anmerkungen. So reichte das Themenspektrum der 10. ZK-Tagung im Oktober 1973 von der Versorgung mit Obst und Gemüse bis zum Wohnungsbauprogramm.⁷⁴ Unverkennbar

68 8. Tagung des ZK der SED. 6./7.12.1972. Aus dem Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter: Günter Mittag, Berlin 1972, S. 12.

69 8. Tagung des ZK der SED. 6./7. Dezember 1972. Erich Honecker: Das Volk der DDR kann mit Zuversicht die Schwelle zum Jahr 1973 überschreiten. Aus dem Schlußwort, Berlin 1972, S. 16f.

70 Ebd., S. 19.

71 Ebd., S. 24.

72 9. Tagung des ZK der SED. 28./29. Mai 1973. Zügig voran bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitag der SED. Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1973, S. 35.

73 Ebd., S. 38.

74 10. Tagung des ZK der SED. 2. Oktober 1973. Aus dem Bericht des Politbüros an die 10. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter: Genosse Albert Norden, Berlin 1973, S. 11; 10. Tagung des ZK der SED. 2. Oktober 1973. Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 bis 1990, Berlin 1973.

tendierten die Diskussionsbeiträge, besonders die aus den Bezirken und Betrieben, zu einer positiven Sicht. Die Gründe hierfür wird man teils in realen Fortschritten, teils auch im Bestreben der berichtenden Funktionäre zu suchen haben, sich und ihren Verantwortungsbe- reich nicht zur Zielscheibe von Kritik zu machen. Gleichwohl deuteten sich vor allem im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen und der Initiative zur Konsumgüterpro- duktion schon relativ früh bedenkliche Nebenwirkungen an. Es gebe, meinte der FDGB- Vorsitzende Herbert Warnke, eine Tendenz, „die höheren Anforderungen durch die extensi- ve Ausdehnung der Arbeitszeit, d.h. durch die Anordnung von vermehrter Überstundenar- beit, erfüllen zu wollen“. Zwar würden auch 1974 „gewisse Überstunden“ nicht zu vermei- den sein. „Aber es gilt sie systematisch abzubauen, denn sie schmälern die Freizeit der Arbeiter und schaffen Gefahren für ihre Gesundheit. Das Anwachsen des Krankenstandes hat eine Ursache in der wachsenden Zahl der Überstunden, und die Überstunden beeinträch- tigen auch die Arbeitssicherheit und führen natürlich auch zur Verteuerung der Produkti- on.“⁷⁵ Allerdings wusste offenbar auch Warnke keinen Ausweg. Jedenfalls genehmigte das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes, wenn auch mit kleinen Einschränkungen, die beispielsweise von den Ministern für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau sowie für Elektrotechnik/Elektronik eingereichten Anträge zur „Erweiterung“, also faktisch zur Auf- weichung der Überstundenbegrenzung.⁷⁶

Widersprüchliche Signale kamen aus dem Bereich des Arbeitsschutzes. Angesichts der Bemühungen um eine weitere Steigerung der Arbeitsintensität lag es durchaus im Sinne der sozialpolitischen Programmatik, wenn sich die Gremien des FDGB verstärkt mit dem Prob- lem befassten.⁷⁷ Ein Politbürobeschluss vom November 1971 hatte dafür gesorgt, dass die bei Arbeitsschutztechnik und Arbeitsschutzbekleidung bestehenden Engpässe reduziert werden konnten.⁷⁸ Allerdings zeigte sich parallel dazu ein merkwürdiger Effekt: Während die Zahl der Arbeitsunfälle zurückging, zeigte der Krankenstand eine steigende Tendenz. Es mochte hier einen Zusammenhang mit dem statistisch nachgewiesenen Anstieg der durch Lärm und andere schädliche Umwelteinflüsse in den Betrieben bedingten Berufskrankheiten gegeben haben.⁷⁹ Generell registrierte man Anzeichen für anhaltende Schwierigkeiten bei der Sicherung angemessener Arbeitsbedingungen. In einem Bericht des Volksammeraus-

75 11. Tagung des ZK der SED. 14./15. Dezember 1973. Aus den Diskussionsreden der 11 Tagung des ZK der SED, Berlin 1973, S. 9.

76 SAPMO-BArch, DY 34 / 25693, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 4.7.1973: Beschluß Nr. S 445/73; SAPMO-BArch, DY 34 / 25693, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 29.8.1973, Beschluß Nr. S 578/73.

77 SAPMO-BArch, DY 34 / 25691, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FGDB am 27.9.1972: Bericht über die Entwicklung der Arbeitsunfälle und die Wirksamkeit der Maß- nahmen zur Überwindung der steigenden Unfalltendenzen besonders auf den Energiegroßbaustellen (Berichterstatter: Koll. Enke, BV FDGB Cottbus); Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundes- vorstandes des FGDB am 25.10.1972: Bericht über das Unfallgeschehen im 1. Halbjahr 1972 und ein- geleitete Maßnahmen (Berichterstatter: Koll. Willim, Abt. Arbeitsschutz).

78 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 13111/1, G. Kleiber an G. Mittag, 18.9.1973: Information zum Stand der Durchführung des Politbürobeschlusses vom 23.11.71 und des Ministerratsbeschlusses zum Bericht über die Bedarfsdeckung an Arbeitsschutztechnik, Arbeitsschutzbekleidung und -mitteln sowie deren Qualität vom 3.11.71 bei Erzeugnissen der Leichtindustrie.

79 BA, DA 1 / 11560, Stenographisches Protokoll des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik der Volksammer am 5.10.1972, S. 13.

schusses für Arbeit und Sozialpolitik war in diesem Zusammenhang von einer „ungenügenden wechselseitigen Durchdringung der technisch-ökonomischen und sozialen Planung“ die Rede.⁸⁰

Ungeachtet kritischer Hinweise, die durchaus nicht so selten waren, blieben die Tagungen des ZK der SED bis 1974 in einer optimistischen Tonlage. Dies mochte auch damit zusammenhängen, dass man in der Parteiführung recht hohe Erwartungen in die gegenseitige Unterstützung der RGW-Partner setzte. Nicht ohne Grund tauchten vermehrt Argumente für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit im RGW auf, vor allem gemünzt auf die UdSSR, die ČSSR und die Volksrepublik Polen. Allerdings trübte sich die Stimmung im Verlauf des Jahres 1974 ein, nicht zuletzt durch frustrierende Erfahrungen im RGW verursacht. Ein Grund hierfür war die Preiskrise, die seit 1973 die internationalen Ölmärkte erschütterte. Im Dezember 1974 nahm Honecker mit Blick auf die zweite Hälfte der siebziger Jahre erstmals dazu Stellung: Die Leistungskraft der DDR-Wirtschaft habe sich zwar planmäßig entwickelt, „doch es sind erhebliche zusätzliche Erfordernisse aufgetreten, die bewältigt werden müssen. Sie stehen damit im Zusammenhang, daß die DDR für ihre entwickelte Verarbeitungsindustrie nur eine geringe Rohstoffbasis besitzt. Es ist eine fundamentale Notwendigkeit volkswirtschaftlicher Proportionalität und Dynamik, die Versorgung mit Roh- und Brennstoffen auf lange Sicht zu gewährleisten. Ihr gerecht zu werden verlangt jedoch unter den gegenwärtigen und künftigen Bedingungen einen rasch wachsenden ökonomischen Aufwand.“⁸¹ Angesichts der Preisentwicklung auch anderer Rohstoffe stelle sich „die Frage der Intensivierung und der Erhöhung der Effektivität in unserer Volkswirtschaft mit völlig neuer Schärfe“.⁸² Auch der Arbeitskräftemangel bereitete Sorge. Mit jeder Investition seien in der DDR mehr Arbeitsplätze entstanden als eingespart worden. Diese Tendenz müsse sich umkehren.⁸³

Alles dies erschien einleuchtend, wenngleich die Konsequenzen auf weitere Sicht noch nicht klar abzusehen waren. Doch gerade darin lag in einer etwas verquerten Dialektik auch eine Chance: Denn angesichts der komplizierter werdenden weltwirtschaftlichen Situation dürfte es leichter gefallen sein, die in weiten Bevölkerungskreisen wachsenden sozialen Erwartungen mit guten Gründen wieder etwas zu dämpfen. Das war auch nötig, zumal das sozialpolitische Programm der SED inzwischen eine Eigendynamik entwickelte, mit der die Parteiführung offenbar so nicht gerechnet hatte. Exemplarisch hierfür erwähnte Honecker einen Mehrbedarf an Wohnraummöbeln, der sich aus dem Wohnungsbauprogramm ergab. Mit der Zusage, man werde „weiterhin“ Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unternehmen, stimmte er bereits auf künftige Schwierigkeiten ein. Viel Spielraum blieb indes nicht, denn schon zu diesem Zeitpunkt saß die SED in einer sozialpolitischen Falle. Auch Erich Honecker registrierte diese fatale Situation: Man habe „die wichtige politische Erfahrung“ zu beachten, „daß ein erreichter Stand in der Versorgung nicht

80 BA, DA 1 /11569, Volkskammer der DDR. Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik: Bericht über die durchgeführten Arbeitsgruppeneinsätze und Aussprachen zur Rolle und Stellung des Plantteils der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in der Leitungs- und Planungstätigkeit der Betriebe, 25.10.1973, S. 2.

81 13. Tagung des ZK der SED. 12.–14. Dezember 1974. Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1974, S. 26.

82 Ebd., S. 27.

83 Ebd., S. 45.

wieder preisgegeben werden darf.“ Mehr Aufmerksamkeit sei den tausend kleinen Dingen und Ersatzteilen zu widmen, und: „Die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung hängt künftig noch stärker von der effektiveren Nutzung unserer gewachsenen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten ab.“⁸⁴ Es ging also um die Erschließung innerer Reserven, ohne zusätzlich in die Konsumgüterproduktion investieren zu müssen.

Bereits auf der folgenden ZK-Tagung im Juni 1975 erfuhr diese Argumentationslinie eine leicht positivere Akzentuierung. Es seien „komplizierte Entwicklungsprobleme“ nur durch „große Anstrengungen“ und „harte Arbeit“ zu meistern gewesen. Aber auch wenn „viele noch zu tun bleibt“ und „das Leben neue Fragen“ aufwerfe, seien „die Grundaufgaben dieser Jahre mit Erfolg gelöst“ worden.⁸⁵ Diesen Kurs werde man in den Jahren 1976 bis 1980 „konsequent fortsetzen“, die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter gestalten und „wichtige Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus [...] schaffen.“ Dabei habe die Wirtschaft „ausschlaggebende Bedeutung“.⁸⁶ Dieser Hinweis war an sich nicht neu. In dieser oder jener Form begleitete er die Diskussion zur „Hauptaufgabe“ schon seit 1971.⁸⁷ Doch angesichts des schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Umfeldes und der internen ökonomischen Probleme erhielt er im Kontext des Jahres 1975 ein zusätzliches Gewicht und nahm der demonstrativen Zukunftsgewissheit gewissermaßen die Spitze. Honecker machte nämlich indirekt auf eine Alternative aufmerksam: „Denn aus einem starken ökonomischen Leistungsanstieg müssen auch unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen die Mittel fließen, mit denen wir das materielle und kulturelle Lebensniveau der Menschen sichern und weiter erhöhen, die ständige Modernisierung unserer materiell-technischen Basis gewährleisten.“ Deshalb sei „die Hauptaufgabe in der Einheit ihrer beiden Seiten“ eine langfristige strategische Orientierung.⁸⁸ Die hier halbwegs versteckte Alternative lag in der unausgesprochenen Frage, was passieren würde, wenn man die ökonomischen Ziele verfehlte.

Anzeichen dafür gab es. So bemängelte Honecker Sortimentslücken in der Versorgung mit Ober- und Untertrikotagen. Auch müsse man sich „weiterhin konsequent auf die Stabilisierung der Versorgung vor allem mit Grundnahrungsmitteln, Getränken und mit solchen Erzeugnissen konzentrieren, die für das tägliche Leben der Bevölkerung besonders wichtig sind.“ Staats- und Wirtschaftsorgane müssten die Realisierung des Versorgungsplanes strenger kontrollieren.⁸⁹ Damit war man an einem Punkt angelangt, der alle Probleme einer zentralen Bedarfsplanung sichtbar machte. Darüber hinaus zeigte sich hier auch die Unverträglichkeit staatlicher Preisstützung mit der Politik der offenen Grenzen zur Volksrepublik Polen und der ČSSR. Die Einführung des pass- und visumfreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und diesen beiden Ländern 1972 hatte sehr rasch zu unerwarteten Schwierigkeiten

84 Ebd., S. 54.

85 14. Tagung des ZK der SED. 5. Juni 1975. Erich Honecker: Zur Einberufung des IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Aus dem Bericht des Politbüros des ZK der SED. Bericht-erstatte: Genosse Gerhard Grüneberg. Aus den Diskussionsreden. Dokumente, Berlin 1975, S. 11.

86 Ebd., S. 14.

87 So hatte Erich Honecker auf dem 8. FDGB-Kongress von einer „Wechselwirkung zwischen höheren Leistungen und sozialem Fortschritt“ gesprochen. Vgl. Erich Honecker: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1975, S. 9.

88 14. Tagung des ZK der SED, S. 14.

89 Ebd., S. 34.

geführt. Insbesondere die Einkäufe polnischer Reisender machten den Versorgungsplan zumindest in den grenznahen Gebieten der DDR rasch zur Makulatur.

Vor dem für Mai 1976 anberaumten IX. Parteitag der SED war die Parteiführung auf den beiden vorausgehenden ZK-Tagungen im Oktober und November 1975 bemüht, die Erfolge des Fünfjahrplanes 1971–1975 herauszustellen. Zu den einzelnen Positionen der sozialpolitischen Programmatik wie Lohn- und einkommenspolitische Maßnahmen, Familienförderung, Wohnungsbau und Versorgung nannten die Berichte des Politbüros eindrucksvolle Zahlen. Nicht zuletzt hielt man sich die Stabilität der Verbraucherpreise und Tarife zugute. Zwischen 1971 und 1975 waren die Preise mit mehr als 50 Mrd. Mark gestützt worden, darunter 32,6 Mrd. für Nahrungsmittel und 12,5 Mrd. für Verkehrs- und Dienstleistungen. Für je 100 Mark Einkäufe von Lebensmitteln flossen Zuschüsse aus „gesellschaftlichen Fonds“, also aus dem Staatshaushalt, in Höhe von 26,90 Mark.⁹⁰ Es handelte sich angesichts dieser Entwicklung durchaus nicht um eine Übertreibung, wenn von einer „gesetzmäßige(n) Zunahme der Rolle der gesellschaftlichen Fonds bei der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise“ die Rede war.⁹¹ Wohl nur Experten dürften sich erinnert haben, dass es schon rund zehn Jahre zuvor Versuche gegeben hatte, die Funktion gesellschaftlicher Fonds zu stärken, um den Anstieg von Löhnen und Gehältern abzubremsen. Auf diese Weise hatte man gehofft, den durch Löhne und andere Geldeinkommen angeschwollenen Kaufkraftüberhang wieder zu reduzieren. Allerdings wurde damals auch die Gefahr gesehen, damit das „sozialistische Leistungsprinzip“ zu konterkarieren.⁹² Im Unterschied dazu stand die SED-Führung Mitte der 1970er Jahre aber kaum noch vor der Frage „entweder – oder“, vielmehr lief die Entwicklung nahezu ungebremst auf ein „sowohl als auch“ hinaus.

Bemerkenswert daran war, dass im Spitzengremium der Parteispitze keine Bedenken laut wurden. Die Risiken schienen beherrschbar. Honecker selbst pries die Politik der stabilen Preise als sozialpolitische Wohltat. Offenbar rechnete er mit einem anhaltenden hohen Wirtschaftswachstum: „Die Entscheidung, ein noch engeres Wechselverhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, zwischen der Erhöhung der Produktion und der Verbesserung der Lebensbedingungen unseres Volkes herzustellen, entsprach und entspricht den konkreten Erfordernissen.“⁹³ Anhand positiver Produktionsdaten wurde diese Position auch im Bericht des Politbüros an die 16. Tagung des ZK Ende November 1975 noch einmal unterstrichen.⁹⁴

90 15. Tagung des ZK der SED. 2./3. Oktober 1975. Zur Durchführung der Parteiwahlen 1975/76. Aus dem Referat des Genossen Erich Honecker. Aus dem Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des ZK der SED. Berichtersteller: Genosse Kurt Hager. Zu den Ergebnissen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Aus der Rede des Genossen Hermann Axen. Aus den Diskussionsreden. Kommuniqué, Berlin 1975, S. 23.

91 Ebd.

92 SAPMO-BArch, DY-30 /J IV 2/202/499, Büro Ulbricht: Kurzprotokoll über die Beratung der Arbeitsgruppe Sozialpolitik vom 12.12.1966.

93 15. Tagung des ZK der SED, S. 24.

94 16. Tagung des ZK der SED. 26./27. November 1975. Aus dem Bericht des Politbüros an die 16. Tagung des ZK der SED. Berichtersteller: Genosse Werner Jarowsky. Aus den Diskussionsreden, Berlin 1975, S. 14f.

Im historischen Rückblick könnte man versucht sein, in dieser Politik Anzeichen von Problemverdrängung oder Realitätsverlust zu erkennen. Dem würden jedoch selbst die hier herangezogenen, nicht zuletzt auf Propagandawirkung bedachten Quellen widersprechen. Sie vermitteln zwar ein etwas unscharfes, jedoch keinesfalls problemarmes Bild. Zudem schien in der Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ die Denkfigur „Wenn – dann“ auf: Wenn die wirtschaftlichen Ziele erreicht werden, lassen sich auch die sozialen Aufgaben realisieren und nicht umgekehrt. Das bedeutete aber auch: „Wenn nicht – dann...“ Andererseits legten Begriffe wie „Einheit“ oder „Wechselverhältnis“ eine gegenseitige funktionale Abhängigkeit nahe. Auch sozialpolitische Maßnahmen könnten demnach wirtschaftliche Wachstumseffekte erzeugen. Keine dieser Annahmen ließ sich a priori verneinen. Mit ihrer Politik folgte die SED beiden Ansätzen, wobei es allerdings zu einer Gewichtsverlagerung kam.

Darauf machte im November 1975 Ilse Spittmann in einem Kommentar für das „Deutschland Archiv“ aufmerksam: „Am guten Willen der Honecker-Führung, den Lebensstandard weiter zu verbessern, besteht kein Zweifel.“ Allerdings könne man im Zeitraum zwischen dem VIII. Parteitag der SED 1971 und dem 15. ZK-Plenum 1975 eine kleine, aber nicht unwesentliche Akzentverschiebung beobachten: Im wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgabenkatalog gewann die Wirtschaft gegenüber dem Sozialen wieder an Boden.⁹⁵ Diese Tendenz entsprach der neuen Situation. Sie spiegelte sich auch in der nun immer häufiger verwendeten Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Damit war nichts anderes gesagt, als dass man wieder zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen beiden Politikfeldern finden wollte. Das war jedoch leichter gesagt als getan. In der täglichen Praxis drohte das Pendel nunmehr in die andere Richtung auszuschlagen. Auf das damit verbundene Risiko hatte u.a. der Vorsitzende des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik, Fritz Rösel, aufmerksam gemacht, als er unterstrich, dass der Lebensstandard nicht festgeschrieben, sondern weiterentwickelt werde. Es gebe Veranlassung, „so etwas zu sagen, weil sich in einer Reihe von Betrieben und zentralen Stellen eine solche Haltung eingebürgert hat, daß gesagt wird: Das sozialpolitische Programm ist erfüllt, nun wollen wir mal wieder arbeiten.“⁹⁶

Tatsächlich blieb die angestrebte Balance eine kippelige Angelegenheit. Für die SED war dies Grund genug, um in den im Februar 1976 veröffentlichten Entwürfen eines neuen Parteiprogramms und der Direktive des IX. Parteitags zur Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1976 bis 1980 direkt darauf zu reagieren.⁹⁷ Demnach sollte das Programm sogar einen separaten Punkt „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ enthalten. Dessen entscheidende Aussage war, dass die Partei „auch künftig alle Anstrengungen darauf richten“ werde, den wirtschaftlichen Fortschritt für die Anhebung des Lebensniveaus der Bevölkerung zu nutzen.⁹⁸ Einen sozialpolitischen Bezug wiesen auch die Punkte „Sozialstruktur“

95 Ilse Spittmann: Die DDR unter Honecker, Köln 1990, S. 40.

96 BA, DA 1, 11582, Seminar des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik in Johnsdorf. Abschlußberatung am 31.10.1975. Stenographisches Protokoll, S. 44.

97 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Entwurf), in: Einheit 31 (1976), S. 131–169; Direktive des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976–1980 (Entwurf), in: ebd., S. 171–272.

98 Programm, S. 141.

und „Die sozialistische Lebensweise“ auf. Hier waren Aussagen zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zu den sozialen Beziehungen in der Gesellschaft, in Betrieben und Familien enthalten, wobei soziale Sicherheit als eine wichtige Zielprojektion aufschien.⁹⁹ Der Entwurf der Plandirektive für die Jahre 1976 bis 1980 beschrieb die „Hauptaufgabe – das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen – [...] in der Einheit ihrer beiden Seiten als langfristige strategische Orientierung“.¹⁰⁰ Das Papier enthielt ein Kapitel zur Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus, in dem die Wohnungsfrage, die Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen, die Lohnentwicklung, Bildungs- und Kulturarbeit, die gesundheitliche und soziale Betreuung der Bevölkerung, Erholungswesen und Sport sowie die Stabilität von Verbraucherpreisen und Tarifen *expressis verbis* als Schwerpunkte bezeichnet wurden.¹⁰¹

Mit solchen programmatischen und planerischen Vorgaben für die zweite Hälfte der siebziger Jahre fand die 1971 begonnene Politik zumindest in den Grundzügen eine Fortschreibung, was aber nicht unbedingt einer praktischen Fortsetzung gleichkam. Waren schon 1971 Zweifel aufgetaucht, ob sich die mit der „Hauptaufgabe“ verbundene Anstrengung längere Zeit durchhalten lassen würde, so kam die 1974 von der Sowjetunion eingeleitete Anpassung der Rohstoffpreise an das Weltmarktniveau etwa dem gleich, was westlichen Ländern mit dem Ölpreisschock von 1973 widerfuhr.

5. Die Politik der „Hauptaufgabe“ als soziale Praxis

Die Frage, inwieweit sich die sozialpolitische Rhetorik bei der Lösung der „Hauptaufgabe“ in soziale Praxis wandelte, ist nicht leicht zu beantworten. Das Problem liegt weniger darin, die einzelnen Zielvorgaben mit den Ergebnissen zu vergleichen, sondern man wird dabei unterschiedliche Perspektiven zu beachten haben. Um 1970 in sozialer Hinsicht bereits stark nivelliert, wies die DDR-Gesellschaft durchaus noch deutliche soziale Schichtungen sowie differenzierte Problem- und Interessenlagen auf. Die gleich nach dem Machtantritt Erich Honeckers erfolgte Abkehr von Ulbrichts Postulat der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ spiegelte diesen Umstand allerdings nur unzureichend. Es ging hierbei weniger um die Anerkennung sozialer Unterschiede als vielmehr um eine Begründung dafür, dass die „Hauptaufgabe“, die allein schon vom Begriff her auch Nebenaufgaben implizierte, in erster Linie als Programm zur sozialen Befriedung und Privilegierung der Arbeiterschaft angelegt war.

Deshalb hatte die „Politik der Hauptaufgabe“ jenseits politischen Abwägens und Planens ihre Praxistauglichkeit vor allem in der sozialistischen Arbeitswelt der DDR, besonders also in den Betrieben zu beweisen. Das lag insofern nahe, als betriebsgebundene Erwerbsarbeit für die DDR-Gesellschaft ohnehin in besonderem Maße konstitutiv war und auch die Sozi-

⁹⁹ Ebd., S. 148–150, 157–159.

¹⁰⁰ Direktive, S. 179.

¹⁰¹ Ebd., S. 227.

alpolitik deren Logik verpflichtet blieb. Begriffe wie die einer „sozialistischen Arbeitsgesellschaft“, der „verstaatlichten Arbeiterbewegung“ oder auch einer „arbeiterlichen Gesellschaft“ versuchen diesem Umstand im historischen Rückblick Rechnung zu tragen. Überhaupt sind an der sozialen Ordnung der DDR immer wieder „betriebsförmige“ Züge bemerkt worden. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es wohl nicht falsch, die „Hauptaufgabe“ unter der Rubrik „betriebliche Sozialpolitik“ einzuordnen bzw. nach der Rolle von Betrieben als Trägern der staatlichen Sozialpolitik zu fragen. Zuvor jedoch sollte der Übergang von der programmatischen zur praktischen Politik etwas genauer betrachtet werden.

Zwischen dem auf dem VIII. Parteitag der SED durchaus forsch vorgetragenen Anspruch und den ersten sozialpolitischen Korrekturmaßnahmen fällt eine nicht allzu überraschende Diskrepanz auf. Sie zeigte sich u.a. im etwas hilflosen Agieren des FDGB, der ja eigentlich zu einem zentralen Akteur berufen war. So sammelte das Sekretariat des Bundesvorstandes zunächst einmal Informationen über die Versorgungssituation in der DDR, um im August 1971 zu beschließen, man wolle „hinsichtlich des überbezirklichen Austausches bei Gemüse und Obst und der Preise für Eier einen Antrag an den Minister für Handel und Versorgung [...] richten“. Außerdem solle der Zentralvorstand der IG Druck und Papier „auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität und der Dessins der Tapeten“ einwirken.¹⁰² Zwei Wochen darauf rang sich das Gremium dazu durch, das seit langem geplante, aber trotz mehrerer Anläufe nicht realisierte Investitionsvorhaben „Zentrales Gewerkschaftshaus mit Organisations- und Rechenzentrum in Berlin“ aufzugeben.¹⁰³ Auch wenn es sich hierbei um Symbolpolitik handelte, gab diese Entscheidung einen Hinweis darauf, wie knapp die Ressourcen für das sozialpolitische Programm waren. Dem entsprach es, wenn das Sekretariat am 8. September 1971 einen „Beschuß über die Behandlung von Lohnfondsüberschreitungen für notwendige Überstundenarbeit zur Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben 1971“ fasste und damit seine eigene bisherige Argumentation konterkarierte.¹⁰⁴ Offenkundig ging man zu diesem Zeitpunkt davon aus, bestehende Versorgungsengpässe durch zeitweilige Mehrleistung in den Betrieben überwinden zu können. Dafür sprach auch ein weiterer Beschluss, der „Maßnahmen auf dem Gebiet der persönlichen materiellen Interessiertheit der Werk tätigen in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks und privaten Industriebetrieben für eine bedarfsgerechtere Produktion und Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern im Jahre 1971“ vorsah.¹⁰⁵ Im Klartext bedeutete das Lohnzuschläge und Prämien für erhöhte Produktionsleistungen. Zugleich verwies das auf eine gewisse Unübersichtlichkeit der Situation, denn den privaten und „halbstaatlichen“ Industriebetrieben war nur noch eine kurze Frist beschieden, bevor sie in „volkseigene“ Betriebe umgewandelt wurden. Die Entscheidung hierzu war bereits kurz nach dem Machtantritt Honeckers gefallen. Demnach sollten vor allem die etwa 11.000 mit staatlicher Beteiligung arbeitenden Klein- und Mittelbetriebe sowie Produktionsgenossen-

102 SAPMO-BArch, DY 34, 25689, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 11.8.1971, Beschluß Nr. S 459/71.

103 SAPMO-BArch, DY 34, 25689, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 25.8.1971, Beschluß Nr. S 501/71.

104 SAPMO-BArch, DY 34, 25689, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 8.9.1971, Beschluß Nr. S 543/71.

105 SAPMO-BArch, DY 34, 25689, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 20.9.1971, Beschluß Nr. S 654/71.

schaften mit industrieller Fertigung völlig verstaatlicht werden. Offiziell begann dieser Prozess mit der 4. Tagung des ZK der SED im Dezember 1971, er fand im zweiten Halbjahr 1972 im Wesentlichen seinen Abschluss.¹⁰⁶

In der Sozialpolitik selbst folgten einige gemeinsame Beschlüsse des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR, die alle eine dreifache Funktion erfüllten: Sie kamen, erstens, einem mehr oder minder akuten Handlungsbedarf in einzelnen Teilbereichen nach; sie zielten, zweitens, auf eine Anhebung des Leistungsvermögens der Beschäftigten in den Betrieben und drittens fiel ihnen die Aufgabe zu, kräftige propagandistische Signale zu setzen. Das traf zunächst auf einen im März 1972 gefassten Beschluss zur Entwicklung des FDGB-Ferendienstes zu. Er sah vor, „die materiellen und finanziellen Mittel von Betrieben und Institutionen, die für den Bau neuer Erholungsheime geplant sind, [...] im Interesse einer effektiveren Ausnutzung der Erholungseinrichtungen, im Rahmen von Interessengemeinschaften mit dem Feriendienst der Gewerkschaften“ zu realisieren.¹⁰⁷ Im April 1972 folgte ein weiterer Beschluss, der u.a. die Verbesserung der Wohnverhältnisse betraf. Neubauwohnungen sollten vorrangig Arbeitern und Familien mit drei und mehr Kindern zur Verfügung gestellt werden.¹⁰⁸ Der nächste gemeinsame Beschluss vom 25. September 1973, der vor allem dem Ausbau des Gesundheitswesens galt, verlangte eine bessere Koordination finanzieller und materieller Fonds der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden, der Kombinate, Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen, „um die Kapazitäten des Gesundheits- und Sozialwesens in ihrem Wert zu erhalten und weiter auszubauen“.¹⁰⁹ Ohne dass man diese Begriffe verwendet hätte, zeichnete sich die Sozialpolitik der frühen 1970er Jahre durch eine bemerkenswerte, strikt an der „Betriebsförmigkeit“ der DDR-Gesellschaft orientierten Mischung aus „welfare state“ und „workfare state“ aus.¹¹⁰

Der FDGB hatte die Jahre der Ulbrichtschen Wirtschaftsreform, als er faktisch an den Rand des Geschehens gedrängt worden war, offenbar noch nicht bewältigt. Das Präsidium des Bundesvorstandes fasste zwar einige weitere Beschlüsse, so zur kulturellen Betreuung und Freizeitgestaltung der auf Großbaustellen Beschäftigten oder auch zur „materiellen

106 Vgl. Heinz Hoffmann: Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR (1956–1972), Stuttgart 1999; Monika Kaiser: 1972 – Knockout für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe, Berlin 1990, S. 5.

107 Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Hg. vom Zentralkomitee der SED, Bd. XIV, Berlin 1977, S. 49–51, hier 49f.

108 Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes, in: ebd., S. 81–91, hier 91.

109 Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB über weitere Maßnahmen zur Durchführung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages der SED, in: ebd., S. 403–411, hier 406.

110 Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Opladen, 3. Aufl. 2005, S. 134.

Stimulierung“ von Schwerarbeitern in der Gießereiindustrie.¹¹¹ Aber sie alle bewegten sich in den Bahnen einer eher müden Routine, auch wenn der dabei gepflegte Ad-hoc-Stil etwas gehetzt und getrieben wirkte. Selbst in der SED-Führung wurde man dieses Zustands leid. Ausgerechnet in der Grußadresse zum 8. FDGB-Kongress mahnte das ZK der SED, dass es oft Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, im Arbeitsschutz, in den Wohnverhältnissen oder im Berufsverkehr seien, „von denen das Wohlbefinden der Werktätigen und ihre Freude an der Arbeit abhängt“.¹¹² Das war etwa so, als würde man einem Bäcker sagen, er möge den Brotteig mit Mehl zubereiten.

Allerdings hatte nicht nur der FDGB Schwierigkeiten, seine Rolle in der Sozialpolitik neu zu definieren. Auch im SED-Apparat traf man auf Anzeichen einer gewissen Begriffsstutzigkeit. Sie ließen ahnen, wie weit sich die bisherigen Denkweisen verfestigt hatten. Symptomatisch hierfür war die Berichterstattung der Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK über erste Reaktionen auf den „Gemeinsamen Beschluß“ vom April 1972. Nach den ersten Informationen und einer Anleitung hätten sich viele Gewerkschaftsfunktionäre in die Gewerkschaftsgruppen der Spät- und Nachtschichten begeben, um beispielsweise in Berlin, Dresden, Rostock, Leipzig und Karl-Marx-Stadt Aussprachen mit den Arbeitern zu führen. Nichts blieb also dem Zufall überlassen. Das Ergebnis war dann auch wie gewünscht: „Eine Vielzahl von Kollektiven in den Gewerkschaftsgruppen fand sich sofort nach Bekanntwerden der sozialpolitischen Maßnahmen in der Nachtschicht und am frühen Morgen zu Kurzversammlungen zusammen, wo sie zu den Maßnahmen Stellung nahmen und darüber berieten, welchen konkreten Beitrag sie im sozialistischen Wettbewerb leisten können, um das hohe Vertrauen von Partei und Regierung zu rechtfertigen.“¹¹³ Offenbar war niemandem aufgefallen, wie nahe man damit dem sarkastischen Vorschlag Brechts kam, die Regierung möge gegebenenfalls ein anderes Volk wählen.¹¹⁴

Die „Maßnahmen“ sorgten zunächst einmal für eine deutliche Stimmungsverbesserung in der Bevölkerung. Der Vorsitzende des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik, Fritz Rösel, registrierte „Freude und Zustimmung“. Auch die Zahl der zu sozialen Problemen an den Staatsrat gerichteten Eingaben ging deutlich zurück.¹¹⁵ Befragungen von Beschäftigten in der Industrie der DDR, wie sie etwa im November 1971 und ein Jahr darauf Soziologen des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vornahmen, ergaben ebenfalls eine gewachsene Zufriedenheit mit den Lebensumständen. Konstatierten 1971 noch 74,2% der Befragten eine „Verbesserung im Lebensniveau“, so waren es 1972 der Untersuchung zufolge schon 78,4%. Allerdings hielten die Interviewer auch eine Kehrseite dieses erfreulichen Befundes fest: „Viele, dem Sozialismus eigene, bereits verwirklich-

111 SAPMO-BArch, DY 34 / 25690, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 8.3.1972, Beschluß Nr. S 198/72; Beschluß Nr. S 199/72.

112 Grußadresse des Zentralkomitees an den 8. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Dokumente der SED, Bd. XIV, S. 151–153, hier 153.

113 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 13142/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik: Information über erste Stellungnahmen und Initiativen der Werktätigen zum gemeinsamen Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen vom 2.5.1972, S. 1.

114 Bertold Brecht: Die Lösung, in: ders.: Gedichte (Werke in fünf Bänden; Bd. 3), Berlin 1973, S. 396.

115 BArch, DA 1, 11559, 5. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik der Volkskammer der DDR am 15.6.1972 in Berlin, Beitrag Fritz Rösels, S. 4.

te Grundsätze, wie gesicherte Arbeitsplätze, konstante Preise, Betreuung alter und gebrechlicher Menschen, Arbeitsschutz u.a. werden von den Werktätigen als selbstverständlich angesehen. Die erreichten Ergebnisse bei der ständigen Erhöhung des Lebensniveaus werden von den Werktätigen durch die Agitation und Propaganda noch nicht genügend bewußt gemacht.“¹¹⁶

Es mochte mit diesem Gewohnheitseffekt zusammenhängen, wenn 1971 lediglich 14,9% der Befragten eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen feststellten, 1972 waren es mit 13,3% noch weniger. Beide Werte erschienen den Soziologen „bedenklich niedrig“.¹¹⁷ Auch die auffällige Differenzierung der Antworten nach Geschlecht und Status warf Fragen auf: Da Frauen von den sozialpolitischen Maßnahmen eher profitierten als Männer, verschob sich der Anteil positiver Bewertungen entsprechend. 1972 sahen Frauen die „eingetretenen Verbesserungen [...] wesentlich positiver als die Männer.“ Eine ähnliche Verschiebung gab es zwischen Arbeitern und Angestellten. 1971 hatten 25,2% der Arbeiter und 18,2% der Angestellten gemeint, keine Verbesserungen feststellen zu können. Ein Jahr darauf glaubten nur noch 18,7% der Arbeiter, aber 20,0% der Angestellten, es habe für sie keine Verbesserungen gegeben.¹¹⁸ Für Frauen und Arbeiter entfaltete das sozialpolitische Programm also verhältnismäßig schnell seine Wirkung. Wenn sich die Angestellten etwas düpiert fühlten, entsprach das einer ähnlichen Wahrnehmung, wie man sie auch in Polen feststellen konnte. Angestellte, insbesondere Angehörige der Intelligenz, bemerkten eine relative Verschlechterung. Alle befragten Gruppen klagten über Versorgungsengpässe und Sortimentslücken im Warenangebot des Handels – „mal fehlt dieses, mal jenes“. Allerdings, so glaubte man nach der Einführung des pass- und visumfreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen, wäre die Versorgung besser, „wenn uns die Polen nicht so viel wegschleppten“.¹¹⁹

„Die Polen“ indes waren zu dieser Zeit bereits zu einem festen Bestandteil der kleinen DDR-Arbeitswelt geworden. Nachdem seit Mitte der 1960er Jahre zwischen der DDR und der PRL erste Vereinbarungen über die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte abgeschlossen worden waren, unterzeichneten beide Seiten am 25. Mai 1971 einen Anwerbevertrag, der am 20. Juni 1973 einem ähnlichen Vertrag mit Ungarn angepasst und am 18. Oktober 1973 durch ein Protokoll ergänzt wurde, in dem die präzisierten und teils auch verbesserten Bedingungen der Entsendung und der Beschäftigung festgehalten waren. Polen erhielt danach 100% der Lohnsteuer und einen Betrag für Anwerbekosten. Während auf dieser vertraglichen Grundlage 1971 ca. 3.300 Polen in der DDR Arbeit fanden, belief sich deren Zahl in den folgenden Jahren im Bereich von 6.500 bis 7.000. Zählt man die Pendler hinzu, die täglich über die Grenze wechselten, so betrug die Zahl der in der DDR beschäftigten polnischen Arbeitskräfte im Jahresdurchschnitt zwischen 6.000 und 10.000.¹²⁰

116 SAPMO-BArch, DY 34, 27564, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Lehrstuhl für marxistisch-leninistische Soziologie: Information über Auffassungen der Werktätigen zu Fragen des Lebensniveaus, Berlin, Januar 1973, S. 2.

117 Ebd., S. 4.

118 Ebd., S. 5.

119 Ebd.

120 Sandra Gruner-Domić: Abriß zur Geschichte der Arbeitskräftemigration in der DDR. Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989), Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung 1997, S. 13–15; s.a. Frauke Miera: Polski Berlin – Migration aus Polen nach Berlin. Integrations- und Transnationalisierungsprozesse 1945 bis Ende der 1990er Jahre, Münster 2007.

Bei der Betrachtung der vom VIII. Parteitag der SED formulierten „Hauptaufgabe“ wird oft die Schlüsselrolle der Lohnpolitik übersehen. Während die „Gemeinsamen Beschlüsse“ als erste Korrekturmaßnahmen bald realisiert werden konnten, blieb die Lohnpolitik ein „heißes Eisen“. Dabei gab es gerade hier bereits seit den 1950er Jahren Handlungsbedarf. Das Problem bestand im Wesentlichen darin, dass sich – begünstigt durch die Arbeitskräfteknappheit der DDR – im Laufe der Zeit auf dem Tarifsockel ein immer schwerer durchschaubares Gefüge aus Zuschlägen und Ausgleichszahlungen aufgeschichtet hatte. Die Tarife büßten dadurch ihre Steuerungsfunktion ein, Leistungsanreize gingen verloren, das Lohngefüge wurde mehr und mehr von Wildwuchs überzogen. Auch in den Jahren der Wirtschaftsreform fand man keine befriedigende Lösung. Doch hing der Erfolg der Sozialpolitik nicht zuletzt von einer Neuordnung des Lohnsystems und Tarifgefüges ab. Insofern war es nur konsequent, wenn die Experten im ZK-Apparat der SED vor dem Hintergrund der jüngsten sozialpolitischen Entscheidungen über eine neue Grundlinie der Lohnpolitik nachdachten: „Eine der entscheidenden Aufgaben der nächsten Jahre wird deshalb darin bestehen, eine zielstrebige, kontinuierliche Tarifpolitik in den Mittelpunkt der staatlichen Lohnpolitik zu stellen. Es muß gewährleistet werden, daß der Tariflohn seine Funktion als staatliche Anerkennung von Qualifikation, Verantwortung und Leistung wieder voll ausüben kann und die Tarifpolitik wieder zum entscheidenden Instrument des sozialistischen Staates für eine planmäßige Einkommensentwicklung der Werktätigen und für die Durchsetzung des Leistungsprinzips wird.“¹²¹

Auch im Staatssekretariat für Arbeit und Löhne sah man das nicht anders: Es solle spürbar werden, „daß der Arbeitslohn überall ein erarbeiteter Lohn sein muß“, meinte der stellvertretende Staatssekretär im Oktober 1972 auf einer Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik der Volkskammer. Deshalb wolle man erreichen, „daß die Entlohnung einfacher, verständlicher und überschaubarer wird, daß jeder die Beziehung zwischen seiner Leistung und seinem Lohn übersehen und kontrollieren kann.“ Das Kernstück der künftigen staatlichen Lohnpolitik müsse eine zielstrebige und kontinuierliche Tarifpolitik sein. Der Lohnanstieg sei in den vergangenen Jahren oft nicht planmäßig und nicht der Leistung entsprechend verlaufen. „Bei unveränderten Tariflöhnen vollzog sich die Lohnentwicklung über unterschiedlich wachsende Mehrlöhne, Lohnzuschläge und anderes mehr. Die über Jahre gleichbleibenden Tariflöhne brachten aber auch die Interessen vieler Arbeiter in Widerspruch zur Anwendung technisch-begründeter Arbeitsnormen als kleinster Planeinheit und Grundlage für die konsequente Anwendung des Leistungsprinzips. Wir müssen also die Tarifpolitik wieder zum Kernstück unserer Lohnpolitik entwickeln.“¹²²

Der Befund war nicht neu, die anvisierte Lösung auch nicht. Ebenso wenig sprach für eine besondere Schwierigkeit der Materie. Wenn man bisher nicht vorangekommen war, hatte das andere Gründe. Deren Wurzeln reichten in die 1950er Jahre zurück und waren eng mit dem 17. Juni 1953 verbunden. Seither galt es als ungeschriebenes, wenngleich nicht ganz unumstrittenes Gesetz, bei allen lohnpolitisch relevanten Änderungen, etwa durch Rationali-

121 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 13142/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an G. Mittag am 16.8.1972: Grundsätze unserer Lohnpolitik und nächste Aufgaben zu ihrer Verwirklichung, 11.8.1972, S. 2.

122 BA, DA 1, 11560, Stenographisches Protokoll des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik der Volkskammer am 5.10.1972, Berlin, S. 36.

sierungsmaßnahmen, keine Lohnsenkungen zuzulassen. Jetzt allerdings, im Windschatten der „Hauptaufgabe“, schien sich eine Möglichkeit zu offensiver Tarifpolitik zu eröffnen. Es war deshalb nicht überraschend, wenn sich parallel zur sozialpolitischen Diskussion seit 1971 auch die Debatte um ein „Tarifprojekt“ entfaltete. Zunächst ging es um die Festlegung „technisch-begründeter“ Arbeitsnormen und, darauf aufbauend, um die Einführung neuer Grundlöhne. Nach den ernüchternden lohnpolitischen Erfahrungen der 1950er und 1960er Jahre lag es nahe, dies erst einmal im Einzelexperiment auf Praxistauglichkeit zu prüfen.¹²³ Im ZK der SED war man sich der Bedeutung des Vorhabens sehr wohl bewusst: „Wir gehen davon aus, daß es sich bei dem Tarifprojekt um die neben dem Wohnungsbauprogramm wichtigste Maßnahme der Hauptaufgabe handelt, über die auf dem nächsten Parteitag Beschlüsse gefaßt werden können. Es handelt sich um eine Frage der Politik für Millionen Arbeiter, die neue Initiativen zur Steigerung der Leistungen für die Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus auslösen sollen.“¹²⁴ Damit war eine relativ hohe Hemmschwelle aufgebaut. Eine Vorlage des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne vom Oktober 1973 zu diesem Thema wurde zunächst einmal nicht weitergereicht, sie sei „noch nicht reif zur Entscheidung im Politbüro“.¹²⁵ Auch der FDGB hielt sich in der Angelegenheit zurück und vermied eine endgültige Festlegung. So erklärte Fritz Rösel im November 1973 vor dem Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik der Volkskammer: „Ich stimme der Meinung zu, daß wir uns bei der Regelung von Lohnfragen und überhaupt bei allen materiellen Zuwendungen nicht den Weg in die künftige Entwicklung verbauen dürfen. [...] Im Fünfjahrplan 1976 bis 1980 wird die Hauptfrage in bezug auf die Arbeits- und Lebensbedingungen die Verwirklichung der lohnpolitischen Grundsätze sein, die der 8. FDGB-Kongreß beschlossen hat. Wir werden nichts zulassen und nichts tun, was diese Entwicklung in irgendeiner Weise erschwert.“¹²⁶

Das war auch nicht nötig, denn diese, wenn man so will, zweitwichtigste „Maßnahme der Hauptaufgabe“ erwies sich schon bald als nicht realisierbar. Bereits im April 1974 lag ein Papier der ZK-Abteilungen Planung und Finanzen sowie Gewerkschaften und Sozialpolitik vor, in dem es lapidar und vorsichtig hieß: „Mit dem vorliegenden Tarifprojekt können einige Probleme der gegenwärtigen Lohnsituation noch nicht vollständig gelöst werden. Sie müssen der Tarifpolitik künftiger Jahre (auch über 1980 hinaus) vorbehalten bleiben.“¹²⁷ Sechs Gründe wurden hierfür angegeben: (1.) Das Ziel, den Tariflohnanteil am Gesamtlohn der Arbeiter auf 70–90% anzuheben, sei im Schwermaschinenbau aufgrund großer Unterschiede bei den derzeitigen Effektivlöhnen nicht voll zu erreichen. (2.) Eine stärkere Diffe-

123 SAPMO-BArch, DY 34, 25693, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 3.10.1973, Beschluß Nr. S 663/73: Bericht über gewerkschaftliche Erfahrungen, Ergebnisse und Probleme bei der Anwendung neuer Grundlöhne auf der Basis technisch-begründeter Arbeitsnormen im VEB Automobilwerk Eisenach.

124 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 13111/1, Abt. Planung und Finanzen/Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik, 16.10.1973: Bemerkungen zu dem vom Staatssekretariat für Arbeit und Löhne zum Tarifprojekt vorgelegten Material, S. 3.

125 Ebd.

126 BA, DA 1, 11569, Stenografisches Protokoll. 13. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik der Volkskammer der DDR am 7.11.1973 in Klink, S. 79.

127 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16288/2, Abt. Planung und Finanzen /Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik: Material über Tarifprojekt für W. Krolikowski, 26.4.1974.

renzung zwischen einfacher und qualifizierter Arbeit werde nicht im gleichen Maße in Effektivlöhnen wirksam. Die gegenwärtigen Disproportionen seien nur schrittweise zu überwinden. (3.) Eine Erhöhung mittlerer Einkommen würde den Abstand zu höheren Einkommen verringern. Beschäftigte mit hoher und langjähriger Qualifikation würden benachteiligt. (4.) Das Zurückbleiben der Löhne in Handel, Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen, Gesundheitswesen usw. könne gemindert, aber nicht völlig überwunden werden. (5.) Im Kulturbereich seien keine weiteren Tarifmaßnahmen vorgesehen. Verbesserungen gegenüber anderen Bereichen ließen sich in vollem Umfang nicht aufrechterhalten. (6.) Die Tarife bevorzugten zwar die Mehrschichtarbeit, dennoch sei keine durchgreifende Einkommensstufung nach dem Schichtregime erreicht.

Im zweiten Halbjahr 1974 gelang es noch, einen Beschluss des FDGB-Bundesvorstandes herbeizuführen, nach dem die Zahl der Lohngruppen in den Tarif Tabellen von acht auf sechs reduziert werden sollte.¹²⁸ Doch dann geriet das Vorhaben in den Sog wirtschaftlicher Probleme, die sich zum Teil aus den von der UdSSR im RGW angestrebten Anhebungen der Rohstoffpreise ergaben. Ende 1975 wurde das Vorhaben, gegenüber der Öffentlichkeit stillschweigend, zu den Akten gelegt. Auf einer Klausurtagung des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik resümierte dessen Vorsitzender, zu den Problemen der Lohnpolitik „sollte in diesem Kreis offen gesagt werden, daß das vorgesehene Tarifprojekt nicht verwirklicht werden kann. Auf Grund der komplizierten äußeren Bedingungen, die durch die Entwicklung der Rohstoffpreise entstanden sind, sind wir nicht in der Lage, Mittel für die Erhöhung der Löhne in einem Umfang zu planen, den ein solches Tarifprojekt hätte. Die Planansätze bleiben etwa auf gleicher Höhe wie im jetzigen Fünfjahrplan. Schon das bedeutet eine riesige Anstrengung. Es bleibt also nur der Weg, eine leistungsorientierte Lohnpolitik durchzuführen und dabei innerbetriebliche Reserven zu erschließen.“¹²⁹ Im März 1976 zog auch die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik die Notbremse und erklärte, das Tarifprojekt könne in der DDR nicht durchgeführt werden. Als Alternative sei nun eine schnelle Fertigstellung der Konzeption für die leistungsorientierte Lohnpolitik 1976–80 nötig.¹³⁰

6. Arbeitsrechtliche Flankierung der Sozialpolitik

Während auf diese Weise in der Tarifpolitik faktisch zunächst einmal ein Stopp eintrat, hatte sich beim Arbeitsrecht eine neue Baustelle aufgetan. Der Vorgang verlief nicht zufällig parallel zur Kodifizierung des Arbeitsrechts in Polen, wo 1974 erstmals ein Arbeitskodex verabschiedet wurde. In beiden Fällen erwies es sich als notwendig, bestehende arbeitsrecht-

128 SAPMO-BArch, DY 34, 25695, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 2.12.1974, Beschluß Nr. S 899/74.

129 BA, DA 1, 11582, Stenographisches Protokoll. Seminar des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik in Johnsdorf. Abschlußberatung am 31.10.1975, Einführung von Fritz Rösel, S. 1.

130 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 8.3.1976: Erkenntnisse, die sich aus dem XXV. Parteitag der KPdSU für die weitere Gestaltung der Sozialpolitik in der DDR ergeben, S. 2.

liche Regelungen an die veränderten wirtschafts- und sozialpolitischen Zielvorstellungen anzupassen. In der DDR galt zu dieser Zeit noch das Gesetzbuch der Arbeit (GBA) vom 12. April 1961.¹³¹ Allerdings hatte sich dessen Verfassungsrahmen bereits 1968 verändert, als die SED ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch in der neuen Verfassung verankerte und damit bereits materialisiertes Verfassungsrecht formalisierte.¹³² Neu war zudem die mit den Verfassungsartikeln 44 und 45 geschaffene verfassungsrechtliche Grundlage des FDGB und seiner Einzelgewerkschaften. Umfangreiche formale Mitwirkungsrechte schlossen das Recht der Gesetzesinitiative ein, diese allerdings nach der Verfassung und auch nach der Satzung des FDGB nur in Übereinstimmung mit der Politik der Partei. Nach der 1966 geänderten Fassung des GBA gab es die gesellschaftlichen Räte bei den VVB, die Produktionskomitees und die ökonomischen Aktive als nichtgewerkschaftliche Vertretungskörperschaften mit konsultativen Funktionen.¹³³ Diese im Zuge der 1963 begonnenen Wirtschaftsreform entstandenen Gremien mochten der 1970/1971 einsetzenden Rezentralisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR entgegenstehen, offiziell abgeschafft wurden sie aber erst nach der Neukodifizierung des Arbeitsrechts im Jahr 1977.¹³⁴

Das im GBA von 1961 fixierte Aufgabenspektrum des „sozialistischen Arbeitsrechts“ qualifizierte dieses als ein politisches „Erziehungsrecht“, wenngleich die einzelnen Regelungsbereiche in unterschiedlichem Maße davon berührt waren.¹³⁵ Daran sollte sich prinzipiell nichts ändern, auch wenn nach der Beendigung des NÖS/ÖSS und mit der Formulierung der „Hauptaufgabe“ einige Neuaufwertungen nötig schienen. An ein völlig neues Arbeitsgesetzbuch war dabei aber offenbar noch nicht gedacht. Eher ging es darum, das bestehende Recht konsequenter einzuhalten bzw. anzuwenden. So zumindest ließ sich Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 verstehen.¹³⁶ Denn hinter seiner Bemerkung, von allen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre müsse gefordert werden, „daß sie vorbehaltlos die Gesetzlichkeit achten und die Gewährleistung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit zum festen Bestandteil ihrer Leitungstätigkeit machen“, waren Probleme im Umgang mit dem bestehenden Arbeitsrecht zu vermuten.¹³⁷ Deutlicher wurde die stellvertretende Vorsitzende des FDGB, Hanna Töpfer. Sie monierte, man dürfe die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben und müsse auch für „die Wahrung des Arbeitsrechts eintreten“.¹³⁸ Hier lag tatsächlich ein Problem. Zeitgenössische Quellen enthalten in nennenswertem Umfang Hinweise darauf, dass die Anwendung

131 Gesetzbuch der Arbeit vom 12.4.1961. GBl. der DDR I 1961, S. 27–49.

132 DDR-Handbuch. Wissenschaftliche Leitung Hartmut Zimmermann unter Mitarbeit von Horst Ulrich, und Michael Fehlauer, Bd. 2 M-Z, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985, S. 1410.

133 Peter Sander: Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb, Opladen 1997, S. 59f.; Joachim Michas u.a.: Arbeitsrecht der DDR, Berlin 1970, S. 123–125.

134 Sander, Interessenvertretung, S. 62.

135 Wera Thiel: Arbeitsrecht in der DDR. Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung, Opladen 1997.

136 Protokoll des VIII. Parteitages, 1. bis 3. Beratungstag, S. 86f.

137 Ebd., S. 87.

138 Ebd., S. 339.

des Arbeitsrechts in den Betrieben besonders unter unzureichenden Rechtskenntnissen des Leitungspersonals litt.¹³⁹

Es verwundert daher nicht, wenn sich die Entwicklung des Arbeitsrechts unmittelbar vor und nach dem VIII. Parteitag der SED gewissermaßen in Reparaturen am bestehenden Regelwerk erschöpfte. So erging schon im Dezember 1970 eine Anordnung zur Unterstützung der Kinderbetreuung,¹⁴⁰ und im Mai 1971 folgte eine Durchführungsbestimmung zur Absolventenordnung.¹⁴¹ Auch die aus dem Jahr 1963 stammende und wiederholt ergänzte Neuererverordnung wurde im Dezember 1971 durch eine Neufassung ersetzt.¹⁴² In ihr waren die Rechte und Pflichten der Neuerer, der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe sowie der Gewerkschaften genauer beschrieben. Im Kern zielte das auf eine Förderung von Arbeitern, insbesondere Frauen und Jugendlichen, bei der Teilnahme an der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung. Schließlich trat im November 1973 noch eine Anordnung zum Abschluss von Qualifizierungsverträgen in Kraft.¹⁴³

Indes hatte die SED-Führung mit ihrer „Politik der Hauptaufgabe“ viele sozialpolitische Erwartungen geweckt, die nicht ohne Relevanz für das Arbeitsrecht waren. Dies und immer wiederkehrende Nachlässigkeiten in der Handhabung des Arbeitsrechts gaben dann wohl den Anstoß, zunächst etwas zur „Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ zu tun, wie es im Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des Zentralkomitees im April 1972 hieß. Was das Arbeitsrecht anging, hatte das ZK der SED bereits unmittelbar vor dem VIII. Parteitag den terminlich nicht gebundenen Auftrag erteilt, „eine Konzeption zur Neufassung des GBA in enger Koordinierung mit der weiteren Ausgestaltung des sozialistischen Wirtschaftsrechts vorzulegen.“¹⁴⁴ Ende 1971 wurde beim Staatlichen Amt für Arbeit und Löhne eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Ministerrates und des FDGB-Bundesvorstandes gebildet, deren Aufgabe es war, „Voraussetzungen für die Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit und zur Ausarbeitung von arbeitsrechtlichen Vorschriften“ zu schaffen. Sie sollte die Bemühungen um die Neukodifizierung des Arbeitsrechts leiten, koordinieren und kontrollieren. Zunächst war ihr aufgetragen, bis Mitte 1973 die Wirksamkeit des geltenden Gesetzbuches zu prüfen und Vorschläge zum Inhalt und zur Struktur eines neuen Arbeitsgesetzbuches vorzulegen. Dessen Ziel sollte es sein, die Rolle des Arbeitsrechts zu aktivieren, bestimmte Seiten der sozialistischen Arbeitsverhältnisse neu zu regeln, das Arbeitsrecht verständlicher und überschaubarer zu machen und die Durchsetzung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu

139 BA, DA 1, 11561, Volkskammer der DDR. Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik. Bericht über die Ergebnisse von Aussprachen in Betrieben verschiedener Industriezweige zur Wirksamkeit des sozialistischen Arbeitsrechts, Oktober 1972, S. 4.

140 Anordnung (AO) zur Unterstützung von Werktätigen mit Kindern durch die Betriebe bei Erkrankung der nichtberufstätigen Ehegatten vom 13.12.1970, in: GBl. der DDR II 1970, S. 778.

141 Zweite Durchführungsbestimmung vom 15.5.1971 zur VO über die Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes der Hoch- und Fachschulabsolventen des Direktstudiums und die Förderung von Absolventen beim Übergang vom Studium zur beruflichen Tätigkeit – Absolventenverordnung, in: GBl. der DDR II 1971, S. 442f.

142 VO über die Förderung der Tätigkeit der Neuerer und Rationalisatoren in der Neuererbewegung – Neuererverordnung – vom 22.12.1971, in: GBl. der DDR II 1972, S. 1–11.

143 AO über Qualifizierungsverträge vom 12.11.1973, in: GBl. der DDR I 1973, S. 542.

144 BA, DQ 3, 23.Staatliches Amt für Arbeit und Löhne: Diskussionsgrundlage zur Ausarbeitung der Ministerratsvorlage „Vorschläge zur Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit der DDR“ v. 22.10.1971.

gewährleisten.¹⁴⁵ Dann ging allerdings etwas Zeit ins Land: Ende April 1972 fasste das Politbüro einen „Beschluss zur Schaffung der Voraussetzungen für die Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit“.¹⁴⁶ Im Herbst 1972 lagen dann mehrere Vorschläge zu einer solchen „Neugestaltung“ vor.¹⁴⁷ Bei all dem wird man aber nicht aus dem Blick verlieren dürfen, dass es schon 1969 ernsthafte Bemühungen um eine Neufassung des Arbeitsrechts gab, allerdings im Hinblick auf das NÖS/ÖSS. Bereits im Mai 1969 hatte Staatssekretär Horst Rademacher, Leiter des Amtes für Arbeit und Löhne, eine Expertenberatung zur Neufassung des GBA durchgeführt im Hinblick auf die weitere Arbeit am neuen Arbeitsgesetz bereits Vorschläge für eine „gemeinsame Grundkommission“ entwickelt, bestehend aus Mitarbeitern seiner Behörde und des FDGB-Bundesvorstandes.¹⁴⁸

Zweifellos gab es bereits zu Beginn der 1970er Jahre eine Reihe von Gründen, die für eine Neufassung des Arbeitsgesetzes sprachen, ohne dass sie im direkten Zusammenhang mit der Sozialpolitik gestanden hätten. Aus der zeitgenössischen Diskussion führte die Arbeitsrechtlerin Wera Thiel fünf solcher Punkte an:¹⁴⁹

1. Das Postulat eines endgültigen Sieges sozialistischer Produktionsverhältnisse und der stärker betonte Stellenwert der Sozialpolitik hätten „neue arbeitsrechtliche Bewegungsformen“ nahegelegt.
2. Das GBA habe 1963, 1966, 1967 und 1968 Veränderungen bzw. Ergänzungen erfahren, und die Rechtsprechung schloss einige Lücken im Gesetz. Alles in allem aber sei das Arbeitsrecht der DDR dadurch „unübersichtlich und nicht mehr überschaubar“ geworden.
3. Das GBA habe z.T. zu allgemeine Normen enthalten. Entweder blieben sie deshalb unwirksam wie die Grundsätze des GBA und die Grundsatzbestimmungen einzelner Kapitel, etwa Berufsausbildung und Qualifizierung, Lohn und Prämie; oder es habe ihnen der unmittelbar anspruchsbegründende Charakter gefehlt, wie z.B. den §§ 67ff. zur Arbeitszeit oder 79ff. zum Erholungsurlaub.
4. Die zwischen den Mitgliedsstaaten des RGW angestrebte engere ökonomische und politische Integration hätte eine Angleichung des Arbeitsrechts erforderlich gemacht.
5. Neuen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen und der beschleunigten Entwicklung von Wissenschaft und Technik mit ihren arbeitsorganisatorischen Konsequenzen habe man auch durch eine Neufassung des Arbeitsrechts entsprechen müssen.

145 BA, DQ 3, 23 Staatliches Amt für Arbeit und Löhne, Abt. Arbeitsrecht: Beschluss zur Schaffung der Voraussetzungen für die Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit und zur Ausarbeitung von arbeitsrechtlichen Vorschriften v. 9.12.1971.

146 5. Tagung des Zentralkomitees, 27./28.4.1972. Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED. Berichterstatte: Genosse Gerhard Grüneberg, Berlin 1972, S. 19.

147 BA, DA 1, 11561, Volkskammer der DDR. Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik: Vorschläge zur Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit, 1.11.1972.

148 BA, DQ 3, 23, Staatssekretär Rademacher an Prof. Dr. Spitzner, Ministerrat der DDR, Staatssekretär für das Staats- und Wirtschaftsrecht, Schreiben v. 30.6.1969.

149 Thiel, Arbeitsrecht in der DDR, S. 143.

Vordergründig zielten diese Argumente auf die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts in Übereinstimmung mit der von der SED auf ihrem VIII. Parteitag formulierten Aufgabe, „umfassend und allseitig die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten.“¹⁵⁰ In dem Zusammenhang ging es auch darum, das Arbeitsrecht der DDR an den 1970/1971 von der Sowjetunion und den meisten ihrer europäischen Verbündeten eingeschlagenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurs anzupassen. Kennzeichnend hierfür wurde eine engere Verzahnung von Arbeitsrecht und Sozialpolitik. Schließlich war die Forderung nach einem neuen Arbeitsgesetz auch in Zusammenhang mit den Bemühungen um eine stärkere (Re-)Zentralisierung der Parteiherrschaft zu sehen. Symptomatisch hierfür erfuhr Artikel 24 der 1974 novellierten DDR-Verfassung eine Umstellung der ursprünglichen Begriffsfolge „Planung und Leitung.“¹⁵¹ Nunmehr ging Leitung vor Planung, wodurch das Primat der politischen Führung und Steuerung unterstrichen werden sollte.¹⁵²

Auch der Umstand, dass das GBA inzwischen durch über 400 Regelungen ergänzt worden war, sprach für eine Neukodifikation des Arbeitsrechts.¹⁵³ Man stellte nicht nur eine beeinträchtigte „Überschaubarkeit, Handhabbarkeit und Verständlichkeit“ des Rechts fest, sondern musste als Folge auch eine Zunahme der Arbeitsrechtsstreitfälle konstatieren.¹⁵⁴ Hierbei spielte noch etwas anderes eine Rolle: Während bereits die Arbeit an einem neuen Gesetz im Gange war, erfolgte im Zuge einer FDGB-Kampagne „zur Erhöhung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen“ massive Kritik an der mittleren Leitungsebene der Betriebe. Der stellvertretende Leiter der Rechtsabteilung des FDGB-Bundesvorstandes, Walter Hantsche, konstatierte: „Mangelnde Rechtskenntnisse und subjektive Auslegungen der Gesetze durch Abteilungsleiter und Meister sind nach wie vor keine Seltenheit.“¹⁵⁵ Rudi Kranke, Leiter der Rechtsabteilung, ergänzte: „Hauptursachen für die auftretenden Konflikte sind nach Einschätzung der Konfliktkommissionen Mängel in der betrieblichen Leitungstätigkeit – hervorgerufen durch eine falsche Einstellung zum Recht oder mangelhafte Rechtskenntnisse – aber auch falsche Verhaltensweisen der Werktätigen, z.B. die Überbetonung individueller Interessen und Bedürfnisse sowie die Verkennung rechtlicher Pflichten.“¹⁵⁶

Im Jahr 1973 vollzog sich die weitere Arbeit in der zentralen Arbeitsgruppe, vor allem aber in mehreren Untergruppen, die sich mit den einzelnen Kapiteln des neuen Arbeitsgesetzes

150 Protokoll des VIII. Parteitages, Bd. 1, S. 57.

151 Verfassung der DDR in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.10.1974, in: GBl. der DDR, I, 47, S. 432-456.

152 Vgl. Siegfried Mampel: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar. Dritte Auflage mit einem Nachtrag über die Rechtsentwicklung bis zur Wende im Herbst 1989 und das Ende der sozialistischen Verfassung, Goldbach 1997, S. 658.

153 Georg Brunner: Das Rechtsverständnis der SED (1961–1989), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. v. Deutschen Bundestag, Bd. IV: Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat, Baden-Baden 1995, S. 291–336, hier 323.

154 Alfred Baumgart: Überlegungen der Arbeitsrechtswissenschaft zur Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit, in: Staat und Recht, 22 (1973), S. 652–663, hier 656.

155 Walter Hantsche: Wertvolle Vorschläge und Hinweise zur weiteren Verbesserung der Rechtsarbeit, in: Arbeit und Arbeitsrecht, 30 (1975), S. 403-405, hier 403.

156 Rudi Kranke/Sabine Langer: Arbeitsrecht stand im Mittelpunkt der Konfliktkommissionstätigkeit, in: Arbeit und Arbeitsrecht 30 (1975), S. 460–462, hier 461.

zu befassen hatten.¹⁵⁷ Als „grundlegende politische Zielstellung“ war ihnen aufgegeben: „Ausgehend von den auf dem VIII. Parteitag der SED herausgearbeiteten Wesenszügen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft muß die Neugestaltung des GBA darauf gerichtet sein, die aktive, mobilisierende Rolle des sozialistischen Arbeitsrechts bei der bewußten Ausnutzung der objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Gesellschaftsaufbaus zu erhöhen.“¹⁵⁸ Mit diesem Bezug auf die Mobilisierungsfunktion des Arbeitsrechts blieb die Rhetorik ganz nah am GBA der 1960er Jahre, das überhaupt als wichtiger Orientierungspunkt für die weitere Arbeit galt.¹⁵⁹

Bevor die Arbeit am Entwurf einer Ministerratsvorlage für das Politbüro des ZK der SED begann, versuchten die Experten, einen umfassenden Überblick zur Wirksamkeit des geltenden GBA zu gewinnen. Etwa 100 Betriebe verschiedener Branchen wurden zu diesem Zweck untersucht.¹⁶⁰ Außerdem holte man Expertisen und Studien ein, in denen Arbeitsrechtler der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, der Universitäten, des Instituts für Arbeit in Dresden, der FDGB-Hochschule in Bernau, einer Reihe von Ministerien, der Senate für Arbeitsrecht der Bezirksgerichte und des Obersten Gerichts ihre Sicht der Dinge darlegten.¹⁶¹

Gleichzeitig informierte man sich über die arbeitsrechtliche Situation in anderen sozialistischen Ländern. Vor allem beanspruchte das Arbeitsgesetzbuch der Volksrepublik Polen, das seit einigen Jahren vorbereitet wurde, einige Aufmerksamkeit.¹⁶² Kaum weniger galt sie dem sowjetischen Vorbild. Die mit dem Querschnittsthema „Grundsätze und allgemeine Bestimmungen des sozialistischen Arbeitsrechts“ befasste Untergruppe I unter Leitung von Frithjof Kunz suchte hier direkte Anleihen zu machen: „Die Formulierung der Aufgaben des sozialistischen Arbeitsrechts sollte sich nach sowjetischem Beispiel auf die wesentlichsten, mit der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages verbundenen Seiten beschränken und mit einer generellen Bestimmung des Gegenstandes des Arbeitsrechts (Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten) zusammengefaßt werden.“¹⁶³

Unverkennbar war die Absicht, das neue Arbeitsrecht an die politischen Vorgaben anzupassen, es aber auch besser handhabbar zu machen.¹⁶⁴ Schon bald wurde jedoch klar, dass man das ursprüngliche Ziel, dem Ministerrat schon Ende 1974 einen Gesetzentwurf vorzu-

157 BA, DQ 3, 23, Schreiben des Staatssekretärs Rademacher an den Vorsitzenden des Ministerrates, Sindermann v. 18.1.1973.

158 BA, DQ 3, 23, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Grundsätze der Neugestaltung des GBA, 7.5.1973.

159 BA, DQ 3, 23, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Probleme, die von der Leitung der gemeinsamen Arbeitsgruppe entschieden werden müßten bzw. die in der Beratung am 22.3.1973 mit zur Diskussion gestellt werden sollten, undat., ungez.

160 BA, DQ 3, 39, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Bericht zum Entwurf des neuen Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik. 13.10.1975, S. 1.

161 Thiel, Arbeitsrecht in der DDR, S. 142.

162 BA, DQ 3, 23, Staatssekretariat für Arbeit und Löhne, Abt. Arbeitsrecht: Information über den Stand des Arbeitsgesetzbuches der VR Polen. 7.5.1973.

163 BA, DQ 3, 23, Staatliches Amt für Arbeit und Löhne, Abt. Arbeitsrecht: Wocheninformation an Staatssekretär Rademacher v. 1.11.1973.

164 BA, DQ 3, 40, Staatliches Amt für Arbeit und Löhne: Protokoll der Klausurtagung der Leiter der Unterarbeitsgruppe am 3. und 4. Oktober 1973 in Birkenwerder. Beratung des Problemmaterials zum Komplex „Grundsätze und allgemeine Bestimmungen des sozialistischen Arbeitsrechts“, S. 3.

legen, nicht erreichen würde. Noch blieb die Frage offen, wie sich das sozialpolitische Programm der SED auf das Arbeitsrecht auswirken würde.¹⁶⁵

Im aufwendigen Umlaufverfahren kursierten die Textentwürfe in Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen, um Meinungen und Stellungnahmen einzuholen. Davon bezogen sich viele auf die Zusammenfassung von Krankengeld und Lohnausgleich zu einer einheitlichen Leistung der Sozialversicherung. Die Abteilung Sozialpolitik des FDGB-Bundesvorstandes sah den Vorteil in größerer Transparenz von Anspruch und Leistung. Zudem rechnete man mit einem verminderten Verwaltungsaufwand, weil ca. sechs Millionen Lohnausgleichsberechnungen im Kalenderjahr wegfallen würden.¹⁶⁶ Solche Argumentationslinien waren geradezu typisch für die Diskussion: Neben rechtlichen Aspekten spielten soziale und ökonomische Überlegungen eine herausragende Rolle. Als schließlich im Herbst 1975 ein erster Entwurf des neuen Arbeitsgesetzbuches vorlag, betonten die Autoren nicht nur, dass nunmehr „der bisherige Widerspruch überwunden (sei), daß das Gesetzbuch als das grundlegende Gesetz zur Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Werktätigen hinter der in den letzten 10 Jahren erfolgten sozial-ökonomischen Entwicklung zurückbleibt“, sondern sie fügten auch gleich noch eine Anlage bei, in der sie auf die ökonomischen Konsequenzen aufmerksam machten. Außerdem listeten sie Vorschläge auf, „die aufgrund ihrer ökonomischen Auswirkungen im Entwurf des Arbeitsgesetzbuches nicht berücksichtigt wurden.“ Das betraf vor allem die Gewährung von Durchschnittslöhnen bei ausgefallener Arbeitszeit und Lohnzuschläge.¹⁶⁷ Insgesamt zeigten sich die Beteiligten mit dem Ergebnis ihrer Arbeit recht zufrieden, zumal der Gesetzentwurf, wie das Präsidium des FDGB-Bundesvorstandes betonte, „die in der Hauptaufgabe enthaltene Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verwirklicht“.¹⁶⁸

Den eigenen Entwurf suchte man hinsichtlich Anlage und Aufbau mit den Arbeitsgesetzbüchern der RSFSR, der ČSSR und der Volksrepublik Polen in Einklang zu bringen. Auch das Ergebnis dieses Vergleichs schien zufriedenstellend: „Die im Entwurf des Arbeitsgesetzbuches der DDR vorgesehenen Veränderungen führen in einigen wesentlichen Fragen zu weiterer Übereinstimmung mit den entsprechenden Regelungen in den Arbeitsgesetzbüchern der RSFSR, der ČSSR und der VR Polen.“ Dies galt z.B. im Hinblick auf das Mindestalter für Beschäftigung von Jugendlichen, Kündigungsschutz älterer Werktätiger, Kündigungsverbot bei Krankheit, die Beseitigung des Unterschiedes zwischen direktem und Gesamtschaden bei materieller Verantwortlichkeit der Beschäftigten, die Zusammenfassung von Krankengeld und Lohnausgleich sowie die Erweiterung der Ordnungsstrafatbestände

165 BA, DQ 3, 23, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Disposition. Zum Stand der Arbeiten an der Neugestaltung des Gesetzbuches der Arbeit sowie zu den Problemen und Aufgaben bei der weiteren Vervollkommnung des 1. Arbeitsentwurfs des neuen Arbeitsgesetzbuches. 8.1.1975.

166 BA, DQ 3, 36, Staatliches Amt für Arbeit und Löhne: Stellungnahmen zur Zusammenfassung von Krankengeld und Lohnausgleich.; s.a. BArch, DQ 3, 23, Gemeinsame Arbeitsgruppe (?): Vorschläge zur Änderung bzw. Ergänzung des 1. überarbeiteten Arbeitsentwurfs des Arbeitsgesetzbuches. 10.9.1975.

167 BA, DQ 3, 39, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Bericht zum Entwurf des neuen Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik v. 13.10.1975, S. 7.

168 BA, DQ 3, 39, Horst Heintze: Auswertung der Stellungnahmen der Mitglieder des Präsidiums zum Entwurf des Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik – Gesamtschätzung und Entscheidungsvorschläge – (Entwurf), 5.12.1975.

bei Verletzung arbeitsrechtlicher Bestimmungen durch Betriebsleiter und leitende Mitarbeiter.¹⁶⁹ Der häufiger auftauchende Gesichtspunkt einer Anpassung des DDR-Arbeitsrechts an das anderer RGW-Länder hatte einen durchaus praktischen Grund. Dabei ging es nicht allein um einen Beitrag zum osteuropäischen Integrationsprozess, an dem die DDR aus wirtschaftlichen und politischen Gründen besonders interessiert war. Vor allem die Beschäftigung ausländischer, insbesondere polnischer Arbeitskräfte warf das Problem der Rechtsangleichung auf.

Mit Interesse hatte zumindest ein Teil der in der DDR tätigen Arbeitsrechtler die Vorarbeiten zu dem am 26. Juni 1974 angenommenen und am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen ersten Arbeitsgesetzbuch der Volksrepublik Polen verfolgt und erste Erfahrungen im Umgang damit registriert.¹⁷⁰ Allerdings dürfte sich die Detailkenntnis in Grenzen gehalten haben. Erst Mitte Januar 1975 erhielten beispielsweise Präsidium, Sekretariat und Abteilungen des FDGB-Bundesvorstandes „eine in der Verantwortung des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne und der Rechtsabteilung gemeinsam hergestellte Übersetzung des neuen Gesetzbuches der Arbeit der VR Polen zur Kenntnisnahme und Verbleib“.¹⁷¹ Im weiteren Verlauf, jedoch mit größerem Zeitabstand, diskutierten deutsche und polnische Experten arbeitsrechtliche Einzelthemen.¹⁷² Allerdings blieb es dabei weitgehend bei einem Informations- und Meinungsaustausch. Die Bezüge zur jeweiligen Sozialpolitik waren eher rhetorisch.

Inwieweit die Neufassung des DDR-Arbeitsgesetzbuches mit den Übereinkommen und Empfehlungen der ILO übereinstimmte, stand bei der Arbeit am Entwurf als Frage stets im Raum. Obwohl die DDR angesichts ihrer Bemühungen um internationale Anerkennung und damit auch im Interesse ihrer Mitarbeit in internationalen Gremien bereit war, manche Kröte zu schlucken, ging sie in einer Reihe von Punkten auf keinen Kompromiss ein. So lehnte sie die Forderung der ILO ab, selbständige Kontrollorgane über die Einhaltung der Arbeitsrechtsnormen zu schaffen und dazu unabhängige öffentliche Beamte auf Lebenszeit einzusetzen. Das widerspreche „unserem Prinzip der Einheit von Rechtssetzung, Durchsetzung und Kontrolle“, das man auch im neuen Arbeitsgesetzbuch anwenden müsse. Auch auf ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen wolle man sich nicht einlassen, weil es die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Frauen einschränke, „insbesondere hinsichtlich ihres Einsatzes an der hochentwickelten modernen Technik und ihrer gleichberechtigten Teilnahme am Produktionsprozeß“. Einige andere ILO-Übereinkommen seien nicht anwendbar, weil „ihre Realisierung mit erheblichen ökonomischen Auswirkungen verbunden wäre“. Als Beispiel war das Übereinkommen 106 angeführt, das die Gewährung von mindestens 24 Stunden zusammenhängender Ruhezeit pro Woche vorsah und demnach die „kurzen Wechsel“ im Mehrschichtsystem nicht zuließ.¹⁷³

169 Ebd.

170 Waclaw Szubert: Das neue Arbeitsgesetzbuch der Volksrepublik Polen, in: *Arbeit und Arbeitsrecht* 30 (1975), S. 627–630.

171 SAPMO-BArch, DY 34, 10221, Bundesvorstand des FDGB, Rechtsabteilung an Präsidium, Sekretariat und Abteilungen des Bundesvorstandes, 16.1.1975.

172 Frithjof Kunz: Die Arbeitsgesetzbücher der Volksrepublik Polen und der DDR (Tagungsbericht), in: *Arbeit und Arbeitsrecht* 32 (1977), S. 589f.

173 BA, DQ 3, 39, Gemeinsame Arbeitsgruppe: Bericht zum Entwurf des neuen Arbeitsgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik, (Anlage), 13.10.1975.

Auf die weitere Prozedur bis zur Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzbuches am 16. Juni 1977 durch die Volkskammer¹⁷⁴ ist hier nicht näher einzugehen. Wie in der von 1972 bis 1975 geführten Diskussion immer wieder darauf gesehen wurde, ob das Arbeitsrecht mit dem sozialpolitischen Programm der SED konform ging, nahm nach dem IX. Parteitag der SED bei der Arbeitsrechtsdiskussion im Jahr 1976 die Formel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ breiten Raum ein. Ein Beispiel hierfür bot etwa das im September 1976 von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR veranstaltete internationale Symposium zur Kodifizierung des Arbeitsrechts. Die Arbeitsrechtler Frithjof Kunz und Heinz Wolf legten hierzu Thesen vor, in denen ausdrücklich auf den permanenten Charakter der Arbeitsrechtskodifizierung verwiesen wurde. „Ihr Rhythmus wird von der Strategie zur Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sowie von internationalen Faktoren, insbesondere der sozialistischen ökonomischen Integration, bestimmt.“¹⁷⁵ Wer das durchdeklinierte, konnte sich des Eindrucks kaum erwehren, dass das Arbeitsrecht auch als Instrument zur Durchsetzung bzw. zur Absicherung der 1971 eingeschlagenen und 1976 bekräftigten wirtschafts- und sozialpolitischen Doppelstrategie dienen sollte.

7. Soziale Konfliktlagen und Gewöhnungseffekte

Betrachtet man die in der DDR während der ersten Hälfte der 1970er Jahre anfallenden arbeitsrechtlich relevanten Streitgegenstände und Konfliktschwerpunkte, so stellt sich eine Verbindung zur „Hauptaufgabe“ nicht ohne weiteres her. Dieser Eindruck entsteht zumindest, wenn man sich den Inhalt der Eingaben an den Staatsrat und der vor Konfliktkommissionen und Arbeitsgerichten verhandelten Fälle vor Augen führt.

Nach jedem Quartal analysierte die Abteilung Arbeit und Sozialpolitik des Staatsrates die in diesem Zeitraum von Bürgern an den Staatsrat der DDR gerichteten Eingaben. Im ersten Quartal 1973 waren über 600 solcher Schreiben eingegangen, etwas weniger als in den letzten drei Monaten des Jahres 1972. Davon betrafen 242 Rentenanliegen und andere Leistungen der Sozialversicherung, 232 bezogen sich auf arbeitsrechtliche Probleme, einschließlich der Planung und Lenkung von Arbeitskräften, 135 gingen auf Fragen der Berufslenkung, Probleme kinderreicher Familien und weitere soziale Fragen ein.¹⁷⁶ Das Ergebnis lag im Trend der letzten Jahre, in denen auch seitens des FDGB und des Staatlichen Amtes für Arbeit und Löhne eine Zunahme der arbeitsrechtlich relevanten Eingaben registriert worden war.¹⁷⁷ Hierbei mochte es sich teilweise noch um Ausläufer jener Welle von Unzufriedenheit handeln, die um 1970 infolge der Strukturpolitik Walter Ulbrichts hochschlug. Aber auch auf weitere Sicht hielt der Trend zu erhöhter Konfliktbereitschaft an.

174 Das Arbeitsgesetzbuch der DDR, in: GBl. der DDR I 1977, S. 185–227.

175 Heinz Wolf/Eva Hein: Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt Weiterentwicklung des Arbeitsrechts. Internationales Symposium zur Kodifizierung des Arbeitsrechts an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, in: Arbeit und Arbeitsrecht 31 (1976), S. 729f., hier 729.

176 SAPMO-BArch, DY-30, vorl. SED 16285/2, Staatsrat der DDR, Abt. Arbeit und Sozialpolitik: Bericht über die Eingabebearbeitung im I. Quartal 1973 v. 2.4.1973.

177 Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S. 125.

Tabelle 4

Bei den Gerichten beantragte und abgeschlossene Verfahren in Arbeitsrechtssachen
1970–1976

Jahr	Beantragte gerichtliche Verfahren	Abgeschlossene gerichtliche Verfahren in Arbeitsrechtssachen Insg.*	Nach dem Streitgegenstand				
			Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses	Forderung von Lohn, Gehalt und sonstiger Vergütung	Rückforderung von Lohn, Gehalt und sonstiger Vergütung	Materielle Verantwortlichkeit des Betriebes bzw. Werkträgigen	Sonstige Arbeitsrechtssachen
1970	6.058	5.815	947	1.602	325	1.515	1.426
1971	6.846	6.842	1.068	1.877	270	1.975	1.652
1972	7.689	7.632	1.244	2.056	296	2.106	1.950
1973	8.130	8.158	1.083	2.102	317	2.423	2.233
1974	8.635	8.667	1.182	2.125	325	2.461	2.574
1975	9.991	9.922	1.242	2.323	348	3.339	2.670
1976	10.238	10.304	1.170	2.145	319	3.189	3.481

*Der unterschiedliche Erfassungszeitpunkt bedingte, dass die Anzahl abgeschlossener Verfahren mitunter die Anzahl der beantragten Verfahren überstieg.

Quelle: StJbDDR 1980, Berlin 1980, S. 386.

Allerdings absorbierten die Konfliktkommissionen fast das Vierfache an Arbeitsrechtssachen.

Tabelle 5

Arbeitsrechtsverfahren der Konfliktkommissionen 1972–1976

Jahr	Eingegangene und überprüfte Beschlüsse	An Arbeitsrechtsstreit als Partei beteiligte Werkträgigen	Bestätigte Einigung	Entscheidung des Streitfalls auf Antrag der Parteien	Darunter zugunsten des Werkträgigen	Sonstiger Abschluss	Empfehlung
1972	24.235	26.115	1.064	20.022	5.953	3.717	4.404
1973	27.201	29.203	1.153	22.488	6.350	4.222	4.945
1974	28.618	30.906	1.202	25.125	6.864	4.579	5.135
1975	35.489	37.894	1.336	30.971	8.513	5.587	6.975
1976	39.689	42.529	1.397	35.626	9.263	5.506	7.467

Quelle: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 23: Rechtspflege: Arbeitsverfahren der Konfliktkommissionen 1972 bis 1988 – Arbeitsunterlage –. Hg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1995, S. 10–139.

Anhand der vor Konfliktkommissionen verhandelten Streitgegenstände ist leicht zu erkennen, dass die Schwerpunkte im Bereich der materiellen Verantwortlichkeit der Beschäftigten, bei Lohn- und anderen Zahlungen, bei der Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses und bei disziplinarischen Angelegenheiten lagen.

Tabelle 6

Gegenstand der vor Konfliktkommissionen verhandelten Arbeitsrechtsverfahren 1972–1976

Jahr	1972	1973	1974	1975	1976
Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses	1.042	1.090	1.013	1.150	1.308
Lohn-, Gehalts-, Ausgleichs- und Entschädigungsforderung	3.785	4.289	4.332	4.209	4.290
Jahresendprämie	-	-	-	1.389	1.489
Einspruch der Werkstätigen gegen Disziplinarmaßnahmen des Betriebes	1.429	1.629	1.840	2.338	2.760
Materielle Verantwortlichkeit des Betriebes	478	512	496	2.010	1.210
Materielle Verantwortlichkeit des Werkstätigen	15.557	17.363	18.647	21.601	25.718
Neuererrechtsstreitigkeiten	-	-	-	843	975
Übrige Streitfälle	1.944	2.318	2.290	1.949	1.939

Quelle: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 23: Rechtspflege: Arbeitsverfahren der Konfliktkommissionen 1972 bis 1988 – Arbeitsunterlage – Hg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1995, S. 10–139.

Aus der arbeitsrechtlichen Perspektive führte der sozialpolitische Kurswechsel nicht zu einer Minderung des Konfliktpotentials, eher war das Gegenteil der Fall. Es scheint hierfür mindestens drei Gründe gegeben zu haben. Erstens versuchten Beschäftigte den teils schlechten Zustand technischer Anlagen durch mitunter riskante Improvisationen zu kompensieren, was gegebenenfalls auch zu Schäden führte. Zweitens lockerte sich infolge der demographisch bedingten Verjüngung von Betriebsbelegschaften die Arbeitsdisziplin zumindest tendenziell. Drittens reagierten Betriebsleitungen bereits seit den Jahren der Wirtschaftsreform sensibler auf solche Pflichtverletzungen.

Die sozialpolitischen Beschlüsse zeigten in dieser Hinsicht keinerlei Wirkung. Ein Vergleich der „besonderen Vorkommnisse“ in den jeweils ersten Quartalen der Jahre 1972 und 1973 erhärtet diesen Befund. Im April 1973 teilte die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED mit, es habe im I. Quartal 1972 insgesamt 73 „Vorkommnisse“ mit 10,6 Mio. Mark Schaden gegeben. Im I. Quartal 1973 seien es hingegen schon 147 „besondere Vorkommnisse“ gewesen, wobei der Schaden 23,7 Mio. Mark betragen habe.¹⁷⁸ Demnach stellte sich die Entwicklung nach der in der DDR üblichen Nomenklatur folgendermaßen dar:

178 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 13111/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an G. Mittag: Information über besondere Vorkommnisse im I. Quartal 1973 v. 24.4.1973.

Tabelle 7

„Besondere Vorkommnisse“ im 1. Quartal der Jahre 1972 und 1973

Jahr	1973	1972
Arbeitskonflikte	22	5
Arbeitsniederlegungen	16	5
Provokationen	10	10
Sabotageakte	4	3
Brände	34	24
Havarien	38	26
Vorkommnisse in Gewerkschaftseinrichtungen	18	Nicht erfasst
Vorkommnisse mit polnischen und ungarischen Werktätigen	5*	-

* 4 Schlägereien mit polnischen und 1 mit ungarischen Werktätigen, letzterer mit tödlichem Ausgang.
Quelle: SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 13111/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an G. Mittag, 24.4.1973: Information über besondere Vorkommnisse im I. Quartal 1973.

Diese Entwicklung verlief nicht isoliert, sie fand ihre Entsprechung im Krankenstand. Im Dezember 1973 konstatierte die ZK-Abteilung Gesundheitspolitik, trotz aller Bemühungen „zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Werktätigen in den Betrieben, insbesondere zur Einleitung von Maßnahmen, den Krankenstand nicht weiter ansteigen zu lassen, sondern eher zu senken“, habe man dieses Ziel verfehlt. Im Jahr 1973 sei der Krankenstand weiter angestiegen und werde zum Jahresende mit einem Wert von 6,2 bis 6,3% den höchsten Stand seit Jahren erreichen. Umgerechnet blieben wegen Krankheit täglich ca. 30.000 Arbeitskräfte mehr der Arbeit fern als im Jahr zuvor. Hierfür, hieß es salomonisch, gebe es „objektive wie subjektive Gründe“.¹⁷⁹

Die Tendenz war allgemein. „Der Krankenstand ist ausnahmslos in allen Bezirken und allen Bereichen der Volkswirtschaft gegenüber 1972 weiter angestiegen“, hieß es in einem aus dem Büro Mittag stammenden Papier. Seit mehreren Jahren sei ein kontinuierlicher Anstieg des Krankenstandes zu bemerken. Eine Ausnahme machte das Jahr 1971:

Tabelle 8

Krankenstand in den Betrieben der DDR 1968–1972

Jahr	Krankenstand	Krankenstand durch Erkältungskrankheiten	Krankenstand ohne Erkältungskrankheiten
1968	5,19	1,19	4,00
1969	5,36	1,28	4,08
1970	5,63	1,51	4,12
1971	5,39	1,12	4,27
1972	5,89	1,48	4,41

Quelle: BA, DC 20, 17620, Büro Mittag: Zu einigen Problemen der Entwicklung des Krankenstandes im Jahre 1973, 27.12.1973.

¹⁷⁹ BA, DC 20, 17620, Abt. Gesundheitspolitik des ZK der SED: Mitteilung an G. Mittag, 14.12.1973.

Der Krankenstand der Frauen läge höher als derjenige der Männer, und die Differenz nehme weiter zu von 1971: 0,54% über 1972: 0,70% auf 1973: 0,82%.¹⁸⁰ Das korrespondierte mit der steigenden Erwerbsquote von Frauen, doch dürfte sich auch hier im Zeichen relativen Wohlstands und einer weitgehenden sozialen Absicherung ein Wertewandel im Erwerbsverhalten bemerkbar gemacht haben.

Hinter dieser an sich voraussehbaren Entwicklung verbarg sich aber ein weiteres Problem, das für die „Politik der Hauptaufgabe“ erhebliche Risiken enthielt: Viele ihrer Adressaten registrierten die einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen mit Selbstverständlichkeit. Dieser relativ schnell eintretende Gewöhnungseffekt hatte vielleicht auch mit einem Generationenwechsel zu tun.¹⁸¹ Am Ende des Jahrzehnts, 1980, registrierte der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski besorgt: „Ruhig und friedlich, sich evolutionär bereichernd verläuft unser Alltag in so vieler Beziehung. So ruhig und friedlich, daß viele Menschen, der ständigen Unruhe und Zufälligkeiten des Lebens im Kapitalismus entronnen, das nicht mehr zu schätzen wissen und es hinnehmen mit einer Selbstverständlichkeit wie die Luft, die sie atmen. Die tägliche Erfahrung der Reproduktion dieses Zustandes macht die Einsichtigen dankbar und die anderen gleichgültig dieser Errungenschaft gegenüber.“¹⁸² Diese Beobachtung mochte in den frühen 1970er Jahren nicht in dem Maße zutreffen wie das an der Schwelle zu den 1980er Jahren der Fall war. Doch schon frühzeitig deutete manches auf soziale Gewöhnungseffekte hin.¹⁸³ Andererseits standen anfangs noch viele unter dem Eindruck der zwischen 1968 und 1971 eingetretenen politischen und sozialen Veränderungen. Nicht wenige empfanden wohl auch eine Aufbruchstimmung. Gleichwohl driftete die DDR-Gesellschaft auch schon 1970 in die von Kuczynski beklagte Richtung.

8. Exkurs: Pass- und visumfreier Reiseverkehr

Als nach Vereinbarungen der DDR mit Polen und der ČSSR im Januar 1972 ein „paß- und visafreier“ Reiseverkehr zwischen diesen Ländern möglich wurde,¹⁸⁴ dürfte das von den wenigsten Zeitgenossen in einen Zusammenhang mit der Sozialpolitik der frühen Honecker- und Gierek-Ära gebracht worden sein. Eher wird man in der DDR an das am 13. Dezember 1971 mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossene Transitabkommen gedacht haben, das den Personen- und Güterverkehr zwischen Westdeutschland und dem Westteil Berlins

180 BA, DC 20, 17620, Büro Mittag: Zu einigen Problemen der Entwicklung des Krankenstandes im Jahre 1973, 27.12.1973.

181 Vgl. Thomas Ahbe: Deutsche Generationen nach 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 3 (2007), S. 38–46, hier bes. 41.

182 Jürgen Kuczynski: *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Nachträgliche Gedanken*, Berlin 1985, S. 23.

183 SAPMO-BArch DY-34, 10255, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Lehrstuhl für marxistisch-leninistische Soziologie: Information über Auffassungen der Werktätigen zu Fragen des Lebensniveaus vom Januar 1973.

184 Czesław Osękowski: Der pass- und visafreie Personenverkehr zwischen der DDR und Polen in den siebziger Jahren – Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen, in: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.): *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990*, Osnabrück 2003, S. 123–133.

neu regelte, von dem die Menschen in der DDR aber nichts hatten. Dafür gab es für sie zumindest etwas mehr Reisefreiheit in die östliche Richtung. Auch einer der direkten Initiatoren dieser Vereinbarung, Erich Honecker, hatte dabei offenbar anderes im Blick als die Sozialpolitik. In einer direkten Weisung an die „zuständigen Organe“, deren Sonderbeauftragte am 5. Oktober 1971 zu einer Beratung gekommen waren, forderte er, „bis zum 1. Dezember 1971 an der Grenze eine völlig neue Situation zu schaffen“. Jeder Bürger müsse spüren, „daß wir brüderlich verbundene Völker sind“.¹⁸⁵ Vor dem Hintergrund konfliktreicher deutsch-polnischer Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert mochte man dies entweder mit einer gewissen Sympathie registrieren oder es auch für internationalistische Romantik halten. Der „völlig neuen Situation“ jedenfalls standen die Experten im ZK-Apparat der SED und im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR unverkennbar mit gemischten Gefühlen gegenüber. So hielt die Abteilung Planung und Finanzen anhand von Diskussionen in Betrieben fest: „Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Neugestaltung des Grenzverkehrs zwischen der DDR und der VR Polen sollte eine Einschätzung über die sich daraus ergebenden Anforderungen für den Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung der DDR erarbeitet werden.“¹⁸⁶ Noch skeptischer zeigte sich die DDR-Botschaft in Warschau. In einem Papier zu den erwarteten Auswirkungen der Reiseerleichterungen wies sie darauf hin, „daß bei einem relativ stark entwickelten ‚Schwarzmarkt‘ in der VRP die Möglichkeit gezielter spekulativer Käufe in der DDR zunimmt“. Auch gebe es für Bürger der DDR „gegenwärtig verhältnismäßig wenige attraktive und kaum preisgünstige Waren in der VRP zu kaufen“.¹⁸⁷

Mit etwas Phantasie ließ sich aus diesen Annahmen ein für die DDR wenig erfreuliches Szenarium erahnen. Zunächst jedoch gab die Entwicklung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs den Optimisten recht. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1972 reisten 1,85 Millionen Polen in die DDR und 1,75 Millionen DDR-Bürger besuchten Polen.¹⁸⁸ Im ersten Halbjahr 1973 überschritten 2,6 Millionen Polen und 1,9 Millionen DDR-Bürger die Oder-Neiße-Grenze.¹⁸⁹ Aber während man in der FDGB-Spitze etwa „über kulturelle Veranstaltungen, Besichtigungen, Betriebsbesuche und Erfahrungsaustausche“ – vorwiegend an den Wochenenden natürlich – „zur weiteren Festigung der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen“ beider Länder sowie über „die Nutzung aller Möglich-

185 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.08/173, Abt. Planung und Finanzen des ZK der SED: Information über die Neuregelung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, 8.10.1971.

186 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.08/173, Abt. Planung und Finanzen – Sektor RGW –; Information zu einigen Problemen der Vorbereitung des VI. Parteitages der PVAP und der Gespräche zwischen Genossen Gierek und Genossen Hušák in Prag, 22.10.1971, S. 5 [Unterstreichungen im Orig.].

187 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.08/173, Botschaft der DDR: Einschätzung der Auswirkungen der Maßnahmen zur Vereinfachung und Erleichterung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs zwischen der DDR und der VRP, 29.10.1971, S. 5f.

188 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J / 4100, K. Fichtner: Kurzinformation über die Ergebnisse der Beratung mit dem Vorsitzenden der VRP-Sektion des Wirtschaftsausschusses DDR/VRP, Gen. Mitrega, am 15. und 16. Mai 1972 in Warschau, S. 2.

189 SAPMO-BArch, DY 30, 3202, Abt. Planung und Finanzen des ZK der SED: Information über die Entwicklung des Reiseverkehrs zwischen der DDR und der VR Polen, 20.08.1973.

keiten für Urlaub und Naherholung“ nachdachte,¹⁹⁰ kam über die Grenze hinweg ein schwunghafter Kleinhandel in Gang. In der DDR registrierte der Handel mehr oder minder große Einkäufe polnischer Bürger, wodurch die ohnehin angespannte Versorgungslage noch um einiges komplizierter wurde. Vermehrte Unmutsreaktionen aus der Bevölkerung veranlassten Erich Honecker schließlich, sich Ende November 1972, also zu Beginn der Weihnachtseinkäufe, direkt an seinen Amtskollegen in Warschau zu wenden.¹⁹¹

„Lieber Genosse Edward!

Ich wende mich an Dich mit diesem Brief aus Sorge, daß wenn nicht von beiden Seiten entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, eine gute Sache in das Gegenteil verkehrt werden kann. Aus diesem Grunde halten wir es für erforderlich, daß Genosse Willi Stoph mit Genossen Piotr Jaroszewicz zusammenkommt, um durch Maßnahmen beider Regierungen den politischen Inhalt unserer Vereinbarung über den paß- und visafreien Reiseverkehr auch weiterhin zu gewährleisten und jene negativen Auswirkungen stark zu mindern, die die Gefahr enthalten, den Sinn unseres Abkommens auszuhöhlen. Leider ist es bis jetzt aus verschiedenen Gründen nicht zu einem Zusammentreffen der Genossen Stoph und Jaroszewicz gekommen. Auf der Ebene der Genossen Fichtner und Mitrega sowie verschiedener Minister wurden in einer Reihe von Fragen Übereinkommen erzielt, deren Inkrafttreten leider immer wieder verzögert wird. Ich bin, wie Du mich kennst, weit davon entfernt, die Ursachen für diese Entwicklung nur auf einer Seite zu suchen, für mich ist es entscheidend, daß wir unsere brüderlichen Beziehungen in dem Geist, wie wir sie begonnen haben, weiter entwickeln. Jetzt hat sich jedoch eine Lage entwickelt, die es erforderlich macht, unmittelbar Schlußfolgerungen zu ziehen. Eine mir vorliegende Tagesinformation unserer Zollverwaltung vom 22. November 1972 gibt Dir Einblick in die Probleme, die einer Lösung bedürfen. Dabei enthält diese Information nur die Ergebnisse von Stichproben. Der Umfang der Probleme ist jedoch daraus zu erkennen. Aufgrund dieser Tatsache halte ich es für zweckmäßig, daß das beabsichtigte Zusammentreffen zwischen Genossen Stoph und Jaroszewicz unmittelbar zustande kommt und daß Maßnahmen getroffen werden, um die organisierten Einkaufsreisen in die Deutsche Demokratische Republik zu unterbinden. Solltest Du es für notwendig erachten, diese Maßnahmen auf einreisende Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in die Volksrepublik Polen auszudehnen, so sind wir durchaus damit einverstanden. In der Überzeugung Deines Verständnisses für unsere Probleme, die im Grunde gemeinsame Probleme sind, verbleibe ich

mit sozialistischem Gruß

E. Honecker“

Die erwähnte Tagesinformation zur Abfertigung des pass- und visumfreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vom 21.11.1972 lautete:

190 SAPMO-BArch, DY 34, 25691, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FGDB am 9.8.1972.

191 SAPMO-BArch, DY 30, 464, E. Honecker an E. Gierek vom 23.11.1972.

„Am Dienstag, dem 21.11.1972, von 00.00 Uhr bis 24.00 passierten in der Einreise 40 594 Bürger der Volksrepublik Polen, 2 389 PKW und 336 KOM und in der Ausreise 6 889 DDR-Bürger, 1 287 PKW und 70 KOM die Grenze der DDR. [...]

In 6 Fällen erfolgte die Einziehung von größeren Mengen Lebensmitteln. Darunter 2x jeweils 15 kg Margarine, 1x 15,5 kg Erdnüsse und 1x bei einem polnischen Bürger 20 Stück Salamiwurst (14,7 kg).

Bei einem einreisenden polnischen Bürger wurden 20 Einkaufsnetze sowie 20 Dosen Nivea-Creme eingezogen. Die Gegenstände sollten in der DDR verkauft werden.“¹⁹²

Der Handelstourismus hielt sich diesen Angaben zufolge durchaus noch in Grenzen. Die etwas aufgeregte Reaktion der DDR-Seite zeigte jedoch, dass man zwei Probleme fürchtete. Zum einen geriet die eigene Konsumpolitik und damit indirekt das sozialpolitische Programm der SED in Schwierigkeiten, wenn Waren in nennenswertem Umfang dem Binnenmarkt entzogen wurden. Zum anderen mehrten sich Anzeichen, dass die offizielle Freundschaftslyrik durch handfeste Ressentiments in Frage gestellt wurde. Noch im Januar 1973 sprach Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, über diese Angelegenheit mit Gierek – und holte sich eine unerwartete Abfuhr. Er habe, so Gierek zum Reiseverkehr zwischen der DDR und der VRP „gemeinsam mit Genossen Erich diesen großen und wichtigen Entschluß gefaßt. [...] Natürlich sei es immer so, daß bei solchen großen, entscheidenden Beschlüssen eine Reihe von Fragen nicht ausreichend ausgearbeitet sind. [...] Es gebe weder in Polen noch in der DDR Engel. Auch DDR-Bürger seien zu Spekulationszwecken in die VR Polen gekommen. Die VRP und die PVAP haben alle Vorkehrungen geschaffen, damit niemand den DDR-Reisenden Vergangenes vorwirft. Es gebe in Polen auch nationalistische Tendenzen. Er meine aber, daß vielleicht einige Beamte in der DDR nervös gehandelt hätten und dabei Methoden anwandten, die unselige Erinnerungen wach werden ließen. Die Polen seien sehr empfindlich.“¹⁹³

Die Wahl solcher Argumente zeigte, dass die Diskussion faktisch an einem Punkt angelangt war, von dem aus man die Angelegenheit in Hoffnung auf Besserung nur noch treiben lassen konnte. Beim Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation im Mai 1975 in der DDR hielt man sich nicht lange damit auf. Honecker bemerkte, dass inzwischen rund 40 Millionen Menschen von der Möglichkeit des pass- und visumfreien Reiseverkehrs in beide Richtungen Gebrauch gemacht hätten. Gierek nannte das die „friedlichste Invasion“, und sein Gesprächspartner sprach gar von einer „Wiederholung der Völkerwanderung“.¹⁹⁴ Wenngleich hier offenkundig Nonsens geredet wurde, schadete es jedoch nicht. Beide hatten zu dieser Zeit andere Sorgen.

192 Ebd.

193 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/144, ZK der SED, Abt. Internationale Verbindungen [?]: Vermerk über ein Gespräch des Genossen Edward Gierek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der PVAP, mit Genossen Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, am 12.1.1973, S. 3f.

194 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /5838, Stenografische Niederschrift der Gespräche der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen am 21. und 22. Mai 1975 in Berlin, S. 76.

Die Wirkung der zwischen Polen und der DDR vereinbarten Reiseregulierung blieb ambivalent. Eindeutig verursachten mengenmäßig relevante Käufe Versorgungsengpässe. Die DDR war davon sicher mehr betroffen, insbesondere bei staatlich subventionierten Waren wie Lebensmitteln oder Kinderbekleidung. In einer schönen Dialektik gerieten „die Polen“ damit in die Rolle eines Sündenbocks, der auch für die ohnehin bestehenden Mängel im Handelssystem der DDR verantwortlich gemacht wurde. Dies konnte den Protagonisten der Sozialpolitik à la Honecker nicht unrecht sein.

Auf einen bemerkenswerten Nebeneffekt hat Dariusz Stola aufmerksam gemacht: Der 1972 zwischen der PRL, der DDR und der ČSSR eingeführte „kleine Grenzverkehr“ mit seinen meist kurzfristigen Auslandsreisen wurde für viele Polen ein Übungsfeld für die Emigration: „Millionen Polen konnten in dieser Zeit Auslandserfahrungen sammeln, die in vielen Fällen die Entscheidung zur Emigration erleichterten.“¹⁹⁵ Die polnische Ausreisewelle der 1980er Jahre wurde wohl auch hierdurch genährt.

9. Arbeitsgesellschaft, Sozialpolitik und Betrieb

Es gehörte zu den wesentlichen Merkmalen der in den Jahren 1970/71 umgesteuerten Sozialpolitik, dass sie deutlich auf die Arbeit und die Betriebe fokussiert war. Das entsprach der auf Produktionszuwachs setzenden „Hauptaufgabe“, doch konnte sich die SED-Führung unter Honecker damit auch von der problematischen Entwicklung der betrieblichen Sozialpolitik in den ausgehenden 1960er Jahren absetzen. Unverkennbar war das Politikfeld in den Sog der von Ulbricht favorisierten „Strukturpolitik“ geraten, so dass viele Betriebe den Planteil „Arbeits- und Lebensbedingungen“ nicht mehr vollständig realisieren konnten. Es kam ohne Zweifel zur Vernachlässigung für die betriebliche Sozialpolitik unverzichtbarer Dienstleistungen und Einrichtungen. Den wohl entscheidenden Anstoß zu dieser Entwicklung hatte Walter Ulbricht in seiner Rede auf der 12. Tagung des ZK der SED im Dezember 1969 gegeben: Ein Teil der Betriebe und Kombinate sollte die „Systemautomatisierung“ forcieren, während sich alle anderen auf die „komplexe sozialistische Rationalisierung“ zu beschränken hatten.¹⁹⁶ Auf diesen beiden Wegen hoffte man die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern.¹⁹⁷ Ulbricht zeigte sich überzeugt, dass es gelingen könnte, „aus eigener Kraft, ohne zentrale Bilanzierung, ohne staatlich geplante Importe, wesentliche, ins Gewicht fallende Vorhaben der Mechanisierung und teilweisen Automatisierung in Angriff (zu) nehmen“.¹⁹⁸ Das sollte „in den nächsten Jahren“ durch erhöhte Ausgaben für soziale

195 Dariusz Stola: Das kommunistische Polen als Auswanderungsland, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 2 (2005), S. 345-365, hier 358.

196 Walter Ulbricht: Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970. Referat auf der 12. Tagung des ZK der SED. 12./13.12.1969, Berlin 1970, S. 21.

197 Hierzu ausführlicher Margrit Grabas: Die DDR zwischen Emanzipation und Systemzwang. Die ambivalente Modernisierung der 1960er Jahre, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hg.): *Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Lothar Baar zum 65. Geburtstag*, St. Katharinen 1997, S. 335-356.

198 Ulbricht, *Grundlegende Aufgaben*, S. 21-24.

Zwecke kompensiert werden. Vor allem Großbetriebe und Kombinate würden hierfür eine große Verantwortung tragen.¹⁹⁹ Zuerst ging es also um Modernisierungsinvestitionen, auch unbilanzierte. Erst später schienen größere Investitionen im Sozialbereich möglich.

Zunächst aber taten sich eher Defizite auf, in den Betrieben wie auch in deren Umfeld. So offenbarte eine Überprüfung von Dienstleistungsbetrieben in 37 Kreisen der Bezirke Potsdam, Cottbus, Frankfurt/O. und Berlin 1970 beträchtliche Kapazitätsengpässe bei hauswirtschaftlichen Dienstleistungen und Reparaturen. Zudem waren ausgerechnet in diesem Bereich, der die Sozialpolitik anderer Betriebe unterstützen sollte, die Arbeitsbedingungen besonders schlecht.²⁰⁰ Das sprach schon für eine in Kauf genommene Vernachlässigung. Auch wurde es üblich, auf nichtbilanzierte Eigenleistungen zu setzen. Im Bezirk Dresden etwa, der in der DDR als wichtiger Technologiestandort galt, waren 77% der Plätze in Kindereinrichtungen als Eigenleistungen ohne Investitionskennziffern und materielle Deckung in den Plan aufgenommen worden. Dazu kam es unter anderem, weil sich Betriebe mit einer finanziellen Beteiligung zurückhielten.²⁰¹ Gleichwohl gab es um 1970 in den zentralen Bereichen der betrieblichen Sozialpolitik keine dramatischen Einschränkungen. Nur die Investitionen der von Betrieben geförderten Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) erfuhren eine deutliche Minderung. Dies alles verursachte einen Rückstau, nicht jedoch den Stillstand betrieblicher Sozialmaßnahmen. Vor allem für die Arbeiterversorgung und die Kinderbetreuung blieb der Umfang der Aufwendungen beträchtlich.²⁰²

Hier war der Hauptgrund dafür zu finden, dass die betriebliche Sozialpolitik im Konzept der „Hauptaufgabe“ zunächst eine etwas periphere Position einnahm. Der Handlungsbedarf erschien auf diesem Gebiet nicht so dringend zu sein, während Versorgungsengpässe bei Winterschuhen, warmer Unterbekleidung, Öfen und Herden, Bügeleisen usw., teilweise auch bei Fleisch und Butter im Herbst 1970 weit mehr auf den Nägeln brannten.²⁰³ Noch drängender erschien die ungelöste Wohnungsfrage. Tatsächlich belegte die DDR Ende der 1960er Jahre in der Relation von fertiggestellten Wohnungen und Bevölkerungszahl vor der Mongolei den vorletzten Platz unter den RGW-Staaten.²⁰⁴

Es lag daher nahe, die Wohnungsfrage 1971 auf dem VIII. Parteitag der SED als Haupthebel für den sozialpolitischen Kurswechsel anzusetzen. Auch in den folgenden Jahren blieb sie die zentrale Achse der staatlichen Sozialpolitik. Ein Wohnungsbauprogramm sollte be-

199 Ebd., S. 29f.

200 SAPMO-BArch, DY-34, 6787, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Abschlußbericht über die Kontrolle zur Versorgung der Bevölkerung mit hauswirtschaftlichen Dienstleistungen und Reparaturen – insbesondere Wäschereileistungen sowie Reparaturen an elektrischen Haushaltsgeräten (einschließlich Waschmaschinen, Trockenschleudern und Kühlschränken) vom 16.11.1970, S. 9f.

201 SAPMO-BArch, DY-34, 6776, Volkskammerausschuss für Arbeit und Sozialpolitik: Information über durchgeführte Nachkontrollen in den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt zur Planerfüllung beim Bau von Kindereinrichtungen, 25.11.1970, S. 5f.

202 Erhard Schulze/Heinz Stewert: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, in: *Einheit* 25 (1970) S. 1278–1287, hier 1280.

203 Vgl. Monika Kaiser: *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 399, Anm. 87.

204 Vgl. Совет экономической взаимопомощи, Секретариат (Изд.): *Статистический Ежегодник стран-членов совета экономической взаимопомощи 1971*, Москва 1971 [Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Sekretariat (Hg.): *Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1971*. Moskau 1971], S. 179.

sonders den Arbeitern in den Industriezentren zugute kommen.²⁰⁵ Diesem Ziel näherte man sich im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre, wenn auch um den Preis erheblicher wirtschaftlicher, sozialer und städtebaulicher Verwerfungen.²⁰⁶ Hier ist nicht näher auf dieses Thema einzugehen, zumal hierzu eine umfangreiche Literatur verfügbar ist.

So offensiv Erich Honecker auf dem Parteitag die künftige Sozialpolitik der SED auch präsentierte, vermied er aber doch, das Politikfeld mit zu großen Erwartungen zu belasten: „Unsere Mittel für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wachsen bei planmäßiger erfolgreicher Arbeit kontinuierlich, aber sie steigen nicht sprunghaft an. Wir haben deshalb sorgfältig abzuwägen, wo diese Verbesserungen am dringendsten sind und wo mit den verfügbaren Mitteln für die Werktätigen jeweils besonders wichtige Fortschritte erzielt werden können.“²⁰⁷ Eine solche Einschränkung mochte gut nachvollziehbar sein. Allerdings ließ sie auch die Absicht einer stark zentralisierten Ressourcendisposition erkennen.

Die Gewerkschaftsleitungen, so Honecker, sollten darauf achten, „daß die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen nirgendwo an den Rand der Leitungstätigkeit gerät. In diesem Sinne sind auch der Inhalt und die Wirksamkeit der Betriebskollektivverträge zu erhöhen.“²⁰⁸ Auch Willi Stoph, der die Fünfjahrplan-Direktive erläuterte, ging im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Fonds auf dieses Thema ein. Diese Fonds hätten insbesondere der Bildung und Qualifizierung, der geistigen und kulturellen Entwicklung, den Kindereinrichtungen, der Gesunderhaltung, dem Arbeitsschutz und der Altersbetreuung zu dienen. „Auch die bereits jetzt umfangreichen Ausgaben der Betriebe für kulturelle und soziale Leistungen wachsen weiter.“²⁰⁹ Weder Stophs Referat noch die Plandirektive enthielten genauere Angaben zur künftigen Entwicklung der betrieblichen Sozialpolitik. Es war lediglich davon die Rede, dass „die Aufwendungen der Betriebe und Institutionen aus ihren Fonds für kulturelle und soziale Maßnahmen sowie für Zwecke der Aus- und Weiterbildung [...] ebenfalls steigen“.²¹⁰

Die gemeinsamen Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED, des Ministerrates und des Bundesvorstandes des FDGB vom März 1972,²¹¹ vom April 1972,²¹² vom September 1973²¹³ und vom April 1974²¹⁴ zielten im Kern auf Maßnahmen zur Stabilisierung und Ent-

205 Protokoll des VIII. Parteitages der SED, 1. bis 3. Beratungstag, S. 63.

206 Vgl. Hannsjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004.

207 Protokoll des VIII. Parteitages der SED, 1. bis 3. Beratungstag, S. 62.

208 Ebd., S. 80.

209 Ebd., 4. und 5. Beratungstag, S. 46.

210 Ebd., S. 326.

211 Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren, in: Dokumente der SED, Bd. XIV, S. 49–51.

212 Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes, in: ebd., S. 81–91.

213 Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB über weitere Maßnahmen zur Durchführung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages der SED, in: ebd., S. 403–411.

wicklung des gesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials. Damit im Einklang stand auch der Versuch, durch „Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Werktätige, die durch Nachtschichtarbeit zur besseren Ausnutzung der Grundfonds beitragen, sowie für Werktätige, die durch ihre Arbeit auf Bau- und Montagebaustellen zeitweise getrennt von ihren Familien leben“, die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken.²¹⁵

Das neue Parteiprogramm von 1976 allerdings bezog die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ noch deutlicher auf Arbeit, Betriebe und Beschäftigte. Um den sozialistischen Charakter der Arbeit „allseitig“ zu entwickeln, seien „die Arbeitsbedingungen planmäßig so zu gestalten, daß sie Arbeitsfreude, Einsatzbereitschaft und Schöpferum sowie das Streben der Werktätigen nach Ordnung, Sicherheit und Disziplin fördern.“²¹⁶ Dies betraf mit Forderungen nach der Einschränkung schwerer und gesundheitsgefährdender Arbeiten, dem Ausbau der sozialen, gesundheitlichen und geistig-kulturellen Betreuung, der vorrangigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Schichtarbeitern, nach rascherem Wachsen der gesellschaftlichen Fonds, dem Übergang zur 40-Stunden-Arbeitswoche, günstigeren Erholungsmöglichkeiten sowie nach Versorgung und Betreuung bei Krankheit, Invalidität und im Alter die betriebliche Sozialpolitik direkt.²¹⁷ Auch den Wohnungsbau hoffte man besser auf die Bedürfnisse der Betriebe und ihrer Belegschaften abstimmen zu können.²¹⁸ Substantiell neu war das nicht. Allerdings spiegelte sich in dem stärkeren Betriebsbezug eine erneute Akzentverschiebung von der Sozial- zur Wirtschaftspolitik.

Der „Gemeinsame Beschluß“ vom April 1972 sollte einerseits die Erwerbsarbeit von Frauen fördern, andererseits zielte er aus bevölkerungspolitischen Gründen auf pronatalistische Effekte. Zu den ersten konkreten Maßnahmen zählten die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für vollbeschäftigte Mütter auf 40 Stunden, eine Verlängerung des bezahlten Schwangerschafts- und Wochenurlaubs auf 18 Wochen und eine Freistellung bei Erkrankung der Kinder.²¹⁹ Im bevölkerungspolitischen Interesse lag auch die gezielte Förderung junger Ehen.²²⁰ Zwar erwachsen den Betrieben daraus keine unmittelbaren Kosten, doch mussten sie den Bestand an Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen oder zumindest halten und für günstige Arbeitszeitregelungen sorgen.

Auch angesichts der Mitte der 1970er Jahre schwieriger werdenden wirtschaftlichen Bedingungen lenkte die SED erhebliche Ressourcen in die sozialpolitische Förderung der

214 Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB über weitere Maßnahmen zur Durchführung des sozialpolitischen Programms des VIII. Parteitages der SED, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Hrsg. vom Zentralkomitee der SED, Bd. XV, Berlin 1978, S. 59–64.

215 Ebd., S. 63.

216 Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Bd. 2: 4. und 5. Beratungstag, Berlin 1976, S. 222.

217 Ebd., S. 222–224.

218 Ebd., S. 222.

219 VO über die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche und die Erhöhung des Mindesturlaubs für vollbeschäftigte werktätige Mütter mit mehreren Kindern vom 10.5.1972, in: GBl. der DDR II 1972, S. 313f.

220 VO über die Gewährung von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an junge Ehen, in: ebd., S. 316.

Frauenarbeit. Das betraf vor allem Urlaubs- und Arbeitszeitregelungen²²¹ sowie die Verantwortung der Betriebe. Diese sollten „eigenverantwortlich für die Bereitstellung materieller und finanzieller Fonds zum Bau, zur Ausstattung und Unterhaltung der Kindereinrichtungen sowie für die Personalkosten der technischen Mitarbeiter“ sorgen.²²² Solche Maßnahmen erleichterten die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte und verringerten die Fluktuation, ihre bevölkerungspolitische Wirkung blieb jedoch begrenzt.²²³

Obwohl die betrieblichen Sozialeinrichtungen nach 1971 angesichts der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit und der immer weiter ausgedehnten Mehrschichtarbeit vor einer neuen Herausforderung standen, setzte sich die verbreitete Tendenz fort, hierfür bestimmte Mittel zu strecken und Investitionen hinauszuschieben. Vor den Folgen warnten die Experten der FDGB-Hochschule im November 1973. Die nachträgliche Korrektur der Arbeitsbedingungen sei teurer als eine prophylaktische Verbesserung. Zudem plädierten sie für eine Erweiterung des Politikfeldes über den Betriebsrahmen hinaus auf die Wohngebiete. Gemeint war ein Zusammenwirken der örtlichen Staatsorgane „mit allen im Territorium wirksamen zentral und örtlich geleiteten volkseigenen Kombinat und Betrieben sowie den Genossenschaften“, um „in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Organisationen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinsam zu beraten, zu planen und zu finanzieren.“²²⁴

Ein neuer Akzent kam durch die Forderung nach einer auf die Bedürfnisse der DDR zugeschnittenen Familien- und Bevölkerungspolitik in die Diskussion.²²⁵ Angesichts der rückläufigen Geburtenrate und der Tatsache, dass der Beschäftigungsgrad von Frauen mit der Zahl ihrer Kinder geringer wurde, sah man in der besseren Vereinbarkeit von beruflicher und häuslicher Tätigkeit der Frauen ein wichtiges Ziel. Vor allem die betriebliche Sozialpolitik sollte hierzu zusammen mit der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (WAO) durch entsprechende Arbeitszeitregelungen und eine allgemeine Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen.²²⁶ Dieser plausible Grundsatz wurde allerdings durch eine zunehmende Kurzatmigkeit sozialpolitischer Entscheidungen in Frage gestellt. So monierte die „Arbeits-

221 VO über die Verlängerung des Wochenurlaubs und die Verbesserung von Leistungen bei Mutterschaft vom 27.5.1976. GBl. der DDR I 1972, S. 269; VO über die weitere schrittweise Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche vom 29.7.1976, in: GBl. der DDR I 1976, S. 385; VO über die Einführung eines Zusatzurlaubs für Schichtarbeiter, die Erweiterung des Anspruchs auf Hausarbeitstag und auf Mindesturlaub vom 30.9.1976, in: GBl. der DDR I 1976, S. 437.

222 VO über Kindereinrichtungen der Vorschulerziehung vom 22.4.1976, in: GBl. der DDR I 1976, S. 201-203, hier 202.

223 Statistisches Jahrbuch der DDR (StJBDDR) 1989, Berlin 1989, S. 380.

224 SAPMO-BArch, DY-34, 9802, Hochschule des FDGB, Sektion Arbeit und Sozialpolitik: „Entwicklungstendenzen der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Einfluß der Gewerkschaften auf ihre planmäßige Gestaltung“. Referat zur Theoretischen Konferenz der FDGB-Hochschule, 21.–23.11.1973 (Autoren: Dr. Horst Demmler, Prof. Dr. Gerhard Tietze, stellv. Sektionsleiter), 6.11.1973, S. 5–7, 11f.

225 SAPMO-BArch, DY-34, 9802, Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demografie: Protokoll der 3. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie am 30. Mai 1974 in Bernau; Diskussionsmaterial auf der Grundlage eines Papiers von Prof. Dr. sc. Anita Grandke zu aktuellen Problemen der Familienpolitik in der DDR, 21.5.1974.

226 SAPMO-BArch, DY-34, 9799, Hochschule des FDGB, Sektion Arbeit und Sozialpolitik: Aufgaben und Ziele der Sozialpolitik in der DDR (Thesen), August 1974, S. 27.

gruppe Lebensniveau“ des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie im Februar 1976, „daß bei einer Reihe von Regelungen zugunsten kurzfristiger Vorteile die Nutzung von Potenzen der Produktivitätssteigerung für zukünftige Zeiträume (über 1980 hinaus) zweitrangig erscheinen“.²²⁷

Angesichts wachsender wirtschaftlicher Probleme war das nicht weiter verwunderlich, zumal kurzfristige Vorteile unter solchen Bedingungen durchaus ihren Reiz hatten. Gleichwohl kristallisierten sich mit der Förderung der Frauenbeschäftigung und der Kooperation von Betrieben und kommunalen Verwaltungen bei der Planung und Verbesserung der „Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen“ zwei langfristige Schwerpunkte der Sozialpolitik in der DDR heraus.²²⁸ Die größer werdende Differenz zwischen den sozialen Ansprüchen und wirtschaftlicher Leistung zwang zu einer Konzentration auf das Machbare.²²⁹

Bei all dem bildeten die Betriebe einen Schlüsselfaktor. Sie trugen die Kosten vieler Sozialeinrichtungen und Maßnahmen durch eigene Einnahmen und teilweise auch durch Kostenerstattungen örtlicher Räte. Reichten diese Mittel nicht aus, konnte auf den betrieblichen Kultur- und Sozialfonds (KSF) zurückgegriffen werden. Auch Mittel aus überplanmäßigem Nettogewinn und Überschüsse aus dem Verkauf von Handelsware in betrieblich bewirtschafteten Betreuungseinrichtungen ließen sich hierfür einsetzen.²³⁰ Grundsätzlich änderte sich gegenüber dem in den 1960er Jahren erreichten Stand nicht viel. So lag es nahe, wenn die Ende März 1973 erlassene Verordnung über Aufgaben, Rechte und Pflichten der VEB, Kombinate und VVB deren soziale Verpflichtungen lediglich knapp benannte.²³¹ Um den Einfluss der Betriebsfunktionäre des FDGB zu stärken, erließ der Ministerrat im November 1973 auf Anregung des FDGB-Bundesvorstandes eine Weisung, die den BGL bei der Planung der Arbeits- und Lebensbedingungen, bei der Bildung des KSF und bei der Kooperation mit den „Territorien“, im Wesentlichen also den staatlichen Kommunal- und Kreisverwaltungen, eine weitergehende Mitsprache einräumte.²³²

Damit kam der FDGB wieder verstärkt ins Spiel. Bereits am 25. Oktober 1972 hatte das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes „Empfehlungen für die Arbeit der Kommission Sozialpolitik in den Betrieben“ beschlossen. Es war ein Versuch, die Kontrolle über den Aufgabenbereich neu zu ordnen und zu verstärken. Unter Leitung eines BGL-Mitgliedes sollten Beschäftigte aus allen Betriebsabteilungen, insbesondere Produktionsarbeiter und Frauen, faktisch alle Vorgänge der betrieblichen Sozialpolitik beaufsichtigen und auf sie

227 SAPMO-BArch, DY-34, 10768, Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demografie, Arbeitsgruppe Lebensniveau: Protokoll der Arbeitsgruppenberatung, 25.2.1976, S. 2.

228 SAPMO-BArch, DY-34, 10768, Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demografie: Kurzinformation über die Realisierung der im Jahre 1976 zu bearbeitenden Projekte des Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften 1976–1980, 13.12.1976, S. 3–6.

229 Vgl. Hans Günter Hockerts: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 519–544, hier 536.

230 AO über die Finanzierung der betrieblichen Sozialeinrichtungen und Maßnahmen für die Betreuung der Werktätigen – Finanzierung der betrieblichen Betreuung – vom 28. März 1972, in: GBl. der DDR II 1972, S. 225–230, hier 226.

231 VO über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der volkseigenen Betriebe, Kombinate und VVB vom 28.3.1973 in: GBl. der DDR I 1973, S. 129–141, hier 134.

232 Tribüne, 21.11.1973, S. 1.

Einfluss nehmen.²³³ In einer entsprechenden Richtlinie fasste der Bundesvorstand die Aufgaben dieser Kommissionen folgendermaßen zusammen:

- Analyse der betrieblichen Sozialeinrichtungen und der Wirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen,
- Koordinierung von Vorschlägen aller gewerkschaftlichen Kommissionen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen,
- Kontrolle der Mittelverwendung, besonders des KSF,
- Beitrag zur Lösung sozialpolitischer Aufgaben durch Betrieb und örtliche Staatsorgane,
- Entwicklung der Arbeiterversorgung, die Verbesserung der Wohnbedingungen, der Kinderbetreuung und der gesundheitlichen Betreuung der Werktätigen,
- Durchsetzung sozialhygienischer Normative und die Vervollkommnung der sanitären Einrichtungen sowie des Berufsverkehrs,
- Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen älterer Bürger, besonders die Schaffung altersadäquater Arbeitsplätze und Übergang ins Rentenalter.²³⁴

Auf der staatlichen Leitungsebene unterstand dem Kombinatdirektor ein eigener Direktionsbereich Arbeit und Sozialpolitik. Einige Generaldirektionen verfügten auch über sozialpolitische Beiräte, die sich aus Vertretern der einzelnen Direktionsbereiche zusammensetzten. In den Kombinatbetrieben selbst lag die Hauptverantwortung für Sozialmaßnahmen und -einrichtungen beim Betriebsdirektor. An der Ausarbeitung des Planteils 7 „Arbeits- und Lebensbedingungen“ waren im Grunde alle Direktionsabteilungen der Betriebe beteiligt, wobei allerdings die Abteilungen Arbeitskräfte/Kader und Finanzwirtschaft besondere Bedeutung erlangten. In manchen Betrieben existierten auch Arbeitsgruppen „Arbeitsbedingungen/Gesundheitsschutz“.²³⁵

Auf diesen drei Ebenen, der staatlichen, der betrieblichen und der gewerkschaftlichen, agierte also ein tief gegliedertes und eng vernetztes System von Akteuren. Die wesentlichen Entscheidungen, auch für den Bereich der betrieblichen und kommunalen Sozialpolitik wurden jedoch im Spitzengremium der SED getroffen. Dort reklamierte man die in den frühen 1970er Jahren zu verbuchenden sozialpolitischen Fortschritte umgehend auch für sich.

233 SAPMO-BArch, DY-34, 8972, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Richtlinie für die Arbeit der Kommission Sozialpolitik in den Betrieben (Entwurf) vom 4.10.1972.

234 SAPMO-BArch, DY 34, 24895, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Vorlage für das Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB: Richtlinie für die Arbeit der Kommission Sozialpolitik in den Betrieben, 12.10.1972.

235 Gerhard Tietze/Joachim Schindler/Helga Hoffmann: Sozialpolitik im Betrieb und Mitwirkung der Gewerkschaften, Berlin 1986, S. 90–96; Gerhard Tietze/Gunnar Winkler u.a.: Sozialpolitik im Betrieb. Soziale Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Berlin 1988, S. 174–177.

10. Überlastung der „sozialistischen Hauswirtschaft“?

Wenngleich die auf dem Felde der betrieblichen Sozialpolitik unternommenen Anstrengungen beachtlich waren, gab es auch weiterhin strukturelle und qualitative Verwerfungen zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben. Es waren vor allem die Großbetriebe, deren Sozialpolitik das Bild bestimmte. Kleinere Betriebe behalfen sich eher mit überbetrieblichen Gemeinschaftseinrichtungen oder vereinbarten eine Mitnutzung der Sozialeinrichtungen größerer Betriebe. Selbst innerhalb der Kombinate bestanden gravierende Ungleichheiten. Während die Stammbetriebe in der Regel über leistungsfähige Sozialeinrichtungen verfügten, wiesen kleinere Kombinatbetriebe oft einen deutlich geringeren Standard auf. Zusätzlich differenzierend wirkte die seit den sechziger Jahren praktizierte Festlegung von Schwerpunktbetrieben, deren Beschäftigte bevorzugt versorgt wurden. In den frühen 1970er Jahren betraf das vor allem die Kohle- und Energiewirtschaft.

In dieser Branche machten sich auch die sozialen Konsequenzen des bald nach Honeckers Amtsantritt forcierten Rezentralisierungsprozesses der DDR-Wirtschaft bemerkbar. So reichte der zuständige Minister Ende 1972 beim Präsidium des Ministerrates eine Vorlage über „einzuleitende kulturelle und soziale Maßnahmen in den Industriezweigen des Kohlebergbaus und der Energie“ ein.²³⁶ Die darin genannten Aufgaben ließen den Betrieben wenig Spielraum, wie sich etwa beim Bau von Genossenschaftswohnungen und Eigenheimen zeigte. Auch der FDGB drängte auf zentrale Lösungen. So erließ die Abteilung Sozialpolitik des Bundesvorstandes im September 1972 eine ins Detail gehende Richtlinie zur Versorgung von Großbaustellen.²³⁷ Überhaupt bildete die Arbeiterversorgung ein Aufgabenfeld, auf dem der FDGB eine besondere Aktivität entfaltete. Selbst hochrangige Funktionäre ließen es sich nicht nehmen, an Ort und Stelle nach dem Rechten zu schauen.²³⁸ Ein besonderes Augenmerk galt offenkundig der Versorgung im Mehrschichtbetrieb. Generell aber war zu Beginn der siebziger Jahre eine einigermaßen stabile Versorgung durch Werkküchen und Kantinen gewährleistet. In der Folgezeit scheinen die vorgeschriebenen Kalorienrichtwerte teilweise sogar erheblich überschritten worden zu sein.²³⁹

Ein relativ sicherer Indikator für die Effizienz sozialpolitischer Regelungen waren Eingenaben,²⁴⁰ wie sie unter anderem auch der Abteilung Sozialpolitik des FDGB-Bundesvorstandes

236 SAPMO-BArch, DY-34, 8967, Minister für Kohle und Energie, Klaus Siebold, an Horst Heinze, Mitglied des Präsidiums des FDGB-BV, 21.12.1972: Überarbeiteter Entwurf der Vorlage an das Präsidium des Ministerrates über einzuleitende kulturelle und soziale Maßnahmen in den Industriezweigen des Kohlebergbaus und der Energie.

237 SAPMO-BArch, DY-34, 8972, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Richtlinie zur Durchführung der Hauptauftragnehmerschaft Versorgung durch Betriebe des sozialistischen Einzelhandels auf Großbaustellen (Entwurf) vom 7.9.1972.

238 SAPMO-BArch, DY-34, 8972, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Mitteilung an Fritz Rösel, dessen Besuch der Kraftwerke Lübbenau-Vetschau am 18.10.1972 betreffend.

239 Vgl. Werner Wölk, u.a.: Die komplexen Aufgaben der Kombinate bei der Planung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“, (hektogr. MS-Druck), Berlin 1984, S. 67–69.

240 Steffen H. Elsner: Flankierende Stabilisierungsmechanismen diktatorischer Herrschaft: Das Eingenabewesen in der DDR, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR, Dresden 1999, S. 75–86.

zugingen. Bei den Anfragen und Beschwerden rangierte die Wohnungsfrage an erster Stelle, gefolgt von den Arbeitsbedingungen deutlich vor allen anderen Angelegenheiten.²⁴¹ Die zu rascher Regulierung gedrängten staatlichen Organe und Betriebsleitungen griffen nicht selten nach Ressourcen, die eigentlich für andere Zwecke bestimmt waren. Oft hatte das zur Folge, dass die meisten der im Planteil Arbeits- und Lebensbedingungen enthaltenen Maßnahmen zwar finanziell, aber nicht materiell und personell bilanziert waren. Ebenso mangelte es an Abstimmung mit den örtlichen Staatsorganen. In einer Reihe von Fällen reagierten Ministerien bereits vor der Eröffnung der Plandiskussion mit der Streichung der hierfür vorgesehenen Zahlungen.²⁴²

Auch in der Honecker-Ära erfüllten die Betriebsverkaufsstellen eine wichtige Funktion bei der Grundversorgung und beim Verkauf von Mangelwaren. Dazu gehörten 1972/1973 u.a. Geschirrspülmittel, Scheren und Toilettenpapier. In der Weihnachtssaison 1973 fehlten „festtagstypische Hohlkörper aus Schokolade“, wie u.a. Schokoladen-Weihnachtsmänner politisch korrekt in den Warenlisten des Handels geführt wurden.²⁴³ Die Zuteilung erfolgte nach territorialen Schwerpunkten.²⁴⁴ Schon um der Glaubwürdigkeit ihrer „Politik der Hauptaufgabe“ willen bemühte sich die SED-Führung um eine schnelle Verbesserung der Lage. Mit einigem Erfolg gelang dies noch Ende 1973 in den industriellen Ballungsgebieten.²⁴⁵ Aber selbst als sich die Versorgung 1974 weiter stabilisierte, waren Lieferengpässe an der Tagesordnung. Auch Betriebsverkaufsstellen waren davon betroffen. So berichtete die Leiterin der Textilverkaufsstelle des Chemie-Kombinates Böhlen, dass sie Obertrikotagen mittlerer Preislagen nur über Umwege und in kleinen Mengen bei einigen Firmen in Apolda und Gera besorgen könne.²⁴⁶ Wie ambivalent die Lage blieb, hielt die Abteilung Sozialpolitik des FDGB-Bundesvorstandes im Dezember 1974 fest: Einer teils deutlich verbesserten Arbeiterversorgung stünden immer wieder Qualitätsmängel und Sortimentslücken gegenüber.²⁴⁷

Den Betrieben konnten 1974 aus KFS-Mitteln etwa 3,5 Mrd. Mark für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verwenden. Das entsprach im Durchschnitt 505 Mark je Vollbeschäftigten. In der Industrie lag dieser Satz mit 567 etwas höher. Er erreichte in der Chemieindustrie mit 781 Mark und im Bereich Kohle/Energie mit 747 Mark Spitzenwerte,

241 SAPMO-BArch, DY-34, 9798, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik; Eingabenanalyse für 1973 (undat.).

242 SAPMO-BArch, DY-34, 9798, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Information über Erfahrungen und Probleme bei der Ausarbeitung des Plananteiles Arbeits- und Lebensbedingungen aus einigen Betrieben, 11.9.1973, S. 9.

243 SAPMO-BArch, DY-34, 9798, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Information über offene Versorgungsprobleme im IV. Quartal 1973 aus der Beratung des Operativstabes Nahrungsgüter beim Minister für Handel und Versorgung am 18.9.1973, 24.9.1973.

244 SAPMO-BArch, DY-34, 9798, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung zu Problemen der Versorgung. Berichte vom 19.12.1973/ 5.3.1974/ 25.3.1974/ 29.3.1974/ 6.5.1974/ 28.5.1974.

245 SAPMO-BArch, DY-34, 9798, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Information über Probleme der Festtagsversorgung bei Lebensmitteln und Konsumgütern in einigen industriellen Ballungsgebieten, 18.12.1973, S. 1.

246 SAPMO-BArch, DY-34, 9799, Ungez. Bericht [Abt. Sozialpolitik des FDGB-Bundesvorstandes?]: „Stimmungen, Meinungen und Probleme der Festtagsversorgung, 3.12.1974.

247 Ebd., S. 1–4.

die bezirksgeleitete Industrie verhartete allerdings bei nur 386 Mark.²⁴⁸ Auch in dieser Verteilung spiegelten sich volkswirtschaftliche Prioritäten. Jedoch wiesen die Industriezweige auch beträchtliche innere Differenzierungen auf. Diese erklärte man damit, dass übergeordnete wirtschaftsleitende Organe „die unterschiedliche sozialökonomische, technische und technologische Struktur der Betriebe“ bei der Festlegung des KFS nicht genügend berücksichtigten.²⁴⁹ Zugleich litt das System auch an einer teilweisen Zweckentfremdung der Gelder und an fortgesetzten Kostensteigerungen.²⁵⁰

Nicht nur der KSF, sondern auch elf weitere Fonds, so etwa der Investitions- und Leistungsfonds, konnten zur Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen angezapft werden. Freilich standen den finanziellen Ressourcen oft nicht die erforderlichen Waren und Dienstleistungen gegenüber. Daraus erklärt es sich, wenn etwa 1974 im KSF des Handels ein Überhang von 70 Mio. Mark auftrat.²⁵¹ Solche Mängel nahmen die Beschäftigten, wie es scheint, mit ziemlicher Gelassenheit hin. Wie schon in den Jahren zuvor, zeigten die sogenannten Staatsratseingaben auch jetzt, dass betriebliche Sozialpolitik kaum ein Streitpunkt war.²⁵² Trotzdem kümmerte sich die zuständige Abteilung des FDGB-Bundesvorstandes weiterhin intensiv um das Politikfeld, unterstützt von der „Gewerkschaftlichen Arbeiterkontrolle“. Diese Einrichtung zählte 1970 – mit weiter steigender Tendenz – über 70.000 „Arbeiterkontrolleure“.²⁵³

Aber auch wenn die betriebliche Sozialpolitik auf dem Gesamtpolitikfeld gewissermaßen als Paradedisziplin galt und in dieser Rolle auch durch den VIII. Parteitag der SED und die folgenden sozialpolitischen Beschlüsse bestätigt wurde, zeigten sich gegen Mitte der 1970er Jahre deutlichere Risse im schönen Bild. Während die Arbeiterversorgung im Großen und Ganzen zufriedenstellend funktionierte, lagen die Dinge beim Unterhalt der betrieblichen Sozialeinrichtungen um einiges komplizierter. Hier machten sich offenbar immer wieder und vermehrt Anzeichen wirtschaftlicher Überlastung bemerkbar. Vor allem fehlten Projektierungs- und Baukapazitäten, um die geplanten Sozialeinrichtungen zu errichten oder bestehende zu erhalten.²⁵⁴

Die betrieblichen Sozialleistungen trugen erheblich dazu bei, dass die DDR als „industrielle, integrierte Hauswirtschaft“ funktionierte. Hier griffen „sozialstaatlich garantierte und nivellierte Einkommen“ und eine „staatlich subventionierte Sicherung der Grundbedürfnisse“ ineinander.²⁵⁵ In diesem „Hauswirtschafts“-Kontext bildete die betriebliche Sozialpolitik

248 SAPMO-BArch, DY-34, 9799, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik [?]: Gewerkschaftlicher Standpunkt zur Gestaltung des Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen Betrieben, Kombinatn sowie Einrichtungen, (undat. Entwurf), [Ende 1974/Anfang 1975, Verf.: Fritz Rösel (?), S. 1f.

249 Ebd., S. 3.

250 Ebd., S. 4f.

251 Ebd., S. 5.

252 SAPMO-BArch, DY-34, 8969, Staatsrat der DDR, Abt. Arbeit und Sozialpolitik: Bericht über die Bearbeitung der Eingaben im III. Quartal 1974, 30.9.1974.

253 SAPMO-BArch, DY-34, 14289, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Fakten und Zahlen über die Entwicklung der gewerkschaftlich geleiteten Arbeiterkontrolle, 16.3.1988.

254 SAPMO-BArch, DY-34, 9799, Ungez. Bericht [Abt. Sozialpolitik des FDGB-Bundesvorstandes?] über nicht realisierte Investitionsvorhaben auf dem Gebiet der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, [undat., wahrscheinlich 1974].

255 M. Rainer Lepsius: Handlungsspielräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Theo Pirker u.a.: Der Plan als Befehl und Fiktion, Wirtschaftsführung in der DDR.

einen Bereich, an dem erhebliche Teile der Bevölkerung partizipierten. Dies hob das Politikfeld funktional und strukturell von einer herkömmlichen betrieblichen Praxis ab, die sich als Alternative und Ergänzung der staatlichen Sozialpolitik verstand.²⁵⁶ In der DDR waren staatliche und betriebliche Sozialpolitik vielmehr so eng miteinander verschränkt, dass der betriebliche Part mit guten Argumenten als Teil der staatlichen Sozialpolitik zu begreifen war.²⁵⁷ Andererseits nahm die an den Bedürfnissen einer betriebsförmigen sozialistischen „Arbeitsgesellschaft“²⁵⁸ ausgerichtete staatliche Sozialpolitik selbst immer mehr die Züge einer betrieblichen Sozialpolitik an.

Allerdings blieb die Entwicklung des Politikfeldes auch nach 1971 von einer erheblichen Diskrepanz zwischen politischer Intention und täglicher Praxis bestimmt. Abgesehen von den Ansprüchen der „Erziehungsdiktatur“²⁵⁹, die wenig durchdrangen, hielten sich auch die beabsichtigten Steuerungs- und Mobilisierungseffekte in Grenzen. Und selbst angesichts der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ blieb die betriebliche Sozialpolitik stark auf die Arbeiterschaft fixiert.²⁶⁰ Gerade deshalb aber erfüllte sie eine für die SED-Herrschaft wichtige soziale Befriedungsfunktion. Diese hatte nicht mehr die Linderung akuter Notlagen zum Ziel, sondern sie sollte mit den Mitteln der betrieblichen Sozialpolitik Defizite der zentralisierten Planwirtschaft, die immer auch eine Mangelwirtschaft war, so gut es ging kompensieren. Man war auf diesem Gebiet relativ flexibel und konnte Gruppeninteressen und Privilegien immer wieder neu austarieren. Die SPK und der Vorsitzende des Ministerrates nahmen hierbei Schlüsselfunktionen wahr. Denn sowohl die staatliche wie die betriebliche Sozialpolitik hingen von der Geldbilanz ab, die auf dem Politikfeld das wichtigste Steuerungsinstrument war. Lediglich in der SPK überblickte man die generellen Zusammenhänge, ohne freilich zu einer Feinsteuerung in der Lage zu sein. Auf der betrieblichen Ebene spielte Geld die Rolle einer Rechnungsgröße, während es sich bei der konkreten Sozialpolitik schon fast um eine Naturalwirtschaft handelte. Betriebe unterstützten sich dabei oft gegenseitig mit materiellen Ressourcen und Dienstleistungen. Doch eben weil sich die betriebliche Sozialpolitik nie so richtig planen ließ, weil immer wieder laviert und improvisiert werden musste, wurde sie zu dem vielleicht erfolgreichsten Segment der DDR-Wirtschaft. Dieser „Erfolg“ barg zwar politische und ökonomische Risiken, doch fungierte er auch als sich selbst stabilisierender Mechanismus, der bis Ende 1989 ernsthaftere Einschnitte in das

Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 347–362, hier 359f. Das Bild von der Hauswirtschaft geht auf frühe Wirtschaftsformen zurück. Vgl. Ulrich Meyer: Soziales Handeln im Zeichen des Hauses - zur Ökonomik in der Spätantike und im frühen Mittelalter, Göttingen 1998.

256 Siehe die Beiträge in: Hans Pohl/Wilhelm Treue (Hg.): Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert (=Zeitschrift für Unternehmensgeschichte - Beihefte; 12). Stuttgart 1978.

257 Soziale Ergebnisse und Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums – die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gemeinsame Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und seines Hauptgebietsrates für Fragen der Sozialpolitik und Demografie. Tagungsmaterial, Berlin 1989, S. 31.

258 Vgl. Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, S. 31–61, hier bes. 38.

259 Zum Begriff vgl.: Sonja Häder/Heinz-Elmar Tenorth: Bildungsgeschichte einer Diktatur – Probleme ihrer Analyse am Beispiel der DDR, in: dies. (Hg.): Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext, Weinheim 1997, S. 9–22, hier 15f.

260 Vgl. Hockerts, Grundlinien, S. 536f.

Politikfeld verhinderte.²⁶¹ Darin liegt ein Teil der Antwort auf die Frage, weshalb der Konfliktpegel in den Betrieben der DDR relativ niedrig blieb.

²⁶¹ Vgl. Helmut Rödder/Claus Becker: Umgestaltung betrieblicher Sozialpolitik: Vom volkseigenen Betrieb zum marktwirtschaftlichen Unternehmen am Fallbeispiel der BASF Schwarzheide GmbH, in: Winfried Schmähl (Hg.): Betriebliche Sozial- und Personalpolitik. Neue Herausforderungen durch veränderte Rahmenbedingungen, Frankfurt a.M./New York 1999, S. 136–160, bes. 150.

Wie ein Wunder an der Weichsel

1. *Das 8. Plenum 1971*
2. *Das Gomulka-Memorandum*
3. *Eine schwierige Antwort*
4. *Wendemanöver: Eine „andere Sozialpolitik“*
5. *Konsum- und Beschäftigungspolitik im Aufwind*
6. *Der VI. Parteitag*
7. *Arbeit, Löhne und soziale Fragen*
8. *Das „zweite Polen“*
9. *Erfüllte Verpflichtungen?*
10. *„...wir müssen nach dem Größeren greifen“*

1. Das 8. Plenum 1971

Als Mitte Februar 1971 in Łódź ein Textilarbeiterstreik aufflammte, traf das den Parteiapparat der PZPR gewissermaßen aus heiterem Himmel. Wie sich der damalige Innenminister Szlachcic erinnerte, hatten sich zu dieser Zeit „eine Entspannung, ein besseres Selbstgefühl und sogar Zufriedenheit bei der neuen Führungsmannschaft“ eingestellt. Der Streik hätte diese positive Stimmung „plötzlich und unerwartet“ zerstört. Den Grund für die zwischenzeitlich verbesserte Stimmung machte Szlachcic im 8. Plenum des Zentralkomitees aus.¹

Dieses hatte am 6. und 7. Februar in Warschau stattgefunden,² nachdem ihm im Januar mehrere Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees vorausgegangen waren.³ Am Plenum selbst nahmen auf Beschluss des Politbüros außer den Mitgliedern und Kandidaten des ZK die 1. Wojewodschaftssekretäre und ZK-Abteilungsleiter, die nicht dem Zentralkomitee angehörten, der Vorsitzende der Zentralen Revisionskommission, ein stell-

1 Franciszek Szlachcic: *Gorzki smak władzy. Wspomnienia* [Der bittere Geschmack der Macht. Erinnerungen], Warszawa 1990, S. 177.

2 Ausführlich zum Plenum vgl. v.a. Jerzy Eisler: *Grudzień 1970: geneza, przebieg, konsekwensje* [Dezember 1970: Genese, Verlauf, Konsequenzen], Warszawa 2000, S. 351–357. Da der Gegenstand von Eislers Publikation der „Dezember 1970“ ist, konzentriert er sich in seinen Ausführungen auf diesen Aspekt sowie die auf dem Plenum getroffenen Veränderungen in der PZPR-Führung. Umfangreiche Auszüge aus dem Stenogramm s.a. Paweł Domański (Hg.): *Tajne dokumenty Biura politycznego. Grudzień 1970* [Geheime Dokumente des Politbüros. Dezember 1970], London 1991, Nr. 21, S. 146–202. Zeitgenössisch erschien in einer begrenzten Auflage eine Sondernummer der Parteizeitschrift „*Nowe Drogi*“.

3 Vgl. die Protokolle der Sitzungen des Politbüros vom 29.1. und 2.2. sowie des Sekretariats des ZK vom 20.1. und 5.2.1971 in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 15, 18–20, S. 138–140, 143–145.

vertretender Vorsitzender des Ministerrates und ausgewählte Pressevertreter teil.⁴ Verständlicherweise standen der Dezember 1970, seine offizielle Bewertung durch die Gierek-Equipe sowie die Abrechnung mit der inzwischen abgelösten Führung unter Władysław Gomułka im Mittelpunkt der Tagung. Den Beratungsteilnehmern lag eine – mehrfach bearbeitete und abgeschwächte – „Einschätzung der Dezemberereignisse und der sich aus ihr ergebenden Schlussfolgerungen“ vor.⁵ Aber auch diese bot noch genügend Zündstoff. Am zweiten Tag geriet die Diskussion mit persönlichen Angriffen und gegenseitigen Beschuldigungen immer hitziger.⁶

Auf der Suche nach den Gründen für die jüngste Krise kamen, an sich wenig überraschend, ökonomische und soziale Ursachen für die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung in den Blick. Auslöser für die Arbeiterproteste sei die Preiserhöhung vom Dezember 1970 gewesen. Weshalb die Proteste „so gewaltsame Formen“ angenommen hatten, wurde mit der seit längerer Zeit angestauten Unzufriedenheit erklärt. Dazu hätten „besonders die sich verschlechternde ökonomische Situation des Landes, die ernsthaften Versäumnisse in der Sozialpolitik, die Stagnation der Reallöhne, die Versorgungsschwierigkeiten und der Anstieg der Lebenshaltungskosten“ beigetragen. Generell seien die Arbeiterproteste „gegen bestimmte Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Partei und Regierung gerichtet“ gewesen.⁷

Auch Vertreter der bisherigen Führung äußerten sich in der Diskussion zur Vorgeschichte der Dezemberereignisse, darunter der frühere Ministerpräsident und nunmehrige Vorsitzende des Staatsrates, Józef Cyrankiewicz, sowie der frühere ZK-Wirtschaftssekretär Bolesław Jaszczuk. Cyrankiewicz versuchte ohne viel Federlesen, seinen Anteil an der bisherigen Politik herunterzuspielen. Informationen und Einschätzungen, die Gomułka zugegangen seien, wären von diesem vollkommen ignoriert worden. Eine abweichende Meinung zu äußern habe zu nichts geführt. So habe er, Cyrankiewicz, vor einigen Jahren das Memorandum eines bedeutenden Ökonomen⁸ zur wirtschaftlichen Situation des Landes erhalten. Obwohl er selbst mit den darin enthaltenen Schlussfolgerungen nicht vollends einverstanden gewesen sei, habe er es aber Gomułka mit dem Bemerkens übergeben, es sei interessant und lesenswert. Beim nächsten Treffen nach ein paar Tagen habe ihn dieser mit dem Ruf empfangen „Wann wirfst du ihn endlich 'raus?“. „Seit der Zeit“, so Cyrankiewicz an die Plenumsteilnehmer gewandt, „übersandte ich keine kontroversen Materialien mehr, um nicht

4 Vgl. Protokoll Nr. 30 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 2. Februar 1971, in: ebd., Nr. 20, S. 144.

5 Eisler verweist darauf, dass etwa das Wort „konterrevolutionär“ durch „antisozialistisch“ ersetzt wurde (Grudzień, S. 351f.). Auf seiner Sitzung am 29. Januar hatte das Politbüro beschlossen, eine „Faktographie“ (abgedr. in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 10, S. 39–85) wegen der „Einseitigkeit“, mit der darin die Sicherheitsorgane behandelt worden seien, nicht an die Plenumsmitglieder zu versenden. Diese Einseitigkeit müsse entfernt werden, da dies ein Dokument sei, „das die offizielle Version der Ereignisse“ behandelt. Vgl. Protokoll Nr. 29 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 29. Januar 1971, in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 18, S. 143.

6 Eisler, Grudzień, S. 355.

7 Ocena wydarzeń grudniowych i wynikające z niej wnioski (materiał na VIII. Plenum KC PZPR) [Einschätzung der Dezemberereignisse und der sich aus ihr ergebenden Schlussfolgerungen (Material für das VIII. Plenum des ZK der PZPR)], in: Nowe Drogi, 25 (1971) Sondernummer, S. 42–77, hier 42f.

8 Gemeint ist Czesław Bobrowski.

Menschen zu gefährden.“ Früher sei es noch möglich gewesen, wenigstens in individuellen Gesprächen über bestimmte Probleme zu reden, dann wäre auch das nicht mehr gegangen. Im Gegenteil, die Regierung und er persönlich wären „scharf und brutal angegriffen“ worden. „Am Ende repräsentierte ich eine [...] Regierung, die eigentlich in den letzten Jahren für sich keinen gebührenden Platz in der staatlichen Arbeit hatte. Unabhängig von allen Mängeln, die es in der Arbeit der Regierung und in meiner Arbeit gab, wurden ich und die Mitglieder der Regierung wegen der angeblichen [...] Aufblähung des Verbrauchs, der Konsumtion angegriffen, dafür, die Gesellschaft zum Leben über die Verhältnisse geführt zu haben“.⁹

Cyrankiewicz versuchte anhand von Beispielen zu zeigen, wie die Arbeit der Regierung behindert worden oder worüber eine Diskussion nicht möglich gewesen sei, so etwa der Bau von „Häuserfabriken“ oder die Produktion eines billigen Autos für die Masse der Bevölkerung. Besonders ausführlich ging er auf die Auseinandersetzungen um den Kaffeeverbrauch ein. Auf der Suche nach den Gründen für dessen Anstieg habe es unter Leitung von Wirtschaftssekretär Jaszczuk Ermittlungen gegen die Regierung gegeben.¹⁰ Auch an anderer Stelle machte Cyrankiewicz seinem Ärger über Jaszczuk Luft. Es gehe nicht darum, diesem vorzuwerfen, ein „Erfüller“ der Anweisungen Gomulkas gewesen zu sein. Das wäre er, Cyrankiewicz, auf bestimmten Gebieten auch gewesen, und das jahrelang aus voller Überzeugung. Der Unterschied läge darin, dass Jaszczuk eigentlich täglich Gomulka „sehr fragmentarisch“ über alle „Verfehlungen“ informiert habe, die irgendwo vorgekommen seien. Er habe sich als der einzige dargestellt, der „die öffentlichen Interessen schützt“. Auch die meisten der anwesenden Politbüromitglieder, ein erheblicher Teil des Zentralkomitees, des Parteiaktivs und der Ministerien teilten diese kritische Sicht.¹¹

Solch heftiger Kritik hatte Jaszczuk allerdings schon vorgebeugt, da er vor Cyrankiewicz sprach: Wenn die gesamte Wirtschaftspolitik der Partei im Verlaufe vieler Jahre in Frage stehe, müsse „man auch über die Verantwortung all jener Genossen reden, die über diese Politik entschieden haben. Ich habe nicht die Absicht, vor der Verantwortung für diese Politik die Flucht zu ergreifen, aber sie verantworten sowohl die anderen Mitglieder des Politbüros als auch der Regierung, die viel länger als ich diese Funktionen ausübten.“¹² Damit war nicht zuletzt Cyrankiewicz gemeint, der anders als Jaszczuk auch nach dem Dezember noch immer dem Politbüro angehörte. Außerdem bekleidete er das Amt des Ministerratsvorsitzenden ununterbrochen von 1954 bis zum Dezember 1970.¹³

Jaszczuk gestand zwar ein, dass es wirtschaftliche und soziale Probleme gab, wies aber auch viele Kritikpunkte zurück. Beim Einkommen habe man die Planziele sogar übertroffen. Das Realeinkommen sei zwar relativ bescheiden um zehn Prozent gewachsen, doch so habe es – womit er recht hatte – der Plan vorgesehen. Die schnellere Entwicklung der Produktionsmittelproduktion („Gruppe A“) gegenüber der Herstellung von Konsumgütern („Gruppe B“) sei bei mehreren aufeinanderfolgenden Fünfjahres- und Jahresplänen von der Regierung

9 Aus der Rede von Józef Cyrankiewicz, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, S. 157–173, hier 158–161.

10 Ebd., S. 161–167.

11 Ebd., S. 160.

12 Gen. Bolesław Jaszczuk, in: *Nowe Drogi*, 25 (1971) Sondernummer, S. 94–98, hier 97.

13 Cyrankiewicz schied dann jedoch auf dem VI. Parteitag im Dezember 1971 aus dem Politbüro aus, Staatsratsvorsitzender, also formelles Staatsoberhaupt, blieb er bis März 1972.

vorgelegt und vom Politbüro angenommen worden. Das sei eine eng mit der extensiven Entwicklung verbundene Erscheinung und könne nicht der Politik der ehemaligen Parteiführung angelastet werden. Diese habe vielmehr den „übermäßigen Drang“ nach Investitionen bekämpft und es für nötig erachtet, die Wirtschaft auf den intensiven Entwicklungsweg zu bringen.

Explizit verteidigte Jaszczuk die seit dem 2. Plenum 1969 eingeschlagene Wirtschaftspolitik und das damit verbundene neue System materieller Anreize, das zu einem der auslösenden Faktoren für die Streiks und Demonstrationen im Dezember 1970 geworden war. Gewiss habe es Probleme mit dem Anreizsystem gegeben, dieses sei aber verbesserungsfähig gewesen. Man müsse jedoch eine Antwort auf die Frage finden, weshalb das Anreizsystem wie überhaupt die wirtschaftliche Intensivierungsstrategie, die doch die Verbesserung der Lebensbedingungen zum Ziel hatten, „nicht den gebührenden gesellschaftlichen Widerhall“ fanden. Jaszczuk erklärte dies teilweise aus einer unzureichenden organisatorischen, propagandistischen und aufklärenden Tätigkeit, aber auch daraus, dass die Ziele nicht klar aufgezeigt worden seien. Man habe für das Polen der 1970er Jahre keine Vision entwickelt, die etwas über das künftige Wohlstandsniveau der polnischen Gesellschaft ausgesagt hätte.¹⁴

Was die im Dezember vorgenommene Änderung der Preise anbetraf, wies Jaszczuk den an ihn gerichteten Vorwurf der „mislungenen Organisation“ zurück. Die Konzeption sei von der Staatlichen Preiskommission vorbereitet, im Zentralkomitee und in der Regierung konsultiert und vom Politbüro akzeptiert worden. Anschließend habe die Regierung die technische Seite realisiert und neue Preislisten bestätigt. Er selbst habe eine Preisliste weder gesehen noch bestätigt.¹⁵ Das entsprach allerdings – was die Teilnehmer des Plenums auch wussten – so nicht den Tatsachen, denn es war Jaszczuk, der auf der 6. ZK-Tagung am 14. Dezember 1970 die Einzelheiten der geplanten Preisänderungen vorgestellt hatte. Formal mochte Jaszczuk sogar recht haben, dass er nicht für die technischen Details zuständig war, bei der inhaltlichen Vorbereitung zählte er aber zu den Hauptverantwortlichen.

Auf die viel wichtigere Frage nach Sinn und Zweck der Preismaßnahme ging Jaszczuk nicht direkt ein. Er schien nach wie vor von der Richtigkeit der bisherigen Wirtschaftspolitik und darunter auch der Preisreform überzeugt, was nicht für sozialpolitische Sensibilität sprach. Das brachte ihm auf dem Plenum auch scharfen Widerspruch ein. Der unmittelbar nach ihm sprechende Jan Mitreğa (1917–2007), seit 1959 Minister für Bergbau und Energiewirtschaft und seit Dezember 1970 auch stellvertretender Ministerpräsident, meinte dazu, Jaszczuk glaube wohl, seine Pläne und Programme wären erfolgreich gewesen, wenn ihnen „die Regierung, die Betriebe, die Arbeiterbelegschaften“ nicht geschadet hätten. In Wirklichkeit habe Jaszczuk eine „dogmatische und oft sogar böswillige Tätigkeit“ an den Tag gelegt.¹⁶

Nicht viel milder urteilte der seit wenigen Tagen amtierende Gewerkschaftsvorsitzende Władysław Kruczek, der bis zum Dezember 1970 als 1. Wojewodschaftssekretär in Rzeszów gewirkt hatte. Jaszczuks Rede sei „nicht parteigemäß und unverantwortlich“ gewesen. „Er hat uns doch hier nichts erklärt, aber unserer Wirtschaft soviel Unglück gebracht.“¹⁷

14 Nowe Drogi, 25 (1971) Sondernummer, S. 96.

15 Ebd., S. 97.

16 Gen. Jan Mitreğa, in: ebd., S. 98–102, hier 98.

17 Gen. Władysław Kruczek, in: ebd., S. 126–131, hier 127.

Hinweise darauf, dass in dem vorgesehenen Anreizsystem höhere Löhne für Arbeiter kaum zu erreichen gewesen seien, habe Jaszczuk ignoriert. „Alle diese Probleme, auf die wir aufmerksam zu machen versuchten, wies Genosse Jaszczuk mit Hilfe des Rechenschiebers zurück. Er konnte mit diesem Schieber alles rechnen, im Handumdrehen, wie viel Nominallöhne, wie viel Reallöhne, welche Preisbewegung auf dem Markt, und schon war sofort bekannt, wie die Sache zu erledigen ist.“¹⁸ Als anderes Beispiel führte Kruczek an, dass im Dezember Massenentlassungen angekündigt waren. Im Rzeszower Gebiet habe man dies in vielen Fällen nicht umgesetzt, sondern abgewartet. „Ich weiß nicht, wie das geendet hätte, wenn nicht die Veränderungen in der Führung vorgenommen worden wären. [...] Gott schütze uns vor solchen Leuten wie Jaszczuk, nicht nur in der zentralen Führung, sondern auch in den Parteiinstanzen.“¹⁹ Dieser im Spitzengremium einer kommunistischen Partei vorgetragene Appell an göttlichen Beistand dürfte Seltenheitswert beanspruchen.

Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz warf Jaszczuk vor, sich in unzulässiger Weise in alle Fragen der Regierung eingemischt, schon getroffene Beschlüsse in Frage gestellt und sogar Annullierungen erzwungen zu haben. Eines der vom Ministerpräsidenten angeführten Beispiele betraf den Import von Fleisch und Schmalz. Dieser sei reduziert worden, obwohl man dafür bereits Mittel erwirtschaftet und vorgehalten hatte. Drei Jahre lang wären die Anträge der Regierung auf Senkung der Preise für Erzeugnisse der Leichtindustrie abgelehnt worden. Jaszczuk habe zwar auf die Korrektur des Fünfjahrplans für 1971 bis 1975 verwiesen, doch „nicht die ganze Wahrheit“ gesagt. Die Korrekturen hätten eine Begrenzung des Wohnungsbaus, der Aufwendungen für den Gesundheitsschutz, für Handel und Dienstleistungen und andere sogenannte nichtproduktive Abteilungen mit sich gebracht. „Soziale Investitionen standen im Allgemeinen am Pranger.“²⁰

Eine derart harte Kritik am ehemaligen Wirtschaftssekretär des ZK diene wohl nicht zuletzt auch dazu, von der eigenen Verantwortung für die entstandene Misere abzulenken. Der zweifellos in hohem Maße an der Lage mitschuldige und offenbar persönlich unbeliebte Jaszczuk fungierte so – neben Gomulka – als bequemer Sündenbock. Auf dem Plenum verlor Jaszczuk auch seine letzte Parteifunktion und wurde aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Begründet wurde das damit, er habe sich „in unzulässiger und apodiktischer Weise unmittelbar in die Tätigkeit der Regierung und der Wirtschaftsverwaltung eingemischt“ und dazu beigetragen, „eine Reihe von fehlerhaften Wirtschaftsentscheidungen zu forcieren, die den Ereignissen im Dezember 1970 zugrunde lagen“.²¹

18 Ebd., S. 127f.

19 Ebd., S. 128.

20 Gen. Piotr Jaroszewicz, in: ebd., S. 156–165, hier 160.

21 Uchwały VIII Plenum KC PZPR [Beschlüsse des VIII. Plenums des ZK der PZPR], in: ebd., S. 366f., hier 367. Außer Jaszczuk traf diese Maßnahme auch Zenon Kliszko, der für die Fehler in der Kaderpolitik und an der „ideologischen Front“ sowie für die Verschärfung des Konflikts mit der Arbeiterklasse in der Dreistadt ausgeschlossen wurde. Das Politbüro mussten der frühere Gewerkschaftschef Ignacy Loga-Sowiński und Stanisław Kociolek (s. zu dessen Funktion während der Ereignisse im Dezember 1970 Kap. 3) verlassen, die von ihren Ämtern „zurücktraten“. Seinen „Rücktritt“ aus dem ZK hatte zudem der frühere 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees Szczecin, Antoni Walaszek, erklärt. Vgl. ebd., S. 366f.

Ministerpräsident Jaroszewicz und Parteichef Gierek umrissen auf dem Plenum die als dringlich erachteten und sofort anzugehenden Aufgaben. Diese waren in der „Einschätzung“ zusammengefasst: Bereits 1971 sollten mindestens etwa 600.000 m² Wohnungsfläche gebaut werden, zehn Prozent mehr als ursprünglich vorgesehen. Um den Bauern mehr Futter zur Verfügung zu stellen, wollte man den Getreideimport erhöhen. Das war eine Voraussetzung für eine schnellere Entwicklung der Fleischerzeugung, die zu den vorrangigen Zielen gehörte.²² Damit reagierte die PZPR auf den Umstand, dass besonders der Mangel an Fleisch und Preiserhöhungen für tierische Produkte immer wieder zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung geführt hatten. Weitere Schwerpunkte bildeten die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen sowie Verbesserungen beim Betriebsessen und beim betrieblichen Gesundheitsschutz.

Wie dringend die Verbesserung der Arbeitsbedingungen schon aus ökonomischer Sicht war, verdeutlichten einige von „Trybuna Ludu“ wenige Monate später veröffentlichte Zahlen. Demnach waren zwischen 1966 und 1970 bei einem Beschäftigungswachstum von 9,4% die Zahlen der tödlichen Arbeitsunfälle um 17 und die der schweren sogar um 27% angestiegen. Die krankheitsbedingte Abwesenheit infolge von Unfällen bei der Arbeit hatte um 24,5% zugenommen.²³ Nicht ohne Grund gehörten die Arbeitsbedingungen in den Betrieben schon einige Wochen vor dem ZK-Plenum zu den wichtigsten öffentlich debattierten Fragen der Sozialpolitik. Am 11. Januar 1971 hatte das Sekretariat des ZK der PZPR in dieser Angelegenheit einen Brief an die Vorsitzenden der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung und die Direktoren der Betriebe gerichtet.²⁴ Darin hieß es, die Arbeiterselbstverwaltungen sollten sich mit allen Fragen beschäftigen, die mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaften im Zusammenhang stünden. Dazu zählten ausdrücklich die richtige Verteilung der Mittel für Prämien und Entlohnung, die Ausstattung mit sozialen Einrichtungen wie Garderoben, Duschen und Speiseräumen, entsprechender Schutzkleidung und Arbeitswerkzeugen sowie die Ausgabe von warmen Mahlzeiten an die unter freiem Himmel Arbeitenden. Auch sollten die bedürftigsten Personen bei der Zuteilung von durch den Betrieb erbauten Wohnungen, Kindergarten- und Krippenplätzen, Ferientaufhalten und Geldleistungen Berücksichtigung finden.

Schon einen Tag darauf mahnte „Trybuna Ludu“: „Die Direktoren müssen sich im Klaren sein, dass objektive Schwierigkeiten ihnen nicht die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen abnehmen, und die Arbeiterselbstverwaltung muss das Programm zur systematischen Verbesserung dieser Bedingungen mit den allgemeinen Produktions- und Finanzplänen des Betriebes verschmelzen.“ Die Belegschaften seien ständig darüber zu konsultieren, was vorrangig zu erledigen sei. Dann werde sich auch zeigen, „dass die Mittel, über die der Betrieb für die sozial-existentielle Tätigkeit verfügt, in viel rationellerer und effektiverer

22 Ocena wydarzeń grudniowych, S. 71, 73.

23 Atalia Buksdorf: Efektywność działania inspekcji. Ochrona pracy [Die Effektivität des Wirkens der Inspektionen. Der Arbeitsschutz], in: Trybuna Ludu, 2.6.1971, S. 3.

24 Vgl. 100 lat polskiego ruchu robotniczego. Kronika wydarzeń [100 Jahre polnische Arbeiterbewegung. Chronik der Ereignisse], Warszawa 1978, S. 357. „Trybuna Ludu“ informierte darüber ausführlich am 12.1.1971 auf der ersten Seite.

Weise als bisher verwendet werden können.“²⁵ Auch die auf dem 8. Plenum vorgelegte „Einschätzung“ stellte den Zugriff auf vorhandene Reserven als wichtiges Mittel bei der Ausnutzung der Sozialfonds heraus, denn: „Unsere finanziellen Möglichkeiten, auch die investiven, sind 1971 begrenzt.“²⁶

Edward Gierek wies in seiner Schlussrede auf dem ZK-Plenum auf das seit seinem Machtantritt vor eineinhalb Monaten von der neuen PZPR-Führung Geleistete hin. Auch die Ergebnisse des Plenums wertete er positiv. Man habe eine neue Periode im Leben der Partei und des Landes eingeleitet. Vorbereitung und Verlauf bestätigten, dass sich das Zentralkomitee seiner Verantwortung und Rolle bewusst sei. Zwar seien die Bedingungen für die Lösung der anstehenden Probleme kompliziert, doch steckten in „unserem Volk [...] gewaltige konstruktive Kräfte und unermeßlich schöpferische Bedingungen. Und an eben diese Kräfte, an die Arbeiterklasse, an die Bauern und an die Intelligenz wenden wir uns heute. [...] Wir rufen alle zu weiterer Unterstützung, zu weiteren patriotischen Anstrengungen auf.“²⁷

Damit hoffte Gierek offenbar, einen Schlusstrich unter die Vorgänge vom Dezember zu ziehen. Das 8. Plenum sollte die innerparteiliche Diskussion über die jüngste Krise beenden, so dass man sich den neuen Aufgaben zuwenden konnte. So zumindest hatte es das Sekretariat des ZK schon auf seiner Sitzung einen Tag vor Beginn des Plenums vorgegeben. Bei der „Aktion zur Popularisierung des 8. Plenums“ sei „die Aufmerksamkeit auf die Erfüllung der Produktionsaufgaben 1971 sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, auf die Stärkung der Kraft der Partei und ihrer führenden Rolle, auf die Festigung der sozialistischen Demokratie sowie die Unantastbarkeit unseres Bündnisses mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie“ zu konzentrieren.²⁸ Dem entsprach auch der weitere Umgang mit der „Einschätzung der Dezemberereignisse“. Obwohl sie doch im Zentrum des Plenums gestanden hatte und kontrovers diskutiert worden war, sah man von einer weiteren Debatte ab.

2. Das Gomułka-Memorandum

Zwar nahm der frühere Parteichef Władysław Gomułka nicht am 8. ZK-Plenum teil, doch richtete er am 6. Februar einen Brief an das Gremium.²⁹ In ihm wies er die in der „Einschätzung“ enthaltene Darstellung der Ereignisse vom Dezember und seiner Rolle dabei als

25 *Przeciwko bierności* [Gegen die Passivität], in: *Trybuna Ludu*, 13.1.1971, S. 1.

26 *Ocena wydarzeń grudniowych*, S. 72.

27 Programm zur Entwicklung eines sozialistischen Polens. Aus der Rede auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der PVAP. 7. Februar 1971, in: Edward Gierek: *Ausgewählte Reden und Schriften 1971–1978*, Berlin 1979, S. 5–37, hier 5.

28 Protokoll Nr. 32 der Sitzung des Sekretariats des ZK der PZPR vom 5. Februar 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 20, S. 144f., hier 145.

29 Abgedr. in: *Szlachcic, Gorzki smak*, S. 171–174; s.a. Gomułka i inni. *Dokumenty z archiwum KC 1948–1982* [Gomułka und andere. Dokumente aus dem ZK-Archiv 1948–1982], hg. von Jakub Andrzejewski (eigentl. Andrzej Paczkowski), Warszawa 1986, S. 194–196.

„falsch und mit der Wahrheit nicht übereinstimmend“ zurück. Den Waffengebrauch, der viele Menschen das Leben gekostet hatte, verteidigte er als „Notwendigkeit“.³⁰ Zu anderen Vorwürfen, außer zu den direkt auf den Dezember 1970 bezogenen, äußerte sich Gomułka nicht. Er begründete das damit, dass ihm das weder die Zeit noch sein Gesundheitszustand erlaubten.

Weil das Plenum auf der Grundlage des ihm vorliegenden Materials seine, Gomułkas, Tätigkeit „nicht gerecht einschätzen“ könne, sprach der ehemalige PZPR-Chef die Hoffnung aus, sich dazu in zwei bis drei Monaten vor dem Zentralkomitee äußern zu dürfen: „Der Angeklagte hat das Recht auf Verteidigung. Das Urteil kann nicht gefällt werden, ohne dass der Angeklagte gehört wurde.“ Deshalb, so Gomułka, nehme er auch nicht den ihm am 30. Januar durch Cyrankiewicz übermittelten Vorschlag an, auf die Mitgliedschaft im Zentralkomitee zu verzichten, weil er diese sonst auf dem Plenum verlieren könne. Verzichte er nämlich auf die ZK-Mitgliedschaft, stellte Gomułka klar, so verzichte er auch auf das Recht auf Verteidigung. Es gehe ihm „um etwas mehr als um meine Person. Es geht um das normale, statutengemäße Recht eines Parteimitglieds“. Abschließend zeigte sich Gomułka überzeugt, dass ihm die Mitgliedschaft im ZK erhalten bliebe.³¹

Die Teilnehmer des ZK-Plenums reagierten einigermaßen ratlos. Trotz aller Kritik an Gomułka nahmen sie eine unentschiedene Haltung ein. Sie schlossen ihn nicht aus, stattdessen wurde seine Mitgliedschaft im ZK mit der ambivalenten Begründung „unterbrochen“, man erkenne einerseits seine „früheren Verdienste [...] für Partei und Land“ an, werfe ihm aber andererseits seine „ernste(n) Fehler bei der Leitung der Partei in den letzten Jahren“ vor.³² Sein Wunsch, vor dem Zentralkomitee zu sprechen, wurde Gomułka jedoch nicht erfüllt.³³ Weil er jetzt keine andere Möglichkeit mehr sah, seinen Standpunkt darzulegen, wandte er sich am 27. März 1971 mit einem ausführlichen Memorandum an die PZPR-Führung.³⁴

In dem Papier lehnte Gomułka den nach dem 20. Dezember 1970 von der neuen Führung unter Gierek eingeschlagenen Weg als „schlecht, falsch, irrig und sehr gefährlich“ ab. Schlecht sei er, weil er „unseren Feinden“ Munition im Kampf gegen Partei und Sozialismus liefere; falsch, weil er ein unrichtiges Bild von Polen und den Lebensbedingungen im Land zeichne. Irrig sei er, weil er den Menschen keine Orientierung gebe, sondern trügerische Luftschlösser vorgaukle und sie in die falsche Richtung führe. Gefährlich wäre der Weg hauptsächlich deshalb, weil Polen so im Wettbewerb, der in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution alle Länder erfasse, weit zurückzubleiben drohe. Konsequenzen

30 Szlachcic, Gorzki smak, S. 172f.

31 Ebd., S. 174.

32 Uchwały VIII Plenum, S. 366.

33 Auf dem VI. Parteitag im Dezember 1971 wurde er nicht mehr in das ZK gewählt.

34 Abgedr. in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 26, S. 219–283, hier 219–281 auch in: Z pola walki [Vom Kampffeld], 32 (1989) 4, S. 95–151, dort aber ohne den mit 27.3.1971 datierten Eingangsbrief, als Datum ist nur März angegeben. Im Anhang befindet sich eine Notiz „aus dem Gedächtnis“ über den Verlauf des Gespräches am 30.1. mit Cyrankiewicz, in dem dieser Gomułka zum Rücktritt aus dem Zentralkomitee bewegen sollte. Tajne dokumenty Grudzień 1970, S. 281–283.

terweise schlussfolgerte Gomułka: „Meiner Meinung nach ist eine Abkehr von diesem Wege notwendig und muss früher oder später eintreten.“³⁵

Der Ex-Parteichef bestritt, dass die „Dezemberereignisse“ durch eine seit längerer Zeit kumulierte gesellschaftliche Unzufriedenheit ausgelöst worden wären. Auch deren Gründe in Form einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation des Landes, ernster Versäumnisse in der Sozialpolitik, der Stagnation der Reallöhne, der Schwierigkeiten bei der Versorgung sowie des Anstiegs bei den Lebenshaltungskosten wollte er nicht einsehen. Auf dem 8. Plenum habe man die wirtschaftliche Lage unrichtig dargestellt. Die Massenmedien hätten in den vergangenen Wochen die materielle Situation der Arbeiterklasse „in schwarzen Farben“ gemalt und die Errungenschaften Volkspolens diskriminiert. „Es wurde eine bei uns nie verwendete Sprache gesprochen, die die wirtschaftliche Realität unseres Landes verunstaltete und verfälschte.“ Niemals habe er, Gomułka, die wirtschaftliche Realität des Landes „durch die rosarote Brille betrachtet“, immer habe ihn „Unruhe über die wirtschaftliche Entwicklung Polens durchdrungen“. Niemals sei er der Meinung gewesen, „dass die Arbeiterklasse, die Werktätigen in unserem Land in Wohlstand leben, frei von verschiedenen Ärgernissen und materiellen Unzulänglichkeiten. Aber ich habe auch nicht das Wachstum ihres Lebensstandards, die Verbesserung ihrer Existenzbedingungen kleingeredet.“³⁶

Angesichts der ständigen Verbesserung der Lebensverhältnisse seit 1956 sei das „große Gezeter“ über die angeblich schwierige Situation der Arbeiterklasse unbegründet. Die Forderungen, für die die Arbeiter an der Küste und in Łódź gestreikt hatten und auf die Straße gegangen waren, hielt Gomułka für unberechtigt. Er argumentierte ausführlich und gespickt mit vielen seiner Meinung nach positiven wirtschaftlichen Daten aus der Zeit seit seinem Machtantritt und vor allem in den 1960er Jahren: Nationaleinkommen, Einkommen der Beschäftigten, Familien und Rentner, Spareinlagen, Lebensmittelverbrauch, Wohnungsbau und Ausstattung der Wohnungen, Gesundheitsschutz und Sozialfürsorge, Sozialausgaben. Im Ergebnis gelangte er zu dem Schluss: „Alle oben angeführten Angaben beweisen, dass sich die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen im Verlaufe des erwähnten 14-Jahres-Zeitraumes systematisch verbesserten. Es konnte also keine zunehmende Kumulation der gesellschaftlichen Unzufriedenheit stattfinden, es gab dafür keine objektiven Ursachen.“³⁷

Anschließend drehte Gomułka den Spieß um. Die Gierек-Politik werde einen Dambruch bewirken, prophezeite er, und die Partei mit immer neuen Forderungen konfrontieren. Die Arbeiter würden auf jeden Aufruf zur Erhöhung der Löhne eingehen. Erst die Politik der neuen PZPR-Führung habe die „unter der Arbeiterklasse immer lebendigen und sie bewegendenden Forderungen nach einer Erhöhung der Löhne und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ intensiviert und verstärkt. Damit sei ein schwer umzukehrender Mechanismus in Gang gesetzt worden, dessen erste Wirkung sich in Łódź und der dadurch erzwungenen Rücknahme der Preiserhöhung gezeigt habe. Man müsse daher ernsthaft damit rechnen, dass die zeitweise durch „diesen ungewöhnlich gefährlichen Beschluss“ gebremsten Forderungen nach Lohnerhöhungen „in kurzer Zeit in verschiedenen Branchen und verschiedenen For-

35 Tajne dokumenty Grudzień 1970, S. 221f.

36 Ebd., S. 222f.

37 Ebd., S. 228.

men wieder auftauchen werden.“³⁸ Das war sicher eine richtige Risikobeurteilung, die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Lohnspirale bestand tatsächlich. Doch zeigte Gomułka auch hier ein mangelndes Gespür für die aktuellen sozialen Problemlagen.

Scharf ging er damit ins Gericht, wie die neue Führung Platz und Rolle der Gewerkschaften definierte. Faktisch käme man damit einer Position sehr nahe, wie sie die Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern einnahmen. Mit „Verwunderung und sogar Bestürzung“ habe er das Referat des Gewerkschaftsvorsitzenden Kruczek auf der Sitzung des Zentralrats gelesen. Besorgt fragte er: „Wohin strebt das! Ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß jedoch, dass in eine schlechte Richtung gesteuert wird.“³⁹

Im Hintergrund stand die Streikfrage. Gomułka meinte, für die Gewerkschaften in Polen sei es viel einfacher, Streiks zu organisieren, als für die in den kapitalistischen Ländern. „Sie können das ohne Schwierigkeit machen, in jedem Moment. [...] Denn das Paradox liegt darin, dass es sich am mutigsten und leichtesten gegen die eigene Macht kämpft.“ Der frühere PZPR-Chef verstieg sich sogar zu der Aussage: „In Volkspolen befällt den Arbeiter nicht Furcht und Schrecken vor dem Milizionär. Denn er weiß gut, dass dieser Milizionär die Arbeiterklasse verkörpert und also in klassenmäßiger Hinsicht deren Macht.“ Angesichts des teils brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte im Dezember dürfte solcher Satz mit einiger Verwunderung aufgenommen worden sein. Für Gomułka allerdings handelte es sich bei den Demonstranten nicht um Arbeiter, sondern um „zügellose Jünglinge in Arbeiterblusen“.⁴⁰

Er bewertete Streiks als grundsätzlichen Angriff auf das sozialistische System. Seiner Meinung nach waren Streiks in den kapitalistischen Ländern eine Form des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital, während im Sozialismus mit seinem Volkseigentum jeder Streik „den Charakter eines Kampfes zwischen den Arbeitern in der sozialistischen Wirtschaft und dem sozialistischen Staat“ trage. Nur wenn die Partei ihrer führenden Rolle gerecht werde und ihre Organisationen in den Betrieben „die führende Avantgarde der Arbeiterklasse bilden“, könne sich das sozialistische System „vor übermäßigen Forderungen der Arbeitenden“ schützen. Das setze aber „auch die Wahl von Parteimitgliedern auf leitende Positionen in den Gewerkschaftsorganisationen voraus, das heißt die Erfüllung der führenden Rolle durch die Partei in den Gewerkschaften.“ Gemeinsam würden Partei, Staat und Gewerkschaften die Möglichkeiten bestimmen, um die Existenz der Werktätigen zu verbessern. „Der auf diese Weise wirkende Mechanismus sichert, dass die Postulate und Forderungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen durch den sozialistischen Staat in den Grenzen ihrer Realisierungsmöglichkeiten gehalten werden.“ Nach dem 7. Plenum, also nach der Wahl Giereks zum Parteichef am 20. Dezember 1970, sei dieser Mechanismus in Frage gestellt worden.⁴¹

Mit seiner Kritik am Gewerkschaftsvorsitzenden Władysław Kruczek, seit 15. Januar im Amt, bezog sich Gomułka auf dessen Rede auf dem XXI. CRZZ-Plenum, das am 24. und 25. Februar 1971 stattgefunden hatte. Kruczek hatte auf dieser Tagung eine kritische Bilanz der Gewerkschaftsarbeit gezogen und dabei an Vorwürfe angeknüpft, die seitens der Arbei-

38 Ebd.

39 Ebd., S. 228f.

40 Ebd., S. 229.

41 Ebd., S. 230.

ter vorgebracht worden waren. Die Gewerkschaften, so Kruczek, hätten ihre grundlegende Funktion nicht gebührend erfüllt, die Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen zu vertreten und zu verteidigen. Die Folge sei gewesen, dass die Realeinkommen mit dem Anstieg des Nationaleinkommens nicht Schritt gehalten hätten. In vielen Bereichen sei sogar eine Verschlechterung der materiellen und sozialen Lage eingetreten. Die Gewerkschaften hätten keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um den Preisanstieg zu begrenzen und den anwachsenden Lebenshaltungskosten entgegenzuwirken. Ein „beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse“ habe „keine realen Perspektiven zur Verbesserung seiner Existenzbedingungen (gesehen und) konnte nicht den fortdauernden Verzicht zugunsten künftiger Generationen hinnehmen.“ Auch sei die Gewerkschaftsbewegung nicht fähig gewesen, den Rückgang der Aufwendungen für soziale Zwecke, sichere Arbeitsbedingungen, den Wohnungsbau sowie für die Entwicklung der materiellen Basis von Bildung, Kultur und Erholung zu verhindern. Man sei der falschen ökonomischen Auffassung gefolgt, „wonach die Ausgaben für diese Ziele angeblich unproduktiv wären“. Dieser Ansicht hätten sich die Gewerkschaften nicht entgegengestellt. Auch treffe die Einschätzung nicht zu, die Gewerkschaften würden sich zu viel mit der Produktion und zu wenig mit der Befriedigung der sozialen und Existenzbedürfnisse beschäftigen. Man habe sich mit beiden Problemen nicht genügend befasst.⁴²

Kruczek ließ keinen Zweifel daran, dass die Gewerkschaften auch weiterhin die führende Rolle der Partei anerkennen würden. Das dürfte durchaus seiner Überzeugung entsprochen haben, war er doch seit den frühen 1950er Jahren in führenden PZPR-Funktionen tätig gewesen. Seit 1954 gehörte er dem Zentralkomitee an, seit 1968 dem Politbüro. Eine höhere Funktion in den Gewerkschaften hatte er bisher allerdings nicht ausgeübt. Allein die Berufung eines Parteifunktionärs mit dieser Biographie zum Gewerkschaftsvorsitzenden zeigte, dass die neue PZPR-Führung am grundsätzlichen Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nichts zu ändern gedachte. Zumindest in diesem Punkt gab es keine Differenz zu Gomułkas Memorandum. Die Funktion der Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ für die Politik der führenden kommunistischen Partei stand nicht zur Debatte. Andererseits war eine selbstkritischere Sicht auf die bisherige Arbeit der Gewerkschaftsführung, wie sie Kruczek anmahnte, dringend geboten. Nur so ließ sich verhindern, dass die existierenden Gewerkschaften prinzipiell in Frage gestellt wurden. Immerhin hatten im Dezember 1970 die Forderungen nach Rücktritt des Zentralrats und nach unabhängigen Gewerkschaften zu

42 Leicht gekürzt druckte „Trybuna Ludu“ die Rede unter dem Titel „Związki zawodowe w służbie ludzi pracy [Die Gewerkschaften im Dienste der Werktätigen] am 25.2.1971, S. 3, ab. Noch deutlicher waren Leszek Gilejko und Ludwik Stanke einen Tag vor dem CRZZ-Plenum: „Die Notwendigkeit, diese Funktion [der Verteidigung der Interessen der Werktätigen] der Gewerkschaften zu verwirklichen, wurde zwar bei uns nie in Frage gestellt. Jedoch waren auf diesem Gebiet die Unterschiede zwischen Theorie und Praxis in schärfster Form zu bemerken. [...] Denn die Widersprüche, die zwischen der Verwaltung und der arbeitenden Masse auftreten, ergeben sich nicht nur aus dem Unterschied in den Ansichten, der auf der Grundlage einer anderen Sichtweise auf die Erfordernisse der Rentabilität, der Verteilung der Mittel für laufende, für perspektivische Ziele usw. entstehen kann. Bedeutend öfter ergeben sie sich aus dem Hang einiger Verwaltungsglieder, die alltäglichen Beschäftigteninteressen zu bagatellisieren und sich einer gesellschaftlichen Kontrolle zu entziehen. Natürlich ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, nach einer möglichst sanften Lösung dieser Widersprüche und Konflikte zu streben und zu handeln. Das ist im Grunde einer der Hauptprüfsteine eines wirksamen Handels der Gewerkschaften.“ Leszek Gilejko/Ludwik Stanke: Kształt związkowego działania. Problemy i dyskusje [Die Gestalt der Gewerkschaftsarbeit. Probleme und Diskussionen], in: Trybuna Ludu, 23.2.1971, S. 3.

den zentralen Losungen der Szczeciner Werftarbeiter gehört, die auch von anderen Betrieben unterstützt wurden.

Auch wenn Kruczek's Verständnis von Gewerkschaftsarbeit ziemlich konservativ erscheinen mochte, zeigten sich im Detail aber doch einige neue Akzente. So hielt er es für erwiesen, dass der Blick von Betriebsleitung und Gewerkschaften auf die Produktionsfragen nicht identisch sein könne. Die gewerkschaftlichen Instanzen würden sich mit solchen Fragen nicht auf dieselbe Weise wie die Wirtschaftsverwaltung beschäftigen. Auch dürften sie sich nicht in die Rolle eines „Mobilisierungswerkzeugs“ abdrängen lassen. Die Gewerkschaften müssten „vom Gesichtspunkt der Belegschaft, vom Arbeiterstandpunkt, gestützt auf die schöpferische Produktionserfahrung des Kollektivs“ an diese Fragen herangehen. Sie sollten kritisch sein, wenn Mängel in der Leitung aufträten, wenn schlecht gewirtschaftet würde oder Prämierung und Entlohnung nicht stimmten. Auch stellte Kruczek unter den gewerkschaftlichen Aufgaben die Priorität der sozialen Belange heraus, denn diese Fragen müssten die Gewerkschaftsfunktionäre „an jedem Tag vor ihren Mitgliedern abrechnen, von ihrer Erledigung hängt die Autorität der Gewerkschaftsinstanzen, die Arbeitsatmosphäre im Betrieb ab.“⁴³ Gomulka roch hier vielleicht Pech und Schwefel, denn diese Argumente standen nicht nur seinem Parteiverständnis entgegen, sie berührten auch seine Sicht auf die Sozialpolitik.

In dieser Hinsicht konsequent, setzte sich Gomulka in seinem Memorandum auch kritisch mit den von der Gierек-Еquipe seit Dezember 1970 ergriffenen Sozialmaßnahmen auseinander, deren Kosten die ursprünglich geplante Summe weit überstiegen. Der so zustande gekommene Kaufkraftzuwachs der Bevölkerung werde nicht durch Waren gedeckt, monierte er nicht ohne Grund. „Dieses Problem kann man weder auf dem Wege einer sowjetischen Anleihe noch mit Hilfe amerikanischer Kredite für den Kauf landwirtschaftlicher Artikel lösen, noch durch die völlige Ausnutzung der Aktiva, die wir Ende des vorigen Jahres im Außenhandel hatten, noch auf dem Wege eines eventuellen Abbaus der Bestände aus dem Devisenreservefonds. Alle diese Fonds sind klein im Verhältnis zum Betrag, mit dem die Kaufkraft der Bevölkerung zusätzlich erhöht wurde.“⁴⁴

Kredite zur Befriedigung von Konsumbedürfnissen aufzunehmen, lehnte Gomulka ab: „In der Zeit, als ich die Funktion des 1. Sekretärs des ZK ausübte, habe ich nicht nur einmal geäußert, wie entschieden ich gegen die Aufnahme von Konsumtionskrediten bin. Nicht alle Genossen teilten meine Ansicht. Wenn ich beobachtete, was vor sich geht, habe ich nie vermutet, dass uns in dieser Frage eine so tiefe Kluft trennt. [...] Welche Beschlüsse der höchsten Parteinstanz berechtigten die Parteiführung und die Regierung, das Entwicklungstempo unseres Landes durch die Aufnahme gewaltiger Kredite und Anleihen für konsumtive Ziele zu hemmen? Es gibt keine solchen Beschlüsse. Es unterliegt doch keinem Zweifel, je mehr wir heute aus einem fremden Töpfchen essen, um so geringer werden die Möglichkeiten, die eigene Wirtschaft als die einzige Basis auszubauen, die ein dauerhaftes Wachstum des Le-

43 Vgl. zur Rolle der Gewerkschaften nach dem XXI. CRZZ-Plenum auch: Wiesław Adamski [Sekretär des CRZZ, *1926]: Związki zawodowe – twórczym czynnikiem rozwoju budownictwa socjalistycznego [Die Gewerkschaften – schöpferischer Faktor bei der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus], in: Nowe Drogi, 25 (1971) 9, S. 13–28.

44 Tajne dokumenty Grudzień 1970, S. 232.

bensstandards der Bevölkerung sichert.“⁴⁵ Gomułka warnte die neue Führung somit nicht nur vor einer Verringerung der Industrieinvestitionen und vor einem größer werdenden technologischen Rückstand, sondern auch vor einer ansteigenden Auslandsverschuldung.

Besonders diese Gefahr trieb Władysław Gomułka um. Die Entwicklung in den Monaten vom Dezember 1970 bis zum Februar 1971 hatte ihn in seiner Sorge eher noch bestärkt, aber auch in der Überzeugung, mit seiner Politik der vergangenen 14 Jahre auf dem richtigen Weg gewesen zu sein. Das Memorandum enthielt denn auch kaum selbstkritische Akzente, sondern es lief auf eine Verteidigung seines eigenen Kurses und eine scharfe Anklage der neuen PZPR-Führung unter Edward Gierek hinaus. Tatsächlich sollten sich nicht wenige der in Gomułkas Denkschrift aufgelisteten Gefährdungen in Kürze tatsächlich zu einem gravierenden Problem ausweiten.

Zweifellos war auch Gomułka überzeugt, die Lebensbedingungen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, verbessern zu müssen. Doch galt für ihn nach wie vor der Grundsatz: erst die Wirtschaft, dann das Soziale. Eine Politik, die den Anstieg des Lebensstandards als gleichrangig mit der Wirtschaftsentwicklung betrachtete oder den Konsum gar auf Kredit gründete, war ihm suspekt. Gomułka blieb davon überzeugt, dass Polen in folgedessen beim wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt gegenüber anderen Ländern zwangsläufig zurückbleiben werde. Letztendlich müsse aber ein starkes Polen das Ziel sein: „Ich will nicht, dass Polen schwach ist. Daher kritisiere ich die Wirtschaftspraxis der neuen Führung von Partei und Regierung so scharf. Daher auch leitete ich damals, als ich großen Einfluss auf die Politik von Partei und Regierung ausüben konnte und ausgeübt habe, diese immer in das Bett des Aufbaus der Stärke und Sicherheit Polens, vor allem auf dem Wege der Entwicklung seiner ökonomischen Basis.“⁴⁶

3. Eine schwierige Antwort

Die PZPR-Führung ließ sich Zeit mit der Beantwortung des Gomułka-Memorandums. Gierek betraute Józef Tejchma, Politbüromitglied und ZK-Sekretär, mit der Abfassung eines Textentwurfes.⁴⁷ Erst am 15. Juni diskutierte das Politbüro – bemerkenswerter Weise in Abwesenheit Giereks – das Papier. Man beschloss, auch die durch das Politbüro vorgebrachten Veränderungen einzuarbeiten. Der Text sollte dann den Politbüromitgliedern und ZK-Sekretären zwecks eventueller Bemerkungen zugestellt werden. Edward Babiuch, Stefan Olszowski und Tejchma erhielten eine Vollmacht zur endgültigen Formulierung des an Gomułka zu richtenden Antwortschreibens. Dieses war auch den Mitgliedern des Zentralkomitees, den 1. Wojewodschaftssekretären und den ZK-Abteilungsleitern bekanntzuma-

45 Ebd., S. 233.

46 Ebd., S. 241.

47 Józef Tejchma: *Odszedł Gomułka, przyszedł Gierek. Notatki z lat 1971–1973* [Gomułka ist gegangen, Gierek gekommen. Notizen aus den Jahren 1971–1973], Toruń 2006, S. 78.

chen, allerdings durften sie es nur im ZK-Gebäude lesen. Zwei Mitglieder des Politbüros sollten erst dann Gomułka den Antworttext auf sein Memorandum „referieren“.⁴⁸

Dieses vom Politbüro beschlossene Verfahren nahm noch einmal fast drei Monate in Anspruch, bis Gomułka endlich Antwort erhielt. Am 27. August legte das Politbüro fest, dass nun vier seiner Mitglieder, nämlich Kruczek, Babiuch, Tejchma und Jan Szydłak, Gomułka die Antwort des Gremiums auf dessen Memorandum vom März überbringen sollten. Vier Tage später fand ein letztes vorbereitendes Gespräch dieser vier mit Parteichef Gierek statt,⁴⁹ und am 3. September trafen die Abgesandten des Politbüros mit Gomułka im Gebäude des Zentralkomitees⁵⁰ zusammen.⁵¹ Der ehemalige Parteichef begrüßte sie denn auch mit dem Satz: „Ich habe lange auf dieses Gespräch gewartet.“⁵² Kruczek erklärte daraufhin, man habe ernsthaft nachdenken müssen, außerdem wäre viel andere Arbeit zu erledigen gewesen. Allen Mitgliedern des Zentralkomitees wären sowohl Gomułkas Text als auch das Antwortschreiben zur Kenntnis gegeben worden. Diese Antwort könne er, Gomułka, „jetzt durchlesen, oder wir lesen Sie Ihnen vor“. Gomułka war verständlicherweise verwundert: „Ich meine, dass mir die Antwort überreicht wird und bei mir bleibt.“ Darauf erwiderte Kruczek, Gomułka könne sich mit dem Dokument vertraut machen, dann aber verbliebe es im Zentralkomitee, und im Übrigen „meinen wir, dass damit die Korrespondenz mit Ihnen beendet ist“.⁵³

Nach längerer Debatte wurde Gomułka die Möglichkeit eingeräumt, das Antwortschreiben eine Woche lang zu behalten. Dann sollte es abgeholt werden. Begründet wurde dies damit, das Politbüro Sorge sich um die Geheimhaltung und befürchte eine eventuelle Veröffentlichung.⁵⁴ Gomułka dürfe einen Standpunkt dazu beziehen, aber nicht noch einmal an das Politbüro schreiben. Szydłak wies in dem Zusammenhang darauf hin: „Zwischen unserem kollektiven Standpunkt und Ihrem besteht ein grundsätzlicher Unterschied, und ich meine, dass dieser Unterschied erhalten bleibt. Aber es geht darum, dass dieser Unterschied nicht die Partei schädigt [...] Ihr Standpunkt zur Antwort des PB sollte so sein, dass er der Partei keinen Schaden bringt.“ Gomułka kommentierte das mit den Worten, auf ihn werde gespuckt, man habe ihn zum „Opferlamm“ erkoren.⁵⁵ Mit der Zusammenkunft am 3. Sep-

48 Protokoll Nr. 52 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 15. Juni 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 27, S. 283–285, hier 283f. Zur Sitzung des Politbüros s.a. Tejchma, *Odszedł Gomułka*, S. 93f., notiert unter dem 28.6. mit dem Verweis, dass die Sitzung am 15.6. stattgefunden habe. Tejchma bekräftigte auf der Sitzung seinen im Antwortentwurf enthaltenen Standpunkt.

49 Tejchma, *Odszedł Gomułka*, S. 105, 107. Diese vier waren auch im Entwurf vom 15.6. als Überbringer genannt worden *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 28, S. 285–309, hier 285.

50 Vgl. Walery Namiotkiewicz (Hg.): *Działalność Władysława Gomułki. Fakty. Wspomnienia. Opinie* [Die Tätigkeit von Władysław Gomułka. Fakten, Erinnerungen, Meinungen], Warszawa (1985), S. 802. Als Datum für die Zusammenkunft ist hier der 5.9. angegeben.

51 Notiz über das Gespräch der Vertreter des Politbüros des ZK der PZPR mit Władysław Gomułka am 3. September 1971, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 29, S. 309–317. In seinen Tagebuchnotizen erwähnt Tejchma das Treffen mit Gomułka nicht.

52 Ebd., S. 309.

53 Ebd.

54 Ebd., S. 312.

55 Ebd., S. 314.

tember war die Auseinandersetzung des Politbüros mit Gomułka beendet, ein nochmaliges Gespräch mit ihm lehnten die Politbüro-Vertreter ab.⁵⁶

In seinem Antwortschreiben vom 15. Juni auf das Memorandum vom März wies das Politbüro zunächst einmal Gomułkas Kritik zurück.⁵⁷ Man wolle sich sachlich auf einige Thesen und Probleme beziehen, nicht jedoch „auf Impertinenzen, Mystifizierungen und unzulässige Unterstellungen“ eingehen.⁵⁸ Es sei bedauerlich, „dass der ehemalige, langjährige 1. Sekretär des ZK der PZPR nicht fähig ist, ein sachlicheres und objektiveres Verhältnis zur eigenen Tätigkeit, deren Epilog doch tragische Ereignisse wurden, zu erreichen. Diese Ereignisse, der Tod Dutzender Menschen und die Erschütterung, die unsere ganze Nation durchlebte, kann niemand rückgängig machen. Man konnte jedoch wenigstens Verständnis für die Bedeutung der Tragödie erwarten, was im Brief des Gen. Gomułka in keiner Weise zu finden ist.“⁵⁹

Einen großen Teil des Schreibens beanspruchte die Auseinandersetzung mit den von Gomułka erhobenen Vorwürfen gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen PZPR-Führung.⁶⁰ Detailliert gingen die Verfasser auf Einzelfragen wie Reallöhne und Preise ein. Speziell wandten sie sich der Preiserhöhung vom Dezember 1970, dem Wohnungsbau, der Frage volkswirtschaftlicher Proportionalität und der Entwicklung der Landwirtschaft zu. Eine Preiserhöhung für Lebensmittel als solche sei kein Fehler, argumentierte das Politbüro, da man in der Wirtschaftspolitik auch auf eine solche Maßnahme nicht verzichten könne. Doch sei deren Ausmaß nach der zwei- bis dreijährigen Periode eines geringen Anstiegs oder gar einer Stagnation der Löhne besonders spürbar gewesen. Diese „gänzliche Missachtung der öffentlichen Meinung und ökonomisches Abenteuerertum“ hätten das Land in eine „politische Katastrophe“ führen können. Die Preisentscheidung von Dezember 1970 sei „die finale und in den Folgen tragische Krönung der seit längerer Zeit durchgeführten sozial-ökonomischen Politik“. Sie „war nicht nur ein einmaliger taktischer Fehler“, sondern „ein zerfressenes Glied in der ganzen Konzeption der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre.“ Diese Wirtschaftspolitik, deren Protagonist Gomułka gewesen sei, habe „unter dem Einfluss der überlebten und gesellschaftlich schädlichen Theorie“ gestanden, nach der die Konsumtion eine „passive Rolle“ in der Entwicklung der Volkswirtschaft spiele und der konsumierte Teil des Nationaleinkommens nicht nur das Wachstumstempo nicht stimuliere, sondern es begrenze. „Diese Theorie misst die Gesetzmäßigkeiten der Volkswirtschaft mit dem Maß-

56 Ebd., S. 315.

57 Der Bd. mit den Dokumenten zum Dezember 1970 enthält nur den Entwurf vom 15.6. (vgl. *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 28, S. 285–309). Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sich die endgültige Fassung nicht erheblich davon unterschied. Dafür sprechen vier Punkte: zum einen, dass der Entwurf von den wichtigsten PZPR-Funktionären, darunter Gierek, unterzeichnet war; zum zweiten, dass er auf einer Politbürositzung diskutiert wurde, auf der der Parteichef nicht anwesend war. Das wäre sicher nicht der Fall gewesen, wenn es ernsthaften Widerspruch gegeben hätte. Zum dritten kehrte man für das Zusammentreffen mit Gomułka am 3.9. zu dem Personenkreis zurück, der laut Entwurf dafür vorgesehen war. Viertens vermerkte Tejchma in seinen Tagebuchnotizen keine weitere Arbeit am Entwurf.

58 Ebd., S. 286.

59 Ebd.

60 Ebd., S. 286–296.

stab der einfachen Buchhaltung eines Familienbudgets: Wenn ich mehr ausbebe, lege ich weniger für die Sicherung der Zukunft zurück. [...] Es erwies sich, dass die buchhalterische und mechanistische Interpretation der Proportionen bei der Verteilung des Nationaleinkommens auf Akkumulation und Konsumtion sich in langen Zeitabschnitten nicht bestätigt.“⁶¹

Das Politbüro vertrete daher, anders als Gomułka, die Ansicht, dass der Konsum zu einem Faktor geworden sei, der die Entwicklung beschleunige und modernisiere. „Entgegen den alten Ansichten“ schränke eine Zunahme der Konsumtion das Wachstum des Nationaleinkommens nicht ein, sondern fördere es im Gegenteil sogar, da es Anreize für den Anstieg der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität schaffe. Daher lehne das Politbüro auch die Auffassung ab, zwischen dem Wachstum der Gruppen „A“, also der produktionsmittelerzeugenden Industrie, und „B“, der Konsumgüterproduktion, müsse eine „bedeutende Lücke“ aufrechterhalten werden. In der Praxis führe das zu einer Politik, die an den dem Sozialismus fremden Grundsatz erinnere, die Produktion um der Produktion willen zu entwickeln.“⁶²

Auch wies das Politbüro den Vorwurf zurück, in die Industrie nicht gebührend investieren zu wollen. So sei beschlossen worden, einige Industriezweige sogar schneller voranzubringen, als das bisher der Fall war. Außerdem würden solche wichtigen Vorhaben wie der Ausbau der Brennstoffbasis fortgesetzt. Es gehe zudem nicht darum, das schon Geleistete zu verkleinern, wie Gomułka unterstelle, „sondern um eine Einschätzung der Ursachen, warum trotz dieser Entwicklung die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft so weit zurückblieb“.⁶³

Der etwas unausgewogene „Dialog“ zwischen Gomułka und der neuen PZPR-Führung verdeutlichte noch einmal die zwei im Dezember 1970 konkurrierenden Konzepte. Aus der Sicht der neuen Führung ging es hier um mehr als eine soziale Beschwichtigungspolitik. Dahinter stand die Grundsatzfrage, inwieweit das Sozialsystem als Produktivitätsfaktor wirken könne. Die These, ein gesteigerter Konsum und vermehrte Sozialausgaben seien in der Lage, wirtschaftliche Wachstumsimpulse freizusetzen, spielte zu dieser Zeit in der internationalen Diskussion der Ökonomen eine zentrale Rolle.⁶⁴ Gierek selbst sah die Risiken der kurzfristig nötigen sozial- und konsumpolitischen Zugeständnisse sehr wohl, setzte aber auf einen dadurch ausgelösten Wachstumsschub. Władysław Gomułka wiederum hielt der neuen Führungsmannschaft die damit verbundenen Risiken vor und beharrte auf der Richtigkeit seines Lösungsansatzes. Während die in der Denkschrift enthaltenen wirtschaftspolitischen Argumente durchaus ernstzunehmen waren, mutete es erstaunlich an, wie energisch ihr Verfasser jegliche Ursache für soziale Unzufriedenheit abstritt.

Dass Gomułka seine Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verteidigen suchte, konnte kaum überraschen, auch die etwas verschrobene Sicht auf die Qualität der Lebensbedingungen in der Volksrepublik mochte man seiner eigenen Bedürfnislosigkeit zugute halten; mit seiner Skepsis kam er aber dem Szenarium der folgenden Jahre recht nahe. Aber es war einsam um

61 Ebd., S. 290.

62 Ebd., S. 290f.

63 Ebd., S. 293.

64 Vgl. u.a. Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität : wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema in neuer Übers. von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg 2007.

ihn geworden. Auch aus Moskau durfte er nicht auf Rückhalt hoffen, vielmehr konnte er zeitgleich die mit Breschnews Unterstützung erfolgende Demontage Ulbrichts in der DDR beobachten.

4. Wendemanöver: Eine „andere Sozialpolitik“

Im Dezember 1970 und im ersten Halbjahr 1971 zielte die Alternative der Gierek-Equipe zunächst auf Schadensbegrenzung durch Zugeständnisse. Nach Gomułkas Scheitern und der Konflikteskalation im Dezember 1970 musste es Gierek verständlicherweise zunächst um eine Beruhigung und Konsolidierung der Lage gehen. Die Konsequenzen reichten jedoch sehr viel weiter. Auf mittlere Sicht verfolgte man eine Strategie, die sozialen Vorleistungen in wirtschaftliche Mobilisierungseffekte umzumünzen.⁶⁵ Die Veränderung in der Beurteilung sozialer Problemlagen markierte den Übergang von einer offensiven Modernisierungsstrategie zur machtpolitischen Defensive. Ein Vergleich der durch Władysław Gomułka und Edward Gierek personifizierten sozialpolitischen Argumentationslinien deutet auf einen Motivationsbruch hin. Ging ersterer noch von der Möglichkeit aus, die revolutionäre kommunistische Option mit dem Bewusstsein nationaler Sendung zu einer Leistungsideologie zu verschmelzen, so war Giereks Kurs eher vom Zweifel an der Tragfähigkeit dieses Modells bestimmt.

Jahre später, 1990, antwortete Edward Gierek auf die Frage, womit er nach seinem Machtantritt als PZPR-Chef begonnen habe: „Mein strategisches Ziel wurde der Kampf um die Verbesserung des Lebensniveaus der Polen. Die einzige Art und Weise, dieses Ziel zu erreichen, war die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. [...] Die Gesellschaft hatte die Losungen satt, die hehren Programme satt, die gewöhnlichen Menschen wollten besser leben. Und dieser Wunsch musste, wenn wir es nicht zu einer Degradierung der Nation bringen wollten, erfüllt werden. [...] Ich nahm an, dass große Reserven in unserer Wirtschaft stecken, wenn eine andere Sozialpolitik durchgeführt und die gesellschaftliche Basis des Systems erweitert wird.“⁶⁶

Dem entsprach das Vorgehen der neuen Führungsmannschaft in den ersten Monaten des Jahres 1971. Es sei oberstes „politisches und wirtschaftliches Ziel von Partei und Regierung“,⁶⁷ die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung immer besser zu befriedigen und der Sozialpolitik den „ihr gebührenden Rang“ zurückzugeben, lautete das Argument.⁶⁸ In einem

65 Vgl. Rainer Hasl/Ulrich Koschwald: Grundlegende Merkmale der Sozialpolitik in der Ära Gierek (=Regensburger Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftswissenschaft; Nr. 157), Regensburg o.J.

66 Janusz Rolicki/Edward Gierek: Przerwana dekada [Die abgebrochene Dekade], Warszawa 1990, S. 73, 100f.

67 Narzędnym celem lepsze zaspokojenie potrzeb społeczeństwa [Oberstes Ziel ist die bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft], in: Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIII (1971) 3, S. 1f., hier 1.

68 Dobrosław Żuk: Niektóre najpilniejsze problemy polityki socjalnej [Einige dringendste Probleme der Sozialpolitik], in: Nowe Drogi, 25 (1971), S. 234–244, bes. 235. Ähnlich auch: Grzegorz Pisarski, der davon spricht, dass den Anforderungen an die Sozialpolitik des sozialistischen Staates „bedeutend mehr

grundsätzlichen Beitrag für „Nowe Drogi“, der theoretischen Zeitschrift der PZPR, stellte Zbigniew Sufin die „sozialen Ziele im Programm der perspektivischen Entwicklung“ heraus und nannte sechs ideologische Grundsätze eines solchen Programms: (1.) die „gegenseitige Abhängigkeit“ wirtschaftlicher und sozialer Ziele; (2.) die Bedürfnisse der Bevölkerung so zu befriedigen, dass „eine systematische Entwicklung ermöglicht“ wird; (3.) sich auf die Familie zu stützen; (4.) die „Existenzbedingungen entsprechend den Mustern, die den Lebensstil in der sozialistischen Gesellschaft bestimmen“, zu gestalten; (5.) das Niveau von Bildung und Ausbildung zu erhöhen und (6.) gleiche Lebenschancen für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen.⁶⁹

Nicht von ungefähr stand die Verflechtung von Sozialem und Ökonomischem an erster Stelle. In diesem Zusammenhang sah Sufin – wie es auch Gierek rückblickend tat – eine Grundvoraussetzung der weiteren Entwicklung: Ohne „eine durchdachte, konsequente Sozialpolitik“ könne man nicht „eine richtige, durch die Gesellschaft voll akzeptierte und gewürdigte wirtschaftliche Entwicklung sichern.“ Andererseits stelle „eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung in längeren Zeitabschnitten die einzige Grundlage für die Lösung jeglicher materieller Schlüsselprobleme der Sozialpolitik dar“. Eine „richtige Sozialpolitik“ werde „zum unerlässlichen Faktor des Effektivitätszuwachses der Wirtschaft“.⁷⁰ Hierin zeigten sich wesentliche Übereinstimmungen mit dem in der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Ländern gewählten Ansatz. Sozialpolitik sollte produktive Potentiale freisetzen, die die Wirtschaft stimulieren und damit ihrerseits die Voraussetzungen schaffen, um die ehrgeizigen Ziele der Sozialpolitik überhaupt realisieren zu können.

Diesem Thema wandte sich auch Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz Mitte April 1971 auf der Wojewodschaftskonferenz der PZPR in Szczecin zu: „Auf neue Weise fassen wir gegenwärtig den Zusammenhang zwischen der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik, zwischen der realen Verbesserung des Lebens und dem Wachstum der Arbeitsproduktivität, zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erhöhung der Konsumtion. Denn die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft und die reale Verbesserung der Lebensbedingungen bilden ein Ganzes, bedingen sich gegenseitig und wirken unmittelbar aufeinander ein.“⁷¹ In kritischerer Perspektive konnte man dahinter einen *Circulus vitiosus* vermuten. Überhaupt waren die Risiken dieses Paradigmenwechsels nicht zu unterschätzen. Die PZPR begab sich, wie übrigens auch die SED, auf einen bisher noch nicht ausprobierten Entwicklungspfad. Es handelte sich hier um die Abkehr von einem zentralen Grundsatz der bisherigen Politik, wonach die sich entwickelnde Ökonomik automatisch zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung führen werde.⁷²

Aufmerksamkeit als bisher zugewandt werden“ müsse. Grzegorz Pisarski: *Polityka socjalna a gospodarka* [Sozialpolitik und Wirtschaft], in: ebd., 25 (1971) 2, S. 44–55, hier 44.

69 Zbigniew Sufin: *Cele społeczne w programie perspektywicznego rozwoju* [Die sozialen Ziele im Programm der perspektivischen Entwicklung], in: ebd., 25 (1971) 7, S. 49–64, hier 49–51.

70 Żuk, *Niektóre najpilniejsze problemy*.

71 Piotr Jaroszewicz: *Dzień dzisiejszy i jutro socjalistycznej Polski wymagają harmonijnego rozwiązywania zadań* [Der heutige Tag und das Morgen des sozialistischen Polens erfordern eine harmonische Lösung der Aufgaben], in: *Trybuna Ludu*, 16.4.1971, S. 2.

72 Ludmiła Dziewięcka-Bogun: *Miejsce zagadnień socjalnych w programie PZPR (1948–1970)* [Der Platz der sozialen Fragen im Programm der PZPR (1948–1970)], in: *Z pola walki*, 29 (1986) 1, S. 145–159.

Zu den ersten Aufgaben, die von der PZPR-Spitze nach dem Dezember 1970 zu lösen waren, gehörte die Überarbeitung des Wirtschaftsplanes, denn die Planperiode begann bereits am 1. Januar 1971. An den von der Gomułka-Führung ererbten Plänen für 1971 sowie für 1971 bis 1975 ließ Jaroszewicz rückblickend kein gutes Haar. Sie seien nach dem Muster der sechziger Jahre erarbeitet worden und hätten „eine verhältnismäßig niedrige, defensive allgemeine Entwicklungsdynamik des Landes und einen völlig unzureichenden [...] geradezu provokativen sozialen Planteil“ enthalten. Aufgrund der kurzen Termine habe man sich aber nicht in der Lage gesehen, einen gänzlich neuen Plan für 1971 auszuarbeiten. „Eine der schwierigsten Aufgaben der neuen Mannschaft wurde es also, an den existierenden ‚hinkenden‘ Plan einen sozialen Teil anzubauen“.⁷³

Auf der Sejm-Sitzung am 13. Februar stellte Ministerpräsident Jaroszewicz den überarbeiteten Jahresplan 1971 vor.⁷⁴ Dessen Leitlinie sei „die Sicherung einer harmonischeren und zugleich dynamischen Entwicklung unserer Wirtschaft im laufenden Jahr, bei gleichzeitigen Veränderungen im Wirtschaftsplan, die hauptsächlich zur Erhöhung der Einkommen und also der Kaufkraft der Bevölkerung und auch des kollektiven Konsums und des Wohnungsbaus führen.“ Jaroszewicz verwies aber auch darauf, dass diese Veränderungen Gefahren wie etwa eine „Verletzung des Marktgleichgewichts“ in sich bargen, wenn sie nicht voll durch einen entsprechenden Anstieg der Produktion und der Einnahmen des Staatshaushalts gedeckt werden könnten. Die neue polnische Führung stellte also für diese „mutigen Entscheidungen und das sie begleitende gewisse Risiko“ einen Wechsel auf die Zukunft aus, denn sie rechnete „auf die volle Erfüllung und sogar Überschreitung“ der für den Zuwachs der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Produktionskosten, die Verbesserung der Rentabilität und die Akkumulation gesetzten Ziele.

Im Einzelnen sah der Plan für 1971 vor, das Wachstumstempo beim Nationaleinkommen von ursprünglich 5,4 auf 5,8% zu erhöhen. Deutlicher sollten die Konsumtionsfonds gegenüber den noch von der Gomułka-Führung geplanten Kennziffern steigen, und zwar beim individuellen Konsum von 4,3 auf 5,5% und beim gesellschaftlichen Konsum von 4 auf 4,8%. Dagegen beabsichtigte man, den Akkumulationsanteil von 28,5% auf 27,9% zurückzunehmen. Bei den Einkommen aus Löhnen und Sozialleistungen war gegenüber der ersten Planfassung eine Erhöhung um mehr als 13 Mrd. Złoty vorgesehen, davon für den Lohnfonds um ca. 8,6 Mrd. Diese 13 Mrd. Złoty setzten sich aus den Mitteln zusammen, die der Beschluss vom 30. Dezember 1970 vorsah, sowie aus dem Verzicht auf das neue System der materiellen Interessiertheit, für das ursprünglich ca. 3,2 Mrd. Złoty angegeben waren, und aus Auszahlungen aufgrund zusätzlicher, überplanmäßiger Produktion (1 Mrd. Złoty). Die Sozialleistungen sollten um ca. 4,5 Mrd. Złoty steigen, vor allem durch Zulagen zu Renten und Pensionen sowie durch die Erhöhung der Familienbeihilfen. Eine noch deutlichere Anhebung sah der korrigierte Plan beim Bruttolohn vor, nämlich um 4,2 anstatt um 1,5%. Für

73 Piotr Jaroszewicz/Bohdan Roliński: *Przeryw milczenie. 1939–1989* [Ich breche das Schweigen. 1939–1989], Warszawa 1991, S. 174.

74 *Będziemy konsekwentnie realizować program rozwoju kraju* [Wir werden das Programm zur Entwicklung des Landes konsequent realisieren]. Rede von Premier Piotr Jaroszewicz auf der Sejm-Sitzung am 13. Februar 1971, in: *Trybuna Ludu*, 14.2.1971, S. 3f.

Wohnungsbau-Investitionen stand rund 1 Mrd. Złoty zusätzlich zur Verfügung. Auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen wollte man mehr Geld ausgeben.

Das Vorhaben war ebenso ambitioniert wie teuer. Um die Finanzierung zu sichern, sah der Plan Steuererhöhungen bei den höchsten Einkommen sowie, mit Ausnahme der Landwirtschaft, in der privaten Wirtschaft vor. Jaroszewicz versicherte, dass diese „zusätzliche Finanzbelastung“ nur die größeren und vermögenden Handwerks- und Produktionsbetriebe betreffen werde. Demgegenüber sollten für die kleinen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen sogar „stabilisierte Funktionsbedingungen“ geschaffen werden. „Denn wir möchten“, erläuterte Jaroszewicz hierzu, „dass das Potential dieser Werkstätten voll für die Dienstleistungen für die Bevölkerung genutzt werden könnte. Wir schätzen auch die Bedeutung der Produktionstätigkeit des Handwerks, vor allem wenn es der Versorgung der Bevölkerung mit Marktwaren hoher Qualität zu angemessenen Preisen dient. Auf der anderen Seite fordern wir vom Handwerk, dass es den Steuerpflichten und jeglichen Verpflichtungen gegenüber dem Staat und der Gesellschaft gewissenhaft nachkommt.“⁷⁵

Fünf Wochen, nachdem Jaroszewicz den korrigierten Jahresplan für 1971 präsentiert hatte, wurde dieser am 19. März vom Sejm beschlossen.⁷⁶ Gegenüber dem ursprünglichen Planentwurf der Gomulka-Führung zielten die Veränderungen in den Verteilungsproportionen des Nationaleinkommens in erster Linie auf eine Erhöhung der Konsumfonds, insbesondere auf ein schnelleres Wachstum der Reallöhne. Die Belieferung des Marktes sollte sich entsprechend der Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, wobei es auch darum ging, das Marktgleichgewicht zu sichern. Der Kaufkraftanstieg der Bevölkerung aus allen bisher beschlossenen Maßnahmen wurde mit etwa 25 Mrd. Złoty beziffert. Zur Deckung dieser Summe wollte man Lieferungen aus zusätzlicher Produktion, Importe sowie Reserven im Wert von insgesamt rund 18 Mrd. Złoty bereitstellen. Wie die Deckungslücke von 7 Mrd. Złoty geschlossen werden sollte, blieb allerdings offen.

Auch war vorgesehen, die Ausgaben des Staatshaushalts zur Befriedigung dringender sozialer Bedürfnisse der Bevölkerung anzuheben. Der aus persönlichem Einkommen erzielte Konsum sollte um 7,6% steigen, und der globale Lohnfonds um 7,1% erhöht werden. Der Anstieg des verteilten Nationaleinkommens würde mehr als drei Prozentpunkte über den im Gomulka-Entwurf vorgesehenen vier Prozent liegen. Diese drei Prozentpunkte waren vollständig für das Wachstum des Konsumfonds verplant. Auf der anderen Seite kündigten die Planer den Beginn schrittweiser wirtschaftlicher Strukturveränderungen an. Vor allem sollten die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie überdurchschnittlich schnell wachsen,

75 Am 3. November 1971 fassten das Politbüro des ZK der PZPR und das Präsidium des ZK der SD einen gemeinsamen Beschluss über die Entwicklung der Dienstleistungen. Vgl. Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1971, Nr. 10, S. 32f.; 100 lat, S. 362; den Text des Beschlusses (nur unter November) s. Wspólne cele. Polityczne podstawy współdziałania międzypartyjnego w latach 1944–1978. Wybór dokumentów i materiałów [Gemeinsame Ziele. Die politischen Grundlagen des interparteilichen Zusammenwirkens in den Jahren 1944–1978], (Warszawa) 1980, Nr. 112, S. 396f.

76 Vgl. Trybuna Ludu, 20.3.1971, S. 1, 4.

um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Bei den Investitionen hoffte man günstigere sozial-ökonomische Effekte zu erreichen und den Wohnungsbau zu beschleunigen.⁷⁷

5. Konsum- und Beschäftigungspolitik im Aufwind

Mit Blick auf die nächsten Monate erschien unter all den im Plan aufgeführten Aufgaben eine rasche und spürbare Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion besonders dringlich. Für eine verbesserte Versorgung der Bevölkerung galt das als *conditio sine qua non*. Vor allem die leidige Fleischfrage harnte dringend einer Lösung. Bereits am 9. März 1971 hatte das PZPR-Politbüro unter anderem über die Sicherung der Marktversorgung mit Fleisch und Fetten beraten.⁷⁸ Zwei Tage später diskutierten die Landwirtschaftssekretäre der PZPR und die stellvertretenden Vorsitzenden der ZSL auf Wojewodschaftsebene über Wege, die Fleischversorgung zu verbessern.⁷⁹ Schließlich kündigte Ministerpräsident Jaroszewicz auf der Sejmssitzung am 19. März eine Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise bei Fleisch und Milch an.⁸⁰ Sie wurde einen Tag später von der Regierung beschlossen und trat am 22. März 1971 in Kraft.⁸¹

In einem redaktionellen Artikel stellte „Trybuna Ludu“ klar, wie wichtig die Fleischfrage für die PZPR war: „Der Bedarf an Fleisch wächst schnell, beinahe direkt proportional zum Einkommensanstieg der Bevölkerung, und aus dieser Tatsache ergibt sich die besondere Position des Fleisches nicht nur auf dem Markt, sondern in der sozial-ökonomischen Politik des Landes. Angesichts des im Vergleich zu anderen Ländern noch niedrigen Verbrauchs sind zusätzliche Einkommen zu einem großen Teil für Käufe von Fleisch und seinen Produkten bestimmt.“ Das Fazit war eindeutig: Würden die Einkommen der Werktätigen erhöht, sei auch eine Mehrlieferung von Fleisch für die Verbraucher erforderlich.⁸²

Nachdem die Erhöhung der Fleischpreise im Dezember 1970 nicht unwesentlich zur sozialen Eruption beigetragen hatte, war es nicht verwunderlich, wenn die Regierung dem Problem ein solches Gewicht beimaß. Für die PZPR war das jedoch auch ein Anlass, über grundlegende Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik und in ihrer Haltung gegenüber

77 Józef Pińkowski: Główne kierunki zmian w planie na rok 1971 [Die Hauptrichtungen der Veränderungen im Plan für das Jahr 1971], in: Trybuna Ludu, 20.3.1971, S. 4. Pińkowski (PZPR, 1929–2000) sprach für die Sejmkommission Wirtschaftsplan, Haushalt und Finanzen.

78 Trybuna Ludu, 10.3.1971, S. 1.

79 *Możliwości zwiększenia produkcji mięsa* [Die Möglichkeiten zur Erhöhung der Fleischproduktion], in: ebd., 12.3.1971, S. 1.

80 Piotr Jaroszewicz: *Decyzje kierownictwa partii i rządu służą stałej poprawy warunków pracy i życia ludności* [Die Entscheidungen der Führung von Partei und Regierung dienen der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung], in: ebd., 20.3.1971, S. 3.

81 *Uchwała rządu o zmianę cen skupu zwierząt i mleka* [Beschluss der Regierung über die Veränderung der Aufkaufpreise bei Tieren und Milch] in: ebd., 20.3.1971, S. 1, 10.

82 *Mięso – spożycie i produkcja* [Fleisch – Konsum und Produktion], in: ebd., 21.3.1971, S. 1; s.a. Halina Dowda: *Mięso i budżet domowy. Problemy gospodarki żywnościowej* [Fleisch und häusliches Budget. Probleme der Lebensmittelwirtschaft], in: ebd., 4.3.1971, S. 3; Z. Jagielski: *Kazdy kilogram mięsa. Problemy gospodarki żywnościowej* [Jedes Kilogramm Fleisch. Probleme der Lebensmittelwirtschaft], in: ebd., 9.4.1971, S. 3.

den Bauern nachzudenken, zumal diese in Polen anders als in anderen sozialistischen Ländern in ihrer Mehrzahl nicht in LPG zusammengeschlossen waren. In der Parteiführung bestand wohl kaum Zweifel darüber, dass eine bessere Versorgung vor allem der Arbeiter nicht zuletzt davon abhing, ob es gelang, die Bauern an einer Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion zu interessieren. Hierfür galt es allerdings erst die Bedingungen zu schaffen. Also ging die PZPR gemeinsam mit der ZSL⁸³ daran, neue landwirtschaftspolitische Richtlinien zu erarbeiten. Deren Verfasser, so berichtet ZK-Sekretär Kazimierz Barcikowski in seinen Erinnerungen, knüpften „an ein ähnliches Dokument an, das nach dem Oktober 1956 zu den Landwirtschaftsfragen vorgelegt worden war [...] Natürlich ging es uns nicht darum, die alten Deklarationen zu wiederholen, sondern um ein Dokument, das den Realitäten des Jahres 1971 entsprach. Es war eine andere Situation, die bedeutend weitergehende Entscheidungen zugunsten der Landwirtschaft erlaubte. [...] In den neuen Richtlinien gelang uns, wie ich meine, besonders die Fortsetzung dessen, was in der Landwirtschaftspolitik der sechziger Jahre gut war, mit weitergehenden Entscheidungen zu verbinden, die zuvor in den Kreisen der Landwirtschaftsökonomien und Bauernfunktionäre herangereift waren.“⁸⁴

Am 14. April 1971 verabschiedeten das Politbüro des ZK der PZPR und das Präsidium der ZSL die gemeinsamen „Richtlinien“ zu den Aufgaben der Landwirtschaft in den Jahren 1971 bis 1975.⁸⁵ Der kausale Zusammenhang zwischen der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Verbesserung des Lebensstandards bildete gewissermaßen das Leitmotiv des Papiers. Wenn darin die Erhöhung der Produktion und ihrer Effektivität als Hauptaufgabe der Landwirtschaft bezeichnet wurden, war das nur konsequent. In „allen Sektoren, Wirtschaftsgruppen und Regionen des Landes“ sollten dafür „jegliche erforderliche Bedingungen“ geschaffen werden.⁸⁶ Es mochte zu den außen- bzw. blockpolitisch bedeutsamen Usancen gehören, in diesen „Richtlinien“ die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die sozialökonomische Entwicklung des Landes hervorzuheben.⁸⁷ Nach innen richtete sich das Dokument aber an die Einzelbauern, die Mitglieder der LPG und die Beschäftigten der Staatsgüter gleichermaßen.

83 Am 10. Februar 1971 war auf dem 6. Plenum der Partei der bisherige, seit Mai 1962 amtierende ZSL-Vorsitzende Czesław Wycech (1899–1977) zurückgetreten und an seiner Stelle Stanisław Gućwa (1919–1994) gewählt worden.

84 Kazimierz Barcikowski: *U szczytów władzy [Auf den Gipfeln der Macht]*, Warszawa 1998, S. 26.

85 Längere Auszüge abgedr. in: *Wspólne cele*, Nr. 106, S. 355–358. Vgl. dazu auch: *W trosce o rozwój wsi i poprawę zaopatrzenia ludności [In der Sorge um die Entwicklung des Dorfes und die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung]*, in: *Trybuna Ludu*, 18.4.1971, S. 1; Stanisław Gućwa: *Weźlowe problemy rolnictwa i postępu socjalnego wsi [Schlüsselprobleme der Landwirtschaft und des sozialen Fortschritts auf dem Dorfe]* Wiedergabe des Referats auf dem 7. Plenum des Hauptkomitees der ZSL, in: ebd., 21.4.1971, S. 3f.

86 *Wspólne cele*, S. 352.

87 Die LPG wurden in den Richtlinien als die Wirtschaftsform charakterisiert, die dem „Weg zu einer modernen Organisation der Landwirtschaftsproduktion, den Erfordernissen des landwirtschaftlichen und sozialen Fortschritts entspricht“. (*Wspólne cele*, S. 355). Zur Entwicklung der LPG nahmen die Führungen von PZPR und ZSL zudem im November 1971 einen gesonderten Beschluss an. Vgl. ebd., Nr. 111, S. 378–384.

Außer den schon zuvor getroffenen Maßnahmen, von denen die Erhöhung der Aufkaufpreise die wichtigste war, kündigten beide Parteiführungen in den Richtlinien auch sozialpolitische Vorhaben an. Der entsprechende Abschnitt umfasste unter der Überschrift „Der soziale Fortschritt auf dem Dorf“ vier Punkte zusammen.⁸⁸ An erster Stelle war festgehalten, dass „in allen Sektoren der Landwirtschaft [...] die Bezahlung für die Arbeit die Hauptquelle des Einkommens der unmittelbaren Produzenten“ darstellt. Aufgrund dieser etwas umständlichen Formulierung, die auch für die einzelbäuerlichen Wirtschaften galt, sollten diese ab 1972 die Leistungen des Gesundheitsdienstes auf der Grundlage der allgemeinen Sozialversicherung zugänglich gemacht werden, was bisher nicht der Fall war.⁸⁹ Auch für die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden Veränderungen bei ihrer Sozialversicherung angekündigt. Sie fanden im Gesetz über die Sozialversicherung für Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihrer Familien ihren Niederschlag, das der Sejm am 26. Oktober 1971 beschloss.⁹⁰ Die Genossenschaftsmitglieder waren bereits seit 1962 schrittweise in die Sozialversicherung einbezogen worden. Beim Gesetz von 1971 ging es im Wesentlichen darum, die Versicherungsleistungen für LPG-Mitglieder und ihre Familien denen für Arbeiter und Angestellten anzugleichen. Auch die Finanzierungsgrundsätze änderten sich. Bezahlt wurden die Leistungen durch Beiträge der Genossenschaften und Zuschüsse aus dem Staatshaushalt, wobei letztere aber schrittweise verringert werden sollten. Während also die soziale Sicherung der Einzelbauern eine erhebliche Verbesserung erfuhr, blieb die bisher schon bestehende Privilegierung der Genossenschaftsmitglieder erhalten.

Die beiden letzten Punkte im Abschnitt über den sozialen Fortschritt betrafen die Entwicklung kommunaler sozialer Einrichtungen auf dem Lande, die Versorgung des Dorfes und der Landwirtschaft mit Wasser, Telefon und Dienstleistungseinrichtungen. Für Landfrauen sollten Bedingungen geschaffen werden, die ihnen Haushaltsführung und Kindererziehung erleichterten. Junge Ehepaare und junge Landwirte, die über entsprechende berufliche Qualifikationen verfügten, konnten auf Hilfe bei der Übernahme oder dem Erwerb einer Wirtschaft rechnen.

Zu den Maßnahmen, von denen man Anreize zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erhoffte, gehörte die für Bauern immens wichtige Abschaffung der Pflichtablieferung ab 1. Januar 1972.⁹¹ Außerdem wurde die Progression der Grundsteuer gesenkt, die

88 Wspólne cele, S. 356f.

89 Am 6. Juli 1971 nahm das Politbüro einen entsprechenden Beschluss an. Das Regierungspräsidium bestätigte den entsprechenden Entwurf, und am 14. Dezember erließ der Minister für Gesundheit und Sozialfürsorge eine Verfügung zur Erteilung therapeutischer Leistungen durch die Sozialbetriebe des Gesundheitsdienstes für Personen, die eine landwirtschaftliche Wirtschaft führen. Sie trat am 1. Januar 1972 in Kraft. Vgl. 100 lat, S. 360, 362; Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1971, Nr. 7–8, S. 51, Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIV (1972) 3, S. 70; 6, S. 49–53.

90 Ausführlich dazu Marek Piątkowski: Ubezpieczenie społeczne członków rolniczych spółdzielni produkcyjnych [Die Sozialversicherung der Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften], in: Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIV (1972) 1, S. 35–40, sowie die Wiedergabe des Gesetzesinhaltes, in: ebd., S. 68–70.

91 Vgl. Brief der Sekretariate des Zentralkomitees der PZPR bzw. des Hauptkomitees der ZSL, in: Wspólne cele, Nr. 107, S. 359f., hier 360. Das entsprechende Gesetz beschloss der Sejm am 25. Oktober 1971. Vgl. 100 lat, S. 361.

von den Besitzern größerer und mittlerer Wirtschaften zu entrichten war.⁹² Darüber hinaus beschloss der Ministerrat am 4. Juni 1971, Renten für Eigentümer landwirtschaftlicher Immobilien sowie deren Familienmitglieder zu erhöhen.⁹³

Kazimierz Barcikowski, der im April als Referent an der Veranstaltung teilgenommen hatte, auf der die gemeinsamen Richtlinien von PZPR und ZSL beschlossen wurden, erinnerte sich später, dass die Beratungen „in einer sehr ernsthaften, man kann sagen feierlichen Stimmung (verliefen). Es kam überhaupt nicht zu den schönrednerischen Darbietungen, die diese Art von Sitzungen aus Prinzip begleiten.“⁹⁴ Andererseits beobachtete er aber auch Anzeichen der Obstruktion gegen die Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik. So sei das gemeinsam vereinbarte Kommuniké in den abendlichen Fernseh- und Radionachrichten nicht verkündet worden. Das Versprechen, es am nächsten Tag bekanntzugeben, habe er erzwingen müssen. „Es wurde Wort gehalten, aber der Vorfall zeugt davon, dass noch im letzten Moment irgendwer Angst vor der eigenen Courage bekam und versuchte, daran zu drehen. Wer und wo das war, habe ich nicht herausgefunden, und das war keineswegs das erste Signal für Ängste und Abneigungen, die die neue Landwirtschaftspolitik begleiteten.“⁹⁵

Zu den akuten sozialen Problemen, die in den ersten Monaten des Jahres 1971 auf der politischen Agenda standen, gehörte die Arbeitskräftefrage. Bei ihr schlug ein beträchtlicher Bevölkerungszuwachs zu Buche, denn in der ersten Hälfte der 1970er Jahre erreichten weitere Jahrgänge des demographischen Hochs aus der Nachkriegszeit das arbeitsfähige Alter. Das betraf 3,5 Mio. Jugendliche, von denen 3 Mio. bis 1975 Arbeitsplätze benötigten. Unter Berücksichtigung der natürlichen Verluste und des Ausscheidens von Rentnern aus dem Arbeitsprozess vergrößerte sich die Zahl der Berufstätigen innerhalb dieser fünf Jahre um 1,8 Mio.⁹⁶ Der erhöhte Bedarf an Arbeitsplätzen kam nicht aus heiterem Himmel. Zeitgenössische Prognosen hatten schon lange auf diese Entwicklung hingewiesen. Aber nachdem in der ersten Hälfte der 1960er Jahre die Zahl der Arbeitskräfte um 790.000 gestiegen war und in den Jahren 1966 bis 1970 etwa 1,6 Mio. weitere Arbeitskräfte hinzukamen,⁹⁷ stellte der noch weiter beschleunigte Zuwachs in den frühen 1970er Jahren eine große Herausforderung dar. Nicht ohne Grund nannte Edward Gierek in seinen Erinnerungen unter den sozialen Prioritäten seiner Politik die Schaffung neuer Arbeitsplätze an erster Stelle.⁹⁸

92 Andrzej Wojtas: *Kwestia chłopska w latach 1956–1980* [Die Bauernfrage in den Jahren 1956–1981], in: Przemysław Wójcik (Hg.): *Elity władzy a struktura społeczna w Polsce w latach 1956–1981* [Die Machteliten und die Sozialstruktur in Polen in den Jahren 1956–1981], Warszawa 1994, S. 75–127, hier 87.

93 Vgl. *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIII (1971) 10, S. 65.

94 Barcikowski, *U szczytów*, S. 31.

95 Ebd.

96 Vgl. Zygmunt Szeliga: *Polen in den Jahren 1971–1980*, in: *Polen*, Warszawa 1977, S. 680–706, hier 698.

97 Henryk Król bezifferte sie damals sogar auf über 1,7 Mio. Vgl. Henryk Król: *Rozwój intensywny a zatrudnienie* [Die intensive Entwicklung und die Beschäftigung], in: *Trybuna Ludu*, 15.2.1971, S. 5.

98 Rolicki/Gierek, *Przerwana dekada*, S. 92f.

Angesichts dieser Herausforderung setzte die PZPR etwas nebulös auf ein „Programm komplexer und vielfältiger Lösungen“.⁹⁹ Eine seiner Prämissen war, dass Arbeitslosigkeit und Erwerbsemigration als Ausweg nicht in Betracht kamen. „Der Sozialismus kann nicht auf seine immanenten Merkmale verzichten. Das ist das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit, das als eines der grundlegenden Bürgerrechte neuen Typs behandelt wird. [...] Der eventuelle Vorschlag einer Erwerbsemigration kann auch nicht angenommen werden. Denn man muss daran denken, dass gewöhnlich junge, fähige, aktive Menschen in der besten Zeit des produktiven Alters emigrieren. Die Notwendigkeit, das Beschäftigungsproblem durch Emigration zu lösen, ist Ausdruck der Schwäche des Wirtschaftssystems eines gegebenen Landes, das nicht fähig ist, den wertvollsten Produktionsfaktor zu nutzen.“¹⁰⁰

Die neue Führung unter Gierек hielt also an der Politik der Vollbeschäftigung fest und versuchte, durch wirtschaftliche Anstrengungen neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Zudem lehnte sie Vorschläge ab, drohende Arbeitslosigkeit als Druckmittel zur Disziplinierung der Arbeitenden zu benutzen. Stattdessen setzte sie auf Einsicht und guten Willen: „Es geht uns doch nicht darum, dass in unseren Betrieben eine Disziplin herrscht, die auf die Angst vor dem Verlust der Arbeit gestützt ist. Eine solche Situation ist sicher bequem für unfähige Leiter [...] Es liegt uns an einer möglichst breit verstandenen Arbeitsdisziplin, doch an einer Disziplin, die aus einem hohen Bewusstsein, aus der Achtung vor sich selbst und dem Kollektiv, aus hohen Qualifikationen und der Verbundenheit mit dem Arbeitsbetrieb entspringt.“¹⁰¹ Das mochte den sozialpolitischen Intentionen der Gierек-Mannschaft entsprochen haben. Jedoch blieb ihr bei Lichte besehen auch keine wirkliche Alternative. Auf ein repressives Disziplinierungssystem in den Betrieben hätten die Beschäftigten aller Voraussicht nach ebenso sensibel reagiert wie auf einen Sockel kalkulierter Arbeitslosigkeit.

Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wurden u.a. der Ausbau der Schichtarbeit und eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen. Auch sollten Arbeitsplätze vermehrt im Dienstleistungssektor entstehen, nicht zuletzt deshalb, weil die Kosten für die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Bereich niedriger lagen als in der Industrie. Mit der Erweiterung des Dienstleistungsnetzes hoffte man zugleich die Probleme bei der Frauenbeschäftigung zu mindern.

Frauenarbeit war Anfang der siebziger Jahre in der PRL bereits weit verbreitet. In den staatlichen Betrieben betrug die Zahl der Frauen 1970 mehr als 3,8 Mio. Sie stellten damit

99 Król, Rozwój.

100 Ebd. Ähnlich Gierек rückblickend: „Eine so große Zahl von Arbeitsplätzen erforderte eine gigantische Investitionsfront. [...] Diese Anstrengung mussten wir tragen, wenn wir uns nicht für Arbeitslosigkeit oder die jugoslawische Variante entscheiden wollten, das heißt, den Arbeitskraftüberschuss ins Ausland zu schicken. Weil ich sehr gut wusste, was Arbeitslosigkeit ist und was Arbeit in der Fremde ist, war ich entschieden gegen diese beiden Varianten.“ Rolicki/Gierек, Przerwana dekada, S. 92f.

101 Praca – dobro najpowszechniejsze [Arbeit – das allgemeinste Gut] (Redaktioneller Artikel), in: Trybuna Ludu, 21.2.1971, S. 1. Analog auch Król, Rozwój: Von Zeit zu Zeit werde das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit bemüht. Es solle zur Hebung der Arbeitsdisziplin beitragen. „Das Unrationale dieser Konzeption, besonders unter den Bedingungen unserer Ordnung, erfordert keine spezielle Begründung.“

39,4% der Gesamtbeschäftigten in diesem Bereich.¹⁰² Dennoch reichte die Zahl der angebotenen Stellen nicht aus. Im Januar 1971 gab es nach den offiziellen Angaben der Polnischen Presseagentur PAP 60.000 bis 70.000 arbeitsuchende, zumeist unqualifizierte Frauen.¹⁰³ In der Zeitschrift „Nowe Drogi“ hieß es im Februar 1971 zu den fehlenden Arbeitsplätzen für Frauen, man habe es seit 1969, gemessen an den freien Arbeitsplätzen, mit einem periodischen Überschuss arbeitsuchender Personen zu tun. In einigen Gebieten gebe es ganzjährig einen deutlichen Mangel an Arbeitsplätzen, besonders eben für Frauen. Das betreffe vor allem die Wojewodschaften Białystok, Bydgość, Gdańsk, Katowice, Kielce, Lublin, Łódź, Warschau und Wrocław, wo die Zahl der arbeitsuchenden Frauen die der freien Frauenarbeitsplätze deutlich übersteige. Der Zustand werde besonders in den betroffenen Familien kritisiert.¹⁰⁴ Vor allem diesen arbeitsuchenden Frauen kam es daher zugute, dass ab 1. März 1971 die Sozialhilfe für Personen, „die zeitweilig ohne Arbeit bleiben“, angehoben wurde, nämlich für jedes von einem Alleinernährer zu unterhaltende Familienmitglied um 100 Złoty, jedoch nicht auf mehr als 900 Złoty insgesamt.¹⁰⁵

Am 3. Februar 1971 beriet der CRZZ Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen berufstätiger Frauen. Generell ging man dabei davon aus, dass die Erwerbsarbeit von Frauen im Hinblick auf eine Anhebung der Familieneinkommen notwendig sei. Voll- und Teilzeitarbeitsplätze sollten sowohl in den Schlüsselindustrien als auch im Bereich von Heimarbeit und Dienstleistungen geschaffen werden. Außerdem hielten die Gewerkschaften ein am Bedarf der Volkswirtschaft ausgerichtetes Programm zur beruflichen Bildung der Mädchen für erforderlich. Die Nachtarbeit von Frauen sollte hingegen schrittweise eingeschränkt werden. Beginnen wollte man damit an den Sonnabenden, wie es in der Textilindustrie bereits geschah. Darüber hinaus befanden die Gewerkschaften die ärztliche Betreuung arbeitender Frauen als unzureichend und forderten den Ausbau der Frauenberatungsstellen bei den Gesundheitseinrichtungen der Bezirke und Betriebe. Auch sollten Betriebe mit einer großen Zahl von Frauen einen Gynäkologen einstellen. Diskutiert wurde ebenfalls die Möglichkeit eines vorgezogenen freiwilligen Renteneintritts für Frauen. Zu den auf eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf gerichteten Vorschlägen gehörten die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes, die Angleichung der Rechte von Arbeitern und Angestellten bei der Betreuung kranker Kinder, was eine in vielen Branchen bereits

102 Vgl. Główny Urząd Statystyczny (Hg.): Rocznik statystyczny 1972 [Hauptamt für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch 1972], Warszawa 1972, S. 113; Józef Balcerek: Sytuacja gospodarcza Polski w okresie 1956-1993 [Die Situation der polnischen Wirtschaft im Zeitraum 1956-1993], in: Wójcik, Elity władzy, S. 327-370, hier 338. Ähnliche Angaben machte A[talia] Buksdorf: Sprawy kobiet pracujących [Die Angelegenheiten der arbeitenden Frauen], in: Trybuna Ludu, 12.1.1971, S. 3. Sie beziffert den Frauenanteil an den Gesamtbeschäftigten mit 38%. S.a. Edward Marek: Problemy pełnego i racjonalnego zatrudnienia [Probleme einer vollen und rationellen Beschäftigung], in: Nowe Drogi, 26 (1972) 7, S. 112-123, hier 119: Er gibt als Anteil der Frauen an den Beschäftigten in der volkseigenen Wirtschaft an: 1960 = 33,1%, 1965 = 36,0%, 1971 = 40,4%.

103 Jak zwiększyć liczbę miejsc pracy dla kobiet [Wie ist die Zahl der Arbeitsplätze für Frauen zu erhöhen], in: Trybuna Ludu, 22.1.1971, S. 1, 4, hier 1.

104 Pisarski, Polityka socjalna, S. 48f.

105 Eine entsprechende Verordnung erließ der Minister für Gesundheit und Sozialfürsorge am 20. Februar 1971. Vgl. Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIII (1971) 7, S. 76f.

bestehende Praxis sanktionierte, der Ausbau der Kinderbetreuung und die Anpassung der Ladenöffnungszeiten an den Bedarf arbeitender Frauen.¹⁰⁶

Am 12. März 1971 beschloss das Regierungspräsidium auf Initiative der Sejmkommission für Arbeit und Löhne, im laufenden Jahr 250 Mio. Złoty zur Schaffung von Arbeitsplätzen hauptsächlich für Frauen zur Verfügung zu stellen. Um diese Gelder konnten sich alle Wojewodschaften bewerben, wobei von vornherein klar war, dass die Mittel nicht ausreichen würden. So verlangten allein schon die Wojewodschaften Białystok 25,5 Mio., Zielona Góra 8,9 Mio., Łódź 45 Mio., Warschau 50 Mio. und Kielce 98 Mio. Złoty aus diesem Topf. Daher wollte man diejenigen Vorhaben auswählen, die bei niedrigsten Kosten für die Schaffung von Arbeitsplätzen zugleich die attraktivste Produktion für den Markt vorsahen.¹⁰⁷

Als ein wichtiges Mittel zur Ausweitung der Frauenbeschäftigung galt die Heimarbeit. In diesem Bereich waren bislang etwa 160.000 Frauen tätig. Noch 1971 sollte sich deren Zahl um 12.000¹⁰⁸ und im gesamten Fünfjahrplanzeitraum um 80.000 erhöhen.¹⁰⁹ Ein Zweck der Heimarbeit von Frauen war es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, da das Netz der Kinderbetreuung große Lücken aufwies. Für 1.000 beschäftigte Frauen standen lediglich 16 Krippenplätze zur Verfügung. Gegenüber den 25 Plätzen von 1958 war das ein deutlicher Rückgang. Bezogen auf die berufstätigen Mütter entsprachen die 63.000 Krippenplätze einem Versorgungsgrad von 15%. Nur ein Viertel der Kinder besuchte einen Kindergarten.¹¹⁰

Eine weitere Möglichkeit, mehr Frauen in Beschäftigung zu bringen, bot die Teilzeitarbeit. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen betrug im Juni 1970 nach Angaben des Statistischen Hauptamtes 96.000, was lediglich 2,5% der erwerbsfähigen Frauen entsprach.¹¹¹ Am 2. April 1971 nahm daher der polnische Ministerrat eine Verordnung über die „Ausweitung der Beschäftigung von Frauen bei einem nicht vollen Arbeitsumfang“ an. Sie ermöglichte eine Teilzeitbeschäftigung von Frauen in allen Wirtschaftsbereichen, wobei der Arbeitsumfang in der Regel die Hälfte der Vollarbeitszeit betragen sollte. Die Arbeitszeit konnte elastisch und differenziert in Abhängigkeit sowohl von den betrieblichen Erfordernissen als auch von den Möglichkeiten der beschäftigten Frauen eingeteilt werden. Als Beispiele wurden vier Stunden täglich, drei volle und drei freie Tage in der Woche und jeden zweiten Tag Vollzeittätigkeit genannt. Frauen, die mindestens auf einer halben Stelle arbeiteten, bekamen das Recht auf Familienbeihilfen entsprechend den allgemein gültigen Prinzipien.¹¹²

106 Jak ułatwić codzienne życie 4 mln pracujących kobiet [Wie ist das tägliche Leben von 4 Mio. arbeitenden Frauen zu erleichtern?], in: Trybuna Ludu, 4.2.1971, S. 1, 4.

107 a.b.: Nowe miejsca pracy dla kobiet za 250 milionów złotych [Neue Frauenarbeitsplätze für 250 Mio. Złoty], in: Trybuna Ludu, 24.3.1971, S. 4. Wie Premier Jaroszewicz auf dem 9. ZK-Plenum am 16. April 1971 mitteilte, waren damit etwa 12.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Vgl. Informacja o działalności rządu złożona przez Prezesa Rady Ministrów Tow. Piotra Jaroszewicza [Information über die Tätigkeit der Regierung, vorgelegt vom Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Piotr Jaroszewicz], in: Nowe Drogi, 25 (1971) 5, S. 185–204, hier 196.

108 Jak zwiększyć.

109 Problemy chałupnictwa [Probleme der Heimarbeit], in: Trybuna Ludu, 9.2.1971, S. 4.

110 Buksdorf, Sprawy kobiet; dies.: Pracująca matka z małym dzieckim. Dorobek i propozycje [Die arbeitende Mutter mit einem Kleinkind. Errungenschaft und Vorschläge], in: Trybuna Ludu, 10.–12.4.1971, S. 4.

111 Dies.: Praca dla kobiet [Arbeit für Frauen], in: Trybuna Ludu, 28.2.1971, S. 3; s.a. Jak zwiększyć.

112 Vgl. Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIII (1971) 7, S. 75.

Bereits drei Wochen zuvor hatte die Regierung beschlossen, Frauen, die Kinder bis 14 Jahre erzogen, generell zwei bezahlte freie Tage im Jahr zu gewähren.¹¹³ Bis dahin kamen nur Angestellte in den Genuss dieser Regelung. Bei den Arbeiterinnen waren es die, bei denen sich das aus Betriebskollektivverträgen oder außergewöhnlichen Rechten ergab. Der Anteil der Frauen, die bis dahin keine bezahlte Freistellung erhielten, wurde mit 60 bis 70% angegeben.¹¹⁴

Das Problem der Frauenbeschäftigung erhielt eine besondere Note durch den Platz, den die Familie innerhalb der polnischen Gesellschaft einnahm. Frauen trugen im Wesentlichen die Last der Haushaltsführung und der Kindererziehung. Ein Modell, das diese Pflichten auf beide Ehepartner und Eltern verteilte, stand nicht zur Debatte. Äußerungen, wie man sie zum Frauentag am 8. März 1971 lesen konnte, waren die Ausnahme: „Ein neues Familienmodell, in dem die häuslichen Pflichten gleichmäßiger zwischen beiden Ehepartnern geteilt sind, bahnt sich erst seinen Weg. Hier hat die Schule zu tun, in der z.B. fortdauernd nur das Mädchen nähen und kochen lernt. Viel können die Männer selbst machen, einige helfen sich am Frauentag doch perfekt selbst bei der Zubereitung des Frühstücks und beim Abwaschen. Und könnten sie auch im Alltag wenigstens etwas Hausarbeit von den Schultern der Frauen nehmen?“¹¹⁵

Das rührte an traditionelle Rollenbilder und Vorstellungen von der Familie, wie sie sowohl unter Männern als auch bei Frauen weit verbreitet waren. Auch eine Diskussion, die „Trybuna Ludu“ zum Thema „Die Frau in der Familie“ ebenfalls im Hinblick auf den 8. März veranstaltete, blieb davon nicht unbeeinflusst.¹¹⁶ So beklagte die Vorsitzende des Warschauer Frauenrates, Janina Madurowicz, in Polen werde der Wert, den die Familie nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für die Gesellschaft darstelle, nicht hinreichend gewürdigt. Familienfragen sollten angesichts ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu einem „der wesentlichen Elemente der Sozialpolitik“ werden. Danuta Markowska vom Zentrum für Familienforschungen bei der Gesellschaft zur Planung der Modernen Familie forderte, es müsse die Alternative geben, „ob die Frau arbeiten soll oder nicht“. Für Hausfrauen sei nicht nur „ein materielles, sondern auch ein prestigeträchtiges moralisches“ Äquivalent zu schaffen und die „Rolle der Mutter und der Hauswirtschafterin“ entsprechend herauszustellen.

Die tiefe Verwurzelung des traditionellen Familienmodells zeigte sich nicht zuletzt bei den Frauen selbst. Hierin unterschieden sich berufstätige und nichtberufstätige Frauen nur wenig, wie der Leiter des Lehrstuhls für Soziologie der Arbeit an der Hochschule für Planung und Statistik, Jerzy Piotrowski, aufgrund von Untersuchungen zeigen konnte. Die Mutterschaft stünde für Frauen an erster Stelle, danach käme ihre Rolle als Ehefrau und erst an dritter Stelle der Beruf. Das sei auch bei Frauen mit Hochschulbildung so. Berufstätigkeit sowie Ehe und Mutterschaft würden nicht als konkurrierende Bereiche behandelt, vielmehr versuche man sie zu vereinbaren. Nach Piotrowskis Meinung würde sich die Verteilung der

113 Vgl. ebd., S. 76.

114 Dwa płatne dni wolne w roku – dla matek [Zwei bezahlte freie Tage im Jahr – für Mütter], in: Trybuna Ludu, 31.3.1971, S. 1.

115 Święto i zwykły dzień [Feiertag und normaler Tag] (Redaktioneller Artikel), in: Trybuna Ludu, 7.3.1971, S. 1.

116 Kobieta w rodzinie [Die Frau in der Familie], in: Trybuna Ludu, 8.3.1971, S. 3.

Hausarbeit „wohl nicht verändern, solange wir nicht Zeugen irgendeiner wesentlichen Revolution im Haushalt“ seien, denn die Mehrheit der Frauen fürchte, „ihr häusliches Szepter abzugeben“, zeuge dies doch von ihrer Position als Frau und Mutter. Daher forderte er, „das alles muss bei der Hilfe für die arbeitende Frau anfangen, denn bei ihr, bei der Mutter und der Ehefrau beginnt alles“.¹¹⁷

Grundsätzlich sollten die Familie, ihr Einkommensniveau und ihre Wohnbedingungen einen wichtigen Platz im Programm der gesellschaftlichen Entwicklung einnehmen. Jede Familie müsse, so Sufin in dem bereits zitierten Artikel, über eine solche Wohnung verfügen, in der die Erziehung der Kinder und die Befriedigung der unterschiedlichen Bedürfnisse der Familienmitglieder wie Erholung, Bildung, Kultur und Geselligkeit möglich seien. Es seien also Existenzbedingungen zu gewährleisten, die eine Entscheidung für Elternschaft und das Aufwachsen der Kinder fördern, das tägliche Leben erleichtern, die Familienbande festigen und somit zur Dauerhaftigkeit der Ehen beitragen konnten.¹¹⁸ Diese ambitionierte Projektion brachte der neuen Führung in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst Pluspunkte ein, auf Dauer erhöhte sie jedoch den sozialen Erwartungsdruck.

Auch Löhne und Prämien gehörten zu den Problemfeldern, denen sich die Gierek-Equipe gleich zu Beginn des Jahres 1971 widmete. Zunächst stoppte sie die zum 1. Januar 1971 geplante Einführung eines neuen Systems materieller Anreize, so dass die bisherigen Grundsätze weiter galten. Allerdings traten kleinere Veränderungen in Kraft, die das bestehende Lohnsystem vereinfachen und „gerechtere Prinzipien der Bezahlung der Arbeiter und Angestellten in Abhängigkeit vom tatsächlichen Arbeitsbeitrag“ sichern sollten. Damit war auch eine Modifizierung der betrieblichen Lohnfonds verbunden. Betriebe durften nunmehr über die Verwendung eingesparter Gelder selbst entscheiden, womit es ihnen möglich wurde, die Löhne zusätzlich zu erhöhen. Die Regierung traf auch Maßnahmen zu einer „gerechteren Verteilung des Prämienfonds und der Beseitigung der bisher wiederholt auftretenden offenkundigen Disproportionen“. Dazu gehörte auch, dass die Prämiiierung das Ein- bis Dreifache des Durchschnittlichen nicht übersteigen und im Quartal nicht unter 300 Złoty liegen dürfe.¹¹⁹

Auf die von der PZPR-Führung und der polnischen Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1971 unternommenen sozialpolitischen Schritte reagierte die katholische Kirche positiv. Auf einen Brief vom 4. August 1971, in dem Ministerpräsident Jaroszewicz die Maßnahmen der Regierung erläutert hatte, antwortete Kardinal Wyszyński am 7. September: „Der Episkopat Polens verfolgt mit Aufmerksamkeit die Anstrengungen der Regierung in der Richtung, das wirtschaftliche Gleichgewicht des Landes aufrechtzuerhalten, die Arbeitsbedingungen und die sozialen Bedingungen der Arbeitswelt zu verbessern, die ersten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, die Lebensbedingungen der Landbevölkerung zu verbessern, die materielle Situation der kinderreichen Familien aufzubessern und die der arbeitenden Mütter zu erleichtern, die Arbeit am Sonntag und an Feiertagen einzuschränken

117 Zur Rolle der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ s.a. Jerzy Piotrowski: *Sprawy socjalne* [Die sozialen Fragen], in: *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIII (1971) 10, S. 1–3, hier 1.

118 Sufin, *Cele społeczne*, S. 50.

119 Vgl. Jaroszewicz, *Informacja* [auf dem 9. Plenum], S. 196f.

usw. Für diese Anstrengungen [...] drückt der Episkopat die Anerkennung aus. Wir sind uns im Klaren, dass es nicht leicht ist, das Land aus der Wirtschaftskrise herauszuführen und das Vertrauen der Gesellschaft in die Macht wiederaufzubauen. Das wird mutige und durchdachte Entscheidungen und den Zusammenschluss der ganzen Gesellschaft für das gemeinsame Wohl erfordern. Die Kirche leistet hier in ihrem Bereich ihren Beitrag.“¹²⁰ Diese Stellungnahme kam einem Bonus für Gierек gleich, allerdings war damit eine Richtung gewiesen, die der PZPR-Führung noch Kopfzerbrechen bereiten konnte.

Die Neuausrichtung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik stellte sie bewusst in den Kontext der in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern erfolgten sozial- und wirtschaftspolitischen Kursänderung. Auf dem 9. ZK-Plenum am 16. April 1971 referierte der Parteichef über den XXIV. Parteitag der KPdSU, der wenige Tage zuvor in Moskau zu Ende gegangen war. Gierек hob hervor, dass nach den dort gefassten Beschlüssen eine raschere Zunahme des Wohlstandes an der Spitze der politischen Agenda stand. Das sei „gegenwärtig und in der Zukunft die fundamentale Aufgabe auch unter unseren sozial-ökonomischen Bedingungen, unabhängig von den Unterschieden, die zwischen unserer und der sowjetischen materiell-technischen Basis bestehen.“¹²¹ Damit gelang – zumindest vorläufig – eine bemerkenswerte Interessenbalance, die den sozialen Intentionen des polnischen Episkopats entgegenkam und zugleich auch Breschnews Erwartungen bediente.

6. Der VI. Parteitag

Im zweiten Halbjahr 1971 konzentrierte sich die PZPR-Führung auf die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 und auf die Vorbereitung des VI. Parteitages. Bereits am 23. April hatte das Politbüro gemeinsam mit den Präsidien der Regierung und der Plankommission über die Planziele für 1971 bis 1975 beraten. Regierung und Plankommission erhielten den Auftrag, bei der weiteren Arbeit am Planentwurf drei Aspekte als sozial-ökonomische „Hauptzielsetzung“ zu berücksichtigen: (1.) eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen der „werkstätigen Bevölkerung“, besonders beim individuellen Konsum, beim Wohnungsbau und bei den sozialkulturellen Dienstleistungen; (2.) den rationellen Einsatz der ins Berufsleben eintretenden Arbeitskräfte und (3.) eine größere wirtschaftliche Dynamik, verbunden mit einer harmonischeren Entwicklung und Modernisierung aller Wirtschaftsberei-

120 Abgedr. in: *Tajne dokumenty Państwo – Kościół 1960–1980* [Geheime Dokumente Staat – Kirche 1960–1980], London 1996, Nr. 75, S. 356–360, hier 357. Wyszynski bezog sich dabei direkt auf einen Brief, den Ministerpräsident Jaroszewicz am 4. August 1971 an ihn gerichtet und in dem dieser die Maßnahmen der Regierung dargestellt hatte.

121 Sprawozdanie delegacji PZPR z obrady XXIV Zjazdu KPZR złożone przez I Sekretarza KC Tow. Edwarda Gierka [Bericht der Delegation der PZPR von den Beratungen des XXIV. Parteitages der KPdSU, vorgelegt vom 1. Sekretär des ZK, Gen. Edward Gierек], in: *Nowe Drogi*, 25 (1971) 5, S. 156–171, hier 161. Vgl. auch: Michał Ołędzki: *Zagadnienia socjalne na XXIV Zjeździe KPZR* [Die sozialen Fragen auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU], in: *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIII (1971) 7, S. 1–5.

che.¹²² Drei Tage nach der Politbürositzung befasste sich der Ministerrat mit den Grundsätzen des Fünfjahrplans.¹²³ Schließlich nahmen das Politbüro und das Regierungspräsidium auf einer gemeinsamen Sitzung am 1. Juni den ersten „Umriss“¹²⁴ der neuen Wirtschaftsstrategie an.¹²⁵ Worum es dabei vor allem ging, verdeutlichte Edward Gierek am 5. Juni 1971 auf einer Tagung des Parteiaktivs der Wojewodschaft Katowice: Für den bis 1975 reichenden Plan seien als grundlegende und gleichrangige Aufgaben der bedeutend schnellere Anstieg des durchschnittlichen Reallohnes und die Vollbeschäftigung der ins arbeitsfähige Alter eintretenden Jugendlichen maßgebend.¹²⁶

In den politischen Führungsgremien der PRL war man sich durchaus im Klaren, worauf man sich mit diesem Plan einließ. Als Ministerpräsident Jaroszewicz am 25./26. Juni 1971 auf dem 10. Plenum des PZPR-Zentralkomitees die Schlüsselprobleme der sozialökonomischen Entwicklung bis 1975 darlegte, ließ er durchblicken, dass es „eine gewaltige Anstrengung und die Mobilisierung aller Kräfte“ erfordere, die bei der Reallohnentwicklung vorgesehene Anhebung um 17 bis 18% zu erreichen. Das entspreche jahresdurchschnittlich 3,4% und bedeute angesichts des geringen Anstiegs und sogar Rückgangs der Einkommen in den vergangenen Jahren eine Trendumkehr. Anhand vorausgegangener Untersuchungen und beim Abwägen verschiedener Varianten seien die Entscheidungsgremien zu diesen Werten gelangt.¹²⁷

Eine spezielle Arbeitsgruppe befasste sich auf dem Plenum mit der Frage, wie ein Anstieg des Lebensstandards zu erreichen sei.¹²⁸ Besonderes Augenmerk galt dabei den ökonomischen Voraussetzungen, darunter vor allem den Investitions- und Kostenfragen sowie der Arbeitsproduktivität. Hinsichtlich des Lebensstandards ging die Arbeitsgruppe von einer „Hierarchie bei der Befriedigung der verschiedenen gesellschaftlichen Bedürfnisse“ aus. Neben Vollbeschäftigung und Realeinkommenszuwachs bestehe die dritte „gleichrangige Aufgabe“ im Wohnungsbau. Auch werde man den Anstieg der Realeinkommen als Möglichkeit begreifen müssen, „das zu kaufen, was man braucht“. Notwendige Bedingung sei

122 Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1971, Nr. 4, S. 49.

123 Założenia planu rozwoju gospodarki w latach 71–75. Cel: szybsze podniesienie stopy życiowej ludzi pracy [Die Grundsätze des Planes zur Entwicklung der Wirtschaft in den Jahren 71–75. Das Ziel: die schnellere Hebung des Lebensstandards der Werktätigen], in: Trybuna Ludu, 27.4.1971, S. 1.

124 Andrzej Paczkowski: Pół wieku dziejów Polski 1939–1989 [Ein halbes Jahrhundert Geschichte Polens 1939–1989], Warszawa, 3. Auflage 1998, S. 400.

125 Vgl. Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1971, Nr. 6, S. 25. Trybuna Ludu, 2.6.1971, S. 1.

126 Edward Gierek: Die Verwirklichung der von der Partei abgesteckten Ziele hängt von der Haltung eines jeden von uns ab. Rede auf der Beratung des Parteiaktivs der Wojewodschaft Katowice. 5.6.1971, in: Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1971, Nr. 6, S. 1–10, hier 4. S.a. Trybuna Ludu, 6.6.1971, S. 3.

127 Węzłowe problemy społeczno-gospodarcze rozwoju kraju w latach 1971–1975. Referat Biuro Politycznego KC PZPR wygłoszony przez tow. Piotra Jaroszewicza [Schlüsselprobleme der sozialökonomischen Entwicklung des Landes in den Jahren 1971–1975. Referat des Politbüros des ZK der PZPR, gehalten von Gen. Piotr Jaroszewicz], in: Nowe Drogi, 25 (1971) 7, S. 6–26, hier 7.

128 Zagadnienia wzrostu stopy życiowej, referent Stanisław Wroński [Probleme des Lebensstandardanstiegs, Referent Stanisław Wroński (1916–2003)], in: ebd., S. 27–30.

daher, den Markt ständig mit allen Grundprodukten, sowohl Nahrungsmitteln als auch Industriewaren, zu versorgen.¹²⁹

In einer etwas verwickelten Argumentation, dennoch aber nachdrücklich forderte die Arbeitsgruppe die „grundsätzliche Stärkung des sozialistischen Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Dahinter verbarg sich nichts anderes als das bekannte Leistungsprinzip. Wenn sich eine auf die Befriedigung der verschiedenen gesellschaftlichen Bedürfnisse gerichtete Politik besonders um die Lebensbedingungen der am niedrigsten Verdienenden kümmere, dürfe das nicht als Abkehr vom Prinzip der Entlohnung nach der Arbeit verstanden werden. Vielmehr schaffe die Sorge um die Existenzbedingungen der am niedrigsten verdienenden Menschen gute Bedingungen, um das Prinzip guter Lohn für gute Arbeit konsequent zu verwirklichen. „Die Einkommenspolitik muss auf eine Weise realisiert werden, dass der ökonomische Fortschritt des Landes gefördert wird, und das ist nur möglich, wenn die Einkommen von den Arbeitsergebnissen abhängen.“ Außerdem mahnte die Arbeitsgruppe ein konkretes Programm zur Verkürzung der Arbeitszeit an. Deren sozialökonomischer Effekt sei oft höher, als allgemein anerkannt werde.¹³⁰

Das war der Diskussionsstand, an dem der vom 6. bis 11. Dezember 1971 in Warschau stattfindende VI. Parteitag der PZPR anknüpfen konnte.¹³¹ Er war vorzeitig, gut drei Jahre nach dem V. Parteitag einberufen worden. Als Gründe hierfür erwähnte der Rechenschaftsbericht des ZK „objektive Erfordernisse“ und den „von den Parteimitgliedern und der gesamten Bevölkerung“ geäußerten Wunsch nach einer schnellen Einberufung des Parteitages. Dessen Ziel sei es, „auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen und der Analyse der Bedürfnisse des Landes ein langfristiges Programm zur Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur und der sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen zu entwerfen.“¹³²

Im Rechenschaftsbericht verwies das ZK der PZPR einleitend auf die „angestauten Schwierigkeiten und Fehler“ in der sozialökonomischen Politik. Ende 1970 seien sie „zur Grundlage eines scharfen gesellschaftlichen Konfliktes“ geworden. Andererseits betonte die Parteiführung aber auch die Kontinuität in der Nachkriegsentwicklung. Die vom vorhergehenden Parteitag „begründeten richtungweisenden Zielsetzungen“ wären „konsequent realisiert“, aber auch neue Aufgaben in Angriff genommen worden.¹³³ Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre erfuhr erwartungsgemäß eine kritische Bewertung. Die „grundlegende Schwäche“ hätte im „Mangel an einer durchdachten und langfristigen Strategie“ der sozialökonomischen Entwicklung bestanden. Zwar sei es richtig gewesen, auf intensives Wirtschaftswachstum, steigende Arbeitsproduktivität und technischen Fortschritt zu setzen. Doch das Fehlen eines komplexen Programms habe dazu geführt, „daß auf den aufeinander-

129 Ebd., S. 27f.

130 Ebd., S. 28f.

131 VI Zjazd Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej. Stenogram. Warszawa 6–11.XII.1971 r. [VI. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Stenogramm. Warschau 6.-11.12.1971], (Warszawa) 1972. Die grundlegenden Dokumente in deutscher Sprache: Für die weitere Entwicklung Volkspolens. VI. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, 6. bis 11. Dezember 1971. Dokumente, Warschau 1972.

132 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei für die Zeit zwischen dem V. und dem VI. Parteitag, in: Für die weitere Entwicklung, S. 9–121, hier 11.

133 Ebd., S. 9f.

folgenden Plenarsitzungen des Zentralkomitees lediglich Teillösungen beschlossen wurden, die nicht immer aufeinander abgestimmt und treffgenau sowie im Endergebnis auch wenig wirksam waren.“¹³⁴

Das „Programmreferat“ des Politbüros über die „Aufgaben der Partei bei der weiteren sozialistischen Entwicklung der Volksrepublik Polen“ hielt Parteichef Edward Gierek.¹³⁵ Unter den Lehren und Schlussfolgerungen, die die PZPR aus den „Dezemberereignissen“ gezogen habe, nannte er an erster Stelle, dass die „Anliegen der Werktätigen“ im „Zentrum der Aufmerksamkeit der in einem sozialistischen Staat regierenden marxistisch-leninistischen Partei“ stehen müssten.¹³⁶ Als das „oberste Ziel der Wirtschaft“ kennzeichnete Gierek „die systematische Verbesserung des materiellen Lebensstandards der Werktätigen, die Schaffung der Voraussetzung für eine vielseitige Entwicklung des Individuums sowie die Festigung der sozialistischen gesellschaftlichen Bande.“ Das Wachstum des Konsums, die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen seien „dauerhafte Prinzipien der von der Partei erarbeiteten Konzeption der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Polens.“ Darin erblicke die Partei die grundlegende Voraussetzung ihrer Verbundenheit mit dem Volk. „Dies ist ihre Aktionslinie, die aus der leninistischen These von der Einheit der Politik und Ökonomie erwächst.“¹³⁷

Gierek bekräftigte, ein schnellerer Anstieg der Reallöhne sei die „Hauptaufgabe“ bei der Hebung des Lebensstandards. Gleichzeitig müssten die Mittel für eine „rationelle Vollbeschäftigung“ und eine „gerechte Bezahlung des Wachstums der individuellen Arbeitsproduktivität“ gesichert werden.¹³⁸ Mit der bereits erfolgten Erhöhung der niedrigsten Löhne habe man nicht alle Probleme, vor allem nicht die der kinderreichen Familien lösen können. „Ohne die rationellen Grundsätze der Lohnpolitik zu verletzen, muß man daher für diese Familien ein gesondertes Programm zur Verbesserung der Lebensbedingungen entwickeln und dabei die Grundsätze und Mittel der Sozialpolitik zur Anwendung bringen.“¹³⁹ Unverkennbar wurde hier ein sozial-, kein lohnpolitischer Ansatz verfolgt, der aber dennoch in deutlicher Spannung zu dem ansonsten favorisierten Leistungsprinzip stand.

Die Lohnpolitik blieb gleichwohl im Zentrum weiterführender Überlegungen. So sollte es den Betrieben ermöglicht werden, die Löhne besser „als Instrument zur Hebung der Arbeitsproduktivität und der Qualifikationen der Werktätigen“ zu nutzen.¹⁴⁰ Des Weiteren sah

134 Ebd., S. 13f.

135 Aufgaben der Partei bei der weiteren sozialistischen Entwicklung der Volksrepublik Polen. Programmreferat des Politbüros zum VI. Parteitag der PVAP gehalten vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der PVAP Edward Gierek, in: Für die weitere Entwicklung, S. 125–215. Auszugsweise auch in: Edward Gierek: Ausgewählte Reden und Schriften 1971–1978, Berlin 1979, S. 49–90.

136 Aufgaben der Partei, S. 130.

137 Ebd., S. 155f.

138 Zur Reallohn- und zur Vollbeschäftigungspolitik s.a. den „Beschluß des VI. Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei über die weitere sozialistische Entwicklung der Volksrepublik Polen in den Jahren 1971–1975“, in: Für die weitere Entwicklung, S. 285–391, hier S. 289f. Ausführlich zu diesem Problem s. Marek, Problemy.

139 Aufgaben der Partei, S. 158.

140 Ebd., S. 156f.

der „Beschluß“ des Parteitages vor, die tariflichen Grundlöhne bedeutend anzuheben und ihnen die „entscheidende Rolle“ in der Lohnstruktur zuzuweisen. Sie seien „das entscheidende Element für die Bestimmung der Höhe des Lohnes“. Gleichzeitig wollte man den variablen Lohnanteil begrenzen und bisher übliche Auszeichnungen und Prämien in den tariflichen Grundlohn einbeziehen. Der tarifliche Grundlohn müsse in Abhängigkeit von der Qualifikation und Verantwortung der Beschäftigten „den Gegenwert der guten und produktiven Arbeit darstellen“. Die Erarbeitung neuer Qualifikationstarife für Arbeiter und Angestellte sei notwendig und zwar so, dass sie „auch Anreize für eine ständige Hebung der Qualifikationen und für den gesellschaftlichen und materiellen Aufstieg“ enthalten. Genannt wurden Lohnerhöhungen für das mittlere und untere Leitungspersonal, speziell für die Meister.¹⁴¹

Hier kam ein Problem zum Vorschein, das auch in der DDR als Konsequenz einer systematischen Demontage des Meister-Status in der Industrie aufgetreten war. Welche Folgen die schlechte Bezahlung der Meister in den Industriebetrieben nach sich zog, schilderte auf dem Parteitag Zygmunt Wronski, Kernmacher in der Gießerei der Warschauer Ursus-Werke: „Gegenwärtig erfüllen die Meister ihre Funktion im Produktionsprozess nicht. Mehr noch – es gibt große Schwierigkeiten und Probleme, die Meisterpositionen zu besetzen. Qualifizierte, erfahrene Arbeiter, die Achtung und Vertrauen genießen, wollen diese Positionen nicht einnehmen. Nach meiner Beobachtung und Meinung steckt das Problem in den zu niedrig angesetzten Löhnen bei diesen Positionen. Ein qualifizierter und erfahrener Arbeiter verdient mehr als ein Meister. Er hat dabei nicht die Pflicht, die Arbeit zu organisieren, er trägt nicht die Verantwortung für die Menschen, für ihre Disziplin. Will man das Meisterproblem lösen, muss man für diese Positionen angemessene und günstige Löhne sichern.“¹⁴²

Mit Zulagen für lange Beschäftigungszeiten hoffte man der Fluktuation in den Betrieben entgegenzuwirken. Solche Zuschläge sollten demnach in den Bereichen schneller steigen, in denen die Löhne im Verhältnis zu Qualifikation, Arbeitsproduktivität und gesellschaftlicher Bedeutung der Arbeit als zu niedrig angesehen wurden. Zuerst waren jene Personengruppen an der Reihe, die über längere Zeit keine oder nur geringe Lohnanhebungen erhalten hatten. Recht lapidar ging der „Beschluß“ auf die Löhne in den „nichtproduktiven Bereichen“ ein. Es hieß lediglich, dass die Dienstjahre zu berücksichtigen seien.¹⁴³

Ob die Lohnproblematik damit wirklich entschärft war, ließ sich zu diesem Zeitpunkt gewiss nicht absehen. Nach Meinung des Lohnexperten Wiesław Krencik wies der VI. Parteitag der Lohnpolitik einen „grundsätzlich anderen Platz“ zu, als das bisher der Fall gewesen sei. Sie werde nicht mehr „der Realisierung der wirtschaftlichen Aufgaben untergeordnet“, sondern der Wirtschaftsplan sollte „der Verwirklichung der Aufgaben im Bereich des Lebensstandards der Bevölkerung, darunter auch der Politik des Lohnwachstums, dienen.“ Durch die „Verbindung der Lohnpolitik mit den Zielen der sozial-ökonomischen Politik der Partei“ sei die Lohnpolitik „an die Spitze der Programme zur Entwicklung des Landes“ gerückt. Damit seien durchaus wirtschaftliche Vorteile verbunden: „Nur ein System, das eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Arbeitsergebnissen und dem Lohnniveau

141 Beschluß, S. 301f.

142 VI Zjazd, S. 217–220, hier 218.

143 Beschluß, S. 302f.

gewährleistet, erlaubt es, die gewaltige Energie der ganzen Gesellschaft freizusetzen und dadurch ein schnelles Entwicklungstempo zu sichern.¹⁴⁴ Das freilich war eine Annahme, deren Realitätsgehalt sich erst noch erweisen musste.

Als das „wichtigste und vordringlichste“ soziale Problem bezeichnete Gierek im Parteitage-referat die Wohnungsfrage. Wegen ihrer „besonderen gesellschaftlichen Bedeutung“ schlug er vor, eine der ersten Plenarsitzungen des neuen Zentralkomitees „der Erörterung und Billigung eines Komplexprogramms zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1985 zu widmen“.¹⁴⁵ Damit war der Parteitag zumindest der Aufgabe enthoben, sich in dieser Hinsicht bereits festzulegen. Trotzdem blieb noch eine Reihe anderer Probleme, zu denen die Führung der PZPR in dieser oder jener Form Stellung nehmen musste.

Dazu gehörte die vollständige Angleichung der Sozialleistungen für Arbeiter und Angestellte im Krankheitsfall.¹⁴⁶ Der „Beschluss“ hielt hierzu etwas verschwommen fest, dass ab 1972 mit der Abschaffung der zwischen Angestellten und Arbeitern bei der Krankengeldzahlung bestehenden Unterschiede begonnen werden sollte.¹⁴⁷ Das Problem schwelte seit Jahren. Schon 1968 hatte der V. Parteitag beschlossen, ab 1970 die Leistungsunterschiede bei Krankheit zu beseitigen. Weit war man damit nicht gekommen, so dass sich viel Unzufriedenheit angestaut, wie Jadwiga Blusz, Näherin in den Bekleidungswerken „Wólczanka“ in Łódź, am eigenen Beispiel illustrierte: Bei Krankheit ihrer Kinder konnte sie sich deren Pflege bis zu 30 Tage im Jahr bei 70% Lohnausgleich widmen. Eine Angestellte hingegen erhielt die vollen Bezüge.¹⁴⁸ Die jetzt angekündigte Korrektur entsprach also den Forderungen der Arbeiterschaft.

Auf die ebenfalls seit längerem diskutierte Frage einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit ging Gierek zustimmend ein, machte jedoch die Einschränkung, dass „die Arbeitszeitverkürzung unser Entwicklungstempo nicht schwächen darf, sondern im Gegenteil beschleunigen muß. Im entgegengesetzten Fall wäre das Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung gehemmt.“¹⁴⁹ Der „Beschluss“ wurde hierin noch deutlicher: Eine Reduzierung der Arbeitszeit müsse als „Hebel“ zum Anstieg der Arbeitsproduktivität wirken, „um so die verkürzte Arbeitszeit entsprechend auszugleichen. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf keine wachsenden Beschäftigungskosten verursachen.“¹⁵⁰ Begonnen werden sollte damit in solchen Zweigen und Berufen, in denen die Arbeit besonders beschwerlich war. Gierek verwies auf die Erfahrungen in anderen Ländern, die gezeigt hätten, dass „die Formen und die Reihenfolge der Arbeitszeitverkürzung elastisch, differenziert und der Spezifik der einzelnen Branchen, den Bedürfnissen der Produktion, der Verbesserung der Dienstleistungen

144 Wiesław Krencik: Podstawy i kierunki polityki płac w PRL [Grundlagen und Richtungen der Lohnpolitik in der PRL], Warszawa 1972, S. 200, 203. Zur Lohnpolitik hatte sich Krencik schon unmittelbar nach dem Parteitag in der Parteizeitschrift „Nowe Drogi“ geäußert. Vgl. ders.: Rozwój gospodarczy a polityka wzrostu dochodów z pracy [Die Wirtschaftsentwicklung und die Politik des Einkommenswachstums aus Arbeit], in: Nowe Drogi, 26 (1972) 1, S. 27–33.

145 Aufgaben der Partei, S. 159, 161f.

146 Ebd., S. 162.

147 Beschluss, S. 303.

148 VI Zjazd, S. 225–229, hier 228f.

149 Aufgaben der Partei, S. 162.

150 Beschluss, S. 304.

für die Bevölkerung und den Arbeitsbedingungen der Werktätigen angepaßt werden müssen. [...] Wir möchten nach und nach eine Situation herbeiführen, in der alle Werktätigen – angefangen bei den schwersten Berufen – wenigstens einen freien Sonnabend im Monat haben.“¹⁵¹ Der „Beschluß“ stellte allerdings eine allgemeine Senkung der Arbeitszeit auf 42 bis 43 Wochenstunden erst für den Zeitraum nach 1975 in Aussicht.¹⁵² Damit war klar, dass kürzere Arbeitszeiten bis dahin nicht im Fokus der Sozialpolitik stehen würden und man sich zunächst auf die schrittweise Einführung arbeitsfreier Sonnabende beschränken werde.

Ein weiteres Problem war die Absenkung des Renteneintrittsalters.¹⁵³ Prinzipiell sollten diejenigen früher Rente erhalten, die auf die meisten Arbeitsjahre verweisen konnten, sowie solche Beschäftigten, die unter gesundheitsschädigenden Bedingungen arbeiteten oder in Berufen mit vorherrschender Frauenbeschäftigung tätig waren. Doch auch in dem Zusammenhang warnte Gierek vor den Folgen eines zu raschen Vorgehens. Man könne das Rentenalter nur allmählich herabsetzen. „Ein zu schnelles Tempo müßte hier die Verringerung der Mittel für den Anstieg der Reallöhne und eine Beeinträchtigung der anderen akuten sozialen Probleme zur Folge haben.“¹⁵⁴ So vage die Ankündigung auch war, weckte sie aber doch Hoffnungen. In ihrem schon erwähnten Tagungsbeitrag meinte die Näherin Blusz aus Łódź: „Die älteren Arbeiter, besonders die Arbeiterinnen sind ganz einfach kaputt und nicht selten leidend, ermüdet durch die schweren Kriegserlebnisse, durch die Jahre der Entsagungen und die schwere Arbeit. Anders fühlt sich an der Neige des Lebens derjenige, der jahrelang in der Nacht um drei für die Frühschicht um fünf aufstand, als der, der bedeutend später aufgestanden ist. Auf das, was gestern Gen. Gierek sagte, haben wir seit langem gewartet.“¹⁵⁵

Zurückhaltend äußerte sich Gierek zu Frauenbeschäftigung und Kinderbetreuung. Die allmähliche Lösung der hier bestehenden Probleme setze die Ausarbeitung eines „Komplexprogramms“ durch die Regierung voraus. Dieses müsse dann „Gegenstand einer ernsten gesellschaftlichen Diskussion“ sein.¹⁵⁶ Im „Beschluß“ waren jedoch schon konkretere Maßnahmen angekündigt. Er sah eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes auf 16 Wochen beim ersten und auf 18 Wochen bei jedem folgenden Kind sowie eine Ausdehnung des unbezahlten Urlaubs für Kinder erziehende Mütter von einem auf drei Jahre vor. Nach der Rückkehr in den Beruf müsse gesichert sein, dass die Frauen dieselbe oder eine gleichrangige Stelle erhielten. Erklärtes Ziel der frauen- und familienpolitischen Maßnahmen war es, die vielen Schwierigkeiten, die mit der schnellen Zunahme der Frauenbeschäftigung verbunden waren, zu „lindern und eine harmonische Abstimmung der Interessen der Familien und der Frauen selbst mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft (zu) gewährleisten.“ Mit dem Instrumentarium der Sozialpolitik wolle die PZPR zur Festigung der Familie beitragen und deren Betreuungs- und Erziehungsfunktionen stärken. Dazu gehörte auch, die Existenzbedingungen für Familien, besonders für Alleinernährer mit niedrigen Einkommen zu

151 Aufgaben der Partei, S. 162f.

152 Beschluß, S. 305.

153 Im „Beschluß“ wurde eine Absenkung um fünf Jahre anvisiert (S. 303).

154 Aufgaben der Partei, S. 163f.

155 VI Zjazd, S. 228.

156 Ebd., S. 165.

verbessern. Billige Dienstleistungen, mechanisierte Haushaltgeräte und eine gute Marktversorgung sollten das Leben der Frauen erleichtern.¹⁵⁷

Der VI. Parteitag beschloss die wichtigsten Kennziffern für den laufenden Fünfjahrplan bis 1975. Das Nationaleinkommen sollte in diesem Zeitraum um 38 bis 39% steigen, darunter in der Industrie um 48 bis 50%, in der Landwirtschaft um 18 bis 21%. Den Zuwachs an Investitionen hoffte man auf 42% hochschrauben zu können. In der Konsumgüterindustrie sollten sie gar ein Plus von 98% erreichen. Vorgesehen war auch, die Reallöhne um 17 bis 18% und die Fonds für den individuellen Konsum um 38 bis 39% (pro Kopf um 33%) anzuheben. Deutliche Zuwächse von mehr als 30% waren auch für Gesundheitsschutz, Bildungswesen, Kultur, Sport, Touristik und Erholung vorgesehen. Um die Versorgung zu stabilisieren, sollten die Lieferungen für den Markt um 41% erhöht werden.¹⁵⁸

Mit dem Plan für die Jahre 1971 bis 1975 befasste sich am 27. März 1972 noch einmal das 4. ZK-Plenum, auf dem Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz die Prinzipien des weiteren Vorgehens darlegte. Das war nötig, weil die Planziele gegenüber dem „Beschuß“ des VI. Parteitages zum Teil modifiziert, meist etwas erhöht worden waren. Die Planaufgaben bis 1975 sahen den Bau neuer großer Industriebetriebe und die Modernisierung des bestehenden Industriepotentials vor.¹⁵⁹ Das Nationaleinkommen sollte nunmehr um 40% und die Industrieproduktion um 50,2% steigen. Der vorgesehene Investitionszuwachs lag mit 45% drei Prozentpunkte über dem ursprünglichen Ansatz. Während die Planvorgaben bei der „Gruppe A“ leicht von 52 auf 51,2% verringert wurden, erhöhten sie sich bei der „Gruppe B“ kräftig von 42 auf 48,4%. Die Reallöhne sollten nun um mindestens 18% steigen. Für den Konsumfonds war jetzt ein Wachstum von mehr als 39% (pro Kopf um 34%) vorgesehen.¹⁶⁰ In dieser Form wurde der Fünfjahrplan 1971 bis 1975 am 8. Juni 1972 vom Sejm beschlossen.¹⁶¹ Seine Ziele, so schätzte der polnische Historiker Andrzej Paczkowski ein, waren „sehr ambitioniert, aber sie erschienen realistisch“.¹⁶²

Dennoch konnte die PZPR nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen. Wie die Wahlen zu den Führungsgremien der Partei auf dem VI. Parteitag gezeigt hatten, waren die ein Jahr zurückliegenden dramatischen Ereignisse und die Gründe, die dazu geführt hatten, nicht vergessen. Bei der Abstimmung über die Mitglieder des Zentralkomitees erhielten der frühere Ministerpräsident Cyrankiewicz lediglich 935 und Mieczysław Moczar 1.124 von

157 Beschluß, S. 303, 308f.

158 Vgl. ebd., S. 289–291, 299, 305, Aufgaben der Partei, S. 145–147.

159 Vgl. August Pradetto: *Techno-bürokratischer Sozialismus: Polen in der Ära Gierek (1970–1980)*, Frankfurt a.M. u.a. 1991.

160 *Zołożenia i proporcje planu podporządkowane potrzebom i dążeniom ludzi pracy. Fragmenty przemówienia członka Biura Politycznego KC PZPR, prezesa Rady Ministrów, Piotra Jaroszewicza [Grundsätze und Proportionen des Planes, die den Bedürfnissen und Bestrebungen der Werktätigen untergeordnet sind. Auszüge aus der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der PZPR, des Vorsitzenden des Ministerrates Piotr Jaroszewicz], in: IV Plenum KC PZPR 27 marca 1972 r. Podstawowe dokumenty i materiały [IV. Plenum des ZK der PZPR. 27. März 1972. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1972, S. 11–35, hier 15f., 22, 33f.*

161 Vgl. 100 lat, S. 366.

162 Paczkowski, *Pół wieku*, S. 399.

1.775 gültigen Delegiertenstimmen. Beide schieden aus dem Politbüro aus, dem Cyrankiewicz ununterbrochen seit der Gründung der PZPR im Dezember 1948 angehört hatte. Wenige Monate später, nach den vorgezogenen Sejmwahlen vom 19. März 1972, verlor der siebenjährige Cyrankiewicz auch seinen Posten als Vorsitzender des Staatsrates, den er seit Dezember 1970 bekleidete, außerdem schied er aus dem Sejm aus. Demgegenüber erreichten Parteichef Edward Gierek mit 1.769 und Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz mit 1.756 Stimmen auf dem Parteitag Spitzenergebnisse. Zudem erfolgte in der Parteiführung ein Generationswechsel. Die Hälfte der auf dem VI. Parteitag gewählten Mitglieder des Zentralkomitees kam neu hinzu. Von den 19 Mitgliedern in Politbüro und Sekretariat waren 15 nach 1920 geboren. Bis zum Februar 1972 wurden zudem zwölf von 18 ersten Sekretären der Wojewodschaftskomitees der Partei ausgetauscht. Mit diesem Revirement erfuhr die Position Giereks eine zusätzliche Stärkung.¹⁶³

7. Arbeit, Löhne und soziale Fragen

Auf dem wenige Tage nach dem VI. Parteitag, am 20. Dezember 1971, durchgeführten 2. ZK-Plenum gab Ministerpräsident Jaroszewicz einen Überblick zu den wirtschaftlichen Ergebnissen des zu Ende gehenden Jahres. Der Reallohn war um mehr als fünf Prozent gestiegen, die Geldeinkünfte der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung hatten sich um 16 bis 17%, die Rentenzahlungen um 16% erhöht. Problematisch sei, so Jaroszewicz, vor allem das ungünstige Verhältnis zwischen Produktions- und Lohnfondszunahme sowie zwischen Arbeitsproduktivität und Durchschnittslöhnen. Man müsse diese Relationen schnell verbessern und zwar nicht durch Verlangsamung der Lohndynamik, sondern durch ein entsprechendes Wachstumstempo bei der Produktion und eine zügige Steigerung der Arbeitsproduktivität. Gewissermaßen als Beleg für die ernstesten Absichten der PZPR-Führung teilte Jaroszewicz mit, dass die auf dem Parteitag angekündigten sozialen Maßnahmen zur Angleichung der Rechte der Arbeiter und Angestellten und zur Verlängerung des unbezahlten Mutterschaftsurlaubes ab Januar 1972 realisiert würden.¹⁶⁴

Bereits am 14. Januar 1972 beschloss der Ministerrat, die Unterstützungszahlungen für Beschäftigte, die erkrankte Kinder bis 14 Jahre betreuten, rückwirkend zum 1. Januar auf 100% des Nettolohnes anzuheben. Dieser Beschluss galt zwar für Mütter und für Väter, wurde aber als Maßnahme für die Frauen dargestellt, was sicher der Realität entsprach. Die Anhebung der Leistungen auf den vollen Nettolohn betraf nur Arbeiter, denn Angestellte hatten seit dem 16. August 1957 das Recht auf volle Entlohnung während der Betreuung eines Kindes, allerdings nur bis zu dessen achtem Lebensjahr. Arbeiter, ob Mütter oder Väter, erhielten dagegen bei Krankheit eines Kindes bis 14 Jahre auf der Grundlage eines Beschlusses des Regierungspräsidiums vom 18. März 1954 Krankengeld, also 70% des

163 Vgl. Eisler, Grudzień, S. 368–370.

164 Wypracowanie środków na dalszą poprawę warunków życia głównym założeniem planu na 1972 r. Omówienie wystąpienia tow. P. Jaroszewicza [Die Erarbeitung der Mittel für die weitere Verbesserung der Lebensbedingungen ist der Hauptgrundsatz des Planes für 1972. Wiedergabe der Rede des Gen. P. Jaroszewicz], in: Nowe Drogi, 26 (1972) 1, S. 204–207, hier 204f.

Bruttoverdienstes. Sowohl Angestellte als auch Arbeiter konnten die Leistungen bisher für 30 Kalendertage in Anspruch nehmen. Diese Zeitspanne wurde jetzt verdoppelt.¹⁶⁵ Mit dem Beschluss vom 14. Januar 1972 galten nunmehr einheitliche rechtliche Bestimmungen für Arbeiter und Angestellte bei der Betreuung ihrer kranken Kinder.

Ebenfalls am 14. Januar 1972 verlängerte der Ministerrat den unbezahlten Urlaub für berufstätige Mütter auf drei Jahre. Auch dieser Beschluss galt ab 1. Januar des laufenden Jahres rückwirkend. Bei der bisherigen, vom Ministerrat am 24. Mai 1968 beschlossenen Regelung konnten Frauen nur einen einjährigen unbezahlten Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen. Der Beschluss erfasste nunmehr alle in einem Arbeitsverhältnis stehenden weiblichen Beschäftigten, und zwar Arbeiterinnen und Angestellte gleichermaßen. Waren die Frauen mindestens zwölf Monate in ihrem Betrieb beschäftigt, musste dieser einen dreijährigen Urlaub gewähren, bei kürzerer Beschäftigungsdauer war dies eine Kann-Bestimmung. Bedingung für die Inanspruchnahme dieser Regelung war, dass das Kind das vierte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. Ob, wann und in welchem Umfang der dreijährige Urlaub genommen wurde, lag im Ermessen der Mutter. Der entsprechende Antrag konnte schriftlich oder mündlich ohne Begründung gestellt werden. Während des Mutterschaftsurlaubes durfte der Betrieb das Arbeitsverhältnis nur aus Schuldgründen der Frau (Kriminalität, schwere Pflichtverletzung, mutwilliger Verlust von nötigen Arbeitsfähigkeiten) oder bei Schließung des Betriebes lösen. In der Zeit des unbezahlten Urlaubs ruhte das Arbeitsverhältnis, wurde aber beim Umfang des Erholungsurlaubs und bei der Rente (hier maximal sechs Jahre) als Arbeitsjahre angerechnet.¹⁶⁶

Ein halbes Jahr nach den beiden Regelungen zur Kinderbetreuung erfolgte eine Verlängerung des Wochenurlaubs der Mütter bei Geburt des ersten Kindes von zwölf auf 16 bzw. ab dem zweiten Kind oder bei Mehrlingsgeburten auf 18 Wochen. Das entsprechende Gesetz nahm der Sejm am 6. Juli 1972 an. Es trat rückwirkend zum 1. Juli in Kraft und betraf – wie die Verlängerung des unbezahlten dreijährigen Mutterschaftsurlaubes – alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten. Der Wochenurlaub zählte als Arbeitszeit mit allen damit verbundenen Rechten, einschließlich der aus dem Arbeitsverhältnis resultierenden Sonderleistungen wie Kohlendeputat, Dienstwohnung, Eisenbahnermäßigungen, Familienbeihilfen usw. Die Zeit des Wochenurlaubs vor der Geburt war mit minimal zwei Wochen recht kurz, doch konnte die werdende Mutter zwei Wochen zusätzlich vorziehen. Damit bestand hier

165 Uchwała nr 14 Rady Ministrów z 14.1.1972 w sprawie zasiłków z ubezpieczenia społecznego za czas opieki nad dzieckiem [Beschluss Nr. 14 des Ministerrates zu den Beihilfen aus der Sozialversicherung für die Zeit der Kinderbetreuung]. Er hob damit den Beschluss des Regierungspräsidiums Nr. 293 vom 18.5.1954 auf. Der Beschluss ist im Monitor Polski Nr. 5/1972 veröffentlicht. Vgl. Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIV (1972) 4, S. 74. Vgl. ausführlich zum Beschluss: Albin Mironczyk: Nowe przywileje kobiet pracujących, związane z wychowaniem dzieci [Neue Privilegien für arbeitende Frauen, die mit der Kindererziehung verbunden sind], in: ebd., XIV (1972) 3, S. 35–41, hier 38–41; Tadeusz Radziński: Jeszcze o urlopach bezpłatnych na opiekę nad małym dzieckiem [Noch einmal zum unbezahlten Urlaub zur Betreuung kleiner Kinder], in: ebd., XIV (1972) 7, S. 45–50.

166 Uchwała nr 13 Rady Ministrów z 14 stycznia 1972 w sprawie bezpłatnych urlopów dla matek pracujących, opiekujących się małymi dziećmi [Beschluss Nr. 13 des Ministerrates vom 14. Januar 1972 zum unbezahlten Urlaub von arbeitenden Müttern, die kleine Kinder betreuen]. Er setzte damit die bisherige Regelung vom 24.5.1968 außer Kraft. Der Beschluss wurde im Monitor Polski, Nr. 24/1972 veröffentlicht. Vgl. Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIV (1972) 4, S. 74. Vgl. ausführlich zum Beschluss: Mironczyk, Nowe przywileje kobiet, S. 35–38.

die bisherige Regelung fort. Nach der Geburt betrug der Wochenurlaub mindestens zwölf bzw. 14 Wochen. Trat die Geburt früher als angenommen ein, wurde der vorher nicht in Anspruch genommene Wochenurlaub auf die Zeit nach der Geburt verlagert. Ein längerer Urlaub vor der Geburt wurde bei einem späteren Geburtstermin nicht angerechnet.

Das Gesetz vom 6. Juli sah auch eine Änderung des während des Wochenurlaubs gezahlten Mutterschaftsgeldes vor. Angestellte und Arbeiterinnen erhielten jetzt einheitlich den vollen Nettolohn. Bisher bekamen Arbeiterinnen 100% nur, wenn sie sich nicht im Krankenhaus bzw. einer Geburtseinrichtung befanden. Andernfalls erhielten sie abhängig von der Familiensituation 30 bzw. 50%. Aber auch nach der Neuregelung bezogen Angestellte wie bisher das Mutterschaftsgeld von ihrem Betrieb, bei Arbeiterinnen zahlte die Sozialversicherung. Eine Angleichung in dieser Hinsicht sollte das geplante Arbeitsgesetzbuch bringen.¹⁶⁷

Bemerkenswert war, wie sehr diese sozialpolitischen Maßnahmen für Mütter in der öffentlichen Argumentation mit der erzieherischen Funktion der Familie und mit bevölkerungspolitischen Aspekten in Verbindung gebracht wurden. So hieß es in der Monatszeitschrift „Praca i Zabezpieczenie Społeczne“ vom Juli 1972: „Es ist klar – eine übermäßige Aktivierung von Frauen [...] wirkt sich in der Folge auf die zahlenmäßige und qualitative Reproduktion der Bevölkerung aus, d.h. auf eine Einschränkung der Möglichkeiten zur erzieherischen Einflussnahme der Frauen auf die Nachkommenschaft und auch auf eine Einschränkung der Fortpflanzung, wenn die Bevölkerungspolitik die Anwendung von antikonzeptiven Mitteln und des Schwangerschaftsabbruches ermöglicht und die Grundsätze der Moral und die anerkannten kulturellen Muster kein Hemmnis bei der Nutzung von Mitteln zur Familienplanung sind.“¹⁶⁸

Allerdings wird man auch eine andere, durchaus beabsichtigte Wirkung der getroffenen Maßnahmen nicht übersehen dürfen: Angesichts des noch immer bestehenden Mangels an Frauenarbeitsplätzen bewirkten sie ein zumindest zeitweiliges Fernhalten der Frauen von der Erwerbsarbeit. Auch reichten die ökonomischen Möglichkeiten nicht aus, um eine ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsplätzen zu schaffen. Schon Mitte 1971 hatte Danuta Graniewska darauf verwiesen, „dass es notwendig wird, den Möglichkeiten einer zeitweiligen Unterbrechung der Berufsarbeit durch die Mütter kleiner Kinder erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.“ Man stehe vor der Frage, mit welchen Mitteln eine zeitweilige Deaktivierung junger Mütter zu erreichen sei. Neben einer „materiellen Einflussnahme“ dürfe der emotionale und moralische Aspekt als „Spezifikum der Zeit aktiver Mutterschaft“ nicht außer Acht bleiben. Es ginge nicht nur um den mit Betreuung und Erziehung verbundenen

167 m.p.: Nowe ustawy socjalne realizacją Uchwały VI Zjazdu PZPR [Neue Sozialgesetze zur Verwirklichung des Beschlusses des VI. Parteitages der PZPR], in: *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIV (1972) 9, S. 1f., hier 1; Marek Piątkowski: Nowe przepisy o zasiłkach chorobowych i urlopach macierzyńskich [Neue Vorschriften über das Krankengeld und den Mutterschaftsurlaub], in: ebd., S. 47–53, hier 50–52.

168 Michał Oleǳki: Polityka ludnościowa a polityka zatrudnienia [Bevölkerungspolitik und Beschäftigungspolitik], in: ebd., XIV (1972) 7, S. 3–8, hier 5; siehe auch Naum Chmelnicki: Wpływ pracy zarobkowej kobiet na funkcje wychowawcze kobiet [Der Einfluss der Erwerbsarbeit von Frauen auf die Erziehungsfunktion der Frauen], in: ebd., XIV (1972) 6, S. 39–46; Halina Promieńska: Moralne aspekty pracy zawodowej kobiet [Moralische Aspekte der Berufsarbeit von Frauen], in: ebd., XIV (1972) 7, S. 29–34.

Arbeitsaufwand, sondern das hänge „auch mit den emotionalen Gefühlen der Eltern und oft mit der Unwiederholbarkeit dieses Zeitabschnitts im Familienleben zusammen“. Die Massenmedien sollten auf die öffentliche Meinung einwirken und das Interesse „an den Elternproblemen junger Familien [...] verstärken und ein Klima [...] schaffen, das den Mutterschaftsfunktionen günstig gesinnt ist und diese wertschätzt“. Alle drei Aspekte zusammengekommen, „die emotionalen Faktoren, ein gewisser materieller Anreiz und gleichzeitig die bestehenden Schwierigkeiten, die durch den begrenzten Zugang zu Krippendienstleistungen verursacht werden, (könnten) in Richtung einer Verringerung des Niveaus der Berufsaktivität der jungen Mütter wirken“.¹⁶⁹

Die im Sejm vertretene Opposition unterstützte generell die Familienpolitik der PZPR. So würdigte Janusz Zabłocki (*1926) von der Znak-Gruppe am 7. Juni 1972 im Sejm, dass die Lebensbedingungen der kinderreichen Familien und der arbeitenden Mütter sowie die Kinderbetreuung „den ihnen gebührenden Rang“ zurückerhalten hätten. Dem katholischen Abgeordneten gingen die Beschlüsse jedoch nicht weit genug. Er forderte eine „Harmonisierung [...] in einem einheitlichen, komplexen und langfristigen Programm der Familienpolitik.“¹⁷⁰ Zabłocki unterstützte die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes auf drei Jahre. Damit „diese Entscheidung die gewünschten gesellschaftlichen Folgen“ habe, verlangte er, einen Schritt weiter zu gehen. Ähnlich wie in einigen anderen Ländern sollte ein Betreuungsgeld gezahlt werden. Die Größe, das Modell und Dauerhaftigkeit der Familien wären „nicht ausschließlich eine Privatsache der Individuen. Daran ist auch der Staat interessiert, der die sozial-ökonomische Entwicklung des Landes plant und für seine Zukunft verantwortlich ist.“ Man dürfe die Kosten für die Erhaltung und Erziehung der Kinder nicht als Privatinvestitionen behandeln, „die oftmals über das Maß hinaus die einzelnen Familien belasten“. Es stünde „im krassen Widerspruch“ zum Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, wenn die Eltern, die die Last der Geburt und der Erziehung der Kinder auf sich nehmen, für ihre Mühe keine gesellschaftliche Achtung erführen und keine materielle Kompensation erhielten, wenn sie vielmehr in der Praxis diese Kosten mit einer Senkung des Lebensstandards bezahlen müssten. Es seien „Denkstereotypen liberal-neomalthusianischer Herkunft“, wollte man Leistungen für die Familie als „eine Art Wohltätigkeit“ verstehen.¹⁷¹

In seiner Argumentation für ein Betreuungsgeld folgte Zabłocki einer auch von der PZPR favorisierten ökonomischen Perspektive. Zwar benötige man für diesen Zweck Mittel aus

169 Danuta Graniewska: *Możliwości i potrzeba okresowej dezaktywacji kobiet mających małe dzieci* [Möglichkeiten und Notwendigkeit einer zeitweisen Deaktivierung von Frauen, die kleine Kinder haben], in: ebd., XIII (1971) 6, S. 27–32, hier 30f. Bereits im Februar 1971 hatte Henryk Król in der „Trybuna Ludu“ ausgeführt: „Es wird auch eine Modifizierung der Sicherung im Falle der Mutterschaft vorgeschlagen. Die Intention ist die Schaffung einer solchen organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Situation, die bewirken würde, dass die Mehrheit der Frauen an einer Arbeitsunterbrechung während der ersten drei Lebensjahre des Kindes interessiert ist.“ Król, *Rozwój*.

170 Przemówienie Janusza Zabłockiego na plenarnym posiedzeniu Sejmu 7 czerwca 1972 r. w debacie nad projektem uchwały o 5-letnim planie społeczno-gospodarczym na lata 1971–1975 (fragmenty) [Rede Janusz Zabłockis in der Plenarsitzung des Sejms vom 7. Juni 1972 in der Debatte zum Beschlusssentwurf über den fünfjährigen sozial-ökonomischen Plan für die Jahre 1971–1975 (Auszüge)], in: Andrzej Friszke: *Kolo posłów „Znak“ w Sejmie PRL 1957–1976* [Die Abgeordnetengruppe „Znak“ im Sejm der PRL 1957–1976], Nr. 88, Warszawa 2002, S. 553–556, hier 554.

171 Ebd., S. 555.

dem Staatshaushalt, doch würde dieser Aufwand ausgeglichen durch die Einsparungen im Lohnfonds, bei den Beihilfen, die arbeitende Frauen für die Betreuung eines kranken Kindes bekommen, aber auch durch die Entlastung bei den Investitionen und den Unterhaltungskosten für neue Krippen. Der Nutzen einer solchen Betreuungsbeihilfe läge nicht zuletzt auch darin, „dass er zur Entspannung des auf dem Arbeitsmarkt immer noch auftretenden Arbeitskraftüberschusses der Frauen beitragen würde.“¹⁷²

Zabłocki forderte eine grundsätzliche Reform der Sozialpolitik, damit der Konsumfonds rationeller und gerechter verteilt werden könnte. Junge Familien und Ehen sollten Wohnungskredite erhalten, die ähnlich wie in anderen Ländern mit der Geburt von Kindern stufenweise abgeschrieben würden. Das System der gesellschaftlichen Institutionen, die die Familien bei der Kinderbetreuung und -erziehung unterstützten oder auch ersetzten wie Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderheime, Schulklubräume, Jugendkulturhäuser usw., ließe noch viel zu wünschen übrig, kritisierte er. Hinsichtlich der Betreuung von Kleinkindern vertrat Zabłocki den Standpunkt, dass die Betreuung durch die Mutter „aus verschiedenen Gründen – ökonomischen, sozialen, erzieherischen“ der in einer Kinderkrippe vorzuziehen sei.¹⁷³

Die Haltung Zabłockis war angesichts des Rückgangs der Geburtenzahlen nicht zuletzt von der Sorge um die demographische Entwicklung bestimmt.¹⁷⁴ Einige Monate zuvor war auch schon der Primas des polnischen Episkopats, Stefan Kardinal Wyszyński in dem erwähnten Schreiben an Ministerpräsident Jaroszewicz vom 7. September 1971 darauf eingegangen und hatte in dieser Frage ein Zusammenwirken von Kirche und Staat angeregt: „Bekanntlich ist der gegenwärtige Zustand alarmierend. Man muss unverzüglich entschiedene Schritte unternehmen. Der Prozess der Umerziehung der Gesellschaft in Richtung einer Akzeptanz des Kinderreichtums wird lange andauern und erfordert eine gemeinsame Anstrengung. Wir sind uns im Klaren, dass ein Anwachsen der natürlichen Bevölkerungszunahme zeitweilig die Volkswirtschaft belastet, ihr aber in der weiteren Etappe helfen wird. In der weiteren Perspektive macht sich das Investieren in Kinder bezahlt, davon muss man niemanden überzeugen.“¹⁷⁵

Ebenfalls am 6. Juli 1972 nahm sich der Sejm eines weiteren auf dem VI. PZPR-Parteitag angekündigten sozialpolitischen Vorhabens an, indem er eine dreistufige Anhebung des Krankengeldes für Arbeiter beschloss.¹⁷⁶ Rückwirkend zum 1. Juli erhielten Arbeiter nach einem Arbeitsunfall oder bei Berufskrankheit den vollen Nettolohn als Krankengeld, für die übrigen Krankheitsfälle wurde es auf 85% erhöht. Ab Juli 1973 sollten die Arbeiter 90%, weitere zwölf Monate später dann das Krankengeld in Nettolohnhöhe erhalten. Damit wurden die Rechte der Arbeiter und Angestellten auch in diesem Bereich schrittweise angeglichen. Angestellte bekamen von ihrem Arbeitgeber bereits seit dem 16. März 1928 bei gerechtfertigter Abwesenheit von der Arbeit Krankengeld in Nettogehaltshöhe.¹⁷⁷ Kranken

172 Ebd., S. 556.

173 Ebd., S. 555f.

174 Ebd., S. 553.

175 *Tajne dokumenty Państwo – Kościół*, S. 359.

176 m.p., *Nowe ustawy*, S. 2; Piątkowski, *Nowe przepisy*, S. 47–50.

177 Mironczyk, *Nowe przywileje*, S. 39.

Arbeitern standen bisher maximal 70% des Nettolohnes zu. Bei einem Krankenhaus- oder Sanatoriumsaufenthalt hatten sie, außer bei Tuberkulose, Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen, Anspruch auf nur 50 bzw. bei alleinstehenden Personen 25% des Lohnes.¹⁷⁸ Vor allem diese Reduzierung war heftiger Kritik in der polnischen Gesellschaft ausgesetzt.¹⁷⁹ Man ging jetzt auch vom „bisherigen Anachronismus“ ab, der Berechnung die Wochenverdienste zugrunde zu legen.¹⁸⁰ Von nun an galt der Durchschnittsverdienst der letzten drei, bei starken Lohnschwankungen auch der letzten zwölf Monate als Berechnungsgrundlage für das Krankengeld. Der 25%ige Abzug im Falle eines nicht unverzüglichen Nachweises der Krankschreibung wurde abgeschafft. Um einen unberechtigten Bezug zu vermeiden, gab es kein Krankengeld für die ersten drei Tage, wenn die Arbeitsunfähigkeit durch Alkoholmissbrauch verursacht worden war. Das Recht auf Zahlung ging völlig verloren, wenn die Krankheit des Beschäftigten die Folge einer Schlägerei oder einer kriminellen Handlung war bzw. wenn eine andere Arbeit ausgeübt oder die Anordnungen des Arztes missachtet wurden.

Die endgültige Angleichung der Krankengeldzahlung für Arbeiter und Angestellte beschloss der Sejm am 17. Dezember 1974.¹⁸¹ Nunmehr gab es bis zu 26 Wochen (bei TBC bis zu 39 Wochen) einheitliches Krankengeld, jedoch in der Zahlungsdauer abgestuft nach Beschäftigungsjahren. Die 100%ige Zahlung galt nur für Beschäftigte mit mehr als acht Dienstjahren, bei Arbeitsunfähigkeit infolge eines Arbeitsunfalls oder infolge Berufskrankheit und wenn die Krankheit während einer Schwangerschaft eintrat oder länger als einen Monate andauerte. Bei einer Beschäftigungszeit bis zu drei Jahren betrug die Zahlung 75%, zwischen drei und acht Jahren 80% des Verdienstes.¹⁸²

Schon gut drei Monate nach dem VI. Parteitag der PZPR hatte der Sejm am 29. März 1972 auf seiner ersten Sitzung nach den Wahlen die Bildung eines Ministeriums für Arbeit, Löhne und Soziale Fragen beschlossen.¹⁸³ Es trat an die Stelle des Komitees für Arbeit und Löhne,¹⁸⁴ das seit dem 13. Juni 1960 bestanden¹⁸⁵ und seinerseits das Ministerium für Arbeit

178 Vgl. Chmiel, Beata/Kaczyńska, Elzbieta (Hg.): *Postulaty 1970-71 i 1980: materiały środkowe do dziejów wystąpień pracowniczych w latach 1970-1971 i 1980* (Gdańsk i Szczecin) [Die Forderungen 1970-71 und 1980: Gesammelte Materialien zur Geschichte der Arbeiterunruhen in den Jahren 1970-71 und 1980 (Gdańsk i Szczecin)], (Archiwum Solidarność), Warszawa 1998, S. 26, Anm. 3.

179 m.p., *Nowe ustawy*, S. 2.

180 Ebd., Bei Piątkowski, *Nowe przepisy*, S. 47 als „Abgehen von der gegenwärtig schon archaischen Art und Weise der Berechnung“.

181 100 lat, S. 385.

182 Marek Piątkowski: *Sozialpolitik in Polen*, in: *Polen*, S. 358–372, hier 366f.

183 Ustawa z 29 marca 1972 o utworzeniu urzędu Ministra Pracy, Płac i Spraw Socjalnych [Gesetz vom 29. März 1972 über die Schaffung des Amtes des Ministers für Arbeit, Löhne und Soziale Fragen], veröffentlicht im *Dziennik Ustaw* [Gesetzblatt], Nr. 11/1972. Vgl. *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIV (1972) 6, S. 75.

184 Ustawa z 29 marca 1972 o zniesieniu Komitetu Pracy i Płac [Gesetz vom 29. März 1972 über die Abschaffung des Komitees für Arbeit und Löhne], veröffentlicht im *Dziennik Ustaw*, Nr. 11/1972. Vgl. *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIV (1972) 6, S. 75.

185 Vgl. Tadeusz Moldawa: *Ludzie władzy 1944–1991. Władze państwowe i polityczne Polski według stanu na dzień 28 II 1991* [Menschen der Macht 1944–1991. Die staatlichen und politischen Organe nach dem Stand vom 28.2.1991], Warszawa 1991, S. 117.

und Sozialfürsorge ersetzt hatte.¹⁸⁶ Zum Minister wurde Wincenty Kawalec (1914–1991) berufen, der seit 1965 Vorsitzender des Statistischen Hauptamtes war.¹⁸⁷ Forderungen nach der Bildung eines für soziale Fragen zuständigen Ministeriums gab es schon seit längerer Zeit. Zu denen, die sich hierzu öffentlich äußerten, gehörte auch der bereits erwähnte Jerzy Piotrowski.¹⁸⁸ Kurz vor dem VI. Parteitag, im Oktober 1971, erneuerte er mit dem Gewicht seines Amtes als Chefredakteur der Zeitschrift „Praca i Zabezpieczenie Społeczne“ seine Forderung: „Wir brauchen ein Ressort, das die Grundsätze der Sozialpolitik unseres Staates ausarbeitet, das sich – unter den vielen Ressorts, die über die Wirtschaftsentwicklung wachen – um die soziale Entwicklung [...] kümmern würde.“ Es müsse für eine angemessene Partizipation des Sozialen am wirtschaftlichen Aufstieg Sorge tragen, auch weil „die soziale Entwicklung [...] den wirtschaftlichen Fortschritt beschleunigt“.¹⁸⁹

So gesehen, konnte es nicht überraschen, wenn Piotrowski das neugeschaffene Ministerium für Arbeit, Löhne und Soziale Fragen als „Ministerium der Versprechen und Hoffnungen“ begrüßte.¹⁹⁰ Seine Bildung sei „ein bedeutender Schritt hin zur Integration und dynamischen Entwicklung der Sozialpolitik“.¹⁹¹ Außerdem sprach er die Hoffnung aus, dass die soziale Problematik „nicht nur in der Planung und in den Generallinien, sondern auch in der Praxis der Regierungsarbeit“ deutlicher sichtbar werde. Mit dem Entstehen des Ministeriums verbinde sich die Hoffnung, wirtschaftliche und soziale Ziele zusammenführen zu können. Nötig sei es auch, „die sozialen Fragen ökonomisch aufzufassen“ und mit den für den gesellschaftlichen Konsum vorgesehenen Mitteln rationell zu wirtschaften.¹⁹²

Die „Absichten und Aufgaben“ seines Ministeriums legte Kawalec ausführlich in der Zeitschrift „Praca i Zabezpieczenie Społeczne“ dar.¹⁹³ Als wichtigste Aufgabe bezeichnete er ein koordiniertes, aufs Ganze bezogenes Herangehen an die Problematik – von den Bedingungen für Mütter und die Kindererziehung bis zu den Bedürfnissen der Rentner.¹⁹⁴ Kawalec zählte acht grundlegende Probleme auf, mit denen sich das neue Ministerium vor allem befassen sollte: (1.) die Sicherung der vollen und rationellen Beschäftigung; (2.) die Gewährleistung eines solchen Niveaus und solcher Proportionen bei der Entlohnung, dass

186 Zunächst gab es seit der Bildung des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego; Abk. PKWN) am 21.7.1944 ein Ressort für Arbeit, Sozialfürsorge und Gesundheit. Nach der Bildung der Provisorischen Regierung am 31.12.1944 entstand daraus das gleichnamige Ministerium, das wiederum am 11.4.1945 in zwei Ministerien: für Arbeit und Sozialfürsorge und für Gesundheit geteilt wurde. Mit der Bildung des Komitees für Arbeit und Löhne 1960 ging die Sozialfürsorge wieder an das Gesundheitsministerium über. Vgl. ebd., S. 92, 94, 117.

187 Kawalec stammte aus der Polnischen Sozialistischen Partei und gehörte dann der PZPR an. Er blieb bis zum November 1974 Minister. Danach erhielt er den unbedeutenden Posten eines Chefredakteurs der Zweiwochenschrift „Rada Narodowa – Gospodarka – Administracja“ [Nationalrat – Wirtschaft – Verwaltung]. Nachfolger als Minister wurde der bisherige CRZZ-Vizevorsitzende und ZK-Mitglied Tadeusz Rudolf (*1926), der bis zum Februar 1979 diese Funktion bekleidete.

188 Er hatte sich bereits 1968 in der Zeitschrift „Praca i Zabezpieczenie Społeczne“ dafür ausgesprochen.

189 Piotrowski, *Sprawy socjalne* S. 3.

190 J. P., *Ministerstwo obietnic i nadziei* [Ministerium der Versprechen und Hoffnungen], in: *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIV (1972) 7, S. 1–3.

191 Ebd., S. 2f.

192 Ebd., S. 1f.

193 Wincenty Kawalec: *Zamierzenia i zadania Ministerstwa Pracy, Płac i Spraw Socjalnych* [Absichten und Aufgaben des Ministeriums für Arbeit, Löhne und Soziale Fragen], in: ebd., XIV (1972) 8, S. 3–10.

194 Ebd., S. 3.

diese dem Grundsatz der Verteilung nach der Arbeit entsprachen, die Einführung von Lohnsystemen, die den Verdienstanstieg von den quantitativen und qualitativen Arbeitsergebnissen abhängig machten; (3.) die enge Verbindung der Sozial- mit der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Lohnpolitik unter Berücksichtigung der Mindestlöhne sowie des sozialen und biologischen Minimums; (4.) die Entwicklung des sozialen Sicherungssystems in Richtung auf eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Familien und Rentner; (5.) die Einflussnahme auf die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz; (6.) die Ausformung korrekter innerbetrieblicher Arbeitsbeziehungen sowie die Modernisierung bei Organisation und Rationalisierung der Arbeitsmethoden; (7.) die Arbeits- und Sozialgesetzgebung und deren Anpassung an die sich verändernden sozialökonomischen Verhältnisse und (8.) das Arbeitszeitproblem und die Schaffung von Bedingungen für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung.¹⁹⁵ Außerdem kündigte der Minister an, dass zur Koordinierung und Stärkung der Forschungsbasis ein Institut für Arbeit und soziale Fragen geschaffen werde.¹⁹⁶ Tatsächlich erfolgte dessen Gründung bereits am 23. Juni 1972.¹⁹⁷

Im Frühjahr 1973 zog Kawalec in der PZPR-Zeitschrift „Nowe Drogi“ eine positive Bilanz des vergangenen Jahres. Die Zahl der arbeitsuchenden Frauen hätte im Vergleich zu 1971 um 34% abgenommen, gleichzeitig gäbe es 74% mehr freie Frauenarbeitsplätze. Daher habe die Zahl der Kreise, in denen ein dauerhafter Überschuss an arbeitsuchenden Frauen bestehe, sehr deutlich verringert werden können. Derzeit gäbe es nur etwa 50 solcher Kreise, vor allem in den Wojewodschaften Kielce, Warschau, Lublin, Rzeszów und Łódź. Verbessert habe sich auch die Lage bei den 350.000 Schulabsolventen des Jahrgangs 1972. Die Zahl der registrierten Arbeitsuchenden unter den Absolventen sei von 12.000 auf 6.000 gesunken, während die freien Arbeitsstellen von 5.000 auf 6.000 zugenommen hätten. Eine im Oktober 1972 in den Wojewodschaften durchgeführte Untersuchung des Ministeriums zeige zudem, dass viele der als arbeitsuchend registrierten Absolventen, nämlich fast 4.000 von 8.700 erfassten Personen, mehrfach Arbeitsangebote im erlernten Beruf abgelehnt hätten.¹⁹⁸ 1972 sei auch die Einbeziehung der Handwerker und ihrer Familien in die Sozialversicherung beschlossen worden.¹⁹⁹ Die Sozialversicherung erfasse nunmehr etwa 80% der Bürger. Mehr als 15% des Staatshaushaltes würden dafür ausgegeben.²⁰⁰

Der CRZZ unterstützte den Gierek-Kurs nach Kräften. Im Jahr 1972 nutzte er die gewerkschaftliche Wahlkampagne, um seine „volle und uneingeschränkte Zustimmung“ zu den Grundsätzen der Lohn- und Sozialpolitik zu demonstrieren. Die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen sah er allerdings beim Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie im Berufsverkehr. Positiv wurde registriert, dass der Personalaustausch in den Betriebsgewerkschaftsleitungen und ihren Präsidien 50–60% ihrer Mitglieder erfasst habe. Nur seien in den neuen Arbeiterräten, BGL und Bezirksvorständen Frauen und Jugendliche „noch immer zu

195 Ebd., S. 3f.

196 Ebd., S. 10.

197 Vgl. 100 lat, S. 367.

198 Wincenty Kawalec: Celem – troska o człowieka [Ziel ist die Sorge um den Menschen], in: Nowe Drogi, 27 (1973) 4, S. 40–49, hier 40–42.

199 Das entsprechende Gesetz beschloss der Sejm am 8.6.1972. Vgl. 100 lat, S. 366.

200 Kawalec, Celem, S. 48.

schwach vertreten“²⁰¹ Allerdings dürfte deren Drang in Gewerkschaftsämtern auch nach dem Dezember 1970 nicht sonderlich stark gewesen sein.

Der Bau neuer und besserer Wohnungen gehörte von Anfang an zu den wichtigsten sozialpolitischen Vorhaben der neuen PZPR-Führung. Gierek hatte bereits in seiner ersten Ansprache noch am Tag seiner Wahl die Wohnungsfrage unter jenen Problemen genannt, die rasche Entscheidungen erforderten. Es lag also auf der Hand, wenn das Wohnungsproblem auch 1971 und in den ersten Monaten des Jahres 1972 in den Beratungen des Politbüros, in der Regierungsarbeit, bei der Planung und in der öffentlichen Diskussion²⁰² einen zentralen Platz einnahm.²⁰³

Am 12. Januar 1971 befasste sich das Politbüro mit den „Möglichkeiten einer Erweiterung des Wohnungsbauprogramms in den Jahren 1971–72“. Die neue Regierung um Piotr Jaroszewicz und die Abteilung Leichtindustrie, Handel und Bauwesen des Zentralkomitees legten dazu Vorschläge vor. Vor allem mussten für eine Ausweitung des Wohnungsbaus die materiellen Voraussetzungen geschaffen und zunächst einmal die vorhandenen Reserven erschlossen werden. Die Regierung wurde beauftragt, Grundsätze der Wohnungspolitik auszuarbeiten.²⁰⁴ Diese legte Ministerpräsident Jaroszewicz dann auch auf dem 9. ZK-Plenum am 16. April 1971 vor. Bis 1975, hieß es darin recht allgemein, sei es die Hauptaufgabe der Wohnungspolitik, den Bedarf an Wohnraum möglichst weitgehend zu befriedigen. Hierzu müsse das vorhandene Potential vor allem durch Intensivierung und Ausweitung der Schichtarbeit rationell genutzt werden. Für das laufende Jahr sollten für den Wohnungsbau zusätzliche Investitionsmittel von ca. 600 Mio. Złoty zur Verfügung stehen und 1972 zehn Prozent mehr Wohnungen als 1971 errichtet werden.²⁰⁵

Wie schon gezeigt, stand die Wohnungsfrage auch auf der Tagesordnung des 10. ZK-Plenums am 25./26. Juni 1971. Eine Plenums-Arbeitsgruppe sollte Möglichkeiten zur Ausweitung des Wohnungsbaus ausloten und Vorschläge für eine „richtige Wohnungsbaupolitik“ machen. Diese liefen, wie der Referent der Arbeitsgruppe, Stanisław Wroński, ausführte, auf weitere materielle Hilfen für junge Familien und auf die Empfehlung hinaus, die Planvorgaben zu überschreiten und die Grundsätze des Wohnungsbaus jährlich zu verifizieren.²⁰⁶

201 Głos Pracy, 16./17.9.1972, S. 3.

202 Allein das „Zentralorgan“ der PZPR „Trybuna Ludu“ veröffentlichte bis Mitte 1971 mehrere grundsätzliche Artikel zu diesem Problem, u.a. Droga do mieszkania [Der Weg zu einer Wohnung], 18.1.1971, S. 1f.; Mieszkania – bliźsze perspektywy [Wohnungen – nähere Perspektiven], 23.2.1971, S. 1; Mieszkania – konsekwentne działanie [Wohnungen – konsequentes Handeln], 15.3.1971, S. 1; Marek Chmielewski: Komu mieszkanie? [Für wen eine Wohnung?], 17.4.1971, S. 5; Jerzy Sieradziński: Mieszkania dla drugiej zmiany [Wohnungen für die zweite Schicht], 23.5.1971, S. 3.

203 Zu den wohl eher propagandistischen Maßnahmen gehörte auch, dass am 1. Juli bzw. 9. Oktober 1971 der Sozialistische Jugendverband bzw. der Landjugendverband (Związek Młodzieży Wiejskiej; Abk. ZMW) das Patronat über den städtischen bzw. ländlichen Wohnungsbau übernahmen. Vgl. 100 lat, S. 360f.

204 Protokoll Nr. 26 der Sitzung des Politbüros des ZK der PZPR vom 12. Januar 1971, in: Tajne dokumenty Grudzień 1970, Nr. 14, S. 136–138, hier 136f.

205 Jaroszewicz, Informacja [auf dem 9. Plenum], S. 195.

206 Zagadnienia wzrostu, S. 27f.

Das war wohl auch eine Antwort auf Ministerpräsident Jaroszewicz, der im Bericht des Politbüros begründet hatte, warum die Zunahme des Wohnungsbaus nur mit 25% und damit niedriger angesetzt war, als es der V. Parteitag 1968 für den Zeitraum von 1971 bis 1975 vorgesehen hatte. Das sei ein Resultat dessen, so Jaroszewicz, dass der Wohnungsbau in den Jahren 1969 und 1970 abgebremst worden war. Man müsse nun die Rückstände abarbeiten und die Voraussetzungen für eine Beschleunigung des Wohnungsbaus schaffen, „aber die Schäden, die in den letzten zwei Jahren durch die harte Eindämmung des Wohnungsbaus angerichtet wurden, lassen sich nicht in dem Maße kompensieren, dass man das Niveau der auf dem V. Parteitag festgelegten Aufgaben beibehalten könnte.“ Eine deutliche Verbesserung der Wohnungssituation sei erst im nachfolgenden Jahrfünft, also 1976 bis 1980, möglich. Allerdings könnten mehr Wohnungen als derzeit geplant gebaut werden, wenn die Baumaterialienproduktion erhöht und so mehr Wohnungen auf dem Lande und in Kleinstädten im individuellen Wohnungsbau errichtet würden.²⁰⁷

Im Dezember 1971 legte der VI. Parteitag schließlich fest, den Wohnungsbau, bezogen auf die Nutzfläche, bis 1975 um die von Jaroszewicz genannten 25% zu steigern. Das aber war die einzige konkrete Zahl, die der „Beschluß“ des Parteitages zur Wohnungsfrage enthielt.²⁰⁸ Auch beschloss der Parteitag, die Regierung solle ein Programm zur weiteren Verbesserung der Wohnsituation der Bevölkerung erarbeiten und einer Plenartagung des Zentralkomitees vorlegen.²⁰⁹ In welche Richtung ein solches Programm gehen sollte, hatte Gierek bereits am 9. September 1971 auf der Landesberatung der 1. Sekretäre der Kreis- und Wojewodschaftskomitees der PZPR angedeutet: Die Partei wolle beim Wohnungsbau „eine wirkliche Wende“ vornehmen. „Unser perspektivisches Ziel, dem wir uns in diesem Jahrzehnt annähern sollten, ist eine eigene Wohnung für jede Familie.“²¹⁰

Am 4. Januar 1972 beriet das Politbüro über die Zielsetzungen des „Programms zur Entwicklung des Wohnungsbaus bis 1990“.²¹¹ Damit wurde der Geltungszeitraum gegenüber dem Parteitagsbeschluss erheblich ausgeweitet, hatte Gierek im Referat doch von einem „Komplexprogramm zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1985“ gesprochen.²¹² Der „Beschluß“ des Parteitages hingegen enthielt nur einen allgemeinen Passus über ein Zehnjahresprogramm, wobei aber nicht gesagt wurde, wann diese zehn Jahre beginnen sollten.²¹³

207 Węzłowe problemy, S. 8.

208 Beschluß, S. 306f. Wie Jaroszewicz auf dem 10. Plenum war auch die Direktive zum Parteitag noch von „mindestens“ 25 Prozent ausgegangen. Die dort enthaltenen konkreten Angaben über die Senkung der Personenzahl pro Zimmer (1970 = 1,31; 1975 = 1,2) enthält der Beschluss nicht mehr.

209 Ebd., S. 307.

210 Budowa socjalistycznej ojczyzny wspólnym dziełem wszystkich ludzi pracy. Referat I sekretarza KC PZPR tow. Edwarda Gierka na krajowej naradzie I sekretarzy komitetów powiatowych i wojewódzkich 9 września 1971 r. [Der Aufbau des sozialistischen Vaterlandes ist das gemeinsame Werk aller Werktätigen. Referat des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Gen. Edward Gierek, auf der Landesberatung der 1. Sekretäre der Kreis- und Wojewodschaftskomitees am 9. September 1971], (Warszawa) 1971, S. 13f.

211 Vgl. Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1972, Nr. 1, S. 50.

212 Aufgaben der Partei, S. 162.

213 Beschluß, S. 307.

Auf dem 3. ZK-Plenum am 9. Februar informierte Politbüromitglied und ZK-Sekretär Jan Szydłak über den „Verlauf der Arbeiten am Perspektivprogramm des Wohnungsbaus“.²¹⁴ Das dem Plenum vorliegende Papier sei im Ergebnis mehrmonatiger Studien, Untersuchungen und Analysen von Vertretern verschiedener Wissensgebiete sowie der Arbeit einer vom Politbüro berufenen Gruppe von ZK-Mitgliedern zustande gekommen und seine Grundsätze mit der Plankommission abgesprochen worden.²¹⁵ Beim Wohnungsbau, so stellte Szydłak fest, habe man in der Nachkriegszeit wesentliche Fortschritte erzielt. Seitdem seien fast drei Millionen neue Wohnungen entstanden, wodurch sich die Wohnbedingungen für etwa neun Millionen Menschen verbessert hätten. Dennoch seien die Ergebnisse „unzureichend und unbefriedigend“, das Wachstum des Wohnungsbestandes sei den gesellschaftlichen Bedürfnissen nicht gefolgt und Polen von der Lösung des Wohnungsproblems „weit entfernt“. Neben der zu geringen Zahl von Wohnungen wären die Überbelegung vieler Wohnungen sowie die niedrige Qualität und die unzureichende Ausstattung eines Teils des Wohnungsbestandes kennzeichnend für die bestehende Situation. Vor allem der Parteiführung unter Gomułka warf Szydłak vor, die Wohnungspolitik isoliert betrachtet und in den letzten Jahren einen Rückschritt verursacht zu haben.²¹⁶

Mit dem jetzigen Entwurf, fuhr Szydłak fort, liege „das erste Mal in der Geschichte des Landes der Entwurf eines Programms (vor), das den Wohnungsbau als eine eng mit der Entwicklung der anderen Wirtschaftsgebiete verknüpfte Tätigkeit behandelt.“ In seinen grundlegenden Prinzipien folge das Programm der „Generallinie“ der PZPR, die den Wohnungsbau als Impulsgeber für die sozial-kulturelle Entwicklung des Landes, für die Modernisierung seiner Wirtschaft und auch für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung betrachte. Der Bauprozess mit allen seinen technischen und ökonomischen Aspekten habe „eine dienende Rolle im Verhältnis zur allgemeinen Sozialpolitik“ zu spielen. Die Lösung des Wohnungsproblems sei für die Gestaltung sozialistischer Lebensverhältnisse ein Faktor von grundsätzlicher Bedeutung. Die Wohnung bilde neben den Löhnen das grundlegende Element des Lebensniveaus, das über die Möglichkeiten der Bildung, der Erholung, der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse entscheide und auf das Modell der sozialistischen Familie einwirke.²¹⁷

In dieser Sicht spiegelte sich die Philosophie des unter Breschnew im sowjetischen Machtbereich ausgelösten Kurswechsels. Lebensstandard und Konsumtion rückten nunmehr in den Status von Triebkräften der sozialökonomischen Entwicklung auf. Die PZPR betrachtete die Lösung der Wohnungsfrage genau unter diesem Aspekt, ohne freilich die parallelen demographischen Effekte und die soziale Befriedigungsfunktion aus dem Blick zu verlieren. Allerdings hielt man es auch für angezeigt, die Erwartungen etwas zu dämpfen.

Eine Grundbedingung für die Realisierung des Wohnungsbauprogramms sei, so Szydłak, die „maximale Erfüllung“ der Aufgaben des laufenden Fünfjahrplans. Gleichwohl könnte in

214 Tryb prac nad perspektywicznym programem budownictwa mieszkaniowego. Informacja tow. Jana Szydłaka [Der Verlauf der Arbeiten am Perspektivprogramm des Wohnungsbaus. Information des Gen. Jan Szydłak], in: III Plenum KC PZPR. 9 luty 1972 r. Podstawowe dokumenty i materiały [III. Plenum des ZK der PZPR. 9. Februar 1972. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1972, S. 24–32.

215 Ebd., S. 24.

216 Ebd., S. 25f.

217 Ebd., S. 25.

diesem Zeitraum noch kein bedeutender Fortschritt bei der Wohnungsversorgung erreicht werden. Vielmehr solle die Zeit bis 1975 genutzt werden, um die notwendigen, vor allem materiellen Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen.²¹⁸ Bezogen auf den zwei Jahrzehnte umfassenden Zeitraum von 1971 bis 1990 stehe Polen vor der Herausforderung, Wohnungen in einem Umfang zu errichten, der „fast identisch“ sei mit dem gesamten Wohnungsbestand der PRL im Jahre 1970.²¹⁹ Ähnlich argumentierte knapp zwei Wochen nach dem 3. ZK-Plenum auch Edward Gierek am 21. Februar auf einer Wahlveranstaltung in Katowice, als er auf das Wohnungsbauprogramm einging.²²⁰ Mit der angestrebten Verdopplung des Wohnungsbestandes ginge es „bildlich gesprochen“ um den „Bau noch eines Polens“.²²¹ Darin klang erstmals die wenig später verwendete griffige Formel vom „zweiten Polen“ an.

8. Das „zweite Polen“

Am 27. März 1972, als das ZK der PZPR auf dem 4. Plenum den Fünfjahrplan 1971 bis 1975 beriet, ging es auch um die Planziele beim Wohnungsbau. Gegenüber den auf dem VI. Parteitag genannten Zahlen wurden sie etwas höher veranschlagt. Anstatt 1,075 Mio. Wohnungen sollten nun 1,080 Mio., also 5.000 mehr, entstehen. Ministerpräsident Jaroszewicz betonte, dies sei „der erste Fall, dass im Plan solche Wohnungsbauaufgaben gestellt werden, die die Festlegungen der Parteitage übersteigen. Bisher pflegte es umgekehrt zu sein.“²²² Entgegen der auf dem 3. Plenum am 9. Februar 1972 erfolgten Ankündigung befasste sich dieses 4. ZK-Plenum aber noch nicht mit dem Wohnungsbauprogramm selbst.²²³ Dieses stand erst auf dem 5. Plenum am 10. und 11. Mai auf der Tagesordnung.

Dort hielt, der Bedeutung des Themas angemessen, Parteichef Gierek das einführende Referat „Das Ziel unseres Perspektivprogramms – eine eigenständige Wohnung für jede Familie“.²²⁴ Es sei das erste Mal, hieß es darin, dass die Partei ein solch komplexes Programm zur grundlegenden Verbesserung der Wohnungssituation vorstelle. Es betreffe eines

218 Ebd., S. 27.

219 Ebd., S. 29.

220 Am 19. März 1972 fanden Wahlen zum Sejm statt.

221 Naszym wspólnym celem: dobro Polski, pomyslność narodu i kazdego obywatela. Przemówienie E. Gierka I Sekretarza KC PZPR na spotkaniu z wyborcami w Katowicach w dniu 21 lutego 1972 r. [Unser gemeinsames Ziel: das Wohl Polens, das Gedeihen der Nation und jedes Bürgers. Rede von E. Gierek, 1. Sekretär des ZK der PZPR, auf dem Treffen mit Wählern in Katowice am 21. Februar 1972], (Warszawa) 1972, S. 9.

222 Złożenia i proporcje, S. 19.

223 Tryb prac, S. 24.

224 Cel naszego perspektywicznego programu – samodzielne mieszkanie dla kazdej rodziny. Wprowadzenie do dyskusji wygłoszone przez I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka [Das Ziel unseres Perspektivprogramms – eine eigenständige Wohnung für jede Familie. Einführung in die Diskussion, gehalten vom I. Sekretär des ZK der PZPR Edward Gierek], in: V Plenum KC PZPR. 10.–11. maja 1972 r. Podstawowe dokumenty i materiały [V. Plenum des ZK der PZPR. 10.–11. Mai 1972. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1972, S. 17–32.

der wichtigsten Gebiete der sozialökonomischen Entwicklung des Landes.²²⁵ Das Programm zielt auf die Verbesserung der Wohnungssituation der Bevölkerung, doch erfasse dieses Ziel „nicht vollständig das Wesen und den Inhalt des vorgestellten Programms“. Gieriek betonte auch hier den Zusammenhang von Wirtschaftlichem und Sozialem. Der Wohnungsbau sei ein wichtiger Faktor, um die Wirtschaft dynamischer zu entwickeln und die Produktionskapazitäten besser zu nutzen, schließlich sei er auch ein wesentlicher Bestandteil der Konsumtion. Die Wohnungsbedingungen gehörten zu den „wichtigsten Voraussetzungen für den kulturellen und zivilisatorischen Aufstieg der Menschen sowie zur Realisierung der humanistischen Ziele“ des Sozialismus. Das Programm zeichne sich deshalb durch „ein so breites Verständnis der Wohnungsfrage“ aus. Übereinstimmend mit der gesellschaftlichen Meinung halte die Partei die Wohnung für „einen der wesentlichsten Bestandteile des allgemeinen Programms zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung“.²²⁶

Jeder polnischen Familie eine eigene Wohnung zu sichern erfordere, bis Ende 1990 mindestens 7,3 Mio. Wohnungen zu bauen. Man habe das Ziel, bis zum Ende des Jahrzehnts je 1.000 Einwohner pro Jahr elf bis zwölf neue Wohnungen zu übergeben. Gieriek hatte wohl recht mit der Bemerkung: „Ein solches Niveau erreichen gegenwärtig nur wenige, wirtschaftlich am höchsten entwickelte Länder in der Welt, und das nur diejenigen, die der Wohnungsfrage großes Gewicht beimessen.“²²⁷

Wenngleich das Vorhaben an sich schon anspruchsvoll genug war, glaubte Gieriek an die Möglichkeit, bis 1975 mehr als die im Fünfjahrplan vorgesehenen und erst wenige Wochen zuvor beschlossenen 1,08 Mio. Wohnungen zu errichten. Im Jahr 1971 sei der Plan übererfüllt worden, und auch die Ergebnisse der ersten vier Monate des Jahres 1972 sähen günstig aus. Eine Korrektur nach oben könne unter Umständen auf der zur Mitte der Wahlperiode vorgesehenen Parteikonferenz vorgenommen werden.²²⁸ Laut Beschluss des Plenums sollte bis 1975 eine Senkung der Belegung von 1,37 Personen pro Zimmer 1970 auf 1,26 erreicht werden, darunter in den Städten von 1,31 auf 1,21 Personen.²²⁹ Die durchschnittliche Wohnfläche sollte sich von 42,3 m² 1970 auf 45,0 m² im laufenden Fünfjahrplan vergrößern.²³⁰ Nach 1975 plante man eine beträchtliche Ausweitung des Wohnungsbaus. Im Zeitraum 1976 bis 1980 wurde der Bau von 1,5 bis 1,65 Mio. Wohnungen anvisiert, im Jahrzehnt von 1981 bis 1990 dann 4,0 bis 4,55 Mio. Die durchschnittliche Wohnungsgröße sollte auf 52,0 m² (1976 bis 1980) bzw. 60,0 bis 65,0 m² (1981 bis 1990) steigen.²³¹

Wie leicht abzusehen war, erforderte die Realisierung dieses Programms immense finanzielle Aufwendungen. Wie Ministerpräsident Jaroszewicz auf dem 5. Plenum bekannt gab, betrug der laut Fünfjahrplan für den Bau von Wohnungen und kommunalen Einrichtungen vorgesehene Anteil an den Investitionen fast 18,5%; am Nationaleinkommen insgesamt

225 Ebd., S. 17.

226 Ebd., S. 21.

227 Ebd., S. 17f.

228 Ebd., S. 18f.

229 Uchwała V plenarnego posiedzenia KC PZPR w sprawie perspektywicznego programu mieszkaniowego [Beschluss der V. Plenarsitzung des ZK der PZPR zum perspektivischen Wohnungsprogramm], in: V Plenum KC PZPR, S. 85–138.

230 Ebd., S. 88, 107.

231 Ebd., S. 104, 107.

machten sie 5,6% aus. Diese Mittel seien bis Anfang der 1980er Jahre auf 22 bis 23% bzw. sieben bis acht Prozent zu erhöhen.²³² Investitionen für die Wohnungswirtschaft und in die städtische Infrastruktur sollten aber „nicht – wie das in der Vergangenheit zu sein pflegte – als Belastung des Nationaleinkommens behandelt werden, die das Entwicklungstempo des Landes bremsen oder schwächen“. Man müsse sie im Gegenteil als wichtigen dynamisierenden Faktor in der allgemeinen Strategie des sozial-ökonomischen Fortschritts anerkennen.²³³

Der forcierte Wohnungsbau würde weitere Aufgaben nach sich ziehen. So müssten soziale und kommunale Bauten wie Schulen, Kindergärten und -krippen, Dienstleistungs-, Handels-, Kultur-, und Sporteinrichtungen geschaffen und die Investitionen für diese Zwecke angehoben werden.²³⁴ Darüber hinaus stelle das Wohnungsbauprogramm außer an das Bauwesen auch an die chemische, Holz-, Möbel-, Papier- und Leichtindustrie, den Maschinenbau und das Hüttenwesen erhöhte Anforderungen. Deren Produktion sei entscheidend dafür, wie modern die neuen Wohnungen errichtet und ausgestattet würden. Jeder, der bauen wolle, müsse ohne Schwierigkeiten alles bekommen können, was dafür nötig sei. Das erfordere eine radikale Verbesserung der Marktversorgung mit den entsprechenden Materialien und Erzeugnissen.²³⁵

Gierek stellte auch die Frage, „ob eine nahezu zwanzigjährige Periode, die wir für die Realisierung des Programms angenommen haben, nicht zu lang ist, oder ob die in ihr enthaltenen Aufgaben nicht zu gering sind?“ Er beantwortete sie dahingehend, dass zwar die schnellere Versorgung einer jeden Familie mit einer eigenen Wohnung wünschenswert sei. Aber dieses Ziel rascher anzugehen verbiete sich nach realistischer Betrachtung und angesichts einer „strengen Bestimmung“ der vorhandenen Möglichkeiten. Es dürfe nicht zugelassen werden, „dass die Grenze überschritten wird, hinter der sich die Pläne in Verpflichtungen ohne Deckung verwandeln können“.²³⁶ Der Einwand erwies sich insofern als bemerkenswert, weil sich das Problem im Prinzip für die gesamte wirtschafts- und sozialpolitische Konzeption der PZPR abzeichnete.

Ausführlich ging der Parteichef in seiner Rede auf die Grundsätze der Wohnungspolitik ein. Im Zeitraum, den das Programm umfasse, müsse die Wohnungspolitik an die sich verändernde Wohnungssituation angepasst werden. In der ersten Periode würden bei der Wohnungsvergabe diejenigen bevorzugt, „deren Arbeit in wesentlichem Maße zur Vermehrung des Nationaleinkommens und zum Wachstum der gesamtgesellschaftlichen Werte beiträgt. Von diesem Prinzip müssen wir uns mit ganzer Konsequenz leiten lassen. Stimmt dieser Standpunkt mit den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit überein? Wir meinen, ja, weil das die Realisierung des sozialistischen Prinzips – jedem nach seiner Arbeit ist.“ Es gebe keine andere Möglichkeit, die wirtschaftliche Entwicklung, die über die Verbesserung des Lebensstandards der Gesellschaft und auch über den Wohnungsbau entscheide, zu beschleunigen.²³⁷

232 Rede von Piotr Jaroszewicz, in: V Plenum KC PZPR, S. 74–82, hier 75.

233 Uchwała V plenarnego posiedzenia, S. 86f.

234 Ebd., S. 88; Rede Jaroszewicz [5. Plenum], S. 75.

235 Cel naszego perspektywicznego programu, S. 27.

236 Ebd., S. 19.

237 Ebd., S. 24.

Der hierzu gefasste Beschluss legte fest, dass in erster Linie zwei Gruppen von Arbeitern und Angestellten Wohnungen erhalten sollten: zum einen Beschäftigte, die für die Entwicklung der Industrie und die effektive Nutzung des Produktionspotentials unentbehrlich wären, und zum anderen jene Menschen, die derzeit unter schwierigsten Wohnbedingungen lebten.²³⁸ Der entsprechende Bedarf wurde vor allem in den größten städtischen Agglomerationen Warschau, Łódź, Gdańsk und im oberschlesischen Industriegebiet lokalisiert. Nötig sei es auch, die Verkehrsbedingungen sowie die Wasser- und die Wärmeversorgung zu verbessern, die Zentren vieler Städte auf- bzw. umzubauen. Gierek verwies zudem auf die wachsende Bedeutung des Umweltschutzes und wandte sich dagegen, „steinerne Wüsten“ ohne Grün und Erholungsmöglichkeiten zu bauen sowie sich verschlechternde klimatische Verhältnisse in Kauf zu nehmen.²³⁹ Die „Bedürfnisse des modernen Menschen“ sollten oberster Grundsatz bei der Projektierung und Realisierung der Wohnsiedlungen sein.²⁴⁰

Wie es in anderen sozialistischen Ländern auch der Fall war, setzte die Gierek-Equipe auf die industrielle Bauweise und die Vorfertigung von Bauelementen in „Häuserfabriken“. Im Zeitraum von 1971 bis 1975 wurden allein aus der Sowjetunion 76 solcher Fabriken eingeführt und in Betrieb genommen. 1975 erreichte der Anteil der in „Platten“-Bauweise errichteten Wohnungen 57%.²⁴¹ Noch im Rückblick verteidigte Gierek diese Politik und antwortete auf den Vorwurf, die Wohnungen wären hässlich und die Technologie nicht die beste gewesen: „Wenn man in einer eindrucksvollen Wohnung wohnt, kann man über die Häuserfabriken spotten. Aber tatsächlich wurde bis heute keine billigere Methode der Errichtung von Wohnhäusern erdacht, weder im Osten noch im Westen.“²⁴²

Bei den Bauträgern setzte das Plenum, nicht zuletzt aus Kostengründen, deutliche Prioritäten. Das kommunale Bauwesen war, wie im „Beschluss“ ausgeführt, lediglich von ergänzendem, „sozialem Charakter“. In seinem Rahmen sollten Wohnungen faktisch nur für Familien gebaut werden, die in schlechten Wohnverhältnissen lebten und sich wegen ihres niedrigen Einkommensniveaus weder eine Genossenschaftswohnung noch ein Einfamilienhaus leisten konnten.²⁴³ Hinsichtlich der Betriebe wurde festgelegt, dass die Wohnungsvergabe in erster Linie darauf auszurichten sei, die Belegschaften neuer bzw. auszubauender Betriebe zu gewinnen bzw. zu ergänzen. Betriebswohnungen sollten dann errichtet werden, wenn die Schichtarbeit auszuweiten war. Bei anderen Beschäftigtengruppen würde man die Wohnbedürfnisse „nur teilweise“ befriedigt können.²⁴⁴

Als „Hauptinstrument zur Realisierung des Wohnungsprogramms“²⁴⁵ betrachtete die Parteilührung den genossenschaftlichen Wohnungsbau.²⁴⁶ Während bisher der Bau von genossen-

238 Uchwała V plenarnego posiedzenia, S. 89.

239 Cel naszego perspektywicznego programu, S. 28.

240 Ebd., S. 31.

241 Paweł Sasanka: Czerwiec 1976. Geneza – przebieg – konsekwencje [Der Juni 1976. Genese – Verlauf – Konsequenzen], Warszawa 2006, S. 50.

242 Rolicki/Gierek, Przerwana dekada, S. 94.

243 Uchwała V plenarnego posiedzenia, S. 100. Darüber hinaus gab es Wohnungsbau zur „Sicherung anderer wichtiger gesellschaftlicher Bedürfnisse“, also eine Art Wohnungsreserve. Ebd.

244 Ebd., S. 89.

245 Cel naszego perspektywicznego programu, S. 25.

schaftlichen Mehrfamilienhäusern im Mittelpunkt gestanden hatte, setzte die PZPR nunmehr stärker auf den Bau von Wohnungen und vor allem von Kleinhäusern durch Eigentümergenossenschaften. Diese Bauform umfasse derzeit, so gab Gierek an, lediglich vier Prozent des gesamten Wohnungsbaus. In nur etwas mehr als 20 Städten bestünden überhaupt Eigentümergenossenschaften. Erweitert werden sollte auch der private Eigenheimbau.²⁴⁷ Finanzierungsquelle für den Genossenschafts- und den individuellen Bau sollten langfristige Kredite sein.²⁴⁸

Gierek wies in seiner Rede auch darauf hin, dass der Grundsatz, immer mehr Wohnungen zu persönlichem Eigentum zu machen, ein wesentliches Element des Wohnungsprogramms sei und vom Staat voll unterstützt werde. Die PZPR verfolge damit mehrere Ziele. Zum einen gebe das „Eigentumsrecht an einer Wohnung das Gefühl von Stabilität“. Andererseits sei es „ein zusätzlicher Ansporn, die Arbeitsproduktivität zu verbessern, denn es eröffnet eine neue Möglichkeit, die Ersparnisse zielgerichtet zu nutzen.“²⁴⁹ Dabei ging es nicht zuletzt um die Abschöpfung von Kaufkraft. „Wir verbergen doch nicht“, führte Gierek hierzu aus, „dass uns daran liegt, dass in dem Maße, wie der Wohlstand der Gesellschaft wächst, ein immer größerer Strom der individuellen Mittel der Bevölkerung auf die Befriedigung der Wohnbedürfnisse gerichtet wird.“²⁵⁰ Beim Einfamilienhausbau lasse sich die Eigenarbeit der künftigen Bewohner leichter nutzen, es würde anders und mit anderen Materialien gebaut. Deshalb wären Eigentumswohnungen und -häuser auch keine Konkurrenz zum sonstigen Wohnungsbau, sondern dessen „Ergänzung“.²⁵¹

Die rechtlichen Bedingungen zur Förderung des genossenschaftlichen und individuellen Wohnungsbaus waren schon einige Monate vor dem 5. Plenum verbessert worden. Noch während des VI. Parteitages, am 10. Dezember 1971, hatte der Ministerrat ein Paket von Einzelmaßnahmen vor allem zur Wohnungszuteilung und -finanzierung angenommen.²⁵² Bei der Zuteilung einer nichtbetrieblichen Genossenschaftswohnung entschied nun nicht mehr wie bisher das Eintrittsjahr in die Genossenschaft,²⁵³ sondern in erster Linie waren soziale Kriterien maßgebend. Wohnungen sollten vor allem Familien mit sehr schlechten oder beengten Wohnverhältnissen und junge Eheleute erhalten, die noch über keine eigene Wohnung verfügten. Berechnet auf die jeweilige Wojewodschaft waren 50% der Wohnungen an Arbeiter zu vergeben.

246 Schon der VI. Parteitag hatte beschlossen, dass das genossenschaftliche Bauwesen die „dominierende Form“ sein sollte. Beschluß, S. 307f.

247 Cel naszego perspektywicznego programu, S. 25f.

248 Uchwała V plenarnego posiedzenia, S. 101.

249 Cel naszego perspektywicznego programu, S. 24f.

250 Ebd., S. 27f.

251 Ebd., S. 26.

252 Vgl. Tadeusz Żarski: Korekta polityki mieszkaniowej [Korrekturen in der Wohnungspolitik], in: Praca i Zabezpieczenie Społeczne, XIV (1972) 4, S. 21–29. Im Einzelnen ging es um: 1. die Grundsätze der Wohnungszuteilung, 2. die Grundsätze für die Realisierung und Finanzierung des nicht privaten Wohnungsbaus, 3. die Kredithilfe des Staates für den individuellen Wohnungsbau und 4. die Veränderung des Beschlusses zur weiteren Entwicklung des Wohnungsbausparens in der Allgemeinen Sparkasse. Ebd., S. 21.

253 Dabei konnte man erst Mitglied werden, wenn man die Eigenbeiträge vollständig bezahlt hatte. Bis dahin war man Kandidat auf eine Mitgliedschaft. Für 1970 gibt Żarski 472.000 Mitglieder und 464.000 Kandidaten an. Ebd., S. 26.

Was die Finanzierung betraf, erfolgten größere Veränderungen vor allem bei Häusern, die von Eigentümergenossenschaften für mehr als vier Familien errichtet wurden. Der bisherige Eigenbeitrag von 50% der Wohnungskosten wurde auf 30% verringert und die Rückzahlfrist eines Wohnungsbaukredits, der nun 70% der Baukosten betrug, von 25 auf 30 Jahre verlängert. Zugleich führte man eine Bonusregelung ein, nach der von den Schulden 40% gestrichen wurden, wenn diese bereits vor Bezug der Wohnung getilgt waren. Nach Rückzahlung innerhalb von fünf Jahren waren es noch 30 und innerhalb von zehn Jahren 20% des Kredits, die erlassen wurden. Wenn jemand also seine Wohnung vor dem Einzug bar bezahlte, hatte er nur 72% der Wohnungsbaukosten zu tragen, damit sie vollständig in sein Eigentum überging.²⁵⁴

Günstigere Kreditbedingungen erhielten auch Personen, die im individuellen Bau ein Einfamilienhaus oder ein Mehrfamilienhaus mit bis zu vier Wohnungen errichteten. Priorität bei der Krediterteilung genossen Arbeiter besonders wichtiger Betriebe und Personen, die für ihre Betriebe unentbehrlich waren. Der aufzunehmende Kredit betrug im Allgemeinen 60% der Baukosten mit einer Rückzahlungsfrist von 30 Jahren. Sonderbedingungen erhielten Lehrer und medizinisches Fachpersonal, wenn sie auf dem Lande oder in kleinen Ortschaften bis 2.000 Einwohner bauten. Ihnen konnten dann 80% der Kosten kreditiert werden. Die Rückzahlungsfrist bei Lehrern betrug 45 Jahre. Hierbei handelte es sich offenbar um ein Lockangebot, um Lehrer und qualifizierte Mitarbeiter des Gesundheitswesens zur Niederlassung in ländlichen Regionen zu bewegen.

Das auf dem 5. Plenum des Zentralkomitees verabschiedete langfristige Wohnungsprogramm²⁵⁵ wurde von der PZPR zur „gesamtnationalen Aufgabe“ erklärt, mit der „die Kraft und die Initiative von Millionen Bürgern aktiviert“ werden sollten, denn es ginge „um eine große Sache, darum, im Zeitraum einer Generation ein zweites Polen zu erbauen – ein wohlhabenderes Polen, das den Wünschen der Bürger eines modernen Industrielandes entspricht.“²⁵⁶ Damit war der Begriff vom „Bau eines zweiten Polens“ formuliert, der in den folgenden Jahren zu einer der zentralen Losungen der PZPR werden sollte. Wie die Reden und Festlegungen des 5. Plenums zeigen, war diese Losung zu diesem Zeitpunkt auf die Verwirklichung eines sozialpolitischen Ziels ausgerichtet: die Lösung der Wohnungsfrage.

Schon bald aber erlangte der Begriff des „zweiten Polens“ eine sehr viel weiter gefasste Bestimmung. Vor allem auf die Begeisterungsfähigkeit der jungen Generation setzend, fand er in der offiziellen politischen Sprache als eine allgemeine sozialökonomische Zielprojektion Eingang. Auf dem am 27./28. November 1972 stattfindenden 7. Plenum des Zentralkomitees, das der Jugendpolitik gewidmet war, sprach Edward Gierek vom „Polen unserer Wünsche und Bestrebungen“.²⁵⁷ Die Losung „Wir erbauen ein zweites Polen“ bezeichnete

254 Żarski führt dabei folgenden Vergleich an: Eine Durchschnittswohnung von 45-46 m² würde dann ca. 145.000 Zloty kosten, d.h. etwas weniger als ein Polski Fiat 125p. Ebd., S. 28.

255 Vom Sejm beschlossen wurde das Gesetz über das perspektivische Wohnungsprogramm am 19. Oktober 1972. 100 lat, S. 369.

256 Cel naszego perspektywicznego programu, S. 22.

257 Budujemy Polskę naszych pragnień i ambicji. Przemówienie I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka [Wir erbauen das Polen unserer Wünsche und Bestrebungen. Rede des I. Sekretärs des ZK der PZPR, Edward Gierek], in: VII Plenum KC PZPR. Podstawowe dokumenty i materiały [VII. Plenum des ZK

er als „populären Ausdruck“ des sozialökonomischen Programms der Partei. Dessen „Leitgedanke“ sei, „die Produktivkräfte dynamischer zu entwickeln, die Lebensbedingungen der Werktätigen systematischer und allseitig zu verbessern, die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse und die sozialistische Kultur zu entwickeln.“ Dies sei das „Programm der ganzen Nation“ und bestimme „gleichzeitig die historische Chance und die historische Aufgabe der jungen Generation“.²⁵⁸

Ausführlicher, fast schon etwas mystisch, charakterisierten die Plenumsthesen über die „aktive Beteiligung der jungen Generation am sozialistischen Aufbau Polens“, was unter dem „zweiten Polen“ zu verstehen war: „Der Bau eines ‚zweiten Polens‘ – das ist eine Aufgabe, deren Elan die Grenzen der planerisch-statistischen Begriffe übersteigt. Er soll eine ideologische und emotionale Kategorie werden, das Erlebnis einer Generation, die praktische Verkörperung des Übergangs von der Quantität in eine neue Qualität. Das ‚zweite Polen‘ – das ist nicht nur die Vervielfachung und Modernisierung der Grundmittel und die Vervielfachung der Produktion, das ist auch die grundlegende Modernisierung des ganzen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, gestützt auf die Nutzung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution; das ist die Umgestaltung Polens in ein Land mit einem hohen Niveau von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, das den Mustern der sozialistischen Gesellschaft entspricht; das ist zugleich das Wachstum der Qualifikationen und das Aufblühen der allgemeinen Kultur der Nation auf dem der Periode des vollen Sieges der sozialistischen Verhältnisse angemessenen Niveau.“²⁵⁹

Zugleich machte die Partei die Losung vom „zweiten Polen“ zum Bestandteil der ideologischen Orientierung der Jugend auf die sozialistischen Ziele, die allerdings ganz deutlich in den Farben Weiß-Rot gehalten waren: „Polen und der Sozialismus – das sind untrennbare Werte. Die große historische Aufgabe des Baus eines ‚zweiten Polens‘ bestimmt die wesentlichsten Inhalte des gegenwärtigen Patriotismus als mächtiger Faktor des ideologischen und emotionalen Engagements, als grundlegender Werkstoff und Hauptziel der Erziehung.“²⁶⁰

Auf der Landesberatung der Jugendaktivs am 7. Februar 1973 stellte Edward Gierek den Aufbau des „zweiten Polens“ als die „Vision“ des VI. Parteitages dar. Diese „mitreißende Perspektive“ eines Polens, das „stark und modern sein“ müsse, stütze sich „auf den beständigen Boden der sich seit zwei Jahren erfolgreich bewährenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Konzeption der weiteren sozialistischen Entwicklung Polens. [...] Das moderne, starke, glückliche, sozialistische Polen ist das übergeordnete Ziel aller Polen“.²⁶¹ Der Woh-

der PZPR. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1972. S. 37–54; dt. gek. in: Gierek, Reden, S. 109–118.

258 *Budujemy Polskę*, S. 40.

259 O aktywny udział młodego pokolenia w budowie socjalistycznej Polski – zadania partii, państwa i narodu w wychowaniu młodzieży. Tezy programowe Komitetu Centralnego PZPR przyjęte przez VII plenum [Über die aktive Beteiligung der jungen Generation am Aufbau des sozialistischen Polens – die Aufgaben der Partei, des Staates und der Nation bei der Erziehung der Jugend. Programmthesen des Zentralkomitees der PZPR, angenommen durch das VII. Plenum], in: VII Plenum KC PZPR, S. 74–124, hier 75.

260 Ebd., S. 82.

261 Edward Gierek: Die polnische Jugend auf dem Boden des Programms des sozialistischen Aufbauwerkes vereinen, in: Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1973, Nr. 2, S. 1–7, hier 2.

nungsbau, der Ausgangspunkt der Losung vom „zweiten Polen“, spielte nur noch indirekt eine Rolle. Das Wohnungsprogramm vom Mai 1972 wurde weiter realisiert, doch aus dem sozialpolitischen Projekt war die Vorstellung von einem „sozialistischen Eldorado“ geworden, „in dem die lange Jahre hindurch deklarierten Versprechen von einem hohen Lebensstandard der Bürger des Staates des entwickelten Sozialismus verwirklicht werden sollten.“²⁶²

Die Entwicklung in den ersten beiden Jahren nach dem Antritt der Gierek-Equipe ergab trotz aller offenkundig andauernden Probleme eine positive Bilanz. Der Parteitag bildete gewissermaßen eine Brücke vom Notbehelf zur Strategie. Unverkennbar wurden die 1971 und 1972 zugesagten sozialen Zugeständnisse wirksam. Die neue PZPR-Führung ließ sich dabei im Interesse einer politischen Stabilisierung auf teils gewagte Vorleistungen ein: die Rücknahme der Preiserhöhungen für Lebensmittel, ohne jedoch die erfolgten Preissenkungen rückgängig zu machen, das Einfrieren der Preise für Grundnahrungsmittel, Familienbeihilfen, Anhebung von Löhnen und Renten, Verzicht auf ein neues Leistungsanreizsystem in der Industrie, Steigerung der Konsumgüterproduktion, mehr Investitionen in den Wohnungsbau und das Gesundheitswesen, Verbesserung der betrieblichen Sozialpolitik, darunter der Urlaubs- und Erholungsmöglichkeiten, die Anhebung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte, die Gesundheitsbetreuung für individuelle Landwirte, die beschäftigungs- und frauenpolitischen Maßnahmen, die Krankengeldregelung für Arbeiter und die Einbeziehung der Handwerker in die Sozialversicherung.

So unbestreitbar die Anfangserfolge waren, die mittel- und längerfristigen Konsequenzen dieses risikvollen sozialen Befriedungskurses ließen sich noch immer schwer abschätzen. Wie soziologische Befragungen aus den Jahren 1971 und 1972 zeigten, fand dieser Kurs die Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung. Im November 1972 waren zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass die Mehrheit der Polen besser lebte als zwei Jahre zuvor. Die Untersuchungen widerspiegeln aber auch erste Anzeichen, dass der Zukunftsoptimismus nachließ. Hatten im Oktober 1971 noch 87% die Meinung vertreten, dass sich die Lebensbedingungen in Polen in den nächsten Jahren verbessern würden, so war dieser Anteil im November 1972 auf 50% gesunken.²⁶³ Ein Grund dürfte darin zu suchen sein, dass die von der Gierek-Führung nach ihrem Machtantritt geweckten Erwartungen sich nicht so schnell, wie von der Bevölkerung gewünscht wurde, erfüllten und erfüllen konnten.

In der PZPR-Spitze war man sich dieses Dilemmas offenbar frühzeitig bewusst. Es ist bemerkenswert, dass die argumentative Figur einer sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgabenkopplung schon sehr bald Verwendung fand, so beispielsweise in dem „Nowe Drogi“-Beitrag von Zbigniew Sufin im Juli 1971.²⁶⁴ Auch Gierek versuchte im September 1971 Verständnis für dieses Junktim zu wecken. In der PRL erreichte man jetzt eine höhere Stufe

262 Antoni Dudek: Wydarzenia czerwcowe 1976 roku jako cezura w historii Polski lat 70 [Die Juniereignisse 1976 als Zäsur in der Geschichte Polens der 70er Jahre], MS 1987, S. 2, zit. nach: Jerzy Eisler (Hg.): Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych [Der Juni 1976 in Archivmaterialien], Warszawa 2001, Einleitung, S. 11-72, hier 14.

263 Sasanka, Czerwiec 1976, S. 46.

264 S. Anm. 69.

des sozialistischen Aufbaus. „Gegenwärtig können und sollten wir dialektisch miteinander gekoppelte Aufgaben realisieren: eine höhere Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen; die Stärkung des sozialistischen Staates und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie; die Hebung der führenden Rolle der Partei auf ein höheres Niveau und die Erweiterung der Beteiligung der Parteilosen am Mitregieren des Landes. Die harmonische Verbindung dieser Aufgaben und ihre konsequente Realisierung sind die grundlegenden Bedingungen für die richtige Politik und Arbeit der Partei.“²⁶⁵ Auch der CRZZ-Vorsitzende Władysław Kruczek sprach auf dem Parteitag im Dezember 1971 vom „richtige(n) sozialistische(n) Grundsatz der Einheit und gegenseitigen Abhängigkeit des Wachstums der materiellen Produktion sowie der Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen“.²⁶⁶ Hier zeichnete sich eine Parallele zum „Normalisierungs“-Konzept der KSČ für die Tschechoslowakei und zu der von der SED allerdings erst später für die DDR verwendeten Formel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ab.

9. Erfüllte Verpflichtungen?

Nachdem die Streikwelle des Winters 1970/71 abgeklungen war, die versprochenen Sozialmaßnahmen auch realisiert wurden und erste Wirkungen zeigten, schien die Volksrepublik in eine Periode ungeahnter Prosperität einzutreten. Auf der Landesberatung des Partei- und Wirtschaftsaktivs am 8. Januar 1973 in Warschau bilanzierten Parteichef Edward Gierek und Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz ihre beiden ersten Jahre an der Spitze von Partei und Regierung mit sichtlicher Genugtuung. „In einer meiner ersten Reden nach dem VII. Plenum des ZK²⁶⁷“, so Gierek, „habe ich gesagt, dass wir zwei Jahre brauchen, um die grundlegendsten Bedingungen für ein schnelleres Wachstum der Volkswirtschaft und eine deutlichere Verbesserung der Existenz der Werktätigen zu schaffen. Heute können wir wohl feststellen: Diese Verpflichtung erfüllen wir!“²⁶⁸

Die inzwischen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erzielten Erfolge schienen ihm recht zu geben. Jaroszewicz belegte dies mit imposanten Zahlen: Das Nationaleinkommen sei 1971 um acht und 1972 um neun Prozent gewachsen. 1972 habe die Industrieproduktion um elf Prozent und damit um vier Prozentpunkte mehr zugenommen als geplant; die Landwirtschaft verbuche 1972 ein um zwölf Prozent höheres Ergebnis als 1970. Auch die Arbeitsproduktivität sei 1972 um etwa sieben Prozent gestiegen, während der Plan „nur“ 5,1% vorgesehen habe. Der Reallohn hätte sich 1971 und 1972 zusammengenommen um mehr als

265 Zagadnienia wzrostu, S. 11 (Hervorhebungen im Original).

266 VI Zjazd, S. 384–392, hier 390.

267 Gemeint ist das 7. ZK-Plenum am 20. Dezember 1970, auf dem Gierek zum 1. Sekretär des Zentralkomitees gewählt worden war.

268 Przemówienie I sekretarza KC PZPR tow. Edwarda Gierka [Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Gen. Edward Gierek], in: Nowe Drogi, 26 (1973) 2, S. 8–14, hier 8.

zwölf Prozent erhöht. In diesen beiden Jahren wären zudem rund 264.000 Wohnungen gebaut worden, 9.500 mehr als geplant²⁶⁹

Aus diesen Ergebnissen zog die PZPR-Führung den durchaus nicht abwegigen Schluss, im Jahr 1973 höhere Ziele anvisieren zu können, als sie der Plan für 1971 bis 1975 vorsah. „Die vorhergehenden zwei Jahre haben bewiesen“, führte Gierek auf der Beratung am 8. Januar aus, „dass wir imstande sind, mehr zu erreichen, als wir vorgehabt hatten.“ Unter diesem Vorzeichen und die weitere Erfüllung der Produktionsaufgaben vorausgesetzt, sollten der Reallohn und die Geldeinkünfte der Bevölkerung bis Ende 1973 ein Niveau erreichen, wie es eigentlich erst zum Ende der Fünfjahrplanperiode vorgesehen war.²⁷⁰

Gierek erwähnte allerdings auch einige aus diesem raschen Wachstum resultierende Probleme. So werde die schnellere Erfüllung des Fünfjahrplans 1973 zu einer „Kumulation der Aufgaben“ führen. In der Industrie seien etwa 150 Großinvestitionen abzuschließen. Schwierig werde es, das Gleichgewicht der Wirtschaft und der Versorgung zu sichern, weil „wir beim geplanten Zuwachs der Geldeinkünfte der Bevölkerung an das Niveau herankommen, das wir ursprünglich für das Jahr 1975 vorgesehen hatten.“ Beim Import und Export, bei den Investitionen sowie in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sollte bereits 1973 das für das folgende Jahr geplante Niveau erreicht werden. Angesichts dieser Situation sei es von zentraler Bedeutung, die Warenproduktion für den Binnenmarkt und den Export zusätzlich zu steigern.²⁷¹

Trotz der mit dem beschleunigten Wachstum geradezu zwangsläufig verbundenen Probleme ließen weder Gierek noch Jaroszewicz einen Zweifel daran, dass sie die erhöhten Planziele für das eben begonnene Jahr für realistisch und erreichbar hielten. 1973 werde „das Schlüsseljahr bei der Realisierung des Programms des VI. Parteitages“ sein, von ihm würden die Möglichkeiten „in der weiteren Perspektive“ abhängen. Gierek kündigte an, die Frage der wirtschaftlichen Leistungssteigerung werde auf der Tagesordnung der für den Herbst des Jahres vorgesehenen Parteikonferenz stehen und appellierte an die Parteigremien und -organisationen „zu dieser Konferenz mit der größtmöglichen Leistung zu kommen“.²⁷²

Angesichts der imposanten wirtschaftlichen Ergebnisse kam es nicht allzu überraschend, wenn der Schock vom Dezember 1970 in der Funktionärschicht der PZPR allmählich Anwendungen wick, die irgendwo zwischen Arroganz und Ignoranz changierten. Am 20. September 1973 notierte Mieczysław F. Rakowski in seinem „Politischen Tagebuch“: „Mit Sorge beobachte ich, dass sich in der Partei, vor allem im Parteiapparat, eine Stimmung der Selbstzufriedenheit verstärkt.“²⁷³ Tatsächlich schien die PZPR mit Gierek an der Spitze wieder obenauf. Daran hatte allerdings der CRZZ mit seiner Unterstützung der Wirtschafts- und Konsumpolitik einen nicht ganz unwesentlichen Anteil. Seine Führungsgremien bean-

269 Referat prezesa Rady Ministrów tow. Piotra Jaroszewicza [Referat des Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Piotr Jaroszewicz], in: ebd., S. 15–36, hier 15–22.

270 Przemówienie I sekretarza, S. 9.

271 Ebd., S. 9f.

272 Ebd., S. 11.

273 Mieczysław F. Rakowski: *Dzienniki polityczne 1972–1975* [Politische Tagebücher 1972–1975], Warszawa 2002, S. 159.

spruchten daher nicht ganz ohne Grund einen verstärkten Einfluss auf die weitere Entwicklung.

So fasste das Präsidium des Zentralrates der Gewerkschaften am 28. Juni 1973 einen „Beschluss über die Erhöhung der Operativität und der Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Gesellschaftskontrolle“. Darin wurde „die Zusammenarbeit der örtlichen Gewerkschaftsleitungen mit den Nationalräten, den Organen der Einwohnerselbstverwaltung, den Kontrollorganen und anderen an der Problematik des Marktes, der Preise und Dienstleistungen interessierten Organisationen“ gefordert, um

- „die Anpassung des sich erweiternden Waren- und Dienstleistungsangebotes an den großen Bedarf der Bevölkerung,
- die Ausschaltung der Verschwendung und der Unterschlagungen beim Waren- und Dienstleistungsumsatz,
- die richtige Lokalisierung und Modernisierung des Netzes der Verkaufsstellen, der Dienstleistungen und anderer sozialer Einrichtungen für die Bedürfnisse der Stadt- und Landbewohner,
- die ständige Modernisierung der Formen der Bedienung der Bevölkerung, der Verbesserung der Versorgungsorganisation, die Erhöhung des sanitären und hygienischen Standards sowie die Verbesserung der Organisation und der Arbeitsbedingungen beim Handel, bei der Gemeinschaftsverpflegung und den Dienstleistungen“ zu unterstützen.²⁷⁴

Man wird die Wirkung dieser am 1. Juli 1973 in Kraft tretenden Richtlinien nicht überschätzen dürfen, doch bestätigen sie in ihrer Grundrichtung die starke Konsumorientierung der Sozialpolitik nach dem Dezember 1970. In der PRL des Jahres 1973 war dieser Aspekt sicher weitgehend konsensfähig. Allerdings gab es zu dieser Zeit auch sehr unterschiedliche Wahrnehmungen. So veröffentlichte die Gewerkschaftszeitung „Głos Pracy“ am 3. Oktober einen Kommentar, der die wirtschaftlichen Voraussetzungen dieser Politik kritisch beleuchtete: „Der Anteil der produktiveren Arbeit am Produktionszuwachs war entschieden zu niedrig – wie dies während der 9. Plenartagung das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Juni feststellte. Es tritt auch weiterhin, besonders in der Industrie, die übermächtige traditionelle Tendenz auf, neue Werkstätte einzustellen, da dies als leichtere, einfachere und angeblich billigere Methode zur Erfüllung der Aufgaben betrachtet wird. Die Konsequenzen dieser Praxis wenden sich gegen alle Beschäftigten, gegen die gesamte wirtschaftende Gesellschaft.“²⁷⁵

Zwei Wochen darauf ging dieselbe Zeitung mit einem Beitrag zur bevorstehenden Landesparteiokonferenz der PZPR auf die heikle Lohnproblematik ein – und zeichnete ein recht positives Bild. Demnach war die Wachstumsdynamik der Reallöhne innerhalb der Jahre

274 SAPMO-BArch, DY 34, 9540, Bulletin des Zentralrates der Gewerkschaften der VRP Nr. 9/1973 (Bulletin Centralnej Rady Związków Zawodowych): Beschluß des Präsidiums des Zentralrates der Gewerkschaften vom 28. Juni 1973 über die Erhöhung der Operativität und der Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Gesellschaftskontrolle.

275 SAPMO-BArch, DY 34, 10569, Głos Pracy, Nr. 236, 3.10.1973; S. 1f. (Übersetzung Nr. 2472/73): Wiesław Wesółowski: Unser Kommentar: Achtet auf die Arbeitsproduktivität.

1971 bis 1973 – bezogen auf je einen Beschäftigten – „dreimal höher als die im vorangegangenen Jahrfünft erzielte“. Polen habe damit die höchsten Lohnzuwächse unter allen Mitgliedsländern des RGW. Es sei nun angebracht, „das Wachstumstempo der Löhne den Ergebnissen gegenüberzustellen, die die Effektivität des Wirtschaftens veranschaulichen, da erst der Vergleich dieser Angaben ein echtes Bild der Wechselbeziehungen ergibt.“ Während der Plan bei den Reallöhnen um 80–90 Mrd. Zloty überschritten worden sei, habe die über die ursprünglichen Planwerte hinausgehende Produktion einen Wert von etwa 110 Mrd. Zloty erreicht „Der Zuwachs des Nationaleinkommens wurde zu einem Drittel für die Erhöhung des Verbrauchs und zu zwei Dritteln für die Modernisierung, den Ausbau und die Festigung der Wirtschaft verwendet. Demnach ermöglicht eben die bessere Arbeit die Verbesserung der Lebensbedingungen; den am meisten unmittelbaren Ausdruck dessen bildet das Wachstum der Reallöhne.“²⁷⁶

Große wirtschafts- und sozialpolitische Vorhaben fördern bei den Akteuren wohl immer und überall die Tendenz, die Dinge schönzurechnen. Auch in Polen war man davor nicht gefeit. Allerdings erloschen hier die warnenden und kritischen Stimmen nicht, wie der am 3. Oktober von „Głos Pracy“ veröffentlichte Kommentar zeigte.

Die Landeskonferenz der PZPR fand am 22. und 23. Oktober 1973 in Warschau statt. Sie war die erste in der Geschichte der Partei. Gierek hatte auf dem VI. Parteitag im Programmreferat erklärt, dem Zentralkomitee solle die „statutengemäße Pflicht auferlegt werden“, in der Mitte zwischen den Parteitagen eine landesweite Parteikonferenz einzuberufen.²⁷⁷ Das auf dem Parteitag angenommene Statut machte aber Parteikonferenzen nicht zur Pflicht, sondern sah nur vor, dass eine solche zwischen den Parteitagen „nötigenfalls“ einberufen werden könne.²⁷⁸ Schon auf dem 5. ZK-Plenum im Mai 1972 hatte Gierek durchblicken lassen, dass eine Landesparteiokonferenz die Aufgaben für den laufenden Fünfjahrplan erhöhen werde, wenn die wirtschaftlichen Ergebnisse dies erlaubten.²⁷⁹ Nachdem nun im Januar 1973 mit dem Plan für das laufende Jahr der Anfang gemacht worden war, setzte die Parteikonferenz die Produktionsziele für 1974 und 1975 teils deutlich herauf.

Während Edward Gierek im Referat des Zentralkomitees vor allem den Zeitraum seit 1971 bilanzierte,²⁸⁰ umriss Ministerpräsident Jaroszewicz die Aufgaben für die beiden letzten

276 SAPMO-BArch, DY 34, 10569, Głos Pracy, Nr. 247, 16.10.1973, S. 3. (Übersetzung Nr. 2544/73), Wiesław Wesołowski: Vor der I. Landesparteiokonferenz der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei: Die Lohnbilanz der eintausend Tage.

277 Aufgaben der Partei, S. 195.

278 Beschluß, S. 437.

279 Cel naszego perspektywicznego programu, S. 18.

280 O konsekwentną realizację uchwały VI Zjazdu, o dalszy wyrost gospodarności. Referat Komitetu Centralnego PZPR, wygłoszonego przez I sekretarza KC PZPR, Edwarda Gierka [Für die konsequente Realisierung des Beschlusses des VI. Parteitages, für die weitere Zunahme der Wirtschaftlichkeit. Referat des Zentralkomitees der PZPR, gehalten durch den I. Sekretär des ZK der PZPR, Edward Gierek], in: I. Krajowa Konferencja PZPR. 22–23 października 1973 r. Podstawowe dokumenty i materiały [I. Landeskonferenz der PZPR. 22.–23. Oktober 1973. Grundlegende Dokumente und Materialien], Warszawa 1973, S. 13–70; dt. Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1973, Nr. 10, S. 7–62. Größere Auszüge auch in: Edward Gierek: Für die konsequente Realisierung der Beschlüsse des VI. Parteitages, für die weitere Steigerung der Effektivität. Aus

Jahre des Fünfjahrplans.²⁸¹ Dabei schlug er vor, für die Jahre 1974–1975 zusätzliche, den Beschluss des VI. Parteitages und die Fünfjahrplanziele übertreffende Entwicklungsaufgaben für das Land zu beschließen. Selbst wenn man auch alle ungünstigen Umstände in Betracht ziehe, könne man sie „durch ein besseres Wirtschaften und eine leistungsfähigere Leitungstätigkeit auf allen Stufen der Wirtschaft und Verwaltung ausgleichen.“²⁸² Dieser optimistischen Sicht entsprachen nun auch die Festlegungen.

Die Lieferungen für den Binnenmarkt sollten um 130, die Exportproduktion um 120 Mrd. Złoty über den Plan hinaus steigen. An Investitionen waren zusätzlich 150 Mrd. Złoty für die Industrie, 13 Mrd. Złoty für die Landwirtschaft, 20 Mrd. Złoty für den Wohnungsbau, 16 Mrd. Złoty für die Kommunalwirtschaft und über fünf Mrd. Złoty für den Gesundheitsschutz vorgesehen.²⁸³ Der Nettoanteil der Investitionen am Nationaleinkommen sollte von 25,6% 1973 auf 26,3% 1974 ansteigen. „Dies wird“, unterstrich Jaroszewicz, „die höchste Belastung des Nationaleinkommens mit Investitionen in der bisherigen Entwicklung Volkspolens sein.“ Die überplanmäßige Steigerung des Nationaleinkommens habe diese Entscheidung ermöglicht. Um auf diesem Weg weiter voranzukommen und dabei eine harmonische und dynamische Entwicklung zu gewährleisten, müsse nun die Steigerung des Nationaleinkommens „mit allen Mitteln“ beschleunigt werden.“²⁸⁴ Zum Vergleich: Der Anteil des für Investitionen verwendeten Nationaleinkommens lag zu dieser Zeit in der DDR bei ungefähr 23%.²⁸⁵

Insgesamt sollten die Investitionen in den Jahren 1971 bis 1975 nach der Plankorrektur 1.900 Mrd. Złoty betragen, ursprünglich waren es 1.454 Mrd. Złoty gewesen.²⁸⁶ Das bedeutete eine Anhebung um mehr als 30%. Gegenüber dem bisherigen Plan setzte die Landeskongress der PZPR die neuen Kennziffern deutlich herauf.

dem Referat des Zentralkomitees der PVAP, gehalten auf der I. Landeskongress der PVAP. 22. Oktober 1973, in: ders.: Reden, S. 142–178.

281 O wysoką dynamikę społeczno-ekonomicznego rozwoju Polski w latach 1974–1975. Wystąpienie członka Biura Politycznego KC PZPR, premiera Piotra Jaroszewicza [Für eine hohe Dynamik der sozial-ökonomischen Entwicklung Polens in den Jahren 1974–1975. Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der PZPR, Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz], in: I. Krajowa Konferencja, S. 71–104; dt. Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1973, S. 63–83, 103–115.

282 Jaroszewicz auf der I. Landeskongress, Informationsbulletin, S. 66.

283 Ebd., S. 64, 67, 80.

284 Ebd., S. 80f.

285 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 (Bd. SBZ/DDR), Verf.: André Steiner unter Mitarbeit von Matthias Judt und Thomas Reichel, Bonn 2006, S. 67, Tab. 0.3.5. Vgl. auch StJB DDR 1985, Berlin 1985, S. 102.

286 Andrzej Jezierski/Barbara Petz: Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944–1985 [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944–1985], Warszawa 1988, S. 339.

Tabelle 9

Veränderung der Plankennziffern durch die Landeskonferenz 1973 der PZPR (1970=100)

Spezifikation	Plan	Plankorrektur
Produziertes Nationaleinkommen	139	155
Industrieproduktion insgesamt	150	166
Landwirtschaftsproduktion insgesamt	119–121	125,5
Reallohn	118	138
Export	155	202
Konsum	139	149–150

Quelle: Andrzej Jezierski/Barbara Petz: Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944–1985 [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944–1985], Warszawa 1988, S. 339, Tabelle XXXIX.1. Die Autoren stützen sich auf den VII. PZPR-Parteitag 1975. Vermutlich deshalb weichen die Angaben zum Plan z.T. geringfügig sowohl von den Kennziffern des VI. Parteitages als auch vom 1972 beschlossenen Plan ab. Die Tendenz ist aber deutlich erkennbar.

Im Gefolge der auf der 1. Parteikonferenz vorgenommenen Plankorrekturen stieg der mit 33% 1973 ohnehin schon hohe Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen weiter an und erreichte 1974 das „gefährliche Niveau“ von 35,6%.²⁸⁷

Manche der verantwortlichen Akteure betrachteten ihre Entscheidung später überaus kritisch. So hielt Piotr Jaroszewicz die im Oktober 1973 beschlossene Anhebung wesentlicher wirtschaftlicher und sozialer Zielmarken rückblickend für einen Fehler. Der Erfolg, der beim Anstieg der Löhne und des Konsums sowie bei den Investitionen erreicht worden sei, habe dazu beigetragen, dass die 1. Landeskonferenz der PZPR an diesem Kurs festhielt und die Ziele mitten im Planjahr fünf heraussetzte. Allerdings habe es auch Gegner dieser Entscheidung sowohl in der Regierung als auch in der Partei gegeben. „Heute meine ich“, so Jaroszewicz kurz nach dem Ende der PRL, „dass man hätte dagegen sein müssen und kein weiteres Investitionswachstum hätte zulassen dürfen.“²⁸⁸ Auch der Gierek-Biograph Janusz Rolicki sah die Parteikonferenz, auf der ein „wahrer ökonomischer Hurratriotismus“ geherrscht habe, ähnlich: „Die auf dieser Konferenz getroffenen Entscheidungen bewirkten eine unvermeidliche Atemnot der ganzen Wirtschaft.“²⁸⁹

Das wirft die Frage auf, weshalb die PZPR-Führung im Herbst 1973 geradezu von einem Erfolgs-Rausch erfasst war. Sie beließ es nämlich nicht bei den erhöhten ökonomischen Kennziffern, sie legte auch ein neues, sehr umfangreiches Sozialprogramm auf. Dieses stand beim 12. ZK-Plenum am 18. Januar 1974 auf der Tagesordnung. Edward Gierek bezeichnete es als „das erste und Hauptziel“ dieses Programms, für alle Beschäftigten eine Einkommensverbesserung nicht nur als Folge höherer Arbeitsproduktivität, sondern auch durch eine Lohnregulierung zu gewährleisten. „Als wir die Strategie des VI. Parteitages vorbereiteten“, führte er aus, „konnten wir uns eine solche Aufgabe nicht stellen. Sie hätte keine Deckung

287 Andrzej Friszke: Polska Gierka [Das Polen Giereks], Warszawa 1995, S. 31. S.a. Paczkowski, Pół wieku, S. 402.

288 Jaroszewicz/Roliński, Przerwyam milczenie, S. 188.

289 Janusz Rolicki: Edward Gierek. Życie i narodziny legendy [Edward Gierek. Leben und Geburt einer Legende], Warszawa 2002, S. 207.

durch die damals bestehenden wirtschaftlichen Möglichkeiten gehabt.“ Daher wäre die Partei davon ausgegangen, für knapp die Hälfte der Beschäftigten in der staatlichen Wirtschaft die Löhne regulieren zu können. Die 1. Landesparteiikonferenz habe daran angeknüpft, aber noch nicht entschieden, ob eine Regulierung alle Löhne erfassen sollte. Jetzt aber schlage die Partei in Übereinstimmung mit der Linie ihrer gesamten Politik eine solche Entscheidung vor. Das zweite, „nicht weniger wichtige“ Ziel des Programms betreffe die Anhebung der niedrigsten Löhne, Pensionen und Renten sowie die Reform der Familienbeihilfen.²⁹⁰

Dieses Programm, betonte Gierek die damit verbundene gesellschaftspolitische Intention, solle zugleich auch „die grundlegenden Prinzipien des Sozialismus stärken“. Es sei ein unveräußerliches Merkmal „unserer Gesellschaftsordnung“, das soziale Wohlergehen als dialektische Einheit von materieller Zufriedenheit der arbeitenden Menschen durch die Erhöhung ihrer Reallöhne bei gleichzeitiger Realisierung eines im weiten Sinne verstandenen sozialen Fortschritts sowie der Verbesserung der Situation von Familien, Frauen, Kindern, der älteren Menschen und der Arbeitsveteranen aufzufassen. Auch ermöglichten die vorgeschlagenen Lohnerhöhungen „eine bessere, vollständigere Realisierung des sozialistischen Prinzips, dass der Lohn den Resultaten der Arbeit entspricht“.²⁹¹

Das mochte plausibel erscheinen, doch gründete vieles davon auf dem Prinzip Hoffnung. Darauf machte auch Gierek aufmerksam, als er für die Realisierung des neuen Sozialprogramms „zusätzliche, ernste Anstrengungen“ in Aussicht stellte. Der „grundlegende, langfristige und dauerhafte Faktor für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Gesellschaft und der sozialen Lage der Werktätigen“ sei nun einmal die zunehmende Effektivität des Wirtschaftens. „Es gibt keinen anderen Weg zum höheren Lebensstandard und zum gesellschaftlichen Wohlergehen als immer zuverlässigere, produktivere, höher qualifizierte und besser organisierte Arbeit, die rationelle Ausnutzung der Produktivkräfte, der Ressourcen und Materialien. Und gerade auf diese Fragen müssen wir gegenwärtig alle unsere Anstrengungen konzentrieren.“²⁹²

290 Kroczy my konsekwentnie i niezłomnie drogą wytyczoną przez VI Zjazd PZPR. Przemówienie I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka nach XII Plenum Komitetu Centralnego PZPR w dniu 18 stycznia 1974 r. [Wir schreiten konsequent und fest auf dem durch den VI. Parteitag der PZPR abgesteckten Weg. Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Edward Gierek, auf dem XII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR am 18. Januar 1974], in: Program realizacji postanowień I Krajowej Konferencji PZPR. Przemówienie Edwarda Gierka nach XII Plenum KC PZPR w dniu 18 stycznia 1974 r. Przemówienie Piotra Jaroszewicza i Jana Szydłaka na sesji Sejmu PRL w dniu 19 stycznia 1974 r. [Das Programm zur Realisierung der Beschlüsse der I. Landeskonferenz der PZPR. Rede von Edward Gierek auf dem XII. Plenum des ZK der PZPR am 18. Januar 1974. Rede von Piotr Jaroszewicz und Jan Szydłak auf der Sejmsitzung der PRL am 19. Januar 1974], Warszawa 1974, S. 11–18, hier 12f.

291 Ebd., S. 13.

292 Ebd., S. 14f.

10. „...wir müssen nach dem Größeren greifen“

Diese Spannung zwischen den ambitionierten Zielen und der Forderung nach größeren Anstrengungen fiel offenbar schon Zeitgenossen auf, und man fragt sich, warum die Gierek-Equipe dieses Risiko einging. Gierek selbst versuchte die Antwort darauf zu geben, als er die andauernde sozialpolitische Herausforderung erwähnte. Die PZPR-Führung nehme ein, „neues, ambitioniertes Programm in Angriff“, obwohl bei den Löhnen und sozialen Bedingungen bereits übererfüllt sei, was der VI. Parteitag beschlossen habe. Für den „in den letzten Jahren erreichte(n) sozial-ökonomische(n) Fortschritt (gebe es) keinen Präzedenzfall“ in den vergangenen 30 Jahren. Das neue Programm beinhalte eine schwere und verantwortungsvolle, aber richtige Aufgabe, denn: „Wir dürfen uns nicht mit dem Geringeren begnügen, wir müssen nach dem Größeren greifen. Wir haben weiterhin viele dringende und nicht befriedigte Bedürfnisse. Viele Familien von Werktätigen schlagen sich mit Schwierigkeiten herum. [...] Gegenwärtig machen wir das, was wir uns in der aktuellen Situation leisten können.“²⁹³

Diese Argumente verdienen genauere Betrachtung. Sie besagten zum einen, dass die PZPR unter dem Druck sozialer Probleme und Forderungen bereits mehr Ressourcen in die Sozial- und Konsumpolitik gepumpt hatte, als man ursprünglich vorgesehen hatte. Zum anderen war die soziale Lage für erhebliche Teile der Bevölkerung weiterhin so angespannt, dass nach wie vor Handlungsbedarf bestand. Schließlich – und das sollte zum springenden Punkt werden – begriff sich die Gierek-Equipe als Sachwalter der aufgestauten sozialen Hoffnungen und Erwartungen und setzte angesichts eines durchaus relevanten Vertrauensbonus auf Risiko.

Diese Formel, man müsse nach dem Größeren greifen, sollte wohl auch als Lesehilfe für das Referat des Ministerpräsidenten dienen. Es stand im Mittelpunkt des 12. Plenums am 18. Januar 1974. Am folgenden Tag erläuterte Jaroszewicz im Sejm detailliert die vorgesehenen Maßnahmen.²⁹⁴ In seiner Sejm-Rede hob er hervor, dass die vom PZPR-Parteitag beschlossenen Aufgaben zur Erhöhung des Lebensstandards und zur Lösung der grundlegenden sozialen Probleme bereits erfüllt seien und dass erstmalig in der Geschichte der PRL innerhalb von drei Jahren die Reallöhne so gestiegen seien, wie es der ganze Fünfjahrplan vorgesehen hätte. Der Hinweis, dies sei das Ergebnis eines „besonders ambitionierten Planes“²⁹⁵ ließ es konsequent erscheinen, weiterhin „ambitioniert“ vorzugehen.

Man habe vor der Frage gestanden, fuhr Jaroszewicz fort, „welche Politik wir weiter durchführen sollen. Sollen wir uns mit der Realisierung des Planes der sozialen Aufgaben, die für die Jahre 1974–1975 festgelegt wurden, begnügen? Oder sollen wir weitere, zusätzli-

293 Ebd., S. 16f.

294 Rządowy program realizacji postanowień I Krajowej Konferencji PZPR. Przemówienie prezesa Rady Ministrów Piotra Jaroszewicza na sesji Sejmu PRL w dniu 19 stycznia 1974 r. [Das Regierungsprogramm zur Realisierung der Beschlüsse der I. Landeskonferenz der PZPR. Rede des Vorsitzenden des Ministerrates Piotr Jaroszewicz auf der Sejmsitzung der PRL am 19. Januar 1974], in: Program realizacji, S. 21–46. Das von Jaroszewicz vorgestellte Sozialprogramm nahm der Sejm noch am selben Tag an. Vgl. 100 lat, S. 380.

295 Rządowy program, S. 24.

che höhere Lohn- und Sozialaufgaben in Angriff nehmen“?²⁹⁶ Bedarf hierfür sei zweifellos vorhanden. Da 4,5 Mio. Beschäftigte, darunter Berufsgruppen, die für Entwicklung des Landes und das Lebensniveau „ungewöhnlich wichtig“ wären, von den Lohnregulierungen und -erhöhungen seit dem VI. Parteitag noch nicht erreicht worden seien, solle dies nunmehr bis spätestens zum 1. Januar 1976 geschehen.²⁹⁷ Die erforderlichen Kosten bezifferte Jaroszewicz mit jährlich 20 Mrd. Złoty, zusammen mit bisherigen Lohnregulierungen würden sie von 1971 bis 1975 jährlich 44 Mrd. Złoty betragen.

Diese „Lohnregulierungen“, faktisch also Lohnsteigerungen, sollten zeitlich gestaffelt ab 1. Februar 1974 vorgenommen werden. Zuerst erfassten sie etwa eine halbe Million der im Bergbau, der Erdölwirtschaft und in den Steinbrüchen Beschäftigten. Jaroszewicz begründete die Priorität mit deren besonderer Rolle für die Wirtschaft, dem hohen gesellschaftlichen Rang und der Schwere der Arbeit. Gleichzeitig betonte er aber, dass es um die Erhöhung der Kohleförderung ging, um neben dem Landesbedarf „in bedeutend breiterem Maße“²⁹⁸ die Exportbedürfnisse zu befriedigen. Das sei auch Schlussfolgerung aus der Brennstoff- und Energiekrise in den kapitalistischen Ländern.

Ebenfalls zum 1. Februar sollten die Löhne für die im Bereich der Stadt- und Regionalplanung Tätigen angehoben werden. Dem wollte man ab April 1974 beinahe im Monatstakt Lohnsteigerungen für verschiedene Berufsgruppen folgen lassen, weitere kündigte Jaroszewicz für 1975 an. Angesichts der nahezu flächendeckenden Lohnerhöhungen stellte sich auch die Frage nach einer Anhebung des Mindestlohnes. Dies sei, so Jaroszewicz „vom Gesichtspunkt der Grundsätze sozialer Gerechtigkeit ein Problem von großer Bedeutung“.²⁹⁹ Daher wurde ab 1. August 1974 der niedrigste Lohn um 200 auf 1.200 Złoty angehoben. Im Sejm erklärte der Ministerpräsident, dieses Zweijahresprogramm habe einen „komplexen Charakter“ und schließe „den Zyklus zur Regulierung der Lohnsysteme und ihrer Erhöhungen in der gesamten vergesellschafteten Wirtschaft ab.“³⁰⁰ Bereits ab 1. Januar des laufenden Jahres, also rückwirkend, waren Prämienfonds schrittweise in solchen Betrieben einzuführen, die bisher einen solchen nicht besaßen.

Ein wichtiger Bestandteil des von Jaroszewicz vorgestellten Sozialprogramms war die Einführung arbeitsfreier Sonnabende. Im laufenden Jahr sollte es sechs, 1975 dann zwölf arbeitsfreie Sonnabende geben.³⁰¹ Das entsprach der Zielsetzung des VI. Parteitages, der einen freien Sonnabend pro Monat in Aussicht gestellt hatte, allerdings ohne dies zeitlich zu konkretisieren. Sehr allgemein äußerte sich der Ministerpräsident zu einer möglichen Verkürzung der Arbeitszeit. Diese sollte nach und nach auf 42 Wochenstunden verringert werden.³⁰²

296 Ebd., S. 25. Die nachfolgenden detaillierten Maßnahmen vgl. ebd., S. 25–40.

297 Ebd., S. 25.

298 Ebd., S. 27.

299 Ebd., S. 30.

300 Ebd., S. 31.

301 Einen entsprechenden Beschluss nahm der Ministerrat am 8. Februar 1974 an. Vgl. 100 lat, S. 380.

302 Auch der Parteitag hatte eine Senkung der Arbeitszeit auf 42–43 Stunden je Woche erst nach 1975 für möglich erachtet.

Ausführlich stellte Jaroszewicz die geplanten Rentenerhöhungen vor. Sie seien „seit vielen Jahren Gegenstand von Arbeiterforderungen“ gewesen.³⁰³ Ab 1. August 1974 sollten nun die niedrigsten Pensionen auf 1.000 Złoty und die Mindestrenten um durchschnittlich 130 Złoty steigen. Davon wäre etwa eine Million Menschen und damit ein Drittel der Pensionäre und Rentner betroffen. Zum gleichen Zeitpunkt würden auch Leistungen für Kriegsinvaliden und Kombattanten sowie ein Teil der Invalidenrenten angehoben. Für die Renten- und Pensionserhöhungen seien jährlich ca. 2,1 Mrd. Złoty vorgesehen. Darüber hinaus plane man eine grundlegende und schrittweise Reform bei der Höhe der Renten und Pensionen.

Ab 1. Juli 1975 sollte ein freiwilliger Eintritt in die Rente möglich sein, wenn die erforderliche Zahl an Arbeitsjahren erreicht war. Das zielte unverkennbar auf eine Entlastung des Arbeitsplatzangebotes. Bei Frauen war bereits ein Rentenbezug möglich, wenn ihnen bis zum regulären Eintritt ins Rentenalter nicht mehr als fünf Jahre fehlten und sie zehn Arbeitsjahre mehr als gesetzlich gefordert aufweisen konnten. Nun sollte für sie ein Rentenbeginn möglich sein, wenn sie das vorgeschriebene Rentenalter erreicht hatten und ihnen nicht mehr als fünf Jahre der für eine Rente nötigen Arbeitsjahre fehlten.

Erhöht wurden auch die Ende der 1960er Jahre von der vorigen Parteiführung unter Gomułka eingeführten Renten von Landwirten, die ihre Wirtschaften an den Staat übergaben. Die Praxis habe bewiesen, begründete Jaroszewicz diesen Schritt, dass das niedrige Niveau der betreffenden Renten „diesen notwendigen Prozess“³⁰⁴ behindere. Daher sah das Programm vor, die Renten im Gegenzug für übergebene Wirtschaften um die Hälfte auf ca. 1.500 Złoty und maximal auf 2.500 Złoty anzuheben. Die Höhe der Rente war von der Produktivität und Effektivität der übergebenen Wirtschaft abhängig.

Ein weiterer Teil des Sozialprogramms betraf die Familienbeihilfen, die in zwei Etappen auf ein neues System umgestellt werden sollten. Die Einkommensgrenze pro Kopf, bis zu der Familien eine erhöhte Zulage erhielten, stieg ab 1. August 1974 von 1.000 Złoty auf 1.400 Złoty, die Zulage ab dem dritten Kind erhöhte sich um 150 Złoty. Mütter, die nicht berufstätig waren und drei oder mehr Kinder erzogen, sollten je nach Einkommen monatlich eine um 100 bzw. 50 Złoty höhere finanzielle Leistung bekommen. Vorgesehen war auch, für ein körperbehindertes Kind 500 Złoty im Monat mehr zu zahlen. Der Beginn der zweiten Reformetappe war für den 1. Januar 1975 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt würden die Leistungen und die entsprechenden Beihilfen für das erste Kind nichtarbeitender Mütter um 50 und das zweite um 100 Złoty angehoben. Eine Familie mit drei von der Mutter zu Hause betreuten Kindern sollte ab 1. August 1974 somit 305 Złoty und ab Jahresanfang 1975 weitere 235 Złoty als Mindestleistung erhalten können. Den Umfang der ab 1975 zu zahlenden Familienbeihilfen gab Jaroszewicz mit jährlich etwa acht Mrd. Złoty an.

Klarheit in ein schwieriges Kapitel sollte eine „gesetzliche Regelung für das gesellschaftlich anwachsende Problem der Alimentenzahlungen“ bringen.³⁰⁵ Diejenigen, die sich Alimentenzahlung entzogen, mussten nun mit bedeutend schärferen rechtlichen und wirtschaftlichen Sanktionen rechnen. Zugleich war die Bildung eines Alimentenfonds vorgesehen, aus dem ab 1. Januar 1975 Zahlungen an Berechtigte erfolgen konnten. Ein entsprechendes

303 Rządowy program, S. 33.

304 Ebd., S. 38.

305 Ebd., S. 35.

Gesetz beschloss der Sejm am 18. Juli 1974.³⁰⁶ Für die Studenten brachte das Sozialprogramm günstigere Stipendienregelungen. Ab dem 1. Oktober 1974 würden demnach die Zahl der Stipendien um 15% wachsen und die niedrigsten Stipendien von 400 auf 600 Złoty monatlich ansteigen.

Die Kosten dieses komplexen Sozialprogramms bezifferte Jaroszewicz in seiner Sejmrede für das laufende Jahr 1974 auf fast 19 und für 1975 auf etwa 36 Mrd. Złoty. Als Hauptquellen seiner Finanzierung nannte er den ständigen Anstieg der Arbeitsproduktivität, die Verbesserung der ökonomischen Produktionskennziffern sowie die systematische Erhöhung der Wirtschaftseffektivität. Hier allerdings lag der Hase im Pfeffer. Denn sowohl im engsten Führungszirkel der PZPR wie auch in der Regierung galt es als ausgemacht, dass diese Faktoren allein nicht genügen würden, um die nötigen Mittel aufzubringen. Jaroszewicz machte daraus auch kein Hehl: „Jedoch alles das, was wir in den nächsten Jahren zusätzlich erarbeiten und erwirtschaften können, reicht für die Finanzierung der Gesamtheit der heute vorgestellten Lohn- und sozialen Vorhaben nicht aus.“ Daher sei es nötig, einen Teil der zusätzlichen Einkommen zurückzuholen und die Preise für einige Artikel und Dienstleistungen zu verändern, d.h. zu erhöhen.³⁰⁷

Aber es ging nicht nur um Einkommen, die Menschen mussten dafür auch etwas kaufen können, in erster Linie Nahrungsmittel. Schon in seiner Rede auf der Landesparteiokonferenz im Oktober 1973 hatte PZPR-Chef Edward Gierek es als „erstrangige Aufgabe“ der Partei bezeichnet, „ein langfristiges Komplexprogramm der besseren Befriedigung der Ernährungsbedürfnisse unseres Volkes“ auszuarbeiten und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen. Polen werde die Möglichkeiten nutzen, die der internationale Handel und die Zusammenarbeit bei der Lebensmittelproduktion böten, doch sei „für unsere Volksernährung die Ausnutzung unserer eigenen Ressourcen entscheidend“. Die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf betrage in Polen einen halben Hektar, die Bevölkerung könne aber ernährt werden, wenn der Boden „gut und nach modernen Gesichtspunkten bebaut wird“.³⁰⁸ Gierek hatte auch angekündigt, dass sich das Politbüro in Kürze mit einem „Komplexprogramm der Nahrungsgüterwirtschaft“ beschäftigen werde, das die „generellen Vorhaben zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Versorgung der Landwirtschaft mit industriell hergestellten Produktionsmitteln“ zusammenfasse.³⁰⁹

Wieder einmal kam auch das heikle Problem der Marktversorgung vor allem mit Fleisch zur Sprache. In den kommenden beiden Jahren müssten die Lieferungen für den Markt „maximal“ steigen, verlangte Gierek. Angebot und Nachfrage bei bestimmten Warengruppen seien „harmonischer aufeinander abzustimmen“. Als „ganz besonders wichtig“ betrachte man gegenwärtig die Versorgung mit Fleisch und Fleischprodukten. Zwar habe sich inzwischen die Liefermenge bedeutend erhöht, doch sei im Verlauf von drei Jahren der Fleisch-

306 Vgl. 100 lat, S. 383.

307 Rządowy program, S. 40.

308 Gierek, Für die konsequente Realisierung, S.149.

309 Ebd., S. 150.

verbrauch pro Kopf um 8,5 kg gestiegen. So halte leider „die Entwicklung der Produktion mit dem heutigen und weiter schnell wachsenden Bedarf nicht Schritt“.³¹⁰

Allen Anstrengungen zum Trotz wurde die Situation auch in den folgenden Monaten nicht besser. Ein halbes Jahr später sprach der Ministerpräsident auf dem 14. Plenum des PZPR-Zentralkomitees am 25. Juni 1974 bereits davon, dass die Partei die Marktversorgung mit Fleisch und Fleischerzeugnissen mit „besonderer Sorge“ betrachte. Für 1974 erwartete er einen Fleischverbrauch von etwa 64 kg pro Kopf und damit mehr als die 62 bis 63 kg, die der Fünfjahrplan für 1975 vorhergesehen hatte.³¹¹ Auf den ersten Blick erschien die Differenz zwar nicht dramatisch, doch hatte sie das Potential zu einem erheblichen psychologischen und politischen Handicap.

310 Ebd., S. 152.

311 Dynamiczny rozwój gospodarki narodowej, systematyczne zaspokajanie potrzeb społecznych. Informacja o realizacji zadań społeczno-gospodarczych przedstawiona przez członka Biura Politycznego, premiera Piotra Jaroszewicza [Dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft, systematische Befriedigung der sozialen Bedürfnisse. Information über die Realisierung der sozial-ökonomischen Aufgaben, vorgestellt durch das Mitglied des Politbüros, den Ministerpräsidenten Piotr Jaroszewicz], in: XIV Plenum KC PZPR. 25 czerwca 1974 r. Podstawowe dokumenty i materiały [XIV. Plenum des ZK der PZPR. 25 Juni 1974. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1974, S. 7–26, hier 10f.

Sozial- und Konsumpolitik aus Leistung und auf Pump: die PRL 1974–1976

1. *Eine neue Fleischkrise*
2. *Fünffjahresbilanz: „La belle époque des realen Sozialismus“?*
3. *Der Weg in die Schuldenfalle*
4. *Flucht nach vorn*
5. *Der „Preistanz“*

1. Eine neue Fleischkrise

Nach einer kurzen Stabilisierungsphase brach das polnische Dauerproblem des Fleischmangels wieder offen aus. Daran änderte es auch nichts, dass dieser Mangel relativ war und durch steigenden Konsum verschärft wurde. Wie er sich im Alltag auswirkte, hielt Mieczysław F. Rakowski in seinem Tagebuch fest: Am 12. März 1974 hatte er sich mit dem Minister für Maschinenbau, Tadeusz Wrzaszczyk (1932–2002), getroffen. Dieser berichtete Rakowski von einem Streik in Gostynin (südöstlich von Plock). Im Februar streikten dort in der Fabrik „Polam“ über 700 Beschäftigte zwei Tage lang. Es war, wie sich aus einer Notiz des Innenministeriums vom 30. Dezember 1977 über „Arbeitsunterbrechungen“ von 1973 bis 1975 ergibt, der „ernsthafte Streik“ in diesem Zeitraum.¹ Wie Wrzaszczyk berichtete, war der Streik „vor dem Hintergrund des Fleischmangels“ ausgebrochen, aufgrund „des Unrechts“ seitens der lokalen Machthaber. Rakowski beschreibt eine absurde Situation: Ein Fleischladen wurde mit Ware beliefert, „auf die schon eine Schlange wartete. Ehe jedoch der Verkauf begann, kauften ‚von hinten‘ die Mitarbeiter des Kreiskomitees der PZPR, die Stadtbehörden, die Miliz und der Sicherheitsdienst die besten Stücke auf. Nun, und die Frauen in der Schlange hielten das nicht aus. Sie hetzten ihre Männer auf. Natürlich wurde im Bericht der Kommission, die zur Untersuchung der Streikursachen berufen wurde, mit keinem Wort an diese Sache als Ursache des Ausbruchs der Unzufriedenheit erinnert.“²

Gut zwei Wochen später, am 29. März 1974, traf Rakowski den Ministerpräsidenten Jaroszewicz, den er in seinen Aufzeichnungen so zitiert: Der Streik in Gostynin sei „durch fünf Stänker“ vorbereitet worden. „Wir haben diese fünf Stänker hinausgeworfen, wir werden noch 40 Personen hinauswerfen, und dann wird Ruhe sein. Mögen sie ein paar zig Ki-

1 Vgl. Andrzej Paczkowski: *Strajki, bunty, manifestacje jako „polska droga“ przez socjalizm* [Streiks, Aufruhr, Manifestationen als „polnischer Weg“ durch den Sozialismus], Poznań 2003, S. 96f.

2 Mieczysław F. Rakowski: *Dzienniki polityczne 1972–1975* [Politische Tagebücher 1972–1975], Warszawa 2002, S. 215.

lometer zur Arbeit fahren, dann werden sie vielleicht vernünftiger.“ Der Kommentar von Rakowski dazu: „Wir haben hinausgeworfen, wir werden hinauswerfen – das ist jetzt die Sprache der Hausherrn des Arbeiterstaates!“³

Knapp drei Monate darauf, am 18. Juni 1974, vermerkte Rakowski schon eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Fleischversorgung: „Das Volk schimpft wie der Teufel auf die fatale Marktsituation. Besonders schlecht ist es mit der Fleischversorgung. Es gibt einfach keins. Vor den Fleischläden formieren sich gewaltige Schlangen [...] Ich meine, wenn die Genossen der Partei- und Regierungsführung nicht eine Sonderversorgung nutzen würden, wenn ihre Frauen und Haushälterinnen in den Schlangen stehen müssten, würde sich die Situation in kurzer Zeit verbessern. [...] Als ich letztlich mit Jaroszewicz sprach und ihm sagte, dass die Menschen cholerisch auf den Fleischmangel schimpfen, hörte ich, dass es mehr Fleisch nicht geben wird und die Menschen schreien und sich beruhigen.“⁴ Der Vorgang verdeutlichte über den unmittelbaren Anlass hinaus, warum sich der anfangs vorhandene Sympathiebonus der Gierek-Equipe verbrauchte. Nach zwei bis drei Jahren an der Macht reagierten deren Mitglieder auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht viel anders als die vorherige Parteispitze unter Władysław Gomułka.

Zum Zeitpunkt, an dem Rakowski über die Ereignisse in Gostynin schrieb, versuchte Giereks Wirtschaftsberater, Paweł Bożyk (*1939), in der PZPR-Zeitschrift „Nowe Drogi“ zu erklären, warum in Polen von 1971 bis 1973 entgegen den Erwartungen und der „traditionellen“ These der Ökonomen der Anstieg der Geldeinkünfte der Bevölkerung und die wachsende Nachfrage nach Industriewaren und Dienstleistungen keinen relativen Rückgang beim Kauf von Lebensmitteln nach sich zogen. Der Anteil der Lebensmittel am allgemeinen Konsum, darunter vor allem von Fleisch, hatte sich nicht verringert. Die Nachfrage nach Lebensmitteln war beinahe ebenso schnell wie die nach Industriewaren und Dienstleistungen gestiegen. Unter den Ursachen dafür nannte Bożyk an erster Stelle das Defizit bei einigen Industriewaren. Daher überschreite nun der „Nachfrageanstieg bei Lebensmitteln alle möglichen Wachstumsgrenzen der Pflanzen- und Tierproduktion“. Die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion von 1971 bis 1973 sei trotz deutlich höherer Lieferungen für den Markt nicht imstande gewesen, die Nachfrage nach Fleisch und Fleischprodukten zu befriedigen.⁵

Angesichts dieser Situation und der bisherigen Erfahrungen mit der Fleischfrage hatten die PZPR-Führung und die polnische Regierung allen Anlass, über Mittel und Wege zur Modernisierung der Landwirtschaft und zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion nachzudenken. Das von Gierek auf der Landesparteiokonferenz im Oktober 1973 angekündigte Komplexprogramm zur Entwicklung der Nahrungsgüterwirtschaft bis 1990 stand dann auch auf der Tagesordnung des 15. ZK-Plenums am 22./23. Oktober 1974. Im Referat stellte Gierek das Nahrungsmittelprogramm in seiner Bedeutung neben andere in den vergangenen Jahren in Angriff genommene langfristige Programme wie das zum Wohnungsbau.⁶ Es sei

3 Ebd., S. 222.

4 Ebd., S. 258f.

5 Paweł Bożyk: Warunki dynamicznego rozwoju kraju w latach siedemdziesiątych [Die Bedingungen für das dynamische Wachstum in den siebziger Jahren], in: Nowe Drogi, 28 (1974) 3, S. 94–105, hier 97f.

6 Szybki wzrost produkcji żywności i rozwój rolnictwa sprawą całego narodu. Referat I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka [Der schnelle Anstieg der Lebensmittelproduktion und die Entwicklung der

„ein besonders wichtiges Glied im System unserer perspektivischen sozial-ökonomischen Absichten“, denn es nehme „Probleme in Angriff, deren Lösung geradezu strategische Bedeutung für die Sicherung der Zukunft der Nation und für den Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserem Land hat.“⁷ Auch in einem viel späteren Rückblick, aus der Perspektive des Jahres 1990, bezeichnete er das Lebensmittelprogramm als „gleich wichtig“ wie das Wohnungsbauprogramm.⁸

Zwei Gesichtspunkte für die Ausarbeitung des Lebensmittelprogramms führte Gierek auf der ZK-Tagung an: Eine „reichliche und rationelle Befriedigung des Lebensmittelbedarfs der Nation“ sei ein untrennbarer Bestandteil „unseres Programms zum Aufbau des gesellschaftlichen Wohlstandes“. Für ein solches langfristiges Programm spräche aber auch „die gegenwärtige und die vorhersehbare Lebensmittelsituation in der Welt“. Der weltweite Bedarf an Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen wachse. Auf den internationalen Märkten stiegen die Preise für Getreide, Futtermittel und für die notwendigen Produktionsmittel. Gierek zog daraus zwei Schlussfolgerungen: Zum einen könnte der Lebensmittelbedarf trotz Zunahme des internationalen Handels nicht durch den Import befriedigt werden, zum anderen erlangten Lebensmittel exportierende Länder, „gegenwärtig eine starke Position in der internationalen Arbeitsteilung und werden diese in der Zukunft haben.“⁹

Detailliert legte das „Programmreferat“ des Politbüros „Zur weiteren Verbesserung der Ernährung der Nation und zur Entwicklung der Landwirtschaft“¹⁰ die Ziele dieses Programms dar, mit dem sich die Partei „neue, zahlenmäßig und in qualitativer Hinsicht größere Aufgaben“ stelle. Die „Ernährungsprobleme der Nation“ sollten so gelöst werden, dass „den Erfordernissen einer rationellen Ernährung auf einem hohen Konsumtionsniveau“ voll entsprochen werden konnte. Dafür würden alle Zweige der Nahrungsgüterwirtschaft ausgebaut. Darüber hinaus sah das Programm vor, Polen zu einem „großen Produzenten von Lebensmitteln“ auch für den Export zu machen.¹¹ Im Vergleich zu 1973 sollte die Tierproduktion bis 1980 um 30 bis 34% steigen. Die Getreideerträge hoffte man von 26,5 dt (Dezitonnen) je Hektar auf 31 bis 33 im Jahre 1980 und auf 36 bis 40 dt je Hektar ein Jahrzehnt später anheben zu können.¹²

Auch beim Konsum waren hohe Zuwachsraten vorgesehen. Der Verbrauch an Fleisch und Fleischprodukten sollte sich von 62,1 kg, wie sie 1973 erreicht worden waren, auf 75 bis 77 kg 1980 und auf 85 bis 90 kg 1990 erhöhen. Bei Fetten wurde eine Zunahme des Kon-

Landwirtschaft sind die Sache der ganzen Nation. Referat des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Edward Gierek], in: XV Plenum KC PZPR 22–23 października 1974 r. Podstawowe dokumenty i materiały [XV. Plenum des ZK der PZPR. 22.–23. Oktober 1974. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1974, S. 71–89.

7 Ebd., S. 72.

8 Janusz Rolicki/Edward Gierek: *Przerwana dekada* [Die abgebrochene Dekade], Warszawa 1990, S. 95.

9 Szybki wzrost produkcji, S. 72f.

10 O dalszą proprawę wyżywienia narodu i rozwój rolnictwa. Referat programowy Biura Politycznego KC PZPR [Zur weiteren Verbesserung der Ernährung der Nation und zur Entwicklung der Landwirtschaft. Programmreferat des Politbüros des ZK der PZPR], in: XV Plenum KC PZPR, S. 9–67.

11 Ebd., S. 10, 19.

12 Ebd., S. 22, 25.

sums von 22,3 kg 1973 auf 24,5 kg 1980 und 26 kg 1990 erwartet.¹³ Ein besonders kräftiger Anstieg des Verbrauchs war jedoch bei Obst und Gemüse vorgesehen. Er sollte bei Obst und Obstprodukten innerhalb von nur sieben Jahren, zwischen 1973 und 1980, um mehr als 75% von 34 auf 60 kg steigen und 1990 sogar 80 kg erreichen. Auch bei Gemüse rechnete man mit einer erheblichen Zunahme des Konsums von 96 kg auf 120 kg 1980 bzw. 145 kg 1990.¹⁴

Die PZPR-Führung schlüpfte hier ungefragt in die Rolle eines Ernährungsberaters oder Gesundheitsapostels, denn für die angestrebten Verschiebungen in der Struktur des Lebensmittelkonsums warb sie bei der Bevölkerung mit dem Argument einer gesünderen Ernährung.¹⁵ Man musste allerdings schon ziemlich naiv sein, um dahinter nicht die Absicht zu erkennen, den Anteil des Mangelprodukts Fleisch am Gesamtkonsum zumindest relativ zu senken. Das war auch mit dem auf dem Plenum immer wieder genannten Begriff der „rationalen Ernährung“ gemeint. Auch in der DDR hatte es zuvor schon vergleichbare Kampagnen gegeben, denen gemeinsam war, je nach Angebot etwas reichlicher vorhandene Erzeugnisse wie Eier und Fisch für gesund und ein knapperes Angebot wie Butter und Fleisch ernährungspsychologisch für bedenklich zu erklären.¹⁶ Das mag von Fall zu Fall sogar zutreffend gewesen sein, grundsätzlich jedoch handelte es sich um eine massive Einmischung des Staates in das Verbraucherverhalten.

Auf dem ZK-Plenum der PZPR bot der Direktor des Instituts für Obstbau aus Skierniewice in der Wojewodschaft Łódź, Szczepan Pieniżek (*1913), ein schönes Beispiel solcher bedrängenden Fürsorge: „Unsere Ernährungsmuster sind rückschrittlich, konservativ und führen zu einer Vergrößerung des Fleischverbrauchs, eines größeren, als das durch eine rationelle Ernährung gefordert ist. Letztlich sind das fette Schweinekotelett und die fette Wurst auf unserem Teller nicht am meisten gewünscht und führen nicht zu einer Verbesserung unserer Gesundheit, sondern zu Dickleibigkeit und den damit verbundenen verschiedenen Problemen mit den Verdauungskanälen. Eine, obwohl nicht die einzige Art und Weise, den übermäßigen Druck auf das Fleisch zu verringern, ist die Vergrößerung des Verbrauchs von Obst und Gemüse. Natürlich ersetzen sie das Schweinekotelett nicht, aber wenn sie reichlich und besonders, wenn sie vielfältig sind, kann dieses Kotelett ein wenig dünner sein, und niemand bemerkt das. [...] Wir sollten also ständig eine breite Propagandakampagne führen.“¹⁷

Knapp einen Monat nach dem 15. Plenum beschloss der Sejm am 21. November 1974 unter dem gleichen Titel wie das „Programmreferat“ das Programm „Zur weiteren Verbesserung der Ernährung der Nation und zur Entwicklung der Landwirtschaft“.¹⁸ Ministerpräsident

13 Ebd., S. 13, 20.

14 Ebd., S. 20.

15 Vgl. Szybki wzrost produkcji, S. 82; O dalszą poprawę, S. 20f.

16 Vgl. u.a. Patrice G. Poutrus: Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 45–47.

17 XV Plenum KC PZPR, S. 131f. Zu dem Problem s.a. Marek Misiak: Dyskusja o problemach polityki żywnościowej [Diskussion zum Problem der Lebensmittelpolitik], in: Nowe Drogi, 28 (1974) 12, S. 160–171.

18 100 lat polskiego ruchu robotniczego. Kronika wydarzeń [100 Jahre polnische Arbeiterbewegung. Chronik der Ereignisse], Warszawa 1978, S. 384.

Jaroszewicz legte dazu nochmals dessen Grundsätze dar und wies darauf hin, dass die Realisierung gewaltige finanzielle Mittel verschlingen werde. Bis 1980 wären Investitionen von 750 Mrd. Złoty erforderlich, darunter 410 Mrd. Złoty für produktive Investitionen in die Landwirtschaft. Das waren etwa 60% mehr, als der Fünfjahrplan ursprünglich vorgesehen hatte.¹⁹ Nicht nur Wirtschaftsexperten mochten sich gefragt haben, ob man es hier noch mit einer beherrschbaren Dynamik der polnischen Investitionspolitik zu tun hatte.

2. Fünfjahresbilanz: „La belle epoque des realen Sozialismus“?

„Unsere Bevölkerung lebt besser und ist wohlhabender als vor fünf Jahren.“²⁰ Das war die zentrale Botschaft, die Edward Gierek im „Grundsatzreferat des Politbüros“ auf dem VII. Parteitag der PZPR zu vermitteln suchte. Die vom VI. Parteitag beschlossene Politik sei „beharrlich und konsequent verwirklicht“ worden. Auf „allen Gebieten“ habe man gute Ergebnisse erreicht und die ursprünglichen Ziele bedeutend übertroffen.²¹ Auch die Erwähnung einiger kritischer Punkte konnte die Inszenierung des vom 8. bis 12. Dezember 1975 in Warschau stattfindenden VII. Parteitags der PZPR als Parteitag des Erfolgs der Gierek-Equipe nicht überschatten.

Und deren Bilanz fiel beeindruckend positiv aus: Die Reallöhne seien im Jahresdurchschnitt um sieben Prozent und damit viermal so schnell wie in den beiden vorangegangenen Jahrfünften angestiegen, die Einkommen der Bauern hätten sich ähnlich erhöht, auch Renten und Sozialleistungen wären angehoben worden. Die Partei könne daher „mit vollem Recht feststellen, daß auf dem wichtigsten Gebiet der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen, auf dem Gebiet der Steigerung der Reallöhne und des Realeinkommens, die in den Beschlüssen des VI. Parteitages gestellten Aufgaben erfüllt und überboten worden sind. Ein so hohes allgemeines Wachstum der Löhne und Einkommen hat es bisher in keinem vorangegangenen Zeitraum gegeben.“ Die Zunahme der Einkommen sei mit einer „stürmischen Entwicklung“ der Produktion einhergegangen, und die Bereitstellung von Konsumgütern wäre „doppelt so hoch“ gewesen, „als wir vor vier Jahren angenommen hatten.“²² Dem Bericht des Zentralkomitees zufolge wuchsen die Lieferungen für den Markt um 79,3% gegenüber geplanten 43,3%. Bei Lebensmitteln sei eine Steigerung um 71% und bei langle-

19 Realizacja programu żywnościowej sprawą całego narodu. Przemówienie prezesa Rady Ministrów tow. Piotra Jaroszewicza na plenarnym posiedzeniu Sejmu PRL w dniu 21 listopada 1974 r. [Die Realisierung des Lebensmittelprogramms ist die Sache der ganzen Nation. Rede des Vorsitzenden des Ministerrates Gen. Piotr Jaroszewicz auf der Plenarsitzung des Sejms der PRL am 21. November 1974], in: *Nowe Drogi*, 28 (1974) 12, S. 5–12.

20 Für die weitere dynamische Entwicklung des sozialistischen Aufbaus, für eine höhere Qualität der Arbeit und der Lebensbedingungen des Volkes. Grundsatzreferat des Politbüros, gehalten vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Genossen Edward Gierek, in: VII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. 8.–12. Dezember 1975. Grundsatzreferat des Politbüros, gehalten von Genossen Edward Gierek. Dokumente, Berlin 1976, S. 5–76, hier 9.

21 Ebd., S. 8f.

22 Ebd., S. 9f.

bigen Industriewaren eine Verdoppelung erreicht worden. Autos wären sogar 2,4mal so viele in den Verkauf gelangt.²³

Gierek gab an, dass 1,125 Mio. Wohnungen seit 1971, und damit 50.000 mehr als vom VI. Parteitag beschlossen, gebaut worden seien. So habe sich „auch in dieser überaus wichtigen Frage ein Durchbruch vollzogen.“²⁴ Die Arbeitsbedingungen, Sicherheit, Hygiene und Kultur am Arbeitsplatz hätten sich verbessert. Vor allem aber seien 1,9 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Erholungsmöglichkeiten für die Werktätigen und ihre Familien wären ausgebaut worden, und doppelt so viele Kinder und Jugendliche hätten in Ferien- und Erholungslager fahren können.²⁵ Der Bericht des ZK bezifferte die Ausgaben für in Geld ausgezahlte Sozialleistungen im Jahre 1975 auf 104 Mrd. Złoty, was einer Verdoppelung seit 1970 entspräche.²⁶

Fortschritte konstatierte Gierek auch im Gesundheitswesen. So seien Krankenhäuser, Ambulatorien und ländliche Gesundheitseinrichtungen entstanden und ein Nationaler Fonds für Gesundheitsschutz (Narodowy Fundusz Ochrony Zdrowia) eingerichtet worden.²⁷ Dieser am 15. Dezember 1972 geschaffene Fonds gehörte zu den wahrscheinlich dauerhaftesten Schöpfungen der Gierek-Ära. Wenige Monate später, am 23. Februar 1973, hatte das Regierungspräsidium, einem Auftrag des Politbüros vom 31. August 1971 folgend, ein Perspektivprogramm zur Entwicklung des Gesundheitsschutzes und der Sozialfürsorge bis 1990 angenommen.²⁸ Die Ausgaben des Staates für Gesundheitsschutz und Sozialhilfe je Einwohner und Jahr hätten sich von 878 Złoty 1970 auf 1.460 Złoty 1975 erhöht, hieß es im ZK-Bericht auf dem VII. Parteitag.²⁹

Anhand dieser imponierenden Zahlen resümierte Gierek, man sei auch in der Sozialpolitik beachtlich vorangekommen. Die Bevölkerung genieße heute in breiterem Umfang die sozialen Errungenschaften des Sozialismus.³⁰ Alles das warf naturgemäß die Frage nach den wirtschaftlichen Voraussetzungen dieser Wohltaten auf. Dem ZK-Bericht zufolge gab es in dieser Hinsicht aber kaum Grund zur Besorgnis. Das Nationaleinkommen sei in den letzten fünf Jahren um 62%, die Agrarproduktion um 22% gestiegen. Insgesamt habe man für den Ausbau und die Modernisierung der Wirtschaft 1,9 Bill. Złoty ausgegeben, 450 Mrd. mehr als der VI. Parteitag vorgesehen hatte und 900 Mrd. mehr als im vorhergehenden Jahrfünft. „Nie zuvor“, verkündete Gierek, „ist in unserer Geschichte ein derartiges Investitionsvolumen erreicht worden.“³¹

23 Sprawozdanie Komitetu Centralnego Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej za okres od VI do VII Zjazdu [Bericht des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei für die Periode vom VI. bis zum VII. Parteitag], in: VII Zjazd Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej. Stenogram (z obrad plenarnych). Warszawa 8–12 grudnia 1975 r. [VII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Stenogramm der Plenarberatungen. Warszawa 9.–12. Dezember 1975], (Warszawa) 1976, S. 11–76, hier 15, 18.

24 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 10f.

25 Ebd., S. 12f.

26 Sprawozdanie, S. 18.

27 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 11f.

28 Vgl. 100 lat, S. 361, 369, 373.

29 Sprawozdanie, S. 20.

30 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 11f.

31 Ebd., S. 12f.

Wie sich anhand der amtlichen Statistik später herausstellte, lagen die offiziellen Ergebnisse des Fünfjahrplanes teils etwas niedriger als auf dem Parteitag angegeben, aber dennoch waren sie „im Grunde imponierend“³².

Tabelle 10

Plan- und Planerfüllungsdaten für den Fünfjahrplan 1971–1975 (1970 = 100)

<i>Spezifikation</i>	<i>Plan</i>	<i>Erfüllung</i>	<i>Unterschied</i>
Nationaleinkommen	139,0	159,0	+ 20,0
Industrieproduktion insgesamt	150,0	164,0	+14,0
Landwirtschaftsproduktion insgesamt	121,0	119,4	- 1,6
Reallohn	118,0	140,9	+ 22,9

Quelle: Andrzej Jeziński/Barbara Petz: *Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944–1985* [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944–1985], Tab. XXIX.2, S. 342. Die gleichen Zahlen für die offiziellen Angaben nennt Andrzej Paczkowski: *Pół wieku dziejów Polski (1939–1989)* [Ein halbes Jahrhundert der Geschichte Polens (1939–1989)], Warszawa, 3. Aufl. 1998, S. 402.

Mit Ausnahme der Landwirtschaft waren die ursprünglichen Kennziffern des Fünfjahrplans also deutlich überschritten worden. Allerdings lagen sie auch in der Landwirtschaft erheblich höher als im Zeitraum 1966–1970, wo ein Zuwachs um etwa 9,5% erreicht worden war.³³ Zu denken gab etwas anderes: Nationaleinkommen und Reallohn lagen mit vier bzw. 2,9% über, die Industrie hingegen mit zwei und die Landwirtschaft mit 6,1% unter den Plankorrekturen von 1973.³⁴

Unter dem Lack unbestreitbarer Erfolge, zeichneten sich jedoch Risse ab. Um den Zuwachs des Nationaleinkommens nämlich richtig beurteilen zu können, musste man wissen, dass etwa 30% davon aus einer höheren Beschäftigtenzahl resultierten. Genau das sollte eigentlich verhindert werden. Aber Maßnahmen, die in den Jahren 1974 und 1975 auf eine Begrenzung der Beschäftigungszunahme zielten, hatten nicht die erwarteten Wirkungen gezeigt. Zudem wurde die Lohnentwicklung zwischen 1971 und 1975 von einem gegenüber den anderen Lohngruppen so nicht vorgesehenen rascheren Anstieg der höheren Löhne bestimmt.³⁵ Auch das trug auf nicht unproblematische Weise zum Nationaleinkommenszuwachs bei.

Negative Effekte traten auch in der Einkommensstruktur zutage. So verdiente die Hälfte der in der staatlichen Wirtschaft Tätigen unter 4.000 Złoty monatlich. Dabei konnte aber ein Arbeiter, der bei einem der Investitionsschwerpunkte beschäftigt war, 15.000 Złoty erhalten. Sein Vorgesetzter hingegen, ein Ingenieur etwa, erreichte nur die Hälfte davon. Ein Arzt erhielt am Beginn seines Berufslebens weniger als 3.000 Złoty. Wie der Historiker Andrzej

32 Andrzej Paczkowski: *Pół wieku dziejów Polski (1939–1989)* [Ein halbes Jahrhundert der Geschichte Polens (1939–1989)], Warszawa, 3. Aufl. 1998, S. 400.

33 Andrzej Jeziński/Barbara Petz: *Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944–1985* [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944–1985], Tab. XX.5, S. 275. 1961 bis 1965 waren es 114,5 gewesen. Ebd., Tab. XX.3, S. 266.

34 Ebd., S. 342.

35 Vgl. ebd., S. 347–349.

Frizke festhielt, erwachsen aus dieser Schieflage bei den Arbeitseinkommen gefährliche gesellschaftliche Bruchzonen: Diese Ungleichheit, das Missverhältnis zwischen Lohn und Qualifikation, die Privilegierung bestimmter Berufe gegenüber anderen bewirkten die Flucht aus einigen Berufszweigen, sie senkten das Sozialprestige von Bildung und förderten auch den Unwillen von Teilen der Gesellschaft gegenüber den für privilegiert gehaltenen Gruppen, besonders gegenüber der in sich relativ abgeschlossenen „Apparatschik“-Kaste.³⁶

Zu den auf dem VII. Parteitag der PZPR im Dezember 1975 präsentierten Ergebnissen gehörte auch das erste Arbeitsgesetzbuch der PRL. Der CRZZ-Vorsitzende Władysław Kruczek bezeichnete es als „Verfassung der Rechte und Pflichten der Beschäftigten“.³⁷ Die Arbeiten an diesem Arbeitsgesetzbuch hatten mehrere Jahre in Anspruch genommen. In den 1950er und 1960er Jahren war eine zusammenfassende Kodifizierung des Arbeitsrechts nicht erfolgt. Auf dem V. Parteitag der PZPR im November 1968 war dann beschlossen worden, der Sejm solle in der nächsten Wahlperiode ein neues Arbeitsrecht vorlegen.³⁸ Allerdings kamen die Vorbereitungen nicht recht voran. Kurz nach dem Machtantritt Giereks befasste sich die Gewerkschaftsführung mit dem Thema. Auf dem CRZZ-Plenum am 24./25. Februar 1971 erklärte Kruczek die Ausarbeitung eines Arbeitsgesetzbuches zu einer „der dringendsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“. Das Arbeitsgesetzbuch solle die grundlegenden Rechte und Pflichten der Beschäftigten einheitlich regeln und die Befugnisse der Gewerkschaften erweitern.³⁹

Es gab also einigen Vorlauf, so dass ein erster unter Mitwirkung des CRZZ erarbeiteter Entwurf des Arbeitsgesetzbuches bereits 1971 präsentiert werden konnte. Die Grundlage hierfür boten mehrere Versionen, die schon seit 1969 von verschiedenen Arbeitsgruppen vorbereitet worden waren.⁴⁰ Der Entwurf wurde nun einer speziell berufenen Regierungs-

36 Andrzej Frizke: *Polska Gierka* [Das Polen Giereks], Warszawa 1995, S. 48. Die genannten Zahlen sind dieser Quelle entnommen.

37 Rede Kruczek, in: VII Zjazd, Stenogram, S. 237–242, hier 239. Ähnlich die auf dem 18. ZK-Plenum am 4. September 1975 angenommenen Parteitagdirektiven, die das Arbeitsgesetzbuch als die „sozialistische Verfassung der Rechte und Pflichten der Werktätigen“ charakterisieren. *O dynamiczny rozwój budownictwa socjalistycznego – o wyższą jakość pracy i warunków życia narodu. Wytoczne Komitetu Centralnego PZPR na VII Zjazd PZPR* [Für eine dynamische Entwicklung des sozialistischen Aufbaus – für eine höhere Qualität der Arbeit und der Lebensbedingungen der Nation. Direktiven des Zentralkomitees der PZPR zum VII. Parteitag der PZPR], in: XVIII Plenum KC PZPR 4 września 1975 r. *Podstawowe dokumenty i materiały* [XVIII. Plenum des ZK der PZPR. 4. September 1975. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1975, S. 165–246, hier 170.

38 Die Sejmwahlen hatten am 1. Juni 1969 stattgefunden; die Wahlperiode dauerte dann ein Jahr kürzer als die üblichen vier Jahre, denn die nächsten Wahlen fanden bereits am 19. März 1972 statt. Vgl. 100 lat, S. 350, 365.

39 Leicht gekürzt veröffentlicht unter dem Titel „Związki zawodowe w służbie ludzi pracy“ [Die Gewerkschaften im Dienste der Werktätigen], in: *Trybuna Ludu*, 25.2.1971, S. 3.

40 Vgl. Atalia Buksdorf: *Jednolity i powszechny. Projekt kodeksu pracy* [Einheitlich und allgemein. Entwurf des Arbeitsgesetzbuches], in: *Trybuna Ludu*, 5.6.1971, S. 3. Zum Thema Gewerkschaften und Arbeitsrecht siehe auch Dr. Maria Matej (Institut für Rechtswissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften): *Rady zakładowe a ochrona praw pracowniczych. Problemy związków zawodowych i prawa pracy* [Probleme der Betriebsräte und der Schutz der Beschäftigtenrechte. Probleme der Gewerkschaften und des Arbeitsrechts], in: *Trybuna Ludu*, 7.4.1971, S. 5.

und Gewerkschaftskommission unterbreitet.⁴¹ Am 27. Oktober 1971 befasste sich dann die Sejmkommission für Arbeit und soziale Fragen mit dem aktuellen Stand der Arbeiten am „Kodeks pracy“.⁴² Ein Jahr später, am 24. Oktober 1972, beriet das PZPR-Politbüro den vom Regierungspräsidium und vom CRZZ vorgelegten Entwurf des Arbeitsgesetzbuches. Das Politbüro nannte es dessen Ziel, eine „einheitliche, mit den sozialistischen gesellschaftlichen Grundsätzen im Einklang stehende Regelung der prinzipiellen Rechte und Pflichten der Werktätigen“ zu erreichen. Der Entwurf sollte nunmehr nach Konsultationen mit den Belegschaften von über 150 Betrieben auf dem Gewerkschaftskongress diskutiert und in den Sejm eingebracht werden.⁴³

Während des Gewerkschaftskongresses, der vom 13. bis 15. November 1972 in Warschau stattfand, befasste sich die Arbeitsgruppe für Arbeitsrecht mit dem Entwurf des Arbeitsgesetzbuches. Der CRZZ-Chef Kruczek ging in seiner Grundsatzrede allerdings nur kurz auf das Thema ein.⁴⁴ Man mochte dies als Zeichen deuten, dass die Angelegenheit nun doch nicht mehr pressierte, vielleicht aber auch, dass man sich noch nicht einigen konnte. Aus „einer der dringendsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“ war jedenfalls eine Art Routinevorgang geworden, der darauf hinauslief, das geltende Arbeitsrecht mit einigen Neuakzentuierungen in einem Arbeitsgesetz zusammenzufassen.

In seiner Rede auf dem VI. CRZZ-Plenum hob der stellvertretende Zentralratsvorsitzende Eugeniusz Grochal (*1920) im November 1973 als Vorteile hervor, dass mit einer Reihe von Bestimmungen auch Konfliktquellen verschwunden seien. Insgesamt werde das Arbeitsrecht übersichtlicher. Das Gesetz solle gute, disziplinierte und produktive Arbeit fördern. Die Strafen der zeitweiligen Umsetzung sowie der fristlosen Entlassung würden aufgehoben. Eine Regelung hätten auch die Strafen erfahren, die bei Verstößen gegen Arbeitsschutz, Arbeitshygiene, Brandschutz sowie bei ungerechtfertigtem Fernbleiben von der Arbeit und bei Trunksucht fällig würden. Sie reichten von einer Verwarnung über die Rüge bis zur Geldbuße. Im Einzelnen seien Entlohnung und andere betriebliche Leistungen durch Rahmen- und Betriebskollektivverträge geregelt, um den Besonderheiten und Eigenschaften des jeweiligen Berufs bzw. Fachbereichs gerecht zu werden.⁴⁵

Es dauerte dann nochmals über ein Jahr, bis das Arbeitsgesetzbuch in einer Sejm-Plenarberatung erstmals auf der Tagesordnung stand. Mieczysław F. Rakowski notierte zur ersten Lesung am 19. Januar 1974 in seinem „Politischen Tagebuch“: „Den ganzen Tag im Sejm. [...] Ziemlich langweilige Debatte. Sogar die erste Lesung des Entwurfs des Arbeitsgesetzes war nicht interessant. An ihm wurde zwei Jahre gearbeitet und ein Dokument verfasst, in dem es einige Bestimmungen gibt, die mit den Interessen der Werktätigen im Ein-

41 W interesie ludzi pracy. Rozmowa z sekretarzem CRZZ, towarzyszem Zbigniewem Krawczyńskim [Im Interesse der Werktätigen. Gespräch mit dem Sekretär des CRZZ, Genossen Zbigniew Krawczyński (*1926)], in: *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIII (1971) 8/9, S. 1–3, hier 2.

42 Vgl. *Praca i Zabezpieczenie Społeczne*, XIV (1972) 1, S. 34.

43 Pressecommuniqué, in: *Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei*, Warschau, 1972, Nr. 10, S. 60.

44 *Informationsbulletin VII/XIII Kongress der Polnischen Gewerkschaften*, Warszawa, 13–15. November, 1972, S. 39.

45 Eugeniusz Grochal (Stellv. Vorsitzender des Zentralrates der Gewerkschaften): Projekt kodeks pracy. [Der Entwurf des Arbeitsgesetzbuches] (Gekürzte Fassung der Ansprache auf der VI. Plenartagung des Zentralrates der Gewerkschaften), in: *Głos Pracy*, 30.11.1973, S. 1f.

klang stehen. Die Autoren beabsichtigen, ein Instrument zu schaffen, mit dessen Hilfe man die Disziplin wird festigen können.“ Der springende Punkt liege jedoch bei solchen ausstehenden kardinalen Freiheiten wie dem Streikrecht. Der CRZZ spiele in dieser Hinsicht eine schätzbare Rolle. „Die Gewerkschaften, die über die Interessen der Werktätigen wachen sollen, lecken faktisch den Hintern der staatlichen Verwaltung.“⁴⁶

Großes Interesse an der Regelung des Arbeitsrechtes zeigte die katholische Kirche. Primas Kardinal Wyszyński berief eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Bischofs von Białystok und ab 1976 Erzbischofs von Wrocław, Henryk Gulbinowicz (*1923), die den Entwurf analysierte. Experten der katholischen Abgeordnetengruppe „Znak“ bereiteten eine umfangreiche Expertise mit Korrekturvorschlägen vor.⁴⁷ Am 1. April 1974 legte dann der Episkopat ein ausführliches Memorandum zum Gesetzentwurf vor.⁴⁸ Der Episkopat habe, hieß es darin einleitend, die Ankündigung eines Arbeitsgesetzbuches „mit Anerkennung“ aufgenommen. Damit aber „dieser so wichtige staatliche Akt den größtmöglichen Nutzen“ für Gesellschaft und Staat bringe, habe er, der Episkopat, seine Bemerkungen formuliert. Dass der katholische Klerus bei dieser Gelegenheit für sich in Anspruch nahm, für die „Mehrheit der polnischen Gesellschaft, die sich zur katholischen Religion bekennt“, zu sprechen⁴⁹, dürfte die PZPR-Führung wenig amüsiert haben.

Generell stellte der Episkopat fest, dass der vorliegende Entwurf „die humanistischen Werte der menschlichen Arbeit unzureichend unterstreicht, die Rechte des Beschäftigten unzureichend sichert“. Aufgrund des „Fehlens von Präzision sowie der Unklarheit einiger Formulierungen“ entstände die Möglichkeit von Fehlinterpretationen, die wiederum wünschenswerte Verbesserungen behindern könnten.⁵⁰

Auf zahlreiche einzelne Kritikpunkte eingehend, konzentrierte sich der Episkopat in seiner Stellungnahme vor allem auf zwei Aspekte und bezog sich dabei auch auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Der erste zielte auf bessere Bedingungen für Frauen und Familien und ging darin deutlich über den Entwurf hinaus. Nicht zuletzt wurde der für die Politik kommunistischer Parteien so kardinale, wenn auch oft verletzte, Grundsatz der Entlohnung nach der Arbeit in Frage gestellt. Eine Bezahlung entsprechend der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit sei „nicht ausreichend“, denn die Aufnahme einer Erwerbsarbeit habe vor allem zum Ziel, das eigene Leben und das seiner nächsten Angehörigen zu erhalten. Der Arbeitgeber sollte daher nach Maßgabe seiner Möglichkeiten für die Befriedigung der „tatsächlichen Bedürfnisse“ der Beschäftigten sorgen. Die Arbeit nur entsprechend

46 Rakowski, *Dzienniki 1972–1975*, S. 191f.

47 Der von der Kirche berufenen Arbeitsgruppe gehörten weiterhin an: der Priester Alojzy Orszulik (*1928), Prof. Strzeszewski von der Katholischen Universität Lublin, Andrzej Święcicki vom Klub der Katholischen Intelligenz und der Sejmabgeordnete Janusz Zabłocki. Zabłocki war auch Mitglied der Znak-Expertengruppe und sprach auf der abschließenden Debatte im Sejm am 26. Juni 1974 zu diesem Thema. Andrzej Friszke: *Kolo posłów „Znak“ w Sejmie PRL 1957–1976* [Die Abgeordnetengruppe „Znak“ im Sejm der PRL 1957–1976], Warszawa 2002, S. 134.

48 Abgedr. in: Peter Raina (Hg.): *Kościół w PRL. Kościół katolicki a państwo w świetle dokumentów. Lata 1960–1974* [Die Kirche in der PRL. Die katholische Kirche und der Staat im Lichte von Dokumenten. Die Jahre 1960–1974], Poznań 1995, S. 653–662.

49 Ebd., S. 653f.

50 Ebd., S. 654.

der Leistung zu bezahlen, bedeute, „die Bedürfnisse des Menschen seiner aktuellen Fertigkeit und Produktivität unterzuordnen“. So erscheine möglicherweise vom Gesichtspunkt der Arbeitsproduktivität her eine „übermäßige Lohnspanne“ gerechtfertigt, doch könne das die grundlegende Bedürfnisbefriedigung der am niedrigsten qualifizierten und am wenigsten produktiven Beschäftigten einschränken. Auch könne sich die gesunkene Produktivität von schwangeren Frauen und von Müttern, die Kinder erziehen, so auswirken, dass Arbeitserleichterungen und -befreiungen, wie sie der Entwurf vorsah, reduziert würden und einer Tendenz Vorschub geleistet werde, jungen verheirateten Frauen die niedrigste Lohnkategorie zuzugestehen.⁵¹

Der zweite Hauptaspekt der kirchlichen Kritik tangierte das Grundverständnis kommunistischer Herrschaft selbst. Er zielte auf die Vertretungsorgane der Beschäftigten im Betrieb. Der polnische Episkopat kritisierte, dass der Entwurf sich nicht zur freien Wahl von Repräsentanten „der tatsächlichen Arbeiterinteressen“ äußere. Es fehle ein Gleichgewicht zwischen dem Handeln der Gewerkschaften und der Arbeiterselbstverwaltungen im Hinblick auf die betriebliche Tätigkeit einerseits sowie ihrem Wirken als Repräsentanten der Beschäftigten und ihrer Familien andererseits. Daher sei unter den Beschäftigten die Ansicht verbreitet, die Arbeiterselbstverwaltung und die Gewerkschaften würden vor allem die Interessen der Betriebsdirektionen vertreten. Bei wachsender Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Bedingungen fehlten somit „Organe, die auf gesellschaftlich effektive und zugleich verantwortungsvolle Weise die Meinung der Arbeiter ausdrücken würden und reale Verantwortung für die Akzeptanz der durch sie vorgeschlagenen Mittel zur Verbesserung übernehmen könnten.“ In der logischen Konsequenz dieses Arguments lag es, wenn der Klerus „freiwillige Vereinigungen“ anstelle „aufgezwungener Institutionen“ forderte.⁵²

Die im Entwurf des Arbeitsgesetzbuches vorgesehenen Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Abwesenheit vom Arbeitsplatz kritisierte der Episkopat in seinem Memorandum als „spezielle Antistreikbestimmung“. Solche Festlegungen seien „unserer Meinung nach nicht richtig, und wir glauben, dass sie auch unwirksam sein werden. Den Beschäftigten darf man dann nicht vollständig das Recht zum kollektiven Protest absprechen, wenn andere Mittel versagen“, um sich für die Befriedigung der Bedürfnisse einzusetzen.⁵³ Die katholische Kirche Polens sprach sich also faktisch für die Aufnahme des Streikrechts in das neue Arbeitsgesetzbuch aus.

Nur wenige Wochen nachdem der Episkopat das Memorandum vorgelegt hatte, beschloss der Sejm am 26. Juni 1974 das Arbeitsgesetzbuch. Auf dem der Sejmsitzung tags zuvor, am 25. Juni 1974, vorausgegangenen 14. ZK-Plenum hatte Politbüromitglied Edward Babiuch den hohen konsultativen Aufwand hervorgehoben, der während der Vorbereitung des Arbeitsgesetzbuches betrieben worden war. Man habe „die Meinung zahlreicher Fachleute und Tausender Arbeitskollektive“ gehört, jeden Standpunkt analysiert und so die „Übereinstimmung der Meinungen und Standpunkte aller interessierten Seiten erreicht“.⁵⁴ Das allerdings

51 Ebd., S. 657.

52 Ebd., S. 657f.

53 Ebd., S. 661.

54 Pomyślne wyniki budownictwa socjalistycznego potwierdzają słuszność polityki partii. Informacja o pracy Biura Politycznego i Sekretariatu KC przedstawiona przez członka Biuro Politycznego, sekre-

entsprach nicht ganz der Wahrheit, denn als Eugeniusz Grochal in der PZPR-Zeitschrift „Nowe Drogi“ aufzählte, wer alles an Konsultationen und Diskussionen beteiligt gewesen sei – Betriebsbelegschaften, Partei und Gewerkschaften – fehlte eine Institution.⁵⁵ Die katholische Kirche, deren Vertreter doch eine umfangreiche Stellungnahme vorgelegt hatten, war nicht dabei. Am 1. Januar 1975 trat das Arbeitsgesetz in Kraft. Es regelte die Rechte und Pflichten der Beschäftigten ohne Rücksicht auf den Ort der Beschäftigung und den Charakter des Arbeitsverhältnisses. In seinem „Nowe Drogi“-Beitrag verwies Grochal auf drei grundlegende Prinzipien des Gesetzbuches: (1.) Einheitlichkeit, da die Unterschiede in der Rechtssituation von Arbeitern und Angestellten beseitigt waren; (2.) Allgemeinheit, weil es ohne Ausnahme alle Beschäftigten erfasste, sowie (3.) Komplexität, denn das Gesetzbuch regelte die Gesamtheit der Probleme, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergaben.⁵⁶

Damit war das anvisierte Ziel im Grunde erreicht. Allerdings änderte das wenig am Status quo. Denn weil sich die Arbeit am „Kodeks pracy“ über Jahre hingezogen hatte, sorgte die Eigendynamik des Arbeitsrechts dafür, dass es parallel dazu weitere Veränderungen gab. So war eine Reihe von Regelungen wie die Angleichung der Rechte der Arbeiter und Angestellten oder zu den familienbezogenen Leistungen zwischenzeitlich bereits beschlossen worden. Insofern stellte das Arbeitsgesetzbuch im Wesentlichen eine Zusammenfassung schon bestehender Regelungen dar. Grochal betonte denn auch, dass in den vergangenen 30 Jahren sowohl die PZPR als auch die Regierung und die Gewerkschaften der „Vervollkommnung des Arbeitsrechtes“ großes Gewicht beigemessen hätten.⁵⁷ Das Arbeitsgesetzbuch von 1974 erschien in dieser Perspektive als Krönung dieser über drei Jahrzehnte währenden Bemühungen. „Głos Pracy“ titelte im Hinblick auf den zusammenfassenden Charakter des Gesetzbuches es sei „Eine Form voller Inhalt“.⁵⁸

Wie Andrzej Friszke wohl berechtigt anmerkt, gelang es der Gierek-Führung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, „einen Zustand großer politischer Stabilität zu erreichen. Das Jahrfünft 1971–1975 war wohl der konfliktärmste Zeitraum in der Geschichte der PRL.“⁵⁹ Paweł Sasanka verwandte – in Anlehnung an die „kleine Stabilisierung“ der Gomułka-Zeit – den Begriff der „großen Stabilisierung“ für jenes erste Jahrfünft der Herrschaft der Gierek-Equipe.⁶⁰ Arbeitsniederlegungen, die ja eine Ursache dafür gewesen waren, dass die neue

tarza KC PZPR Edwarda Babiucha [Die erfolgreichen Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus bestätigen die Richtigkeit der Politik der Partei. Information über die Arbeit des Politbüros und des Sekretariats des ZK, vorgestellt durch das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR Edward Babiuch], in: XIV Plenum KC PZPR 25 czerwca 1974 r. Podstawowe dokumenty i materiały [XIV. Plenum des ZK der PZPR. 25 Juni 1974. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1974, S. 29–53, hier 41.

55 Eugeniusz Grochal: Kodeks pracy [Das Arbeitsgesetzbuch], in: Nowe Drogi, 29 (1975) 1, S. 63–73, hier 63.

56 Ebd., S. 66.

57 Ebd., S. 64.

58 SAPMO-BArch, DY 34, 10569, Głos Pracy, Warszawa, 23 (1973), Nr. 291 (6.12.1973), S. 3. (Übersetzung Nr. 2990c/73): Wir stellen den Entwurf des Gesetzbuches der Arbeit vor (2.). Eine Form voller Inhalt.

59 Friszke, Polska Gierka, S. 48.

60 Paweł Sasanka: Czerwiec 1976. Geneza – przebieg – konsekwencje [Der Juni 1976. Genese – Verlauf – Konsequenzen], Warszawa 2006, S. 57.

Führung um Gierek an die Macht gekommen war, erfolgten nach dem Abklingen der Streikwelle im Frühjahr 1971 nur noch in begrenztem Umfang. Im Jahr 1972 registrierte das Innenministerium noch 118 Arbeitsniederlegungen mit insgesamt 5.867 Beteiligten.⁶¹ In den folgenden Jahren ging die Zahl der Streiks weiter zurück. 1973 gab es 75, ein Jahr danach stieg sie leicht auf 78 an, um 1975 auf nur 68 „Arbeitsunterbrechungen“ mit in den drei Jahren insgesamt gut 13.500 Teilnehmern zurückzugehen. Zu den meisten Streiks kam es 1973–1975 nach den Angaben des Innenministeriums im Bauwesen, in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie, wobei vor allem in kleineren Betrieben gestreikt wurde. Größere Arbeitsniederlegungen in bedeutenderen Betrieben, wie der schon erwähnte Streik von 1974 in Gostynin, fanden nur vereinzelt statt. Die meisten Konflikte konnten in der Regel auf der Betriebsebene gelöst werden.⁶²

Gleichwohl gab es brisante Situationen. Manche Arbeitskonflikte waren erst nach dem Eingreifen von Regierungsvertretern zu regulieren, so beispielsweise im März 1972 in der Glashütte „Hortensja“ in Piotrków Trybunalski, einem größeren Betrieb mit 2.223 Beschäftigten.⁶³ Dort kam es vor allem aus zwei Gründen zum Konflikt: Im Vorjahr war der betriebliche Lohnfonds gegenüber 1970 verringert worden, obgleich die Belegschaft 1971 drei zusätzliche Sonntage gearbeitet hatte. Zudem konnten der Export gesteigert und der Gewinn verdoppelt werden. Der zweite Grund lag in der Senkung der Lohnsätze für 100 Produktionseinheiten in der Trinkglasherstellung. Daraufhin begab sich am 23. März eine Delegation von elf Hüttenarbeitern zum Betriebsrat und wollte eine Erklärung, warum der Betriebsfonds gesenkt worden war. Eine für 18.00 Uhr angesetzte Versammlung von Belegschaftsvertretern wurde aber von der Betriebsleitung auf den folgenden Tag 10.00 Uhr verschoben. Doch zu ihr erschienen nicht nur die Vertreter, sondern alle Hüttenarbeiter, und auch Arbeiter anderer Abteilungen mit Ausnahme der Hilfsabteilungen unterbrachen die Arbeit und gingen zur Versammlung. Die Erregung schlug hohe Wogen, und der Direktion gelang es nicht, mit den Arbeitern zu kommunizieren. Um 16.30 Uhr trafen der Vizeminister Adam Glazur (*1933) und mehrere Vertreter der Industrievereinigung in der Glashütte ein. Erst nachdem Glazur angekündigt hatte, eine Sonderkommission unter Leitung des Direktors der Industrievereinigung einzusetzen, um die Vorwürfe der Belegschaft zu untersuchen, und zudem bekanntgegeben wurde, dass der Betriebsfonds um 600.000 Złoty erhöht werden solle, nahm die Belegschaft um etwa 20.00 Uhr die Arbeit wieder auf.

61 Ebd., S. 92.

62 So die schon genannte Notiz des Innenministeriums vom 30. Dezember 1977. Vgl. Paczkowski, Strajki, S. 95f.

63 Zur Untersuchung der Vorfälle wurde vom 10.–17.4.1972 eine fünfköpfige Gruppe der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PZPR in den Betrieb entsandt. Deren Bericht vgl. Archiwum Akt Nowych, Akademia nauk społecznych, ANS 112/7, unpag., Wyższa szkoła nauk społecznych przy KC PZPR. Zespół Polityki Społecznej. Materiały Nr 2. Analiza przerwy w pracy w Hucie Szkła „Hortensja“ w Piotrkowie Trybunalskim. Poufne. Warszawa kwiecień 1972 [Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PZPR. Gruppe Sozialpolitik. Materialien Nr. 2: Analyse der Arbeitsunterbrechung in der Glashütte „Hortensja“ in Piotrków Trybunalski. Vertraulich. Warszawa April 1972]. Der Bestand enthält weitere Berichte über Gruppen der Hochschule, die 1972 die Lage in verschiedenen Betrieben analysierte. Der Vf. dankt Małgorzata Mazurek, die das Material zur Verfügung stellte.

Aber auch solche kritischen Episoden vermochten das Bild der frühen Gierek-Ära nicht ernsthaft zu trüben. Sie zeigten übrigens auch, dass der PZPR-Führung unter allen Umständen an Konfliktvermeidung gelegen war. Als generell erfolgreich bewertet daher auch Andrzej Paczkowski dieses erste Jahrfünft der Gierek-Equipe: „Die Wirtschaft prosperierte, ein Aufschwung folgte, viele gesellschaftlichen Schichten und Gruppen spürten eine deutliche Verbesserung. [...] Der Fünfjahrplan der ‚dynamischen Entwicklung‘ wurde ein tatsächlicher, wenn auch kurzlebiger und oberflächlicher Erfolg. [...] Gern wurden Losungen des Typs ‚Der Pole kann es‘ aufgegriffen, die durch neue Straßen, Bauwerke und Fabriken bestätigt wurden. Es wiederholte sich das ‚Gomułka-Wunder‘ aus den Jahren 1956–1958, allerdings auf höherem Niveau.“⁶⁴ In anderem Zusammenhang bezeichnete Paczkowski diese Zeit als „*la belle époque* des realen Sozialismus“. Obwohl man diesen recht literarischen Begriff fragwürdig finden könne, unterstrich Paczkowski, gebe er „das Klima jener Jahre“ wieder. Es habe sich sehr von der vorangegangenen und auch von der späteren Zeit unterschieden.⁶⁵ Auch Jerzy Eisler verweist auf ein „in der Nachkriegsgeschichte Polens unerhörtes Wachstum des Lebensstandards“ in den Jahren 1972 bis 1975. Es sei daher nicht verwunderlich, „dass noch heute viele Menschen diese Periode als die besten, reichsten Jahre im Leben einschätzen.“⁶⁶ Die positive Gesamtbilanz schlug sich auch in den soziologischen Befragungen nieder. Hatten im Dezember 1973 beachtliche 73% der Auffassung zugestimmt, dass es den Menschen in Polen materiell im Allgemeinen besser als vor drei Jahren geht, so waren – trotz der Versorgungsprobleme – im Februar 1975 schon 84% der Befragten dieser Meinung.⁶⁷

3. Der Weg in die Schuldenfalle

Der Aufschwung materialisierte sich u.a. in neuen Industrieanlagen, Wohnungen und Verkehrswegen, in höheren Einkommen, einem verbesserten Gesundheitswesen und nicht zuletzt in einem Zuwachs an Arbeitsplätzen. Doch wird man auch Warnsignale nicht übersehen dürfen. Vor allem seit den Jahren 1974/1975 mehrten sich offensichtliche und zudem ernste Probleme.

Sie deuteten sich relativ frühzeitig in einer Trendwende beim Wachstum des Nationaleinkommens an. 1974 war dessen Anstieg zwar immer noch beträchtlich, doch lag die Zuwachsrate niedriger als im Vorjahr. Insbesondere geriet das ambitionierte Investitionsprogramm in Schwierigkeiten. Immer weniger Projekte wurden rechtzeitig fertig, so dass 1974 bereits ein Viertel der Investitionsvorhaben nur verspätet übergeben werden konnte. Bei 70% der überprüften Objekte stimmte der Stand der Realisierung nicht mehr mit dem Zeitplan überein. Der versuchte Ausweg, unfertige Objekte der Nutzung zu übergeben, mündete

64 Paczkowski, *Pół wieku*, S. 401.

65 Ders., *Strajki*, S. 94f.

66 Jerzy Eisler (Hg.): *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych* [Der Juni 1976 in Archivmaterialien], Warszawa 2001, Einleitung, S. 11–72, hier 15.

67 Ebd., S. 56.

in einem „Organisationschaos“.⁶⁸ Allein im April und Mai 1975 befasste sich das Politbüro dreimal mit den Verzögerungen bei wichtigen Investitionsmaßnahmen. Das Ergebnis fiel nach den bisherigen Erfahrungen nicht sonderlich überzeugend aus: Der bestehenden Tendenz, die Zahl der Investitionsvorhaben übermäßig auszuweiten und die geplante Investitionssumme zu überschreiten, wollte man nun durch eine schärfere Kontrolle des Investitionsprozesses entgegenwirken.⁶⁹

Die überbordende Investitionstätigkeit hatte, wie Mieczysław F. Rakowski zur selben Zeit in seinem „Politischen Tagebuch“ festhielt, auch unangenehme Folgen für die Realisierung des Sozialprogramms: „Von allen Seiten signalisieren sie mir“, schrieb er am 18. Mai 1975, „die Streichung von Sozialeinrichtungen, Schulen usw. aus dem Plan. Es ist ganz einfach Geld für die großen Investitionen nötig. Kazik Barcikowski⁷⁰ erklärt das so: ‚Schau, jede nachfolgende herrschende Gruppe will irgendein dauerhaftes Denkmal hinterlassen. [...] Und was hat die gegenwärtig herrschende Gruppe? Sie will auch etwas Großes hinterlassen. Doch nicht 10.000 neue Läden, denn über sie kann man weder Bücher schreiben noch Fotoalben machen. Also baut man die Hütte Katowice.‘ Ich denke, dass diese Erläuterung nicht irrational ist. So ist es wohl. Und wenn es schon dazu kommt, dass der Plan alle diese Belastungen nicht aushält, denn streicht man natürlich die Fonds für Läden, Sozialeinrichtungen usw., denn man kann doch nicht – und das ist logisch – den Bau der Hütte Katowice einstellen.“⁷¹

Im Unterschied zu dieser unmittelbar zeitgenössischen Wahrnehmung verteidigte Edward Gierek diese Investitionspolitik auch rückblickend noch. Die Industrie sei „so ausgehungert“ und die Modernisierung „so nötig“ gewesen. Diese Erklärung führte interessanterweise wieder an die Argumentationslinie Gomułkas heran. Allerdings gestand Gierek ein, dass „der Investitionshahn [...] zu spät zugekehrt“ wurde und 1975 die Investitionen „die sichere Grenze“ überschritten hätten.⁷²

Ein weiteres Problem kam hinzu: In der ersten Hälfte der 1970er Jahre erfolgten viele Investitionen mit Hilfe von Lizenzen und Krediten aus dem westlichen Ausland. Zwischen 1971 und 1975 erwarb Polen 316 Auslandslizenzen. 144 von ihnen (für einen Kostenaufwand von 657 Mio. Devisenzłoty) flossen in die Elektroindustrie, 53 (262 Mio. Devisenzłoty) in die Schwerindustrie.⁷³ Einige, wie die im Oktober 1971 gekaufte Lizenz für den Bau des Fiat 126p, galten auch der Produktion von Konsumgütern. Es gab jedoch „nicht wenige verfehlte und nicht bis zu Ende durchdachte Lizenzkäufe“. Die Realisierung von Investitionen auf Lizenzbasis zog sich oft lange hin und dauerte durchschnittlich vier bis fünf Jahre, in der chemischen Industrie gar sieben bis neun Jahre, was sich natürlich negativ auf die Konkurrenzfähigkeit der Produkte auswirkte, wenn sie schließlich zur Verfügung standen.⁷⁴ Die

68 Jezierski/Petz, *Historia gospodarcza*, S. 340.

69 Vgl. die Pressekommuniqués über die Sitzungen am 8. und 15. April sowie am 20. Mai 1975, in: Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1975, Nr. 3, S. 75f., 77f., 85f.

70 Kazimierz Barcikowski, damals Kandidat des PZPR-Politbüros und Landwirtschaftsminister.

71 Rakowski, *Dzienniki 1972–1975*, S. 366.

72 Rolicki/Gierek, *Przerwana dekada*, S. 98f.

73 Sasanka, *Czerwiec 1976*, S. 50.

74 Ebd., S. 50, 52; Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 15. Zitat aus Eisler.

Lizenzen und Auslandskredite trugen ohne Zweifel dazu bei, moderne – in manchen Fällen wohl auch nicht mehr ganz neue – Technologien in Polen einzuführen. Dank des „strategischen Grundsatzes, billige Kredite im Westen zu erwerben“, habe „das größte Investitionsprogramm in der Geschichte Polens“ geplant und verwirklicht werden können, resümierte Gierek 1990. Auch schilderte er, wie simpel man sich die Rückzahlung vorstellte: „Die Rechnung war einfach – die Modernisierung der Industrie bringt eine hohe und moderne Produktion. Wir verkaufen in der Folge diese Produkte guter Qualität auf dem Auslandsmarkt, was uns erlaubt, unsere Schulden in harmonischer Weise zu bezahlen.“⁷⁵ Diese Auffassung vertrat auch Ministerpräsident Jaroszewicz noch Anfang der 1990er Jahre. Seiner Ansicht nach wären die Kredite „unumgänglich“ gewesen. Es habe „keine andere Möglichkeit“ gegeben, „die Wirtschaft in Bewegung zu setzen [...] Das war eine Bluttransfusion aus einem stärkeren in einen schwächeren Organismus, um ihm vitale Kräfte zu geben.“⁷⁶

Mit ihrer enorm ausgeweiteten Kreditnahme geriet die PRL besonders schnell in den Strudel des Ölpreisschocks“ von 1973/1974. Die Preise für die importierten Waren stiegen an. Verschärft wurde die Situation noch dadurch, dass der Anteil der Industriewaren am Export zurückging. Stattdessen wurden mehr Brennstoffe und Energie sowie Produkte der Leichtindustrie ausgeführt. 1974 konnte Polen nur die Hälfte des Imports durch Exporterlöse abdecken. Um hier gegenzusteuern, nahm man kurzfristig neue kostspielige Kredite in Anspruch, was die Lage weiter verschärfte.

Hatte Polen noch 1970/1971 im Handel mit westlichen Ländern eine positive Bilanz erzielt, so überstieg der Import aus diesen Ländern bereits 1972 den Export dorthin. 1974/1975 fiel die Negativbilanz noch deutlicher aus. Die Verschuldung gegenüber dem Westen war achtmal höher, als die PZPR-Führung und die Regierung im Fünfjahrplan vorgesehen hatten. Seit 1974 galt Polen als unsicherer Zahler, was die Kreditbedingungen verschlechterte. 1975 überschritt die Bedienung der Auslandsschulden mit 32% des Exportwertes deutlich die als noch sicher geltende Grenze von 24%. 1976 stieg dieser Anteil bereits auf 41% des Exports.⁷⁷ 1975 betrug die Schulden gegenüber den westlichen Gläubigern mehr als acht Milliarden Dollar „und trieben das Land in die Kreditfalle. [...] Eine Spirale kam in Gang, und nichts war imstande, ihre Bewegung zu hemmen.“⁷⁸ Ähnlich dramatisch sieht Janusz Żarnowski das zeitliche Zusammenfallen der polnischen Kreditpolitik mit der weltwirtschaftlichen Rezession: „Die internationale Wirtschaftsdepression durchkreuzte die Hoffnungen auf wirtschaftlichen Wandel und Modernisierung. Die Ökonomie des Landes begann, auf der schiefen Ebene herabzurutschen, und wurde sowohl durch die dem System innewohnende Starrheit und Inelastizität als auch durch die wachsende Last der Auslandsverschuldung nach unten gezogen.“⁷⁹

75 Rolicki/Gierek, *Przerwana dekada*, S. 92.

76 Piotr Jaroszewicz/Bohdan Roliński: *Przerywam milczenie. 1939–1989* [Ich breche das Schweigen. 1939–1989], Warszawa 1991, S. 179.

77 Vgl. Jezierski/Petz, *Historia gospodarcza*, S. 340f., 384–388. Etwas geringere Zahlen gibt Paczkowski an. Er beziffert den Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen 1975 mit „mindestens“ ein Viertel, für 1976 gibt er 36% an. Vgl. Paczkowski, *Pół wieku*, S. 401, 403.

78 Paczkowski, *Pół wieku*, S. 401, 403.

79 Janusz Żarnowski: *Arbeiter in Volkspolen*, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 4 (2005) II, S. 57–79, hier 75.

Es wäre wohl falsch, der Gierek-Equipe in dieser Frage eine Politik wider besseres Wissen zu unterstellen. Aber so sehr sie von der Richtigkeit ihrer Entscheidungen überzeugt war, erstaunt doch die Harthörigkeit gegenüber kritischen Einwänden. Denn die Kreditpolitik der PZPR und der polnischen Regierung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre war von Anfang an nicht unumstritten, wie Rakowski seit dem Herbst 1973 mehrfach in seinem „Tagebuch“ vermerkte. So verwies er auf die Folgen für die Versorgung des Binnenmarktes mit gefragten Waren. Am 4. April 1975 schrieb er: „Ich höre von einigen Genossen, dass unsere wirtschaftliche Situation fatal ist. Vor allem müssen wir die Kredite bezahlen, was bedeutet, dass man alles in den Export schieben muss, was sich nur verkaufen lässt. Auf dem Binnenmarkt sind ständig zu wenige Waren. Dem Augenschein nach gibt es in den Läden viele von ihnen, wenn man jedoch etwas kaufen will, wovon der Mensch träumt, dann erweist sich, dass es gerade keine Kühlschränke gibt, dass es kein gesuchtes Tonbandgerät gibt usw. Ich befürchte, dass die wirtschaftlichen Misserfolge wieder zur Ursache einer Vertrauenskrise der Gesellschaft gegenüber der Macht werden können.“⁸⁰

Es lag nahe, wenn sich auch die sowjetische Seite besorgt über die Folgen der polnischen Kredit- und Lizenzpolitik zeigte. So fragte der Polenverantwortliche im Zentralkomitee der KPdSU, Piotr Kostikow, das Politbüromitglied und ZK-Sekretär Jan Szydłak in einem Gespräch, ob die Polen nicht anfangen, über ihre Verhältnisse zu leben. Szydłak habe daraufhin, wie Kostikow in seinen Erinnerungen berichtet, „mit der Leidenschaft eines Agitators“ erklärt, „dass es keine Befürchtungen gibt“. Polen würde Kredite nehmen, da man diese „zu sehr günstigen Bedingungen“ erhalte, daher wäre es „eine Sünde, sie nicht zu nutzen“. Die Besorgnisse wären „deshalb unbegründet, da die polnische Wirtschaft eine Deckung der Schulden im wachsenden Export hat, und die Kredite werden so investiert, dass sie eine Expansion der Produktion für die Auslandsmärkte bringen.“ Am Ende habe Szydłak „mit einem Lächeln“ hinzugefügt, „dass die Kapitalisten keine Dummköpfe sind, [...] um denen zu geben, die nicht zahlungsfähig sind. ‚Sie geben nur den Starken, uns geben sie‘, unterstrich er bedeutungsvoll“. Am Ende war Kostikow – nach eigener Aussage – von dem überzeugt, was Szydłak so beredt dargelegt hatte.

Die Verschuldungsfrage wurde jedoch in den Gesprächen der KPdSU-Vertreter mit den polnischen Politikern „ein immer häufigeres und immer schwierigeres Thema“. Letztere hätten „zuerst die Warnungen“, dann „die Vorwürfe übermäßiger Verschuldung der Wirtschaft“ pariert und Fragen nach der Kreditsicherheit „wütend“ aufgenommen, da sie das „für eine brutale Einmischung“ hielten. So hätte Gierek Anfang 1976 im Gespräch mit Kostikow erklärt, dieser solle die Polen nicht „wie Kinder“ behandeln. Ihre Kalkulationen würden „vernünftige Leute“ berechnen, und im Übrigen wirtschaftete „die ganze heutige Welt so, gestützt auf Kredite, man kann sich nicht einkapseln.“ Irgendwie, schätzte Kostikow im Rückblick ein, sei die sowjetische Seite überzeugt worden, „dass es keine ernsthafte Gefahr gibt“. Er erklärte das mit dem „Vertrauenskredit“, den Gierek, Jaroszewicz und andere PZPR-Vertreter in Moskau genossen.⁸¹

80 Rakowski, *Dzienniki 1972–1975*, S.322.

81 Piotr Kostikow/Bohdan Roliński: *Widziane z Kremla. Moskwa – Warszawa. Gra o Polskę* [Aus dem Kreml gesehen. Moskau – Warschau. Das Spiel um Polen], Warszawa 1992, S. 182f.

Auch Mieczysław F. Rakowski bemerkte die kritischen Vorbehalte, mit denen die KPdSU-Führung auf die polnische Kreditpolitik blickte. Bereits am 1. Oktober 1973 notierte er aus einem Gespräch mit PZPR-Politbüromitglied Józef Tejchma, der seit März 1972 Vizepremier war: „[...] in Moskau haben sie Zweifel, ob wir zahlungsfähig sein werden: ‚Wer löst euch aus, wenn ihr Pleite geht?‘“⁸² Allerdings wird man die empfindlichen Reaktionen gegenüber sowjetischen Besorgnissen nicht allein auf verletzte Eitelkeit oder die traditionelle Russophobie zurückführen dürfen, auch eine leise Ahnung, dass die PRL in eine arge Klemme geraten war, dürfte eine Rolle gespielt haben.

4. Flucht nach vorn

Gegenüber der Bevölkerung, auch gegenüber der Parteimitgliedschaft, wurde das Problem, so gut es ging, unter der Decke gehalten. Auf dem VII. Parteitag im Dezember 1975 jedenfalls war von der hohen Verschuldung keine Rede. Doch konnte, wer wollte – wie sooft zwischen den Zeilen lesend – zumindest vermuten, dass es Probleme geben musste, wenn etwa Ministerpräsident Jaroszewicz mitteilte: „Wir sehen vor, dass der Export um vieles schneller als der Import wachsen soll. Das ist also eine grundsätzliche Veränderung im Verhältnis zu dem, was der charakteristische Zug des laufenden Fünfjahrplans war“.⁸³ Schon auf dem 18. ZK-Plenum am 4. September 1975 war Jaroszewicz etwas deutlicher geworden, als die Direktive für den Fünfjahrplan auf der Tagesordnung stand. Der starke Anstieg der Preise auf dem Weltmarkt habe Polen zwar mehr Geld beim Verkauf seiner Waren eingebracht, doch kompensiere das „insgesamt nicht die erhöhten Ausgaben, die mit der Preiserhöhung im Import verbunden“ wären.⁸⁴ Die Kreditpolitik sei zwar ein „bei uns oft diskutiertes Problem“, doch der „Bau vieler moderner Industrieobjekte mit Hilfe von Auslandskrediten“ sei „günstig sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht.“ Insgesamt stellte Jaroszewicz die Außenhandelspolitik als Erfolg und die Kreditpolitik als vernünftig dar: „Die Auslandskredite leihen wir besonnen, hauptsächlich für die Ziele der Beschleunigung, des Ausbaus und der Modernisierung unserer Wirtschaft. Wir können uns das leisten, denn wir haben eine immer stärkere Wirtschaft und einen immer höheren Export.“⁸⁵ So gesehen, war es konsequent, wenn der Ministerpräsident auf dem VII. Parteitag die Fortsetzung der bisherigen Kreditpolitik ankündigte.⁸⁶

82 Rakowski, *Dzienniki 1972–1975*, S. 163.

83 Założenia społeczno-gospodarczego rozwoju kraju w latach 1976–1980. Referat wygłoszony przez członka Biura Politycznego, prezesa Rady Ministrów tow. Piotra Jaroszewicza [Die Grundsätze der sozial-ökonomischen Entwicklung des Landes in den Jahren 1976–1980. Referat, gehalten vom Mitglied des Politbüros, dem Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Piotr Jaroszewicz], in: VII Zjazd, Stenogram, S. 260–300, hier 386.

84 Diskussionsrede von Piotr Jaroszewicz, in: XVIII Plenum KC PZPR 4 września 1975 r. Podstawowe dokumenty i materiały [XVIII. Plenum des ZK der PZPR. 4. September 1975. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1975, S. 33–43, hier 34.

85 Ebd., S. 36f.

86 Założenia społeczno-gospodarczego rozwoju, S. 291.

Später musste Jaroszewicz allerdings einräumen, damals nicht „die ganze Tiefe der weltweiten Krise und ihre Folgen für die Wirtschaft Polens und der RGW-Länder“ vorhergesehen zu haben. Er schätzte es als Fehler ein, „in den Jahren 1974–75 keine Entscheidungen über eine Veränderung der sozial-ökonomischen Entwicklung getroffen (zu) haben. [...] Die Folgen der ungünstigen äußeren Bedingungen hätten wir auch so gespürt, aber man hätte sie etwas mildern können, man hätte sich auf einigen Abschnitten zurückziehen, warten, Kräfte sammeln können.“⁸⁷

Parallel zu den Problemen, die vor allem in den Jahren 1974 und 1975 durch die Ausweitung der Investitionen und die zunehmende Auslandsverschuldung auftraten, verschlechterten sich die Situation in der Landwirtschaft und infolgedessen auch die Versorgung der Bevölkerung. Nach den ertragreichen Jahren 1971 bis 1973 kam es in den beiden folgenden Jahren zu Missernten. Da sich zudem noch die Aufkaufpreise für die Landwirte ungünstig entwickelten, gingen deren Realeinkommen 1974 um 6,6 und 1975 um weitere 6,2% zurück.⁸⁸ Parteichef Edward Gierek und besonders Ministerpräsident Jaroszewicz sprachen auf dem 18. ZK-Plenum im September und auf dem VII. Parteitag im Dezember 1975 recht offen über die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft.⁸⁹

Ungünstige Witterungsbedingungen hätten 1974 und 1975 die Pflanzenproduktion beeinträchtigt. Die Hackfruchternte wäre geringer ausgefallen, die Qualität des Futters sei schlechter gewesen. Auch habe sich 1975 nicht nur die Getreideanbaufläche verkleinert, sondern es sei außerdem zu Ausfällen in der Tierproduktion gekommen.⁹⁰ So hätten sich die Schweinebestände vermindert, bei Rindern sei ein schwächerer Zuwachs zu verzeichnen gewesen als vorgesehen. Da der Plan für 1975 bei Milch nicht erfüllt werde, könne man weniger Butter ausführen, vielmehr müsse diese sogar eingeführt werden. Auch der Fleischexport sei zurückgegangen. Nachdem 1971 bis 1973 Export und Import bei landwirtschaftlichen Konsumgütern mehr oder weniger ausgeglichen waren, habe 1974 und 1975 der Import erheblich über dem Export gelegen. Die Folgen der schlechten Ergebnisse in der Landwirtschaft hätten zu der „für die Zahlungsbilanz nicht leichte(n) Entscheidung“ geführt, den Import von Getreide und Futtermitteln bedeutend zu erhöhen.⁹¹ Die PZPR-Führung rechnete offensichtlich nicht mit einer baldigen Wende zum Besseren. Denn Jaroszewicz kündigte an, auch künftig werde der Getreideimport aus kapitalistischen Ländern zunehmen. Das sei „keine kleine Schwierigkeit“, die man bei der Wirtschaftspolitik für das kommende Jahrfünft grundsätzlich berücksichtigen müsse.⁹² Auch Gierek gestand auf dem VII. Parteitag ein, dass angesichts der steigenden Weltmarktpreise die Probleme beim Kauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse zunähmen. Das verursache „auch in unserer Wirtschaft nicht geringe Schwierigkeiten“.⁹³ Diese auffallend diminutive Wortwahl zur Beschreibung der

87 Jaroszewicz/Roliński, *Przerywam milczenie*, S. 188f.

88 Sasanka, *Czerwiec 1976*, S. 43.

89 Vgl. *Założenia społeczno-gospodarzego rozwoju*, S. 269; Diskussionsrede Jaroszewicz, XVIII Plenum, S. 38f.

90 Sasanka gibt den Rückgang der Tierproduktion für 1975 mit 2,8% an. Im folgenden Jahr verringerte sie sich dann sogar um 4,4%. Sasanka, *Czerwiec 1976*, S. 43.

91 *Założenia społeczno-gospodarzego rozwoju*, S. 269.

92 Diskussionsrede Jaroszewicz, XVIII Plenum, S. 39.

93 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 29.

Problemlage warf ein bezeichnendes Licht auf die Perzeption des Problems durch die führenden Politiker der PRL. Einerseits nannten sie es öffentlich beim Namen, andererseits waren sie aber auch nicht bereit, dem Ganzen mehr als den Charakter von „keinen kleinen“ oder „nicht geringen“ Schwierigkeiten zuzusprechen, die man irgendwie überwinden werde. In diesem Sinne zog Gierek mit seiner Schlussrede auf dem 18. Plenum angesichts der Lage in der Landwirtschaft die – wieder verharmlosende – Konsequenz, die „nicht vollständige Erfüllung der Aufgaben der Landwirtschaft“ mache die Situation komplizierter und erschwere es, den gegenwärtigen Fünfjahrplan zu verwirklichen.⁹⁴

Sowohl der Parteichef als auch der Ministerpräsident führten die vor allem bei Fleisch wieder aufbrechenden Versorgungsprobleme auf den erheblichen Anstieg des Verbrauchs zurück.⁹⁵ So erklärte Gierek auf dem VII. Parteitag, die „starke Zunahme der Nachfrage“ habe dazu geführt, dass „die Versorgung des Marktes mit einigen Artikeln, vor allem mit Fleisch, trotz einer beträchtlichen Produktionssteigerung weiterhin auf Schwierigkeiten stößt“. Die Partei betrachte deren Überwindung daher „als eine der wichtigsten Aufgaben“. ⁹⁶ So schlug man mit der alten neuen Fleischfrage wieder hart auf dem Boden der Realität auf.

Auch zu diesem Thema gewährt das „Politische Tagebuch“ Mieczysław F. Rakowskis illustrative Einblicke. Die Versorgungsprobleme bei Fleisch, aber auch bei Milchprodukten sind in seinen Eintragungen fast das ganze Jahr 1975 hindurch präsent. Geradezu dramatisch ist seine Schilderung der Zustände, wie er sie am 7. März niederschrieb: „Gegen Ende Februar spielten sich in den Warschauer Läden Dantesche Szenen ab. Schon seit Mitte Februar war es immer schwerer, Fleisch und irgendwelche ordentlichere Wurst zu erhalten. Es fehlte auch an fetthaltiger Milch, an Butter, Fettkäse. Mit einem Wort – es trat eine gewaltige Verschlechterung der Versorgung ein. [...] Vor dem Supersam⁹⁷ und einigen großen Magazinen stand die Miliz. Im Supersam wurden Scheiben zerschlagen, und das, was zum Thema Regierung geschimpft wurde, übersteigt jede menschliche Vorstellung. Es tauchten auch viele politische Witze auf, die gegen die Regierung, aber auch gegen Gierek gerichtet waren. Im Wesen führt das schlimmer als die elende Versorgung zu einer bedeutenden Verschlechterung der politischen Stimmung im Land. In den Schlangen verfällt das ganze positive politische Kapital, das die Gierek-Mannschaft im Laufe der letzten vier Jahre ansammeln konnte.“⁹⁸

94 Dalsza poprawa warunków życia narodu nadrzędnym celem polityki partii. Przemówienie I sekretarza KC PZPR Edwarda Giereka [Die weitere Verbesserung der Lebensbedingungen der Nation ist das oberste Ziel der Politik der Partei. Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Edward Gierek], in: XVIII Plenum KC PZPR, S. 11–30, hier 14.

95 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 10; Założenia społeczno-gospodarczego rozwoju, S. 279.

96 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 10. Ähnlich Gierek auch auf S. 29f.: „Die Schwierigkeiten bei der Befriedigung der Nachfrage nach einigen hochwertigen Lebensmitteln, vor allem nach Fleisch, sind gegenwärtig der Hauptfaktor, der das Marktgleichgewicht beeinträchtigt und somit die Möglichkeiten für eine Erhöhung des Einkommens der Bevölkerung einschränkt.“

97 Großer Selbstbedienungsmarkt in Warschau. Der Begriff „Supersam“ setzte sich aus Teilen der Worte Supermarkt und Selbstbedienung zusammen.

98 Rakowski, Dzienniki 1972–1975, S. 313.

Wie Rakowski wenig später vermerkte, sah die polnische Bevölkerung eine Ursache für den Fleischmangel in dessen Export in die Sowjetunion. Das sei, so Rakowski, „natürlich die Unwahrheit. Wir verkaufen dort sehr geringe Mengen, und das für Devisen.“ Das Problem bestehe jedoch darin, dass durch die „Tabuthemen in der Propaganda“, die auch die gesamten Handelsbeziehungen mit der UdSSR betrafen, „wir sogar eine für uns günstige Wahrheit nicht sagen können.“⁹⁹

Dieser Erosionsprozess setzte sich nicht schlagartig durch, vielmehr entfaltete er sich nach und nach. Bereits im September 1974 hatte die von Rakowski geleitete Wochenzeitung „Polityka“ informiert, dass die Abschlüsse auf der Messe in Poznań ernste Mangelerscheinungen erwarten ließen. So fehlten im Handelsangebot etwa eine Million Männer- und Jungenoberhemden, bis zu zwei Millionen Stück Bettwäsche, 60.000 Waschmaschinen, 330.000 Kühlschränke und 60.000 Nähmaschinen. Zudem mangelte es an Babykleidung, Kinder- und Jugendschuhen.¹⁰⁰

Angesichts dieser Entwicklung war es nicht verwunderlich, wenn sich im Jahr 1975 selbst nach den veröffentlichten Zahlen eine recht hohe Zahl von Polen unzufrieden über die Versorgungslage äußerte. Nach einer vom Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften und vom Statistischen Hauptamt durchgeführten Befragung waren von etwa 22.000 Bürgern drei Viertel mit der Ernährung zufrieden, 24% hingegen unzufrieden. Bei der Kleidung betrug die Werte 73 bzw. 27%. Noch deutlich niedriger war die Zufriedenheit mit dem Schuhangebot, das 62% als ausreichend, 37% als ungenügend befanden. Mit den Wohnverhältnissen waren 57% zufrieden, 42% hingegen unzufrieden.¹⁰¹ Eine nicht veröffentlichte Befragung des Zentrums zur Erforschung der Öffentlichen Meinung und für Programmstudien vom Februar desselben Jahres ergab zur Versorgung ein ähnlich differenziertes Bild. Die überwiegende Mehrzahl der Befragten äußerte sich positiv zur allgemeinen Versorgung im Land. Anders sah es aus, als sie nach den eigenen Erfahrungen gefragt wurden, da hielten sich die positive und negative Bewertung schon die Waage. Besonders schlecht schnitt – wie kaum anders zu erwarten – die Fleischversorgung ab. Während beim Zucker 96,7% meinten, diesen könne man immer kaufen, waren es beim Rindfleisch ohne Knochen lediglich 3,6%. Als Hauptursachen für die Versorgungsmängel nannten 42,7% „zu viel Export ins Ausland“ und 38,7% „falsche Verteilung (Distribution) der Waren auf die Läden“. Vor allem die letzte Antwort resultierte nicht zuletzt daraus, dass die Befragung hinsichtlich des Fleisches große regionale Unterschiede, vor allem zwischen dem am besten versorgten Schlesien und Ostpolen sowie zwischen den Städten und den Dörfern, offenbarte. Andere Untersuchungen widerspiegeln eine noch kritischere Sicht. Die allgemeine Versorgungslage betrachtete im Februar 1974 noch eine relative Mehrheit von 34% als gut oder sehr gut gegenüber 31%, die der Meinung waren, sie sei schlecht oder sehr schlecht. Im Oktober 1975 äußerten bereits 43% der Befragten die Ansicht, die Versorgungslage habe sich verschlechtert, nur 18% sie sei besser geworden.

99 Ebd., S. 317. Notiert unter dem 9. März 1975.

100 Friszke, Polska Gierka, S. 37.

101 Zbigniew Sufin: Długofalowe i bieżące potrzeby [Langfristige und laufende Bedürfnisse], in: Nowe Drogi, 30 (1976) 4, S. 110–120, hier 113. Zbigniew Sufin: Długofalowe i bieżące potrzeby [Langfristige und laufende Bedürfnisse], in: Nowe Drogi, 30 (1976) 4, S. 110–120, hier 113.

32% hielten die Situation bei der Versorgung für unverändert,¹⁰² was natürlich nicht bedeutete, dass sie diese für gut hielten. Das alles sprach zwar noch nicht für ein völliges Umkippen der Stimmung – zumal ja eine Mehrheit der Bevölkerung weiterhin meinte, die materielle Lage habe sich in den vergangenen Jahren insgesamt verbessert – aber die Tendenz war alarmierend.

Trotzdem hielt die PZPR-Führung auf dem VII. Parteitag an dem 1970/1971 eingeschlagenen Kurs fest. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sollten sowohl die wirtschaftlichen Leistungskennziffern als auch das Realeinkommen der Bevölkerung erneut deutlich ansteigen. Beim Nationaleinkommen und in der Industrieproduktion hoffte man, 40-42 bzw. 48-50% Zuwachs zu erreichen, bei den Reallöhnen sollten es 16-18% sein.¹⁰³ Das lag etwa in der Größenordnung, wie sie der VI. Parteitag fünf Jahre zuvor für die erste Hälfte der siebziger Jahre vorgesehen hatte. Obwohl die Investitionsaufwendungen schon problematisch hoch waren, wollte man sie von 1976-1980 nochmals um 37-40% erhöhen.¹⁰⁴

Ungeachtet der vermehrten und ziemlich offensichtlichen Schwierigkeiten zog die Gierek-Elite aus der dennoch positiven Gesamtbilanz der ersten fünf Jahre ihrer Herrschaft die Folgerung, das Land nunmehr „auf ein neues, qualitativ höheres Entwicklungsniveau heben“ zu können. „Vor unserem Vaterland, Volkspolen“, führte Gierek im Parteitagreferat aus, „eröffnet sich eine neue, höhere Etappe der sozialistischen Entwicklung, die Etappe des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, denn die „meisten Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus“ seien im „Laufe von drei Jahrzehnten“ erfüllt worden.¹⁰⁵

An diese Erfolgshetorik anknüpfend, erklärte Gierek 1976 zum „Jahr wichtiger und nicht leichter Aufgaben“. Große, in den vergangenen Jahren begonnene Investitionsvorhaben sollten beendet, die Produktion von Industrie und Landwirtschaft erhöht, die Marktversorgung weiter verbessert werden. Ziel sei es auch, „die Folgen der ungünstigen Trends im Außenhandel und der im Laufe der letzten zwei Jahre nicht voll befriedigenden Ergebnisse in der Landwirtschaft“ zu überwinden. Es müssten daher „alle Reserven“ genutzt, die Effektivität und die Disziplin erhöht werden. Das erfordere „eine große Aktivität unserer Partei und eine hohe Leistungsfähigkeit unseres Staates, ein höheres Niveau der Tätigkeit der Wirtschaftsglieder und eine verstärkte Anstrengung aller Werktätigen. Wir dürfen also weder einen Tag noch eine Stunde verlieren.“¹⁰⁶ Die banale Aufzählung war insofern be-

102 Sasanka, Czerwiec 1976, S. 98f., 102. Zur unterschiedlichen Fleischversorgung innerhalb des Landes vgl. auch Jerzy Kochanowski: „Wir sind es schon gewöhnt“. Einführung in die gesellschaftlich-moderne Hintergründe des „Fleischproblems“ in der Volksrepublik Polen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, hg. von Hermann Weber, Berlin 2007, S. 337–355, hier 355.

103 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 19, 27f.

104 Ebd., S. 23.

105 Ebd., S. 42, 44.

106 Przemówienie I sekretarza KC PZPR tow. Edwarda Gierka na zakończenie VII Zjazdu Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej [Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Gen. Edward Gierek, zum Abschluss des VII. Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei], in: VII Zjazd, Stenogram, S. 711–716, hier 715f.

merkwürdig, als sie vom Partei- und Staatsapparat nur „hohe“ Leistungen verlangte, von Betrieben und ihren Beschäftigten aber „höhere“ und „verstärkte“.

Unverkennbar stand die polnische Führung unter dem Druck, die inneren Ressourcen des Landes möglichst schnell und umfassend zu mobilisieren. Gleich die 2. ZK-Tagung am 22. Januar 1976 war diesem Thema gewidmet. Giereks Rede trug den hierzu passenden Titel „Die beschleunigte Entwicklung des Landes hängt von der vollen Offenlegung und Ausnutzung der Reserven ab“.¹⁰⁷ Die darin entwickelten Gedanken waren in mancher Hinsicht unkonventionell: Um die Produktion dort zu erhöhen, wo dies „dank des Wachstums der Arbeitsproduktivität und der Ausnutzung von Materialreserven ohne zusätzliche Investitionsaufwendungen“ erreichbar sei, sollte das „Prinzip der ‚Offenheit des Plans‘“ gelten. Das diene der „Verbesserung des ökonomischen Gleichgewichts des Landes“. In erster Linie gehe es um das Marktgleichgewicht, erläuterte Gierek dieses etwas merkwürdige Argument, denn „die Übererfüllung der Planaufgaben wird zusätzliche Lieferungen bei den Waren und Dienstleistungen, für die die Nachfrage weiterhin hoch ist, sichern.“ Außerdem solle der „offene Plan“ die „Aufrechterhaltung des Gleichgewichts bei der Zahlungsbilanz in den Beziehungen mit dem Ausland fördern“, weil dadurch Möglichkeiten entstünden, „zusätzliche Waren für den Export ohne Belastung des Imports“ bereitzustellen. Und schließlich zielen der „offene Plan“ auf „die Aufrechterhaltung des Investitionsleichgewichts“. Im Prinzip müsse „streng“ befolgt werden, „dass die Übererfüllung der Planaufgaben eine Verkürzung der Bauzeiten für Objekte [...] nicht hingegen zusätzliche Investitionsaufwendungen“ bedeute.¹⁰⁸

Nach der wohl zutreffenden Ansicht Andrzej Paczkowskis führte der „offene Plan“ zum Verzicht auf Disziplin, und „ein wahrer Investitionswahn“ begann. „Die Gigantomanie des Sechsjahrplans [1950–1955, P.H.] war nichts gegenüber der Größe der in Angriff genommenen Vorhaben [...] Die ‚dynamische Entwicklung‘ wandelte sich in das ‚beschleunigte Wachstum‘, beinahe genau entsprechend den Formulierungen aus dem Jahre 1949 oder 1960.“¹⁰⁹ Wie erklärt sich diese Politik? Janusz Rolicki meint hierzu, Gierek sei „wahrhaftig verurteilt“ gewesen, „in neue Fabriken und völlig neue Produktionsgebiete zu investieren“. Die „gesellschaftliche Ruhe“ sei „um den Preis einer sichtbaren Verbesserung des Lebensniveaus erkaufte“ worden. „Im Laufe der Jahre, in beinahe sogar für ihn selbst unbemerkbarer Weise“, sei Gierek „zum Sklaven“ des Konsumwachstums geworden. Aus heutiger Perspektive betrachtet, ließe sich sagen, „dass er zum Sklaven eines informellen Pakts mit der Gesellschaft wurde, der sich in dem einfachen Prinzip ausdrückte: solange es gut geht, tolerieren wir dich und deine Mannschaft.“¹¹⁰

107 Przyspieszony rozwój kraju zależy od pełnego ujawnienia i wykorzystania rezerw. Przemówienie I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka [Die beschleunigte Entwicklung des Landes hängt von der vollen Offenlegung und Ausnutzung der Reserven ab. Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Edward Gierek], in: II Plenum KC PZPR 22 stycznia 1976 r. Podstawowe dokumenty i materiały [II. Plenum des ZK der PZPR. 22. Januar 1976. Grundlegende Dokumente und Materialien], Warszawa 1976, S. 51–59.

108 Ebd., S. 52.

109 Paczkowski, *Pół wieku*, S. 402.

110 Janusz Rolicki: Edward Gierek. Życie i narodziny legendy [Edward Gierek. Leben und Geburt einer Legende], Warszawa 2002, S. 206.

Wie brüchig dieser „Pakt“ war, sollte sich im Sommer 1976 erweisen. Die zahlreichen Warnungen vor einem Ausbruch gesellschaftlicher Unzufriedenheit nahmen Gierek und sein Führungsteam entweder nicht wahr oder verdrängten sie. Während die wirtschaftlichen Ergebnisse immer magerer ausfielen, nahm man Zuflucht zu Propagandaslogans wie, Polen sei das weltweit zehntgrößte Industrieland.¹¹¹ Schon zum VII. Parteitag hatten sieben Intellektuelle, darunter die Historiker Bronisław Geremek (*1932) und Krystyna Kersten (*1931), der Soziologe Jan Strzelecki (1919–1988) sowie die Ökonomen Tadeusz Kowalik (*1926) und Edward Lipiński (1888–1986), am 6. Dezember 1975 in einem Offenen Brief an die Delegierten des VII. Parteitages ihre Beunruhigung über den „Missklang zwischen der Sprache der offiziellen Propaganda und der Realität des alltäglichen Lebens, die Spaltung des gesellschaftlichen Lebens zwischen dem, was man denkt und privat sagt, und dem, was öffentlich verlaublich wird“ bekundet. „Immer öfter“ werde wieder „von ‚wir‘ und ‚sie‘ wie über zwei sich fremde und einander nicht verstehende Welten gesprochen.“¹¹²

Das erneute Auftauchen dieser Denkfigur des „My i oni“ konnte tatsächlich als Alarmsignal gelten. Damit wurde, wie schon gezeigt, eine Dichotomie beschworen, die in der polnischen Gesellschaft traditionell eine politische Funktion erfüllte. Diese postulierte Dichotomie, so merkte Stefan Garsztecki an, „korrespondierte mit einer ausgeprägten politischen Passivität, die auf Massenbasis nur gelegentlich von Aktivität abgelöst wurde“.¹¹³ Für letztere allerdings hatten der Dezember 1970 und die folgenden Monate ein eindrucksvolles Beispiel geboten.

5. Der „Preistanz“

Nach den Erfahrungen vom Dezember 1970 stand die Sicherung der Preisstabilität für Grundnahrungsmittel auf der politischen Agenda der PZPR-Führung ganz weit oben. Nur zwei Tage nach Władysław Gomułkas Sturz hatte das Politbüro am 22. Dezember 1970 beschlossen, die Preise für Grundnahrungsmittel (mit Ausnahme von Saisonartikeln) in den Jahren 1971 und 1972 einzufrieren. Am 8. Januar 1971 fasste der polnische Ministerrat einen entsprechenden Beschluss.¹¹⁴ Kurz vor Ablauf der Frist verlängerten das PZPR-Politbüro und das Regierungspräsidium am 30. Oktober 1972 diesen Beschluss um ein weiteres

111 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 28.

112 Abgedr. in: Zygmunt Hemmerling/Marek Nadolski: *Opozycja polityczna wobec rządów komunistycznych w Polsce 1956–1976. Wybór dokumentów* [Die politische Opposition und die kommunistische Herrschaft in Polen 1956–1976. Dokumentenauswahl], Warszawa 1991, Nr. 96, S. 483–485, hier 484. Aus dem Kreis der Unterzeichner gingen in den 1980er Jahren bekannten Oppositionelle hervor.

113 Stefan Garsztecki: Die polnische politische Kultur. Kontinuität und Wandel, in: Zdzisław Krasnodębski/Klaus Städte/Stefan Garsztecki (Hg.): *Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa: Das Beispiel Polen*, Hamburg 1999, S. 131–168, hier 136f.; vgl. auch Mira Marody: *Poland – A society at the crossroads*, in: Gert Meyer (Hg.): *Die politischen Kulturen Osteuropas im Umbruch*, Tübingen/Basel 1993, S. 89–100.

114 Siehe Kapitel 3, Abschn. 5.

Jahr.¹¹⁵ Am folgenden Tag verkündete Ministerpräsident Jaroszewicz diese Entscheidung in einer Radio- und Fernsehansprache,¹¹⁶ und es gelang ihm, die Situation zu entspannen. Zuvor allerdings, als sich die Zweijahresfrist dem Ende neigte, lief durch ganz Polen eine Welle von Gerüchten und Spekulationen, und es war, wie immer in solchen Fällen, zum verstärkten Warenaufkauf gekommen. Ein Jahr später wiederholte sich der Vorgang und erreichte seinen Kulminationspunkt zur Landesparteiokonferenz im Oktober 1973.¹¹⁷

Doch auch auf der Landesparteiokonferenz hielt die PZPR-Führung offiziell an der Preisstabilität für Grundnahrungsmittel fest. In seiner Rede betonte Gierek diesen Umstand ausdrücklich und nannte Fleisch und Fleischwaren, Brot und Getreideerzeugnisse, Milch und Molkereiprodukte sowie Zucker als Artikel, deren Preise auch 1974 nicht erhöht werden durften. Allerdings machte er keinen Hehl daraus, dass es sich dabei um einen „ökonomisch sehr schwierigen Beschluß“ handelte. Dieses Eingeständnis bereitete die gleich darauf folgende Ankündigung vor, „unsere Preispolitik elastisch (zu) gestalten, also sowohl Preissenkungen als auch Preiserhöhungen durch(zu)föhren, je nach den Erfordernissen der Wirtschaft und der Gesellschaft.“¹¹⁸ Auf dieses Thema ging auch Ministerpräsident Jaroszewicz auf der Parteikonferenz ein. Es sei unerlässlich, meinte er, das Verhältnis zwischen den Preisen für Lebensmittel und für langlebige Konsumgüter zu regeln. Dies könne „aber erst nach einer gründlichen Diskussion bei Gewährleistung eines ständigen Anstiegs des Lebensstandards durchgeführt werden“.¹¹⁹

Die immensen Kosten des im Januar 1974 angenommenen Sozialprogramms sollten nach dem Willen der Parteiföhhrung auch durch Preissteigerungen kompensiert werden. So erklär-

115 Uchwała Biura Politycznego Komitetu Centralnego Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej i Prezydium Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej [Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und des Regierungspräsidentiums der Volksrepublik Polen], in: Trybuna Ludu, 31.10.1972, S. 1.

116 Społeczno-gospodarcza polityka partii w interesie ludzi pracy. Przemówienie radiowo-telewizyjne premiera Piotra Jaroszewicza [Die sozial-ökonomische Politik der Partei im Interesse der Werktätigen. Radio- und Fernsehrede von Premier Piotr Jaroszewicz], in: Trybuna Ludu, 1.11.1972, S. 3.

117 Sasanka, Czerwiec 1976, S. 91–95.

118 O konsekwentną realizację uchwały VI Zjazdu, o dalszy wyrost gospodarności. Referat Komitetu Centralnego PZPR, wygłoszonego przez I sekretarza KC PZPR, Edwarda Gierka [Für die konsequente Realisierung des Beschlusses des VI. Parteitages, für die weitere Zunahme der Wirtschaftlichkeit. Referat des Zentralkomitees der PZPR, gehalten durch den I. Sekretär des ZK der PZPR, Edward Gierek], in: I. Krajowa Konferencja PZPR. 22–23 października 1973 r. Podstawowe dokumenty i materiały [I. Landeskonferenz der PZPR. 22.–23. Oktober 1973. Grundlegende Dokumente und Materialien], Warszawa 1973, S. 13–70; dt. Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1973, Nr. 10, S. 7–62. Größere Auszüge auch in: Edward Gierek: Für die konsequente Realisierung der Beschlüsse des VI. Parteitages, für die weitere Steigerung der Effektivität. Aus dem Referat des Zentralkomitees der PVAP, gehalten auf der I. Landeskonferenz der PVAP. 22. Oktober 1973, in: ders.: Ausgewählte Reden und Schriften 1971–1978, Berlin 1979, S. 142–178, hier 152f.

119 O wysoką dynamikę społeczno-ekonomicznego rozwoju Polski w latach 1974–1975. Wystąpienie członka Biura Politycznego KC PZPR, premiera Piotra Jaroszewicza [Für eine hohe Dynamik der sozial-ökonomischen Entwicklung Polens in den Jahren 1974–1975. Rede des Mitglied des Politbüros des ZK der PZPR, Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz], in: I. Krajowa Konferencja, S. 71–104; dt. Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau, 1973, S. 63–83, 103–115, hier 75f.

te Gierek auf dem 12. ZK-Plenum am 18. Januar, es sei unter dem Gesichtspunkt der „nächsten Perspektive“ eine „absolut notwendige Bedingung“, die Mittel für das Sozialprogramm teilweise auch durch höhere Preise zu erlangen. Das sei „eine sekundäre und ergänzende Quelle, aber sofort notwendig für die Umsetzung dieses großen Programms. Denn der Umfang der wirtschaftlichen Anstrengung, die wir unternehmen, ist sehr groß.“¹²⁰ Noch deutlicher wurde Jaroszewicz auf der Sejmsitzung am folgenden Tag. Die „schnelle Entwicklung der Wirtschaft“ bringe zwar „immer größere Mittel“ ein. Jedoch reiche alles, „was wir in den nächsten Jahren zusätzlich erarbeiten und erwirtschaften können [...] nicht aus, die Gesamtheit der heute vorgestellten Lohn- und sozialen Vorhaben zu finanzieren.“ Daher bestünde die Notwendigkeit, „auch eine gewisse Redistribution bei den Einkommen, auf dem Wege einer Veränderung der Preise für einige Waren und Dienstleistungen, vorzunehmen.“¹²¹

Die Konsequenz bestand zunächst einmal in Preiserhöhungen für Erdölprodukte, alkoholische Getränke und in der Gastronomie. Ab 20. Januar, also einen Tag nach der Sejmsitzung, stiegen die Preise für Superbenzin von 6,5 auf elf Złoty und für Normalbenzin von fünf auf neun Złoty. Eine Folge dessen war die Anhebung der Taxi- und Autobustarife zum 21. Januar bzw. 1. Februar 1974. Allerdings sollten die Preise für Fahrscheine im städtischen Bus- und Straßenbahnverkehr sowie für den Personentransport der Betriebe beibehalten werden. Das galt auch für die Monatskarten der Beschäftigten und Schüler. Die Benzinpreiserhöhung begründete Jaroszewicz vor allem mit den gestiegenen Weltmarktpreisen. Ebenfalls ab 21. Januar stieg auch der Bierpreis. Gleichzeitig wurden alle 1960 eingeführten Zuschüsse für alkoholische Getränke abgeschafft. Nach offizieller Darstellung sollte damit auch dem „übermäßigen Anstieg“ des Alkoholkonsums entgegengewirkt werden. Zum 1. Februar stiegen zudem noch die Gaststättenpreise durch Anhebung der Handelsspannen, jedoch sollten die Preise in Milchbars, Kantinen und Mensen unverändert bleiben.¹²² Am kritischsten wurden in der Bevölkerung die höheren Benzinpreise diskutiert, denn damit stünden die Unterhaltung eines Pkw und generell die weitere Motorisierung in Polen in Frage. Unmittelbar vor der Erhöhung fehlte wegen der enormen Nachfrage in einigen Städten wie Lublin, Gdańsk und Warschau Benzin an den Tankstellen. Generell aber nahm die Bevölkerung

120 Kroczy my konsekwentnie i niezłomnie drogą wytyczoną przez VI Zjazd PZPR. Przemówienie I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka nach XII Plenum Komitetu Centralnego PZPR w dniu 18 stycznia 1974 r. [Wir schreiten konsequent und fest auf dem durch den VI. Parteitag der PZPR abgesteckten Weg. Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR Edward Gierek auf dem XII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR am 18. Januar 1974], in: Program realizacji postanowień I Krajowej Konferencji PZPR. Przemówienie Edwarda Gierka nach XII Plenum KC PZPR w dniu 18 stycznia 1974 r. Przemówienie Piotra Jaroszewicza i Jana Szydłaka na sesji Sejmu PRL w dniu 19 stycznia 1974 r. [Das Programm zur Realisierung der Beschlüsse der I. Landeskonferenz der PZPR. Rede von Edward Gierek auf dem XII. Plenum des ZK der PZPR am 18. Januar 1974. Rede von Piotr Jaroszewicz und Jan Szydłak auf der Sitzung des Sejms der PRL am 19. Januar 1974], Warszawa 1974, S. 11–18, hier 15f.

121 Rządowy program realizacji postanowień I Krajowej Konferencji PZPR. Przemówienie prezesa Rady Ministrów Piotra Jaroszewicza na sesji Sejmu PRL w dniu 19 stycznia 1974 r. [Das Regierungsprogramm zur Realisierung der Beschlüsse der I. Landeskonferenz der PZPR. Rede des Vorsitzenden des Ministerrates Piotr Jaroszewicz auf der Sitzung des Sejms der PRL am 19. Januar 1974], in: Program realizacji, S. 21–46, hier 39f.

122 Vgl. ebd., S. 39–43.

diese Preiserhöhung ruhig hin, hinsichtlich der Anhebung des Alkoholpreises wurde sie von Frauen auch begrüßt.¹²³

Als ein ziemlich tückisches Instrument stellte sich die im Juli 1973 eingeführte¹²⁴ „Politik der Neuheitspreise“ heraus, bei der für neue Erzeugnisse höhere Preise möglich waren. Dabei kam es immer wieder, wie Jaroszewicz auf der Sejmtagung am 19. Januar 1974 öffentlich kritisierte, zu „Missbrauch oder ungerechtfertigten Handlungsweisen der Produzenten“, indem höhere Preise für Waren gefordert wurden, „die nicht dem Neuheitskriterium“ entsprachen.¹²⁵ An den stabilen Preisen für Grundnahrungsmittel wollte man aber offiziell festhalten. Hierzu bekannten sich sowohl Gierek auf dem 12. Plenum als auch Jaroszewicz im Sejm.¹²⁶ Auf der Sejmsitzung am 21. Juli 1974 unterstrich Gierek mit Blick auf das Jahr 1975 noch einmal diese Position.¹²⁷ Doch wurde das nicht zuletzt durch verdeckte Preiserhöhungen konterkariert. Zwar stiegen die Lebensmittelpreise im staatlichen Handel zwischen 1971 und 1975 nur minimal, auf den Handelsmärkten legten sie jedoch um mehr als ein Drittel zu.¹²⁸

Außer mit diesen Preiserhöhungen für Benzin, Alkohol und gastronomische Leistungen sahen sich die Polen im Jahr 1974 auch noch mit höheren Preisen für einige Konfektionswaren und Baumaterialien sowie für Möbel und Dienstleistungen konfrontiert. 1975 folgten die Preise für Zigaretten.¹²⁹ Alles das ließ, wie Jezierski/Petz angeben, die Lebenshaltungskosten deutlich ansteigen. Während sie 1971 und 1972 faktisch auf dem Niveau von 1970 verharrten und 1973 nur geringfügig darüber lagen,¹³⁰ stiegen sie 1974 auf 116% gegenüber 1970.¹³¹

Am 12. März 1974 notierte Mieczysław F. Rakowski in dem schon zitierten Gespräch mit dem Minister für Maschinenbau, Wrzaszczyk, über die schleichenden Preissteigerungen und deren Folgen für die Stimmung: „Im Land geht ein Prozess vor sich, den der Korrespondent der Belgrader ‚Politika‘ einen Preistanz nannte. Ein solcher Tanz findet tatsächlich statt. Das sind die sogenannten verdeckten Erhöhungen. Vor diesem Hintergrund, und nicht nur vor diesem, wächst die Unzufriedenheit der Gesellschaft. Der Zorn der Menschen konzentriert sich schon in nicht geringem Maße auf Gierek.“¹³² Knapp zwei Monate später, am 9. Mai, sprach Rakowski Ministerpräsident Jaroszewicz bei einem abendlichen Zusammentreffen in dessen Hause auf die Preise an und meinte, „dass es sicher besser wäre, wenn wir die Gesellschaft über die Preiserhöhungen informieren würden“. Der Ministerpräsident hätte wi-

123 Sasanka, Czerwiec 1976, S. 96f.

124 Ebd., S. 92.

125 Rządowy program, S. 43f.

126 Ebd., S. 43; Kroczyzny konsekwentnie, S. 16f.

127 Przemówienie I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka wygłoszone 21 lipca 1974 r. na uroczystym posiedzeniu Sejmu [Rede des 1. Sekretärs des ZK der PZPR, Edward Gierek, gehalten am 21. Juli 1974 auf der feierlichen Sejmsitzung], in: Nowe Drogi, 28 (1974) 8, S. 8–20, hier 14.

128 Jezierski/Petz, Historia gospodarcza, S. 341.

129 Ebd.

130 Jezierski/Petz geben im Vergleich zu 1970 an: 1971 und 1972 je 99,8%, 1973 102,4%. Vgl. ebd., Tab. XXX.I, S. 348.

131 Ebd.

132 Rakowski, Dzienniki 1972–1975, S. 215.

dersprochen und erklärt: „Sobald die Löhne in diesem Jahr um 15 Prozent wachsen, und der Preisanstieg nur 3 Prozent beträgt, was ist dann der Sinn des Informierens? Wir können uns nicht mit kleinen Dingen aufhalten.“¹³³

Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten die Führungsgremien der PRL auf der Partei- und Regierungsebene intern bereits an einer grundlegenden Veränderung der Preisstruktur und an den damit verbundenen Preisänderungen. Rakowski ging im „Tagebuch“ das erste Mal am 30. Juni 1973 darauf ein, als er nach einem Gespräch mit Jaroszewicz niederschrieb, dass eine „große Preis- und Lohnreform“ vorbereitet werde, man halte dies zwar noch geheim, befasse sich aber schon mit einer detaillierten Konzeption.“¹³⁴ Dabei blieb es allerdings, denn zu dieser Zeit verließ die Protagonisten des waghalsigen Coups offenbar der Mut. Zu gut erinnerte man sich wohl der tragischen Folgen der Preisoperation vom Dezember 1970.¹³⁵ Das ganze Projekt, das Preiserhöhungen bei einigen Waren um 40-45% vorsah, wurde auf Eis gelegt.¹³⁶ Gierek erklärte später dazu: „In der Führung von Partei und Staat fürchteten wir alle die unvermeidliche neue Erhöhung, unterbewusst bemühten wir uns auch, sie zeitlich so weit wie möglich hinauszuzögern.“¹³⁷

Aufgeschoben war aber auch in diesem Fall nicht aufgehoben. Im Laufe des Jahres 1975 jedenfalls nahm das Vorhaben, auch die Preise für Grundnahrungsmittel anzuheben, konkretere Formen an. Nach einem Gespräch mit Gierek notierte Rakowski am 19. Februar 1975, der Parteichef habe gemeint, man könne die gegenwärtigen Preise, vor allem für Fleisch, nicht beibehalten. Sie müssten erhöht und gleichzeitig voll kompensiert werden. Von diesen Plänen sei zwar noch Jaroszewicz in Kenntnis gesetzt, nicht aber das Politbüro. Gierek fürchtete ein vorzeitiges Durchsickern solcher Informationen: „Es wird gesagt, dass das alles unter uns bleiben soll, aber am anderen Tag wissen es schon alle.“¹³⁸ Wann die direkten Vorbereitungsarbeiten für die Preisanhebungen bei Lebensmitteln begannen, lässt sich nach dem gegenwärtigen Forschungsstand nicht sicher sagen. Einiges spricht für die Jahreswende 1975/1976.¹³⁹

Kurz zuvor, auf dem VII. Parteitag im Dezember 1975, hatten Gierek und Jaroszewicz das Preisproblem deutlich angesprochen. Der 1. Sekretär des ZK nannte die Preispolitik eines „der wichtigsten Instrumente der Sozialpolitik“ der PZPR. Die in den vergangenen Jahren

133 Ebd., S. 237.

134 Ebd., S. 147. Zu den internen Diskussionen über eine Preisreform in Polen ab 1971 s. Sasanka, Czerwiec 1976, S. 85–89.

135 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 29.

136 Vgl. ausführlich Paweł Sasanka: PZPR i mechanizm przygotowania podwyżki cen w 1976 roku [Die PZPR und der Vorbereitungsmechanismus der Preiserhöhung im Jahre 1976], in: Ders./Robert Spałek (Hg.): Czerwiec 1976. Spory i refleksje po 25 latach [Juni 1976. Auseinandersetzungen und Berichte nach 25 Jahren], Warszawa 2003, S. 20–30. Sasanka stützt sich dabei offenbar auf die Aussage der sogenannten Grabski-Kommission, die nach dem Sturz Giereks dessen Herrschaftszeit untersuchte. Vgl. Zbigniew Błażyński: Towarzysze zeznają. Z tajnych archiwów Komitetu Centralnego [Genossen sagen aus. Aus den geheimen Archiven des Zentralkomitees], London 1987, S. 135.

137 Rolicki/Gierek, Przerwana dekada, S. 133. Ähnlich Jaroszewicz, der allerdings davon spricht, dass die Preisreform erst 1974 geplant, dann aber „aus politischen Gründen auf das Jahr 1975 und nachfolgend auf 1976 verschoben“ worden sei. Jaroszewicz/Roliński, Przerwywa milczenie S. 193f.

138 Rakowski, Dzienniki 1972–1975, S. 305.

139 Vgl. Sasanka, Czerwiec 1976, S. 108.

praktizierte Politik stabiler Preise für Grundnahrungsmittel sei jedoch mit „riesigen Schwierigkeiten“ verbunden. Aufgrund des stürmischen Einkommenszuwachses übersteige die Nachfrage nach bestimmten Waren, besonders nach Fleisch, bei weitem das mögliche Angebot. Im kommenden Jahrfünft werde eine Politik zu verfolgen sein, die „stabile Preise für die meisten Artikel“ bedeute. Aber „im Rahmen einer elastischen Politik“ wären „auch überall dort Preisänderungen unvermeidlich, wo dies aus den sozialökonomischen Bedingungen resultiert.“ Das Land werde „mit dem gegenwärtigen Preisgefüge in das kommende Jahr eintreten“, jedoch müsse die Preisstruktur für Grundnahrungsmittel weiter analysiert werden. „Eine solche Analyse“, fügte Gierek hinzu, „soll die Regierung im kommenden Jahr durchführen und nach Konsultation mit den Werktätigen entsprechende Vorschläge unterbreiten.“¹⁴⁰

Auch die mit dem Thema „Aufgaben im Bereich der Vervollkommnung des Systems der Planung, Lenkung und Leitung der Volkswirtschaft“ befasste Arbeitsgruppe, die wie die anderen Arbeitsgruppen des Parteitages am 10. Dezember beriet, nahm sich der Preispolitik an. Zbigniew Zieliński (*1926), seit August Leiter der ökonomischen Abteilung des ZK der PZPR, erklärte dazu im Bericht der Arbeitsgruppe, es sei nötig, die Struktur der Einzelhandelspreise und ihre „Vervollkommnung“ vor dem Hintergrund der sich verändernden sozialökonomischen Bedingungen tiefgründig und detailliert zu analysieren. Man müsse die Preisgestaltung wirksamer kontrollieren, „um gesellschaftlich nicht begründete Preiserhöhungen zu vermeiden. Das Preissystem sollte die Produktions- und Konsumtionsstruktur richtig lenken“.¹⁴¹

Auf dem 2. ZK-Plenum am 22. Januar 1976 führte Jaroszewicz dann konkreter aus, dass aus der Preisstrukturanalyse Schlussfolgerungen zu ziehen seien, „wie diese Struktur in einer solchen Weise zu vervollkommen ist, dass sie die Beibehaltung des geplanten Niveaus der Reallöhne sichert“. Die Regierung beabsichtige, sich dabei von der Frage leiten zu lassen, wie mit den Lebensmittelressourcen besser gewirtschaftet werden könne. Vor allem sollten die Verschwendung von Lebensmitteln beendet sowie bei der Verarbeitung billigere Rohstoffe eingesetzt und diese rationeller ausgenutzt werden.¹⁴²

In der Regierungserklärung, die Piotr Jaroszewicz nach seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden des Ministerrates am 25. März 1976 im Sejm abgab, wurde er hinsichtlich der Preise noch etwas deutlicher. Es wären solche Preisänderungen nötig, die dem „allzu schnellen Anstieg der Nachfrage nach den Lebensmitteln entgegenwirkten, deren Produktion von der Natur der Sache her verhältnismäßig langsam zunimmt“. Auch müsse daran erinnert werden, dass der schnelle Produktionsanstieg bei Fleisch hauptsächlich auf den wachsenden Import von Getreide und Futtermitteln gestützt gewesen sei. Angesichts der Situation auf

140 Für die weitere dynamische Entwicklung, S. 38f. Zu dieser geplanten Analyse der Regierung s.a. die Rede von Jaroszewicz auf dem Parteitag. Założenia społeczno-gospodarczego rozwoju, S. 279.

141 Bericht der Arbeitsgruppe, in: VII Zjazd, Stenogram, S. 368–373, hier 372.

142 O powszechne wykorzystanie rezerw w gospodarce narodowej. Referat Biura Politycznego KC PZPR, wygłoszony przez prezesa Rady Ministrów Piotra Jaroszewicza [Für eine allgemeine Ausnutzung der Reserven in der Volkswirtschaft. Referat des Politbüros des ZK der PZPR, gehalten vom Vorsitzenden des Ministerrates Piotr Jaroszewicz], in: II Plenum KC PZPR, S. 9–48, hier S. 37.

dem Weltmarkt werde ein weiterer Import dieser Waren „immer schwieriger, immer kostspieliger und zuweilen schier unmöglich“.¹⁴³

Inwieweit solche nun durchaus öffentlichen Äußerungen den berühmten „kleinen Mann auf der Straße“ darauf vorbereiteten, dass die seit dem Machantritt der Gierek-Mannschaft im Dezember 1970 verfolgte Politik der Preisstabilität bei den grundlegenden Nahrungsmitteln nicht länger aufrechtzuerhalten war, ist auch im Rückblick schwer zu beurteilen. Anzeichen für einen Kurswechsel gab es genug. Andererseits wird man nicht unterschätzen dürfen, wie weit in breiten Bevölkerungskreisen das Postulat der stabilen Preise bereits verinnerlicht war. Dieses Phänomen war, soweit man es überblicken kann, in allen Ländern des sowjetischen Blocks anzutreffen. Für Honecker in der DDR etwa gehörte es zum Kernbestand seines sozialpolitischen Verständnisses. Die PZPR-Führung indes hielt ihre Argumente für so zwingend und so plausibel, dass sie den entscheidenden Schritt riskierte.

Im wirtschaftlichen und sozialen Kontext, in dem sich dieser politische Entscheidungsprozess vollzog, traten im Verlauf des Jahres 1975 zunehmend Spannungslinien zutage.

Anzeichen einer gesellschaftlichen Krise verdichteten sich, wie auch 1970 schon, insbesondere in den Betrieben. So veröffentlichte die Gewerkschaftszeitung „Głos Pracy“ am 16. September 1975 ein Referat Władysław Kruczek, in dem von „Erscheinungen eines unkorrekten, unsachgemäßen Verhältnisses zur Arbeit, des unbegründeten Fernbleibens vom Arbeitsplatz, der Nachlässigkeit und Vergeudung“ die Rede war.¹⁴⁴ Wer wollte und über einige Kenntnis zur Geschichte sozialer Konflikte verfügte, konnte hierin schon mehr als ein Wetterleuchten wahrnehmen.

Kurz vor Jahresende mahnte „Głos Pracy“ zum wiederholten Male, es sei erforderlich, die Aufmerksamkeit der Gewerkschaftsorganisationen und der Arbeiterselbstverwaltung auf die wirtschaftliche Effektivität, vor allem auf die bessere Nutzung des Produktivvermögens, auf Material- und Rohstoffeinsparung sowie auf eine spürbare Verbesserung der Qualität und Modernität der Erzeugnisse zu konzentrieren. „Es ist das Wirken für eine rationelle Beschäftigung, für das Wachstum der Arbeitsdisziplin und Arbeitsproduktivität, für die Einhaltung der Grundsätze des korrekten Wirtschaftens und Umgangs mit dem Lohnfonds zu intensivieren, es ist für die Hebung und volle Nutzung der Qualifikationen der Werk tätigen zu sorgen, es ist systematisch die ökonomische Aufklärung und Bildung der Belegschaften durchzuführen.“ Gute Arbeit müsse belohnt werden, es sei das Prinzip des höheren Lohns für höhere Qualifikationen, für eine höhere Quantität und Qualität der Arbeit zu festigen. „Unabdingbar ist es, den Erscheinungen der Unwirtschaftlichkeit, des Disziplinmangels und der Disziplinlosigkeit und der Nichtachtung des gesellschaftlichen Eigentums sowie den Arbeitszeitverlusten entgegenzuwirken. Entschieden muß man sich den asozialen Haltungen

143 Exposé prezesa Rady Ministrów tow. Piotr Jaroszewicza [Regierungserklärung des Vorsitzenden des Ministerrats, Gen. Piotr Jaroszewicz], in: *Nowe Drogi*, 30 (1976) 4, S. 8–25, hier 10.

144 SAPMO-BArch, DY 34, 10567, *Głos Pracy*, Warszawa, 25 (1975), Nr. 220 (16.9.1975); S. 3. (Übersetzung Nr. 2238/75c), Władysław Kruczek: Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Kampagne vor dem VII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Die Belange des Menschen stehen weiterhin an erster Stelle. Referat anlässlich der XV. Plenartagung des Zentralrates der Gewerkschaften.

derjenigen einzelnen Personen entgegenstellen, die auf Kosten anderer Menschen leben wollen.¹⁴⁵ Letzteres wäre sehr wahrscheinlich in der polnischen Gesellschaft mehrheitsfähig gewesen. Die jedoch plagten zu dieser Zeit andere Sorgen. Nicht nur in der Produktion haperte es, auch über der alltäglichen Lebenshaltung zogen sich dunkle Wolken zusammen.

145 SAPMO-BArch, DY 34, 10567, Głos Pracy, Warszawa, 25 (1975), Nr. 302 (20./21.12.1975), S. 2, (Übersetzung Nr. 29780/75, S. 3).

Die „guten“ Jahre der Ära Gierek und die DDR

1. *Rückkehr zur „Normalität“*
2. *Differenzierte Perzeption*
3. *Das Treffen von Przelazy*
4. *Kontaktpflege mit Vertrauensvorschuss*
5. *Realsozialistische Nachbarschaft*
6. *Ambivalente Informationen im Vorfeld der 1976er Krise*

1. Rückkehr zur „Normalität“

Die ersten, wie es schien, erfolgreichen Stabilisierungsversuche der neuen PZPR-Führung nahm man in den politischen Apparaten der DDR mit Erleichterung auf, dennoch blieb einige Skepsis zu spüren. Sehr genau registrierte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, dass der Vorsitzende des Ministerrates der PRL, Piotr Jaroszewicz, auf der Sejmtagung vom 13. Februar 1971 nicht nur die Beseitigung der Schäden ankündigte, die in den letzten Jahren durch das Nichteinhalten notwendiger Proportionen entstanden waren, sondern dass er auch betonte, der neue Fünfjahrplan werde „mit zahlreichen ‚anschwellenden‘ Problemen begonnen [...] und die ‚anwachsenden Schwierigkeiten‘ (würden) gleichzeitig die Möglichkeiten des Manövrierens beschränken sowie die Lösung der dringenden produktionstechnischen und sozialen Aufgaben komplizieren“. Das klang nicht sonderlich optimistisch. Dafür hielt man es umso eher für berichtenswert, dass jetzt auch in Polen die zu lösende Hauptaufgabe in der „Gewährleistung einer ‚harmonischen‘ (proportionalen) und zugleich dynamischen Entwicklung der Wirtschaft im laufenden Jahr bei gleichzeitiger Veränderung des Planes 1971 in Richtung einer Erhöhung der Einnahmen der Bevölkerung (d.h. Kaufkraft), der Verbesserung der gesellschaftlichen Konsumtion und des Wohnungsbaus“ gesehen werde. „Die geplanten Investitionen erfahren eine Verschiebung in Richtung Konsumgüterindustrie (speziell Lebensmittelindustrie) und Erhöhung der Dienstleistungen“, hieß es weiter.¹ Das hätte auch Erich Honecker unterschreiben können, der sich zu dieser Zeit unmittelbar vor dem Ziel der Machtübernahme sah.

Die DDR-Botschaft in Warschau warnte indes vor einer allzu optimistischen Beurteilung der jüngsten Entwicklung: Die am 15. Februar 1971 vom Politbüro des ZK der PZPR und dem Regierungspräsidium getroffene Entscheidung, mit Wirkung vom 1. März 1971 die im Dezember 1970 eingeführte Preiserhöhung für Fleisch und andere Lebensmittel zu annullie-

1 SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/2J/ 3383, MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation, Information Nr. 89/III, 12.03.1971: Zur Wirtschaftspolitik der VR Polen (Quelle: AV Warschau), S. 1f.

ren, sei als Zugeständnis an die Forderungen der Bevölkerung zu bewerten. Damit solle weiteren Protesten die Grundlage entzogen und die Lage weiter stabilisiert werden. Allerdings könnten diese Maßnahmen unter Berücksichtigung der beschlossenen Einkommenserhöhung mit der Wirtschaftskraft der PRL allein nicht gelöst werden. In Kommentaren werde bereits auf die Notwendigkeit hingewiesen, bedeutende ausländische Kredite aufzunehmen.² „Insgesamt sind die vorgesehenen ökonomischen Maßnahmen der laufenden Wirtschaftspolitik ausschließlich auf die innere Stabilisierung durch Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen gerichtet. Sie stellen unter den gegenwärtigen Bedingungen das mögliche Maximum dar, dessen Realisierung nur mit einer über die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität von 6,3% hinausgehende Erhöhung und weitestgehender äußerer Hilfe erfolgen kann. Entscheidende Veränderungen der Hauptproportionen der Volkswirtschaft, auf dem Gebiet der Investitionen und der Strukturpolitik können erst nach Ausarbeitung des Perspektivplanes für den Zeitraum 1972 bis 1975 erwartet werden.“³

Solche auf der Hand liegenden, wenn auch nicht sonderlich beruhigenden Aussichten mochten die neue Mannschaft um Gierek veranlasst haben, gegenüber der Sowjetunion und den anderen im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Staaten plausibel zu machen, dass man sich auf Stabilisierungskurs befand und dass der Arbeiterprotest keine antisozialistische Stoßrichtung hatte. Dies war die zentrale Botschaft, die Gierek selbst sowie die ZK-Sekretäre Babiuch, Szydlak und Tejchma am 3. März 1971 den Botschaftern der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags und der Mongolischen Volksrepublik zu übermitteln hatten. Dementsprechend wurde dieser Aspekt in der Information für die SED-Führung stark betont: Die „Dezemberereignisse“ seien ein Protest der Arbeiterklasse gewesen. Sie trügen keinen antisozialistischen Charakter, vielmehr seien die von den „Dezemberereignissen“ überraschten „feindlichen, antisozialistischen Elemente“ erst später in Erscheinung getreten.⁴ Schon auf dem 7. und 8. Plenum des ZK der PZPR habe die Parteiführung deutlich gemacht, dass es zu Konflikten gekommen sei, „weil auf einigen Gebieten die richtige politische Linie in der Praxis falsch durchgesetzt wurde.“⁵

Mit einer solchen Erklärung griff die polnische Seite unverkennbar auf ein in der kommunistischen Bewegung wiederholt auftauchendes Argumentationsmuster zurück, das die „richtige Linie“ von den politischen Puschereien bestimmter Funktionäre abgrenzen sollte. Auch die Massenmedien wurden in dem Zusammenhang zur Ordnung gerufen. Einige gesellschaftspolitische Zeitschriften hätten nach den „Dezemberereignissen“ sogenannte „Abrechnungsartikel“ veröffentlicht, mit denen die Parteiführung nicht einverstanden sei. Gierek selbst habe auf einem Treffen mit den Chefredakteuren der zentralen Presse die Auffassung der Parteiführung dargelegt „und der Presse entsprechende Aufgaben gestellt“.

Relativ breiten Raum nahm in der Berichterstattung des DDR-Außenministeriums die Begründung für die Rücknahme der Preiserhöhung ein. Diese habe maßgeblich zur Stabilisierung der Lage im Lande beigetragen. Man habe sie zwar schon zu einem früheren Zeitpunkt

2 Ebd., S. 3.

3 Ebd., S. 4.

4 SAPMO-BArch, DY 30 / J IV 2/2J/ 3369, MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation, Information Nr. 55/III, 8.3.1971: Polnische Parteiführung informiert Botschafter Warschauer Vertragsstaaten über die politische und wirtschaftliche Situation in der VR Polen (Quelle: AV Warschau), S. 1.

5 Ebd., S. 2.

erwogen, aber nicht über die nötigen Mittel und Reserven verfügt. Erst mit Hilfe der Sowjetunion sei der Rücknahmebeschluss möglich geworden. Die von der Bevölkerung entschieden missbilligte Preiserhöhung sei zum Ausgangspunkt für die „Dezemberereignisse“ geworden. Bei bestimmten Beschäftigtengruppen hätte sie zu Einkommensminderungen von bis zu 20% geführt, woraus wiederum die Forderungen nach Lohnerhöhungen bis zu 20% resultierten. Insgesamt sei es günstiger gewesen, die Preiserhöhung zurückzunehmen, als den Lohnforderungen nachzugeben.⁶

Relativ ausgewogen, wenn auch mit warnendem Unterton, fiel das Urteil über das Verhalten des polnischen Episkopats aus. In der ersten Phase der „Dezemberereignisse“ sei er loyal gewesen, erst nachdem „die Partei die Lage bereits beherrschte“, wäre eine Verschärfung im Verhältnis zwischen Staat und Kirche eingetreten. Diese seltsame Wendung der Dinge erhielt ihre Erklärung durch den Hinweis, heute sei die Situation anders als 1956. Für politische Kompromisse bestünde keine Chance. Die PZPR-Führung gehe davon aus, dass eine Normalisierung zwischen Staat und Kirche nur möglich sei, wenn die Kirchenleitung die sozialistischen Verhältnisse in Polen anerkenne. Am Rande wurde auch ein Vorgang vermerkt, der anzeigte, dass die Gierek-Equipe im Staat-Kirche-Verhältnis auf Entspannung setzte. Ohne Druck seitens des Episkopats habe sie die Rückgabe des Kirchenbesitzes in den Westgebieten, also den ehemaligen deutschen Ostgebieten, verfügt. Mit dieser einseitigen Geste wolle sie eine bessere Ausgangsposition für die Normalisierung des Verhältnisses zum Vatikan erreichen.⁷

Mit besonderer Aufmerksamkeit analysierte man in der DDR die Ankündigung des ZK-Sekretärs Szydłak, die neue Parteiführung wolle noch im Jahre 1971 die Disproportionen in der Wirtschaft ausgleichen. Drei Aufgaben stünden dabei im Vordergrund: (1.) die Beibehaltung eines hohen Entwicklungstempos; (2.) die Verbesserung der Proportionen zwischen den Produktionsmittel und den Konsumgüter produzierenden Abteilungen der Industrie sowie (3.) die Lösung des Arbeitskräfteproblems bis 1975 durch die Schaffung von 1,9 Millionen neuen Arbeitsplätzen.⁸ Nach der Rücknahme der Preiserhöhung stehe man vor der Herausforderung, die angespannte Marktsituation zu meistern. Der von der Sowjetunion gewährte Kredit ermögliche es, 1971 rund 100.000 t Fleisch zusätzlich zu importieren. Gleichwohl seien weitere Maßnahmen erforderlich, damit man der um 25 Milliarden Złoty erhöhten Kaufkraft ein Marktangebot entgegenstellen könne. Zur Kaufkraftabschöpfung sei eine höhere Besteuerung der Einkommen ab 7.500 Złoty sowie von Künstlerhonoraren, Vermögen und Kraftfahrzeugen vorgesehen. Der Lohnfonds des Verwaltungsapparates werde eingeschränkt. Auch solle die Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, „freiwillige Versicherungen“ abzuschließen.⁹ Auch hier war die Berichterstattung erkennbar um Zurückhaltung in der Bewertung dieser Absichten bemüht, wohl auch, weil die damit verbundenen Risiken auf der Hand lagen.

Auf der DDR-Seite gingen die Experten davon aus, über kurz oder lang mit polnischen Lieferwünschen konfrontiert zu werden. Prophylaktisch wies deshalb das Präsidium des

6 Ebd., S. 3.

7 Ebd., S. 4.

8 Ebd., S. 5.

9 Ebd., S. 6.

Ministerrats im Hinblick auf die Mitte März in Leipzig bevorstehenden Beratungen des Wirtschaftsausschusses DDR-Polen seine Unterhändler an, nur auf Warenlieferungen gegen Warenlieferungen einzugehen. Den Hintergrund für diesen Ukas bildete die polnische Forderung, Arbeitskräfte für die DDR nur anzuwerben, wenn die DDR ihrerseits ihre Lieferungen an Polen erhöhe. Die DDR beharrte hingegen auf dem Standpunkt, dass es hier keinen unmittelbaren Zusammenhang gebe, sondern „daß Änderungen der abgestimmten Warenbezüge entsprechend des langfristigen Abkommens 1971–75 unserer beiden Länder nur im Rahmen der Wechselwirkung erfolgen können, d.h. jede Erhöhung von Warenlieferungen seitens der DDR an die VRP muß zwangsläufig zur Erhöhung von Warenlieferungen oder Leistungen der VRP an die DDR führen“.¹⁰ Das war ein etwas härterer Ton, als er noch am 11. Januar 1971 bei Giereks Besuch in der DDR (vgl. Kapitel 3) zu hören war. Doch schon bei dieser Gelegenheit hatte sich der begrenzte Handlungsraum abgezeichnet.

Zwei Gründe mochten eine solche Zurückhaltung nahegelegt haben. Der eine hing unmittelbar mit der ihrerseits angespannten Versorgungssituation in der DDR zusammen. Ein zusätzlicher Warenexport nach Polen hätte hier aller Voraussicht nach zu weiteren Engpässen geführt. Der andere Grund ergab sich aus der Beurteilung der polnischen Krise durch die SED. Auch wenn in der PRL inzwischen eine Beruhigung der Lage eingetreten war, sprachen doch andere Anzeichen für die Fortdauer der Instabilität. Insbesondere die Streiks in Łódź nährten die Sorge, dass eine Konsolidierung der Situation bei weitem noch nicht erreicht sei. In einer Information des MfAA hieß es, diese Streiks „zeigten erneut die Tiefe der politischen Krise“. Auch hielt man es für ausgemacht, „daß die feindlichen Kräfte verstärkt und mit raffinierteren Methoden tätig sind“. Unter dem Druck der Łództer Streiks seien die Preiserhöhungen vom Dezember 1970 zurückgenommen worden. Das habe zwar zur Beruhigung der Situation geführt, jedoch um den Preis einer weiteren Zuspitzung der ökonomischen Probleme. Wie man erst jetzt in Erfahrung gebracht habe, sei die Zurücknahme der Preiserhöhung schon auf dem 7. Plenum des ZK der PZPR am 20. Dezember 1970, also weit vor Łódź, diskutiert worden. Dort aber habe der Vorschlag keine Mehrheit gefunden, obwohl selbst Breschnew die Rücknahme angeraten habe und von Gierek unterstützt worden sei.¹¹

Diese Sicht auf die polnische Entwicklung erscheint unter zwei Aspekten bemerkenswert. Zum einen war die Darstellung sachlich nicht ganz korrekt. So hatte sich Gierek nicht erst auf dem 7. Plenum für eine Rücknahme der Preiserhöhung ausgesprochen, er war schon vorher dagegen. Das verweist auf ein generelles Problem: Solche Ungenauigkeiten tauchen in den Berichten der DDR-Botschaft und der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED immer wieder auf. Angesichts der Zeitnähe und der unterschiedlichen Qualität der Informationsquellen war dies aber wohl unvermeidlich. Dass hierdurch politische Entscheidungen erheblich beeinflusst worden wären und in eine grundsätzlich falsche Richtung

10 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J / 3373, Präsidium der Ministerrates, Direktive für die Beratung der Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses DDR/VRP, die in der Zeit vom 16.–17.3.1971 in Leipzig vorgesehen ist (10.3.1971), S. 2.

11 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J/ 3388, MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation: Information Nr. 107/III, 16.03.1971: Zur Lage in der VRP nach dem 8. Plenum der PVAP (Quelle: AV Warschau), S. 1.

zielten, ist jedoch nicht zu erkennen. Der zweite auffällige Aspekt betrifft den skeptischen Duktus der Berichte. Man konstatierte, dass die PZPR-Führung mit einer Reihe ebenso ernsthafter wie spezifischer Probleme konfrontiert war, ging aber auch von einer erheblichen Problemlösungskompetenz aus. Gleichwohl lassen die Informationen erkennen, dass eine schnelle Behebung der Ursachen kaum erwartet wurde.

Aus der Perspektive der SED-Spitze musste aber noch etwas anderes Sorge bereiten: Für die Konsolidierung der PRL engagierte sich die Sowjetunion in einem Maße, das kaum noch Spielraum für eine eventuell nötige Unterstützung anderer RGW-Länder ließ. Im Bericht des MfAA hieß es dazu, der bereits vom Sejm bestätigte Volkswirtschaftsplan 1971 werde nochmals überarbeitet. Die Änderungen sollten noch im März vom Sejm bestätigt werden. Es ging hauptsächlich um eine „Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Konsumtion in Form einer Erhöhung der Lieferungen für den Binnenmarkt um 7,2% gegenüber ursprünglich vorgesehenen 4,1%“. Das Hauptproblem sei dabei die Versorgung des Binnenmarktes mit Fleisch. Hierfür gewähre die UdSSR einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Dollar, verteilt auf drei Jahre. Die geplante Erhöhung des Verteidigungsbudgets der PRL um 4 Milliarden Złoty für 1971 werde „durch die Übernahme entsprechender internationalistischer Verpflichtungen gegenüber Vietnam und VAR durch die UdSSR abgedeckt“. Mit anderen Worten, die Sowjetunion wollte notgedrungen die von Polen zugesagten Lieferungen an das im Krieg mit den USA stehende Nordvietnam und an die mit Israel konfrontierte Vereinigte Arabische Republik auf sich nehmen. Letzteres war insofern pikant, weil es noch nicht lange her war, als Teile der polnischen Bevölkerung den israelischen Sieg im „Sechstagekrieg“ von 1967 vor allem deshalb positiv wahrgenommen hatten, weil er als indirekte Niederlage der Sowjetunion galt. Außerdem registrierte das MfAA aufmerksam das polnische Vorhaben, die Mittel für den Wohnungsbau in den Zentren und für eine schnellere Entwicklung der Produktion in den Bereichen Elektrotechnik/Elektronik und Maschinenbau aufzustocken, wofür zusätzliche Arbeitskräfte zugeführt werden sollten.¹² Das weckte Befürchtungen, dass polnische Arbeitskräfte für die DDR nicht mehr im bisherigen Maße zur Verfügung stehen könnten.

Gründe gab es also genug, die jüngsten Vorgänge im Nachbarland auch mit Sorge zu betrachten. Insgesamt jedoch war man in den politischen Führungsgremien der DDR zu der Auffassung gelangt, die PZPR sei mit einem blauen Auge davongekommen und habe die Dezemberkrise gemeistert. Unter Gierek schien die PRL auf gutem, wenn auch nicht einfachem Wege zu einer „Normalität“ zu sein, wie sie der Philosophie der „Hauptaufgabe“ entsprach.

2. Differenzierte Perzeption

Obwohl der Wechsel von Gomułka zu Gierek in der DDR ein im Großen und Ganzen positives Echo fand, hatten die politischen Verantwortungsträger im Ostberliner Partei- und Staatsapparat kaum Anlass, nach den ersten hundert Tagen der Ära Gierek beruhigt zur

12 Ebd., S. 8.

Tagesordnung überzugehen, zumal auch die Würfel in der Kontroverse zwischen Honecker und Ulbricht noch nicht endgültig gefallen waren. Nicht nur von der wirtschaftlichen Krise Polens fühle man sich betroffen, brisanter noch erschien die politische Instabilität. Die polnischen Gewerkschaften galten zunächst noch als weiche Stelle. Aus dem Grunde versuchte sich auch der FDGB-Bundesvorstand mit möglichst ungefilterten Informationen über die Vorgänge in und um den CRZZ auf dem Laufenden zu halten. Sie bezog das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes nach Lage der Dinge jedoch kaum über Berichte von nach Polen reisenden eigenen Funktionären, sondern, wie die SED-Spitze auch, im Wesentlichen über die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED und über das MfAA bzw. die Warschauer Botschaft.

Dass der FDGB sich dabei eher am hinteren Ende der Informationskette befand, überrascht kaum. Exemplarisch hierfür war eine „Zusammenfassende Einschätzung“ des am 24. und 25. Februar 1971 tagenden XXI. Plenums des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften, die von der Abteilung Internationale Verbindungen erst am 4. April an den Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, weitergeleitet wurde. Allerdings enthielt sie, über die reine Wiedergabe des vom CRZZ-Vorsitzenden Kruczek vorgetragenen Referats hinausgehend, weit mehr als nur eine Information, denn man sollte sie wohl in erster Linie als Anleitung für den Umgang mit dem CRZZ und den polnischen Gewerkschaften insgesamt verstehen:

„Die Gewerkschaften der VRP befinden sich immer noch in einer tiefen Vertrauenskrise. Sie sehen sich einer starken und vielfach berechtigten Kritik seitens der Werktätigen ausgesetzt, die den Gewerkschaften vorwerfen, daß sie sich ungenügend um die sozialen Belange der Arbeiter kümmern und ungenügend ihre Interessen vertreten. Sie müssen sich mit unerfüllbaren Lohnforderungen u.a. auseinandersetzen und sehen sich starken Angriffen der inneren und äußeren Feinde ausgesetzt, die die Gewerkschaften von der Partei trennen, sie auf eine Position des Nurgewerkschaftertums drängen wollen und versuchen, bewährte Funktionäre, vor allem Parteimitglieder, aus den Leitungen zu entfernen. Die feindlichen Kräfte werden dabei vor allem von Radio ‚Freies Europa‘ unterstützt, das massive Angriffe gegen die neuen Funktionäre richtet. Hinzu kommt ein psychologisches Moment, daß Genosse Kruczek nicht die Popularität wie der Genosse Gierek besitzt. [...] Dabei schätzen wir ein, daß das Plenum noch keine Wende an der Basis der Gewerkschaftsarbeit herbeiführen konnte, sondern nur der Auftakt für eine Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit, für die Wiedergewinnung des Vertrauens und für eine prinzipielle Auseinandersetzung mit feindlichen Argumenten und Kräften war. Rede und Bericht sind u.E. dazu geeignet und entsprechen diesen Aufgaben. Auf dem Plenum selbst zeigte sich trotz richtiger Orientierung, daß in der Diskussion die Kritik und die Fehlerdiskussion überwog und es nicht voll gelang, die Diskussion in konstruktive Bahnen zu lenken. [...] Es ist u.E. mit keiner kurzfristigen Konsolidierung der Lage in den Gewerkschaften zu rechnen, sondern dieser Prozeß wird mindestens das ganze Jahr über andauern.“¹³

Von einem ausgeprägten Optimismus konnte mithin keine Rede sein. Eine auf mittlere Sicht angelegte Perspektive ging aber von der Lösbarkeit der Probleme aus. Es schien, als hielten

13 SAPMO-BArch, DY 34, 9207, Abt. Internationale Verbindungen an H. Warnke, 6.4.1971: Zum XXI. Plenum des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften, S. 10–12.

sich die politischen Beobachter in der DDR – bewusst oder unbewusst – während des hier betrachteten Jahrfünfts an jene berühmte Verszeile der 1927 eingeführten polnischen Nationalhymne: „Jeszcze Polska nie zginęła“ – noch ist Polen nicht verloren. Dass es und vor allem wie es zumindest in der Form der PRL verlorengehen könnte, lag wohl zu dieser Zeit auch jenseits der „realsozialistischen“ Vorstellungskraft.

Bei der Perzeption der jüngsten Vorgänge in Polen unterschieden sich die Beobachter aus dem SED-Apparat und die aus den FDGB-Gewerkschaften in einem Punkt merklich. Die Gewerkschaftsfunktionäre waren eher bemüht, Anzeichen von Normalität festzustellen. So fehlten selten Hinweise auf die Nichtbeteiligung von Betriebsbelegschaften an Streiks, auf den Verbleib der Mitglieder in den Gewerkschaften, oder man betonte die Bereitschaft zu höheren Arbeitsleistungen.¹⁴ Auch hinsichtlich der in der DDR tätigen polnischen Beschäftigten legte man Wert auf ein Höchstmaß an Kontinuität und Normalität. So vereinbarten der CRZZ und der Bundesvorstand des FDGB auf der Grundlage des Regierungsabkommens vom 25. Mai 1971, dass polnische Beschäftigte für die Dauer ihrer Tätigkeit in der DDR Mitglied des FDGB sein konnten, diese Zeit aber auch als Mitgliedschaft in den polnischen Gewerkschaften angerechnet wurde, um entsprechende gewerkschaftliche Leistungen zu beziehen.¹⁵

Präzisierende Überlegungen formulierte der CRZZ noch im August und übergab dem FDGB bei einem Treffen der Sekretäre für internationale Verbindungen den Entwurf einer Vereinbarung über die mit dem Einsatz polnischer Arbeiter zusammenhängenden Fragen und Aufgaben.¹⁶ Bei dieser Gelegenheit erfolgte auch eine Information über die Lage in der PRL, die von einer fortschreitenden Konsolidierung ausging. Die Reorganisation des CRZZ sei in den Bezirken erfolgt und stehe in den Zentralvorständen kurz vor dem Abschluss. Jetzt bemühe man sich um die mittlere Leitungsebene der Kreise. Deren Vertreter müssten rascher reagieren und sich stärker den Betrieben zuwenden. Weiter wurde betont, dass die Partei- und Staatsführung „großes Vertrauen unter den Arbeitern“ besitze. Seit Juli habe es in den Betrieben keine Arbeitsniederlegungen mehr gegeben. Vielmehr entwickeln sich „gute Arbeitsinitiativen“, die von den Gewerkschaften zu fördern seien. Dabei konzentriere sich der CRZZ in seiner politischen, ökonomischen und sozialpolitischen Arbeit auf 180 Schlüsselbetriebe, von denen die gesamte Entwicklung entscheidend abhängen.¹⁷

14 SAPMO-BArch, DY 34, 8457, Zentralvorstand der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft der DDR: Bericht über den Delegationsbesuch in der Volksrepublik Polen (23.5.–30.5.1971); SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.11/11, Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst, Zentralvorstand, 22.10.1971: Bericht über die Delegationsreise in die Volksrepublik Polen (28.9.–4.10.1971).

15 SAPMO-BArch, DY 34, 25349, Vereinbarung zwischen dem Zentralrat der Gewerkschaften (CRZZ) der Volksrepublik Polen und dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) über die Gewerkschaftszugehörigkeit und -tätigkeit polnischer Werk­tätiger, die vorübergehend in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigt sind.

16 SAPMO-BArch, DY 34, 9207, Bundesvorstand des FDGB, Neukrantz, 19.8.1971: Information über das Treffen der Sekretäre für Internationale Verbindungen des CRZZ (Polen), Koll. Pospieszynski [d.i. Ryszard Pospieszynski, *1925], und des FDGB, Koll. Neukrantz, am 16.9.1971 [bei dem Datum dürfte es sich um einen Schreibfehler handeln, P.H.] in Berlin, S. 1.

17 Ebd., S. 3.

Seitens des FDGB nahm man solche Nachrichten gern auf, vermittelten sie doch das Bild aktiv agierender Gewerkschaften. Dies konnte vielleicht auch im Hinblick auf die DDR-interne Diskussion nützlich sein, zumal der Staatsgewerkschaft auch im Parteiapparat der Makel von Schwerfälligkeit und mangelndem Durchsetzungsvermögen anhaftete. Was jedoch Polen anging, mochte die gewerkschaftliche Binnenperspektive tatsächlich den Eindruck hinterlassen, der CRZZ könne den Kurs Giereks wirksam unterstützen. Auf jeden Fall registrierte man im Bundesvorstand des FDGB mit Interesse, dass sich das Präsidium und das Exekutivkomitee des Zentralrates der Gewerkschaften am 19. April 1972 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Entwurf eines neuen Gesetzes über die Rolle und die Aufgaben, die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften in der PRL befassten.¹⁸ Zu einem solchen Gesetz kam es zwar nicht, aber allein schon das Bemühen darum wurde als ein Zeichen fortschreitender „Normalisierung“ gedeutet. Auch die noch offenen Probleme waren im FDGB nicht unbekannt. Ausdrücklich hieß es in einem Bericht der DDR-Botschaft vom Juni 1972, die polnischen Arbeiter würden „mit Recht die schnelle Überwindung der tatsächlich vorhandenen großen Mißstände in den sozialen und Arbeitsbedingungen in den Betrieben fordern“. Sie brächten kein Verständnis dafür auf, wenn keine Umkleideräume vorhanden oder sanitäre Anlagen mangelhaft seien. Die Tätigkeit der Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsleitungen in den Betrieben werde vor allem auch daran gemessen, wie sie zur Beseitigung solcher Unzulänglichkeiten beitragen. Die Arbeiter akzeptierten aber auch, „daß bestimmte Aufgaben des Sozialprogramms (Löhne, Renten, 5-Tage-Arbeitswoche etc.) nicht kurzfristig gelöst werden können“.¹⁹ Überhaupt richteten sich, wie es hieß, die Diskussionen und Forderungen der Arbeiter „nicht gegen die Partei und ihr Programm“. Dieser Gesichtspunkt fand in der Berichterstattung über Polen nach wie vor eine auffällige Betonung, nicht nur, weil dies auch der offiziellen Argumentation der PZPR entsprach, sondern, weil er das eigene Weltbild stützte.

In den oberen Leitungsgremien der SED und des FDGB dürfte man das 1971 in Polen einsetzende und noch 1972 andauernde Personalrevirement mit gemischten Gefühlen beobachtet haben. In den Betrieben der PRL seien fast überall neue Parteileitungen tätig, an deren Spitze neue, meist junge Parteisekretäre stünden, hebt der Bericht der Botschaft hervor. Offiziellen Angaben zufolge kam es auch im Zuge der Gewerkschaftswahlen zur Auswechslung von rund 60% der Mitglieder von Betriebsgewerkschaftsleitungen. Nach wie vor erfolge auch noch die Ablösung unfähiger Betriebsleiter. Das mochte vor dem Hintergrund der Krise vom Dezember 1970 von Vorteil sein, doch barg es angesichts der zu lösenden Aufgaben auch Risiken.

Der Botschaftsbericht bot hierzu einen bemerkenswert präzisen Überblick zu den Problemfeldern, „die nur langfristig gelöst werden können“, und solchen, bei denen es sich um „unmittelbar zu lösenden Aufgaben“ handelte. Zur ersten Kategorie zählte er Wohnungs-, Lohn- und Rentenfragen, wobei vor allem an die Herabsetzung des Rentenalters gedacht war, die 5-Tage-Arbeitswoche, der Ausbau des Gesundheitsdienstes und umfassende sozialpolitische Maßnahmen sowie die Sicherung einer stabilen Fleischversorgung. Kurzfristige

18 SAPMO-BArch, DY 34, 9430, Abt. Internationale Verbindungen an H. Warnke: Information der DDR-Botschaft in Warschau, 14.6.1972, S. 1.

19 Ebd., S. 3.

Verbesserungen erwartete man indessen beim Betriebsgesundheitsdienst und beim Erholungswesen, bei Werkkūchenessen und Berufsverkehr sowie beim Arbeitsschutz.²⁰

Für Kenner der Szene konnte die Aussicht wenig beruhigend sein, die Fleischversorgung ließe sich erst langfristig stabilisieren. Insgesamt jedoch trauten die Experten in der DDR der neuen PZPR-Führung unter Gierek eine hohe Problemlösungskompetenz zu, vor allem aber den festen Willen, für eine schnelle Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu sorgen.²¹ Schon ziemlich früh stellte sich aber auch die Frage nach den wirtschaftlichen Folgen der von der neuen Mannschaft in Warschau verfolgten Sozialpolitik. So äußerten die Wirtschaftsfachleute der DDR-Botschaft schon Mitte 1971 die Vermutung, obwohl es wichtig sei, wenn der Fünfjahrplan 1971–1975 neben der Verbesserung des Lebensstandards die Überwindung wirtschaftlicher Ungleichgewichte vorsehe, würden „die hohe Arbeitskräftezuführung und die damit verbundene Erweiterung der Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze [...] sich jedoch hemmend auf den Übergang zur intensiven Wirtschaftsentwicklung auswirken“. Das Wachstumtempo der Arbeitsproduktivität bleibe weiterhin gering. Doch die Lösung des Hauptproblems, nämlich „die Sicherung der Proportionen zwischen dem Warenfonds und der Kaufkraft“, erfordere einen deutlichen Effektivitätszuwachs in der gesamten Volkswirtschaft.²² Auch die preispolitischen Sofortmaßnahmen – zwischen dem Dezember 1970 und Sommer 1971 erfolgten drei Preissenkungen für Konsumgüter – gingen nicht etwa auf einen Produktivitätszuwachs zurück. Deshalb machte der Leiter des Amtes für Preise, Walter Halbritter, in einer Information für das Politbüro der SED darauf aufmerksam, dass es sich um Preisabschläge für modisch schnell veraltende Waren, für Textilien aus synthetischen Fasern und für veraltete langlebige technische Konsumgüter handelte.²³ Allerdings spielten sie keine größere Rolle, zudem waren hierin wohl auch noch die im Dezember 1970 von Gomulka verfügbaren kompensatorischen Preissenkungen enthalten, die nach dem Rücknahmebeschluss vom 15. Februar 1971 nicht aufgehoben worden waren. Alles aber stand im Schatten des Beschlusses über die Preisstabilität bei Nahrungsmitteln.

Dem Beschäftigungsproblem galt in der DDR schon deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil der Einsatz polnischer Arbeitskräfte bereits zu einer festen Größe geworden war. Es kam deshalb nicht von ungefähr, wenn das Thema bei der Analyse des VI. PZPR-Parteitages einen prominenten Platz einnahm. Dabei ging es allerdings weniger um den Arbeitskräftebedarf der DDR als vielmehr um die Folgen für die PRL. Die auf dem Parteitag von Gierek vorgetragene These, unter den Bedingungen der PRL wirke der Beschäftigungsanstieg als Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung, traf offenbar weiterhin auf eine gewisse Skep-

20 Ebd., S. 3f.

21 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/6.11/11, Abt. Maschinenbau und Metallurgie, 25.10.1971, Information für das Sekretariat des ZK: Bericht über den Besuch einer Konsultationsgruppe (20.–24.9.1971) zum Studium der Erfahrungen der PVAP in der politisch-ideologischen Arbeit zur sozialistischen Rationalisierung der Gießereiindustrie, der Entwicklung des Gießereimaschinen- und Anlagenbaus und der Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen in der Gießereiindustrie (Beschluss des Sekretariats, 17.9.1971).

22 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J/3537, MfAA, Zentrum für Information und Dokumentation, Information Nr. 143/VI, 29.06.1971: Zur Ausarbeitung des Fünfjahrplanes der VR Polen von 1971 bis 1975 (Quelle: AV Warschau), S. 3.

23 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /3560, Walter Halbritter: Information für das Politbüro des ZK der SED, 14.07.1971.

sis. Tatsächlich sprach ja auch einiges für die bisher auch in Polen vertretene Auffassung, wonach eine Ausweitung der Beschäftigung als Element einer extensiven Wirtschaftspolitik zu betrachten sei und die Steigerung der Arbeitsproduktivität negativ beeinflusse.²⁴ Die PZPR sehe die Ursachen der bisherigen extensiven Wirtschaftsführung jetzt in einem zu niedrigen Tempo der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der ungenügenden Ausnutzung der Grundfonds und einem übermäßigen Aufwand an Rohstoffen und Materialien, hieß es in der Information über den Parteitag.²⁵ Die nunmehr gewählte beschäftigungspolitische Option erfahre allerdings durch die lohnpolitische Zielsetzung eine Entschärfung, denn diese sehe eine mehr oder minder konsequente Anwendung des Leistungsprinzips vor. Es hieß, die Erhöhung des Reallohnes werde mit der konsequenten Durchsetzung des Prinzips „Jedem nach seiner Arbeit“ verbunden. Mit der Erhöhung des Reallohnes solle eine rationelle Vollbeschäftigung sowie nach Möglichkeit eine gerechte Bezahlung des Wachstums der individuellen Arbeitsproduktivität und der allgemeinen Verbesserung der ökonomischen Produktionsergebnisse gewährleistet werden. Dabei werde auch eine Erhöhung des Grundlohnes unter gleichzeitiger Korrektur der Arbeitsnormen angestrebt.²⁶ Bemerkenswerterweise gingen die Berichte hinsichtlich der Beschäftigungspolitik kaum auf das Problem ein, dass man in Polen gar keine Wahl hatte als die Beschäftigung auszuweiten, wenn es keine Arbeitslosigkeit geben sollte. Hier mochte die gänzlich anders gelagerte Situation in der DDR eine Rolle spielen, wo viele Betriebe Arbeitskräfte suchten.

Den Beobachtern aus der DDR war völlig klar, dass die politische Stabilität der PRL in erheblichem Maße davon abhing, ob und wie schnell es der Gierек-*Equipe* gelang, für eine deutliche Verbesserung des Warenangebots für die Bevölkerung zu sorgen. Es kam deshalb nicht von ungefähr, wenn die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED in einem Plan für den Delegations- und Erfahrungsaustausch während der Jahre 1972 und 1973 Fragen des Handels und der Versorgung noch vor denen des Bauwesens Priorität einräumte.²⁷ Um die Erfahrungen der jeweils anderen Seite auf diesen Gebieten zu studieren, wollte man Delegationen auf ZK-Ebene austauschen. In dieser thematischen Schwerpunktsetzung spiegeln sich die Hauptakzente der Sozialprogramme.

Den Delegationen, die aus der DDR nach Polen reisten, fielen zu dieser Zeit gewöhnlich zwei Dinge auf: Zum einen betonten sie in ihren Berichten immer wieder, wie weitgehend der Personalaustausch auf den Leitungsebenen gediehen war. Zum anderen fassten sie eigene Beobachtungen und auch Meinungen „polnischer Genossen“ zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der PRL oft mit einem Hauch von Skepsis zusammen. So hielt es die Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED bereits im April 1972 für mitteilenswert, dass nach Meinung polnischer Experten im Rahmen des Entwicklungsprogramms der chemischen Industrie bis 1975 bestehende Disproportionen und Engpässe sowohl innerhalb der

24 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /3842, Abt. Internationale Verbindungen: Information über den VI. Parteitag der PVAP, 12.12.1971, S. 13.

25 SAPMO-BArch, DY 30 /IV A 2/20/1160, Abt. Internationale Verbindungen, 13.12.1971: Information über den VI. Parteitag der PVAP.

26 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /3842, Abt. Internationale Verbindungen: Information über den VI. Parteitag der PVAP, 12.12.1971, S. 9.

27 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/143, Abt. Internationale Verbindungen: Plan für den Delegations- und Erfahrungsaustausch zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in den Jahren 1972 und 1973, 13.1.1972.

Chemie als auch zwischen der Chemie und anderen Zweigen der Industrie nur teilweise beseitigt werden könnten. Auch sei der Bedarf an chemischen Grundstoffen, besonders an petrochemischen Grundstoffen, nicht zu decken.²⁸

Es gab also Anlass, die Voraussetzungen, Bedingungen und Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit genau zu beobachten. Gleichwohl schienen übertriebene Sorgen fehl am Platze, denn als der Wirtschaftsausschuss DDR-Polen im Mai 1972 in Warschau tagte, konnte man einen bisher nicht erreichten Stand der bereits bestehenden Vertragsbindungen im bilateralen Handel konstatieren. Auch die positive Entwicklung während der ersten vier Monate des pass- und visumfreien Reiseverkehrs wurde mit Lob bedacht. Immerhin hatten in dieser Zeit jeweils rund 1,8 Millionen Menschen aus beiden Ländern von der Neuregelung Gebrauch gemacht.²⁹ Wenn die polnische Seite „die große politische Bedeutung“ dieser Reiseerleichterung hervorhob, war das sicher nicht übertrieben.³⁰ Noch befand man sich damit gewissermaßen in den Flitterwochen, der Neuigkeitswert war beträchtlich, und den beiden Parteiführungen brachte es zweifellos einen Bonus.

Die Umbruchsituation der Jahre 1971/1972 zog allerdings auch einige Begleiteffekte nach sich, die zeitgenössischen Beobachtern nicht unproblematisch erschienen. So hielt es eine Studiendelegation der IG Chemie, Glas, Keramik für mitteilenswert, dass für die Arbeiter der polnischen Chemieindustrie im Fünfjahrplan keine Lohnerhöhungen vorgesehen waren.³¹ Das entsprang offenbar einer etwas verquerten Logik, waren sie doch im Dezember 1970 und danach nicht an Streiks beteiligt. Man konnte hierin die Folge einer punktuellen sozialen Befriedungspolitik sehen: Wer sich nicht an den Protesten beteiligte, galt nicht als Risiko. Eher neutral konstatierte auch dieser Bericht den mit den Gewerkschaftswahlen von 1972 verbundenen Austausch von ca. 50% der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben und von 40 bis 45% im Präsidium und im Hauptvorstand der Chemie-Gewerkschaft. Ohne dass ein direkter Bezug zu diesen und anderen Personalentscheidungen hergestellt wurde, wies der Bericht auf einen deutlichen Anstieg der Arbeitsunfälle von 1971 zu 1972 hin: 1970 ca. 200.000 Unfälle, davon 1.100 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 56.000 schwere Unfälle; 1971 ca. 218.000 Unfälle, davon 1.400 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 65.000 schwere Unfälle.

Die Gründe für diese fatale Entwicklung wurden zwar nicht näher erörtert, doch mochte die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften seit dem Dezember 1970 nicht mehr streng kontrolliert worden sein und die Arbeitsdisziplin sich gelockert haben. Handfeste Beweise für diese These gibt es freilich nicht, doch sind auch keine anderen Gründe zu erkennen.

28 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/144, Abt. Grundstoffindustrie, 26.4.1972: Bericht der Delegation des Zentralkomitees der SED über Ergebnisse des Studiums der Erfahrungen der PVAP bei der Durchführung der Beschlüsse zur Entwicklung der chemischen Industrie in der VRP, S. 8.

29 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /4100, K. Fichtner: Kurzinformation über die Ergebnisse der Beratung mit dem Vorsitzenden der VRP-Sektion des Wirtschaftsausschusses DDR/VRP, Gen. Mitrega, am 15. und 16. Mai 1972 in Warschau, S. 1f.

30 Ebd., S. 2.

31 SAPMO-BArch, DY 34, 8457, IG Chemie, Glas, Keramik, Zentralvorstand: Bericht über die Studienreise auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes zum Hauptvorstand der IG Chemie der VR Polen vom 9.10.–14.10.1972, (undat.).

3. Das Treffen von Przelazy

Trotz der internen Prognosen, die auf einige problematische Aspekte der ambitionierten Konsum- und sozialpolitischen Programme in der DDR und der PRL aufmerksam zu machen suchten, blieben beide Seiten um eine positive Sicht bemüht. Das war schon deshalb naheliegend, als man sich gegenüber der eigenen Bevölkerung unter einem erheblichen Erfolgsdruck gesetzt hatte. Allerdings stellt sich die Frage, ob die beiden Hauptakteure an der Spitze von PZPR und SED dabei nicht Opfer ihrer eigenen Propaganda wurden. Einen Hinweis darauf gab das Treffen Gierek – Honecker am 23. und 24. Juni 1972 im ehemaligen Schloss von Przelazy (Wojewodschaft Zielona Gora, heute Wojewodschaft Lebus), dem früheren ostbrandenburgischen Seeläsgen.³² Bei dieser Gelegenheit präsentierten sich beide gegenseitig eine Erfolgsbilanz, die – mit kleineren Problemen gewissermaßen garniert – beeindruckend ausfiel.

Nachdem sich Gierek und Honecker zuerst am 11. Januar 1971 in Berlin und vom 18.–20. September 1971 in Warschau getroffen hatten, bot die Zusammenkunft in Przelazy erstmals Gelegenheit, die bisherigen Ergebnisse der politischen Kurswende in Augenschein zu nehmen.³³ Dem Protokoll zufolge begann Edward Gierek mit einem ausführlichen Bericht über die Besserung der Lage in der PRL: „Genosse Gierek führte über die Situation in der VR Polen aus, daß sie sich in den letzten Monaten immer besser gestaltet habe. Die Stimmung im Volk ist gut, in der Partei sehr gut. [...] Offensichtlich ist das auch auf den positiven Einfluß zurückzuführen, den die guten ökonomischen Ergebnisse im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten dieses Jahres ausgeübt haben. Daraus ergibt sich die positive Haltung der Bevölkerung zur Partei, ihren Plänen und Zielen.“³⁴ Einzelbauern, Genossenschaften und Staatsgüter arbeiteten gut, was man auch über die Industrie sagen könne. Insgesamt seien 163 Großbetriebe direkt dem ZK unterstellt worden, eine Anzahl weiterer Betriebe habe man den Wojewodschafts-Komitees zugeordnet. Dadurch erhalte die Partei mehr Möglichkeiten, „schneller Einfluß auf die Lage in den Betrieben zu nehmen und sie zu verändern.“³⁵

Das war bei Lichte besehen nicht unbedingt eine Erfolgsmeldung. In der DDR gab es für dieses Verfahren den Begriff der „operativen Leitung“. Sie galt eher als Ad-hoc-Intervention bei Problemen, die auf andere Art nicht zu lösen waren. Auch Giereks auf den ersten Blick unverfängliche Bemerkung zum Verhältnis zwischen dem kommunistischen Staat und der katholischen Kirche in Polen ließ unterschiedliche Deutungen zu: „Unsere Beziehungen zur Kirche gestalten sich besser. Die Kirche greift uns von Zeit zu Zeit an, aber weniger aggressiv. Sie findet immer weniger Argumente gegen uns. Viele Forderungen

32 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /4171, Protokoll-Niederschrift über die Gespräche zwischen den Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der VR Polen am 23. und 24. Juni 1972 in Przelazy in der Wojewodschaft Zielona Gora.

33 Mieczysław Tomala: Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990, Marburg 2000, S. 492–501.

34 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /4171, Protokoll-Niederschrift über die Gespräche zwischen den Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der VR Polen am 23. und 24. Juni 1972 in Przelazy in der Wojewodschaft Zielona Gora, S. 1.

35 Ebd., S. 2.

der Kirche, die Lebensbedingungen zu verbessern, Mutter und Kind mehr Aufmerksamkeit und Sorge zu schenken und andere, wurden durch die sozialpolitischen Maßnahmen der Partei aus der Welt geschaffen.“³⁶ Dies ließ sich als Werben um Verständnis lesen, wenn man mit der mächtigen katholischen Kirche unter Stefan Kardinal Wyszyński, Erzbischof von Warschau und Primas von Polen, ein Arrangement suchte. Aber auch eine andere Deutung läge nahe, die diesem Gesichtspunkt durchaus nicht entgegenstehen müsste: Suchte Gierek mit seiner Sozialpolitik vielleicht gezielt auch Anknüpfungspunkte zur katholischen Soziallehre, um die gesellschaftlichen Spannungen im Lande zu mindern?

Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz, der Gierek begleitete, fügte dem Wein zwar noch einige Tropfen Essig bei, stützte im Großen und Ganzen aber den positiven Tenor Giereks. Es gebe Schwierigkeiten in der Investitionstätigkeit und im Export, weil die Kooperation zwischen den Betrieben dem Entwicklungstempo nicht standhalte. Rückstände seien in der Zulieferindustrie aufgetreten, und neue Sortimente kämen zu spät. Noch bleibe die Bereitstellung verschiedener Warensortimente unzureichend, insgesamt jedoch sei es gelungen, die Bevölkerung besser mit Butter, Fleisch und anderen Produkten zu versorgen. Die Reallohne wären seit Giereks Machtantritt um 5,6% gestiegen, der Lohnfonds um 10%. Die Arbeitsproduktivität habe man um 9,2% steigern können; 63,8% des Zuwachses der Industrieproduktion ginge auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität zurück. Die Lebensmittelindustrie habe einen guten Zuwachs von 16% erreicht. Erstmals sei der Verkauf industrieller Konsumgüter schneller gestiegen als der von Lebensmitteln.³⁷

Auch Erich Honecker wartete mit einer ähnlichen Bilanz auf. Das „Paket von sozialpolitischen Maßnahmen“ habe „eine ganz neue Arbeitsatmosphäre“ entstehen lassen. Zwar werde das Ganze bis 1975 etwa 8 Milliarden Mark kosten, doch hätten „die Werktätigen [...] sofort Gegenverpflichtungen übernommen“ und könnten „jetzt schon gute Ergebnisse“ vorweisen.³⁸ Gezielt wolle die SED die Autorität der Gewerkschaften erhöhen, weshalb man auch die sozialpolitischen Maßnahmen als einen gemeinsamen Beschluss des Zentralkomitees, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates gefasst habe. Auf dem bevorstehenden FDGB-Kongress wolle man darüber sprechen, wie „Ordnung in die Lohnprobleme zu bekommen“ sei. „Das ist eine Frage, die nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Der Tariflohn spielt eine viel geringere Rolle, als alle möglichen Zu- und Aufschläge. Der Arbeiter hat heute keinen Überblick mehr, was er für seine konkrete Leistung tatsächlich erhält. Wir müssen also mehr Augenmerk auf die Gestaltung des Grundtarifs lenken. (Zwischenruf des Genossen Gierek: Das hört sich an, als ob Genosse Honecker vor unserem Politbüro berichtet. Wir haben genau die gleichen Probleme).“³⁹

Diese Übereinstimmung war alles andere als zufällig. Hier handelte es sich tatsächlich um einen besonders heiklen Punkt der ganzen wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik. Honecker hatte bei dessen Erwähnung zweifellos das sogenannte Tarifprojekt vor Augen, mit dem man in der DDR das Erreichen wollte, was in den 1960er Jahren nicht gelungen war. Schließlich wartete er noch mit einer Erfolgsmeldung der besondern Art auf. Es ging um die Beseitigung der unter Ulbricht noch verbliebenen restlichen privaten bzw. mit staat-

36 Ebd., S. 4.

37 Ebd., S. 10f.

38 Ebd., S. 16.

39 Ebd., S. 17.

licher Beteiligung arbeitenden Industriebetriebe und industriell produzierenden Genossenschaften: „Wir haben auch in der Industrie die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiterentwickelt. Innerhalb von 3–4 Monaten ist bei uns der privatkapitalistische Sektor verschwunden. [...] So war es möglich, auf der Grundlage der Gesamtatmosphäre in der DDR die Zeit der NÖP in der DDR zu beenden. In diesen Betrieben wird jetzt mit höherer Effektivität gearbeitet.“⁴⁰

Insgesamt betraf das 7.500 Betriebe mit 430.000 Beschäftigten. Am Beispiel der thüringischen Kreisstadt Apolda, wo sich „63 Prozent der Industrieproduktion in kapitalistischer Hand“ befanden, was „die größte Konzentration in der DDR“ darstellte, führte Honecker aus, wie die SED das Ziel „in angestrebter politisch-ideologischer Arbeit“ erreicht habe. Freilich bedurfte es in den ehemaligen Privatbetrieben einer Anhebung der Löhne auf das Niveau staatlicher Betriebe. „Dadurch konnten sich die Werktätigen überzeugen, daß die Maßnahmen nicht auf ihre Kosten gehen werden.“⁴¹ Die Betriebe selbst wurden vom Staat aufgekauft, allerdings stellten die vom Käufer festgelegten Preise die bisherigen Besitzer kaum zufrieden.

Bilaterale Gespräche, wie das von Przelazy, boten sicher Gelegenheit, die jeweils andere Seite von der eigenen Problemlage oder so, wie man sie gern gesehen hätte, in Kenntnis zu setzen. Ohne ihre Funktion für den Informationsaustausch, für die praktische Zusammenarbeit und auch für die Abklärung kontroverser Fragen in Abrede zu stellen, wird man vor allem den Symbolwert zu beachten haben. Grundsätzlich waren solche Treffen auf der obersten Ebene stark ritualisiert. Es gibt gute Gründe, sie unter der viel später erfundenen Kategorie „Freundschaftstheater“ zu fassen.⁴² Mieczysław Tomala merkte hierzu an: „In mancher Hinsicht entstand eine wahrhaft sonderliche Situation. Im offiziellen Teil beteuerten beide Seiten ihre entschlossene Freundschaftspolitik und den festen Kooperationswillen. Zur gleichen Zeit blieben jedoch manche Dinge unausgesprochen, oder man versuchte, sie vor dem anderen Partner zu verheimlichen. [...] Die Heuchelei und Doppelbödigkeit der bilateralen Politik hatte einen Höhepunkt erreicht, als Freundschaftsbekundungen zum Spektakel ausarteten.“⁴³

Besonders Honecker zeigte sich in dieser Hinsicht anfällig. Gleichwohl scheinen die persönlichen Beziehungen zwischen ihm und Gierek recht gut gewesen zu sein und auch die zwischenstaatliche Atmosphäre positiv beeinflusst zu haben. Tomala nennt die 1970er Jahre (wenn auch in Anführungsstrichen) eine „Honigdekade“ der Beziehungen zwischen der DDR und der PRL.⁴⁴ Ähnlich sieht auch Burkhard Olschowsky die Gierek-Ära als „die fruchtbarste Dekade in den Beziehungen zwischen Polen und der DDR“.⁴⁵ Darüber, inwie-

40 Ebd., S. 18.

41 Ebd., S. 19.

42 So das Thema einer vom 13.1. bis 14.1.2006 vom DHI Warschau ausgerichteten Tagung: „Freundschaftstheater. Polnisch-deutsche histoire croisée 1945/1949–1990“.

43 Tomala, Deutschland – von Polen gesehen, S. 499.

44 Ders.: Eine Bilanz der offiziellen Beziehungen zwischen der DDR und Polen, in: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.): Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, Osnabrück 2003, S. 59–79, hier 75.

45 Burkhard Olschowsky: Die staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und Polen, in: ebd., S. 41–58, hier 49.

weit hiervon die Perzeption sozialer Probleme im jeweils eigenen und im anderen Land beeinflusst wurde, lässt sich nur spekulieren. Zumindest aber dürfte bei Gierek ebenso wie bei Honecker die Bereitschaft zur Kooperation groß gewesen sein.

4. Kontaktpflege mit Vertrauensvorschuss

Für die Kooperation zwischen der DDR und der PRL waren die Kontakte auf der Parteiebene fraglos ausschlaggebend. Bei den Jugendverbänden bewegten sie sich im Wesentlichen im Rahmen von touristischen, sportlichen und kulturellen Aktivitäten. In quantitativer Hinsicht bedeutsam wurde die gewerkschaftliche Zusammenarbeit. Der FDGB rief seine Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auf, ihre Kontakte zu den polnischen Gewerkschaften, aber auch zu denen in der ČSSR im Rahmen des pass- und visumfreien Reiseverkehrs auszubauen und kulturelle Veranstaltungen, Besichtigungen, Betriebsbesuche und Erfahrungsaustausche zu vereinbaren sowie die Möglichkeiten für Urlaub und Naherholung zu erweitern.⁴⁶ Offensichtlich – und vielleicht etwas blauäugig – wollte man hierbei das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Noch im Januar 1973 sollten in Warschau mit dem Zentralrat der polnischen Gewerkschaften Verhandlungen über Tourismus und ein beiderseitiges Angebot von Kuren aufgenommen werden.⁴⁷

Die gewerkschaftlichen Arbeitskontakte erlaubten aber auch recht genaue Einblicke in die wirtschafts- und sozialpolitische Situation der beiden Länder. Auf diese Weise war schon bald klar, dass man auch in der PRL auf den gleichen Gebieten nicht recht vorankam, auf denen man sich auch in der DDR schwer tat, nämlich bei der Ausarbeitung eines neuen Arbeitsgesetzes und in der Lohnpolitik. Was das Arbeitsrecht betraf, so näherten sich die polnischen Experten dem Ziel einer zusammenfassenden Kodifizierung schneller, als in der DDR der Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzbuches vorlag. Deshalb waren die Arbeitsrechtler aus der DDR mehr an den Fortschritten des „Kodeks pracy“ interessiert. Auf polnischer Seite konnte man zu dieser Zeit kaum von der parallelen Diskussion in der DDR profitieren. Im Hinblick auf die Löhne zeichnete sich eine weitgehende Übereinstimmung der Probleme und der Lösungsvorschläge ab. Tendenziell zielten sie darauf ab, die bestehenden großen Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Berufen zu verringern und die unteren Lohngruppen anzuheben. Auch sollte die Vielzahl der vorhandenen Zuschläge auf ein Minimum gesenkt und die Rolle des Tariflohnes gestärkt werden.⁴⁸ Da dieses Vorhaben nicht durch Lohnsenkungen, sondern nur durch Korrekturen nach oben zu verwirklichen war, drohte es von vornherein zu einem teuren Unternehmen zu geraten. In der DDR war das der aus-

46 SAPMO-BArch, DY 34, 25691, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 9.8.1972.

47 SAPMO-BArch, DY 34, 25692: Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 17.1.1973 (Beschluss Nr. S 26/73).

48 SAPMO-BArch, DY 34, 8457, Industriegewerkschaft Bergbau-Energie, Zentralvorstand, 20.12.1972: Bericht über den Aufenthalt einer Studiendelegation des Zentralvorstandes der IG Bergbau-Energie der DDR beim Zentralvorstand der IG Bergbau der Volksrepublik Polen in der Zeit vom 5. bis 9. Dezember 1972.

schlaggebende Grund für die frühzeitige Aufgabe des Vorhabens. Ob hierbei auch polnische Erfahrungen Berücksichtigung fanden, ist indes nicht zu erkennen.

Einen weiteren Aktivitätsschwerpunkt setzte der FDGB mit der Arbeit unter den in DDR-Betrieben vor allem in Berlin, Cottbus, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder) und Karl-Marx-Stadt beschäftigten Polen. Hier verbanden sich erkennbar Versuche ideologischer Einflussnahme mit sozialen Betreuungsangeboten und der Erwartung, es werde „sich ein kameradschaftliches Verhältnis im Wohngebiet zu den Bürgern unserer Republik“ entwickeln.⁴⁹ Das scheint nicht selbstverständlich gewesen zu sein, allerdings konnte man hierbei auch keine schnellen Ergebnisse erwarten. Es schwang eine gewisse Unsicherheit mit. Einen Hinweis darauf gab die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED, indem sie ihrer regelmäßigen Berichterstattung über „besondere Vorkommnisse“ die Rubrik „Vorkommnisse mit polnischen und ungarischen Werktätigen“ beifügte.⁵⁰

Probleme entstanden auch, weil den polnischen Beschäftigten vor ihrer Einstellung mitunter falsche Vorstellungen von ihrem künftigen Arbeitsplatz, vom Lohn oder auch von beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt wurden. Es mochte ein Zusammenhang mit diesen Voraussetzungen, besonders aber wohl mit mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache bestanden haben, wenn Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes öfter versagten. Die Unfallquote lag bei polnischen Arbeitskräften 1972 mit 41,19 je 1.000 Beschäftigten wesentlich höher als bei ihren deutschen Kollegen. Spitzenwerte erreichte sie in den Bereichen Energie und Chemie.⁵¹ Allerdings war das ein Phänomen, wie es auch anderswo und bis in die Gegenwart beim Einsatz ausländischer Arbeitskräfte auftrat und auftritt. Der Umgang mit dem Problem jedenfalls zeigte, dass in den betreffenden Betrieben der Wille vorhanden war, deutschen und polnischen Beschäftigten die gleichen Arbeitsbedingungen zu bieten.

In dieser Hinsicht stand man auch in einem gewissen Wettbewerb mit polnischen Betrieben, die, wie Mitarbeiter des FDGB aufmerksam registrierten, erhebliche Anstrengungen „zur Verbesserung der Arbeits- und Sozialbedingungen“ unternahmen. Hierfür standen „relativ hohe Fonds zur Verfügung“, so etwa für den Wohnungskauf durch den Betrieb, für Kredite, mit denen der Wohnungskauf Einzelner finanziert werden sollte. Außerdem übernahmen Betriebe zwei Drittel der für den Eintritt in eine Wohnungsbaugenossenschaft nötigen Zuschüsse, sie zahlten Renovierungskredite bis 10.000 Złoty, deren Rückzahlung innerhalb von fünf Jahren zu erfolgen hatte. Sie engagierten sich beim Bau von Ferienheimen, Bungalows und Kinderferienlagern, stellten für Touristik, Theater- und Gesellschaftsfahrten betriebseigene Busse zur Verfügung und hielten beträchtliche Mittel für die Betreuung ehe-

49 SAPMO-BArch, DY 34, 25691, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 13.12.1972: Bericht über den Stand der Verwirklichung der Vereinbarung zwischen dem Bundesvorstand des FDGB und dem Zentralrat der Gewerkschaften der Volksrepublik Polen vom 27.8.1971. Berichterstatter: Koll. Focke, Abt. Organisation.

50 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 13111/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an G. Mittag, 24.4.1973: Information über besondere Vorkommnisse im I. Quartal 1973.

51 SAPMO-BArch, DY 34, 25349, Bericht über den Stand der Verwirklichung der Vereinbarung zwischen dem Bundesvorstand des FDGB und dem Zentralrat der Gewerkschaften der Volksrepublik Polen vom 27. August 1971. (Beschluss des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB Nr. S 936/72 vom 13.12.1972).

maliger Betriebsangehöriger im Rentenalter sowie für den Ausbau des Betriebsgesundheitswesens bereit.⁵²

Es fällt auf, dass solche Anstrengungen in den Berichten von DDR-Vertretern mit viel Sympathie betrachtet wurden. Sie entsprachen ja auch weitgehend dem eigenen sozialpolitischen Programm. Offiziell stellte niemand die Frage nach den Kosten und deren Konsequenzen für die polnische Volkswirtschaft. Wohl aber bemerkte man in den polnischen Bemühungen einen starken nationalen Impuls. So hielt Werner Lamberz nach einem im Januar 1973 mit Edward Gierek geführten Gespräch dessen Äußerung fest: „Die Parteiführung [der PZPR] werde alles tun, um die weitere Entwicklung sehr dynamisch zu gestalten und Polen einen höheren Platz in der Welt zu sichern. Polen werde ein interessanter Partner. Diese nationalen Ambitionen stünden keineswegs im Widerspruch zur Erfüllung der internationalen Aufgaben der PVAP, sondern stärkten die Macht und das Potential der ganzen sozialistischen Gemeinschaft.“⁵³ Dass die PZPR-Spitze, wie die DDR-Seite übrigens auch, bei der Wahrung ihrer Interessen nicht sonderlich zimperlich vorging, zeigte sich in einem Randaspekt dieses Gesprächs. Gierek, so notierte Lamberz, „interessierte sich besonders für die Frage der Schaffung einer ausreichenden materiell-technischen Basis für die ideologische Arbeit und dabei die Herstellung von Farbfernsehern, polygraphischen Maschinen und Papier. [...] Er interessierte sich für den DDR-Farbfernseher und äußerte, die VRP könne sich für die Produktion der Bildröhre entweder der Zusammenarbeit DDR-Sowjetunion anschließen oder man könne eine westliche Lizenz kaufen.“⁵⁴ Das war nichts anderes als der unter der Vorgabe ideologischer Arbeit unternommene Versuch, mit möglichst geringem Aufwand an das in der DDR und der UdSSR erreichte Know-how der Farbbildröhrenproduktion zu gelangen. Schließlich folgte noch eine grundsätzlich positive Stellungnahme Giereks zum Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen. Gleichwohl machte dieses Gespräch trotz aller Freundschaftsbekundungen etliche Reibungsflächen sichtbar. Besonders im Falle des pass- und visumfreien Reiseverkehrs und in den Wirtschaftsbeziehungen sollten sie relevant werden.

Insofern lag es auf der Hand, wenn beide Seiten besonders auf der oberen Führungsebene um rechtzeitige Klärung bemüht blieben. Hier war aber auch der Ort, wo man jenseits der alltäglichen Querelen auch entwicklungsstrategische Fragen hätte erörtern können. Dass diese Möglichkeit kaum genutzt wurde, mag an der starken Fixierung auf die jeweils eigene Politik bzw. auf Detailprobleme gelegen haben. Doch dürfte ein weiterer Grund in einer um sich greifenden Unsicherheit über den künftigen Weg zu suchen sein. Tatsächlich mehrten sich schon frühzeitig Anzeichen dafür, dass beide Staaten nach kurzem Zwischenhoch in schwierigere Verhältnisse steuerten. Als Franciszek Szlachcic, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR, am 15. Januar 1973 in Ostberlin mit Erich Honecker sprach,

52 SAPMO-BArch, DY 34, 8457, Zentralvorstand der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft, Vorlage zur Präsidiumssitzung am 25.1.1973: Bericht über den Aufenthalt einer Delegation des Zentralvorstandes in der Volksrepublik Polen vom 27.11. bis 2.12.1972, S. 4.

53 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/144, Abt. Internationale Verbindungen [?]: Vermerk über ein Gespräch des Genossen Edward Gierek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der PVAP, mit Genossen Werner Lamberz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, am 12.1.1973, S. 2.

54 Ebd.

versuchte er das anzudeuten: „Die Situation im Lande ist gut. Es besteht jedoch eine Gefahr. Die Jahre 1971 und 1972 waren gute Jahre. Jetzt denken einige junge Genossen, es muß immer so gut sein. Wir würden es lieber sehen, wenn die Bevölkerung noch besser von unserer Arbeit sprechen würde und wir selbst kritischer über unsere eigene Arbeit reden würden.“⁵⁵

Damit war ein problematischer Punkt benannt, der auch die DDR betraf. Unverkennbar nahte eine Situation, in der sich der massive sozialpolitische Impuls von 1971/1972 erschöpfte. Nun wäre es nicht abwegig gewesen, nach einer solchen „Take-off“-Phase Sozialpolitik erst einmal auf relativ hohem Niveau, aber mit geringerem Aufwands- bzw. Leistungszuwachs weiter zu betreiben. Zugespitzte Argumente liefen sogar auf einen faktischen Stopp solcher Zuwächse hinaus, um mehr Ressourcen für investive Zwecke verwenden zu können. Doch genau das war bereits in den späten 1960er Jahren Gegenstand parteiinterner Kontroversen gewesen und beim Sturz Gomułkas wie Ulbrichts instrumentell gewendet worden. Dies schloss freilich die zumindest theoretische Möglichkeit eines vorsichtigen Umsteuerns nicht aus. Manche Äußerung Honeckers seit 1973 ließe sich so verstehen. Praktisch jedoch sahen sich die politischen Führungsspitzen der DDR und der PRL mit einem Problem konfrontiert, vor dem alle modernen Sozialstaaten standen: In schöner Dialektik löste gerade eine offensive Sozialpolitik eine Anspruchsinflation aus und erhöhte den Forderungsdruck auf die sozialen Transfer- und Sicherungssysteme.

Als die PZPR am 22. und 23. Oktober 1973 ihre I. Landeskonferenz durchführte, waren die Würfel in dieser Hinsicht gefallen. Gierek schien entschlossen, den in seine Sozialpolitik gesetzten Erwartungen weitgehend zu entsprechen. Die DDR-Botschaft in Warschau berichtete darüber in einer durchaus optimistischen Tonlage, machte aber auch auf die Risiken aufmerksam. So informierte Günter Sieber (1930–2006), der gerade erst den Posten des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters der DDR in Polen übernommen hatte, in einer „ersten Einschätzung“, die PZPR stelle sich „weiterhin anspruchsvolle Aufgaben“. Allerdings sei sich die Partei auch der möglicherweise auftretenden Schwierigkeiten bewusst. Spannungen könnten bei der Durchsetzung der vorgesehenen Preispolitik, im Verhältnis von Kaufkraft und Warenfonds oder auch im Hinblick auf die Qualifikation des Bedienungspersonals neuer Industrieanlagen auftreten. Insgesamt jedoch ließe die bisherige Entwicklung erwarten, dass die PZPR-Führung in den nächsten Jahren in der Lage sein werde, volkswirtschaftlich wichtige Proportionen besser zu steuern.⁵⁶

Eine etwas ausführlichere „Einschätzung“ durch die Botschaft enthielt dann genauere Informationen, aus denen unschwer auf eine beträchtliche Differenz zwischen den politischen Zielen und den Realisierungsmöglichkeiten zu schließen war. Die I. Landeskonferenz, so

55 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/144, Abt. Internationale Verbindungen, 18.1.1973, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED: Bericht über die Gespräche einer Delegation des ZK der SED unter Leitung von Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit einer Delegation des ZK der PVAP unter Leitung von Franciszek Szlachcic, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, am 15.1.1973 in Berlin, Anlage 4: Aussprache zwischen Genossen Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED, und Genossen Szlachcic (15.1.1973), S. 1.

56 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/140, Botschaft der DDR in Warschau, 25.10.1973 (Blitztelegramm Sieber an Axen, Markowski, Fischer, Roßmeisl.): erste einschätzung 1. landeskonferenz pvap 22./23.10., S. 4.

hieß es darin, habe sich sowohl im Plenum als auch in den Arbeitsgruppen mit der Entwicklung einer modernen Verbraucherstruktur befasst. Dazu gehörten der überdurchschnittlich schnelle Anstieg der Produktion langlebiger Industriewaren, die Beschleunigung der Motorisierung, der Ausbau des Dienstleistungssektors und die Errichtung von 515.000 Wohnungen in den nächsten zwei Jahren. Infolge des in den beiden letzten Jahren eingetretenen Einkommenszuwachses von Familien sei ein tiefgehender Wandel der Bedürfnis- und Nachfragestruktur eingetreten, der besondere Anforderungen an die Hersteller von Möbeln, elektronischen Geräten und anderen langlebigen Konsumgütern stelle. Hier traf unübersehbar ein nachholender Konsum mit wachsenden Bedürfnissen zusammen. Eine Analyse hätte hier auch die Frage aufwerfen können, ob man damit vielleicht über seine Verhältnisse lebe. Aber die „Einschätzung“ verwies auf ein anderes Problem, das die Delegierten der Landeskonferenz offenbar mehr beschäftigte: Die PZPR-Führung musste nämlich einräumen, „daß trotz steigender tierischer Produktion keine Verbesserung, eher noch eine Verschlechterung der Versorgung mit Fleisch- und Fleischwaren eintreten wird, da die Kaufkraft besonders der unteren Lohngruppen und damit der Fleischverbrauch schneller wächst als die Produktionsmöglichkeiten“. Vor diesem Hintergrund habe Edward Gierek bekanntgegeben, es solle in nächster Zeit ein Programm für die Ernährung der Bevölkerung ausgearbeitet werden.⁵⁷

Detaillierter wurde die durch Materialien der Warschauer Botschaft gut unterrichtete Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED in einer Information für das Politbüro: Der Anstieg des polnischen Nationaleinkommens liege über den Zielvorgaben. Er beruhe auf 110 Milliarden Złoty zusätzlicher Produktion und überplanmäßiger Steigerung der Arbeitsproduktivität. Doch sei zu beachten, „daß eine Quelle der Erhöhung des im Inland verwandten Nationaleinkommens durch die Aufnahme vorwiegend mittel- und langfristiger Kredite erfolgte. So beträgt die Verschuldung der Volksrepublik Polen gegenwärtig 13,2% des Nationaleinkommens. In den letzten drei Jahren wurden 126 Lizenzen erworben, und über ein Drittel der neu in Betrieb genommenen Kapazitäten beruht auf der Anwendung neuester, vorwiegend importierter Technologien. Über die Hälfte der erworbenen Lizenzen konzentrieren sich auf den Maschinenbau und die chemische Industrie.“⁵⁸

Von einem weiteren Anstieg der Konsumtion ginge man auch für die Jahre 1974/75 aus. Allerdings werde der Zuwachs der Realeinkommen von zur Zeit 7–8% jährlich wohl auf etwa 5% zurückgehen.⁵⁹ Auch hier folgte der Hinweis auf eine verschlechterte Fleischversorgung und auf das angekündigte Ernährungsprogramm.⁶⁰ Ausdrücklich vermerkten die Autoren des Berichts, dass die PZPR dazu übergegangen sei, die problematischen Seiten ihrer Konsum- und Sozialpolitik deutlicher und öffentlich herauszustellen. Das käme folgendermaßen zum Ausdruck:

57 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/140, Botschaft der DDR in Warschau, 29.10.1973: Einschätzung der I. Landeskonferenz der PVAP, S. 10.

58 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J/4996, Abt. Internationale Verbindungen: Information für das Politbüro. Betr.: Information über die I. Landesparteikonferenz der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, 1.11.1973, S. 5f.

59 Ebd., S. 9.

60 Ebd., S. 10.

- „1. Die Beibehaltung der gegenwärtigen Preise bei Fleisch und Grundnahrungsmitteln wird als ein bedeutendes politisches Charakteristikum der Einstellung von Partei und Regierung zu der auf dem VI. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe dargestellt. Gleichzeitig jedoch erfolgt eine breite und mit Zahlen belegte Nachweisführung, daß dieses ‚Einfrieren‘ der Preise volkswirtschaftliche Probleme mit sich bringt. So erläuterte Genosse Jaroszewicz den steigenden Aufwand für die Produktion von Fleisch infolge
- erhöhter Aufkaufkosten
 - gestiegener Löhne in der Lebensmittelindustrie
 - und steigender Weltmarktpreise bei importierten Futtermitteln.
2. Über die Zusammenhänge zwischen Löhnen und Preise wurde erklärt:
 ‚Wir wollen und werden auf dem Weg der ständigen Erhöhung der Löhne weiterschreiten. Die aktive und dynamische Lohnpolitik liegt im Interesse eines jeden Werktätigen und der ganzen Bevölkerung. Sie stimuliert die Produktivität und gestattet es, alle, die besser arbeiten, besser zu entlohnen. Gerade deshalb, um eine dynamische Lohnpolitik zu verwirklichen, müssen wir eine elastische Preispolitik betreiben, die sowohl auf der Senkung als auch auf der Hebung von Preisen je nach den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedürfnissen beruht. Wir ordnen die Preispolitik dem übergeordneten Ziel, den wachsenden Realeinkommen der Werktätigen unter.‘“⁶¹

Solche Berichte, Analysen und Informationen an die politischen Führungsgremien der DDR lassen erkennen, dass man dort über die Entwicklung in Polen und über die Punkte, die künftig problematisch werden konnten, im Großen und Ganzen zutreffend informiert war. Für bilaterale Gespräche wurden Spitzenfunktionäre entsprechend „aufmunitioniert“, wie dies etwa einer „Informationsmappe“ zu entnehmen ist, die von der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED für Günter Mittag vorbereitet worden war, um ihn für den im Rahmen des jährlichen Treffens Gierek – Honecker stattfindenden Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation vom 18. bis 20. Juni 1973 in der DDR zu präparieren.⁶² Acht Schreibmaschinenseiten boten eine Tour d’Horizon von der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft bis zur Kultur. Das Papier enthielt eine sehr positive Gesamtdarstellung und war insofern exemplarisch. Die Mitarbeiter des ZK der SED vermieden es bewusst, auch nur einen negativen Akzent zu setzen, der sich belastend auf die Beziehungen zur PZPR auswirken könnte. Allerdings konnten auch positive Aussagen Anlass sein, die Dinge noch einmal zu hinterfragen. So hieß es in dieser Handreichung: „Genosse Gierek gibt mit seinen ständigen Besuchen in Betrieben und auf dem Lande das Beispiel für einen operativen Arbeitsstil.“⁶³ Dies ließ sich auch als kleine Mäkelei am Hang zur Improvisation deuten. Ebenso konnte man der Feststellung, die PZPR nutze „in ihrer politischen Massenarbeit zur Aktivierung der Werktätigen [...] in der Bevölkerung vorhandene, stark ausgeprägte nationale Gefühle“, gerade aus der nachbarschaftlichen Perspektive nicht

61 Ebd., S. 11.

62 SAPMO-BArch, DY 30, 3211, Bl. 153–161, Abt. Internationale Verbindungen, 13.6.1973: Informationsmappe für die Vorbereitung des Besuches der Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 18.–20.6.1973.

63 Ebd., Bl. 157.

nur angenehme Seiten abgewinnen.⁶⁴ Schließlich erhielten die mehrfachen Aussagen zur gewachsenen Kampfkraft der Partei, zu ihrer festeren Verankerung in der Bevölkerung usw. eine andere Konnotation durch den Hinweis, die PZPR verstärke den Kampf gegen die ideologische Diversion unter der Jugend. Wie die folgenden zwei Sätze erklärten, sah die DDR-Seite die polnische Partei damit durchaus nicht in der Offensive: „Die Tätigkeit der Sender ‚Freies Europa‘, ‚BBC‘ und in letzter Zeit verstärkt auch der ‚Deutschen Welle‘, sowie einiger ausländischer Emigrantenzentralen, hat zugenommen. Diese feindlichen Sendungen werden von der Bevölkerung in erheblichem Umfang gehört, ihre Argumente wirken zum Teil nachhaltig.“⁶⁵ Das stand übrigens in einem merkwürdigen Kontrast zur Behauptung, die katholische Kirche taktiere gegenwärtig sehr vorsichtig, weil ihr das „allgemein gute politische Klima im Lande“ eine offene Konfrontation mit Partei und Staat nicht opportun erscheinen lasse.⁶⁶

5. Realsozialistische Nachbarschaft

In ihrem Urteil über die Probleme, mit denen sich die PZPR konfrontiert sah, hielt sich der ZK-Apparat mit einiger Konsequenz an das geläufige Grundmuster vom Klassenkampf und an die auf dem VIII. Parteitag zu diesem Thema bezogenen Positionen. Der PZPR billigte man dabei genügend Standfestigkeit zu, sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen zu lassen. Allerdings war diese Haltung nicht frei von der gewissen ideologischen Besserwisseri, die besonders in den späten Ulbricht-Jahren um sich gegriffen hatte. Weniger sicher war man sich über den CRZZ, der seiner immanenten „anarchosyndikalistischen“ Tendenzen nicht so recht Herr zu werden schien. Aber ungeachtet dieser eigenartigen Mischung aus Vertrauensvorschüssen, Zweifeln und mitunter auch Misstrauen wurden die Kontakte zwischen der DDR und der PRL in den ersten Jahren der Ära Gierek-Honecker zunehmend von Routine bestimmt. Der pass- und visumfreie Reiseverkehr büßte bald ebenso seinen Neuigkeitswert ein, wie man sich seit 1973 an den von beträchtlichem Propagandaaufwand begleiteten Aufbau der als gemeinsamer Betrieb in Zawiercie am Rande des oberschlesischen Industriegebietes gegründeten Baumwollspinnerei „Freundschaft“ gewöhnte. Für die jeweiligen staatlichen Akteure waren das zwar neuartige Aufgaben, doch erwarben sie dabei schnell pragmatische Fertigkeiten. Die Mitarbeiter des Zolls etwa brauchten nicht lange, um „echte“ von „unechten“ Touristen, sprich „Schiebern“ und „Spekulanten“, zu unterscheiden.⁶⁷ Im anderen Fall einigte man sich, ohne viel Aufhebens davon zu machen, mit der polnischen Seite über die Entlohnung der beim Aufbau des Werkes in Zawiercie beschäftigten DDR-Bürger. Sie erfolgte in fast salomonischer Weise „entsprechend den polnischen Rechtsvorschriften“, aber zur Bezahlung in Złoty kam eine feste mo-

64 Ebd., Bl. 158.

65 Ebd.

66 Ebd., Bl. 156.

67 SAPMO-BArch, DY 30, 3201, Abt. Planung und Finanzen des ZK der SED: Information über ökonomische Auswirkungen im paß- und visumfreien Reiseverkehr in Volkspolen, 29.5.1972.

natliche Zuwendung in DDR-Mark hinzu.⁶⁸ Solche Beispiele zeigten, wie beide Seiten um eine Praxis bemüht blieben, bei der man seine Interessen wahren konnte.

Auf der Parteiebene tauschten Studiendelegationen Erfahrungen „auf den Gebieten der Agitation und Propaganda, Kulturpolitik, Volksbildung, Wissenschaftspolitik, Jugendpolitik“ aus. Besondere Aufmerksamkeit beanspruchte offensichtlich der „Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik“, in dessen Rahmen man sich vor allem „mit Fragen der Verwirklichung der von den Parteitagern gestellten Hauptaufgabe, so z.B. Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Wohnungsbau, Lohnpolitik“ befasste.⁶⁹ Das waren unverkennbar Kernpunkte der jeweiligen Sozialprogramme.

Nicht viel anders verfuhr auch der FDGB. Bei ihm kam allerdings eine Fürsorgepflicht für die in der DDR beschäftigten Polen hinzu. Ausdrücklich waren die Bezirks- und Kreisvorstände des FDGB sowie der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften angehalten, „einmal im Quartal (bei besonderen Ereignissen sofort die Abteilung Organisation des Bundesvorstandes des FDGB zu informieren) die Arbeit mit den polnischen Werkträgern einzuschätzen und Maßnahmen festzulegen, die garantieren, daß alle polnischen Werkträgern in allen Fragen als gleichberechtigte Mitglieder der FDGB behandelt werden.“⁷⁰ Relativ klar waren bei diesen Aktivitäten soziale und politische Ziele zu unterscheiden. In beide Richtungen gingen die Optionen recht weit.

Im Juli 1973 behandelte das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes Vorschläge zur Ergänzung des zwischen der DDR und der PRL abgeschlossenen Regierungsabkommens „über die zeitweilige Beschäftigung von Werkträgern der Volksrepublik Polen in Betrieben der DDR“. Sie sahen eine vollständige Gleichstellung der polnischen und deutschen Beschäftigten bei der Zahlung von Trennungsgeld sowie von Aufwandsentschädigung zur Führung von zwei Haushalten vor. Auch sollte polnischen Frauen ein Haushaltstag im Monat gewährt werden, hinzu kam die Freistellung von der Arbeit am 22. Juli, dem in der PRL zur Erinnerung an das „Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung“ von 1944 gefeierten Nationalfeiertag, und die kostenlose Reinigung der Arbeitskleidung. Außerdem sollten Betriebe vier Heimreisen pro Jahr vergüten und regelmäßige Reihenuntersuchungen ermöglichen. Weiter war die Regelung von Leistungen der Sozialversicherung für die in der PRL lebenden Angehörigen der in der DDR beschäftigten Polen vorgesehen.⁷¹

68 SAPMO-BArch, DY 34, 24598, Bundesvorstand des FDGB, Sekretariat, Beschluss vom 25.4.1973: Vereinbarung über den Einsatz und die Vergütung der in der Baumwollspinnerei „Freundschaft“ Zawiercie – gemeinsamer Betrieb VRP/DDR – tätigen Bürger der DDR.

69 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/143, Abt. Internationale Verbindungen: Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der SED und der PVAP in den Jahren 1972 und 1973, Mai 1973, S. 3.

70 SAPMO-BArch, DY 34, 25692, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 27.6.1973 (Beschluss Nr. S 424/73).

71 SAPMO-BArch, DY 34, 25140, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Organisation, Sekretariatsvorlage vom 19.7.1973: Vorschläge des Bundesvorstandes des FDGB zur Ergänzung des Regierungsabkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR über die zeitweilige Beschäftigung von Werkträgern der Volksrepublik Polen in Betrieben der DDR und Vorschläge zur Ergänzung der Vereinbarung zwischen dem Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB und dem Präsidium des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften, S. 2f.

Die Kehrseite der Medaille bestand in einem ideologischen Erziehungsanspruch, der sich auf deutsche und polnische Arbeitskräfte gleichermaßen erstreckte. Eine von der Organisationsabteilung des FDGB-Bundesvorstandes erarbeitete Konzeption sah folgende Schwerpunkte vor:

Die Verantwortung der Betriebsgewerkschaftsleitungen für die „klassenmäßige Erziehung der Werktätigen“ der DDR und der PRL;

die „Einbeziehung der polnischen Werktätigen“ in den „Kampf“ um Planerfüllung;

die volle Gewährung sozialer Leistungen, die sich aus BKV, GBA und anderen arbeitsrechtlichen Vorschriften ergaben;

die „Einbeziehung in das geistig-kulturelle Leben“ sowie das Erlernen der deutschen Sprache.

Es gelte, so hieß es weiter,

„- In allen Bereichen völlige Klarheit darüber zu schaffen, daß der Einsatz der polnischen Werktätigen in den Betrieben der DDR eine politische Aufgabe ist und als sozialistische Hilfe zu beiderseitigem Vorteil und Bestandteil der sozialistischen ökonomischen Integration zu betrachten ist.

- Alle Vorurteile – aus imperialistischer Zeit bedingt – auf beiden Seiten zu überwinden, die gemeinsamen Traditionen des Klassenkampfes stärker hervorzuheben und zu propagieren.“⁷²

Dass zwischen einem solchen Anspruch und der Realität eine erhebliche Spannweite lag, kam sicher für niemanden überraschend. Bemerkenswert erscheint indes die schnelle Bereitschaft, die Verantwortung für Schwierigkeiten und Konflikte auf der eigenen Seite zu suchen. So vermerkte der Bezirksvorstand des FDGB Frankfurt/Oder im November 1973, bei den von den Gewerkschaften „erreichten Fortschritten in der politisch-ideologischen Arbeit“ übersehe man nicht, „daß die politische Wirksamkeit der zuständigen Vorstände und Leitungen noch nicht kontinuierlich und vom Inhalt her differenziert verläuft.“ Im Frühjahr 1973 hätten „Konfliktsituationen“ in einigen Betrieben, u.a. in Eisenhüttenstadt, Bernau bei Berlin und Finkenheerd bei Frankfurt/Oder gezeigt, wie das Nichteinhalten von durch staatliche Leiter abgegebenen Versprechungen „bei den polnischen Werktätigen zur Unzufriedenheit, Fehlschichten – bis zur Arbeitsniederlegung – und vorzeitigen Rückführungen führten.“⁷³ Dass überhaupt solche Versprechen abgegeben würden, sei auf Mängel in der ideologischen Arbeit zurückzuführen.

Überblickt man ähnliche Informationen aus diesem Zeitraum, so wird klar, dass tatsächlich eine nennenswerte Anzahl von Konflikten dieser Art aus Missverständnissen resultierte. Das mag zum Teil auf unterschiedliche Betriebskulturen oder auch auf falsche Erwartungen

72 SAPMO-BArch, DY 34, 25693, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 24.10.1973 (Anlage zum Beschluss Nr. S 694/73).

73 SAPMO-BArch, DY 34, 25140, Bericht des Sekretariats des Bezirksvorstandes des FDGB Frankfurt (Oder) über die Arbeit mit den polnischen und ungarischen Werktätigen auf der Grundlage der Vereinbarung des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB mit den Zentralräten der Gewerkschaften der Volksrepublik Polen und der Volksrepublik Ungarn, 6.11.1973, S. 3.

polnischer Arbeitskräfte zurückzuführen sein. Soweit zu sehen ist, bemühten sich die Verantwortlichen in den DDR-Betrieben in solchen Fällen aber meist um eine Deeskalation, oft verbunden mit Nachgiebigkeit. Das war auch verständlich, denn dies fiel ihnen normalerweise leichter, als sich auf Auseinandersetzungen einzulassen, bei denen vor allem Parteigremien mit prinzipieller Kritik am Leitungsstil oder mit dem Totschlagargument der notwendigen „Völkerfreundschaft“ rasch zur Hand waren.

Solche Probleme gehörten allerdings zum Betriebsalltag der DDR. Die Zusammenarbeit zwischen SED und PZPR, FDGB und CRZZ belasteten sie kaum. Vielmehr vereinbarte man dort für jedes Jahr Arbeitsprogramme, in denen Themen und Formen des gegenseitigen Erfahrungs- und Meinungsaustauschs abgestimmt wurden.⁷⁴ Soweit es nicht die Wirtschaft, vor allem die Im- und Exportbeziehungen betraf, ging es dabei im Allgemeinen recht einvernehmlich zu, man könnte es ohne Übertreibung auch als betulich beschreiben. In einem Punkt allerdings zeigten besonders die FDGB-Vertreter eine bemerkenswerte Halsstarrigkeit. Sie wollten sich partout nicht auf die von der Kommission für Sozialplanung beim Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften entwickelten Vorstellungen zu Sozialplänen einlassen, die auch in Polen Anklang gefunden hatten.⁷⁵ Der FDGB reagierte betont zurückhaltend und favorisierte eher ein Konzept der „territorialen Rationalisierung“.⁷⁶ Dabei ging es vor allem um die Zusammenarbeit von Betrieben und kommunalen Verwaltungen.⁷⁷ Einer längerfristigen Sozialplanung stand man hingegen auffällig reserviert gegenüber. Deshalb hieß es 1974 im Bericht der FDGB-Delegation über einen Erfahrungsaustausch von Vertretern der Gewerkschaftszentralen der RGW-Länder zu diesem Thema mit unverkennbarer Erleichterung:

„Erste Erfahrungen zur Entwicklung der sozialen Planung in den Betrieben und im Territorium wurden von Vertretern der Gew. der VR Bulgarien und Polen dargelegt. In der VR Polen ist z.B. beim Ministerrat ein Kollektiv zur Entwicklung der Sozialplanung gebildet worden, das die strategische Linie für die zentrale Entwicklung der Sozialpolitik erarbeitete. Gegenwärtig wird an einer Prognose der sozialpolitischen Entwicklung bis 1990 gearbeitet. Die Gew. Polens befassen sich mit eigenen Prognostiken, z.B. zu den Problemen der Freizeit und Erholung, zur Arbeiterversorgung u.a. Insgesamt wurde jedoch von allen sozialistischen Ländern hervorgehoben, daß es noch wenig Erfahrungen zur Planung der sozialen Entwicklung gibt.“⁷⁸

74 SAPMO-BArch, DY 34, 25694, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 6.3.1974 (Beschluss Nr. S 176/74).

75 SAPMO-BArch DY 34, 9802, Abt. Internationale Verbindungen: Information der DDR-Botschaft in Moskau zu Fragen der Sozialplanung in der UdSSR. Mitteilung an Herbert Warnke vom 12.3.1973.

76 Vgl. Rudolf Bachmann: Zu Problemen der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Produktionsverhältnissen und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aus territorialer Sicht, Berlin 1981.

77 Герхард Титце/Гюнер Шмунк/Еахим: Шиндлер: оциальное планирование в Германской Демократической Республике, в: В. И. Валевская (состав.): Социальное планирование и профсоюзы. Из опыта работы профсоюзов социалистических стран, Москва 1982 [Gerhard Tietze/Günter Schmunk/Joachim Schindler: Sozialplanung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: V.I. Valevskaja (Hg.): Sozialplanung und Gewerkschaften. Aus den Erfahrungen der Gewerkschaften sozialistischer Länder, Moskau 1982], S. 38–60.

78 SAPMO-BArch, DY 34, 13638, Bundesvorstand des FDGB, März 1974: Bericht über die Teilnahme einer Delegation des FDGB an einem Erfahrungsaustausch von Vertretern der Gewerkschaftszentralen

Die vorsichtige bis ablehnende Haltung gegenüber solchen Prognoseversuchen dürfte sich aus zwei Quellen gespeist haben. Zum einen war vielen Funktionären die Prognose-Euphorie aus der Zeit nach dem VII. SED-Parteitag noch in eher ungueter Erinnerung. Zum anderen erschien die seit 1973 wieder schwieriger gewordene wirtschaftliche Situation wenig einladend, sich mit einer Sozialplanung festzulegen, die im Prinzip sozialpolitische Einschränkungen gar nicht zuließ, sondern, zumindest der Öffentlichkeit gegenüber, zu Wachstum und Erfolg verurteilt war. Die sowjetischen und polnischen Bemühungen um die etwa bis 1990 reichende Prognose und Planung sozialer Prozesse wurden jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern mit dem Hinweis auf unzureichende eigene Erfahrungen abgeblockt.

Konnte man in der DDR in diesem Fall ohne ernsthafte Konsequenzen dilatorisch verfahren, so bereiteten die wirtschaftlichen Probleme weit größere Sorgen. Aufschlussreich in dieser Hinsicht waren die Vorbereitungen auf den Besuch einer von Erich Honecker geleiteten Partei- und Regierungsdelegation vom 5. bis 8. Juni 1974 in Warschau. Von der Abteilung Internationale Verbindungen wurde der SED-Chef zu zwei Aspekten der polnischen Entwicklung besonders präpariert. Dabei ging es zum einen um die Schaffung von Arbeitsplätzen in der PRL: „Die PVAP richtet gegenwärtig ihre Anstrengungen vor allem: auf die Schaffung von Möglichkeiten für die Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte. Von 1971–1973 betrug der absolute Zuwachs an Arbeitskräften 1,2 Mio., für den Zeitraum 1976–1980 wird etwa der gleiche Zuwachs erwartet.“ Zugleich würden aber auch eine rasche Modernisierung der Industrie und eine beschleunigte Steigerung der Löhne angestrebt. Die polnische Parteiführung gehe davon aus, „daß die notwendige gleichzeitige Lösung dieser Aufgaben nur gewährleistet werden kann, wenn ein ausreichend hohes Entwicklungstempo der Volkswirtschaft – 10 % Steigerung des Nationaleinkommens – erreicht wird. Der absolute Zuwachs von Arbeitskräften beträgt im laufenden Fünfjahrplan etwa 400.000 jährlich. [...] Nach 1982 wird der Arbeitskräftezuwachs rapide zurückgehen. [...] Der Zuwachs des verbrauchten Nationaleinkommens ist mit 57% für 1971–74 höher als der Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens (39,5%). Hier wirkt sich die Aufnahme von Krediten im Ausland aus.“⁷⁹ Das war der springende Punkt. Die Volksrepublik lebte zu dieser Zeit erkennbar über ihre Verhältnisse, und Gomułkas Warnung vom März 1971 sollte sich überraschend schnell bewahrheiten. Allerdings sah man in der DDR die polnische Kreditaufnahme zu dieser Zeit nicht viel anders als eigene derartige Optionen. Sie galten als gerechtfertigt, wenn sie zu einem Produktivitätsschub durch den Import moderner Technologien beitrugen, die Versorgung des Binnenmarktes und die Exportchancen verbesserten, um mit deren Erlösen die Kredite zu tilgen. Auch die sowjetische Führungsmacht verfuhr im Prinzip nicht viel anders, wie der Erwerb der IBM-Lizenz oder auch der Bau des Autowerkes in Togliatti (PKW „Shiguli“ und „Lada“ nach FIAT-Lizenz) zeigten. Letztere fand übrigens eine nicht ganz zufällige Parallele in der Produktion des PKW „Polski-Fiat“ in Warschau. Während

der RGW-Länder zum Thema ‚Die Mitwirkung der Gewerkschaften an der ökonomischen und sozialen Planung‘ in Moskau, S. 7.

79 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/143, Abt. Internationale Verbindungen: Information für den Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der VR Polen vom 5.–8. Juni 1974, Mai 1974, S. 7f.

allerdings die Sowjetunion immer in der Lage war, ihre Auslandskredite zu bedienen, geriet Polen durch Giereks Politik in eine verhängnisvolle Schuldenspirale.⁸⁰

Die Arbeitskräfteproblematik berührte die DDR insofern, als die polnische Beschäftigungspolitik inzwischen der grenzüberschreitenden Anwerbung von Industriebeschäftigten durch die DDR engere Grenzen zog. Dies traf auf die aktuelle, ausgesprochen expansive Phase unter der Devise „Wir bauen ein zweites Polen“ ebenso zu, wie auf die perspektivische Verknappung des Arbeitskräftepotentials. Die SED-Führung scheint von der Stichhaltigkeit dieser Argumentation überzeugt gewesen zu sein, wie ein Gespräch der ZK-Sekretäre Krolikowski (*1928) und Szydlak im Mai 1974 zeigte. Szydlak hatte bei dieser Gelegenheit erklärt: „Worin in der Vergangenheit die Schwäche der PVAP bestand, darin kann heute eine Stärke bestehen. Ein Beispiel ist dafür die große Zahl von Jugendlichen, die in den Produktionsprozeß eintreten. Die Parteiführung unter Genossen Gomułka betrachtete das als eine nationale Katastrophe. Heute geht die PVAP davon aus, daß die große Zahl junger, gut ausgebildeter Arbeitskräfte voll genutzt werden muß. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Qualifizierung, der Ausrüstung der Betriebe mit moderner Technik. Diese große Zahl von Jugendlichen ist nicht ein Unglück, sondern ein gewaltiger Beschleuniger der Entwicklung für heute und für den kommenden Fünfjahrplan.“⁸¹ Dem konnte man schlecht einen Wunsch nach Entsendung weiterer polnischer Arbeitskräfte entgegensetzen. Krolikowski zeigte sich hingegen von der Richtigkeit und dem Erfolg dieser Politik überzeugt und beeindruckt: „In den Betrieben in Warschau konnte sich die Delegation mit den Erfahrungen auf dem Gebiet der Intensivierung vertraut machen, wo in alten Gebäuden moderne Ausrüstungen und Technologien eingesetzt sind und wo anstelle alter Gebäude in wenigen Monaten neue Produktionshallen entstanden. Der größte Teil der Ausrüstungen und Maschinen sind hochproduktive Import-Ausrüstungen, vor allem aus dem NSW. Bei einem zusätzlichen NSW-Export über den Plan hinaus kann z.B. das Kombinat für Feinmechanische Optische Industrie in Warschau 40% der erzielten Deviseneinnahmen für die Rekonstruktion und Rationalisierung im eigenen Kombinat einsetzen.“⁸²

Für die DDR ergab sich hieraus der durchaus heilsame Zwang, verstärkt auf Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in ihrer Wirtschaft zu setzen. Dem entsprach auch die Gesprächskonzeption, die von Experten des ZK-Apparates für Honecker zum Treffen mit Gierek im Juni 1974 vorbereitet worden war. Ziemlich forsch hieß es eingangs: „Die konsequente Verwirklichung des sozialpolitischen Programms als Bestandteil der Hauptaufgabe, die verbesserte Qualität der Pläne sowie die erreichten Verbesserungen in der Versorgung der Bevölkerung haben die Initiative aller Werktätigen aktiv gefördert und im sozialistischen Massenwettbewerb einen deutlich spürbaren Aufschwung bewirkt.“ Allerdings, ging es dann etwas kleinlauter weiter, gebe es noch einige „Hauptprobleme“, darunter fortbestehende „erhebliche zweigleiche Disproportionen z.B. in der chemischen Industrie und Leichtindustrie, die wir nur schrittweise abbauen können“. Hinzu käme die Notwendigkeit, zur stabilen Versorgung aller Zweige der Volkswirtschaft mit Rohstoffen und Materialien „in

80 Norman Davies: Im Herzen Europas: Geschichte Polens, München 2000, S. 377.

81 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/144, Abt. Internationale Verbindungen [?]: Information über die Gespräche einer Delegation des ZK der SED unter Leitung des Mitglieds des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Werner Krolikowski, in der VR Polen, 7.5.1974, S. 11.

82 Ebd., S. 6.

wachsendem Maße NSW-Importe“ durchzuführen, die im letzten Jahr beträchtlich teurer geworden seien. Es folgten dann einige Überlegungen, die als indirekte Mahnungen an die polnische Seite verstanden werden konnten: „Wir sollten unsere Anstrengungen noch stärker koordinieren, um die schädlichen Einflüsse der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus von unseren Volkswirtschaften abzuwenden, um die Abhängigkeit von wichtigen Rohstoffen und Materialien aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet weitgehend zu beseitigen.“ Es bleibe „die zentrale Aufgabe“, die Anstrengungen zur Intensivierung der Volkswirtschaft durch umfassende Rationalisierung zu verstärken. Freilich sei es der DDR nicht gelungen, mehr Arbeitsplätze einzusparen als neue zu schaffen. 1973 seien zwar 7.000 Arbeitsplätze weggefallen, aber 31.700 hinzugekommen. Auch könne „in zahlreichen Betrieben die planmäßige Aussonderung überalterter Grundmittel nicht durchgeführt werden.“ Deshalb seien in der Industrie für elf Milliarden Mark vollständig verschlissene Maschinen und Ausrüstungen vorhanden, was besonders für Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen und Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie gelte.⁸³

Was da den polnischen Gesprächspartnern relativ offen dargelegt werden sollte, hieß nichts anderes, als dass die DDR weiterhin einen Bedarf an polnischen Arbeitskräften hatte. Aber da sie nicht mehr zur Verfügung stünden, müsse man eben stärker auf Rationalisierung setzen, dies umso mehr, als sich der Maschinen- und Anlagenpark in einem sehr erneuerungsbedürftigen Zustand befände. Unausgesprochen blieb, dass man nicht zuletzt deshalb polnischen Lieferwünschen gerade in einem gefragten Segment kaum im erhofften Maße nachkommen konnte. Dies war zwar eine Situation, die im RGW immer wieder vorgekommen war, die nun aber unter dem Vorzeichen der „Hauptaufgabe“ eine neue Qualität erlangte. Die Synergiepotentiale, die der RGW fraglos bot, konnten sich deshalb nicht im erwarteten Maße entfalten. Mehr noch, im Versuch, die hinter der „Hauptaufgabe“ stehende Doppelstrategie einer systematischen Verflechtung von Wirtschaftswachstum und expansiver Sozialpolitik drohte auf ein Austerity-Prinzip zurückgeworfen zu werden oder durch Importe aus westlichen Ländern in eine gefährliche Schuldendynamik zu geraten.

6. Ambivalente Informationen im Vorfeld der 1976er Krise

In der DDR waren die politisch Verantwortlichen, wenngleich mehr als zuvor mit den Problemen der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beschäftigt, über die Situation in der PRL weiterhin gut informiert. Insofern konnte es kaum überraschen, was das Mitglied des Sekretariats des ZK der PZPR, Zdzisław Żandarowski (1929–1994), am 15. Januar 1975 den Botschaftern der verbündeten sozialistischen Länder über den Verlauf und die Ergebnisse des zuvor stattgefundenen 16. ZK-Plenums mitzuteilen hatte. Die zentrale Botschaft des aus diesem Anlass einberufenen Treffens war, die Volksrepublik werde an ihrem wirtschaftlichen Wachstumskurs festhalten. Konnte man über die Aussichten dieses Vorhabens teil-

83 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/143, Abt. Internationale Verbindungen: Gesprächskonzeption für die Ausführungen des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Erich Honecker, während des offiziellen Freundschaftsbesuches einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der VRP vom 5.–8. Juni 1974, S. 8–16.

ter Meinung sein, ließ die Begründung aber doch aufhorchen: „Die Entscheidung zur Stabilisierung der hohen Entwicklungsdynamik wurde getroffen trotz krisenhafter Entwicklung in den kapitalistischen Ländern, den Rohstoff-, Energie- und Lebensmittelproblemen in der Welt und ihrer Auswirkung auf die Volksrepublik Polen.“ Auch sei diese Entscheidung in der Erkenntnis gefällt worden, dass „die Beibehaltung der hohen Dynamik weitere Spannungen mit sich bringen“ werde. Gerade unter diesem Gesichtspunkt sei es der Partei auf dem 16. Plenum wichtig gewesen, ihre Handlungsfähigkeit zu prüfen und Maßnahmen zur Erhöhung der Kampfkraft und ihres Führungsvermögens zu ergreifen.⁸⁴ Solche Formulierungen dürften nicht unbedingt angetan gewesen sein, die Gemüter zu beruhigen. Zwar waren die Akzente anders gesetzt als in den letzten Monaten Gomułkas, aber ähnlich wie damals sollte das Ziel auch unter Inkaufnahme von Risiken erreicht werden. Auch für Außenstehende wurde klar: Die PZPR-Führung zurrte gewissermaßen schon einmal den Helmriemen fest.

Ihrer Absicht allerdings, das Parteivolk und insbesondere den Partei- und Staatsapparat auf Vordermann zu bringen, erwies die PZPR mit der „Reorganisation“ der Verwaltungsstruktur Polens im Weiteren selbst einen Bärendienst. Mit dem Thema war im Mai 1975 das 17. ZK-Plenum befasst, das die Auflösung der 314 Kreise guthieß und auch der Umwandlung der bisherigen 17 Wojewodschaften und fünf Städten mit Wojewodschaftsrechten in künftig 46 Wojewodschaften und drei solcher Städte (Warschau, Łódź, Kraków) zustimmte. Ein Motiv für diese Neustrukturierung war es, dem Einfluss der katholischen Kirche wirkungsvoller zu begegnen, da nun jeder Bischof in Zukunft mit mindestens vier bis acht Wojewodschaften rechnen musste. Die DDR-Botschaft in Warschau, die über das ZK-Plenum informierte, kommentierte diese Absicht nicht weiter, hielt sie wohl aber für nachvollziehbar. Dafür registrierte sie mit besorgtem Unterton, dass von der Neuordnung der Wojewodschaften „80% aller Kader der örtlichen Partei- und Staatsorgane betroffen“ seien. Der größte Teil der freiwerdenden „Kader“ solle, soweit sie dazu befähigt seien, vor allem im Dienstleistungssektor einen neuen Arbeitsplatz finden. Hierzu würden für sie spezielle Qualifizierungsmaßnahmen vorbereitet, und ihnen werde das bisherige Gehalt für zwei Jahre garantiert. Ein Teil der Älteren solle vorzeitig mit vollen Bezügen in Rente gehen. Es gebe zwar unter den Funktionären, resümierte der Botschaftsbericht, keine ausgesprochene Ablehnung, jedoch viele Fragen und Zweifel. Warnend hieß es zum Schluss: „Ungeachtet der Tatsache, daß eine Neuordnung der Wojewodschaften entsprechend den neuen politischen und ökonomischen Gegebenheiten zweifellos erforderlich ist, erscheint die Auflösung der Kreise am problematischsten, weil in den Kreisorganisationen der Partei und besonders in ihren Sekretariaten die meisten befähigten, mit der Partei und der Bevölkerung verbundenen Kader vorhanden sind, die in der gleichen Weise wie bisher nicht mehr wirksam werden können.“⁸⁵ Diese Annahme war sicherlich nicht ganz falsch. Zu fragen bleibt indes, ob Teile des Partei- und Staatsapparates durch diese Maßnahme nicht geradezu in eine ablehnende Position gegenüber der Gierek-Equipe gedrängt wurden. Auch erscheint die Annahme nicht

84 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/137, Botschaft der DDR in Warschau, 17.1.1975: Information des ZK der PVAP über Verlauf und Ergebnisse des 16. Plenums des ZK der PVAP an die Botschafter der sozialistischen Länder am 15.1.1975.

85 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/137, Botschaft der DDR in Warschau, 13.5.1975: Einschätzung des 17. Plenums des Zentralkomitees der PVAP.

unbedingt plausibel, der Einfluss der katholischen Kirche würde sich im Ergebnis der administrativen Neugliederung der Wojewodschaften nennenswert einschränken lassen.

Es war allerdings charakteristisch für die Interessenlage auf der DDR-Seite, wenn die Diplomaten der Warschauer Botschaft die Aspekte der möglichen Schwächung des Partei- und Staatsapparates sowie der sich für die Kirche ergebenden Konsequenzen betonten. Interessanterweise hatten sie der Anfang 1976 erfolgten Verfassungsänderung keine solche Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl es 1975 zahlreiche Proteste aus dem intellektuellen Milieu und der Kirche gegen die verfassungsmäßige Festschreibung der führenden Rolle der PZPR und der Freundschaft zur Sowjetunion gegeben hatte. Solche Verfassungsgrundsätze hielt man offenbar für so selbstverständlich, dass es nicht nötig schien, dem Thema breiten Raum zu widmen. Die wirtschaftliche und soziale Situation Polens beanspruchte hingegen permanente Aufmerksamkeit.

Im Mai 1975 hatte die SED-Spitze wieder Gelegenheit, aus erster Hand informiert zu werden. Beim Treffen Honecker – Gierek am 21. und 22. des Monats in Berlin zeichnete Gierek ein recht ambivalentes Bild: „Auf der Grundlage der dynamischen Entwicklung der Produktion konnten wir bestimmte Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards unserer Bevölkerung einleiten. Damit es keine Mißverständnisse gibt: Die Kennziffern, die wir publizieren, von denen wir auch sprechen, werden auf dem VII. Parteitag recht hoch sein, wenn es zum Beispiel um die Steigerung der Löhne geht. Aber, Genossen, wir sind weit hinter Euch zurück, was den Lebensstandard betrifft. Deshalb wollen wir also im nächsten Fünfjahrplan unseren Lebensstandard Eurem Lebensstandard und dem Leben in der ČSSR annähern. Wir werden also weitere große Anstrengungen in dieser Hinsicht unternehmen müssen. [...] Wenn wir beispielsweise das Zuwachstempo des Lebensstandards bremsen würden, so würde das für die Beibehaltung der Ruhe schwierig sein. Wir müssen dann auch unsere Kontakte nach außen einschränken, unter anderem auch mit der DDR. Ich möchte bitten, daß ich hier richtig verstanden werde; denn das ist nicht so einfach. Das sind ähnliche Schwierigkeiten, wie Ihr sie im Zusammenhang mit den Besuchen von Bürgern aus der BRD habt.“⁸⁶

Hinter dieser seltsamen Mischung aus Werben um Verständnis und leiser Drohung offenbarte sich eine gnadenlose Dialektik: Die Volksrepublik bedurfte zur eigenen Stabilisierung des wachsenden Lebensstandards, konnte sich aber zurzeit, wenn überhaupt, nur langsame Fortschritte leisten. Vor diesem Hintergrund erschien der Lebensstandard der DDR, seinerseits ähnlichen Regeln folgend, aus polnischer Sicht als Orientierungsmarke und Bedrohung gleichermaßen. Giereks weitere Ausführungen gaben kaum Anlass zur Beruhigung.

Die Erklärung, bis in den Mai 1975 anhaltende Fröste hätten Ausfälle bei gärtnerischen Produkten verursacht, was wiederum zu einem höheren Fleischverbrauch geführt habe, schien dann doch am eigentlichen Problem vorbeizugehen. Man habe sich entschlossen, 100.000 t Fleisch nicht zu exportieren, sondern auf den Binnenmarkt zu geben. „Aber es ergeben sich manchmal solche Situationen“, meinte Gierek etwas fatalistisch und dankte der DDR-Seite für das Angebot, Butter und Fleisch an Polen zu verkaufen. Dies sei ein Akt des guten Willens gewesen, und man habe diese Möglichkeit genutzt. „Wir haben also im Moment auf dem Binnenmarkt eine ausgeglichene Situation, was jedoch nicht heißt, daß wir

86 SAPMO-BArch, DY 30 /J IV 2/2J /5838, Stenografische Niederschrift der Gespräche der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen am 21. und 22. Mai 1975 in Berlin, S. 10f.

einen Warenüberschuß haben. Wir werden noch einen oder anderthalb Monate etwa Schwierigkeiten haben, aber nicht bei Fleisch, da kommen wir klar.“⁸⁷

Im weiteren Verlauf des Gesprächs ging es um die wirtschaftlichen Belastungen durch die steigenden Rohstoffpreise, die sich nunmehr auch im RGW-Handel bemerkbar machten. Eine „Hauptschwierigkeit“ sei in der unausgeglichene Handelsbilanz mit beträchtlichen Importüberschüssen zu sehen.⁸⁸ Was den Binnenmarkt angehe, „so hatten wir vorgesehen, daß das Einkommen der Bevölkerung in den fünf Jahren um 44 Prozent steigen sollte. Es ist um 88 Prozent gestiegen. Die Lieferungen von Waren für den Binnenmarkt sind um 74 Prozent gestiegen. Dadurch hatten wir gewisse Spannungen bei verschiedenen Warensortimenten für den Binnenmarkt.“ Im kommenden Fünfjahrplan hoffe man, „einen bedeutenden Warenüberschuß für den Binnenmarkt im Vergleich zum Einkommen der Bevölkerung (zu) erreichen. Wir investieren in die Industrie, um dort gleichzeitig die Waren für den Binnenmarkt, also Lebensmittel und Industriegüter, zu produzieren.“⁸⁹

Honeckers Erwiderung machte ähnliche Probleme sichtbar. Der Auftakt entbehrte freilich nicht einer gewissen Peinlichkeit: „Ich muß sagen, daß der gegenwärtige Fünfjahrplan der erste Fünfjahrplan in der Geschichte der DDR ist, der erfüllt wird, ganz zu schweigen von seiner teilweisen voraussichtlichen Übererfüllung. Das trägt selbstverständlich zur Festigung des Planbewußtseins unserer Menschen und zur Stärkung ihres Vertrauens in die Partei- und Staatsführung bei.“ Nach diesem Aplomb fügte Honecker allerdings hinzu: „Wir übersehen nicht, daß es bei der Verwirklichung bestimmter Ziele des Fünfjahrplanes Schwierigkeiten gibt, die aus den schnell wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung und dem Wachstum der Produktion resultieren.“⁹⁰

Das war zumindest zurückhaltend formuliert. Denn im Weiteren musste Honecker einräumen, dass man auch in der DDR unter dem Anstieg der Rohstoffpreise leide und erhebliche Anstrengungen unternehmen müsse, um die „Zahlungsbilanz mit den kapitalistischen Ländern“ zu verbessern. Auf „bestimmten Gebieten“ wolle man deshalb in den Jahren 1976 und 1977 einen Importstopp vornehmen.⁹¹ Anliegen der 13. ZK-Tagung der SED im Dezember 1974 sei es gewesen, „unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen Lösungen zu finden, die es uns, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, gestatten, das sozialpolitische Programm der Partei weiter durchzuführen, insbesondere was die Preisstabilität im Einzelhandel, die Stabilität von Mieten und Dienstleistungen und die Durchführung des Wohnungsbauprogramms betrifft.“⁹²

Auffällig an Honeckers Sicht der Dinge war, wie er die parallele westeuropäische Entwicklung, die seit 1974 durch einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote gekennzeichnet war, als Kontrastfolie zu nutzen suchte. Gegenüber Gierек geriet er dabei in die Versuchung, eine Lektion in Sachen marxistisch-leninistischer Gesellschaftstheorie zu halten: „Während wir gestern hier saßen, erklärte Kanzler Schmidt vor der SPD-Fraktion des Bundestages, es sei nicht mehr zu übersehen, daß die Bundesrepublik in die große internationale

87 Ebd., S. 13.

88 Ebd., S. 35f.

89 Ebd., S. 37.

90 Ebd., S. 55.

91 Ebd., S. 60f.

92 Ebd., S. 61.

Krise, in eine Rezession – wie er sich ausdrückte – einbezogen wäre, daß die Bundesrepublik jetzt, also im Mai, immer noch über 1,1 Millionen Arbeitslose und 900.000 Kurzarbeiter verfüge. Es sind also praktisch 2 Millionen Arbeitslose.

Ich habe hier ein Gutachten unserer Wissenschaftler. Es besagt, daß vorläufig noch nicht abzusehen ist, ob die Talsohle durchschritten ist bzw. wann sie durchschritten sein wird. Das ist natürlich auch ein wesentliches Element in unserer ideologischen Arbeit; denn es unterstreicht gegenüber allen anderen Theorien, daß Marx, Engels und Lenin immer noch recht haben.“⁹³

In der Gesprächssituation zwischen zwei kommunistischen Parteiführern mutet diese Passage merkwürdig an. Man wird in ihr kaum simple Propaganda vermuten dürfen. Aber vielleicht ist es nicht ganz abwegig, dahinter ein Marxismus-Verständnis nach dem Schnittmusterbogen der Internationalen Lenin-Schule in Moskau zu vermuten, die Honecker 1930/31 besucht hatte. Wichtiger indes erscheint etwas anderes: Die Krise der westlichen Industrieländer bestärkte ihn sichtlich in der Annahme, die derzeitigen Schwierigkeiten des sowjetischen Blocks seien nur vorübergehender Art, Störungsausläufer der Weltwirtschaft gewissermaßen.

Wie im 4. Kapitel bereits erwähnt, lobten beide Gesprächspartner die insgesamt positiven Wirkungen der 1972 getroffenen Vereinbarung zum pass- und visumfreien Reiseverkehr.⁹⁴ Allerdings blieben die damit verbundenen und keineswegs beseitigten Probleme unerwähnt. Danach nahm das Gespräch jedoch eine überraschende Wendung: Honecker konfrontierte seine offenbar völlig überraschten polnischen Partner „im Auftrage des Politbüros“ mit der Überlegung, vom sowjetischen Grenzübergang Brest bis nach Berlin, also quer durch Polen, eine neue Eisenbahnlinie mit russisch-sowjetischem Breitspurprofil (1.524 mm gegenüber der europäischen Normalspur von 1.435 mm) zu bauen – „selbstverständlich gegebenenfalls mit Abzweigen zu Wirtschaftszentren in der Volksrepublik Polen“. Nach vorliegenden Informationen werde „die ernsthafte Inangriffnahme dieses Projekts auch von Seiten der sowjetischen Genossen unterstützt werden“.⁹⁵ Er, Honecker, schlage vor, in den nächsten sechs bis acht Wochen die nötigen Unterlagen zusammenzustellen und Berechnungen vorzunehmen, damit die Frage „ernsthaft“ erörtert werden könne.⁹⁶

Von sonderlichem diplomatischem Geschick zeugte das nicht, auch nicht von Sensibilität für die eigene Geschichte und Gespür für die aktuelle Lage in Polen. Gewiss lag es nicht in Honeckers Absicht, doch musste er damit rechnen, dass Vertretern der anderen Seite die polnischen Teilungen und vor allem der Ribbentrop-Molotow-Pakt von 1939 in den Sinn kamen. Ziemlich pikiert fiel dann auch die Reaktion von Gierek und Jaroszewicz aus: Man habe diese Frage noch nicht in Betracht gezogen und sei darauf nicht vorbereitet. Es handele sich, so Jaroszewicz, um „ein riesiges Vorhaben [...], das gründliche Überlegungen und riesige Aufwendungen erfordern wird. (Edward Gierek: Insbesondere in zwei Ländern!)“

93 Ebd., S. 69f.

94 Ebd., S. 76.

95 Ebd., S. 86.

96 Ebd., S. 87.

Vorläufig sei man dabei, „eine Breitspurbahn aufzubauen von Hrubieszow südlich von Brest über Sandomierz bis Katowice“.⁹⁷

Abgesehen davon, dass sein Vorhaben schon bald darauf ad calendae graecas verjagt wurde, wirft Honeckers Vorstoß aber doch ein bezeichnendes Licht auf die Situation. Im Grunde fand hier die Wiederaufführung eines schon bekannten Stückes statt: Immer wenn die DDR in existentielle Schwierigkeiten geraten war, hatten Versuche Konjunktur, den kleinen deutschen Teilstaat möglichst nahe an die sowjetische Großmacht heranzumanövrieren. Ein direkter Breitspuranschluss, der das sowjetische Schienennetz bis nach Berlin ausdehnte, wäre über die unbestreitbare praktische Seite hinaus ein starkes politisches Signal gewesen – an die Bundesrepublik vor allem, doch auch an die Polen. Eine seetüchtige Mutation dieses Projekts kam in den 1980er Jahren mit der Fährverbindung von Kleipeda (zu dieser Zeit Litauische SSR, vorm. Memel) nach Mukran (Rügen) unter Umgehung Polens aber doch noch zustande.

Das Treffen Honecker – Gierek im Mai 1975 mochte in atmosphärischer Hinsicht günstig gewirkt und das Verständnis für die jeweiligen Probleme der anderen Seite gefördert haben, praktisch brachte es wenig. Seitens der DDR zeigte man sich gleichwohl um ein entspanntes Verhältnis bemüht. Dafür sprach nicht zuletzt, dass die Beschäftigung von 11.000 polnischen Staatsangehörigen in 106 Betrieben der DDR, darunter von 3.600 Pendlern in 26 Betrieben, allmählich zu einer akzeptierten Normalität geworden war, einhergehend mit einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für die sich wiederum die Senkung der Unfallzahlen und die Verringerung der Fehlschichten als Beleg anboten.⁹⁸

Trotzdem ließ sich das Bemühen um eine positive Sicht auf die polnische Entwicklung nicht auf Gedeih und Verderb durchhalten. Wiederholt gelangten die Beobachter aus der DDR zu unterschiedlichen Befunden. Die Berichterstattung über das 18. Plenum des ZK der PZPR im September 1975 bot ein Beispiel hierfür. Während nämlich die Botschaft der DDR in Warschau ausführlich die in den Reden von Edward Gierek und Piotr Jaroszewicz herausgestellten positiven Fakten wiedergab, wie die Steigerung des Lebensstandards, die Erhöhung der Reallöhne um 40% und der Geldeinnahmen der Bauern, die Schaffung von 1,95 Mio. neuen Arbeitsplätzen und die faktisch zur Vollbeschäftigung führende Arbeitsaufnahme von drei Millionen Menschen sowie die Übererfüllung des Wohnungsbauprogramms durch den Bau von 1,125 Mio. Wohnungen,⁹⁹ zeigte sich die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED weniger beeindruckt. In einer Information für die Mitglieder des Politbüros fasste sie zusammen:

„Durch Genossen Gierek und besonders Genossen Jaroszewicz wurden verschiedene volkswirtschaftliche Spannungen u. Disproportionen u. ihre Ursachen offen angesprochen.

97 Ebd., S. 101.

98 SAPMO-BArch, DY 34, 25140, Bundesvorstand des FDGB, Abt. Organisation: Bericht über den Stand der Verwirklichung der Vereinbarung vom 4. April 1974 zwischen dem Bundesvorstand des FDGB und dem Zentralrat der Gewerkschaften der Volksrepublik Polen (CRZZ), 11.6.1975. Bestätigt am 18.6.1975 als Beschluß des Bundesvorstandes, S. 8.

99 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/141, Botschaft der DDR in Warschau, 11.9.1975: Information über die vom 18. Plenum des ZK der PVAP bestätigten Direktiven des Zentralkomitees der PVAP zum VII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

Genosse Jaroszewicz verwies darauf, daß sich einige Schwierigkeiten aus dem Maßstab der zusätzlich übernommenen Aufgaben ergaben. An Hauptproblemen wurden u.a. genannt:

Trotz höherer Einnahmen aus dem Export eigener Rohstoffe konnten die höheren Aufwendungen bei Importen an Rohstoffen, Getreide, Futtermitteln, Maschinen und Ausrüstungen, vor allem aus den kapitalistischen Entwicklungsländern, nicht voll abgedeckt werden.

- Die Kreditpolitik der VRP, über die ‚in der VRP sehr viel diskutiert werde‘ (Genosse Jaroszewicz), soll in Bezug auf die RGW-Länder und die kapitalistischen Staaten mit dem Ziel der Beschleunigung des Ausbaus und der Modernisierung der Volkswirtschaft fortgesetzt werden.
- Die Versorgung der Bevölkerung wurde durch die Nichterfüllung der Planaufgaben der Landwirtschaft in den Jahren 1974 und 1975 erschwert. Verwiesen wurde besonders auf den stagnierenden bzw. rückläufigen Aufkauf von Fleisch und Milch sowie auf sinkende Viehbestände. Eine Lösung dieser Probleme werde trotz der bereits vorgenommenen Erhöhung der Aufkaufpreise eine längere Zeitspanne in Anspruch nehmen.
- In fast allen Diskussionsreden wurde auf einen erheblich angestiegenen Krankenstand und auf das Absinken der Arbeitsdisziplin aufmerksam gemacht. Genosse Jaroszewicz kündigte an, daß künftig gegen politische Doppelzüngler, Gerüchtemacher und Parasiten verschärft vorgegangen wird.¹⁰⁰

Beide Berichte können als symptomatisch für die Parallelität offizieller und inoffizieller Sichtweisen gelten. Allem Anschein nach hielt sich die DDR-Botschaft, die ja im Dezember 1970 ziemlich kompetent und zeitnah berichtet hatte, im Herbst 1975 an die freundlichere Version. Wahrscheinlich wollte man keinen Anlass liefern, der das diffizile Verhältnis von DDR und PRL beschädigen konnte. Die Abteilung Internationale Verbindungen befand sich hier in einer anderen Situation, da sie die SED-Spitze direkt und exklusiv informierte.

In Polen wurden die Probleme inzwischen ebenso öffentlich wie drastisch diskutiert. Die polnische Presse bot in dieser Hinsicht ein differenzierteres Bild, als die der DDR. Kritische Analysen und Berichte wurden in der DDR aufmerksam registriert. Übersetzungen landeten regelmäßig auf den Schreibtischen der zuständigen Abteilungen des ZK der SED und des FDGB. Das Bild, das sich daraus ergab, blieb freilich unscharf, teils widersprüchlich. Es lag deshalb nahe, wenn die SED-Führung gerade in dieser Phase um möglichst genaue Informationen darüber bemüht blieb, was sich in der benachbarten Volksrepublik tat. Unter anderem entsandte die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik vom 20. bis 24. Mai 1975 vier Mitarbeiter nach Polen, um sie „Erfahrungen der PVAP auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Arbeit mit den Gewerkschaften“ studieren zu lassen.¹⁰¹ Hier handelte es sich durchaus noch um Routine, denn bereits im März 1974 hatte das Sekretariat des ZK einen Be-

100 SAPMO-BArch, DY 30 /IV B 2/20/137, Abt. Internationale Verbindungen (ZK der SED), 15.9.1975, Information Nr. 74/75 für die Mitglieder des Politbüros, betr.: 18. Plenartagung des Zentralkomitees der PVAP, S. 5f.

101 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18830/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an Sekretär des ZK, Horst Dohlus, 20.10.1975: Delegations- und Erfahrungsaustausch mit den Bruderparteien sozialistischer Länder 1974/75.

schluss über den Delegations- und Erfahrungsaustausch mit anderen „Bruderparteien“ gefasst. Allerdings erhielten die vier Reisenden die Zusatzorder, auch „die Erfahrungen der PVAP bei der Durchsetzung der führenden Rolle der Partei in den Gewerkschaften“ unter die Lupe zu nehmen.¹⁰² Das war jener Punkt, mit dem sich die „polnischen Genossen“ beim ZK-Apparat der SED den Ruf erworben hatten, etwas zu leichtfertig zu agieren. Gerade deshalb gehörte die Frage nach der Führungsrolle der Partei zum Standardrepertoire solcher Studienreisen. Insgesamt blieb das Ergebnis diesmal banal und damit vielleicht auch beruhigend: „Die PVAP setzt sich unmittelbar dafür ein, die Autorität der Gewerkschaften zu stärken und stellte ihnen für die Lösung der wichtigsten Aufgaben erprobte Parteikader zur Verfügung“, hieß es im Bericht. Die Sozialpolitik der PZPR habe ihre Schwerpunkte in Wohnungsbau, Lohnpolitik (einschließlich der betrieblichen Fonds der materiellen Interessiertheit), Entwicklung der Renten und Fragen der Altersgrenze, Förderung der Familien sowie der Frauen und Mütter, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz sowie in der Entwicklung des Erholungswesens. Geplant und koordiniert werde sie durch eine Arbeitsgruppe Sozialpolitik im Rahmen einer zentralen Partei- und Regierungskommission für die Modernisierung der nationalen Wirtschaft und des Staates, die von Jan Szydlak geleitet werde.¹⁰³ Solche Informationen dürften die SED-Führung in der Annahme bestärkt haben, Gierек habe die Situation im Griff. Vielleicht trug auch die Ähnlichkeit der Problemlagen nach dem Prinzip „Geteiltes Leid ist halbes Leid“ zu der Annahme bei, man werde in Ostberlin wie in Warschau praktikable Lösungen finden. Von einer akuten Krise jedenfalls war nicht die Rede.

102 Ebd., S. 3.

103 Ebd., S. 6f.

Politik, Wirtschaft und Soziales in der DDR um 1975: Konturen einer Doppelkrise

1. *Rückkehr der Probleme*
2. *Krisenarithmetik: Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik*
3. *Der IX. Parteitag der SED: Erwartungen und Enttäuschungen*
4. *Effektivitätsprobleme*
5. *Rationalisierung mit Hindernissen*
6. *Politische Balanceübungen*
7. *Arbeitsbedingungen versus Sozialpolitik?*
8. *Verschwimmende Zukunftsprojektionen*

1. Rückkehr der Probleme

Ebenso wie der politische Kurswechsel von 1970/1971 nicht ohne seine Vorgeschichte zu verstehen ist, lässt sich die Revitalisierung und Zuspitzung wirtschaftlicher und sozialer Probleme um 1975 nicht erklären, ohne die Politik der „Hauptaufgabe“ in der DDR und ihr polnisches Pendant auf ihr Krisen- und Konfliktpotential hin zu untersuchen. In beiden Fällen ist es evident, dass die unter Gierek und Honecker eingeleitete Sozial- und Konsumpolitik bereits akute oder auch erst heranreifende Konflikte zwar eindämmte, sie vielleicht sogar vermied und überdies auch vielfach Zustimmung fand, doch unumstritten war sie nie. Unter denen, die Widerspruch oder Vorbehalte artikulierten, sind zunächst einmal solche zu nennen, denen Gomułkas und Ulbrichts Argumente nach wie vor plausibel erschienen, doch auch unter den Befürwortern einer Kurskorrektur kamen angesichts der ambitionierten, jedoch kaum bilanzierten Sozialprogramme Bedenken auf. In der DDR gehörte der Vorsitzende der SPK, Gerhard Schürer, zu jenen, die relativ frühzeitig ein gewisses Unbehagen äußerten. So fasste er im Juli 1971 die „Grundlinie“ des Fünfjahrplanentwurfs für 1971–1975 mit den Worten zusammen, die staatliche Aufgabe sehe vor, „durch Steigerung der Konsumgüterproduktion und Industrie und Landwirtschaft in hoher Qualität und sortimentsgerecht eine stabile Versorgung der Bevölkerung vor allem mit Waren des Grundbedarfs zu gewährleisten, Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität der Einzelhandelsverkaufspreise durchzuführen und dem begründeten Bedarf der Bevölkerung entsprechend Sortimente mittlerer und niedriger Preisklasse anzubieten“. Zur Lösung dieser Aufgabe sei es jedoch „erforderlich, volkswirtschaftliche Mittel in Form von Investitionen, Valuten, Arbeitskräften, Rohstoffen und Ausrüstungen zugunsten solcher Bereiche einzusetzen, die einen ent-

scheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Hauptaufgabe leisten.“¹ Mit anderen Worten hieß das, man war gezwungen, eine ohnehin knapp bemessene Decke in eine bestimmte Richtung zu ziehen.

Unter diesen Umständen wird Schürers Zögern verständlich, als Honecker ihn Mitte 1973 ins Politbüro holen wollte.² Für solche Zurückhaltung gab es gute Gründe. Schürer selbst hatte sie schon im März 1973 anklingen lassen, als er auf einer Beratung beim Vorsitzenden des Ministerrates, Stoph, zu den wirtschaftlichen Aufgaben der Jahre 1974/1975 betonte, „daß wir seit mehreren Jahren mehr Nationaleinkommen verwenden, als wir produzieren“. Zwar werde die Direktive des VIII. Parteitages erfüllt, doch treffe das nur im Allgemeinen zu. Einzelne Wirtschaftszweige hätten mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Bei „entscheidenden Erzeugnispositionen“, wie bei der Produktion von Kunststoffen, synthetischen Fasern u.a., werde man die Ziele nicht erreichen können.³ Auch habe man sich bei der Bereitstellung von Konsumgütern für die Versorgung der Bevölkerung im Jahr 1973 sehr viel vorgenommen und „mit dem Warenfonds für das Jahr 1973 eine Entwicklung eingeleitet [...], die nicht nur auf eigenen Leistungen der Volkswirtschaft der DDR, sondern auch auf einer erhöhten Verschuldung beruht“.⁴ Der Schuldenfalle durch eine Ausweitung der Exporte bei gleichzeitiger Senkung der Importe zu entgehen, räumte Schürer keine realistische Chance ein. An die Teilnehmer der Beratung appellierte er deshalb: „Ich bitte, mir das zu glauben, daß bei 20 oder 30% Exportsteigerung ins NSW und 15% Senkung der Importe aus dem NSW die stabile Versorgung nicht fortgesetzt werden kann. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß 1973 ca. 3 Mrd. VM für den Plan bereitstanden, und zwar etwa die Hälfte als Erhöhung der Verschuldung und die andere Hälfte etwa als Sondermittel.“⁵ Ministerpräsident Stoph warf dazu ein: „Wir sollten offen darlegen, daß wir trotz hoher Anstrengungen und der von uns vorgesehenen Entwicklung auch weiterhin operativ arbeiten werden müssen und wir nur Schritt für Schritt Lösungen finden werden.“⁶

Die Situation der DDR unterschied sich in dieser Hinsicht nicht prinzipiell von derjenigen, wie sie auch in Polen anzutreffen war. In beiden Ländern konnte man zu dieser Zeit sehen, wie sich Merkmale eines selbstbewussten Aufbruchs mit der wachsenden Befürchtung mischten, man habe den Bogen vielleicht doch überspannt. Vermehrt fanden skeptischere Töne Eingang in die Diskussion, und das Liebäugeln mit der Allzweckwaffe „operativer“ Eingriffe ließ auch eine gewisse Konzeptionslosigkeit erahnen. Derartige politische Eingriffe galten in den Planwirtschaften des sowjetischen Blocks seit langem als – allerdings oft auch effektive – Notlösung. Für die Beurteilung der Entwicklung seit 1971 erscheint es wichtig, diese latente Spannung zwischen Erfolg und Risiko im Blick zu behalten. Die „Politik der Hauptaufgabe“ zeitigte durchaus einige rasche und spürbare Erfolge, be-

1 BA, DE 1 / V A/56068, Ministerrat der DDR, Staatliche Plankommission: Zur Grundlinie und zu Hauptproblemen des Entwurfs der Staatlichen Aufgaben zur Ausarbeitung des Entwurfs des Fünfjahresplanes 1971–1975, 23.7.1971, S. 6f.

2 Gerhard Schürer: *Gewagt und verloren. Ein deutsche Biographie*, Frankfurt/Oder 1996, S. 131.

3 BA, DE 1 / V A/56160, Bl. 64–90, Staatliche Plankommission, Staatssekretär [Heinz Klopfer]: Persönliche Niederschrift über eine Problemberatung beim Vorsitzenden des Ministerrates am 26.3.1973. (27.3.1973), hier Bl. 65.

4 Ebd., Bl. 66.

5 Ebd., Bl. 89.

6 Ebd., Bl. 88.

sonders im Wohnungsbau, doch stauten sich gleichzeitig wirtschaftliche Risiken an. Nicht ganz unerheblich war, dass entsprechende Symptome bereits vor dem Ölpreisschock vom Herbst 1973 auftraten. Zwar traf es einen ernstzunehmenden Aspekt, wenn spätere Schwierigkeiten mit dem Anstieg der Rohstoffpreise auf den internationalen Märkten und den folgenden Preisänderungen im RGW begründet wurden, doch der Kern des Problems war hausgemacht.

Dies legt die Frage nahe, ob Honecker und auch Gierek die mit ihrer Politik verbundenen Gefahren unterschätzten oder sie gar nicht wahrnahmen. Tatsächlich erwecken manche Quellen diesen Eindruck. Für sich betrachtet, legen sie scheinbar einen Realitätsverlust der Protagonisten nahe. So etwa lassen sich Äußerungen Erich Honeckers interpretieren, mit denen er während eines Moskau-Besuchs im Juni 1974 Breschnew zu überzeugen suchte: „Der Volkswirtschaftsplan 1971–1975 wird erfüllt und übererfüllt. Die sozialen Fragen werden schrittweise gelöst“. Man habe dabei „eine arbeitsame, aber sehr angenehme Atmosphäre geschaffen“.⁷ Während solche Sätze dem Bild schon fast pathologischer Schönfärberei entsprachen, werden sie aber durch den Kontext in ein anderes Licht gerückt. Honecker widmete nämlich einen großen Teil seiner Ansprache den Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik, wobei die wirtschaftlichen Kontakte einen prominenten Platz einnahmen. Einerseits sei der Handel, auch zu anderen westlichen Ländern, im Interesse der DDR, andererseits wolle man „die Reduzierung der langfristigen Zahlungsverpflichtungen durch die Erhöhung der eigenen Leistungen und eigenen Anstrengungen erreichen“, was nun doch auf verstärkte Exporte hinauslief. Dies alles habe natürlich in engster Abstimmung mit der Sowjetunion zu erfolgen.⁸

Interessant erscheint in dem Zusammenhang ein Hinweis Honeckers auf die seit 1973 gestiegenen Rohstoffpreise. Sie gäben Anlass, „unsere Verpflichtungen gegenüber der BRD (Schritt um Schritt) abzubauen“ und sich mehr auf den Handel mit anderen west- und nord-europäischen Ländern zu konzentrieren. Wenngleich die „polnischen Genossen [...] ursprünglich weitreichendere Vorschläge für die ökonomische Zusammenarbeit unterbreitet hatten, haben sie unsere Position akzeptiert“.⁹ Mit anderen Worten: Der wirtschafts- und sozialpolitische Kurs der SED sollte durch erweiterte Handelskontakte zum Westen stabilisiert werden, während die Bedürfnisse Polens demgegenüber zurücktreten mussten. Allerdings unterließ es Honecker gegenüber Breschnew nicht, Gierek damit zu zitieren, „daß wir in zwei Jahren vor neuen Problemen stehen werden und daß man dies heute bereits ins Auge fassen müsse“.¹⁰ Man konnte das als indirekte Warnung verstehen.

Grund dafür gab es, denn zur gleichen Zeit sah sich die DDR mit der sowjetischen Ankündigung konfrontiert, im folgenden Jahr die Rohstoffpreise ebenfalls anheben zu wollen. Ein solcher Schritt erschien durchaus nachvollziehbar, denn die UdSSR bezahlte für ihre

7 Niederschrift über die Gespräche zwischen dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, und dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Iljitsch Breschnew, am 18. Juni 1974 in Moskau, Kremel [SAPMO-BArch, DY 30, 11467, Bl. 1–32], in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974–1982, Dok. Nr. 1, Berlin 2006, S. 68–89, hier 81.

8 Ebd., S. 87f.

9 Ebd., S. 88.

10 Ebd.

Importe die inzwischen gestiegenen Weltmarktpreise, während sie ihre Exporte, vor allem von Rohstoffen, in den RGW-Bereich noch immer zu den vereinbarten niedrigeren RGW-Preisen abwickelte. In dieser Angelegenheit fand im August 1974 in Moskau ein Gespräch zwischen den Außenhandelsministern Nikolai S. Patolitschew (1908–1989) und Horst Sölle (*1924) statt. Von der Reise zurückgekehrt, informierte Sölle am 9. August 1974 während einer im kleinen Kreis von Günter Mittag, Herbert Krolikowski, Gerd König (*1930) und Heinz Klopfer bei Erich Honecker stattfindenden Beratung über die zu erwartenden Veränderungen und fügte hinzu, er rechne infolge der Erhöhung der Rohstoffpreise im Jahre 1975 für die DDR mit einem Mehraufwand von 7–8 Mrd. Mark und im Zeitraum 1976–1980 mit einem jährlichen Aufwand von 8–9 Mrd. Mark. Immerhin, so Sölle, sei das mehr als der jährliche Zuwachs an Nationaleinkommen.¹¹ Die Ratlosigkeit war mit Händen zu greifen. Erste Vorschläge aus dieser Runde liefen darauf hinaus, „Möglichkeiten für Preisreduzierungen (zu) prüfen“, also die sowjetische Seite zu Preisnachlässen zu veranlassen. Honecker zeigte sich damit im Prinzip einverstanden, fügte aber hinzu:

„Es ist natürlich klar, daß die ganze Angelegenheit so angepackt werden muß, daß es nicht zu irgendwelchen Panikstimmungen kommt. Dazu besteht kein Anlaß. Das Problem ist, wie wir die Dinge anpacken. Es besteht ja keine Absicht, die Inflation in das sozialistische Lager eindringen zu lassen.“

Wenn man so etwas macht, so ist klar: Erhöhung der Rohstoffpreise bedeutet zugleich Erhöhung der Preise für Fertigerzeugnisse. Natürlich werden wir zuzahlen müssen. Natürlich hat die UdSSR das Recht, das Problem der Preise zu stellen. Das Aide memoire hat aber auch schwache Seiten. Bisher haben wir für eine Tonne Erdöl mehr bezahlt als die UdSSR von der Bundesrepublik erhalten hat. Das mag sich jetzt durch die Preissteigerungen im Westen verändert haben. Bei Anerkennung der Berechtigung, daß wir etwas verändern müssen, müssen wir uns die Nomenklatur für die Veränderungen genau ansehen. Das betrifft z.B. die Erzeugnisse der Chemie, Chemieanlagen, Weitreckenwagen, Kühlzüge u.a.

Wir können die vorgesehenen Preiserhöhungen bei Rohstoffen nicht nur mit 20% durch erhöhte Exportpreise ausgleichen, das geht überhaupt nicht.

Wir führen doch Investitionsbeteiligungen durch, und dafür müssen doch besondere Vereinbarungen getroffen werden.“¹²

Ging es hier noch um die Suche nach Ausgleichsmöglichkeiten, war wenige Wochen später bei einem Gespräch Erich Honeckers mit Nikolai A. Tichonow, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, schon ziemlich offen von Abstrichen an der „Hauptaufgabe“ die Rede. Man wisse, äußerte Honecker unverblümt, „daß wir nicht den materiellen Lebensstandard in dem Tempo weiterführen können wie in den letzten Jahren“.¹³ Damit wurde es allerdings auch fraglich, ob die „angenehme Atmosphäre“ erhalten blieb, von der im Gespräch mit Breschnew die Rede war. Auch ließ sich absehen, dass hin-

11 BA, DE 1/V A/56167, Staatliche Plankommission, Staatssekretär [Heinz Klopfer]: Persönliche Niederschrift über eine Beratung beim I. Sekretär des Zentralkomitees der SED am 9.8.1974, S. 1, (Teilnehmer: Mittag, Krolikowski, Sölle, König, Klopfer).

12 Ebd., S. 4f.

13 BA, DE 1/V A/56161, Schürer [?] am 23.9.1974: Gedächtnisnotiz über das Gespräch des Genossen Honecker mit Genossen Tichonow am 18.9.1974, S. 5.

ter einem verlangsamten Wachstum des Lebensstandards auch politische Risiken lauerten. Schon jetzt gab es Anzeichen für einen Stimmungswandel in der DDR-Gesellschaft. In den Betrieben, in der SPK, in den Apparaten der SED und des FDGB mehrten sich die Klagen über nachlassende Arbeitsdisziplin und Vergeudung von Arbeitszeit.¹⁴ Dahinter steckte mehr als ein Problem der Kapazitätsnutzung. Auf dieses jedoch spitzten sich die in der SED-Führung angestellten Überlegungen zu.

Es erschien daher nicht abwegig, wenn Günter Mittag im Oktober 1974 auf einer Beratung zum Volkswirtschaftsplan 1975 meinte, bei der Ausnutzung der Arbeitszeit müsse man „noch einen ganz anderen Maßstab anlegen“. Auch mit zusätzlichen Arbeitskräften sei nicht zu rechnen, vielmehr müsse der „Hauptdruck“ auf Intensivierung und Rationalisierung liegen.¹⁵ Dessen ungeachtet gingen allerdings die VVB in ihren Planentwürfen für 1975 von niedrigeren Zuwachsraten als in den Vorjahren aus. Auf die Forderung, angesichts schwieriger werdender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen Reserven zu bilden, reagierten sie „mit sehr komplizierten Vorschlägen der Nichtdurchführung von NSW-Importen“. Solche Vorschläge seien aber zum großen Teil nicht realisierbar, warnte die SPK, „wenn nicht ernste Auswirkungen auf die kontinuierliche Materialversorgung und die Versorgung der Bevölkerung in Kauf genommen werden sollen“.¹⁶ Dies jedoch wäre dem polnischen Szenarium vom Dezember 1970 gefährlich nahegekommen und stand als politische Option überhaupt nicht zur Debatte. Vielmehr galt es, die sozial- und konsumpolitischen Vorleistungen durch einen beträchtlichen Produktivitätsschub materiell zu unterfüttern und auch für die absehbare Zukunft bezahlbar zu machen. Nicht anders war Günter Mittags zitierter Appell zu verstehen.

Zweifellos verfügte die Wirtschaft der DDR in dieser Hinsicht noch über erhebliche Reserven, ob sie jedoch ausgereicht hätten, der „Hauptaufgabe“ unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution nachzukommen, erscheint nicht nur im historischen Rückblick fraglich. Mit Honeckers Eingeständnis gegenüber Tichonow, man werde das Anfangstempo nicht beibehalten können, deutete sich bereits an, dass die politisch Verantwortlichen in der DDR schwierigere Zeiten erwarteten. Während die SED seit ihrem VIII. Parteitag ein relativ optimistisches Bild von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der DDR gezeichnet hatte, geriet sie angesichts der Mitte 1974 unternommenen sowjetischen Initiative zur Veränderung der Rohstoffpreise innerhalb des RGW in eine schwer kalkulierbare Gefahrenzone. Wie dramatisch die Situation wurde, geht aus einem Gespräch hervor, das Honecker am 21. Dezember 1974 mit Nikolai K. Baibakow, dem Chef der sowjetischen Planungsbehörde „Gosplan“, führte. Es ging dabei um die erwähnte Ankündigung der sowjetischen Regierung, die Preise für ihre Rohstofflieferungen an die anderen RGW-Länder an das Niveau der Weltmarktpreise anzugleichen, also zu erhöhen. Eine allmähliche Annähe-

14 BA, DE 1/V A/ 56171, Staatliche Plankommission, Wenzel (Stellvertreter des Vorsitzenden für Volkswirtschaftliche Gesamtplanung und Plankoordinierung): Information über die Beratung des Entwurfs der staatlichen Aufgaben 1975 im Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB, 15.5.1974.

15 BA, DE 1/V A/ 56171, Staatliche Plankommission: [Beratung zum Volkswirtschaftsplan 1975] Schlußbemerkungen Günter Mittag, 9.10.1974, S. 4.

16 BA, DE 1/V A/ 56171, Staatliche Plankommission: Information über das Ergebnis der Plandiskussion 1975 in den Betrieben, insbesondere bei der Ausarbeitung des Gegenplanes (Entwurf), 24.9.1974.

nung an das neue Preisniveau, erklärte Baibakow, sollte es den RGW-Ländern ermöglichen, „die nötigen Ressourcen zu entwickeln“.¹⁷

Auch musste man wohl akzeptieren, dass die sowjetische Führung angesichts der wachsenden sozialen Unzufriedenheit im eigenen Land unter starkem Handlungsdruck stand. Die Tatsache der teils bereits gravierenden Lebensstandard-Unterschiede zwischen der UdSSR und Ländern wie der ČSSR, der DDR und Ungarn oder auch die Forderung der Polen nach sowjetischer Wirtschaftshilfe waren gegenüber der eigenen Bevölkerung kaum mehr zu rechtfertigen. Wie sollte man dieser auch plausibel machen, warum der Lebensstandard einer großen Siegermacht des Zweiten Weltkrieges inzwischen deutlich niedriger war als man ihn etwa in der DDR, beim ehemaligen Kriegsgegner also, erleben konnte.

Im Gespräch mit Baibakow versuchte Honecker Verständnis für die besondere Lage der DDR zu wecken:

„Von Kommunist zu Kommunist möchte ich Ihnen sagen, daß wir als DDR einen Koeffizienten finden müssen, um unter den neuen Bedingungen nicht zu einer Erhöhung der Einzelhandelspreise zu kommen. Das ist aber schon unsere innere Frage. Wir müssen unsere Kampfbedingungen gegen die imperialistische Ideologie und den Massenbesuch der DDR im Auge behalten. Das verlangt einen bestimmten Lebensstandard. Die DDR hat sich 25 Jahre als stabil erwiesen und muß sich auch in den nächsten 25 Jahren so erweisen. Die Stabilität hatten wir auch in komplizierten Zeiten, im Unterschied zu Ereignissen in der VRP und der CSSR. Jetzt muß man konkret rechnen. [...] Genosse Patolitschew hat selbst gesagt, daß er vor der schwierigsten Aufgabe seines Lebens stand. Hier sind auf einmal sehr viele neue Probleme auf uns zugekommen. Als der Bericht über das erste Treffen Patolitschew/Sölle in unser Politbüro kam, haben wir uns gesagt, daß das Leben gar nicht so sein kann. Nach den jetzigen Ergebnissen kann und muß man weiterarbeiten. [...] Ich bin nach der Aussprache optimistischer als vorher.“¹⁸

Honeckers allerdings nur ziemlich relativer Optimismus gründete auf der mit Baibakow ausgehandelten langfristigen Kreditierung sowjetischer Lieferungen. Darüber hinaus sollten die RGW-Preise ab 1976 nicht mehr wie bisher auf jeweils fünf Jahre festgelegt, sondern aus den durchschnittlichen Weltmarktpreisen der vorangegangenen fünf Jahre gebildet und jährlich angepasst werden. Für 1975 galt noch eine Übergangsregelung, wonach die Preise der letzten drei Jahre zugrunde gelegt wurden.¹⁹ Honecker äußerte später in einem weiteren Gespräch mit Breschnew, man habe dadurch die Möglichkeit erhalten, „eine angespannte, aber gangbare Konzeption der Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1976–1980 auszuarbeiten“.²⁰

17 BA, DE 1/V A/56167, Erich Honecker: Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, 3.1.1975. Anlage: Niederschrift über die Beratung zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Baibakow am 21.12.1974, S. 2.

18 Ebd., S. 8f.

19 Vgl. Ralf Ahrens: *Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976*, Köln 2000, S. 302–311.

20 Stenographische Niederschrift der Verhandlungen der Partei- und Staatsdelegationen der DDR und der UdSSR in Moskau, Montag, den 6. Oktober 1955 (Beginn: 16.30 Uhr) [SAPMO-BArch, DY 30, 11468, Bl. 1-33], in: Hertle/Jarauschk: *Risse*, Dok. Nr. 2, S. 90–112, hier 95.

In der Perspektive der SED-Führung stellte sich die Situation zwar als wenig komfortabel dar, aber doch nicht als hoffnungslos. Es gab zumindest zwei stabilisierende Faktoren. So verließ man sich fest darauf, dass die Sowjetunion die DDR schon aus eigenem Interesse nicht fallenlassen werde. Um die Mitte der 1970er Jahre traf das offenbar auch zu, allein schon aus wirtschaftlichen und militärisch-strategischen Gründen. Der andere Faktor ergab sich aus dem Ölpreisschock von 1973, der zunächst die westlichen Industrieländer traf. Hierbei handelte es sich zweifellos um eine markante Zäsur in der Entwicklung moderner Gesellschaften. In den politischen Führungskreisen des sowjetischen Blocks war man nur zu gern bereit, von einer neuen, dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu sprechen. In ihr sei der „Weltsozialismus“ zur bestimmenden Kraft in den internationalen Beziehungen geworden, während die Labilität des Kapitalismus zunehme, der Klassenkampf in den imperialistischen Ländern sich zuspitze, das Kolonialsystem endgültig zusammenbreche und die geistige sowie moralische Krise des Kapitalismus sich verstärke.²¹

2. Krisenarithmetik:

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Diese Krisendiagnose gehörte zwar zur Grundausrüstung des „realsozialistischen“ Ideologiebetriebes, doch leicht wurde die euphorisierende Nebenwirkung übersehen. Denn ungeachtet der eigenen Probleme erblickte man in der Situation der westlichen Industrieländer nach 1973 auch einen zumindest indirekten Beweis für die Zukunftsfähigkeit des „realexistierenden Sozialismus“. So formulierte Erich Honecker Anfang 1976 unter dem Titel „Auf sicherem Kurs“ in einem programmatischen Beitrag für die Zeitschrift „Einheit“:

„Den Kapitalismus schüttelt die Krise. Inflation und Arbeitslosigkeit, wachsende soziale Unsicherheit der Werktätigen widerlegen alle bürgerlichen Versprechungen und Verheißungen eines gewandelten Systems. Keine Partei der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer ist jemals in der Lage, auf die Lebensfragen des Volkes eine ehrliche und befriedigende Antwort zu geben. Unsere Partei gibt eine solche Antwort. Mit dem Entwurf für ihr neues Programm hat sie ein wissenschaftlich begründetes Bild von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und von den Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus vorgezeichnet, das den Erfordernissen der Praxis entspricht. Es bestärkt jeden Bürger im Gefühl sozialer Sicherheit und Geborgenheit.“²²

Dieser Artikel war als politische Grundsatzklärung angelegt. Seine Orientierungsfunktion bei der Vorbereitung des noch im gleichen Jahr stattfindenden IX. Parteitag der SED lag auf der Hand. Das galt auch im Hinblick auf eine bei oberflächlicher Betrachtung kaum wahrnehmbare Kursänderung. Sie zeichnete sich seit der 13. ZK-Tagung im Dezember 1974 über die 15. Tagung im Oktober 1975 und der Rede Honeckers vor den 1. Sekretären der

21 Gertrud Schütz u.a. (Hg.): Kleines politisches Wörterbuch. Neuausgabe 1988, Berlin 1989, S. 32f.

22 Erich Honecker: Auf sicherem Kurs, in: Einheit 31 (1976), S. 407–414, hier 413.

SED-Kreisleitungen am 27. Oktober 1975 immer deutlicher ab. Im Wesentlichen ging es darum, dem erhöhten Modernisierungs- und Rationalisierungsbedarf vor allem in der Industrie der DDR unter Beibehaltung der sozialpolitischen Kernziele Rechnung zu tragen. Die hierzu angestellten Überlegungen gerannen zu der Formel von der „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Sie fand, deutlich herausgestellt, im Bericht des ZK an den IX. Parteitag²³ und im neuen Parteiprogramm Eingang.²⁴

Hier ging es nicht schlechthin um einen Etikettenwechsel, auch handelte es sich nicht um Verbalkosmetik. Vielmehr reagierte die SED mit dieser Änderung im politischen Begriffshaushalt auf die Notwendigkeit, die seit 1971 extensiv betriebene Sozialpolitik wieder in ein besser ausgewogenes Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bringen. Es galt, die inzwischen verlorene Balance zwischen Erzeugung und Verbrauch wiederherzustellen. Nichts anderes sollte der Begriff der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ besagen. Im neuen Parteiprogramm war deshalb auch davon die Rede, die Verbesserung des Lebensniveaus werde „durch ein optimales Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion, durch die volle Nutzung des Wirtschaftspotentials [...] einschließlich der Mobilisierung ökonomischer Reserven im Maßstab der ganzen Volkswirtschaft, in allen Bereichen, Zweigen und Betrieben bewirkt“.²⁵ Wieder einmal stand die DDR vor dem alten Balance-Problem, das im Rahmen der zentralisierten Planwirtschaft bislang nie zufriedenstellend zu lösen war. Wenngleich die im SED-Programm getroffene Aussage genau darauf zielte, wurde die neue Formel sehr unterschiedlich verstanden. Manfred G. Schmidt hat auf die Vieldeutigkeit, oder besser: die dehnbare Interpretierbarkeit, dieses Begriffs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ aufmerksam gemacht.²⁶ Dass der 1971 auf dem VIII. SED-Parteitag ausgestellte „Freifahrtschein zur expansiven Sozialpolitik“ auch unter dem neuen Vorzeichen seine Gültigkeit behielt, setzte sich als dominierende Interpretation durch, „und zwar mit voller Rückendeckung Honeckers“.²⁷

Allerdings war der Topos „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nicht ganz neu. In der wahrscheinlich vom Abteilungsleiter im FDGB-Bundesvorstand und späteren stellvertretenden FDGB-Vorsitzenden Rudolf Kirchner (1919–1984) Anfang 1950 ausgearbeiteten Schrift „Sozialpolitische Aufgaben des FDGB. Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes oberstes Gesetz!“ hieß es bereits: „Wirtschaft und Sozialpolitik bilden eine Einheit, die in

23 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976, Bd. 1: 1. bis 3. Beratungstag, Berlin 1976, S. 31–151, hier 54.

24 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22. Mai 1976, Bd. 2: 4. und 5. Beratungstag, Berlin 1976, S. 209–266, hier 221.

25 Ebd.

26 Vgl. Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik der DDR, Wiesbaden 2004, S. 68f.

27 Ebd., S. 68. Sozialpolitische Aufgaben des FDGB. #Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes oberstes Gesetz!“ hieß es: „Wirtschaft und Sozialpolitik bilden eine Einheit, die in Wechselwirkung stehen. [sic] Deshalb ist die Sozialpolitik nicht als Ressortpolitik zu betrachten!“ SAPMO-BArch DY-34, 25/125/2300

Wechselwirkung stehen. [sic] Deshalb ist die Sozialpolitik nicht als Ressortpolitik zu betrachten!“²⁸

Dieser Konnex wurde nie in Frage gestellt, auch während der 1950er und frühen 1960er Jahre nicht, als man bestrebt war, die eigenen Sozialmaßnahmen von der „bürgerlichen“ Sozialpolitik abzugrenzen und deshalb den Begriff Sozialpolitik möglichst vermied. Dass die Suppe nicht so heiß gegessen wurde, zeigte sich nicht zuletzt in den zur selben Zeit gültigen Bezeichnungen der Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED, der Abteilung Sozialpolitik beim Bundesvorstand des FDGB sowie des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik der Volkskammer. In ihrer 1965 vorgelegten Habilitationsschrift hat Helga Ulbricht auf die etwas verwickelte Begriffsgeschichte aufmerksam gemacht: Man habe nämlich geglaubt, „die Begriffsbezeichnung nicht vom reaktionären Inhalt trennen zu können“ und mit ihrer Vermeidung den Versuch unternommen, sich vom „kapitalistischen Gedankengut“ abzusetzen. Gleichwohl habe der Staat „in sehr breitem Umfang und auf vielfältige Weise Sozialpolitik“ betrieben, auch wenn dies „keine geschlossene Sozialpolitik“ gewesen sei. Ihr Niveau wurde insbesondere durch die gesundheitliche Betreuung in den Betrieben, die Durchsetzung des Arbeitsschutzes, den gesetzlichen Schutz der Schwerebeschädigten und seine Realisierung, die Leistungen der Sozialversicherung bei Krankheit und Arbeitsunfallfolgen, den Mutter- und Kinderschutz und den Feriendienst des FDGB bestimmt.²⁹ Das Abgrenzungsbestreben gegenüber einer pejorativ als „bürgerlich“ bezeichneten Sozialpolitik kam in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in der Formulierung von der „sozialistischen Sozialpolitik“ voll zum Tragen.³⁰ Hieran knüpfte der VIII. SED-Parteitag mit der „Hauptaufgabe“ an.

Während diese „Rehabilitierung“ des Begriffs „Sozialpolitik“ einer Ausdifferenzierung und Funktionalisierung des Politikfeldes zugute kam, setzte die „Politik der Hauptaufgabe“ jedoch auch ein beträchtliches und weiter wachsendes Anspruchspotential frei, das es nun – Mitte der 1970er Jahre – zu bremsen galt. Nachdem in den 1950er Jahren propagiert worden war, wie man heute arbeite, werde man morgen leben, und in der Reformperiode der 1960er Jahre die Bedürfnisse der Menschen als wirtschaftliche Triebkraft geschätzt wurden,³¹ hieß es jetzt, „daß spürbare soziale Fortschritte entscheidende Triebkräfte zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität sind, [...] daß nur das verbraucht werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde, [...] daß die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen und insbesondere die Konsumtion ökonomische Wachstumsfaktoren sind“.³² Unübersehbar kam

28 SAPMO-BArch, DY-34, 25/125/2300, Bundesvorstand des FDGB, Büro Kirchner: Sozialpolitische Aufgaben des FDGB – Die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes oberstes Gesetz! (undat., ungez. Abschrift, wahrscheinlich April 1950).

29 Helga Ulbricht: Aufgaben der sozialistischen Sozialpolitik bei der Gestaltung der sozialen Sicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Habilitationsschrift, Univ. Leipzig 1965, S. VII f., 62f.

30 Vgl. Peter Hübner: Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder, in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin/Bonn, Bundesarchiv, Koblenz (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9: Christoph Kleßmann (Band-Hg.): Deutsche Demokratische Republik 1961–1971. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden 2006, S. 77–145, hier 92–96, 127–132.

31 Vera Wrona u.a.: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, Berlin 1979, S. 582f.

32 Georg Ebert u.a.: Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus umfassender erforschen, in: Einheit 29 (1974), S. 554–561, hier S. 555. Vgl. Dialektische Wechselbeziehungen zwischen ökonomischer Theo-

hier als Grundzug der neu austarierten Sozialpolitik neben einer „Ökonomisierungs“-Tendenz auch eine gesellschaftspolitische Aufwertung materieller Bedürfnisse und des Lebensstandards zum Tragen. In der zeitgenössischen soziologischen Literatur tauchten drei Schwerpunkte auf: Erstens wurde die „Wechselwirkung von Sozialpolitik und Effektivität“ betont, wobei vor allem die „effektivitätsfördernde Wirkung sozialpolitischer Maßnahmen“ im Blick war; zweitens ging es um die wirtschaftliche Effektivität in der Sozialpolitik selbst, also um ein Kosten-Nutzen-Verhältnis; drittens unterstrich man den komplexen Funktionszusammenhang:

„Sozialpolitik im Sozialismus ist eine klare Absage an einseitige Vorstellungen, sozialpolitische Maßnahmen nur unter dem Gesichtspunkt unmittelbarer ökonomischer Effektivität zu kopieren und durchzuführen. Sozialpolitik im Sozialismus erschöpft sich auch nicht in der Unterstützung von Bevölkerungsgruppen, die aus gesundheitlichen, familiären und anderen Gründen sozial benachteiligt sind, oder in der Beseitigung sozialer Disproportionen. Es geht der Sozialpolitik bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft über diese Aufgaben hinaus vornehmlich um die Weiterentwicklung der Beziehungen der Klassen, Schichten, sozialen Gruppen und Individuen unter Führung der Arbeiterklasse, um die weitere Verbesserung der Gesamtheit der Arbeits- und Lebensbedingungen, die planmäßige Befriedigung der differenzierten materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung mit dem Ziel, die sozialistische Lebensweise zu fördern.“³³

Es gehörte zur politischen Rhetorik von der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, die komplexen Wechselbeziehungen ihrer Wirkfaktoren hervorzukehren. Diese Tendenz verstärkte sich, seit die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zur dominierenden Standardformel wurde. Allerdings erfuhr dabei das bereits 1962 diskutierte Argument vom Primat der Ökonomie eine Renaissance. Angesichts der komplizierter gewordenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kam ökonomische Rationalität zu neuen Ehren. Zwar galt weiterhin, dass „Ziel und Weg in der Hauptaufgabe aufs engste miteinander verbunden“ seien und deshalb nicht nur die Mittel dem Zweck dienen, sondern „Erfolge im Hinblick auf den Zweck [...] auch die Mittel“ stärken.³⁴ Allerdings mehrten sich Stimmen, die darin kein völlig ausbalanciertes Verhältnis sehen wollten. Gunnar Winkler, einer der führenden Soziologen und Sozialpolitik-Experten in der DDR, vertrat in dieser Frage dezidiert ein Primat der Ökonomie: „Die Sozialpolitik ist, in Übereinstimmung mit den anderen Seiten der Politik, auf die Gestaltung der sozialen Prozesse, die Vervollkommnung der sozialen Verhältnisse, die Ausprägung der materiellen und politisch-ideologischen Bedingungen für die zu erreichende soziale Entwicklung gerichtet. Dabei wird davon ausgegangen, daß die ökonomischen Verhältnisse und ihre Entwicklung bestimmend sind für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse.“³⁵ Das war nun nicht sensationell, sondern entsprach marxistischer Lesart,

rie, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis und die damit verbundenen Konsequenzen für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung. 2. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1973.

33 Georg Ebert/Harry Milke/Heinz Siewert: Leistungsprinzip und Sozialpolitik, in: Einheit 30 (1975), S. 303–310, hier 304f.

34 Manfred Herold: Die Einheit unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: ebd., S. 1085–1096, hier 1090.

35 Gunnar Winkler: Zum Wesen unserer Sozialpolitik, in: ebd., S. 1104–1112, hier 1105.

dennoch markierten derartige Äußerungen eine stärker werdende Tendenz. Das war schon mehr, als die Formel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eigentlich besagte. Und es kam noch deftiger. Im Frühjahr 1976 machte der Wirtschaftswissenschaftler Harry Nick (*1932) auf die unabdingbare Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Modernisierungs- und Wachstumsschubs als Voraussetzung für eine Weiterführung der Sozialpolitik aufmerksam: Die „Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes erfordert ein hohes und stabiles Wirtschaftswachstum“. Dieses wiederum bedinge ein wachsendes Gewicht „heutiger Vorleistungen“. Die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bewirke zwar einerseits die Tendenz zur schnelleren Umsetzung wirtschaftlicher Effekte, andererseits aber wirke „die entgegengesetzte Tendenz einer zunehmenden zeitlichen Differenz zwischen Aufwendungen und eintretenden Effekten. [...] In gleicher Richtung wirken die Aufwendungen für die langfristige Sicherung der Energie- und Brennstoffbasis.“³⁶ Nahm man das ernst, so wäre dies dem Ende der „Hauptaufgabe“ nicht nur in ihrer Lesart von 1971, sondern auch in der neueren Variante der „balancierten Einheit“ gleichgekommen.

Das Problem reduzierte sich nicht allein auf die DDR, es beschäftigte im Grunde alle RGW-Länder, darunter in besonderem Maße die PRL. Es war ein Zielkonflikt, bei dem die politischen Akteure vor einem Dilemma standen, dem sie durch radikale Lösungen weder nach der Investitionsseite hin noch durch weitere Zugeständnisse nach der konsumtiven Seite entkommen konnten. Das eine hätte soziale Unruhen provoziert, das andere wäre einem wirtschaftspolitischen Selbstmord gleichgekommen. In der DDR suchte man deshalb nach einem Mittelweg.

3. Der IX. Parteitag der SED: Erwartungen und Enttäuschungen

Die Situation der DDR war im Mai 1976, als der IX. Parteitag der SED im neuen „Palast der Republik“ zusammentrat, nicht einfacher geworden. Aber während der Volksmund angesichts der beträchtlichen Aufwendungen für das Kongress-, Kultur- und Volkskammergebäude in der Mitte Berlins über den „Ballast der Republik“ witzelte und damit ahnungsvoll auf die angespannte Wirtschaftslage Bezug nahm, zog Honecker wieder einmal eine durchweg positive Bilanz für den Zeitraum seit 1971: „Es waren Jahre wesentlicher Fortschritte bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Jahre, in denen die Hauptaufgabe in ihrer untrennbaren Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Leben wirksam wurde – zum Wohle unserer sozialistischen Gesellschaft, zum Wohle jedes einzelnen Bürgers.“³⁷ Abgesehen davon, dass mancher Zeitgenosse sich fragen mochte, wie eine Aufgabe im Leben wirksam wird, war das zumindest eine einseitige Sicht. Honecker bekräftigte seine Perspektive an anderer Stelle durch eine Gegenüberstellung von Sozialismus, der für Frieden, wirtschaftlichen Aufschwung, soziale Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit stehe, und dem Kapitalismus, der immer wieder Spannungen und Kriegsgefahr, Krise, Stagnation,

36 Harry Nick: Wirtschaftswachstum – seine Perspektiven im Sozialismus und seine bormierten Kritiker, in: *Einheit* 31 (1976), S. 586–596, hier 591.

37 Bericht des ZK an den IX. Parteitag, Bd. 1: 1. bis 3. Beratungstag, S. 31–151, hier 31.

soziale Unsicherheit und Unterdrückung der elementaren Menschenrechte hervorbringe.³⁸ Während sich der RGW-Raum zur „dynamischsten Wirtschaftsregion der Erde“ entwickelt habe, zeige sich im Westen seit Beginn der 1970er Jahre „eine ganz besondere Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise“.³⁹

Der Kontrast zwischen diesen Postulaten und den auf der obersten Führungsebene kursierenden Meinungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage springt ins Auge. Nicht viel anders dürfte es auch bei den anderen im Warschauer Pakt regierenden Parteien ausgesehen haben. Notwendigerweise stellt sich die Frage, inwieweit sich Honeckers Parteitagreferat in Propaganda erschöpfte oder inwieweit hieraus Überzeugung sprach. Man wird das wohl kaum sicher beantworten können. Im gegebenen Fall dürfte es sich am ehesten um eine emotional aufgeladene Mischung aus beidem gehandelt haben. Hinzu kam vielleicht auch die Absicht, beruhigend und motivierend zu wirken.

Entsprechend fiel die Bilanz der bisherigen sozialpolitischen Erfolge aus. Honecker vermied es dabei, auf die Ulbricht-Ära einzugehen, und begann seine Erfolgsbilanz mit dem Jahr 1971. Alles habe sich seither „an den wichtigsten Interessen der arbeitenden Menschen“ orientiert.⁴⁰ Es folgten dann Punkt für Punkt Angaben zur Erfüllung des Sozialprogramms, beginnend mit Wohnungsbau über Versorgung, Einkommens- und Lohnentwicklung, Förderung von Familien und Kindern, Urlaub und Freizeit, Fürsorge für alte Menschen, Schulwesen, Kinder- und Jugendbetreuung bis hin zum Gesundheits- und Sozialwesen.⁴¹ Großes sei erreicht worden, Größeres bleibe noch zu tun, meinte Honecker, und räumte im selben Atemzug, aber eher en passant, Mängel in der Versorgung mit Konsumgütern ein.⁴² Interessanterweise fehlte in diesem ganzen Abschnitt seiner Rede jeder direkte Bezug zur betrieblichen Sozialpolitik, die ja für die Einstellung der Arbeiterschaft überaus wichtig war. Der Grund hierfür ist in der im 4. Kapitel näher beschriebenen Tatsache zu suchen, dass sich dieses Politikfeld auf beachtlichem Niveau bereits in den 1960er Jahren stabilisiert hatte. Auch wenn es gegen Ende des Jahrzehnts etwas unter Sparzwängen litt, bestand 1971 kein akuter Handlungsbedarf.

Mit Blick auf die kommenden Jahre kam die SED 1976 jedoch wieder darauf zurück und rückte die Frage der betrieblichen Sozialpolitik erneut in den Vordergrund. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung wurden nach der „Füllhorn-Phase“ der „Hauptaufgabe“ unter dem nunmehrigen Zusatz „in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wieder die Themen „Leistungsprinzip“ und „Intensivierung“ großgeschrieben. Ein wichtiges Indiz für diese Änderung der Perspektive enthielt das neue Parteiprogramm. Sozialpolitik wurde darin deutlicher auf Arbeit, Betriebe und Beschäftigte bezogen. Um den sozialistischen Charakter der Arbeit „allseitig“ zu entwickeln, seien „die Arbeitsbedingungen planmäßig so zu gestalten, daß sie Arbeitsfreude, Einsatzbereitschaft und Schöpferfertum sowie das Streben der Werktätigen nach Ordnung, Sicherheit und Disziplin fördern.“⁴³ Die damit ver-

38 Ebd., S. 45.

39 Ebd., S. 45, 47.

40 Ebd., S. 54.

41 Ebd., S. 54–61.

42 Ebd. S. 56.

43 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages, Bd. 2: 4. und 5. Beratungstag, S. 209–266, hier 222.

bundenen Forderungen nach Einschränkung schwerer und gesundheitsgefährdender Arbeiten, dem Ausbau der sozialen, gesundheitlichen und geistig-kulturellen Betreuung, der vorrangigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Schichtarbeitern, nach rascherem Wachsen der gesellschaftlichen Fonds, dem Übergang zur 40-Stunden-Arbeitswoche, günstigeren Erholungsmöglichkeiten sowie nach Versorgung und Betreuung bei Krankheit, Invalidität und im Alter waren allerdings nicht neu.⁴⁴ Auch den Wohnungsbau hoffte man durch die „Schaffung rationeller Verkehrs-, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen“ besser auf die Bedürfnisse der Betriebe und ihrer Belegschaften abstimmen zu können.⁴⁵

Daraus sprach ein merkwürdiger Konservatismus, der in offenkundiger Spannung zum noch immer als revolutionär begriffenen Ziel des Kommunismus stand. Ein kritischer Beobachter der DDR registrierte: „Niemand kann der Honecker-Führung vorwerfen, sie habe sich einer pathetischen Sprache bedient, ein Vorwurf, der Ulbrichts Programm anhaftete. Das neue Programm, nur halb so lang wie das erste, trägt die Handschrift des Pragmatikers Erich Honecker. Es fehlt der große Schwung, das Beflügeltsein durch die Utopie.“⁴⁶ Der Zeitpunkt des Parteitages war solcher beflügelnden Utopie allerdings auch wenig günstig, selbst wenn im letzten Abschnitt des neuen Programms unter der Überschrift „Der Kommunismus – unser Ziel“⁴⁷ gewissermaßen ein utopischer Hupfer versucht wurde.

Hinweisen auf eine prekärer werdende wirtschaftliche Situation konnte man im Alltag der DDR vor allem in Form eines lückenhaften und oft wenig „sortimentsgerechten“ Warenangebots begegnen. Die wenigsten Menschen vermochten sich allerdings ein klares Bild von den größeren ökonomischen Zusammenhängen zu machen. Es bedurfte schon der genauen Lektüre offizieller Verlautbarungen und der Fähigkeit des Zwischen-den-Zeilen-Lesens, um die Problemfelder einigermaßen zu überblicken. So konnte, wer wollte, aus dem Appell, „die in unserer Volkswirtschaft vorhandenen Kapazitäten vollständig zu nutzen“ und aus dem erneuten Hinweis, „daß alle Zweige der Volkswirtschaft für die Steigerung der Produktion und die Vervollkommnung des Sortiments an Konsumgütern verantwortlich sind“ und auch Betriebe, die vorwiegend Produktionsmittel herstellen, „alle Möglichkeiten zur eigenen Produktion von Konsumgütern [...] nutzen“ sollten,⁴⁸ seine Schlüsse ziehen. Denn zumindest aus der betriebswirtschaftlichen Perspektive war das Letztere nicht sonderlich rational.

Trotz der begrenzten Information über die Situation der DDR-Wirtschaft mehrten sich seit 1974 kritische und skeptische Stimmen. Die SED-Führung selbst hatte auf dem 13. Plenum des ZK im Dezember 1974 vor dem Hintergrund der Preisdiskussion im RGW die langfristige Sicherung der Roh- und Brennstoffversorgung sowie die Einsparung von Arbeitskräften als zentrale Aufgabenfelder benannt und damit durchaus ökonomische Risikobereiche ins

44 Ebd., S. 222–224.

45 Ebd., S. 222.

46 Fred Oldenburg: Die konservative Revolution. Das Parteiprogramm der Honecker-Ära, in: Deutschland Archiv 9 (1976), S. 113–117, hier 115.

47 Programm, S. 263–266.

48 Bericht zur „Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976–1980“. Berichterstatter: Genosse Horst Sindermann, in: Protokoll des IX. Parteitages, Bd. 2: 4. und 5. Beratungstag, S. 6–48, hier 16.

Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.⁴⁹ Gleichwohl waren das nur zwei Aspekte einer insgesamt viel facettenreicheren und verwickelten Problemlage. Ein ungefähres Bild davon, wie sich die Dinge in den Industriegebieten der DDR darstellten, ließ sich jedoch den Analysen und Berichten lokaler oder regionaler Partei-, Staats- und Gewerkschaftsapparate entnehmen. Solche Informationen waren in erster Linie zwar für den internen Bedarf bestimmt, doch fand teils gezielt, teils ungewollt auch so etwas wie eine Diffusion statt in Betriebsbelegschaften und überhaupt in die Bevölkerung hinein.

Wie das aussehen konnte, ist am Beispiel der Bezirksdelegiertenkonferenz des FDGB Halle vom Januar 1975 recht gut zu erkennen. In einem langen Bericht, der wie üblich die Produktionserfolge und die Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs, die Fortschritte in der Kultur- und Sozialarbeit des FDGB auflistete, fanden sich überaus erhellende Passagen, zur wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks.⁵⁰ Dass die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung sich im Bezirk seit 1971 um 16,3% erhöht hatten und die Geldeinnahmen der Arbeiter und Angestellten insbesondere durch die Erhöhung der Mindestlöhne und Lohnerhöhungen für verschiedene Beschäftigtengruppen noch schneller gestiegen waren, rechnete sich der FDGB als Erfolg der Lohn- und Tarifpolitik an.⁵¹ Es war aber nicht schwer, dahinter das schon alte Problem des Kaufkraftüberhanges und die damit einhergehende inflationäre Tendenz zu erkennen. Auch kontrastierte die an sich positive Mitteilung mit der Warnung: „Die Probleme der Intensivierung und Erhöhung der Effektivität unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung stehen heute in völlig neuer Schärfe vor uns. Das verlangt unter den gegenwärtigen und zukünftigen Bedingungen einen rasch wachsenden ökonomischen Aufwand.“⁵² Wenngleich „in nicht wenigen Betrieben noch manches im Argen“ liege, müsse man versuchen, „einen großen Anteil der Aufgaben der Pläne Wissenschaft und Technik bereits im ersten Halbjahr 1975 zu realisieren“, also forciert zu rationalisieren.⁵³

4. Effektivitätsprobleme

Nach dreieinhalb Jahren „Hauptaufgabe“ sahen die Voraussetzungen hierfür jedoch nicht sonderlich günstig aus, wie Untersuchungen in der Industrie des Bezirkes Halle gezeigt hatten. Demnach betrug der Anteil der produktiven Arbeitszeit im Durchschnitt 50–60%; 8–18% entfielen auf Vorbereitungs- und Abschlusszeiten vor allem bei den Schichtübergaben. Die Ausfälle durch Maschinenstörungen beliefen sich auf 4–8%, wobei ausgerechnet an den neuen hochleistungsfähigen Maschinen Störzeiten von bis zu 30% auftraten. Für deren Beseitigung fehlten häufig die Ersatzteile. Weitere aggregat- und arbeitsplatzbezogene Aus-

49 Vgl. 13. Tagung des ZK der SED. 12.–14. Dezember 1974. Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des ZK der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1974, S. 26f., 45.

50 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 21976, Protokoll über die 11. Bezirksdelegiertenkonferenz des FDGB, Bezirk Halle, am 11.1.1975 im Klubhaus der Leunawerke „Walter Ulbricht“: Bericht an die 11. Bezirksdelegiertenkonferenz Halle des FDGB am 11.01.1975 (Berichterstatter: Koll. Pieper, Vorsitzender des Bezirksvorstandes Halle des FDGB).

51 Ebd., S. 20.

52 Ebd., S. 24.

53 Ebd., S. 29.

fallzeiten von 2–8% entstanden durch mangelhafte Materialbereitstellung und wurden durch unzureichende Termintreue bei Kooperationen verursacht. Ausfälle infolge verspäteten Arbeitsbeginns, Überschreitung der Pausenzeiten und Abwesenheit vom Arbeitsplatz schwankten zwischen 6 und 15% der Arbeitszeit.⁵⁴ Um die Planaufgaben zu lösen, seien im Bezirk 1974 mehr als 10,9 Millionen Überstunden geleistet worden. Allerdings hatte man im gleichen Zeitraum auch 10,3 Millionen Ausfallstunden zu verzeichnen, wobei Krankheit und Urlaub unberücksichtigt blieben. Setze man eine Produktionsstunde im Bezirk Halle, so der FDGB-Bericht, mit einer industriellen Warenproduktion von gegenwärtig durchschnittlich 13,0 Mio. Mark an, entsprächen die 1974 angefallenen Ausfallzeiten einem Effektivitätsverlust von etwa 133 Mio. Mark. Weitere Unterbrechungen des Produktionsablaufs würden „nach wie vor“ durch Havarien und Störungen verursacht. Allein die fünf großen Chemiekombinate registrierten annähernd 3.000 Störungen und Havarien. „Unter Einbeziehung der Explosion der L-Forming-Anlage in Leuna entstand dadurch ein Produktionsausfall von etwa 360 Millionen Mark. Das entspricht fast der Jahresproduktion von Orbitaplast Gölzau.“⁵⁵

Unter solchen Umständen lag es nahe, wenn sich die Aufmerksamkeit der mit Wirtschaft, Arbeit und Sozialem befassten Gremien verstärkt der Nutzung des „gesellschaftlichen Arbeitsvermögens“ zuwandte. Der Volkskammerausschuss für Arbeit und Sozialpolitik stellte darüber hinaus einen Zusammenhang mit dem sozialpolitischen Programm der SED her, denn „die Wahrung des Prinzips der Einheit von Erhöhung der Effektivität der produktiven Arbeit und der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ verdiene besondere Aufmerksamkeit.⁵⁶ Darin deutete sich die Möglichkeit an, man werde den 1971 eingeschlagenen Kurs der Sozialpolitik nicht durchhalten können. Das Gremium regte ein Untersuchungsprogramm an, dessen Hauptrichtungen zugleich auch als Optionen der künftigen Beschäftigungspolitik zu verstehen waren. Dabei sollte es um das Verhältnis von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften gehen, um Maßnahmen zur verstärkten Freisetzung von Arbeitskräften, die bessere Nutzung der vorhandenen Qualifikation und die bedarfsgerechte Qualifizierung von Beschäftigten. Auch hoffte man eine bessere Erfassung und Nutzung der Arbeitszeit zu erreichen, das System der Mehrschichtarbeit auszubauen und den Beschäftigungsgrad von Frauen zu erhöhen. Ressourcen sollten zudem durch die Weiterbeschäftigung von Rentnern und den Arbeitseinsatz von Rehabilitanden gewonnen werden. Schließlich könnte eine solche Untersuchung Problemlösungen bei der Lenkung und Wanderung der Arbeitskräfte erleichtern.⁵⁷

Hier mischten sich Aufgabenschwerpunkte der industriellen Rationalisierung und des Strukturwandels mit solchen, die einfach auf extensive Mehrarbeit bzw. vermehrte Beschäftigung hinausliefen. Das war wohl in der gegebenen Situation unvermeidlich, auch wenn die politische Absicht durchaus den Erfordernissen der dritten industriellen Revolution zu folgen suchte. In der Praxis hatte man es freilich mit einem Widerspruch zwischen dem wis-

54 Ebd., S. 37.

55 Ebd., S. 38.

56 SAPMO-BArch, DY 34, 27563, Volkskammer der DDR. Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik: Arbeitskonzeption für die Durchführung von Untersuchungen zum rationellen Einsatz und zur Erhöhung der Wirksamkeit des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens (Entwurf), 18.2.1975.

57 Ebd.

senschaftlich-technischen Potential in den Betrieben und einem zu geringem Tempo bei der Umsetzung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in der Produktion zu tun, wie Gerd Friedrich (*1928), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Fragen der Leitung der Wirtschaft, auf einer Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung ausführte. Solche komplexen Prozesse würden in der DDR nur ungenügend beherrscht. Das Hauptproblem bestünde darin, „die kontinuierliche Planerfüllung, das Aufschließen kurzfristiger Reserven und die Initiativen dafür in der richtigen Weise“ mit langfristigeren Faktoren wie Forschung und Entwicklung, Investitionen, Konzentration und Spezialisierung zu verbinden.⁵⁸

Die Interessen der Beschäftigten folgten aber offenkundig einer eigenen Logik, bei der nicht die Produktivität, sondern die Frage nach dem Arbeitseinkommen im Vordergrund stand. Besonders die Überstunden spielten hierbei eine ambivalente Rolle. Das wurde beispielsweise deutlich, als der Volkskammerausschuss für Arbeit und Sozialpolitik in drei Betrieben, dem VEB Elektromotorenwerke Thurm in Zwickau, dem VEB Werkzeugmaschinenfabrik „Hermann Matern“ Magdeburg (WEMA) und dem VEB Baukombinat Dresden, recherchierte, wie es um die Nutzung der Arbeitszeit stand. Man kam dabei zwar zu dem Schluss, es habe 1975 „gute Ergebnisse bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, bei der Auslastung hochproduktiver Grundfonds und der rationellen Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens“ gegeben.⁵⁹ Dann gab es jedoch einen kräftigen Schuss Essig in den Wein:

„Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß bei allen anzuerkennenden Bemühungen in den untersuchten Betrieben, die Ausfallzeiten, und insbesondere Warte- und Stillstandszeiten, genauer als bisher zu erfassen und als Zeitreserven für die Erfüllung der Pläne zu nutzen, die erreichten Ergebnisse offensichtlich nicht ausreichend sind. Davon zeugt nicht zuletzt die Tatsache, daß in dem größten Teil dieser Betriebe, wie in der Volkswirtschaft überhaupt, die Überstunden im wesentlichen konstant geblieben und zum Teil noch weiter angestiegen sind. [...] Gegenwärtig führen die Überstunden neben erheblichen kostenmäßigen Auswirkungen auch zur Schmälerung der Reproduktionsmöglichkeiten für einen Teil der Werktätigen und stehen damit im Widerspruch zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Als weiterer Aspekt ständiger Überstunden kommt hinzu, daß das Überstundenentgelt bei einer erheblichen Zahl von Werktätigen bereits zu einem gewohnten Lohnbestandteil geworden ist.“⁶⁰

Dieses Ergebnis konnte nicht überraschen. Bei dem relativ niedrigen Lohnniveau der DDR bot Überstundenarbeit für viele Beschäftigte eine willkommene Gelegenheit der Einkommensaufbesserung. Die Aussicht, auf eine solche Gelegenheit verzichten zu sollen, löste daher ein geteiltes Echo aus. Im Prinzip stand es um die Weiterbeschäftigung von Rentnern

58 Karl-Heinz Graupner/Walter Krzyzanowski: 14. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung (Tagungsbericht), in: *Wirtschaftswissenschaft* 23 (1975), S. 1386–1403, hier 1387f.

59 BA, DA 1, 11582, Volkskammer der DDR. Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik – Redaktionskommission: Erfahrungen und Probleme bei der Sicherung eines rationellen Einsatzes des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens (Abschlußbericht über Untersuchungsergebnisse des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik im Jahre 1975, S. 2). 27.10.1975.

60 Ebd., S. 11.

nicht anders. 1974 waren noch etwa 700.000 Rentner, also etwa jeder fünfte, berufstätig. Besonders während der ersten fünf Rentenjahre spielte dies eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz zu den Überstunden galt die Fortsetzung der Berufstätigkeit als volkswirtschaftlich willkommen, und man versuchte, diese Tendenz durch die Schaffung altersspezifischer Arbeitsplätze zu unterstützen.⁶¹

5. Rationalisierung mit Hindernissen

Die Betriebsleitungen gerieten im Bemühen um die Intensivierung der Produktion, die sich aber in Wirklichkeit oft nur als Extensivierung erwies, geradezu unvermeidlich in die Zwangslage, fragwürdige Prioritäten setzen zu müssen. Und wie schon unter dem Einfluss der Strukturpolitik in der späten Ulbricht-Ära, entschieden sie sich nicht selten und oft im Einklang mit den Beschäftigten auf Kosten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie der Arbeitsbedingungen überhaupt zugunsten der Produktion und der Arbeitseinkommen. Zwar konnten 1974 in den Maschinenbaubetrieben durch Senkung des Krankenstandes von 6,9% auf 5,9% soviel Arbeitszeitreserven erschlossen werden, wie es einer Steigerung der Arbeitsproduktivität um 1% entsprach, doch zeigte sich auch, „daß die ungenügende Berücksichtigung arbeitshygienischer und arbeitspsychologischer Erfordernisse bei Rationalisierungsprojekten zusätzliche Störungen und Ausfallzeiten an mechanisierten und automatisierten Anlagen verursachte.“⁶² Überhaupt lag die Zahl der Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, obwohl sie eine steigende Tendenz aufwies, mit einem Anteil von 7–15% an der Gesamtzahl aller Arbeitervorschläge noch relativ niedrig. Außerdem zielten solche Vorschläge in ihrer Mehrzahl auf eine Verbesserung der gegebenen Arbeitsbedingungen, weit seltener galten sie den Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen.⁶³

Generell hatte man es mit dem bereits in früheren Jahren häufig zu beobachtenden Phänomen zu tun, dass Arbeiter eher auf verbesserte Arbeitsbedingungen verzichteten, wenn sie nur mehr verdienen konnten. Die Folgen waren aus der Sicht von Experten einigermaßen problematisch, doch gab es keine Anzeichen für größere Unzufriedenheit der Industriebeschäftigten. Der Fachberichterstattung zum Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Brandschutz der Industrie, des Bau- und Verkehrswesens zufolge arbeiteten im Jahr 1974 in diesen Bereichen von rund 2,29 Mio. Produktionsarbeitern 716.000 an 350.000 Arbeitsplätzen unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen oder verrichteten körperliche Schwerarbeit. Das waren 31,3% aller erfassten Produktionsarbeiter. Von ihnen litten 271.000 unter gesundheitsschädigendem Lärm, an den Arbeitsplätzen von 60.000 Produktionsarbeitern wurde die zulässige Konzentration toxischer Stoffe und bei 92.000 Produktionsarbeitern die erlaubte Konzentration nichttoxischer Stoffe überschritten. Etwa 69.000 Produktionsarbeiter waren in einem ungünstigen Raumklima tätig. Weiterhin verrichteten 224.000 Produktionsarbeiter

61 Ebd., S. 16.

62 Horst Demmler/Rolf Rinke: Die planmäßige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben (Ergebnisse von Untersuchungen in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie), in: *Wirtschaftswissenschaft* 22 (1974), S. 840–851, hier 841.

63 Ebd., S. 845.

körperlich schwere Arbeiten. In den Bereichen Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Kohle und Energie, Chemie sowie Glas und Keramik arbeitete mehr als die Hälfte aller Produktionsarbeiter unter arbeitshygienisch ungünstigen Bedingungen. Arbeitsmediziner und Sicherheitsinspektoren hielten es für ausgemacht, dass die vorliegenden statistischen Angaben unvollständig waren, da auch 1974 noch nicht alle Arbeitsplätze in die Erfassung einbezogen wurden. Insbesondere in Mittel- und Kleinbetrieben gab es für die Ermittlung der arbeitshygienischen Bedingungen nicht die erforderlichen Messgeräte, und es standen auch keine Experten zur Verfügung.⁶⁴

Die Kritik an solchen Arbeitsbedingungen lief zumindest teilweise ins Leere, weil man der Produktion im Zweifelsfall Vorrang einräumte. Immer wieder machte sich hierbei die Steigerung des individuellen Arbeitseinkommens als Leitmotiv geltend. Daraus erklärte sich, wie schon erwähnt, auch die verbreitete Akzeptanz von Überstunden und von Fall zu Fall der Sonderschichten an den Wochenenden. Je komplizierter sich die wirtschaftliche Situation der DDR darstellte, desto selbstverständlicher wurde von diesem Mittel Gebrauch gemacht. Um die Mitte der 1970er Jahre gehörte es zum unverzichtbaren Repertoire der DDR-Wirtschaft. So folgten am 26. Juli 1975 die Belegschaften von Betrieben mehrerer Bezirke dem Aufruf zu Sonderschichten, um Planrückstände abzubauen. Wie der FDGB für diese Bezirke meldete, hatten sich daran in Halle 116, in Magdeburg 73, in Dresden 150, in Erfurt 121, in Suhl 80, in Cottbus 40 und in Frankfurt/O. 27 Betriebe beteiligt. Die Zahl der teilnehmenden Beschäftigten lag für drei Bezirke vor und betrug in Erfurt 9.000, in Suhl 5.300 und in Cottbus 2.688. Das Ziel der Aktion bestand darin, die Planrückstände zu reduzieren und die Planerfüllung im Monat Juli zu sichern bzw. einen bisher schon erreichten Planvorsprung weiter auszubauen, die Vertrags- und Exportrückstände zu verringern sowie die Versorgung zu stabilisieren und die Rückstände in der Konsumgüterindustrie aufzuholen.⁶⁵

Solche Initiativen waren weder neu, noch zeugten sie von wirtschaftlicher Stabilität. Sie folgten eher der Philosophie sowjetischer „Subotniks“ und „Stoßbrigaden“. Allerdings hatten sie wie diese über die unmittelbare Produktionsleistung hinaus einen durchaus willkommenen Nebeneffekt: Sie suggerierten eine Interessenübereinstimmung zwischen Parteidiktatur, Arbeitern und Angestellten. Ohne die realen Ergebnisse solcher Aktionen grundsätzlich in Frage zu stellen, wird man die Kosten-Nutzen-Relation dennoch skeptisch beurteilen haben. Ein Indiz hierfür ist einem Kontrollbericht über die Ausstattung mit Arbeitsschutzkleidung zu entnehmen. Unter erheblichen Anstrengungen waren auf diesem Gebiet seit 1971 die ärgsten Defizite behoben worden, auch wenn es im Einzelfall noch Engpässe gab. Der Bericht vom August 1975 wies nun auf den merkwürdigen Umstand hin, dass „in einem beachtlichen Teil der Betriebe [...] die Zahl der anspruchsberechtigten Personen sichtbar angestiegen (ist), ohne daß dafür immer zwingende Gründe vorlagen“. Der gewachsene Bedarf würde mit einem Zugang an Arbeitskräften oder als Folge veränderter Arbeitsbedingungen begründet, aber auch mit dem Einsatz von Arbeitskräften aus der Ver-

64 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18830/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 21.4.1975: Information über die Entwicklung der arbeitshygienischen Bedingungen.

65 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18830/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 29.7.1975: Information über die am 26.7.1975 durchgeführten Sonderschichten.

waltung unter anderem für Sonderschichten in der Produktion erklärt.⁶⁶ Dieses vergleichsweise harmlose Beispiel vermittelt einen Eindruck von den sich mehrenden Reibungsverlusten in der Wirtschaft der DDR. Der Einsatz von oft höherqualifizierten Angestellten in den Produktionsabteilungen, nicht selten auch für Hilfsarbeiten, konnte beim besten Willen nicht als der ökonomischen Weisheit letzter Schluss gelten. Besonders schlug auch die zentral verordnete Produktion von Konsumgütern zu Buche, vor allem in Bereichen, die darauf eigentlich nicht vorbereitet waren und einer solchen Forderung oft nur mit erheblichem Zusatzaufwand nachkommen konnten.

Es handelte sich hier allerdings um ein Problem, das dem Leitungspersonal in der Industrie mehr auf den Nägeln brannte als der Arbeiterschaft. Für diese standen Löhne und Prämien nach wie vor im Zentrum des Interesses. Deshalb hielt man auch mit Kritik und Forderungen nicht hinter dem Berg. Lohn-, Gehalts-, Ausgleichs- und Entschädigungsforderungen unter den vor Konfliktkommissionen verhandelten arbeitsrechtlichen Streitgegenständen nach Auseinandersetzungen um die „materielle Verantwortlichkeit des Werk tätigen“, bei denen es in der Regel auch um lohnrelevante Entscheidungen ging, nahmen den zweiten Rang ein.⁶⁷ Bei der Verteilung dieser Streitgegenstände ist zu beachten, dass grundsätzlich alle Fälle zunächst an eine Konfliktkommission gingen, erst wenn es hier zu keiner Einigung kam, traten die Gerichte in Aktion. Wenn dort allerdings ein relativ hoher Anteil der Forderungen bzw. Rückforderungen von Löhnen, Gehältern und sonstiger Vergütung landete, zeigt das deren Brisanz.⁶⁸

Überhaupt ist davon auszugehen, dass im Vergleich zu anderen Streitgegenständen wie materielle Verantwortlichkeit, Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses und disziplinarische Angelegenheiten die Lohnproblematik in politischer Hinsicht die größere Aufmerksamkeit beanspruchte, zumal das auf dem VIII. SED-Parteitag angekündigte Lohnprojekt noch immer auf der politischen Agenda stand. Vom Konfliktpotential, das hier lauerte, gibt eine FDGB-Information vom April 1975 eine gewisse Vorstellung: Demnach waren beim Bezirksvorstand und bei den Kreisvorständen des FDGB im Bezirk Halle im Jahr 1974 sowie im Januar und Februar 1975 zu Fragen des Arbeitslohnes und der Prämien 458 schriftliche Eingaben eingereicht worden, 1.821 mündliche Eingaben hatte man registriert und bearbeitet, 560 Lohnkonflikte wurden auf dem Rechtswege, also vorwiegend durch Konfliktkommissionen, behandelt. Bei zwölf Konflikten hatte es allerdings die Androhung von Arbeitsniederlegungen oder eine Verweigerung gegeben, Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen. Diese letztgenannten Fälle seien aber „durch sofortiges Eingreifen übergeordneter Leitungen und Organe geklärt“ worden. Als wesentliche Gründe betrachtete man Fehler in

66 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18830/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolkowski, 14.8.1975: Information über die Kontrolle der Entwicklung des Bedarfs, der Versorgung, der Verwendung sowie der Instandhaltung und Pflege von Arbeitsschutzkleidung und -mitteln.

67 Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 23: Rechtspflege: Arbeitsverfahren der Konfliktkommissionen 1972 bis 1988 – Arbeitsunterlage – . Hg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1995, S. 10–139.

68 Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB DDR) 1980, Berlin 1980, S. 386.

der Leitungstätigkeit, die Unkenntnis arbeitsrechtlicher Regelungen, aber auch ungerechtfertigte Forderungen.⁶⁹

Darüber hinaus bekamen es die SED und der FDGB ähnlich wie PZPR und die polnischen Gewerkschaften aber auch mit dem Phänomen einer Anspruchsinflation zu tun. Wie überall und quer durch die bestehenden politischen Systeme hindurch war zu beobachten, dass soziale Maßnahmen sehr bald einen Mehrbedarf weckten. Hinzu kamen die in solchen Zusammenhängen auch üblichen Benachteiligungs-Affekte. Hinweise darauf finden sich für die DDR in verschiedenen Quellen, auch in solchen, die über die Fortschritte des sozialpolitischen Programms berichten sollten. So schätzte das Präsidium des FDGB-Bundesvorstandes nach dem neuen „Gemeinsamen Beschluß“ vom 29. April 1974 ein: „Insgesamt haben die Maßnahmen vom 29.4.74 für eine Vielzahl von Beschäftigtengruppen zu wesentlichen sozialen Verbesserungen geführt. Es zeigt sich aber auch, daß mit der Verwirklichung von Einzelmaßnahmen der Entlohnung, des Urlaubs usw. neue Probleme und Forderungen bei Werktätigen auftreten, die im gleichen bzw. angrenzenden Bereich arbeiten und nicht mit einbezogen wurden. Diese neu aufgetretenen Probleme bedürfen weiterer Untersuchungen und Einschätzungen durch die gewerkschaftlichen Vorstände und Leitungen.“⁷⁰

Abgesehen davon kam das Tarifprojekt aber auch aus systematischen Gründen nicht recht voran. Mitte 1975 war das beauftragte Staatssekretariat für Arbeit und Löhne noch nicht über das Entwurfsstadium für Grundlohntabellen hinausgelangt.⁷¹ Erst im Herbst desselben Jahres konnte sich das Staatssekretariat mit dem Bundesvorstand des FDGB auf Empfehlungen zur weiteren Arbeit mit der „Richtlinie für die Arbeitsklassifizierung der Produktionsarbeiter in der Industrie und im Bauwesen“ einigen.⁷² Kurz darauf wurde das Vorhaben sang- und klanglos ad acta gelegt. Die Gründe dafür nannte Fritz Rösel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik auf einem Seminar dieses Gremiums. Ein Vortrag zur Lohnpolitik sollte dessen offenbar noch immer ahnungslose Mitglieder darauf einstimmen, „daß das vorgesehene Tarifprojekt nicht verwirklicht werden kann“. Auf Grund der komplizierten äußeren Bedingungen, die durch die Entwicklung der Rohstoffpreise entstanden seien, so führte Rösel aus, „sind wir nicht in der Lage, Mittel für die Erhöhung der Löhne in einem Umfang zu planen, den ein solches Tarifprojekt hätte. Die Planansätze bleiben etwa auf gleicher Höhe wie im jetzigen Fünfjahrplan. Schon das bedeutet eine riesige Anstrengung. Es bleibt also nur der Weg, eine

69 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18830/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolkowski, 29.4.1975: Information über einige Probleme bei der Durchsetzung lohnpolitischer Maßnahmen im Rahmen des sozialpolitischen Programms im Bezirk Halle, S. 1.

70 SAPMO-BArch, DY 34, 25325, Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes vom 15.5.1975 (P 36/75): Einschätzung über die Verwirklichung der sozialpolitischen Maßnahmen vom 29. April 1974 entsprechend dem gemeinsamen Beschluß des Politbüros des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB, S. 11.

71 SAPMO-BArch, DY 34, 25696, Tagesordnung für die Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 18.6.1975: TOP 2: Vorschlag zur Gestaltung der Grundlohntabellen für Produktionsarbeiter (Berichterstatter: Koll. Muth, Staatssekr. für Arbeit und Löhne).

72 SAPMO-BArch, DY 34, 25697, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 1.10.1975, (Beschluß Nr. S 644/75: Empfehlungen des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne und des Bundesvorstandes des FDGB zur weiteren Arbeit mit der „Richtlinie für die Arbeitsklassifizierung der Produktionsarbeiter in der Industrie und im Bauwesen“).

leistungsorientierte Lohnpolitik durchzuführen und dabei innerbetriebliche Reserven zu erschließen.“ Man halte aber am Grundanliegen fest, mit Hilfe der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, über das Prinzip „Neue Technik – neue Normen“ zur leistungsorientierten Lohnpolitik in den Betrieben überzugehen.⁷³

6. Politische Balanceübungen

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Bemühungen stand die Ausweitung des Mehrschichtsystems in den wichtigsten Industriebetrieben. Auch in diesem Fall erwies sich dies als Rückgriff auf ältere Instrumente. So gab es bereits 1969, also auf dem Höhepunkt der von Ulbricht forcierten Strukturpolitik, einen Ministerratsbeschluss, der darauf abzielte, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Schichtarbeiter so zu verbessern, dass die hochproduktiven Maschinen und Anlagen maximal genutzt werden konnten. Als Stimulierungsmöglichkeiten sah er Jahresendprämien, Schichtprämien bzw. Mehrlohnprämien, soweit möglich auch leistungsabhängigen Zusatzurlaub, vermehrte Zuwendungen aus dem Kultur- und Sozialfonds des Betriebes, privilegierte Versorgung mit Ferienplätzen und die bevorzugte Vergabe von Wohnungen vor.⁷⁴ Nicht viel anders verfuhr man nach dem 13. ZK-Plenum 1974, zumal der Beschluss nicht außer Kraft gesetzt war. Allerdings erwiesen sich die entsprechenden Bestrebungen als recht teuer. Denn wie sich bald herausstellte, gelang es kaum, „alle Faktoren zur Stimulierung der Mehrschichtarbeit in ihrer Komplexität anzuwenden“. Im Wesentlichen ging es dabei um die Förderung der Mehrschichtarbeit durch finanzielle und andere Vergünstigungen, während, so die Hauptkritik, „zu wenig politisch-ideologische Überzeugung“ stattfinde.⁷⁵ Schließlich griff man wieder auf die alte Praxis einer gezielten Arbeitskräfte lenkung in die Schlüsselbetriebe der DDR zurück. Zur Vorbereitung entsprechender Schritte entstand bei der SPK eine zentrale „Arbeitsgruppe zur Zuführung von Arbeitskräften für eine hohe Leistungs- und Effektivitätsentwicklung in ausgewählten Betrieben“, an der auch Vertreter der Abteilungen Bildung und Sozialpolitik des FDGB-Bundesvorstandes beteiligt waren.⁷⁶

Damit befand sich das Lohn- und Tarifs system der DDR etwa wieder dort, wo bereits 1971 Reformbedarf erkannt worden war. Weil aber eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Leistung im Prinzip nur nach oben hin erfolgen konnte, hierfür aber die Mittel fehlten, blieb wieder nur der Appell für eine bessere Ausnutzung der Arbeitskraft, mit der Möglich-

73 BA, DA 1, 11582, Seminar des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik in Johnsdorf. Abschlußberatung am 31.10.1975, Stenographisches Protokoll, S. 1.

74 Ministerratsbeschluss zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Schichtarbeiter für die maximale Nutzung hochproduktiver Maschinen und Anlagen vom 6.8.1969.

75 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolkowski, 27.1.1976: Information über die gegenwärtige Wirksamkeit der materiellen Stimulierung der Mehrschichtarbeit und Vorschläge zu ihrer Erhöhung.

76 SAPMO-BArch, DY 34, 25698, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB, 3.3.1976, (Beschluss Nr. S 130/76: Aufgaben der Gewerkschaften bei der gezielten Zuführung von Arbeitskräften für eine hohe Leistungs- und Effektivitätsentwicklung in ausgewählten Betrieben der Industrie im Zeitraum 1976 bis 1980).

keit, das Arbeitseinkommen durch Zuschläge zu erhöhen. Nichts anderes steckte hinter Rösels am 3. März 1976 auf der Sitzung des FDGB-Bundesvorstandes erhobener Forderung nach einer Ausweitung der Schichtarbeit, um die Grundfonds, vor allem also die moderneren Maschinen und Anlagen im Laufe eines Arbeitstages länger zu nutzen.⁷⁷ Das mochte einleuchtend sein, jedoch entsprach Rösels Argument, die schwierige Situation sei durch die steigenden Rohstoffpreise verursacht, nicht einmal der halben Wahrheit. Vielmehr hatte die „Hauptaufgabe“ eine sozialpolitische Dynamik in Gang gesetzt, die jetzt mit den wirtschaftlichen Zwängen in Konflikt geriet. Rösel meinte, man müsse das den Menschen besser vermitteln, gestand aber auch ein, dass einige lohnpolitische Instrumente stumpf geworden waren:

„Wir machen eine gute Politik, die Bürger der DDR verstehen unsere Politik, aber sie verstehen sie nicht von allein. Immer wieder muß diese Politik zum Vorteil der Menschen erklärt werden, müssen wir über die Probleme, die wir im internationalen Klassenkampf, bei der ökonomischen Entwicklung der DDR zu lösen haben, sprechen. [...]

Die Bereitschaft des Menschen zur Schichtarbeit erfordert heute Klassenbewußtsein und das Begreifen, daß man nur das verbrauchen kann, was man produziert hat. Diese Seite der ideologischen Arbeit muß man immer wieder hervorheben. Was gerade dieses Thema betrifft, so häufen sich die ungesetzlichen Stimulierungen. Wir treffen sozialpolitische Maßnahmen, setzen z.B. die Schichtprämie von 7 Mark für alle fest. Dann tritt das in Kraft, und wir stellen fest, daß das für einen großen Teil gar nicht wirkt, weil sie ungesetzlich schon 10 Mark bekommen. Beim Urlaub ist das eigentlich am sichtbarsten. Wir sagten: 21 Tage Mindesturlaub. Für mehr als ein Drittel hat er nicht gewirkt, weil sie schon 21 Tage hatten oder 24 bekommen. Wir brauchen auf diesem Gebiet eine straffere staatliche Ordnung.“⁷⁸

Zweifellos war all das in den Betrieben wie auch im zentralen Leitungs- und Planungsapparat bekannt. Rösel, der wiederholt auch Tendenzen kritisierte, die knappen Ressourcen etwas zugunsten des Wirtschaftswachstums zu verschieben (vgl. Kap. 6), plädierte für eine Dynamisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Richtig sei es, den Lebensstandard nicht festzuschreiben, sondern weiterzuentwickeln.⁷⁹ In solchen Formulierungen deutete sich bereits der Versuch an, Wirtschafts- und Sozialpolitik in eine stabilere Balance zu bringen, diese Balance dann aber auch zu wahren. „Große Politik geschieht allein im Modus von Balanceübungen“, heißt es bei Peter Sloterdijk;⁸⁰ man möchte hinzufügen: Sozialpolitik auch. Um die Mitte der 1970er Jahre jedenfalls bestand in dieser Hinsicht akuter Handlungsbedarf. Das Postulat einer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ benannte nichts anderes als eine erneute Balanceübung.

Das wirft die Frage nach der Steuerbarkeit dieses Prozesses auf. Im Grunde, so schien es, war sie schon 1970/1971 beantwortet worden, als die SED in der Rückbesinnung auf die zentrale staatliche Planung einen effektiven Weg zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Versorgung zu sehen glaubte. Aber nach allem, was man 1974/1975 erlebte, fiel das Ergeb-

77 Ebd., S. 4.

78 Ebd., S. 4f.

79 BA, DA 1, 11582, Seminar des Volkskammerausschusses für Arbeit und Sozialpolitik in Johnsdorf. Abschlußberatung am 31.10.1975. Stenographisches Protokoll, S. 44.

80 Peter Sloterdijk: *Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch*, Frankfurt am Main 2006, S. 355.

nis nicht sehr überzeugend aus. Allerdings ist hierbei in Rechnung zu stellen, dass sich die Aufgabe nicht darauf reduzierte, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirtschaft und Sozialem zu finden. Die große Unbekannte blieben die Erwartungen, Forderungen und das Konsumverhalten der Bevölkerung. Aus dem oft raschen Wandel von Geschmäckern und Moden mussten jeder auf einigermaßen Dauer angelegten Planwirtschaft gravierende Probleme erwachsen, zumal die Impulse für den Wechsel in der Regel aus den marktwirtschaftlichen Systemen des Westens kamen.

Der Versuch, quer durch alle Branchen der Industrie eine zusätzliche Konsumgüterproduktion in Gang zu bringen, und dessen fragwürdige Ergebnisse waren symptomatisch für die Fortsetzung einer improvisatorischen Praxis. 1971 hatte man so etwas als Übergang zu einer in sich stimmigen Politik der „Hauptaufgabe“ notgedrungen akzeptiert. Nun aber ging es um die Steuerung durch den Plan. Aber die entsprechenden Bemühungen, das planwirtschaftliche Instrumentarium zu verfeinern, um die Kalkulierbarkeit des sozialistischen Wirtschaftsprozesses zu erhöhen, zeitigten irritierende Folgen. So berichtete ein Industrie-„Praktiker“ in der Wochenzeitung „Die Wirtschaft“ über seine Erfahrungen bei der Ausarbeitung des Betriebsplanes 1976:

„In Ergänzung zur Ordnung der Planung und der Rahmenrichtlinie wurden uns zweigspezifische Regelungen und eine Einrichtungsordnung von insgesamt 136 Seiten übergeben. Der auf dieser Grundlage ausgearbeitete Planentwurf erreichte einen Umfang von 423 Blatt mit 491 Seiten. Nicht enthalten in dieser Blattzahl sind die einzureichenden Bilanzunterlagen sowie der Material- und Energieplan, die weitere 453 Blatt umfaßten. Damit wurde bei der Ausarbeitung des Planentwurfs eine Quantität erreicht, die in der Planungspraxis ein absolutes Novum darstellt. So bestand vergleichsweise unser Planentwurf 1975 aus 306 Blatt und der Planentwurf 1971 sogar nur aus 260 Blatt. Die Formblätter des Planentwurfes 1976 enthalten – niedrig gerechnet – je Seite durchschnittlich 30 Einzelwerte; insgesamt sind das unter Berücksichtigung der Textseiten etwa 15 300 einzelne Daten. Davon entfallen auf die Planteile Material und Energie sowie auf die Bilanzunterlagen 7300 Zahlenangaben. Allein für den Energieplan mußten ca. 2000 Einzelwerte ermittelt werden. Innerhalb der genannten 423 Seiten umfaßt der Planteil Investitionen und Grundfonds 120 Seiten, der Planteil Kader und Bildung 54 Seiten. Zum letzteren mußten in einem Dokument von acht Seiten sämtliche Einzelmaßnahmen zur Aus- und Weiterbildung der Werk tätigen des Betriebes aufgeführt werden, so daß über 800 verschiedene Aktivitäten auf diesem Gebiet nachzuweisen waren.“⁸¹

Abgesehen von diesem immensen Planungsaufwand dürften sich die operativen Schwächen der Wirtschaftssteuerung weit unangenehmer bemerkbar gemacht haben. So bestätigte eine um die Jahreswende 1975/1976 in 21 Betrieben mit 2.478 Beschäftigten in sechs Bezirken unternommene Umfrage „die bereits im Verlaufe der Plandiskussion sichtbar gewordene Tatsache, daß in vielen Betrieben Mängel in der rechtzeitigen und sortimentsgerechten Materialbereitstellung bei der rationellen Organisation des betrieblichen Produktionsablaufes

81 Günter Wahl: Wie wirksam ist die Rahmenrichtlinie für die Jahresplanung?, in: Die Wirtschaft Nr. 22, 29.10.1975, S. 11.

und der Kooperationsbeziehungen, bei der Beherrschung des betrieblichen Reproduktionsprozesses zu großen Effektivitäts- und Produktionsverlusten führen“.⁸²

Das kam allerdings nicht überraschend. Bereits 1973, während der Diskussion zum Entwurf der neuen Planungsordnung, hatte sich eine Reihe von Experten kritisch zu Wort gemeldet. Vor allem befürchteten sie, durchaus begründet, einen wachsenden Aufwand bei der Wirtschaftsplanung.⁸³ Aber selbst gute westdeutsche Kenner der DDR-Wirtschaft trauten dieser auch Mitte der 1970er Jahre noch einiges zu, in der Erwartung allerdings, es bleibe noch hinreichend Zeit: „Fraglos wird die Planperiode bis 1980 von der Wirtschaftsführung der DDR als eine Art von Experimentierstadium für die neuen methodischen Regelungen angesehen, in dem eine Vielzahl noch offener Fragen geklärt werden muß. Das unterstreicht eine aus Erfahrung sicherlich begründete Vorsicht der Wirtschaftsführung. Die Diskrepanz zwischen hoher Veränderungsgeschwindigkeit und betrieblichem Beharrungsvermögen war nicht zuletzt ein bedeutsamer negativer Faktor vergangener Reformetappen.“⁸⁴

So mehrten sich Anzeichen eines nervös wirkenden Aktionismus, der seinerseits auch neue soziale und wirtschaftliche Probleme aufwarf. Zu den hierfür maßgebenden Faktoren gehörte die Mehrschichtarbeit, die bis zum Ende der DDR einen Hauptpunkt auf der beschäftigungs- und sozialpolitischen Agenda bildete und damit auch einen wichtigen Bezugspunkt für die betriebliche Sozialpolitik darstellte. Aber auch darüber hinaus führte der Versuch, das „gesellschaftliche Arbeitsvermögen“ für die wirtschaftsstrategischen Schwerpunkte zu aktivieren und gleichzeitig das Konsumgüterangebot zu verbessern, oft in kostenträchtigere Szenarien. So erforderte die – in der Regel zusätzliche und damit außerplanmäßige – Produktion der sogenannten „1000 kleinen Dinge“ sowie von Werkzeugen und Ersatzteilen für den Bevölkerungsbedarf immer wieder Eingriffe in die laufende Produktion.⁸⁵ Nicht viel anders sah es bei Dienstleistungen aus, mit denen vor allem erwerbstätige Frauen entlastet werden sollten. Auch hierfür wurde oft der Einsatz betrieblicher Ressourcen nötig.⁸⁶ Diese an sich nützlichen und nachvollziehbaren Aktivitäten wirkten daher aus der Perspektive von Betriebsleitungen, die ja in erster Linie für die Erfüllung der Produktionspläne verantwortlich zeichneten, nicht selten als Störungen und Belastungen. Man ging ihnen deshalb von Fall zu Fall aus dem Wege und provozierte auf diese Weise immer neue Forderungen. So ist das häufige Auftreten dieses Themas in den Quellen jener Jahre zu erklären.

82 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolkowski, dieser an E. Honecker, 14.1.1976: Information über eine Meinungsumfrage zu Problemen der Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Planung, S. 4.

83 Kurt Erdmann: Umgestaltung der Planung in der DDR. Einheitliche Ordnung bis 1980, in: Deutschland Archiv 9 (1976), S. 723–737, hier 724.

84 Ebd., S. 737.

85 SAPMO-BArch, DY 34, 25698, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB, 31.3.1976, (Beschluß Nr. S 173/76: Bericht des Zentralvorstandes der IG Metall über die Einflußnahme auf die Sicherung einer stabilen Produktion von Erzeugnissen „1000 kleine Dinge“, von Werkzeugen und Ersatzteilen für den Bevölkerungsbedarf).

86 SAPMO-BArch, DY 34, 25698, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 28.4.1976, (Beschluß Nr. S 238/76: Bericht über die gewerkschaftliche Einflußnahme auf die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Wäscherei- und Chemischreinigungsleistungen zur Erleichterung der Hausarbeit).

7. Arbeitsbedingungen versus Sozialpolitik?

Ein weiteres Problem ergab sich aus den nach wie vor höchst unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und arbeitshygienischen Voraussetzungen in den Betrieben der DDR. Schon 1970 spielte dieser Aspekt im Arsenal der strukturpolitik-kritischen Argumente eine Rolle. Während die in der Regel größeren Betriebe der zentralgeleiteten Industrie hier im Vorteil waren, wiesen die meist kleineren der örtlichgeleiteten Wirtschaft in dieser Hinsicht oft gravierende Defizite auf. Immerhin verbuchte die örtlichgeleitete Wirtschaft 1969/1970 rund 60% der Arbeitsunfälle.⁸⁷ Auch wenn hier der bis 1975 beim Arbeits- und Gesundheitsschutz erzielte Fortschritt beachtenswert war, neigten Betriebsleitungen unter dem Druck der schwieriger werdenden Umstände gegen Mitte des Jahrzehnts wieder vermehrt dazu, entsprechende Investitionen in Sozialeinrichtungen zurückzustellen. Offenbar zeigte selbst die Planungsbürokratie wenig Antrieb, für solche nicht direkt produktionswirksamen Maßnahmen umfangreichere Mittel vorzusehen. Das mochte auch der Grund gewesen sein, weshalb das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes im April 1976 mahnte: „Es ist darauf Einfluß zu nehmen, daß die im Entwurf zur ‚Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1976–1980‘ enthaltenen konkreten Aufgaben zur Erhöhung der Arbeitssicherheit und der Verbesserung der arbeitshygienischen Bedingungen, im Fünfjahrplan und in den Jahresplänen bilanziert, Berücksichtigung finden.“⁸⁸

In dieser Form war das neu. Dass Betriebe oft Schwierigkeiten hatten, den Erfordernissen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nachzukommen, gehörte gewissermaßen zum Alltag der DDR-Wirtschaft. Wenn es aber einer Intervention des FDGB bedurfte, um die Aufnahme entsprechender Maßnahmen in die zentralen Pläne zu gewährleisten, sprach das für eine enorme Beanspruchung volkswirtschaftlicher Ressourcen. Es gab auch andere Signale in diese Richtung. So zeigte die vor Parteitag übliche „Masseninitiative“ zur Planerfüllung in den Betrieben auch im Falle des 1976 bevorstehenden IX. Parteitages der SED durchaus nennenswerte Ergebnisse. In einigen Bereichen rückte das Ziel einer wirksamen Intensivierung der Arbeitsabläufe gewiss näher. Auf der anderen Seite mehrten sich aber auch Anzeichen für nachlassende Anspannung oder gar für „rückläufige Tendenzen“.⁸⁹

Es erscheint allerdings zweifelhaft, dass es sich hier um Überlastungsphänomene handelte. Allein schon der Blick auf die in vielen Betrieben der DDR vorhandenen Arbeitszeitereserven widerlegt eine solche Vermutung. Gleichwohl erreichte die Bereitschaft zur Mehrleistung gegen Mitte der 1970er Jahre ihre Grenzen. Als symptomatisch hierfür ist der 6. Dezember 1975 zu betrachten. An diesem Sonnabend sollte in den Betrieben der DDR gearbeitet werden, um den 24. und 31. Dezember arbeitsfrei zu halten. Das entsprach zwar einem verbreiteten Wunsch, doch das Engagement für eine solche „Vorarbeit“ ließ zu wün-

87 SAPMO-BArch, DY 34, 8009, Volkskammerausschuß für Arbeit und Sozialpolitik, Brief Rösels an Ministerpräsidenten Stoph, 8.10.1970.

88 SAPMO-BArch, DY 34, 25698, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 21.04.1976, (Beschuß Nr. S 212/76: Jahresbericht 1975 über die Entwicklung des Arbeitsschutzes, insbesondere der Arbeitsunfälle).

89 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18830/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an Büro Mückenberger, 27.10.1975: Zu einigen Problemen der Entwicklung der Masseninitiative in Vorbereitung des IX. Parteitages.

schen übrig. Zwischen 70 und 95% lagen an diesem Tag die durchschnittlichen Belegschaftsstärken. Das reichte aus, um in den mehrschichtig arbeitenden Betrieben die Schichtbesetzungen gewährleisten zu können. Doch ein nicht unerheblicher Teil der Beschäftigten nutzte Alternativen wie die Inanspruchnahme von Hausarbeitstagen, die Abgeltung von Resturlaub und Überstunden oder war wegen einer schon bestehenden bzw. just am Wochenende ausbrechenden Krankheit verhindert.⁹⁰

Nicht nur solche Anlässe mochten dem Thema des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zusätzliches Gewicht verleihen. Hierbei ging es in erster Linie um die Sicherung des Arbeitskräftepotentials. Allerdings dürften auch praktische Erfahrungen eine gewisse Skepsis gegenüber manchen Krankmeldungen bzw. Arbeitsbefreiungen aus gesundheitlichen Gründen genährt haben. Beides spielte im Bericht über die Durchführung der sozialpolitischen Maßnahmen eine Rolle, den das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes am 7. Januar 1976 entgegennahm.⁹¹ Ein zweiter Bericht versuchte, den Gründen für den auffallend hohen Krankenstand in Ostberlin und im Bezirk Leipzig sowie in den Branchen der Leichtindustrie und Elektrotechnik/Elektronik nachzugehen. In einem Beschluss verlangte das Sekretariat die „Förderung der gesundheitlichen Versorgung der Werktätigen, konsequente Durchführung der Anordnung über Arbeitsbefreiung bei Arbeitsunfähigkeit, bessere Abstimmung zwischen behandelnden Ärzten und Betriebsärzten, Maßnahmen gegen grippale Infekte und Infekte der oberen Luftwege (bes. Gripeschutzimpfung)“. Schrittweise sollten die Röntgen- und Labordiagnostik erweitert, das Betriebsgesundheitswesen qualitativ ausgebaut und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den arbeitshygienischen und arbeitsmedizinischen Aufgaben sowie der ambulanten Behandlung gesichert werden.⁹²

Eine im Frühjahr 1976 über die DDR hinwegrollende Grippewelle, die teilweise zu Krankenständen von über 13% geführt hatte, trug zur erneuten Sensibilisierung sozial- und gesundheitspolitischer Entscheidungsträger bei.⁹³ Trotz der erwähnten Tendenz, die Aufwendungen für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu strecken, konnten sie für die erste Hälfte der 1970er Jahre auf eine recht passable Bilanz verweisen. Immerhin war es gelungen, die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle von über 300.000 im Jahr 1972 bis zur Mitte des Jahrzehnts auf ca. 277.000 zu senken, mit auch in den folgenden Jahren weiter rückläufigem Trend. Unter dem Postulat der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sei es „drüben“ gelungen, konstatierte später ein westdeutscher Experte, „trotz veralteter Technologie ein anerkannt hohes Niveau des Arbeitsschutzes zu erreichen“. Im Mittel hätten „in den einzelnen Industriezweigen die vergleichbaren Unfallzahlen um die Hälfte

90 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18830/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an Krolikowski, 16.12.1975: Information über die Einhaltung der Arbeitszeit für den 24.12. und 31.12.1975 (Vorarbeit am 6.12.1975).

91 SAPMO-BArch, DY 34, 25698, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB am 7.1.1976, (Beschluss Nr. S 8/76: Bericht über die Durchführung der sozialpolitischen Maßnahmen entsprechend dem „Gemeinsamen Beschluss des Politbüros des ZK der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB“ vom 29.4.1974).

92 Ebd., (Beschluss Nr. S 10/76: Bericht über die Ergebnisse der Untersuchungen zu einigen wichtigen Problemen des hohen Krankenstandes in den Bezirken Berlin und Leipzig sowie in den volkswirtschaftlichen Bereichen der Leichtindustrie und Elektrotechnik/Elektronik).

93 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 9.4.1976.

niedriger“ gelegen als in der Bundesrepublik. Ähnlich habe es bei den Berufskrankheiten ausgesehen.⁹⁴ Auch wenn man für diesen Vergleich als weiteres Kriterium die niedrigere Arbeitsproduktivität in der DDR heranzieht, bleibt eine positive Bilanz des dortigen Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Es gelang offenbar, durch entsprechende präventive Maßnahmen das „gesellschaftliche Arbeitsvermögen“ zu sichern und den spezifischen Anforderungen einer hohen Frauenerwerbsquote gerecht zu werden. Allerdings geschah das mit unzureichenden Mitteln: „Fehlendes Kapital und überalterte Technologie verhinderten meist die eigentlich vorrangigen Maßnahmen der primären Vermeidung (sichere Technik) bzw. der sekundären Art (Arbeitsschutztechnik). So wurden die Arbeitsschutzerfolge über die organisatorischen und insbesondere über die subjektgebundenen Maßnahmen erzielt.“⁹⁵ Trotz des relativen Erfolges konnte das zu einer brisanten Hypothek werden.

Gerhard Lippold, stellvertretender Chef des Wissenschaftsbereiches Lebensstandard der Sektion sozialistische Volkswirtschaft an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin-Karlshorst errechnete einen bis 1972 angestauten Sanierungsaufwand für die materiellen Arbeitsbedingungen von rund 82 Milliarden Mark.⁹⁶ Wie heikel diese Erkenntnis war, zeigte die sich anschließende „Affäre“: Nachdem der westdeutsche „Deutschlandfunk“ am 22. Januar 1976 in einem Kommentar Bezug auf Lippolds Broschüre genommen hatte, intervenierte Werner Krolikowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, und verlangte eine „Überprüfung der Broschüre von G. Lippold ‚Die materiellen Arbeitsbedingungen der Werktätigen‘“. Am 4. Februar meldete die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik im ZK der SED Vollzug: Man habe die Publikation überprüft „und mit den verantwortlichen Genossen für die Herausgabe der Broschüre eine prinzipielle Auseinandersetzung geführt“.⁹⁷ Damit nicht genug, forderte Krolikowski in einer Notiz vom 5. Februar weitergehende Konsequenzen. Erneut setzte sich der Apparat in Bewegung und teilte die Ergebnisse am 16. März 1976 mit: Mit den Herausgebern der „unverantwortlichen Neuauflage der Broschüre von G. Lippold“ habe man „entsprechend dem Statut unserer Partei die Auseinandersetzungen weitergeführt“ und „verschiedene Erziehungsmaßnahmen festgelegt“. Sie bestanden in zwei Verwarnungen und einer Missbilligung. Die Auseinandersetzung mit dem Autor der Broschüre sei durch die Abteilung Wissenschaft des ZK eingeleitet worden.⁹⁸

Der Vorgang war in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen gab er allen ein Warnzeichen, die den Zustand des „realsozialistischen“ Wirtschafts- und Sozialsystems selbst in konstruktiver Absicht kritisch unter die Lupe nehmen wollten. Zum anderen ließ er auf eine gewisse Nervosität auf der obersten Führungsebene der SED schließen. Denn wäh-

94 Manfred Schweres/Regina Rohde: Arbeitsbedingungen, Gesundheits- und Arbeitsschutz in Ostdeutschland, in: Die BG [Die Berufsgenossenschaft] 42 (1991), S. 312–318, hier 316.

95 Ebd.

96 Gerhard Lippold: Die materiellen Arbeitsbedingungen der Werktätigen – Volkswirtschaftliche Analyse ihres Zustandes in der DDR, Berlin, 2. überarb. Aufl. 1975.

97 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 4.2.1976.

98 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 16.3.1976.

rend die 1970 erschienene erste Auflage⁹⁹ von Lippolds Broschüre offenbar keinerlei Aufregung verursacht hatte, gelang es einem aufmerksamen Redakteur des „Deutschlandfunk“ mit Belegstellen aus der zweiten Auflage ganze ZK-Abteilungen zu beschäftigen und parteiinterne Disziplinierungsmechanismen in Gang zu setzen.

Auch wenn es sich hier um einen eher peripheren Vorgang handelte, von dem nur Eingeweihte Kenntnis hatten, war er symptomatisch für die Unsicherheit, die in der Mitte der 1970er Jahre nicht nur im SED-Apparat, sondern ebenso in den staatlichen Leitungsorganen um sich griff. Unsicherheiten hatte es zwar ebenfalls beim Start der „Hauptaufgabe“ gegeben, im Lichte optimistischer Erwartungen erschienen sie aber beherrschbar, und sei es durch „operative“ Eingriffe. Jetzt aber stellte sich die Frage, wie das ambitionierte sozialpolitische Programm angesichts kräftiger Gegenströmungen fortgesetzt werden sollte. Bei ihnen handelte es sich im Wesentlichen um drei große wirtschaftliche Herausforderungen: die immer aufwendiger werdende Rüstung, die Anhebung der Rohstoffpreise im RGW und die dritte industrielle Revolution, bei der man zu dieser Zeit bereits ins Hintertreffen geraten war. Die SED verfügte weder in wirtschafts- noch in sozialpolitischer Hinsicht über einen „Plan B“. Vielmehr bemühte sie sich, am Konzept von 1970/71 festzuhalten, es aber unter der Devise der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik neu auszutarieren. Dabei suchte man sich unverkennbar am sowjetischen Vorgehen zu orientieren, während die Entwicklung in Polen eher mit Skepsis beobachtet wurde.

Bezeichnend für die Suche nach Orientierung war ein vor dem im Mai 1976 stattfindenden IX. Parteitag der SED unternommener Abgleich eigener sozialpolitischer Positionen mit denen, die im Februar 1976 auf dem XXV. Parteitag der KPdSU präsentiert worden waren. Die Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED konstatierte dabei „in vieler Hinsicht eine Übereinstimmung mit den Zielen und Lösungswegen“, wie sie im „Entwurf der Direktive für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976–80“ und im Programm der Partei vorgezeichnet wurden. Auf einigen Gebieten erkenne man jedoch Unterschiede, „vor allem im Hinblick auf die Gewichtung sowie die Art und Weise der Lösung sozialpolitischer Aufgaben.“ Dazu zählte die Einkommenspolitik. Dazu hieß es, das vorgesehene Tarifprojekt könne in der DDR nicht durchgeführt werden. Es sei nötig, stattdessen die Konzeption für die leistungsorientierte Lohnpolitik in den Jahren 1976 bis 1980 schnell fertigzustellen. In der UdSSR sei eine teilweise aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds bezahlte Freistellung berufstätiger Frauen zur Pflege von Kleinstkindern im Alter bis zu einem Jahr vorgesehen. Die Sowjetunion folge hier den Beispielen der ČSSR und Ungarns, auch in Polen werde eine solche Variante geprüft. Die Abteilung empfahl, auch die DDR sollte eine Konzeption hierzu erarbeiten. Was die Erhöhung der Altersmindestrenten anging, stand die SED unter besonderem Druck. In der DDR gebe es hierzu, stellte die Abteilung fest, seit Wochen eine große Anzahl von Eingaben. Man müsse eine Entscheidung zum Parteitag vorbereiten. Zum Wohnungsbau äußerte man sich bemerkenswert gegen den Trend: Er erfolge in der Sowjetunion vorwiegend auf Kosten des Staates. In der DDR solle man prüfen, ob die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) eine notwendige Umsetzung von Arbeitskräften an andere Orte erschweren. Im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz weise man in der UdSSR den Beitrag der einzelnen Wirt-

99 Gerhard Lippold: Die materiellen Arbeitsbedingungen der Werktätigen – Volkswirtschaftliche Analyse ihres Zustandes in der DDR, Berlin 1970.

schaftszweige hierzu aus. Ähnlich könne auch in der DDR verfahren werden. Zur Planung hieß es, es gebe in der Sowjetunion eine komplexe Planung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. In der DDR, die sich im Übrigen auf diesem Gebiet bisher bewusst zurückgehalten hatte, müsse man die Arbeit auf diesem Gebiet unbedingt verstärken. Die Planungsorgane sollten stärker von der Analyse und Prognose sozialökonomischer Prozesse ausgehen.¹⁰⁰

Solche Überlegungen boten allerdings keine wirkliche Antwort auf den „Expansionstrend des Sozialsektors“. Im Grunde ließ sich auch die vorläufige Suspendierung des Lohnprojekts als Zeichen der Ratlosigkeit deuten. Dafür folgte dem SED-Parteitag ein weiterer „Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrats der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in der DDR im Zeitraum 1976 bis 1980“.¹⁰¹ Von den vier Schwerpunkten a) Löhne, b) Renten, c) Förderung berufstätiger Mütter und d) Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche und Verlängerung des Urlaubs enthielt lediglich der erste Ansätze für eine wirksamere Leistungsorientierung. Betrachtet man hingegen die hierzu erlassene Verordnung vom 29. Juli 1976, so findet man sie von der Erhöhung des monatlichen Mindestbruttolohnes von 350 auf 400 Mark dominiert.¹⁰² Hierbei handelte es sich offenkundig um eine Nivellierung von unten nach oben, nicht aber um einen wirklichen Leistungsanreiz. Die außerdem vorgesehene, nach einigen Leistungskriterien differenzierte Erhöhung der monatlichen Bruttolöhne bot in dieser Hinsicht auch nicht viel Potential, zumal sie auf das untere Lohnsegment bis zu 500 Mark beschränkt blieb. Zum Vergleich: Die Durchschnittseinkommen in der staatlichen Industrie lagen zu dieser Zeit bei 925 Mark.¹⁰³ Nimmt man diesen Beschluss beim Nennwert, so lief ein großer Teil darauf hinaus, offene oder latente Armut bei den in den unteren Lohngruppen Beschäftigten und bei den Rentnern zu beheben. Ein weiterer Teil trug klare pronatalistische Züge, und hinsichtlich der Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen folgte man dem allgemeinen, in allen modernen Industriegesellschaften zu beobachtenden Trend zur Ausdehnung des Freizeitanteils.

Dass die öffentliche Reaktion in der DDR grundsätzlich positiv ausfiel, dürfte die Urheber wie die Adressaten kaum überrascht haben. Im ZK-Apparat geriet die Berichterstattung darüber unversehens in kitschige Politlyrik: „Überrascht von der so schnellen Beschlußfassung und Veröffentlichung nach dem IX. Parteitag der SED brachten die Werktätigen große Freude und Begeisterung, Zustimmung, Stolz auf unseren sozialistischen Staat, hohe Anerkennung über die Zielstrebigkeit der Politik der Partei der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Sie meinten, daß sie ein solch umfangreiches und langfristiges Programm nicht erwartet haben.

100 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/2, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolkowski, 8.3.1976: Erkenntnisse, die sich aus dem XXV. Parteitag der KPdSU für die weitere Gestaltung der Sozialpolitik in der DDR ergeben.

101 Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976 bis 1980, in: Sozialversicherung und Arbeitsschutz 22 (1976) 6, S. 9–11.

102 VO über die Erhöhung des monatlichen Mindestbruttolohnes von 350 auf 400 Mark und die differenzierte Erhöhung der monatlichen Bruttolöhne bis zu 500 Mark, in: GBl. der DDR I 1976, S. 377.

103 StJB DDR 1980, S. 18.

Ihre Erwartungen wurden weit übertroffen. Die weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die nach ihrer Meinung fast in alle Familien reichen, werden als großartiger Beweis dafür gewertet, daß die Partei ihr Wort stets einlöst.“¹⁰⁴ Bedenkt man, dass es sich hier um eine interne Information an einen Spitzenfunktionär der SED handelte, stellt sich die Frage nach dem Sinn solcher Berichte.

Ganz so unbeschwert sah man das aber wohl doch nicht überall. Nur wenige Tage nach diesem Bericht der ZK-Abteilung wies beispielsweise das Sekretariat des Bundesvorstandes die Bezirksvorstände des FDGB „zur Erhöhung der Wachsamkeit“ an und forderte die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auf, anhand der Analyse „besonderer Vorkommnisse“ den für ihre Industriezweige zuständigen Ministerien „Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit, Ordnung und Disziplin zu unterbreiten“.¹⁰⁵ Solche Vorsicht erschien durchaus begründet. Es mehrten sich nämlich die Anzeichen für wachsende Spannungen zwischen Sozialpolitik und betrieblicher Realität.

So ereigneten sich im 1. Halbjahr 1976 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 1.139 meldepflichtige Arbeitsunfälle mehr. Die Unfallhäufigkeit je 1.000 Berufstätige stieg um 0,3% von 16,11 auf 16,16. Im Jahresdurchschnitt wurde dieser leichte Anstieg zwar wieder ausgegült, doch einen erheblichen Anstieg der Arbeitsunfälle registrierte man in privaten Klein- und Handwerksbetrieben, insbesondere des metall- und holzverarbeitenden sowie des Bauhandwerks. Die Untersuchung tödlicher Unfälle verwies auf „unzureichende technische und Funktionssicherheit bei einer Reihe von Arbeitsmitteln; technologische Mängel im Arbeitsablauf; unzureichende Qualifikation, Eignung und Erziehung der Werk-tätigen“ als Ursachen.¹⁰⁶ Dieser Befund deckte sich mit der Beobachtung, dass die Situation kleiner und mittlerer Betriebe in den Mitgliederversammlungen des FDGB einen deutlichen Kritik-Schwerpunkt bildete.¹⁰⁷ Für Experten kam das nicht überraschend, und angesichts der Ausstattung der Betriebe in diesem Bereich der Wirtschaft konnte man auch nur auf eine schrittweise Besserung hoffen. Problematischer erschien etwas anderes. Eine im Juni und Juli 1976 durchgeführte Befragung von mehr als 3.300 Beschäftigten aus 29 Betrieben erbrachte ein Ergebnis, das aufhorchen ließ: „Von 44% der befragten Arbeiter wird kritisiert, daß die klimatischen Bedingungen, die Luftverunreinigung und Lärmentwicklung an neu geschaffenen Arbeitsplätzen als belastend empfunden werden.“¹⁰⁸ Das war zwar kaum mehr

104 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 1.6.1976: Information über erste Meinungen und Stellungnahmen der Werk-tätigen zum „Gemeinsamen Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werk-tätigen im Zeitraum 1976–1980“ vom 27. Mai 1976.

105 SAPMO-BArch, DY 34, 25698, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB, 9.6.1976, (Beschluß Nr. S 293/76: Analyse über die besonderen Vorkommnisse 1975).

106 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 31.8.1976, Information zur Unfallentwicklung im 1. Halbjahr 1976.

107 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/1, Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an W. Krolikowski, 6.9.1976: Information zur Entwicklung der Anzahl und zum Inhalt der Vorschläge und Hinweise der Werk-tätigen in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen im 1. Halbjahr 1976.

108 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/1, W. Krolikowski an die Mitglieder des Politbüros, 14.10.1976: Information über eine Meinungsumfrage zu einigen Fragen der Investitionstätigkeit.

als ein Indiz, aber es war eins, das deutlich an die Situation am Ende der Ära Ulbricht erinnerte.

8. Verschwimmende Zukunftsprojektionen

In den Jahren 1975/76, also in der Zeit, in der die Politik der „Hauptaufgabe“ unter dem Druck nichtintendierter Umstände zur „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ mutierte, bot die Situation der DDR ein etwas unübersichtliches Bild. Wer ihrer offiziellen Selbstdarstellung vertraute, musste den Eindruck einer überaus positiven Entwicklung in einem schwieriger gewordenen Umfeld gewinnen. Wer hingegen zu den Insidern der Macht- und Verwaltungsapparate oder zum Spitzenmanagement der staatlichen Wirtschaft gehörte und einigermaßen Einblick in die Situation der DDR innerhalb des RGW und auf den internationalen Märkten hatte, dürfte die Szenerie mit gemischten Gefühlen betrachtet haben. Es gab wohl nie zuvor in der Geschichte der DDR eine Phase, in der die Spannweite zwischen propagandistischer Präsentation und sozio-ökonomischer Realität, zwischen Ambition und Wirklichkeit so groß war. In dieser Hinsicht bestand eine Ähnlichkeit mit der Konstellation im Polen Giereks. Diese Übereinstimmung mochte mit dem hohen Anspruch zusammenhängen, mit dem man in beiden Fällen 1971 begonnen hatte und der sich nun unter dem anhaltenden Zwang zur sozialpolitischen Erfolgsschere als gravierendes Problem erwies.

Eine besondere Note erhielt es durch die zeitgleiche massive Überlagerung mit weiteren wirtschaftlich relevanten Belastungsfaktoren. Dazu zählten in erster Linie die zunehmenden Rüstungslasten, aber auch die schlechter werdenden Terms of Trade im Außenhandel der DDR.¹⁰⁹ Aber während sich die Entwicklung in beiden Fällen noch einigermaßen politisch steuern ließ, zog mit der dritten industriellen Revolution eine Herausforderung ganz anderen Kalibers herauf. Mitte der 1970er Jahre wurde es auch für Nicht-Experten sichtbar, dass die DDR den Anschluss an das Spitzen-Know-how der elektronischen Datenverarbeitung verlor. Besonders als traditioneller Exporteur von Werkzeugmaschinen stand sie vor einer „technologischen Lücke“ von strategischer Dimension. Weil sie diese Maschinen nicht mit den von westlichen Kunden inzwischen gefragten elektronischen Steuerungen ausstatten konnte, kam es zu empfindlichen Absatzschwierigkeiten. Dies war der Ausgangspunkt für eine aufwendige und teure Aufholjagd.¹¹⁰

Der Entscheidungsprozess hierzu lief zögernd an. Auf dem IX. Parteitag im Mai 1976 war im Bericht zur Plandirektive 1976–1980 noch recht allgemein von den zu verfolgenden Richtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Rede, verbunden mit dem kritischen Satz, „daß der Kampf um ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau noch

109 Vgl. Falk Küchler: Die Wirtschaft der DDR. Wirtschaftspolitik und industrielle Rahmenbedingungen 1949–1989, Berlin 1997, S. 34; Rainer Karlsch: Ein Buch mit sieben Siegeln. Die Schattenhaushalte für den Militär- und Sicherheitsbereich in der DDR und ihre wirtschaftliche Bedeutung, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hg.): Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1999, S. 282–306; Christoph Buchheim: Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: André Steiner: Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 91–103.

110 Vgl. André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 181f.

nicht überall mit der notwendigen Konsequenz geführt wird“.¹¹¹ Auch die Direktive selbst setzte ziemlich konservative Akzente. Das war insofern nachvollziehbar, als sich die DDR im Hinblick auf die Drosselung sowjetischer Ölzufuhren gezwungen sah, ihre Braunkohlenindustrie von der Förderung, über die Brikett- und Gaserzeugung bis zur Verstromung wieder hochzufahren – mit erheblichen Konsequenzen für den Maschinen- und Anlagenbau.¹¹² Vom Industriezweig Elektrotechnik/Elektronik wurde zwar ein wichtiger Beitrag zur beschleunigten Rationalisierung der Volkswirtschaft verlangt, allerdings gab es noch keinen direkten Hinweis zur Vorbereitung auf das „digitale Zeitalter“.¹¹³

Es dauerte noch etwa ein Jahr, bis das SED-Politbüro am 7. Juni 1977 einen Beschluss zur beschleunigten Entwicklung der Mikroelektronik fasste.¹¹⁴ Die zwei Wochen später stattfindende 6. Tagung des ZK widmete diesem Thema einen Schwerpunkt, zu dem der zuständige Minister Otfried Steger (*1926) referierte. Bemerkenswert erscheinen die Argumente, die seiner Auffassung nach für eine forcierte Entwicklung der Mikroelektronik-Industrie sprachen: Informationsverarbeitung, Automatisierungstechnik, Konsumgüter, Entlastung der Werktätigen von schwerer körperlicher bzw. monotoner Arbeit, Exportfähigkeit von Erzeugnissen aus der DDR.¹¹⁵ Unverkennbar spielte hier eine sozial- und konsumpolitische Komponente hinein. Fürs Erste war jedoch an eine Investitionskonzentration zugunsten von Halbleitertechnik und Mikroelektronik gedacht, wobei man auch auf eine Kooperation mit der UdSSR setzte.¹¹⁶

Steger kam allerdings nicht umhin zuzugeben: „Trotz bedeutender Fortschritte und hoher Aufgabenstellungen für die Halbleitertechnik und Mikroelektronik wird der fortgeschrittene internationale Stand vor allem bei Technologien und Verfahren und dazu notwendigen hochproduktiven Ausrüstungen zur Zeit noch nicht erreicht. Deshalb müssen noch große Anstrengungen im eigenen Bereich und in der gesamten Volkswirtschaft unternommen werden, um in den nächsten Jahren Schritt für Schritt dem wissenschaftlich-technischen Höchststand näher zu kommen.“¹¹⁷ Dieser an sich wenig überraschende Rückstand war aber besonders fatal, weil er zu einem guten Teil auf den nach Honeckers Machtantritt erfolgten Abbruch entsprechender Entwicklungen zurückzuführen war, mit denen die DDR-Industrie noch Anschluss an das „Weltniveau“ gehalten hatte. 1977 musste ein interner Bericht einräumen, dass die DDR inzwischen gegenüber den international führenden Produzenten bei analogen Schaltkreisen um vier bis acht Jahre, bei digitalen Halbleiterspeichern und Mikroprozessoren um sechs bis sieben Jahre sowie bei den Ausrüstungen für entsprechende Fertigungslinien bis zu neun Jahre zurückgefallen war.¹¹⁸

111 Bericht zur „Direktive des IX. Parteitages“, S. 31.

112 Direktive des IX. Parteitages, S. 334-337.

113 Ebd., S. 342.

114 Peter Salomon: Die Geschichte der Mikroelektronik-Halbleiterindustrie in der DDR, Dessau 2003; Otto Bernd Kirchner: Wafer-Stepper und Megabit-Chip – die Rolle des Kombinats Carl-Zeiss-Jena in der Mikroelektronik der DDR, Stuttgart, Univ. Diss. 2000; Gerhard Barkleit: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, Dresden 2000.

115 6. Tagung des ZK der SED, 23./24. Juni 1977: Die Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Elektronik. Aus dem Referat des Genossen Otfried Steger. Beschluß, Berlin 1977, S. 20f.

116 Ebd. S. 22.

117 Ebd., S. 22f.

118 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 181f.

Inwieweit dieses Zurückfallen und der in relativ kurzer Frist eingetretene Verlust einer ursprünglich vielleicht nicht ganz aussichtslosen Position auf die Politik der „Hauptaufgabe“ zurückzuführen ist, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden. Auf jeden Fall dürften sich die Spielräume für die „Hauptaufgabe“ seit der Mitte der 1970er Jahre geradezu dramatisch verengt haben. Dabei erschien der bevorstehende technologische Kraftakt nicht einmal als Bedrohung, sondern vielmehr als eine willkommene Möglichkeit, die immer wieder geforderte Intensivierung und Rationalisierung der Produktion voranzutreiben. Die zeitgenössische Publizistik und Fachliteratur zeichnete hiervon ein im Großen und Ganzen positives Bild, das die Erwartungen vielleicht mehr anregte, als der Sache gut tat. Tatsächlich gelangte die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung bis gegen Mitte der 1970er Jahre über die Anfänge hinaus. In der Volkswirtschaft der DDR waren zu dieser Zeit „über 500 EDV-Anlagen installiert, mehr als hundert Prozeßrechner in Betrieb genommen und nahezu 2000 Kleinrechner eingesetzt“. Man hatte über 6.000 anwenderbezogene EDV-Programme vorwiegend für Anlagen des Rechner-Typs R 300 entwickelt. Insgesamt verfügte die Mehrzahl der Industriekombinate und Großbetriebe bereits über EDV-Anlagen der zweiten Generation, die in der Regel in Datenverarbeitungszentren und Rechenstationen zusammengefasst waren und für die auch relativ gut ausgebildetes Personal zur Verfügung stand, vor allem Facharbeiter, Techniker und Ingenieure. Trotzdem erfüllte all der Aufwand nicht die in ihn gesetzten Hoffnungen. Im Jahr 1973 hatten Untersuchungen ergeben, „daß mehr als die Hälfte der tatsächlich produktiven Laufzeit der EDVA für die Aufgabengebiete Lenkung, Steuerung und Kontrolle von Produktions-, Transport- und Versorgungsprozessen sowie Rechnungsführung und Statistik genutzt“ wurde und nur „eine relativ geringe Kapazität für Planungs- und Bilanzierungsaufgaben und für die technische Produktionsvorbereitung“ Verwendung fand.¹¹⁹ Damit mochten Erwartungen der Planungsbürokratie enttäuscht worden sein, zumal der Planungsaufwand unverdrossen wucherte. Aber das war nur ein Nebenaspekt. Für die DDR sollte das Hardware-Problem, insbesondere die Entwicklung eines eigenen 1-MB-Speicherchips in den 1980er Jahren zu einer weitaus größeren Belastung werden.

Um das Handeln der wirtschafts- und sozialpolitischen Akteure am Ende des hier betrachteten Zeitraums besser verstehen zu können, erscheint es wichtig, die Eigendynamik der dritten industriellen Revolution im Blick zu behalten. Dieser Gesichtspunkt spielt in den vorliegenden Darstellungen zur Geschichte der Sozialpolitik der DDR kaum eine Rolle, obgleich nach dem erwähnten Politbürobeschluss vom Juni 1977 die ohnehin knappen Ressourcen zu einem erheblichen Teil in den Aufbau einer Mikroelektronik-Industrie flossen. Allein in dem auf diesem Gebiet führenden Kombinat Carl Zeiss Jena sprang die Investitionssumme von 14,3 Mio. Mark im Jahr 1977 auf 139 Mio. im folgenden Jahr; 1981 erreichte sie 322 Mio. und stand 1987 bei 923 Mio. Mark. Der Entwicklungssprung lässt sich auch daran ablesen, dass die Investitionssumme des Kombinats im Zeitraum 1973 bis 1976 zwischen 60 und 85 Mio. Mark betragen hatte und in den Jahren 1976 bis 1979 auf 558 Mio. Mark anwuchs.¹²⁰ Zum Vergleich: Die Summe der Industrieinvestitionen erreichte in der

119 Rudolf Leißling/Eberhard Lindner: Leitungswissenschaft und Vervollkommnung von Leitung, Planung und Stimulierung, in: Wirtschaftswissenschaft 23 (1975), S. 321–341, hier 337.

120 Wolfgang Mühlfriedel/Edith Hellmuth: Carl Zeiss in Jena 1945–1990, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 296, 371.

DDR 1977 knapp über 30 Milliarden Mark, pendelte in den 1980er Jahren meist etwas unter 35 Milliarden und überschritt 1987 und 1988 die 40-Milliarden-Schwelle.¹²¹

Wo die Risiken dieser Investitionskonzentration vermutet wurden, lässt sich recht gut an den Themen ablesen, die in den Expertengremien diskutiert wurden. So hielt es die Arbeitsgruppe Lebensniveau des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie im Februar 1976 bei einem „Meinungsaustausch zu den im Entwurf des Programms der SED und im Entwurf der Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1976 bis 1980 enthaltenen Aufgaben zur weiteren Gestaltung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ für angezeigt, sich besonders mit der Durchsetzung des Leistungsprinzips und mit den Kriterien zu beschäftigen, die dem Einsatz der gesellschaftlichen Fonds zugrunde gelegt werden sollten.¹²² Im Ergebnis betonte man die Notwendigkeit einer „Diskussion zu den Wechselbeziehungen zwischen den Arbeitseinkommen und den Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds, insbesondere inwieweit sozialpolitische Maßnahmen leistungswirksamer gestaltet werden können, welche Kombinationsmöglichkeiten zwischen der Arbeitseinkommenssteigerung und der Erhöhung der Einnahmen aus gesellschaftlichen Fonds gesellschaftlich am günstigsten sind.“¹²³

Mochte es hier noch um Verteilungsprinzipien gehen, die man so oder so handhaben konnte, so zeichneten sich mit dem uneingestandenem Scheitern des Tarifprojekts auf mittlere Sicht erhebliche Probleme ab: „Die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips ist vom Tarifsysteem nicht zu trennen. Seine gegenwärtigen Unterschiede, vor allem in bezug auf die Entlohnung gleicher Arbeit in verschiedenen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft schränken die vollständige Nutzung der Möglichkeiten der Arbeitsproduktivitätssteigerung ein. Es zeigen sich Tendenzen, daß durch die Einführung der ‚Grundlöhne‘ in ausgewählten Betrieben die Differenzierung des Arbeitseinkommens gegenwärtig weiter vergrößert wird. Wenn die Grundlöhne Beispielwirkung behalten sollen, sind grundsätzliche Lösungen in den kommenden 5–7 Jahren notwendig, weil sich sonst die unterschiedliche Entlohnung negativ auswirkt und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität hemmt.“¹²⁴

Überhaupt mache sich, so die Arbeitsgruppe Lebensniveau, „der Mangel langfristig angelegter konkreter Konzeptionen der weiteren Entwicklung immer spürbarer bemerkbar“. Es entstehe der Eindruck, dass eine Reihe von Regelungen nur mit Blick auf kurzfristige Vorteile erfolge, während „die Nutzung von Potenzen der Produktivitätssteigerung für zukünftige Zeiträume (über 1980 hinaus) zweitrangig“ erscheine. Vorsichtig wurde in dem Zusammenhang ein Handicap der Bevölkerungspolitik erwähnt: Besonders deutlich zeige sich der Widerspruch zwischen kurzfristigen und weiterreichenden Optionen „im Verhältnis der Entwicklung des Beschäftigungsgrades der Frauen und der Entwicklung der Geburten.“¹²⁵ Der Vorschlag allerdings, mit der vermehrten „Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Menschen“¹²⁶ etwas Spannung aus der Beziehung zwischen Erwerbsarbeit und Fertilität zu

121 StJB 1989, Berlin 1989, S. 105.

122 SAPMO-BArch, DY-34, 10768, Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demographie, Arbeitsgruppe Lebensniveau: Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe „Lebensniveau“ v. 25.2.1976, S. 1.

123 Ebd., S. 2.

124 Ebd.

125 Ebd.

126 Ebd., S. 3.

nehmen, entsprach wohl der Einsicht, dass der erhoffte rasche Anstieg der Arbeitsproduktivität wohl doch zu wünschen übriglassen werde.

Hier wurden offenbar politische und ökonomische Steuerungsdefizite benannt, die eine Weiterführung der „Hauptaufgabe“ nicht nur zu behindern drohten, sondern eine wesentliche Bedingung dafür – die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität – in Frage stellten. Die gleiche Arbeitsgruppe wartete einige Monate später im Hinblick auf die Konsum- und Einkommenspolitik mit dem Bekenntnis auf, dass man die Wirkung entsprechender Entscheidungen nicht hinreichend sicher abschätzen könne: „Für die Planung des Warenverbrauchs bleibt das Verhältnis zu den Geldeinnahmen, den Warenkäufen, den Ausgaben für bezahlte Dienstleistungen und dem Sparen ein Grundproblem, das nach wie vor nicht ausreichend genau analysiert und geklärt ist. [...] Es zeigt sich aber sehr deutlich bei sozialpolitischen Maßnahmen, daß unsere gemeinsamen Erkenntnisse nicht ausreichend solide sind, um einschätzen zu können, wie sich bestimmte einkommenspolitische Maßnahmen auf die Ausgabenstruktur und auf den Bedarf spezifischer Konsumgüter auswirken.“¹²⁷

Ein aus dem Forschungsinstitut der SPK stammendes Diskussionspapier löste dieses Dilemma zwar nicht auf, doch mündete die Suche nach „sozialökonomischen Kriterien der Differenzierung der Geldeinnahmen der Bevölkerung“¹²⁸ in einem mehr oder minder deutlichen Plädoyer für stärkere Einkommensunterschiede. Das Leistungsprinzip als Grundprinzip der Verteilung im Sozialismus sei „das entscheidende Kriterium der Differenzierung der Geldeinnahmen“. Die Qualifizierung und der qualifikationsgerechte Einsatz der Arbeitskräfte gewannen zunehmende Bedeutung für die konsequentere Durchsetzung des Leistungsprinzips und für die weitere Entwicklung der Arbeitseinkommen. Das Problem der sozialen Angleichung, soweit es mit den Einkommen unmittelbar zusammenhänge, dürfe nicht isoliert und als Problem an sich behandelt werden. Man müsse die Ursachen für die Differenzierung der Arbeitseinkommen und deren Tendenz untersuchen, um herauszufinden, „welche Differenzierung ‚ungerechtfertigt‘ ist“. Außer der im Sozialismus unvermeidlichen Verschiedenheit der Einkommen infolge ungleicher Leistungen und Qualifikation würden wahrscheinlich auch Unterschiede zwischen volkswirtschaftlichen Bereichen und Zweigen notwendig sein, die dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht widersprechen. So resultierten Differenzen im Arbeitseinkommen zwischen Frauen und Männern auch aus unterschiedlicher Qualifikation, Abweichungen bei Qualifikations- und Arbeitsplatzstruktur, was auch in regionaler Hinsicht problematisch werden könne, sowie aus der praktischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau.¹²⁹

Einen weiteren Diskussionspunkt bildete die Frage der Mindesteinkommen. Hier gingen die Meinungen erheblich auseinander. Im Allgemeinen verstand man Mindesteinkommen im Sinne einer unteren Einkommensgrenze, die jedoch nicht mit dem staatlich garantierten Mindestlohn bzw. der Mindestrente identisch war. Übereinstimmung gab es darin, dass eine Berechnung des Mindestlohnes wegen des Fehlens von Kriterien zumindest gegenwärtig nicht erfolgen könne. Die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer bejahte allerdings „die Notwendigkeit einer Beherrschung des Mindesteinkommens“, was wohl als eine Art Mindest-

127 SAPMO-BArch, DY-34, 10768, Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demographie, Arbeitsgruppe Lebensniveau: Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe „Lebensniveau“ am 14.7.1976, S. 2f.

128 Ebd., S. 2.

129 Ebd., S. 4f.

lohngarantie zu verstehen war. Allerdings hielt man den Hinweis für erforderlich, „daß dieses Mindesteinkommen nicht identisch ist mit der Kategorie, die in der kapitalistischen Gesellschaft als ‚Existenzminimum‘ bezeichnet wird.“¹³⁰

Sicher wird man die praktischen Konsequenzen solcher Diskussionen nicht überbewerten dürfen, doch traten in ihnen die Problemzonen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sehr viel deutlicher hervor, als dies etwa in offiziellen politischen Stellungnahmen oder in der Publizistik der Fall war. Auch die Themenplanung der soziologischen und demographischen Forschung für die zweite Hälfte der 1970er Jahre wirft ein erhellendes Licht auf die zu dieser Zeit relevanten Schwerpunkte: Grundprobleme der Sozialpolitik, der sozialistischen Lebensweise – dies vor allem im Hinblick auf die Schuljugend und die jungen Arbeiter – und der demographischen Entwicklung.¹³¹ Darüber hinaus sollten die Forschungen zur Sozialpolitik „betriebsbezogen“ vorangetrieben werden, wobei die „Bedürfnisse und Berufstätigkeit der Frau und Mutter [...] im Prozeß der weiteren Intensivierung der Produktion“ im Mittelpunkt zu stehen hatten.¹³²

Diese konzeptionellen Ansätze und Planungen wiesen durchweg in die Richtung, die Bemühungen um einen deutlichen Produktivitätsanstieg vor allem in der Industrie sozialpolitisch zu flankieren. Der Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Mutterschaft fiel dabei eine zentrale Funktion zu. Jedoch wird vor dem Hintergrund eines immer noch hohen Arbeitskräftebedarfs erkennbar, dass die wirtschaftlichen Intensivierungsbestrebungen im erheblichen Ausmaß mit Extensivierungstendenzen vermischt waren. Auch die Ausweitung der Frauenbeschäftigung wies solche ambivalenten Merkmale auf. Wie man die Sache auch drehen und wenden mochte, trieb jeder Mehreinsatz von Personal nicht nur den Aufwand für Sozialmaßnahmen in die Höhe, er warf auch die Frage nach dem künftigen Umgang mit diesem Problem auf.

Dies mochte einen Anstoß gegeben haben, auf das nicht mehr ganz neue Projekt einer zumindest mittel- und längerfristigen Sozialplanung zurückzukommen, das bereits in der späten Ulbricht-Zeit eine Rolle gespielt hatte, danach aber immer wieder ad acta gelegt worden war. Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie, Gunnar Winkler, kündigte nach dem IX. Parteitag der SED entsprechende Revitalisierungsbemühungen an: „Ausgehend von den schon umfangreichen positiven Erfahrungen in der Sowjetunion bei der Leitung und Planung sozialer Prozesse in Vereinigungen, Betrieben und Städten und aufbauend auf unseren eigenen Erfahrungen aus der 10jährigen Leitung und Planung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der sozialen Entwicklung der Werktätigen und ihrer Kollektive sind die inhaltlichen und methodischen Probleme, die sich aus der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ergeben, weiter zu bearbeiten. Der Forschungsbericht wird Vorschläge zur Prognose und zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Arbeits- und Lebensbedingungen enthalten, die den Bedingungen der entwi-

130 Ebd., S. 5.

131 SAPMO-BArch, DY-34, 10768, Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demographie: Kurzinformation über die Realisierung der im Jahre 1976 zu bearbeitenden Projekte des Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften 1976–1980, 13.12.1976.

132 Ebd., S. 3.

ckelten sozialistischen Gesellschaft und dem allmählichen Übergang zum Kommunismus entsprechen.“¹³³

Hinter dieser in routinierter Propaganda-Sprache gehaltenen Absichtserklärung verbarg sich jedoch das eigentliche Problem. Die anvisierte Studie sollte, so Winkler, zur Vorbereitung von Konzeptionen mit fünfjährigem Vorlauf führen, um „zu mehr Stabilität und Kontinuität in der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ zu gelangen. Darüber hinaus wünsche man in den Betrieben „Fünfjahrpläne zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ und die „Konzentration auf Schwerpunktaufgaben“.¹³⁴ Das Verlangen nach einem auf diese Art weiter gespannten Planungshorizont stand freilich quer zu den realen Bedingungen, in denen sich die DDR um die Mitte der 1970er Jahre befand. Vor allem enthielt es eine Kritik an den zunehmend kurzatmig werdenden Praktiken der Sozialpolitik und ließ auf Verunsicherung sowohl der Akteure als auch der Adressaten schließen.

Ein im November 1975 vom Institut für sozialistische Wirtschaftsführung der TH Leuna-Merseburg ausgerichtetes Kolloquium zum Thema „Entscheidung und Organisation“ zeigte, dass zumindest ein Teil des Problems bei den Entscheidungskriterien des wirtschaftlichen Leitungspersonals zu suchen war.¹³⁵ Wie die Leitungspraxis beweise, so Gerd Friedrich, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR und Vorsitzender des Rates für leitungswissenschaftliche Forschung, übe der Wirtschaftsmechanismus selbst beträchtlichen Einfluss darauf aus, dass „vor allem die Kriterien der Leistungsbewertung der Kollektive, Betriebe und Kombinate die Interessenlage prägen und die maßgeblichen Entscheidungskriterien bestimmen“. Wie polnische Untersuchungsergebnisse gezeigt hätten, folge man dabei eher Erfahrungen und Intuition und weniger den Regeln „wissenschaftlich begründeter Entscheidungsvorbereitung“. Auch orientiere man sich zumeist an einem niedrigen Anspruchsniveau, ignoriere Alternativen und beachte den Zusammenhang zwischen Zielen, Kriterien, Alternativen und Ressourcen zu wenig.¹³⁶ Ähnlich argumentierten auch andere Diskussionsteilnehmer, so etwa wenn im Hinblick auf „die weitere Durchsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und des Staates eine stärkere Integration sozialer Aspekte in die Leitung auf dem Gebiet der Wirtschaft“ gefordert wurde. Zudem bedürfe es einer „stärkeren Objektivierung sozialer Entscheidungen“, einer genaueren Beachtung „der Dialektik von gesellschaftlichen und individuellen Interessen bei der Entscheidungsfindung“ und eines erweiterten Zeithorizontes der Planung. Eine andere Frage zielte auf das Entstehen sozialer Konflikte infolge problematischer Leitungsentscheidungen. Hier wurden eine „Veränderung des bestehenden Sozialgefüges im Gefolge von Rationalisierungsmaßnahmen, die mit einem Neuaufbau von Sozialstrukturen verbunden sind“, häufige Personen- und Tätigkeitswechsel und persönliche Unverträglichkeiten, ein falsches Anforderungsniveau, die fehlende Einheit moralischer und materieller Anerkennung sowie negativ wirkende Leitungspraktiken als Konfliktherde herausgestellt.¹³⁷

133 Ebd., S. 4.

134 Ebd., S. 5.

135 Karl-Heinz Bernhard/Hans-Dieter Ebbecke: Entscheidung und Organisation (Tagungsbericht), in: Wirtschaftswissenschaft 24 (1976), S. 758–763.

136 Ebd., S. 758f.

137 Ebd., S. 762f.

Näher besehen, erschien das Bild durchkonzipierter, aufeinander abgestimmter und kalkulierter Wirtschafts- und Sozialpolitiken im Lichte der Expertendiskussion ziemlich fragwürdig. Dies galt nicht nur für die Ebene der Betriebe und Kombinate, die in diesem Fall im Mittelpunkt des Interesses gestanden hatte. Überhaupt verstärkte sich zu dieser Zeit der Eindruck, dass die Fixierung der politischen Führung auf die „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zunehmend zur Verengung der Handlungsräume führte. Die SED-Spitze hatte sich mit ihrer Festlegung auf diesen Kurs gewissermaßen in eine Einbahnstraße ohne Wendemöglichkeit manövriert. Allerdings stellt sich die Frage, ob sie realistische Alternativen hatte. Aufgrund der deutsch-deutschen Sozialstaatskonkurrenz, angesichts des von ihr, der SED, praktizierten Legitimationsersatzes durch Sozialpolitik und nicht zuletzt wegen des Fehlens eines nationalen Kompensationsmechanismus befand sie sich in einer schwierigeren Lage als manche anderen Parteiregime des sowjetischen Blocks. Immerhin glaubte Breschnew der sowjetischen Bevölkerung gegen Mitte der 1970er Jahre in sozialer Hinsicht wieder mehr zumuten zu dürfen. Gierek meinte, in Polen Preiserhöhungen riskieren zu können, und das Ceaușescu-Regime in Rumänien erlaubte sich in den 1980er Jahren einen extrem harten Sparkurs, um seine Auslandsschulden zu tilgen. Mit gutem Grund vermied die SED ein solches Risiko, allerdings um den Preis, ein anderes und keinesfalls geringeres eingehen zu müssen: Um die Ressourcen für die bevölkerungspolitisch akzentuierte Sozialpolitik, das Wohnungsbauprogramm und für die immer weiter ausufernde Stützung der Verbraucherpreise zu erwirtschaften, musste sie im Interesse der hierfür nötigen Produktivitätssteigerung auf eine ebenso aufwendige Modernisierungsstrategie setzen. Im Mikroelektronik-Beschluss von 1977 fand diese ihren wohl spektakulärsten Niederschlag.

Die zeitgenössische Publizistik beschrieb die Problemkonstellation, wenn auch in der üblichen Weise mit euphemistischen Formulierungen bedacht und immer wieder mit neuen Erfolgsmeldungen garniert, zumindest so deutlich, dass die strategische Dimension der Entwicklung sichtbar wurde. Der SED konnten hieraus sogar Vorteile erwachsen. Ein guter Kenner der SED-Politik, Ernst Richert, betonte deshalb wohl zu Recht die stabilisierende Funktion von Zielprojektionen: „Auf jeden Fall gehört in den sozialen Mechanismus erstens, daß ein noch nicht erreichtes Ziel vorgegeben ist, und zweitens, daß man das Erfolgserlebnis von Fortschritten hat. Das aber – die andere Seite – bestätigt die Führung. Sie hat eine Aufgabe, eine Mission und ist damit dem Zwang zu äußerster Gewissenhaftigkeit ausgesetzt.“¹³⁸ Nicht zuletzt hieraus erklärte sich das Festhalten an der „Hauptaufgabe“.

Allerdings machte sich das „Erfolgserlebnis von Fortschritten“ gegen Mitte der 1970er Jahre allmählich rar. Schwerer aber wog der mit der „Hauptaufgabe“ verbundene soziale Gewöhnungseffekt, der in der Sozialpolitik der DDR ebenso auftrat wie jene in allen Industrieländern zu beobachtende Anspruchsinflation. Hinzu kam ein weiteres Handicap: Die Funktionseliten hatten sich zwar an die sachlich mehr oder weniger fundierten Vorgaben durch die Parteiführung der SED zu halten, doch konnten sie in der Praxis erleben, wie sich wirtschafts- und sozialpolitische Kriterien dabei immer wieder ineinander verhakten und jenseits aller „Planmäßigkeit“ improvisatorische Lösungsversuche gefragt waren.

138 Ernst Richert: Revolutionäre und evolutionäre Tendenzen im DDR-Gesellschaftsprozeß. Ein Versuch über den Befund und sein Selbstverständnis, in: Deutschland Archiv 8 (1975) Sonderheft, S. 30.

Das Menetekel vom Juni 1976: Der Kreis schließt sich

1. *Eine neue Preisoperation*
2. *Flächenbrand*
3. *Inszenierte Zustimmung*
4. *Zucker, Fleisch und „Wirtschaftsmanöver“*
5. *Die Solidarität formiert sich*
6. *Die 1976er Krise aus der DDR-Perspektive*

1. Eine neue Preisoperation

Wer in den Monaten nach dem VII. Parteitag der PZPR die in partei- und regierungsoffiziellen Dokumenten angekündigten Veränderungen der Preisstruktur auch nur einigermaßen aufmerksam las, konnte kaum im Zweifel sein, dass es hier um höhere Nahrungsmittelpreise ging. Der Eindruck verstärkte sich noch, wenn man die polnische Presse verfolgte. In zahlreichen Artikeln informierte sie über Preissteigerungen vor allem in den westlichen Ländern, nicht ohne an die in der PRL seit Jahren konstant gehaltenen Preise zu erinnern. All das waren Signale, die in der Bevölkerung für einige Beunruhigung sorgten. Man erwartete eine Welle von Preiserhöhungen und fragte sich nur noch, welches Ausmaß sie annehmen würden.¹

Die Gerüchteküche brodelte, wie aus einer geheimen Information des Innenministeriums vom 21. Mai 1976 hervorgeht. Dort registrierte man „Gerüchte über Preiserhöhungen von Konsumartikeln“ unter den Hauptfaktoren, die die Stimmung der Bevölkerung beeinflussten. „Aktuell“ wären vor allem die „eventuellen Termine der Erhöhungen, ihre Höhe, der Umfang der finanziellen Kompensationen usw.“ Gegenstand „allgemeiner Spekulationen“. Am häufigsten würden Preisanhebungen für Fleisch und Fleischprodukte, Brot, Mehl, Zucker, Gemüse und Obst, Kaffee, Zuckerwaren sowie bei den Industrieartikeln von Bekleidung, Möbeln, Baumaterialien und Autos vermutet. Außerdem werde spekuliert, dass die Erhöhungen Ende Mai/Anfang Juni erfolgen und 20 bis 80% betragen würden. Auch wenn das Innenministerium meldete, es gebe Meinungen, wonach „ein bedeutender Teil der Gesellschaft diese Art der Entscheidung schon hinnehme“, wies es an anderer Stelle auf den

¹ Jerzy Eisler (Hg.): *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych* [Der Juni 1976 in Archivmaterialien], Warszawa 2001, Einleitung, S. 11–72, hier 29.

„dominierenden Charakter negativer Kommentare und Äußerungen“ zu der befürchteten Preiserhöhung hin.²

Die Konzeption der Preisreform stammte von Politbüromitglied Mieczysław Jagielski (1924–1997), Vizepremier und Vorsitzender der Plankommission, und seinen Mitarbeitern. 1975 war eine spezielle „Preisgruppe“ unter Leitung von Vizepremier Tadeusz Pyka (*1930) gebildet worden. Sie legte im März 1976 zehn Varianten von Preisänderungen vor, die sich vor allem hinsichtlich Umfang, Geltungsbereich und Art der Kompensation unterschieden. Schließlich wählte man unter diesen Varianten die von Premier Jaroszewicz bevorzugte aus. Sie sah nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ eine einmalige drastische Preiserhöhung vor.³

Anfang Juni holten Premier Jaroszewicz und Vizepremier Pyka, der auch das Protokoll führte, in individuellen Gesprächen die Meinungen aller Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des ZK der PZPR ein. Der 1. Sekretär des Warschauer Parteikomitees, Józef Kępa (1928–1998) und ZK-Sekretär Andrzej Werblan (*1924) äußerten zwar Vorbehalte im Hinblick auf die Höhe und die große Zahl der betroffenen Waren, doch generell akzeptierte die PZPR-Führung die vorgeschlagenen Erhöhungen.⁴ Wie Józef Tejchma, damals Politbüromitglied und Kulturminister, rückblickend meinte, sollten die Konsultationen der Gefahr vorbeugen, „dass im Falle eines Misslingens der Operation innerhalb der Führung politische Kämpfe begannen.“⁵

Am 8. und 9. Juni 1976 rief die PZPR-Führung die 1. Sekretäre der Wojewodschaftskomitees⁶ zu Beratungen zusammen.⁷ Man tagte nicht gemeinsam, sondern traf sich in Gruppen zu je sieben bis acht Personen unter Teilnahme von Mitgliedern des Politbüros und des ZK-Sekretariats. Zweck dieser Treffen war, die Parteichefs aus den Wojewodschaften über die „Richtungen der Vorschläge“ zu informieren und einen „Plan der politisch-organisatorischen Aktivitäten“ abzustecken. Politbüro Kandidat und Landwirtschaftsminister Kazimierz

2 Ministerium für Innere Angelegenheiten. Departement III. Information betr. die mit der Preisregulierung verbundenen gesellschaftlichen Stimmungen, Warschau, den 21. Mai 1976. Geheim, in: Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 4, S. 80–83.

3 Paweł Sasanka: PZPR i mechanizm przygotowania podwyżki cen w 1976 roku [Die PZPR und der Vorbereitungsmechanismus der Preiserhöhung im Jahre 1976], in: ders./Robert Spałek (Hg.): Czerwiec 1976. Spory i refleksje po 25 latach [Juni 1976. Auseinandersetzungen und Berichte nach 25 Jahren], Warszawa 2003, S. 20–30, hier 23; Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 29.

4 Ebd., S. 33; Sasanka, PZPR i mechanizm, S. 25f.; ders.: Czerwiec 1976. Geneza – przebieg – konsekwencje [Der Juni 1976. Genese – Verlauf – Konsequenzen], Warszawa 2006, S. 108–114.

5 Józef Tejchma: Pożegnanie z władzą [Verabschiedung von der Macht], Warszawa 1996, S. 95, zit. nach: Sasanka, PZPR i mechanizm, S. 26; s.a. Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 33.

6 Nach der am 1. Juni 1975 eingeführten Verwaltungsreform bestanden in Polen anstatt 22 jetzt 49 Wojewodschaften. Die Kreise wurden abgeschafft. Im Juni 1976 waren daher viele der PZPR-Wojewodschaftschefs noch relativ neu im Amt.

7 Information über die Treffen mit den 1. Sekretären der W(ojewodschafts)K(omitees) zu den Planungen betreffend die Preisentscheidungen. Geheim. Warschau, den 9. Juni 1976, in: Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 6, S. 86–92. Zu diesen Treffen vgl. auch Sasanka, Czerwiec 1976, S. 120–122; ders., PZPR i mechanizm, S. 24f.; Robert Spałek: „Wstyd nam za tych z Radomia i Ursusa!“ – kampania propagandowa latem 1976 roku [Schande über uns für die von Radom und Ursus – Die Propagandakampagne im Sommer 1976], in: Sasanka/ders., Czerwiec 1976, S. 63–75, hier 64f.

Barcikowski, einer der Teilnehmer an einer solchen Besprechung, schrieb später: „In meiner Gruppe war das Verhältnis zu den vorgelegten Materialien unerhört vorsichtig.“ Man sei wie die Katze an den Igel herangegangen, wollte etwas tun, hatte aber große Angst vor den politischen Folgen. Vor allem bestand Unklarheit darüber, ob „die Sache“ gesellschaftlich akzeptiert würde. „Hier gab es keinerlei Sicherheit.“⁸

Die Niederschrift über die Treffen spiegelte diese Befindlichkeit nur sehr bedingt. Die 1. Sekretäre der Wojewodschaftskomitees, hieß es darin, seien sich des „Ernstes der Aufgabe und auch der bedeutenden Schwierigkeiten“ der Preismaßnahme „bewusst“ gewesen. Nach den „zahlreichen Äußerungen“, in denen Parteichef Gierek und Ministerpräsident Jaroszewicz nach dem VII. Parteitag zu den Preisen Stellung genommen hätten, gehe man davon aus, dass sich die „Werk tätigen im Allgemeinen wie auch das Aktiv mit dem Gedanken an die Unvermeidlichkeit ihrer Anhebung vertraut gemacht haben.“⁹ Die ihnen jetzt präsentierte Argumentation erlaube, so die Wojewodschaftsvertreter, „vor der Gesellschaft offen und in überzeugender Weise“ aufzutreten. Ingesamt seien die Beratungsteilnehmer zu einer „allgemein optimistischen Einschätzung der Stimmungen“ gelangt, doch hätten sie zugleich betont, dass „die Gefahren nicht unterschätzt werden dürften“. Man müsse sich daher in der Vorbereitungsphase „die schwierigsten Fragen“ stellen und „jegliche erschwere Situation“ antizipieren, damit es „später nicht zu Überraschungen“ komme.¹⁰

Angesichts dieser schwer abschätzbaren Situation kam es nicht überraschend, wenn sich ein „bedeutender Teil“ der Wojewodschaftssekretäre für größere Zurückhaltung stark machte. So dürfe der Brotpreis „als ein bestimmtes Symbol“ nicht angetastet werden, meinten die einen. Andere wiesen auf die allgemein verbreitete Auffassung der Brotverschwendung hin bzw. plädierten im Hinblick auf Mütter und Kinder dafür, eher Milch und Milchprodukte als „soziale“ Waren anzusehen. Kontrovers war auch die Haltung zu den beabsichtigten Kompensationen. Die obere Grenze von 6.000 Złoty für einen solchen Ausgleich erfasse eine große Gruppe qualifizierter Arbeiter und viele Mitglieder des „Aktivs“ nicht, auf das man sich bei der Durchführung der Preisoperation werde stützen müssen. Vorgeschlagen wurde auch, die Kompensation für die Bezieher der niedrigsten Einkommen deutlicher ausfallen zu lassen.¹¹ Zum Schluss aber billigten die Wojewodschaftssekretäre den vorgeschlagenen Zeitplan und äußerten sich mit „besonderer Zufriedenheit“ zu den vorgesehenen Konsultationen.¹²

Als der Entwurf für die Preiserhöhungen am 15. Juni dem Politbüro vorlag, hatte das Papier gegenüber dem ursprünglichen Entwurf nur unbedeutende Veränderungen erfahren.¹³ Die Vorschläge der Wojewodschaftsparteichefs hinterließen offenbar nur geringe Spuren. Immerhin wurden die Politbüromitglieder über die Beratungen vom 8. und 9. Juni 1976 informiert.¹⁴ Aber auch auf der Politbürositzung selbst wurden immer noch Befürchtungen laut.

8 Kazimierz Barcikowski: *U szczytów władzy* [Auf den Gipfeln der Macht], Warszawa 1998, S. 83f.

9 Information über die Treffen, S. 86f.

10 Ebd., S. 88.

11 Ebd., S. 87–89.

12 Ebd., S. 91.

13 Sasanka, *PZPR i mechanizm*, S. 26.

14 Ebd., S. 26f.; Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 31.

Vor allem der Vorsitzende des CRZZ, Władysław Kruczek, berief sich dabei zum Unwillen von Jaroszewicz und auch Gierek auf die ihm bekanntgewordene Meinung von Gewerkschaftsfunktionären. Doch auch dieser Vorbehalt blieb ohne fassbares Ergebnis. Zu guter Letzt sprach sich jedes Politbüromitglied einzeln für die Preiserhöhung aus.¹⁵ Sechs Tage später, am 21. Juni, fand eine weitere Beratung der 1. Sekretäre der Wojewodschaftskomitees statt, auf der Gierek und Jaroszewicz auftraten. Einer hierbei getroffenen Festlegung zufolge sollten sich Mitglieder der Parteiführung am 23. Juni 1976 in die Wojewodschaften begeben, um dem dortigen PZPR-Aktiv die Motive für die Preisentscheidung zu erläutern.¹⁶ Ebenfalls am 21. Juni billigte auch der polnische Ministerrat einmütig, nur Außenminister Stefan Olszowski war abwesend, die Preisveränderungen.¹⁷

Die unmittelbare propagandistische Vorbereitung der Preisoperation begann Anfang Juni mit einem Treffen von Redakteuren und Publizisten in der Abteilung Presse, Rundfunk und Fernsehen des PZPR-Zentralkomitees. Es sollte keine Kampagne geben, sondern man wollte die Propaganda auf ein Minimum beschränken.¹⁸ Das erschien durchaus logisch, denn abgesehen von den eher allgemeinen Ankündigungen, wie man sie Reden Giereks und Jaroszewiczs entnehmen konnte, unterlagen die Vorbereitungen strikter Geheimhaltung. Als Mieczysław F. Rakowski am 24. Mai 1976 von Jan Szydlak das „Einverständnis erhalten“ wollte, die Preisproblematik „früher in der Presse anzugehen“, erhielt er von diesem eine Abfuhr.¹⁹

Am 23. Juni 1976 informierte Politbüromitglied und ZK-Sekretär Stanisław Kania (*1927) auch den Sekretär des Episkopats, Bischof Bronisław Dąbrowski, über die bevorstehenden Preisveränderungen. Der Kirchenvertreter wies in dem Gespräch darauf hin, dass die Menschen zwar eine Preiserhöhung erwarten würden, doch werde diese besonders die ärmsten Menschen treffen und die Unzufriedenheit der Gesellschaft vertiefen. Kania erwiderte, es gebe genauere Untersuchungen, die nahelegten, dass man nicht länger warten könne.²⁰ Für denselben Tag waren um 10.00 Uhr in den Wojewodschaften Sitzungen der Exekutivkomitees der PZPR angeordnet worden. Auch deren Teilnehmer wurden verpflichtet, die geplante Aktion streng geheim zu halten.²¹

Am Vortag hatte bereits das „zentrale Parteiaktiv“ getagt.²² An dem Treffen im Warschauer ZK-Gebäude nahmen etwa 200 Personen teil, die sich auf die am folgenden Tag in 165 Betrieben auf lokaler Ebene stattfindenden Zusammenkünfte der Parteiaktive vorberei-

15 Barcikowski, *U szczytów władzy*, S. 84.

16 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 31; Sasanka, *PZPR i mechanizm*, S. 27; ders., *Czerwiec 1976*, S. 126f.

17 Ebd., S. 127.

18 Ebd., S. 118.; Spalek, *Wstyd nam*, S. 63.

19 Mieczysław F. Rakowski: *Dzienniki polityczne 1976–1978* [Politische Tagebücher 1976–1978], Warszawa 2002, S. 65.

20 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 32f. Vgl. auch Peter Raina: *Rozmowy z władzą. Arcybiskup Dąbrowski w służbie Kościoła i Narodu* [Gespräche mit der Macht. Erzbischof Dąbrowski im Dienste der Kirche und der Nation], Bd. 1: 1970–1981, Warszawa 1995, S. 252–256.

21 Piotr A. Tusiński: *Rewolta robotnicza 1976 roku* [Die Arbeiterrevolte des Jahres 1976], in: Sasanka/Spalek, *Czerwiec 1976*, S. 31–38, hier 35; Sasanka, *Czerwiec 1976*, S. 125.

22 Rakowski, *Dzienniki 1976–1978*, S.75.

ten sollten.²³ Nach Rakowski, seit dem VII. Parteitag vom Dezember 1975 ZK-Mitglied und ebenfalls anwesend, sollten die in den Regionen vorgesehenen Veranstaltungen eine „Sondierung“ darstellen. In deren Rahmen waren den Gesprächsteilnehmern „verschiedene mögliche Varianten“ vorzustellen, ihnen sollte aber nicht gesagt werden, „welche Erhöhungen es geben wird“. Das sei, hielt er in seinem „Tagebuch“ fest, „natürlich eine Verspottung der Menschen, weil gut bekannt ist, dass die Variante ‚Preiserhöhung und Kompensation‘ schon abgemacht war.“ Rakowski selbst wurde zu „Sondierungen“ in die Świerczewski-Werke in Warschau entsandt.²⁴

Auf der Tagung des zentralen Parteiaktivs hatte er ein 21-seitiges Dokument erhalten, das als Grundlage für das Treffen mit dem Betriebsparteiaktiv dienen sollte. Es war die „oben“ ausgearbeitete Rede, die vor den örtlichen Parteifunktionären zu halten war. Die Versammlung in den Świerczewski-Werken begann mit dem Anhören einer vom Radio übertragenen Rede Giereks vor den Arbeitern eines Betriebes im Warschauer Stadtteil Praga. „Ohne Einzelheiten, aber inbrünstig“ habe der Parteichef appelliert, „das Projekt ‚Erhöhung plus Kompensation‘ zu unterstützen.“ Nach dieser Rundfunksendung sprach Rakowski und stellte die Varianten vor. Er tat das „übereinstimmend mit dem Auftrag“,²⁵ obwohl allen, nachdem sie die Meinung des Parteichefs gehört hatten, klar war, dass die Entscheidung bereits gefallen war. Rakowski schreibt denn auch: „Ich empfand, dass ich die Menschen zum Besten hielt, und sie dachten sicher dasselbe. Als ich geendet hatte, fragte jemand, ob es sich im Allgemeinen lohnt, sich zu äußern, sobald auch so alles wohl entschieden ist, denn schon am Sonnabend soll doch der Sejm das alles beschließen. Ein zweiter fügte dagegen hinzu, dass sie diskutieren können, aber vorher müssen sie sich mit der Meinung der Belegschaft bekanntmachen. Schließlich stimmten alle zu, dass die beste Variante die Erhöhung plus Kompensation ist.“²⁶

Kazimierz Barcikowski war in die chemischen Werke „Stilon“ in Gorzów Wielkopolski geschickt worden. Dort hätte sich, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, hinsichtlich der Preismaßnahme bestätigt, „dass es auf allen Machtebenen Angst vor dieser Operation gibt. [...] Ich kehrte aus Gorzów voller Befürchtungen zurück.“ Ohne Zweifel würden die Entscheidungen „auf einen nicht vorbereiteten Grund“ treffen und die Erwartungen der Menschen auf eine Verbesserung der Situation enttäuschen. Sogar politisch aktive und der PZPR zuneigende oder ihr angehörende Menschen hätten keine Vorstellung von dem Dilemma gehabt, dem sich die Führung des Landes gegenüber sah.²⁷

Angesichts der geplanten Preiserhöhungen waren auch in Moskau erhebliche Befürchtungen aufgekommen. Der Polenverantwortliche im Zentralkomitee der KPdSU, Piotr Kostikow, schwieg zunächst einmal, als der polnische Vizepremier Jagielski ihm gegenüber die bevorstehende Preisoperation das erste Mal erwähnte. Doch sei ihm die Frage durch den Kopf gegangen: „Wie sage ich das unseren Chefs? Die Gierek-Mannschaft befindet sich plötzlich

23 Tusiński, *Rewolta robotnicza*, S. 35.

24 Rakowski, *Dzienniki 1976–1978*, S. 75.

25 Ebd., S. 76.

26 Ebd.

27 Barcikowski, *U szczytów władzy*, S. 84.

an derselben Stelle, an der Gomulka und Jaszczuk ihr politisches Leben beendet hatten. Ich war einfach erschrocken.“²⁸

Wieder einmal versuchte die PZPR-Führung die sowjetische Seite zu beruhigen, wie es Gierek auch in einem Gespräch mit Kostikow tat. Die Sache sei noch nicht sicher, es würden Vorschläge beraten, man würde nicht den Fehler derjenigen machen, die die Arbeiterklasse mit Preiserhöhungen überrumpelt hätten, die KPdSU-Führung werde informiert, wenn es soweit sei. Das „Frage-und-Antwort-Spiel“ zur Vorbereitung der Preiserhöhung habe lange gedauert, so Kostikow. Schließlich habe KPdSU-Chef Leonid I. Breschnew Gierek ermahnt: „Erinnerst du dich, was im Jahre 1970 wurde? Wieder beginnt ihr, etwas zu machen, wofür wir alle bezahlen werden. Wir sind entschieden gegen eure Experimente, die die Interessen der Gemeinschaft gefährden. Analysiert alle Daten noch einmal. Findet einen anderen Ausweg.“ Über diese „entschiedene Missbilligung“ sei Gierek „wütend“ gewesen.²⁹

Da die sowjetische Führung darum gebeten hatte, man möge ihr das „Wesen der beabsichtigten Veränderungen“ erklären, flog Ministerpräsident Jaroszewicz zu einem Kurzbesuch nach Moskau, um mit Ministerpräsident Kossygin zu reden. Nach Kostikow, der sich auf die Einschätzung stützte, die Kossygin der Kremlführung vorlegte, bewertete der sowjetische Premier das Gespräch „entschieden negativ“. Er könne „den Sinn“ der polnischen Absichten nicht erkennen, so Kossygin. Das Projekt sei ökonomisch nicht begründet und schlecht. Wie wolle Jaroszewicz, wenn ihm das bei ihm, Kossygin, nicht gelungen sei, die polnischen Arbeiter davon überzeugen, dass die Maßnahme richtig sei? Jaroszewicz habe daraufhin versprochen, die polnische Führungsspitze werde über das Preisprojekt nachdenken, um einen für die Gesellschaft leichteren Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu finden. Als dann aber der polnische Premier die Preisänderungen im Sejm vorgestellt hatte, habe sich gezeigt, dass „nur redaktionelle Korrekturen vorgenommen“ worden waren. „Wozu ist er hierher zur Konsultation gekommen – sagte der enttäuschte und verletzte Kossygin.“³⁰ Der „unbegrenzte Vertrauenscredit für die polnische Parteiführung“, resümierte Kostikow, sei aufgebraucht gewesen.³¹

28 Piotr Kostikow/Bohdan Roliński: *Widziane z Kremla. Moskwa – Warszawa. Gra o Polskę* [Aus dem Kreml gesehen. Moskau – Warschau. Das Spiel um Polen], Warszawa 1992, S. 184.

29 Ebd., S. 185. Nach anderer Quelle fand ein Treffen ähnlichen Inhalts zwischen Breschnew und Gierek erst während der „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ am 29./30. Juni 1976 in Berlin statt. Ausgeschlossen wird auch nicht, dass es zwei Treffen gegeben hat. (Vgl. Sasanka, *PZPR i mechanizm*, S. 25, der sich auf den Bericht des damaligen ZK-Sekretärs Andrzej Werblan in der Wochenschrift „Przegląd Tygodniowy“ vom 14.8.1996 stützt.) Neuerdings hält es Sasanka für zweifelhaft, dass das Treffen vor der Berliner Konferenz stattfand und meint, dass sich Kostikow im Datum irrt. (Czerwiec 1976, S. 124). Nicht bezweifelt wird aber, dass es eine solche Zusammenkunft zwischen Breschnew und Gierek gegeben hat, bei dem der sowjetische Parteichef seine ablehnende Haltung gegenüber der Preismaßnahme bekundete.

30 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 185. Auch Gierek geht in seinen Erinnerungen darauf ein, dass die sowjetische Führung die Polen gewarnt und darum gebeten hatte, das Ganze zu überdenken und schätzte rückblickend ein: „Ich kann heute mit ganzer Offenheit feststellen, dass das freundschaftliche Ratschläge waren.“ (Edward Gierek, *Smak życia. Pamiętniki* [Der Geschmack des Lebens. Erinnerungen], Warszawa 1993, S. 201). Rakowski verweist im Zusammenhang mit einem Gespräch, das er mit Gierek-Berater Paweł Bożyk führte, der seinerseits mit Kostikow gesprochen hatte, auf die kritische Haltung der KPdSU-Führung. Vgl. Rakowski, *Dzienniki 1976–1978*, S. 73, notiert unter dem 19. Juni 1976.

31 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 186.

Auch wenn sich die PZPR-Führung überzeugt gab, die Preisoperation gebührend vorbereitet zu haben, stellte sie sich sicherheitspolitisch doch auf Proteste ein. Die im Mai 1976 begonnene Aktion erhielt den Decknamen „Sommer '76“. Bereits einige Wochen vor der Preiserhöhung wurden als „politisch unzuverlässig“ bekannte Personen zu „Armeeübungen“ einberufen. Anfang Juni befanden sich in einem „Sonderzentrum“ der Armee mehrere tausend Männer, die als besonders „unsicher“ galten, darunter Streikführer der Studenten aus dem Jahre 1968 und Mitglieder von Streikkomitees der Jahre 1970/1971. Angesichts möglicher Streiks und Straßenmanifestationen erhielten die Sicherheitskräfte detaillierte Direktiven. Im Rahmen der Aktion „Sommer '76“ ordnete Innenminister Stanisław Kowalczyk, der auch dem Politbüro angehörte, am 16. Juni an, bei den Wojewodschaftskommandos der Bürgermiliz (MO) Untersuchungsgruppen zu bilden. Diese sollten die Inspiratoren eventueller Vorfälle feststellen und deren Tätigkeit dokumentieren. In allen Wojewodschaften entstanden lokale Stäbe. Die Angehörigen des Innenministeriums erhielten keinen Urlaub, die tägliche Dienstzeit wurde auf zwölf Stunden verlängert.³²

Offiziell wurden die Preiserhöhungen am 24. Juni 1976, einem Donnerstag, von Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz im Sejm verkündet. Gegenüber der Preiserhöhung vom Dezember 1970 war die im Juni 1976 „viel radikaler“.³³ So sollten sich Fleisch sowie Fleischprodukte um 69% verteuern, während es 1970 „nur“ 17,6% waren. Die Preise für Geflügel sollten um 30%, für Butter und Milchprodukte um ca. 50% steigen und der Zuckerpreis sich gar fast verdoppeln. Insgesamt würden sich, so der Ministerpräsident, die Lebenshaltungskosten durch die Preismaßnahme um etwa 16% gegenüber 1975 erhöhen. Jaroszewicz teilte mit, dass die „vorgeschlagenen“ Erhöhungen im Rahmen von „Konsultationen“ in Betrieben, Einrichtungen und Gemeinden beraten werden sollten, um diese Ergebnisse dann auf der nächsten Sejmsitzung vorzulegen. Allerdings sagte er nicht, dass die neuen Preislisten bereits gedruckt vorlagen und am selben Tag in verplombten Wagen in die einzelnen Wojewodschaften gesandt wurden. Auch war die nächste Sejmsitzung bereits für den übernächsten Tag vorgesehen, damit die neuen Preise am Montag in Kraft treten konnten.³⁴

Für die „Konsultationen“ stand also lediglich ein Tag zur Verfügung, und die Meinung sollte zu einer Entscheidung eingeholt werden, die bereits getroffen war. Die von Jaroszewicz im Sejm angekündigten „Konsultationen“ entpuppten sich somit von vornherein als eine Farce. Sie waren „nichts mehr als der Versuch, eine fiktive Legitimation zu erlangen, ohne tatsächliche Beteiligung der Gesellschaft.“³⁵

32 Vgl. dazu Sasanka, Czerwiec 1976, S. 137–155; Tusiński, Rewolta robotnicza, S. 34f.; Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 34–36.

33 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 37.

34 W interesie dalszego rozwoju społeczno-gospodarczego kraju. Przemówienie premiera tow. Piotra Jaroszewicza [Im Interesse der weiteren sozial-ökonomischen Entwicklung des Landes. Rede des Premiers, Gen. Piotr Jaroszewicz], in: Trybuna Ludu, 25.6.1976, S. 3f., hier 4. Vgl. auch: Sasanka, Czerwiec, 1976, S. 114f., 166; Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 36f.; ders., Miejsce Czerwca '76 wśród kryzysów w PRL [Der Platz des Juni '76 unter den Krisen in der PRL], in: Sasanka/Spatek, Czerwiec 1976, S. 11–19, hier 15f.; Sasanka, PZPR i mechanizm, S. 26f.

35 Spatek, Wstyd nam, S. 67. Wie Spatek nachfolgend schreibt, erweckten die Machthaber den Eindruck, als ob das Tempo, mit dem die Preiserhöhungen eingeführt werden sollten, von „größter Bedeutung“ war. Und er vermutet, dass Gierek sie vielleicht wegen der Konferenz kommunistischer und Arbeiter-

Das von der PZPR-Führung beschlossene Konzept sah auch eine teilweise finanzielle Kompensation für die Preissteigerungen vor. Das Prinzip hatte Jaroszewicz ebenfalls am 24. Juni im Sejm erläutert: Personen, die monatlich weniger als 1.300 Złoty verdienten, sollten 240 Złoty Ausgleichszahlung erhalten, diejenigen, die mehr als 8.000 Złoty bekamen, hingegen 600 Złoty.³⁶ Damit war – wie es die 1. Wojewodschaftssekretäre am 8./9. Juni gewünscht hatten – die obere Grenze, bis zu der eine Kompensation erfolgte, angehoben worden. Die Höhe der vorgesehenen Ausgleichszahlungen hing also vom Einkommen ab und ließ sich auf die einfache Formel bringen: Wer mehr hatte, bekam auch mehr.

Solche als sehr ungerecht empfundenen Kompensationen waren es wohl, gegen die sich, wie Jerzy Eisler vermutet, am folgenden Tag erste Arbeiterproteste richteten.³⁷ So forderten die Angehörigen einer Abteilung der Metallwerke „Gen[eral] Walter“ in Radom, eine Änderung dieser Kompensationen. Die Arbeiter verlangten einfach eine Umkehr des Verfahrens: Die am wenigsten Verdienenden sollten den höchsten Betrag erhalten, die am besten Verdienenden den geringsten.³⁸

2. Flächenbrand

Am Tag, nachdem Jaroszewicz die Preisreform im Sejm verkündet hatte, kam es im ganzen Land zu Protesten und Streiks, besonders in Radom, Płock und in den Warschauer Ursus-Werken.³⁹ In Radom, wo die Proteste das größte Ausmaß erreichten, begann der Streik am 25. Juni früh in der Abteilung P-6 der Walter-Werke, um 7.00 Uhr hatte die ganze Abteilung die Arbeit niedergelegt. Andere Abteilungen schlossen sich an. Auf einer Kundgebung auf dem Werkgelände wurden der Betriebs- und auch der Hauptdirektor mit Pfiffen und unfreundlichen Rufen bedacht. Zwischen 8.10 und 8.30 Uhr formierte sich ein Zug von etwa 1.000 Personen, der den Betrieb verließ, ein Teil von ihnen fuhr auf Wagen aus dem Werk.

parteien in Berlin „hinter sich haben“ haben wollte, dass die Erhöhung für ihn eine „Prestigefrage“ gewesen sei, denn er wollte sich dort „als Mann des politischen und zugleich ökonomischen Erfolg“ präsentieren. Ebd.

36 W interesie dalszego rozwoju, S. 4.

37 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 37.

38 Dienstnotiz von einem Treffen mit einer Gruppe der Belegschaft der Abteilung P-10 in den „Walter“-Werken am 25.6.1976, in: Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 10, S. 100f., hier 100.

39 Vgl. zu diesen Ereignissen u.a. ders., Czerwiec w materiałach archiwalnych; Sasanka, Czerwiec 1976; ders./Spatek, Czerwiec 1976; ders./Sławomir Stępień: Czerwiec 1976. Radom, Ursus, Płock [Der Juni 1976: Radom, Ursus, Płock], Warszawa 2006; Jacek Pawłowicz/Paweł Sasanka: Czerwiec 1976 w Płocku i wojewódzkim płockim [Der Juni 1976 in Płock und in der Wojewodschaft Płock], Toruń 2003; Wiesław M. Mizerski (Hg.): Radomski czerwiec 1976, T: 1: Doniesienie o przestępstwie [Der Radomer Juni 1976. Bd. 1: Bericht über ein Verbrechen], Lublin 1991; Krzysztof Dubiński: Rewolta radomska. Czerwiec '76 [Die Radomer Revolte. Juni '76], Warszawa 1991; Radomski Czerwiec. Dwadzieścia lat później [Der Radomer Juni. Zwanzig Jahre später], Warszawa 1996. Der zeitgenössische „Kalender der Ereignisse in Radom, Ursus und Płock am 25.6.1976“ (vgl. Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Anhang zu Nr. 57, S. 260–269) gilt als tendenziös und fehlerhaft. Vgl. ebd., Einleitung, S. 47.

Diese „Wagen voller junger Menschen, die weiß-rote Fahnen schwenkten“ wurden zu einem Symbol der Radomer Ereignisse.⁴⁰

Da die Streikenden andere Betriebe von ihrer Arbeitsniederlegung in Kenntnis setzen wollten, befahl der Wojewodschaftskommandant der MO zusätzliche Kräfte in verschiedene Industriebetriebe, besonders in die Walter-Werke, zu entsenden. Gleichzeitig wurden die Telekommunikationsverbindungen der Fabrik mit der Stadt unterbrochen. Als klar war, dass die Arbeiter der Walter-Werke zum Gebäude des PZPR-Wojewodschaftskomitees ziehen wollten, schickte die MO zusätzlich 20 operative Mitarbeiter dorthin. Sie hatten die Aufgabe, die Streikenden zu verunsichern, die Streikführer festzustellen, den Eingang zu den Räumen des 1. Parteisekretärs zu blockieren und Vorbereitungen für eine eventuelle Evakuierung des Gebäudes zu treffen. Noch vormittags wurden weitere Milizkräfte angefordert. Die Arbeitsniederlegungen griffen jedoch immer weiter um sich. Insgesamt streikten am 25. Juni in der Stadt Radom 23, in der Wojewodschaft außerhalb der Stadt weitere zwei Betriebe.

In Radom selbst war die Menge vor dem Wojewodschaftskomitee schon vor 10.00 Uhr auf geschätzte 6.000 Personen angewachsen. Die Menschen forderten Gespräche mit dem 1. Sekretär Janusz Prokopiak, der seinerseits vorschlug, eine Delegation zu empfangen. Nach den Erfahrungen vom Dezember 1970 befürchteten die Versammelten jedoch eine Provokation sowie die Verhaftung der Delegierten und stimmten nicht zu. Gegen 11.00 Uhr sprach der Wojewodschaftssekretär Jerzy Adamczyk zu der stetig größer werdenden Menge, konnte aber nichts ausrichten. Die Atmosphäre wurde immer angespannter, besonders nachdem sich das – falsche – Gerücht verbreitete, Prokopiak sei im weißen Kittel der Rettungskräfte geflohen.

Gegen Mittag gelangte ein Teil der Protestierenden ins Gebäude des Wojewodschaftskomitees, wo sie Prokopiak fanden. Um 12.30 Uhr sprach dieser endlich zu den Versammelten. Er versprach, ihre Forderung nach Rücknahme der Preiserhöhungen an die Warschauer Führung zu übermitteln und telefonierte deshalb mit Politbüromitglied Jan Szydłak. In seinen Erinnerungen beschreibt Prokopiak, wie er die für ihn dramatische Situation empfand: „Ich gehe ohne Furcht auf den Korridor heraus, eine Menschenmenge, Kopf an Kopf. Ich dränge mich in Richtung der Halle am Treppenhaus durch. Die Menschen schreien, trampeln. Der Lärm übertönt alles. Ich bitte um ein Sprachrohr, anders wird mich niemand hören. [...] Sie gaben mir ein Sprachrohr, ich bewegte mich in Richtung Fenster. Eine schreiende Frau versperrte mir den Weg. Ich hielt irgendeinen Streifen Papier und schrie mit voller Stimme.“ Prokopiaks Rede wurde von Pfiffen begleitet. Eine dreiköpfige Delegation kam mit ihm, als er ins Sekretariat ging, um bei Szydłak anzurufen. Als er zurückkehrte, hatte sich die Lage nicht beruhigt, im Gegenteil. „Wieder Pfiffe und Protestrufe. Die Erregung der Menge wuchs. Der Schweiß rann mir über den Rücken. [...] Ich wurde ratlos.“⁴¹

Tatsächlich war der mit 43 Jahren verhältnismäßig junge und unerfahrene PZPR-Chef der erst 1975 entstandenen Wojewodschaft Radom von der Situation völlig überfordert. Er gehörte zu den 1. Wojewodschaftssekretären, die erst seit einem Jahr im Amt waren. Zuvor

40 Eisler, Mieszce Czerwca '76, S. 16.

41 Janusz Prokopiak: Radomski czerwiec '76. Wspomnienia partyjnego sekretarza [Der Radomer Juni '76. Erinnerungen eines Parteisekretärs], Warszawa/Radom 2001, S. 52–54.

hatte er keine höhere Parteifunktion ausgeübt, sondern war zunächst als Bauingenieur und ab 1970 hauptamtlich im Gewerkschaftsapparat tätig gewesen, zuletzt als Vorsitzender des Hauptvorstandes der Gewerkschaft der Beschäftigten des Bauwesens und der Baumaterialienindustrie.⁴²

Im Laufe des 25. Juni drangen immer mehr Menschen in das Parteigebäude ein. Drei Personen, darunter ein Mädchen, zogen die rote Fahne vom Dach herunter; ein Junge wischte sich damit in bezeichnender Geste die Schuhe ab. Anstelle der roten wurde am Mast die weiß-rote Nationalfahne gehisst; die Menschen vor dem Gebäude sangen die Nationalhymne. Solche national-patriotischen Bekundungen hatte es auch 1970/1971 gegeben. Etwa um 13.00 Uhr begann eine regelrechte Plünderung des Wojewodschaftsgebäudes. Eine Gruppe gelangte zur Kantine, wo sie Büchsen mit Schinken und Wurst vorfand, Dinge, wie man sie seit langem in der Stadt nicht mehr kaufen konnte. Der Fund erboste die Protestierenden zusätzlich. Mit Rufen wie „Seht, wie diese Fettwänste leben! Und wir?“ fingen sie an, das Gebäude zu demolieren und Möbel aus dem Fenster zu werfen. Unklar blieb, wer schließlich das Haus anzündete. Um 14.35 erging der Befehl der Miliz, die Leitung und die Beschäftigten des Wojewodschaftskomitees in das MO-Gebäude zu evakuieren.

Auf den Straßen war eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen den Sicherheitskräften und den Protestierenden entbrannt. Mit Knüppeln, Tränengas und Wasserwerfern bemühte sich die MO, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Diese wiederum warfen Steine auf die Milizangehörigen, errichteten Barrikaden, zündeten Autos an und plünderten Läden. Über der Stadt kreisten Hubschrauber, von denen aus die Demonstranten beobachtet und gefilmt wurden. Gegen 16.00 Uhr standen das Wojewodschaftskomitee und das Passbüro der MO in Flammen.

Bei den mehrere Stunden andauernden Zusammenstößen mit der MO auf den Straßen gab es vermutlich mehrere hundert verletzte Demonstranten. Die offiziell angegebenen 121 Zivilpersonen bezogen sich nur auf jene, die ärztliche Hilfe in Anspruch genommen hatten. Auch 75 MO-Angehörige wurden nach Angaben des Innenministeriums verletzt, davon neun schwerer. Auch zwei Tote waren zu beklagen. Sie starben beim Versuch, einen mit Betonplatten beladenen Anhänger in die Straßenmitte zu bringen. Die Miliz feuerte fast 17.500 Tränengasgranaten und Knallkörper ab. Zu einem Schusswaffeneinsatz durch die MO, bei der nur die Offiziere über Pistolen verfügten, kam es indes hier wie auch in anderen Orten nicht. Die in Radom entstandenen Schäden waren beträchtlich. Außer dem PZPR-Wojewodschaftskomitee und dem MO-Passbüro wurden vier Fahrzeuge angezündet. 134 Läden, Kioske und andere Handelseinrichtungen waren geplündert und 28 von ihnen vollständig zerstört worden. Die Behörden schätzten den insgesamt entstandenen Schaden auf etwas über 77,2 Mio. Złoty.

Ähnlich wie in Radom verliefen die Ereignisse in der Stadt Płock, doch nahmen sie dort nicht so heftige Formen an.⁴³ Bereits um 6.00 Uhr früh streikte die ganze Belegschaft der Mazowischen Raffinerie- und Petrolchemischen Werke. Nach dem Ende der ersten Schicht

42 Ebd., S. 4.

43 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 50. Ausführlich zu den Ereignissen in Płock: Pawłowicz/Sasanka, Czerwiec 1976 w Płocku.

fand eine Kundgebung auf dem Werkgelände statt, von der aus ein Teil der Beschäftigten zum Gebäude des PZPR-Wojewodschaftskomitees marschierte. Vorbeigehende Passanten und streikende Arbeiter der Erntemaschinenfabrik schlossen sich ihnen an. Weil es hier jedoch zu Gesprächen zwischen Parteifunktionären und Streikenden kam, verliefen die Proteste bis in die Abendstunden friedlich. Erst gegen 21.00 Uhr, als die Menge vor dem Parteigebäude schon deutlich kleiner geworden war, wurde sie von Milizabteilungen angegriffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen dauerten etwa eine Stunde, Fensterscheiben, darunter am Wojewodschaftsgebäude, gingen zu Bruch, Lautsprecherwagen wurden angegriffen, ein Feuerwehrgewagen umgeworfen. Nach Angaben des Innenministeriums gab es aber keine Verletzten. Die materiellen Schäden waren verhältnismäßig gering und betragen knapp 80.000 Złoty.

Generell folgte der Verlauf der Proteste in Radom und Płock dem vom Dezember 1970 bekannten Schema. Etwas anders liefen die Ereignisse bei den Warschauer Ursus-Werken ab. Es begann auch hier mit einem Streik und einer Kundgebung. Schon vor 8.00 Uhr hatten 90% der Beschäftigten der Nacht- und der Frühschicht die Arbeit niedergelegt. Während sie sich versammelten, waren Gewerkschaftsvertreter bemüht, sie zur Rückkehr an die Arbeitsplätze zu bewegen. Schließlich verließen einige hundert Arbeiter den Betrieb und zogen zu den nahegelegenen Eisenbahngleisen. Ihnen schlossen sich weitere Betriebsangehörige an, besonders nachdem der Werkdirektor und der 1. Sekretär des PZPR-Betriebskomitees den vor dem Verwaltungsgebäude versammelten Arbeitern verkündet hatten, sie fänden die Preiserhöhungen richtig und Streikende hätten ernste Konsequenzen zu fürchten. Gegen 9.30 Uhr befanden sich rund 2.000 Personen an den Gleisen. Nachdem die Telefonverbindungen zwischen Ursus und dem übrigen Polen unterbrochen worden waren, machten die Arbeiter auf spektakuläre Weise auf sich aufmerksam: Sie blockierten die Eisenbahnverbindungen zwischen Warschau und Łódź sowie zwischen Warschau und Poznań und hielten auch die internationalen Züge Warschau-Paris und Berlin-Warschau auf.

Im Laufe des Tages stieg die Zahl der Streikenden weiter. Bis 15.00 Uhr schloss sich ihnen die gesamte zweite Schicht des Werkes an. Die Arbeiter lagerten auf den Schienen, aus dem Betriebsmagazin wurden kalte Getränke gebracht. Nachmittags hielten die Protestierenden ein Auto mit Eiern sowie einen LKW mit Zucker an und verteilten dies ebenso unter sich wie Lebensmittel aus dem Restaurantwagen eines Expresszuges. Wie Eisler beschreibt, erinnerte das Beobachtern zufolge alles etwas an die „Atmosphäre eines Picknicks“.⁴⁴

Doch dann eskalierte die Situation. Nachdem sich schon ein Teil der Streikenden langsam zu zerstreuen begann, bemühten sich andere, Schienen herauszuschneiden. Da dies misslang, gingen sie ab etwa 17.15 Uhr daran, Gleise auseinanderzuschrauben, und sie versuchten, Barrikaden zu errichten. Zwar wurden alle Aktivitäten der Arbeiter an den Gleisen vom Hubschrauber aus gefilmt, doch hielt sich die Miliz lange zurück. Erst um etwa 21.30 Uhr, als viele Streikende schon wieder zu Hause waren, griff sie ein. Die Sicherheitskräfte benötigten nur etwa eine halbe Stunde, bis sie Herr der Lage waren. In dieser Zeit brannte der Restaurantwagen des Pariser Expresszuges aus, der Nachbarwaggon wurde beschädigt. Das Feuer entstand nach Eisler wahrscheinlich, als der Knallkörper eines Milizionärs den Wagen

44 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 47.

traf.⁴⁵ Die Wiederherstellung der Ordnung auf den Straßen dauerte – ähnlich wie in Radom – noch bis in die Nachtstunden. 15 MO-Angehörige und ein Demonstrant, also sehr viel weniger Menschen als in Radom, wurden nach Angaben des Innenministeriums verletzt.

Radom, Płock und Ursus waren spektakuläre Beispiele für eine Streikwelle, die am 25. Juni 1976 das ganze Land erfasste. Streiks gab es in 24 der 49 Wojewodschaften. Nach unterschiedlichen Angaben wurden 90 oder 112 Betriebe davon erfasst. Auch die Zahl der Teilnehmer wird differierend mit 71.116 bzw. 80.019 angegeben.⁴⁶ Allein in Łódź streikten etwa 2.300 Arbeiter der Früh- und Nachmittagschicht in elf Betrieben. Die größten Arbeitsniederlegungen gab es in der Spezialwerkzeugmaschinenfabrik „Polmo“, wo 732 Arbeiter elf Stunden lang streikten, und in den Bekleidungswerken „Emfor“, in denen 710 Beschäftigte für 8,5 Stunden die Arbeit niederlegten.⁴⁷ Deutlich geringer war die Streikbereitschaft in der Wojewodschaft Poznań. In der Stadt Poznań arbeiteten 146 Beschäftigte der Wälzlagerfabrik für knapp vier Stunden nicht, und in der Fabrik für Chirurgische Instrumente „Chifa“ in Nowy Tomysł streikten 205 Arbeiter aus zwei Schichten zusammen acht Stunden lang.⁴⁸

Die PZPR-Führung war, wie die Aktion „Sommer '76“ zeigte, auf Proteste eingestellt, in dieser Heftigkeit waren sie aber wohl nicht erwartet worden. Nun reagierte man rasch. Wie Edward Gierek rückblickend schrieb, habe ein „schweres Dilemma“ bestanden. „Was soll man weiter tun? Soll man trotz alledem die Preise beibehalten oder auch auf sie verzichten? Nach kurzer Diskussion entschieden wir uns, die Erhöhung zurückzustellen und folglich zu den vorhergehenden Preisen zurückzukehren. Diese Entscheidung wurde schnell getroffen, denn es ging darum, dass Piotr [Jaroszewicz] sie in den Abendnachrichten verkünden konnte.“⁴⁹ Gierek begründete die Rücknahme, die – auch wenn das nicht zugegeben wurde – das Eingeständnis einer Niederlage war,⁵⁰ mit dem „Eindruck des Dezembersyndroms“. Sogar unbewaffnete Milizionäre gegen Demonstranten zu entsenden, berge „immer ein Risiko in

45 Ebd., S. 49.

46 Sasanka, Czerwiec 1976, S. 248f.

47 Krzysztof Lesiakowski: Strajki robotnicze w Łodzi w latach 1957–1980 [Die Arbeiterstreiks in Łódź in den Jahren 1957–1980], in: ders. (Hg.): Opozycja w opór społeczny w Łodzi 1956–1981 [Opposition und gesellschaftlicher Widerstand in Łódź 1956–1981], Warszawa 2003, S. 30–41, hier 36.

48 Przemysław Zwiernik: Czerwiec '76 w województwie poznańskim [Der Juni '76 in der Wojewodschaft Poznań], in: Sasanka/Spatek, Czerwiec 1976, S. 55–62, hier 58.

49 Janusz Rolicki/Edward Gierek: Przerwana dekada [Die abgebrochene Dekade], Warszawa 1990, S. 134.

50 So bewertete das sofort auch Mieczysław F. Rakowski, der am 27. Juni in sein „Tagebuch“ schreibt: „Das ist zweifellos eine empfindliche Niederlage für die Politik von Gierek. Die letzten sechs Jahre hindurch wurde über nichts anderes geredet als nur über die herrliche Entwicklung des Landes. Bei jedem Schritt, in beinahe jeder Minute wurde gesprochen und geschrieben, dass die Massen mit uns sind, dass sie ungewöhnlich zufrieden mit der Entwicklung Polens sind, dass es sich besser lebt, dass sie volles Vertrauen zur Gierek-Mannschaft haben. Und plötzlich, bei der ersten ernststen Konfrontation zeigten die Massen dem I. Sekretär den Rücken. [...] Eine Niederlage erlitt die Regierung der Technokraten. Es erwies sich, dass sie die Stimmungen in der Gesellschaft nicht kennt. Sie sind zu interessanten ökonomischen Konzepten, Verwaltungssystemen usw. in der Lage, aber sie können oder wollen den gesellschaftlichen Kontext nicht berücksichtigen. Rakowski, Dzienniki 1976–1978, S. 81f.“

sich, ein schreckliches Risiko“. Daher habe er es „aus Angst vor weiteren Protesten“ vorgezogen, „zurückzuweichen“.⁵¹ Die Entscheidung fiel am 25. Juni 1976 um 18.15 Uhr auf einer nicht protokollierten außerordentlichen Sitzung des Politbüros.⁵²

Um 20.00 Uhr des 25. Juni trat dann, wie vom Politbüro beschlossen, Ministerpräsident Jaroszewicz im Fernsehen auf und teilte in einer kurzen Ansprache mit, dass die Preiserhöhungen nicht stattfinden würden. Diese wären nur ein Vorschlag gewesen, der Verzicht darauf sei nach den „Konsultationen“ in den Betrieben erfolgt. Der überwiegende Teil der Teilnehmer hätte zwar Verständnis bekundet, da aber verbreitet Zweifel zum Umfang der Preissteigerungen sowie über die Grundsätze der Kompensation geäußert wurden, habe der Ministerrat, nachdem er die Meinung des Präsidiums des CRZZ eingeholt habe, beschlossen, die bisherigen Preise beizubehalten. Mit keinem Wort ging Jaroszewicz auf die Streiks oder gar die gewaltsamen Auseinandersetzungen ein.⁵³

Noch am 25. Juni sowie am folgenden Tag befasste sich die Plankommission beim Ministerrat mit den Folgen dieses Rückzugs. Eine Konsequenz der Entscheidung sei, so das Gremium, dass die Realisierung des Planes vor allem in der Nahrungsgüterwirtschaft sowie bei der Aufrechterhaltung des Geld- und Marktgleichgewichts zusätzlich erschwert werde. Die Plankommission nahm Korrekturen am Plan 1976 bis 1980 vor. So wurde u.a. der Anstieg des Durchschnittslohnes mit 16,5% gegenüber dem ursprünglichen Ziel um einen halben Punkt niedriger angesetzt. Im zweiten Halbjahr 1976 sollten ca. 60.000 Arbeitsplätze weniger geschaffen werden als vorgesehen. Den Lohnfonds wollte man um etwa 1,5 Mrd. Złoty reduzieren, im Staatshaushalt sollten rund zehn Mrd. Złoty eingespart und die Investitionen um 2,5 Mrd. Złoty verringert werden.⁵⁴

Jaroszewicz wollte wegen der missglückten Preisoperation sein Regierungsamt aufgeben. Doch Gierek lehnte dies „entschieden“ ab und bat den Ministerpräsidenten, „auf dem Posten“ zu bleiben und „die Wirtschaftspolitik mit den Korrekturen, die die Situation erfordert“, fortzusetzen. „Nach Jahren schätze ich ein“, so Jaroszewicz später, „dass ich einen Fehler gemacht habe, indem ich geblieben bin. Mit Sicherheit hätte ich gehen sollen. Aber damals, in diesen für mich sehr schweren Momenten, siegte die Überzeugung, dass man nicht abtreten darf, wenn es schwer ist. Ich war dabei vollkommen überzeugt, dass wir die richtige Wirtschaftspolitik verwirklichen“.⁵⁵

51 Rolicki/Gierek, *Przerwana dekada*, S. 135.

52 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 51; Sasanka, *Czerwiec 1976*, S. 259.

53 Oświadczenie Prezesa Rady Ministrów [Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates], in: *Trybuna Ludu*, 26./26.7.1976, S. 1. Informationen, dass in Radom und Ursus „ungewöhnliche ‚Ereignisse‘“ vor sich gegangen waren, erfolgten in der landesweiten Presse erst am Montag, dem 28.6.1976 (vgl. *Spałek*, *Wstyd nam*, S. 68). So veröffentlichte das „Zentralorgan“ der PZPR im Zusammenhang mit der begonnenen Kundgebungskampagne (vgl. dazu den folgenden Abschn. d. Kap.) einen Kommentar, diese sei die Antwort auf das „Abenteurertum“, die „Zerstörer der gesellschaftlichen Ordnung“, auf die „Vernichtung unseres gesellschaftlichen Eigentums“, sie sei „die Antwort auf Radom und Ursus, auf die brutale Störung der Atmosphäre der Konsultationen“. Was allerdings in Radom und Ursus (oder auch in vielen anderen Orten des Landes) vor sich gegangen war, teilte die Zeitung weder in diesem Kommentar noch an anderer Stelle mit. Irena Dryk: *Najważniejsze sprawy narodu* [Die wichtigsten Fragen der Nation], in: *Trybuna Ludu*, 28.6.1976, S. 1, 3, hier 1.

54 Sasanka, *Czerwiec 1976*, S. 373.

55 Piotr Jaroszewicz/Bohdan Roliński: *Przerywam milczenie. 1939–1989* [Ich breche das Schweigen. 1939–1989], Warszawa 1991, S. 221.

Nach der politischen Wende von 1989 gestanden sowohl Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz⁵⁶ als auch Parteichef Edward Gierek ein, bei den Preisveränderungen falsch vorgegangen zu sein. Der Fehler habe, so Gierek, „in der schlecht durchgeführten Propagandaaktion“ gesteckt. Damals jedoch sei man überzeugt gewesen, dass das „Projekt der Preisveränderungen ehrlich eingeführt“ worden wäre.⁵⁷

3. Inszenierte Zustimmung

In der Nacht vom 25. zum 26. Juni 1976 berieten Parteichef Edward Gierek, Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz sowie die Politbüromitglieder und ZK-Sekretäre Edward Babiuch und Jan Szydlak über das weitere Vorgehen. Sie beschlossen, am Morgen des 26. Juni eine Telefonkonferenz mit den 1. Sekretären der Wojewodschaftskomitees durchzuführen.⁵⁸

Auf dieser Telefonkonferenz⁵⁹ informierte Gierek eingangs über die Ereignisse des vergangenen Tages und den Verzicht auf die Preiserhöhungen. Im Weiteren entwickelte er in einer etwas konfus wirkenden Weise einen Plan, der noch im historischen Rückblick etwas von der verfahrenen Situation ahnen lässt: „Es scheint mir“, betonte der Parteichef, „dass wir eine Niederlage zur rechten Zeit vermieden haben. Aber ich könnte auch nicht sagen, dass das unser Sieg war.“ Die Partei müsse daher diese „verlorene Schlacht, Genossen, in unseren Sieg umschmieden“. Dazu sei es nötig, „ab morgen, im Verlaufe des morgigen Tages und am Montag in allen Wojewodschaften Massenkundgebungen, Kundgebungen für einige zigtausend und sogar hundert- oder über hunderttausend Menschen“ durchzuführen. Auf ihnen sollte bekundet werden, dass die Vorschläge richtig waren und dass „die Methoden, der gewaltigen Mehrheit der Arbeiterklasse, der Nation, den Willen einer kleinen Gruppe von Rowdys aufzuzwingen“, nicht unterstützt würden. Alle „rowdyhaften, unverantwortlichen Exzesse, die unser Land nach rückwärts drängen wollen“, sollten verurteilt werden. Ihm sei das, meinte Gierek, „nötig wie die Sonne, wie das Wasser, wie die Luft.“⁶⁰

Jan Szydlak ergänzte, dass die Veranstaltungen „Manifestationen zur Unterstützung der Partei, des Zentralkomitees und des I. Sekretärs des ZK, Edward Gierek, und der Regierung der Volksrepublik Polen in der Person des Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Piotr Jaroszewicz“ werden sollten und dies auch in den auf den Kundgebungen anzunehmenden Resolutionen und Beschlüssen zum Ausdruck zu bringen sei.⁶¹ Was Radom betraf, so sollte den Einwohnern der Stadt gezeigt werden, „wie sie Polen schaden“. Die Radomer sollen, erklärte Gierek, „einfach spüren, dass ganz Polen sie geringschätzt, dass ganz Polen ihnen

56 Ebd., S. 219: „Aus der Perspektive schätze ich ein, dass die Gesellschaft nicht ausreichend auf die Akzeptanz der Höhe der geplanten Preiserhöhungen und die Grundsätze der Reform selbst vorbereitet wurde.“

57 Rolicki/Gierek, *Przerwana dekada*, S. 136, 134.

58 Sasanka, *Czerwec 1976*, S. 326; Eisler, *Czerwec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 53; Andrzej Garlicki: *Z tajnych archiwów* [Aus den Geheimarchiven], Warszawa 1993, S. 395.

59 Dokumentiert ist die Telefonkonferenz in: Garlicki, *Z tajnych archiwów*, S. 396–406.

60 Ausführungen Gierek, in: ebd., S. 396–400, Zitate S. 398.

61 Ausführungen von Szydlak, in: ebd., S. 400–404, hier 400.

grollt, dass ganz Polen ihnen das lange nicht vergessen wird.⁶² Den Ausführungen Giereks und Szydłaks folgte nur eine kurze Diskussion,⁶³ hatten beide doch klare Anweisungen erteilt, wie die Parteichefs in den Wojewodschaften vorzugehen hatten.⁶⁴

Wie vorgesehen, fanden nun am 27. und 28. Juni 1976 in den Wojewodschaften Kundgebungen statt.⁶⁵ Um die nötige Teilnahme zu sichern, wurden die Direktoren vieler Betriebe dafür verantwortlich gemacht, dass die ganze Belegschaft hinging. Zu diesem Zweck führte man teilweise auch Anwesenheitslisten. Auf diese Weise wurde nach außen hin eine gewaltige Zustimmung zu Giereks Politik inszeniert. Allerdings blieb die Stimmung vieler Teilnehmer zumindest gedämpft. So bekannte die PZPR in Poznań im Juli 1976, viele Teilnehmer des Meetings auf dem Adam-Mickiewicz-Platz, nach Parteiangaben waren es 120.000 Menschen, hätten dessen Zweck nicht verstanden. Auch ihre eigene Teilnahme werteten sie negativ, standen weit weg und sangen die Internationale nicht mit.⁶⁶ In Łódź fanden nach der großen Unterstützungskundgebung für Gierek in den folgenden Tagen noch 113 ähnliche Veranstaltungen statt, die nicht immer nach dem geplanten Szenarium abliefen. So trat in den Papierwerken der Stadt nach der Rede Stille ein, die Arbeiter wollten nicht in Bravorufe ausbrechen. Im Baumaschinenbetrieb „Budomasz“ enthielt sich ein parteiloser Arbeiter der Stimme, als die Resolution angenommen wurde, und in den Bekleidungswerken „Emfor“ gab es vereinzelt Äußerungen, dass die Streikenden in Radom und bei Ursus die Rückkehr zu den bisherigen Preisen für alle erkämpft hätten.⁶⁷

Wie von Gierek auf der Telefonkonferenz vorgegeben, besaß die Kundgebung in Radom einen etwas anderen Charakter als die in den übrigen Wojewodschaftshauptstädten. Die Teilnehmer übten „Selbstkritik beinahe wie zu Stalin-Zeiten“.⁶⁸ Da auch der Parteileitung der Stadt Schuld an den Vorfällen zugewiesen wurde, durfte Janusz Prokopiak als einziger PZPR-Wojewodschaftschef nicht reden. Dafür sprach der Stadtpräsident Tadeusz Karwicki, dessen Rede ZK-Sekretär Jerzy Łukasiewicz (1931–1983) verfasst hatte.

Die Beschimpfungen als Rowdys, unverantwortliche Elemente usw., mit denen die Teilnehmer an den Protesten auf den Kundgebungen und Versammlungen belegt wurden, ähnelten denen, die schon im Dezember 1970 gegenüber den Streikenden und Demonstrierenden vorgebracht worden waren. Bis zuletzt hielt Jaroszewicz daran fest, dass „die Organisatoren und Ausführenden jener Zerstörungen nicht die Arbeiter von Ursus“ gewesen sein konnten. „Die Unzufriedenheit oder sogar Empörung der Menschen und die Zeichen des Protestes“, meinte er, „waren eine natürliche Sache. Jedoch wurde diese Unzufriedenheit für Intrigen ausgenutzt. Nicht die Arbeiter von Radom und Ursus raubten, zündeten ihre Städte an und zerstörten sie. Nicht die Arbeiter begannen mit dem Krawall. Nicht sie bereiteten rechtzeitig Plakate, Flugblätter und Losungen vor. Nicht sie paralyisierten die Macht, die Parteiorgani-

62 Ausführungen Gierek, S. 399.

63 Ebd., S. 406–408.

64 Am 26. Juni wurden dann auch zentral „Thesen für die Reden auf den Kundgebungen“ verfasst. Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 15, S. 132–135.

65 Vgl. dazu vor allem Sasanka, Czerwiec 1976, S. 334–341; Spatek, Wstyd nam, S. 70–73.

66 Zwiernik, Czerwiec '76 w województwie poznańskim, S. 60.

67 Lesiakowski, Strajki, S. 36f.

68 Spatek, Wstyd nam, S. 72. Ausführlich über die Kundgebung in Radom vgl. Sasanka, Czerwiec 1976, S. 341–346.

sationen und -instanzen, die Miliz. Die Arbeiter protestierten, aber sie warfen nicht die Feuerfunken.“⁶⁹

Diese Sicht der Dinge mochte die Entscheidungen auf der obersten Führungsebene mehr oder weniger beeinflusst haben. Sie erklärt aber nicht den Entschluss zu der peinlichen Kampagne inszenierter Zustimmung. Die sah man auch in der KPdSU-Führung ziemlich kritisch. Wie Kostikow schreibt, konnte den „Sinn dieser Meetings [...] bei uns niemand verstehen, und Russakow sagte was in der Art, dass die Polen mit Geschrei die Verzweiflung übertönen wollen, aber so geht es allgemein bei Beerdigungen zu“.⁷⁰ Die Methode, öffentliche und massenhafte Zustimmungsbekundungen zu erzwingen, war der PZPR-Führung jedoch durchaus geläufig. Im März 1968 hatte Gomułka nicht viel anders gehandelt, als er Arbeiter aufmarschieren ließ, um die Studentenproteste zu verurteilen. Auch Gierek hatte sich dabei wenig rühmlich hervorgetan. Offenbar wollte er nun, als er selbst mit Protesten konfrontiert war, wiederholen, was reichlich sechs Jahre zuvor recht gut funktioniert hatte.

Später kamen aber auch Gierek und Jaroszewicz offenbar Bedenken zur Art und Weise, wie die Kundgebungen veranstaltet worden waren. Gierek meinte, viele davon seien in einer „geradezu kabarettistischen Weise organisiert“ worden.⁷¹ Allerdings ging er nicht darauf ein, dass diese Manifestationen genau nach dem von ihm auf der Telefonkonferenz in der Nacht vom 25. zum 26. Juni 1976 vorgegebenem Muster abgelaufen waren. Jaroszewicz hielt sie, „delikat gesagt“, für „politisch nicht nützlich“.⁷² Man konnte sie auch kontraproduktiv nennen.

Den formalen Abschluss der Kampagne bildete das vom Fernsehen und drei Rundfunksendern direkt übertragene Treffen von Gierek und Jaroszewicz mit dem „Arbeiteraktiv“ der Wojewodschaft Katowice am 2. Juli 1976. Auf der Veranstaltung sprach Gierek, dessen Ton gegenüber den bisherigen Äußerungen deutlich gemäßigter war. Spalek führt das auf eine wahrscheinliche Intervention Breschnews während der Berliner „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien“ zurück.⁷³

In seiner Rede ging Gierek nochmals ausführlich auf die Preisoperation vom Vormonat ein. Mit Blick auf die gegen sie gerichteten Proteste sprach er von „tief betrüblichen Ereignissen“. Die Ablehnung einer Diskussion und die „Unterbrechung der Arbeit“ seien „unzulässig und schädlich nicht nur deshalb, weil sie einen sachlichen Meinungs austausch unmöglich machen, sondern auch deshalb, weil sie einen Spannungszustand hervorrufen, bei dem asoziale Kräfte und Elemente zum Vorschein kommen, deren Vorgehensweisen uns allen Polen Schande und dem Land Schaden bringen.“ Im Laufe der Diskussionen habe es aber „Tausende und Zehntausende schöpferischer und konstruktiver Bemerkungen und Vorschläge, darunter auch kritische“ gegeben, die „zweifellos helfen, dieses schwierige

69 Jaroszewicz/Roliński, *Przerywam milczenie*, S. 219, 221. Gelegenheit, diese Position von 1991 zu überdenken, hatte Jaroszewicz nicht mehr. Er wurde 1992 zusammen mit seiner Frau ermordet.

70 Kostikow/Roliński, *Widziane z Kremla*, S. 187.

71 Rolicki/Gierek, *Przerwana dekada*, S. 137.

72 Jaroszewicz/Roliński, *Przerywam milczenie*, S. 223.

73 Spalek, *Wstyd nam*, S. 73. Sasanka setzt das oben bei Kostikow zitierte Treffen zwischen Gierek und Breschnew erst zu diesem Zeitpunkt an. *Czerwiec 1976*, S. 346f.

Problem zu lösen“.⁷⁴ Es seien dennoch „eine Reihe von Zweifeln und auch psychologische Widerstände“ offenbar geworden. Die in den „Konsultationen“ vorgebrachten Meinungen und Vorschläge würden eine „sorgfältige und tiefgründige Erwägung“ erfordern.⁷⁵ Damit versuchte Gieriek, wie er es auf der Telefonkonferenz gefordert hatte, die offensichtliche Niederlage in einen Erfolg „umzuschmieden“ und zu beweisen, wie demokratisch die Diskussion zwischen der Macht und der Bevölkerung in der PRL ablaufe. Immer wieder kam er daher in seiner Rede auf die Frage zurück, dass nichts getan werde „ohne das Verständnis, die Unterstützung und das Mitwirken der Gesamtheit der Polen“.⁷⁶

4. Zucker, Fleisch und „Wirtschaftsmanöver“

In seiner Katowicer Rede ließ Gieriek keinen Zweifel aufkommen, dass die PZPR-Führung trotz allem an Preisveränderungen festhalten wollte. Diese seien von „den ökonomischen Notwendigkeiten, der Sorge um bessere Entwicklungsbedingungen für die Wirtschaft und das Wachstum der Reallöhne, um die notwendige Festigung des Marktgleichgewichts diktiert“. Daher bleibe das „Problem der Preisstruktur [...] auf der Tagesordnung, und wir können seiner Lösung nicht ausweichen. Das ist unsere gesamtstaatliche Aufgabe.“⁷⁷

Am 12. Juli 1976 beriet das Politbüro über einen Vorschlag Jaroszewicz, die Aufkauf- und Einzelhandelspreise für Fleisch um durchschnittlich 35% und den Preis für Zucker von 10,5 Złoty auf 18 Złoty (d.h. um mehr als 70%) anzuheben. Namentlich von Parteichef Gieriek aufgefordert, äußerten sich alle Anwesenden zu dem Projekt und unterstützten es, nicht ohne unterschiedliche Zweifel und Nuancen zu artikulieren. Am Ende der Diskussion erklärte Gieriek, man könne sich nicht auf einen einheitlichen Standpunkt festlegen, da es keine hundertprozentige Übereinstimmung gebe. Dies lasse eine Erhöhung der Fleischpreise nicht zu.⁷⁸

Eine Woche später, am 19. Juli 1976, ging Gieriek auf der Beratung der 1. Sekretäre der PZPR-Betriebskomitees aus den größten Produktionsbetrieben auf Vorschläge des Ministerpräsidenten zur „langfristigen Lösung des Problems der Preisstruktur bei Lebensmitteln“ ein. Diese inzwischen auch vom Politbüro gutgeheißenen Vorschläge wären „gestützt auf die Resultate der bisherigen Konsultationen und Diskussionen ausgearbeitet“ worden und kämen „den gesellschaftlichen Gefühlen und Erwartungen entgegen“. Der Weg zur Lösung des Preisproblems würde nun zwar länger und er werde mehr Zeit beanspruchen, doch dafür

74 Edward Gieriek: *Miłość Ojczyzny przekuwajmy w czyn. Przemówienie na spotkaniu z aktywnym robotniczym województwa katowickiego* [Schmiedem wir die Liebe zum Vaterland in die Tat um. Rede auf dem Treffen mit dem Arbeiteraktiv der Wojewodschaft Katowice], in: *Nowe Drogi*, 30 (1976) 7, S. 43–48, hier 45.

75 Ebd., S. 46.

76 Ebd., S. 45.

77 Ebd., S. 46f.

78 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S.57f.; Sasanka, *PZPR i mechanizm*, S. 29. Beide stützen sich auf: Józef Tejchma: *Kulisy dymisji. Z dzienników ministra kultury 1974–1977* [Die Kulissen des Rücktritts. Aus den Tagebüchern des Kulturministers 1974–1977], Kraków 1991, S. 118.

seien „nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Gründe“ beachtet, „sondern auch die für das Leben jeder Gemeinschaft ungemein wichtigen psychologischen und emotionalen Faktoren“ besser berücksichtigt worden. Wieder sollte die Entscheidung von „Konsultationen“⁷⁹ begleitet werden. Angesichts der jüngsten Erfahrungen versicherte Gierek jedoch: „Wir werden uns mit den Entscheidungen nicht beeilen. Wir wollen, dass die Sache grundlegend diskutiert wird, um die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass die vorgeschlagenen Lösungen richtig sind.“⁸⁰

Die „neue Konzeption“ sah vor, in Etappen vorzugehen.⁸¹ Tatsächlich konnte die PZPR-Führung bei der nunmehr verfolgten Politik, die Preisreform moderat anzugehen, auf die Akzeptanz eines größeren Teils der Bevölkerung bauen. So ergab eine Umfrage, die das Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus und das Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften vom 19. bis 29. Juli 1976 unter fast 3.000 Personen durchführten, dass 49,8% entschieden oder eher der Auffassung waren, Preiskorrekturen seien nötig. Für Erhöhungen von 35% sprachen sich immerhin 21,8% aus, Preissteigerungen bis 35% wollten 39,5% der Befragten hinnehmen. Nur 24,2% von ihnen lehnten jede Anhebung ab.⁸²

Doch um den ganzen Preiskomplex in Ruhe zu bewältigen, hätte es neben einer stabilen politischen Lage im Land vor allem einer besseren Versorgung bedurft. Aber davon konnte im Sommer 1976 keine Rede sein. Nachdem nun die vorgesehenen drastischen Preissteigerungen nicht zustande gekommen waren, geriet der Binnenmarkt immer mehr ins Wanken.

Anfang August erreichten täglich mehrere Telefonate Giereks Sekretariat. Vor allem Frauen beklagten die schlechte Versorgungslage, insbesondere bei Zucker, Grütze, Mehl, Salz, Streichhölzern und billigen Zigarettensorten. Die Fleischfrage spielte eine geringere Rolle, aber das auch nur, weil man an den Mangel „schon gewöhnt“ sei.⁸³ Die Anrufer, die sich

79 Trotz der Erfahrungen, die die PZPR-Führung gerade mit dieser Methode gemacht hatte, wurden „Konsultationen“ verschiedener Art zu einer Sache von „Schlüsselbedeutung“ erhoben. Die „Vervollkommnung dieses grundlegenden Instruments der sozialistischen Demokratie“ erklärte die Partei „zu einer der grundlegenden Bedingungen“ der Entwicklung. Konsultationen sollten daher „einen Spitzenplatz in der Tätigkeit der Partei und der Staatsorgane“ einnehmen. Janusz Kubasiewicz/Stefan Gaida: Kluczowe znaczenie konsultacji w działalności PZPR [Die Schlüsselbedeutung von Konsultationen in der Tätigkeit der PZPR], in: *Nowe Drogi*, 30 (1976) 8, S. 24–31, hier 31.

80 Narada I sekretarza KC PZPR największych zakładów produkcyjnych. Warszawa, 19 lipca 1976 r. Przemówienie I sekretarza KC PZPR tow Edwarda Gierka [Beratung der I. Sekretäre der B(etriebs)K(omitees) der PZPR der größten Produktionsbetriebe. Warschau, 19. Juli 1976. Rede des I. Sekretärs des ZK der PZPR, Gen. Edward Gierek], in: ebd. S. 5–12, hier 8f.

81 Thesen zum Auftreten von Jerzy Łukasiewicz. 24. Juli 1976, in: Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 35, S. 205–209, hier 206.

82 Vgl. Mieczysław F. Rakowski: *Rzeczpospolita na progu lat osiemdziesiątych* [Die polnische Republik an der Schwelle der achtziger Jahre], Warszawa 1981, S. 115f. Eisler ist daher der Meinung, dass die Mehrheit der Bevölkerung geneigt war, gemäßigte Preiserhöhungen zu akzeptieren. Sein Kommentar zur Umfrage: „Diesen Typ von Analyse hätte man vor dem 24. Juni machen müssen“. Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 59.

83 Mit dem offenbar verbreiteten Stoßseufzer „Wir sind es schon gewöhnt“ betitelte denn auch Jerzy Kochanowski seinen Aufsatz über das „Fleischproblem“ in der PRL. Jerzy Kochanowski: „Wir sind es schon gewöhnt“. Einführung in die gesellschaftlich-modernisierenden Hintergründe des „Fleischprob-

darauf beriefen, im Namen von Betriebsangehörigen zu sprechen, kamen aus Wałbrzych, Konin, Kalisz, Szczecin, Koszalin, Łódź, Warschau und Wrocław. In den Schlangen sei es zu „Handgemengen, schockierenden Krawallen, zu Angriffen auf die Verkäufer usw.“ gekommen. Aus Koszalin wurde gemeldet, dass Touristen geschlagen worden seien, als sie die langen Schlangen vor den Läden fotografierten.⁸⁴ In der Wojewodschaft Poznań gab es erste Rationierungen von Zucker und Kohle. Salz, Essig, Streichhölzer, Tee, Senf, Fleischkonserven, Seife und Waschpulver wurden verstärkt gekauft. Dem Fleischmangel versuchte man zu begegnen, indem in den Betriebskantinen zusätzliche fleischlose Tage und im Einzelhandel jeder 2. und 3. Donnerstag im Monat als Tage ohne Fleischverkauf eingeführt wurden.⁸⁵

Besonders dramatisch entwickelte sich die Situation bei der Zuckerversorgung. Im Juli 1976 fielen die Lieferungen für den Markt um 14% niedriger aus als im Vorjahresmonat.⁸⁶ Auf dem Schwarzmarkt explodierten die Preise. Dort kostete Zucker z.B. in Wałbrzych 45 Złoty je Kilogramm, und dies bei einem offiziellen Preis von 10,5 Złoty.⁸⁷ In den langen Schlangen, in denen die Menschen nach Zucker anstanden, tauchten häufig dieselben Kunden auf,⁸⁸ sie besorgten diesen offenbar für andere, nicht umsonst natürlich. Das führte zu Verärgerung bei Beschäftigten, die abends, wenn sie von der Arbeit nach Hause kamen, keinen Zucker mehr kaufen konnten.⁸⁹ In Poznań kamen Gerüchte auf, dass in Lebensmittel-läden der DDR Mitteilungen in polnischer Sprache hingen, wonach Polen nur zwei Kilogramm Zucker kaufen dürften.⁹⁰ Es gab Forderungen, den Zuckerpreis zu erhöhen oder Bezugsscheine einzuführen. In einer Reihe von Wojewodschaften wurde daher Zucker über Betriebe oder nach Listen verkauft.⁹¹

Angesichts der Lage entschied das Politbüro am 11. August 1976, Zucker zu rationieren. Eine Preiserhöhung zum gegenwärtigen Zeitpunkt lehnte es aber als im Widerspruch zu den publizierten Entscheidungen stehend ab, weil dadurch die Glaubwürdigkeit der Partei in breiterem Ausmaß beschädigt würde. Mit Wirkung vom 16. August 1976 an erfolgte der Verkauf von Zucker auf Karten, die erstmals in der Zeit vom 13. bis 15. August ausgegeben wurden. Unter Vorlage dieser Karten konnte man – mit Ausnahme von Betreibern bäuerlicher Familienwirtschaften, denen ein halbes Kilogramm weniger zustand – jeden Monat pro Kopf zwei Kilogramm Zucker zum bestehenden Preis von 10,50 Złoty kaufen. Zum Vergleich: Der Pro-Kopf-Verbrauch von Zucker lag 1976 in der DDR bei 15,3 kg für das ganze Jahr, also deutlich unter dem polnischen Rationierungssatz.⁹² Außerdem wurden Sonderlä-

lems“ in der Volksrepublik Polen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, hg. von Hermann Weber, Berlin 2007, S. 337–355.

84 Informationsnotiz vom 6. August 1976, in: Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 39, S. 216f.

85 Zwiernik, Czerwiec '76 w województwie poznańskim, S. 60f.

86 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 58.

87 Informationsnotiz vom 6. August 1976, S. 216.

88 Telefonkonferenz Edward Babiuch's mit den Sekretären der Wojewodschaftskomitees am 11.8.76, in: Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 40, S. 218–221, hier 218.

89 Ebd.

90 Zwiernik, Czerwiec '76 w województwie poznańskim, S. 61.

91 Telefonkonferenz Edward Babiuch's, S. 218f.

92 StJB DDR 1978, Berlin 1978, S. 273.

den eingeführt, in denen Zucker zum „kommerziellen“ Preis von 26 Złoty zu erwerben war.⁹³

Politbüromitglied und ZK-Sekretär Edward Babiuch informierte die Parteichefs der Woiwodschaften noch am 11. August in einer Telefonkonferenz und wies sie an, die Entscheidung zur Zuckerrationierung durch „politische Aufklärungsarbeit“ zu unterstützen. Sie sollten dabei betonen, dass Menschen, „die sich von egoistischen Beweggründen leiten ließen“, die Rationierung notwendig gemacht hätten und dass die Maßnahme „zum Schutz der Bedürfnisse und der Interessen der Werktätigen und ihrer Familien“ getroffen worden sei.⁹⁴ Die PZPR-Führung versuchte also, jene verantwortlich zu machen, die Zucker in größeren Mengen gekauft hatten. Bei der Beurteilung des Problems sind allerdings einige Besonderheiten zu beachten. Mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 43,9 kg bei Zucker und Zuckererzeugnissen lag Polen 1976 weit vor den anderen RGW-Ländern.⁹⁵ Im gewissen Sinne konnte man im polnischen Fall von einer gefühlten Knappheit sprechen, die durch einen hohen Verbrauch – etwa zur Konservierung von Obst – und wohl auch durch Hortung verursacht wurde.

Gleichwohl stellte die Einführung von Karten für Zucker einen Einschnitt in der Sozial- und Konsumpolitik der PZPR dar. Sie offenbarte in aller Deutlichkeit, dass die seit dem VI. Parteitag 1971 verfolgte Politik in einem wesentlichen Bereich gescheitert war, nämlich bei der Versorgung der Bevölkerung mit einem ausreichenden Warenangebot. Zwar erklärte Babiuch auf der Telefonkonferenz, „dass wir das Funktionieren dieses Systems als zeitweilig behandeln“, doch konnte die PZPR dieses Versprechen nicht einlösen. Der Rationierung von Zucker folgte, besonders in den 1980er Jahren, der beschränkte Verkauf für weitere Produkte. Polen wurde ab dem August 1976 zum „Kartenland“ und blieb es bis zum Sommer 1989.⁹⁶

In Sachen Preisreform erfolgten 1976 keine konkreten Schritte mehr. Am 9. September beschloss das 4. Plenum des ZK der PZPR lediglich, „Partei- und Regierungsproblemgruppen“ zu bilden, die im Hinblick auf „Grundsätze der Preispolitik für grundlegende Lebensmittel“ u.a. „komplexe Analysen“ vornehmen und „Schlussfolgerungen“ ausarbeiten sollten.⁹⁷ Das betraf auch den Regierungsvorschlag, den Fleischpreis um 35% anzuheben.⁹⁸ Knapp zwei Wochen später, am 22. September 1976, erklärte dann der Vorsitzende des Ministerrates, Piotr Jaroszewicz, im Sejm, dass die „Ausarbeitung einer schrittweisen und

93 Telefonkonferenz Edward Babiuchs, S. 219–221.

94 Ebd., S. 220.

95 StJB DDR 1978, S. 24*f.

96 Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 59; Sasanka, PZPR i mechanizm, S. 30.

97 Uchwała IV Plenum KC PZPR [Beschluss des IV. Plenums des ZK der PZPR], in: IV Plenum KC PZPR 9 września 1976 r. Podstawowe dokumenty i materiały [IV. Plenum des ZK der PZPR. 9. September 1976. Grundlegende Dokumente und Materialien], (Warszawa) 1976, S. 5–8, hier 5f.

98 W ścisłej więzi z ludźmi pracy partia będzie rozwiązywać żywotne sprawy narodu i kraju. Referat Biura Politycznego KC PZPR wygłoszony przez I sekretarza KC PZPR Edwarda Gierka [In enger Verbundenheit mit den Werktätigen wird die Partei die Lebensfragen der Nation und des Landes lösen. Referat des Politbüros des ZK der PZPR, gehalten vom I. Sekretär des ZK der PZPR Edward Gierek], in: ebd., S. 11–40, hier 31.

für längere Zeit berechneten Konzeption zur Veränderung der Preisstruktur schwierig und kompliziert“ sei. Die nach dem 4. Plenum berufene Arbeitsgruppe werde „ohne Hast“ arbeiten, und ihre Tätigkeit werde „nicht kürzer als ein Jahr“ dauern. Damit wurde, so Jaroszewicz, „definitiv die Etappe abgeschlossen“, die mit der vorigen „Variante zur Lösung des Preisproblems“ verbunden gewesen sei. Zu gegebener Zeit, „im richtigen Moment“ und „nach allseitiger Vorbereitung“ werde man der Gesellschaft neue Vorschläge vorlegen. Wolle man die gegenwärtige Preisstruktur für grundlegende Lebensmittel noch eine längere Zeit beibehalten, müsse die Regierung Entscheidungen zur Erhöhung der Marktlieferungen treffen, während die Gesellschaft Verständnis für die Notwendigkeit aufbringen müsse, Lebensmittel rationell zu kaufen und mit ihnen sparsam zu wirtschaften.⁹⁹ Das Preisprojekt vom Sommer 1976 war damit endgültig gescheitert.

Angesichts dieser Situation versuchte die PZPR-Führung im Dezember 1976 schließlich, die ökonomische Notbremse zu ziehen. Wie Gierek auf dem 5. ZK-Plenum am 1./2. Dezember ausführte, sollten bis 1980 drei Ziele die Wirtschaftspolitik bestimmen: (1.) die Verbesserung der Versorgung, auch durch Ausweitung des Imports; (2.) erhöhte Investitionsaufwendungen für die Konsumgüterproduktion und (3.) die schrittweise Verringerung des Investitionsanteils am Nationaleinkommen. Der Export sollte insgesamt aber mit einer Steigerung von über 75% sehr deutlich über der Zunahme des Imports mit etwa 26% liegen.¹⁰⁰ Auf diese Weise wollte die Partei offensichtlich der wachsenden Auslandsverschuldung begegnen. Den „besonderen Nachdruck“ auf die drei genannten Aufgaben zu legen, bedeute, so Gierek, ein „spezifisches Wirtschaftsmanöver“ vorzunehmen.¹⁰¹

Doch die Politik des „Wirtschaftsmanövers“ griff nicht.¹⁰² „Die Disharmonie in der Wirtschaft vertiefte sich unablässig, und die Situation wurde eigentlich ausweglos. [...] Die Propaganda appellierte an die Verbesserung der Effektivität, aber die Praxis ging in die entgegengesetzte Richtung.“¹⁰³ Schon wenige Jahre, nachdem Gierek das „Wirtschaftsmanöver“ verkündet hatte, sank das Nationaleinkommen, dessen deutliche Steigerung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die Partei noch 1975 gefeiert hatte. 1979 ging das Nationaleinkommen nach offiziellen Angaben um 2,3% gegenüber 1978 zurück und nahm im folgenden Jahr um weitere sechs Prozent ab.¹⁰⁴

99 Rządowy program realizacji postanowień IV Plenum KC PZPR. Informacja przedłożona przez prezesa Rady Ministrów tow. Piotra Jaroszewicza na posiedzeniu Sejmu PRL 22 września 1976 r. [Das Regierungsprogramm zur Realisierung der Beschlüsse des IV. Plenums des ZK der PZPR. Information, vorgelegt vom Vorsitzenden des Ministerrates, Gen. Piotr Jaroszewicz, auf der Sitzung des Sejm der PRL. 22. September 1976], in: *Nowe Drogi*, 30 (1976) 10, S. 5–20, hier 9.

100 O konsekwentną realizację społeczno-ekonomicznego programu VII Zjazdu PZPR, o wyższą efektywność gospodarowania. Referat Biura Politycznego KC PZPR wygłoszony przez tow. Edwarda Gierka [Für die konsequente Verwirklichung des sozial-ökonomischen Programms des VII. Parteitages der PZPR, für eine höhere Effektivität des Wirtschaftens. Referat des Politbüros des ZK der PZPR, gehalten von Gen. Edward Gierek], in: *Nowe Drogi*, 30 (1976) 12, S. 9–29, hier 16–18, 22.

101 Ebd., S. 18.

102 Vgl. dazu auch Andrzej Friszke: *Polska Gierka [Das Polen Giereks]*, Warszawa 1995, S. 87.

103 Wojciech Roszkowski: *Historia Polski 1914–1993 [Geschichte Polens 1914–1993]*, Warszawa 1994, S. 339.

104 Ebd.

5. Die Solidarität formiert sich

Während sich die PZPR-Führung im zweiten Halbjahr 1976 bemühte, die wirtschaftliche Situation irgendwie in den Griff zu bekommen und so die gesellschaftliche Stimmung zu verbessern, ging sie gegenüber denen, die an den Protesten vom 25. Juni teilgenommen hatten, mit großer Härte vor.¹⁰⁵ Nach offiziellen Angaben wurden in Radom 634, in den Ursus-Werken 172 und in Płock 55 Personen festgenommen. Oppositionelle Kreise gingen aber allein für Radom von über 2.000 Festnahmen aus. Betroffene sprachen davon, dass sie durch die Sicherheitskräfte misshandelt wurden.¹⁰⁶

In den Betrieben erfolgten Hunderte sofortige Entlassungen. Nach PZPR-Angaben betraf das in Radom 939, bei Ursus 172 und in Płock 180 Beschäftigte. Bei 162 Personen, vor allem in Radom, wurden die Kündigungen jedoch später zurückgenommen.¹⁰⁷ Insgesamt verloren in Radom nach offiziellen Angaben 987 Menschen ihre Arbeit.¹⁰⁸ Polnische Historiker halten jedoch auch diese Zahlen für zu niedrig.¹⁰⁹ Auch in anderen Orten kam es zu Entlassungen.

Obwohl die Streiks in Łódź keinen Massenumfang angenommen hatten und es nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und den Sicherheitskräften gekommen war, beschloss das PZPR-Komitee der Stadt am 27. Juni, die „Rädelsführer und Initiatoren sowie die Personen, die andere terrorisierten“ namentlich festzustellen, um ihnen am folgenden Tag die Kündigung zu überreichen. Die Entlassenen sollten für einige Monate „einer absoluten Beschäftigungsblockade in der Wojewodschaft Łódź“ ausgesetzt werden. Gegenüber Streikenden, die „sich mit der Gruppe der Organisatoren solidarisiert hatten“, war vorgesehen, sie nach dem üblichen Verfahren zu entlassen, in andere Betriebe bzw. Abteilungen zu versetzen oder sie in eine niedrigere Lohngruppe einzustufen.¹¹⁰ Bis zum 7. Juli 1976 kam es zu 124 fristlosen Entlassungen. Insgesamt verloren 300 Menschen in Łódź ihre Arbeit. Für 22 PZPR-Mitglieder folgte der Ausschluss aus der Partei.¹¹¹

Parteistrafen in weit erheblicherem Umfang wurden in Radom ausgesprochen. Nach den Protesten setzte die Exekutive des PZPR-Wojewodschaftskomitees „Verifizierungsgruppen“ ein. Sie sollten in den 25 Betrieben der Wojewodschaft, in denen gestreikt worden war, die daran beteiligten Parteimitglieder und -kandidaten ermitteln. Bis zum 4. Juli waren von den 6.752 Mitgliedern und Kandidaten der 25 Betriebe 3.079 überprüft worden. Wie sich aus den Parteistrafen ergibt, muss der Anteil von Parteimitgliedern an den Protesten hoch gewe-

105 Tusiński meint sogar, dass die Repressionen „bis dahin nie gekannte Ausmaße“ annahmen. Tusiński, *Rewolta robotnicza*, S. 37. Ausführlich zu den Repressionen jüngst Sasanka, *Czerwiec 1976*, S. 262–324.

106 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 46, 50. Tusiński gibt für den Zeitraum bis zum 28.7.1976 an, dass in Radom 645, in Ursus 200–300 und in Płock 20–30 Personen festgenommen worden waren. Tusiński, *Rewolta robotnicza*, S. 37.

107 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 50.

108 Tusiński, *Rewolta robotnicza*, S. 37.

109 Ebd.; Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 50.

110 *Propozycje sankcji moralnych i administracyjnych dla biorących udział w burdach. 27 VI 1976* [Vorschläge für moralische und administrative Sanktionen für die, die an den Krawallen teilgenommen haben. 27.6.1976], zit. nach: Lesiakowski, *Strajki*, S. 36.

111 Lesiakowski, *Strajki*, S. 36.

sen sein. Insgesamt 822 Personen, also 26,7%, waren von diesen Sanktionen betroffen. Von ihnen wurden 315 aus der Partei ausgeschlossen und 60 aus ihren Funktionen abberufen.¹¹²

Gegen Beteiligte der Proteste richteten sich jedoch nicht nur disziplinarische und Partei-strafen, sie wurden auch gerichtlich belangt. Der erste Prozess vor dem Wojewodschaftsgericht Radom fand am 17. und 19. Juli statt.¹¹³ Die Gerichte verurteilten 207 Personen, weitere 244 erhielten durch Kollegien meist zwei bis drei Monate Haft. 59 Jugendliche kamen vor das Jugendgericht.¹¹⁴ Sieben Arbeiter von Ursus wurden in zwei Prozessen zu Freiheitsstrafen zwischen drei und fünf Jahren verurteilt. In Plock verhängten die Richter gegen 18 Menschen Freiheitsstrafen zwischen zwei und fünf Jahren, 15 Personen erhielten Bewährungsstrafen.¹¹⁵

Angesichts der schweren Repressionen gegen Teilnehmer an den Streiks kam es zu einer im Ostblock bis dahin einmaligen Erscheinung: Noch im Juni 1976 bekundeten polnische Intellektuelle ihre Solidarität mit den Arbeitern¹¹⁶ und begannen nachfolgend, öffentlichen Widerstand zu organisieren, um eine Amnestie der Verurteilten zu erreichen.¹¹⁷ Am 18. Juli richtete der bekannte linke Oppositionelle Jacek Kuroń einen offenen Brief an den Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI), Enrico Berlinguer (1922–1984), in dem er ihn um politische Unterstützung für die „generelle Amnestie aller Teilnehmer an den Junidemonstrationen“ bat.¹¹⁸ Der Brief, den Berlinguer über den Korrespondenten einer italienischen Informationsagentur erhielt, wurde zwei Tage später in mehreren Zeitungen Italiens, darunter auch in „L’Unita“, der Zeitung der italienischen Kommunisten, veröffentlicht. Bereits am 20. Juli appellierte die PCI-Spitze an die PZPR-Führung, sich bei ihren Reaktionen zurückzuhalten. Durch den italienischen Botschafter in Polen erhielt die Auslandsabteilung des PZPR-Zentralkomitees das Schreiben am 23. Juli. Fast einen Monat brauchte die PZPR-Führung, um nach mehreren Entwürfen am 18. August den Brief der

112 Information über die Realisierung des Beschlusses der Exekutive des W(ojewodschafts)-K(omitees) zur Feststellung der Mitglieder und Kandidaten der PZPR, die am 25.6.76 in 25 Betrieben die Arbeit unterbrachen. Radom, den 5. Juli 1976, in: Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Nr. 25, S. 159.

113 Sasanka, Czerwiec 1976, S. 288.

114 Tusiński, Rewolta robotnicza, S. 37.

115 Sasanka, Czerwiec 1976, S. 291.

116 14 Intellektuelle gaben dazu eine Erklärung ab. Abgedr. in: Zygmunt Hemmerling/Marek Nadolski: Opozycja demokratyczna w Polsce 1976–1980. Wybór dokumentów [Die demokratische Opposition in Polen 1976–1980. Dokumentenauswahl], Warszawa 1994, Nr. 2, S. 60f. Ausführlich über den gesellschaftlichen Widerstand und die Hilfe für die Opfer der Repression Sasanka, Czerwiec 1976, S. 392–414.

117 Vgl. u.a. Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 60–69; Andrzej Friszke: Opozycja polityczna w PRL 1945–1980 [Die politische Opposition in der PRL 1945–1980], London 1994, S.342–406; Hemmerling/Nadolski, Opozycja demokratyczna, Einleitung, S. 15–40, hier 18–21, sowie die dort enthaltenen Dokumente.

118 Abgedr. in: Hemmerling/Nadolski, Opozycja demokratyczna, Nr. 3, S. 62–64, hier 64. Jüngst zu diesem Brief von Kuroń und den Folgen: Andrzej Friszke: Z ziemi polskiej do włoskiej [Vom polnischen ins italienische Land], in: Polityka, Nr. 39, 29.9.2007, S. 76–79. Vgl. auch Eisler, Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych, Einleitung, S. 60.

italienischen Kommunisten zu beantworten und in einer Mischung aus „Halbwahrheiten und Verdrehungen“ ihr Vorgehen zu begründen.¹¹⁹

Ebenfalls im Juli 1976 forderten 13 polnische Intellektuelle in einem Brief an die französische Wochenzeitung „Le Nouvel Observateur“ die Freilassung aller Verhafteten.¹²⁰ Einen offenen Brief richtete der bedeutende Schriftsteller Jerzy Andrzejewski (1909–1983) am 28. Juli 1976 direkt „An die verfolgten Teilnehmer des Juni-Protestes“. Er bekundete darin den Arbeitern seine Wertschätzung und Solidarität und versicherte sie, auch im Namen seiner Schriftstellerfreunde, der Unterstützung.¹²¹ Das Vorgehen der Staatsmacht wurde nicht zuletzt von der katholischen Kirche abgelehnt. Die 154. Plenarkonferenz des polnischen Episkopats am 8./9. September 1976 verlangte von den staatlichen Organen, auf „jegliche Repressionen“ gegenüber den an den Juni-Protesten beteiligten Arbeitern zu verzichten. Die Bischöfe schlossen sich auch der Forderung nach Amnestie an.¹²²

Wenige Tage später, am 23. September, konstituierte sich das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników; Abk. KOR). Unter den 14 Gründungsmitgliedern befanden sich auch Jacek Kuroń und Jerzy Andrzejewski.¹²³ Die Oppositionellen beließen es nicht bei verbalen Appellen, sondern leisteten tätige Hilfe für die der Repression ausgesetzten Arbeiter. Sie entsandten Beobachter zu den Prozessen, sammelten Geld für die Familien Verhafteter, organisierten medizinische Unterstützung für Misshandelte und gewährten kostenlosen Rechtsbeistand.

Das KOR unterstützte mehr als 1.000 Personen aus Ursus, Radom, Płock, Warschau, Łódź, Gdańsk, Grudziądz und Poznań. Finanzielle Hilfe erhielten 604 Familien. Mehr als drei Millionen Złoty waren dafür zusammengebracht worden, fast 70% davon in Polen.

Unterstützung kam aber auch aus dem Ausland: von Gewerkschaften aus Frankreich, Norwegen, Schweden und Italien, von Amnesty International, aber ebenso von Privatpersonen, unter ihnen die Schriftsteller Heinrich Böll (1917–1985), Günter Grass (*1927) und Jean-Paul Sartre (1905–1980).¹²⁴

Auch der Europäische Gewerkschaftsbund bekundete im Herbst 1976 seine Solidarität. Deutlich kritisierte er die Haltung der polnischen Gewerkschaften sowohl hinsichtlich der beabsichtigten Preiserhöhung als auch gegenüber den an den Streiks beteiligten Arbeitern. Hier ginge es nicht, unterstrich der Europäische Gewerkschaftsbund, „um die eine oder

119 Friske, *Z ziemi polskiej*, S. 78.

120 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 60.

121 Abgedr. in: Hemmerling/Nadolski, *Opozycja demokratyczna*, Nr. 4, S. 65f.

122 *Kommuniqué der 154. Episkopatskonferenz vom 10.9.1976*, in: ebd., Nr. 7, S. 97–99, hier 97f.

123 Im Zusammenhang mit seiner Konstituierung richtete das KOR einen Appell an die Gesellschaft und die Machthaber der PRL (abgedr. in: Hemmerling/Nadolski, *Opozycja demokratyczna*, Nr. 9, S. 112–114). Den Appell übermittelte Andrzejewski an Sejmmarschall Stanisław Gucwa, erhielt ihn aber nach zwei Tagen vom Direktor des Sejmbüros mit dem Bemerken zurück, er könne sowohl aus formalrechtlichen als auch inhaltlichen Gründen nicht erörtert werden. Im Mai 1977 schloss sich Adam Michnik, der sich bis dahin im Ausland aufgehalten hatte, dem KOR an (Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 62f.). Jüngst wurde auch das 1983 erstmals erschienene Buch des KOR-Gründungsmitglieds Jan Józef Lipski von Andrzej Friszke neu herausgegeben: Jan Józef Lipski: *KOR – Komitet Obrony Robotników, Komitet Samoobrony Społecznej [KOR – das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, das Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung]*, Warszawa 2006.

124 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 69.

andere Konzeption der Gewerkschaftsbewegung [...], sondern um eine grundsätzliche Frage. Gewerkschaften, auf deren Unterstützung für das Projekt einer Preiserhöhung sich die Regierung beruft, sind sogar nicht imstande, die Rolle eines richtigen Vermittlungskanals für die Arbeiterpositionen auszufüllen. Heute sind sie nicht da und passiv gegenüber den Repressionen“.¹²⁵ Die Erklärung war eigentlich nur für den internen Gebrauch bestimmt, gelangte aber dennoch an die Presse und wurde am 5. November 1976 vom PAP-Korrespondenten übermittelt.

Am 15. November 1976 beantragte das KOR beim Sejm, eine Abgeordnetenkommission zu berufen, die die Repressionen untersuchen und öffentlich machen sollte.¹²⁶ Das KOR initiierte zudem eine Aktion, weitere analoge Briefe an den Sejm zu senden. Innerhalb einiger Wochen gingen von mehreren tausend Personen unterzeichnete Schreiben beim Sejm ein. So appellierten beispielsweise 172 Intellektuelle am 6. Januar 1977 an Sejmabgeordnete aus dem Bereich von Kultur und Wissenschaft, sich für eine solche Kommission einzusetzen.¹²⁷ Vom Herbst 1976 bis zum Frühjahr 1977 erreichten die polnische Generalstaatsanwaltschaft zudem über 100 namentlich gezeichnete Klagen über Gräueltaten und rechtswidrige Untersuchungsmethoden der Bürgermiliz und des Staatssicherheitsdienstes.

Die Aktion, die das wohl breiteste Echo hervorrief, war der Hungerstreik, den acht Menschen am 25. Mai 1977 in der Warschauer Martinskirche begannen und dem sich weitere Personen anschlossen.¹²⁸ Sprecher der Gruppe war Tadeusz Mazowiecki, der erste polnische Ministerpräsident nach der politischen Wende von 1989. Am Hungerstreik beteiligte sich für vier Tage auch KOR-Gründungsmitglied Jan Józef Lipski (1926–1991), der damals im Gefängnis saß. Zumindest für ihn zeitigte der spektakuläre Protest rasche Folgen. Am 8. Juni wurde Lipski aus der Haft entlassen.

Die „Welle der individuellen und kollektiven Proteste“ zwang die Machthaber zum Einlenken.¹²⁹ Nachdem bereits Anfang Februar der polnische Staatsrat auf Anweisung Giereks Anträge zum Straferlass bzw. zur Verkürzung oder bedingten Aussetzung der Strafe vorbereitet hatte, wurden am 19. Juli 1977 die letzten Teilnehmer an den Protesten vom Juni 1976 und für sie eingetretene KOR-Mitglieder amnestiert. Wie Gierek rückblickend schreibt, war „der Vorwand“, der offiziell für die Amnestie angegeben wurde, „ein ganz und gar nicht runder Jahrestag der Herausgabe des Julimanifestes“.¹³⁰

Mit diesem innerhalb des sowjetischen Blocks beispiellosen Erfolg hatte das KOR seine selbstgestellte Aufgabe im Grunde erfüllt. Es löste sich jedoch nicht auf, sondern bildete sich am 29. September 1977 in das Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung (Komitet Samoobrony Społecznej, Abk. KSS) um. Um die Kontinuität zu betonen, nahm es

125 Ebd., Nr. 50, S. 239–241, Zitat S. 241.

126 Den entsprechenden Antrag vgl. Hemmerling/Nadolski, *Opozycja demokratyczna*, Nr. 10, S. 115–118.

127 Abgedr. in: ebd., Nr. 12, S. 145f.

128 Eisler, *Czerwiec 1976 w materiałach archiwalnych*, Einleitung, S. 68.

129 Ebd., S. 66.

130 Rolicki/Gierek, *Przerwana dekada*, S. 138. Gemeint ist der 22. Juli, der damalige, auf das „Lubliner Manifest“ vom 22. Juli 1944 zurückgehende Nationalfeiertag.

die Abkürzung „KOR“ in seinen Namen auf und nannte sich KSS „KOR“.¹³¹ Dieses blieb in den folgenden Jahren eines der Zentren der oppositionellen Tätigkeit in Polen.

Ab 1978 kam es zur Gründung von Komitees Freier Gewerkschaften. Das erste entstand am 23. Februar 1978 im oberschlesischen Katowice,¹³² zwei Monate darauf, am 29. April, folgte das Komitee für die Küstenregion.¹³³ Von hier führte ein direkter Weg zum Sommer 1980, in dem die Gewerkschaft „Solidarność“ entstand.

6. Die 1976er Krise aus der DDR-Perspektive

Für Erich Honecker und seinen engsten Führungskreis stand außer Frage, dass sich die Hauptrichtung der Sozialpolitik in der DDR wie in der PRL auch unter den seit 1974 schwieriger gewordenen Bedingungen am Konzept der „Hauptaufgabe“ orientieren musste. Dieses Festhalten am einmal eingeschlagenen Kurs resultierte wohl zu einem guten Teil aus der Überzeugung, das Richtige zu tun, gleichzeitig aber dürfte darin auch Alternativlosigkeit zu sehen sein. Im politischen Entscheidungsprozess um die Mitte der 1970er Jahre diskutierte man zwar Varianten, aber die Frage nach einer grundsätzlichen Alternative zur „Hauptaufgabe“ wurde gar nicht erst gestellt. Die „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erschien als Schlüsselformel, in der Weg und Ziel verschmolzen. Diese Sicht dominierte auch die Wahrnehmung des Geschehens im östlichen Nachbarland, zumal die Politik der Gierek-Equipe im Großen und Ganzen einer solchen Erwartung zu entsprechen schien. Unterschiede im Detail der politischen Praxis wurden zwar registriert, manche auch mit Zurückhaltung, insgesamt aber nahm man die ambitionierten bzw. auch riskanten wirtschafts- und sozialpolitischen Vorhaben der PZPR beim Nennwert und hielt sie für realisierbar. Die Bereitschaft war groß, den positiven Nachrichten zu trauen. Den Eigengesetzen bürokratischer Apparate folgend, wurden solche Erwartungen auch bedient. So hieß es in einer Analyse der DDR-Botschaft vom 23. Oktober 1975 zu den seit dem VI. Parteitag der PZPR erzielten Ergebnissen: „Auf der Basis der beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung konnte eine erhebliche Überschreitung des geplanten Wachstums des Lebensstandards der Werktätigen erreicht werden, worin die Hauptaufgabe des VI. Parteitages bestand. Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik Polen wird in den Jahren 1971–75 der Fünfjahrplan erfüllt und übererfüllt werden.“¹³⁴ Das war 1:1 die offizielle polnische Lesart, die hier kolportiert wurde.

Ganz traute man dem Frieden aber wohl doch nicht, auch nicht in der Warschauer Botschaft. Zwischen dem 8. und 10. Dezember 1975 jedenfalls, also während des VII. PZPR-

131 Die Erklärung, die aus diesem Anlass abgegeben wurde, in: Hemmerling/Nadolski, *Opozycja demokratyczna*, Nr. 25, S. 204f.

132 Vgl. Appell des Schlesischen Komitees Freier Gewerkschaften an die Gewerkschaften der Welt vom 10. April 1977, in: ebd., Nr. 40, S. 258f., hier 258.

133 Die Gründungsdokumente in: ebd., Nr. 39 und 41, S. 256f., 259–261.

134 SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/141, Botschaft der DDR in Warschau, 23.10.1975: Einschätzung der Beschlüsse des VI. Parteitages der PVAP und der Ergebnisse der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik Polen 1971–1975, S. 1.

Parteitage, führten Mitarbeiter der DDR-Auslandsvertretungen in Warschau, Wrocław, Gdańsk und Szczecin Gespräche mit etwa 100 polnischen Bürgern, darunter mit Arbeitern, Angestellten, Funktionären, Angehörigen der Intelligenz, Künstlern, nicht jedoch mit Bauern. Auf diese Weise hoffte man, Genaueres über die Meinungen und Stimmungen in der Bevölkerung zu erfahren. Der zusammenfassende Bericht hob die unangefochtene Stellung Giereks hervor, dieser erfahre in den Meinungsäußerungen eine sehr positive Einschätzung. Mit ihm werde der häufig betonte Aufstieg der polnischen Nation in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht in Verbindung gebracht.¹³⁵ Allerdings gebe es teilweise auch Enttäuschung wegen unerfüllter Erwartungen und weil die offiziellen Stellungnahmen zur künftigen Preispolitik nicht konkret genug gewesen seien.¹³⁶ Im Prinzip würden die auf dem VII. Parteitag erfolgten Äußerungen zur Preispolitik und zum Sozialprogramm als Hinweis darauf gewertet, dass gewisse notwendige Veränderungen einen Aufschub erfahren sollten. Gleichwohl dürften nach Meinung vieler noch im Verlauf des Jahres 1976 Preissteigerungen insbesondere bei Lebensmitteln und Konsumgütern zu erwarten sein.¹³⁷ Im Hinblick auf die Investitionspolitik gebe es noch größeres Unverständnis. Sie würde mitunter auch als irreal bezeichnet. Begrüßt werde allerdings die Hinwendung zu einer weltoffenen Wirtschaftspolitik, auch wenn dies Konjunktur- und Preisschwankungen zur Folge haben könnte. Solche Veränderungen sehe man als unvermeidlich und normal an. In den Gesprächen sei auch öfter die Vermutung geäußert worden, es gebe auf der politischen Führungsebene Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftspolitik.¹³⁸ Darüber hinaus wäre auch davon die Rede gewesen, dass im Apparat der PZPR Gegner Giereks am Werke seien.¹³⁹

Resümiert man das Ergebnis dieser Gespräche, deren Zustandekommen an sich schon ein bemerkenswerter Vorgang war, so verbuchte Gierek auch Ende 1975 noch einen beachtlichen, wenn auch etwas angekratzten Bonus. Dieser mochte auch von einer nationalorientierten Grundströmung getragen sein, die in einer dezidiert kritischen bis ablehnenden Haltung zur Sowjetunion ihre Ergänzung fand. Die Analytiker aus der DDR konstatierten hierzu lediglich, die Haltung vieler Polen zur UdSSR sei durch die Geschichte belastet. Allerdings wurden aber auch die aktuellen polnischen Versorgungsprobleme der Sowjetunion angekreidet: „Hoch lebe die Sowjetunion – aber auf eigene Kosten“, zitierte der Bericht einen der in jüngster Zeit kursierenden Witze.¹⁴⁰ Der traf angesichts der Position, die die sowjetische Führung seit 1970 eingenommen hatte, zwar nicht zu, überraschte aber auch nicht. Vielmehr bestätigte sich eine für die polnische Politik im RGW charakteristische Haltung, die zwischen harter Anspruchsattitüde und Opferrolle changierte. Die DDR-Vertreter hatten das in oft zähen und kontroversen Verhandlungen beispielsweise zu den Transitgebühren für die Durchleitung sowjetischen Erdöls durch Polen, zur Investitionsbeteiligung am Bau eines

135 SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/141, Botschaft der DDR in Warschau, 10.12.1975: Meinungen der polnischen Bevölkerung zum Parteitag, S. 1.

136 Ebd., S. 2.

137 Ebd., S. 5.

138 Ebd., S. 7.

139 Ebd., S. 3.

140 Ebd., S. 4.

Möbel- und Spanplattenwerkes in Polen oder zur Festlegung von Lieferpreisen hinreichend zu spüren bekommen.¹⁴¹

Auch solche Erfahrungen dürften zu der gewissen Reserve beigetragen haben, mit der die polnische Entwicklung aus der Perspektive der Partei- und Staatsapparate in der DDR betrachtet wurde. Die Polen galten als „schwierig“. Im Verlaufe des Jahres 1975 gab es kaum Anlass, diese Meinung zu korrigieren. Bereits Anfang 1976 schienen sich die Probleme zuzuspitzen. Das für das am 22. Januar tagende 2. Plenum des ZK der PZPR ursprünglich vorgesehene Thema der bevorstehenden Wahlen „wurde aus offensichtlich zwingenden volkswirtschaftlichen Gründen fallengelassen“, informierte die DDR-Botschaft. Stattdessen habe man den Kaufkraftüberhang, Rückstände beim Getreideaufkauf, den Rückgang der Viehbestände, die Vergrößerung des Investitionsüberhangs und wachsende Schwierigkeiten im Transportwesen als die dringenderen Fragen diskutiert.¹⁴² Während das nicht unerwartet kam, sorgte das in Polen neuerdings favorisierte Konzept des „offenen Planes“ auf der DDR-Seite für Irritationen. Auf den ersten Blick lag zwar eine Nähe zur Praxis des „Gegenplans“ vor, wie er zu dieser Zeit in der DDR propagiert wurde, doch befürchtete man im SED-Apparat wohl, der „offene Plan“ könne das Prinzip der zentralen Planung aufweichen. Das hätte zweifellos Konsequenzen für die bilateralen Handelsbeziehungen gehabt. Wie es scheint, ging es aber eher ums Prinzip. Wo die zentrale Wirtschaftsplanung aufgegeben wird, lässt die Demontage der Parteiherrschaft nicht lange auf sich warten, so etwa lautete der Verdacht. Es sollte offenbar Entwarnung signalisieren, wenn die Botschaft in ihrer Information Gierek damit zitierte, das Prinzip des „offenen Planes“ bedeute die Steigerung der Produktion an jenen Stellen der Volkswirtschaft, wo sie durch höhere Arbeitsproduktivität, Nutzung der Materialreserven und ohne zusätzliche Investitionen zu erreichen sei. Außerdem solle dieses Prinzip der Verbesserung des Verhältnisses von Warenfonds und Kaufkraft sowie der Erhaltung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz dienen.¹⁴³

Unübersehbar gab es also weiteren Informationsbedarf zur Lage im Nachbarland. Insofern war es verständlich, wenn der FDGB für März 1976 ein Treffen von führenden Vertretern des Bundesvorstandes und des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften vorbereitete.¹⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt aber spitzte sich die Lage in Polen weiter zu, und zwar wiederum vor dem Hintergrund der Verbraucherpreise. In der DDR war bekannt, dass sich im Auftrag des ZK der PZPR eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines neuen Preiskonzepts für eine Reihe von Konsumgütern befasste. Man nahm auch an, dass die polnische Parteiführung nur noch die Wahlen abwarten wollte, um dann konkrete Schritte zu unternehmen. Am 29. März 1976 jedoch berichtete die Botschaft der DDR aus Warschau: „Die ursprüngliche Absicht,

141 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/59, Beschluß zur Verhandlung über die Investitionsbeteiligungen der DDR am Aufbau eines Möbel- und Spanplattenwerkes in der VR Polen (Beschluß des Ministerrates 128/11/75 vom 23. Januar 1975); SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/60, Bl. 86-94, Ministerium für Außenhandel, Bereich Planung, 24.1.1976: Zwischenbericht zum Stand der Verhandlungen zur Korrektur der Vertragspreise im Handel mit den anderen RGW-Ländern per 17.4.1975.

142 SAPMO-BArch, DY 30/ IV B 2/20/138, Botschaft der DDR in Warschau, 24.1.1976: Information über das 2. Plenum des ZK der PVAP vom 22.1.1976, S. 1.

143 Ebd., S. 2.

144 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 18825/2, Bundesvorstand des FDGB: Treffen von Vertretern der Leitung des FDGB und des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften vom 2.–5.3.1976 in der DDR (Beschluß des Sekretariats Nr. S 104/76, 25.2.1976).

kurze Zeit nach den Wahlen mit Hilfe konzentrierter Konsultationen die neuen Preise in Kraft zu setzen, konnte nicht verwirklicht werden.“ Vier Gründe wurden hierfür genannt:

1. Man habe es mit dem „Unvermögen“ zu tun, „notwendige Fleischbestände zu bilden“. Eine rapide Verschlechterung der Fleischversorgung habe in der Woche vor den Wahlen zu „zugespitzten Diskussionen unter der Bevölkerung“, u.a. in Katowice, Warschau, Gdańsk, Wrocław und Kraków geführt.
2. Die Arbeiter sähen sich gegenüber den Bauern benachteiligt.
3. Die Lage unter den Angehörigen der Intelligenz und unter Studenten sei „so problematisch, daß gegenwärtig derartige Maßnahmen für diesen Bereich ein bereits nicht kalkulierbares Risiko mit sich bringen könnten“.
4. Auch die Parteitage in der ČSSR und der DDR sprächen für eine Verschiebung. „Mit Recht wird darauf verwiesen, daß die prinzipiell andere Preispolitik in der UdSSR, der DDR und der ČSSR die negative Haltung der Bevölkerung der VRP zur hiesigen Preispolitik verstärkt.“¹⁴⁵

Stimmten diese Befunde, so befand sich die „Ekipa Gierka“ bereits zu dieser Zeit in einer überaus heiklen Lage. Es bestand akuter Handlungsbedarf. Für die als unvermeidbar betrachteten preispolitischen Entscheidungen rechnete sie auch weiterhin mit, wenn schon nicht aktiver Unterstützung, so zumindest doch Flankendeckung durch die Arbeiterschaft. Aber sie schloss wohl auch offene Proteste nicht mehr aus. Einen recht detaillierten Einblick in die im Mai 1976 bestehende Situation vermittelte ein Mitarbeiter der DDR-Botschaft in Warschau:

„Bei einem Arbeitsbesuch im gemeinsamen Betrieb Baumwollspinnerei ‚Freundschaft‘ in Zawiercie am 19.5.1976 informierte mich der polnische Direktor des Betriebes, Genosse Pikon, daß für alle leitenden Funktionäre der zentralen und örtlichen Organe der Partei, des Staatsapparates, der Miliz, der Industrie und des Handels in der Zeit vom 25.6.–25.7. Urlaubssperre angeordnet sei.

Gen. P. brachte dies mit den zu erwartenden Preisveränderungen in Zusammenhang. Er sagte, daß ein ‚Dezember 1970‘ sich in Polen nicht wiederholen dürfe. Die Arbeiter seien auf Preisveränderungen vorbereitet; sie erwarten aber in jedem Falle einen Ausgleich durch Erhöhung ihrer Löhne.

Die Versorgung mit Fleisch und Wurstwaren sei in Zawiercie sehr schlecht. Eine Preiserhöhung bei Grundnahrungsmitteln, einschließlich Fleisch, hätte nach Gen. P. nur Sinn, wenn genügend Waren in den Geschäften seien.

Gegenwärtig ist nach unseren Beobachtungen die Fleischversorgung nur in der Hauptstadt und in den Arbeiterzentren (z.B. Katowicer Raum, Gdansk, Szczecin) einigermaßen gewährleistet. Dabei ist aber nur zum großen Teil minderwertiges Rindfleisch und fast kein Schweinefleisch auf dem Markt. Es fehlen im Fleischangebot hochwertige Sorten, die nach Meinung der Bevölkerung ausschließlich exportiert werden. Dabei ist verstärkt die Meinung zu hören, daß die VRP Fleisch in die UdSSR exportieren ‚müsse‘. Wir schätzen ein, daß solche Gerüchte zielgerichtet vom Klassengegner lanciert werden. Aus der offiziellen Statis-

145 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/62, Bl. 219-221, Botschaft der DDR, Sieber, 29.3.1976: Zur augenblicklichen Lage hinsichtlich der Einführung neuer Preise in der Volksrepublik Polen, Warschau.

tik geht eindeutig hervor, daß die VPR große Mengen Fleisch, vor allem in verarbeitetem Zustand ins KA [kapitalistische Ausland, P.H.] exportiert.¹⁴⁶

Dass sich die Meinung so zäh hielt, Polen exportiere das beste Fleisch in die UdSSR, lag wohl auch daran, dass viele es gern glaubten. Allerdings, ganz ohne rationellen Bezug war das Gerücht nicht. Die Zeiten, in denen die UdSSR den in ihrem Einflussbereich liegenden Ländern im Notfall mit Lebensmittel- und anderen Lieferungen beistand, waren vorbei. 1976, als die Mitgliedsländer des RGW damit beschäftigt waren, langfristige Zielprogramme für die künftige Kooperation auszuarbeiten, stand der Wunsch nach einer weiteren Erhöhung der Importe von Erdöl und Erdgas aus der UdSSR auf der einen Seite, auf der anderen machte die Sowjetunion keine Angaben über die vorgesehene Entwicklung der Rohstoffexporte in die RGW-Länder. Mehr noch, sie beabsichtigte einen vermehrten Import von Fleisch, Getreide, Zucker, Obst und Gemüse aus den RGW-Ländern.¹⁴⁷

Dass es sich hier nicht um ein alleiniges polnisch-sowjetisches Problem handelte, war den Beteiligten klar. Nach einem Gespräch mit dem sowjetischen Planungschef Nikolai K. Baibakow im Dezember 1975 notierte der Vorsitzende der SPK in der DDR, Gerhard Schürer, bei einer insgesamt positiven Entwicklung des Außenhandels mit der UdSSR habe die DDR im abgelaufenen Fünfjahrplan 1971–1975 „eine Reihe von Problemen durch eigene Anstrengungen“ lösen müssen, so „die nicht volle Realisierung der vereinbarten Rohstofflieferungen, die Barzahlung für spezielle Technik, der Wegfall der Lieferungen von Fleisch, Butter, Wolle, Kautschuk u.a. aus der UdSSR und die steigenden Aufwendungen der DDR für Investitionsbeteiligungen“.¹⁴⁸ Auch die weiteren Aussichten boten wenig Anlass zu größerem Optimismus: „Im Jahre 1976 ergeben sich aus der Entscheidung der UdSSR über den Ausfall der Lieferungen an Getreide, Pflanzenöl und Oelsaaten große Valutaaufwendungen für den NSW-Import.“¹⁴⁹

Die Konsequenzen hatten alle Importeure entsprechender sowjetischer Lieferungen im RGW-Raum zu tragen. Gleichwohl blieb in der DDR die Wahrnehmung stark auf Polen fokussiert. Auffällig an der Sicht der Dinge war eine deutliche Abhebung der Versorgungsprobleme von der übrigen Lohn- und Sozialpolitik. Die Neuordnung des Tarifgefüges – fünf Lohn Tabellen mit jeweils neun Lohngruppen –, die Einführung eines steuerfreien Lohns in der Metallindustrie, Prämienzahlungen für langjährige Betriebszugehörigkeit, die Zahlung eines 13. Monatsgehalts sowie Zuschläge für Meister und bei Spitzenqualifikationen wurden ebenso wenig in Frage gestellt wie die Fortführung des Sozialprogramms, wofür ab Juli 1976 sechs Milliarden Złoty bereitstehen sollten.¹⁵⁰ Soweit es die Quellen erkennen lassen, haben die Tarif- und Sozialexperten der SED und des FDGB diese Entwicklung – wie übrigens auch die Vorbereitung des polnischen Arbeitsgesetzes, des „Kodeks pracy“ – mit eini-

146 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/62, Bl. 310f., Botschaft der DDR, Ebersbach, Warschau: Information vom 24.5.1976 (Abschrift).

147 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/63, Bl. 164–168, hier 164, Arbeitsgruppe RGW: Information über den Stand der Ausarbeitung langfristiger Zielprogramme im RGW, Berlin, 30.11.1976.

148 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/61, Bl. 285–288, hier 285, Gerhard Schürer: Information über die Verhandlungen mit Genossen Baibakow am 9.12.1975, Moskau, 9.12.1975.

149 Ebd., Bl. 286.

150 SAPMO-BArch, DY 34, 13638, Bundesvorstand des FDGB (ohne nähere Angaben, Mitte 1976?) Information über neue sozialpolitische Maßnahmen in der VR Polen.

ger Aufmerksamkeit verfolgt. Das war auch naheliegend, denn im Grunde wälzten sie die gleichen Probleme vor sich her.

Alles in allem stellte sich die Situation der PRL aus der DDR-Perspektive als kompliziert, aber beherrschbar dar. Insofern kam auch die Juni-Krise des Jahres 1976 nicht aus heiterem Himmel. Zumindest die Polen-Kenner im Parteiapparat der SED und im Außenministerium hatten die Risiken der „Preisoperation“ durchaus treffend eingeschätzt. Berichte über die Vorgänge vermitteln einen bemerkenswert distanzierten Eindruck. Andererseits fühlte man sich in der SED-Mitgliedschaft, aber auch in den interessierten Teilen der übrigen Bevölkerung nicht informiert genug, um ein genaueres Bild zu gewinnen. So mochte es wohl einigermaßen zutreffend sein, wenn der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Konrad Naumann (1928–1992), am 28. Juni in einer Mitteilung an Honecker berichtete, die „Berliner Werktätigen“ hätten für die Preisoperation kein Verständnis und sähen die Ursachen für die Probleme im Nachbarland vor allem in der polnischen Landwirtschaft, insgesamt beklage man unzureichende Information über das Geschehen in der PRL, wünsche aber auch keine Einmischung der DDR.¹⁵¹

Wie schon 1970 registrierten die Mitarbeiter der DDR-Botschaft in Warschau nicht nur die Situation innerhalb der PZPR, sondern versuchten auch jetzt, ein realistisches Bild von der Lage in der Volksrepublik zu gewinnen. Im Herbst 1976 wurden ihre Berichte an die SED-Führung alarmierend. Unmittelbar nach der 4. ZK-Tagung am 9. September 1976 fasste die Botschaft die wichtigsten Beobachtungen in einem Telegramm an Erich Honecker, Hermann Axen, Herbert Krolikowski und Rudolf Roßmeisl zusammen:

„zum 4. Plenum zk pvap

plenum (am 9.9.76 in warschau) fand statt in komplizierter und sich stark verschlechternder innerer situation:

- versorgung mit fleisch, fleischwaren zunehmend stark gestoert. rationierung derzeit nicht moeglich.
- warschau fast kein gefluegel im angebot (seit 1970 erstmalig).
- zuckerrationierung fortgesetzt.
- goeszere fehlmengen bei naehrmitteln (gruetze, haferflocken, griesz und reis).
- vertrauensverhaeltnis partei – arbeiterklasse, werктаetige weiterhin stark erschuettert.
- innerhalb der partei anhaltend resignation und defensive.
- fuer aktivitaeten gegner guenstiger naehrboden vorhanden, entsprechende komplikationen nicht ausgeschlossen.“¹⁵²

Was sich hier bereits abzeichnete, nahm bis zum nächsten ZK-Plenum Anfang Dezember 1976 wesentlich schärfere Konturen an. Freilich dürfte es Außenstehenden auch jetzt noch nicht hinreichend klar gewesen sein, dass es hier nicht mehr nur um eine Versorgungskrise ging, sondern dass man es mit einer schweren Krise der sozialistischen Gesellschaft in Polen zu tun hatte.

151 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2J/7245, Bezirksleitung Berlin der SED, Konrad Naumann, an E. Honecker, 28.6.1976: Information über Meinungen von Berliner Werktätigen zu den Maßnahmen der Regierung der Volksrepublik Polen zur Preisstruktur.

152 SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/20/138, Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an Honecker, Axen, Fischer, [Herbert] Krolikowski, Roßmeisl (gez. Sieber, 10.9.1976, gvs 101/76).

Zum 5. Plenum des ZK der PZPR teilte die Botschaft in einem an Axen, Markowski, Fischer, Krolikowski und Roßmeisl gerichteten Telegramm zwar mit, die polnische Partei bemühe sich mit der Beschlussfassung über den Fünfjahrplan 1976–1980 „erneut“ um die Stabilisierung der Lage. Man versuche, damit wieder in die politische Offensive zu kommen, die Diskussion über Misserfolge und „Ereignisse“ abzuschließen „und prinzipiell nach vorn zu orientieren“. Während hier ein gedämpfter Optimismus aufschien, wurde er allerdings durch die darauf folgende Situationsbeschreibung wieder in Frage gestellt:

„gegenwaertige situation in vrp ist gekennzeichnet:

- verbesserung versorgungssituation in einigen zentren wie katowice, warschau, gdansk. Im lande weiterhin stoerungen in versorgung mit fleisch, butter, schmalz, oel, magarine, naehrmitteln, hinzu kommt energie-kohlemangel.
- verunsicherung bevoelkerung auszahlt sich vor allem im rueckgang sparguthaben, erweiterung geldumlauf und flucht in sachwerte, z.b. derzeitig 1 dollar - 120,- zloty.
- rueckgang schweinebestand noch nicht gestoppt. spezialisten-einschaetzungen besagen, ueber 5 mio st weniger als juni 1975. Derzeitig 310 kt schweinefleisch weniger aufgekauft als im vorjahr. voraussichtlich 1976 pro-kopf-verbrauch um 10 kg niedriger als im plan.
- in betrieben: anwachsen von maengeln in disziplin und ordnung, zunahme kriminalitaet, erscheinungen von lethargie. parteiorganisationen nach wie vor verunsichert wegen entwicklung letzter monate, kampfkraft nicht wesentlich gewachsen.
- anwachsen gegnerischer taetigkeit, vor allem unter intelligenz und studenten.“¹⁵³

Wie solche Informationen immer aufs Neue belegten, verfügte die politische Führungsebene in der DDR über hinreichend klare Einblicke in die aktuelle Entwicklung Polens. Man konnte deshalb mit den offensichtlich auf die Beruhigung der Nachbarn abzielenden offiziellen Verlautbarungen polnischer Provenienz umgehen. Als Beispiel ließe sich etwa der Bericht des Zentralrats der polnischen Gewerkschaften anführen, der auf dem vom 6. bis 8. Dezember 1976 tagenden VIII. Kongress des CRZZ vorgetragen wurde. Darin hieß es: „In der Berichtsperiode war die Tätigkeit der Gewerkschaften eng mit der Realisierung der Aufgaben verbunden, die eine Voraussetzung für die Erhaltung der hohen Dynamik der Entwicklung der Volkswirtschaft und die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Gesellschaft sind. Die Unterordnung des ökonomischen Programms der Verwirklichung der sozialen Ziele, die das grundlegende Prinzip der festgelegten Strategie der Entwicklung des Landes bilden, schuf die Basis für redliche Anstrengungen und Einsatz der Belegschaften bei der Erfüllung der sozialökonomischen Pläne – der Hauptvoraussetzung für die weitere Steigerung der Qualität des Lebens unseres Volkes.“¹⁵⁴

Im Grunde verbarg sich hinter einer solchen glatten Politlyrik der Versuch, das Scheitern des Gierek-Kurses nicht eingestehen zu müssen – mit fatalen Folgen für die weitere Entwicklung der PRL. Jedenfalls blieb die Führung der PZPR auch über 1976 hinaus dabei, es mit weltwirtschaftlichen Widrigkeiten und Ungleichgewichten des Binnenmarktes zu tun zu

153 SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/20/138, Telegramm der DDR-Botschaft in Warschau an Axen, Markowski, Fischer, [Herbert] Krolikowski, Roßmeisl (gez. Sieber, 2.12.1976, vvs 145/76).

154 SAPMO-BArch, DY 34, 12528, VIII. Kongreß der polnischen Gewerkschaften, 6.–8.12.1976, Bilanz seit dem VII. Kongreß (1972). Bericht des Zentralrates der Gewerkschaften für die Jahre 1972–1976. Informationsbulletin Nr. 1, S. 7f.

haben, derer man in Kürze Herr zu werden hoffte. Im Januar 1977 notierte Werner Lamberz, der gemeinhin als Chefideologe der SED und potentieller Nachfolger Erich Honeckers galt, nach einem Gespräch mit Gierek:

„Zur inneren Lage in der VRP erklärte Genosse Gierek: Er denke, daß Polen im Jahre 1977 aus den Schwierigkeiten herauskommen werde. Westliche Massenmedien versuchten, uns ihre Krise an den Hals zu reden, man spreche von einer polnischen Krise, was sei das aber für eine Krise, wenn 1976 9, fast 10 Prozent Zuwachs erreicht wurden und 100 moderne Betriebe die Produktion aufnahmen, wenn 1977 weitere 100 Betriebe hinzukommen. Man sei dabei, die Probleme auf dem Binnenmarkt besser zu lösen. Genosse Gierek schlug in diesem Zusammenhang vor, gemeinsam Überlegungen anzustellen, wie vorhandene Reserven bei der Veredelung von landwirtschaftlichen Produkten und in der Konsumgüterproduktion zur Bereicherung des Angebots genutzt werden könnten. Er nannte dabei den Verarbeitungsmaschinenbau, Rezepturen und Technologien für Fleisch- und Wurstwaren, Back-, und Konditoreiwaren, Säfte und alkoholfreie Getränke, Zuckerwaren, die Verpackungsindustrie sowie den Sortimentsaustausch und die Erweiterung der Produktion technischer Konsumgüter. Er regte an, zu diesem Zweck Spezialistengruppen zu bilden, die den Parteiführungen entsprechende Vorschläge unterbreiten. Genosse Gierek brachte zum Ausdruck, daß für die polnische Seite die Verwirklichung dieser Gedanken dringlich sei.“¹⁵⁵

Prinzipiell waren solche Überlegungen nicht abwegig. Auch erschien der Hinweis auf die Dringlichkeit plausibel, mit der die Versorgung der Bevölkerung wieder ins Lot gebracht werden sollte. Aber das traf nicht den Kern des Problems. Dieses wies vielmehr eine dreigliedrige Struktur auf: Erstens hatte die PRL seit 1971 im Zuge einer extensiven Sozialpolitik nicht nur die inneren Ressourcen überdehnt, sondern sie war durch ihre waghalsige Investitions- und Kreditpolitik in die von Gomulka prophezeite Überschuldungsfalle geraten. Zweitens gelang es selbst mit erheblichen Zugeständnissen an die Bauern nicht, die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere von Fleisch und Futtermitteln, so rasch zu steigern, dass sie den wachsenden Bedürfnissen gerecht wurde. Drittens erlitt die PZPR bereits nach einer drei bis vier Jahre währenden Gierek-Euphorie einen gravierenden Vertrauensverlust, weil es ihr nicht gelang, die Versorgung auf einem höheren Niveau zu stabilisieren.

Neben diesen ökonomischen und politischen Faktoren machte sich jedoch auch ein anderer, in der starken Position des Katholizismus und der verbreiteten Volksfrömmigkeit wurzelnder Umstand bemerkbar. Gierek hielt ihn für erwähnenswert und Lamberz für notierendenswert: Die PZPR lege „großen Wert auf die Erziehung der Bürger zu einer sozialistischen Lebensweise“, doch „unter den Bedingungen der katholischen Traditionen im Volk“ sei das „sehr kompliziert“.¹⁵⁶ Bei Lichte besehen, sah sich die Partei gerade in sozialpolitischen Entscheidungen immer auch mit den Positionen der katholischen Soziallehre konfrontiert und konnte sie kaum ignorieren. Gierek war in dieser Hinsicht auf Arrangements geradezu angewiesen.

155 SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/20/145, Werner Lamberz: Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, 13.1.1977: Betr.: Ergebnisse der Reise einer Delegation des ZK der SED zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch auf dem Gebiet der Agitation und Propaganda mit dem ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, S. 2f.

156 Ebd., S. 12.

Für die SED-Führung hingegen, die mit dem Diaspora-Katholizismus in der DDR relativ wenige Probleme hatte, galt der polnische Katholizismus als ein schwer zu kalkulierendes, auf jeden Fall aber gefährliches und im gesamten Ostblock einmaliges Phänomen. Daraus ergaben sich geradezu zwangsläufig unterschiedliche Problemsichten. Dieser Aspekt sollte wenig später in einer unerwarteten Weise an Brisanz gewinnen, als der 1964 zum Erzbischof von Kraków und 1967 zum Kardinal ernannte Karol Wojtyła (1920–2005) am 16. Oktober 1978 in Rom als Johannes Paul II. zum Papst gewählt wurde.

Den Männern an der Spitze der SED jedenfalls erschien die Situation der PRL nach dem Juni 1976 schwierig, aber durchaus nicht verfahren. Sie hofften noch immer auf das Geschick und die Durchsetzungsfähigkeit Giereks, auch wenn es zunächst um Schadensbegrenzung ging. Ihre erkennbare Empathie mochte wohl auch aus der Ähnlichkeit der Schwierigkeiten resultieren, mit denen sie ebenfalls in der DDR zu kämpfen hatten. Der aus den polnischen Vorgängen im Sommer 1976 erzielte Lerneffekt blieb indes einigermaßen problematisch. Er bestand im prononcierten Beharren auf der Position der „Hauptaufgabe“, die ihrerseits aber schon deutliche Schlagseite aufwies. Im Schlusswort zum 2. ZK-Plenum im September 1976, dem ersten nach dem „polnischen Juni“, hielt es Erich Honecker im außenpolitischen Teil seiner Ausführungen für angezeigt zu betonen: „Nach ‚neuen konzeptionellen Maßstäben‘ unseres Kurses braucht niemand zu suchen.“¹⁵⁷ Das galt, wie sich zeigen sollte, auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik – mit fatalen Folgen. Daran änderte es auch nichts mehr, dass nun ausdrücklich verkündet wurde, niemand könne etwas dagegen haben, „wenn das Dorf belebt ist durch Geflügel und wenn Genossenschaftsbauern und auch Arbeiter ihr Schwein, ihre Ziege, ihre Kuh, ihr Kaninchen im Stall haben“.¹⁵⁸ Dies gab einen Hinweis darauf, wie man sich die Konsum- und Sozialpolitik der kommenden Jahre vorzustellen hatte. Die Mobilisierung der letzten Ressourcen sollte bald an ihre Grenzen stoßen.

157 2. Tagung des ZK der SED, 2./3. September 1976. Zu aktuellen Fragen unserer Innen- und Außenpolitik nach dem IX. Parteitag. Aus dem Schlußwort des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED, Berlin 1976, S. 8.

158 Ebd., S. 39.

Zusammenfassung

Die in diesem Buch dargestellte Geschichte einer strategischen Kursänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört in den weiträumigen Kontext des sich zur gleichen Zeit in den entwickelten Industrieländern vollziehenden Wandels. In dieser Hinsicht gab es frappierende Übereinstimmungen. Zunächst ging die Wiederaufbauperiode nach dem Zweiten Weltkrieg trotz aller systembedingten Unterschiede erstaunlich parallel in eine einigermaßen saturierte Gegenwart über – verbunden auch mit verheißungsvollen Zukunftsprojektionen. In der rückblickenden Wahrnehmung erschienen die 1950er und 1960er Jahre in der englischsprachigen Welt später als „Golden Age“. Die Franzosen sprachen von „les trentes glorieuses“ und die (West)-Deutschen vom „Wirtschaftswunder“.¹ Trotz innerer Krisen und systembedingter Bremswirkungen konnten auch die Länder des sowjetischen Blocks in dieser Zeit auf hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und einen insgesamt gestiegenen Lebensstandard ihrer Bevölkerung verweisen.² Allerdings registrierten dort viele Zeitgenossen erst die hier betrachtete Periode, die frühen 1970er Jahre, also die erste Phase der offiziell als „Hauptaufgabe“ bezeichneten spezifischen Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik im „real existierenden Sozialismus“, als „gute“ Zeit.

In einer solchen Perspektive wird auch klarer, weshalb es in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu einem bemerkenswerten und zugleich fragwürdigen Arrangement innerhalb der ostdeutschen und der polnischen Gesellschaft kam:

1. Die rasche, wenn auch nur vorübergehende Stabilisierung der Versorgungslage verschaffte den neuen Parteiführern einen Vertrauensbonus. Es kam jedoch nicht zu einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstumsschub.
2. Das Ziel, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu einem homogenen Prozess zu verbinden, war in den Gesellschaften der DDR und der PRL konsensfähig. Damit geriet die Sozialpolitik allerdings unter permanenten Erfolgsdruck.

1 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, 4. Aufl. 2000, S. 324–362; Stepan Alan Marglin/Juliet Schor (Hg.): The Golden Age of Capitalism, Oxford 1990.
2 Vgl. Gerold Ambrosius/William H. Hubbard: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 293–297.

3. Die starke Fixierung der Sozialpolitik auf die Arbeiterschaft förderte sozial und kulturell nivellierende Tendenzen. Der damit einhergehenden Demotivierung von Leistungsträgern stand eine Anspruchsinflation in breiten Bevölkerungsschichten gegenüber.
4. Die sozialpolitische Komponente der „Hauptaufgabe“ band wachsende Teile des Nationaleinkommens. Den Erfordernissen der dritten industriellen Revolution konnte nur unzureichend entsprochen werden. Der Mangel an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten spitzte sich dramatisch zu. Die Mittel für den strategischen Strukturumbau der Wirtschaft waren zu knapp.
5. Während die anvisierten wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht wurden, versuchte man trotzdem, die sozialpolitischen Zusagen einzuhalten. Die sozialen Sicherungssysteme blieben nur durch wachsende Staatszuschüsse funktionsfähig. Leben aus der volkswirtschaftlichen Substanz und zunehmende Staatsverschuldung waren die Folgen.
6. Regierende und Regierte akzeptierten in ihrer Mehrheit solche Risiken, die einen aus Angst um die Macht, die anderen aus Gewöhnung an das gar nicht so heimliche Arrangement, mit dem das Machtmonopol durch sozialpolitische Leistungen erkaufte worden war. Unter der „Führung der Partei“ begann man an dem Ast zu sägen, auf dem man saß.

Diese Punkte bilden gewissermaßen Wegmarken der hier betrachteten Entwicklung. Neben vielen Gemeinsamkeiten, die 1970/71 zum Sturz der beiden bedeutenden Protagonisten des polnischen und des deutschen Kommunismus führten und die sich auch im politischen Vorgehen Edward Giereks und Erich Honeckers zeigten, standen teils überraschende Unterschiede. Überhaupt zeigt der Vergleich im Prozess der inhaltlich sehr ähnlichen politischen Entscheidungsfindung sowohl im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf als auch hinsichtlich der Entscheidungen selbst eine ins Auge springende Asymmetrie. Sie mochte damit zusammenhängen, dass die Gierek-Elite von vornherein zu oft reaktivem und auch kurzatmigem Handeln gezwungen war, während die SED-Führung unter Honecker zumindest anfangs den Eindruck planvoller Bedachtsamkeit zu erwecken vermochte. Andererseits konnte Gierek – exemplarisch in der Kampagne des „zweiten Polen“ – mit einiger Aussicht auf gesellschaftliche Zustimmung die nationale Karte ziehen. Honeckers Konstrukt der „sozialistischen deutschen Nation“ und die damit verbundene Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik vermochten eine vergleichbare Wirkung nie zu erzielen. Nicht zuletzt machten sich in solchen Konstellationen auch historisch langfristig angelegte kulturelle, mentale und vielleicht auch konfessionelle Dispositionen differenzierend geltend. Manches davon mag zu dieser Asymmetrie beigetragen haben.

Sie war offenbar auch maßgebend für einen weiteren Unterschied: Während sich die polnische Variante des sozialpolitischen Entscheidungsprozesses durch relativ klare Konturen, nicht zuletzt durch scharfe Konfliktlinien auszeichnete, blieb das Bild in der DDR meist etwas unscharf. Es ist auch nicht eindeutig zu erkennen, inwieweit die polnische Krise die Sozialpolitik der frühen Honecker-Ära beeinflusst hat. Dass sie ein auf Sicherheit bedachtes Reagieren beförderte, steht außer Frage. Doch kamen die entscheidenden Handlungsimpulse für die DDR-Führung weit eher aus dem deutsch-deutschen Konkurrenzverhältnis als aus der polnischen Lektion. Das machte einen wesentlichen Unterschied aus.

Besondere Aufmerksamkeit beanspruchen jene Vorgänge, die aus der 1971 eingeschlagenen Konsolidierungspolitik eine soziale Frage werden ließen. Hier geht es um das Paradoxon, dass ein gezielter Lösungsversuch sozialer Probleme nach erfolgversprechenden Anfängen und einigem Auf und Ab bereits gegen Mitte der 1970er Jahre sowohl in Polen als auch in der DDR in neue Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen mündete. Dass sie es hierbei mit dem Vorspiel zur finalen Existenzkrise des Sozialismus sowjetischen Typs zu tun hatten, erschloss sich den Zeitgenossen jedoch erst später.

Diese Studie folgte dem Spannungsbogen sozialpolitischer Entscheidungsprozesse in der DDR und in der PRL von der einen strategischen Weichenstellung gegen Ende des Jahres 1970 bis zur nächsten im Jahr 1976. Sie zeigt im Vergleich der beiden Länder eine beachtenswert asymmetrische Konstellation im Dezember 1970, dann richtet sich der Blick auf eine kurze Phase, in der die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung zwischen 1971 und 1974 einen etwas mehr angeglichenen, mitunter auffallend parallelen Verlauf nahm, um 1974/75 erneut in eine divergente Dynamik überzuwechseln und im Jahr 1976 schließlich neue, erstaunlich unterschiedliche Entscheidungen zu erzwingen. Die spektakulären Höhepunkte in Form dramatischer Zuspitzungen blieben der Geschichte der PRL im Dezember 1970 und im Juni 1976 vorbehalten. Im Vergleich dazu verlief die Geschichte der DDR eher evolutionär. So konnte der brachiale Konflikt zwar vermieden werden, doch traten im Prinzip die gleichen Entwicklungsmerkmale auf, die in Giereks Polen die nächste Krise heraufbeschworen.

Betrachtet man die Vorgänge um den 9. bis 11. Dezember 1970 in der DDR und nach dem 12. Dezember 1970 in Polen, so springen die Unterschiede geradezu ins Auge. Man könnte den ersten Fall als eine bereits in Gang befindliche Palastrevolte verstehen, die in jenen Dezembertagen eine wichtige Hürde nahm, doch in der Öffentlichkeit noch nicht als politisch sonderlich bedeutsamer Vorgang registriert wurde. Im anderen Fall entzündete sich an den soeben öffentlich gemachten sozial- und konsumpolitischen Entscheidungen ein sozialer Konflikt, der auch auf die Straße getragen wurde, zeitweise außer Kontrolle geriet und die politische Machtfrage heraufbeschwor. Im zeitlich distanzierten Rückblick mochte sich für historisch Interessierte ein opulentes historisches Szenarium entfalten, für die Akteure jedenfalls schien das dichotomische Schema von „My i Oni“ im Sinne von „Wir gegen sie und sie gegen uns“ neue Geltungskraft zu erlangen. Dem äußeren Anschein nach hätte eine Unterscheidung zwischen ostdeutschem Kammerspiel und großem polnischen Drama nahegelegen.

Trotzdem war den Ereignissen mehr gemein, als ein erster Blick zeigt. Sowohl in der DDR als auch in der PRL wurde der Dezember 1970 zum Ausgangspunkt gravierender gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischer Kursänderungen. Auch gab es eine strukturell ähnliche Ausgangskonstellation, aus der wiederum – trotz aller Unterschiede – eine Reihe von Analogien im Konfliktverlauf und bei den politischen Entscheidungsprozessen resultierte. In beiden Fällen ging es in letzter Konsequenz um einen Versuch, die politische Macht der Parteiregime durch einen informellen Sozialpakt mit der Arbeiterschaft zu sichern und die dabei gewährten sozialen Zugeständnisse durch einen kräftigen wirtschaftlichen Wachs-

tumsschub auf Dauer zu stellen. Damit sollte eine Wiederholung des bisherigen Zielkonflikts um den Einsatz knapper Ressourcen vermieden werden. Angesichts der Auseinandersetzungen, wie sie innerhalb der Parteiführungen von PZPR und SED vor dem Dezember 1970 stattgefunden hatten, bedurfte es allerdings keiner prophetischen Gabe, um in diesem Konzept ein beträchtliches Risikopotential wahrzunehmen.

Es gehört zu den dialektischen Wendungen der weiteren Geschichte, wenn die sowjetische Führungsmacht ihre Konzeption der „Hauptaufgabe“ im RGW-Bereich zwar weitgehend durchsetzen konnte, zugleich aber an Fähigkeit verlor, deren Realisierung nötigenfalls massiv zu unterstützen. Im gesamten Ostblock schlugen die Erfordernisse der dritten industriellen Revolution in Form von unabdingbaren Investitionen zu Buche. Hinzu kamen Anpassungen der Rohstoff- und Energiewirtschaft, wachsende Rüstungslasten und nicht zuletzt die Kosten der Sozialpolitik. Dies hatte zur Folge, dass sich die sozial- und wirtschaftspolitischen Strategien nach der grundsätzlichen Weichenstellung stärker ausdifferenzieren begannen. Die UdSSR fiel als soziales Modell nahezu völlig aus. Als ob Breschnews Schlaganfall von 1976 auf das ganze Land ausstrahlte, verfiel es in Stagnation.³ Zudem verengten später die im Dezember 1979 begonnene Invasion Afghanistans, die Unterstützung Polens nach der Ausrufung des Kriegsrechts 1981, die zunehmenden Belastungen durch das Wettrüsten, vor allem mit den USA, und die Reaktorkatastrophe vom April 1986 in Tschernobyl auch die sozialpolitischen Spielräume immer weiter. Die PRL geriet nach kurzer Euphorie in eine verhängnisvolle Schuldenspirale. Die DDR versuchte, auf Kosten von Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen am Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik festzuhalten. Man sägte hier wie dort an dem berühmten Ast, auf dem man saß. Statt einer *Histoire croisée* erlebte der östliche Teil des europäischen Kontinents eine *Histoire parallèle de la déchéance*, eine Parallelgeschichte des Niedergangs. Endogene und exogene Faktoren gingen hierbei eine brisante Mischung ein.

Die Verwendung des Konfliktbegriffs erscheint im gegebenen Zusammenhang naheliegend, aber nicht selbstverständlich. Zu bedenken ist, dass sowohl die SED als auch die PZPR in ihrer Gesellschaftspolitik zwar von der Existenz gesellschaftlicher Widersprüche ausgingen, während sie soziale Konflikte einem Klassenkampfschema zuordneten, das unter sozialistischen Bedingungen als Auseinandersetzung mit dem inneren und äußeren „Klassenfeind“ zu verstehen war. In Polen erkannte die PZPR zwar nach 1970 die Möglichkeit sozialer Konflikte an, ohne unbedingt Freund-Feind-Kategorien zu bemühen, doch 1976 fiel sie wieder in das alte Schema zurück. Dementsprechend wurde sozialer und auch politischer Konflikt nicht als Standardsituation sozialistischer Gesellschaften akzeptiert, sondern auf die Folie der antagonistischen Auseinandersetzung zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ projiziert. Dies machte den Umgang mit inneren Spannungen und Konflikten so schwierig. Gleichwohl traf auch auf beide hier betrachteten Gesellschaften ein Argument zu, das Ralf Dahrendorf bereits 1969 entwickelt hat: Jede denkbare Gesellschaft ist in ihrer Entwicklung durch die dialektisch verketteten und kombinierten Gegensatzpaare von Stabilität und Wan-

3 Manfred Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 1014.

del, Integration und Konflikt, Funktion und Dysfunktion, Konsens und Zwang zu beschreiben.⁴ Auch Honeckers DDR und Giereks PRL trugen ein solches Doppelgesicht.

Die beiden in diesem Buch skizzierten Varianten eines politischen Kurswechsels unterscheiden sich in vielen ereignisgeschichtlichen Details ebenso wie in ihren historischen Kontexten. Die Forschung hat sich des Gegenstands bislang vor allem in einer nationalgeschichtlichen Perspektive angenommen.⁵ Diese Sicht ist wichtig, auch um die differenzierenden Faktoren der Arbeitsbeziehungen zu erfassen. Sie tragen zur Erklärung unterschiedlichen Vorgehens der politischen Entscheidungsträger bei. In Polen gab es eine Tradition der Arbeiterräte und Arbeiterselbstverwaltungen, die in den 1960er Jahren zwar neutralisiert war, dennoch aber virulent blieb. In den Betrieben der Tschechoslowakei, um dieses Beispiel zum Vergleich heranzuziehen, hatte sich nach 1968 eine Atmosphäre des Attentismus ausgebreitet.⁶ Die Arbeitsgesellschaft der DDR dürfte stärker als die der beiden anderen Länder betriebszentriert gewesen sein.⁷ Darin lag für die SED ein gewisser Vorteil bei der Konfliktregulierung, vor allem mit sozialpolitischen Mitteln. Soweit soziale Argumente im machtpolitischen Kampf auftauchten, bezogen sie ihre Rationalitätskriterien nicht zuletzt aus diesen Prämissen.

Neben solchen Unterschieden wiesen die geschilderten Kontroversen gleichwohl auch viele strukturelle Übereinstimmungen auf. Diese wurden generell von der Frage bestimmt, wie die Parteiherrschaft angesichts der Herausforderungen durch die dritte industrielle Revolution und durch die Konsumgesellschaften des Westens am wirksamsten zu sichern sei. Akut erschien das Problem auch deshalb, weil besonders die Ergebnisse der von Ulbricht in der DDR und Dubček in der ČSSR eingeleiteten wirtschaftlichen Reformversuche die bestehende Parteiherrschaft in Frage zu stellen begannen. In den eher konservativ geprägten Parteiapparaten war der nicht ganz unzutreffende Eindruck entstanden, als ob diese Reformen eine Eigendynamik entwickelten, die politisch immer schwerer zu steuern war. Zudem ließen sich auch andere unbeabsichtigte Effekte nicht übersehen. Statt dass die angestrebte teilweise Selbststeuerung des Wirtschaftsprozesses zu funktionieren begann, wurden vermehrt direkte politische Interventionen erforderlich. Dieser Verlauf ließ wachsende Zweifel an der Funktionsfähigkeit einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ aufkommen. Das schwächte die Position der Reformen und stärkte die der Reformgegner, zumal diese mit dem zunächst

4 Ralf Dahrendorf: Zu einer Theorie des Konflikts, in: Wolfgang Zapf (Hg.): Theorien sozialen Wandels, Köln/Berlin 1969, S. 108–123.

5 Vgl. u.a. André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre: Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999; Martin R. Myant: The czechoslovak economy 1948–1988. The Battle for Economic Reform, Cambridge 1989; Janusz Kaliński (Hg.): Historia gospodarcza Polski (1939–1989) [Wirtschaftsgeschichte Polens (1939–1989)], Warszawa 2001; ders./Zbigniew Landau: Gospodarka Polski w XX wieku [Die Wirtschaft Polens im 20. Jahrhundert], Warszawa 1998; s.a. Norman Davies: Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2000 S. 375–383.

6 Heribert Kohl/Wolfgang Lecher/Hans-Wolfgang Platzer: Arbeitsbeziehungen in Ostmitteleuropa zwischen Transformation und EU-Beitritt, Bonn 2000 (Electronic ed: Bonn: FES Library, 2000).

7 Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31–61, hier 39.

nicht überprüfbar Versprechen operieren konnten, auf mehr Ausgewogenheit zwischen wirtschaftlichen Anstrengungen und sozialen Leistungen achten zu wollen. Nicht zuletzt sollte das mit Hilfe einer wieder stärker zentralisierten Planung geschehen.

Bemerkenswert bleibt, dass die Äußerungen von Unzufriedenheit und Protest zwar in teils harscher Form gegen die Parteiführungen und ihre Apparate gerichtet waren, doch die Institution der zentralen Planwirtschaft eigentlich nicht erfassten. Es griffe wohl zu kurz, dahinter lediglich ein Fortwirken jener Planungseuphorie zu vermuten, wie sie die 1950er Jahre bestimmte. Vielmehr blieb es nicht ohne Wirkung, wenn die „Hauptaufgabe“ in ihrer DDR- und PRL-Variante mit einer Rückkehr zu konsequenterem Plandirigismus in Verbindung gebracht wurde. Den Konsumenten war es im Grunde egal, mit wieviel Planungsaufwand die Regale in den Läden gefüllt wurden – Hauptsache, sie waren voll. Insofern gab es auch kein starkes Motiv, gegen eine zentrale staatliche Planung aufzutreten.

Aber in den frühen 1970er Jahren kam noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu. Wie bereits beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg schien sich eine zentralisierte Planung auch als probates Mittel zu empfehlen, um auf den beschleunigten Strukturwandel der industriellen Welt reagieren zu können. Dieser hatte bereits begonnen, die herkömmlichen industriewirtschaftlichen Zusammenhänge in Westeuropa und Nordamerika aufzulösen.⁸ „Zuerst schlossen die Kohlengruben; in ihrem Windschatten folgten Werften, Textilbetriebe, Eisenhütten und Betriebe anderer Branchen.“⁹ Dieses Bild vor Augen, lag es nahe, wenn man in den RGW-Ländern über alternative Strategien nachzudenken begann. Gleichwohl nahmen die in Warschau und Berlin in politische Machtkämpfe verstrickten Akteure die Problemlage um 1970 noch eher unscharf, fragmentarisch und schon deshalb recht unterschiedlich wahr. Während die „Modernisierer“ Gomułka, Ulbricht und 1968 auch noch Dubček in Prag zumindest die Notwendigkeit einer mehr oder weniger an Marktmechanismen orientierten Wirtschaftsreform anerkannten und dabei auch soziale Einschränkungen nicht ausschlossen, versuchten es die „Sozialpolitiker“ Gierek, Honecker und zuvor schon Husák in der ČSSR zunächst mit sozialen Verbesserungen, die immer auch als Leistungsanreize gemeint waren. Aber in jedem Falle war der Hauptadressat sowohl der Reformpolitik als auch, wenn man so will, der „Konterreform“ die „Arbeiterklasse“, also eine Arbeiterschaft, deren Zusammensetzung einer durch Bergbau, Schwerindustrie und Maschinenbau dominierten Industriestruktur entsprach und die in Polen, der Slowakei und in Teilen der DDR auch ein Segment enthielt, das noch eng mit einem ländlichen Herkunftsmilieu verbunden war. Anders als die Reformbefürworter, die zur Lösung der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf einen nationalen Modernisierungskonsens setzten, erhofften ihre Nachfolger eher einen Pakt zwischen dieser Arbeiterschaft und der Partei, mindestens aber einen von beiden Seiten akzeptierten „Deal“: Macht gegen verbesserten Lebensstandard.

8 Vgl. Gerold Ambrosius: Ursachen der Deindustrialisierung in Europa, in: Werner Abelshäuser (Hg.): Umweltgeschichte, Göttingen 1994, S. 190–221.

9 Christoph Nonn: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001, S. 9.

Christoph Boyer geht in seinem Beitrag ausführlicher auf diesen Wirkungsmechanismus ein. Mit gutem Grund zeigt er dessen Entstehen und seine Folgen im Kontext der von 1945 bis 1989 reichenden Periode. Tatsächlich wäre es zu kurz gegriffen, die „Normalisierungspolitik“ des Husák-Regimes ausschließlich als Folge des „Prager Frühlings“ und seines Scheiterns begreifen zu wollen. Vielmehr handelte es sich um eine Variation der schon Jahre zuvor von der sowjetischen Führung kreierten „Hauptaufgabe“, in der man durchaus den Versuch einer strategischen Kurskorrektur sehen kann. Dieser Korrekturbedarf sollte jedoch nicht als frühzeitiges Eingeständnis des Scheiterns interpretiert werden. Er galt in den politischen Machtzirkeln – wenn auch nicht unbestritten – als quasi naturgegebene Konsequenz eines in den 1960er Jahren erreichten Entwicklungsstadiums der im europäischen Machtbereich der Sowjetunion liegenden Länder.

Der amerikanische Historiker Charles S. Maier hat in dem Zusammenhang auf den Einfluss der dritten industriellen Revolution aufmerksam gemacht, der diese Entwicklung in einem differenzierteren Licht erscheinen lässt. Danach führten die systemimmanenten Ursachen der um 1970 bestehenden Schwierigkeiten erst in den siebziger Jahren zur Krise. 1970 befand man sich in Mittel- und Osteuropa nach einer trotz aller Einschränkungen erfolgreichen Wiederaufbauperiode in der Nachkriegszeit gewissermaßen an einer Weggabelung. Die Wachstumsraten seien, so Maier, „von den fünfziger über die sechziger bis in die siebziger Jahre mit denen im Westen vergleichbar“ gewesen, „obwohl doch die Ausgangsbedingungen für die Gesellschaften Osteuropas viel schlechter waren“. Erst in den 1970er Jahren „kulminierten die Fehler“ und zeigten in den Achtzigern ihre dramatischen Folgen. „Und dies geschah übrigens genau zu der Zeit, in der von allen Seiten anerkannt wurde, daß auch die westlichen, die kapitalistischen Volkswirtschaften in einer Periode schwerwiegender systemimmanenter Schwierigkeiten steckten. Man darf nicht vergessen, daß die Probleme der siebziger Jahre an den Grenzen der Wirtschaftssysteme nicht halt machten.“¹⁰

Auf die nach 1970 in der DDR und der PRL verfolgte Sozialpolitik übte die tschechoslowakische Krise vom August 1968 einen indirekten, vor allem durch die Politik der „Normalisierung“ vermittelten Einfluss aus. In einer weiteren Perspektive erwiesen sich aber die Wirkungen der polnischen Dezemberkrise von 1970 schon in der zeitgenössischen Perspektive als stärker. Zwar vermieden es die neuen Parteiführungen, intensiver nach deren systembedingten Prämissen zu fragen. Denn so hätte die abklingende Reformdebatte der sechziger Jahre neu angeheizt werden und in eine schwer kalkulierbare Richtung laufen können. Der Schock, den die heftige Konfrontation zwischen Arbeitern und Regime in den polnischen Küstenstädten auslöste, saß gleichwohl tief. Als Gierек postulierte, dass es nie wieder zum Einsatz von Waffen gegen Arbeiter kommen dürfe, gelangte man auch in der ČSSR und der DDR zu der Auffassung, dass sich die Parteiherrschaft nur wirksam durch eine Politik sozialer Ruhigstellung sichern ließe.¹¹

10 Charles S. Maier: *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt a.M. 1999, S. 149.

11 Rolicki/Gierек, *Przerwana dekada*, S. 74; Andert/Herzberg, *Sturz*, S. 274–276.

Nimmt man die historischen Kontexte der Kontroverse in den Blick, so liegt die Frage nahe, ob die spezifischen Generationen- und Professionalisierungserfahrungen der Entscheidungsträger einen nennenswerten Einfluss auf die Perzeption der sozialen Problematik und damit auf ihre Politik hatten. Die wichtigsten Akteure kamen aus kleinen Verhältnissen und wählten bis auf einen, Husák, zunächst typische Arbeiter- und Handwerkerberufe.¹² Relativ frühe Kontakte zur marxistischen Arbeiterbewegung ergaben sich in der Mehrheit der Fälle aus einer solchen sozialen Position heraus. Gleichwohl bleibt es problematisch, aus biographischen Daten auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Präferenzen der einzelnen Personen schließen zu wollen. Immerhin spricht einiges dafür, der frühen politischen Sozialisationsphase der Protagonisten besondere Beachtung zu schenken. Aus ihr rührte offenbar das an Lenin orientierte Verständnis vom Sinn und Zweck einer kommunistischen Kaderpartei und ihrer durch angenommene historische Gesetzmäßigkeiten legitimierten politischen Praktiken her.¹³ Auch dürfte die Erfahrung des industriellen Zeitalters das Denken in struktureller Kausalität begünstigt und die gesellschaftspolitischen Vorstellungen geprägt haben.¹⁴ Die Annahme eines betriebsförmigen Modells der sozialistischen Gesellschaft, wie es insbesondere Lenin vorgezeichnet hatte, war unbestritten.¹⁵ Auch in einem anderen Punkt unterschieden sich die Kontrahenten kaum: Ihre sozialen Zielvorstellungen blieben stark auf die Bedürfnisse ihrer Herkunftsmilieus, vor allem der Arbeiterschaft fixiert.

Besonders ältere Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre pflegten soziale Fortschritte vom relativ niedrigen Niveau der Zwischenkriegszeit her zu „berechnen“. Für sie lag es nahe zu konstatieren, dass es den Menschen unter sozialistischen Verhältnissen im Allgemeinen besser ging als je zuvor. Exemplarisch hierfür hob etwa der einer Gomulka-Apologie unverdächtige Mieczysław Moczar im Oktober 1970 in einem durchaus kritischen Referat zum Zustand des polnischen Gesundheitswesens genau diesen Punkt hervor: Das Lebensniveau der polnischen Gesellschaft sei heute höher als zu jeder anderen Zeit bisher. Um dies zu untermauern zog Moczar einen Vergleich mit den Lebensbedingungen vor dem Zweiten Weltkrieg.¹⁶ Es handelte sich hier um eine sehr gebräuchliche Argumentationsfigur, wie man sie in allen Ländern des sowjetischen Blocks antreffen konnte. Sie war auch nicht falsch, nur überzeugte sie nicht mehr so recht. Was in den 1950er Jahren noch seine Berechtigung hatte, geriet in den späten 1960er Jahren zur Phrase.

-
- 12 Vgl. Ludvík Veselý: *Dubček: Biographie*, München 1970; Maria Ewa Ozóg: *Władysław Gomułka: biografia polityczna*, t. 1 [Władysław Gomułka: politische Biographie, Bd. 1], Warszawa 1989; Rolicki, Edward Gierek; Mario Frank: *Walter Ulbricht: eine deutsche Biographie*, Berlin 2001; Jan N. Lorenz: *Erich Honecker. Eine Biographie*, Reinbek bei Hamburg 2001.
- 13 Uwe Backes: *Totalitäres Denken*, in: ders./Stéphane Courtois (Hg.): „Ein Gespenst geht um in Europa“. *Das Erbe kommunistischer Ideologien*, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 383–407, hier 405.
- 14 Stefan Beck: *Umgang mit Technik. Kulturelle Praxen und kulturwissenschaftliche Forschungskonzepte*, Berlin 1997, S. 315.
- 15 Frank Deppe: *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge*, Hamburg 1999, S. 293f.
- 16 Mieczysław Moczar: *Najważniejsze zadania służby zdrowia* [Die wichtigsten Aufgaben des Gesundheitsdienstes]. Rede auf dem Plenum des Wojewodschaftskomitees der PZPR in Poznań am 13. Oktober 1970, in: *Trybuna Ludu*, 14.10.1970. S. 3.

Mit den Generationen wechselten wichtige Paradigmen. Während die Angehörigen der Vorkriegs- und Kriegsgeneration die unbestreitbaren Wiederaufbauerfolge im Vergleich zu den verbreiteten Notlagen der Weltwirtschaftskrise, der Kriegs- und Nachkriegszeit durchaus als Verbesserung der Lebenslage weiter Bevölkerungskreise registrierten, zog die jüngere Nachkriegsgeneration, die während der 1960er Jahre in verantwortungsvolle Ämter nachzurückern begann, andere Vergleiche. Sie maß die eigene Situation sowohl an den nur unzureichend realisierten wirtschaftlichen und sozialen Versprechungen der Parteiregime als auch an dem, was man über das Leben in Westeuropa und Nordamerika wusste oder zu wissen glaubte. Ohne selbst dieser jüngeren Generation anzugehören, reagierten Gierek und Honecker ganz besonders auf deren Erwartungen bzw. das, was sie dafür hielten. Missdeutungen waren somit allseits vorbereitet. Die neuen Männer an der Spitze von PZPR und SED trieb eine Mischung aus politischer Überzeugung, Machtkalkül und Angst vor dem wachsenden sozialen Forderungsdruck, der systemgefährdend werden konnte. Dabei sahen sie sich mit Bedürfnissen konfrontiert, denen westliche Lebensstile und Standards als Referenzsystem dienten. Wie weit man dem entgegenzukommen bereit war, zeigte sich geradezu symbolhaft in den forcierten Bemühungen um die Individual-, „Automobilisierung“ der beiden Länder.¹⁷

Ein Vergleich der Politikstile legt die Vermutung nahe, dass die Älteren mehr als die Jüngeren an die Überzeugungskraft der Argumente glaubten, auch wenn sie unpopulär waren. Ihre Politik folgte, gegebenenfalls auch mit Härte, der langfristigen Zukunftsprojektion einer kommunistischen Fürsorgediktatur. Ohne diese Orientierung aufzugeben, neigten die jüngeren Gegenspieler stärker einer konsensorientierten, auf soziale Befriedung setzenden Politik zu, der sie auch durch eine arbeiternahe Selbstinszenierung Durchschlagskraft zu verleihen suchten.

Aus einer in letzter Konsequenz sehr ähnlichen Problemlage heraus erfolgte die Suche nach Auswegen. Es gab in den Machteliten Anzeichen einer Malaise, doch keinen Krisendiskurs. Der gesamte sowjetische Block konstatierte um 1970 immer noch hohe, nur langsam sinkende wirtschaftliche Wachstumsraten.¹⁸ Wenn auch mit Mühe, versuchte man dem industriellen Strukturwandel zumindest in den wichtigsten Branchen den Weg zu bahnen. Der strategische Dissens entzündete sich an der Frage nach den dabei entstehenden sozialen Kosten und daran, wieweit sie einer missmutiger gewordenen Bevölkerung zugemutet werden durften. In dieser Kontroverse lag die Verwendung sozialer Argumente für alle Beteiligten nahe, weil sie einerseits auf die im Verlauf der Wirtschaftsreformen entstandenen sozialen Belastungen reagieren mussten, sich andererseits aber auch des Rückhalts in der Arbeiterschaft versichern wollten, indem sie diese bei der Umverteilung konsumtiver Ressourcen erneut stärker privilegierten. Für die politische Stabilisierung der Parteiregime erlangte dieser Aspekt an der Schwelle der 1970er Jahre oberste Priorität.

17 Статистический ежегодник стран-членов совета экономической взаимопомощи 1990 [Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1990], Москва 1990, S. 497.

18 Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, S. 585–588; Paul Kennedy: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1993, S. 299–302.

Für die Beurteilung der um 1970 eingetretenen Situation erscheint es auch wichtig, die eher reformresistente Haltung der Partei-, Gewerkschafts- und Staatsapparate zu beachten. Sie bremsten die Reformbemühungen schon zu einem frühen Zeitpunkt ab. Hingegen kam von hier Unterstützung für alles, was die Rückkehr in die gewohnten Gleise des „demokratischen Zentralismus“ und der Zentralplanung versprach. Insofern hatten Gierек und Honecker zunächst viel Rückhalt in den Apparaten. Auch bei der anfangs recht erfolgreichen Einlösung sozialer Versprechungen konnten sie auf deren Unterstützung rechnen. Denn die Stabilisierung der Regime durch Sozialpolitik bedeutete nicht zuletzt eine Sicherung ihrer Funktionsebenen.

Was war der Preis hierfür? Die weitere Entwicklung bis zum Ende der 1980er Jahre spräche dafür, dass er höher war, als man ihn sich leisten konnte. Das ist im Hinblick auf die DDR und die PRL bereits im Verlaufe der 1970er Jahre deutlich geworden. Unzweifelhaft blieben Konsequenzen für die sowjetische Führungsmacht nicht aus, ebensowenig wie deren Interessenlage spätestens seit 1974 massiv auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der anderen RGW-Länder durchschlug. Im Hinblick darauf ist die These vertreten worden, die Sowjetunion sei nicht trotz, sondern wegen ihres Blocksystems gescheitert, denn der Block habe sich vom „stalinistischen ideal empire“ zum Subventionsobjekt entwickelt.¹⁹ Dafür spräche einiges. Wie dem auch sei, es bleibt in Rechnung zu stellen, dass auch die UdSSR ein Interesse am, wenngleich teuren, Fortbestand des Ostblocks hatte. Da spielten zum einen sicherheitsstrategische Überlegungen eine Rolle, zum anderen war die sowjetische Führung nicht zuletzt im Hinblick auf ihre eigene Sozialpolitik auf Lieferungen aus den Partnerländern angewiesen. Auch wenn die östliche Supermacht zu dieser Zeit und in Anbetracht des Wettrennens mit den USA einen immensen Militärapparat unterhielt und sich zudem ihre geopolitischen Ambitionen einiges kosten ließ, vermochte sie sich nicht aus der Dynamik einer zwischen Ost und West fortdauernden sozialpolitischen Konkurrenz zu lösen. So gelang es immerhin, während Breschnews Imperium innenpolitisch in Stagnation versandete, den Standard der Lebensmittel- und Konsumgüterversorgung sowie der sozialen Sicherung auf einem für sowjetische Verhältnisse einigermaßen akzeptablen Niveau zu halten. Als Beispiel sozialen Fortschritts konnte die Sowjetunion aber schon lange nicht mehr auftreten, nicht einmal mehr gegenüber den eigenen Bündnispartnern. Doch auch wenn der UdSSR um die Mitte der 1970er Jahre sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht allerlei und nicht gerade geringfügige Gebrechen zu bescheinigen sein mochten, auf ihren spektakulären Untergang nur anderthalb Jahrzehnte später hätte wohl kaum jemand wetten mögen.

Die weitere Geschichte bis 1989/90 wird aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive zu meist als ebenso langsamer wie unvermeidlicher Niedergang beschrieben. Dabei dominieren sozialhistorische Argumente. Sie schließen die eher akteursbezogenen Befunde und Interpretationen systematisch-sozial- und politikwissenschaftlicher Provenienz nicht aus, wie sie

19 Gerd Herzog: Schwäche als Stärke: Bargaining Power im RGW. Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft, Heft 17/1998.

etwa anhand der Begriffe Zusammenbruch, Revolution oder Reform diskutiert werden.²⁰ Doch stellen sie eher auf langfristige Entwicklungen und komplexere historische Kontexte ab. Das lenkt den Blick auch auf die Frage nach Alternativen.

Diesem Aspekt folgte die Darstellung nur insofern, als konkrete Entscheidungssituationen erörtert wurden. Im größeren Zusammenhang gesehen, dürfte um 1970 der letztmögliche Zeitpunkt verstrichen sein, zu dem sich für die Gesellschaften des östlichen Mitteleuropa die Kosten einer Systemtransformation mit demokratischer und marktwirtschaftlicher Orientierung in relativ engen Grenzen hätten halten lassen. Angesichts der realen Situation bleibt das freilich eine hypothetische Erwägung. Auch wenn die Reformprozesse der 1960er Jahre in dieser Hinsicht manche Möglichkeit zu eröffnen schienen,²¹ blieb der Weg dahin vor und nach dem Dezember 1970 politisch blockiert. Es gab zu dieser Zeit keinen relevanten Akteur, der willens und in der Lage gewesen wäre, diese Blockade aufzubrechen.

Dafür passierte etwas anderes: Die Auseinandersetzungen um Inhalte, Relationen und Richtungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der PRL und der DDR lassen das Jahr 1970 in sozialer Hinsicht als den Endpunkt eines gesellschaftspolitischen Großentwurfs erscheinen, dessen Verheißungen in fernerer Zukunft einzulösen waren. Ihm folgte das Versprechen kurzfristiger Lösungen. Uneingestanden vollzog sich der Wechsel von einer revolutionären Offensivstrategie zu einer an westlichen Konsummustern orientierten und zumindest vom Anspruch her sozial relativ stark abgesicherten Defensive. Ihre politischen und wirtschaftlichen Kosten hielt man ebenso wie die Risiken für kalkulier- und kontrollierbar – fälschlicherweise, wie sich zeigen sollte.

20 Dieter Segert: *Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen*, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 243–258.

21 Vgl. Steiner, *DDR-Wirtschaftsreform*; Karl von Delhaes: *Polnische Wirtschaftsreformen außerhalb der Landwirtschaft*, in: Hans Lemberg (Hg.): *Zwischen „Taufwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970*, Marburg 1993, S. 53–66; Jiří Kosta: *Die tschechoslowakische Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Ein historischer Rückblick*, in: ebd., S. 67–78.

„Sorge um den Menschen“. Tschechoslowakische Sozial- und Konsumpolitik im Übergang von der Reform zur „Normalisierung“

Einleitung

1. Der Staatssozialismus sowjetischen Typs¹, auch der in der Tschechoslowakei, war kein statisches Gebilde; vielmehr unterlag er im Laufe seiner Existenz institutionellen Wandlungen. Ein Bogen spannte sich vom „Aufbau des Sozialismus“ in den vierziger und fünfziger Jahren, der in einer Mischung von revolutionärem Enthusiasmus und Terror eine neue Welt zu schaffen gedachte, über die Reformen der sechziger Jahre bis zu den beiden finalen Jahrzehnten der „Normalisierung“. Die Metamorphosen im Durchgang durch diese Etappen waren Ausdruck der generellen Fähigkeit staatssozialistischer Systeme, sich, wenn auch innerhalb enger Grenzen, durch den Umbau von Institutionen und Steuerungsmechanismen zumindest für eine gewisse Zeitspanne zu stabilisieren. Staatssozialismen sowjetischen Typs sind also nicht „gefangen“ in einem stabilen Gleichgewicht; sie sind nicht Fehlkonstruktionen ex tunc mit einer notwendigen, mehr oder weniger geradlinigen Verfallsgeschichte, sondern Gebilde mit gewissen, wenn auch systemisch deutlich limitierten Möglichkeiten der Überlebenssicherung durch Wandel. Sie durchlaufen durch Pfadabhängigkeiten gesteuerte Entwicklungspfade. Diese Auffassung impliziert einen Perspektivenwechsel: Häufig sind

1 Systeme sowjetischen Typs werden – idealtypisch, in der klassischen Form – als Kombination der folgenden drei Elemente gefasst: a) Prinzipieller und unbedingter Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft: das – ungeachtet aller faktischen Begrenzungen – rechtlich nicht gebändigte Machtmonopol der marxistisch-leninistischen Staatspartei und des von ihr angeleiteten bürokratischen Gesamtapparats auf der Grundlage des Monopols ideologischer Gestaltungsmacht. Politik steuert ein Mega-Projekt politisch-sozial-ökonomischer Transformation, das die Arbeiterklasse ins Zentrum des gesellschaftlichen Gefüges rückt. b) Dominanz staatlichen und quasistaatlichen (gesellschaftlichen, pseudogenossenschaftlichen) Eigentums; tendenzielle Beseitigung autonomer Akteure auf dem Markt; bürokratische (vertikale, hierarchische) Koordinierung der Wirtschaft durch umfassende zentrale Planung physischer Größen der industriellen Bruttoproduktion. c) Forcierte industrielle Wachstumspolitik mit markanter Präferenz für die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. Klassisch-staatssozialistisches industrielles Wachstum ist extensiv: es überspannt Ressourcen und Entwicklungstempo ohne Rücksicht auf ökonomische und soziale Kosten und produziert mit hoher Wahrscheinlichkeit Mangelkrisen in Permanenz. Dies in Anlehnung an die klassische Darstellung in: János Kornái: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995, S. 35–428.

die „großen Interpretationen“ des Staatssozialismus lediglich Etikettierungen oder statische Wesenszuschreibungen: „moderne Diktatur“, „totalitäre Diktatur“, „Fürsorgediktatur“. Solche Interpretamente sind durch die historisch-genetische Sicht zu ergänzen.²

2. Letzter Umsteuerungsvorgang von erheblicher Relevanz auf dem Entwicklungspfad der sozialistischen Tschechoslowakei war der Übergang von der Reformzeit zur „Normalisierung“. Auch das Normalisierungsregime war Ausdruck der Fähigkeit staatssozialistischer Systeme zur Erfindung neuer restabilisierender institutioneller und Steuerungsarrangements. Der Begriff „Normalisierung“ bezeichnet die Phase des Regimes, die mit der Invasion am 21. August 1968 und der Liquidierung des „Prager Frühlings“ begann und mit der „Samtenen Revolution“ im Herbst des Jahres 1989 endete³: Ein Euphemismus, der, nach der „Entartung“ und dem „Chaos“ der „Konterrevolution“ von 1968, die Rückkehr zur „Normalität“ im Geist von „Vernunft“ und „Realismus“ markierte.

Im Allgemeinen mündeten sozialistische Reformen nicht in ein neues, stabiles Gleichgewicht, also nicht in einen soliden, auf Dauer tragfähigen gesamtgesellschaftlichen Konsens über einen „erneuerten Sozialismus“. Treten Schwierigkeiten auf, so erliegen Reformarrangements mit hoher Wahrscheinlichkeit der Versuchung des „Rückfalls“. Generell wie auch im speziellen Fall der tschechoslowakischen „Normalisierung“ bedeutete die Abkehr von der Reform allerdings nicht die Regression exakt zum Status quo ante. Zwar kehrte das Normalisierungsregime auf den Boden der Systeme sowjetischen Typs und zu dem für diese Systeme konstitutiven, systemimmanent nicht zu überwindenden Primat der Politik zurück. „Bewährte“ Programme – Zentralismus und hierarchische Steuerung – wurden nun jedoch mit einer Errungenschaft der Reformzeit – Sozial- und Konsumpolitik – zu einer Konfiguration eigener Art verschmolzen. Nach dem Scheitern der mit den Systemgrundlagen letztlich unverträglichen Reformoption mündete das System somit in ein mit der staatssozialistischen „Anfangsprogrammiierung“ kompatibles, aber *auch* innovatives Stabilisierungsarrangement; die Formen- und Variantenvielfalt staatssozialistischer Herrschaft wurde durch eine bislang nicht gekannte Politik- und Gesellschaftsstrategie in Kombination mit einem neuartigen Typus von Gesellschaftsvertrag bereichert.

3. Die Physiognomie der auf die Reformzeit folgenden finalen Epoche des tschechoslowakischen Staatssozialismus ist mit wenigen Strichen skizziert: a) Restauration des bürokratischen Sozialismus und seiner zentraladministrativen Planwirtschaft. Weil das Reformprojekt aus der Sicht seiner Gegner im Land wie außerhalb eine dysfunktionale, die Parteierrschaft sprengende Eigendynamik zu entwickeln drohte, wurde es durch die militärische Intervention des Hegemons – mit Unterstützung einheimischer Helfershelfer – liquidiert. Das Scheitern der Reform war auf den letztlich nicht zu brechenden Primat der Parteierrschaft zurückzuführen; diese Entwicklung war zwar nicht unausweichlich, aber doch von massiver

2 Vgl. zu Begriff und Theorie: Christoph Boyer: Stabilisierung durch Wandel. Institutionenevolution im Staatssozialismus, in: Gerd Bender u.a. (Hg.): Das Europa der Diktaturen: Steuerung – Wirtschaft – Recht, Baden-Baden 2002, S. 119–139; ders.: Normalisierung, in: *Bohemia* 47 (2006), S. 348–360..

3 Manchmal steht der Begriff auch nur für den relativ kurzen Zeitraum der Genese der Ära um die Wende zu den siebziger Jahren. In diesem Text steht „Normalisierung“ für die Strukturen der gesamten Epoche bis zum Herbst 1989.

Folgerichtigkeit. Die von der Reform verursachten wirtschaftlichen Turbulenzen wurden, politisch funktionalisiert, zum Movens des Machtwechsels. b) Sozial- und Konsumpolitik gewannen, als Strategie materieller Pazifizierung, zentrale strategische Bedeutung für die Ruhigstellung einer tief desillusionierten Bevölkerung und damit auch für die Restabilisierung der Parteiherrschaft. c) Die Konsumstrategie konterkarierte und kompensierte den Bedeutungsverlust der Ideologie und ihre Entleerung von utopischen Inhalten. Angesichts des Substanz- und Glaubwürdigkeitsverlusts der Ideologie legitimierte sich das System nur mehr funktional, durch seine materiellen Leistungen. d) Mit der „weichen Stabilisierung“ durch Sozial- und Konsumpolitik korrespondierte eine zumindest partielle Aufweichung auch der „harten Stabilisatoren“ Polizei, politische Justiz und Staatssicherheit. Die Kontrollapparate wuchsen in gigantische Dimensionen; sie penetrierten die Gesellschaften in einem qualitativ neuen Ausmaß. Die – gemessen am offenen Terror der Aufbauphase und abgesehen von einer Welle offener Repression in der unmittelbaren Folge der Invasion von 1968 – „geräuschärmere“, aber technisch effektivierte, tendenziell flächendeckende Repression nahm präventiv-sozialplanerische Züge an; physischer und psychischer Druck verschwammen mit „Fürsorge“ und „Überzeugungsarbeit“. Eine Rücknahme des prinzipiell unbegrenzten Herrschaftsanspruchs der Partei war aus dieser taktischen Flexibilisierung der Instrumente nicht zu folgern.

4. Die folgenden Ausführungen greifen aus dem Normalisierungssyndrom das zentral wichtige Element der Sozial- und Konsumpolitik heraus. Analysiert werden der Stellenwert sowie der Funktions- und Bedeutungswandel dieses Politikfelds im Übergang von der Reformzeit zur Fürsorgediktatur⁴ der siebziger und achtziger Jahre.

Idealtypisch ist sozialistische Sozialpolitik, zum einen, charakterisiert durch ihre prononciert produktivistisch-betriebszentrierte Ausrichtung; zum zweiten durch ihren autoritären Paternalismus⁵, zum dritten durch Verstaatlichung bzw. zumindest schwächer ausgeprägte Pluralität der Trägerschaft⁶, zum vierten durch die erhebliche Bedeutung des „gesellschaftlichen“, d.h. aus öffentlichen Mitteln finanzierten Konsums und zum fünften durch die Einheit von sozialen und konsumfördernden Maßnahmen: Sie ist, in einem über das „westliche“ Verständnis des Begriffs „Sozialpolitik“ weit hinausreichenden Sinn, nicht nur ein Ensemble von Lebenslagen- und Risikovororgopolitiken, sondern umfasst auch die Gesamtheit politisch veranlasster und gesteuerter Vorkehrungen für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen. Vermitteln Marktgesellschaften die Teilhabe an Konsum – jedenfalls zu beträchtlichen Teilen – über das eigen-sinnige Subsystem „Wirtschaft“ und hier nach

4 Jarauschs gelungene Begriffsprägung sollte m.E. mit dieser zeitlichen Einschränkung gebraucht werden: vgl. Konrad H. Jarausch: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 20 (1998), S. 33–46.

5 Dass auch „westliche Sozialpolitik“ von einem solchen autoritären Paternalismus nicht unmaßgeblich geprägt ist, werden 5,19 Millionen Hartz IV-Empfänger (Stand: Oktober 2007) gerne bestätigen. In sozialistischen Systemen sind allerdings die Rechtsgarantien für Leistungen in der Regel schwächer, vermutlich ist hier die Koppelung von politischem Wohlverhalten und „Versorgung“ enger.

6 Sozialistische Gewerkschaften etwa sind der Idee nach und über weite Strecken auch faktisch Staatsgewerkschaften mit Transmissionsriemenfunktion; ungeachtet dessen agieren sie mancherorts auch als sozialpolitische quasi-pressure groups in para-korporatistischen Konstellationen.

Maßgabe von Marktposition bzw. Marktchancen des Individuums, so fallen in Nichtmarktsystemen sowjetischen Typs sämtliche Fragen der Sicherung des Individuums und seiner Versorgung mit materiellen Gütern – mithin die Belange des sozialen wie auch die des privaten Konsums – in die Zuständigkeit des Parteistaats. Dies begründet die Einheit von sozialen und konsumfördernden Maßnahmen, insbesondere eine von Arbeitsleistung tendenziell entkoppelte, von den Fähmnissen kapitalistischer Konjunkturschwankungen abgekoppelte, vom paternalistischen Versorgungs-Parteistaat im egalitaristischen Geist garantierte Grundsicherung zu stabilen Preisen.

In der Tschechoslowakei der frühen Nachkriegsjahre war, ähnlich wie in anderen staatssozialistischen Ländern, Sozial- und Konsumpolitik als eigenes Politikfeld zunächst unbekannt gewesen bzw. war sie pragmatisch als Reparaturmaßnahme ad hoc betrieben worden. Dem optimistischen Geist der Aufbaujahre entsprechend gewährleistete „Sozialismus“ per se die Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Erst in den sechziger Jahren und mit dem Schwinden des Vertrauens in den Planmechanismus wurde Sozialpolitik neu erfunden und zum eigenständigen Politikbereich aufgewertet. Zum einen war sie, nach wie vor, Remedur alter, aus „dem Kapitalismus“ ererbter Missstände; zum anderen bearbeitete sie nun aber auch die neuen, im „Aufbau des Sozialismus“ und seiner forcierten extensiven industriellen Wachstumspolitik mit markanter Präferenz für die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien entstandenen Probleme. Der wirtschaftsferne Voluntarismus der Aufbaujahre projizierte exorbitante Zuwachsraten und überspannte das Entwicklungstempo ohne Rücksicht nicht nur auf die ökonomischen, sondern auch auf die sozialen Kosten. In der Konsequenz der Effizienz- und Produktivitätsdefizite des „klassischen Systems“, der markanten sektoralen Disproportionen und der Vernachlässigung von Infrastrukturen und Konsum lagen Legitimitäts- und Stabilitätsmängel. Sie waren um die Mitte der sechziger Jahre offen zutage getreten, und sie geboten dringend die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der „Werk tätigen“ (Abschnitt I).

Diese Nachbesserung war mit der Korrektur des ökonomischen Mechanismus, folglich mit der Problematik der Wirtschaftsreform eng gekoppelt. Deren Leitmotiv und Generalthema war die effizienz- und wachstumssteigernde Dezentralisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen mit der Zielperspektive des „Marktsozialismus“. Weil die sozial- und konsumpolitische Leistungsfähigkeit des Sozialismus mit der Steigerung von Produktion und Produktivität evidentenmaßen eng zusammenhing, waren Wirtschafts- und Sozialpolitikreform als eng verflochtene Modernisierungs- und Effektivierungsstrategien gedacht und in *eine* übergreifende Reformkonzeption eingebunden. Im Kontext der marktsozialistischen Wende des Jahres 1967 und vor allem ab dem Frühjahr 1968 wurden so die „allgemeinen Geschäftsbedingungen“ der Sozial- und Konsumpolitik umcodiert und umkontextualisiert: An die Stelle der Maximen des klassischen Systems – „Sicherheit“, „Versorgung“, „Egalitarismus“ – trat „Gratifikation nach differenzierter Leistung“; die „persönliche materielle Interessiertheit“⁷ sollte also in Produktion umgesetzt und durch Konsumchancen belohnt werden. Mit der Abfederung der partiellen „Vermarktlichung“ von Wirtschaft und Gesellschaft durch Sicherungs- und Auffangmaßnahmen und der Versorgung auch der nicht in den Produktionsprozess eingegliederten Teile

7 „Osobní hmotná zainteresovanost“. Als Übersetzung wurde der semantisch exakt entsprechende DDR-offizielle terminus technicus gewählt.

der Bevölkerung wuchsen der Sozialpolitik zwei weitere zentral wichtige Aufgaben zu; die zu ihrer Erfüllung erforderlichen Ressourcen erhofften und erwarteten sich die Reformer zumindest mittelfristig von einer effektivierten Wirtschaft. Analog zur Amalgamierung und Austarierung von „Markt“ und „Plan“ in der Ökonomie sollte so auch in der Gesellschaft das Prinzip der individuellen Leistungsgerechtigkeit mit der Maxime der Solidarität zum Ausgleich gebracht werden (Abschnitt II).

In der Praxis geriet diese Konzeption einer reformierten Sozial- und Konsumpolitik durch die sich öffnende Schere zwischen den real existierenden, im Kontext der Reform noch einmal kräftig steigenden Konsumansprüchen sowie der wachsenden Kaufkraft einerseits, der trotz Reform nicht ausreichenden Wirtschaftsleistung und den deswegen nach wie vor beengten Verteilungsspielräumen andererseits sozusagen aus dem Tritt. Die disproportionale Entwicklung der Geld- und der Güterseite der teil- und anfangsreformierten Wirtschaft, in der die alten Lenkungs- und Steuerungsinstrumente zwar prinzipiell außer Kraft gesetzt waren, die neuen aber noch nicht reibungslos, als kohärenter und konsistenter Mechanismus funktionierten, setzte einen inflationären Prozess in Gang. Die Reformgegner waren imstande, die wachsende wirtschaftliche Unsicherheit und die mentale Verunsicherung der breiten Masse für die Delegitimierung der Reform zu instrumentalisieren. Nach dem Ende der Reformzeit konnte das bereits erreichte – bzw. von der Reformbewegung in Aussicht gestellte – Anspruchsniveau nicht ohne weiteres zurückgeschraubt werden. Vor diesem Hintergrund wurde die Versorgung der Bevölkerung zur *raison d'être* der wiederbefestigten Parteimacht. Sozial- und Konsumpolitik wurde als obrigkeitlicher Akt nun wieder direkt in den Dienst der politischen Macht gestellt. Herzstück der „Normalisierung“ wurde eine von den real existierenden Verteilungsspielräumen abgekoppelte Garantie sozialer Sicherheit und stabiler Versorgung. Weil das Konsumniveau der Reformzeit für die Legitimierung der „Wende“ aufrechterhalten, ja signifikant überboten werden musste, geriet das Normalisierungsregime, je länger desto offensichtlicher, in die Falle zwischen den hochgespannten sozial- und konsumpolitischen Ansprüchen der Herrschaftsunterworfenen einerseits, seiner relativ bescheidenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit andererseits (Abschnitt III).

1. Extensives Wirtschaftswachstum und sozialökonomischer Problemstau: Sozial- und Konsumpolitik im „Aufbau des Sozialismus“ und im Vorfeld der Reform (1945–1966)

1. Im langen Aufbaujahrzehnt zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Wende zu den sechziger Jahren fand in der Tschechoslowakei wie in den anderen Staaten Ostmitteleuropas eine Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach Maßgabe des sowjetischen Modells statt.⁸ Die im Übergangsstadium der nominell noch demokratischen,

⁸ Zum krisenhaften Aufbau des tschechoslowakischen Sozialismus in strengster Auswahl: Karel Kaplan: *Sociální souvislosti krizí komunistického režimu v letech 1953–1957 a 1968–1975* [Die sozialen Zusammenhänge der Krise des kommunistischen Regimes in den Jahren 1953–1957 und 1968–1975], Prag 1993; Jiří Kosta: *Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei, 1945–1971*, Frank-

aber bereits hochzentralisierten, partiell entpluralisierten und von den Widersachern der Kommunisten gesäuberten „Volksdemokratie“ der Jahre 1945 bis 1948 begonnene Liquidation von Marktwirtschaft und privatem Unternehmertum wurde nun zu Ende geführt. Zum „Aufbau des Sozialismus“ gehörten die Verstaatlichung von Industrie und Gewerbe, die Kollektivierung und „Entkulakisierung“ der Landwirtschaft und die Umformung beider in eine von der Partei mittels Jahres- bzw. Fünfjahrplänen nach politischen Gesichtspunkten gelenkte, hochgradig zentralisierte Planwirtschaft mit weitgehend egalitärer Lohn- und Gehaltsstruktur. Soziale Voraussetzung war die „Einebnung“, Liquidierung bzw. Vertreibung der bürgerlichen Schichten, die die Arbeiterschaft, insbesondere die in der Schwerindustrie, ins Zentrum des gesellschaftlichen Gefüges rückte und materiell privilegierte. Des Weiteren gehörte hierzu die Installierung einer neuen Kaderelite und der leninistischen Staatspartei KPTsch als Steuerungszentrum der Gesellschaft, auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus und unter dem Banner der Diktatur des Proletariats, faktisch der Diktatur der Partei.

In der Wirtschaft verschoben sich die Gewichte von der Leicht- und Konsumgüter- zur Investitionsgüterindustrie, mit der Folge struktureller Disproportionen zwischen Investitionen und Konsum; auch die Landwirtschaft wurde zugunsten der schwerindustriellen Prioritäten vernachlässigt. Hier fand zum einen der ideologisch-doktrinär angeleitete Nachbau des sowjetischen Industrialisierungsmodells statt; zum anderen wurden, im Zuge der von der Sowjetunion verordneten Abkehr vom Marshall-Plan und im Kontext der Eingliederung der Tschechoslowakei in den östlichen Wirtschaftsblock, die seit den dreißiger Jahren virulenten rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Entwicklungslinien verlängert und verstärkt. Die Planwirtschaft verlagerte, mit dem Ziel des Ausgleichs regionaler Disparitäten, Fertigungskapazitäten ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen aus dem industriell entwickelten Westen des Landes nach dem slowakischen Osten: eine patriotische Tat, die trefflich kompatibel war mit der Militarisierung einer Ökonomie, der der sowjetische Hegemon im Rahmen des östlichen Militärbündnisses die Rolle der „Rüstungsschmiede des Sozialismus“ zugeordnet hatte.

Sozusagen als der Einäugige unter den Blinden wurde die Tschechoslowakei nun auf den „leichten“ Ostmärkten tätig; diese boten allerdings kaum Anreize zu Innovationen. Kehrseite der wachsenden, nicht nur politischen, sondern auch außenwirtschaftlichen Abhängigkeit der Tschechoslowakei von der Sowjetunion waren das Schwinden der Wettbewerbsfähigkeit

furt a.M. 1978; ders.: Die tschechische/tschechoslowakische Wirtschaft im mehrfachen Wandel, Münster 2005; Peter Heumos: „Wenn sie sieben Turbinen schaffen, kommt die Musik“. Sozialistische Arbeitsinitiativen und egalitaristische Defensive in tschechoslowakischen Industriebetrieben und Bergwerken 1945–1965, in: Christiane Brenner/Ders. (Hg.): Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948–1968, München 2005, S. 133–177; Martin Myant: The Czechoslovak economy 1948–1988. The Battle for Economic Reform, Cambridge 1989; Alice Teichova: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei, 1918–1980, Wien 1988; Otakar Turek: Podíl ekonomiky na pádu komunismu v Československu [Der Anteil der Wirtschaft am Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei], Prag 1995; Christoph Boyer, Arbeiter im Staatssozialismus: ein Leitfaden in theoretischer Absicht, in: Bohemia 42 (2001), S. 209–219; ders.: Die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen und der tschechoslowakische Entwicklungspfad, in: ders. (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt a.M. 2007, S. 77–94.

ihrer Wirtschaft auf dem Weltmarkt und die hieraus resultierenden Zahlungsbilanzprobleme im Handel mit westlichen Ländern. Indes ging der wirtschaftliche Wiederaufbau zunächst zügig, ja sogar mit exorbitanten Wachstumsraten voran. Die Anfangserfolge waren sowohl der Ausschöpfung des Rekonstruktionspotentials wie auch den gewaltigen Anstrengungen der politisch gewollten Schwerindustrialisierung geschuldet; sie überdeckten vorerst die Schwächen der übergewichtigen Investitionsgüterindustrie.

2. Bereits in der Phase extensiven Wachstums sah sich die Tschechoslowakei mit sämtlichen sozusagen lehrbuchmäßigen Funktionsproblemen zentraladministrativer Wirtschaftssteuerung konfrontiert. Ein kontingenter⁹, krisenverschärfend wirkender Umstand war der vom Aderlass der Protektorszeit und der Vertreibung deutscher Fachleute nach 1945 verursachte Mangel der Wirtschaft an qualifiziertem Leitungspersonal. Aus einem zunächst leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 1961 wurde im Zeichen sinkender Raten des extensiven Wachstums bis 1963 eine massive Krise. Die megalomanen Zielprojektionen des dritten Fünfjahrplans scheiterten. Indizien der Problemlage waren die Stagnation von Produktion, Produktivität und Innovationen, die Erschöpfung der Ressourcen, das Anwachsen der Investitionsruinen und der Halden nicht absetzbarer Güter, nicht zuletzt die Verschlechterung der Situation des Außenhandels¹⁰: Aufgrund der fragilen Rohstoffbasis der Tschechoslowakei – das Land verfügte nur über geringe Eisenerzvorkommen; die Steinkohlevorkommen waren relativ schwierig abzubauen, eine Verschlechterung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag war absehbar – wurden Rohstoffimporte im Wesentlichen durch Ausfuhren hochwertiger Maschinen, Anlagen und industrieller Konsumgüter finanziert. Mit der wachsenden relativen Rückständigkeit der planwirtschaftlich deformierten tschechoslowakischen Ökonomie sanken längerfristig die durch solche Exporte in die westlichen Länder erwirtschafteten Einnahmen. Indiz für die wachsende Lücke zwischen Fertigwarenexporten und Rohstoffimporten war die ab Anfang der sechziger Jahre ansteigende Westverschuldung. In der Folge dieser Verschlechterung der Terms of Trade im Westhandel wuchs nicht zuletzt das außenhandelspolitische Gewicht der Sowjetunion. Chancen zu einer Spezialisierung und zur intensivierten wirtschaftlichen Kooperation boten sich prinzipiell zwar auch im Handel mit anderen RGW-Ländern; diese waren in das Muster „Austausch von Rohstoffen gegen Maschinen“ allerdings weniger leicht einzupassen. Die Sowjetunion war viel eher in der Lage, den tschechoslowakischen Energie- und Rohstoffbedarf zu decken. Sie war hierzu auch bereit, wenn im Gegenzug durch Maschinen- und Konsumgüterlieferungen ihr eigener Bedarf bedient wurde. Die für ein Wachstum der Industrieproduktion, mittelbar auch der Konsum- und Sozialleistungen, erforderliche Steigerung der Importe von Rohstoffen hätte einen tiefgreifenden Strukturwandel der Volkswirtschaft weg von der zentraladministrativ angeleiteten Produktionsstruktur, die Material und Energie in eklatant unwirtschaftlichen Ausmaßen verbrauchte, vorausgesetzt.

9 „Kontingent“ heißt weder (system-)notwendig noch unmöglich.

10 Vgl. speziell zur Krise des Außenhandels Jaroslav Kučera: Reformdynamik und wirtschaftspolitischer Alltag. Der Außenhandel in Theorie und Praxis der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, in: Christoph Boyer (Hg.): Sozialistische Wirtschaftsreformen. DDR und Tschechoslowakei im Vergleich, Frankfurt a.M. 2006, S. 311–356.

Die Erschöpfung der Potentiale des extensiven Wachstums und das mangelnde Vermögen des „klassischen“ Staatssozialismus, der drängender werdenden Herausforderung durch die technisch-wissenschaftliche Revolution (mit der Folge intensiver west-östlicher Systemkonkurrenz) zu begegnen, zeigte sich auch im Umgang mit den Arbeitskraftressourcen¹¹: Im „Aufbau des Sozialismus“ war das Wachstum der tschechoslowakischen Wirtschaft im Wesentlichen mittels Ausweitung der Beschäftigung bewirkt worden. Dieses Mengenwachstum ersetzte zu einem bedeutenden Ausmaß den technischen Fortschritt und die Rationalisierung; die Arbeitsproduktivität stagnierte auf niedrigem Niveau. Mit der absehbaren Erschöpfung des Arbeitskraftreservoirs zeichnete sich in den sechziger Jahren das Ende der extensiven Bewirtschaftung des „Faktors Arbeit“ ab: Waren zwischen 1956 und 1962 noch insgesamt 915.000 Arbeitskräfte in den Produktionsprozess eingetreten, so sank diese Zahl zwischen 1964 und 1970 auf 538.000; 70% hiervon waren Frauen und ältere Jahrgänge. Ein letztes Aufgebot waren, pointiert gesagt, die Frauen am Herd in der Slowakei. Die Aufsaugung auch noch dieser ultimativen Arbeitskraftreserven führte der Wirtschaft zunehmend weniger leistungsfähige bzw. -willige Kräfte zu, mit der Folge fallender Grenz- bzw. Durchschnittsproduktivität der Arbeit. Bei gegebener, im Plan fixierter Lohnsumme konzentrierten die Betriebe ihre finanziellen Mittel auf die am höchsten qualifizierten Arbeitskräfte, mit der Folge der Ausbildung eines umfangreichen und wenig produktiven Niedriglohnssektors. Die forcierte Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven zugunsten der Industrie wirkte sich nicht zuletzt auch zum Schaden des Dienstleistungssektors aus. Zudem bremste die niedrige Produktivität die bereits ins Auge gefasste Arbeitszeitverkürzung: Die Gesamtarbeitszeiten waren in der Tschechoslowakei seit 1945 unverändert; im Vergleich mit der Sowjetunion, ganz zu schweigen von den entwickelten westlichen Industrieländern, schnitt die Tschechoslowakei ungünstig ab.

Sanktionen gegen mangelhafte Arbeitsleistungen wurden durch die Maxime der Vollbeschäftigung bzw. der Arbeitsplatzsicherheit erschwert. Leistungsmindernd wirkte auch der hohe Grad der Lohnnivellierung durch die zu wenig strikte Kopplung der Löhne an die individuellen und realen Arbeitserträge. Markant waren im Zeichen des sozialistischen Egalitarismus auch die Tendenzen zur Nivellierung zwischen Branchen und Berufsgruppen: Waren die Löhne der Ingenieure auch höher als Arbeiterlöhne, so war die Lohnspreizung in der Tschechoslowakei doch weit weniger deutlich ausgeprägt als etwa in der DDR. Weil qualifizierte Arbeit nicht hinreichend belohnt wurde, war auch das Interesse an Aus- und Weiterbildung gering. Diese Faktoren zusammengenommen mit dem zu geringen Gewicht der „beweglichen Lohnteile“, d.h. der leistungsabhängigen Prämien, wirkten sich auf die individuelle Arbeitsleistung kontraproduktiv aus.

3. Der Kurs extensiven schwerindustriellen Wachstums mutete der tschechoslowakischen Gesellschaft einen, gemessen am Konsumpotential und den Erwartungen der Bevölkerung,

11 Speziell hierzu: NA (Národní Archiv v Praze) [Nationalarchiv Prag], 10/2, 3-8/1, Stanovisko vedení komise ÚV KSČ pro otázku životní úrovně ze dne 15.5.1964 k předpokladům rozvoje životní úrovně do roku 1970 [Standpunkt der Leitung der Kommission für Fragen des Lebensstandards beim Politbüro der KPTsch, 15.5.1964]; NA 10/2, 3-8/1, SPK (Státní plánovací komise) [Staatliche Plankommission], Předpoklady rozvoje životní úrovně do roku 1970 [SPK, Voraussetzungen für die Lebensstandardentwicklung bis zum Jahr 1970], 22.5.1964.

empfindlichen Konsumverzicht zu¹²: Zwischen 1948 und 1953 stiegen die Versorgungsleistungen absolut durchaus erheblich an – jedoch bei deutlich sinkenden Anteilen des privaten und des gesellschaftlichen Verbrauchs am Volkseinkommen. Verbunden war diese Entwicklung mit einer enormen Steigerung der Leistungsanforderungen an die „Werkstätigen“ mittels Anhebung der Normen durch die „Arbeitermacht“. Die Gewerkschaften mutierten zu Transmissionsriemen der Partei, zu Agenturen der Planerfüllung und zur Handhabung des – zumeist sowjetimportierten – Instrumentariums nichtmarktlicher Leistungsstimulierung durch den „Sozialistischen Wettbewerb“, durch „Neuererbewegungen“ und Planerfüllungskampagnen. Die am 1. Juni 1953 beschlossene Währungs- und Preisreform bedeutete faktisch eine Reallohnsenkung. Weil Fragen des Lebensstandards allezeit die Gefahr politischer Ausuferung in sich bargen, reagierte die Führung überaus empfindlich auf „Grummeln“ im Volk. Deshalb wurden die Turbulenzen im Zeichen des „Neuen Kurses“ durch materielle Ausreichungen, durch eine temporäre Rückverlagerung der Gewichte von der Schwer- zur Konsumgüterindustrie und durch die propagandistisch aufwendig lancierten Preissenkungen der Jahre 1954/55 pazifiziert.

Die Krise der Sozial- und Konsumpolitik in der ersten Hälfte der sechziger Jahre war Teil der umfassenden Krise des „extensiv-egalitären Modells“, das Wachstum vorzugsweise

12 Vgl. zur Sozial- und Konsumproblematik: NA, 10/2, 1-3/1, část I [Teil I], Výzkumný ústav národohospodářského plánování [Forschungsinstitut für Volkswirtschaftsplanung], Hlavní směry a tendence ve vývoji životní úrovně, září 1963 [Hauptrichtungen und Tendenzen in der Entwicklung des Lebensstandards, September 1963]. Das Papier lag der Kommission für Fragen des Lebensstandards beim Politbüro der KPTsch als Studienmaterial vor; NA, 10/2, 1-3/1, Státní plánovací komise (SPK) [Staatliche Plankommission (SPK)], pracovní skupina Zbraslav [Arbeitsgruppe Zbraslav], Analýza rozvoje životní úrovně, textová část [Analyse der Entwicklung des Lebensstandards, Textteil]. Es handelte sich um eine Unterlage für die Sitzung der Kommission für Fragen des Lebensstandards beim Politbüro der KPTsch, 14./15.11.1963; NA, 10/2, 3-8/1, Stanovisko vedení komise ÚV KSČ pro otázky životní úrovně ze dne 15.5.1964 (wie Anm. 11); NA, 10/2, 3-8/1, SPK, Předpoklady rozvoje životní úrovně do roku 1970 (wie Anm. 11); NA, 10/2, 14-56/2, Ústřední komise lidové kontroly statistiky [Zentrale Kommission für Volkskontrolle der Statistik], Tendence ve vývoji životní úrovně mezi XII. a XIII. sjezdem KSČ [Tendenzen der Lebensstandardentwicklung zwischen dem XII. und dem XIII. Parteitag der KPTsch], březen [März] 1966 [ohne Tag]; NA, 02/1 (1966–71), 30-31/1d, usnesení k bodu: referát s. O. Černíka pro plénum ÚV KSČ dne 3./4. května 1967 ke problému ekonomické rovnováhy a životní úrovně [Beschluß zum Punkt: Referat des Genossen O. Černík für das ZK-Plenum der KPTsch am 3./4. Mai 1967 zum Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts und des Lebensstandards]; NA, 02/1 (1966–71), 25-28/1, usnesení 28. schůze předsednictva ÚV KSČ ze dne 21. března 1967 [Beschluß der 28. Sitzung des Politbüros der KPTsch am 21. März 1967], k bodu [zu Punkt] 3: SPK, Rozbor hospodářského vývoje a životní úrovně v posledních dvou letech (O. Černík) [SPK, Analyse der Entwicklung von Wirtschaft und Lebensstandard in den letztvergangenen zwei Jahren]; Vysoká škola ekonomická v Praze, Fakulta národohospodářská [Ökonomische Hochschule Prag, Volkswirtschaftliche Fakultät]/Vojtěch Krebs, Olga Polaková, Václav Sova: Plánování životní úrovně: Vývoj životní úrovně v ČSSR [Die Planung des Lebensstandards in der ČSSR], o. Ort [Praha] (1988), S. 8–12; Lenka Kalinová: Sociální vývoj Československa [Die soziale Entwicklung der Tschechoslowakei] 1969–1989, Praha 1998; dies.: Sociální reforma a sociální realita v Československu v šedesátých letech [Sozialreform und soziale Realität in der Tschechoslowakei in den sechziger Jahren], Praha 1998; dies.: K sociálním dějinám Československa v letech [Zur Sozialgeschichte der Tschechoslowakei] 1969–1989, Praha 1999; dies., Společenské proměny v čase socialistického experimentu. K sociálním dějinám v letech [Gesellschaftlicher Wandel in der Zeit des sozialistischen Experiments. Zur Sozialgeschichte der Tschechoslowakei] 1945–1969, Praha 2007.

durch Ausweitung der Beschäftigung zu generieren suchte und die Entlohnung von Arbeit nicht oder nur schwach an Leistung koppelte. Ungeachtet der Wachstumsschwäche stiegen die Haushaltseinkommen weiter an – im produzierenden Sektor rascher als im „nichtproduzierenden“, also etwa im Bildungs- oder im Gesundheitswesen oder in den Apparaten der Staats-, Partei- und Wirtschaftsverwaltung. Mit der Ausweitung der Beschäftigung wuchs nämlich, zum einen, die Beschäftigtenzahl pro Haushalt. Zwischen 1961 und 1964 erhöhten sich, zum anderen, die Realeinkommen pro Kopf um etwa zwei Prozent jährlich, 1965 und 1966 sogar um vier Prozent pro Jahr. Diese Anstiege waren durch Anhebungen der Arbeitseinkommen und der Sozialleistungen veranlasst: Die Aufwendungen der „gesellschaftlichen Fonds“ für die „nichtproduktiven“ Bevölkerungsteile (Alte, Kinder, Kranke und Invalide) zuzüglich der Ausgaben für Schulwesen und Kultur, Gesundheitswesen, Verkehr und Kommunalwirtschaft, die eine sozialpolitisch motivierte Korrektur der primären Einkommensverteilung bewirkten, nahmen in der ersten Hälfte der sechziger Jahre sogar mit zunehmender Geschwindigkeit zu. Ein Anstieg der Realeinkommen wurde zusätzlich auch durch die politisch gewünschte und bewirkte Absenkung der Einzelhandelspreise bewirkt.

Mit dem Anstieg der Geldeinkommen wuchs die Spannung zwischen der Kaufkraftentwicklung einerseits, der zur Verfügung stehenden, ohnehin nicht ausreichenden Gütermenge andererseits. Die Probleme wurden durch sich auftürmende Halden planwirtschaftstypisch vermurkster, nicht absetzbarer Konsumgüter verschärft. Durch Erhöhung der Einfuhren – mit der problematischen Konsequenz wachsender Auslandsverschuldung –, durch Absenkung der Nahrungsmittel- und Rohstoffreserven und durch Auflassung noch vorhandener Vorräte industrieller Konsumgüter konnte sie nicht ausreichend gemildert werden. Zwischen 1961 und 1965 verlangsamte sich der Anstieg des privaten Verbrauchs, der zwischen 1950 und 1961 im Jahresdurchschnitt 5,1% betragen hatte, auf durchschnittlich 2,6% im Jahr. Der aus dem Weiterwachstum der Löhne resultierende Kaufkraftüberhang schlug sich in steigenden Spareinlagen nieder. Durch die Anhebung einer Reihe von Einzelhandelspreisen für Güter jenseits des aus sozialpolitischen Gründen preisstabilisierten Grundbedarfs – etwa für Zuckerwaren oder für Erholungsreisen ins Ausland – oder auch durch die Einführung verschiedener Zuzahlungen zu Gratis-Sozialleistungen war Anfang der sechziger Jahre bereits mit der Abschöpfung von Kaufkraft begonnen worden. Den hartnäckigen strukturellen Disproportionen zwischen Produktion und Konsum war auf diesem Weg allerdings nicht wirksam beizukommen: Zwischen 1961 und 1965 wurden zwar 3,4 Mrd. Kronen an Kaufkraft abgeschöpft, im gleichen Zeitraum stiegen die Geldeinnahmen der Bevölkerung jedoch um 28 Mrd. Kronen.

4. Neben der quantitativen Problematik des Kaufkraftüberhangs – der Disproportion zwischen Produktion und Verbrauch – war für die tschechoslowakische Sozial- und Konsumpolitik Mitte der sechziger Jahre ein massiver Stau qualitativer Probleme charakteristisch. Diese hatten sich im Zuge der vorrangig an quantitativen Zielgrößen orientierten extensiven Entwicklung im „Aufbau des Sozialismus“ kumuliert. Betroffen war die Versorgung mit Konsumgütern und Wohnungen, mit Verkehrs- und sonstigen Dienstleistungen. Deutlich verbesserungsfähig war, gelinde gesagt, die Arbeitsumwelt. Am Horizont zeichneten sich die demographisch-ökonomisch-sozialen Probleme sinkender Geburtenraten und eines steigenden Anteils alter, nicht mehr erwerbsfähiger Personen an der Bevölkerung ab.

a) Auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung gehörte die Tschechoslowakei, zumindest hinsichtlich der Kalorienausreichung, zwar zur Weltspitze. Gerade die raschen Fortschritte im mengenmäßigen Verbrauch hatten jedoch eine Lücke zwischen Produktion und Bedarf bewirkt: 1964 war die tschechoslowakische Eigenerzeugung gegenüber 1936 um fast fünf Prozent, der Lebensmittelverbrauch jedoch um mehr als 26% gestiegen; die Differenz musste durch Importe ausgeglichen werden. Zukaufs- und Einfuhrbedarf bestand gerade in zentralen, politisch sensiblen Versorgungsbereichen wie Getreide oder Fleisch. Die Tonnenideologie der Lebensmittelversorgung hatte die Ernährung auf ein Übermaß an Getreideprodukten vereinseitigt, andererseits jedoch Eiweißmangel bewirkt. Zusätzlich war 1962 zur Füllung der Versorgungslücken und im Interesse einer Reduzierung der Westimporte die Lebensmittelqualität – unter dem Euphemismus der „Normanpassung“ – durch Senkung des Fettgehalts der Milch, Erhöhung des Wassergehalts im Fleisch u.a.m. verschlechtert worden. Breite und Qualität der Lebensmittelsortimente waren notorisch mangelhaft, die Belieferung der Bevölkerung durch das Handelsnetz war „konvulsivisch“. Die unabdingbaren „Beschaffungsaktionen“ der Verbraucher verursachten volkswirtschaftlich erheblich zu Buche schlagende Arbeitszeitverluste. Kommunale und betriebliche außerhäusliche Kantinen erschienen auch angesichts steigender Frauenerwerbsquoten notwendiger denn je, die öffentliche und betriebliche Speisewirtschaft blieb mit ihrer Versorgungsleistung jedoch deutlich hinter dem Bedarf zurück.

b) Die Orientierung an der Grundsicherung zu stabilen Preisen, die aus den Denktraditionen der Arbeiterbewegung erwuchs und zur Kultur des Mangels in den frühen Nachkriegsjahren „paßte“, wurde im Übergang von der Nachkriegs-Austerität zu einer bescheidenen Wohlstandsgesellschaft durch neue, an westlichen Vorbildern, kaum an Vorstellungen einer sozialistischen Gegenmoderne orientierte Konsumgüter-Wunschwelten überschichtet. War mengenmäßig die Versorgung mit industriell produzierten Verbrauchsgütern, vor allem mit Kleidung und mit Schuhen, im internationalen Vergleich auch hoch, so lag das Problem in der Breite, Vielfalt, Differenziertheit und Qualität der Sortimente. Die Hersteller reagierten nur träge auf den Modewandel. Speziell der Mangel an synthetischen Fasern hätte Rohstoffeinführen, Importe von Textil-Fertigprodukten sowie den Ankauf von Produktionsanlagen zur Modernisierung des veralteten einheimischen Maschinenparks erfordert. Niedrig war auch das Niveau der kostenpflichtigen haushaltsnahen Dienstleistungen (Wäschereien, Reparaturdienste), das Netz der Sport-, der Kultur- und der Erholungseinrichtungen war lückig und wenig leistungsfähig.

c) Der Wohnungsbau hatte zwar die Kriegszerstörungen beseitigen und die in der früheren Nachkriegszeit zunächst geringen Bauleistungen steigern können. Die Planziele waren jedoch nicht erreicht worden; die Versorgung stagnierte, ja verschlechterte sich sogar. Die Bautätigkeit berücksichtigte nicht in ausreichendem Maß die vom Wachstum und der Umschichtung der industriellen Produktionsstandorte geforderten Fluktuationen der Arbeitskräfte, ebenso wenig die Erfordernisse der Arbeitskräfteversorgung in der Landwirtschaft. Das Hauptproblem war aber auch in diesem Bereich nicht quantitativer, sondern qualitativer Natur: Es betraf die technische Ausstattung und die Einrichtung der Wohnungen. Ungenügend waren insbesondere die Leistungen des komplexen Wohnungsbaus, der die neuen

Groß-Wohnsiedlungen mit Infrastrukturen etwa für die Bedürfnisse junger Familien mit Kindern ausstatten sollte. Ebenso ungenügend war der Erhaltungszustand der Altbausubstanz: 1966 betrug das durchschnittliche Alter des tschechoslowakischen Wohnungsbestands 53 Jahre. Mehr als elf Prozent der Wohnungen waren sogar älter als hundert Jahre. Nach 1945 fertiggestellte Bauten machten lediglich zwanzig Prozent des Gesamtbestands, Kleinwohnungen machten über die Hälfte des Vorkriegsbestands aus. Ein beträchtlicher Teil der Wohnungen war mit mehr als einem Haushalt belegt. Die Ausstattung vieler Altbauten war desolat und verbesserte sich nur schleppend. Auf dem Land war die Wohnraumknappheit noch größer, die Bausubstanz war ebenfalls überaltert, die Wohnungen waren noch schlechter ausgestattet als in der Stadt. Der Anteil der Bauinvestitionen an den Gesamtinvestitionen der Volkswirtschaft war mit 14% im europäischen Vergleich niedrig. Rationalisierung und Industrialisierung des Bauens hatten dieses Defizit nicht kompensieren können. Die anvisierte und der Bevölkerung in Aussicht gestellte Lösung des Wohnungsproblems bis 1970 erschien angesichts der real existierenden ungenügenden Baukapazitäten wenig realistisch, zumal die Bedeutung der privaten Bautätigkeit abnahm: Die aus sozialen Gründen auf niedrigem Niveau gehaltenen Mieteinnahmen waren für private Investitionen kein ausreichender Anreiz.

d) Weil die Industrieentwicklung ungenügend mit dem Wohnungsbau abgestimmt war, waren zwischen 1950 und 1960 die Pendlerzahlen um 72% gestiegen. Etwa ein Drittel der Arbeitskräfte pendelte. Fast die Hälfte aller Verkehrsleistungen wurde im öffentlichen Berufsverkehr erbracht; dessen Leistungen blieben hinter dem Bedarf allerdings deutlich zurück.

e) Das niedrige Qualifikationsniveau der Bevölkerung beeinträchtigte nicht zuletzt die Wirtschaftsentwicklung. Der Bildungs- und Ausbildungsstand lag deutlich niedriger als in anderen sozialistischen Staaten, etwa Polen oder Jugoslawien. Den Ergebnissen der Volkszählung von 1961 zufolge besaßen von 187.000 „Leitenden“ in allen Bereichen des Apparats und der Wirtschaft lediglich 12% einen Hochschulabschluss, 20% verfügten über einen Fachmittelschulabschluss, acht Prozent über einen Mittelschulabschluss, 60% hatten keinerlei angemessene Ausbildungsabschlüsse vorzuweisen. Weil im Zuge der Ausweitung des Beschäftigungsvolumens vor allem unqualifizierte Kräfte in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden, sank der Prozentanteil Qualifizierter. Unbefriedigend war auch das Niveau der Weiterbildung – ungeachtet der steigenden Zahl weiterqualifizierender Abschlüsse. Diese bescheinigten häufig nicht zusätzliche Ausbildungsanstrengungen, sondern lediglich langdauernde praktische Berufserfahrung.

f) Ausgeprägt war nach wie vor das sozial-ökonomisch-kulturelle Stadt-Land-Gefälle; die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Konzentration und Flurbereinigung der Siedlungen und ihre Ausstattung mit Infrastrukturen waren zu einem guten Teil Zukunftsperspektive. Die Arbeitszeiten im Agrarsektor waren signifikant länger als in der industriellen Produktion, manuelle Tätigkeiten zu niedrigeren Löhnen und unter schlechteren Bedingungen als in der Fabrik überwogen. Die Nachteile des Landlebens lagen weniger in der Güterversorgung als im Wohnniveau und in der Ausstattung der ländlichen Siedlungen mit Infra-

strukturen und Kultureinrichtungen. In den Großstädten und den Industrieagglomerationen hingegen hatte sich im Hinblick auf die Luft- und Wasserverschmutzung umweltpolitischer Handlungsbedarf aufgestaut.

g) Erschien vor dem Hintergrund der Wachstumsschwäche eine signifikante Ausweitung der Sozialleistungen auf absehbare Zeit auch nicht als möglich, so war doch die Korrektur gravierender aktueller Fehlsteuerungen unabdingbar. Dringend geboten war insbesondere die Anhebung der Kleinrenten, die in vielen Fällen ohnehin nur das Existenzminimum sicherten und deren Kaufkraft durch die bereits verfügbaren Preisanhebungen schrumpfte. Die Lage des aus ideologischen Gründen als „unproduktiv“ vernachlässigten Dienstleistungssektors war desolat: War zwischen 1961 und 1965 im Gesundheitswesen bei wachsenden Aufwendungen die Anzahl der auf einen Arzt entfallenden Patienten auch von 556 auf 489 gesunken, so stagnierten doch die Bettenzahlen in den Krankenhäusern, die Wartezeiten in den Gesundheitseinrichtungen waren lang.

h) Mit dem Ende des Nachkriegs-Geburtenbooms und im Zeichen sinkender Geburtenraten rückten in den sechziger Jahren demographische Probleme in den Vordergrund. Auf sie antwortete die Politik mit einer verstärkten Förderung von Familien mit Kindern; der Ausbau der Familienbeihilfen sollte die nicht unbeträchtlichen Unterschiede zum Lebensstandard der Kinderlosen verringern. Schon der XI. und der XII. Parteitag der KPTsch hatten – ohne allerdings bedeutendere Verbesserungen bewirken zu können – die Förderung von Familien mit niedrigen Einkommen und die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs zum Ziel erklärt. War die Zahl der Krippenplätze für Kinder im Vorschulalter zwischen 1961 und 1965 auch von 45.000 auf 68.000, d.h. um nicht weniger als 50% vermehrt worden, so hatten die Kapazitäten doch nicht mit dem Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit Schritt gehalten. Weitere Investitionen, nicht nur in die Kleinkinderbetreuung, sondern auch in die Ganztagschule, waren erforderlich und auch politisch erwünscht. Sie erschienen nämlich, saldiert mit den Erträgen aus steigender Frauenerwerbstätigkeit, gesamtwirtschaftlich als ein Gewinn. Fernziel war die vollständige Vergesellschaftung der Kosten und Aufwendungen für die Kindererziehung – die, so der Nebengedanke, geeignet war, den politisch formierten Einfluss „der Gesellschaft“ auf die nächste Generation maßgeblich zu verstärken.

5. Hatte die Tschechoslowakei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihren Platz in der Reihe der entwickelten Industriestaaten auch gefunden bzw. gehalten, war die Industrieproduktion, gemessen am Vorkriegsstand, auch deutlich gewachsen, so waren die Arbeits- und Lebensverhältnisse um die Mitte der sechziger Jahre in quantitativer wie qualitativer Hinsicht doch signifikant hinter den – von der Politik durchaus auch als Referenzgröße herangezogenen – entwickelten Industrieländern des Westens zurückgeblieben. Erste Ursache waren das Innovations- und Produktivitätsdefizit der zentral administrierten Planwirtschaft, die bei starker Exportorientierung, aber abnehmender internationaler Konkurrenzfähigkeit auch die zur Finanzierung von Sozialtransfers und Konsum erforderliche Außenwirtschaftsleistung immer weniger zu erbringen imstande war.

Bis etwa Mitte der sechziger Jahre waren die Probleme mit einmaligen und kurzfristig-kurzzeitigen Maßnahmen – Ausschöpfung von Vorräten, Aktivierung von Reserven exten-

siven Wachstums, Inkaufnahme wachsender Auslandsverschuldung in Devisen – bearbeitet worden. Wie die Volkswirtschaft generell und prinzipiell auf den Pfad dynamischer Entwicklung zurückbugsiert werden könne, war damit nicht geklärt. Dieses Problem war offensichtlich nicht isoliert zu lösen, sondern nur „komplex“ anzugehen: durch ein Gesamtkonzept der Flexibilisierung und Intensivierung der zentral administrierten extensiven Wachstumsprozesse, durch die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und durch die verstärkte Stimulierung der „persönlichen materiellen Interessiertheit“ der „Werk-tätigen“.

2. Die Sozial- und Konsumpolitik der Reformzeit (1967–1968)

1. Die Krise wurde Anlass für einen Schub institutionellen Wandels.¹³ Wurde der Entschluss zur Reform auch durch die Liberman-Debatte in der Sowjetunion begünstigt, so war er doch im Wesentlichen das Ergebnis interner Meinungs- und Willensbildungsprozesse. Seit den frühen sechziger Jahren gewann das Reformprojekt Konturen; es erstreckte sich auf Wirtschaft und Gesellschaft, auf Politik und Ideologie gleichermaßen und nahm die wechselseitigen Abhängigkeiten dieser Bereiche in den Blick.

In Antwort auf die Wirtschaftsprobleme gedieh die vornehmlich von Ota Šik inspirierte Diskussion der tschechoslowakischen Ökonomen zu einer umfassenden Kritik der Planwirtschaft und ihres Unvermögens zur wirksamen Umstellung von quantitativem auf qualitatives Wachstum. Leitmotiv und Generalthema der Wirtschaftsreform waren die – allerdings nach wie vor unter den Vorzeichen „sozialistischer Eigentumsverhältnisse“ ins Auge gefasste – Reduzierung des Lenkungsapparats und der Übergang von bürokratischer Befehlswirtschaft und direkter güterwirtschaftlicher Planung zur perspektivischen Leitung der Volkswirtschaft auf der Grundlage von Langfristprognosen und mittels einer Rahmenplanung, die nur mehr die Hauptproportionen und die grundlegenden ökonomischen Parameter, hier vor allem die strukturelevanten Investitionen fixierte. Die anvisierte effizienzsteigernde Synthese von Plan und Markt war gedacht als Ordnungsrahmen für die Aufnahme und Verarbeitung der Impulse der wissenschaftlich-technischen Revolution. Beabsichtigt war die Auf-

13 Zu den Hintergrundbedingungen der tschechoslowakischen Reform, insbesondere zur Wirtschaftsreform in strengster Auswahl: Karel Kaplan: *Kořeny československé reformy* [Die Wurzeln der tschechoslowakischen Reform] 1968, Prag 2000; Vojtěch Mencl und Autorenkollektiv: *Osm měsíců pražského jara 1968* [Acht Monate Prager Frühling 1968], Praha 1991. *Československo roku 1968* [Die Tschechoslowakei im Jahr 1968], Bd. 1: *Obrodný proces* [Der Erneuerungsprozess]; Bd. 2: *Počátky normalizace* [Die Anfänge der Normalisierung], bearbeitet von Vojtěch Mencl u.a., Prag 1993; Jan Pauer: *Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes*, Bremen 1995; Zdislav Šulc: *Stručně dějiny ekonomických reforem v Československu (České republice)* [Kurze Geschichte der Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei (Tschechischen Republik)] 1945–1995, Brno 1998; Jiří Kosta: *Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei, 1945–1971*, Frankfurt a.M. 1978; ders.: *Die tschechische/tschechoslowakische Wirtschaft im mehrfachen Wandel*, Münster 2005; Christoph Boyer: *Einleitung*, in: ders. (Hg.): *Sozialistische Wirtschaftsreformen. DDR und Tschechoslowakei im Vergleich*, Frankfurt a.M. 2006, S. IX–XLI sowie die Beiträge von Eduard Kubů und Drahomír Jančík, Jaroslav Kučera, Jiří Pernes, Jiří Kocian und Alena Míšková. *Instruktiv*, aus der Sicht des Zeitzeugen: Zdeněk Mlynář: *Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings*, Frankfurt a.M. 1988.

wertung der mittleren Leitungsebene des Planungsapparats auf Kosten der Spitze. Experimentiert wurde mit der Ausweitung der Unternehmensautonomie, mit dem Ziel einer Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe hinsichtlich der Erwirtschaftung und Verwendung der Investitionsmittel. Tendenziell sollte der Planbefehl durch die Indienstnahme indirekter finanzwirtschaftlicher Mechanismen, durch monetäre Anreize und „ökonomische Hebel“ ersetzt, die „materielle Interessiertheit“ von Betrieben und „Werk tätigen“ sollte durch einen leistungsorientierten Umbau des Lohn- und Prämiensystems erhöht werden. Die anvisierte Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen reichte über Detailkorrekturen der Planungsmechanismen und über Kompetenz-Umverteilungen im Planungsapparat weit hinaus; Voraussetzung war der Umbau des zentraladministrativen Preissystems zu einem Ensemble funktionsfähiger Knappheitsindikatoren.

2. Die Volkswirtschaftsplanung für 1966 sah bereits die Stilllegung ineffizienter Produktionen und eine Reduktion der verbindlichen Plankennziffern vor. Der XIII. Parteitag der KPTsch im Mai/Juni 1966, der den neuen – den vierten – Fünfjahrplan beschloss und die ersten Reformschritte einleitete, behandelte das neue Wirtschafts- und das Lebensstandardprogramm als Einheit.¹⁴ Als dann im Mai 1967 die Wirtschaftspolitik endgültig zum neuen System der Planung und Leitung übergang, wurden auf dem ZK-Plenum vom Mai 1967 im Zuge der Überführung und Einbettung des Fünfjahrplans in den Rahmen der Reform beide Materien in einem Atemzug erörtert.

Die auf dem Maipenum formulierten sozial- und konsumpolitischen Zielvorstellungen hatten auf den ersten Blick vorwiegend konservierenden Charakter: In erster Linie galt es, die erreichten quantitativen und qualitativen Standards zu halten und zu konsolidieren. Weil das aktuelle Ausgabenniveau die ökonomischen Möglichkeiten jedoch bereits überforderte und vor allem der Lebensmittelbedarf nur durch Importe, also zu Lasten der Außenhandelsbilanz zu sichern war, konnte, selbst bei angestrengtester Konzentration und Effektivierung des Ressourceneinsatzes¹⁵, kurz- und mittelfristig die Lösung lediglich der allerdringlichsten Probleme anvisiert werden.

Die Sozial- und Konsumpolitik wurde nun allerdings konzeptuell an die Wirtschaftsreform gekoppelt und als zentraler Bestandteil in diese eingebettet:¹⁶ Die Anhebung des Lebensstandards sollte strikt dem Anstieg der Produktivität bzw. Wirtschaftsleistung folgen.

14 Vgl. zur Wirtschafts- und vor allem zur Sozialpolitik der Reform: NA, 02/1 (1966–71), 30-31/1d, usnesení k bodu: referát s. O. Černíka pro plénum ÚV KSČ (wie Anm. 12); NA, 02/1 (1966–71), 21-22/5, PÚV KSČ (Předsednictvo Ústředního výboru Komunistické strany Československa) [Politbüro der KPTsch], Návrh na zaměření přípravy pléna ÚV KSČ o otázkách ekonomické rovnováhy a životní úrovně. Se předklada na základě rozhodnutí řídící skupiny ústavené usnesením PÚV KSČ z 22.11.1966 [Entwurf für die Inangriffnahme der Vorbereitung des Plenums des ZK der KPTsch über Fragen des wirtschaftlichen Gleichgewichts und des Lebensstandards, vorgelegt auf der Grundlage des Beschlusses der durch Verfügung des Politbüros am 22.11.1966 eingerichteten Leitungsgruppe], 25.1.1967, příloha [Beilage] III sowie příloha [Beilage] IV a; Kalinová: Sociální vývoj Československa; dies.: Sociální reforma a sociální realita; dies.: K sociálním dějinám Československa; dies., Společenské proměny v čase socialistického experimentu.

15 Dies schloß die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen, etwa auch die freiwillige Weiterarbeit der Rentner und die Weiternutzung aus der Produktion bereits ausrangierter Maschinen ein.

16 NA, 02/1 (1966–71), 30-31/1d, usnesení k bodu: referát s. O. Černíka pro plénum ÚV KSČ (wie Anm. 12).

Diese Synchronisierung von Konsum und Produktion setzte den Übergang vom extensiven Wachstum zur „Intensivierung“ der Ökonomie voraus. „Intensivierung“ wiederum sollte von der Reform bewirkt werden. Diese zielte auch auf eine Denivellierung und Differenzierung der Löhne: die Arbeitsentgelte waren systematischer und weitaus konsequenter als bisher an die individuelle Arbeitsleistung der „Werk tätigen“ und an die je unterschiedliche, von örtlichen, betrieblichen oder Branchengegebenheiten abhängige Produktivität der Betriebe zu binden. Ins Auge gefasst war nicht zuletzt eine deutlichere Spreizung der Entgelte, insbesondere der der Ingenieure und Wissenschaftler einerseits, der Produktionsarbeiter andererseits.

Die von der Reform mobilisierte „persönliche materielle Interessiertheit“ sollte also das Wirtschaftswachstum stimulieren und damit die Vorbedingungen für den Anstieg des Lebensstandards schaffen. Die Reform sollte die betrieblichen Entscheidungsspielräume erweitern; Unterschiede der Produktivitätsentwicklung von Unternehmen und Branchen waren zuzulassen und nicht mehr wie im „klassischen System“, durch zentraladministrative Vorkehrungen einzuebnen. Nicht zuletzt sollte die von der Reform bewirkte „Intensivierung“ die Ertragskraft der Exportwirtschaft steigern und die durch Investitions- und Konsumgüterimporte akkumulierte Westverschuldung zumindest bremsen.

Setzte Sozial- und Konsumpolitik einerseits also „Intensivierung“ und damit den Umbau der Wirtschaft voraus, so schmierte sie, zum anderen und sozusagen in Gegenrichtung gedacht, die Räder des Reformunternehmens: Weil dieses unter den Vorzeichen der Flexibilisierung und Ökonomisierung die weniger effizienten Segmente der Produktion stilllegen und Arbeitskräfte in produktivere Bereiche umschichten sollte, war die „sozialistische Sozialpolitik“ durch eine Arbeitsmarktpolitik zu erweitern; sie trat an die Stelle der zentralen Arbeitskräfteplanung und hatte im Zeichen des Strukturwandels auch bereits Vorkehrungen gegen Arbeitslosigkeit zu treffen. Nicht zuletzt sollte die Aufwertung des privaten Verbrauchs das Reformunternehmen für „die Massen“ attraktiv machen und die Loyalität der „Werk tätigen“ – in ihrer Eigenschaft als Konsumenten – gewinnen. Handelte es sich hier, zum einen, um flankierende und absichernde Taktiken, so bemühte die Reform sich durchaus auch ernsthaft und ehrlich um eine verbesserte „Sozialverträglichkeit“ des Sozialismus: die Hebung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der „Werk tätigen“ war beileibe nicht nur zynisch-macchiavellistische Fassadenmalerei.

3. Zentrales Ziel der Wirtschaftsreform, gleichzeitig materielle Voraussetzung der mit ihr verbundenen Konsumpolitik, war die Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Gewichte, insbesondere der Prioritäten der Investitionspolitik von den Schwer- und Grundstoffindustrien zur – qualitativ hochwertigen – Konsumgüterproduktion inklusive Chemie und Baumaterialien. Im Zuge dieser Korrektur der Verzerrungen und Deformationen der vom „klassischen System“ forcierten industriellen Wachstumsstrategie mit markanter Präferenz für die Grundstoff- und Investitionsgüterbranchen sollte nicht zuletzt der vernachlässigte Dienstleistungssektor ausgebaut werden. In erster Linie die marktwirksame Konsumnachfrage sollte diese Umschichtung der gesamtwirtschaftlichen Proportionen bewirken; sie sollte nun überhaupt die Wirtschaft stimulieren und steuern. „Verbesserung der Lebensbedingungen“

implizierte in erster Linie ein steigendes Konsumniveau in einer – vermutlich bald nur mehr rhetorisch – als „kommunistisch“ etikettierten Massenkonsumgesellschaft.¹⁷

Nun war das Grundübel des „vorreformatorischen Sozialismus“ – die Hintanstellung des Konsumgüter- und des Dienstleistungssektors, die Disproportionen zwischen Produktion und Konsum bzw. zwischen Güter- und Geldmenge – mit dem Eintritt in die Reformzeit zwar an der Wurzel gepackt, jedoch noch keineswegs beseitigt worden. Das zur Geldmenge „passende“ Gütervolumen konnte nämlich, auch unter den Vorzeichen der Reform, vorerst nicht im vollen Umfang erwirtschaftet werden. Weil andererseits die Lohn- und Preiskontrollen zumindest gelockert worden waren, drohten die Geld- und die Konsumgüterseite der Wirtschaft noch weitaus stärker aus dem Gleichgewicht zu geraten als ohnehin bereits unter dem „klassischen“ Kontrollsystem. Der dort noch notdürftig zurückgestaute bzw. in Zwangssparen transformierte inflationäre Druck trat nun offen zutage; die Bändigung des Preisanstiegs wurde deshalb zu einer der Hauptaufgaben nicht nur der Wirtschafts-, sondern auch der Sozialpolitik.

Die Einzelhandelspreise als die Lebenshaltungskosten bestimmende zentrale Größe waren seit der Krise von 1953 kontinuierlich gesenkt worden, mit der Folge steigender Realeinkommen und einer Wertsteigerung auch aller übrigen Geldeinnahmen, in erster Linie derjenigen aus den Sozialtransfers. Aus sozialpolitischen Gründen waren die Preise zum Teil sogar unter die Kosten gedrückt und dann durch Subventionen gestützt worden. Dies traf zu auf den Lebensmittel-Grundbedarf, auch auf einige Konsumgüter wie etwa Kinderkleidung. Subventioniert wurden außerdem die Mieten und die Verkehrstarife. Weil die Preisstützungen außerordentlich kostspielig waren und zu Verschwendung und Missbrauch geradezu einluden, erschien in der Reform-Logik der „Vermarktlichung“ eine konsequente Umstellung des Preissystems auf die – verschämt so genannten – „Wertbeziehungen“, also auf nach Güterqualität differenzierte Marktpreise ohne Subventionen angebracht. Weil das Konsumgüterangebot aber nach wie vor die Nachfrage bei weitem nicht deckte, waren bei den gegebenen Angebots-Nachfragerelationen erhebliche Preissteigerungen zu erwarten, die aus sozialpolitischen Gründen nicht oder jedenfalls nicht im vollen Umfang wünschenswert erschienen. Aus diesem Grund wurde ein maßvoller, nach wie vor, auch unter den Auspizien der Reform, behördlich regulierter bzw. überwachter Anstieg der Einzelhandelspreise von 1–1,5% im Jahr als Zielgröße fixiert. Ein Anstieg bis zu dieser Marge – und nur bis zu dieser Marge – sollte nicht mehr durch Subventionen aufgefangen werden. Die Steigerungsrate wurde auch deshalb als verkraftbar erachtet, weil die preistreibende Spannung zwischen Angebot und Nachfrage aufgrund des erwarteten reforminduzierten Anstiegs der Produktivität, wegen des erhofften Wachstums der Konsumgüter- und der Lebensmittelproduktion sowie der Begrenzung von Lohnsteigerungen auf das Ausmaß des Produktivitätswachstums beherrschbar erschien.

Ungeachtet dessen war auch ein solcher maßvoller Anstieg der Einzelhandelspreise auf der Grundlage der „Wertbeziehungen“, ja bereits die „Verflüssigung“ des Preissystems als solche eine heikle, weil den nach wie vor virulenten planwirtschaftlichen Denkgewohnheiten im Grundsatz zuwiderlaufende Angelegenheit. Aus der Perspektive des Machterhalts – und vor allem im Rückblick auf das Jahr 1953 – erschien sie nicht ungefährlich, weil sie mit

17 Ebd.

mehr oder weniger empfindlichen finanziellen Einbußen für die Konsumenten, insbesondere für die Familien, verbunden war. Ein – ohnehin nur behutsames – Abrücken vom sozialistischen Egalitarismus war im Kontext der Reform jedoch unvermeidlich, auch wenn den Reformern schwante, dass die Beziehungen zwischen den Menschen und das Gefüge der Gesellschaft insgesamt sich dadurch nicht unerheblich wandeln würden. Aus diesem Grund sollten die anvisierten bzw. in Kauf genommenen Veränderungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse auch durch staatliche Interventionen aufgefangen und begrenzt werden. So war etwa die Entlohnung in der „Nicht-Produktionssphäre“, d.h. in der Verwaltung und im Sektor der öffentlichen Dienstleistungen (Schul- und Gesundheitswesen) sorgfältig an den Anstieg der Löhne in der produzierenden Wirtschaft anzupassen.

4. Auch in der Sozialpolitik im engeren Sinn¹⁸ waren die Probleme an sich nicht neu: Dies galt etwa für die Investitionslücke im stiefmütterlich behandelten Dienstleistungssektor. Auch das im vierten Fünfjahrplan formulierte Planziel des Baus von 460.000 Wohnungen war weit davon entfernt, erfüllt zu werden. Das – durch die steigenden Lebenshaltungskosten bereits verschärfte – Problem der Kleinrenten bedurfte einer Lösung, die Anhebung der Familienhilfen ließ auf sich warten.

Das vom Politbüro in der Folge des ZK-Maipenums angeforderte, von Experten der Gewerkschaften, der Staatlichen Plankommission, der Staatskommission für Finanzen, Preise und Löhne und des Finanzministeriums ausgearbeitete, am 27. November 1967 in der ZK-Kommission für Lebensstandard gebilligte und schließlich von der Regierung erörterte sozialpolitische Gesamtkonzept hingegen, das in den Beschluss des Politbüros vom 14. Dezember 1967 zu Wirtschaftspolitik und Lebensstandardentwicklung bis 1970 und einen ZK-Beschluss vom 21. Dezember mündete, ergänzte mit Blick auf die nicht in den Arbeitsprozess eingegliederten Personen und die Familienpolitik die bisherigen Vorstellungen nicht unerheblich. Nicht in jedem Punkt war dies eine Folgewirkung der Reform. Maßgebliche Impulse für die Familienpolitik ergaben sich auch aus den demographischen Prognosen: Nach den geburtenstarken Jahrgängen der frühen Nachkriegszeit waren 1966 nur mehr 223.000 Kinder, d.h. 72.000 weniger als 1947 geboren worden. Angesichts der sinkenden Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter drohte längerfristig-intergenerationell eine demo-

18 Vgl. zum Folgenden: NA, 02/1 (1966–71), 30-31/1d, usnesení k bodu: referát s. O. Černíka pro plénum ÚV KSČ (wie Anm. 12); NA, 02/1 (1966–71), 50-40/5, První znění návrhu sociálního zabezpečení obyvatelstva v podmínkách dalšího rozvoje socialistické společnosti. Předkládá s. M. Štancel [Erste Fassung des Entwurfs bzgl. der sozialen Sicherung der Bevölkerung unter den Bedingungen der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, vorgelegt vom Genossen M. Štancel], 30.11.1967. Der Entwurf wurde durch Beschluß der 52. Sitzung des Politbüros vom 5.12.1967 gebilligt: NA, 02/1 (1966–71), 50-40/5, k bodu [zu Punkt] 5, usnesení 52. schůze PÚV KSČ ze dne 5. prosince 1967 [Beschluß der 52. Sitzung des Politbüros der KPTsch vom 5. Dezember 1967]; NA, 02/1 (1966–71), 54-46/7, usnesení 53. schůze PÚV KSČ ze dne 14. prosince 1967 [Beschluß der 52. Sitzung des Politbüros der KPTsch vom 14. Dezember 1967]; ÚSD (Ústav pro soudobé dějiny v Praze) [Institut für Zeitgeschichte, Prag], D IV/23, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 19.–21. prosince [Dezember] 1967, část [Teil] I, usnesení plenárního zasedání ÚV KSČ ze dne 21. prosince 1967 o úkolech rozvoje cs. národního hospodářství a životní úrovně v roce 1968 a do roku 1969 [Beschluß des ZK-Plenums vom 21. Dezember 1967 über die Entwicklungsziele der tschechoslowakischen Volkswirtschaft und des Lebensstandards im Jahr 1968 und bis zum Jahr 1969]; ÚSD, D IV/23, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 19.–21. prosince [Dezember] 1967, část [Teil] I.

graphische Abwärtsschleife. Für den Anteil der unter Fünfzehnjährigen an der Bevölkerung war ein Absinken von 25,1% (1965) auf 20,8 (1985) prognostiziert, während der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter – der Männer über 60 und der Frauen über 55 – von 18,6% (1965) über 20,8% (1985) auf 22,8% (2000) – zunehmen sollte. Bereits vor 1980 war für die tschechischen Gebiete der Republik ein absoluter Bevölkerungsrückgang zu erwarten.

Insofern der bevorstehende demographische Strukturwandel auch auf der steigenden Lebenserwartung beruhte, war er natürlich nicht die von der Propaganda gefeierte genuine Errungenschaft des Sozialismus; vielmehr lag er auf der Hauptstraße industriegesellschaftlicher Entwicklung in Ost wie West. Ungeachtet dessen machten die zu erwartenden Verschiebungen der Relationen zwischen Erwerbstätigen und Rentnern gesamtgesellschaftlich-politische Maßnahmen zur Sicherung der demographischen Basis dringlich. Bereits 1968 sollte der bezahlte Mutterschaftsurlaub auf ein halbes Jahr verlängert, die Zuschüsse für Kleinkindbetreuung durch die Mütter sowie die – bislang bereits in verschiedenen Formen und Varianten ausgereichten – Beihilfen für kinderreiche Familien erhöht und durch begünstigende Lohnsteuermaßnahmen sowie die verstärkte Subventionierung von Kinderkleidung ergänzt und flankiert werden. Familienpolitisch relevant war auch der Wohnungsbau, denn der Wohnungsmangel beeinträchtigte insbesondere die Lebenssituation der jungen Familien. Häufig waren jung verheiratete Paare jahrelang auf Wohnungssuche; sie blieben während dieser Zeitspanne kinderlos. In Rechnung zu stellen war hier auch das gestiegene Anspruchsniveau: Im Unterschied zu früheren Generationen war das Zusammenwohnen mit den Eltern oder gar Großeltern zumindest in der Stadt nicht mehr als Normalfall akzeptiert.

Ein über Not- und Sofortmaßnahmen hinausreichendes Programm, das die bisherigen Improvisationen in ein kohärentes familienpolitisches überführte, war lediglich mittelfristig, d.h. für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt. Ein sehr rascher, weil durch die reforminduzierte Bewegung der Preise erzeugter Handlungsbedarf hingegen bestand bei den Kleinrenten: Diese sollten bis spätestens 1970 an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Die hierfür einzukalkulierenden Mehraufwendungen waren soweit wie möglich durch die Erträge freiwilliger Weiterarbeit der Rentner zu kompensieren. Nicht nur die Renten, sondern sämtliche Sozialtransfers sollten mittels Indexierung an den zu erwartenden Anstieg der Arbeitseinkommen bzw. der Preise angeschlossen werden. Diese Maßnahme gehörte in den Rahmen der Erweiterung und Vereinheitlichung sämtlicher sozialer Dienste: ein Umbau, der durch ein kohärentes und konsistentes System von Geldleistungen für nicht oder nur eingeschränkt Arbeitsfähige und für „soziale Problemfälle“ wie Schwererziehbare und „moralisch Bedrohte“ ergänzt werden sollte. Die Unterhaltsleistungen für diese „nichtproduktiven“ Bevölkerungsteile hatten das Lohnabstandsgebot zu wahren: sie lagen unterhalb des Niveaus der Arbeitseinkommen, aber nicht allzu tief unter diesem. In einem Formelkompromiss wurde hier das von der Reform reaktivierte Leistungsprinzip mit der „sozialistischen Maxime“ des gesellschaftlichen Bedarfs, der sozialen Gleichheit und der Gewährleistung der Grundbedürfnisse kombiniert.

5. Der ZK-Beschluss vom 21. Dezember 1967¹⁹ machte gegenüber dem Maiplenum in der Frage der Einzelhandelspreise noch einmal einen Schritt vorwärts: Für den 1. Januar 1968

19 ÚSD, D IV/23, zasedání ÚV KSČ 19.–21. prosince 1967 (wie Anm. 18).

war, als Reformmaßnahme von zentraler Bedeutung, der Umbau der Großhandelspreise geplant. Er sollte die Subventionen aus dem Staatshaushalt begrenzen, die Verzerrungen im Preissystem beseitigen und „ökonomische“, d.h. an den Angebots-Nachfragerelationen orientierte Preise etablieren. Die Groß- und die Einzelhandelspreise sollten in einen konsistenten Nexus gebracht und nicht sofort, aber Schritt für Schritt an das Weltmarktniveau herangeführt werden.

Der unter diesen Umständen zu erwartende Anstieg der Lebenshaltungskosten war durch sorgfältige Preisüberwachung und konsequente Sanktionierung von Verstößen nach wie vor im fixierten Rahmen von maximal 1,5% zu halten. Unübersehbar war auch jetzt wieder die diesen ökonomisch sinnvollen Maßnahmen beigeschlossene soziale Komponente: War im Interesse des schlechterdings nicht mehr zu vermeidenden Strukturwandels der Wirtschaft die Eliminierung subventionsbedingter Verzerrungen und Deformationen des Preissystems auch unerlässlich, so galt es doch, im Blick auf den „sozialistischen Charakter der Gesellschaft“, zumindest im Bereich der Grundversorgung und der Standard-Dienstleistungen, substantielle Absenkungen des Lebensstandards zu vermeiden. An den Preisstützungen etwa für Milch und Milchprodukte und an der Subventionierung von Mieten oder Verkehrstarifen wurde deshalb nicht gerüttelt. Auch durften die Billigsortimente für die breite Masse der Konsumenten nicht aus dem Handel genommen werden; eine Umsortierung von Waren aus der Kategorie der Festpreise in die Sparte „freie Preise“ war nur mit behördlicher Genehmigung statthaft. Diese sorgfältig ausgeheckten Kautelen waren plausibel vor dem Hintergrund der beträchtlichen Nervosität und der erregten Diskussionen, die die „Preisfrage“ in der Wirtschaft, im Handel und nicht zuletzt in der breiteren Öffentlichkeit bereits hervorgerufen hatte. Der Subventionsabbau sollte deshalb auch nur schrittweise und immer synchron zum erwarteten Anstieg des Lebensstandards durchgeführt werden; er sollte, soweit irgend möglich, durch Effizienzsteigerungen und die hierdurch ermöglichten Kostensenkungen in Produktion und Handel kompensiert werden.

Zentrale Bedeutung kam der Modernisierung der Einzelhandelsorganisation zu, deren deplorable Leistungen in den Alltagserfahrungen vor allem des weiblichen Teils der Bevölkerung eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Im Dezember 1967 fasste das Zentralkomitee auch zu diesem Problemkomplex Beschlüsse. Eine Arbeitsgruppe von Regierungsmitgliedern unter der Leitung von Ministerpräsident Oldřich Černík hatte sich im Vorfeld mit Maßnahmen zur Modernisierung des Handels als zentralem Teilstück der Kultur des Sozialismus beschäftigt und ein Konzept zur Erhöhung der Investitionen in das Handelsnetz, vor allem aber der Löhne der im Handel Beschäftigten ausgearbeitet. Um deren „persönliche materielle Interessiertheit“ zu steigern, wurden Anfang 1968 die Durchschnittslöhne auf 87% des durchschnittlichen Lohnniveaus der Industrie angehoben. Schwieriger erschien die – nun ebenfalls ins Auge gefasste – Verbesserung und Verbilligung der Dienstleistungen. Die Dienstleistungswirtschaft basierte häufig noch auf der „altmodischen“ Einzelarbeit von Handwerkern, deren Zusammenschluss in größeren Betrieben mit mehreren Beschäftigten nun geboten schien.

6. 1967 gewann das Wirtschaftswachstum wieder Schubkraft.²⁰ Die Produktion der Industrie stieg um 6,1%, die der Landwirtschaft um 3,5%, die des Bausektors um 7,3%; die Position

20 NA, 02/1 (1966–71), 54–46/7, usnesení 53. schůze PÚV KSČ ze dne 14. prosince 1967 (wie Anm. 18); ÚSD, D IV/23, zasedání ÚV KSČ 19.–21. prosince 1967 (wie Anm. 18).

der Konsumgüter- und der Lebensmittelindustrie in der Gesamtwirtschaft war bereits gestärkt worden. Der Beschäftigungszuwachs hatte sich verlangsamt, auch die Differenzierung der Löhne hatte Fortschritte gemacht. In der zweiten Jahreshälfte hatten sich die Westausfuhren belebt, auch wenn sie mit den Einfuhren noch nicht ins Gleichgewicht gebracht worden waren.

Ende 1967 befand sich der Reformprozess trotzdem noch in einem prekären Interimszustand. Das Wachstum der Geldeinnahmen der Bevölkerung hatte sich deutlich beschleunigt: die Durchschnittslöhne waren im laufenden Jahr um 5% gestiegen. Die inflationären Tendenzen schrumpften den Wert der Familienbeihilfen, sie reduzierten die Kaufkraft der Renten und der Sozialleistungen. Bei einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 1,5% betrug der Reallohnanstieg allerdings immerhin noch 3,5%. Bei noch nicht signifikant ausgeweiteter Produktion bzw. nur unerheblich gesteigener Produktivität und weiterhin planwirtschaftstypisch wachsenden Halden nicht oder nur schwer absetzbarer Produkte stand die Verbrauchsgüterversorgung nach wie vor unter einem Druck, der nur mit Hilfe von Importen zu mildern war. Zwar stieg der Einzelhandelsumsatz 1967 deutlich rascher als in den Jahren zuvor; dadurch den Kaufkraftüberhang vollständig abzuschöpfen gelang indes auch jetzt nicht. Angesichts des bereits erreichten Niveaus der Lebensmittelversorgung und des hohen Grades der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen industriellen Konsumgütern wie Radio, Fernseher, Kühlschränke und Waschmaschinen sollte die flottierende Kaufkraft nun vorzugsweise in den Bau bzw. Kauf privater Wohnungen und Wochenendhäuser sowie in den Erwerb von Wohnungsausstattungen bzw. -einrichtungen fließen; gefördert werden sollte vor allem auch die Massenmotorisierung.²¹

7. Anfang 1968 wurde Antonín Novotný gestürzt und Alexander Dubček an der Spitze der KPTsch installiert. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung befürwortete in dieser fluiden Lage das weitere Voranschreiten der Reform in der Verschränkung ihrer ökonomischen und ihrer politischen Komponente. Im Blick auf die Wirtschaft wurden nun endgültig und sehr viel energischer als bisher der Übergang von der direkten zur indirekt-perspektivischen Leitung im Rahmen einer Synthese von Plan und Markt und im Vertrauen auf den „Motor Gewinn“, die Zurückschneidung der wuchernden bürokratischen Apparate und die Präponderanz fachlicher Qualifikation der Kader gegenüber ihrer „politischen Zuverlässigkeit“ als Leitvorstellungen formuliert. Außenwirtschaftlich war die ČSSR nach wie vor in das sozialistische Lager eingebettet. Sie sollte sich jetzt jedoch weiter zum Weltmarkt öffnen. Das Außenhandelsmonopol sollte geschleift, das Inlandspreisniveau sollte auch deshalb schrittweise an die Weltmarktpreise angepasst werden, weil bereits die freie Konvertibilität der Krone als Endziel der Außenwirtschaftspolitik ins Auge gefasst war. Die „Systemgewerkschaften“ sanken zur Bedeutungslosigkeit herab bzw. sie begannen sich von Transmissionsriemen des Parteiwillens im Betrieb und Hilfsagenturen der Planerfüllung zu Trägern der Mitbestimmung auch in Fragen der Löhne und der Sozialpolitik und zu Mitspielern im Rahmen einer echten Sozialpartnerschaft zu wandeln; eine Vielzahl genuiner Interessenverbände wurde neu gegründet.

21 Ins Auge gefasst war die Erhöhung der Produktion von PKWs, von 63.000 (1967) auf 76.000 (1968) und schließlich auf 85.000 (1975): vgl. ÚSD, D IV/23, zasedání ÚV KSČ 19.–21. prosince 1967 (wie Anm. 18).

Mit der nun deutlich fortschreitenden „Vermarktlichung“, der partiellen Freigabe der Preise und dem nicht mehr zentral kontrollierten Anstieg der Löhne bei nach wie vor nicht erheblich gesteigerter Produktionsleistung wurde die Milderung der wachsenden Disproportionen zwischen der Geld- und der Güterseite der Wirtschaft notwendiger denn je. Die Re-proportionierung war um so dringlicher, als die bereits seit längerem projektierte Arbeitszeitverkürzung – Fernziel war die Fünftagewoche, ein erster Schritt war die 42,5-Stundenwoche – zu Lasten der Produktionsseite der Wirtschaft ging. Auf der Geldseite hingegen stand eine nochmalige Aufblähung des Kaufkraftvolumens durch die bis 1970 vorgesehenen kostenintensiven renten- und familienpolitischen Maßnahmen in Aussicht. Da die Wirtschaftsplanung nicht abgeschafft, sondern lediglich zu einem indikativen Instrument zurückgestuft worden war, war das Politbüro immerhin imstande, am 21. März 1968²² als Eckpunkte der mittelfristigen Reallohnentwicklung Lohnsteigerungen von 3,5% (für 1968), 2,2% (für 1969) und 2,3% (für 1970) zu fixieren. Die Bewegung der Einzelhandelspreise sollte im Blick auf allfällige besorgniserregende Entwicklungen sorgfältig observiert werden.²³ Insbesondere aber war der Anstieg der Lebenshaltungskosten durch beschleunigte kompensatorische Maßnahmen zugunsten der Lohnabhängigen im „nichtproduzierenden Bereich“ und vor allem auch für die Nicht-Lohnbezieher aufzufangen. Lohn-, preis- und sozialpolitische Maßnahmen waren in jedem Fall im Ensemble zu handhaben und, immer mit dem Ohr am Mund des Volkes, so aufeinander abzustimmen, dass „positive“ Maßnahmen den „negativen“ zeitlich vorangingen und erstere die letzteren möglichst kompensierten.

Wie die programmatischen Erklärungen Dubčeks²⁴ vom April 1968 und das konzeptuelle Kernstück der Reform, das Aktionsprogramm der KPTsch vom gleichen Monat²⁵ zeigen, war im „Prager Frühling“ noch weitaus enger als 1967 die Sozial- und Konsumpolitik in die Bemühungen zur Überwindung der Wirtschafts- und Gesellschaftskrise eingebettet. War soziale Differenzierung auf Kosten des sozialistischen Egalitarismus ursprünglich eher als Teil eines technokratischen Modernisierungs- und Intensivierungsprogramms und als Bedingung der Möglichkeit der Leistungsstimulierung gedacht, so ergab sich nun aus der Aktivierung der individuellen Leistungs- und Kreativitätspotentiale ein emanzipatorischer „Overspill“ mit erheblichen Auswirkungen auch auf die Sphäre der Politik. Die Stimulierung der „persönlichen materiellen Interessiertheit“ und die Belohnung von Leistung durch Konsum galten zwar nach wie vor auch als Vorrichtungen zur Überwindung der materiellen Stagnation und zur Lockerung der Verkrustungen des hierarchischen Leitungssystems, das

22 NA, 02/1 (1966–71), 64-73/2, usnesení 63. schůze předsednictva ÚV KSČ ze dne 21. března 1968 [Beschluß der 63. Sitzung des Politbüros der KPTsch vom 21. März 1968], k bodu [zu Punkt] 2: Další postup při plnění programu rozvoje životní úrovně podle usnesení prosincového pléna ÚV KSČ [Das weitere Vorgehen bei der Realisierung des Programms der Lebensstandardentwicklung gemäß Beschluß des ZK-Dezemberplenums], příloha [Beilage] III: Zpráva k návrhu usnesení vlády [Bericht zum Entwurf des Regierungsbeschlusses].

23 Vgl. zu den Details ebd.

24 Zur Rede Dubčeks vgl. ÚSD, D IV/25, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 28. března [März] a 1.–5. dubna [April] 1968, část I [Teil I];

25 ÚSD, D IV/25, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 28.3. a 1.–5. dubna 1968, část [Teil] II, Akční program Komunistické strany Československy přijatý na plénařním zasedání ÚV KSČ dne 5. dubna 1968 [Aktionsprogramm der KPTsch, angenommen auf dem ZK-Plenum am 5. April 1968].

Gleichgültigkeit und mechanische Aufgabenerfüllung förderte: sie waren gedacht als Instrumente zur Erhöhung der Flexibilität der Wirtschaft und zur Mobilisierung ihrer Produktivitätsreserven. Schul- bzw. Berufsbildung und die Wissenschaften – nicht nur Naturwissenschaften und Technik, durchaus auch die Gesellschaftswissenschaften – waren Wachstumsmotoren der rohstoffarmen, auf „Qualifikation“ angewiesenen tschechoslowakischen Wirtschaft. Die Hege und Pflege des „individuellen Faktors“, die Erhöhung des Qualifikations- und des kulturellen Niveaus der „Werk tätigen“ waren nun aber nicht mehr ausschließlich funktionell gedacht und gemeint, sondern als Kernstücke eines tiefgreifenden politisch-moralischen Strukturwandels mit der Zielperspektive einer aus der Hegemonie der Partei entlassenen nichtantagonistischen, interessenpluralistischen Gesellschaft mündiger Individuen vorgestellt. In diesem Koordinatensystem sollten nicht mehr nur die Kommunisten, sondern auch die Parteilosen ihren Platz finden. Der Wirtschaftsplan dieser Gesellschaft war eine Richtgröße, die auf der demokratischen Aushandlung der kurz- und längerfristigen Interessen u.a. der Konsumenten basierte.

In Reaktion auf die säkulare Herausforderung durch die wissenschaftlich-technische Revolution und inspiriert vom kybernetischen Zeitgeist weitete sich damit der Reformhorizont über die Modernisierung der Wirtschaft hinaus zur umfassenden demokratischen Gesellschaftsplanung aus einem Guss und mit wissenschaftlichem Anspruch. Wirtschafts- und Gesellschaftsreform waren der Versuch einer Antwort auf systemspezifische Defizite der Steuerung und Leistungserbringung. Sie waren auch response auf die systemübergreifende challenge durch den sich beschleunigenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Dieser war zum einen die Herausforderung; er war aber auch, im Geiste des technokratischen Optimismus, als Lösung gedacht: Die Reformen speisten sich aus dem Vertrauen in Wachstum und Fortschritt, in wissenschaftlich raffinierte Steuerungsmethoden und -instrumente. Der unter der Ägide der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften unter Vorsitz Radovan Richtas von einem interdisziplinären Team ausgearbeitete Report „Civilizace na rozcestí“²⁶ forderte im Blick auf die Auswirkungen der technischen Zivilisation eine neue Entwicklungsstufe gesamtgesellschaftlicher Rahmenplanung und Prognostik. Die wissenschaftliche Ausarbeitung von „Zivilisationsregulatoren“ war auch durch unorthodox-marxistische westliche Autoren wie Garaudy, Marcuse und Fromm inspiriert und durch offene Information und „sozialistische Partizipation“ angeleitet.

Weil nach der – sicherlich nicht unrichtigen – Einschätzung der Protagonisten des „Prager Frühlings“ erst ein Zwischenzustand auf dem Weg vom zentraladministrativen Subventions- und Protektionssystem zur Reform erreicht worden war, weil weiterhin die Produktion sich quantitativ und qualitativ nur mühsam den Anforderungen des Verbrauchs anpasste und auch vom Außenhandel noch keine entscheidende Verbesserung der Versorgung zu erwarten war, weil außerdem die Ausreichungen aus den „gesellschaftlichen Fonds“ ohne Schwächung des Leistungsprinzips nicht wesentlich zu steigern waren, wurde der sozialpoli-

26 Radovan Richta und Kollektiv (Hg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse, (Prag 1968), Frankfurt a.M. 1971; vgl. hierzu auch: Christoph Boyer: Sozialistische Sozialpolitik und Gesellschaftsreform in den sechziger Jahren: DDR und ČSSR im Vergleich, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Göttingen 2004, S. 249–265.

tische Zielkatalog mit den Kernstücken der renten- und familienpolitischen Maßnahmen, der Arbeitszeitverkürzung, des komplexen Wohnungsbaus bzw. der Wohnungsmodernisierung nicht über den Stand vom Dezember 1967 hinaus erweitert. Der Katalog war gemeint und deklariert als Abschlagszahlung auf die Zukunfts- und Entwicklungschancen des reformierten Sozialismus, auch wenn *stante pede*, in Gestalt einer langfristigen Entwicklungskonzeption, mit der stufenweisen Realisierung des sozialistischen Humanismus in einer die maximale Bedürfnisbefriedigung garantierenden sozialistischen Gesellschaft begonnen werden sollte.²⁷

Diese pragmatische, an den real existierenden ökonomischen Möglichkeiten orientierte Zukunftsplanung in Stufen wurde allerdings unverzüglich durch eine Welle hochdringlicher Lohn-, Renten- und Konsumforderungen sowie von Forderungen nach sofortiger Erhöhung der Investitionen in die vernachlässigte Leicht- und Lebensmittelindustrie eingeholt, ja überholt, die aus den Betrieben an die Gewerkschaften herangetragen wurden. Dies war auch der Impuls für die Anhebung der Kleinrenten zum 1. Mai 1968; im Juli trat ein Katalog familienpolitischer Maßnahmen in Kraft. Die Kollektivverträge sollten nicht mehr Instrumente zentraladministrativ-hierarchischer Leitung sein, sondern zu Grundsteinen sozialer Sicherheit werden. Die vor diesem Hintergrund und unter der Devise des „sozialistischen Humanismus“ auf der Konferenz des Gewerkschaftsverbands vom 18. bis zum 20. Juni 1968 vorgetragenen, auf das Aktionsprogramm der KPTsch gestützten, der Konzeption Ota Šiks verpflichteten Leitsätze wurden zur Richtschnur dieses Trade-Unionismus und seiner – wie die unverhohlenen kritischen Stimmen aus der DDR anmerkten – „oppositionellen Politik gegenüber dem Staat“.²⁸ Hier würden, so hieß es, soziale und Konsumforderungen ohne Rücksicht auf die ökonomischen Bedingungen gestellt; mit ihrem „prinzipienlosen“ Forderungsprogramm würden die Gewerkschaften „zu Anhängern einer sozialen Forderungsbewegung gegen den sozialistischen Staat“. Man erkläre den Streik zum legalen Kampfinstrument, rücke von der „sozialistischen Demokratie“ ab, propagiere unkritische „Weltoffenheit“ und intensiviere in der Folge die Kontakte zu den Gewerkschaften in West- und Nordeuropa, in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland.²⁹

Implizierte der robuste Trade-Unionismus von „Werktätigen“ und Gewerkschaften auch keineswegs eine glatte Absage an die Reformziele „politische Freiheit“, „Partizipation“ und „Rechtsstaatlichkeit“, so waren in den Gärungsprozessen zwischen März und Juni 1968, vor dem Hintergrund des über die Jahre aufgestauten Unmuts vor allem der Frauen über die allgegenwärtigen Versorgungslücken und die in den letztvergangenen Jahren durchgeführten Preiserhöhungen im Bereich außerhalb der Grundsortimente, die handgreiflichen materiellen Interessen der Bevölkerung doch von größerer Bedeutung als die Ideale der Intellektuellen. Die auf bessere Verbindungen zur „Basis“ abzielenden Bemühungen der Reformprotagonisten um Šik und Smrkovský zeitigten in der durch zwanzig Jahre kommunistischer

27 ÚSD, D IV/25, zasedání ÚV KSČ 28.3. a 1.–5. dubna 1968, část II, Akční program (wie Anm. 25).

28 So aus der unverhohlenen kritischen DDR-Perspektive. Vgl. BArch-SAPMO [Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv], DY 34, 14 661, Information über die Entwicklung in den tschechoslowakischen Gewerkschaften von Januar bis August 1968, 15.10.1968; BArch-SAPMO, DY 30, 202, 294, FDGB/Bundesvorstand, Warnke an Ulbricht, 7.6.1968.

29 BArch-SAPMO, DY 30, 202, 293, SED-Hausmitteilung/Axen an Ulbricht, 5.6.1968; BArch-SAPMO, DY 34, 7777, Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft/ Zentralvorstand an FDGB/Bundesvorstand, Abteilung Internationale Verbindungen, 11.6.1968.

Phrasen und „Demokratie“-Deklamationen zum Misstrauen konditionierten Arbeiterschaft lediglich bescheidene Erfolge; die politische Reform galt auf dem shop-floor eher als Angelegenheit der Akademiker und der Studenten. Wichtiger erschienen hier konkrete Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen – nicht in erster Linie die politischen Freiheitsrechte als vielmehr die ökonomischen Handlungsrechte: das Streikrecht und die Möglichkeit, Lohnforderungen zu stellen. Den Arbeitern den Zusammenhang und die eigentlich auf der Hand liegenden Ursache-Wirkungsbeziehungen zwischen diesen ökonomischen Rechten und der politischen Freiheit, zwischen der Wiederbelebung der allgemeinen Bürger- und Menschenrechte und dem Ende der Herrschaft der Apparatschiks einsichtig zu machen, erwies sich als außerordentlich schwierig. Das alte Regime hatte für Egalitarismus und Immobilität, Ineffizienz und Innovationsschwäche und ein hinter den Ländern des Westens zurückbleibenden Lebensniveau gestanden. Ungeachtet der offenkundigen Funktionsmängel des hierarchisch-bürokratischen Sozialismus befürchteten maßgebliche Teile der Arbeiterschaft doch eine durch Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit bewirkte Verschlechterung ihrer materiellen Lage in einem neuen, wettbewerbsorientierten System. Versicherungen der Reformer, der Strukturwandel werde nicht auf Kosten der Arbeiter gehen, erschienen vor dem Hintergrund von lohnpolitischen Maßhalteappellen und Aufrufen zur Zurückstellung kurzfristiger Interessen nicht als glaubwürdig. Meinungsfreiheit, „echte“ Gewerkschaftsmacht und die Arbeiterräte galten den Arbeitnehmern nicht als ausreichende Garantien für die Wahrung ihrer Belange. Der Status quo ante des „vorreformatorischen Sozialismus“ hingegen erschien nicht völlig indiskutabel: Die Arbeitsdisziplin war dort nicht drückend, die Lebensmittelversorgung war immerhin ausreichend gewesen, Lohnnivellierung war durchaus im Sinne der Minderqualifizierten und eines Plebejertums, das Hierarchien und Differenzierungen nach Leistung nicht gelten lassen wollte. Kritik an den kleineren Unzuträglichkeiten des Arbeits- und Alltagslebens hatte Ventilfunktion; „Meckern“ war durchaus zugelassen und geduldet, solange die Wurzeln der Misere nicht thematisiert wurden. Eine Aufbesserung des Lebensstandards war auf Schleich- und Nebenwegen möglich. Sozialismus war der Inbegriff sozialer Sicherheit durch Staatsfürsorge; die für einen reformierten Sozialismus erforderlichen Selbststeuerungskompetenzen, der unabdingbare Unternehmergeist und die individuelle Initiative hatten sich im Zuge der Verwüstung und Zersetzung der politischen Kultur durch Unbildung, Passivität und Untertanenmentalität weitgehend verflüchtigt.³⁰

30 Dies sind Hypothesen. Die Einstellungen der „breiten Masse“ wären auf Quellenbasis gründlich und differenziert erst noch zu erforschen. Erste Einblicke vermitteln: Andrew Oxley/Alex Pravda/Andrew Ritchie: *Czechoslovakia. The Party and the People*, London 1973; Jaroslav A. Piekalkiewicz: *Public Opinion Polling in Czechoslovakia, 1968–69. Results and Analysis of Surveys Conducted During the Dubček Era*, New York/Washington/London 1972.

3. Von der Reform zur „Normalisierung“ (1968–1975)

1. In der „unentschiedenen“ Phase zwischen der Invasion der „Bruderländer“ vom 21. August 1968 und dem Machtwechsel im April 1969³¹ versuchte die Parteispitze zunächst, wenn auch bereits unter geänderten politischen Rahmenbedingungen, die wesentlichen Elemente des Aktionsprogramms zu retten. Auf der Grundlage des Moskauer Kommuniqués verfügte sie hier vorerst auch über beträchtliche, von der Sowjetunion konzedierte Spielräume. Diese sollten das Stillhalten der Bevölkerung und die Kooperation der Institutionen im Normalisierungsprozess sichern. Erst mit dem grundstürzenden Personalaustausch vom April 1969 und in der Folgezeit wurde das Scheitern aller Anstrengungen zur Bewahrung einer Reform „ohne Extreme“ und unter der Devise „Verhütung des Schlimmsten“ offensichtlich.

Vorerst jedoch blieben die Protagonisten der Reform wie Zdeněk Mlynář, Josef Smrkovský und Alexander Dubček auf ihren Posten. In den leitenden Gremien der Partei wurde sogar noch eine Reihe von Konservativen durch Reformen ersetzt; deren numerisches Übergewicht bestand zunächst weiter. Alle Pläne einer Demokratisierung der Partei hingegen wurden unverzüglich liquidiert, die Medien wurden an die Leine der Zensur genommen. Ungeachtet der personellen Kontinuität an der Spitze der Partei hatten sich, wie Dubček bereits in seiner Rede vor dem ZK-Plenum im November 1968³² realitätsgerecht resümierte, die politischen Rahmenbedingungen grundstürzend gewandelt: Unverbrüchliche Treue zur Sowjetunion, Wiederbefestigung der führenden Rolle der Partei und des Staatsapparats unter den Prinzipien des demokratischen Zentralismus waren nun wieder die Devisen. War in den Betrieben und überhaupt an der „Basis“ die Lage vorerst unübersichtlich und sowohl durch Ansätze zur Wieder-Formierung der orthodoxen Kräfte als auch durch die Beharrungskräfte der spontanen Arbeiter-Interessenvertretung, nicht zuletzt auch durch Abwarten und Zurückhaltung aus taktischen Erwägungen geprägt, so unterstützte die Gewerkschaftsspitze doch bereits Mitte September offiziell das Moskauer Kommuniqué als Grundlage ihrer wieder in die alten Rechte eingesetzten Kooperation mit den Gewerkschaftsorganisationen der „Bruderländer“.

Die Wirtschaftsreform gewann nach dem August 1968 sogar noch einmal Schubkraft: Ihr Motor war nun der von der Invasion stimulierte Patriotismus der Arbeiterschaft, der alle Bedenken in den Hintergrund treten ließ. Die im „Prager Frühling“ ins Leben getretenen

31 Zum Übergang zur „Normalisierung“ allgemein vgl. Włodzimierz Brus/Peter Kende/Zdeněk Mlynář: „Normalisierungsprozesse“ im sowjetisierten Mitteleuropa. Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Wien 1982; Československo roku 1968, Bd. 1 und 2; Turek: Podíl; Milan Otáhal: Opozice, moc, společnost 1969–1989. Příspěvek k dějinám normalizace [Opposition], Macht, Gesellschaft 1969–1989. Ein Beitrag zur Geschichte der Normalisierung], Prag 1996; Oldřich Tůma: „Normalizace“ und Repression in der Tschechoslowakei 1968–1989, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Restabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999, S. 129–140. Zu den sozialen und ökonomischen Strukturen und Entwicklungsprozessen allgemein vgl. Kosta, Abriß; Teichova, Wirtschaftsgeschichte; Kaplan, Sociální souvislosti; Franz-Lothar Altmann: Wirtschaftsentwicklung und Strukturpolitik in der Tschechoslowakei nach 1968, München 1987; Vladimír V. Kusin: From Dubček to Charter 77. A study of „normalisation“ in Czechoslovakia 1968–1978, Edinburgh 1978.

32 Rede Dubčeks vor dem ZK-Novemberplenum, in: ÚSD, D IV/29, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KP Tsch] 14.–17. listopadu [November] 1968, část [Teil] I.

Arbeiterräte, die mit weitreichenden Kompetenzen nicht nur über Fragen der Produktion und der Produktionsorganisation, sondern auch über die betriebliche Personal- und Sozialpolitik mitzuentcheiden gedachten, wurden von der Besatzungsmacht zunächst geduldet. Die Rätebewegung konnte, weil sie als Kern eines schlagkräftigen Widerstands kaum geeignet war, sogar bis zum April 1969 fortbestehen; erst im Sommer desselben Jahres wurde sie durch den neuen Parteichef Husák endgültig beendet.

Die Staatliche Plankommission und die Ministerien hatten nach der invasionsbedingten Unterbrechung ihrer Tätigkeit im September die Arbeit wieder aufgenommen, zu einer Volkswirtschaftslenkung und -planung alten Schlages, d.h. zur Vorbereitung des Wirtschaftsplans für 1969 und zur Koordinierung dieses Plans im RGW-Rahmen für die Fünfjahrplanperiode 1971–1975, jedoch nur mühsam zurückgefunden. Charakteristisch waren zunächst die improvisierten Bemühungen um einen Stopp der Lohn- und der Preisinflation durch administrative Eingriffe. Diese zogen bis weit in das Jahr 1969 hinein keine wesentliche und grundsätzliche Änderung der konsumorientierten Grundkonzeption und der hieraus abgeleiteten Folgerungen nach sich. An dieser Konzeption sollte – so Dubčeks Formulierung, die alle alten und auch bereits die neuen Akteure und Determinanten in einen dilatorischen Formelkompromiss einbezog – im Rahmen der Reform, unter Anleitung der Partei und auf der Basis ihrer wissenschaftlichen Kenntnis der Entwicklungslinien, unter aktiver Beteiligung des Staates sowie in intensiven Beratungen mit den Arbeitern und in Einklang mit deren Interessen weitergearbeitet werden.³³

Die Realisierung der sozial- und der konsumpolitischen Ziele des Aktionsprogramms wurde auch und gerade nach der Invasion weiter vorangetrieben – mit beträchtlichen finanziellen Folgewirkungen. Bereits vor dem 21. August hatte die Reform die Lohngestaltung von zentralen Direktiven weitgehend abgelöst und ein Nominallohnwachstum von beträchtlichen Ausmaßen in Gang gesetzt, das von den Betrieben bis dahin verkraftet worden war, weil ihre finanziellen Ressourcen stärker gewachsen waren als die Investitionsmöglichkeiten. Zwar existierte ein System von Unternehmensabgaben, das die Betriebe zur Budget-, vor allem zur Lohndisziplin anhalten sollte. Die weichen Budgetbeschränkungen des „klassischen Systems“ waren aber nicht wirklich eliminiert worden. Faktisch hielt ein Wust von Erleichterungen, Befreiungen und Subventionen die alten Ineffizienzen am Leben. Unpopuläre Maßnahmen wie die Besteuerung der Unternehmensgewinne, eine striktere Regulierung der Kreditvergabe, vor allem aber das Ende der finanziellen Stützung veralteter Betriebe und Produktionszweige („ochranářství“) waren mannigfach angekündigt, aber nicht ernsthaft durchgeführt worden.³⁴ Weil die Verzerrungen im Preissystem nur zum Teil beseitigt worden waren und, entgegen den Maximen der Reform, die Heruntersubventionierung der Einzelhandelspreise nach wie vor gängige Praxis war, setzte sich 1968 das Nominalwachstum der Löhne in der Industrie wieder in eine beträchtliche Reallohnsteigerung von 5,5–6% um, die deutlich über dem geplanten Anstieg von 2,5–3% lag. Die Geldeinkommen in der Landwirtschaft waren nicht, wie projiziert, um weniger als zwei, sondern um nicht weniger

33 Rede Dubčeks vor dem ZK-Novemberplenium (wie Anm. 32); BArch-SAPMO, J IV 2/202, 299, Botschaft Prag, Einschätzung der Tagung des ZK der KPTsch vom 12. und 13. Dezember 1968, 20.12.1968.

34 Ebd.

als 16% gewachsen. Zum größeren Teil fielen diese Anstiege, ebenso wie die der Sozialleistungen, in die zweite Jahreshälfte.

Der private Konsum, der diese Zuwächse aufzusaugen geeignet war, hielt nicht Schritt. Zwar stieg der private Verbrauch 1968 um nicht weniger als 9%: Dies war die stärkste Steigerung der letztvergangenen zehn Jahre. Sie war maßgeblich durch ein von Invasion ausgelöstes Kauffieber bewirkt worden.³⁵ Die Ausweitung des Konsums war einerseits begrüßenswert, weil sie die sozialen Spannungen milderte und geeignet war, die „persönliche materielle Interessiertheit“ zu stimulieren. Weil sie aus der inländischen Produktion und den vorhandenen Vorräten bzw. der eigentlich für den Export bestimmten Gütermenge aber nicht zu bestreiten war, stiegen die Importe und in der Folge die Devisenverschuldung noch einmal an. Defizitär war nun nicht mehr nur der Außenhandel mit dem Westen, sondern sogar der mit den sozialistischen Ländern.³⁶ Zwar hatten sich der Anstieg der Industrieproduktion und deren Umschichtung hin zum Konsumgütersektor nach der Invasion fortgesetzt; auch der Wachstumspfad der Landwirtschaft wurde 1968/69 nicht unterbrochen. Die Steigerungsraten lagen allerdings unter den geplanten. In einigen Branchen, etwa in der Baumaterialwirtschaft, war sogar Stagnation zu verzeichnen, so dass die Pläne im Wohnungsbau untererfüllt blieben. Die Textil-, die Möbel- und die Glasbranchen produzierten auf niedrigem Niveau, der Dienstleistungssektor war nach wie vor ungenügend entwickelt; die für 1969 ins Auge gefasste Erhöhung der Investitionen in die Konsumgüterindustrie versprach erst mit Zeitverzögerung positive Resultate.³⁷ Die durch die Reformpolitik bewirkte Steigerung von Produktivität und Produktion war, so das Fazit, nach wie vor zu gering, um das Wachstum der Geldmenge zu kompensieren. Die Reformperiode war zu kurz, um den Strukturwandel in der Wirtschaft entscheidend vorantreiben und dem quantitativen und qualitativen Mangel abhelfen zu können. Folgen des fortbestehenden Nachfrageüberhangs auf dem Verkäufermarkt waren inflationärer Druck, der Wertverlust der Krone und ein durch Zwangssparen verursachter weiterer Anstieg der Sparguthaben.³⁸

Als im November 1968 die Parteispitze im Zusammenhang mit der Vorbereitung des fünften Fünfjahrplans diesen Problemen verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen begann, beinhaltete die ins Auge gefasste Therapie noch nicht die Beendigung der Wirtschaftsreform, sondern im Gegenteil die Flucht nach vorne.³⁹ Auch das im Herbst des Jahres zwi-

35 NA, 02/1 (1966–71), 86-137/1, ÚV KSČ, Současný vývoj národního hospodářství a hospodářská politika vlády na rok 1969. Podkladový materiál pro jednání pléna ÚV KSČ [ZK der KPTsch, Die gegenwärtige Entwicklung der Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik der Regierung für das Jahr 1969. Material für die Verhandlungen des ZK-Plenums], prosince [Dezember] 1968 [ohne Tag].

36 Ebd.

37 Altmann, Wirtschaftsentwicklung, S. 56f; Kusin: From Dubček to Charter 77, S. 126.

38 Ebd.; ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 29.–30. května [Mai] 1969, část [Teil] II, Hodnocení dosavadního vývoje ekonomiky ČSSR se zřetelem na problémy rozvoje a na základní tendence působící v poslední době [Einschätzung der bisherigen Wirtschaftsentwicklung der ČSSR mit Blick auf die Probleme der Entwicklung und auf die in letzter Zeit wirksamen grundlegenden Tendenzen], (zum Teil mit leicht divergierenden Zahlenangaben); Altmann, Wirtschaftsentwicklung, S. 56f.

39 ÚSD, D IV/29, zasedání ÚV [Sitzung des ZK der KPTsch] 14.–17. listopadu [November] 1968, část [Teil] II, Rezoluce schválená plenárním zasedáním ÚV KSČ 17. listopadu 1968: Hlavní úkoly strany v nejbližším období [Resolution, gebilligt vom ZK-Plenum am 17. November 1968: die wichtigsten Ziele der Partei in allernächster Zeit].

schen der Regierung und den Gewerkschaften abgeschlossene sozial- und konsumpolitische Abkommen bewegte sich noch im Reformrahmen. Die mehrmonatige Vorgeschichte dieses Paktes verwies in den „Prager Frühling“ zurück:⁴⁰ In Erörterungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung hatte Ministerpräsident Černík im Mai die Bereitschaft bekundet, im Rahmen der Vorbereitung der jährlichen Wirtschaftsdirektive jeweils auch über sozialpolitische Materien zu verhandeln. Bis zum Zeitpunkt der Invasion waren unter Beteiligung der Ministerien für Arbeit und soziale Angelegenheiten bzw. für Wirtschaftsplanung und für Finanzen, unter Mitwirkung des Staatlichen Preisamts und des Wirtschaftsrats Entwürfe für eine erste solche Vereinbarung ausgearbeitet worden. Die Verhandlungen mündeten, nach einer invasionsbedingten Unterbrechung in der zweiten Augushälfte, in die Übereinkunft vom 11. November 1968, die sich als Rahmenwerk für den Abschluss von Betriebskollektivverträgen verstand.

Dass angesichts des unverminderten Inflationsdrucks Preis- und Lohnfragen in den Verhandlungen wie dann auch im Abkommen⁴¹ im Zentrum standen, war ein Indiz für die Virulenz wie für die Delikatesse der Materie – und für die schwierige materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung. Die Bewegung der Einzelhandelspreise sollte auf die Niedriglohngruppen und die sozial schwachen Schichten besondere Rücksicht nehmen; die im März 1968 vom Politbüro beschlossenen Maßnahmen zur Preisbeobachtung und -kontrolle wurden deshalb noch einmal eingeschränkt, Verstöße gegen das Preisrecht waren konsequent zu sanktionieren. In den Bereichen außerhalb der industriellen Produktion, im Gesundheits- und im Schulwesen sowie im Kultursektor, waren kompensatorische Lohnsteigerungen von nicht weniger als 10,3% anvisiert. Im Anschluss an die Anhebung der Kleinrenten zum 1. Mai 1968 sollte 1969 das Rentenniveau generell um acht Prozent steigen. Zusätzlich zu den im Juli in Kraft getretenen familienpolitischen Maßnahmen wurden die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von einem Jahr auf zwei, Kredite für junge Ehepaare und kaufkrafterhaltende Zuschläge zum Kindergeld, Verbesserungen im Dienstleistungssektor und im Wohnungsbau sowie im Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vereinbart.

Das ZK-Dezemberplenium⁴² befürwortete ein weiteres Mal die Umschichtung der Investitionen zum Konsumgütersektor, die Notwendigkeit einer Verbesserung des Konsumgüterangebots durch verstärkten Druck auf ineffiziente Produzenten und durch Subventionsentzug; wünschenswert sei die Förderung des Dienstleistungssektors in Gestalt des kleinen „sozialistischen“ Unternehmertums und des selbständigen Handwerks bzw. auf eigene

40 VOA (Všeodborový archiv v Praze) [Gewerkschaftsarchiv Prag], Předsednictvo ÚRO (Ústřední rada odborů) [Zentralrat der Gewerkschaften], karton 99/481, Dohoda mezi vládou Československé socialistické republiky a Ústřední radou odborů o programu životní úrovně a sociálně politických opatření na rok 1969, přijatá na společném jednání vlády a předsednictva ÚRO dne 11. listopadu 1968 [Abkommen zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und dem Zentralrat der Gewerkschaften über das Lebensstandard- und das sozialpolitische Maßnahmenprogramm für das Jahr 1969, angenommen auf der gemeinsamen Sitzung der Regierung und des Zentralrats der Gewerkschaften am 11. November 1968]; Ebd., příloha [Beilage] I: Informační zpráva [Informationsbericht] [undatiert, November 1968].

41 Vgl. zum Folgenden: VOA, Předsednictvo ÚRO [Zentralrat der Gewerkschaften], karton 99/481, Dohoda mezi vládou Československé socialistické republiky a Ústřední radou odborů (wie Anm. 40).

42 NA, 02/1 (1966–71), 86-137/1, ÚV KSČ, Současný vývoj národního hospodářství a hospodářská politika vlády na rok 1969 (wie Anm. 35).

Rechnung wirtschaftender Arbeitskollektive. Um die Kernanliegen der „Normalisierung“ – die Wiederbefestigung der führenden Rolle der Partei, die „Weiterentwicklung des demokratischen Zentralismus“ und der sozialistischen Leitungsstrukturen in der Wirtschaft – handelte es sich bei diesem Maßnahmenkatalog offensichtlich nicht. Das Plenum war, wie die offiziellen Beobachter aus dem ostdeutschen Bruderland zu Recht anmerkten,⁴³ nach wie vor vom Interessenpluralismus im Geist des Aktionsprogramms und von den Doktrinen des „Verbrauchersozialismus“ und der Wirtschaftsdemokratie dominiert, mittels derer die „revisionistischen Strömungen“ in der KPTsch den Forderungen der nach wie vor und ständig neu sich bildenden Betriebsräte Rechnung trügen. Folge der Erosion der Partei-, Staats- und Arbeitsdisziplin seien eine ungebrochene Konsumneigung, ein exorbitanter Kaufkraftüberhang und wachsende Westverschuldung. Diese Übel müssten durch die Wieder-Fixierung der Endverbraucherpreise und die Stabilisierung der Durchschnittslöhne bzw. die Bindung des Lohnanstiegs an den Anstieg der Arbeitsproduktivität beseitigt werden.

2. Erst im April 1969 wurde mit der Ersetzung Dubčeks durch Husák der wirkliche Machtwechsel an der Parteispitze vollzogen. Ein weiterer Meilenstein der „Normalisierung“ war mit dem – offiziellen – XIV. Parteitag der KPTsch im Mai 1971 erreicht; 1972 war die Position der Husák-Fraktion in der Partei endgültig und auf Dauer konsolidiert. Husák, ohne Hausmacht in der KPTsch, überhaupt ohne einheimische Gefolgschaft, lehnte sich eng an die Sowjetunion an. Erstes und wichtigstes Ziel war nun die Durchsetzung der „führenden Rolle der KPTsch“ in Kombination mit der Wiedererlangung der Kontrolle über die Massenmedien. Das „Konsolidierungsprogramm“ des ZK-Plenums vom 29. Mai 1969 sah die Wiederherstellung der Einheit der Partei, die Befestigung der „Ordnung“ und der Autorität des Staates, die Wiedereingliederung der Tschechoslowakei ins „sozialistische Lager“ und eine Verstärkung der Bindungen an die Sowjetunion vor. Diese fand im Vertrag über Beistand, Freundschaft und gegenseitige Hilfe vom Mai 1970 ihren Ausdruck; sie bewirkte eine Intensivierung der Kooperation, die längerfristig gesehen der Modernisierung der tschechoslowakischen Wirtschaft nicht förderlich war, vielmehr die Abhängigkeit der ČSSR von der Hegemonialmacht weiter erhöhte.

Bereits im April war die parlamentarische Erörterung des Unternehmensgesetzes eingestellt worden. Die Pläne und Konzepte einer innerbetrieblichen Demokratisierung waren gegen die wieder in ihre „führende Rolle“ eingesetzte Partei und gegen das reinstallede hierarchische Leitungssystem nicht mehr zu behaupten. Im Juni 1970 wurden die letzten Arbeiterräte aufgelöst, ebenso die zahlreichen freien Interessenverbände. Hauptaufgabe der Gewerkschaften war nun wieder die Mithilfe bei der Planerfüllung durch „sozialistische Rationalisierung“ und mittels Festigung der Arbeitsdisziplin. Hinzu trat die Sorge um die sozialen Belange der „Werk tätigen“ – allerdings nach Maßgabe der Direktiven der Partei. Indiz des Richtungswechsels war das Treffen der tschechoslowakischen Gewerkschaftsspitze mit den Vertretern des FDGB in Marienbad Anfang Juni 1969. Hier herrschte Einmütig-

43 BArch-SAPMO, DY 30, 202, 293, SED-Hausmitteilung, Axen an Ulbricht, 5.6.1968; BArch-SAPMO, J IV 2/202, 299, Botschaft Prag, Einschätzung der Tagung des ZK der KPTsch vom 12. und 13. Dezember 1968, 20.12.1968; BArch-SAPMO, DY 30 J IV 2, 202, 303, Vorstellungen, wo nach unserer Meinung begonnen werden muß, um die Wirtschaft der ČSSR zu stabilisieren [undatiert]; BArch-SAPMO, DY 30, J IV 2, 202, 303, Material ČSSR, 23.5.1969.

keit, dass eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Sozialismus nur durch Steigerung der Arbeitsproduktivität zu bewerkstelligen sei und dass hierin die Hauptaufgabe der Politik liege. Für die rasche Schulung einer größeren Zahl von Funktionären auf Kreis-, Bezirks- und Betriebsebene in Grundfragen der leninistischen Gewerkschaftspolitik wurde die Hilfe der Sowjetunion, für die Weiterbildung in Fragen der Rationalisierung wurde der FDGB in Anspruch genommen. Das Treffen der Vorsitzenden von FDGB und ROH im Juni 1971 in Berlin, das die Ausgestaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit nach dem VIII. Parteitag der SED bzw. dem XIV. Parteitag der KPTsch zum Gegenstand hatte, war vom „lebhaften Interesse“ der tschechoslowakischen Seite an den Erfahrungen des FDGB auf politisch-ideologischem, organisatorischem und ökonomischem Gebiet geprägt.⁴⁴

Eine weitere Zäsur setzte das ZK-Plenum vom Januar 1970 mit dem Ausschluss einer halben Million Parteimitglieder und der Abrechnung mit der Intelligenz. Neue Kader wurden nun nach Maßgabe ihrer politischen Zuverlässigkeit rekrutiert, die fachliche und die Leitungsqualifikation waren zweitrangig. Säuberungen installierten in den Apparaten eine Mélange von alten Stalinisten, konfliktscheuen Pragmatikern, Karrieristen und Technokraten, die die Bürger in passiver Obödienz gegenüber der ritualisierten Ideologie hielten und Kritiker an den Rand der Gesellschaft drängten. Auch nach der ersten, rasch liquidierten Welle des Widerstands war die Opposition der Intellektuellen nicht gänzlich zum Schweigen zu bringen. Sie verfügte jedoch über keinen nennenswerten Rückhalt in der Gesellschaft. Unter dem Banner des Kampfes gegen „Rechtsoportunismus“ bzw. „Revisionismus“ bzw. für den „gesellschaftlichen Fortschritt“ machten sich nun kulturelle Verödung und resignative Anpassung breit. Indizien der umfassenden und tiefgreifenden Gesellschaftskrise waren alldurchdringende Apathie, Eskapismus und Privatismus.

3. Auf dem Terrain der Wirtschaft bzw. der Wirtschaftspolitik stand die neue Führung vor dem Hintergrund der geschilderten Problemkonstellation – weiter wachsende Geldeinkommen bei stagnierender Produktion und perpetuierten Versorgungsschwierigkeiten, ungebrochene inflationäre Tendenz und Handelsbilanzprobleme⁴⁵ – unter massivem Erfolgsdruck. Vorrangiges Anliegen der im Mai 1969 einsetzenden, propagandistisch gegen den „unmarxistischen Verbrauchersozialismus“ gewendeten Stabilisierungsbemühungen war die Korrektur der Disproportionen zwischen der monetären und der Güterseite der Volkswirtschaft durch eine Limitierung von Lohn- und Prämienanstiegen und durch preisbegrenzende Maßnahmen. Dieser Zielkonflikt zwischen ökonomischer Stabilisierung und politischer Pazifizierung zwang das Regime kurzzeitig zu einer Absenkung des Lebensstandards; die nun zur Beseitigung der Probleme ergriffenen Maßnahmen wirkten temporär, aber eben nur vorü-

44 BArch-SAPMO; DY 34, 14 661, Communiqué über das Treffen der Repräsentanten von ROH und FDGB am 4./5.6.1969 in Marienbad; BArch-SAPMO, DY 34, 7777, Treffen Marienbad 4./5.6.1969: Rede des ROH-Vorsitzenden Poláček; BArch-SAPMO, DY 34, 14 661, Aktennotiz über eine Aussprache mit Vertretern des Zentralrats der ROH am 18.7.1970; BArch-SAPMO, DY 34, 7777, FDGB/Bundesvorstand, Abteilung Internationale Verbindungen, Notiz über das Vorsitzendentreffen FDGB-ROH am 22.–24.6.1971 in Berlin.

45 Vgl. den Abriss der Wirtschaftsentwicklung 1969 in: ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 28.–30. ledna [Januar] 1970, část [Teil] II, Podkladové a informační materiály pléna ÚV KSČ. Hlavní otázky hospodářské politiky strany [Grundlegende bzw. Informationsmaterialien des ZK-Plenums. Hauptfragen der Wirtschaftspolitik der Partei]. Altmann, Wirtschaftsentwicklung, S. 56f.

bergehend als retardierendes Moment der Sozial- und Konsumpolitik. Die Verantwortung hierfür konnte ohne weiteres dem „zügellosen Konsumsozialismus“ von 1968 propagandistisch aufgebürdet werden.

Das ZK-Plenum vom Mai 1969⁴⁶ markierte das endgültige Ende auch der Wirtschaftsreform. Auf den neu-alten Ordnungsgrundlagen und im orthodox-planwirtschaftlichen Rahmen sollte die Krise durch wissenschaftlich-technische „Intensivierung“, durch die Verbesserung der industriellen Arbeitsorganisation, durch erhöhte Auslastung der Kapazitäten, durch eine Steigerung der Ausfuhren sowie mittels Festigung der Arbeitsdisziplin und die Verstärkung der Kaderarbeit bekämpft werden. Neuinvestitionen, sofern diese nicht dem Westexport dienlich waren oder Westimporte ersetzt, waren zu begrenzen. Zentrale Maßnahme zur Reproportionierung der Geld- und der Güterseite der Wirtschaft war die – temporäre – Einfrierung der Großhandelspreise in Kombination mit der Rückkehr zur zentraladministrativen Regulierung der Einzelhandelspreise; Preiserhöhungen waren überhaupt nur mehr in den Sortimenten außerhalb des Grundbedarfs zugelassen. Die Staatsausgaben sollten begrenzt, die Löhne sollten stabilisiert werden; die einschlägigen Verordnungen vom 10. Juli 1969 für die ČSR bzw. vom 16. Juli 1969 für die Slowakei, die Zusatzabgaben der Betriebe auf Anstiege der Lohnsumme festsetzten, wurden durch Abkommen der Ministerien mit den Betrieben über die Lohnentwicklung flankiert. War in vielen Fällen die Position der Betriebe auch noch stark genug, hinsichtlich der Lohnsumme wie auch anderer Parameter Bedingungen zu stellen und ihre Vorstellungen durchzusetzen, so näherten sich, aufs Ganze gesehen, die Verhältnisse doch unverkennbar wieder den Planvorgaben an.

Handelte es sich hier vorerst noch um provisorische Regularien, so sollten die auf dem ZK-April-, dem Mai- bzw. dem Septemberplenum 1969 beschlossenen Umsteuerungsmaßnahmen ab Anfang 1970 zu einem auch längerfristig stabilen „Normalzustand“ zurückführen.⁴⁷ Dessen „Geschäftsgrundlage“ war, wie Husák vor dem ZK-Plenum vom Juni 1970 klarstellte, wieder die zentrale Lenkung und Planung der Wirtschaft durch die Partei.⁴⁸ Zwar waren im partiell modernisierten Planungssystem zunächst noch vereinzelte kleinere Innovationen im Geist der Reform zu verzeichnen; bald aber war eine ordnungspolitische Orthodoxie reinstalled, die dem „Realsozialismus“ der Honecker-DDR deutlich ähnelte. Der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1970⁴⁹ fixierte wieder strikt obligatorische, als Wert-

46 ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ 29.–30. května 1969, část II, Hodnocení dosavadního vývoje ekonomiky ČSSR (wie Anm. 38); NA, 02/1 (1966–71), 104–171, k informaci [Zur Information] 1, PUV KSČ, k bodu: vývoj národního hospodářství ČSSR za I. pololetí 1969, předkládá se podle časového plánu práce předsednictva ÚV KSČ, 8. září 1969 [Politbüro der KPTsch, zum Punkt: Entwicklung der Volkswirtschaft der ČSSR in der ersten Jahreshälfte 1969, Vorlage gemäß Arbeitsplan des Politbüros, 8. September 1969].

47 ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 28.–30. ledna [Januar] 1970, část [Teil] I; ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ 28.–30. ledna 1970, část II, Podkladové a informační materiály pléna ÚV KSČ (wie Anm. 45); Altmann, Wirtschaftsentwicklung, S. 56–64; Kusin, From Dubček to Charter 77, S. 126–134.

48 ÚSD, D IV/36A, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 25./26. června [Juni] 1970, Referat Husáks: Plnění realizační směrnice květnového pléna a úkoly strany do konce roku [Die Erfüllung der Realisierungsdirektive des Maipenums 1969 und die Ziele der Partei bis zum Ende des Jahres].

49 ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 28.–30. ledna [Januar] 1970, část [Teil] II, Podkladové a informační materiály pléna ÚV KSČ. Hlavní otázky hospodářské politiky strany [Grundlegende bzw. Informationsmaterialien des ZK-Plenums. Hauptfragen der Wirtschaftspolitik der

durchaus aber auch wieder als physische Kennziffern formulierte Planziele. Das Außenhandelsmonopol und die zentrale Investitionskontrolle wurden ebenso wiederbefestigt wie das Prinzip der Vollbeschäftigung und der Arbeitsplatzsicherheit. Waren indirekte Leitungsmethoden – finanzielle Parameter und die „persönliche materielle Interessiertheit“ – auch nicht gänzlich bedeutungslos, so wurde die Versorgungsleistung der Wirtschaft doch im Wesentlichen wieder durch administrative Maßnahmen gesichert: Pflichtauflagen waren sowohl die Anzahl der fertigzustellenden Wohneinheiten wie auch z.B. die Plankennziffern im Außenhandel. Die Betriebe waren durch Minimum-Pflichtlieferungen zur Produktion von Konsumgütern in Ergänzung ihres primären Produktionsprogramms angehalten. Schwankungen und Anspannungen der Versorgungslage bearbeitete eine operative Arbeitsgruppe unter der Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten der ČSSR, analoge Arbeitsgruppen wurden bei den Regierungen der Teilrepubliken eingerichtet.

Abgesehen vom temporären Preisstopp und der Reduzierung des Anteils freier Einzelhandelspreise von 30% (1969) auf 5–10% (1970) verfolgte der Lenkungsapparat mittels einer Reihe am 19. März 1970 erlassener Sparverordnungen das Ziel der Brechung der inflationären Tendenzen weiter: Die Zuwendungen des Staates an die Wirtschaft wurden gekürzt, die Ausgaben für Dienstreisen, Büroeinrichtungen und Repräsentation wurden herabgesetzt, einige in jüngerer Zeit eingeführte freie Samstage wurden kassiert. Um das Wachstum der Geldeinnahmen zu verlangsamen, wurde die Lohnentwicklung in Industrie und Landwirtschaft durch die Kennziffer „Durchschnittslöhne“ wieder umfassend reguliert. Das differenzierte, am Betriebsergebnis, mithin am Leistungsprinzip orientierte Lohnwachstum der Reformzeit galt nun als durch Spekulation und Machination bewirkt. 1971 wurden auch die Leistungsprämien wieder vereinheitlicht und in der Höhe begrenzt. Die im Reformkontext entstandenen schüchternen Anfänge eines Arbeitsmarktes wurden als unmoralisch-willkürlich-anarchischer Arbeitskräftehandel denunziert.

Die Industrieproduktion sollte mittels Steigerung der Arbeits- bzw. Kapitalproduktivität und durch die Konzentration der Investitionen auf Schwerpunktvorhaben rascher als der Verbrauch wachsen. Auf diesem Weg sollte die Wirtschaft wieder zum Gleichgewichtszustand zurückkehren. Überaus anspruchsvolle Ziele wurden insbesondere für den Maschinenbau – die „Kernkompetenzzone“ der tschechoslowakischen Wirtschaft – und hier vor allem für den Export formuliert. Im Westhandel war der Schuldenzuwachs zu minimieren, im Außenhandel mit den sozialistischen Ländern sollten die Passiva sinken, nachdem der Ende 1969 erreichte Stand der Verschuldung bereits eine Absenkung der Importe erzwungen hatte, weil die Handelspartner für die Unterschreitung der vereinbarten Quoten kein Verständnis mehr aufbrachten und die Qualität der tschechoslowakischen Exporte immer deutlicher zu wünschen übrigließ.⁵⁰

Partei]; NA, 02/1 (1966–71), 104–171, k informaci 1, PÚV KSČ, k bodu: vývoj národního hospodářství ČSSR za I. pololetí 1969 (wie Anm. 46).

50 ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ 28.–30. ledna 1970, část I (wie Anm. 47); Altmann, Wirtschaftsentwicklung, S. 56–64; Kusin, From Dubček to Charter 77, S. 124–134; Defizitär war zwischen Mai 1969 und Dezember 1970 die Handelsbilanz mit der DDR, mit Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Sowjetunion, nur nicht die mit Polen: ebd., S. 133.

4. Auf der Grundlage des restabilisierten Preis- und Lohnniveaus waren weithin sichtbare weitere Verbesserungen der Versorgung vorgesehen. Drängend war und blieb die Furcht der Normalisierer, die 1968 und auch noch 1969 im Kontext der Reform geweckten – und teilweise erfüllten – Konsumwünsche nicht befriedigen und die in der Reformzeit herangewachsene Kaufkraft nicht binden zu können. Die „Normalisierung“, so Husák auf dem ZK-Juniplenum 1970⁵¹ programmatisch, dürfe nicht auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung stattfinden. Vielmehr müsse sie, in der Tradition kommunistischer Politik, die materielle Lage und die soziale Sicherheit der Bevölkerung durch Dienstleistungen und Konsum steigern. Nach der kurzen Phase temporärer Austerität räumte bereits der Plan für 1970 dem Verbrauch wieder Priorität ein: Vorgesehen⁵² war ein Anstieg der Konsumgüterherstellung um 6,2%. Die Produktion der Textilindustrie sollte um 5,6%, die der Konfektionsindustrie um 5,8% wachsen. Auch die Erhöhung einiger wichtiger Positionen der Schuhproduktion war geplant. Die Kapazitäten waren durch diese Zielvorgaben restlos ausgelastet, auch die Reserven waren gänzlich ausgeschöpft; in der Textil- und in der Schuhindustrie wurde im vollen Umfang das Zweischichtsystem gefahren. Im Plan waren zusätzliche Reserven für den Import von Textilrohstoffen und für die Überplanproduktion von Schuhen eingestellt worden.

Durch die außerordentliche Anspannung aller Kräfte gelang es im ersten Halbjahr 1970,⁵³ die Bruttoproduktion der Industrie gegenüber dem Vorjahr um 8,3% zu steigern. Das Wachstum der Durchschnittslöhne wurde durch administrative Vorkehrungen auf 4,2%, der Anstieg der Einzelhandelspreise wurde auf 0,3% begrenzt. Die Reform-Bewegung – im doppelten Sinn des Begriffs – war also tatsächlich eingefroren worden. Die Voraussetzungen für die Verbesserung der Versorgung waren durch „operative“ Anstrengungen in der Warenbewegung und durch Sonderaktionen in der Produktion geschaffen worden. Auch hatte man nolens volens vorerst weiter wachsende Außenhandelsdefizite und eine Zunahme der Westverschuldung in Kauf genommen. Ein Ende des erzwungenen Konsumverzichts und die Schließung der Versorgungslücken bedeutete dies allerdings nicht: In der Nahrungsmittelherstellung war trotz des starken Produktionsanstiegs seit 1966 die inländische Versorgungsleistung nach wie vor nicht ausreichend; Engpässe gab es insbesondere bei den Fleischlieferungen. Im zweiten Schlüssel- und Problemsektor der Sozial- und Konsumpolitik, dem Wohnungsbau, waren die Planziele untererfüllt; die Ergebnisse waren vor allem in der Hauptstadt Prag unbefriedigend. Der projektierte Anstieg der Bauleistungen um 6,9% machte die Umschichtung von 12.000 Arbeitkräften in die Bauwirtschaft erforderlich. Günstig wirkte sich aus, dass 1970 eine Reihe in jüngerer Vergangenheit projektierte Zement- und Ziegelwerke in Betrieb gehen konnte; nicht gesichert war allerdings die Versorgung mit Innenausbau-Komponenten wie Armaturen und Heizkörpern. Durchgreifende Fortschritte

51 ÚSD, D IV/36A, zasedání ÚV KSČ 25./26. června 1970, Referat Husáks (wie Anm. 48).

52 ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ 28.–30. ledna 1970, část II, Podkladové a informační materiály pléna ÚV KSČ (wie Anm. 49).

53 Ebd., Altmann, Wirtschaftsentwicklung, S. 59–61; ÚSD, D IV/36A, zasedání ÚV KSČ 25./26. června 1970, Referat Husáks (wie Anm. 48). NA, 02/1 (1966–71), 129-205/5, usnesení 175. schůze PÚV KSČ ze dne 12. června 1970 [Beschluss der 175. Sitzung des Politbüros der KPTsch vom 12. Juni 1967], příloha [Beilage] III b: Federální ministerstvo plánování, Zpráva o problematice hlavních vztahu v rozvoji životní úrovně v 5. pětiletce [undatiert] [Gesamtstaatliches Planungsministerium, Bericht über die Problematik der Hauptaspekte der Entwicklung des Lebensstandards im 5. Fünfjahrplan] [undatiert].

setzten in jedem Fall eine noch weitergehende Umschichtung der Investitionen in die Konsumgüterindustrien voraus. Auch damit aber waren die prinzipiellen Ursachen der Versorgungsprobleme nicht gelöst. Diese lagen nach wie vor bzw. wieder im zentraladministrativ-hierarchisch-bürokratischen Leitungssystem, dem Mangel an betrieblicher Autonomie und den schwächlichen Stimuli für Leistung bzw. Innovation.

5. Der auf dem XIV. Parteitag (1971) für den Zeitraum bis 1975 beschlossene Fünfjahrplan⁵⁴ setzte die auf längere Linien und längerfristige Perspektiven angelegte Politik der Wohlstandsmehrung und der ökonomisch-sozialen Sicherung fort. Die Bevölkerung sei, wie das auf dem ZK-Dezemberplenium 1970 verabschiedete Dokument „Lehre aus der krisenhaften Entwicklung“⁵⁵ konstatierte, durch die Abschaffung der zentralen Planung und Leitung, im naiven Vertrauen auf die Spontaneität des Marktes und des privaten Unternehmertums und im Zeichen des „kleinbürgerlichen Verbrauchersozialismus“, der Grund-Sicherheiten des Sozialismus beraubt worden. Im Zeichen dieser Politik hätten die inflationären Tendenzen, vor allem zu Lasten der Bezieher nichtindexierter Einkommen, insbesondere zum Nachteil für die Rentner, ihre negativen Auswirkungen voll entfalten können. Alle aktuellen Gravamina, vom Gütermangel über das Wohnungsproblem bis hin zu den Panikkäufen nach dem 21. August, legte das Dokument propagandistisch-agitatorisch den Reformern zur Last. Erst mit der Erneuerung der führenden Rolle der Partei und unter maßgeblicher Hilfe der Sowjetunion,⁵⁶ durch Steigerung der Produktion, durch Mobilisierung sämtlicher Reserven und durch die aufopferungsvolle und disziplinierte Arbeit der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen habe die drohende wirtschaftliche Katastrophe vermieden werden können.⁵⁷

54 ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 28.–30. ledna [Januar] 1970, část [Teil] II, Podkladové a informační materiály pléna ÚV KSČ. Hlavní otázky hospodářské politiky strany. Informace o stavu prací na přípravě návrhu směrnice pro sestavení pětiletého plánu rozvoje národního hospodářství v letech 1971–1975 [Grundlegende bzw. Informationsmaterialien des ZK-Plenums. Hauptfragen der Wirtschaftspolitik der Partei. Information über den Stand der Arbeiten an der Vorbereitung des Entwurfs der Direktive für die Ausarbeitung des Fünfjahrplans 1971–1975]; NA, 02/1 (1966–71), 129–205/5, usnesení 175. schůze PÚV KSČ ze dne 12. června 1970 (wie Anm. 53); Vysoká škola ekonomická: Vývoj životní úrovně, S. 12–14.

55 ÚSD, D IV/36, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch], 10.–11. prosince [Dezember] 1970, Poučení z krizového vývoje ve straně a společnosti po XIII. sjezdu komunistické strany Československa [Lehre aus der krisenhaften Entwicklung in der Partei nach dem XIII. Parteitag der KPTsch].

56 Kusin, From Dubček to Charter 77, S. 128–134; Art und Umfang der Hilfen aus der Sowjetunion sind noch nicht ausreichend erforscht. Abgelehnt wurde vermutlich die Bitte um eine Anleihe teils in Rubel, teils in Dollar. Spekulativ bleibt die Nachricht von einer Anleihe in frei konvertibler Währung zum Kauf von Konsumgütern im Westen; Indizien für umfangreichere tschechoslowakische Einkäufe von Konsumgütern oder moderner Technologie im Westen existieren nicht. Möglicherweise wurden die militärischen Verpflichtungen im Warschauer Pakt oder die Lieferverpflichtungen im RGW reduziert oder die Kredite für Lieferungen an die ČSSR aufgestockt: Kusin, ebd.

57 ÚSD, D IV/36, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 10.–11. prosince [Dezember] 1970, usnesení plénařního zasedání ÚV KSČ dne 10.–11. prosince 1970: k hlavním zásadám národohospodářského plánu na rok 1971 [Beschlüsse des ZK-Plenums vom 10.–11. Dezember 1970: zu den wesentlichen Grundsätzen des Volkswirtschaftsplans für das Jahr 1971].

Der Fünfjahrplan⁵⁸ fixierte für die Industrieproduktion ein Wachstumsziel von nicht weniger als 29, für die Landwirtschaft von 14 und für die Bauwirtschaft von 27%. Prämisse war wieder die „Intensivierung“ der Ökonomie: die Indienstnahme der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Eine extensive Beschäftigungspolitik erschien schon deswegen nicht mehr angeraten, weil ein weiterer Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit mit den nativistischen Zielen der Familienpolitik kaum kompatibel war. Effizienzgewinne sollten auch durch erhöhte intersektorale bzw. regionale Arbeitskräftemobilität und die bessere Auslastung von Maschinen und Anlagen mittels Schichtarbeit erzielt werden. Nicht zuletzt war die dringend gebotene Modernisierung des veralteten und weitgehend verschlissenen Produktionsapparats in Angriff zu nehmen. Im Maschinenbau etwa, dem Herzstück der industriellen Produktion der Tschechoslowakei, waren 58% der Produktionsanlagen älter als 11 Jahre, 45% sogar älter als 15 Jahre. Die Anlagen der Textilindustrie waren 1968 zu fast 64%, die in der Leder- und Schuhproduktion zu 52% abgeschrieben. Eine Reihe von Produktionsstätten der Textilwirtschaft schlingerte permanent am Rand der Havarie; prekär war die Situation auch in den Produktionsanlagen der Nahrungsmittelindustrie.

Die Investitionen verschoben sich weiter hin zum Dienstleistungssektor.⁵⁹ Bei stabilen Preisen und einem – administrativ kontrollierten – Anstieg der Durchschnitts-Arbeitslöhne von 2,5–3% pro Jahr sollte sich der Absatz industrieller Konsumgüter um 34% erhöhen. Die Sortimente waren vor allem auch qualitativ deutlich zu verbessern – nötigenfalls durch Importe, für die während der anstehenden zwei bis drei Jahre ein weiteres Anwachsen der Devisenverschuldung gegenüber den sozialistischen Ländern und eine weiter angespannte Zahlungsbilanz auch mit den westlichen Ländern in Kauf zu nehmen war. Längerfristig allerdings war die Verschuldung auf die Wiederabsenkung der Importe und Anhebung der West-Exporte insbesondere des Maschinenbaus um 25–30% zurückzuführen.

Tendenziell wurde der Verbrauch nun vom Grundbedarf zu den Gütern des gehobenen privaten wie des gesellschaftlichen Konsums umgeschichtet: Geplant waren die Verdoppelung der Ausgaben für Erholung und Sport, die Einführung des Farbfernsehens und eines zweiten Fernsehprogramms, die Automatisierung des Telefonsystems und ein Schub der privaten Motorisierung, der den Ausbau des Autoreparaturgewerbes, der Stadtstraßen, der am meisten frequentierten Landstraßen und speziell der Fernverbindung zwischen Prag und

58 ÚSD, D IV/33, zasedání ÚV KSČ [Sitzung des ZK der KPTsch] 28.–30. ledna [Januar] 1970, část [Teil] II, Podkladové a informační materiály pléna ÚV KSČ. Hlavní otázky hospodářské politiky strany. Informace o stavu prací na přípravě návrhu směrnice pro sestavení pětiletého plánu rozvoje národního hospodářství v letech 1971–1975 [Grundlegende bzw. Informationsmaterialien des ZK-Plenums. Hauptfragen der Wirtschaftspolitik der Partei, Information über den Stand der Arbeit an der Vorbereitung des Entwurfs der Direktive für die Ausarbeitung des Fünfjahrplans 1971–1975]; NA, 02/1 (1966–71), 129-205/5, usnesení 175. schůze PÚV KSČ ze dne 12. června 1970 [Beschluß der 175. Sitzung des Politbüros der KPTsch vom 12. Juni 1967], příloha [Beilage] III b: Federální ministerstvo plánování, Zpráva o problematice hlavních vztahu v rozvoji životní úrovně v 5. pětiletce [undatiert] [Gesamtstaatliches Planungsministerium, Bericht über die Problematik der Hauptaspekte der Entwicklung des Lebensstandards im 5. Fünfjahrplan] [undatiert].

59 Die Investitionen im primären Sektor sollten von 10,9 auf 9,1% des Gesamtinvestitionsvolumens abnehmen, diejenigen im sekundären Sektor von 37,6 auf 33,2, diejenigen im tertiären Sektor hingegen (Umwelt, Handel, Infrastruktur- und Dienstleistungen inkl. Schul-, Wohnungs-, Verkehrs- bzw. Gesundheitswesen) sollten von 51,5 auf 57,7% ansteigen: vgl. ebd.

Bratislava nach sich zog. Im öffentlichen Nahverkehr stand die Fertigstellung der ersten Linie der Prager Metro an. Eine zweite Linie war, in Kooperation mit der Sowjetunion, bereits in Planung.

Auf dem zentral wichtigen Feld des Wohnungsbaus⁶⁰ hingegen war nach wie vor erst einmal die Deckung der Grundbedürfnisse angesagt: Zwar waren seit dem Ende des Krieges 1,5 Mio. Wohnungen, d.h. immerhin ein Drittel des Bestandes neu gebaut worden. Die auf eine Person entfallende Wohnfläche war in den sechziger Jahren von 9,7 auf 11,6 Quadratmeter gestiegen; auch die Ausstattung der Wohnungen hatte sich verbessert.⁶¹ Ungeachtet dessen war „das Wohnungsproblem“ nach wie vor weit von seiner Lösung entfernt. Insbesondere die ausreichende Versorgung junger Familien⁶² mit Wohnraum war auch durch den industrialisierten und standardisierten Wohnungsbau, auch mittels Modernisierung von Altbausubstanz durch Privatleute jedenfalls in der fünften Fünfjahrplanperiode nicht zu erreichen. Der Bedarf und damit die Anforderungen waren gewachsen: So hatte die Modernisierung der Landwirtschaft die Nachfrage nach Wohnraum auch auf dem Land erhöht. Steigerungsbedürftig waren die Leistungen des betrieblichen Wohnungsbaus, vor allem im Blick auf den Bedarf der Schlüsselsektoren der Wirtschaft und an neuen Industriestandorten. Insgesamt wurde nur etwa die Hälfte aller Werkwohnungen durch Mitarbeiter des jeweiligen Betriebs genutzt; die zur Korrektur dieser Fehlbelegungen erforderlichen Ersatzwohnungen standen jedoch in den allermeisten Fällen nicht zur Verfügung.⁶³

Die Sozialpolitik im engeren Sinn⁶⁴ plante weitere Verbesserungen sowohl der Arbeitsumwelt als auch der Versorgung der nicht Erwerbstätigen. Erstes Anliegen der Familienpolitik war die Sicherstellung der Kleinkindbetreuung durch die Mütter; diese sollte zuhause und ohne finanzielle Einbußen am Familieneinkommen möglich sein. Ein die Lage insbesondere der Kleinrentner verbessernder Umbau des Altersversorgungssystems und dessen Anbindung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten jedoch erschien in Anbetracht der immensen finanziellen Aufwendungen auch unter den Vorzeichen der sozial- und konsumpolitischen „Normalisierung“ nur mittelfristig und in Etappen durchführbar.

6. Die nicht unerheblichen Wachstumsraten der restabilisierten Planwirtschaft in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ermöglichten, selbst im Rahmen der rezentralisierten Planwirt-

60 NA, 7-17/2a, PÚV KSC, Zpráva o současném stavu a problémech bytové politiky, zejména družstevní výstavby, z hlediska závěru XIV. sjezdu KSC [Politbüro der KPTsch, Bericht über den aktuellen Stand und die Probleme der Wohnungspolitik, insbesondere des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, vom Standpunkt der Beschlüsse des XIV. Parteitags der KPTsch] 22. října [Oktober] 1971.

61 Die 1970 gebauten Wohnungen verfügten bereits zu 98% über Zentralheizung, zu 88% über Gas- und zu 99% über Warmwasserversorgung; der Anteil der Wohnungen ab drei Zimmer war von 21,7% (1961) auf 58,2% (1970) gestiegen: vgl. NA, 7-17/2a, PÚV KSC, Zpráva o současném stavu a problémech bytové politiky (wie Anm. 60).

62 So erschien etwa der Bau kleinerer Wohnungen für ältere Mieter wünschenswert; er hätte die Freimachung größerer, nach dem Ende der Familienphase nicht mehr benötigter Wohnungen und die Umsetzung junger Familien in diese ermöglicht: ebd.

63 Vgl. ebd.

64 NA, 02/1 (1966–71), 129-205/5, usnesení 175. schůze PÚV KSC ze dne 12. června 1970 (wie Anm. 58).

schaft, eine Steigerung des Lebensstandards auf breiter Front:⁶⁵ 1975 lag die Industrieproduktion der ČSSR um 38%, die Bauleistung um 50% über der von 1970. Die Landwirtschaft hatte aufgrund der voranschreitenden Industrialisierung und Chemisierung ihre Produktion um 15% gesteigert, so dass der Verbrauch von Butter, Fleisch und Eiern nun aus Eigenleistung bestritten werden konnte. Der Anteil der Schlüsselsektoren Maschinenbau und Chemie war von knapp 36 auf 39% der Industrieproduktion gestiegen, die Produktion der Halbleitertechnik und der Mikroelektronik hatte sich – ausgehend allerdings von sehr niedrigen Anfangsständen – verzehnfacht, die der Computerhersteller hatte sich vervierfacht. Das Außenhandelsvolumen war um 44% gestiegen. Der Handel mit den sozialistischen Ländern war sogar überproportional, nämlich um 54%, gewachsen; er wurde nun etwa zur Hälfte mit der Sowjetunion abgewickelt, die vor allem für die Rohstoff- und Energieversorgung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft von großer Bedeutung war. Die Realeinkommen hatten sich um 28% erhöht; der private Konsum war in etwa dem gleichen Ausmaß, der Verbrauch industrieller Konsumgüter war sogar um 37% gewachsen. So gut wie sämtliche Haushalte verfügten über eine Waschmaschine, 80% über einen Kühlschrank, 30% über einen PKW. In vielen Haushalten waren zwei Radios vorhanden. Der Absatz von Möbeln war um 70% gestiegen, der von Textilien um 25%, der Verbrauch von Elektrizität und Gas um 50%. Die Inanspruchnahme privater Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Reparaturen und Reinigungen, war um 27% gewachsen, die Leistung der Autoservice-Branche sogar – wenn auch von einem niedrigen Ausgangsniveau aus – um 80%. Neu gebaut worden waren 850.000 Quadratmeter Verkaufsfläche und 90.000 Restaurantplätze; das Planziel von 500.000 Wohneinheiten war durch die Errichtung von 614.000 modern ausgestatteten Wohnungen insbesondere in Prag und Bratislava, in Nordböhmen und anderen industriellen Agglomerationszonen überschritten worden. Hinzu kamen Modernisierungsmaßnahmen im Altbaubestand, die das Wohnniveau für mehr als zwei Millionen Personen verbesserten; die Hälfte der Bevölkerung wohnte nun in Wohnungen, die jünger als 30 Jahre waren. Die Sozialpolitik im engeren Sinn hatte die Beihilfen für Familien und junge Ehen – Ehestandsdarlehen und Geburtenprämien, Mütterbeihilfen und Kindergeld – gegenüber 1970 erheblich gesteigert. Die jährliche Geburtenziffer lag zwischen 1973 und 1975 um 60.000 über der der Jahre 1968 bis 1970. Auch die Rentenleistungen und diejenigen des Gesundheitswesens hatten sich verbessert. Die Anzahl der auf einen Arzt entfallenden Personen war von 432 auf

65 NA, 02/1 (1971–76), 188–189/2, k bodu [zum Punkt] 3: Návrh směrnice hospodářského a sociálního rozvoje ČSSR v letech 1976–1980, předkládán na základě usnesení PÚV KSČ ze dne 19. prosince 1975 [Entwurf der Direktive zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ČSSR in den Jahren 1976–1980, vorgelegt auf der Grundlage des Beschlusses des Politbüros der KPTsch vom 19. Dezember 1975], příloha [Beilage] III/1: SPK, Zpráva o zpřesnění návrhu „Směrnice hospodářského a sociálního rozvoje ČSSR v letech 1976–1980“ [SPK, Bericht über die Präzisierung des Entwurfs „Direktive zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ČSSR in den Jahren 1976–1980“]; příloha [Beilage] I-II/2: Návrh „směrnice hospodářského a sociálního rozvoje ČSSR v letech 1976–1980“ [Entwurf der Direktive zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ČSSR in den Jahren 1976–1980]; NA, 02/1 (1971–76), 137–137, bod [Punkt] 7c, PÚV KSČ, Vývoj Československé ekonomiky v prvních čtyřech letech paté pětiletky [Politbüro der KPTsch, Die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft in den ersten vier Jahren des fünften Fünfjahrplans], 13.11.1974, příloha [Beilage] III: Federální statistický úřad, Zpráva: Vývoj československé ekonomiky v prvních čtyřech letech paté pětiletky [Gesamtstaatliches statistisches Amt, Bericht: Die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft in den ersten vier Jahren des fünften Fünfjahrplans], Oktober 1974 [ohne Tag].

372 gesunken, die Anzahl der Krankenhausbetten war um 6.000 gestiegen. Erhöht hatte sich auch die Zahl der Gesundheitszentren, die der Krippen- und der Hortplätze, der Gymnasialen und der Studenten. Medien und Kultureinrichtungen, Bahn- und Straßenverbindungen waren ausgebaut worden, ebenso der Tourismus im Inland und die Möglichkeiten von Urlaubsreisen ins Ausland.

7. In Relation zu den stark gestiegenen Geldeinnahmen der Bevölkerung⁶⁶ war der Binnenhandel allerdings nach wie vor nicht imstande gewesen, die zur Absorption der Kaufkraft erforderliche Gütermenge anzubieten: Die (Zwangs-)Ersparnisse lagen deswegen über den Planzielen. Zudem nahmen sich, jenseits der imponierenden quantitativen Erfolgswerten, die technischen bzw. modischen Qualitäten der tschechoslowakischen Konsumgüter nach wie vor unbefriedigend aus, die räumliche Verteilung der Wohnungsneubauten war nicht hinreichend am Bedarf orientiert.

Vor allem aber war die Konsumoffensive ein temporäres Phänomen. Für das mit der „Normalisierung“ eingeschlagene Tempo des Lebensstandardwachstums waren, je länger desto offensichtlicher, die ökonomischen Grundlagen unzureichend. Zwischen der Mitte der siebziger Jahre und dem Ende des siebten Fünfjahrplans 1985 nahmen die Wachstumsgeschwindigkeit und die Innovationskraft der tschechoslowakischen Volkswirtschaft signifikant ab. Die angestrebte Konzentration der Investitionen auf Schlüsselobjekte gelang nicht, Anzahl und Umfang der Investitionsruinen konnten nicht reduziert werden. Der schwindenden Konkurrenzfähigkeit der Exporte, auch derjenigen des Maschinenbaus und hier sogar derjenigen in die RGW-Länder, standen die die Handelsbilanz belastenden steigenden Kosten für Rohstoff- und Energieimporte – bei ungenügender Verwendungseffizienz⁶⁷ – gegenüber. Diese Aufwendungen waren durch eine Erhöhung der Ausfuhrerlöse nicht mehr auszugleichen; auf dem Weg über die Steigerung der Kohleförderung in Nordböhmen waren sie nur zum Preis horrender (Umwelt-) Kosten zu reduzieren.

Der Verbrauch stagnierte, teilweise wurden die Einzelhandelspreise erhöht. Zwar war die wachsende Kluft zwischen den Konsumerfordernissen und der Wirtschaftsleistung unter anderem auch auf die sich verschlechternden außenwirtschaftlichen Bedingungen – auf die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung im Westen bzw. auf den Westmärkten nach dem Ende der trente glorieuses und die Verteuerung von Rohstoffen und Öl auf dem Weltmarkt – zurückzuführen. Auch der Osten sah sich nun durch die elektronische Revolution herausgefordert. Allerdings wurde in den siebziger und achtziger Jahren im Staatssozialismus generell und in der Tschechoslowakei im Besonderen der Übergang zur nachfordistischen „elektronischen Gesellschaft“ stärker als im Westen durch die systeminhärenten Innovationsbarrieren der zentraladministrativen Planwirtschaft gebremst. In der Folge und längerfristig vertiefte sich, ungeachtet aller Programme der „ökonomischen Intensivierung“, zusehends die Modernisierungslücke zum Westen. Sie fand in der Verschlechterung der Terms of Trade der sozialistischen Länder auf dem Weltmarkt ihren Ausdruck. Die Bewältigung

66 NA, 02/1 (1971–76), 188-189/2, k bodu 3: Návrh směrnice hospodářského a sociálního rozvoje ČSSR v letech 1976–1980 (wie Anm. 65); NA, 02/1 (1971–76), 137-137, bod [Punkt] 7c, PÚV KSČ, Vývoj Československé ekonomiky v prvních čtyřech letech paté pětiletky (wie Anm. 65).

67 Die Steigerung des Verbrauchs von Elektrizität und Gas war sogar als positive Entwicklung und als Indiz für die wachsende Konsumkraft der Bevölkerung interpretiert worden.

dieser Herausforderungen war nicht prinzipiell unmöglich. Sie scheiterte jedoch wiederum an den systemischen Gebrechen der zentraladministrativen Planwirtschaft, im weiteren Sinn am sozialökonomischen Strukturkonservatismus im Dienst der Parteimacht. Weil alle Strategien ökonomischer „Intensivierung“ sich im gegebenen zentraladministrativen Rahmen bewegten, blieb die Realität immer weiter hinter den ambitionierten Rationalisierungs- und Intensivierungs-, Strukturwandel- und Modernisierungszielen zurück.

Im Blick auf die sechste Fünfjahrplanperiode (1976–1980)⁶⁸ wurde die Rhetorik der „Intensivierung“, der „Verwissenschaftlichung der Produktion“ und der Stimulierung der „persönlichen materiellen Interessiertheit“ unverändert fortgeschrieben. Die Planung des Außenhandels, der ein Drittel des tschechoslowakischen Nationaleinkommens erwirtschaftete⁶⁹, setzte auf die noch engere Einbindung des Landes in die Arbeitsteilung im RGW und hier vor allem auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Rahmen des Komplexprogramms.⁷⁰ Auf dem Arbeits-„Markt“ bewirkte die – eigentlich nicht vorgesehene, aber faktische – Persistenz des extensiven Wachstumsmusters eine nochmalige beträchtliche Ausweitung der Beschäftigung; der verschärfte Konflikt zwischen dieser und den Zielsetzungen der Frauen- und Familienpolitik war durch den Import ausländischer Arbeitskräfte⁷¹ nicht zu lösen. Der sozial- und konsumpolitische Zielkatalog – hinsichtlich Wohnungsbau und -modernisierung, hinsichtlich des gehobenen privaten Konsums und der haushaltserleichternden Dienstleistungen, des „gesellschaftlichen Konsums“ in den Bereichen Erziehung und Kultur, Gesundheit und Sport, der Verbesserung der natürlichen und der Arbeitsumwelt sowie der Lebensverhältnisse auf dem Land, der sozialen Sicherung der Nicht-Arbeits-

68 NA, 02/1 (1971–76), 188-189/2, k bodu 3: Návrh směrnic hospodářského a sociálního rozvoje ČSSR v letech 1976–1980 (wie Anm. 65); Rudé právo vom 15. August 1979.

69 Der Handel mit dem nichtsozialistischen Währungsgebiet (NSW) machte ein Drittel des Gesamt-Außenhandels aus.

70 Im Zuge der Bemühungen um weitergehende Plankoordinierung und eine Abstimmung der Perspektivpläne beschloß die XXV. RGW-Tagung 1971 das Komplexprogramm, das die Koordinierung auch aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den Kontext der „sozialistischen ökonomischen Integration“ stellte. Das Komplexprogramm blieb zu einem guten Teil Postulat und Programm; die vom Außenhandelsmonopol im Verein mit der fehlenden Konvertibilität der Währung errichteten Integrationshindernisse waren nicht zu überwinden, auch wenn das Komplexprogramm gewisse Integrationsfortschritte im Konsumgütersektor bewirkte. So gingen die auf der Ratstagung 1978 verabschiedeten „Langfristigen Zielprogramme der Zusammenarbeit“ in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und industrielle Konsumgüter als Planteile „Sozialistische ökonomische Integration“ in die nationalen Volkswirtschaftspläne ein: Vgl. die wohl beste neuere Darstellung bei Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 213–225; BArch-SAPMO, DY 30, vorl. SED, 25 864/II, Langfristiges Zielprogramm zur weiteren Vervollkommnung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie [undatiert, vermutlich 1978]; Alfred Schüller/Hannelore Hamel: Die Integration der DDR-Wirtschaft in den RGW, in: Enquete-Kommission, Band II, 4: Macht, Entscheidung, Verantwortung, Frankfurt a.M. 1995, S. 2692–2808, hier 2782–2784; Christoph Boyer: Verflechtung und Abgrenzung: sozial- und konsumpolitische Beziehungen im RGW, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwarz (Hg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 151–173.

71 Deren Zahl wuchs allerdings nur unerheblich, von 7.000 auf 23.000: vgl. NA, 02/1 (1971–76), 137-137, bod [Punkt] 7c, PUV KSC, Vývoj Československé ekonomiky v prvých čtyřech letech paté pětiletky (wie Anm. 65).

fähigen und der familienpolitischen Leistungen⁷² – blieb weitgehend unverändert. Nur unerhebliche Auswirkungen zeitigten die Ansätze zu einem Ausbau der horizontalen Beziehungen zwischen den Betrieben, die vertraglichen Abmachungen zwischen Lieferanten und Abnehmern vermehrte Bedeutung zuweisen und die hierarchische Koordinierung mittels Weisung oder Planentscheidung ergänzen sollten: Im Plankorsett waren die durch administrative Lenkung bewirkten Disproportionen nicht wirklich zu korrigieren.

Ein von ehrgeizigen Zielformulierungen begleiteter Aufschwung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre konnte die langfristige Niedergangsbewegung nicht stoppen.⁷³ Die Ablösung von Westimporten und die Steigerung und Beschleunigung der Ausfuhren gelangen nicht mehr; insbesondere stagnierte der Anteil der Maschinenbauexporte auf niedrigem Niveau. Der Ausbau der vergleichsweise wenig wettbewerbsintensiven Beziehungen im RGW, den die schwindende Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Westen nahelegte, gewann vor diesem Hintergrund immer größere Bedeutung. Der Tausch von sowjetischen Rohstoffen und Öl gegen – nicht mehr weltmarktfähige – Industrieprodukte der ČSSR erhöhte zwischen 1971 und 1989 den Anteil des tschechoslowakischen Außenhandels mit den sozialistischen Ländern kontinuierlich auf fast 80%.⁷⁴ Die Fokussierung der Außenhandelsbeziehungen auf die Sowjetunion hatte zur Folge, dass Lieferungen an andere sozialistische Länder häufig durch nicht „gebrauchswertmäßige Warendeckung“ – ein Euphemismus für gravierende Qualitätsmängel – bestritten wurden. Liefervereinbarungen wurden häufig nicht eingehalten, so dass in den „Bruderländern“ prinzipielle Erwägungen über die Zuverlässigkeit des tschechoslowakischen Partners in Gang kamen.⁷⁵ Die Tschechoslowakei sah sich in einer Abwärtsspirale von schwindender internationaler Konkurrenzfähigkeit und zunehmend engerer Bindung an die Sowjetunion gefangen; aufgrund der Anpassung der Preise für Rohstoff- und Energiebezüge, die den Weltmarktpreisen mit einer gewissen Verzögerung folgten, wuchs dann auch im Handel mit der Hegemonialmacht das Passivum.⁷⁶

8. Mit dem Wechsel des Steuerungsparadigmas war, nach dem Scheitern der Reformen der sechziger Jahre und anstelle von Ideologie und Utopie, der patriarchalische Konsumismus als ultima ratio zum stabilisierenden Herzstück des Systems geworden. Die in ihre Rechte wiedereingesetzte zentraladministrative Planwirtschaft und die hilflosen Imperative einer „Vervollkommnung“ des Planungsmechanismus und der Steigerung der Plandisziplin waren allerdings nicht auf Dauer imstande, die zur materiellen Unterfütterung der „Normalisie-

72 BArch-SAPMO, DY 30, 20 262, Forschungsinstitut des Ministeriums für Außenhandel, Juni 79, Informationsstudie über einige Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der ČSSR in den Jahren 1976–1978.

73 Vysoká škola ekonomická: Vývoj životní úrovně, S. 24f.

74 BArch-B, DL 2, 7478, O. Verf., Zur Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus in der ČSSR [undatiert, ca. 1989]; Christoph Buchheim: Die Integration der Tschechoslowakei in den RGW, in: Bohemia 42 (2001), S. 1–10.

75 BArch-B, DE 1, 53 104, König an Krolikowski, Information über Auswirkungen der Neufestlegung der Preisbildung auf den RGW-Handel, 13.6.1975; BArch-B, DL 2, 7426, Konzeption für das Gespräch von Minister Beil mit dem Minister für Außenhandel der ČSSR, Štěrba, 13.3.1989.

76 BArch-B, DL 2, 7478, O. Verf., Zur Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus in der ČSSR [undatiert, ca. 1989]; BArch-SAPMO, DY 30, 20 262, Forschungsinstitut des Ministeriums für Außenhandel, Informationsstudie über einige Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der ČSSR in den Jahren 1976–1978, Juni 1979 [ohne Tag]; Vysoká škola ekonomická, S. 14–16; Buchheim, Integration, S. 8.

„erforderlichen Ressourcen zu erwirtschaften; die langfristig angelegte, in den siebziger und achtziger Jahren offensichtlich werdende ökonomische Leistungsunterlegenheit des Staatssozialismus gegenüber „dem Westen“ und die hieraus resultierenden schrumpfenden Spielräume der tschechoslowakischen Außenwirtschaft trugen zu dieser Entwicklung, die in den Systembankrott von 1989 mündete, maßgeblich bei.

Schluss und Ausblick⁷⁷

1. Erst allmählich, eigentlich überhaupt erst in der ex post-Perspektive erkennbar, gewann „Normalisierung“ als institutionelles Arrangement ganz eigener Art Kontur. Der Wechsel vom „Prager Frühling“ zur normalisierungstypischen Kombination von „Restauration“ und „Konsum“ war keine wohlüberlegte und mit langem Atem von oben gesteuerte Politik; die Parteiführung agierte defensiv, unter der Fuchtel der Erwartungen und der – be- und gefürchteten – Forderungen der Bevölkerung. Der Politikwechsel mutet improvisiert an. Insbesondere wurde seine Kompatibilität mit den ökonomischen Grundlagen niemals seriös durchkalkuliert. Die Finanzierbarkeit war im naiven, durch die Wiederbefestigung der Parteimacht gewaltsam wieder zur Geltung gebrachten Glauben an die Allheilkraft der zentral-administrativen Planung schlichtweg vorausgesetzt. Womöglich gründete sie, je länger desto mehr, auch nur mehr im „Prinzip Hoffnung“. In der von Zweifeln unerschütterten parteioffiziellen Rhetorik jedoch wurde sie bis zum Ende des Regimes gebetsmühlenhaft behauptet.

2. Eine allein auf „Programmsteuerung“ abhebende Erklärung des Übergangs griffe zu kurz. Generell sind Prozesse sozialer Evolution dadurch charakterisiert, dass für ein Problem in der Regel mehrere systemkompatible überlebenssichernde Lösungen existieren. Eine solche wäre im vorliegenden Fall etwa auch eine auf die Reformkrise folgende Restabilisierung der Parteiherrschaft durch die nackte Macht der Bajonette gewesen. Prinzipiell möglich erscheinen auch die „chinesische Variante“ – weitere Deregulierung der Wirtschaft und Rückzug der Partei auf das Terrain der Politik – bzw. das „russische Modell“: Überleben der Nomenklatura mittels Transformation in eine neue Kapitalistenklasse und individuelle Aneignung der „volkseigenen Wirtschaft“ durch diese unter dem Deckmantel der Privatisierung.

Zusätzliche Determinanten steuern also die Auswahl aus dem Set prinzipiell verfügbarer Lösungen. Hier kommen zu guter Letzt die Akteure – Personen, Interessengruppen – ins Spiel. Die systemtheoretische Perspektive, die auf im Nachhinein erkennbare, scheinbar durch die „invisible hand“ bewirkte Anpassungsvorgänge fokussiert, ist handlungstheoretisch zu ergänzen: Faktisch wird die Auswahl aus dem Pool systemverträglicher⁷⁸ Optionen so und nicht anders getroffen, weil die gewählte Variante den – machtbewehrten, womöglich im Machtkampf erst durchgesetzten – Interessen bestimmter Personen bzw. Gruppen

⁷⁷ Vgl. zum Folgenden auch Christoph Boyer: Normalisierung, in: *Bohemia* 47 (2006), S. 348–360.

⁷⁸ „Systemverträgliche“ oder „realistische Optionen“ sind diejenigen aus der denkmöglichen Gesamtmenge der Optionen, die mit den „allgemeinen Geschäftsbedingungen“ des Systems kompatibel sind. So ist im Staatssozialismus „Wirtschaftsplanung“ eine realistische Option. Nicht realistisch ist die Option „demokratische Wahlen“ (im westlichen Sinn): sie würde mit der Einparteienherrschaft kollidieren.

entspricht und in deren Denkhorizont plausibel erscheint. Die zentrale Determinante des Übergangs zur „Normalisierung“, gleichzeitig der Schlüssel zu deren relativem Erfolg, dürfte in den konsum- und status quo-orientierten Prädispositionen breiter Kreise der Arbeiterschaft zu suchen sein. Auf deren nüchternen Realismus – der großartige Verheißungen seit jeher in Krone und Heller umzurechnen gewohnt war – „passte“ die Sozial- und Konsumpolitik der „Normalisierung“. Nicht zuletzt kam diese aber auch den Machtinteressen der Nomenklatura entgegen, in deren lebensgeschichtlich geprägtem Werte- und Problemlösungshorizont sie lag.

Der „perverse Gesellschaftsvertrag“ (Mlynář) beinhaltete den Austausch von Konsum und Sicherheit gegen Wohlverhalten. Ungeachtet der Kontinuitäten in der Pazifizierungspolitik seit den fünfziger Jahren, die die Vorstellung eines epochalen Bruchs zwischen der Reformbewegung und der „Normalisierung“ als unhaltbar erscheinen lassen, war damit eine neue Stufe erreicht. Sozial- und Konsumpolitik war zum Herzstück der Stabilisierung eines moralisch diskreditierten Systems avanciert. Aus verschiedenen Gründen transformierte sich diese totale Delegitimierung des Systems nicht in politische Opposition: Der Präzedenzfall „1968“ hatte „sozialistische Reformen“ überhaupt diskreditiert. Die Reformer waren zum Großteil emigriert; im kollektiven Gedächtnis schwand die Erinnerung an die Zeit vor dem Kommunismus bzw. von Alternativen zu diesem.

3. „Normalisierung“ bedeutete nicht simple Regression: „bewährte“, zumindest bekannte Programme, nämlich „Zentralismus“ und „hierarchische Steuerung“ verbanden sich mit einer Lernleistung der Reformzeit – der „Erfindung“ von Sozial- und Konsumpolitik – zu einer Konfiguration sui generis von beträchtlicher Persistenz. War diese auch imstande, das System immerhin an die zwanzig Jahre lang zu stabilisieren, so führte doch, bei gegebener systemisch restringierter Lernfähigkeit, der Weg längerfristig in eine Sackgasse der Evolution. Der „normalisierte“ Sozialismus steuerte nicht zwangsläufig, jedoch mit hoher Untergangswahrscheinlichkeit auf den – dann vergleichsweise abrupten – Zusammenbruch zu.⁷⁹ Die strukturelle Anfälligkeit des Normalisierungsparadigmas resultierte aus der systematischen funktionalen Überbürdung der Planwirtschaft und der legitimatorischen Überfrachtung des im Zuge der „Normalisierung“ wieder allzuständig gewordenen Steuerungszentrums mit den materiellen Erwartungen der Herrschaftsunterworfenen. Charakteristisch war der weitestgehende Verzicht der ultrastabilisierten Parteimacht auf produktive und innovative „Umweltbearbeitung“; an deren Stelle traten die zunehmende Abhängigkeit des Systems von seiner Umgebung und seine Penetrierung von außen: Die enge ökonomische und politische Bindung der ČSSR an die Hegemonialmacht, die bereits Geburtshelfer und Garant der „Normalisierung“ gewesen war, reduzierte gravierend Modernisierungskapazitäten und Handlungsspielräume und zeichnete den Weg in die Unterentwicklung vor.

„Normalisierung“ war – ungeachtet der durch Wachstumserfolge und rege sozial- und konsumpolitische Aktivitäten markierten Instituierungsphase – wesentlich restaurativ. Weil ihre raison d'être die Sicherung der Parteimacht war und deren Regulierungsanspruch umfassend blieb, mündete „Normalisierung“ in die Erstarrung der – äußerlich kaum angefochtenen – Strukturen, in non-decision, in die zunehmende Auszehrung materieller und symbo-

79 Die Verschlingung der geschilderten Untergangsdiskpositionen mit den kontingenten Anstößen in der finalen Krise im Herbst 1989 ist nicht mehr Gegenstand dieses Beitrags.

lischer Ressourcen und die Erschöpfung der – durch den Primat der Politik ohnehin eng begrenzten – Lern- und Entwicklungspotentiale. Indiz der Erschöpfung des systemisch gegebenen Problemlösungsrepertoires war die „Bekämpfung“ der Dauerkrise der Ökonomie – leistungsfeindliche Lohnstruktur, verzerrte Preise, unbefriedigende Produktivitäts- und Innovationsentwicklung, schlechte Produktqualität, laxe Arbeitsdisziplin, horrende Umweltverschmutzung – mittels bürokratischer „Straffung“ und moralischer Appelle, durch Beschwörung der Staats- und Plandisziplin und leerformelhafte Aufforderungen zur Verbesserung von Organisation und Leitungstätigkeit. Der Ausweg aus der Strukturfalle, in der das Normalisierungsregime sich objektiv von Anfang an befand, wurde folgerichtig in der „sametová revoluce“ von 1989/90, also in der Systemtransformation, nicht in einem neuen Anlauf zu immanent-sozialistischen Reformen gesucht.

4. Ausgehend vom tschechoslowakischen Phänotyp lässt sich der Begriff der „Normalisierung“ mindestens auf die in vielem strukturähnliche späte DDR des „Realsozialismus“ ab dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker (1971) übertragen.⁸⁰ Auch hier begegnet die normalisierungstypische Konfiguration von Reformabbruch gefolgt von politischer bzw. ökonomischer Rezentralisierung und Konsum. „Normalisierung“ ist also kein Eigename, sondern ein Gattungsbegriff. „Realsozialismus“ und „Normalisierung“ können als wechselseitig austauschbare Epochenbezeichnungen gebraucht werden; die korrespondierenden Phänomene sind nicht identisch, aber familienähnlich. Auch der Entwicklungspfad der DDR ist durch eine Abfolge von drei Abschnitten charakterisiert: Er bewegt sich vom „Aufbau des Sozialismus“ über eine relativ lange, deutlich markierte Reformperiode in ein Finalstadium, das die Ultrastabilisierung der Machtstrukturen mit „weicher“ Repression sowie sozial- und konsumpolitischer Pazifizierung verbindet. Auch die finale Systemimplosion ähnelt der in der ČSSR.

Andere Pfade, etwa die Ungarns oder Polens, führen vom „Aufbau des Sozialismus“ über eine Mehrzahl – im Einzelnen unterschiedlich gelagerter Reformversuche – in ein Endstadium der „Erosion“.⁸¹ Der graduelle Rückzug der Parteimacht ermöglicht hier einen gleitenden Übergang von der systemimmanenten Reform in die finale Systemtransformation. Auch auf diesen Entwicklungspfaden wird durch Sozial- und Konsumpolitik stabilisiert; für den Kádárismus etwa gilt dies bereits in der Folge von „1956“. Die normalisierungstypische Konfiguration von Reformabbruch gefolgt von politischer und ökonomischer Rezentralisierung und Konsum begegnet jedoch nur in der DDR bzw. der ČSSR. Wie auch immer: Mit dem Blick über die Normalisierungsregime hinaus auf andere Typen sozialistischer Entwicklungspfade zeichnen sich die Konturen eines umfassenderen Forschungsprogramms im Schnittpunkt von politischer Ökonomie, Gesellschaft und Kultur ab.

80 Vgl. auch: Christoph Boyer: Einleitung, in: ders. (Hg.): Sozialistische Wirtschaftsreformen. DDR und Tschechoslowakei im Vergleich, Frankfurt a.M. 2006, S. IX-XLI sowie die anderen Beiträge des Bandes.

81 Vgl. zum erweiterten Pfadvergleich: Christoph Boyer: Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze, in: Peter Hübner/Christoph Kießmann/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter im Staatssozialismus – Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 71–86; ders.: Einleitung, in: ders. (Hg.): Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen, S. IX-XXXIV sowie die anderen Beiträge des genannten Bandes.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AWG	Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft
BBC	British Broadcasting Corporation
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKV	Betriebskollektivvertrag
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CRZZ	Centralna Rada Związków Zawodowych (Zentralrat der Gewerkschaften)
ČS ROH	Československé Revoluční odborové hnutí (Tschechoslowakische Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung)
ČSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Republik – offizielle Abkürzung bis 1961)
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
EDVA	Elektronische Datenverarbeitung
ESER	Einheitliches System Elektronischer Rechner
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GBA	Gesetzbuch der Arbeit
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IVSS	Internationale Vereinigung der Sozialen Sicherheit
KA	Kapitalistisches Ausland
KD	Komitet Dzielnicowy (Stadtbezirkskomitee)
KIK	Klub Inteligencji Katolickiej (Klub der Katholischen Intelligenz)
KOR	Komitet Obrony Robotników (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSČ/ KPTsch	Komunistická Strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
KSF	Kultur- und Sozialfonds
KSS	Komitet Samoobrony Społecznej (Komitee der gesellschaftlichen Selbstverteidigung)
LKW	Lastkraftwagen
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MO	Milicja Obywatelska (Bürger-Miliz)

MVR	Mongolische Volksrepublik
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NÖS	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OPEC	Organisation Erdölproduzierender Länder
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PAP	Polnische Presseagentur
PCI	Italienische Kommunistische Partei
PKW	Personenkraftwagen
PRL	Polska Rzeczpospolita Ludowa (Volksrepublik Polen)
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SALT	Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche zur Begrenzung strategischer Waffen)
SB	Służba Bezpieczeństwa (Sicherheitsdienst)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Stronictwo Demokratyczne (Demokratische Partei)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
SZOT	Zentralrat der ungarischen Gewerkschaften
TBC	Tuberkulose
TH	Technische Hochschule
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VEB	Volkseigener Betrieb
VM	Valutamark
VRP	Volksrepublik Polen
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
WAO	Wissenschaftliche Arbeitsorganisation
WEMA	Werkzeugmaschinenfabrik
WOG	Wielkie Organizacje Gospodarcze (Große Wirtschaftsorganisationen, Kombinate)
ZK	Zentralkomitee
ZMS	Związek Młodzieży Socjalistycznej (Verband der Sozialistischen Jugend)
ZSL	Zjednoczone Stronictwo Ludowe (Vereinigte Bauernpartei)
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung

Personenregister

- Abrassimow, Piotr A. (*1912) 89
Adamczyk, Jerzy 433
Ala (Abiturientin) 42f., 47
Andrzejczak, Zdzisław 172
Andrzejewski, Jerzy (1909–1983) 448
Axen, Hermann (1916–1992) 123, 186, 455f.
Babiuch, Edward (*1927) 154, 161, 265f., 331, 354, 438, 444
Baibakow, Nikolai K. (*1911) 96, 391f., 454
Barcikowski, Kazimierz (1927–2007) 177, 274, 276, 335, 426f., 429
Bartnicki, Mariusz 29
Berger, Wolfgang 89, 94, 123
Berlinguer, Enrico (1922–1984) 447
Beyreuther, Wolfgang 81
Białkowski, Wiesław 68
Blinowski, Franciszek (1907–1997) 34
Blumsztajn, Seweryn (*1946) 44
Blusz, Jadwiga 287f.
Bobrowski, Czesław (1904–1996) 30, 68, 73
Böll, Heinrich (1917–1985) 448
Bouvier, Beatrix 19
Boyer, Christoph 16, 25, 465
Bożyk, Paweł (*1939) 322
Brandt, Willy (1913–1992) 138
Brecht, Bertolt (1898–1956) 221
Breschnew, Leonid I. (1906–1982) 12f., 71, 88, 93, 96f., 101, 123f., 153, 164, 188, 191, 197, 282, 300, 389f., 392, 430, 462, 468
Brus, Włodzimierz (1921–2007) 30, 50
Castel, Robert 17
Castells, Manuel 17
Ceașescu, Nicolae (1918–1989) 424
Cenkier, Tadeusz 171, 174
Černík, Oldřich 490, 499
Cyrankiewicz, Józef (1911–1989) 47, 62, 67ff., 73, 106, 108, 135, 152, 155–158, 161, 190, 254f., 260, 289f.
Dąbrowski, Bronisław (1917–1997) 167, 428
Dadlez, Anne R. 21
Danyel, Jürgen 16
Davies, Norman 77
Dejmek, Kazimierz (1924–2002) 42
Dijkstra, Edsger (*1930) 132
Dohlus, Horst (*1925) 119
Domiszewski, Florian 171
Dubček, Alexander (1921–1992) 463f., 491f., 496, 500
Dudek, Antoni 21
Eisler, Jerzy 19f., 29, 49, 76, 134, 137ff., 173, 178, 334, 432
Engels, Friedrich (1820–1895) 92, 383
Engler, Wolfgang 78
Erasmus von Rotterdam (1465–1536) 92
Euchner, Walter 18
Everhartz, Franz (*1923) 186
Fischer, Oskar (*1923) 186, 456
Flam, Helena 16
Florin, Peter (*1921) 186
Fock, Jenö (1916–2001) 105
Friedrich, Gerd (*1928) 18, 402, 423
Friszke, Andrzej (*1956) 20f., 149, 327f., 332
Fromm, Erich (1900–1980) 493
Garaudy, Roger (*1913) 493
Garbusow, Wasili F. 104
Garsztecki, Stefan 344
Gáspár, Sándor 202
Geremek, Bronisław (*1932) 344
Gierek, Edward (1913–2001) 9, 11, 19, 21, 24, 44f., 54, 58, 69, 77, 79, 154ff., 158ff., 162, 164–167, 169f., 170, 172–179, 181, 184f., 189–192, 197, 202f., 237, 239f., 254, 258–

- 262, 264ff., 268ff., 276f., 281ff., 285, 287f., 290, 297ff., 301–310, 312, 314ff., 319, 322f., 325f., 328, 332–337, 339f., 342–350, 353–358, 360ff., 364ff., 369–373, 378, 380–384, 386f., 389, 417, 424, 427–430, 436–442, 445, 449–453, 457, 460f., 463ff., 468
- Glazur, Adam (*1933) 333
- Głowacki, Andrzej 147
- Głowczyk, Jan (*1927) 52
- Gotaszewski, Bogdan 171
- Gomułka, Władysław (Wiesław) (1905–1982) 9, 11, 19, 21, 29, 33, 35, 37–47, 49, 56–59, 61ff., 65–73, 75–79, 82, 86, 90, 100–109, 111f., 117, 131, 134f., 138–141, 144, 151ff., 155f., 158f., 161, 175, 186–190, 254f., 257, 259–269, 271f., 318, 322, 332, 334f., 344, 357, 361, 370, 377f., 380, 387, 430, 440, 457, 464, 466
- Gomułka, Zofia 44, 68
- Graniewska, Danuta 292
- Grass, Günter (*1927) 448
- Grebing, Helga 18
- Grochal, Eugeniusz (*1920) 329, 332
- Grüneberg, Gerhard (1921–1981) 123
- Gryz, Ryszard 21
- Gulbinowicz, Henryk (*1923) 330
- Hager, Kurt (1912–1998) 123
- Halbritter, Walter (1927–2003) 187, 207, 361
- Hantsche, Walter 229
- Heine, Heinrich (1797–1856) 92
- Herder, Johann Gottfried (1744–1803) 92
- Heumos, Peter 16
- Hobsbawm, Eric J. (*1917) 17
- Hockerts, Hans Günter 16
- Hoffmann, Karel 202
- Honecker, Erich (1912–1994) 9, 11, 18, 24, 93ff., 115f., 123f., 126–131, 187, 192, 196, 198, 201–205, 207, 209, 212, 214–219, 226, 237–241, 243, 248, 350, 353, 358, 364–367, 369f., 372f., 377f., 381–384, 387–394, 397ff., 418, 450, 455, 457f., 460, 463f., 467f., 502, 514
- Huntington, Samuel P. (*1927) 17
- Hušík, Gustáv (1913–1991) 13, 197, 464f., 497, 500, 504
- Jackowiak, Czesław 17
- Jagielski, Mieczysław (1924–1997) 426, 429
- Jähnichen, Traugott 18
- Jaroszewicz, Piotr (1902–1992) 153f., 156, 164f., 170, 173–178, 181–184, 239, 258, 270–273, 281, 283, 289f., 294, 298f., 301f., 309f., 312ff., 316–319, 321f., 325, 336–339, 345–349, 353, 365, 372, 383ff., 426ff., 430ff., 436–440, 444f.
- Jarowinsky, Werner (1927–1990) 122f.
- Jaruzelski, Wojciech (*1923) 135, 174, 176
- Jaszczuk, Bolesław (1913–1990) 50, 52, 58ff., 62ff., 72, 82, 135f., 139, 155, 158, 189f., 254–257, 430
- Jędrzychowski, Stefan (1910–1996) 35, 38, 73, 156, 189
- Jezierski, Andrzej 347
- Jundziłł, Zenon 143
- Kádár, János (1912–1989) 197
- Kaim, Franciszek (1919–1996) 143, 170
- Kaiser, Monika 18, 94f., 116
- Kalecki, Michał (1899–1970) 30, 34
- Kaliński, Janusz 60
- Kania, Stanisław (*1927) 154, 428
- Karkoszka, Alojzy (1929–2001) 143, 178
- Kawalec, Wincenty (1914–1991) 296
- Kennedy, Paul 17
- Kępa, Józef (1928–1998) 44, 426
- Kersten, Krystyna (*1931) 344
- Kirchner, Rudolf (1919–1984) 394
- Kleiber, Günter (*1931) 123
- Kleßmann, Christoph 19
- Kliszko, Zenon (1908–1989) 38, 48, 110, 145, 189f.
- Kloc, Kazimierz 30
- Klopper, Heinz 390
- Kłuczyński, Jan 53
- Kociołek, Stanisław (*1937) 37, 143, 155ff.
- König, Gerd (*1930) 390
- Kossygin, Alexej N. (1904–1980) 59, 101, 105, 154, 184, 430
- Kostikow, Piotr 38, 70, 76f., 134, 139, 153, 165, 337, 429f., 440
- Kowalczyk, Stanisław 431
- Kowalik, Tadeusz (*1926) 344
- Kranke, Rudi 229
- Krasnodębski, Zdzisław 23
- Krencik, Wiesław 286
- Krolikowski, Herbert (*1924) 390, 455f.
- Krolikowski, Werner (*1928) 117f., 203, 413
- Kruczek, Władysław (1910–2003) 181, 201, 256f., 262ff., 266, 309, 328ff., 358, 428
- Kuczynski, Jürgen (1904–1997) 237
- Kunicki, Tadeusz (1927–1977) 181
- Kunz, Frithjof 230, 233
- Kuroń, Jacek (1934–2004) 41, 447f.
- Lamberz, Werner (1929–1978) 123, 210, 240, 369, 457
- Landau, Zbigniew (1904–1965) 78
- Lange, Oskar 30
- Langhorst, Peter 18
- Lenin, Władimir I. (1870–1924) 99, 129, 383, 466
- Lessing, Gotthold Ephraim (1729–1781) 92
- Leuschner, Bruno (1910–1965) 413

- Lipiński, Edward (1888–1986) 344
 Lippold, Gerhard 413f.
 Lipski, Jan Józef (1926–1991) 449
 Loga-Sowiński, Ignacy (1914–1992) 82f., 112, 155f., 161, 171
 Łoś, Józef 140
 Lubieński, Konstanty (1910–1977) 31
 Łukasiewicz, Jerzy (1931–1983) 439
 Luks, Leonid 21
 Madurowicz, Janina 280
 Maier, Charles S. 465
 Majewski, Stanisław (1915–1985) 63
 Manz, Günter 125
 Marcuse, Herbert (1898–1979) 493
 Markowska, Danuta 280
 Markowski, Paul (1929–1978) 186, 456
 Marx, Karl (1818–1883) 92, 131, 383
 Maydell, Bernd Baron von 17
 Mazowiecki, Tadeusz (*1927) 150, 449
 Mazurek, Małgorzata 17, 21
 Mitreǵa, Jan (1917–2007) 256
 Michnik, Adam (*1946) 44
 Mickiewicz, Adam (1798–1855) 42
 Mirończuk, Albin 61
 Mittag, Günter (1926–1994) 86f., 89, 91, 94, 116, 123, 203, 206, 211, 372, 391
 Mitzscherling, Peter 205
 Mlýnář, Zdeněk (1930–1997) 496, 513
 Moczar, Mieczysław (1913–1986) 38, 41f., 44, 49, 152, 190, 289, 466
 Mückenberger, Erich (1910–1998) 123
 Müller, Richard 99
 Mysłik, Tadeusz 150
 Naumann, Konrad (1928–1992) 455
 Neumann, Alfred (1909–2001) 118f.
 Neutsch, Erik (*1931) 92
 Nick, Harry (*1932) 397
 Niculescu-Mizil, Paul 198
 Norden, Albert (1904–1982) 86
 Obolewicz, Wiktor (*1919) 58
 Ochab, Edward (1906–1989) 41f.
 Olschowsky, Burkhard 366
 Olszowski, Stefan (*1931) 48, 77, 190, 265, 428
 Paczkowski, Andrzej 144, 153, 172, 289, 334, 343
 Pajestka, Józef (1924–1994) 52, 60, 67
 Paluch, Maria 69
 Patolitschew, Nikolai S. (1908–1989) 390f.
 Pawlicka, Katarzyna 21
 Petz, Barbara 347
 Pieniążek, Szczepan (*1913) 324
 Pietrzak, Tadeusz (*1926) 135f.
 Piotrowski, Jerzy (*1930) 280, 296
 Pismanik, Alois (1911–2004) 86
 Prokopiak, Janusz (*1933) 433, 439
 Przybyło, Józef 170
 Pyka, Tadeusz (*1930) 75, 109, 426
 Rademacher, Horst 228
 Rakowski, Mieczysław F. (*1927) 21, 29, 35, 38f., 42, 66f., 69, 74–77, 104, 107, 131, 136, 173, 180, 310, 321f., 329, 335, 337f., 340f., 347f., 428f.
 Rapacki, Adam (1909–1970) 48
 Richert, Ernst 424
 Ritter, Gerhard A. 18
 Rolicki, Janusz 314, 343
 Rösel, Fritz 217, 221, 224, 406, 408
 Roßmeisl, Rudolf 110, 188ff., 192, 455
 Ruchniewicz, Krzysztof 16
 Sartre, Jean-Paul (1905–1980) 448
 Sasanka, Paweł 20
 Schaff, Adam (1913–2006) 49
 Schelepin, Alexander N. 202
 Schlögel, Karl 16
 Schmidt, Helmut (*1918) 382
 Schmidt, Manfred G. 394
 Schürer, Gerhard (*1921) 87, 89, 93, 96, 117, 124, 126, 202, 387f., 454
 Segert, Dieter 15
 Schiwkow, Todor (1911–1998) 197
 Sieber, Günter (1930–2006) 370
 Siedlarz, Jan 21
 Šik, Ota (1919–2004) 484, 494
 Sindermann, Horst (1915–1990) 123
 Skyba, Peter 16
 Ślabek, Henryk 78
 Sloterdijk, Peter 408
 Smrkovský, Josef (1911–1974) 494, 496
 Sölle, Horst (*1924) 390, 392
 Spałek, Robert 440
 Spsychalski, Józef (1906–1980) 184
 Stalin, Josef W. (1879–1953) 13
 Starewicz, Artur (*1917) 136
 Steger, Otfried (*1926) 418
 Stegmann, Franz Josef 18
 Steiner, André 16, 89, 116
 Stola, Dariusz 20, 241
 Stoph, Willi (1914–1999) 67, 117, 123, 165, 199, 239, 243, 388
 Strzelecki, Jan (1919–1988) 344
 Sufin, Zbigniew 270, 281, 308
 Świtała, Kazimierz (*1923) 135
 Szlachcic, Franciszek (1920–1990) 75, 77, 154, 174, 176ff., 253, 369
 Szlajfer, Henryk (*1947) 44
 Szydłak, Jan (1925–1997) 74, 110, 173, 190, 266, 300, 337, 354f., 378, 386, 433, 438
 Tejchma, Józef (*1927) 141, 150, 152, 182f., 192, 265f., 338, 354, 426
 Thiel, Wera 228

- Thiele, Helmut (*1933) 191
 Tichonow, Nikolai A. (1905–1997) 89, 390f.
 Tomala, Mieczysław 366
 Tomaszewski, Jerzy 78
 Töpfer, Johanna (1929–1990) 198, 226
 Trepczyński, Stanisław (*1924) 135
 Tymiński, Maciej 20
 Ulbricht, Helga 395
 Ulbricht, Lotte (1902–2002) 96f.
 Ulbricht, Walter (1893–1973) 9, 11, 18, 33, 58, 60, 78f., 86, 88–91, 93–97, 99f., 102–109, 11, 115–118, 121–126, 130f., 165f., 186, 188, 195, 197, 199, 202, 207, 209, 218, 220, 233, 241, 269, 358, 365, 370, 373, 387, 398f., 403, 417, 422, 464, 514
 Ulfik, Adam 172
 Venohr, Wolfgang (1925–2005) 113
 Vermer, Paul (1911–1986) 115, 123
 Walde, Werner (*1926) 198
 Walewski, Janusz (1921–1980) 158
 Warnke, Herbert (1902–1975) 81, 123, 191, 200f., 213, 358
 Wentker, Hermann 16
 Werblan, Andrzej (*1924) 426
 Winkler, Gunnar 396, 422f.
 Wittik, Johann (1923) 210
 Wittkowski, Margarete (1910–1974) 87
 Wójcik, Przemysław 20
 Wojtyła, Karol (Johannes Paul II.) (1920–2005) 458
 Wolf, Hanna (1908–1999) 117, 119
 Wolf, Heinz 233
 Wroński, Stanisław 298
 Wroński, Zygmunt 286
 Wrzaszczyk, Tadeusz (1932–2002) 321, 347
 Wyszyński, Stefan (Kardinal) (1901–1981) 150, 167f., 281, 294, 330, 365
 Zabłocki, Janusz (*1926) 293f.
 Zambrowski, Roman (1909–1977) 72
 Żandarowski, Zdzisław (1929–1994) 379
 Zarajczyk, Aleksander 140
 Żarnowski, Janusz 336
 Zernack, Klaus 79
 Zieliński, Zbigniew (*1926) 349
 Zieliński, Zygmunt 21
 Ziemer, Klaus 22